

HANS VON RIMSCHA

# GESCHICHTE RUSSLANDS

Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage

1970

WISSENSCHAFTLICHE BUCHGESELLSCHAFT

DARMSTADT

Bestellnummer: 5534  
Schrift: Linotype Garamond, 9/11

© 1970 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt  
Satz: Druckhaus Darmstadt GmbH, Darmstadt  
Druck: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt  
Einband: C. Fikentscher, Darmstadt  
Printed in Germany

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

MEINEN SCHÜLERN

## INHALT

Vorwort .....	XV
Vorwort zur zweiten Auflage .....	XX
Einleitung: Die geschichtlichen Voraussetzungen .....	1

### Erster Abschnitt

#### Die Kiewer Periode

##### Unter der Herrschaft des Geschlechtes der Rjürikiden

Gesamtbild .....	7
1. Die Staatswerdung	
Die Waräger .....	10
Olég und Olga .....	13
Swjatoslaw .....	19
2. Im Schatten und Licht von Byzanz	
Wladímir der Heilige und die Christianisierung	25
Blütezeit unter Jarosláv .....	32
Wladímir Monomách .....	39
Die Kiewer Kultur .....	47
3. Niedergang .....	60

## Zweiter Abschnitt

### Die Periode der Teilfürstentümer

#### Unter der Oberherrschaft der Tatarenchane

Gesamtbild .....	65
1. Neue politische Schwerpunkte	
Súsdal-Wladímir. Das Grossrussentum .....	68
Der Grosse Herr Nówgorod.....	76
Galizien-Wolhynien. Die Ukrainer.....	83
2. Unter dem Tatarenjoch	
Der Einfall der Mongolen.....	86
Zwischen Ost und West. Alexander und Danýlo . .	92
Die Herrschaft der Goldenen Horde .....	99
Der Aufstieg Moskaus .....	109
3. Litauen als Gewinner .....	123
4. Die moskowitzische Kultur .....	127

## Dritter Abschnitt

### Die erste Moskauer Periode

#### Unter der Alleinherrschaft der Moskauer Grossfürsten und Zaren

Gesamtbild .....	135
1. Iwán III.	
Der Gossudár .....	137
Das Ende des Tatarenjochs.....	140
Gleichschaltung Gross-Nówgorods. Umsiedlung	143

Kampf um Livland und Litauen .....	149
Moskau das Dritte Rom .....	152
2. Einheitsstaat Moskowien.....	160
3. Iwán Grósnj	
Der Zar .....	171
Vorstoss ins Wolgabecken und nach Sibirien ....	176
Die Oprítschnina .....	182
Westpolitik. «Russian Company» .....	191
Ergebnisse .....	197
4. Die Zeit der Wirren	
Boris Godunów .....	201
Der Samoswánez.....	210
Volkskriege und Fremdherrschaft.....	215
Nationale Erhebung.....	226
5. Unter der neuen Dynastie	
Die sanften Zaren. Der Sémskíj Sobór.....	231
Nikon und die Kirchenspaltung .....	243
Die Kosaken. Chmelnýckyj und Rásin .....	248
Europäisierung .....	256

## Vierter Abschnitt

### Die Petersburger Periode

#### Unter der Selbstherrschaft der Kaiser von ganz Russland

Gesamtbild .....	267
1. Peter der Grosse	
Die Persönlichkeit.....	269
Regentschaft.....	274
Der Umbruch. Europareise.....	279

Das Tor nach Europa .....	285
Die Reformen .....	300
Vater und Sohn. Widerstände .....	313
2. Um das Erbe Peters	
Sittenverderbnis. Kaiserinnen und Günstlinge . . .	322
Werchówniki und Gardén.....	331
Privilegierter Adel und leibeigene Bauern .....	337
Allianzen und Kriege.....	344
3. Katharina II.	
Die Kaiserin. Theorie und Praxis .....	352
Der Weg zur Macht .....	359
Seelenbesitzer und Seelen. Pugatschów .....	368
Pleonexie .....	378
Ukraine und Neurussland .....	387
Funktionierende Unordnung. Mutter und Sohn . .	391
4. Russland in Europa.....	400
5. Aufstieg zur Vormachtstellung	
Zwischenspiel unter Paul I.....	404
Alexander I .....	409
Um die Befreiung Europas .....	415
Reformen und Reaktion. Speránskij und Araktschéjew	429
6. Die Dekabristen.....	436
7. Polizeiregime und imperiale Politik	
Nikoláj I. und sein System.....	444
Die Intelligenzia .....	455
Europapolitik .....	466
8. Polen.....	472
9. Die liberale Ära	
Alexander II. und Aufhebung der Leibeigenschaft . .	478

Gestaltwandel durch Reformen.....	488
Revolutionäre Aktivität. Nihilismus und Terror . .	494
10. Asienpolitik, Imperialismus und Panslawismus ....	505
11. Reaktion und Revolution	
Alexander III. und die Russifizierung. Pobedonószew	515
Industrialisierung. Witte.....	523
1905 .....	526
Reichsduma und Regierung. Stolýpin.....	535
12. Das Ende des Kaiserreichs	
Letzter Aufstieg und Fall. Nikoláj II.....	542
Demokratisches Endspiel .....	556

## **Fünfter Abschnitt**

### **Die zweite Moskauer Periode**

#### **Unter der Totalitärherrschaft kommunistischer Parteifunktionäre**

Gesamtbild .....	561
1. Lenin und der Sturz in die Anarchie .....	564
2. Der Bürgerkrieg.....	582
3. Neue Anfänge.....	588
4. Die Atempause der NEP.....	601
5. Stalins «zweite Revolution» .....	609
6. Sowjetstaat und Sowjetmensch .....	623
7. Aufstieg zu neuer Weltmachtstellung.....	633



8. Entstalinisierung durch Chruschtschów.....	645
9. «Wohlfahrtskommunismus» und friedliche Koexistenz	654
Schlusswort: Von Chruschtschów zur kollektiven Führung	665
Literaturhinweise .....	673
Personenregister .....	679

## VERZEICHNIS DER KARTEN UND TAFELN

Die ostslawischen Stämme im 9. Jahrhundert.....	4
Die Kiewer Rus im 11. Jahrhundert.....	21
Die russischen Teilfürstentümer im 12. und 13. Jahrhundert	66
Tatarenzüge und Goldene Horde im 13. und 14. Jahrhundert	91
Litauen und Moskau im 14. und 15. Jahrhundert.....	122
Moskaus territoriale Ausdehnung im 15. und 16. Jahrhundert	177
Polnische und schwedische Interventionen im 17. Jahrhundert	222
Die Teilung der Ukraine und der Aufstand Rásins im 17. Jahrhundert.....	249
Die Expansion Russlands im Westen im 18. und 19. Jahr- hundert	383
Die Expansion Russlands im Osten vom 16. bis zum 19. Jahr- hundert	506

Die Expansion der Sowjetunion im 20. Jahrhundert Bürgerkriegs- und Weltkriegsfronten .....	580
Stammtafel der Rjúríkiden in den wichtigsten Zweigen . .	41
Moskauer Linie der jüngeren Monomáchowitschi.....	110
Stammtafel der Románows .....	234
Stammtafel der Dynastie Holstein-Gottorp-Románow	360
Geistig-politische Strömungen im 19. Jahrhundert.....	452
Ahnentafel Alexanders II .....	480
Ahnentafel Lenins .....	566
Schema der Lenin-Verfassung .....	593
Die Staatsspitze unter Stalin und Chruschtschów .....	628

## VORWORT

Das vorliegende Buch wendet sich an weitere Kreise der interessierten Leser ohne Spezialkenntnisse im Fach und ist bestrebt, in allgemeinverständlicher und gleichwohl wissenschaftlicher Darstellung ein Gesamtbild über den Ablauf der Geschichte Russlands von den Anfängen bis in unsere Zeit nach dem heutigen Forschungsstand in übersichtlicher Form zu vermitteln.

Das Buch soll nicht ein Rückblick in die Vergangenheit sein, der in perspektivischer Sicht das zeitlich Weiterliegende verkleinert. Es sollte vielmehr aus historischer Sicht der gleichmässige Fluss der Entwicklung erkennbar gemacht werden. Infolgedessen wurde auch den weiter zurückliegenden Perioden jener Platz eingeräumt, der ihnen in der Gesamtentwicklung zukommt.

Die Bewältigung der ungeheuren Stoffmenge in einem Bande verlangte von vornherein eine Beschränkung. Es wurde grundsätzlich darauf verzichtet, eine Materialanhäufung in einer Summierung möglichst vieler Einzeltatsachen, Daten und Namen zu bringen. Über Einzelheiten kann man sich heute leicht in allen grossen Lexiken informieren. Hier wurde der Nachdruck auf den Gang der Entwicklung in seinen geschichtlichen Zusammenhängen gelegt. Der Verfasser hat sich dabei bemüht, Anschauung zu vermitteln, worin nach den Worten seines Lehrers Johannes Haller das Wesen historischer Erkenntnis besteht. Um das zu verdeutlichen, wurde jedem Abschnitt ein in wenigen Strichen – *sans noms et sans dates* – gezeichnetes Gesamtbild der entsprechenden Periode vorangestellt.

Unter «Geschichte Russlands» wird hier nicht das verstanden, was die Sowjethistoriker mit «Geschichte der Sowjetunion» bezeichnen, also nicht die bis in die Urzeiten zurückreichende historische Entwicklung aller heute zum Sowjetbereich gehörenden Gebiete und deren Bewohner. In diesem Buch werden nur Länder und Menschen behandelt, so weit sie und so lange sie zum «russischen

Landen», zum Russischen Reich und später zur Sowjetunion gehörten. «Russische Geschichte» ist hier im Sinne einer politischen Geschichte gemeint; das heisst die Darstellung wird auf jene Vorgänge beschränkt, die sich primär auf die Entstehung, Entwicklung und Ausweitung des russischen Staates und Volkes beziehen. Infolgedessen konnte auf eine Behandlung der vor- und frühgeschichtlichen Zeit, d.h. in diesem Fall jener Zeit, da es weder einen russischen Staat, noch ein russisches Volk, noch ein russisches Gemeinbewusstsein gab, verzichtet werden. Nach einer kurzen Skizzierung der geschichtlichen Voraussetzungen setzt die Darstellung mit der Staatswerdung im 9. Jahrhundert ein.

Eine starke Beschränkung musste sich der Verfasser in Bezug auf alle Vorgänge auferlegen, die über den Rahmen der Geschichte Russlands hinaus in die Allgemeine Geschichte gehören. Das bezieht sich in erster Linie auf die aussenpolitischen Zusammenhänge, zumal im 19. und 20. Jahrhundert und insbesondere auf die weltgeschichtlichen Ereignisse, die durch die bolschewistische Revolution ausgelöst wurden.

Dagegen wurde nicht darauf verzichtet, gelegentlich über einzelne wichtige Episoden etwas ausführlicher rein erzählend zu berichten und, um dem Gesamtbild Farbe zu verleihen, auch Zustandsschilderungen zu geben. Es wurde auch nicht darauf verzichtet, gelegentlich länger bei der Schilderung und Charakterisierung hervorragender Einzelpersonlichkeiten zu verweilen, die in den Geschichtsablauf bestimmend eingriffen und denen in der Geschichte Russlands infolge seines durch Jahrhunderte weitgehend konstant gebliebenen, im hohen Grade persönlich bestimmten, Herrschaftssystems eine besondere Bedeutung zukommt.

Jede Beschäftigung mit der Geschichte Russlands, zumal ein Bemühen, sie zu gestalten, birgt die Versuchung in sich, auch grundsätzlich zum unerschöpflichen, höchst reizvollen und sehr strapazierten Thema des Verhältnisses zwischen Russland und Europa Stellung zu nehmen. Diese Versuchung ist umso grösser, als die Frage nach der Eigenständigkeit (samobytnostj) der Geschichte Russlands, die ein Jahrhundert lang das grosse Anliegen der russischen Geschichtsschreibung und Geschichtsphilosophie gewesen ist, in engem Zusammenhang damit steht. Gleichwohl ist

hier dieser Versuchung widerstanden worden; im Grunde ist das ganze Buch ein Beitrag dazu. Es soll aber kurz daran erinnert werden, dass die Beurteilung dieser Frage sich im Laufe der Zeit stark gewandelt hat.

Zunächst haben europäischer Egozentrismus und abendländische geistige Arroganz hauptsächlich im 19. Jahrhundert, z.T. aber noch bis in die jüngste Zeit hinein, das Russische oder schlechthin das Slawische im Vergleich zum Germanisch-Romanischen für inferior erklärt und als am Fortschritt der Menschheit nicht beteiligt aus der «Weltgeschichte» einfach eliminiert. Demgegenüber haben russische Überheblichkeit und russischer Mangel an Augenmass für sich selbst das Russische in seinem Wesen, seinen Leistungen und vor allem in seinem Zukunftsversprechen gegenüber dem morschen Westen über alle Gebühr gerühmt und gepriesen. In beiden Fällen wurde eine scharfe Grenze zwischen Russland und Europa gezogen, wobei man die Wertakzente sehr verschieden setzte.

Nach dem Ersten Weltkrieg, begünstigt durch den bolschewistischen Umsturz und das sich daraus ergebende Ausscheren Russlands aus der europäischen Gemeinschaft, hat man aus europäischer Sicht diese Grenzen noch schärfer gezogen und im Sinne Spenglers und unter unverkennbarer Beeinflussung durch russisch-slavophile Gedankengänge im russischen und im abendländischen Bereich zwei völlig voneinander verschiedene, durch einen unüberbrückbaren Graben getrennte «Welten» einander gegenübergestellt, wobei man im zunehmenden Masse auch im Westen dazu neigte, gelegentlich in grotesker Übersteigerung, die Wertakzente zugunsten der russischen Welt auf Kosten der abendländisch-europäischen zu verschieben.

In jüngster Zeit wird in unverkennbarer Reaktion auf diese Überspitzung und unter dem Einfluss von Russlandfachleuten, zumal von Russlandhistorikern, aus der geschichtlichen Schau heraus wieder stärker das Verbindende zwischen Russland und dem Abendlande und die Gemeinsamkeit zwischen beiden betont. Damit wurde der «konventionellen Entgegensetzung» Russland und Europa weitgehend «der Boden entzogen» (Wittram). Mit Leidenschaft und Enthusiasmus, z.T. auch mit Zorn und Verärgerung

wurde sowohl von abendländischer wie von russischer (emigrantischer) Seite die These von der unabdingbaren Zugehörigkeit Russlands zum abendländischen Kulturbereich verfochten. (Die amtliche sowjetische materialistische Geschichtsauffassung sieht ohnehin in der Menschheitsgeschichte einen einheitlichen Entwicklungsprozess.)

Eine historische Darstellung wird gleichermaßen den traditionellen eigenständigen Entwicklungskräften nachzugehen haben, die der Geschichte Russlands über alle Wandlungen hinweg den ihr eigenen Charakter verliehen, wie auch den inneren und äusseren Gebundenheiten an die benachbarten Bereiche, zumal an den abendländischen, und deren gegenseitige Verflochtenheit. Es wird dann bereits in der Kiewer Periode ein zähes und erbittertes, sich durch die Jahrhunderte hinziehendes Ringen der verschiedenen Kräfte, Mächte und Tendenzen erkennbar, ein höchst dramatischer Vorgang, den es zunächst einmal zu erkennen und sichtbar zu machen gilt, wie er sich dem rückschauenden Auge darstellt.

\*

Die russischen Namen und Wörter wurden phonetisch umschrieben. Sh ist wie das französische j zu sprechen. Aus technischen Gründen musste aber auf den Karten die orthographische (wissenschaftliche) Schreibweise verwendet werden. Die Karten zeichnete Dr. Horst Preiss. Die Eigennamen wurden in der Regel in der russischen Form geschrieben (Michaël, Aleksěj, Sófja, Marja), eine Ausnahme wurde nur bei wenigen Namen entsprechend dem allgemeinen Brauch gemacht (Peter, Paul, Alexander, Katharina, Elisabeth). Das Schema auf S. 452/453 ist von mir nur als optisches Hilfsmittel zur besseren Anschauung der geistigen Entwicklung im 19. Jahrhundert gedacht.

Von Literaturangaben auf den Textseiten habe ich grundsätzlich abgesehen und auf Quellenangaben ganz verzichtet. Am Ende des Buches ist die wichtigste einschlägige Literatur verzeichnet, in der man sich jeweils auch über die Quellen informieren kann. Gleichwohl sollten die Namen der zahlreichen Autoren, denen ich in erster Linie sachliche Förderung zu danken habe, nicht verschwiegen werden. Sie finden sich im Text und – in Klammern – dort, wo ich wörtlich zitiert habe.

Ich habe auch vielen Ungenannten zu danken, die mir bei der Fertigstellung des Manuskripts, beim Umdiktieren und Korrigieren in selbstloser Weise geholfen haben. Mein Dank gilt vor allem der sich über die ganze Zeit der Arbeit an diesem Buch erstreckenden unermüdlichen, mich entlastenden und anregenden Hilfe meiner Frau.

Erlangen

Hans v. Rimscha

## VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die hier in zweiter Auflage vorgelegte Geschichte Russlands ist in allen Kapiteln überarbeitet und auf den neuesten Forschungsstand gebracht worden. Dabei wurde der Text, besonders im Abschnitt über die Zweite Moskauer Periode (Sowjetperiode), nicht unerheblich erweitert. Zwei Kapitel über die Zeit von Stalins Tod bis zum Sturz Chruschtschóws und ein Schlusswort (bis 1969) wurden hinzugefügt.

Es sind dabei die in dankenswerter Weise von der Fachkritik gemachten, z.T. sehr eingehenden Anmerkungen, Ausstellungen und Anregungen – auch die sowjetischen, falls sie sich nicht auf politische Polemik beschränkten – soweit es möglich war und zweckmässig erschien, berücksichtigt worden. Das gleiche gilt selbstverständlich für die zahlreichen, seit der ersten Auflage dieses Buches veröffentlichten Neuerscheinungen. Gliederung und Gestaltung des behandelten Stoffes und die Einstellung des Verfassers zu ihm blieben dabei unverändert.

Die zweite Auflage erscheint in einem anderen Verlag. Es ist mir ein Bedürfnis, ihm für das Verständnis meinen Dank zu sagen, das er angesichts der notwendig gewordenen Erweiterung des Umfanges dieses Buches gezeigt hat.

Erlangen 1970

H. v. R.



## EINLEITUNG

### DIE GESCHICHTLICHEN VORAUSSETZUNGEN

Einleitend sei kurz das Wichtigste über die Voraussetzungen der Geschichte Russlands gesagt: über den Schauplatz, auf dem sich die Geschichte vollzog, die Menschen, die zu Trägern der Geschichtsentwicklung wurden, und die politisch-sozialen Organisationsformen, die in der Zeit, da die Darstellung einsetzt, bereits vorhanden waren.

Der Schauplatz der Geschichte Russlands hat sich im Laufe der Jahrhunderte ungeheuer geweitet. Die Ausdehnung des Reiches über den heute von ihm beherrschten Riesenraum und das Hineinwachsen des Volkes in diesen Raum ist zum grossen Teil Gegenstand der vorliegenden Darstellung. Aber der Schauplatz selbst hat die geschichtliche Entwicklung wesentlich mitbestimmt. Er ist vom Schauplatz der abendländischen Geschichte sehr verschieden. Er ist durch Einheitlichkeit, Weiträumigkeit, Gestaltlosigkeit und Unbegrenztheit gekennzeichnet; es liegt in ihm ein «Zug ins Extensive, statt einer Vermehrung der Intensität, wie in gut abgegrenzten, in sich geschlossenen Landschaften» (Hettner).

Dieser Raum ist durch drei «Grundelemente der russischen Natur» (Kljutschéwskij) charakterisiert, die alle auf den Geschichtsablauf eine prägende Wirkung ausgeübt haben: die beiden scharf voneinander abgegrenzten Vegetationszonen, im Süden die Steppe und nördlich daran anschliessend der Wald (die Grenze verläuft in westöstlicher Richtung aus der Gegend von Kiew leicht nach Norden ansteigend bis Kasan an der Wolga, vgl. Karte), und als drittes Grundelement das den riesigen Raum nach allen Seiten hin durchschneidende, ihn einerseits gliedernde, andererseits die Zonen miteinander verbindende Seen- und Flusssystem. Die nördliche Vegetationszone, die Tundra, ist als geschichtsbildender Faktor unerheblich.

Die Menschen sind in diesen offenen Raum im Laufe der Jahrhunderte in Form zahlreicher Invasionswellen iranischer, germanischer, turanischer und mongolischer Völker immer wieder eingedrungen. Die Herrschaftsformen und politischen Gebilde, die dabei entstanden, lösten einander ab und gingen wieder zugrunde. In der Zeit, da unsere Darstellung einsetzt, bestand an der mittleren Wolga (seit dem 7. Jahrhundert) das Reich der türkisch-mongolischen Bolgaren, an der unteren Wolga das grosse und vor allem wirtschaftlich mächtige, zwar schon im Niedergang befindliche, aber immer noch auf hoher Kultur- und Zivilisationsstufe stehende Reich der turk-tatarischen Chasaren. Es hatte im 7. Jahrhundert seine Blütezeit gehabt; im 8. Jahrhundert war der Herrscher dieses Reiches, der Chagan, mit der Oberschicht zum Judentum übergetreten. Dieses Reich bot den westlich davon gelegenen Gebieten Schutz gegenüber den östlichen Nomaden.

Im nördlichen Waldgebiet siedelten um diese Zeit verschiedene primitive finnische Stämme, die zunächst für die geschichtliche Entwicklung unerheblich blieben. Anschliessend an ihr Siedlungsgebiet, z.T. auch mit ihnen vermengt, siedelten in der westlichen und südlichen Waldzone für die geschichtliche Entwicklung umso wichtiger werdende slawische Stämme, die nach der herrschenden Ansicht von den Nordhängen der Karpaten eingewandert und an den Flussläufen in den Stromgebieten des Dnjestr und Dnjepr und weiter nördlich der Düna und des Wolchow bis hinauf zum Ilmensee und an der Oká sesshaft geworden waren. Demgegenüber wird auch heute noch die Ansicht vertreten (Vernädsky), dass die Slawen aus Asien eingewandert seien. Die Ostslawen zerfielen in mehrere Stämme (vgl. Karte), die z.T. in Feindschaft miteinander lebten und sich auch in ihren Bräuchen voneinander unterschieden. Auf Grund neuerer Forschungen kann als gesichert gelten, dass sie sich hauptsächlich mit Ackerbau beschäftigten und nicht, wie früher angenommen wurde, vorwiegend mit Jagd und Fischerei. Die früheren Sippongemeinschaften hatten sich bereits weitgehend aufgelöst, weil die Streuung zu gross war; an ihre Stelle waren Hausgemeinschaften, die Grossfamilie mit dem Familienältesten an der Spitze, getreten.

Die Ostslawen waren Heiden. Von ihren religiösen Vorstellungen ist wenig bekannt, jedenfalls kann man «mit grosser Wahrscheinlichkeit behaupten, dass ihre Religion keinesfalls die Stufe erreichte, auf der eine Religion ein System von Dogmen, sei es auch ganz primitive, entwickelt und sich einen festen Kreis von Göttern geschaffen hat . . . Jedenfalls war die Welt der alten Ostslawen eine von dämonischen Wesen und geheimen magischen Kräften erfüllte Welt» (Tschizéwskij).

Die Flüsse, an denen die Slawen siedelten, waren aber gleichzeitig seit alters her Verkehrswege und Handelsstrassen der Kaufleute und Krieger aus den Bereichen hoher, von diesem Raume z.T. weit abgelegener Kulturen. Der älteste und wichtigste dieser Wege führte vom Finnischen Meerbusen über die Seen Ladoga, Onega, Beloosero in die Wolga. Dieser Weg zu den orientalischen Hochkulturen lag fast ganz ausserhalb des ostslawischen Siedlungsgebietes. Der nähere Weg aber, der von der Ostsee zum Schwarzen Meer und zu den Mittelmeerländern führte, ging über den Wolchow und den Dnjepr mitten durch das ostslawische Siedlungsgebiet hindurch.

Alle diese Wege wurden auch von normannischen Krieger-Händlern befahren. Zur Förderung und zum Schutz des Handels waren an diesen Flussstrassen zahlreiche feste Plätze entstanden, z.T. befestigte Städte als Stapel- und Umschlagplätze für den Handel, z.T. ganz primitive von Erdwällen umgebene Zufluchtsorte für die Bevölkerung (Gorodischtsche). Die bis auf den heutigen Tag ungeklärte Entstehung dieser ersten russischen Städte ist Gegenstand einer langen wissenschaftlichen Kontroverse gewesen. Hier können wir uns mit der Feststellung begnügen, dass sie als Siedlungsmittelpunkte bei der Entstehung der russischen Staatlichkeit «einfach da waren». Ihr Vorhandensein war eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Kiewer Staates, dessen besondere Eigenart eben darin bestand, dass hier im Wald- und Sumpfbgebiet, weit entfernt vom alten Kulturboden, ein neues geschichtliches Leben nicht aus der ländlichen Primitivität heraus erwuchs, sondern durch bereits vorhandene Städte charakterisiert wurde. Die Skandinavier haben dieses Land bekanntlich auch das Reich der Städte, Gardariki, genannt.



Die ostslawischen Stämme im 9. Jahrhundert.

Eine staatliche Organisation kannten die Ostslawen nicht. Die Siedlungsverhältnisse in weiter Zerstreuung längs den Flüssen im Walde waren dafür auch nicht günstig. Die Ostslawen lebten in kleinen Gemeinschaften, die sich zur gemeinsamen Rodung und Nutzung des Boden «zu einer Art Marktgenossenschaft, also nicht auf Grund des privaten, sondern des kollektiven Eigentums» (Gitermann) zusammenschlossen. Über diese sesshafte, ackerbaureisende, in den Städten natürlich auch mit Kleinhandel und Gewerbe beschäftigte Bevölkerung hatten die landfremden, kriegerischen Händler, in erster Linie die Normannen – im Süden, am Rande des Steppengebietes, auch die Chasaren –, nach alter Weise Herrschaften errichtet, die sich auf Tributzahlungen stützten. In der Regel scheinen die slawischen Stämme diese Herrschaften mehr oder weniger willig ertragen, vielleicht auch gewünscht zu haben, da sie gleichzeitig Schutz bedeuteten. Gelegentlich kam es aber auch zu Auflehnungen und zur Vertreibung der Tributherren. Im Zusammenhang mit solchen Vorgängen fand die sogenannte Berufung der warägischen Fürsten statt.

Das war der äussere Anstoss – die Herausforderung-zum Übergang der Ostslawen «aus dem Zustand der Möglichkeit in den Zustand der Wirklichkeit» (Mirtschük).

## Erster Abschnitt

# DIE KIEWER PERIODE

## Unter der Herrschaft des Geschlechtes der Rjúrikiden

### GESAMTBILD

Das Gesamtbild der sich über 300 Jahre erstreckenden Kiewer Periode zeichnet sich durch Einheitlichkeit und Geschlossenheit aus. In ihr wurden alle Grundlagen für die weitere Entwicklung der Geschichte Russlands gelegt.

Die Periode beginnt mit dem Eintritt der Ostslawen in das geschichtliche Leben. Sie setzt mit klar erkennbaren neuen Ansätzen ein, die rasch zu einer Konsolidierung der staatlichen und bald auch der volklichen und kulturellen Verhältnisse führen, und sie endet mit einem ebenso klar erkennbaren Niedergang, mit Zerfall und Auflösung.

Der Vereinheitlichungsprozess äussert sich politisch, nach Überlagerung einer sesshaften (slawischen) Bevölkerung durch eine landfremde (germanische) Oberschicht, in der Zusammenfassung der Herrschaften zahlreicher Fürsten zu einer Gemeinherrschaft der Dynastie unter einem Grossfürsten als anerkanntem Oberhaupt und in dem in andauernden Kämpfen errungenen Übergewicht der Zentralgewalt über die fortbestehenden Teilgewalten. Das so entstehende Reich hiess die Kiewer Rus.

Im Volklichen äussert sich der Vereinheitlichungsprozess in einer raschen Assimilierung der Oberschicht mit den bodenständigen Einheimischen, bei gleichzeitiger, wenn auch langsamer Verschmelzung der einzelnen slawischen Stämme miteinander.

Kulturell äussert sich der gleiche Prozess in der Ausbildung und im Gebrauch der gleichen Sprache (ostslawisch), in der Durchsetzung und Festigung einheitlicher Bräuche, Rechtsvorstellungen, Lebensanschauungen und Lebensformen, vor allem aber im ein-

heitlichen Glauben und der einen rechtgläubigen Kirche seit Übernahme des Christentums. Diese Vereinheitlichung fand ihren Ausdruck im Begriff des «russischen Landes».

Diese Periode ist durch eine politisch-soziale Struktur gekennzeichnet, bei der drei Faktoren, der monokratische (die Fürsten), der aristokratische (die Bojaren) und der demokratische (das freie Volk) ihren – örtlich verschiedenen – Anteil am öffentlichen Leben haben. Ausserhalb dieser Ordnung stand die Masse der rechtlosen Sklaven.

Das Staats- und unmittelbare Herrschaftsgebiet der Dynastie bleibt in dieser Periode fast ausschliesslich auf die Waldzone beschränkt bei nur gelegentlichen Vorstössen in die Steppe und einer langsamen Ausweitung aus dem Stromgebiet des Dnjepr und Wolchow nach Nordosten in das Stromgebiet der Oká und der oberen Wolga und nach Westen in das Stromgebiet des Dnjestr, Pruth und Bug. Der Staat ist in dieser Periode durch seinen Binnencharakter gekennzeichnet. Ohne die Küste an der Ostsee zu erreichen, bleibt er nur durch einen schmalen Zugang im Norden mit dem Finnischen Meerbusen und im Süden nur durch den Dnjepr mit dem Schwarzen Meer verbunden.

Die Wirtschaft des Staates wird in dieser Periode vom Fernhandel beherrscht. Die geographische Lage der Rus an einer alten nord-südlichen Verkehrsachse, die in jener Zeit bei Kiew von einer west-östlichen Weltverkehrsstrasse gekreuzt wird, begünstigt die Entwicklung des Handels. Kennzeichnend für diese Periode sind die Städte, in denen sich der Fernhandel konzentriert und die dem gesamten staatlichen Leben seinen Charakter geben.

Die geschichtliche, zumal die glänzende kulturelle Entwicklung in steilem Aufstieg während dieser Periode ist durch die politische und kulturelle Zwischenlage der Rus zwischen Byzanz und Rom bestimmt. Dabei nimmt die Bindung an den Osten als Folge der Annahme des Christentums in der griechisch-orthodoxen Form allmählich überhand über die vorübergehend starken Bindungen an den Westen. Während der ganzen Periode ist die Rus einer schweren Bedrohung aus der Steppe durch verschiedene asiatische Nomadenvölker ausgesetzt.

Das Ende dieser Periode ist durch den Niedergang des Handels

und damit der Wirtschaft infolge der Verlagerung des Weltverkehrs in die Mittelmeerländer gekennzeichnet, durch die Verselbständigung der lokalen Teilgewalten mit dem Ergebnis eines Zerfalls der Einheit bei gleichzeitigen Ansätzen zu einer sprachlichen Aufgliederung und (infolge von Wanderungen) auch einer volklichen Differenzierung, und schliesslich durch das neuerliche Auftreten einer jetzt nicht mehr zu bannenden Gefahr aus dem Osten.



## 1. DIE STAATSWERDUNG

### *Die Waräger*

«Sind zehn Russen zusammen, so wird sofort die Frage nach der Herkunft Russlands gestellt», hat Turgénjew einmal gesagt. Die sogenannte warägische oder normannische Frage dürfte die Russen heute nicht mehr so aufregen wie damals, aber gestellt wird sie auch jetzt noch.

In der nach Nestor benannten altrussischen Chronik, deren Verfasser wahrscheinlich, deren Bearbeiter sicher ein Waräger war, wird «die Berufung der Fürsten» wie folgt geschildert. Von verschiedenen slawischen und finnischen Stämmen hätten im nördlichen Russland Waräger Tribut erhoben; sie seien aber wieder verjagt und gezwungen worden, in ihre Heimat zurückzukehren. Die so befreiten slawischen Stämme wären aber nicht fähig gewesen, selbst eine Herrschaft zu führen. Deshalb hätten sie Boten über das Meer «zu den warägischen Russen» gesandt und gesagt: «Unser Land ist gross und reich, aber es ist keine Ordnung darin, kommt her und regiert über uns.» Die Waräger seien diesem Ruf gefolgt und hätten mehrere Fürsten geschickt, die sich zunächst in Nordrussland niederliessen und dann über Nówgorod nach Kiew kamen, wo sie die Rus begründeten.

Diese, für das slawische Selbstbewusstsein nicht gerade schmeichelhafte Darstellung ist – seit Lomondssow – Anlass zu einem heftigen Meinungsstreit darüber geworden, erstens, wer die «warägischen Russen» waren, und zweitens, was für einen Anteil sie an der Entwicklung des russischen Staatswesens hatten.

Zum ersten Teil der Frage kann heute trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten als gesichert gelten, dass die Waräger Normannen (Wikinger), also Skandinavier gewesen sind. Sie haben Russland und den Russen auch den Namen gegeben. In den byzantinischen und arabischen Quellen des 9. Jahrhunderts werden sie, oft in betontem Unterschied zu den Slawen, als Rhos bezeichnet. Das Wort ist sowohl mit dem schwedischen Ort Ros-

lagen in Verbindung gebracht worden, wie auch mit der Bezeichnung für Ruderer – rotskarlar. Die Finnen nennen die Schweden heute noch ruotsi. Nach den Rhos – in der russischen Form Rus – wurde das Kiewer Reich genannt; in byzantinischen Quellen kommt auch Rhosia vor.

Schwieriger ist der zweite Teil der Frage. Der Streit zwischen den sog. Normannisten und Antinormannisten dauert bis zum heutigen Tage fort, wie u.a. die kürzlich in englischer Sprache geführte Polemik zwischen H. Paskiewicz und G. Vernadsky lehrt. Die sowjetische «Generallinie» ist streng antinormannistisch. Natürlich kann man Nestor nicht wörtlich nehmen. Sein oben kurz wiedergegebener Bericht ist widerspruchsvoll und unglaubwürdig. Es erscheint nicht wahrscheinlich, dass soeben verjagte Tributherren wieder zurückgerufen wurden. Wahrscheinlicher ist, dass sie auf eigene Initiative, d.h. als Eroberer zurückgekehrt sind. Von russischer Seite ist die Ansicht vertreten worden, dass die warägischen Fürsten und ihr Gefolge (drushina) bezahlte Söldner der Slawen gewesen seien, die verpflichtet wurden, als Waffenträger die Gemeinwesen der friedliebenden Bevölkerung zu schützen. Auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung wird die These von einer «nichtselbständigen Entwicklung der russischen Staatlichkeit» für antiwissenschaftlich erklärt und ausdrücklich festgestellt, dass die «besoldeten (najomnyje) warägischen Drushfnen keinerlei irgendwie bedeutsamen Einfluss auf die Struktur und die Kultur des alten Russland» ausgeübt hätten (Sacharow).

Auch wenn das richtig ist – im 10. und 11. Jahrhundert sind warägische Krieger ohne Zweifel als Söldner «gemietet» worden –, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Waräger im neuentstehenden Kiewer Reich eine herrschende und sozial bevorrechtete Stellung einnahmen. Das Herrschergeschlecht war ohne jeden Zweifel warägischer Herkunft. Die Russen hatten das grosse und seltene Glück, dass diesem Geschlecht gleich in der ersten Zeit seiner Herrschaft ungewöhnlich viele überragende Herrscherpersönlichkeiten entsprossen, denen es in erster Linie zu danken ist, dass aus Möglichkeiten geschichtliche Wirklichkeit wurde.

Nach der Néstor-Chronik, die über einzelne Ereignisse und Personen recht genau, wenn auch – besonders für die älteste Zeit –

nicht unbedingt zuverlässig berichtet, war der Stammvater der Dynastie, der Waräger Rjúrik, eine historisch noch nicht fassbare Persönlichkeit. Vielleicht ist er mit dem jütländischen Rorik identisch. Er wäre – laut Néstor – mit seinen zwei Brüdern Sineus und Truvor, die sich in Belodsero und Isborsk niederliessen, zunächst nach Ladoga gekommen und hätte nach dem Tode der Brüder die Alleinherrschaft, interessanterweise nicht mehr am älteren Wolgawege, sondern am jüngeren Wolchow-Dnjepr-Weg in Nówgorod übernommen. Jedenfalls fand in jener Zeit die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichtes vom Wolga- auf den Dnjeprweg statt. Zwei Männer seiner Gefolgschaft, natürlich Waräger, Askold und Dir, hätten sich auf dem Wege nach Zargrad (Byzanz) in dem damals den Chasaren tributpflichtigen Kiew, einer jener schon lange bestehenden Städte, wahrscheinlich dem wichtigsten Umschlagplatz für den Byzanzhandel, niedergelassen und dort ihrerseits eine Herrschaft begründet.

Die geschichtliche Bedeutung dieses Vorganges wird man darin sehen müssen, dass die nunmehr bodenständig werdenden Waräger sich am Rande des Steppengebietes festsetzten und gleichzeitig in den Gesichtskreis und bald auch unter den Kultureinfluss von Byzanz traten. Bereits von Askold wird angenommen, dass er Christ geworden sei. Von Staatsgründungen wird man zwar nicht sprechen können, wohl aber von einer allmählichen Staatswerdung.

Unbezweifelbar ist, dass die Waräger im Zuge dieser Entwicklung an bereits ältere, von ihnen vorgefundene politische und soziale Gemeinschaftsformen der Slawen angeknüpft und auf ihnen aufgebaut haben, indem sie der Fortbildung überlieferter slawischer Traditionen weiten Spielraum liessen. Sie selbst wurden zunächst in der Sprache, bald auch in ihrer Lebensweise und Vorstellungswelt und wahrscheinlich erst zum Schluss biologisch durch Blutmischung slawisiert. Es ist anzunehmen, dass schon die ersten landfremden Herrscher im russischen Lande schnell heimisch wurden und sich auch bald von der alten bodenständigen Bevölkerung nicht mehr unterschieden fühlten.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass dieser Geschichtsprozess sich nur im Siedlungsgebiet der Slawen vollzog, durchaus nicht überall dort, wo die Normannen in Osteuropa erschienen

und Herrschaften zu begründen versuchten. Ausserhalb der Siedlungsgebiete der ostslawischen Stämme, weiter östlich bis zum Ural und südöstlich bis zum Kaspischen Meer versickerten die Normannen, ohne geschichtliche Bedeutung zu gewinnen.

Nach der Néstorchronik fand die Berufung der Fürsten im Jahre 6370 seit der Erschaffung der Welt, nach unserer Zeitrechnung 862 statt. Dieses Jahr galt auch später amtlich als der Anfang der Geschichte Russlands, und im Jahre 1862 wurde die Tausendjahrfeier im russischen Kaiserreich festlich begangen. Für den Prozess der russischen Staatswerdung ist dieses Jahr aber unerheblich. In anderem Zusammenhang hat es allerdings geschichtliche Bedeutung gewonnen. In eben dieser Zeit entsandte Kaiser Michael III. von Byzanz zwei Slawisch sprechende Griechen, die Brüder Kyrill und Methodius, als Missionare ins grossmährische Reich. Dieser Vorgang berührte die russische Geschichte zunächst nicht, aber das Ergebnis der Arbeit dieser Slawenapostel (glagolitische Alphabet) gewann später für die Entwicklung der russischen Kultur grosse Bedeutung.

### *Olég und Olga*

Als eigentlicher Begründer der Kiewer Rus und als der «Schöpfer einer russisch-slawischen Selbständigkeit und Macht» (Platónow) gilt der Warägerrusse Olég (879-912), jedenfalls ein Norweger. Nach der Chronik regierte er für Rjúriks Sohn Igor. Auch die Persönlichkeit Olegs steht noch stark im Dunkel jener fernen Zeit, aber seine überragende geschichtliche Bedeutung ist unbestritten. Ein Staatsmann mit politischem Weitblick und grossen organisatorischen Fähigkeiten, ein erfolgreicher Feldherr, geschickter Unterhändler und zugleich kluger Kaufmann, war er sich der Grenzen seiner Möglichkeiten durchaus bewusst. Er lebt als sagenumwobener, vielbesungener Held bis in unsere Zeit in der russischen Überlieferung fort.

Seine Anfänge lagen in Nówgorod. Bezeichnenderweise verlegte er aber seine Herrschaft nach Kiew (882), das seither als die «Mutter aller russischen Städte» gilt. Er zwang die wichtigsten slawischen Stämme und alle grösseren Städte unter seine Herr-

schaft, erreichte die Einstellung der Tributzahlungen an die Chasaren und befestigte sein Herrschaftsgebiet gegenüber dem Osten. In den Krieg zog er, offenbar im Unterschied zu seinen Vorgängern, wie ausdrücklich bezeugt wird, nicht nur mit seinem warägischen Gefolge (drushina), sondern mit einer Heeresmacht, zu der auch Slawen und Finnen gehörten. Zweifellos hat er damit das Kiewer-russische Gemeinbewusstsein gefördert.

Das Hauptproblem für ihn war aber Byzanz. Oleg hat vom Christentum wenig oder gar nichts gehalten, so dass der byzantinisch-christliche Einfluss in seiner Regierungszeit zurückging. Dagegen zeigte er sehr grosses Interesse für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Byzanz. Raub- und Plünderungszüge der Rhos nach «Zargrad» hatte es schon vor der sogenannten Berufung der Fürsten gegeben. Aus dem Jahre 860 ist ein mit viel Greuelthaten verbundener, den Byzantinern ganz unerwartet gekommener Überfall gut überliefert. Damals hatte der redegewaltige Patriarch Photius mit beschwörenden Worten – «in finsterner schrecklicher Nacht, als unser aller Lebenskreis zusammen mit dem Sonnenkreis unterging und unser Lebenslicht in das tiefe Dunkel des Todes versank» – zum Widerstand gegen den fürchterlichen Feind aufgerufen und in gekränktem Stolz bittere Klage darüber geführt, dass «dieses Volk, das bisher verborgen und unbeachtet, ja bis zum Angriff auf uns überhaupt nicht bekannt war», es gewagt hatte, den Rhomäern «eine solche Last und Schande» aufzuerlegen. Nach christlicher Überlieferung hatte damals die Mutter Gottes durch die Entfesselung eines Sturmes geholfen. Jedenfalls waren die Kiewer Russen, so schnell wie sie erschienen, auch wieder verschwunden.

Aber nach einem halben Jahrhundert (907) waren sie wieder da, jetzt unter Führung Olégs mit einer etwa zehnmal so grossen Heeresmacht (nach byzantinischen Quellen 80'000 Mann auf 2'000 Booten). Nach einem phantasievollen Bericht der Chronik soll Oleg seine Boote auf Räder gestellt und die Kaiserstadt von der Landseite angegriffen haben. Dieses Mal half die Mutter Gottes nicht, und die Russen verschwanden auch nicht wieder, so dass die Byzantiner Verhandlungen mit ihnen anknüpften. Nach der Néstor-Chronik hat Oleg damals den Byzantinern einen Tribut

aufgelegt und als Zeichen seiner Herrschaft seinen Schild an das Tor von Konstantinopel genagelt. Dieser Schild am Tor von Byzanz hat noch Jahrhunderte später in der imperialistischen russischen Tradition eine Rolle gespielt, und noch während des Ersten Weltkrieges begründete der Ministerpräsident Trépow die Ansprüche Russlands auf Konstantinopel unter anderem mit dem Schild von Oleg.

Die Byzantiner selbst sahen die Dinge anders. Nach ihrer Überlieferung haben sie die unzivilisierten Russen mit allerlei Tand sozusagen «bestochen», sie durch gute Verpflegung – vor den Toren der Stadt! – vom Freibeutertum abgehalten, durch entsprechende Sicherheitsmassnahmen sich auch im Inneren der Stadt vor Überraschungen geschützt und es schliesslich erreicht, dass am Ende dieses Überfalls nicht Plünderungen, sondern vertragliche Regelungen standen. Die sich selbst als Sieger bezeichnenden Russen durften nur «nach polizeilicher Anmeldung» und unbewaffnet in Gruppen von nicht mehr als fünfzig Mann und nur durch bestimmte Tore die Stadt betreten und für sie bestimmte Quartiere beziehen. Das Ergebnis dieser nun in eine Ordnung gebrachten Beziehungen war ein zunächst mündlich beschworener, später aber (911) schriftlich niedergelegter und von einer Kiewer Gesandtschaft unterschriebener Handelsvertrag. Es ist dieses ein ausserordentlich interessantes Dokument, das ganz modern anmutend in zwei Exemplaren, Griechisch und Slawisch, ausgestellt war und dessen Wortlaut wir kennen. Oleg erscheint dabei durchaus nicht als siegreicher Herr, der Tribut auferlegt, wohl aber als geschickter Geschäftspartner. Der Vertrag war für die Kiewer Kaufleute günstig: es wurde ihnen freier Handel zugesichert, sie wurden in Byzanz nicht besteuert, konnten dort auf Kosten der Staatskasse leben und erhielten noch Verpflegung für die Rückreise.

Auf Grund dieses Vertrages entwickelte sich ein lebhafter Handelsverkehr. Jahr für Jahr, jeweils im Juni, fuhren Kiewer Handelskarawanen den Dnjepr hinunter und über das Schwarze Meer nach Byzanz, blieben den Sommer über dort und kehrten im Herbst wieder zurück. Allerdings blieben die Beziehungen nicht störungsfrei. Das Kulturniveau zwischen den Vertragspartnern war noch zu verschieden, um keine Krisen auszulösen. Die Kiewer

Russen verfielen immer wieder in ihr unbekümmertes Barbarentum und ersetzten die Vertragsabschlüsse wieder durch Plünderungen und Raubzüge, so z.B. unter dem Fürsten Igor (941). Dabei zeigten sich die Byzantiner allerdings militärisch eindeutig überlegen. Sie lieferten den Kiewer Russen eine Seeschlacht, bei der sie Flammenwerfer, das sogenannte «griechische Feuer», anwendeten<sup>1</sup> und die Angreifer in die Flucht schlugen. Aber das Ende war auch dieses Mal eine neuerliche Befestigung der «vom Teufel zerstörten Eintracht» durch einen Vertrag (944), der allerdings nicht mehr so vorteilhaft war wie der erste, im Ganzen aber die Fortsetzung geregelter Wirtschaftsbeziehungen gewährleistete.

Inzwischen schritt die Staatswerdung langsam weiter. Die Kiewer Rus wurde durch die machtvolle Persönlichkeit Olegs zwar in einer gewissen Einheit zusammengehalten, war aber durchaus nicht ein in sich gefügtes Staatswesen. Die Rus bestand aus einer Reihe von Herrschaften warägischer Fürsten über slawische Stammesorganisationen, die ihrerseits auf die Wahrung eigener Rechte gegenüber den Fürsten durchaus bedacht waren. Die Stellung Olegs als des Grossfürsten (welfkij knjas) war die eines primus inter pares. So waren z.B. die Gesandten, die den Vertrag mit Byzanz unterschrieben, ausdrücklich auch von den anderen «erlauchten und grossen Fürsten» bevollmächtigt. Nach Olegs Tod kam es vor, dass einzelne Drushinen sich mit ihren Fürsten selbständig machten und sich auf eigene Faust in militärische Unternehmungen einliessen. Damals wurden Waräger-Russen und Slawen von den Byzantinern noch ausdrücklich unterschieden, wobei der Unterschied jedenfalls mehr ein sozialer als ein nationaler war. Auch die einzelnen slawischen Stämme zeigten noch starke Gegensätzlichkeiten.

Nach dem Tode Olégs haben dreiunddreissig Jahre lang (912 bis 945) jedenfalls mehrere unbedeutende Fürsten regiert; sie sind in der Chronik in einen Fürsten, „den angeblichen Sohn Rjúriks Igor, zusammengezogen. Sie haben in fortgesetztem Machtkampf gegen

<sup>1</sup> Eine, wie man heute annimmt, stark zündende Mischung aus gebranntem Kalk, Schwefel, Kohle, Pech, Harz, Erdöl und Salpeter, die sich mit Wasser unter starker Verpuffung entzündete.

unbotmässige Stämme und deren slawische Führer gestanden, und mindestens einer von ihnen wurde dabei ermordet. In der Mitte des 10. Jahrhunderts fand Oleg aber einen würdigen Nachfolger, der sein Werk fortsetzte und wesentlich zur weiteren Festigung des jungen Reiches beitrug. Dieser würdige Nachfolger Olegs war eine Frau, die Fürstin Olga.

Allein diese Tatsache ist bemerkenswert. Die Stellung der Frau war in der Rus günstiger und stärker als im Abendland. Das war ein altslawisches Erbe, denn nach slawischer Überlieferung hatten die Frauen gleiche Rechte wie die Männer. Auch später, nach jahrhundertelanger Unterbrechung infolge der Tatarenherrschaft, kam der Frau in Russland im 18. und 19. Jahrhundert im politischen Leben, zumal in der revolutionären Bewegung eine ganz einzigartige Stellung zu.

Olgas Gatte Igor war von dem als besonders roh geschilderten Stamm der Drewljanen ermordet worden. Darauf herrschte sie sehr selbständig (945-957) für ihren unmündigen Sohn Swjatoslaw. Auch ihre Gestalt ist noch stark vom Fröhndunkel der Geschichte umhüllt. Sie hat aber ein sehr freundliches Andenken hinterlassen. Von der Überlieferung wird sie als die weiseste unter den Frauen (*mudréjschaja is shon*) gepriesen, und die Kirche hat sie später unter dem Namen Helena heiliggesprochen. Sie war eine Warägerin aus Pleskau, eine Frau mit sehr maskulinen Eigenschaften, aber – wie 900 Jahre später Katharina II. – gleichwohl von ihren weiblichen Reizen durchaus überzeugt. Nach der Chronik haben die Männer, die ihr begegneten, sowohl der Drewljanen-Fürst Mal wie der griechische Kaiser Konstantin sich nicht enthalten können, sie heiraten zu wollen.

Bei der Festigung ihrer Autorität im eigenen Lande war Olga in ihren Mitteln nicht wählerischer als ihre männlichen Vorgänger und Nachfolger, und die Chronik vermittelt ein lebendiges Bild davon, wie sie es verstand, ihre Gegner, sei es durch Betrug, sei es durch Gewalt zu liquidieren. Gewiss fielen ihre Herrschaftsmethoden – Gewalt, Härte, Hinterlist, Grausamkeit, Beutegier, verbunden mit Zielsicherheit, Energie und Umsicht – nicht aus dem Rahmen des üblichen, aber Olga zeigte sich in der Anwendung dieser Methoden ihren Zeitgenossen offenbar überlegen. Jedenfalls



hat sie es verstanden, die noch stark auseinanderstrebenden, z.T. noch gegeneinander wirkenden Faktoren in der jungen Kiewer Rus weiter zusammenzuzwingen und damit die entstehende Einheit zu fördern.

Neu war ihr Verhalten gegenüber Byzanz. Wie erwähnt, waren byzantinisch-christliche Einflüsse schon vor Olég nach Kiew gedrungen. Jedenfalls gab es beim Regierungsantritt Olgas bereits eine christliche Kirche (des Propheten Elias) in Kiew. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Byzantiner mit ihrer christlichen Mission auch politische Ziele verfolgten, um «geleitet vom grossen und kühnen Gedanken, die barbarischen Gegner durch geistige Mittel in die Einflussphäre der eigenen Kultur hineinzuziehen und sie auch politisát als Freunde zu gewinnen» (Laehr). Olég war solchen Bestrebungen nicht zugänglich, Olga wohl. Sie liess sich taufen.

Nach der Néstor-Chronik ist sie zu diesem Zweck – jedenfalls im Jahre 957 – nach Byzanz gereist. Ihr Besuch in der Kaiserstadt steht einwandfrei fest und ist u.a. vom Basileus Konstantinos Porphyrogenetos persönlich bezeugt. Ob sie sich schon vorher oder erst in Konstantinopel hat taufen lassen, ist nicht geklärt und unerheblich. Sicher ist, dass sie sich mit der Hinwendung zum Christentum in Kiew nicht durchsetzen konnte. Die heidnische Tradition war damals noch stärker als sie, und auch ihr Sohn weigerte sich, den neuen Glauben anzunehmen. Vielleicht befürchtete man in Kiew, dass Byzanz daraus auch den Anspruch auf eine politische Oberhoheit herleiten würde. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass das in der Absicht der Byzantiner gelegen hat. Die Anerkennung der geistlichen Autorität des Patriarchen von Konstantinopel war durch die Taufe allerdings erfolgt, aber einer politischen Unterstellung unter Byzanz ist Olga geschickt ausgewichen. Nach der Rückkehr nach Kiew weigerte sie sich, die geforderten Abgaben zu zahlen und knüpfte, jedenfalls um im Abendlande ein Gegengewicht zu gewinnen, auch kirchliche Beziehungen zum Westen an. Sie bat König Otto I. um einen Bischof (959). Nach neuerdings geäussertter Ansicht hat diese Aktion bedeutsame Folgen für die abendländische Geschichte gehabt: durch die Gleichsetzung des deutschen Königs mit dem griechischen Kaiser seitens Olgas während der diplomatischen Verhand-

lungen hätte sie dazu beigetragen, dass Otto sich drei Jahre später zum Kaiser krönen liess (Ohnsorge). Tatsächlich sind damals zwei deutsche Geistliche zu «Bischöfen von Russland» geweiht worden. Sie wurden aber durch die heidnische Reaktion mit Gewalt wieder aus der Rus vertrieben. Das Haupt dieser Reaktion war Olgas Sohn und Nachfolger Swjatoslaw.

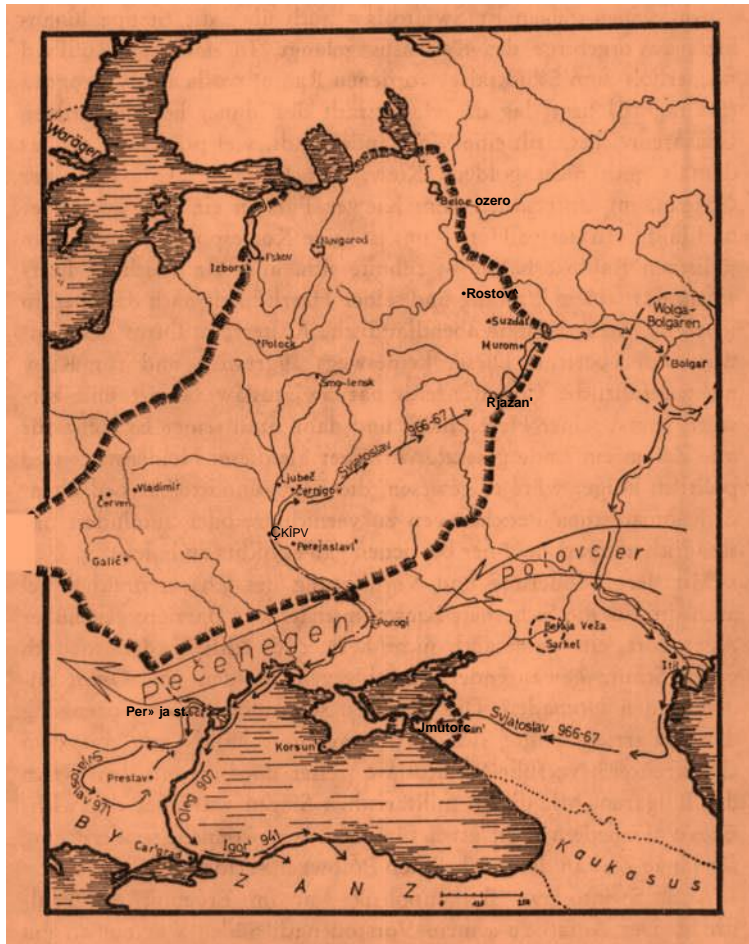
### *Swjatoslaw*

Swjatoslaw war der erste warägisch-russische Fürst mit slawischem Namen. Er steht bereits im hellen Licht der Geschichte. Die Ergebnisse seiner unruhigen und ereignisvollen nur fünfzehn Jahre währenden Regierung (957-972) sind zwar nicht von Dauer gewesen, aber seine Regierung ist so bezeichnend für die Zustände, Tendenzen und Möglichkeiten der Kiewer Rus jener Zeit, dass es gerechtfertigt erscheint, auch bei ihm zu verweilen.

Dieser Swjatoslaw ist einerseits als «typisch warägischer Held» (Staehlin) und ein «durch und durch normannischer Heerkönig» (Laehr), andererseits aber als ein «Feldherr in der Art Hannibals» (Forsmann) bezeichnet, also mit völlig verschiedenen historischen Gestalten verglichen worden. Richtiger wäre es, in ihm einen typischen Kiewer Russen zu sehen, in dem die dort sich kreuzenden heterogenen, volk-, raum- und kulturbedingten Elemente eine höchst originelle und schillernde Verbindung eingegangen waren.

Swjatoslaw war seinen Interessen und seiner Veranlagung nach vor allem Krieger. Mit Rücksicht auf sein Gefolge und nicht etwa aus Überzeugungsgründen hatte er die Taufe abgelehnt: «DieDru-shina würde mich auslachen!» Nach seiner Volljährigkeit zur Regierung gelangt, überliess er seiner Mutter die innere Verwaltung und verbrachte sein weiteres, schon mit dreissig Jahren endendes Leben nur auf Feldzügen. In seinem unermüdlichen Bemühen, sein Reich, oder richtiger seinen Herrschaftsbereich, nach Osten und Süden auszuweiten, stiess er aus dem Waldgebiet bis tief in die Steppenzone hinein. Dadurch war er ganz neuen Bedingungen ausgesetzt. Er hat sich ihnen in seiner Kriegführung und in seiner Lebensweise und jedenfalls auch in seinen politischen Zielsetzungen

angepasst und sich damit von den vorkiewer warägischen Traditionen entfernt. Offenbar haben ihm die grossen von ihm selbst zerschlagenen Steppenreiche als nachahmenswertes Beispiel vorgeschwebt. Dadurch geriet er aber in Konkurrenz mit den echten Steppennomaden, deren militärischer und politischer Praxis und Erfahrung er mit seinen Russen auf die Dauer nicht gewachsen war. Von der Sowjetwissenschaft wird seine Regierungstätigkeit als «aktive Aussenpolitik» bezeichnet. Er ist wie ein Sturmwind über die Steppe gebräust, hat sich seine Gegner gesucht, wo er sie fand, hat gebrandschatzt, geplündert und verwüstet; er hat Gefangene zu Tausenden und Zehntausenden massakriert und auf Pfähle gesetzt. Nirgends trat er aber gleichzeitig als Händler auf. Er hat fast das ganze spätere europäische Russland in seinen Zügen siegreich durchstreift (vgl. Karte), aber nirgends hat er nach dem Beispiel seiner grossen Vorgänger ordnend und gestaltend eingegriffen. Infolgedessen hat er auch nichts Bleibendes geschaffen. Es wird von ihm berichtet, dass er auf seinen Zügen weder Tross noch Küchengeräte mit sich führte, denn er «ass das Fleisch von Pferden, Wild oder Rind auf Kohlen gebraten». In seinem Herumjagen, plötzlichen Auftauchen und Wiederverschwinden, seinen Fahrten auf der Wolga stromauf und stromab, verwegen bis zur Sinnlosigkeit, zäh und verbissen, beispiellos überheblich, erinnert er mehr an Sténka Rásin oder Pugatschów als etwa an die Helden der Nordischen Sagas oder an den Karthager Hannibal. Seine Zeitgenossen verglichen ihn treffend mit einem leise schleichenden Panther. Auch dieses Katzenhafte passt nicht gut zum Bilde eines Normannen, und mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass der Panther nicht ein Tier des Nordens oder des Waldes, sondern ein Bewohner der Steppe ist. Alles mutet an Swjatoslaw sehr östlich an, auch sein Äusseres, über das wir durch Leo Diakonus, der ihn gesehen hat, informiert sind. Er war nicht, wie seine warägischen Vorfahren (nach arabischen Schilderungen) «gross wie die Palmenbäume», sondern mittleren Wuchses mit dichten Brauen über blauen Augen, flacher, breiter Nase, stiernackig und breitschultrig. Er trug über dem rasierten Kinn einen dichten, lang herabhängenden Schnurrbart, an einer Seite des kahl geschorenen Kopfes eine noch länger herabhängende Haarlocke, in einem Ohr einen goldenen Ring mit



Die Kiewer Rus im 11. Jahrhundert.

Rubinen und Perlen – im Ganzen möchte man sagen, das Urbild der Saporoger Kosaken, wie Répin sie auf seinem berühmten Bilde dargestellt hat.

Auf seinen Zügen ist Swjatoslaw auch über die Steppe hinaus bis ins Vorgebirge des Kaukasus gelangt. In dem für Russland wiederholt zum Schicksal gewordenen Raum, wo heute Wolgograd (Stalingrad) liegt, lag die Hauptstadt des immer noch mächtigen Chasarenreiches, Itil, eine Welthandelsstadt, viel prächtiger als das damals noch nicht goldene Kiew. Der Fürst der Chasaren, der Chagan, im Unterschied zum Kiewer Fürsten ein fein gebildeter und hochkultivierter Herr – uns ist seine Korrespondenz mit einem jüdischen Rabbi erhalten –, rühmte sich, über ein Reich zu herrschen, das seinem Umfang und seiner Herrlichkeit nach das eben in jener Zeit neuerrichtete abendländische Kaiserreich Ottos des Grossen noch übertraf. Dieses keineswegs aggressive und für Kiew nicht gefährliche Chasarenreich hat Swjatoslaw besiegt und zerstört, zuerst seiner Herrlichkeit und dann auch seiner Existenz für alle Zeiten ein Ende gesetzt. Wichtiger als dieses Heldenstück und politisch klüger wäre es gewesen, die Kiew unmittelbar bedrohenden nomadischen Petschenégen zu vernichten, oder zumindest unschädlich zu machen. Aber bei denen gab es nichts zu holen!

Mit der Plünderung und Vernichtung des Chasarenreiches fiel auch die für die Sicherheit Kiews unschätzbare Barriere gegenüber Asien fort, ein wenn auch nicht hermetisch schliessender, so doch guten Schutz gewährender Riegel gegenüber den von Osten andringenden Nomaden. Die geradezu selbstmörderische Sprengung dieser Barriere sollte sich bitter rächen. Ähnlich wie mit dem Chasarenreich verfuhr Swjatoslaw weiter nördlich mit dem Reich der Bolgaren. Mit diesen militärischen Siegen war aber das wichtige Wolgabecken nicht etwa für die Rus gewonnen, sondern ging für lange Zeit an die gefährlichen Pólowzer verloren.

Auch Swjatoslaws Balkanpolitik war im Ergebnis ein Fehlschlag. Der Anlass zu seinem Vorstoss nach Süden war ein an ihn ergangenes Angebot des Kaisers von Byzanz (968), für viel Geld (15 Zentner Gold) die Balkanbulgaren zu besiegen. Swjatoslaw willigte ein und zog auf den Balkan, aber anders als vor ihm Oleg und Igor nicht zu Schiff, sondern auf dem Landweg, auch in

diesem Fall nach östlichem Vorbild mit einem Riesenheer. Es war um ein Vielfaches, etwa um das Sechsfache, grösser (60'000 Mann) als die abendländischen Ritterheere, mit denen die deutschen Kaiser «über den Berg» nach Süden zogen. Swjatoslaw besiegte zwar die Bulgaren, geriet aber sofort mit den Byzantinern in Krieg.

Nun geschah unter Führung des Kiewer Fürsten Swjatoslaw das gleiche, was sich 900 Jahre später unter den russischen Kaisern Nikoláj I. und Alexander II. wiederholen sollte: die Russen überstiegen den Balkan und marschierten auf Konstantinopel. Dabei interessieren zwei Einzelheiten. Erstens, dass der alte Kulturboden des Südens eine so grosse Anziehungskraft auf Swjatoslaw ausübte, dass sogar dieser ewig Schweifende hier erstmalig den Wunsch äusserte zu verweilen. Er wolle ganz auf dem Balkan bleiben und seine Residenz von Kiew nach Perejaslawez an der Donau verlegen, «denn hier fliessen alle Reichtümer zusammen: von den Griechen Gold, Gewebe, Wein und Früchte; von den Tschechen und Ungarn Silber und Pferde; aus der Rus Pelze, Wachs, Honig und Sklaven» (Néstor-Chronik).

Die zweite interessante Einzelheit ist, dass Swjatoslaw seine Politik gegenüber Byzanz mit einer Idee rechtfertigte, die an die von Katharina II. 800 Jahre später verfochtene Idee eines von den Russen zu schaffenden balkanischen Kaisertums erinnert. Nach einer byzantinischen Quelle spielte sich der heidnische Swjatoslaw dem christlichen Kaiser von Byzanz gegenüber als Verteidiger des (christlichen) Europa gegen das (heidnische) Asien auf. Was suche der Basileus in Europa, das ihm nicht gehöre, liess er dem Kaiser ausrichten. . . Er möge schleunigst aus Europa verschwinden und nach Asien abziehen. (Kai jtpôç rçv 'Aoiav ixETAaxEvä^EoOai.) Selbstverständlich sind die Begriffe «Europa» und «Asien» hier nicht kulturell, sondern geographisch zu verstehen, aber gleichwohl wird man aus diesem Zitat auf ein damals in Kiew lebendiges Zugehörigkeitsgefühl zu Europa schliessen dürfen.

Verwirklicht hat Swjatoslaw auch in diesem Fall von seinen hochfliegenden Plänen nichts. Er kam nicht bis Konstantinopel. Sein Heer wurde geschlagen und in der Donaufestung Dorostolon (Silitria) eingeschlossen. Die christlichen Byzantiner zeigten sich

ihm gegenüber grossmütig und gewährten ihm in Anerkennung seiner Tapferkeit freien Abzug. Aber jene selben heidnischen Petschenégen, die Swjatoslaw unschädlich zu machen versäumt hatte, verlegten ihm jetzt in der südrussischen Steppe den Weg nach Hause, fingen ihn und brachten ihn um (972). Die aktive Aussenpolitik Swjatoslaws war somit vollständig gescheitert. Es musste ein Grösserer kommen, um das Werk Olegs fortzuführen und ihm die entscheidende Wendung ins Geschichtliche zu geben – Swjatoslaws Sohn Wladímir.

## 2. IM SCHATTEN UND LICHT VON BYZANZ

### *Wladimir der Heilige und die Christianisierung*

Wladimir (geb. 960) ist wohl der erste in der Reihe der grossen Herrscher über das russische Land, der den Namen eines Staatsmannes verdient. Während seine Vorgänger in erster Linie die Interessen des Herrscherhauses, bzw. ihre persönlichen, allenfalls die der Drushina vertraten, sehen wir in ihm einen Fürsten, der sein Augenmerk auf die Interessen des Reiches richtet bei betonter Hinwendung zum slawischen Element. Wir finden bei ihm auch zum ersten Mal eine bewusste Abwehr warägischer Traditionen und deren Träger. So berichtet die Néstor-Chronik, Wladimir habe 6'000 Waräger in recht hinterhältiger Weise nach Byzanz abgeschoben und den Kaiser gleichzeitig in einer Geheimbotschaft gebeten, sie streng zu bewachen, damit sie «kein Unheil stiften wie hier», jedenfalls keinen von ihnen «hierher zurückzulassen». Die Geschichte, nicht nur die russische, kennt bekanntlich auch andere Beispiele dafür, dass ein Führer Treue verlangt, aber selbst Treue nicht hält.

Wladimir ist von der Nachwelt aus verschiedenen Gründen sehr verherrlicht worden. Die christliche Tradition hat ihm den Beinamen des Apostelgleichen (rawnoapostolnyj) verliehen, und die griechische Kirche hat ihn heiliggesprochen. Auch die römisch-katholische Kirche verehrt ihn als Heiligen. Nicht weniger verherrlicht ihn die national-russische Tradition, weil er als erster der Kiewer Fürsten ausgeprägt slawische Charaktereigenschaften gehabt habe, «die allerlebendigste Verkörperung der slawischen Natur» gewesen sei, wie Daniléwskij sich ausgedrückt hat, unausgeglichen und willkürlich, zwar brutal, aber niemals grausam, sondern weich und sentimental, vor allem aber sehr menschlich. Lange Zeit hatte man angenommen, dass seine Mutter eine Slawin gewesen sei, die Magd Malüscha. Nach den neuesten Forschungen ist es aber zweifelhaft; wahrscheinlich ist auch Wladimir blutmässig ein reiner Waräger gewesen. Allerdings hatte sich bereits damals



die warägische Oberschicht schon weitgehend, jedenfalls auch psychisch, der slawischen Umwelt angeglichen. Von der ukrainischen Tradition, die in Wladímir ihren Nationalhelden sieht, ist ihm der Beiname der Grosse verliehen worden; in der russischen Geschichtsschreibung einschliesslich der sowjetischen hat sich das aber nicht durchgesetzt.

Auch in der mündlichen Volksüberlieferung hat Wladímir seinen festen Platz. Als die «herrliche Sonne» (krasnoje sölnyschko) lebt er im Volksmund als eine Art König Artus fort, umgeben von Recken (bogatyri), die bezeichnenderweise alle rein slawische Namen führen: Ilja Müromez, Dobrynja Nikititsch, Aljoscha Popowitsch u.a.

Sieht man von den Ausschmückungen in den Quellen ab, so bleibt gleichwohl ein recht klares Bild seiner Persönlichkeit, als das eines Mannes, der im Unterschied zu seinem Vater einen ausgeprägten politischen Sinn hatte, weitblickend und klar erkannte, welche Möglichkeiten ihm und seinem Reich unter den gegebenen Verhältnissen offenstanden, welche Aufgaben sich daraus herleiten liessen und wie diese Aufgaben zu erfüllen waren, sowohl nach innen wie auch nach aussen. Er hat im Innern die Konsolidierung des Staates durch die richtige Erkenntnis gefördert, dass sie, um von Dauer zu sein, sich auf das einheimische slawische Element stützen muss. Nach aussen hat er die Rus, nachdem die untere und mittlere Wolga wieder verlorengegangen war, in das Gebiet der oberen Wolga, der Oká und der Kljasma, d.h. in das spätere Kerngebiet des russischen Reiches hinein ausgedehnt und gefestigt und nach Westen hin gegenüber dem dort erwachsenen und erstarkenden Konkurrenten und gefährlichen Feind der Zukunft – Polen – gesichert.

Seine grösste und wichtigste Tat bleibt aber die Einführung des Christentums. Bislang hatte das junge Kiew – trotz Olegs Schild – im Schatten der alten herrlichen, prunkvollen Kaiserstadt am Bosphorus gestanden; durch die Christianisierung trat es in ihr Licht. Erst damit war die Voraussetzung für ein unerhört rasches Aufblühen der Kiewer Rus gegeben.

Nach dem Tode seines Vaters hatte ein Machtkampf zwischen den, in verschiedenen über das ganze Reich zerstreuten Städten

residierenden Söhnen und anderen Verwandten eingesetzt. Diese ebenso langen wie blutigen Kämpfe waren erfüllt von Verwandtenmord, Frauenraub, Verrat, Betrug und anderen Schändlichkeiten, über die die Chronik genau berichtet, deren Einzelheiten aber ohne jedes historische Interesse sind. In diesen Kämpfen behielt Wladimir schliesslich allen gegenüber die Oberhand. Zwanzigjährig (980) war er bereits Alleinherrscher in Kiew, d.h. Sieger über seine Verwandten, aber erst sieben Jahre später auch unumstrittener Herr im Lande, d.h. Sieger auch über die verschiedenen sich immer wieder auflehrenden slawischen Stämme.

In der ersten Periode seines Lebens wird Wladimir vom Chronisten als ein Jüngling geschildert, der am liebsten so sein wollte wie sein Vater: mehr Krieger und beutegieriger Räuber als Händler oder gar Staatsmann, ein kraft- und energiestrotzender junger Mann, der es besonders auf die Weiber abgesehen hatte. «Ein Weiberliebhaber wie Salomo», sagt der russische Chronist; «fornicator immensus et crudelis» drückt sich drastischer Thietmar von Merseburg aus. Nach der Überlieferung hatte er in dieser Zeit fünf legitime Frauen (drei Warägerinnen, eine Griechin und eine Tschechin) und ausserdem noch 800 Nebenfrauen in einem Riesenharem. Die Vielweiberei war in der vorchristlichen Zeit in der Kiewer Rus überhaupt sehr verbreitet. Wladimirs triebhaftes orientalisches Wesen führte aber nicht nur zu sexuellen Exzessen. Zum ersten und einzigen Mal wird aus dieser Zeit bei Nestor von Menschenopfern berichtet; ob diese Nachrichten zuverlässig sind, ist allerdings fraglich.

Als der so geartete Grossfürst von Kiew achtundzwanzig Jahre alt war, trat er mit seinem Volk zum Christentum über. Dass diese Tat wohlüberlegt war, geht aus dem ausführlichen Bericht in der Néstor-Chronik hervor. Danach hatte Wladimir zunächst Sendboten der verschiedenen Religionen empfangen – der Mohammedaner aus dem Bulgarenreich, der Katholiken (oder wie es in der Chronik heisst «der Deutschen vom Papst»), der Juden aus dem Chasarenreich und der Griechen aus Byzanz. Um sich über die Eigenschaften und Vorzüge der verschiedenen Religionen besser zu unterrichten, hatte er anschliessend eigene Gesandtschaften in die verschiedenen Länder geschickt, bevor er sich schliesslich für den

griechischen Glauben entschied. Für Wladímir, der jedenfalls kein homo religiosus war und auch die Fragen des Glaubens nüchtern und vom Blickpunkt der Zweckmässigkeit aus betrachtete, sind offenbar politische Erwägungen ausschlaggebend gewesen.

Es ist gewiss richtig, dass die Übernahme des Christentums an sich kein neues Problem war, es ist auch richtig, dass die Entscheidung für die byzantinische Kirche die nächstliegende und natürlichste Lösung war. Aber die einzige Möglichkeit war sie nicht. Das lehrt die Erzählung von den Gesandtschaften. Die Möglichkeit einer weiteren Orientalisierung durch Übertritt zum Islam war für den Jüngling mit dem Riesenharems selbstverständlich gegeben, desgleichen die Möglichkeit einer Entscheidung für den lateinischen Westen. Wladímir hatte zu wählen und nicht sich einer determinierten Entwicklung zu fügen. Seine subjektive Entscheidung hat der ganzen weiteren Entwicklung der russischen Geschichte die Richtung gegeben.

Die politischen Erwägungen Wladímir's anlässlich seiner Taufe wurden durch seine gleichzeitigen neuerlichen Heiratsabsichten deutlich. Den wilden und zügellosen, wenn auch politisch erfolgreichen Kiewer «fornicator immensus» gelüstete es nach der Ebenbürtigkeit mit den Kaisern von Byzanz und Rom. Bislang rangierte er nach byzantinischer Etikette nicht sehr hoch, jedenfalls niedriger als der Chasarenchan und der Bulgarenzar (wie aus der jeweiligen Anrede im byzantinischen diplomatischen Verkehr ersichtlich). Nun bewarb er sich um die Schwester der damals in Byzanz regierenden kaiserlichen Brüder Basilius II. und Konstantin VIII., die Prinzessin Anna.

Kurz vorher hatte sich der deutsche König und römische Kaiser Otto der Grosse für seinen Sohn desgleichen um eine byzantinische Prinzessin beworben, Theophanu, die bekanntlich auch die Gemahlin Ottos II. geworden ist (972). Das verwandtschaftliche Verhältnis der beiden Prinzessinnen, der Frau des Kiewer Fürsten und der Frau des Deutschen Kaisers, ist nicht ganz geklärt, es ist aber wahrscheinlich, dass sie nicht Schwestern gewesen sind und dass Wladímir's Frau vom dynastischen Gesichtspunkt aus die «bessere» war, nämlich eine purpurborene Tochter des Kaisers, während Theophanu eine nicht in Purpur geborene kaiserliche Nichte war.

Später (995) haben die Byzantiner dem Deutschen Kaiser – Otto III. – eine purpurborene Prinzessin versagt.

Dass Wladímir seine Ansprüche durchsetzen konnte, war ein geradezu unerhörter Erfolg. Seine Gegenleistung war der Übertritt zum Christentum und, im Unterschied zur Zeit Olgas, die Christianisierung des ganzen Landes (988). Es ist wahrscheinlich, dass die byzantinische Diplomatie den für ihren Glauben gewonnenen Russen im letzten Augenblick noch um seine Braut betrügen wollte. Wladímir verlieh aber seinem Begehrt durch eine militärische Aktion Nachdruck und besetzte den byzantinischen Chersones auf der Krim. Alle diese Dinge liegen recht im Dunkeln. Möglicherweise waren die kaiserlichen Brüder auf Wladímir's Hilfe gegen einen aufständischen Heerführer angewiesen. Jedenfalls hat Wladímir die gewünschte Prinzessin bekommen und sich taufen lassen.

Über die Bekehrung der Kiewer Bevölkerung zum Christentum sind wir, abgesehen von einzelnen Anekdoten, nicht genau informiert. Von einem Widerstand in der Oberschicht, wie zu Olgas Zeit, hören wir nichts. Auch bei der slawischen Bevölkerung hat sich der Glaubenswechsel so gut wie ganz ohne Widerstände vollzogen; wir hören nur von einem Aufstand in Nówgorod, also in der von Byzanz am weitesten entfernten Region. Das russisch-slawische Heidentum kannte keine Priesterschaft, die einem Abfall vom alten Glauben hätte entgegentreten können, und die Bevölkerung im Süden war, wie wir sahen, bereits mit Christen durchsetzt. Zur Erreichung seines Zieles hat Wladímir recht drastische Mittel angewandt, sich dabei aber ohne Gewalt anzuwenden auf Verunglimpfung und Verhöhnung der alten Götzen beschränkt.

Formell wurde die Christianisierung erstaunlich rasch durchgeführt, in Wirklichkeit war es ein langsam sich vollziehender Prozess. Alte heidnische Bräuche und Anschauungen lebten weiter fort. Man hat früher von einer Art heidnisch-christlicher Doppelgläubigkeit (*dwojewérije*) gesprochen; das wird von neuen Forschern abgelehnt. Jedenfalls hat es aber noch Jahrzehnte gedauert, bis die heidnischen Elemente von den christlichen absorbiert waren. Am schnellsten und willigsten nahm die warägische Oberschicht das Christentum an und hat sich auch im Rahmen der

Kirche und Klöster durch viele ihrer Vertreter in den Dienst dieser Entwicklung gestellt. Bei der Masse der slawischen Bevölkerung, die nach slawophiler These von Natur aus eine besondere Affinität zum griechischen Christentum bewiesen habe, setzte sich der neue Glaube dagegen weniger schnell durch. Weitblickend und klug liess Wladímir seinem Volke Zeit, sehr verschieden vom späteren Vorgehen Peters des Grossen bei der forcierten Europäisierung.

Die neubegründete russische Kirche war nicht autokephal. Der im Jahre 1037 eingesetzte Erzbischof von Kiew, ein Grieche, hatte als einundsiebzigster Metropolit einen recht niedrigen Rang in der byzantinischen Hierarchie. Seine Stellung gegenüber dem Patriarchen von Konstantinopel (der die Metropoliten ernannte) war durchaus anders als die Stellung des Grossfürsten gegenüber dem Kaiser. Man wird die Christianisierung der Rus zweifellos als einen Erfolg von Byzanz ansehen müssen. Ob man sie allerdings als das Ergebnis einer gesteigerten Anstrengung der byzantinischen Geistlichkeit werten kann, die kurz vor dem erwarteten Weltuntergang (im Jahre 1'000) noch eine Gott besonders gefällige Tat zu vollbringen gedachte, und ob die Prinzessin Anna dabei nur ein Werkzeug byzantinischer Kirchenpolitik gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Wahrscheinlich gebührt das Verdienst doch mehr dem Fürsten Wladímir als der byzantinischen Geistlichkeit.

Die geschichtliche Bedeutung dieses Vorganges wird von niemandem bestritten, auch nicht von der sowjetischen Geschichtsschreibung. Sie lag zunächst in der grundlegenden Änderung der Gesamtbeziehungen zu Byzanz. Die offene Gegnerschaft war damit beendet – nur einmal (1043) kam es noch zu einem schnell überwundenen Rückfall in eine kriegerische Auseinandersetzung. Für Byzanz war damit die russische Gefahr gebannt, für Kiew im Kaiser ein Rückhalt der eigenen Position gewonnen.

Die Hauptbedeutung liegt auf der Ebene des Geistig-Kulturellen. Erst hiermit war die Grundlage für eine, zwar stärkstens von Byzanz beeinflusste, aber immerhin eigenständige russische Kulturentwicklung geschaffen. Wladímir war noch Analphabet, aber bereits unter seinem Sohne erlebte Kiew einen steilen kulturellen Aufstieg bis zu einer relativen Höhe, wie sie die russische Kultur wohl erst im 19. Jahrhundert wieder erreicht hat. Jetzt wirkte sich

die früher erwähnte, 100 Jahre zurückliegende Missionstätigkeit der Slawenapostel zumindest indirekt auch auf die Kiewer Rus aus, denn unmittelbar wurde von Byzanz eigentlich nur die materielle Kultur übernommen; alles, «was mit dem religiös-geistigen und ethischen Leben zusammenhängt» (Mirtschük), kam durch die Vermittlung bulgarischer Klöster, also in bereits slawisierter Form, nach Kiew und konnte infolgedessen umso leichter Eingang finden.

Durch die Christianisierung war die Rus in die christliche Kulturwelt eingegliedert worden und stand damit gemeinsam mit Byzanz und auch mit dem Abendlande in einer Front gegenüber dem heidnischen Asien. Vorstellungen, wie noch Swjatoslaw sie hatte, dass es die Aufgabe Kiews sei, Byzanz aus Europa nach Asien zu verdrängen, wären jetzt undenkbar. Die Annahme des Christentums in griechischer Form bedeutete zunächst nicht eine Frontstellung gegenüber den «Lateinern»; auch unter Wladímir und noch mehr unter seinem Sohn Jarosláv wurden die Beziehungen zum Abendlande intensiv weitergepflegt und Gesandtschaften mit dem Vatikan ausgetauscht. Es ist nicht übertrieben, wenn man in diesem Zusammenhang von der «Möglichkeit einer slawisch-griechisch-lateinischen Kulturgemeinschaft» (Ammann) gesprochen hat. In mancher Hinsicht stand die Kiewer Rus damals dem westlichen Europa näher als dem Byzantinischen Reich. Und die Kirchenspaltung war bekanntlich noch nicht vollzogen, wenn auch latent vorhanden. Die äussere und innere Abgrenzung gegenüber den Lateinern erfolgte in der Rus erst im Laufe der Zeit, obgleich sich Anzeichen dazu sehr bald nach der Christianisierung geltend machten.

Wladímir hat nach seiner Taufe, wie die Chronik berichtet, eine innere Wandlung durchgemacht und seither nur positive Charaktereigenschaften gezeigt. Trotz der unzweifelhaften Übertreibungen der christlichen Überlieferung dürfte ein Kern Wahrheit darin enthalten sein. Der Einfluss seiner christlichen Frau und Umgebung war unverkennbar. Wladímir hat viel für die Festigung der Stellung der Kirche und Geistlichkeit und deren Autorität im Lande getan. Er hat der Kirche grosse Einkünfte gesichert und damit den Grund zu ihrem späteren ungeheuren Reichtum gelegt; er hat der

Geistlichkeit auch die Gerichtsbarkeit übertragen. Es hing damit übrigens eine Verschärfung des Strafvollzuges zusammen, da ein ständig wachsender Einfluss byzantinischer Rechtsvorstellungen damit verbunden war. Das byzantinische Gesetzesrecht kannte viel härtere Strafen als das altrussische Gewohnheitsrecht, z.B. die Todesstrafe, die die christliche Geistlichkeit gegen den Widerstand Wladímirs anzuwenden verlangte. Der Streit um die Todesstrafe hat übrigens in Russland bis in die bolschewistische Zeit hinein eine grosse Rolle gespielt. Im Hinblick auf die immer wieder verlangte und immer wieder (auch von den Bolschewiken) abgeschaffte Todesstrafe darf allerdings ganz allgemein an die geschichtliche Erfahrung erinnert werden, dass es sehr wohl möglich ist, die Tötung als Strafe zu verwerfen und zu verbieten, gleichzeitig aber die Menschen auf anderem Wege vom Leben in den Tod zu befördern.

### *Blütezeit unter Jaroslaw*

Wladímir war im Jahre 1015 fünfundfünfzigjährig gestorben. Genauso wie nach dem Tode seines Vaters setzte auch jetzt wieder ein erbitterter Bruderkrieg ein, bei dem sich der älteste, Swjatopolk, besonders hervortat – er hat den Beinamen der Verfluchte (*okajännyj*) erhalten – und zunächst drei seiner Brüder, darunter die beiden vom Vater protegierten Söhne der Byzantinerin, Boris und Gleb, ermordete. Als schliesslicher Sieger ging aus diesem Kampf aber nicht der Verfluchte, sondern sein jüngerer Bruder Jaroslaw hervor, der jedenfalls politisch, vielleicht auch militärisch geschickter und umsichtiger operierte und auch als Persönlichkeit seinem Bruder weit überlegen war. Historisch wichtig wurde, dass bei diesen Kämpfen das warägische Element sich weitgehend aufrieb und gleichzeitig als ein Sprengkörper der Reichseinheit in Erscheinung trat. An diesen Familienkriegen waren im Gefolge der Fürsten viele warägische Söldner beteiligt, die sich immer wieder als ein unruhiges, unbequemes, unzuverlässiges und aufrührerisches Element bemerkbar machten, militärisch aber offenbar unentbehrlich waren. Gerade der spätere Sieger Jaroslaw – er ist in die nordischen Sagas als Jarisleifr eingegangen – hat sich

stark auf das warägische Element gestützt, wie er überhaupt enge Beziehungen zu Skandinavien unterhielt und sich mit einer Schwedin vermählte, die mit ihrem eigenen kriegerischen Gefolge in Nówgorod erschien. Denn wie sein Vater, so begann auch Jarosláv den Kampf um die Nachfolgeschaft und damit um Kiew von Nówgorod aus, übrigens noch zu Lebzeiten seines Vaters, gegen den er sich empörte.

Während so durch Jaroslaw skandinavische Hilfskräfte auf Grund alter und neugeknüpfter Blutsbande in die inneren Streitigkeiten der Kiewer Rus hineingezogen wurden, verbündete sich sein innenpolitischer Widersacher und Bruder Swjatopölk aus politischen Erwägungen mit den Polen – Polen reichte damals von der Ostsee bis an die Elbe und an die Karpaten –, um auch diesen höchst gefährlichen Nachbarn in den Kampf um die Herrschaft in der Rus hineinzuziehen. Hier klang ein Motiv an, das sich noch durch Jahrhunderte russischer Geschichte ziehen sollte: die Auseinandersetzung mit den westlichen Nachbarn Schweden und Polen und deren Bestreben, sich in innerrussische Vorgänge einzumischen.

Zur Festigung des Bündnisses heiratete Swjatopölk die Tochter des polnischen Königs Boleslaw Chröbry. Diese Verbindung erwies sich für die Rus bedenklicher als jene mit Schweden, da Swjatopölk sich im Unterschied zu Jarosláv seinem Verbündeten und Schwiegervater keineswegs gewachsen zeigte, sondern bald zu dessen Werkzeug wurde. Im Zuge dieser Entwicklung wurde Kiew zum ersten Mal von den Polen erobert und erhielt im Jahre 1017 eine polnische Garnison (zu der auch 500 deutsche Ritter gehörten). Swjatopölk empörte sich allerdings gegen die Herrschaft seines Schwiegervaters und entfachte einen Aufstand, verbündete sich aber dabei mit dem damaligen «Erbfeind» Kiews, den Petschenegen. Die durch Swjatopölk kurzfristige und egoistische Politik heraufbeschworene tödliche Gefahr für Kiew wurde erst durch den endlichen Sieg Jaroslaws über alle seine (noch nicht ermordeten) Brüder beseitigt.

Fast zwanzig Jahre hat es gedauert (von 1015-1034), bis Jaroslaw sich die Herrschaft in der Rus sichern konnte; weitere zwanzig Jahre hat er sie ausgeübt. Seine Herrschaft ist sehr segensreich gewesen, und Kiew hat unter ihm politisch und wirtschaftlich



und vor allem kulturell eine Blütezeit erlebt, die von seinen Zeitgenossen wie von seinen Nachfahren gleichermaßen bewundert wurde. Er selbst erhielt den Beinamen «der Weise» (múdryj).

Anknüpfend an seine grossen Vorgänger hat er die Rus im Innern konsolidiert und nach aussen erweitert. Er verstand es, die immer von Neuem aufbrechenden Gegensätze der widerstrebenden Kräfte jedenfalls vorübergehend zu überwinden und hat die Entwicklung eines bewussten nationalen und religiösen Zusammengehörigkeitsgefühls in der Rus – das Bewusstsein russisch zu sein – wesentlich gefördert.

Er drängte die Polen wieder nach Westen zurück, drang im nördlichen Teil seines Reiches weit in das Gebiet der Finnen und Esten vor, ohne allerdings die Ostsee in breiter Front zu erreichen, so dass als Ausgang zur Ostsee nach wie vor nur der Ostzipfel des Finnischen Meerbusens blieb. Er gründete (1030) am Embach die Stadt Jürjew, die später die deutsche Stadt Dorpat wurde, und die noch nach Jahrhunderten zunächst militärisch und schliesslich kulturell das russische Einfallstor in den seit dem 12. Jahrhundert vom Deutschen Orden, seit dem 16. Jahrhundert von den Schweden beherrschten und von Deutschen kulturell bestimmten baltischen Raum werden sollte.

Jarosláv hat in unermüdlicher Bautätigkeit zahlreiche Städte gegründet und Befestigungen angelegt und besonders den Fernhandel gefördert. Kiew lag am Schnittpunkt des alten nord-südlichen Handelsweges und der neuen west-östlichen Weltverkehrsstrasse, auf der sich der Handel zwischen dem Abendlande und dem Orient jetzt intensiviert. Der zwanzigjährige Bruderkrieg hatte die unter Wladímir eingeschlagene Richtung der Gesamtentwicklung des Staates nicht ändern, erstaunlicherweise sogar kaum aufhalten können, und in geradezu unübersehbarer Fülle ergossen sich von allen Seiten, vom persischen Osten und vom lateinischen Westen, aber besonders von Byzanz her die Segnungen der überlegenen materiellen und geistigen Kultur in das Kiewer Reich, dort von einer aufgeschlossenen Bevölkerung willig aufgenommen, gepflegt und gefördert und ins Russische umgeprägt. Hauptträger dieses Prozesses war die immer noch zum grossen Teil aus Warägern bestehende Geistlichkeit, und der geistige

Mittelpunkt war das Kiewer Höhlenkloster, «das Zentrum der geistig-religiösen Volksaufklärung des vormongolischen Russland» (Goetz).

Der allgemeine Aufschwung der Rus unter Jarosláv war so augenfällig, dass abendländische Zeitgenossen (Adam von Bremen) das goldene Kiew als «Rivalin des Szepters von Konstantinopel, das schönste Kleinod Griechenlands» (*clarissimum decus Graeciae*) bezeichneten. Nach Thietmar von Merseburg war Kiew eine Stadt grössten Reichtums und höchster Machtentfaltung mit acht Märkten und 400 Kirchen, von denen Jarosláv allein sechzig gebauthaben soll; unter ihnen die berühmte Sophienkathedrale, eines der grossartigsten Werke der Architektur jener Zeit. Dieses herrliche Kiew wurde leidenschaftlich geliebt, es wurde aber – wie später Petersburg! – auch ob seiner Herrlichkeit ebenso leidenschaftlich gehasst (vgl. S. 63). In einer Lobpreisung der goldenen Stadt aus der Zeit Jarosláws heisst es: «Siehe die Stadt an, die in Erhabenheit leuchtet! Siehe die Kirchen an, die aufblühen; siehe das Christentum an, das wächst. Siehe die ganze Stadt an, die von den Ikonen der Heiligen erleuchtet, glänzt, die von Weihrauch umhüllt ist, die vom Klang der Lobpreisungen und göttlicher Lieder erfüllt ist.»

Auch das Bildungsniveau hob sich in steiler Kurve. Bereits Wladímir hatte dafür gesorgt, dass die Kinder der Oberschicht, darunter natürlich seine eigenen Söhne, in der Bücherweisheit unterrichtet wurden. Mit Jarosláv war die gebildete Generation in die massgebenden Positionen im Staate aufgerückt. Jarosláv selbst beherrschte vier Sprachen, Ostslawisch, Schwedisch, Griechisch und Lateinisch. Er zog Gelehrte an seinen Hof, begründete zur weiteren Hebung der Bildung eine öffentliche Bibliothek und zahlreiche Schulen, in denen unter Leitung gebildeter Mönche nach «byzantinischem Programm» unterrichtet wurde. «Er liebte die Kirchensatzungen», – sagte die Néstor-Chronik über ihn – «war fleissig in den Büchern, las bei Tag und bei Nacht; er versammelte viele Schreiber, welche griechische Bücher ins Slawische übersetzten.» Hand in Hand damit ging die fortschreitende Durchdringung der überlieferten Lebensformen und Anschauungen mit den Ideen und der Lehre des Christentums und eine Missionstätig-

keit, die sich nach wie vor ohne Anwendung von Gewalt vollzog und sehr wenig Opfer verlangte.

Jaroslaw hat sich bemüht, die Eigenständigkeit der Kiewer Rus auch Byzanz gegenüber zu wahren, und versucht, die russische Kirche unabhängig zu machen, indem er ohne Zustimmung des Patriarchen von Konstantinopel einen eigenen, russischen Metropoliten in Kiew einsetzte (1051). In diesem Punkt konnte er sich jedoch nicht durchsetzen; die kirchliche Selbständigkeit war nicht von Dauer.

Trotz der auf dem Gebiet des Kirchlich-Religiösen sich verschärfenden Abgrenzung gegenüber dem lateinischen Abendlande ist die Kiewer Rus unter Jaroslaw ein europäischer Staat gewesen, der einen Vergleich mit seinen westlichen Nachbarn nicht zu scheuen brauchte, im Kulturellen ihnen sogar in mancher Hinsicht wahrscheinlich überlegen war. Die politischen und wirtschaftlichen, vor allem aber die dynastischen Beziehungen Kiews jener Zeit waren eindeutig nach Westen gerichtet. Der weise Jaroslaw betrieb von Kiew aus eine systematische Heiratspolitik, durch die sein Herrscherhaus sich mit den meisten abendländischen Fürstenhäusern – lateinischen Glaubens – verschwängerte. Jaroslaw selbst war der Schwiegersohn des schwedischen Königs, die Schwester seiner Frau war Königin von Polen, eine seiner Töchter war Königin von Norwegen, eine andere Königin von Ungarn und eine dritte Königin von Frankreich; sein Sohn Wséwolod war mit einer byzantinischen Prinzessin verheiratet, drei weitere Söhne mit deutschen Prinzessinnen, und seine Enkelin Praxedis ist die Frau des deutschen Königs und römischen Kaisers Heinrich IV. geworden. Dank diesen dynastischen Beziehungen gewann der Kiewer Hof seinen festen Platz im Gesichtskreis der abendländischen Fürsten, und nach der Überlieferung haben viele von ihnen, sei es als Gäste, sei es als Flüchtlinge, im goldenen Kiew gewohnt.

Trotz seiner überragenden Stellung war Jaroslaw aber in seinem Lande nach wie vor nicht ein Monarch im byzantinischen Verstande. Die Übernahme der oströmischen Kaiseridee in Russland erfolgte erst 400 Jahre später, nach dem Fall Konstantinopels, unter ganz anderen innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen. In der Kiewer Rus hatte sich die politische Struktur in den 150

Jahren seit Olég kaum verändert. Die Stellung des Grossfürsten war wesentlich durch seine persönlichen Qualitäten, seine Überlegenheit und Autorität bestimmt. Deshalb kommt den einzelnen Fürsten auch eine so grosse Bedeutung zu. Nach wie vor war die Rus eine Vielheit von Herrschaften, nach wie vor war es selbstverständlich, dass der Vater seine Söhne in die verschiedenen Stadtfürstentümer einsetzte, die ihrerseits immer wieder in Gegensatz zueinander und auch zum Vater gerieten. Auch in seinem eigenen Herrschaftsbereich hatte der Fürst keine selbstherrliche Macht. Wir finden hier bereits jetzt gewisse regionale Unterschiede, so zwischen dem Norden (Nówgorod) und dem Süden (Kiew), dem Nordosten (Súsdal) und dem Südwesten (Gálitsch). Im Allgemeinen gilt aber für alle, dass drei politische Faktoren mit im einzelnen unterschiedlicher Machtverteilung nebeneinander bestanden: der fürstlich-monokratische, der aus der Gefolgschaft hervorgegangene aristokratische des Bojarenadels und schliesslich der aus den slawischen Ursprüngen weiter fortbestehende demokratische der Volksversammlung, des Wetsche.

Der Gefahr eines Auseinanderfallens des Reiches in verschiedene Fürstentümer wurde zunächst noch erfolgreich durch eine höchst eigenartige, in der Geschichte wohl einzig dastehende Erbordnung entgegengewirkt. Diese Erbordnung – ein Seniorat mit genealogischer Stufenleiter und Kiew als oberster Sprosse – sah einen ständigen Wechsel der Fürsten in ihren Sitzen vor. Diese Fürstensitze (Städte) hatten eine feste Rangordnung: Kiew und Nówgorod hatten den höchsten Rang, es folgten Tschernígow, Perejaslówl, Smolénsk, Wladímir usf. Der Kiewer Fürst war als Grossfürst Geschlechtsoberhaupt; seine Brüder bzw. seine Söhne erhielten die anderen Fürstentümer entsprechend deren Rang, je nach dem Alter der Fürsten. Starb ein Fürst, so rückten alle je eine Stufe nach. Theoretisch konnte somit jeder bis zum Grossfürst von Kiew aufrücken, allerdings nur dann, wenn er selbst Sohn eines Grossfürsten war. Starb ein Fürst, ohne den Thron in Kiew erreicht zu haben, so verloren seine Söhne das Recht auf das gemeinsame Erbe, schieden aus der Stufenleiter aus und galten als Isgöi, für die es «keinen Anteil mehr im russischen Lande gab». Oft empörten sich aber diese Isgöi gegen ihr Schicksal und versuchten, sich mit

Gewalt in den Besitz eines Fürstentums zu setzen, um damit wieder in die Stufenleiter einzurücken. Der damit gegebene ständige Wechsel verhinderte aber die Ausbildung partikularer Interessen und begünstigte die Vorstellung von der Ganzheit des russischen Landes als Gemeinbesitz eines Geschlechtes. Das Rjurikidengeschlecht als Ganzes hatte die höchste Macht in der Rus, die einzelnen Fürsten waren zeitweilige Verwalter ihnen dem Alter nach zugeordneter Gebiete. Die Bedenklichkeit dieses Erbfolgesystems wurde in den fortgesetzten Bruderkämpfen und Morden deutlich, da ja jeder unmittelbar am Tode seines älteren Bruders bzw. Veters interessiert war; die Brüchigkeit dieses Systems sollte sich bald erweisen.

Jarosláv hatte, eingedenk seiner eigenen Mühen beim Kampf um die Macht und um eine Wiederholung dieser hässlichen Dinge zu vermeiden, seinen Söhnen eine im Wortlaut überlieferte Mahnung hinterlassen, in der er sie anwies, sich in diese Ordnung zu fügen. «Lebet in gegenseitiger Liebe, denn Ihr seid Brüder von demselben Vater und derselben Mutter . . . und wenn Ihr in Liebe untereinander lebt, wird Gott mit Euch sein und er wird Eure Feinde untertan machen und Ihr werdet des Friedens genießen: wenn Ihr aber in Hass und Streit leben werdet, so wird Euch der Untergang beschieden sein und auch das Land Eurer Väter und Grossväter, das sie mit grosser Mühe gewonnen haben, werdet Ihr ins Verderben stürzen. Deshalb lebet in Frieden untereinander und der Bruder soll dem Bruder gehorsam sein.» Diese Mahnung ist zwar ein interessantes literarisches Zeugnis aus jener Zeit, aber gefruchtet hat sie gar nicht. Kaum war der Vater tot, so begann der blutige Tanz aufs Neue.

Aus der Zeit Jaroslávs ist ein weiteres wichtiges Zeugnis überliefert, das sogenannte «Gericht Jaroslávs», eine Sammlung von Normen des Gewohnheitsrechts, die «Rússkaja Práwda». Die Aufzeichnung hatte jedenfalls schon unter Wladímir begonnen und ist später durch weitere Zusätze ergänzt worden. Die «Rússkaja Práwda», die sich selbst als ein «Recht des russischen Landes» bezeichnet, hatte, obgleich in Kiew entstanden, in der ganzen Rus Geltung und war mithin auch ein verbindendes Band zwischen den einzelnen Fürstentümern. Im Kapitel über die Kiewer Kultur wird

noch darauf zurückzukommen sein. Dieses wahrscheinlich nicht von einem Fürsten, sondern von einem Geistlichen verfasste Dokument gibt tiefen Einblick in die sozialen und rechtlichen Verhältnisse jener Zeit und zeigt, dass damals in Kiew eine Rechtsordnung Geltung hatte, die der im Abendlande nicht nachstand. Es geht daraus die Überwindung der Blutrache durch das Prinzip des Wergeides hervor, und wir erfahren die Bemessung der Strafen für verschiedene Verbrechen (Mord, Körperverletzung, Diebstahl), je nach der sozialen Stellung des Geschädigten. Auch in die privatrechtliche Regelung des Erbrechtes, der Darlehensgeschäfte usw. erhalten wir Einblick.

### *Wladimir Monomách*

Nach dem Tode Jarosláws wurde das Reich wieder von Fehden zerrissen. Jeder Fürstensohn strebte nach einem Fürstensitz, auch wenn er keinen Anspruch darauf hatte. Jeder erklärte in immer wiederkehrenden gleichen Wendungen, um «der Ehre und des Ruhmes» willen und zur «Wiederherstellung der Ehre» kämpfen zu müssen. Aber in Wirklichkeit bekriegten alle einander fortgesetzt aus rein egoistischem Machtinteresse auf Kosten der Bevölkerung und zum Schaden des Reiches und seiner Einheit. Dabei hausten die jeweiligen Sieger in den Gebieten ihrer Verwandten wie in Feindesland, verwüsteten, brandschatzten, rotteten aus. Die Néstor-Chronik weiss mit grosser Ausführlichkeit über diese trostlosen Zustände zu berichten, von denen auch die Zeitgenossen mit Abscheu sagten, dass «dergleichen weder bei unseren Grossvätern noch bei unseren Vorfahren vorgekommen» sei.

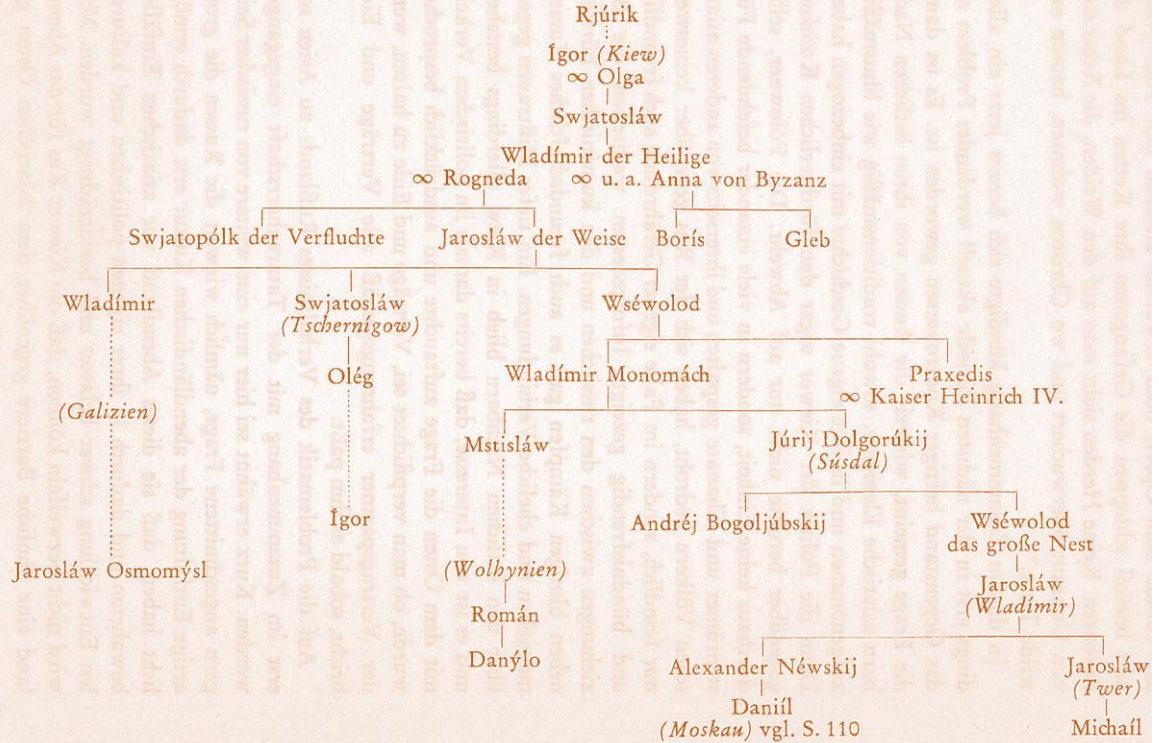
Im Zuge dieser Entwicklung verlagerte sich der politische Akzent auf die einzelnen Teile mit ihren lokalen Interessen, so dass sich dort ein territoriales Gefühl zu entwickeln begann mit der Tendenz, die einzelnen Fürsten an die jeweils von ihnen beherrschten Fürstentümer zu binden. Das wurde bereits auf dem Fürstentag in Ljubetsch (1097) deutlich, wo sich der Grundsatz durchsetzte: «jeder soll sein Vatererbe behalten». Damit wurde zunächst die bisherige Erbordnung und schliesslich die Einheit der Rus gesprengt.

Dabei waren die Russen gerade in jener Zeit auf die Wahrung einer Einheit, die von allen Seiten bedroht schien, besonders angewiesen. Auf geistlicher Ebene versuchte Rom Vorteile aus dem Fürstenhader zu ziehen und entfaltete eine Aktivität, die grösser war, als die Quellen erkennen lassen (Winter). Während der Kämpfe war ein Sohn Jarosláws, Jaropólk, nach Deutschland geflohen, um beim Kaiser Heinrich IV. (der mit einer Kiewerin verheiratet war) und auch beim Papst Hilfe zu suchen. Gregor VII. nutzte die Gelegenheit und erklärte sich bereit, Jaropólk die «Herrschaft über Russland im Namen des Heiligen Petrus» zu übertragen, selbstverständlich unter der Voraussetzung einer Anerkennung der päpstlichen Oberhoheit. Es ist reizvoll sich zu überlegen, welche Richtung die russische Geschichte genommen hätte, wenn dieser Aktion Erfolg beschieden gewesen wäre.

Der gefährlichste militärische Feind stand aber im Osten. An die Stelle der Petschenégen waren etwa seit dem Jahre 1'000 die Pólowzer oder Rumänen getreten, ein kriegslustiges Steppenvolk, das den Kiewer Russen über Jahrhunderte keine Ruhe lassen sollte.

Bei ihren fortgesetzten Einfällen beschränkten sich die Pólowzer nicht einmal auf die Steppenzone, die nach und nach in ihre Hand überging, sondern drangen, immer wieder von russischen Fürsten als willkommene Hilfe gegen ihre Verwandten ins Land geführt, auch weit ins Waldgebiet ein, bis hinauf nach Smolénsk. Das Schlimmste bei diesen Überfällen, von denen auch Kiew selbst und das Höhlenkloster nicht verschont blieben, waren nicht einmal die Zerstörungen und Verheerungen, Brandschatzungen und Morde – an die war man auch durch die Fürstenkriege gewöhnt –, sondern der systematisch und in grössten Ausmassen betriebene Menschenraub. Zu Tausenden und gelegentlich zu Zehntausenden sind Russen als Sklaven von den Rumänen nach Osten verschleppt worden. Schon zu Swjatosláws Zeit waren Sklaven die begehrteste Ware aus der Rus, jetzt wurden schätzungsweise jährlich 12'000 Russen in der Krim als Sklaven verkauft; allein bei einem Überfall auf Smolénsk (1160) wurden 10'000 Sklaven verschleppt. Über die furchtbaren Folgen dieser Einfälle klagt die Chronik (zum Jahr 1094): «Die Städte veröden, in den Dörfern brennen Kirchen, Häuser, Hütten und Scheunen. Die Bewohner fallen dem Schwerte

## Stammtafel der Rjurikiden in den wichtigsten Zweigen





der Feinde zum Opfer, oder erwarten zitternd den Tod. Nackt und barfuss schleppen die Gefangenen ihre Ketten ins Land der Barbaren. Keine Herden sieht man auf den Weiden, die Äcker sind von Unkraut überwuchert und wo Christen wohnten, hausen nun wilde Tiere.»

In diesem Zusammenhang kündigte sich bereits jetzt ein allerdings erst in der nächsten Periode aktuell werdendes Problem an, das Gegenstand heftiger Kontroversen geworden ist. Es ist damit die Frage gemeint, wieweit die Russen von ihren östlichen Nachbarn asiatische Elemente, sowohl traditionsmässig wie blutsmässig, aufgenommen und in ihre eigene Geschichte mit einbezogen haben. Denn die Politik der Kiewer sogar den fürchterlichen Rumänen gegenüber beruhte nicht nur auf Abwehr. Die Pólowzer, selbst durchaus keine Einheit, sondern in viele einander befehdennde Fürstentümer und Chanate gespalten und ihrerseits von anderen asiatischen Völkern bedroht, haben sich der Rus gegenüber keineswegs nur feindlich, sondern im Falle eigener Gefährdung auch freundlich und bündnisfreudig gezeigt. Infolgedessen wechselten die Beziehungen zwischen den russischen und den kumänischen Fürsten; neben blutigen Kämpfen gab es auch freundschaftliches Zusammengehen und eheliche Verbindungen. Ein tiefes Misstrauen gegenüber den östlichen Nachbarn blieb in Kiew allerdings bestehen, und es ist von Interesse, dass bereits damals im politischen Verkehr mit dem Osten die Frage auftauchte und ausdrücklich besprochen wurde, ob man verpflichtet sei, Verträge und Eide zu halten, wenn der Vertragspartner erfahrungsgemäss alle Verträge und Eide bricht, sobald es ihm passt.

Auf die Problematik des Verhältnisses Russlands zu Asien soll erst im Zusammenhang mit der Tatarenherrschaft eingegangen werden. Kurz erwähnt sei hier nur eine weitere von russischer Seite gern angeschnittene Frage, nämlich wieweit die Russen die grossartige Entfaltung der abendländischen Kultur erst dadurch ermöglicht haben, dass sie dieses Abendland vor asiatischen Einfällen bewahrten und dadurch in ihrer eigenen politischen und kulturellen Entwicklung schwer belastet und beeinträchtigt wurden. Man wird nicht bezweifeln können, dass die Kiewer Rus für das Abendland eine ähnliche Barriere gegenüber dem asiatischen Osten ge-

wesen ist, wie seinerzeit das Chasarenreich für die Kiewer Rus, ein Riegel, der in beiden Fällen nicht hermetisch schloss, aber weitgehend schützte. Sicherlich haben die Russen «durch Leistungen und Opfer. .. nicht wenig zur relativen Sicherheit des abendländischen Westens beigetragen» (Ludat). Was gewesen wäre, wenn dieser Schutz nicht bestanden hätte, können wir nicht wissen.

Bei diesen Kumanenkämpfen zeichnete sich ein Enkel Jarosláws besonders aus, Wladímir, der Sohn einer Griechin, der nach seinem Grossvater, Kaiser Konstantin IX., den Beinamen Monomách erhielt. Mit ihm tritt wieder eine jener grossen Persönlichkeiten aus dem Geschlechte der Rjúrikiden auf die Bühne der Geschichte. Ihm war es beschieden, wenn auch nur für zwölf Jahre (1113-1125), noch einmal auch die politische Einheit der Rus wiederherzustellen und in seiner Person zu symbolisieren, das Kiewer Reich noch einmal – das letzte Mal! – in seiner Grösse und in seinem Glanz aller Welt und auch der Nachwelt erkennbar werden zu lassen.

Monomách ist erst in vorgerücktem Alter, sechzigjährig, zur Regierung gelangt; er hat – in der russischen Geschichte eine Seltenheit – als Herrscher ein hohes Alter erreicht (zweiundsiebzig Jahre). Nur ein einziger Herrscher über Russland ist noch älter geworden und ist damit der den Jahren nach älteste Regent gewesen, den Russland je gehabt hat – Stalin, der bekanntlich vierundsiebzig Jahre alt wurde<sup>1</sup>.

Die Quellen erlauben es, uns über Monomáchs Persönlichkeit ein recht genaues Bild zu machen, umso mehr als seine Memoiren in Kurzform überliefert sind. Er stellt sich uns als eine durch Krieg und Sport (vor allem Jagd) gehärtete und gestählte Persönlichkeit dar, als kräftiger, schöner Mann mit rötlichem, gelocktem Haar, grossen, blauen Augen und einem breiten Bart, man möchte sagen,

<sup>1</sup> Nur noch drei sind bis über Mitte sechzig gekommen, Jarosláv (65), Iwán III. (65) und Katharina II. (67). Aber die grössten und ausser den genannten historisch wichtigsten Herrscher über Russland, gerade jene, die eines natürlichen Todes starben, sind kaum älter als 50 Jahre geworden: Wladímir (55), Alexander Néwskij (45), Dmitrij Donskój (39), Iwán Grósnjy (54), Boris Godunów (53), Peter der Grosse (53), Alexander I. (48), Lenin (54).

eine ins Robustere übertragene Barbarossagestalt. Er war – in Russland sehr selten! – ein Frühaufsteher und rühmte sich dessen; ein Pflichtmensch, rastlos tätig und immer darauf bedacht, soviel als irgend möglich persönlich zu erledigen und nicht anderen zu überlassen, denn in der Trägheit sah er, nach seinen eigenen Worten, «die Mutter aller Laster». Ein Mann mit nicht besonders scharfem Intellekt, aber mit gesundem Menschenverstand, eine in sich selbst ruhende, ausgeglichene, starke Persönlichkeit. Er hatte ein feines politisches Fingerspitzengefühl sowohl für das Notwendige wie für das Mögliche und hatte ein waches Verständnis auch für die Interessen anderer, selbst seiner Gegner, bereit zum Ausgleich und zur Verständigung oder Versöhnung, aber durchaus auch bereit und fähig, gegebenenfalls hart, rücksichtslos und brutal zuzuschlagen. Er war den Bedürfnissen des Volkes aufgeschlossen, gewillt, den christlichen Postulaten zu folgen und sie nach Möglichkeit zu erfüllen, aber durchaus nicht weltfremd, gottesfürchtig und ohne Todesangst, demütig und von der Eitelkeit des irdischen Ruhmes überzeugt. «Was sind wir sündige Menschen?» – hat er einmal geschrieben, – «heute leben wir und morgen sind wir tot; heute stehen wir in Ruhm und Ehre und morgen liegen wir im Grabe und wissen von nichts.» Aber seines Wertes war er sich wohl bewusst und bestrebt, den anderen, zumal seinen Söhnen, durch die eigene Lebensführung ein gutes Beispiel zu geben.

Monomách griff nicht erst mit seiner Erhebung zum Grossfürsten in den Lauf der Dinge ein, sondern hatte sich vorher schon fast fünfzig Jahre lang an den unseligen Familienkriegen beteiligt, ohne sich dabei von den anderen zu unterscheiden. Auch er hat die Fürstensitze seiner Rivalen fröhlich zerstört und deren Besitztümer nach eigenem Zeugnis in Wüsteneien verwandelt. Und auch er hat es nicht verschmäht, sich gelegentlich mit Pólowzern im Kampf gegen die eigenen Vettern zu verbinden.

Aber bald wuchs er über das Niveau der anderen Fürsten hinaus. Im Unterschied zu ihnen setzte er sich ein überpersönliches Ziel, überwand den fürstlichen Lokalegoismus und stellte sich bewusst in den Dienst der Wahrung der Reichseinheit und deren Schutz gegenüber dem Osten. Etwa seit seinem vierzigsten Lebensjahr hat er systematisch und unermüdlich in dieser Richtung gewirkt.

Wir wissen – aus der Néstor-Chronik und aus dem berühmten Igorlied –, dass der umfassende und vereinheitlichende, man würde heute sagen, nationale Begriff des «russischen Landes», gleichsam dem fürstlichen Gegeneinander spottend, nach wie vor lebendig war und besonders von geistlicher Seite und im klösterlichen Bereich systematisch gepflegt wurde (vgl. S. 58 f.). Darauf gründete sich auch Monomáchs Politik: er vertrat bewusst die Interessen des «russischen Landes».

«Weshalb richten wir das russische Land zugrunde», sprach er zu den auf seine Initiative in Ljubetsch (1097) versammelten russischen Fürsten. «Weshalb kämpfen wir gegeneinander? Die Pólowzer verheeren das Land, sie freuen sich, wenn wir uns gegenseitig bekriegen. Von jetzt an wollen wir eines Herzens sein; lasst uns unser Erbe in Acht nehmen.» Ohne Zweifel entsprach das dem damaligen Gebot der Stunde. Im gleichen Sinne wandte er sich in einem Sendschreiben an seinen ärgsten persönlichen Widersacher, seinen Vetter, den Fürsten Olég Swjatoslávowitsch und forderte ihn auf, nach Kiew zu kommen und in Gegenwart der Geistlichen und Stadtleute zu beraten, wie das russische Land verteidigt werden solle. «Wir wollen das russische Land nicht verderben!» Der so gerufene Olég kam jedoch nicht. Wie so mancher andere Fürst widersetzte auch er sich hartnäckig den Bestrebungen Monomáchs. Diesem gelang es schliesslich (1103) doch, die russischen Fürsten zu einem gemeinsamen Feldzug gegen die Pólowzer zu bewegen, der auch erfolgreich war; nur derselbe Olég machte nicht mit, sondern schützte Krankheit vor, stellte sich aber nicht auf die Gegenseite. Zehn Jahre später war das Ansehen Monomachs im ganzen Lande so gestiegen, dass er gegen seinen Willen zum Grossfürsten von Kiew erkoren wurde.

Nach der Überlieferung wurde er von der Kiewer Volksversammlung gewählt. Das war ein neuartiger, ganz ungewöhnlicher Vorgang, umso mehr, als Monomách keinen Erbenspruch auf den Kiewer Thron hatte. Man hat diese Erhebung Monomáchs durch Volkswahl als einen revolutionären Vorgang bezeichnet. Auch früher war es immer wieder vorgekommen, dass die Volksversammlung in den einzelnen Fürstensitzen in die Politik eingriff und die Fürsten zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen ver-

anlasste. Neu war allerdings die Bestellung eines Fürsten, dazu noch des Kiewer Grossfürsten, durch Volkswahl. Jedenfalls hatte sich in der Zeit des Niedergangs des fürstlichen Ansehens das politische Schwergewicht im wachsenden Masse auf die Volksversammlung verlagert. Dadurch konnte das Volk selbst stärker als früher in das Geschehen eingreifen. Diese, bei der Wahl Monomachs deutlich gewordene, politische Gewichtsverlagerung wirkte sich in der Folgezeit noch weiter aus und führte in einzelnen Fürstentümern zur Entwicklung neuer politischer Machtverhältnisse.

Die Folgen der Wiederherstellung der Einheit des «russischen Landes» entsprachen den Erwartungen: die Pólowzer verhielten sich ruhig, stellten ihre Überfälle ein und erfüllten ihre Verträge. In der Rus herrschte Frieden, und mit erstaunlicher Geschwindigkeit erholte sich das Land und blühte von Neuem auf. Nach Osten gedeckt, weitete Monomach das Reich nach Westen hin aus und kam auf seinen Kriegszügen bis ins heutige Schlesien.

Besonderen Wert legte Monomach als Sohn einer griechischen Mutter auf die Pflege enger, auch dynastischer Beziehungen zu Byzanz. Seine Tochter verheiratete er mit dem Sohn des Kaisers Diogenes, die Tochter seines Sohnes wurde die Frau des Kaisers Johannes Komnenos; auch in anderen Zweigen des Rjúrikidengeschlechts fanden griechische Heiraten statt. Das gab der Entwicklung in der Rus wieder eine stärkere Wendung nach Byzanz. Die noch zur Zeit Jarosláws vorherrschenden westlichen Einflüsse wurden zurückgedrängt. Noch entschiedener als nach der Taufe Wladímirs des Heiligen lehnte sich das kulturelle Leben Kiews an Byzanz an und löste sich aus dem abendländischen Bereich. Für die religiöse und geistige Entwicklung war dabei folgenreich, dass die damals im Abendlande um sich greifende Kreuzzugsbegeisterung an der Rus ganz vorbeiging und Kiew somit vom «Kreuzzugserlebnis unberührt blieb» (Ammann).

Monomach hatte, tief und fest im Christentum fussend, einen ausgeprägt sozialen Sinn – «vor allem vergesst die Armen nicht und ernährt sie» – und hat unter diesem Gesichtspunkt auch die Rechtsverhältnisse verbessert. Viele Ergänzungen und Zusätze zur Rússkaja Práwda stammen aus seiner Zeit. Ein für das Geistesleben und die persönlichen Anschauungen des Kiewer Grossfürsten

aufschlussreiches Dokument ist seine berühmte gewordene «Belehrung» für seine Söhne (poutschénijs). (Vgl. S. 57 f.)

Unter Monomách gewann bereits damals eine Erscheinung Bedeutung, die sich auch später in Südrussland als sehr zählebig erweisen sollte, nämlich die Judenfeindschaft. Seine «revolutionäre» Erhebung hatte im Zuge antijüdischer Ausschreitungen stattgefunden. Zur Regierung gelangt, hat er verschiedene Judengesetze erlassen – Verbot des Wuchers und Regelung der Zinsen. Wenn er sich dabei in erster Linie auch von wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten hat leiten lassen, so ist es unverkennbar, dass er den von geistlicher Seite, besonders von den Mönchen geschürten judenfeindlichen Strömungen Rechnung zu tragen bereit war. Er hat zeitweilig auch Judenausweisungen verfügt.

Wladímir Monomách ist von seinen Nachfahren wie kein anderer Kiewer Grossfürst gepriesen worden. «Geschmückt durch gute Gemütsart, ruhmvoll durch Siege», – sagt die Chronik von ihm – «war er dennoch weder hochmütig noch ruhmredig, sondern tat nach den Geboten Gottes Gutes an seinen Feinden. Insbesondere war er aber barmherzig für Bettler, Arme und Bedürftige, denen er, ohne sein Eigentum zu schonen, alles dahingab.» Er ist Gegenstand vieler Sagen und Legenden geworden. Seine Nachfolger haben ihn und nicht mehr Rjúrik als ihren Stammvater bezeichnet und sich Monomáchowitschi genannt. Offenbar legte man mehr Wert darauf, seine Herkunft von den griechischen Kaisern (Monomáchs Grossvater) als von den warägischen Fürsten herzuleiten. Der Sage nach hat Monomách vom byzantinischen Kaiser als Ehrenzeichen eine Zarenkrone erhalten. Darauf geht die Bezeichnung «Mütze Monomáchs» (schápka Monomách?) für die pelzverbrämte Krone zurück, mit der sich später die Zaren von Moskau krönten. Übrigens wurde Monomách auch von Zeitgenossen gelegentlich als Zar bezeichnet.

### *Die Kiewer Kultur*

Das Verdienst am Aufschwung Kiews und seiner Kultur ist unter dem zweifelhaften Gesichtspunkt nationalen Prestiges rückschauend von den einen dem slawischen Charakter des Gros der

Bevölkerung zugeschrieben worden, von den anderen dem germanischen Blut, das in den Adern der warägischen Oberschicht «gerauscht» habe, wie deutsche Wissenschaftler in der NS-Zeit sich auszudrücken bevorzugten. In Wirklichkeit haben hier drei ihrem Wesen nach sehr verschiedene Elemente in einem einzigartigen Zusammenspiel eine sich immer mehr festigende Einheit erzeugt: das vorwiegend in der sozial-rechtlichen Sphäre sich äussernde Slawische, das hauptsächlich im Staatlich-Politischen sich auswirkende Warägische und das zunächst nur im geistig-kulturellen Bereich massgebende, dann aber das gesamte Leben durchdringende Christlich-Byzantinische. Auf dieser Grundlage entfaltete sich die bewusst als einheitlich, nämlich als russisch empfundene Kiewer Kultur. Dieser Ausdruck ist im weitesten Verstande des Wortes unter Einschluss der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse zu verstehen.

Die Rus war nach wie vor ein «Reich der Städte» geblieben. Die über das weite, zum grossen Teil wüste oder höchst kärglich besiedelte Land verstreuten Städte waren die Mittelpunkte des gesamten staatlichen Lebens. Sie bestimmten auch die Denkweise der Menschen, ihre Wertmassstäbe, ihre Kultur. Sie waren der Sitz der vielen Fürsten, und nach ihnen, nicht etwa nach den Landschaften, waren die Fürstentümer benannt, die sich im Laufe der Zeit bis auf fast 100 vermehrt hatten. In den kleinen Städten, die keine Fürsten hatten, sassen deren Statthalter, die Possádniki. Die Städte waren auch der Sitz der Aristokratie, des aus den Drushinen der Fürsten hervorgegangenen, z.T. aus dem Kaufmannstande aufgestiegenen Bojarenadels.

Der in der Stadt residierende Fürst (Knjas) war militärischer Führer, oberster Richter und, wie gesagt, oberster Kaufherr. Insofern war seine Stellung sehr stark, aber bei den politischen Entscheidungen zeigte sich immer wieder die Einschränkung seiner Macht und seine Abhängigkeit sowohl vom Bojarenadel wie noch mehr vom Volke, genauer von der Volksversammlung. Gleichwohl blieb in dieser Periode der ausschlaggebende politische Faktor der Fürst. In erster Linie sind es die Fürsten gewesen, die der geschichtlichen Entwicklung ihre Richtung gegeben haben.

Seine politischen Entscheidungen traf der Fürst im Einvernehmen mit seiner Drushína. In eigenem Interesse musste er weitgehend auf sie Rücksicht nehmen, da der Dienst in der Drushína freiwillig war und jederzeit aufgesagt werden konnte, was damals noch – im Gegensatz zu später in Moskau – nicht als Verrat galt. Es ist dabei die ältere Drushína von der jüngeren zu unterscheiden. Zur älteren Fürstendrushina gehörten die Bojaren, die Grossen des Reiches, z.T. mächtige Herren, die ein Leben in Wohlstand und Luxus führten. Sie bildeten die Bojarenduma, mit der sich der Fürst in militärischen und kaufmännischen Angelegenheiten beriet. Zur jüngeren Drushína gehörten die sog. Bojarenkinder, die Knappen, auch Knechte. Eine solche Drushína hatte auch jeder Bojar. Eine Fürstendrushina bestand, je nach dem Ansehen und der Macht des Fürsten, aus 2'000-3'000 Mann, ursprünglich nur aus Warägern. Im Laufe der Zeit hatten die Drushinen aber von allen Seiten Zuzug erhalten und zeigten schliesslich eine sehr bunte Zusammensetzung, da mit der Vielzahl der Fürsten auch der Bedarf an Drushínniki stieg und die Fürsten bei Neuaufnahmen nicht sehr wählerisch waren. So fanden bald auch Chasaren und Polen, später auch Pólowzer, Türken, Juden und Finnen Aufnahme in die Fürstendrushinen. Der Dienst in der Drushína war sehr begehrt, denn er gewährte eine bevorzugte soziale Stellung. Nur im Dienste des Fürsten konnte man Bojar werden.

Diese Aristokratie lebte von Beute und Sold; sie erhielt vom Fürsten auch Grundbesitz; es ist aber missverständlich, wenn man diesen Besitz als Lehen bezeichnet, weil dadurch unzutreffende Analogien zu abendländisch-feudalen Verhältnissen entstehen. Es handelte sich nicht um eine Feudalaristokratie. Die Landgüter wurden nicht als Entgelt für geleistete Dienste verteilt, auch hatte der Grundbesitz infolge des Überflusses an Land und auch infolge der städtisch bestimmten Wirtschaftsstruktur der Rus im Vergleich zum Abendlande einen viel geringeren Wert. Ausserdem war die Bindung an einen bestimmten Ort und damit an den Immobilienbesitz desgleichen geringer, da dieser Adel sehr beweglich sein musste und in der Regel dem Fürsten folgte, wenn er sein Fürstentum wechselte. Verpflichtet war der Drushínnik dazu aber nicht. Der aristokratische Gefolgsmann legte grösseren Wert auf Beute-



gewinn und auf Sold, vor allem auf Sklavenbesitz, als auf Grundbesitz. Denn der Sklavenbesitz war ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Wohlstandes. Nach der Zahl der Sklaven – wie im 18. Jahrhundert nach der Zahl der leibeigenen Seelen – wurde der Reichtum des Einzelnen bemessen. Sklaven waren auch der Hauptexportartikel in Kiew und seine beliebteste Handelsware.

Politisch wichtiger als die Bojarenduma war das Wetsche, die Volksversammlung, auf der die freie Bevölkerung in den Städten ihren Willen kundtun und gegebenenfalls auch in die politische Waagschale werfen konnte. Das ist auch immer wieder geschehen. Der Fürst musste mit der Volksversammlung Zusammenarbeiten und sich ihrem Willen fügen. Auch so mächtige Fürsten wie «Jaroslāw und Monomāch haben das getan. In den einzelnen Fürstentümern war das Gewicht des Wetsche bereits jetzt verschieden. In Nówgorod und Pskow z.B. konnte es Fürsten als Krieger und Polizeipräfekten in Sold nehmen und selbstverständlich auch wieder entlassen bzw. sie vertreiben. Je nachdem, wie im Einzelnen Fall die Gewichtsverteilung zwischen Wetsche und Fürst war, wurden die Beamten entweder vom Wetsche oder vom Fürsten bestimmt und eingesetzt. Auch die Einberufung und Leitung des Wetsche stand entweder dem Wetsche selbst, d.h. seinem Ältestenrat, oder dem Fürsten zu; es tagte aber nicht regelmässig und trat nur aus besonderem Anlass zusammen. Die Entscheidung im Wetsche erfolgte grundsätzlich einstimmig oder richtiger einmütig, nicht durch Abstimmung, sondern durch Zuruf, so dass die Opposition überschrien, gegebenenfalls auch mit physischen Mitteln zum Schweigen gebracht werden musste, ehe die Einmütigkeit überzeugend erzielt war.

Die Masse der Bevölkerung bestand aus Gemeinfreien, Halbfreien und Sklaven. Die Gemeinfreien lebten z.T. in der Stadt, zum Teil auf dem Lande. Die freien Bauern hatten entweder ihr eigenes Feld und ihre eigene Wirtschaft oder sie lebten und arbeiteten auf dem Grundbesitz der Bojaren. Sie hatten ihr «Soll» zur Verfügung des Staates, d.h. des Fürsten in die jeweiligen Städte zu liefern. Im Kriege stellten sie das Fussvolk. Man nannte den Gemeinfreien «smerd». Das Wort hat erst später einen verächtlichen Klang bekommen und ist zum Schimpfwort – der Übelriechende –

geworden. Der Name Smerdjakow, den Dostojéwskij dem üblen illegalen Karamasowsprössling gegeben hat, erinnert daran.

Die benachbarten Bauernhöfe bildeten Flurgemeinschaften, den sog. «Mir». Das Ackerland war Eigentum der Gemeinde und wurde unter den Grossfamilien aufgeteilt. Wald und Weiden wurden gemeinsam genutzt. Die Frage nach dem Alter und der Beschaffenheit des «Mir» ist sehr umstritten. Im 19. Jahrhundert hat sie im Zusammenhang mit der Bauernbefreiung eine grosse Bedeutung erlangt. Es wird darauf noch zurückzukommen sein.

Die gemeinfreien Bauern waren fortwährenden Gefahren sowohl bei den Familienkriegen der Fürsten wie vor allem bei den Überfällen der auf Menschenfang ausgehenden Pólowzer ausgesetzt. Sie waren auch die Träger der seit dem 12. Jahrhundert einsetzenden Wanderungsbewegung, die schliesslich der Geschichte Russlands eine neue Richtung gab.

Noch gefährdeter waren die Angehörigen der weniger zahlreichen sozialen Zwischengruppe, die sog. «säkupy» oder Mietlinge. Das waren jene, die infolge von Verschuldung sich selbst verpfändeten und dadurch in eine Art Hörigkeitsverhältnis traten. Sie konnten nach Bezahlung ihrer Schulden die Freiheit wiedererlangen; wenn sie aber flohen und eingefangen wurden, gerieten sie in Sklaverei.

Die Sklaven schliesslich (Cholópy) waren völlig rechtlos, faktisch Handelsware. Sie waren entweder in ihren Stand hinuntergedrückt worden oder in ihn hineingeboren: auch die Kinder von Sklaven blieben Sklaven. Die Sklaverei war insofern gesetzlich geschützt, als der Raub von Sklaven bestraft wurde. Dagegen war die Tötung eines eigenen Sklaven straffrei. Über die Zahl und die Rechtslage der Sklaven gehen die Ansichten auseinander. Nach einer sowjetischen These (Grekow) hat die Kiewer Rus «das Stadium der Sklaverei übersprungen». Grekow leugnet damit nicht das «Vorhandensein von Sklaven», betont aber, dass sie, im Unterschied zu den antiken Zuständen, nicht «die Grundlage der Produktion» gewesen seien. Jedenfalls hat sich die soziale Lage der ursprünglich rechtlosen, erblich Unfreien bereits in dieser Periode langsam gebessert. Gefangenschaft bei den Nomaden bedeutete allerdings unausweichlich Sklaverei.

Die öffentliche Bewertung der einzelnen sozialen Schichten geht aus dem Wergeid hervor, das im Falle eines Totschlages gezahlt werden musste. Danach war der Drushñnik doppelt soviel wert (80 griwny) wie ein Gemeinfreier (40 griwny) und dieser wiederum doppelt soviel wie eine Frau (20 griwny). Da eine Griwna etwa soviel war wie 300 Gramm Silber<sup>1</sup>, so ergibt sich daraus, dass die Beträge recht hoch waren.

Trotz ihres niedrigen Wergeides erfreute sich die Frau in der Kiewer Rus, wie anlässlich der Regententätigkeit Olgas bereits erwähnt wurde, einer angesehenen, z.T. sogar bevorzugten Stellung. Für die Beleidigung einer Frau musste doppelt soviel Strafe gezahlt werden wie für die Beleidigung eines Mannes, und bei der Hochzeitszeremonie spielte die Mutter eine weit grössere Rolle als der Vater. Von ukrainischer Seite ist die These aufgestellt worden, dass diese günstige Stellung der Frau «ein charakteristisches Merkmal für die psychische Struktur der Ukrainer» im Unterschiede zu den Russen sei. Dazu kann festgestellt werden, dass in dieser Periode eine Differenzierung zwischen Russen und Ukrainern noch nicht eingetreten war und dass die spätere, so gut wie vollständige Ausschaltung der russischen Frau aus dem öffentlichen Leben auf orientalische Einflüsse zur Zeit der Tatarenherrschaft zurückgeht.

Die Rechtsverhältnisse und Begriffe waren aus dem slawischen Gewohnheitsrecht erwachsen und waren gleichzeitig – wie sich das an den verschiedenen Redaktionen der «Rússkaja Práwda» zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert verfolgen lässt – einer fortschreitenden Wandlung unter dem Einfluss der christlichen Zivilisation und byzantinischer Rechtsvorstellungen unterworfen. Ein besonderer Wesenszug des russischen Rechtes war die ausserordentliche Milde der Strafen. Dass es die Todesstrafe nicht kannte, wurde bereits erwähnt, es kannte aber auch keine Körperstrafen. Man hat diese einzigartige Tatsache soziologisch erklärt durch den «stark ausgeprägten Gruppengeist... das organische Eingebettetsein des Individuums in die Gruppe» (Schultz). Byzantinische Einflüsse haben hier im Laufe der Zeit verschärfend gewirkt.

<sup>1</sup> Die Ansichten der Wirtschaftsfachleute gehen in diesem Punkt auseinander; die Schätzungen liegen zwischen 200 und 400 Gramm.

Im innerkirchlichen wie auch im gemischt staatlich-kirchlichen Bereich war der Einfluss des byzantinischen Rechts noch grösser. Das griechische Kirchengesetzbuch, der sog. «Nomokanon», wurde unter der Bezeichnung «kórmščaja kníga» ins Ostslawische übersetzt und in der Rus übernommen, allerdings durch die fortlaufende Aufnahme bodenständig-russischer Elemente auch abgewandelt. Die harten Strafen, wie Verbrennung, Verstümmelung (Abschneiden der Nase bei Ehebruch, Ausstechen der Augen bei Rückfall in Kirchendiebstahl) wurden meist durch Geldstrafen ersetzt.

Die Kultur stand ganz im Zeichen von Byzanz. Für ihr materielles und geistiges Niveau seit ihrem steilen Aufstieg unter Jarosláv haben wir mannigfache Zeugnisse. Zusammen mit dem Christentum verbreitete sich rasch in Kiew die byzantinische Literatur, die zunächst übersetzt und dann nachgeahmt wurde, die byzantinische Architektur, zumal beim Kirchenbau, und die byzantinische Kunst, besonders die Ikonenmalerei. Die materielle Kultur, der zivilisatorisch-technische Fortschritt war nicht nur byzantinisch beeinflusst, sondern schlechthin byzantinisch. Denn die Rus produzierte selbst keine Zivilisationsgüter, sondern führte sie ein.

Es gab zwar eine primitive Industrie, wie neuerdings (Besobrasow) nachgewiesen worden ist, eine eigene Glasfabrikation, aber sie spielte nur eine untergeordnete Rolle. Auch das Handwerk wurde gering geachtet, wie das schlechte Wergeid für die Handwerker – zwölf grivny, also noch weniger als für die Frau des Gemeinfreien – beweist. Nach dem Ergebnis neuer Ausgrabungen hat es gleichwohl auch leistungsfähige Handwerksbetriebe gegeben.

Die Bedeutung des autochthon russischen Elementes in der Kiewer Kultur wird verschieden beurteilt. In der Sowjetunion hat B. D. Grekow mit grosser Entschiedenheit die Ansicht vertreten, dass das Kulturschaffen in Kiew, zumal die historische Literatur, nur in den Formen vom byzantinischen Vorbild beeinflusst gewesen sei, «was den Inhalt anbetrifft», sei Byzanz «ohne jeglichen Einfluss und jegliche Einwirkung» gewesen. Auch Ammann betont, dass

die Rus «schon wegen der stets zunehmenden Unkenntnis der griechischen Sprache nicht im Flusse des byzantinischen Geisteslebens blieb, sondern schon bald ein eigenes Leben begann».

Die in jener Zeit bereits müde und steril gewordene und sich im Niedergang befindende byzantinische Kultur hat in der Rus dank den autochthon slawischen und den slawisierten russisch-warägischen Kulturelementen gleichsam eine Verjüngung erfahren, wodurch der entscheidende Anstoss – the challenge – zu einer eigenständigen Kulturentwicklung gegeben war. Das äusserte sich aber nicht so sehr in dem importierten und schnell wieder dahinschwindenden äusseren Glanz, sondern in der geistigen Kultur, die erstaunliche Früchte reifen liess, gleichzeitig aber den Keim zu einer langsamen organischen Kulturentwicklung legte, die aus diesen Grundlagen gewachsen, erst viel später zu ihrer eigentlichen Entfaltung gelangte.

Aus der Blütezeit Kiews sind uns mancherlei schöne Zeugnisse erhalten geblieben. Sie sind vorwiegend kirchlich, zumal klösterlich bestimmt und geben ein lebendiges Bild von der Ausstrahlungskraft des Kiewer Höhlenklosters.

Das Höhlenkloster, die sog. Klewo-Petschérskaja Lávra, ist von einem Warägerrussen aus Ljubetsch, wie die im gleichen Kloster entstandene Chronik stolz versichert, unabhängig vom Fürsten «mit Tränen und Fasten, mit Beten und Wachen» begründet worden. Der Gründer war vorher nach dem heiligen Berge Athos gepilgert, dort Mönch geworden und unter dem Namen Antdnij wieder nach Kiew zurückgekehrt, entschlossen, dem Beispiel der Höhlenbewohner auf Athos zu folgen und gleichzeitig beispielhaft für seine Kiewer Landsleute zu werden. So wurde von ihm und seinen Nachfolgern der Geist von Athos nach Kiew verpflanzt und hat dort schnell Wurzel gefasst. Seither blieb die Verbindung zwischen Kiew und Athos sehr eng, und bereits hundert Jahre später (1143) errichteten Mönche der Rus ein eigenes Kloster auf dem heiligen Berg.

Der eigentliche Organisator und Lehrmeister des Klosters wurde zur Regierungszeit Jarosláws ein junger Höhlengefährte des Antdnij, Feodósij, auch ein Waräger. Wir sind über ihn sehr gut informiert, denn die erhalten gebliebene Geschichte seines Lebens hat der grösste Kiewer Schriftsteller seiner Zeit, auch ein Mönch des Höhlenklosters, nach dem die berühmte altrussische Chronik benannt ist, Nestor, geschrieben. Im Kiewer Höhlenkloster wur-

den die Grundlagen zu einer zunächst in der Kiewer Rus sich verbreitenden, aber bis in die jüngste Zeit hinein entscheidend nachwirkenden geistigen und geistlichen Tradition gelegt, die für die gesamte russische Geschichte von grösster Bedeutung geworden ist. Durch diese Tradition drang die in Athos geprägte Vorstellungswelt ins russische Land, die ganz im Zeichen des asketischen Mönchsideals stand und eine Religiosität unter dem Einfluss einer exklusiv klösterlichen Richtung sich ausbilden liess. Als das höchste Ideal des Christen galt der von jeglichem Verkehr mit anderen losgelöste Einsiedler, der vollkommene Anachoret und ihm zur Seite die klösterliche Gemeinde der Fastenden und Büssenden. So blieb in den Augen des Volkes Jahrhunderte hindurch das Fasten eines der Hauptmittel zur Erlösung. Auch der Gottesdienst war dem so angepasst, als ob er ausschliesslich für das Klosterleben geschaffen wäre, d.h. er nahm sehr viel Zeit in Anspruch, mit endlosem Stehen und Lesen und Beten, ein Umstand, der später manchen frommen Zar zeitlich über Gebühr in Anspruch genommen und ihn zu einer Lebensführung veranlasst hat, die nicht ohne Einfluss auf die politische Entwicklung blieb.

Das dem Volke als Ideal vor Augen gestellte Leben der Mönche im Höhlenkloster unter schwersten Entbehrungen in geradezu unvorstellbarem Schmutz – Feodósij hat seinen Körper mit Ausnahme der Hände sein Leben lang nicht gewaschen – und bei ungesunder Ernährung war natürlich nur einer sehr geringen Zahl von Menschen angemessen und überhaupt erträglich.

Man hat gemeint, dass der im Höhlenkloster gepflegte, auf Kontemplation ausgerichtete, grundsätzlich tatabgewandte «Geist von Athos» zu einer «Gefahr für den Warägerstaat» geworden sei und im krassen Gegensatz zu dem damals politisch noch vorherrschenden «faustischen» tatkräftigen, herrschsüchtigen, normannischen Element gestanden habe. Und man hat andererseits behauptet, dass dieser Geist vollkommen der Passivität und Weichheit der slawischen Natur entsprach. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass die Heimstätte dieses Geistes in Kiew, das Höhlenkloster, gerade auf die Warägerrussen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt hat und von Warägern, jedenfalls in der ersten Zeit, entscheidend gefördert und getragen wurde.

Dass aber in Kiew latente und auch akute Widerstände gegen diesen neuen Geist, vor allem gegen die Lebensführung im Kloster bestanden – wiederum bei der warägischen Oberschicht –, dafür haben wir, trotz der einseitig klosterfreundlichen Überlieferung, mancherlei Zeugnisse. Fortgesetzt wird davon berichtet, wie Angehörige der Mönche, so z.B. die Mutter von Feodósij, sich erbittert, unter Anwendung von List und Gewalt darum bemühten, die Verirrten davon abzuhalten, das Höhlenleben zu führen. Ein Sohn Jarosláws, der Fürst Isjaslaw, war schliesslich so in Wut über das Kloster geraten, dass er die Höhlen zu zerstören drohte, was er allerdings nicht getan hat.

Im Rahmen des Höhlenklosters entwickelte sich noch eine andere Tradition, die bedeutsam werden sollte, nämlich die Tradition des unbegrenzten Gehorsams, den Feodósij ohne jede Einschränkung verlangte: ein stummer, widerstandsloser Gehorsam dem Abte gegenüber. Feodósij stellte diesen Gehorsam höher als Fasten und als alle Kasteiungen, ja höher als das Gebet. Jede Abweichung vom Willen des Abtes galt nicht als Ungehorsam, sondern als Sünde. Der Gehorsampflicht blieb auch jener unterworfen, der das Kloster verliess, um etwa ein höheres geistliches Amt zu bekleiden. So war Kiew auch in diesem Betracht der eigentliche Mittelpunkt des Reiches.

Die im Höhlenkloster gepflegte Religiosität grenzte sich betont von der abendländischen ab. Feodósij hat in seinen uns erhaltenen Predigten alle für Feinde Gottes erklärt, die einen falschen Glauben haben. Mit ihnen könne man nicht in Frieden leben: «Einen besseren Glauben als unseren gibt es nicht, er ist rein, kostbar und heilig; wer in diesem Glauben lebt, der kann von den Sünden erlöst, kann des ewigen Lebens teilhaftig werden. Diejenigen aber, welche im lateinischen, armenischen und sarazenischen Glauben verharren, haben weder ein ewiges Leben, noch die Gemeinschaft der Heiligen.» Ja, Feodósij ging so weit, den Rechtgläubigen zu verbieten, mit den Lateinern in Gevatterschaft zu treten, sie zu küssen, mit ihnen zu speisen oder aus den gleichen Gefässen mit ihnen zu trinken.

Noch schärfer war Feodósij's Stellung zu den Juden; er war ein überzeugter Judenfeind. Allerdings war die Judenfeindschaft

damals nicht rassistisch, sondern religiös und in gewisser Hinsicht auch wirtschaftlich bestimmt, wie z.B. bei der Judenpolitik Monomáchs. Bei Feodósij sehen wir aber nicht nur eine Abwehr gegen geschäftliche Praktiken durch Wucher reich gewordener Juden, sondern einen grundsätzlichen Judenhass. Dieser Mann, der bei all seiner Strenge und Intoleranz doch immer wieder auch Andersgläubigen gegenüber die Nächstenliebe predigte, ist zu den Juden mit dem einzigen Zweck gegangen, sie zu schmähen und hat laut erklärt, dass er um Christi willen von ihnen getötet werden wolle.

Aus dem Höhlenkloster ergoss sich ein Strom kultureller Be-fruchtung über das ganze Land. Das nicht nur wegen seines In-halts, sondern auch wegen seines literarischen Wertes wichtigste Zeugnis aus dieser Zeit ist die bereits oft erwähnte sog. Néstor-Chronik. Ob und wie weit Nestor selbst der Verfasser war, ist um-stritten, sicher ist, dass die Chronik im Höhlenkloster geschrieben und in der Regierungszeit Monomáchs (1116) vom Abt des Klo-sters des Heiligen Michael, Silvester, redigiert und ergänzt worden ist.

Die Chronik ist uns in verschiedenen Handschriften überliefert, deren älteste (die sog. Laurentius-Handschrift) aus dem Jahre 1377 stammt. Auf den Wert als historische Quelle braucht hier nicht eingegangen zu werden. In diesem Zusammenhang interessiert sie als Zeugnis für das geistige Niveau in Kiew im 12. Jahrhundert. Dafür sind mehrere, in die Chronik aufgenommene, abgeschlossene Erzählungen von hohem literarischen Wert höchst aufschlussreich. Man hat sogar bezweifelt, ob eine der westlichen National-literaturen aus jener Zeit dem etwas an die Seite stellen könne (Schiemann). Das gilt besonders von der «Belehrung» Wladímir Monomáchs.

Diese Belehrung gibt – in dem ihr beigefügten autobiographi-schen Teil – ein lebendiges Bild vom Verfasser selbst, gleichzeitig ist sie ein Ausdruck dessen, wie auch ausserhalb der klösterlich-kirchlichen Kreise die Menschen in ihrer Lebensführung bewertet wurden – zumal die Fürsten! – und was man von ihnen verlangte: «Lobet den Herrn, liebe Kinder, und liebet die Menschen. Weder Fasten noch Einsamkeit wird Euch retten, sondern Wohltun ... Vergrabt keine Schätze in der Erde, das ist nicht christlich, seid



Väter den Waisen, sitzt selbst zu Gericht über die Witwen und duldet nicht, dass der Starke den Schwachen verderbe ... Tötet weder Schuldige noch Unschuldige, denn das Leben eines Christen ist geweiht. .. Duldet nicht, dass Eure Mannen das Volk beleidigen. Vor allem aber, ehret Eure Gäste, die edlen und die unedlen ... Liebet Eure Frauen, aber lasst Euch nicht von ihnen beherrschen . . . Der Mensch soll stets beschäftigt sein. Nie treffe Euch die Sonne im Bett. Zur Mittagszeit aber legt man sich zur Ruhe ... Den Tod fürchtet nicht, weder in der Schlacht, noch von wilden Tieren. Seid Männer, was immer Gott über Euch verhängen mag.»

Die Literatur jener Zeit war fast ausschliesslich geistlich. Es bestand aber auch eine weltliche Literatur. Wir haben allerdings nur ein einziges, dafür aber hervorragendes Zeugnis davon: das berühmte Igorlied, genauer die «Mär vom Heereszug Igors» (slowo o polku Igorewe). Es behandelt einen unglücklichen Feldzug des (Tschernigower) Fürsten Igor Swjatoslawowitsch gegen die Polowzer aus dem Jahre 1185, also bereits sechzig Jahre nach dem Tode Monomáchs, d.h. aus einer Zeit bereits offenbar gewordenen politischen Verfalls.

Das Igorlied ist «mit seiner ungetrübten Farbigkeit, seiner Offenheit, Freiheit, seiner unbefangenen Tatkraft und Aufgeschlossenheit» (Meyer) heute allgemein als der Gipfel der gesamten Kiewer und altrussischen Literatur anerkannt und gehört unangefochten zum unvergänglichen Bestände der Weltliteratur. Das künstlerische Niveau des Liedes ist so hoch, dass man gemeint hat, es könne nicht aus dem 12. Jahrhundert stammen, sondern müsse eine Fälschung des 18. Jahrhunderts sein. Das ebenso bezeichnende wie überzeugende Gegenargument ist, dass keiner der uns bekannten russischen Schriftsteller des 18. Jahrhunderts fähig gewesen wäre, ein Werk von solch dichterischer Schönheit zu schaffen. Erst im 19. Jahrhundert kann es aber nicht gefälscht worden sein, da die Handschrift bereits im 18. Jahrhundert (1795) entdeckt wurde.

Nach der heutigen Ansicht kann das Igorlied nicht isoliert, sondern muss in einer literarischen Tradition gestanden haben, so dass es als ein Ausdruck des geistigen Niveaus der Kiewer Oberschicht im 12. Jahrhundert gelten kann. Wie die Néstor-Chronik,

so ist auch das Igorlied – abgesehen von seinem literarischen Wert – ein Zeugnis für die damals in der Rus verbreitete und jedenfalls auch bewusst gepflegte russisch-patriotische Stimmung. Wie bereits erwähnt, äusserte sich das in der Sorge um das «russische Land» (russkaja semljá) und in der Liebe zu ihm. Man kann auch «russische Erde» sagen, denn semljá bedeutet Land und Erde. Gleich im ersten Satz, mit dem die «Erzählung der vergangenen Jahre» (powestj wremennych let) in der Néstor-Chronik beginnt, kommt dieses Wort zweimal vor: «Dieses ist die Geschichte der vergangenen Jahre, wie das russische Land geworden ist, wer in Kiew als erster zu herrschen begann und wie das russische Land anfang zu sein . . .» Bei Monomách kehrt der Begriff wieder, später im Igorlied und gewinnt seinen festen Platz im russischen Geschichtsdenken durch die Jahrhunderte.

Hierin liegt die besondere geschichtliche Bedeutung des Kulturellen in der Kiewer Periode. Die Kultur war das einigende und verbindende Band in diesem Reich. Ihre Ausdrucksformen hatten für alle Teile der Kiewer Rus gleiche Geltung: die einheitliche Sprache, der einheitliche Glaube und die Kirche, das einheitliche Recht und die Gebräuche, die einheitliche Bildung. Lebensanschauung, Lebensform und Lebensgefühl waren im Grossen gesehen in der Kiewer Rus einheitlich.

### 3. NIEDERGANG

Was Monomách angestrebt und erreicht hatte, blieb ohne Bestand. Nach seinem Tode setzte sich gerade das durch, wogegen er sein Leben lang angekämpft hatte. So bedeutet seine Regierung einen Abschluss – den Abschluss der grossen Zeit der Kiewer Rus –, nicht einen neuen Anfang. Darin liegt seine Tragik.

Zunächst setzten sich die Teilinteressen der Fürsten durch. Die Bindungen an ihre Territorien festigten sich, und damit bildeten sich partikuläre Ansprüche, die jetzt in wachsender Masse von den verschiedenen Zweigen des immer noch ungewöhnlich männerreichen Rjúrikidengeschlechtes geltend gemacht wurden (vgl. Stammtafel.) Trotzdem strebten aber alle danach, Kiew und damit die Grossfürstenwürde zu gewinnen. Jeder dachte nur an sich selbst. «Die Fürsten begannen das Kleine für gross zu halten ... die Zeit Jarosláws ist vorbei!» klagt das Igorlied.

Den Vorteil daraus zog der auswärtige Feind, die Pólowzer. Ihnen gelang es jetzt, das südrussische Steppengebiet so weit in ihre Hand zu bekommen und zu beherrschen, dass die Verbindung zwischen der Rus und Byzanz zunächst fortgesetzt gefährdet wurde und schliesslich ganz abbrach. Der alte Weg «von den Warägern zu den Griechen» wurde dadurch unterbrochen und damit die wirtschaftliche Lebensader durchschnitten, der Kiew seine Existenz verdankte. Die Auswirkungen zeigten sich bald. Zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet, dann aber auch auf allen anderen, setzte ein Niedergang ein. Diese Entwicklung wurde beschleunigt, ja nahm für Kiew eine geradezu katastrophale Wendung, als Byzanz von den Kreuzfahrern erobert und in Konstantinopel das lateinische Kaisertum errichtet wurde (1204). Denn das byzantinische Reich, oder was von ihm übriggeblieben war, kehrte nunmehr sein Gesicht und damit seine Wirkungskraft vom Norden ab und dem Mittelmeerraum zu. So schwand in Byzanz das Interesse daran, den Kumanenriegel nördlich des Schwarzen Meeres nach Kiew hin zu durchstossen oder von Kiew her durchstossen zu lassen und die alten Beziehungen wiederherzustellen. Umso mehr, als der Fern-

handel im Zuge dieser Entwicklung sich auch in den Süden auf das Mittelmeer verlagerte.

Die währende Pólowzer-Gefahr hatte für die Rus noch eine weitere Folge von grosser Tragweite. Durch die fortgesetzten Überfälle bedrängt, in der ständigen Furcht, massenweise verschleppt zu werden und in Sklaverei zu geraten, und unfähig, sich selbst zu verteidigen oder wirksam zu schützen, sah die Bevölkerung keinen anderen Ausweg aus der Notlage als auszuweichen, d.h. die gefährdeten Gebiete zu verlassen.

Es setzt nun während des sich allerwegen abzeichnenden Niederganges eine im Einzelnen schwer zu verfolgende, weil nicht an bestimmte Ereignisse geknüpfte und nie den Charakter einer «Aktion» annehmende, sondern stille, zunächst fast unmerkliche, aber immer grössere Ausmasse gewinnende und sich durch Jahrzehnte hinziehende Wanderungsbewegung der Kiewer Russen, vorwiegend der bäuerlichen Bevölkerung ein. Diese Wanderung geschah in zwei Richtungen. Nach Westen in die viel weniger bzw. überhaupt nicht mehr von den Pólowzern bedrohten unmittelbaren Nachbargebiete des katholischen Abendlandes, Wolhynien und Galizien, d.h. in die Stromgebiete des Dnjestr und Pruth und des nach Westen fliessenden und dorthin weisenden Bug. Diese Gebiete hatte Wladímir der Heilige der Rus gewonnen und am Bug die Stadt Wladímir gegründet. In der Folgezeit waren sie zu einem Streitobjekt zwischen den Russen und Polen geworden und waren weitgehend anderen, westlichen Einflüssen ausgesetzt.

Gleichzeitig geschah diese Abwanderung in das zwar unwirtliche, aber durch den dichten Waldgürtel geschützte Gebiet im Norden und das noch weiter nordöstlich liegende «Hinterwaldland» (salésje) im Stromgebiet der oberen Wolga, der Kljasma und Oká. Es war dieses eine Abwanderung oder richtiger eine Flucht aus dem Reichtum in die Kargheit, aus dem Bereich hoher Kultur in die Primitivität.

Dieser stille und währende, vom Gesichtspunkt augenfälliger «Heldentaten» aus gesehen undramatische und unheroische, im buchstäblichen Sinne langweilige und deshalb von Chronisten auch nicht verzeichnete und wahrscheinlich auch kaum bemerkte Entwicklungsprozess, der aber mit unsäglichen Nöten, Mühen und

Leiden sehr vieler Menschen verbunden und unter dem Blickwinkel des uns unbekanntem Einzelschicksals der beteiligten Menschen ohne Zweifel im höchsten Grade dramatisch war, – dieser Prozess steht am Beginn der wahrscheinlich grössten und folgenreichsten geschichtlichen Tat des russischen Volkes überhaupt: der Kolonisierung und allmählichen Zivilisierung des Riesenraumes des späteren Russischen Reiches.

Es kündigt sich hier eine neue Periode der Geschichte Russlands an, die nicht nur einen Wandel zu etwas anderem, sondern einen neuen Beginn bedeutet. Infolgedessen soll diese Entwicklung auch da, wo ihre Anfänge zeitlich bis in die Kiewer Periode zurückgehen, erst im nächsten Abschnitt behandelt werden.

Dieser historische Prozess ist von den bisher behandelten Vorgängen in der Kiewer Rus auch dadurch unterschieden, dass er nicht mehr von der warägisch-russischen Oberschicht getragen und auch nicht durch bestimmte politische Massnahmen hervorgerufen worden ist. Träger dieses Prozesses war das Volk selbst, die slawisch-russische Bevölkerung. Er war nicht an die Namen hervorragender Fürsten gebunden, sondern vollzog sich anonym mit der Gewalt eines Naturereignisses. Allerdings schuf er seinerseits wieder andere Voraussetzungen für die Politik hervorragender Einzelpersonlichkeiten, die dann den weiteren Ablauf der Dinge entscheidend bestimmten.

Hier sei die Entwicklung nur insofern weiterverfolgt, als sie unmittelbaren Bezug auf den Niedergang Kiews hatte. Im nordöstlichen Hinterwaldgebiet, dem Fürstentum Súsda, sassen die jüngeren Monomáchowitschi. Der Fürst Júrij mit Beinamen Dolgorúkij, der fünfte Sohn Monomáchs, stand Kiew gegenüber noch ganz im Banne der überlieferten Vorstellungen. Er fühlte sich als Fürst von Súsda sozusagen auf ein totes Gleis geschoben. Seine ganze Sehnsucht war darauf gerichtet, den Grossfürstensitz und damit die Grossfürstenwürde zu gewinnen. Infolgedessen hatte er sich eifrig an den üblichen Familienkriegen beteiligt und war auch wiederholt in Kiew eingezogen, von dort wieder verjagt worden und wieder dorthin zurückgekehrt.

Sein Sohn Andrej hielt es anders. Er war im Hinterwald bereits heimisch geworden und sah dieses Erbfürstentum nicht nur als ein

ihm entsprechendes Wirkungsfeld an, sondern als eigentliche Grundlage seiner Existenz. Er war schon in seiner Jugend ein Verächter des prächtigen, von seinem verbleichenden Glanz und von der Erinnerung an seine grosse Vergangenheit lebenden Kiew. Als er seinen Vater auf einem seiner Züge nach dessen Sehnsuchtsziel begleitete, hatte Andréj nach der Chronik geäussert: «Wir haben hier nichts zu suchen; machen wir, dass wir schnell wieder fort kommen.»

Selbst zur Regierung gelangt, ging er zu einer betont kiewfeindlichen Politik über; der Hass der «Provinz» gegen die goldene Residenz brach jetzt furchtbar aus. So kam es zu jenem dramatischen Vorgang, der als Epoche die eine Periode abschliesst und die andere eröffnet. Auch Andrej zog, wie viele andere vor ihm, mit einem Heer nach Kiew, um es zu gewinnen. Das war nicht neu. Neu war, dass ein russischer Fürst die Mutter der russischen Städte eroberte, nicht, um sich an ihre Brust zu legen, und um sich durch ihren Besitz selbst zu erhöhen, sondern, um sie durch Raub und völlige Ausplünderung zu zerstören und ihre Bevölkerung zu verschleppen (1169). Danach zog Andrej wieder ins Hinterland ab und degradierte Kiew durch die Übergabe der Stadt an seinen jüngeren Bruder zur Provinz. Gleichzeitig übernahm er den Grossfürstentitel, den er selbstverständlich, auch in Súdäl residierend, weiter beibehielt.

Das Beispiel fand Nachahmer. Vierunddreissig Jahre später (1203) überfiel ein anderer Zweig der Dynastie, die Olgowitschi – gemeinsam mit Pólowzern – Kiew. Diese russischen Fürsten führten ein Unheil herbei, wie es nach der Chronik noch nie dagewesen war; weder vor Kirchen noch vor Klöstern, weder vor Heiligenbildern noch vor Messgeräten machte ihre Zerstörungs- und Plünderungswut halt.

Die Häuser der Stadt wurden nach solchen Heimsuchungen immer wieder aufgebaut, die geschändeten Kirchen und Klöster neu geschmückt und ausgestattet, und auch wirtschaftlich erholte sich Kiew immer von Neuem. Aber die alte Stellung im Reich hatte es eindeutig und allen Augen erkennbar eingebüsst. Der Grossfürstentitel war nicht mehr an Kiew gebunden, sondern wurde nun von jenen in Anspruch genommen, die kraft ihrer Macht-

stellung sich dazu berechtigt sahen. Bald sollten es gleichzeitig mehrere sein.

Das Schwergewicht – das politische, wirtschaftliche und bald auch das kulturelle – verlagerte sich jetzt von der alten Zentrale am Dnjepr in die verschiedenen Teilfürstentümer, die sich nunmehr fast völlig unabhängig voneinander entwickelten und bald staatliche Gebilde sehr verschiedenen Charakters entstehen liessen. Am längsten wurde die Einheit noch im Kulturellen gewahrt. Während sich aber bereits in der Sprache regionale Verschiedenheiten herausbildeten, aus denen bis zum 14. Jahrhundert drei Einzelsprachen, Russisch, Ukrainisch und Weissruthenisch hervorgingen; während gleichzeitig in den einzelnen Teilfürstentümern auch lokale Literaturen entstanden, blieben doch die Religion und die Kirche – im Westen allerdings nicht ohne Einbussen – als einigendes Band bestehen. Es blieb auch die nicht zu unterschätzende geschichtliche Erinnerung an die glanzvolle Zeit der Kiewer Rus und der schwer zu übersetzende, an das «russische Land» wie an den «russischen Menschen» gebundene Begriff «wsejá Rusl» als Ausdruck der Einheit.

Der Niedergang Kiews und die Auflösung der alten Reichseinheit hatte, wie wir sahen, bereits in der Mitte des 12. Jahrhunderts, d.h. also noch vor dem Beginn der Tatarenzeit sehr weite Fortschritte gemacht. Endgültig besiegelt wurde beides allerdings erst durch den Einbruch des neuen Feindes aus dem Osten und die Aufrichtung seiner Herrschaft über das russische Land und die russischen Menschen. Der erste noch ohne Folgen gebliebene Mongoleneinbruch fand im Jahre 1223 statt. Nicht einmal zwanzig Jahre später, im Jahre 1240, wurde Kiew von den Mongolen erobert, zerstört und für lange Zeit ausgelöscht.

## Zweiter Abschnitt

# DIE PERIODE DER TEILFÜRSTENTÜMER

## Unter der Oberherrschaft der Tatarenchane

### GESAMTBILD

Das Gesamtbild der zweiten, sich wiederum über rund 300 Jahre erstreckenden Periode ist im Unterschied zu dem der ersten durch Uneinheitlichkeit, Zerrissenheit und Vielgestaltigkeit charakterisiert.

Ein Kennzeichen dieser Periode ist die Entwicklung einzelner Teilfürstentümer zu selbständigen staatlichen Gebilden (udjély) von sehr unterschiedlicher politischer und sozialer Struktur und mit verschiedenem kulturellen Niveau. Die auf Kosten vieler Kleiner erstarkenden wenigen Grossen, deren Fürsten eine Rang-erhöhung – zum Grossfürsten oder auch zum König – erstreben, machen von verschiedenen Seiten her ihren Anspruch auf Führung und Vormachtstellung in den russischen Landen geltend.

In dieser Periode tritt eine volkliche Aufspaltung in drei Teile ein. Im Nordosten entsteht durch Vermischung der slawischen Einwanderer mit den bodenständigen Finnen der grossrussische Stamm, der zum eigentlichen Träger der künftigen Geschichte Russlands wird, während im Süden und Südwesten sich der kleinrussische (ukrainische) und der weissruthenische Stamm bilden, die unter die politische Herrschaft Litauens bzw. Polens geraten und durch Jahrhunderte fast ohne Verbindung mit dem Grossrussentum bleiben.

In dieser Periode verlagert sich das politische und wirtschaftliche Schwergewicht aus dem kulturnahen Süden in den kulturfernen Nordosten, aus dem Reich der Städte in das Reich der Dörfer. Auf dem nordöstlichen Kolonialboden entwickeln sich aus primitiven dörflich-bäuerlichen Verhältnissen unter einer starken Für-





Die russischen Teilfürstentümer im 12. und 13. Jahrhundert.

stengewalt neue Ansätze. Im staatlichen Leben bildet sich ein autokratisches Herrschaftssystem heraus.

Diese Periode erhält ihre unverwechselbare Physiognomie durch den Einbruch der Tataren und die Errichtung der Oberherrschaft der Goldenen Horde über die russischen Fürsten, eine Herrschaft, die in der Steppenzone unmittelbar, im Waldgebiet unter Beibehaltung der politischen Struktur und Stärkung der Fürstengewalt mittelbar im Wesentlichen als Tributherrschaft ausgeübt wird. Diese Oberherrschaft wird aber von fortgesetzten Plünderungs- und Menschenraubzügen der Tataren begleitet, unter denen vorwiegend die Ost- und Zentralgebiete zu leiden haben und von denen die westlichen Gebiete zum Teil ganz verschont bleiben.

Innerhalb der russischen Lande kommt es in dieser Periode zu einer scharfen Rivalität zwischen dem, im Zentralgebiet unter der Tatarenherrschaft erstarkenden, kleinen Grossfürstentum Moskau und dem grossen, aus der Peripherie von Westen her in das russische Land hineinwachsenden, vom Tatarenchan unabhängigen Grossfürstentum Litauen.

Ihren Charakter erhält diese Periode durch die weitgehende wenn auch nicht vollständige politische und kulturelle Isolierung der unter der Tatarenherrschaft stehenden Gebiete vom europäischen Bereich und durch ein dadurch hervorgerufenes Zurückbleiben hinter der abendländischen Entwicklung bei gleichzeitiger Annahme verschiedener europafremder Elemente.

Ein Kennzeichen dieser Periode ist die wachsende Bedeutung der russischen Kirche, deren Autorität und Einfluss auch auf das politische Leben trotz und z.T. dank der Tatarenherrschaft erstarken. Denn in dieser Periode ist die Kirche mit dem Moskauer Metropoliten an der Spitze die einzige ganz intakt gebliebene Einrichtung und wird zum festen Band, das in alter Tradition und bei Aufrechterhaltung der organisatorischen und geistigen Bindungen an Byzanz das ganze russische Land umschliesst.

## 1. NEUE POLITISCHE SCHWERPUNKTE

### *Súsdal-Wladímir. Das Grossrussentum*

Das Hinterwaldgebiet im Nordosten war bisher von den Fürsten nicht etwa unbeachtet gelassen worden. Gerade dieses Gebiet lag auf der älteren und früher auch wichtigeren Handelsstrasse. Erst in der Kiewer Periode wurde dieser Weg durch die von Osten hereinbrechenden Nomaden verschüttet, und wie erinnerlich, blieb der Versuch Swjatoslaws im 10. Jahrhundert, den Raum der mittleren und unteren Wolga zu erobern, erfolglos. Seine Nachfolger konnten nicht mehr daran denken, und erst Jahrhunderte später wurde auch der Unterlauf des russischen Schicksalsstromes von Moskau her für Russland gewonnen.

Das Gebiet der oberen Wolga bis hin zum Finnischen Meerbusen blieb aber Bestandteil der Rus. Die Kiewer Grossfürsten hatten sich auch wiederholt seiner angenommen und zu den bestehenden, im Vergleich zu Kiew und Nówgorod, Tschernígow und Perejasláwl primitiven und in der Rangordnung niedriger stehenden Städten neue begründet. Eine der ältesten Städte dieses Gebietes war das von Nówgorodern gegründete Súsdal. Im 11. Jahrhundert wurde es Fürstentum. Dort hatte auch Jaroslaw eine nach ihm benannte Stadt an der Wolga und Wladímir eine nach ihm benannte an der Kljasma gegründet, gleichwohl blieb dieses Gebiet aber von den Zentren des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sehr abgelegen, eben ein Hinterwaldland, das man von Süden nur auf sehr beschwerlichen Wegen durch dichte Wälder erreichen konnte. In diesem Waldgebiet siedelte der slawische Stamm der Wjatitschen, so dass der Weg von Süden in das Hinterland «quer durch die Wjatitschen» führte. Dieses so geschützte und fruchtbare Gebiet war ursprünglich von primitiven finnischen Stämmen bewohnt. Eine slawisch-russische Besiedlung fand jedenfalls zunächst vom Westen her längs der alten Verkehrsstrasse statt. Erst im 12. Jahrhundert setzte dann, ständig an Umfang zunehmend, aus den vorhin erwähnten Gründen die Abwanderung aus dem Süden in dieses Gebiet ein.

Dieser Vorgang zeigte typische Kolonisationserscheinungen: die Neugründungen erhielten in Erinnerung an die Heimat der Neusiedler Namen von Städten im Süden, so Perejasláv, Starodub, Gálitsch. Es entstanden aber in diesem Gebiet nicht nur Städte, sondern vor allem bäuerliche Siedlungen in wachsender Zahl. Während der Süden der Rus langsam verödete, wurde dieses Gebiet «peupliert», ja man kann sagen, es peuplierte sich selbst, denn die Siedlungsbewegung war weder geplant noch gelenkt, allerdings von tatkräftigen Fürsten, die dort im Hinterwald sassen, geschickt gefördert, denn am Zuzug von Menschen waren sie natürlich interessiert. Einer dieser Fürsten war Júrij Dolgorúki, von dem wir schon gehört haben. Im Jahre 1147 gründete er an einem verhältnismässig kleinen und wenig bedeutenden Nebenfluss der Oká, an der Moskwa, ein neues Städtchen, das er nach dem Fluss benannte. 1947 wurde das 800jährige Bestehen Moskaus in der Sowjetunion gross gefeiert.

Diese russische Kolonisationsbewegung des 12. Jahrhunderts in den finnisch besiedelten Raum hinein fand gleichzeitig mit der weiter westlich sich vollziehenden deutschen Ostkolonisation und Siedlungsbewegung in den slawisch besiedelten Raum hinein statt. Doch sind beide Bewegungen nur sehr bedingt miteinander vergleichbar, eigentlich nur insofern, als es sich in beiden Fällen um eine Bevölkerungsverschiebung von Westen nach Osten, bzw. von Südwesten nach Nordosten handelte. Aber sowohl die Ursachen dieser Bewegung, wie auch der Vorgang selbst waren sehr verschiedenen.

Von den Ursachen ist bereits die Rede gewesen. Was den Vorgang selbst anlangt, der im Fall der deutschen Siedlungsbewegung sich bekanntlich nicht nur bis an die Grenze der Kiewer Rus (im NO), sondern auch in die Rus hinein erstreckte (im SO), wird der Unterschied am Beispiel der neugegründeten Städte deutlich. Die deutschen Kolonisationsstädte, meist Städte zu deutschem Recht, waren politisch, wirtschaftlich und vor allem soziologisch von den russischen Kolonisationsstädten sehr verschieden. Bekanntlich waren die deutschen Städte sowohl in ihrer äusseren Gestalt wie in ihrer rechtlichen Struktur in sich geschlossene, der ländlichen Umwelt gegenüber deutlich abgegrenzte, in eine feste Form gekleidete

Gemeinwesen, bewohnt von einem gegenüber den anderen Ständen abgegrenzten Bürgerstand, der sich seinerseits in ständisch abgegrenzte, aber in sich geschlossene korporative Gemeinschaften aufgliederte. Die im russischen Kolonisationsgebiet entstehenden Städte waren dagegen primitive, von der ländlichen Umwelt sowohl wirtschaftlich, wie politisch, wie sozial kaum, rechtlich zunächst überhaupt nicht abgegrenzte Siedlungen, deren Einwohner sich zum grossen Teil mit Ackerbau beschäftigten und die ihre Erzeugnisse als Tribute in Form von Naturalabgaben ablieferten oder gegeneinander tauschten. Zwar waren diese Städte, jedenfalls die grösseren unter ihnen, auch Verwaltungszentren und für den nur spärlich entwickelten Handel auch Stapel- und Umschlagplätze, aber sie blieben wie im Orient «Vororte eines Landgebietes, Sitz von Handel und Gewerbe, ohne rechtliche Einheit und ohne Sonderung vom Land» (Brunner). Auch die sehr primitiven, z.T. winzig kleinen dörflichen Siedlungen, bzw. einzelne Höfe, die in völliger Abgeschlossenheit voneinander meist als Selbstversorger ganz auf sich selbst gestellt waren, zudem noch von den Bauern nach Erschöpfung des Bodens oft wieder verlassen wurden, lassen einen Vergleich mit den deutschen Kolonisationsdörfern nur sehr bedingt zu.

Was hier im Hinterwaldgebiet aus primitivsten Anfängen neu entstand, war nicht minder verschieden von dem, was sich in den Zentralgebieten der Rus bisher herausgebildet hatte. Gegenüber dem Reich der Städte im Wolchow-Dnjepr-Gebiet war das hinterwäldlerische «Reich der Dörfer», wie man es genannt hat, in jedem Betracht weit zurück. Gleichwohl war es die Wiege der Zukunft. Denn hier setzten für die weitere Entwicklung der Geschichte Russlands entscheidend werdende Neubildungen ein.

Auf dem Wege der Kolonisierung und Besiedlung entstand hier in einem langsam sich vollziehenden – und selbstverständlich in keiner Chronik verzeichneten – Entwicklungsprozess durch die Vermischung der eingewanderten Slawen mit der ansässigen finnischen Bevölkerung ein neues Volkstum, das grossrussische.

Die Grossrussen haben von fremden Beobachtern schon früh als solche erkannt und in ungezählten Berichten und Betrachtungen immer von Neuem hervorgehobene physische und psychische Eigen-

schaften gezeigt, die durch die Jahrhunderte, bis in unsere Tage hinein, erstaunlich konstant geblieben sind. Es ist dabei gleichgültig, ob sie mehr blutmässig – slawisch oder finnisch – oder mehr durch den Raum, die Landschaft und das Klima bestimmt wurden; wichtig ist, dass sie in hohem Grade geschichtsbildend geworden sind. Ein typisches Kennzeichen des russischen Menschen ist seine Widerstandsfähigkeit, seine Ausdauer und sein Vermögen zu starker konzentrierter Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Unfähigkeit zu gleichmässigem Fleiss (Kljutschéwskij), seine starke natürliche Begabung, die sich in einer von aller Vorbildung unabhängigen Findigkeit äussert und gleichzeitig sein überquellendes und unausgeglichenes, zu extremen Ausschlägen neigendes Gefühlsleben, eine, besonders Fremden gegenüber misstrauische, wortkarge Verschlossenheit, die abrupt in ein überströmendes Sichaufschliessen umschlagen kann. Die bis in die jüngste Zeit hinein zu beobachtende Fügsamkeit gegenüber dem Schicksal, verbunden mit einem weit verbreiteten Mangel an Gewinnstreben und mit einer fröhlichen, jederzeit zum Verjubeln des Erworbenen bereiten Gleichgültigkeit gegenüber Besitz, jenem berühmten «Nitschewo», das skrupel- und rücksichtslosen, extrem eigennütigen Naturen in Russland immer eine grosse Chance gegeben hat; die Fähigkeit, Leiden mit grosser Geduld zu ertragen bei jederzeitiger Bereitschaft zu einem jähen Aufbäumen; das nahe Beieinander extremer Gegensätze, Schaffensfreude und Zerstörungslust, Güte und Brutalität, Sinnesrausch und Askese, Beschränkung und Masslosigkeit – das alles gehört zum Bilde des russischen Menschen. Es ist hier absichtlich nicht die oft beschworene russische Passivität genannt worden. In jüngster Zeit ist mit einer gewissen Erbitterung und nicht ohne Berechtigung Einspruch dagegen erhoben worden, die Russen als ihrem Wesen nach passiv zu bezeichnen, da die grosse geschichtliche Leistung nicht nur einzelner Russen, sondern des russischen Volkes schlechthin diese «banale Redensart» (Weidlé) widerlege.

Diese russischen Volkseigenschaften haben sich im Laufe der Jahrhunderte ungehemmt ausleben können. Sie haben einerseits den geschichtlichen Ablauf beeinflusst und sind andererseits wieder durch ihn mit seinen jähen Aufschwüngen und Niederbrüchen gefördert worden. Erst in unseren Tagen nach der bolschewistischen

Revolution haben die Machthaber in Russland sich zum Ziel gesetzt, sie systematisch und unerbittlich zu bekämpfen und den russischen Menschen zu verändern, so dass die Bolschewiken von diesem Gesichtspunkt aus geradezu als «gegenrussisch» bezeichnet worden sind (Mehner).

Sehr augenfällig zeichnete sich das Neue auch auf dem Gebiete des Staatlichen ab. Dem persönlichen Wirken des Fürsten war im Kolonisationsbereich von vornherein eine grössere Entfaltungsmöglichkeit gegeben. Sein Anspruch auf Führung wurde hier weniger oder gar nicht vom Fortbestand alter Überlieferungen, wie z.B. vom Wetsche oder vom Bojarenrat eingeengt. So konnte sich hier im Zeichen der fürstlichen Macht eine neue politische Ordnung entwickeln, die im Unterschied zu den Verhältnissen in Kiew von vornherein autokratische Züge erkennen liess. Diese zukunftssträchtige Entwicklung zeichnete sich bereits während der Kiewer Periode seit dem 12. Jahrhundert deutlich ab. Ihre Träger waren die Fürsten aus der Linie der jüngeren Monomáchowitschi, die Ahnen der späteren Moskauer Zaren, und ihr erster prominenter Vertreter und gleichsam der erste russische Autokrat war der Fürst Andréj Bogoljubskij, derselbe, der 1169 Kiew eroberte und der Mutter der russischen Städte den Todesstoss gab.

Dieser Andréj war eine Gestalt von unbezweifelbarer geschichtlicher Wichtigkeit, denn er hat Schule gemacht, aber Grösse wird man ihm nicht zubilligen können. Er hat insofern in der Geschichte Russlands viele Nachfolger gehabt, als er erstmalig den Typus eines Despoten verkörperte, dem es bei seiner Herrschaftsführung in erster Linie darum ging, alle anderen – die Grossen in seiner Umgebung wie die Kleinen im Volke – immer von Neuem spüren zu lassen, dass alles, worüber der Mensch verfügt, sein Leben und sein Besitz, seine politische und seine soziale Stellung, seine Lebensführung bis in Einzelheiten hinein, ja der Gebrauch seiner Augen, seiner Zunge, seiner Hände einzig und allein vom Gutdünken des Herrschers abhängig ist. Bogoljubskij hat die in seinem Kolonialland gegebenen realen Voraussetzungen sehr geschickt in diesem Sinne zu nutzen verstanden und hat das ganze seiner Gewalt unterstehende Land – auch darin hat er Schule gemacht – ausdrücklich als sein persönliches, erbliches Eigentum betrachtet (wotsschina).

Er hat eine Willkür- und Terrorherrschaft ausgeübt, die einen Vergleich mit der Grósnjys oder Stalins nicht zu scheuen braucht – selbstverständlich ohne dabei Weiber und Kinder zu schonen, wie in den Quellen ausdrücklich verzeichnet wird. – Ebenso selbstverständlich folgten die Grossen seiner Umgebung, auch die Geistlichen, gerne seinem Beispiel, solange sie selbst in Gunst standen; sie wüteten nicht weniger arg als er. Die Überlieferung weiss über viele Greuelgeschichten zu berichten, Bärte ausreissen, Augen ausbrennen, Zungen abschneiden, Köpfe abschlagen usw. Dabei war Andrej fromm, oder besser ausgedrückt – da wir über seine Seelenverfassung nicht genügend Kenntnis haben – betont kirchlich gesinnt. Er hat seine Herrschaftsmethoden religiös verbrämt und es sehr geschickt verstanden, Kirche und Religion seiner Politik dienstbar zu machen. Heimlich hat er eine als heilig und wunderbar geltende Ikone – ein Muttergottesbild, das aus Konstantinopel stammte und später nach seinem Bewahrungsort Wladímirskaja Ikona genannt worden ist – aus Kiew in seinen Hinterwald entführt. Das Bild hat auch nach dem Raub noch viele Wunder getan – immer im Sinne der Politik Andrejs. Ihm zu Ehren hat der Fürst mit grossem Kostenaufwand auf freiem Felde eine steinerne Kirche und ein ganzes Dorf anlegen lassen, das er Bogoljubowo (das Gottgeliebte) nannte. Von diesem Ort hat Andrej seinen Beinamen.

In seiner Jugend hatte Andrej es verstanden, sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen und war vom Wetsche der beiden ältesten Städte dieses Gebietes, Rostow und Súsda, zum Fürsten gewählt worden (1161). Sehr bald erhielten sie ihre Quittung. Denn gerade wegen der Existenz dieser demokratischen Institution und der dadurch gegebenen Möglichkeit, einen politischen Eigenwillen zu äussern, degradierte Andrej diese Städte zur Provinz und machte das bisher kleine und nur auf die Gunst des Fürsten angewiesene und durch ihn seither emporkommende Wladímir, das kein Wetsche besass, zu seiner Residenz. Er liess es mit verschiedenen, meist aus Kiew verschleppten Schätzen ausschmücken und durch eigene Neubauten, hauptsächlich Kirchen, verschönen.

Er begann seine Regierung mit der üblichen Auseinandersetzung mit seinen potentiellen Rivalen, d.h. seinen nächsten Verwandten,



die er «entschlossen in allem, was er tat», wie üblich, vertrieb, aber anders als üblich, nicht nur in die benachbarten Fürstentümer, sondern gleich bis Konstantinopel. Überall wo er die Möglichkeit eines Widerstandes gegen sich oder auch nur eine Beschränkung seiner Autorität sah, z.B. bei einzelnen Bojaren, hat er sogleich entsprechend durchgegriffen und sich dabei auf eine von der Aristokratie unabhängige Spezialtruppe gestützt, die sich aus den niederen Volksschichten rekrutierte. Auch darin hat er später in Moskau Nachfolger gefunden.

Er erhob auch Anspruch darauf, seinen Willen in den anderen Fürstentümern durchzusetzen. Auch das machte Schule. Nachdem er Kiew erobert und zerstört hatte, nannte er sich Grossfürst, fühlte sich als solcher den anderen Fürsten übergeordnet und hat in fortgesetztem Wechsel, willkürlich und ohne erkennbare politische Idee, die kleinen Fürsten hin und her dirigiert, sie ein- und ab- und wieder eingesetzt, offenbar nur, um sie ihre völlige Abhängigkeit von ihm spüren zu lassen. Der Erfolg war dabei keineswegs immer durchschlagend. So erlitt er z.B. einen völligen Misserfolg bei dem Versuch, auch das grosse, seit dem Niedergang Kiews stark emporstrebende Nówgorod seiner Herrschaft zu unterstellen: «Es sei Euch kund getan, dass ich im Guten oder Bösen Nówgorod zu besitzen trachte, und dass Ihr mir, als Eurem Fürsten, das Kreuz küssen sollt.» Auch durch seine Nówgorod-Politik hat Andrej seinen späteren Nachfolgern in Moskau ein Beispiel gegeben. Ihm selbst war aber der Erfolg versagt. Die Nówgoroder wagten es, sich ihm mit Kriegsgewalt zu widersetzen und errangen einen grossen Sieg über ihn (1170). Dabei machten sie so viele Gefangene, dass auf dem Sklavenmarkt in Anbetracht des grossen Angebotes ein Preissturz erfolgte und man drei Sklaven für ein Schaf haben konnte. Das grosse Nówgorod hat erst 300 Jahre später vor Moskau kapituliert.

Im Zuge seiner Politik der Zentralisierung der Macht in seinen Händen hat Andréj auch versucht, sein Fürstentum in der kirchlichen Hierarchie selbständig zu machen, die Oberherrschaft des Metropoliten von Kiew abzuschütteln und einen eigenen Günstling zum Metropoliten von Wladímir zu erheben. Auch damit ist er gescheitert.

Bezeichnend für die Ausübung der Herrschaft durch Andréj war, dass zu seiner Zeit zum ersten Mal ein Wort und damit ein Begriff aufkam, der eine typisch werdende Erscheinung charakterisierte, nämlich «podrutschnik» (Handlanger). Wörtlich übersetzt: ein unter der Hand – wir würden sagen, unter dem Daumen – Gehaltener. Unter Verwendung dieser neuen Vokabel begehrten einige Fürsten, von denen er Gehorsam verlangte, gegen ihn auf und weigerten sich, von ihm als «podrutschniki» behandelt zu werden.

Der Widerstand gegen das von Andrej angestrebte Herrschaftssystem regte sich aber nicht nur unter den gekrönten Fürsten. Er erfasste auch weitere Kreise des Volkes, vor allem auch Andrejs nächste Umgebung, in der sich niemand mehr seines Lebens sicher fühlte. Unter der Parole: «Heute lässt er diesen hinrichten und morgen kommt die Reihe an uns; lasst uns mit ihm abrechnen», kam es zu einer Palastrevolution. Auch damit war ein Motiv angeschlagen, das noch lange in der russischen Geschichte nachklingen sollte. Die Verschwörer, eine jedenfalls kleine und bunt zusammengesetzte Gruppe, zu der sowohl Bojaren wie auch Knechte gehörten – ausdrücklich ist die Beteiligung eines Kaukasiers und eines Juden überliefert –, drangen eines Nachts in sein Schlafgemach und ermordeten ihn. Die nackte Leiche wurde aus dem Fenster geworfen und blieb tagelang unbestattet liegen (1174).

Andrej Bogoljubskij ist später von den Anhängern der Autokratie (z.T. auch heute noch von russischen Monarchisten in der Emigration) sehr verherrlicht und als erster Träger der Idee der Selbstherrschaft – als ein «echter Zar» – gepriesen worden. Ein Wegweiser in dieser Richtung ist er ohne Zweifel gewesen. Aber durchgesetzt hat sich das autokratische Regime erst während der diese Entwicklung begünstigenden Tatarenzeit.

Nach Andréj regierte sein jüngerer Bruder Wséwolod als Fürst von Súdäl-Wladimir (1175-1212). Diese Zeit gilt als Blütezeit des Fürstentums. Wséwolod führte das Regiment mit mehr politischem Fingerspitzengefühl, ohne Anmassung, aber mit Autorität auch gegenüber den anderen Fürsten, die ihn «als den Ältesten anerkannten».

Auch der von Andréj gemachte Versuch, mit der Tradition der Aufteilung des Fürstentums unter die Söhne zu brechen, führte

zunächst zu keinem Erfolg, im Gegenteil, der Prozess der weiteren Aufsplitterung in Teilfürstentümer setzte sich fort. Das gilt für die anderen russischen Fürstentümer noch mehr als für Súdál-Wladimir. Und so ergab sich bald der Zustand, dass das ganze russische Land von einer Vielzahl kleiner und kleinster Fürstentümer geradezu übersät war. Die Fürsten selbst, die in fortgesetzten Fehden lagen, waren zum grossen Teil nichts mehr als nur militärische Führer, die man nach ihren Fähigkeiten bewertete und entsprechend auch auswechselte, bzw. sich gegenseitig «abwarb». So kam es, dass besonders die militärisch tüchtigen Fürsten ihre Sitze fortgesetzt wechselten.

Mstisláw der Kühne (Udaloj) ist nacheinander Fürst von Nowgorod, Polozk und Gálitsch gewesen, und Alexander Néwskij war nacheinander Fürst von Nówgorod, Grossfürst von Kiew und Grossfürst von Wladímir.

### *Der Grosse Herr Nówgorod,*

Nówgorod nahm unter den russischen Fürstentümern eine Sonderstellung ein, in zweierlei Hinsicht, erstens durch seinen Rang als die nach dem Niedergang Kiews grösste und angesehenste Fernhandelsstadt und zweitens infolge seiner politisch-sozialen Struktur. Beides, der Fernhandel und die Verfassung, hat Nówgorod gross, stolz und selbstbewusst gemacht und hat russische und nicht-russische, zumal deutsche Historiker veranlasst, in geradezu enthusiastischer Weise seinen Aufstieg zum «Grossen Herrn Nówgorod» (Góspodin Welíkij Nówgorod) zu preisen. Denn dieses Nówgorod lässt wie sonst keine russische Stadt einen Vergleich mit deutschen Handelsstädten zu. Was oben von den russischen Städten gesagt worden ist, gilt für Nówgorod nur bedingt. Nówgorod war ein Sonderfall nicht nur in Bezug auf russische Verhältnisse. Auch für abendländische Begriffe war der Grosse Herr Nówgorod im späteren Mittelalter eine Riesenstadt. Nach neueren Schätzungen (Brunner) betrug ihre Einwohnerzahl im 15. Jahrhundert etwa 50'000. Demnach wäre Nówgorod grösser als Rom (35'000), Köln (30'000), Nürnberg (22'000) und Lübeck (21'000) gewesen und

wäre von keiner Stadt nördlich der Alpen und östlich des Rheines erreicht und nur von ganz wenigen Städten der Zeit (Paris, Venedig, Neapel, London, Bologna) übertroffen worden. Nach anderen Schätzungen (Johansen) war Nówgorod allerdings nicht grösser als Lübeck, «machte aber einen weitaus grösseren Eindruck». Aber auch in dem Fall war es noch eine Riesenstadt.

Gleichwohl, oder eben deshalb, ist Nówgorod trotz seiner stolzen aber jäh unterbrochenen Entwicklung für die russische Geschichte doch nur eine Episode geblieben. Gerade wegen seiner Sonderstellung blieb es eine Art Fremdkörper im gesamtrussischen Organismus und wurde – zumal vom Blickpunkt Moskaus aus – auch als solcher empfunden und entsprechend behandelt. Nowgorod war weder eine typisch russische Stadt, noch ist es typenbildend geworden. Darin liegt seine Tragik. Was sich in diesem Gemeinwesen in engster Anlehnung an westliche Verhältnisse vom 12. bis zum 15. Jahrhundert entwickelt und ausgebildet hatte, blieb ohne Nachwirkung.

Nówgorod wurde vom Niedergang Kiews direkt und auch indirekt weniger berührt als die anderen russischen Fürstentümer. Weil es schon seit Wladímir Monomách ein sehr ausgeprägtes Eigenleben geführt hatte, selbst kein Aufnahmegebiet für Kolonisten aus dem Süden war, wohl aber seinerseits eine eigene grossangelegte Kolonisation betrieb, verlief die Entwicklung dort gleichmässiger, ohne Bruch. Es entwickelte sich dort das Neue organisch aus den Verhältnissen der Kiewer Periode heraus, ohne neue Ansätze aus dem Primitiven und auch ohne Rückfall ins Primitive.

In Nówgorod hatte sich schon früh ein wirtschaftlich kräftiger, politisch einflussreicher und sehr selbstbewusster Kaufmannsstand entwickelt, eine Handelsaristokratie mit ausgeprägtem Solidaritätsgefühl und mit korporativen Gemeinschaftsformen. Von den Nówgorodern hat man mit Recht gesagt, dass sie sich als etwas Besonderes fühlten, sehr bedacht auf die Wahrung ihrer Freiheit, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Verstande, sowohl gegenüber ihrem eigenen Fürsten wie gegenüber den Ansprüchen anderer. Die selbstbewussten Nówgoroder nannten ihre Stadt «der Grosse Herr Nówgorod», und in der Blütezeit

der Stadt im 12. und 13. Jahrhundert kam das Wort auf: wer kann wider Gott und GrossNówgorod!

Infolgedessen war die Stellung des Fürsten in Nówgorod viel schwächer als in den anderen Teilfürstentümern, und bereits im 12. Jahrhundert weigerten sich die Nówgoroder, einen Fürsten anzuerkennen, der ihnen nicht gefiel. So bildete sich das Gewohnheitsrecht aus, den Fürsten nicht nur zu wählen, sondern ihn gegebenenfalls auch zu verjagen. Dass als Kandidat für einen Fürsten nur ein Angehöriger des Rjúrikidengeschlechtes in Frage kam, war nach den damaligen Vorstellungen selbstverständlich.

Um sich gegen Übergriffe des Fürsten zu sichern, schlossen die Nówgoroder Kaufleute mit ihm Verträge ab, die ihn verpflichteten, gleichsam einen Eid auf die Verfassung abzulegen, d.h. nach altem Brauch zu regieren und die Rechte, vor allem die Handelsrechte der Kaufleute nicht einzuengen. Der Fürst selbst durfte nicht Handel treiben – ein sehr wesentlicher Unterschied zu den Verhältnissen zuerst in Kiew und später in Moskau. Der Fürst erhielt auch nicht das Bürgerrecht in der Stadt, durfte nicht in der Stadt wohnen, sondern residierte drei Kilometer entfernt im sog. «gorodischtsche». Dem Fürsten blieb der Oberbefehl über die Truppen und gewisse – kontrollierte! – Verwaltungsfunktionen. Dafür erhielt er «Tribut», den man auch als Sold bezeichnen kann.

Verträge zwischen der Stadt und ihrem Fürsten sind erhalten geblieben. Sie legten genau fest, was der Fürst durfte und was nicht, was er an Abgaben beanspruchen konnte – «bei den Schlagbäumen von Nówgorod und Nowyj Torshok sollst Du von jeder Fuhre zwei Körbe haben und vom Hopfen einen Korb» –, wo und was zu jagen ihm erlaubt war usw. So war der Fürst in Nówgorod tatsächlich ein Angestellter des Gemeinwesens. Immerhin behielt er dank dem Oberbefehl über die Truppen eine Stellung, die die Möglichkeit in sich barg, zu einer starken Machtposition ausgebaut zu werden.

Zwischen dem Fürsten und den Bürgern ist es in Nówgorod zu fortgesetzten Konflikten gekommen, die fast immer zuungunsten des Fürsten endeten. Wenn er klug war, trug er den besonderen Verhältnissen in dieser Stadt Rechnung. «Die Bürger von Now-

gorod herrschten über das Land» – berichtet die Chronik –, «und die Fürsten hielten sich nach ihrem Willen.»

Die Stadt selbst hatte auch äusserlich eine festumrissene Gestalt. Sie zerfiel, durch den Wolchowfluss geteilt, in zwei Seiten, die Handelsseite mit dem Markt als Zentrum und die Sophienseite mit der vom Grossfürsten Jaroslaw erbauten Sophienkathedrale als Mittelpunkt. Diese Seiten waren wiederum in einzelne Bezirke – wörtlich Enden (konzÿ) – mit weitgehender Selbstverwaltung und grossem Hinterland aufgegliedert. Nach ihrer Anzahl – fünf (pjatj) – wurden diese Bezirke Pjatinen genannt.

Die oberste Gewalt in dieser Stadtrepublik hatte das Wetsche, die Volksversammlung – besser Stadtversammlung –, das hier mit seinem ganzen Gewicht erhaltene, aus altslawischer Tradition überkommene, demokratische Institut. Das Wetsche wählte den Fürsten. Es wählte seit 1156 auch den Erzbischof – ein für russische (und nicht nur für russische) Verhältnisse geradezu unerhörtes Recht. Es wählte schliesslich den Possadnik, eine Art Oberbürgermeister, der notwendig ein Nówgoroder sein musste und ohne dessen Einvernehmen der Fürst keine Massnahmen treffen durfte, auch nicht im Kriege. Das Wetsche, in seinen Rechten und seiner Funktion durchaus mit einem modernen Parlament vergleichbar, war Träger der gesetzgebenden Gewalt, es ratifizierte Verträge, es entschied über Krieg und Frieden, und es hielt über leitende Persönlichkeiten Gericht. Das Recht der Teilnahme am Wetsche hatte jeder freie Bürger mit eigenem Hausstand; es trat auf dem Marktplatz zusammen, und zur Versammlung wurden die Bürger durch die Wetscheglocke gerufen, das eifersüchtig gehütete Wahrzeichen der Freiheit der Stadt. Der wundeste Punkt in der Verfassung war die notwendige Einstimmigkeit bei Beschlussfassungen des Wetsche. In Wirklichkeit lag eine Einstimmigkeit natürlich so gut wie nie vor, und um sie zu erzielen oder vorzutäuschen, wurden die verschiedensten Methoden vom wirtschaftlichen Druck bis zur offenen Gewalt angewandt. Nicht selten, zumal in der letzten Zeit vor dem Verlust der Selbständigkeit, arteten solche Volksversammlungen in regelrechte Bürgerkämpfe aus.

Das eigentliche Oberhaupt der Stadt war der – gewählte – Erzbischof, der hier eine ganz einzigartige Stellung einnahm. Er führte

den Vorsitz im Ratskollegium, einer vom Wetsche unabhängigen «Regierung», der die hohen Würdenträger angehörten und in deren Händen die ausführende Gewalt lag. Der Erzbischof war auch der oberste Richter und Vertrauensmann der ausländischen Kaufleute, die ihm die Schlüssel ihrer Warenkeller übergaben, wenn sie die Stadt verliessen. Schliesslich hatte er auch diplomatische Funktionen, da die Verhandlungen mit Ausländern oft von ihm geführt wurden.

Obgleich das politische Schwergewicht rechtlich beim demokratischen Institut des Wetsche lag, war Nówgorod faktisch nicht eine Demokratie, sondern eine Oligarchie. Das hing an den sozialen Verhältnissen. Auch in diesem Betracht waren die westlichen Einflüsse unverkennbar und führten hier zu einer ständischen Gliederung der Bevölkerung z.T. auf korporativer Grundlage.

In Nówgorod lag die faktische wirtschaftliche und politische Macht in den Händen des städtischen Patriziats, der reichen Kaufleute und Bankiers – auch hier Bojaren genannt –, die gleichzeitig auch Grundbesitzer waren und z.T. riesenhafte Ländereien im Nówgoroder Kolonisationsgebiet besaßen. Die gewöhnlichen oder guten Kaufleute (dóbryje kupzý) bildeten einen verhältnismässig starken, sonst in den russischen Städten so gut wie ganz fehlenden Mittelstand; die untere Schicht, die kleinen oder schwarzen Leute (tschornyje ljüdi), Handwerker, Tagelöhner usw. waren politisch zwar gleichberechtigt, wirtschaftlich aber völlig abhängig von den Bojaren, zu denen sie in einer Art Klientelverhältnis standen. Entweder direkt durch ihren persönlichen Einfluss und ihre wirtschaftliche Machtstellung oder indirekt über ihr Klientel sicherte sich die Handelsaristokratie in der Volksversammlung ihren ausschlaggebenden Einfluss.

In dem Bereich des Wolchowbeckens und des Ilmensees und weiter westlich bis zur Narowa und dem Peipussee hatte Nowgorod eine Reihe von Tochterstädten gegründet – Isborsk, Staraja Russa, Welíkije Luki, Torshök, Ladoga, unter ihnen als die grösste und mächtigste Pskow (Pleskau) –, die aber nicht zu eigenen Fürstensitzen erhoben wurden, meist unbedeutend blieben, aber befestigt waren und das grosse Nówgorod nach Westen gegen Angriffe abschirmten. Nach Osten und Nordosten blieb aber das

Land offen, und dahinein in die unermesslichen Waldgebiete erweiterte Nówgorod seinen Herrschaftsbereich geradezu ins Grenzlose durch Gewinnung und Erschliessung neuer Rohstoffgebiete.

Bereits im 12. Jahrhundert hatte Nówgorod im Norden das Weisse Meer sowie das Eismeer erreicht und im Osten den Ural überschritten, so dass es die anderen Fürstentümer territorial um ein Vielfaches übertraf und etwa so gross war wie alle anderen zusammen. Der Antrieb zu dieser Ausweitung war die Handelspolitik GrossNówgorods und der Unternehmergeist seiner Kaufleute, der die Grösse der Stadt selbst überdauern und noch nach der Zerstörung Nówgorods und seiner völligen Gleichschaltung durch Moskau in der grossartigen Erschliessung Sibiriens durch die Ndwgoroder Kaufmannsfamilie Ströganow seinen Ausdruck finden sollte.

Nówgorod nutzte seinen Riesenbesitz als Rohstoff gebiet; seine wichtigsten Exportgüter waren Waldprodukte, Honig, Wachs, Tran und Felle von Zobel, Biber, Marder und Fuchs. Mit der wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Gebietes war im geringen Umfang auch seine Besiedlung verbunden. So vollzog sich hier von Nowgorod aus, wie 1'000 Kilometer südlich von Kiew aus, in der gleichen nordöstlichen Richtung ein Prozess, der, aus völlig verschiedenen Ursachen entstanden und in sehr unterschiedlicher Art sich vollziehend, einmal als unorganisierte bäuerliche Fluchtbewegung, das andere Mal als geplantes und gelenktes wirtschaftspolitisches Risikounternehmen, im Grossen gesehen, doch zum gleichen Ergebnis führte: zur Erschliessung und Kolonisierung riesenhafter Räume. In diesem Sinn ist die Leistung Grossnówgorods allerdings nicht ohne Bestand und ohne fortwirkende Folgen geblieben. Denn in dieser Hinsicht hat Moskau später das von Nówgorod Aufgebaute nicht zerstört, sondern als sein Erbe übernommen und zu nutzen verstanden.

Seine günstige Wirtschaftslage gab Nówgorod den anderen russischen Fürstentümern gegenüber eine starke, offenbar selbst überschätzte Stellung, die die mächtige Stadt geradezu als unverwundbar erscheinen liess. Wer kann wider Gott und Grossnówgorod! Nówgorod war aber an einer Stelle verwundbar; es besass kein Brot, da das sumpfige und bewaldete «Land der Heiligen Sophie» sich für den Ackerbau nicht eignete. Zwar exportierte Nówgorod



auch Getreide, aber fremdes; das Brotgetreide musste aus dem Hinterland eingeführt werden. Das gab den Fürsten bzw. den Grossfürsten von Wladímir – später von Moskau – bei ihrem ausgeprägten Machtinstinkt Nówgorod gegenüber Trümpfe in die Hand, die sie immer wieder geschickt auszuspielen verstanden.

Nicht nur die weitreichenden Handelsbeziehungen und der Reichtum Grossnówgorods waren den östlichen Nachbarn ein Dorn im Auge – es war auch seine republikanische Verfassung. Seit Andrej Bogoljubskij wurde von Súsdal-Wladímir aus wiederholt der Versuch gemacht, Nówgorod der Grossfürstengewalt so zu unterstellen, wie man es in Súsdal-Wladímir gewöhnt war und als natürlichen Zustand ansah. Bei diesem, sich durch Jahrhunderte hinziehenden Kampf der beiden ungleichen Nachbarn wurde von Wladímir bzw. Moskau immer wieder das Druckmittel der Getreidesperre angewandt. Aber zum eigenen Unglück und zum Glück für Nówgorod war der Grossfürst selbst am Verkauf seines Getreides so interessiert, dass die Waffe des Wirtschaftskrieges allein sich schliesslich als zu stumpf erwies.

Die Handelspartner Nówgorods waren die Kaufleute der Ostseeländer, zuerst (im 11. Jahrhundert) die Schweden auf Gotland, dann (im 12. Jahrhundert) die Dänen und die Deutschen. In diesem Jahrhundert des grossen Aufschwungs des Ostseehandels wurde in Nówgorod ein «gotisches» Handelskontor begründet. Ende des Jahrhunderts war die Zahl der Deutschen in Nówgorod bereits so gross, dass dort eine deutsche Kirche errichtet wurde (1185); aus dem Jahre 1225 stammt der älteste Schrägen des «Deutschen Hofes». Die Nówgoroder Kaufleute zogen es vor, ihre Geschäfte in der eigenen Stadt abzuwickeln und fuhren selbst wenig bzw. gar nicht ins Ausland. Eine im Zusammenhang mit den Machtkämpfen um die Herrschaft über die Ostsee bald wichtig werdende Kriegsflotte zum Schutze der Handelsschiffe besaßen die Nówgoroder nicht. Umso grösseren Wert legten sie auf diesen Handelsplatz und verlangten – gegebenenfalls vertraglich – eine entsprechende Zusicherung ihres Fürsten dafür, dass «die Goten und Deutschen ohne Beschwer und Beleidigung nach Nówgorod ziehen» konnten.

So vielversprechende Ansätze bestanden bereits vor dem Tareneinbruch nach Russland. Gleichzeitig mit dieser von Osten

hereinbrechenden Gefahr war Nówgorod aber einer anderen, ernsteren, weil die Stadt unmittelbar bedrohenden Gefahr aus dem Westen ausgesetzt. Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts hatte das Abendland ein wachsendes Interesse für das Nówgorod benachbarte baltische Gebiet gezeigt und damit begonnen, es auf dem Wege einer systematisch betriebenen Missions- und Eroberungspolitik, die schliesslich Kreuzzugscharakter annahm, in seinen Kultur- und Machtbereich einzubeziehen. Träger dieser Aktion waren Schweden, Dänen und Deutsche, und im Hintergrunde stand, diese Aktion politisch und militärisch fördernd und sie ideologisch rechtfertigend und verklärend, die katholische Kirche.

So waren den Nówgorodern neben den willkommenen Handelspartnern höchst unwillkommene Gegner und Rivalen in der unmittelbaren Nachbarschaft erstanden, von denen angenommen werden musste, dass sie an den Grenzen des eigenen Gebietes nicht haltmachen, sondern versuchen würden, weiter nach Osten vorzudringen. Diese latente Spannung nahm am Anfang des 13. Jahrhunderts akuten Charakter an, als das ganze baltische Land – damals Livland genannt – vom Livländischen Orden, einem Zweige des Deutschen Ordens in Preussen, erobert, dadurch dem Deutschen Reich angegliedert und gleichzeitig als «Marienland» der Macht des Papstes unterstellt wurde. Um dieselbe Zeit drangen die Schweden über Finnland weiter nach Osten vor. Durch diese bedrohliche Lage war die Handelsrepublik Nówgorod in einem bisher nicht gekannten Grade auf ihren Fürsten angewiesen, in dessen Händen der militärische Schutz ja lag.

Nówgorod hatte das Glück, einen der bedeutendsten Fürsten seiner Zeit für sich gewinnen zu können, der nicht nur als militärischer Oberbefehlshaber, sondern als Politiker das weitere Schicksal der Stadt bestimmen sollte – Alexander Néwskij.

### *Galizien-Wolhynien. Die Ukrainer*

In einer ähnlichen Lage wie Nówgorod waren die südwestlichen Fürstentümer Wladímir-Wolynskij und Gálitsch. Auch hier waren die Beziehungen zum Abendlande sehr eng und dessen Einfluss

stark, noch stärker als in Nówgorod, da diese Fürstentümer unmittelbarer und in breiterer Front an lateinisch-katholische Staaten (Ungarn, Polen) grenzten und dem Eindringen abendländischer politisch-sozialer, religiös-kirchlicher und auch ethnischer Einflüsse mehr ausgesetzt und ihnen auch zugänglicher waren.

Anders als Nówgorod waren die südwestlichen Fürstentümer durch den Niedergang Kiews in hohem Grade berührt: sie profitierten unmittelbar davon. Erstens erhielten sie einen laufenden Bevölkerungszuzug, der zusammen mit der günstigen Verkehrslage am Rande des Abendlandes diese Fürstentümer bereits im 12. Jahrhundert rasch aufblühen liess. Zweitens gewannen diese ursprünglich vom Zentrum abgelegenen und für die Kiewer Grossfürsten wenig interessanten Teilfürstentümer mit der Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts auch politisch an Gewicht.

Im grösseren dieser Fürstentümer, Wolhynien, mit der Hauptstadt Wladímir am Bug, herrschten die älteren Monomáchowitschi und im kleineren noch weiter westlich gelegenen Galizien, mit Gálitsch am Pruth als Hauptstadt, ein anderer Zweig des Rjurikidengeschlechtes (vgl. Stammtafel). Hier hatte sich früher als in den Zentralgebieten und nicht unbeeinflusst durch die abendländischen Verhältnisse der Erbgedanke im regierenden Fürstenhause durchgesetzt, so dass eine Dynastiebildung stattfand. Durch ihre abgelegene Lage, vor allem aber infolge der Verödung des angrenzenden Kiewer Gebietes lösten sich diese Fürstentümer stärker als Nówgorod aus der alten Gemeinschaft der Rus und verloren allmählich die Verbindung zu den anderen russischen Fürstentümern. Dabei kamen sie in so enge Beziehung zum Abendland, dass Galizien unter seinem bedeutenden Fürsten Jaroslaw Osmomysl, im 12. Jahrhundert jedenfalls – die Quellen geben davon kein klares Bild – vorübergehend die Lehnsoberhoheit des Deutschen Kaisers (Barbarossa) anerkannte. In der nach Westen tendierenden Sonderentwicklung dieser Gebiete kündigte sich bereits ihr künftiges Schicksal an, das sich sowohl staatlich wie auch volklich ausserhalb Russlands im Rahmen des polnisch-litauischen Bereiches vollzog. Am Ende des 12. Jahrhunderts (1199) wurden beide Fürstentümer durch Heirat vereinigt, und der erste Fürst dieses mächtigen wolhynisch-galizischen Staates – er hiess Roman –

strebte seinerseits danach, das Erbe Kiwys anzutreten. Im Jahre 1200 eroberte er die ehemals goldene Stadt und legte sich den Grossfürstentitel bei.

Die volkliche Entwicklung ist insofern geschichtlich bedeutsam geworden, als gleichzeitig mit der Entstehung des grossrussischen Volkstums im Nordosten sich hier im Südwesten ein biologisch, sprachlich und bewusstseinsmässig davon verschiedenes Volkstum, das ukrainische oder kleinrussische, herausbildete, dessen Schwergewicht sich vom Dnjepr- in das Dnjestrbecken verlagerte. In der Mitte des 14. Jahrhunderts nannte sich der galizische Fürst Boleslaw, in Abgrenzung gegenüber den Grossrussen, Fürst von ganz Kleinrussland.

Die Nähe zum Abendlande und dessen unmittelbare Einflüsse wirkten sich naturgemäss auch auf die innere Struktur des galizisch-wolhynischen Fürstentums aus. Während in Süsdal-Wladimir das monokratische Element (der Fürst), in Nowgorod das demokratische (das Wetsche) die innere Entwicklung bestimmte, so verlagerte sich hier das politische Schwergewicht auf das aristokratische Element, die Bojaren. Sehr ähnlich den Nachbarstaaten Polen und Ungarn entstand hier ein starker, politisch einflussreicher grundbesitzender Adel, der auf ständischer Grundlage in fortgesetzten, z.T. sehr blutigen Kämpfen die fürstliche Macht einzuschränken bestrebt war, andererseits aber das Institut des Wetsche in seiner Bedeutung ganz in den Hintergrund treten liess, z.T. ausschaltete.

Die Zwischenlage dieser Fürstentümer zwischen Russland und dem Abendlande wirkte sich günstig aus, solange sie als solche erhalten werden konnte. Die Situation wurde kritisch, als die Verhältnisse mit dem Tatareneinfall eine Entscheidung zwischen West und Ost verlangten. Auch dieses Fürstentum hat in der Zeit einen bedeutenden Herrscher gehabt, den Fürsten Danjlo.

## 2. UNTER DEM TATARENJOCH

### *Der Einfall der Mongolen*

Als im 13. Jahrhundert erstmalig die Mongolen, von Asien hereinbrechend, zunächst in der Steppenzone auftauchten und in den Gesichtskreis der Russen traten, wurde darin keine besondere Gefahr gesehen. Die russischen Fürsten meinten, sie hätten wieder einmal einen neuen Steppennachbarn bekommen, irgendein Nomadenvolk wie die anderen auch. Nach den bisher gemachten Erfahrungen, so konnte man annehmen, würde auch dieses Volk früher oder später sesshaft werden, und die Beziehungen zueinander würden, wie im Falle der Pólowzer, sei es durch Verträge, sei es durch eheliche Verbindungen, mit der Zeit normalisiert werden können. Wer die fremden Reiter waren, «woher sie gekommen, welche Sprache sie reden, zu welchem Stamm sie gehören, und welchen Glauben sie haben», darüber wusste nach dem Bericht des Chronisten niemand etwas Gewisses. Und nach den dürftigen Nachrichten in den zeitgenössischen Quellen zu schliessen, war auch das Interesse dafür nur gering.

In Wirklichkeit hatte sich aber in Asien inzwischen eine Entwicklung vollzogen, die das angespannteste Interesse der Russen wohl gerechtfertigt hätte. Denn was jetzt hier vor sich ging, war keineswegs eine Wiederholung des Früheren, sondern etwas ganz Neues, ja es war ein bis dahin noch nicht dagewesener Vorgang in der Geschichte, der sich in diesen Ausmassen erst in unseren Tagen wiederholen und schliesslich noch übertroffen werden sollte: die Unterstellung fast des gesamten asiatischen Kontinents einschliesslich grosser Teile von China und der gesamten mittelasiatischen Gebiete unter eine Zentralherrschaft und die sich daraus ergebende Begründung des grössten, territorial geschlossenen Reiches, das die Welt – soweit unsere Kenntnis reicht – je gesehen hat.

Das Zentrum dieses Riesenreiches war die Mongolei, sein Begründer und Herr trug einen Beinamen, der das Gleiche bedeutet, wie der Wahlname des Herrn über das Riesenreich im Jahre 1950,

nämlich «der Mann aus Stahl». Im 13. Jahrhundert hiess er Temudschin, d.h. bestes Eisen, im 20. Jahrhundert hiess er Stalin. Als Ausdruck seiner Würde und Machtstellung hatte Temudschin den Titel Dschingis-Chan angenommen.

Das Volk, mit dem er seine gewaltigen Siege erfocht, wurde bereits in Asien Ta-ta-er genannt und später allgemein als Tataren bezeichnet<sup>1</sup>. Dank seiner kriegerischen Veranlagung hatte dieses Volk nach dem Worte mongu, d.h. kühn, den Ehrennamen Mongolen erhalten.

Selbst an Zahl verhältnismässig gering, hatten die Mongolen verschiedene Turkvölker nicht nur besiegt, sondern überschichtet, politisch organisiert und weitgehend assimiliert und damit ihr Menschenreservoir gewaltig erweitert, so dass sie mit zahlenmässig sehr starken, straff organisierten und bestens disziplinierten, dazu noch ausgezeichnet geführten Heeresmassen operieren konnten. Dschingis-Chan hatte es sehr geschickt verstanden, in den von ihm unterworfenen hochkultivierten Ländern sich deren zivilisatorische, vor allem technische Errungenschaften weitestgehend zunutze zu machen, so dass seine, nach wie vor primitive, ebenso bedürfnislose wie strapazierfähige Truppe mit Artillerie – auch Pulverkanonen! – Schleudermaschinen, Brandbomben (Töpfe, die nach dem Aufschlag zerbrachen und eine brennende Flüssigkeit ausspritzten) ausgerüstet war. Dschingis-Chan verfügte ausserdem über ausgezeichnet geschulte, z.T. chinesische, z.T. sarazenische Verwaltungsbeamte, erfahrene Verkehrstechniker, einen hervorragenden Nachrichten- und Kundschafterdienst und nicht zuletzt über bedeutende Strategen und Heerführer. Die organisatorisch-technische Stärke der Tataren wurde durch den Geist religiöser Missionsgläubigkeit noch erhöht und gleichzeitig radikalisiert. Dschingis-Chan war Heide, aber Monotheist und hatte «das schreckliche Bewusstsein, im Auftrage Gottes als Rächer zu erscheinen» (Schiemann). Er hat sich selbst als Geissel Gottes bezeich-

<sup>1</sup> Erst nachträglich wurde dieser Name in Europa mit Tartarus in Verbindung gebracht in akustischem Anklang und weil die Qualen, die die Tataren anderen bereiteten, nur mit Tartarusqualen vergleichbar schienen; so werden sie bekanntlich z.T. bis auf den heutigen Tag auch Tartaren genannt (à la tartar).

net und die fürchterlichsten Schreckenstaten und Massenmorde im Namen Gottes vollzogen; nach neuen Schätzungen hat er etwa 20 Millionen Menschen umgebracht. Bei seinen mitleidslosen Eroberungszügen ging Dschingis-Chan, um es zugespitzt auf eine Formel zu bringen, nach folgendem System vor: Techniker, Künstler und junge Frauen wurden gefangengenommen und entsprechend benutzt, wehrfähige Männer wurden ins Heer eingereiht, alles andere wurde niedergemacht.

Es waren also keineswegs irgendwelche, so oder anders zu bändigende oder zu gewinnende Nomaden, mit denen es die Russen am Anfang des 13. Jahrhunderts zu tun bekamen, sondern es war das bestdisziplinierte, hervorragend ausgerüstete Heer eines zentralistisch verwalteten und zielsicher geführten, über die Weltverhältnisse, auch über die europäischen, sehr gut informierten Weltreichs.

Im Jahre 1223 fand in der südrussischen Steppe an einem kleinen Nebenfluss des Donez, Kalka, der erste Zusammenstoss statt. Von den Tataren aus gesehen, handelte es sich nur um einen Streifzug einer für ihre Verhältnisse nicht grossen Vorausabteilung von 30'000 Mann unter der Führung des Generals Sabutai, um die Verhältnisse in Europa zu erkunden. Den russischen Fürsten kam dieser Angriff nicht ganz unerwartet. Sie waren nämlich vom Kumänen-Chan Kotjan, dem Schwiegervater eines der angesehensten Teilfürsten in Russland, Mstisláw des Kühnen, gewarnt und von diesem zur gemeinsamen Abwehr der Gefahr aufgerufen worden.

Die russischen Fürsten hatten damals eine für ihre Verhältnisse erstaunliche Solidarität gezeigt und unter der Führung der Fürsten von Gálitsch, von Kiew und von Tschernígow (alle drei hiessen Mstisláw) und unter Beteiligung von noch sechs anderen Fürsten, gemeinsam mit den Kumanen ein Heer von etwa 80'000 Mann aufgestellt, so dass sie sich der viel geringeren Zahl der Gegner stark überlegen fühlten. Schon bei dem ersten Treffen mussten sie aber die Erfahrung machen – aus der sie übrigens nichts lernen sollten –, dass dieser unbekannt Feind ganz anders geartet war als erwartet. Wir sind über die Vorgänge durch arabische Quellen verhältnismässig gut informiert. Die Russen wurden vollständig geschlagen; sechs Fürsten und sieben Bojaren fielen,

das Kiewer Aufgebot von 11'000 Mann wurde vollständig aufgerieben; vom ganzen Heer konnten sich nur einige tausend retten.

Die Tataren nutzten den Sieg nicht aus, sondern zogen sich entsprechend dem Streifzugcharakter ihres Unternehmens wieder zurück. Die Russen freuten sich dieses Verschwindens und blieben erstaunlich unbesorgt.

Die Entscheidung über Russland fiel elf Jahre später in Karakorum (1235), dem Sitz des Grosschans in der Mongolei. Inzwischen war Dschingis-Chan gestorben (1227). Er hatte als Vermächtnis die Weisung an seine Nachkommen hinterlassen, die Welteroberung zu vollenden. Unter seinem Nachfolger – seinem dritten Sohn Ugedéj – beschloss die Reichsversammlung der Grossen, der Kuriltai, drei neue Kriegszüge zu unternehmen, einen nach Korea, einen nach Südchina und einen nach Europa. Den Oberbefehl über den europäischen Feldzug erhielt ein Enkel Dschingis-Chans, Batú. Ein halbes Jahr darauf stand Batú mit 150'000 Reitern (nach sowjetischen Schätzungen mit 300'000 Mann) bereits an der Grenze von Europa am Jaik (Uralfluss).

Für die Eroberung Europas hatte der Kuriltai vorsichtig achtzehn Jahre veranschlagt, aber die Eroberung Russlands war schon in vier Jahren beendet. Dabei sahen die immer weiter miteinander streitenden und zu einem solidarischen Vorgehen unfähigen russischen Fürsten nicht nur in Bezug auf die Kampfkraft und zahlenmässige Stärke des Feindes sich vor eine neue Situation gestellt, sondern auch in Bezug auf die Strategie. Im Unterschied zu den früheren Feinden aus dem Osten zeigten sich die Tataren bei ihrer Kriegführung weder an die Steppe noch an die Jahreszeit – den Sommer – gebunden. Ihr erster Einbruch war über den Kaukasus erfolgt; jetzt brachen sie nach einem wohlerwogenen Kriegsplan Batús, völlig unerwartet und dazu noch im Winter, in die Waldzone ein und drangen durch die dichtesten Wälder bis in das Hinterwaldgebiet von Súdál-Wladímir vor, um «das Wild aus dem Walde in die offene Steppe zu treiben und es dort zu vernichten».

Das erste Opfer waren die Bolgaren (1236). Im Winter 1237/1238 kamen zunächst das östlichste Fürstentum Rjasán und dann das Fürstentum Súdál-Wladímir an die Reihe. Die russischen Chroniken sind reich an Schilderungen der fürchterlichen Greuel, vor

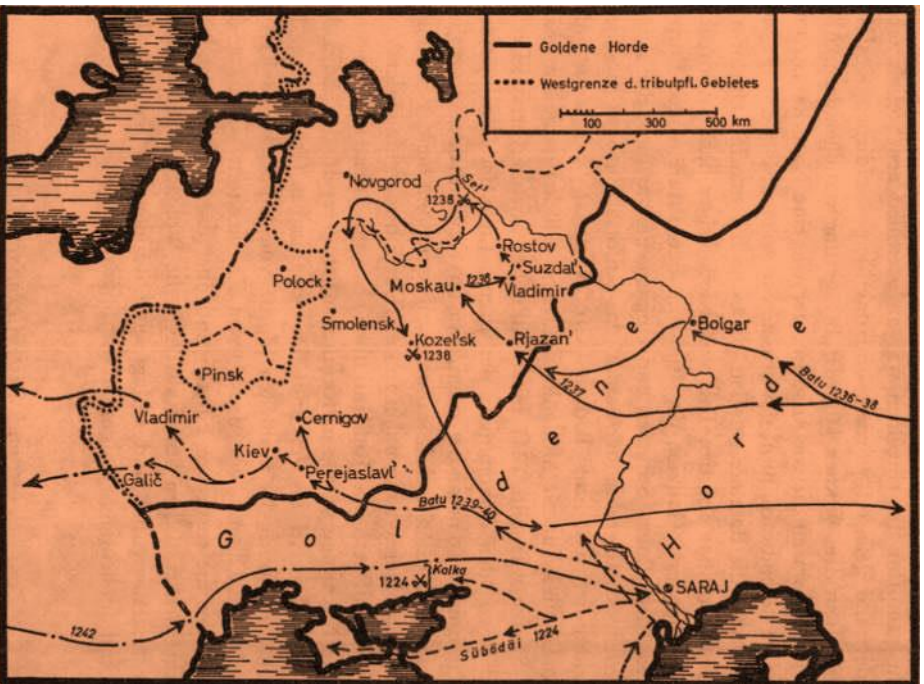


allem der Massenschlachtungen von Menschen. «Die Häupter der Russen fielen wie vor der Sichel», berichtet die Chronik von Kostroma, «der Fürst Wassílij ertrank im Blute, denn er war noch klein.» In Wladimir hatten sich die Frauen und Bojaren und andere in die Kirche geflüchtet; sie wurden zusammen mit der Kirche verbrannt. Die Städte wurden verwüstet und ausgeplündert, so vor allem Wladímir und Súdál; unterwegs wurde auch das kleine Moskau zerstört.

Im März 1238 stiessen die Mongolen über Twer weiter westlich nach Nówgorod vor. Es wurde als ein Wunder angesehen, dass sie kurz vor Nówgorod kehrtmachten, auf diese besonders verlockende Beute verzichteten und sich weiter südwärts wandten. In Wirklichkeit hatte nicht ein Wunder die stolze Handelsstadt gerettet, sondern des Tatarenfeldherrn Sabutai genaue Kenntnis der Klima- und Bodenverhältnisse Russlands. Er fürchtete mit Recht, dass das eintretende Tauwetter seine Truppe, vor allem die Artillerie, auf dem aufgeweichten Boden manövrierunfähig machen würde.

In den nächsten beiden Jahren folgten Vorstösse in den Süden, zunächst nach Perejasláwl und Tschernígow; beide Städte wurden niedergebrannt. Am 6. Dezember 1240 fiel Kiew und wurde von den Tataren noch gründlicher zerstört als je von den streitenden russischen Fürsten oder den Steppennomaden. Andrej Bogoljubskij und später die Ólgowitschi hatten Kiew geschändet, entmachtet und ausgeplündert, aber es war immerhin noch bestehen geblieben, es war auch der Sitz eines Fürsten geblieben. Durch die Tataren wurde die «Mutter der russischen Städte» ausgelöscht. Fünf Jahre später kam ein päpstlicher Gesandter, Piano Carpini, auf dem Wege zum Tatarenchan durch Kiew. Er berichtete, dass in der Stadt, die einst 400 Kirchen und acht Märkte gehabt hatte, kaum noch 200 Häuser ständen und auf den Feldern Schädel und Gebeine herumlägen. «Fuerat enim urbs magna et populosa, nunc quasi ad nihilum esse redacta.»

In diesem traurigen Zustand blieb das ehemals goldene Kiew noch Jahrhunderte. Im Jahre 1594 bezeichnete ein österreichischer Diplomat es als eine trostlose Ruinenstadt. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts war Kiew «eine Stadt der Erinnerungen und Hoffnungen» (Ségur), und erst im 19. Jahrhundert begann es wieder zu neuem Leben zu erwachen.



Tatarenzüge und Goldene Horde im 13. und 14. Jahrhundert.

Das ganze russische Land mit Ausnahme seiner westlichen Teile war damit unter die Herrschaft der Tataren geraten, zwar ohne eine geschlossene Abwehr von russischer Seite, aber gleichwohl nicht kampflös. Im Einzelnen war an verschiedenen Stellen zäher Widerstand geleistet worden, und das kleine Städtchen Kosjolsk hatte allein drei Wochen lang der Belagerung standgehalten. Aber die Russen waren diesem Ansturm, der wie eine Naturkatastrophe über sie hereinbrach, nicht gewachsen. Sie erlagen. Für Europa war damit aber die Barriere gefallen, die es nach Osten hin abschirmte, und unmittelbar auf den Fall von Kiew folgte bekanntlich über Wolhynien und Galizien der Einbruch der Tataren nach Europa hinein, nach Polen, Schlesien und Ungarn. Es war nicht der Erfolg auf dem Schlachtfelde, der damals das Schicksal Europas entschied, sondern der plötzliche Tod des Gross-Chan in Karakorum, der zum Unglück für die Mongolen und zum Glück für die Europäer ein Säufer war und 1241 einer Alkoholvergiftung erlag. Dieser Tod bewog den Abkömmling der älteren Linie der Dschingisiden, den in Europa kommandierenden Batú, unverzüglich quer durch ganz Europa und Asien nach Karakorum zu reiten, um bei der Regelung der Nachfolgefrage mit dabei zu sein. Der Europafeldzug der Mongolen wurde gestoppt, Russland blieb aber unter dem Tatarenjoch.

Die Nachfolge wurde in Karakorum so geregelt, dass Batú das westliche Teilreich im Verbände des mongolischen Grossreiches, das sogenannte Reich der Goldenen Horde von Kiptschak als Regent erhielt. Als Chan – von den Russen Zar genannt – war er der Herr über die russischen Fürsten und über das russische Land. Er machte den russischen Schicksalsstrom, die Wolga, zur Achse seines Herrschaftsbereiches und schlug seine Residenz in Sarái in der Gegend des heutigen Wolgograd (Stalingrad) auf.

### *Zwischen Ost und West, Alexander und Danýlo*

Die Aufrichtung der Tatarenherrschaft hatte die russischen Fürsten vor die Frage gestellt, wie sie sich damit abfinden sollten. Im Zentralgebiet und in den östlichen Teilen des russischen Landes hatten sie eigentlich gar keine Wahl: sie mussten den Realitäten

Rechnung tragen und sich fügen. Anders die Fürsten in den westlichen Teilen, deren Herrschaftsgebiet an das Abendland grenzte und für die die Möglichkeit bestand, gegebenenfalls mit westlicher Hilfe den Kampf gegen den Feind aus dem Osten aufzunehmen. Diese Fürsten mussten sich jetzt zwischen West und Ost entscheiden. In Nówgorod fiel die Entscheidung dem Fürsten Alexander Jarosláwowitsch zu.

Auch Alexanders Vater war Fürst von Nówgorod gewesen. Er stammte aus Súsdal und hatte versucht, in Nówgorod nach Súsdaier Manier zu herrschen, doch hatte er damit wenig Freude gehabt; die Nówgoroder verjagten ihn wiederholt. Sein Sohn war geschickter. Es ist zweifellos nicht nur den militärischen, sondern sehr wesentlich den politischen Fähigkeiten dieses Fürsten zu danken, dass er sich, obgleich sehr selbstbewusst, energisch und zielsicher, sogar in Nówgorod, wenn auch nicht ohne Konflikte mit der Bevölkerung, zu halten vermochte. – Übrigens hat auch er vorübergehend aus der Stadt weichen müssen.

Alexander, dessen Äusseres als sehr ansprechend geschildert wird – zumal seine tönende Stimme wird gerühmt, die «wie eine Trompete vor dem Volk» geklungen habe –, wollte mehr als nur Fürst von Nówgorod sein und verfolgte ausdrücklich und betonterweise eine gesamtrossische Politik. Von seinen Zeitgenossen wurde er «die Sonne des russischen Landes» genannt, und die Nachfahren haben ihn bis in die jüngste Zeit als russischen Nationalhelden gepriesen und in vielen Liedern besungen. Die Kirche hat ihn heiliggesprochen. Er gilt als der Schutzheilige Russlands; ihm zu Ehren wurde im 18. Jahrhundert ein Orden begründet, und während des Zweiten Weltkrieges (November 1941) hat Stalin ihn erneuert; alle russischen Herrscher einschliesslich der Bolschewiken haben sich zu ihm und seinem Werk bekannt.

Wie bereits erwähnt, sah sich Nówgorod, als die Tataren von Osten her ins russische Land einbrachen, auch von Westen her bedroht. Die Schweden, Dänen und Deutschen im baltischen Raum erkannten in der Schwächung der Russen durch die Tataren eine Chance für sich. In der Mitte des 13. Jahrhunderts waren die Schweden über Finnland bereits in das Nówgoroder Gebiet bis an

die Newa, die Deutschen weiter südlich über Isborsk vorgedrungen und hatten sich Pleskaus bemächtigt. Gleichzeitig aktivierte der Vatikan seine Politik.

Der Papst bot Alexander Hilfe gegen die Tataren an. Aber gerade darin sah der Fürst von Nówgorod eine Gefahr für den russischen Glauben. Der Glaube wurde durch die Tataren nicht bedroht, durch die Lateiner wohl. In diesem Konflikt entschied sich Alexander für den Osten und unterstellte sich dem Tatarendian, um den Kampf gegen den Westen zur Verteidigung des russischen Landes und gleichzeitig des russischen Glaubens umso entschiedener aufnehmen zu können. Zweifellos ist diese Entscheidung für den weiteren Gang der russischen Geschichte von grösster Bedeutung geworden.

Im gleichen Jahre, in dem die Tataren ihren entscheidenden Schlag gegen den Süden Russlands führten und das Lebenslicht Kiews auslöschten (1240), hat Alexander die Schweden an der Newa besiegt und damit den für Nówgorod so wichtigen Ausgang zum Finnischen Meerbusen freigekämpft. Seither trug er den Beinamen Néwskij. Zwei Jahre später besiegte er den für Nówgorod noch gefährlicheren Livländischen Orden auf dem Eise des Peipussees (1242). Seitdem blieben der Peipussee und sein nördlicher Ausfluss, die Narowa, für Jahrhunderte die Grenze zwischen Westen und Osten. Für die Russen bedeutete das insofern eine Zurücknahme ihrer Grenze, als das von ihnen begründete Júrjew (Dorpat) im deutschen Bereich verblieb, wogegen Pskow wieder unter russische Herrschaft kam. Der Orden hat später nicht mehr versucht, weiter in das Nówgoroder Gebiet vorzudringen; die entsprechenden Versuche der Russen in umgekehrter Richtung wurden erst nach dem Ende der Tatarenzeit, dann allerdings umso intensiver, aber nicht mehr von Nówgorodern, sondern von den Moskowitern aufgenommen.

Der Politik Papst Innozenz' IV. begegnete Alexander mit schroffer Ablehnung. «Was das Alte und Neue Testament sagt, wissen wir selbst» – liess er selbstbewusst dem Papst übermitteln – «und kennen die wahre Lehre der Kirche. Die Eure wollen wir aber nicht annehmen.» Von sowjetischer Seite ist später mit deutlicher Anspielung auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges das Ergeb-

nis dieser Politik dahin zusammengefasst worden, dass «die russischen Menschen damit das furchtbare Los von sich abgewendet hatten, germanisiert zu werden» (Pankratowa). Auch wenn man einer anderen Formulierung dieses Gedankens den Vorzug geben würde, wird man seine Richtigkeit nicht leugnen können. Bei der damaligen Lage der Dinge hat die Möglichkeit einer Loslösung Nówgorods aus dem russischen und seine Eingliederung in den abendländisch-deutschen Bereich ohne Zweifel bestanden.

Die Folgerungen aus dieser Politik dem Westen gegenüber hat Alexander folgerichtig und kompromisslos auch für Nówgorod gezogen und gegen manche Widerstände durchgesetzt. Eine Politik der Neutralität zwischen West und Ost wäre ganz unrealistisch gewesen und kam für Alexander nicht in Frage. Es blieb ihm nur der Anschluss an den Osten.

Alexander verlangte von seinen Nówgorodern, dass sie den Chan als Zar, d.h. seine Oberhoheit anerkennen und ihm die geforderten Tribute zahlen, obgleich Nówgorod von den Tataren nicht erobert war; das kam die Bürger der stolzen Stadt hart an. Nach der Chronik hätten sich besonders die unteren Schichten des Volkes dem widersetzt und erklärt, «in Ehren für die Heilige Sophie sterben» zu wollen, während die Vornehmen und Reichen sich leichter ins Unvermeidliche fügten. In der Überzeugung, damit ein sonst unabwendbares Elend gleichwohl abzuwenden, zwang Alexander die Nówgoroder mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, es zu dulden, dass die tatarischen Steuereinnehmer «mit ihren Weibern und grossem tatarischen Gefolge» in Nówgorod erschienen, und ihre Beamten durch die Strassen der Stadt ritten, um die Höfe zu zählen und den Tribut einzutreiben.

Alexander wusste, dass die Tataren erbarmungslos jeden Widerstand niedertraten und richtete sich nach dem Grundsatz des Chans: «Willst Du Dein Land behalten, so komme und beuge Dich vor mir.» Er ist oftmals zum Chan der Goldenen Horde und auch bis nach Karakorum zum Gross-Chan gereist, um sich vor ihm zu beugen, und er hat in geschickt geführten Verhandlungen viel für sein Land erreicht und manches Unheil verhindern können. Er hat mit verbissener Energie, drohend und strafend, seine einmal für richtig und notwendig erkannte Politik im russischen Lande durch-

gesetzt und ist nicht einmal davor zurückgeschreckt, auch tatarische bewaffnete Hilfe gegen seinen eigenen Bruder in Anspruch zu nehmen, der sich ihm nicht fügen wollte, wie seinerzeit sein grosser Vorfahre Wladímir Monomách seine russischen Widersacher mit Hilfe der Pólowzer niedergeworfen hatte.

Ohne Zweifel ist Alexander am Hofe von Sarái, wo er sich gelegentlich monatelang aufhielt, persona grata gewesen. Der Chan belohnte ihn für seine Haltung und setzte ihn als Grossfürsten in Kiew ein. Das sah fast wie eine Verhöhnung aus, denn Kiew war damals eine einzige grosse Ruine und das Kiewer Land menschenleer und verödet. Infolgedessen ging Alexander auch gar nicht hin, sondern – nunmehr mit dem Grossfürstentitel – nach Nówgorod zurück. Nicht lange darauf (1252) wurde er durch die Gnade und Gunst des Chans mit der Würde des «Ältesten unter den Fürsten» und dem Grossfürstensitz von Wladímir beehrt. In seiner grossen politischen Wendigkeit hat Alexander sich in Wladímir der Susdaler fürstlichen Tradition angepasst und dort, gestützt von der Autorität des Chans, die autokratische Herrschaftsform weiter ausgebaut und gefestigt.

Seine tatarenfreundliche Politik fand allerdings in manchen Eigenheiten des tatarischen Herrschaftssystems eine Stütze, vielleicht auch eine Rechtfertigung, vor allem in der Toleranz der Tataren gegenüber Religion und Kirche. Infolgedessen konnte er einer Unterstützung seiner Politik durch die Geistlichkeit – auch vom Ideologischen her – sicher sein. Denn sein Verhalten stand «in vollständiger Übereinstimmung mit derjenigen Lehre, welche von den Priestern der rechtgläubigen Kirche stets gepredigt wurde, dass wir nämlich als Ziel unseres irdischen Daseins das jenseitige Leben anzusehen haben und dass wir ohne zu murren ... uns jeder Macht, auch der fremden und aufgezwungenen, unterwerfen und beugen sollen» (Kostomárow).

Sein altes Fürstentum Nówgorod hat die Periode der Tatarenherrschaft nicht nur überstanden, sondern in dieser Zeit einen weiteren Aufschwung genommen. Die Blütezeit Nówgorods fällt in die Zeit seiner Tributpflicht gegenüber dem Tatarenchan. Die Handelsbeziehungen nach dem Westen wurden fortgesetzt ausgedehnt, so dass an dieser Stelle kein «Eiserner Vorhang» zwischen

der östlichen Welt unter dem Tatarenjoch und dem westlichen Abendland niederging. Das Aufblühen der deutschen Handelsstädte im benachbarten Ordensland Livland und die unmittelbare Einbeziehung Nówgorods in den Hansehandel wirkten sich positiv nicht nur auf das Wirtschaftsleben der Stadt aus, sondern gleichermassen auch auf die innere Struktur und den weiteren Ausbau seiner eifersüchtig gehüteten freiheitlichen Rechtsformen. Gleichzeitig stand Nówgorod in regen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehung zu Byzanz. Insofern blieb es in der russisch-kiewer Tradition. Im 14. und 15. Jahrhundert gab es in Konstantinopel eine grosse Nówgoroder Kolonie.

In ähnlicher Lage wie Alexander als Fürst von Nówgorod war sein Zeitgenosse, der Fürst von Galizien-Wolhynien Danýlo (1205 bis 1264). Auch er sah sich gezwungen, eine Entscheidung zwischen West und Ost zu treffen.

Die Politik Danýlos unterschied sich aber von der Alexanders. Danýlo war – anders als Alexander – westlich orientiert; er fürchtete abendländische Einflüsse nicht und öffnete ihnen willig sein Land, auch der Einwanderung aus dem Westen. Er war auch bereit, westliche Hilfe gegen den Osten anzunehmen. Aber Danýlo war – ebenso wie Alexander – Realpolitiker und machte die Aufnahme des Kampfes von der tatsächlichen Gewährung einer Hilfe abhängig. Als die Tataren nach dem Fall Kiews auch in sein Land einfielen, sah er sich zum bewaffneten Widerstand nicht in der Lage, zog die Konsequenzen daraus, erkannte die Oberhoheit Batús an und erklärte sich auch zur Tributzahlung bereit. Wie Alexander war auch er ein geschickter Unterhändler und wurde vom Chan glimpflich behandelt; die verlangten Tribute waren verhältnismässig gering. Aber Danýlo hat – anders als Alexander – den Plan, sich mit westlicher Hilfe von der Tatarenherrschaft wieder zu befreien, nie aufgegeben und fortgesetzt Verhandlungen mit dem Westen in dieser Richtung geführt.

Papst Innozenz IV. versuchte auch in diesem Fall, aus der Notlage der russischen Fürsten Gewinn für die katholische Kirche zu ziehen und stiess bei Danýlo auf viel mehr Verständnis als bei Alexander. Der Papst bediente sich dabei ausser dem Versprechen militärischer Hilfe – er erklärte sich bereit, die Polen, Böhmen und



Serben zu einem Kreuzzug gegen die Heiden aufzurufen – noch eines anderen Mittels, das sich Danýlo gegenüber als höchst wirkungsvoll erwies: er stellte dem ehrgeizigen Fürsten eine Königskrone in Aussicht. Schon Innozenz III. hatte den Vater Danýlos, Roman, damit gelockt, ihm «Städte zu geben und ihn zum König der Rus zu machen», wenn er den lateinischen Glauben annehme; dabei hatte er sich auf das Schwert Petri berufen. Der Fürst Roman hatte der Versuchung widerstanden, nach dem Bericht der Chronik sein eigenes Schwert gezogen und den päpstlichen Unterhändler herausfordernd gefragt: «Ist Petri Schwert, das der Papst hat, so wie dieses?» – Man wird hierbei an die Frage erinnert, die siebeneinhalb Jahrhunderte später Stalin auf eine Bemerkung Churchills über die Macht der katholischen Kirche stellte: «Wieviel Divisionen hat eigentlich der Papst?»

Die Situation Danýlos als Tributär der Tataren war aber viel gefährdeter als die seines Vaters. Weder konnte er sich derlei herausfordernde Bemerkungen erlauben, noch wollte er darauf verzichten, König der Rus zu werden. Ein Übertritt zum lateinischen Glauben war ihm allerdings ein zu hoher Preis, und Innozenz IV. war geschickt genug, ihn auch nicht zu verlangen. Der Papst bot ihm eine Union der Kirchen an mit der Verpflichtung, seinerseits sich jeder Feindschaft gegen die Orthodoxie zu enthalten. Auf dieser Grundlage erfolgte die Einigung (1254). «Danýlo nahm die Krone an» – berichtet die wolhynische Chronik – «von der Kirche der Heiligen Apostel und vom Stuhl des Heiligen Petrus und von seinem Vater dem Papst Innozenz und von allen seinen Bischöfen. Innozenz aber verfluchte diejenigen, welche die griechische Kirche eine irrgläubige nannten und wollte ein Konzil einberufen zur Festsetzung des rechten Glaubens und zur Einigung der Kirche. So nahm Danýlo von Gott die Krone in der Stadt Dorotschin.»

Das Ergebnis war für beide Teile gleichermassen unerfreulich. Die versprochene päpstliche Hilfe blieb aus, und dadurch wurde die Aufnahme des Kampfes gegen die Tataren unmöglich. Daraufhin kam es zum Bruch (1257), und die Union wurde wieder aufgelöst. Danýlo behielt allerdings seine Königskrone. Den Tataren gegenüber half ihm das wenig; er wurde von ihnen vollständig

überspielt und hat alle seine Hoffnungen, sich gegebenenfalls auch ohne westliche Hilfe zu befreien, aufgeben müssen. Seither war an einen Widerstand nicht mehr zu denken. Es endete damit, dass Danýlo zu den Polen floh.

Bald darauf setzte ein schneller Niedergang des Fürstentums Galizien-Wolhynien ein, obgleich die Tataren wieder abzogen. Im Innern stärkte die eigensüchtige Bojarenaristokratie ihre Macht gegenüber dem Fürsten, und im 14. Jahrhundert wurde der letzte Rjúrikide – er hiess Boleslaw – von den Bojaren vergiftet (1340). Von aussen erhoben mächtige Nachbarn – Polen, Böhmen, Litauen – Anspruch auf das Land. Das vom russischen Kerngebiet abgetrennte, auf sich selbst gestellte Fürstentum konnte auf die Dauer dem Druck nicht standhalten. Die weitere Entwicklung des Fürstentums vollzog sich im Rahmen des polnisch-litauischen Staates.

### *Die Herrschaft der Goldenen Horde*

Die Herrschaft des Chans der Goldenen Horde – von den Russen als Tatarenjoch (tatárskoje igo) bezeichnet – hat rund 240 Jahre gewährt. In dieser Zeit hat die Horde selbst in mancher Hinsicht eine Wandlung durchgemacht, die natürlich auf die russischen Verhältnisse rückwirkte. Ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Gross-Chan in Karakorum lockerte sich schnell, und bereits seit der Zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts (etwa seit 1260) war der Chan der Goldenen Horde souveräner Träger der Herrschaft. Das russische Land unterstand – als sog. Ulüs – der Oberherrschaft des Chans in Sarái, gehörte aber nicht unmittelbar zum Reich der Goldenen Horde, das sich auf das Steppengebiet beschränkte und sich nach Osten weit über das damalige Russland hinaus über die Wolga und den Ural bis nach Sibirien hinein erstreckte.

Der erste Zar-Chan der Goldenen Horde, Batú, hatte noch die nomadische Lebensweise seiner Ahnen und seines Volkes beibehalten. Seine Residenz Sarái an der unteren Wolga war eine Zeltstadt aus Jurten und Wagenburgen. Wir sind durch abendländische Berichterstatter darüber recht gut informiert. Diese Jurten waren zylindrisch geflochtene, oben in einem abgestumpften Kegel mit

Rauchfang auslaufende Wohnstätten. Das Leinenzelt Batús war trotz aller Primitivität mit orientalischem Prunk reich ausgestattet. «Gar prächtig hält Batú Hof» – berichtet aus dem Jahre 1246 der Italiener Piano Carpini «Er hat Türwächter und Hofbeamte wie ein Kaiser und sitzt an erhöhtem Ort wie auf einem Thron mit seinen Gattinnen. Die anderen aber, seine Brüder und seine Söhne sowie andere Grosse sitzen tiefer unten auf einer Bank in der Mitte, die übrigen alle auf blosser Erde, die Männer zur Rechten, die Weiber zur Linken ... und es wagt keiner ausser seinen nächsten Verwandten, wie mächtig und gross er auch sei, ungerufen ins Zelt zu kommen, wenn er nicht vorher genau weiss, dass der Chan es will... Nie trinkt Batú, namentlich wenn andere zugegen sind, ohne dass dabei gesungen und zur Zither gespielt wird. Wenn er aber reitet, wird ein Schirm in der Art eines kleinen Zeltes über seinem Haupte gehalten. So tun alle grösseren Fürsten der Tataren und auch ihre Frauen.»

Die Zeltstadt, in der der neue Herr der russischen Fürsten residierte, wurde im Sommer abgebrochen und wolgaufwärts verlegt, im Winter wieder nach Süden. In endlosen Zügen zogen dann die riesigen Wagenreihen von vielen tausend Fahrzeugen, vor die bis zu zweiundzwanzig Ochsen gespannt waren, durch die Steppe.

Den Tataren war es erstaunlicherweise gelungen, auf nomadischer Grundlage eine feste staatliche Ordnung mit ständischer Gliederung und straffer Organisation zu errichten, mit einem sehr komplizierten und durchgebildeten Finanzverwaltungsapparat – es gab 14 verschiedene Steuern –, der ein wesentliches Instrument ihrer Herrschaftspraxis war.

Die staatliche Ordnung festigte sich noch mit dem schnellen Eindringen islamitischer Kultureinflüsse und dem Übergang der Tataren zu einer sesshaften Lebensweise, während sich gleichzeitig die mongolische Bevölkerung mit verschiedenen Turkvölkern vermischte, so dass bereits im 13. Jahrhundert die Tataren nicht mehr reine Mongolen waren. Im 14. Jahrhundert nahm die Oberschicht des Tatarenreiches mit dem Chan an der Spitze unter der machtvollen Herrschaft Usbéks (1314-1341) den islamitischen Glauben an, und die Goldene Horde entwickelte sich in schnellem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufblühen zu einer vorder-

asiatischen Grossmacht mit türkischer Staatssprache und weitverzweigten diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen, sowohl nach Osten und Süden – mit Persien und Ägypten –, wie nach Westen – mit Byzanz, Venedig und Genua bis nach Spanien. Der Zar-Chan der Iataren galt in der Blütezeit der Goldenen Horde – unter Usbék und Dschanibek (1341-1357) – als den anderen mächtigen Fürsten seiner Zeit ebenbürtig; Usbék war mit einer griechischen Kaisertochter vermählt. Die neue Residenz, Neusaräi, bestand im 14. Jahrhundert nicht mehr aus Zelten, sondern war eine herrliche Stadt der Paläste, Moscheen und Bäder aus Marmor und Porphyr.

Natürlich wirkte sich diese Wandlung politisch und psychologisch auch auf die russischen Fürsten aus. Bald galt es für diese als eine Auszeichnung und als erstrebenswerter Vorteil, sich ehelich mit dem Geschlechte der Dschingisiden zu verbinden. Wäre Usbék nicht zum Islam, sondern zum Christentum übergetreten, so wäre es sehr wohl möglich gewesen, dass die weitere Entwicklung Russlands sich unter einer tatarischen Dynastie vollzogen hätte. Diese Möglichkeit hat durchaus bestanden; ein Sohn Usbéks war tatsächlich Christ. Er konnte sich aber nicht durchsetzen und wurde ermordet. Sein Nachfolger Dschanibek war wieder Islamite.

Für die Tataren war ihr russischer Ulls primär ein Ausbeutungsgebiet. Ihr Hauptinteresse lag darin, das ganze Land in Gehorsam und völliger Unterwerfung zu halten, sich die Grossen im Lande, also in erster Linie die Fürsten gefügig zu machen, um ungestört durch sie, nach Möglichkeit mit ihrer Unterstützung, umso leichter ihre mannigfachen Tribute und Abgaben einzutreiben. Gegen jeden, der sich ihrem Willen widersetzte, gingen sie ohne jede Schonung vor. Nur Unterwürfigkeit schützte vor Vernichtung. Danach hatten sich die Beherrschten zu richten. Und sie richteten sich auch danach.

Die Tataren bedienten sich bei ihrer Tributeintreibung eines noch von Dschingis-Chan nach chinesischem Muster aufgebauten Beamtenapparates, dessen Funktionäre – Baskaken und Oberbaskaken, denen gratis Unterkunft, Verpflegung und Transportmittel (Pferde) gewährt werden mussten – auf Grund genauer statistischer Daten (Zählung der Höfe und der Menschen) die

Steuern einzutreiben hatten. Diese Steuereintreibung konnte auch an nichttatarische Geschäftsleute – Sarazenen, Chinesen, Juden – verpachtet werden, die ihrerseits am Aufkommen finanziell interessiert wurden und infolgedessen mit entsprechender Rücksichtslosigkeit zu Werke gingen. Wer sich weigerte zu zahlen, wurde mit Feuer und Schwert vernichtet, wer sich als zahlungsunfähig erwies, mit seinen Kindern verschleppt. Der Abgaben waren sehr viele – es gab Hof-, Pflug-, Brücken- und Warensteuer; am härtesten aber wurde die hohe, auch für alle Kinder geltende Kopfsteuer empfunden. Gezahlt wurde mit Waren, vorwiegend mit Fellen (Bären, Biber, Zobel, Iltis, Fuchs). Es gab auch eine Abgabe an Menschen – Rekruten für das Heer und Frauen für die Harems. Als selbstverständlich wurde angesehen, dass die Eintreibungsbeamten Geschenke erhielten, vorzüglich in Gestalt hübscher Mädchen.

Die politische Struktur des Landes liessen die Tataren – gleichfalls nach chinesischen Grundsätzen – unangetastet. Aber jeder Fürst bedurfte, um seine Herrschaft auszuüben, eines Gnadenbriefes – Jarlyk – des Chans. Infolgedessen bemühten sich die russischen Fürsten sehr um die Gunst des Zar-Chan, der ihr oberster Richter war, d.h. dessen Willkür sie sich ausgesetzt sahen. So kam es zu einem förmlichen Wettrennen der Fürsten nach Sarái. Einige begnügten sich damit nicht und nahmen – wie Alexander Néwskij – die beschwerliche Reise bis nach Karakorum auf sich, um auch vor dem Gross-Chan «die Stirn zu schlagen». Dabei konnten weitgehende Vorteile erlangt werden, sowohl im Interesse der Bevölkerung, wie vor allem im eigenen fürstlichen Machtinteresse.

Daraus ergaben sich höchst unerfreuliche Zustände. Die der Gnade ihres Oberherrn ausgelieferten russischen Fürsten denunzierten sich gegenseitig vor dem Zar-Chan, suchten die Unterstützung der Tataren im Kampf gegeneinander und bemühten sich, einander zu Übervorteilen. Manche haben dabei geschickt zu operieren verstanden, ohne sich etwas zu vergeben, und so manche haben auch der Versuchung einer «Kollaboration» widerstanden und mehr Rückgrat gezeigt, als es bei den gegebenen Umständen klug war. Viele russische Fürsten sind dem zum Opfer gefallen, denn wer sich nicht gefügig zeigte oder als gefügig galt, wurde

kurzerhand liquidiert. Allein Usbék hat neun russische Fürsten wegen Unbotmässigkeit hinrichten lassen.

Die Russlandpolitik der Tataren lief auf eine Stärkung der Fürstengewalt hinaus und förderte insofern gerade jene Tendenzen, die sich schon früher im Grossfürstentum Súsdal-Wladímir herausgebildet hatten. Das haben die Fürsten von Súsdal-Wladímir und später auch die Grossfürsten von Moskau sehr schnell erfasst und diese Chance in ihrem Interesse skrupellos und geschickt zu nutzen verstanden, so dass das Emporkommen dieses Fürstentums bei gleichzeitiger Festigung seines zentralistischen Herrschaftssystems nach tatarischem Bilde nicht nur zeitlich in die Tatarenherrschaft fällt, sondern auch durch diese gefördert wurde.

Von Sarái aus gesehen, blieb aber dieses Grossfürstentum gleichwohl nur eines unter vielen Teilfürstentümern, und es wäre falsch anzunehmen, dass die Tataren sein Emporkommen zur russischen Vormacht bewusst gefördert hätten.

Die Bestätigung des Grossfürstentitels durch die Tataren bedeutete nicht eine Anerkennung des Moskauer Fürsten als Repräsentanten des ganzen russischen Landes. Der Chan bestätigte auch den Fürsten von Twer, Perejasláwl und Rjasán diesen Titel. Wie von sowjetischer Seite mit Recht betont worden ist (Nasönow), war das Ziel der tatarischen Russlandpolitik die Verhinderung einer Konsolidierung, aber Förderung der Lokalinteressen der Teilfürsten und deren Streitigkeiten miteinander. Der spätere Aufstieg Moskaus zur Grossmacht erfolgte gegen die Tataren.

Sehr wichtig für die weitere Entwicklung Russlands wurde die tolerante Kirchen- und Religionspolitik der Tataren. Noch im 13. Jahrhundert hatte der Gross-Chan ganz im Sinne Dschingis-Chans dem abendländischen Mönch Rubruk erklärt: «Wir Mongolen glauben, dass es nur einen Gott gibt, durch den wir leben und sterben, und zu ihm haben wir ein aufrichtiges Herz. Wie Gott der Hand mehrere Finger gegeben hat, so gab er den Menschen auch verschiedene Wege.» Dieser Grundsatz wurde von den Tataren nicht nur verkündet, sondern es wurde, abgesehen von gelegentlichen Ausnahmen, auch danach gehandelt. Zwar ist es auch vorgekommen, dass russische Fürsten um ihres Glaubens willen getötet wurden – so Michail von Twer (1245) –, auch

scheint vorübergehend die Gefahr einer Mohammedanisierung bestanden zu haben (Ammann). Auf das Ganze gesehen, blieben aber die Tataren bei ihrem Grundsatz religiöser und kirchlicher Toleranz. Dabei erfreuten sich Kirche, Klöster, Priester, Mönche und sog. Kirchenleute nicht nur weitgehender Duldung, sondern auch direkter Förderung. Die Geistlichkeit war steuerfrei, – auch das entsprach einem Grundsatz Dschingis-Chans, von dem die Herren in Sarái nur gelegentlich abwichen. Die Geistlichkeit war auch von jedem Zwang zur Arbeit befreit. Die einzige von ihr allerdings kompromisslos verlangte Gegenleistung war, für die Obrigkeit beten zu müssen, d.h. sie anzuerkennen und ihr loyal untertan zu sein. Das hat die russische Geistlichkeit auch getan. Dafür wurde von den Tataren der Anhäufung von Reichtümern in den Kirchen und Klöstern nichts in die Wege gelegt, die Schädigung kirchlichen bzw. klösterlichen Besitzes sogar mit dem Tode bestraft, desgleichen die Beschädigung bzw. Vernichtung sakraler Dinge, wie z.B. Ikonen.

So konnte die Kirche in dieser Periode ihre Stellung festigen und ihr Ansehen erhöhen – nicht im Kampf gegen die Tataren, sondern mit deren Hilfe. Sie erhielt dank der Tataren gegenüber allen Gewalten ein entscheidendes Übergewicht und wurde zu einem auch für den Fürsten unantastbaren Verwaltungskörper, der nicht nur über sehr grosse Liegenschaften, sondern auch über entsprechend grosse Einkünfte verfügte. In dieser Zeit ist die Kirche «eigentlich die einzige Einrichtung gewesen, welche sich ihre Eigenständigkeit im Grossen Ganzen bewahren konnte» (Ammann). Das ist für die weitere Geschichte Russlands sehr bedeutsam geworden.

Die *eine* Kirche, nicht die vielen Fürsten, wurde zum Symbol des russischen Landes und zur Trägerin des Einheitsbewusstseins. Denn die Autorität der Kirche erstreckte sich über die Grenzen der Teilfürstentümer hinweg auf das ganze Land, und so wurde die Religion zu dem Bande, das die Russen zusammenhielt, und gleichzeitig zur Scheidewand gegenüber den nichtchristlichen Tataren. Die Begriffe «Russe» und «Christ» fielen zusammen, und den russischen Bauern bezeichnete man damals und übrigens auch heute noch schlechthin mit dem Worte Christ (krestjanin).

Allerdings wurde die Kirche selbst durch diese Politik dazu erzogen, sich der Staatsgewalt gegen die Zusicherung von Privilegien zu fügen. So ist sie auch die stärkste Stütze gerade jener Fürsten gewesen, die sich willig dem Chan unterwarfen. Sie hat auch das Volk zur Unterwürfigkeit gegenüber den Herren erzogen.

Die Bedeutung der Tatarenherrschaft für die weitere Geschichte Russlands sowohl für den russischen Staat und sein Herrschaftssystem wie auch für das russische Volk und seine Charaktereigenschaften ist seit langem Gegenstand eines heftigen Meinungsstreites. Von einer betonten Bagatellisierung tatarischer Einflüsse, ja deren Leugnung, bis zur Behauptung eines vollkommenen historischen Gesichtswandels infolge der Tatarenherrschaft und der Herleitung gerade in jüngster Zeit augenfällig gewordener Erscheinungsformen aus tatarischen Traditionen, zumal Herrschaftstraditionen, sind alle denkbaren Ansichten zu dieser Frage z.T. mit grosser Leidenschaft vertreten worden.

Dass die Tatarenherrschaft in der russischen Staats- und Volksgeschichte tiefe Spuren hinterlassen hat, ist nicht zu bestreiten; desgleichen nicht, dass in späterer Zeit in Russland bewusst auf manche aus dieser Periode stammenden Traditionen zurückgegriffen worden ist, wie z.B. durch die Betonung der Herrschaftsaufgaben des russischen Reiches bzw. der Sowjetunion in Asien. Andererseits ist es nicht angängig, das weitere Geschick Russlands allein aus der Tatarenherrschaft herzuleiten, auch nicht das Herrschaftssystem, das sich bekanntlich über das Grossfürstentum Moskau im russischen Lande durchgesetzt hat, das aber, wie wir sahen, in der Súdäl-Wladmirischen Keimzelle dieses Fürstentums bereits alte autochthone vortatarische Ansätze zu eben dieser Entwicklung zeigte.

Die Frage nach der Bedeutung der Tatarenherrschaft für die russische Geschichte gewinnt deshalb ein besonderes Gewicht, weil damit die bereits angeschnittene Frage des äusseren und inneren Verhältnisses zum Abendlande berührt wird. Dass Russland während der Tatarenherrschaft abendlandfremden, asiatischen Einflüssen ausgesetzt war, ist nicht zu bezweifeln, ebenso nicht, dass das Abendland sich unberührt von ihnen und auch ungestört durch sie hat entwickeln können. Es ist auch nicht zu bezweifeln, dass



während dieser Periode das unter der Tatarenherrschaft stehende russische Land vom Abendlande fast ganz abgeschnitten und somit auf sich selbst gestellt war.

Wenn in Bezug auf die staatliche Entwicklung in Russland mit Recht – sehr entschieden von Stökl – betont worden ist, «dass eine direkte Entlehnung von Ideen und Institutionen» der Tataren von russischen Fürsten nicht nachweisbar, ja nicht einmal wahrscheinlich sei – im Unterschied zur späteren Übernahme der byzantinischen Staats- und Herrschaftsidee durch Moskau – und dass es keinen Beleg dafür gäbe, «dass ein russischer Fürst sich für die Idee eines tatarischen Weltreiches begeistert oder die Herrschaftsausübung des Tataren-Chans als Vorbild» anerkannt hätte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass das lebendige Beispiel des Tataren-Chans den russischen Fürsten ständig vor Augen war. Wie stark ein Vorbild, auch ein fremdes, zumal wenn dessen Nachahmung im eigenen Interesse liegt, sich auf Beherrschte bei einer lange währenden Fremdherrschaft auswirken kann, dafür dürften wir nicht nur in der Vergangenheit genügend Beispiele haben.

Die russischen Fürsten guckten, auch ohne Begeisterung für Idee und Ideologie, ihrem tatarischen Herrn nicht nur ab, wie er sich räuspert und wie er spuckt, sie lernten nicht nur die Vokabeln der Herrschafts- und Verwaltungspraxis, die bekanntlich in grosser Zahl in die russische Sprache eingegangen sind<sup>1</sup>, sondern sie übernahmen auch die Herrschafts-, Verwaltungs- und Strafvollzugspraxis selbst. Sie lernten und übernahmen noch mehr. Sie sahen z.B., wie die Tataren die Masse des Volkes niederzuhalten verstanden und erfassten sehr schnell die darin liegenden praktischen Vorteile für die eigene Herrschaftsausübung. Sie sahen auch, wie die Tataren ihre Frauen behandelten, sehr anders, als es der slawisch-russischen Tradition entsprach. Es ist von russischer Seite die Ansicht geäussert worden, dass die veränderte Stellung der Frau in Russland nicht durch das tatarische Vorbild bestimmt gewesen sei. Tatsache ist aber, dass gerade die Frau der höheren Schichten in ihrer

<sup>1</sup> déngi (Geld), tamgá (Zoll), towar (Ware), kasna (Fiskus); aber auch aus dem Strafvollzug: Kandály (Ketten), kat (Henker), karaül (Wache); auch kabák (Schnapsbude) ist ein tatarisches Wort.

sozialen Stellung während der Tatarenherrschaft heruntergedrückt, nach orientalischer Sitte aus dem öffentlichen und geistigen Leben ausgeschaltet und auf ihr Gemach – den Tjérem – beschränkt wurde. Dieses wirkte sich allerdings auch positiv im Sinne einer weitgehenden Erhaltung der Sittenreinheit in der Familie aus.

Die Russen lernten von den Tataren auch, sich anders zu kleiden, zu singen, zu tanzen. Denn auch in dieser Hinsicht übernahmen sie nicht nur die tatarischen Worte in ihre Sprache – kaftán, chalát, kolpák, baschmák, armják, baschlyk usw. –, sondern zugleich natürlich auch das, was sie damit bezeichneten.

Auf das Ganze gesehen erscheint es dabei unerheblich, ob der tatarische Einfluss bereits im 13. und 14. Jahrhundert einsetzte oder sich erst, wie neuerdings angenommen wird (Kaschtanow), im 15. und 16. Jahrhundert infolge der Tatarenemigration nach Russland geltend machte.

Noch schwerer als diese Äusserlichkeiten wog die Wirkung des mit der Fremdherrschaft verbundenen tatarischen Beispiels auf die «Haltung» des Einzelnen. Es mag richtig sein, dass eine jede Fremdherrschaft korrumpierend wirkt. Im Falle der Tatarenherrschaft galt das aber in besonderem Masse. Das tatarische, auf einer brutalen Erniedrigung des Menschen beruhende Herrschaftssystem mit seinem Zwang zur unbedingten Unterwürfigkeit und völliger Rechtlosigkeit und seiner Begünstigung der Würdelosigkeit untergrub systematisch die innere Bindung an das Rechts- und Sittlichkeitsgefühl und nährte die minderwertigen Instinkte, wie Kleinlichkeit, Selbstsucht, Skrupellosigkeit, Geldgier, so dass die Zustände unter der Tatarenherrschaft auch in diesem Betracht ein recht trübes Bild ergeben.

Denn das Tatarenjoch lastete ungleich schwerer auf der Masse des Volkes als auf den Fürsten, die sich immerhin den Verhältnissen anzupassen verstanden. Das russische Volk war nach wie vor direkt oder indirekt den fürchterlichsten Sklavenjagden ausgesetzt und lieferte mit seinen Menschen immer noch die beliebteste Handelsware auf den internationalen Sklavenmärkten.

Von russischer Seite ist die damalige Situation, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt wurde, gerne so ausgelegt worden, als habe Russland sich für das Abendland geopfert, indem es

das Tatarenjoch auf sich nahm und dadurch die europäische Kulturentfaltung ermöglichte. Von einem bewussten Opfergang in diesem Sinne kann gewiss nicht die Rede sein, aber eine dadurch gegebene, jedenfalls für diese Zeit geltende Bevorzugung des Abendlandes vor Russland durch das geschichtliche Schicksal wird man nicht leugnen können.

Trotz allem blieb aber die Eigenständigkeit der Entwicklung des russischen Landes auch gegenüber dem asiatischen Osten unverkennbar bestehen. Bei aller Beeinflussung durch die Tataren auf einzelnen Gebieten wurde Russland im Ganzen gesehen weder in den vorderasiatischen, noch in den mittelasiatischen und schon gar nicht in den fernöstlichen Entwicklungsprozess miteinbezogen. Es ging seinen eigenen, in hohem Masse von der intakt gebliebenen Kirche beherrschten Weg.

Wichtig war dabei, dass die Tataren über das russische Land nur ein verhältnismässig weitmaschiges Netz von Verwaltungsbeamten gespannt, aber keine Kolonisationspolitik betrieben hatten. Infolgedessen konnte auch unter der Tatarenherrschaft die russische Kolonisation, zumal im Nordosten, langsam und stetig ihren Fortgang nehmen.

Die Masse des Volkes blieb von der Tatarenherrschaft biologisch so gut wie ganz unberührt. Anders die oberen Schichten. Die Aufnahme tatarischen Blutes in das Fürstengeschlecht war nachweislich nur gering. In Bezug auf die Bojarenaristokratie ist sie schwer zu überprüfen. Jedenfalls ist sie aber grösser gewesen, als meist angenommen wird, denn sie erfolgte nicht nur durch Heirat russischer Aristokraten mit Tatarinnen, sondern – zumal in der Zeit des Niederganges der tatarischen Macht – durch die Aufnahme tatarischer Emigranten in die russische Aristokratie. Eine ganze Reihe später in der russischen Geschichte bedeutsam gewordene Adelsgeschlechter ist tatarischen Ursprungs, wie die Apräksin, Arsenjew, Glínskij, Godunów, Golowín, Lopuchin, Meschtschérskij, Narýschkin, Saburow, Turgénjew, Uwárow, Urussow, Jussúpow, Juschkow u.a.

Damit soll nicht gesagt sein, dass diese Blutmischung sich nachteilig oder im Sinne einer Asiatisierung ausgewirkt hätte. In der Geschichte Russlands haben sich die Adelsgeschlechter tatarischer

Herkunft in nichts von denen russischer oder abendländischer Herkunft unterschieden, und es wäre nicht schwer, eine Fülle von Einzelbeispielen dafür anzuführen, dass die Russen mit der Aufnahme nichtslawischen oder auch nichteuropäischen Blutes – Púschkin! – recht gute Erfahrungen gemacht haben. Die im Abendlande – und auch in Russland – lange allgemein gewesene, von bedauerlicher Unbildung zeugende Gleichsetzung von asiatisch und inferior dürfte heute wohl überwunden sein.

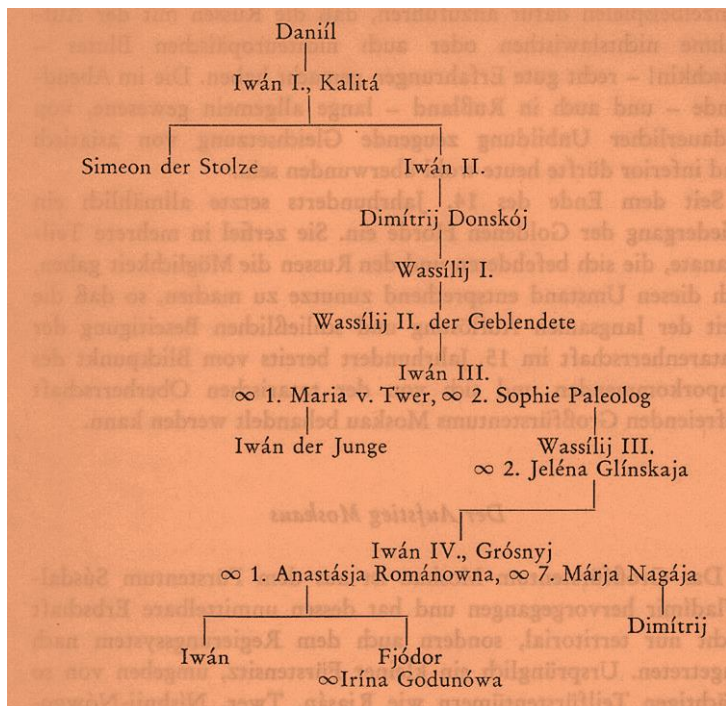
Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts setzte allmählich ein Niedergang der Goldenen Horde ein. Sie zerfiel in mehrere Teilchanate, die sich befehdeten und den Russen die Möglichkeit gaben, sich diesen Umstand entsprechend zunutze zu machen, so dass die Zeit der langsamen Auflösung und schliesslichen Beseitigung der Tatarenherrschaft im 15. Jahrhundert bereits vom Blickpunkt des emporkommenden und sich von der tatarischen Oberherrschaft befreienden Grossfürstentums Moskau behandelt werden kann.

### *Der Aufstieg Moskaus*

Das Grossfürstentum Moskau ist aus dem Fürstentum Súdal-Wladímir hervorgegangen und hat dessen unmittelbare Erbschaft nicht nur territorial, sondern auch dem Regierungssystem nach angetreten. Ursprünglich ein kleiner Fürstensitz, umgeben von so mächtigen Teilfürstentümern wie Rjasán, Twer, Nishnij-Nowgorod, Litauen, deren Herrscher alle den Grossfürstentitel führten, ist es seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, vorwiegend im 14. Jahrhundert, schnell emporgekommen. Seinen Aufstieg verdankte Moskau der günstigen geographischen Lage im Mittelpunkt des neuen Kolonisationsgebietes, dem fruchtbaren Boden, der die Siedler anzog, und einer infolgedessen verhältnismässig dichten Bevölkerung, schliesslich der durch diese Mittellage im Hinterwald bedingten grösseren Sicherheit und nicht zuletzt mehreren, wenn auch nicht gerade bedeutenden, so doch zielsicheren Fürsten, die sich der Situation geschickt und skrupellos anzupassen verstanden.

Der Stammvater der Moskauer Linie der jüngeren Monomáchowschi war ein Sohn Alexander Néwskijs, Daniíl. Bereits er hat,

## Moskauer Linie der jüngeren Monomáchowitschi (vgl. S. 41)



in der Tradition Bogoljúbskijs und auf die Protektion des Taren-Chans gestützt, höchst anspruchsvoll im Konkurrenzkampf mit seinen grösseren Nachbarn und Vettern – zumal mit seinem Vetter Michaíl von Twer – den Grossfürstentitel angestrebt und sich in Sarái um einen entsprechenden Jarlyk beworben. Der wenig würdige, mit allen Mitteln der Intrige und der Gewalt «auf den Hintertreppen der Horde» geführte Kampf zwischen Moskau und Twer um Titel und Rang wurde von den Söhnen Daniíls und Michaíls weitergeführt, hat einigen der streitenden Fürsten das Leben gekostet und endete schliesslich damit, dass der Fürst von Moskau Iwán Danilowitsch vom Zar-Chan das Recht erhielt, sich Grossfürst von ganz Russland (wseja Russi) zu nennen (1328).

Dieser Iwán mit dem Beinamen «der Geldbeutel» – Kalitá – (1325-1341) ist für den Aufstieg Moskaus eine sehr wichtige Persönlichkeit geworden. Zwar wissen wir über seine verhältnismässig kurze Regierung nur wenig, sicher ist aber, dass seine Politik ganz nach Sarái orientiert war, und dass er, ein Kaufmannstyp, schlau, durchtrieben, geschäftstüchtig und weitschauend, gestützt auf die Gunst des Chans, gegebenenfalls auch auf tatarische Hilfstruppen, ein erfolgreicher «Sammler russischen Landes» gewesen ist. Er hat vom Chan das wichtige und finanziell höchst einträgliche Recht der Steuereintreibung für die Goldene Horde in seinem Fürstentum für sich selbst erwirkt. Infolgedessen, wie auch infolge einer sparsamen Finanzpolitik, verfügte er bald über grosse Mittel und konnte es sich leisten, kleinere Fürstentümer der Nachbarschaft – Úglitsch, Beloosero, Gálitsch – einfach zu kaufen. Er kaufte auch von den Tataren Tausende russischer Kriegsgefangener, die er dadurch vom Sklavenschicksal erlöste und deren Arbeitskraft er durch Ansiedlung als freie Bauern in seinem Grossfürstentum entsprechend zu nutzen verstand.

Für die weitere Entwicklung seines Grossfürstentums wie für das Ansehen Moskaus im russischen Lande wurde aber entscheidend, dass es seinem Geschick gelang, das Oberhaupt der russischen Kirche, den Metropolit, zu veranlassen, von Wladímir nach Moskau überzusiedeln (1326). Wie bereits erwähnt, war die Kirche seit der Kiewer Zeit über alle Fürstenfehden und -teilungen hinweg die Repräsentantin der Einheit des russischen Landes geblieben. Als Residenz des Metropoliten, der sich auch «von ganz Russland» nannte (wsejá Russi) wurde nun Moskau zur unmittelbaren Nachfolgestadt des einst goldenen Kiew. Gleichzeitig wurde es damit auch zum geistigen Mittelpunkt. Das Zwischenpiel in Wladímir, wohin der Metropolit nach einer neuerlichen Zerstörung Kiews durch die Tataren (1299) zunächst übergesiedelt war, hatte nur siebenundzwanzig Jahre gedauert. Durch diesen Vorgang wurde das Ansehen nicht nur der Stadt Moskau, sondern auch seines Grossfürsten gehoben, der jetzt umso mehr seinen Anspruch zu rechtfertigen schien, nicht ein Grossfürst unter anderen, sondern *der* Grossfürst in Russland zu sein.

Kalita verstand es, die Übersiedlung des Metropoliten auch propagandistisch zu seinen Gunsten auszuschlachten, indem er das Haupt der Geistlichkeit zu einer öffentlichen Weissagung über die künftige Grösse Moskaus veranlasste: «Diese Stadt wird berühmt sein vor allen Städten Russlands» – erklärte der Kirchenfürst – «die Metropoliten werden in ihr wohnen, und sie wird ihre Hände auf die Schultern der Feinde legen. Gott wird in ihr gepriesen werden, und auch meine Gebeine werden in ihr ruhen.» Als sichtbares Zeichen dafür errichtete er in Moskau zwei grosse Kathedralen, die Kathedrale zu Mariä Himmelfahrt (Uspenskij Sobór) als Grabstätte für die Metropoliten, und die Erzengelkathedrale (Archangelskij Sobór) als Grabstätte der Grossfürsten. Die symbolische Bedeutung der Kirchen war zweifellos gross, ihr reales Bestehen allerdings nicht dauerhaft, da sie so schlecht gebaut waren, dass sie bald baufällig wurden und neu errichtet werden mussten.

Die Kirche hat sehr viel zum Aufstieg Moskaus und zur Gewinnung seiner Vormachtstellung im russischen Lande beigetragen. Die Unterstützung der grossfürstlichen Politik durch die Geistlichkeit wurde bereits erwähnt. Andererseits hat die Geistlichkeit auch über den kirchlichen Bereich hinaus die traditionelle Bindung an Byzanz gewahrt. Die russische Kirche hielt an der byzantinischen Grosskirche fest; der Metropolit von ganz Russland blieb dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellt. Dieser hat es übrigens durchgesetzt, dass in der Liturgie der russischen Kirche vor dem Namen des Grossfürsten der des byzantinischen Kaisers und des Patriarchen genannt werden musste. Kalita hatte auch – als einziger russischer Fürst – einen offiziellen Rang am Hofe des byzantinischen Kaisers. Nach byzantinischer Auffassung konnte die Kirche nur in Zusammenarbeit mit dem Staat gefördert werden. Diese Zusammenarbeit hatte noch den Vorteil, dass im Falle schwacher oder unfähiger Fürsten der Metropolit auch die politische Leitung in seine Hände nehmen und als der eigentliche Regent des Landes in die Bresche treten konnte. Das geschah z.B. nach dem Tode Kalitas unter seinen unbedeutenden Söhnen, als der sehr fähige Metropolit Aleksėj, der dank seiner medizinischen Kenntnisse in hohem Ansehen bei den Tataren stand – er hatte die Frau des Chans von einem Augenleiden geheilt –, die faktische

Leitung des Staates übernahm. So blieb die Kontinuität der im Einzelnen noch manchen Erschütterungen ausgesetzten Entwicklung des Moskauer Grossfürstentums gewahrt.

Wir sehen in der Geschichte Moskaus eine wichtige historische Tatsache immer von Neuem bestätigt, die sich durch keinerlei Theorien über die Verwerflichkeit einer Gewaltherrschaft und auch kaum durch Erfahrungen mit einer Gewaltausübung oder durch deren Opfer beeinträchtigen lässt, nämlich die Tatsache der Anziehungskraft der Macht. Man wird ohne Übertreibung sagen können, dass Moskau, wie noch an vielen Beispielen zu zeigen sein wird, gerade infolge der starken Machtstellung seines Herrschers zu allen Zeiten, auch dann, wenn die Gewalt- und Willkürherrschaft den Schrecken und das Grauen der ganzen Welt auslöste – wie unter Iwán IV. oder unter Stalin – eine erstaunliche Anziehungskraft auf andere ausgeübt hat.

Fürstliche Machtherrschaft kann für den Einzelnen, zumindest potentiell, zweierlei bedeuten: Bedrückung und Schutz. In diesem Fall bedeutete die Machtsteigerung des Moskauer Grossfürsten für den, der sich ihm unterstellte, die Hoffnung auf Schutz und damit auf grössere Sicherheit. So sehen wir jetzt eine Entwicklung einsetzen, die sich durch Jahrhunderte hinziehen sollte und dahin ging, dass einzelne Grosse aus anderen russischen Fürstentümern, die dort eine z.T. sehr unabhängige Stellung hatten, wie z.B. in Litauen, sich freiwillig dem Moskauer Grossfürsten als dessen «getreuen Diener» unterstellten und damit in den Genuss seines Schutzes traten. Auf diese Weise wurde der Moskauer Bojarenadel laufend durch Zuzug verstärkt. Einerseits handelte es sich dabei um Bojaren aus den russischen Teilen des Grossfürstentums Litauen, andererseits um tatarische Grosse, die Opfer der inneren Kämpfe in der Horde geworden waren. Das führte zu einer langsamen Verschiebung auch der psychologischen Einstellung zu den Tataren.

In der Goldenen Horde hatten sich, wie bereits erwähnt, nach dem Tode Usbéks (1341) in zunehmendem Masse Zerfallserscheinungen gezeigt, innere Kämpfe, Thronstreitigkeiten, separatistische Bestrebungen von Teil-Chanen. Das hatte zur Folge, dass sich dort einzelne, der Zentralgewalt nicht mehr unterstellte Banden



bildeten, die in das russische Land plündernd einfielen und die russischen Fürsten zwangen, sich zu verteidigen. So erhielt die im russischen Lande vom Volk und auch von einzelnen Fürsten nie aufgegebene Hoffnung, sich eines Tages vom Joch der Tataren zu befreien, neue Nahrung. Die Aufnahme eines bewaffneten Widerstandes lag gleichsam in der Luft, als der Grossfürst Dimítrij von Moskau sich zu einem solchen Waffengang entschloss.

Dimítrij (geb. 1350), ein Enkel Kalitás, ist von der patriotischen russischen Geschichtsschreibung einschliesslich der sowjetischen, besonders in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit (Pankratowa) wegen seines Sieges über die Tataren als hochbedeutende und machtvolle Persönlichkeit und schliesslich als russischer Nationalheld gerühmt worden. Er hat diese Hochschätzung zumindest teilweise einer nachträglich entstandenen Legende zu verdanken, die ihn allein nach dem Ergebnis einer Schlacht – auf dem Kulikower Felde – wertet. Die Quellen vermitteln keineswegs ein so eindeutig positives Bild von ihm, und wenn man alles in allem nimmt, so erscheint er eher als eine «Mischung von Kühnheit und Unentschlossenheit, Tapferkeit und Feigheit, Verstand und Taktlosigkeit, Geradheit und Hinterlist» (Kostomárow). Jedenfalls ist er keine überragende Persönlichkeit gewesen, sondern wie seine Vorfahren und Nachkommen in Moskau – bis Iwán III. – ein Mann «hartnäckiger Mittelmässigkeit» (Prawdin), bei dem allerdings die typischen Familieneigenschaften der Moskauer Dynastie besonders klar hervortraten, jene Eigenschaften, die den Grossfürsten von Moskau ihren Erfolg sicherten.

Dimítrij ist es auch gewesen, der mit den auch in Moskau noch üblichen Teilungen des Fürstentums endgültig Schluss machte und sein Grossfürstentum als Ganzes einem seiner Söhne übergab.

Seine ganze Regierungszeit (1359-1389) ist mit fortgesetzten Zwistigkeiten und Rangstreitigkeiten zwischen den fürstlichen Verwandten angefüllt, mit Überfällen aufeinander, Verwüstungen der Ländereien der jeweiligen Gegner, Verschleppung von Menschen und Vieh; dabei ist er nicht – auch nicht den Tataren gegenüber – immer erfolgreich gewesen.

Gleichwohl hat er es verstanden, seine im Vergleich mit den anderen russischen Fürsten immer noch günstigere Lage geschickt

zu nutzen und jedenfalls ihnen gegenüber gestärkt aus dem Kampf hervorzugehen. Er profitierte von dem relativen Volkreichtum seines Grossfürstentums, der ihn befähigte, ein sehr zahlreiches Heer aufzustellen. Er verstand es, die aus anderen Fürstentümern nach Moskau hinübergewechselten Bojaren militärisch einzusetzen und, mit einem in Moskau traditionellen sicheren Instinkt für die Macht, allen Schwachen gegenüber seine stärkere Stellung zur Geltung zu bringen. Von vornherein trat er mit dem Anspruch auf, die anderen russischen Fürsten unter seinen Willen zu bringen, und hat diesen Anspruch nicht nur den Kleinen gegenüber durchgesetzt, die während seiner Minderjährigkeit versucht hatten, sich gegen Moskau aufzubäumen und ihren alten Rang wiederzugewinnen, wie Wladímir und sogar Súsdal, sondern auch seinen grossen Nachbarn gegenüber, wie Nishnij-Nówgorod und Rjasán, bis zu einem gewissen Grade auch gegenüber seinem erbittertsten Feind und nächsten Nachbarn, Twer. Sogar das grosse Nówgorod hat er sich – vorübergehend – gefügig gemacht und zu Tributzahlungen gezwungen. Auch die Bolgaren hat er veranlasst – desgleichen vorübergehend –, seine Oberherrschaft anzuerkennen. Es sind dieses alles Ansätze zu einer Machtausweitung Moskaus, die z.T. erst über ein Jahrhundert später von seinen Nachfahren realisiert wurden.

Nur dem inzwischen zu einer Grossmacht emporgewachsenen Litauen gegenüber konnte er solche Ansprüche auch nicht im Ansatz geltend machen. Litauen, das sich damals anschickte, die politische Führung im russischen Lande an sich zu reissen und das sich noch während der Regierungszeit Dimítrijs zu einer Personalunion mit Polen vereinigte (1386), hatte Moskau bereits vorher tödlich bedroht. Es war (1370) unter seinem kriegslustigen Fürsten Olgert ins Moskauer Gebiet eingefallen und hatte auch die Stadt Moskau besetzt und angezündet. Nur der Kreml, dessen hölzerne Schutzwand kurz vorher durch eine massive Steinmauer ersetzt worden war, hatte den Feinden standgehalten. Es war nicht Dimítrijs Verdienst, sondern sein Glück, dass die Litauer damals so stark mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt waren – ihre Rivalität mit den Polen und der Kampf mit dem Deutschen Orden –, dass sie wieder abzogen, ohne zunächst wiederzukommen.

Die Errettung vor der litauischen Gefahr führte Dimítrij offenbar zu einer Überschätzung seiner Macht. Ermutigt durch die vorher erwähnten Zerfallserscheinungen in der Horde, angefeuert durch die faktisch bereits allenthalben stattfindenden Kämpfe mit Tatarenbanden, aber in falscher Einschätzung seiner eigenen Autorität gegenüber den anderen russischen Fürsten, von denen er annahm, sie würden sich ihm bedenkenlos anschliessen und sich ihm unterstellen – der Grossfürst von Twer hatte sich (1368) vertraglich dazu verpflichtet –, entschloss sich Dimítrij, den Kampf mit der Goldenen Horde aufzunehmen.

Diese Politik war neu, aber sie war im russischen Lande (entgegen späteren Behauptungen) nicht populär. Sie war kühn, aber es ist zweifelhaft, ob sie klug und der damaligen Situation angemessen war. Zwar nicht der Moskauer Grossfürst, wohl aber das Volk von Moskau hat später sehr schwer dafür büssen müssen. In der patriotischen russischen Geschichtsschreibung, während des Zweiten Weltkrieges u.a. auch von Stalin persönlich, wurden diese Vorgänge als ein grosses nationales Aufbäumen des ganzen russischen Landes gegen die Tataren dargestellt, als eine Art russischen Befreiungskrieges unter der Führung Dimítrijs. So ist es aber nicht gewesen.

In der Goldenen Horde war damals ein Usurpator, Mamái, zur Herrschaft gelangt, der von vielen Russen sehr gefürchtet wurde. Gerade die wichtigsten russischen Fürsten – ausser Moskau – wollten nicht das Risiko auf sich nehmen, den Krieg mit ihm zu beginnen. Der Fürst von Rjasán, der als unmittelbarer Nachbar der Goldenen Horde der Gefahr eines Einfalls der Tataren besonders ausgesetzt war, knüpfte, um sich aus dem Krieg herauszuhalten, mit Mamái Verhandlungen an; die Fürsten von Nishnij-Nówgorod und Twer verhielten sich abwartend; auch Gross-Nowgorod zeigte kein Interesse. So blieben als Mitstreiter Moskaus nur die von ihm ohnehin abhängigen kleinen Fürsten. Gleichwohl konnte Dimítrij eine stattliche Heeresmacht aufbieten, deren Stärke nach neueren Schätzungen etwa 150'000 Mann betrug.

Aber die Lage für den Grossfürsten blieb sehr gefährlich, denn Mamái hatte sich mit den Litauern verbündet, um mit ihnen zusammen Moskau zu stürmen. Dimítrij hat das zu verhindern

vermocht, indem er den Angriff nicht auf eigenem Gebiet erwartete, sondern den Tataren entgegen zog und sie vor ihrer Vereinigung mit den Litauern in einer blutigen Schlacht am oberen Don auf dem Schnepfenfelde besiegte (1380). Die Schlacht wurde nach diesem Felde Kulikower Schlacht benannt, und Dimítrij bekam den Ehrennamen Donskój. Wieweit das Verdienst an diesem Siege ihm gebührt, sei dahingestellt. Über sein persönliches Verhalten weiss eine in mehreren Handschriften überlieferte «Erzählung von der Schlacht gegen Mamái» nicht gerade Rühmliches zu berichten. Danach hätte Dimítrij, um sich zu tarnen, seinen Fürstenmantel einem Günstling umgehängt, der in der Schlacht auch prompt erschlagen wurde, und am Ende des Kampfes fand man den damals dreissigjährigen Grossfürsten unverwundet unter den tief herabhängenden Zweigen eines Baumes liegen. Immerhin – die Schlacht war gewonnen, und der Nachruhm fiel Dimítrij Donskój zu.

In der russischen, auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung wird dieser Sieg als «entscheidende Wende im Kampf des russischen Volkes gegen das Tatarenjoch» gepriesen. In Wirklichkeit hat er durchaus keine Entscheidung gebracht (wie kürzlich wieder überzeugend von Spuler nachgewiesen wurde) und ist auch von den Zeitgenossen nicht als eine solche empfunden worden. Er löste weniger Jubel als Schrecken und berechtigte Angst vor einem Gegenschlag der immer noch sehr mächtigen Tataren aus. Gewonnen war in Kulikówo zwar eine Schlacht, nicht der Krieg und schon gar nicht die Befreiung vom Tatarenjoch.

In Sarái hatte unmittelbar darauf ein energischer und tatkräftiger Nebenbuhler Marnais, Tochtamýsch, sich des Thrones bemächtigt und den Krieg wieder aufgenommen. Zwei Jahre nach der Schlacht am Don marschierten die Tataren erneut auf Moskau. Nun versuchte Dimítrij nicht einmal einen Widerstand; er überliess Moskau seinem Schicksal und floh zuerst nach Perejaslawl, dann nach Rostów und schliesslich nach Kostroma. Dem Metropolitan, der gleichfalls geflohen war, hat Dimítrij später wegen dessen Kleinmütigkeit die bittersten Vorwürfe gemacht!

Das Schicksal, das nun über Moskau hereinbrach, war furchtbar. Tochtamýsch wütete schlimmer als 150 Jahre früher Batú. Alles

wurde ausnahmslos niedergemacht, so gründlich, dass nach Berichten sich schliesslich – nach Abzug der Tataren – in Moskau keine einzige lebende Seele mehr befand. Alles wurde geplündert und zerstört und schliesslich wie üblich die Stadt angezündet. Jedenfalls ist damals auch viel wichtiges Material vernichtet worden, das geeignet gewesen wäre, unsere Kenntnis nicht nur dieser Vorgänge erheblich zu erweitern. Im Ergebnis musste der Grossfürst von Moskau dem Chan einen erhöhten Tribut zahlen und ihm dazu noch seinen Sohn als Geisel stellen. Damit, und nicht mit dem Sieg am Don, endete die Auflehnung gegen die Tataren.

Die psychologische Wirkung der Schlacht von Kulikówo ist allerdings nicht zu unterschätzen. Einen literarischen Niederschlag fand sie bald nach dem Tode Dimítrijs in einem an das Vorbild des Igorliedes angelehnten Gedicht, der sogenannten Sadonschtschina (Die Sache jenseits des Don). Als man hundert Jahre später anlässlich der tatsächlichen Befreiung vom Tatarenjoch sich dieses ersten Sieges wieder erinnerte, zeigte sich, dass im Bewusstsein des Volkes die Nachwirkungen lebendiger geblieben waren als der Sieg selbst. Damals, in der Mitte des 15. Jahrhunderts, ist die «Erzählung von der Schlacht gegen Mamái» entstanden, aber erst im 16., 17. und 18. Jahrhundert hat sie in verschiedenen Umarbeitungen wirklich weite Verbreitung gefunden, zu einer Zeit, als man des Gegenschlages der Tataren nicht mehr gedachte.

Wie trostlos es damals nach Tochtamyschs Einfall im Lande wirklich aussah, lehrt ein Reisebericht des Metropoliten Pimen aus dem Jahre 1389. Die Schilderung bezieht sich auf das Flussbecken des Don. Es heisst da: «Man kann nichts Traurigeres denken. Unübersehbare nackte Einöde, weder Häuser noch Menschen, nur wilde Tiere, Bären, Wölfe, Biber, Adler, wilde Schwäne und Gänse... Hier blühten einst berühmte Städte, jetzt sind keine Spuren von ihnen bemerkbar.»

Diese trüben Zustände waren aber nicht nur das Ergebnis tatarischer Vernichtungswut, sondern jedenfalls z.T. auch die Folge der Herrschaftspolitik russischer Fürsten. Je mehr man selbst und das eigene Land unter den Tataren gelitten hatte, umso gründlicher versuchte man, sich bei seinem russischen Nachbarn schadlos zu halten. Das galt in erster Linie vom Moskauer Grossfürsten,

der es sich als der Stärkste leisten konnte, die Nachbarfürstentümer für die Leiden des eigenen büssen zu lassen. Nach dem Abzug der Tataren fiel Dimítrij seinerseits in das Rjasáner, das Twerer und das GrossNówgoroder Gebiet ein, verheerte sie nach dem Vorbilde der Tataren, ja wütete zumal im Rjasáner Gebiet, wie die Quellen berichten, noch ärger als diese, entführte die Menschen, deren er im eigenen verödeten Gebiet dringend bedurfte und begann auch im Innern seines Fürstentums mit einer Methode zu herrschen, die unter seinen grossen Nachkommen Iwán III. und Iwán IV. für Moskau typisch werden sollte. Aus der Regierungszeit Dimítrijs ist uns erstmalig eine öffentliche Hinrichtung zweier russischer Fürsten überliefert; aus seiner Zeit sind auch die ersten Akte grossfürstlicher Willkür gegenüber der hohen Geistlichkeit bekannt.

Was das Volk bei den unaufhörlichen feindlichen Einfällen und Verheerungen auszustehen und zu dulden hatte, ist kaum vorstellbar. Wir erfahren aus den Quellen nur wenig darüber, da die Chronisten sich mehr für die gegenseitige Behandlung der Fürsten interessierten. Man kann nur über die innere Kraft und den Lebenswillen dieses unverbrauchten Volkes staunen, das ein solches Schicksal zu ertragen und zu überstehen und nach jedem Rückfall in tiefste Not sich überraschend schnell wieder aufzurichten fähig war. Denn dieses Wüten der fremden und eigenen Herren ging keineswegs nur auf Kosten von Sachwerten, es ging in hohem Grade auf Kosten der lebendigen Substanz des Volkes und war, von ständigen Metzeleien begleitet, nicht auf eine kurze Zeit des Schreckens beschränkt, sondern hat sich durch Jahrhunderte fortgesetzt. Die Grade des Leidens und der Not wechselten allerdings.

Die innere Entwicklung des Grossfürstentums unter dem Sohn und dem Enkel Dimítrijs – sie hiessen beide Wassílij – ergibt ein im Wesentlichen unverändertes, recht trübes Bild. Die dauernden, mit wachsender Roheit und Grausamkeit geführten Kämpfe der Fürsten gegeneinander schleppten sich durch Jahrzehnte hin. Der zweite Wassílij hat viermal den Thron von Moskau bestiegen, bis er schliesslich, von seinen Gegnern des Augenlichts beraubt, sich durchsetzen konnte. Der im Sinne der grossfürstlichen Tradition konsequent in hartnäckiger Mittelmässigkeit weitergeführten Politik gelang es aber, auch aus diesen trostlosen Verhältnissen weitere

Vorteile für Moskau zu ziehen. Im Zuge dieser Entwicklung fielen im 14. und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch Nishnij-Nówgorod, Súsdal und verschiedene kleine Fürstentümer an Moskau, während sich gleichzeitig das Moskauer Machtgebiet nach Nordosten in den ehemaligen Grossnówgoroder Ausbeutungsraum hinein ausdehnte.

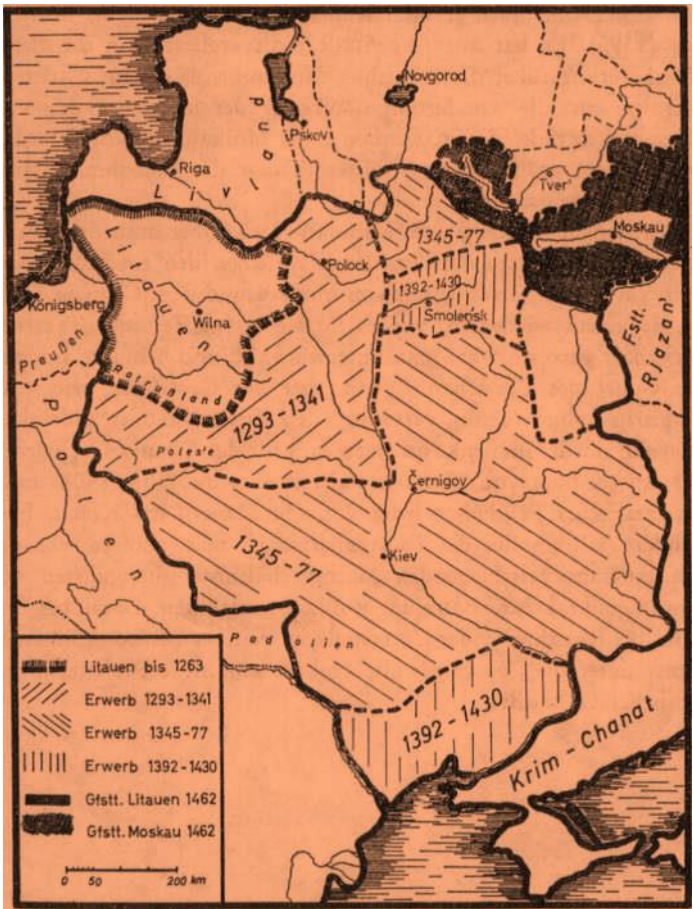
Von aussen brach bald nach dem Tode Dimítrijs das Verhängnis erneut in seiner furchtbarsten Form über das russische Land herein. Es ist dieses eines jener Kapitel der russischen Geschichte, über die man, wie Pasternak in anderem Zusammenhang sagt, «so schreiben müsste, dass das Herz erstarbt und die Haare zu Berge stehen». In diesem Fall war das Kapitel zum Glück der Russen allerdings nur kurz.

In den neunziger Jahren des 14. Jahrhunderts kam eine neue Geissel Gottes aus dem Osten über Russland – Timur Lenk, den die Russen Tamerlán nennen. Timurs Ziel war es, ein zweiter Dschingis-Chan zu werden, aber er war ein ganz anderer Typ als jener, und auch seine Methode zu vernichten und auszurotten war anders. Nicht ein aus der Primitivität der Mongolei erwachsenes Genie, das in naivem Herrschaftstrieb und im eigenen Überlegenheitsgefühl, im Glauben, Werkzeug einer Gottheit zu sein, über die Welt braust, um sie sich untertan zu machen, sondern ein hochkultivierter Zivilisationsmensch aus dem Turkestan, zynischer Menschenverächter und kühler Rechner, ein raffinierter Henker mit manikürten Fingernägeln und sorgfältig gepflegtem Äusseren, ein Massenmörder mit Methode. Tamerlán war der Mann der Schädelpyramiden; er war es, der die Menschen hinschlachten liess, unabhängig von ihrer Schuld (etwa eines Widerstandes) und auch unabhängig von praktischen Notwendigkeiten, nur weil sie etwas anderes waren als er, z.B. Christen. Tamerlán und nicht Dschingis-Chan lebt in der Erinnerung des russischen Volkes als die Personifikation des Fürchterlichen schlechthin fort. Es war für Russland ein Glück, dass es ihn nur am Rande interessierte. Jedenfalls hat er nicht beabsichtigt, Russland dauernd zu unterjochen. Aber sein vorübergehender Einfall war schlimm genug, zumal er – grundsätzlich anders als zur Zeit Dschingis-Chans – mit einer systematischen Christenverfolgung und -Vertilgung verbunden war.

Timur begann mit der Niederwerfung der Goldenen Horde. Er eroberte und zerstörte zunächst Sarái. Übrigens wirkte sich diese weitere Schwächung der Horde indirekt später zu Russlands Gunsten aus. Dann brach er nach Russland ein und stiess bis Moskau vor (1395). Er hat aber die Stadt nicht erobert. Die christliche Überlieferung führt die Errettung Moskaus von diesem Christenverfolger auf die wundertätige Wirkung der heiligen Ikone von Wladímir zurück, die inzwischen nach Moskau gebracht worden war. Umso gründlicher verwüstete Timur das von ihm besetzte Land und zog dann wieder ab.

Mit seinem Rückzug nach Mittelasien war aber auch die Horde wieder gerettet, und das Verhältnis zwischen den russischen Fürsten, zumal den Grossfürsten von Moskau und dem Chan in Sarái wurde genau wieder so, wie es in der ersten Zeit der Tatarenherrschaft gewesen war: man unterwarf sich und bemühte sich um die Gunst des Zar-Chan. Wenn aber ein Grossfürst, wie z.B. Dimítrijs Sohn Wassílij, versuchte, den Tribut hinunterzudrücken oder ihn durch Geschenke zu ersetzen, griff der Chan sofort wieder zur Anwendung von Waffengewalt. Bereits im Jahre 1408 stand ein tatarischer Feldherr wieder vor den Mauern des Kreml. Fast hundert Jahre sollte die Tatarenherrschaft noch währen, ehe die sich langsam verschiebenden Machtverhältnisse zuungunsten der Horde eine faktische Befreiung Russlands erlaubten. Damit beginnt dann bei fortschreitender Unterstellung weiterer russischer Fürstentümer unter die Zentralgewalt Moskaus eine neue Periode in der russischen Geschichte.





Litauen und Moskau im 14. und 15. Jahrhundert.

### 3. LITAUEN ALS GEWINNER

Die westlichen Fürstentümer der ehemaligen Kiewer Rus, Galizien-Wolhynien und vor allem Nówgorod, waren von der Tatarenherrschaft am wenigsten betroffen. In Mitleidenschaft gezogen waren diese Fürstentümer gleichwohl. Dagegen hat das zunächst ausserhalb der Rus gelegene litauische Fürstentum aus dieser Entwicklung Gewinn gezogen. Das Kerngebiet Litauens lag in einem nach Osten durch Sümpfe und Wälder abgeschirmten unwirtschaftlichen Gebiet. Seit dem 12. Jahrhundert sah sich die auf primitiver Kulturstufe lebende, ackerbautreibende, heidnische, von Stammeshäuptlingen regierte Bevölkerung im steigenden Masse von Westen her dem Druck und Expansionswillen sowohl der Polen wie des Deutschen Ordens ausgesetzt, so dass sich bei ihr die Tendenz geltend machte, diesem Druck nach Osten hin, d.h. in das Gebiet des russischen Landes hinein, nachzugeben. Dadurch gewann Litauen unmittelbaren Anteil an der Geschichte Russlands.

Zurzeit des grossen Tatareneinbruches im 13. Jahrhundert gelang es dem tatkräftigen und geschickten Fürsten Mindowg (lit. Mindaugas), die litauischen Stämme unter seiner Gewalt zu einigen und gleichzeitig seine Herrschaft über jene russischen Gebiete auszudehnen, die noch frei von der Tatarenherrschaft waren. So wurde dieser Zeitgenosse Alexanders und Danýlos zum Begründer eines selbständigen litauischen Staates ausserhalb des tatarischen Herrschaftsbereiches und damit, mehr durch Schicksal als durch Verdienst, zum Exponenten eines möglichen Widerstandes gegen die Tataren. Das in fortgesetzten Kämpfen mit russischen Teilfürsten – auch mit Alexander und Danýlo – sich immer tiefer ins russische Land hinein ausweitende Litauen geriet dadurch kulturell unter russischen Einfluss und machte sich zum Träger alkiewer Traditionen. Die Hof- und Gerichtssprache war russisch; russisch waren auch die Sitten und Gebräuche, und schliesslich, sofern die Bevölkerung nicht am Heidentum festhielt, war es auch die Religion. Der Fürst nannte sich Grossfürst von Litauen und Russ-

land. So kann dieses Staatswesen als ein russisches Teilfürstentum unter litauischer Dynastie betrachtet werden.

Im 14. Jahrhundert erreichte das russisch-litauische Grossfürstentum unter Gedimin (1316-1341), der sich Rex Litvinorum Ruthenorumque nannte und der Stammvater einer hochbegabten und sehr angesehenen, im Rang sogar den Rjúrikiden gleichgesetzten Dynastie wurde, eine gewaltige territoriale Ausdehnung vor allem in südöstlicher Richtung. Diese Entwicklung vollzog sich z.T. ohne Gewaltanwendung, indem sich verschiedene russische Teilfürsten dem litauischen Grossfürsten unterstellten, und setzte sich unter Gedimins Nachfolgern in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts weiter fort, so dass schliesslich nicht nur Wolhynien mit Kiew, sondern das ganze Stromgebiet des Dnjepr zu dem neuen Grossstaat gehörte, der mit der Stadt Wilna als Mittelpunkt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte, allerdings ohne einen eigentlichen Ausgang zur See und auch ohne Wert darauf zu legen, da er seiner Struktur nach ein reiner Binnenstaat blieb (vgl. Karte). Die Bevölkerung des russisch-litauischen Grossfürstentums bestand in überwiegender Mehrheit aus Ukrainern und Weissruthenen und nur etwa zu 10% aus Litauern.

Das so ausgedehnte und ständig an Macht gewinnende litauische Russland trat im Laufe des 14. Jahrhunderts in Konkurrenz zu dem vergleichsweise sehr kleinen Grossfürstentum Moskau. Von der «Geschichte» war es damals keineswegs vorgezeichnet, welches dieser beiden Grossfürstentümer das Übergewicht gewinnen werde, und es bestand durchaus die Möglichkeit, dass es den Grossfürsten von Litauen gelingen würde, alle russischen Teilfürstentümer unter ihrer Herrschaft zusammenzufassen. Dann hätte das ukrainisch-weissruthenische, Europa benachbarte Grossfürstentum unter einer litauischen Dynastie und nicht das grossrussische, kulturell gegenüber Grosslitauen rückständige, abgelegene Moskauer Grossfürstentum die weiteren Geschicke Russlands bestimmt. Der Grossfürst von Moskau war damals ein Exponent der Goldenen Horde und wurde auch von den anderen als solcher empfunden, während die nie in Abhängigkeit vom Chan geratenen Gediminowitschi zumindest als potentielle Befreier vom Joch der Tataren – und von der Oberherrschaft Moskaus! – erscheinen konnten. Im Jahre

1362 stand erstmalig ein Litauer, wie wir sahen, mit einem Heer als Sieger in Moskau und verbrannte die Hauptstadt seines grossen Rivalen.

Seine grösste Ausdehnung erreichte Litauen am Ende des 14. Jahrhunderts und am Anfang des 15. Jahrhunderts dank einer sehr aktiven, nun auch zur Offensive gegen die Tataren übergehenden Ostpolitik unter dem Enkel Gedimins Wítowd (Wytäutas) und schob seine Grenze in nordöstlicher Richtung bis neunzig Kilometer vor Moskau vor. Wítowd war im osteuropäischen Raum ein so mächtiger politischer Faktor geworden, dass er – wie seinerzeit Danýlo von Gálitsch – den Anspruch auf eine Königskrone erhob. Es waren bereits alle Vorbereitungen für eine Krönung getroffen. Aber seinen eifersüchtigen Verwandten in Polen gelang es, sich der Krone zu bemächtigen und damit eine Krönung Witowds zu verhindern.

Inzwischen war im Verhältnis des Grossfürstentums Litauen zu Polen die entscheidende Wendung eingetreten, die der weiteren Entwicklung eine ganz andere Richtung gab. Der innenpolitische Gegenspieler Witowds, sein Vetter Jagiello, desgleichen ein Enkel Gedimins, hatte sich mit der polnischen Königin Jadwiga verheiratet und war König von Polen geworden (1386). Es gelang ihm, gegenüber der östlich orientierten litauisch-russischen Politik Witowds und dessen Selbständigkeitsbestrebungen seine eigene, westlich orientierte, litautisch-polnische Politik durchzusetzen und Litauen nicht nur machtpolitisch, sondern auch kulturell auf das Engste mit Polen zu verbinden. Das ehemals litauisch-russische Grossfürstentum ging nun im litauisch-polnischen Königreich auf – die Entwicklung wurde durch die polnisch-litauische Realunion besiegelt (1569) – und wurde von Russland her gesehen aus einem Teilfürstentum besonderen, aber immerhin russischen Gepräges zu einem auswärtigen Feind im abendländisch-lateinisch-katholisch-polnischen Macht- und Kulturbereich.

Damit schied Litauen aus der Geschichte Russlands aus und wurde zu einem, allerdings sehr gefährlichen, staatspolitisch mit Polen identifizierten Nachbarn. Volks-, kultur- und vor allem religionspolitisch lagen die Dinge allerdings nicht so klar. In dieser Hinsicht war eine Identifizierung mit Polen nicht unbedingt

gegeben, und es wird noch zu zeigen sein, was für eine Bedeutung eben dieser Umstand bei der späteren allmählichen Wiedereingliederung der damals zu Litauen gehörenden russischen Gebiete in das aufstrebende Grossfürstentum Moskau gewann.

#### 4. DIE MOSKOWITISCHE KULTUR

Der Ausdruck «Kultur» wird auch hier, wie im Kapitel über die Kiewer Rus, im weitesten Verstande des Wortes unter Einschluss der politischen und sozialen Verhältnisse gebraucht.

Die politische Einheit war verlorengegangen, die Rus (wseja Russi) lebte als alter, an die Vorstellung des russischen Landes gebundener, Traditionsbegriff weiter fort. Aber der Begriff des Staatlichen haftete am Teilfürstentum, das als Privatbesitz des Fürsten angesehen wurde, und der Anteil der kleineren Fürsten wurde zu einem vom Grossfürsten verliehenen Herrschaftsrecht. Sein Herrschaftsrecht konnte sich der Grossfürst auch selbst nehmen, entweder durch Vertrag – gewöhnlich durch Kauf – oder durch Gewalt. Die ehemaligen kleinen Teilfürsten gingen dann im Moskauer Bojarenadel auf, in dem sie den höchsten Rang hatten.

Den gleich hohen Rang hatten jene Bojaren, die – sei es aus Litauen, sei es aus der Goldenen Horde – nach Moskau hinübergewechselt waren. Dieser Wechsel fand zunächst noch in recht grossem Umfange statt, da im ganzen russischen Lande der Grundsatz der Freizügigkeit fortbestand. Theoretisch konnten die Bojaren beim Wechsel ausser ihren Drushinen – ihrem sog. «Hof», zu dem Freie und Sklaven gehörten – auch ihren Landbesitz mitbringen. Praktisch ging die Politik des Grossfürsten von Moskau natürlich dahin, den Zuzug ins eigene Gebiet möglichst zu fördern, dagegen den Abzug eigener Bojaren in andere Fürstentümer nach Möglichkeit zu verhindern (durch widerrechtliche Konfiskation).

Im Grossfürstentum hatten die Bojaren gleichzeitig eine Art Beamtenstellung, da sie vom Fürsten die Statthalterschaft über Städte oder Landkreise erhielten. Diese Staatsstellung wurde als «Fütterung» (kormlénije) bezeichnet, weil deren Inhaber aus den von ihnen verwalteten Gebieten ihre Unterhaltungsmittel bezogen. Ausserdem waren die Bojaren zum Kriegsdienst verpflichtet, sie bildeten auch die in Moskau noch fortbestehende Bojarenduma. Diese bedeutete nicht eine Einschränkung der grossfürstlichen, später zarischen, Gewalt. Sie hatte überhaupt keine festumris-

senen Zuständigkeiten und war politisch bedeutungslos. «Sie kann kaum als staatsrechtliches Institut verstanden werden» (Neubauer). In dieser Duma sassen desgleichen, aber mit niederem Rang, die sog. Okolnitschije, Vertreter des sich neubildenden und in der Folgezeit immer grössere Bedeutung gewinnenden niederen Adels, in dessen Hände in steigendem Masse der Landbesitz überging.

Gleichzeitig trat eine allmähliche Differenzierung zwischen dörflicher und städtischer Bevölkerung ein. Trotz der fortgesetzten Kämpfe, Kriege und Verwüstungen hatten sich Handel und Gewerbe langsam weiter entfalten können. Die sich damit beschäftigenden Bewohner der befestigten Plätze – der Possáden – wurden Possádniki genannt. Der soziale Unterschied zwischen dieser städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung blieb aber sehr gering, da es jedem freigestellt war, sich als Händler zu betätigen, und da Possádniki auch in den Dörfern wohnten, während andererseits Bauern mit ihrem Ackerland zu dem Bereich auch grösserer Städte gehörten. Allerdings schälte sich aus der Possádbevölkerung bereits jetzt eine obere Schicht vermögender, z.T. reicher Kaufleute heraus, Fernhändler und Unternehmer mit weiten Verbindungen nach den Ländern des Westens und des Ostens – die Suroshane betrieben ihren Seidenhandel über die Stadt Surosch in der Krim, die Sukonniki handelten mit flandrischen Tuchen –, die ihrerseits desgleichen in unmittelbarem Dienst des Grossfürsten vorwiegend in der Finanzverwaltung standen und infolgedessen auch eine Art Beamtenstellung einnahmen. So wurden die grossen Kaufleute in Moskau – ganz anders als z.B. in Nówgorod – zu Exponenten der Handels- und Finanzpolitik des Grossfürsten, der sie auch in seine nächste Umgebung zog und seinerseits selbst oberster Handelsherr blieb.

Die grosse Masse der bäuerlichen Bevölkerung – die Christenheit (krestjanstwo) – war persönlich frei. Ihre Rechtslage, und in abgelegenen, den Überfällen weniger ausgesetzten Gegenden auch ihre Wirtschaftslage, war verhältnismässig gut. Der Fürst war an den Bauern und an ihrem Verbleiben im Lande sehr interessiert, denn sie bildeten die Hauptmasse der Besteueren und hatten die, in der Tatarenzeit auch für die Stellung des Fürsten in Sarái so wichtigen Abgaben aufzubringen; sie wurden deshalb auch die

«Gezählten» genannt. Im Unterschied zu weiten Gebieten des Abendlandes und auch zu Litauen, wo sich bereits die Leibeigenschaft entwickelte, erfreuten sich auch die Bauern in Moskau einer nicht nur rechtlichen, sondern auch faktischen Freizügigkeit. Das hat viel zur vorhin erwähnten Anziehungskraft Moskaus beigetragen. Man fühlte sich dort noch am ehesten in Sicherheit – auch vor dem Moskauer Grossfürsten!

Im Einzelnen gab es auch unter der freien bäuerlichen Bevölkerung Unterschiede, je nachdem, ob sie kleine bäuerliche Eigner – sog. Schwarze (tschornyje) – waren, oder auf Kloster- oder Bojarenland oder auf dem Privatbesitz des niederen Adels sassen. In dem Fall hatten sie dem Eigentümer als Entgelt für die Nutzniessung den «obrok» in natura zu zahlen, gelegentlich auch Frondienst zu leisten. Auch die gemeindliche Selbstverwaltung im «Mir» bestand noch fort mit dem Recht der Wahl des Ältesten (starschina) und des Popen und auch mit einer beschränkten Gerichtsbarkeit.

Im Laufe dieser Periode verschlechterte sich aber sowohl die Rechtslage wie die Wirtschaftslage der Bauern auch unabhängig von den unmittelbaren Kriegsnöten. Das mit Landübergabungen verbundene Emporkommen des niederen Adels ging zum grossen Teil auf Kosten bäuerlichen Besitzes; die Selbstverwaltung der Gemeinde wurde laufend eingeschränkt, indem die Gemeinden in der Person eines Prikastschik unmittelbar der Botmässigkeit des Landeigners unterstellt wurden, und schliesslich machte sich die Tendenz immer stärker bemerkbar, das freie Abzugsrecht der Bauern einzuschränken. In der Mitte des 15. Jahrhunderts führte der Moskauer Grossfürst einen einheitlichen Aufsatetermin ein, den 26. November, den sog. Júrjew denj (Georgi). In der gleichen Zeit (1455) wurde durch Erlass des Grossfürsten den Einwohnern einiger Klosterdörfer das Abzugsrecht völlig genommen. Damit kündigte sich bereits die künftige Entwicklung in der Richtung bäuerlicher Schollengebundenheit an.

Von der Verschlechterung der sozialen Stellung der Frau und ihrer völligen Ausschaltung aus dem öffentlichen und geistigen Leben war bereits die Rede.

Dagegen verbesserte sich allmählich die Stellung der Sklaven. Die Sklaverei hörte auf, erblich zu sein und endete mit dem Tode



des Herrn; auch bedeutete Kriegsgefangenschaft bei den Kämpfen russischer Fürsten gegeneinander nicht mehr Versklavung. Es war bereits darauf hingewiesen worden, dass der Moskauer Grossfürst dazu überging, Gefangene in grösserer Zahl loszukaufen und sie bei sich als Freie anzusiedeln; es kam auch vor, dass Gefangene unentgeltlich getauscht wurden. So verwischte sich allmählich der Unterschied zwischen den ehemals Unfreien und den Freien, indem die soziale Lage der einen sich besserte und die der anderen schlechter wurde. Auf's Ganze gesehen blieb aber die Masse der bäuerlichen Bevölkerung Objekt der geschichtlichen Entwicklung, ohne selbst in sie eingreifen zu können.

Aber das Volk hat nicht nur geduldet, gelitten und sein Schicksal getragen. Gelegentlich bäumte es sich auch dagegen auf. Bereits in dieser Periode kam es zwar selten, aber doch zu (von der bolschewistischen Geschichtsschreibung stark hervorgehobenen) Unruhen, so z.B. in Rostow und Súsdal (1262), in Twer (1293 und 1327), die aber ohne Folgen blieben. Folgenreich war dagegen eine andere Art, sich gegen sein Schicksal aufzulehnen und sich gleichzeitig allen Lasten zu entziehen: die infolge des Zerfalls der Tatarenmacht immer verlockender werdende Flucht in das «freie Feld», in die Steppe, um dort ein ungebundenes, von allem staatlichen Zwang freies Abenteuererleben zu führen. Die Anfänge des so entstehenden Kosakentums lagen bereits in dieser Periode; eine grössere Bedeutung gewann es allerdings erst im 16. Jahrhundert, so dass noch darauf zurückzukommen sein wird (vgl. S. 165).

Das allgemeine Niveau der Moskauer Bevölkerung befand sich nach wie vor auf recht niedriger Stufe. In dieser Hinsicht wirkte sich die Tatarenherrschaft eindeutig kulturfeindlich aus. Die Lebensverhältnisse des Volkes waren sehr primitiv, die Sitten und Gebräuche roh. Die nach tatarischem Bilde üblich gewordenen grausamen Strafmethoden, die Anwendung mannigfacher Folterinstrumente, die zu körperlichen Verstümmelungen führte, trugen das ihre dazu bei; sie wurden keineswegs nur bei Sklaven, sondern bei allen Ständen angewendet.

Auch die höheren Schichten, der Bojarenadel, z.T. auch die Geistlichkeit befanden sich moralisch und geistig auf einem nur wenig höheren Stand. Einzelne Geistliche – sofern ihre Stimme uns

erreicht – beklagen sich über Aberglaube, Zauberei, Hexenwesen, auch Vielweiberei – übrigens auch über bis in den Sonntag hinein ausgedehnte Tanzvergnügen an Samstagen und über unmoralische Schauspiele. In den Kreisen der Bojarenaristokratie stand oft grosser Reichtum unmittelbar neben primitivster Lebensweise; es gab Bojaren und auch Fürsten, die den Klöstern und Kirchen grosse Schenkungen machten, selbst aber auf Stroh schliefen.

Das Kulturleben war nach wie vor in den Klöstern konzentriert. In der Zeit der Tatarenherrschaft entstanden auch jene grossen Klöster, die für die weitere Geschichte Russlands von grosser Bedeutung werden sollten, vor allem die vom heiligen Sergéj von Rädonesh (1354) begründete Troizo-Sérgijewskaja Lawra, sechzig Kilometer nordöstlich von Moskau; ferner das Kloster in Belosérsk (1397) und das Therapont-Kloster. Schon vorher war auf einer Inselgruppe im Ladogasee das Walamo-Kloster entstanden. Diese Klöster unterschieden sich von den früheren dadurch, dass sie nicht mehr im Bereich von Städten und unter deren Einfluss standen, sondern bewusst in die Wildnis gelegt waren. Es kam häufig vor, dass führende Männer geistlichen und weltlichen Standes sich im Alter dorthin zurückzogen, um als Starzy (Singular: Starez) dort ein mit Gott verbundenes Leben zu führen. Diese Klöster konnten aber auch im Zusammenhang mit politischen und militärischen Ereignissen als Zufluchts- und Ausweichstellen auch für den Grossfürsten selbst dienen und damit eine unmittelbare politische Bedeutung gewinnen. Ein unermüdlicher Klostergründer war der heilige Sergéj, ein Zeitgenosse Dimítrij Donskojs, der als einer der grössten Mönche gilt, die Russland je hervorgebracht hat. Ins 14. Jahrhundert fällt auch die Begründung des Tschúdow (Wunder-)Klosters im Moskauer Kreml (1365). Die enge Bindung des Grossfürsten an das klösterliche Leben wurde unter anderem im Brauch der Grossfürsten deutlich, sich vor dem Tode zum Mönchscheren zu lassen.

Die literarische Entwicklung jener Zeit gibt ein trübes Bild. Der Mangel an Literaturdenkmälern ist jedenfalls nicht nur auf deren Vernichtung durch die Tataren zurückzuführen. Aus dem Moskauer Grossfürstentum ist bis zum Ende des 14. Jahrhunderts kein

erwähnenswerter Schriftsteller bekanntgeworden. Übersetzungen aus dem Griechischen wurden auch weiterhin angefertigt und Heiligenleben geschrieben. Desgleichen wurde die Arbeit an den Chroniken, wie in Nówgorod und Pskow, so auch in Moskau, Twer und Rostow fortgesetzt und uns damit eine unschätzbare Geschichtsquelle in die Hand gegeben. Doch auch diese Chroniken waren ihrem Niveau nach von jenen des alten Kiew recht unterschieden. Sehr schön sagt darüber Sergéj Solowjów: «In den nördlichen Chroniken handeln die Menschen schweigend. Sie führen Krieg, sie schliessen Frieden, aber weder sie selbst sagen, noch fügt der Chronist von sich aus hinzu, weshalb sie Krieg führen, aus welchen Ursachen sie Frieden schliessen. In der Stadt, am Fürstenhof ist nichts zu hören, ist alles still; alle sitzen hinter verschlossenen Türen und beraten für sich; die Türen öffnen sich, die Menschen treten auf die Bühne hinaus, sie vollbringen irgendeine Handlung, aber sie handeln schweigend.»

Nicht nur viele Bojaren, auch manche Grossfürsten jener Zeit waren Analphabeten. Gleichwohl sind auch aus dieser Zeit Denkmäler auf uns gekommen, die von der Schöpferkraft des russischen Volkes zunächst eine Ahnung geben und die das Schweigen durchbrechen, sofern man deren wortlose Sprache zu vernehmen versteht. Es ist damit die Malerei gemeint, bis zu einem gewissen Grade auch die Architektur, obgleich auch das technische Können nur langsam Fortschritt machte. Am Ende des 13. Jahrhunderts begann man in Twer und am Anfang des 14. Jahrhunderts in Moskau steinerne Bauten zu errichten. Dabei zeigte der architektonische Stil deutliche Ansätze dazu, eigene Wege zu gehen. In der Malerei hat das 15. Jahrhundert einen so grossen Künstler wie Rubljow (1360? bis 1430) hervorgebracht. Es war ein Mönch des Andrönikow-Klosters bei Moskau, und seine Werke sind mit Ausnahme einer Ikone erst nach der bolschewistischen Revolution bekanntgeworden, da sie – in erster Linie die Malereien im Blagoweschtschénskij Sobór im Kreml – übermalt waren und erst von den Sowjets freigelegt wurden. Heute gilt Rubljow als einer der grössten Maler Russlands.

Aufs Ganze gesehen wird man feststellen müssen, dass die kulturelle Gesamtentwicklung in Russland stagnierte und gegenüber

der sich gerade in diesen Jahrhunderten reich entfaltenden abendländischen Kultur zurückgeworfen wurde. So trat auch abgesehen von unmittelbaren asiatischen Einflüssen allein im Tempo der geschichtlichen Entwicklung ein sich ständig vergrößernder Abstand zwischen Russland und dem Abendlande ein. Die Zeit lief in Russland dank des Tatarenjochs langsamer als im Abendlande. Das wirkte sich zunächst eindeutig zum Nachteil Russlands aus, das bis ins 19. Jahrhundert hinein mit der Entwicklung des Abendlandes nicht Schritt halten konnte. Aber aus der Perspektive unserer hektischen Gegenwart aus gesehen erscheint es fraglich, ob dieses Zeit-Haben und Sich-Zeit-nehmen-Können nicht für Russland auch ein Vorteil gewesen ist.

## Dritter Abschnitt

# DIE ERSTE MOSKAUER PERIODE

## Unter der Alleinherrschaft der Moskauer Grossfürsten und Zaren

### GESAMTBILD

Das Gesamtbild der Dritten Periode, die rund 250 Jahre umfasst, ist durch die nunmehr unbestrittene Führungsstellung Moskaus innerhalb der russischen Lande gekennzeichnet und durch den realisierten Anspruch des Moskauer Grossfürsten auf Alleinherrschaft, womit die geschichtliche Entwicklung einen neuen Mittelpunkt gewinnt.

In dieser Periode weitet sich der Moskauer Herrschaftsbereich zunächst über die übrigen Teilfürstentümer, dann über die russischen Teile Litauens und schliesslich über die bislang unmittelbar von den Tataren beherrschten Steppengebiete im mittleren und unteren Wolgabecken aus. Der Moskauer Staat gewinnt in dieser Periode den Ausgang zum Meer zunächst im Norden zum Nördlichen Eismeer und durch eine ins Riesenhafte gehende Ausdehnung über ganz Sibirien auch im Osten zum Stillen Ozean.

Gleichzeitig setzt sich in dieser Periode die Kolonisations- und Siedlungstätigkeit des russischen Volkes zunächst in die neugewonnenen Gebiete des Nordens und Nordostens hinein fort, später durch einen Rückstrom der Bevölkerung in die im Süden wiedergewonnenen ehemaligen Kerngebiete der Kiewer Rus.

In dieser Periode emanzipiert Moskau sich politisch von der Oberherrschaft der Tataren, obgleich die Tatarengefahr weiter fortbesteht, und emanzipiert sich religiös-kirchlich von der Abhängigkeit von Konstantinopel durch die Verselbständigung der russischen Kirche und die Erhebung des Metropoliten von Moskau zum Patriarchen.

In dieser Periode wird vom Moskauer Grossfürsten gleichzeitig das Erbe des Zar-Chan der Goldenen Horde und des Kaisers von

Byzanz zusammen mit der byzantinischen Herrschaftsideologie übernommen. Es bildet sich ein theoretisch entsprechend untermauertes autokratisches Herrschaftssystem aus, das alle Krisen der Notzeit überdauert und die Gefahr einer Begrenzung seiner Macht durch eine Repräsentation der Stände (Sémskíj Sobór) überwindet und, nur in den Herrschaftsmethoden gewandelt, seinem Wesen nach unverändert bestehen bleibt.

Diese Periode ist in ihrer Mitte durch einen tiefen Einschnitt gekennzeichnet, der die Entwicklung jäh unterbricht und in blutigen Kämpfen im Innern und gegenüber dem auswärtigen Feind zu einer vorübergehenden Fremdherrschaft und zu einer Gefährdung der staatlichen Existenz führt. Nach Überwindung der Notzeit wird die Entwicklung unter einer neuen Dynastie erstaunlich schnell in die alte Richtung wieder zurückgeleitet.

In dieser Periode erfolgt eine z.T. durch Terror beschleunigte soziale Umschichtung, durch die auf Kosten des politisch entmachteten bzw. physisch beseitigten alten Udjél-Adels ein neuer Stand des Dienstadels emporkommt bei gleichzeitiger Verschlechterung der sozialen Lage der Bauern, die in der wachsenden Masse ihre Freiheit verlieren und an die Scholle gefesselt werden.

In dieser Periode entstehen im Steppengebiet Südrusslands durch eine fortgesetzte Fluchtbewegung der Bauern ins «freie Feld», z.T. am tatarischen Beispiel ausgerichtet, Kosakengemeinschaften, die einerseits einen Schutz gegenüber den Tataren bilden, andererseits als ewig unruhiges und aufrührerisches Element sich zu Anführern der Unzufriedenen machen und durch Aufstände die politische und soziale Ordnung im Staate bedrohen.

In dieser Periode kommt es zu einer Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Europa, zu einem wachsenden, vor allem wirtschaftlichen, Interesse der Europäer an Moskau und zu einem von den Herrschern z.T. begünstigten und systematisch geförderten Eindringen europäischer Einflüsse nach Moskau, ohne dass zunächst die altmoskowitzische Kulturinheit gesprengt wird. Gleichzeitig kommt es in dieser Periode zur Aufnahme ordentlicher diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen und damit zum Beginn einer moskowitzischen Aussenpolitik gegenüber Europa.

## 1. IWÁN III.

### *Der Gossudár*

Am Anfang der neuen Periode stand der Grossfürst Iwán III. (geb. 1440). Er gehört zu den wenigen Herrschern über Russland, die ein verhältnismässig hohes Alter erreicht haben – 65 Jahre. Kein einziger Grossfürst von Moskau und auch später kein einziger Kaiser von Russland hat so lange selbständig regiert wie er, dreiundvierzig Jahre (1462-1505), und allein dieser Umstand gab seiner Regierung und seiner Person ein besonderes Gewicht. Eine eigentliche Wende setzte mit ihm nicht ein, die Entwicklung verlief im Grossen in der gleichen Richtung, nur wurde jetzt vieles von dem, was in Ansätzen schon vorhanden war, erfüllt, und die traditionelle hartnäckige Mittelmässigkeit gewann unter ihm Format. Überall finden wir bei ihm einen Zug ins Grosse; er gilt mit Recht als der bedeutendste moskowitzische Staatsmann vor Peter dem Grossen und als der eigentliche Begründer des grossrussischen Einheitsstaates. Immer wieder haben Historiker sich bemüht (zuletzt W. Kirchner), ihm den Beinamen «der Grosse» zu sichern, aber bezeichnenderweise immer ohne Erfolg. Wirklich neue Impulse, die den Beinamen gerechtfertigt hätten, hat er der Geschichte nicht gegeben, aber umso geschickter die Chance zu nutzen verstanden, die ihm die Entwicklung seiner Zeit bot.

Er war eine Persönlichkeit von so starker Wirkung, dass – nach dem Bericht Herbersteins – Frauen allein durch seinen Anblick ins Zittern gerieten und in Ohnmacht fielen. Eine imposante Erscheinung, schön, hochgewachsen und hager – so schildert ihn sein Zeitgenosse, der Venezianer Contarini –, hat er es sich bewusst angelegen sein lassen, den Eindruck seines Äusseren durch ein entsprechendes feierliches Zeremoniell und durch ein stets zur Schau getragenes übersteigertes Selbstbewusstsein entsprechend zu unterstreichen. Die «Majestät des Auftretens» war ihm in hohem Grade gegeben. Er entsprach wie kein anderer vor ihm dem Bilde und den Vorstellungen eines Gossudár, wie er

sich erstmals nannte (1485) und auch von anderen genannt sein wollte.

Um ihm als historischer Gestalt gerecht zu werden, wird man ihn nicht mit abendländischem Massstab messen dürfen. Gerade bei ihm und der mit ihm einsetzenden Periode, in der die Kontakte Moskaus zum Abendlande wieder aufgenommen und stark intensiviert wurden, wird es deutlich, dass die russische Entwicklung aus sich selbst heraus verstanden werden muss.

Iwán III. war die Personifikation altmoskauer Traditionen, in die tatarische Einflüsse bereits weitgehend integriert waren und neue byzantinische Einflüsse integriert wurden. Willensstark und klug, geschäftstüchtig und verschlagen, ist er nicht eigentlich tatkräftig gewesen, durchaus unheroisch, keine militärische Natur, aber jederzeit bereit, bei sich bietender Gelegenheit mit kalter Berechnung brutale Gewalt unbedenklich anzuwenden, oder aber, wenn die Situation es erforderte, eine schwerfällige elefantenhafte Geduld und Langmut an den Tag zu legen. Der Vater seiner Schwiegertochter, der Fürst von Moldau, hat von ihm gesagt, dass er «zu Hause sitzend und schlafend sein Reich gemehrt» habe. Aber dieses Sitzen und Schlafen, gelegentlich auch tagelang untätig im Bett liegend sich krankstellen, war bei ihm Taktik, eine bewusst angewandte Methode, um den Partner bei diplomatischen Verhandlungen zu erschöpfen und zu zermürben.

Iwán III. war der Sohn des geblendeten Wassilij. Er hatte von Kind an tiefe Einblicke in die Machtverhältnisse seiner Zeit und seiner Umgebung gewonnen und war vom blinden Vater früh zu den Regierungsgeschäften herangezogen worden. Als er zweiundzwanzigjährig zur Regierung kam (1462), sah er seine erste Aufgabe darin, sich zunächst in der eigenen Familie, d.h. gegenüber den Brüdern und Vettern verschiedenen Grades durchzusetzen, was er zielsicher und skrupellos tat, wenn sich der Kampf auch durch Jahrzehnte hinzog. Seinen letzten, den zähesten Bruder hat er erst nach fast dreissigjähriger Regierung erledigt (1491).

In Fortsetzung der Politik seines Vaters führte er das «Sammeln russischen Landes», d.h. die Einbeziehung weiterer Nachbarfürstentümer in den Machtbereich Moskaus fort. Auch darin ist er sehr erfolgreich gewesen. Er hat das Territorium seines Gross-



fürstentums, das von jetzt an als Moskauer Staat bezeichnet werden kann, um das Vierfache vergrössert und hat schliesslich über ein riesiges Gebiet geherrscht, das in breiter Front an das Nördliche Eismeer grenzte und über den Ural hinausreichte, dessen Einwohnerzahl allerdings nicht mehr als drei Millionen betrug.

Als Iwán zur Regierung kam, war Moskau zwar das stärkste und wichtigste russische Fürstentum, aber immerhin doch nur ein Teilfürstentum unter anderen; es grenzte ausschliesslich an russische griechisch-orthodoxe Gebiete: Gross-Nówgorod, Twer, Rostow, Jaroslawl, Rjasán, Russisch-Litauen. Am Ende seiner Regierung waren mit einer Ausnahme (Nówgorod-Séwersk) alle russischen Fürstentümer von ihm unterworfen, und sein erweiterter Staat grenzte an die Siedlungs- und Herrschaftsgebiete nichtrussischer, andersgläubiger Nachbarn, der Schweden, Deutschen, Polen, Tataren. Dadurch hatte sich einerseits seine Stellung im Innern des russischen Landes von einem nominellen zu einem tatsächlichen Herrn, zu einem «Gossudár», d.h. Alleinherrscher über «ganz Russland» gewandelt, andererseits sah er sich dadurch vor erweiterte, im Vergleich zu früher in höherem Grade gesamtrossische politische Aufgaben gestellt.

Sich dieser Alleinherrschaft zu bemächtigen gelang ihm, mit Ausnahme Grossnówgorods, erstaunlich leicht. Er konnte dabei weitgehend von der bereits erwähnten Anziehungskraft Moskaus profitieren. In allen Nachbarfürstentümern befand sich bereits vorher eine moskowitische Partei, zumindest eine politische Gruppe – eine «Fünfte Kolonne» würden wir heute sagen – mit deren Hilfe, vom Gesichtspunkt der anderen Fürstentümer durch deren Verrat, die Widerstände gegen eine Angliederung an Moskau leicht, z.T. kampflos, gebrochen wurden. Einige Teilfürsten, zumal die kleinen, wie Rostow und Jaroslawl, gaben freiwillig ihre Selbständigkeit auf und traten in den Dienst des Grossfürsten, andere wurden nach bewährter Methode gekauft. Den erbitterten Erbrivalen Twer, das wie Moskau nach einer Hegemoniestellung in den russischen Landen strebte, suchte Iwán zunächst durch eine eheliche Verbindung zu gewinnen – er heiratete in erster Ehe Márja von Twer –, und als das nicht zum Ziele führte, eroberte er es mit Waffengewalt (1485). Rjasán war bereits völlig abhängig von

ihm; die endgültige, gewaltsame, Eingliederung erfolgte unter seinem Sohn Wassílij (1517). Die Gleichschaltung Nówgorods wird gesondert behandelt.

### *Das Ende des Tatarenjochs*

Mehr Ruhm als alle anderen Erfolge brachte dem Grossfürsten Iwán III. die sog. «Abschüttelung des Tatarenjoches» ein, und gerade dieses war nicht eben ein rühmlicher Vorgang. Als Datum gilt dafür das Jahr 1480 – genau 100 Jahre nach der Schlacht bei Kulikówo. In Wirklichkeit war die Beendigung des Tatarenjoches aber nicht ein einzelner, auf ein bestimmtes Jahr begrenzter Vorgang, sondern das Ergebnis eines sich über viele Jahrzehnte hinziehenden Prozesses.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts war der Zerfall der Goldenen Horde so weit fortgeschritten, dass bereits drei sich bitter befehdende Horden bestanden: die Goldene Horde im (unteren) Wolga- und Dongebiet, die Kasan-Horde an der mittleren Wolga und die Krim-Horde. Jede hatte ihren eigenen Chan-Zar, und da diese fortgesetzt miteinander Krieg führten, konnte Iwán das ehemalige russisch-tatarische Verhältnis umkehren und sich nun seinerseits in die inneren Streitigkeiten der Tataren einmischen, mit dem Ergebnis, dass einige Chane so weit von ihm abhängig wurden, dass sie ihm, jedenfalls vorübergehend, ihrerseits Tribut zahlten. In Kasan hat Iwán III. auch gelegentlich den Chan ab- und wieder eingesetzt (1467 und 1487).

Die mächtigste der Teilhorden war die Krim-Horde unter der sehr begabten Dynastie der Giréj; in den deutschen Quellen jener Zeit wird der Krim-Chan der «krimische Kaiser» genannt. Aber die tributäre Abhängigkeit Moskaus von der Goldenen Horde unter dem unfähigen Chan Achmed bestand weiter. Iwán tat nur das gleiche, was manche seiner Vorgänger allerdings ohne Erfolg zu tun versucht hatten, er setzte mit den Zahlungen aus und weigerte sich, vor dem Chan zu erscheinen. Mit dem Rivalen Achmeds, dem Krim-Chan, stellte sich der Moskauer Grossfürst umso besser und bat diesen in einem unterwürfigen Schreiben um seine,

durch einen Nichtangriffspakt zu befestigende, Freundschaft: «Der Grossfürst Iwán schlägt mit der Stirn:... dass Du mir gnädig gewähren wolltest, mit mir in Bruderschaft, Freundschaft und Liebe zu leben ... und die begonnene Gnade mir bis zum Ende erhaltest.» Darauf der Krim-Chan in ganz anderem Ton: «Ich, Zar Méngli-Giréj habe gnädig gewährt, mit meinem Bruder, dem Grossfürsten Iwán Liebe und Bruderschaft zu vereinbaren und ewigen Frieden ... Wir wollen überall zusammenstehen. Ich, Zar Méngli-Giréj, soll gegen Dein Land und gegen die Fürsten, die Dir gehorchen, keinen Krieg führen ...»

Der «ewige» Friede mit dem Krim-Chan ist alles andere als ewig gewesen. Damals kam er Iwán aber sehr zustatten, zumal der Chan der Goldenen Horde in arger Überschätzung der eigenen Macht die Tributzahlungen Moskaus verlangte, und als das nicht geschah, zunächst (seit 1476) in das russische Land plündernd einfiel und schliesslich direkt auf Moskau marschierte.

Die Vorgänge des Jahres 1480 sind später stark dramatisiert und heroisiert worden. In Wirklichkeit waren sie für keinen der Beteiligten ein Heldenstück. Die Tataren, nach alter Tradition mit den Litauern verbündet und nach alter Erfahrung ohne faktische litauische Hilfe geblieben, waren bis zum Fluss Ugra an der moskauer-litauischen Grenze 100 Kilometer von Moskau entfernt gekommen und dort auf das Heer Iwáns gestossen. Keine Seite riskierte jedoch einen Angriff, so dass die beiden Heere monatelang untätig einander gegenüberstanden, bis schliesslich eine aus irgendeinem Anlass entstandene Staubwolke die Befürchtung von Angriffsvorbereitungen auf beiden Seiten aufkommen liess, was zu einem schleunigen Rückzug beider Heere führte.

Damit war der Krieg – im Sinne Iwáns III.! – beendet, denn der Angriff auf Moskau fand nicht statt. Zu Iwáns Unglück ist aber ein Sendschreiben seines Beichtvaters, des Erzbischofs von Rostów überliefert, aus dem einige peinliche Einzelheiten über das Verhalten des Grossfürsten selbst in dieser kritischen Zeit hervorgehen. Die Kirche setzte sich damals leidenschaftlich für ein energisches Vorgehen gegen die ungläubigen Tataren ein, während Iwán nicht nur einen Angriff gegen den viel schwächeren Feind ablehnte, sondern für sich selbst und die Seinen alle Vorbereitungen

zur Flucht traf. Er hatte sich von der Front nach Moskau begeben, bereit, jederzeit weiter zu fliehen. Dieses wurde ihm von seiner Umgebung, zumal von der Geistlichkeit, schwer verdacht. «Alles Christenblut wird über Dich kommen, weil Du die Deinen preisgegeben hast und fortgelaufen bist, ohne Dich zur Schlacht gestellt zu haben», schrieb ihm sein mutiger Beichtvater und wies auf Dimítrij Donskój als Vorbild: «Der erschrak nicht vor den Tataren und sagte nicht zu sich selbst: ich habe Frau und Kinder und Reichtümer viel, wenn sie mein Land nehmen, dann werde ich mich woanders ansiedeln, sondern schritt mutig zur Tat.» Zu Iwáns Glück war aber auch sein Gegner Achmed nicht zur mutigen Tat geschritten, und das Ergebnis des Ganzen war – «die Abschüttelung des Tatarenjoches».

Die Tatarengefahr war damit allerdings nicht beseitigt. Zwar zerfiel die goldene Horde nach der Ermordung Achmeds gänzlich und löste sich auf (1502), aber die Krimtataren, die sich inzwischen unter die Oberhoheit des türkischen Sultans gestellt hatten, blieben noch fast 300 Jahre lang eine akute Bedrohung für Moskau.

Die Befreiung von der Oberherrschaft der Goldenen Horde hatte für Iwán schwerwiegende und geschickt genutzte aussenpolitische Folgen. Er war jetzt souverän. Jetzt legte er sich auch, zunächst nur gelegentlich und vorsichtig die politische Wirkung prüfend, seinerseits den Zarentitel zu. Hier spielte allerdings auch die gleichzeitige Übernahme des byzantinischen Erbes mit hinein, so dass in diesem Titel in sonderbarem Gleichklang der Anspruch auf eine zwiefache Erbschaft, die tatarische und die byzantinische, zum Ausdruck kam. Iwán III. hat den Zarentitel nur Schwächeren gegenüber angewandt, an die er Herrschaftsansprüche stellte, so z.B. dem livländischen Ordensmeister gegenüber. Im diplomatischen Verkehr mit dem Deutschen Kaiser hat er sich immer als Grossfürst bezeichnet, was allerdings nicht ausschloss, dass auch kaiserliche Gesandte, wenn sie dem Grossfürsten schmeicheln wollten, ihn gelegentlich Zar nannten. Die einheimische Geistlichkeit hat ihn nie anders als Zar genannt.

## *Gleichschaltung Gross-Nówgorods. Umsiedlung*

Der Kampf zwischen Gross-Nówgorod und Moskau zog sich durch Jahrhunderte. Es war nicht nur ein Kampf um Territorialbesitz – vorwiegend im Norden Russlands –, es war auch nicht nur ein Kampf um die Anerkennung der grossfürstlichen Oberhoheit, sondern auch ein Kampf zwischen den Regierungssystemen. Für Nówgorod ging es dabei um seine freiheitliche Verfassung. Der angreifende Teil war Moskau.

Immer wieder seit der Zeit Andréj Bogoljubskijs hatten die Herren des Hinterwaldes Vorstösse in jenes verlockende Tor nach dem Westen gemacht, waren immer wieder siegreich in die Stadt eingezogen, hatten ihren Herrschaftsanspruch geltend gemacht und Geldzahlungen erpresst, aber nie hatten sie sich auf die Dauer durchsetzen können. Wenn jetzt in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts darin eine Änderung eintrat, so lag das nicht allein an der inzwischen erfolgten Machtsteigerung und verstärkten Initiative Moskaus, sondern an Gross-Nówgorod selbst. Die stolze Fernhandelsstadt, deren Stärke auf dem Gemeinsinn und der Opferbereitschaft der Bürger beruht hatte, war von innen heraus geschwächt. Nówgorod ist eines jener zahlreichen Beispiele aus der Geschichte für die Gefahren, die grosser und wachsender Wohlstand in sich birgt.

Der wirtschaftliche Aufschwung hatte zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze und jedenfalls auch zu einer Schwächung der Tatkraft in der Oberschicht geführt. Die grossen Kaufleute hörten auf, selbst Handel zu treiben und begnügten sich mit seiner Finanzierung, die kleinen Kaufleute und Handwerker wurden zu Schuldnern der Bankiers. Das Übergewicht der wirtschaftlich Starken über die wirtschaftlich Schwachen verlieh der nach wie vor demokratischen Grundstruktur des Gemeinwesens den immer krasser in Erscheinung tretenden Charakter einer Oligarchie. Die längst bestehenden sozialen Spannungen, die sich in der Wetsche-Versammlung jederzeit entladen konnten und auch entluden, nahmen jetzt die Form von Klassengegensätzen an, führten zu Parteibildungen und schliesslich zum Bestreben der einzelnen Parteien bzw. Klassen, ausserhalb der Heimatstadt eine Rücken-

deckung bei den benachbarten Fürstentümern zu finden. So begann der Egoismus der einzelnen Gruppen oder auch Personen über den alten Gemeinsinn zu triumphieren.

Das vermögende Stadtpatriziat der Bojaren tendierte nach Polen-Litauen; die kleinen, abhängigen Leute sympathisierten mit Moskau. Zudem zeigte sich in Nówgorod eine Entartungserscheinung, die man heute als Halbstarckenunwesen bezeichnen würde. Es handelte sich dabei um Banden junger Leute – der sog. Uschkujniki –, die auf flachen Boten Flusspiraterie trieben und selbstverständlich auch die Randgebiete des benachbarten Moskauer Grossfürstentums heimsuchten, Zustände, die sich sehr zum Nachteil der Stadt und ihres guten Rufes auswirkten und die zu beheben die Obrigkeit sich nicht fähig zeigte. Schon ein Jahrzehnt vor dem Fall Nówgorods klagte der Chronist darüber, dass es dort kein Recht und Gesetz mehr gebe und die Stadt jedes Ansehen eingebüsst habe. Hinzu kam, das Nówgorod auch wirtschaftlich in steigendem Masse von Moskau abhängig wurde, sowohl infolge des aus Moskau bezogenen Getreides wie auch deshalb, weil das Grossfürstentum mit dem Niedergang und Zerfall der Horde eine immer grössere Bedeutung als Absatzmarkt für die von den Nówgorodern aus dem Westen importierten Waren gewann.

Diese Zerfallserscheinungen erleichterten es dem Grossfürsten, sich im Norden und Nordosten Russlands laufend in den Besitz bislang zu Nówgorod gehörender Gebiete zu setzen – die wichtigsten waren Wjatka und Perm – und auf diese Weise seinen Machtbereich bis hinter den Ural hinaus auszudehnen.

So war die innere und äussere Widerstandskraft Nówgorods bereits geschwächt, als Iwán III. zur entscheidenden Offensive überging. Die Eroberung geschah nicht mit einem vernichtenden Schlage; sie war im Gegenteil ein langwieriger, sich durch Jahrzehnte hinziehender Prozess, der, in den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts vorsichtig diplomatisch eingeleitet, in den siebziger und achtziger Jahren zu mehreren zeitlich recht weit auseinanderliegenden militärischen Aktionen führte und schliesslich erst im Jahre 1494 durch Verwaltungsmassnahmen seinen Abschluss fand.

Wie erinnerlich, war Moskau schon früher mit wechselndem Erfolg bestrebt gewesen, seinen Kandidaten in Nówgorod zum Fürsten wählen zu lassen. Schliesslich hat es der Grossfürst erreicht, selbst gewählt zu werden. Diplomatisch ging Iwán so vor, dass er bei jeder Gelegenheit mit zäher Verbissenheit darauf bestand, dass Nówgorod «sein Erbland» (wotschina) sei und die Nówgoroder ermahnte, «sich zu bessern», d.h. diese These anzuerkennen. «Du mein Erbland Nówgorod und Ihr Nówgoroder Männer bessert Euch ... Haltet meinen Namen in Furcht und Ehren! Demütigt Euch vor mir und ich werde meinem Erblande nach altem Brauche gnädig sein.» An solche Forderungen knüpfte er das unmissverständliche Versprechen, die überlieferten Rechte Nówgorods zu respektieren.

Die Nówgoroder erwiderten in offener Verkennung der realen Gegebenheiten ebenso verbissen und unnachgiebig, sowohl auf ihrer Wetsche-Versammlung wie bei Verhandlungen mit dem Grossfürsten: «Wir sind kein Erbland des Grossfürsten. Gross-Nówgorod war von jeher ein freies Land. Gross-Nówgorod ist sein eigener Herr.»

An der Spitze der polenfreundlichen aristokratischen Partei in Nówgorod stand in der Zeit der Verschärfung des Konfliktes eine Frau, Marfa Borézkaja, die Witwe eines Possádniks. Allein diese Tatsache war schon unmoskowitzisch und in damaliger Zeit im ganzen russischen Lande wohl nur noch in Nówgorod möglich. Über Marfa Borézkaja wissen wir leider verhältnismässig wenig, so viel aber wohl, dass sie, selbst sehr reich und Mutter mehrerer im öffentlichen Leben stehender Söhne, die Seele des Widerstandes gegen Moskau war und sich mit ihren Anhängern zum Ziel gesetzt hatte, gestützt auf den polnisch-litauischen Nachbarn, die alte Nówgoroder Freiheit – das bedeutete damals praktisch die oligarchische Herrschaft des Patriziats – mit allen Mitteln zu verteidigen.

Gerade dieser Umstand bot aber Iwán die Möglichkeit, seinen Angriff von aussen, durch die Aktivierung einer «Fünften Kolonne», d.h. der moskaufreundlichen, sich wirtschaftlich ausgebeutet fühlenden niederen Schichten des Volkes – des «Proletariats» – auch nach innen zu tragen. Er konnte sich dabei neben den sozialen auch die religiösen Gegensätze zunutze machen.

Indem er die polenfreundliche Partei der Borézkaja der Sympathien für den Katholizismus verdächtigte, warf er sich, entsprechend von der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit unterstützt, sowohl zum Beschützer der Armen gegenüber den Reichen wie auch zum Beschützer des wahren Glaubens gegen die Verbündeten des Papstes auf.

Die beiden Feldzüge Iwáns gegen Nówgorod (1471 und 1477) sind weniger durch militärische Taten bemerkenswert – beim ersten Feldzug hatte die moskaufreundliche Volkspartei in Nowgorod die Verteidigung sabotiert und u.a. die Kanonen vernagelt – als durch fürchterliche Verwüstungen, Zerstörungen und Grausamkeiten. Was die Moskowiter früher von den Tataren zu erdulden hatten, das liessen sie jetzt die Nówgoroder entgelten. Den Vorstellungen Iwáns von der Majestät des Auftretens entsprach es, überall dort, wo er seinen Fuss hinsetzte, Schrecken zu verbreiten. Er, nicht erst sein Enkel, ist der erste Grossfürst von Moskau gewesen, der den Beinamen «Gróсныj» erhielt.

Die Nówgoroder haben schliesslich (1478) kapituliert. Noch vier Jahre vorher hatten sie sich geweigert, Iwán als Gossudár, d.h. als Alleinherrscher, anzuerkennen und wollten ihm nur als ihrem Herrn (Góspodin) huldigen. Jetzt erklärten sie sich bereit, in der offenbaren Hoffnung, den Grossfürsten gnädig zu stimmen, ihm den Titel Gossudár zuzubilligen und Nówgorod auch als sein Erbland anzuerkennen. «Erweise Deinem Erbland, Gossudár, Barmherzigkeit; höre auf, Feuer und Schwert wüten zu lassen, versündige Dich nicht an Deinem alten Lande und schenke Deinen schuldbewussten Leuten einen Lichtblick ...» Iwán hat ihnen eine Zusicherung nach der anderen gemacht – ihre Verfassung zu respektieren, keine Gewaltmassnahmen anzuwenden, die Gefangenen ohne Lösegeld freizugeben – und hat später keine dieser Zusicherungen erfüllt. Entgegen allen Versprechungen wurden die führenden Persönlichkeiten der aristokratischen Partei exekutiert, Marfa Borézkaja und ihre Anhänger in Fesseln geschlagen und verschickt; ihr letzter noch lebender Sohn wurde enthauptet, der Besitz der Geächteten «zugunsten des Gossudár» konfisziert. Auch die übrige Bevölkerung wurde ausgeraubt; nach der Chronik fuhren damals 300 Wagenladungen mit Beute nach Moskau ab. Wer



früher eine negative Einstellung zur Herrschaft des Grossfürsten bekundet hatte, musste das selbstverständlich mit dem Tode büssen. Das für die Existenz Nówgorods Entscheidende lag aber nicht in den persönlichen, sondern in den politischen Massnahmen.

Die Nówgoroder wurden aller ihrer Freiheitsrechte beraubt; gleichzeitig wurden sie korrumpiert, indem sie ausdrücklich dazu verpflichtet wurden, einander zu denunzieren. Das Herrschaftssystem wurde dem Moskauer ganz angeglichen. Zum äusseren Zeichen dafür wurde die Wetsche-Glocke, das Symbol der Stadtfreiheit, nach Moskau verbracht und dort als eine unter vielen anderen Glocken ohne Symbolkraft wieder aufgehängt. Der vielzitierte Machtspruch Iwáns III. über Nówgorod wirkt in der Übersetzung zu blass, weil dabei meist die lapidare Kürze der Sätze verlorengeht, die wie Hammerschläge auf die Nówgoroder herniedersausten: Gossudárstwo nasche takowo: wetschewomu kolo-kolu ne bytj; Possádniku ne bytj, a Gossudárstwo wsjo nam dershatj.» – «Unsere Herrschaft ist so: eine Wetsche-Glocke hat nicht zu sein; ein Possádnik hat nicht zu sein, aber die Herrschaft halten wir uns.» Selbstverständlich war mit der Kapitulation Nówgorods auch sein riesiges Ausbeutungsgebiet in Nordrussland an Moskau gefallen, so dass dessen Macht jetzt bis ans Eismeer reichte.

Damit war die Tragödie Nówgorods aber noch nicht beendet. Die Bürger der stolzen Stadt haben immer wieder versucht, sobald sie etwas zu Atem kamen, ihr Los zu erleichtern und auch auswärtige Hilfe bei Polen-Litauen zu finden. Die Gegenschläge Moskaus waren (seit 1480) umso härter. Schliesslich führte Iwán, durch Denunzianten in den Besitz der Namen der besonders in der Bojarenaristokratie zahlreichen «Verräter» gelangt, zu denen übrigens auch der Metropolit gehörte, den Todesstoss mit einer von den Tataren immer gerne gehandhabten, seither von den Russen übernommenen und im Laufe der Jahrhunderte oft angewandten – und endlich im fortschrittlichen 20. Jahrhundert sogar im Abendland beliebt gewordenen – Methode, nämlich der Massendeporation. Vorher (1478) hatte der Grossfürst den Nówgorodern feierlich zugesichert, dass sie eine Austreibung aus der Heimat nicht zu befürchten hätten: «wywoda ne bdjtesj.» Jetzt liess er allein aus der Stadt Nówgorod 8'000 Familien, davon 1'000 Bo-

jaren- und Kaufmannsfamilien, d.h. so gut wie die ganze Oberschicht, zwangsweise in das Innere seines Grossfürstentums – nach Perejaslawl, Wladimir, Murom, Rostow, Kostroma, Nishnij-Nówgorod – umsiedeln und dabei selbstverständlich deren gesamte Habe zu eigenen Gunsten konfiszieren (1488). Um die ehemals mächtige und blühende Stadt und das Nówgoroder Land nicht ganz zu entvölkern, hatte er gleichzeitig nach den Worten des moskaufreundlichen Chronisten «auf den beschlagnahmten Gütern viele gute Leute aus Moskau angesiedelt, Grosskaufleute und Bojarenkinder, auch aus anderen Städten, und hat ihnen Rechte verliehen».

Der Schlussakt erfolgte sechs Jahre später, als auch die deutschen Kaufleute Nówgorods veranlasst werden sollten, nach Moskau überzusiedeln. Diese weigerten sich, worauf sie gefangengesetzt wurden; ihre Habe (im Wert von 96'000 Mark) wurde konfisziert. Das deutsche Handelskontor in Nówgorod wie auch die deutsche Kirche wurden geschlossen (1494).

Mit Nówgorod war auch die zweite der beiden Mütter der russischen Städte untergegangen. Das grosse Kiew hatte den Todesstoss durch die Tataren, das grosse Nówgorod hatte ihn durch Moskau erhalten. Von sowjetischer Seite ist mit Nachdruck darauf hingewiesen worden (Pronschtein), dass dieser Untergang sich nur auf die politische Selbständigkeit der Stadt bezogen und dass Nowgorod wirtschaftlich nach dem Anschluss an Moskau einen neuen Aufschwung genommen habe. Wenn das – zeitlich beschränkt – zutrifft, so nur unter dem Gesichtspunkt einer Prosperität der nach Nówgorod umgesiedelten Moskauer Kaufleute. Aber bereits zwei Menschenalter später (1570) hat Iwáns Enkel gleichen Namens, gerade um ein neues Emporkommen zu verhindern, jedes Eigenleben der Stadt, auch das wirtschaftliche, vollkommen ausgelöscht. Mehr als eine Moskauer Provinzstadt ist Nówgorod seither nie mehr gewesen.

Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, dass Pskow, die ehemalige Tochterstadt Nówgorods, die sich zuerst zu deren «jüngere Bruder» und schliesslich zum Rivalen emanzipierte, in völliger Verkennung der Situation, den Moskowitern bei der Zerschlagung Nówgorods half. Nur ein Menschenalter später hat der Sohn

Iwáns, Wassílij III., der in mancherlei Hinsicht zum Vollender des Werkes seines Vaters werden sollte, gegen das kleine und schwache Pskow genau die gleiche Methode angewandt wie sein Vater gegen Nówgorod, und auch mit genau dem gleichen Erfolg (1510). Die Chronik berichtet darüber: «Schrecken und Zittern und Jammern überfiel sie (die Pskower); ihre Kehlen trockneten aus vor Kummer und Traurigkeit und ihre Lippen überzogen sich mit Schorf.» Auch in Rjasán brachte Wassílij das Werk seines Vaters zum Abschluss (1517); auch hier fanden, wie zuerst in Nówgorod und dann in Pskow, Zwangsdeportationen eines grossen Teiles der Bevölkerung in das Moskauer Gebiet statt.

Die geschichtliche Bedeutung der Eingliederung Nówgorods in das Grossfürstentum Moskau geht über die einer gewöhnlichen Eroberung weit hinaus. Sie beschränkt sich nicht auf den Territorialzuwachs. Die besondere Bedeutung des Untergangs Nowgorods liegt in der Gleichschaltung. Dieses moderne Wort kennzeichnet jenen Vorgang sehr treffend. Iwán III. war dabei vom Moskauer Gesichtspunkt aus ohne Zweifel folgerichtig vorgegangen. Die Gleichschaltung Nówgorods entsprach einer inneren Notwendigkeit, die im Wesen der Moskauer Herrschaftsstruktur lag und die von Iwán III. richtig als solche erkannt worden ist.

Ein Herrschaftssystem wie das moskowitzische vertrug es nicht, in seinem Machtbereich ein Gebiet zu haben, dessen innere Struktur anders und dessen Niveau höher war als das eigene. Auch der Erfolg der Zwangsumsiedlung entsprach durchaus den Erwartungen Iwáns, denn die ins Moskauer Land deportierten, völlig verarmten und ihres Einflusses beraubten, ganz und gar auf die Gunst und Gnade des Grossfürsten angewiesenen Umsiedler erwiesen sich später – wie besonders von sowjetischer Seite hervorgehoben worden ist (Wipper) – als die besten und zuverlässigsten Stützen der Moskauer Zentralgewalt.

### *Kampf um Livland und Litauen*

Durch die Einverleibung Nówgorods und Pskows war Moskau unmittelbarer Nachbar des Deutschen Reiches geworden. Denn das Ordensland Livland, in seiner politisch-sozial-kulturellen Struktur

ein rein abendländisches Gebiet, gehörte damals zum Römischen Reich deutscher Nation.

Natürlich wollte Iwán III. den Livländern das gleiche Schicksal bereiten wie den Nówgorodern. So versuchte er mit den gleichen Mitteln und Argumenten, die bei Nówgorod zu einem so vollständigen Erfolge geführt hatten, auch das Ordensland zu gewinnen. Er erklärte auch Livland zu seinem Erbland, das ihm rechtmässig gehöre, bediente sich auch hier der Taktik, durch Herabsetzung des Ranges seines Verhandlungspartners die eigene Stellung zu erhöhen und dadurch seine Verhandlungsposition zu stärken, wobei er sich eines erstaunlich hochfahrenden Tones bediente: «Wisst Ihr denn nicht» – liess er den Livländern sagen –, «dass unser Herr, der Grossfürst, der mächtigste Herr unter der Sonne ist... Ihr aber alle in Livland sitzt wie die Schweine in einem Schweinetrog. Ihm gehört das Land, und er wird alle Ritter mit Ruten aus dem Lande jagen!»

Diese Methode verfiel aber bei den Livländern nicht, und so versuchte Iwán es auch dieses Mal mit Waffengewalt (1501). Sein Angriff auf Livland war der erste Waffengang Moskaus mit dem Abendlande, er endete mit einer schweren Niederlage der Moskowiter (1502 am See Smolina). Für Livland hatte dieser Sieg eine sehr grosse, auch von den Zeitgenossen als solche erkannte Bedeutung. Es war dadurch nicht nur für den Augenblick vor dem Schicksal einer Gleichschaltung bewahrt, sondern blieb es bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein. Denn als es 200 Jahre später unter Peter dem Grossen doch an Russland fiel, erfolgte die Eingliederung in das Russische Reich nicht mehr auf dem Wege einer mit Deportationen verbundenen Gleichschaltung. Für Moskau bedeutete aber diese Niederlage, dass der abendländische Riegel, der es von der Ostsee trennte, weiter bestehen blieb. In jahrzehntelangem erbitterten Ringen haben die Nachfahren Iwáns III., vor allem sein gleichnamiger Enkel, sich vergeblich bemüht, diesen Riegel zu durchstossen und sich dadurch gezwungen gesehen, zunächst den Ausweg nach einem anderen, dem Schwarzen Meer zu suchen.

Mehr Erfolg war Iwán gegenüber Litauen beschieden. Die Voraussetzungen waren dort allerdings auch ganz andere. Wie wir sahen, hatte Litauen sich in das russische Land hinein ausgedehnt.

Die Bevölkerung seiner Ostgebiete, die früher zur Rus gehört hatten, bestand zum grossen Teil aus Russen – Weissruthenen und Ukrainern – und war vorwiegend griechisch-orthodox. Hier fiel Iwáns bevorzugtes Argument, das zu erobernde Land sei sein Erbgut, schwerer ins Gewicht, und hier konnte er auch bei der Bevölkerung, zumal bei den Bojaren, mit einer anderen Resonanz rechnen. Die fortschreitende Polonisierung und Katholisierung Litauens hatte bei vielen griechisch-orthodoxen Fürsten wachsende Unzufriedenheit erregt und sie dazu veranlasst, von ihrem Recht der Freizügigkeit Gebrauch zu machen, d.h. sich vom eigenen Grossfürsten loszusagen und in die Dienste Moskaus zu treten, eine Entwicklung, die von Moskau durch geschickte Propaganda und militärischen Druck entsprechend gefördert wurde.

Da diese Bojaren über einen z.T. sehr beträchtlichen Landbesitz als ihr Privateigentum verfügten und dieser mit ihrem Übertritt auch an Moskau fiel, so war die Grenze zwischen Moskau und Litauen ins Fliessen gekommen und verschob sich langsam immer weiter nach Westen. In diesem Fall übte Moskau seine Anziehungskraft nicht auf das Proletariat, sondern auf die Hocharistokratie aus. Im Zuge dieser Entwicklung waren für die künftige Geschichte Russlands so bedeutsame Fürstengeschlechter wie die Wjasemski, Oddjéwskij, Glínskij, Worotynskij, Nowossilskij von Litauen nach Moskau hinübergewechselt. Der Übertritt nahm aber unter Iwán III. solche Ausmasse an, dass Litauen ihn zu unterbinden versuchte und dadurch in einen offenen Konflikt mit Moskau geriet.

In Polen-Litauen hatte nach dem Tode Kasimirs IV. (1492) vorübergehend eine Trennung der beiden Teile stattgefunden, indem einer seiner Söhne (Jan Albrecht) König von Polen und ein anderer (Alexander) Grossfürst von Litauen wurde. Diesen Umstand versuchte Iwán sich durch eine eheliche Verbindung zunutze zu machen: er vermählte seine Tochter Jelena mit dem Grossfürsten Alexander. Daraus entstanden allerdings Komplikationen, weil Alexander katholisch war. Das Verhalten Iwáns bei diesem Dilemma ist für die spätere Moskauer wie auch für die Petersburger Politik richtunggebend gewesen. Iwán sah es als selbstverständlich an, dass jede Prinzessin, die einen russischen Herrscher heiratete, zum griechisch-orthodoxen Glauben übertrat; ebenso selbstver-

ständiglich war es für ihn aber, dass eine russische Prinzessin, die einen ausländischen Herrscher heiratete, ihren Glauben behielt. Iwáns Tochter geriet dadurch in eine schwierige Lage, zumal ihr Mann bald darauf König von Polen wurde. Für Iwán blieb aber seine Tochter auch als polnische Königin in erster Linie ein Werkzeug Moskauer Politik, aber Jelena wollte sich in eine Agentenrolle nicht finden.

Wir sind über diesen Konflikt recht gut informiert, da die Korrespondenz zwischen Vater und Tochter z.T. erhalten ist. «Alle sagen hier» – schrieb Jeléna –, «er hat seine Tochter nur darum nach Litauen gegeben, weil es ihm so bequem ist, Land und Leute auszukundschaften.» Da Iwán sehr wohl wusste, dass er seine Tochter nur so lange in einem Abhängigkeitsverhältnis von ihm halten würde, als sie die Zugehörigkeit zur Kirche wahrte, so drohte er ihr fortgesetzt mit der Vernichtung ihrer Seele durch Gott, wenn sie «das römische Gesetz» annehmen würde. Wieweit ihm seine Tochter tatsächlich als Agentin gedient hat, wissen wir nicht, aber der Krieg, der nun zwischen ihm und seinem Schwiegersohn ausbrach und drei Jahre währte (1500-1503), endete schliesslich mit einem eindeutigen Erfolg für Iwán: Im Waffenstillstand wurden ihm alle Besitzungen der aus Litauen übergetretenen Bojaren feierlich zugesprochen.

Die Auseinandersetzung Moskaus mit Polen-Litauen sollte sich noch durch Jahrhunderte hinziehen, zunächst zugunsten Moskaus. Dem Sohne Iwáns, Wassílij III., gelang es, das sehr wichtige Smolensk für Moskau zu gewinnen (1514) und im Desna-Becken das letzte bis dahin von Moskau noch unabhängige russische Fürstentum Nôwgorod-Séwersk, ein altes Kerngebiet der Kiewer Rus, dem Moskauer Staat einzuverleiben (1523).

### *Moskau das Dritte Rom*

Während der Regierungszeit Iwáns III. hat sich in Moskau eine neue Herrschaftspraxis herausgebildet; gleichzeitig wurde eine neue Herrschaftsideologie übernommen. Diese Ideologie stammte aus Byzanz.

Wie wir sahen, lagen die byzantinischen Einflüsse bisher auf kulturellem, vorwiegend kirchlichem Gebiet. Jetzt wurden sie bewusst auch in die politisch-staatliche Sphäre getragen und gleichzeitig das politische Erbe Ostroms mit der ebenso lapidaren wie apodiktischen Behauptung angetreten, Moskau sei – nach dem Fall Konstantinopels – das Dritte Rom.

Dieser für die weitere Entwicklung hochbedeutsame Vorgang hatte ein kurzes Vorspiel. Der Übernahme des politischen Erbes von Byzanz ging die kirchliche Emanzipation voraus. Unter der ständig zunehmenden Bedrohung durch die Türken hatten die Byzantiner sich auf abendländische Unterstützung angewiesen gesehen. Der griechische Kaiser und der Patriarch von Konstantinopel bemühten sich, auf dem Wege einer Kirchenunion von Rom Hilfe zu gewinnen, wobei sie sich in ihrer Notlage zu weitgehenden Konzessionen bereitfanden. Im Zuge dieser Entwicklung wurde auf einem Konzil in Florenz (1439) eine Union zwischen der westlichen und östlichen Kirche beschlossen. Das war ein grosser Erfolg für die Politik der Kurie, denn die Byzantiner sahen sich veranlasst, alle Dogmen der katholischen Kirche und die Oberherrschaft des Papstes anzuerkennen; nur ihre Riten durften sie beibehalten. Selbstverständlich hatte dieses Ereignis auch eine unmittelbare Auswirkung auf die dem Patriarchat von Konstantinopel unterstellte russische Geistlichkeit und Kirche.

Metropolit von ganz Russland war damals ein Grieche, Isidór, der sich mit grossem Gefolge an dem Florenzer Konzil beteiligte. Er erwies sich als leidenschaftlicher Anhänger des Unionsgedankens und kehrte (1441) als Exponent der neuen Unionskirche – mit dem lateinischen Kreuz! – nach Moskau zurück. Die Reaktion darauf in Moskau war sehr bezeichnend. Hier, wo keine unmittelbare Bedrohung von aussen bestand, war man zu Konzessionen keineswegs bereit. Das Verhalten Isidórs löste in Moskau geradezu Empörung aus; es wurde als ein Verrat an der orthodoxen Kirche empfunden. Der Grossfürst stellte sich persönlich an die Spitze des Widerstandes gegen die Union, Isidór wurde abgesetzt und verhaftet – er ist später nach Rom entflohen – und durch ein Konzil russischer Bischöfe ein neuer Metropolit, der Bischof von Rjasán, Jonas, gewählt (1449). Das bedeutete die Emanzipation der russi-

schen Kirche vom Patriarchat Konstantinopel. Moskau sah sich nunmehr als Haupt der Rechtgläubigen an, und seither ist nie mehr ein Grieche zum Metropoliten – und später zum Patriarchen – der autokephalen russischen Kirche gewählt worden. Die seit jeher stärker an Byzanz gebundene Kiewer Diözese blieb allerdings nach wie vor von Byzanz abhängig, und die Metropoliten von Kiew wurden auch weiterhin vom Patriarchen von Konstantinopel eingesetzt.

Später verwarfen auch die Byzantiner die Union wieder, aber das blieb für Moskau bedeutungslos. Nach vier Jahren fiel Konstantinopel in die Hände der Türken (1453). In Moskau wurde der Fall Konstantinopels als eine gerechte Strafe für die Kapitulation vor Rom angesehen. «Die vormals in Frömmigkeit herrschende grosse Stadt Konstantinopel ging um der lateinischen Verführung willen zugrunde» – heisst es in der Moskauer Chronik – «sie ist von der Frömmigkeit abgefallen und nunmehr von den heidnischen Türken überwältigt worden.»

Nach einem halben Jahrtausend – im Jahre 1949 – ist die kirchliche Emanzipation Russlands von Byzanz im bolschewistischen Moskau mit starken politischen Akzenten und grossem Zeremoniell, unter Beteiligung der sowjetischen Geistlichkeit gross gefeiert worden.

Papst Sixtus IV. gab aber seine Hoffnung, Moskau eines Tages doch für die Union zu gewinnen, auch nach dem Fall von Konstantinopel nicht auf und leitete zu diesem Zweck eine Aktion ein, die allerdings das gegenteilige Ergebnis haben sollte. In Italien lebte unter seiner Fürsorge, von ihrer italienischen Mutter im Geiste der Union erzogen, die Nichte des letzten byzantinischen Kaisers, Sophia (Zoe) Paleolog. Der Plan des Papstes bestand darin, seinen Schützling mit dem (inzwischen verwitweten) Grossfürsten von Moskau zu vermählen, um dadurch den römischen Einfluss in Moskau zu stärken. Iwán, der seinerseits ganz andere Ziele verfolgte, erklärte sich einverstanden, und die Heirat fand in Moskau statt (1472). Da aber die Kurie ihr Ziel höchst ungeschickt und in aufdringlicher Weise verfolgte – die Prinzessin wurde von italienischen Geistlichen begleitet, die aus ihren Absichten kein Hehl machten –, so regte sich in Moskau ähnlich wie seinerzeit bei



der Rückkehr Isidórs eine scharfe Opposition gegen die Lateiner. Die junge, damals erst zwanzigjährige, kluge und energische Prinzessin Sophia identifizierte sich ihrerseits keineswegs mit ihrer lateinischen Begleitung, zeigte auch für den Unionsgedanken kein Interesse und entpuppte sich bald als eine echte und jedenfalls auch überzeugte Repräsentantin von Byzanz und der griechisch-orthodoxen Kirche. Sie hat nicht nur symbolisch (durch ihre Verheiratung), sondern auch persönlich durch ihre Haltung und ihren Einfluss die Übernahme der byzantinischen Herrschaftsideologie durch Moskau wesentlich gefördert.

Äusserlich fand das im neuen Hofzeremoniell seinen Niederschlag, durch das die Herausgehobenheit des Herrschers über alle anderen sinnfällig gemacht wurde, und von Byzanz wurde der Doppeladler in das russische Staatswappen übernommen. Man hat diese Neuerungen in Moskau zunächst als fremd und unliebsam empfunden, als Ausdruck eines unzulässigen Einflusses einer ausländischen Prinzessin, zumal sie dabei auch persönlich in ungewohnter Weise in den Vordergrund trat, Repräsentationspflichten erfüllte, ausländische Gesandtschaften empfing und auch sonst den Grossfürsten vertrat. Aber diese Neuerungen lagen unverkennbar auf der Linie der eigenen Zielsetzungen und Absichten Iwáns; sie stärkten seine Stellung im Innern gegenüber den Bojaren und nach aussen gegenüber den Tataren, sie hoben sein Selbstbewusstsein und seine ohnehin hohe Auffassung von der eigenen Macht. Auch die Initiative zu seiner Auflehnung gegen den Chan wird Sophia zugeschrieben, die sich als byzantinische Kaisertochter «Zarewna Zargrada» nannte und es unerträglich gefunden habe, Gattin eines vom Chan abhängigen Fürsten zu sein.

Die Übernahme der neuen theokratischen Staatsauffassung war zum grossen Teil das Werk der russischen Geistlichkeit unter dem Einfluss von Flüchtlingen aus dem Balkan. Die alte, auch in Russland von der Kirche verbreitete Vorstellung, dass es unmöglich sei, eine Kirche zu haben und keinen Zaren, weil beide ein Ganzes und voneinander untrennbar seien, wirkte sich jetzt unmittelbar politisch zugunsten Iwáns als Erbe des nicht mehr existenten byzantinischen Kaisers aus. Der Metropolit von Moskau, Sósima, als das Haupt der nunmehr autokephalen russischen Kirche, erklärte

jetzt: «Zar Konstantin schuf das neue Rom-Zargrad; der Herr und Selbstherrscher von ganz Russland Iwán Wassiljewitsch, der neue Zar Konstantin, legte den Grund zu einem neuen Konstantinopel – Moskau.» Zahlreiche russische geistliche Theoretiker wirkten systematisch in der gleichen Richtung, so der Starez Filoféj (geb. 1455), jedenfalls der Erfinder der Formel vom «Dritten Rom», ein Mönch und zeitweise Abt eines Klosters in Pskow, der durch Sendschreiben in das öffentliche Leben eingriff. Von ihm stammt die mit Recht immer wieder zitierte, klassisch gewordene, suggestiv wirkende Formulierung der neuen Staatstheorie:

«Wisse Du Frommer: Alle christlichen Reiche sind vergangen, statt ihrer aller steht allein das Reich unseres Herrschers gemäss den prophetischen Büchern: das ist das russische Zartum. Zwei Rome sind gefallen, aber ein Drittes steht, und ein Viertes wird es nicht geben!» Es ist jüngst mit Recht auf die «beklemmende Parallele» (Stökl) zwischen dieser Geschichtsideologie, die Moskau an das Ende einer gesetzmässigen historischen Entwicklung setzt, und der auf dem historischen Materialismus beruhenden sowjetischen Geschichtsauffassung hingewiesen worden. Über Iwán selbst sagte Filoféj: «Er ist auf der Erde der einzige Zar über die Christen, der Führer der apostolischen Kirche, die anstatt in Rom und in Konstantinopel in der gesegneten Stadt Moskau steht. Sie allein leuchtet in der ganzen Welt heller als die Sonne.»

Die darin zum Ausdruck kommende historische Missionsidee geht interessanterweise jedenfalls auf einen orthographischen Fehler zurück. Wie Miljuków annimmt, ist aus rusyj naród (blondes Volk, das nach byzantinischer Tradition als der grosse Befreier auftreten werde) rússkij naród (russisches Volk) gemacht worden.

Ein leidenschaftlicher Verfechter der Autokratie war Jossif Sanin (geb. 1440), Abt des Klosters Wolokolamsk, ein radikaler Eiferer und erbitterter Gegner des Metropoliten Sósima. Auf Jossif geht die denkwürdige Feststellung zurück: «Aller Leidenschaften Mutter ist die Meinung; die Meinung ist der zweite Sündenfall», so dass man aus der heutigen Situation heraus, rüthschauend sein Auftreten als «eine der Sternstunden der russischen Geistesgeschichte überhaupt» (Winkler) bezeichnet hat. In seiner

Schrift «Proswetitelj» (der Erleuchtete), einer Mahnung an Iwán, seiner höchsten Pflicht, der Erhaltung der Glaubenseinheit, eingedenk zu sein, schrieb Jossif:

«Wenn Du einem Zaren oder Fürsten oder Herrn untertan bist, so sollst Du ihm dienen, weil Unterordnung und Gehorsam gegen die Macht Gott wohlgefällig sind. Der Zar ist Gottes Diener, den Menschen eine Gnade und eine Zucht... Das Amt des Zaren ist Sorge zu tragen für alle seine Untertanen ... Du, Zar, hast das Zepter von Gott empfangen, habe acht, wie Du IHM, der es Dir gab, Genüge tust. Und nicht nur für Dich wirst Du Rechenschaft geben: wenn irgendeiner sündigt, wirst Du es vor Gott verantworten ... Der Zar ist von Natur einem jeden Menschen, an Macht (wlastju) und Amt aber dem höchsten Gott gleich!»

Iwán hat die sich ihm durch diese geistige Rückendeckung bietenden politischen Möglichkeiten sehr wohl zu nutzen verstanden. Dass seine Ratgeber dabei immer gute Erfahrungen gemacht hätten, wird man nicht sagen können, auch nicht seine Frau Sophia. Nachdem sie zu seiner persönlichen Erhöhung entscheidend beigetragen hatte, behandelte er sie seinerseits entsprechend schlecht; schliesslich überwarf er sich ganz mit ihr und entfernte sie aus seiner Umgebung. Gleichwohl hat er zu seinem Nachfolger nicht den Sohn seines ältesten Sohnes designiert, wie er ursprünglich gewollt hatte und wie es den Traditionen entsprochen hätte, sondern seinen jüngeren Sohn aus der Ehe mit ihr, Wassílij, den Abkömmling der griechischen Kaiser. Sein willkürliches Vorgehen in der so wichtigen Nachfolgefrage, der schnelle Wechsel seiner Gunstbezeugungen, von dem auch viele seiner Hofleute und Bojaren in Mitleidenschaft gezogen wurden, zeugten von seiner allmählich ins Masslose sich steigernden Herrschsucht, die für seine Umgebung einen höchst gefährlichen Grad erreichte. Alle zitterten vor ihm.

Die Ehe mit Sophia und der Anspruch auf das Erbe von Byzanz haben die Beziehungen Moskaus zum Auslande stark intensiviert. Auch während der Tatarenherrschaft war das russische Land nicht hermetisch vom Abendlande abgeschlossen gewesen, über Nowgorod und Pskow, aber auch über Litauen-Polen blieben Kontakte erhalten. Sie waren aber doch sehr spärlich. Jetzt trat Moskau als

etwas Fremdes, weitgehend Unbekanntes in den Gesichtskreis des Abendlandes und wurde in einem sich durch Jahrzehnte ziehenden Prozess vom Westen wie ein Wunderland neu entdeckt.

Unter Iwán III. wurden auch amtliche diplomatische Beziehungen zwischen Moskau und den europäischen Mächten aufgenommen – mit Deutschland im Jahre 1489 durch die Entsendung des kaiserlichen Gesandten Nikolaus Poppel nach Moskowien –, und erst von dieser Zeit an kann man von einer Moskauer Aussenpolitik sprechen. Iwán hat Gesandtschaften zu den Deutschen Kaisern Friedrich III. und Maximilian, zum Sultan, zum Dogen und zum Papst geschickt. Seine Aussenpolitik gegenüber den europäischen Mächten war der Sache nach vorsichtig und zurückhaltend, der Form nach, in Etiketten und Rangfragen, höchst anspruchsvoll und anmassend. Er verlangte grundsätzlich, wie von sowjetischer Seite (Wipper) besonders betont wird, bei allen Empfängen an fremden Höfen, bei Zeremonien und auch bei Gottesdiensten in der Kirche für seine Gesandten stets den ersten Platz. Wurde das den Russen nicht zugebilligt, so nahmen sie an der Veranstaltung nicht teil; fanden sie Gesandte anderer Grossmächte bereits auf einem besseren Platz sitzen, so verliessen sie den Raum. Das eifersüchtig gehütete Prestige Moskaus den anderen Mächten gegenüber wurde «nach Zentimeter- und Millimeterlängen gemessen, nach dem Abstand der Gesandtenbank von den empfangenden Monarchen, nach der Entfernung des gelüfteten Hutes vom Haupte des Herrschers» (Fleischhacker).

Sehr vorsichtig war Iwáns Politik gegenüber der Pforte. Er zog aus der Übernahme des byzantinischen Erbes, entgegen manchen Erwartungen und Hoffnungen in Europa, keine türkenfeindlichen Folgerungen. Er legte im Gegenteil auf die Freundschaft der Türkei grossen Wert, vor allem wegen der Feindschaft zu Polen-Litauen und um einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Eine Beteiligung an dem gegen die Türken gerichteten Plan des Papstes und Venedigs lehnte er ab. Gleichzeitig zeigte er sich nach wie vor sehr empfindlich in Bezug auf eine Aktivierung der abendländischen Politik gegenüber Moskau, sei es durch den Papst, sei es durch den Kaiser. Die Zurückweisung der päpstlichen Absichten anlässlich seiner Heirat wurde bereits erwähnt. Als ihm der deutsche

Kaiser eine Königskrone anbieten liess, lehnte er, der sich im Rang über den Königen und dem Kaiser ebenbürtig fühlte, die Annahme geradezu höhnisch und mit offenkundiger Anspielung auf die Wahl des Kaisers durch die Kurfürsten ab mit den von Poppel in deutscher Sprache überlieferten Worten: «Wir seyen, wie unsere Urahnen in Gottes Gnaden von aller Anfang in unserem Land, wie unsere Urahnen, dazu von Gott berufen. Item, wir eine solche Berufung nimmer und von niemand anders haben wollten, brauchen wir sie auch heute nicht!»

Der deutsche Kaiser hat übrigens damals, der späteren Entwicklung weit vorgreifend, auch an eine dynastisch deutsch-russische Verbindung gedacht, indem er seinen Neffen, den Markgrafen Albrecht von Baden, mit einer Tochter Iwáns vermählen wollte. Aber das Projekt zerschlug sich.

## 2. EINHEITSSTAAT MOSKOWIEN

Der von Iwan begründete Moskauer Einheitsstaat, von deutschen Zeitgenossen in der Regel «Moskowien» oder «die Muskau» genannt, unterschied sich von den anderen, zumal den europäischen Staaten seiner Zeit recht erheblich; seiner politischen Struktur nach liesse er sich am ehesten mit dem Osmanischen Reich vergleichen. Die Ähnlichkeit zwischen Moskowien und der Türkei ist damals nicht nur Ausländern aufgefallen, sie wurde auch in Moskau selbst empfunden. Das türkische Regime ist z.B. von dem einflussreichen politischen Schriftsteller Iwán Pereswétow, einem aus Litauen (1538) nach Moskau hinübergewechselten Adligen, ausdrücklich als für Moskau vorbildlich hingestellt worden. Das moskowitzische Herrschaftssystem war seinem Wesen nach europafremd. Drei ihrem Ursprung nach völlig verschiedene Faktoren, die hinterwäldlerische koloniasatorische Herrschaftstradition, tatarische Einflüsse der Verwaltungspraxis und die byzantinische Staatsideologie, hatten zur Stärkung der Zentralgewalt und bei der Ausbildung des autokratischen Systems mitgewirkt.

Der Herrscher war in Moskau der alleinige Träger des Staates, die einzige Rechtsquelle seines Reiches, auch im Falle seiner Minderjährigkeit. Die Unbeschränktheit und Unteilbarkeit der Gewalt des Alleinherrschers war der oberste, mit besonderem Nachdruck im Ausland vertretene Grundsatz. Der in der Person seines Alleinherrschers personifizierte Einheitsstaat Moskau wurde unter Iwáns Nachfolger, seinem Sohne Wassílij III. (1505-1533), weiter gefestigt. Wassílij, als Herrschertypus seinem Vater sehr ähnlich, aber ohne dessen Format, verlieh eben deshalb dem Institutionellen eine noch schärfere Ausprägung und gleichzeitig eine sonderbare Starre. Das neue Moskauer Herrschaftssystem hat eine besonders positive Würdigung durch die sowjetische Geschichtsschreibung erfahren, die es als ein «weit ausgebautes, harmonisches System der Zentralisierung der Macht» (Wipper) bezeichnet. Dieses System «zwang alles in den Dienst der Staatsidee und des Staatsregimes» und liess keine ständischen Sonderinteressen aufkommen. So wurde

auch der im Kriegsdienst stehende Adel nicht zum Träger autonomer Bestrebungen, sondern zum «Vollzugsorgan der Zentralgewalt», zu einem «Werkzeug der Staatsdisziplin». Eben dieses Herrschaftssystem ist es, das die sowjetische Geschichtsschreibung veranlasst hat, «den oberflächlichen Gedanken einer kulturellen Rückständigkeit der Russen» scharf abzulehnen. «Mochte die Technik noch wenig entwickelt sein» – schreibt Wipper –, «auf dem Gebiet der Politik können die Russen (des 15. und 16. Jahrhunderts) keineswegs als rückständig bezeichnet werden.»

Wir hatten bereits gesehen, dass die Moskauer Bojarenaristokratie durch freiwilligen Übertritt einzelner Grosser laufend Zuzug erhielt. Während die grossen Herren sich einerseits der autokratischen Gewalt des Grossfürsten unterstellten und sich verpflichteten, ihm jeden Dienst, in erster Linie Heeresdienst zu leisten, erhoben sie gleichzeitig Anspruch auf eine entsprechend autokratische Stellung ihren eigenen Leuten gegenüber und übten ihrerseits in ihren z.T. sehr ausgedehnten Ländereien eine nicht minder despotische Herrschaft aus.

Die Eingliederung der Bojaren in den zentral gelenkten Staatsapparat als «Werkzeug der Staatsdisziplin» verlief jedoch keineswegs konfliktlos, da manche alte Traditionen und fest verwurzelte Anschauungen dem entgegenstanden. Die Fürstenabkömmlinge unter den Bojaren legten auch nach ihrer Eingliederung entscheidenden Wert auf die Vererbung nicht nur eines höheren Ranges, sondern auch einer damit verbundenen höheren Dienststellung im Staate und sicherten sich und ihren Nachkommen auf diese Weise im Staatsapparat – und auch bei der sehr wichtig genommenen Tischordnung bei Hofe – einen bestimmten Platz (mésto). Daraus ergab sich die «seltsamste und pedantischste Rangordnung, die die Welt je gesehen hat» (Stählin), das Méstnitschestwo, eine erbliche Platzordnung nach genealogischen Regeln. Nach dieser Ordnung durfte niemand gezwungen werden, unter einem anderen zu dienen, dessen Vorfahren einen geringeren Platz hatten als die eigenen. Man war zwar bereit, den Grossfürsten über sein Leben und seinen Besitz, nicht aber über seinen «Platz» in der Dienstleiter und bei Tisch verfügen zu lassen. «Der Gossudár kann mir den Kopf abhauen, aber tiefer als dieser werde ich nicht sitzen!»

So war an dieser Stelle tatsächlich der unumschränkten Gewalt des Grossfürsten eine anscheinend unübersteigbare Schranke gesetzt. Es war klar, dass das in das «harmonische System der Zentralisierung der Macht» nicht recht hineinpassen wollte und zu Konflikten führen musste.

Im Zuge der sich festigenden Autokratie wurde das Beratungsrecht der Bojaren laufend eingeschränkt. Die Bojarenduma bestand zwar weiter, aber ihre Mitglieder waren «endgültig in eine Sackgasse gelangt, aus der sie nie wieder mehr auf die freie Bahn selbständiger Rechte ... hinausgelangten» (Fleischhacker). Ihr Rat hatte allenfalls sachliches, aber kein politisches Gewicht. Bereits unter Iwán III. hören wir Klagen darüber, dass der Grossfürst sich nicht mehr mit Bojaren, sondern mit einigen Räten – oder mit seiner Frau! – «selbdritt im Schlafgemach» berät und die aus sämtlichen Diktaturen bekannten einsamen Entschlüsse fällt.

Auch die Einschränkung bzw. Beseitigung des Rechts der Freizügigkeit, zunächst der grossen Herren, lag im Interesse des Grossfürsten, sofern es sich um das Abzugsrecht handelte. In dieser Beziehung war *er* allerdings durch das Schicksal verwöhnt worden: das Recht der Freizügigkeit wurde ausgiebig im Interesse Moskowiens genutzt; durch Jahrhunderte ist aber kein Fall des Abzuges eines Grossen aus Moskau bekannt. Unter Iwán IV. wurde diese Frage allerdings sehr akut.

Neben der Bojarenaristokratie entstand, wie wir bereits sahen, eine neue soziale Schicht, die des niederen Adels, der Dienstmannen. Diese Entwicklung begann jetzt eine steigende Bedeutung zu gewinnen. Infolge des Ausbaus des Heerwesens sah sich Moskau veranlasst, auch den niederen Adel in den Militärapparat einzubauen. Der den Bojaren gegenüber angewandte Grundsatz: wer Land besitzt, muss auch an der Landesverteidigung teilnehmen, wurde jetzt auch auf den – landbesitzenden – Kleinadel ausgedehnt. Der Grundsatz konnte auch umgekehrt werden: wer sich an der Landesverteidigung beteiligt, hat Anspruch auf Land. So wurde es üblich, im Kriegsdienst stehenden Leuten als Entgelt zeitweise Staatsland zu vergeben, eine Übung, die mit besonderem Erfolg bei den ihres Besitzes beraubten Zwangsumgesiedelten angewandt werden konnte. Die so vergebenen Ländereien hiessen



Poméštje und ihre Besitzer Poméschtschiki. Da es sich dabei zum grossen Teil um Leute handelte, die zum Hofe der Bojaren gehörten, wurden sie auch Hofleute (dworjane) genannt. Mit diesem Ausdruck wurde später der Adel allgemein bezeichnet. Seit den dreissiger Jahren des 16. Jahrhunderts fanden die Dworjane auch Zutritt zur Bojarenduma, die ihnen ursprünglich verschlossen war.

Die Poméštje-Güter gehörten im Unterschied zum erblichen Privateigentum der Bojaren (wottschina-Besitz) ihren Besitzern nur solange sie im Dienst standen, sie konnten jederzeit eingezogen und neu verteilt werden. Die Dienstmänner konnten ausser mit Ländereien auch mit Geld entlohnt werden; bei den Vornehmen unter ihnen blieb auch die alte Form des Kormlénije (vgl. S. 127) in Brauch. Dieses sich neu entwickelnde Poméštjesystem ist nur sehr bedingt mit dem abendländischen Lehnssystem vergleichbar, denn das persönliche Verhältnis zwischen Lehnherrn und Lehnsman war im Westen ein anderes; in Russland beruhte es nicht auf gegenseitiger Treueverpflichtung, sondern auf einseitiger Abhängigkeit.

Das Poméštjesystem steigerte laufend den Bedarf an Land. Der dafür in Anspruch genommene bäuerliche Besitz reichte aber nicht entfernt aus. Der Staat griff zunächst in den neuerworbenen, also peripheren Gebieten auf die Ländereien der enteigneten Umsiedler zurück, bald aber auch auf Bojarenbesitz in den Zentralgebieten, da der Grossfürst in wachsender Masse seinen Anspruch durchsetzte, auch über Bojarengelände zu verfügen. Schliesslich machte Iwán III. den Versuch, auch den ausgedehnten Klosterbesitz dafür nutzbar zu machen. Er scheiterte dabei allerdings am Widerstand der Geistlichkeit, die auf einem Kirchenkonzil (1503) mit grosser Mehrheit für die Beibehaltung des Klosterbesitzes entschied. Umso grösseres Interesse gewann der Grossfürst an den noch im weltlichen Besitz befindlichen Ländereien, und so wurde von Staats wegen eine weitere Umwandlung weltlichen Besitzes in Klostersgut – durch entsprechende Schenkungen um des eigenen Seelenheiles willen – nach Möglichkeit verhindert. Der sowjetische Historiker Wipper sagt in diesem Zusammenhang in offenkundiger Anspielung auf aktuelle Zustände: «Der Zar liess ein freies Mobilisieren des Bodens nicht zu; er duldete keine Willkür der Gutsbesitzer bei der

Ausnutzung des ihnen überlassenen Landes, er erlaubte nicht, es brachliegen zu lassen, hielt die Besitzer unter Kontrolle, siedelte sie nach eigenem Ermessen aus einem Gebiet ins andere um, vergrösserte ihre Lehen je nach Verdienst, erklärte sie in Bann und entzog ihnen die Güter im Falle des Missbrauchs.»

Selbstverständlich wirkte sich das Poméstje-System entsprechend auf die Bauern aus. Auch die Bauern hatten wie bereits erwähnt das Recht der Freizügigkeit. Aber die im Dienste des Staates stehenden Grundbesitzer waren sehr daran interessiert, die ihnen dienstleistenden und zinszahlenden Bauern auf ihrem Besitz zu halten. Sie versuchten die Bauern durch Eintragung in besondere Bücher (pistschewyje knígi) an die Scholle zu binden. Das lag auch im Interesse der Bauerngemeinden, die ihre Abgaben kollektiv entrichteten (von einem Abgezogenen konnte die Gemeinde den Zins nicht eintreiben, musste aber für ihn dem Herrn Abgaben zahlen). Schliesslich war auch der Grossfürst selbst am ordnungsgemässen Eingang der Abgaben interessiert, und so begünstigte auch er die Bindung der Bauern an die Scholle. Obgleich grundsätzlich das Recht des Abzuges am Georgstag für die Bauern zunächst noch bestehen blieb, verwandelte sich gleichwohl die Bauernschaft in einen sesshaften, an die Scholle gebundenen, steuerpflichtigen Stand. Man darf dabei aber nicht übersehen, dass in dieser Bindung des Bauern an das Land und an eine Dienstleistung für seinen Herrn auch insofern ein staatsethischer Sinn lag, als der Herr selbst zu Dienstleistungen für den Staat verpflichtet war. Die Dienstpflicht des Adels rechtfertigte die Verpflichtung des Bauern ihm gegenüber. Das galt bis in die Zeit Peters des Grossen und wurde erst unter Peter III. und Katharina II. durch die Aufhebung der Dienstpflicht für den Adel geändert.

Je mehr die grossen Herren praktisch zu Knechten ihres Zaren wurden, umso mehr neigten sie ihrerseits dazu, die Bauern zu knechten. Sie begnügten sich nicht damit, von den Bauern die Staatssteuern und den Bodenzins einzutreiben, sondern belegten sie nach eigenem Gutdünken und zu eigenem Vorteil mit neuen Lasten. «Die Bojaren quälen die Bauern und treiben das Geld ohne Gnade ein», kritisierte diese Zustände in der Mitte des 15. Jahrhunderts Iwán Pereswétow, «über uns ist Gott und wir

sind seine Knechte. Diejenigen aber, die andere Leute auf ewig zur Fronarbeit zwingen, sind dem Teufel gefällig.»

Es war bereits darauf hingewiesen worden, dass sich den Bauern im Zusammenhang mit dem Zerfall der Tatarenmacht in wachsendem Masse Gelegenheit bot, sich dem sozialen und politischen Druck durch die Flucht «ins freie Feld», d.h. in die Steppe, zu entziehen. So kam es zu einer Erscheinung, die den südrussischen Verhältnissen durch Jahrhunderte ihren Stempel aufdrücken sollte. In der Steppe hatten sich unter tatarischer Oberherrschaft der staatlichen Disziplin und Kontrolle entzogene Reitertrupps gebildet, die auf eigene Faust Überfälle und Raubzüge verübten, z.T. mit ihren Führern als tatarische Emigranten in russische Dienste traten und von russischen Fürsten seit der Mitte des 15. Jahrhunderts gelegentlich auch als Grenzschutz gegen die noch staatlich organisierten Tataren verwandt wurden. Man nannte sie – mit einem tatarischen Wort – Kosaken.

Offenbar durch das Beispiel dieser freien tatarischen Kosaken angezogen, bildeten sich zunächst in den an die Steppe grenzenden Gebieten (Rjasán) ähnliche Trupps auch unter den Russen, die ihrerseits in «das wilde Feld» auswichen, in erster Linie in das Donegebiet, um dort das oft idealisierte freie Leben echter, herum-schweifender Kosaken zu führen, ohne Bindung an Haus und Hof, an Acker und Familie, ohne feste Ordnung, aber gleichwohl in strenger Bandendisziplin unter gewählten Atamänen. Diese Kosaken, die ein Zwischending zwischen Soldaten, Gelegenheitsbauern und Räubern waren, wurden zur Verkörperung eines tief im Russentum steckenden und jedenfalls durch das moskowitzische Herrschaftssystem genährten anarchistischen Freiheitsideals. Je stärker der staatliche und soziale Druck, in Moskowien auf den Bauern lastete, umso sicherer konnten die Kosaken in der Steppe eines fortlaufenden Zuzugs sein.

Ein paralleler Vorgang ereignete sich weiter westlich im Grenzgebiet der Steppe und Polen-Litauens, wo die soziale Lage der Bauern noch härter war. Die Flüchtlinge aus den ukrainischen Gebieten Polen-Litauens legten den Grund zum Dnjepr-Kosakentum, das in der Folgezeit sehr erstarkte und schliesslich an den Dnjeprstromschnellen (pordgi) einen Kosakenstaat, die Saporoger

Setsch, entstehen liessen (vgl. S. 250). So war das grossrussische und ukrainische Kosakentum in langsam fortschreitender Entwicklung im Jahrhundert zwischen 1450 und 1550, zwar nicht direkt aus dem tatarischen heraus, wohl aber in unmittelbarer Daseinsgemeinschaft mit ihm entstanden. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts war es bereits eine wichtige Erscheinungsform im politisch-sozialen Gefüge des russischen Volkes, mit der so oder anders gerechnet werden musste und der es beschieden war, in der Geschichte Russlands eine nicht unerhebliche Rolle zu spielen.

Im Zusammenhang mit der «Entdeckung Moskwowiens» durch Europa begannen immer reichlicher die für unsere Kenntnis Russlands sehr aufschlussreichen abendländischen Quellen zu fliessen, Reisebeschreibungen und Berichte von Diplomaten und Wissenschaftlern. Das erste grundlegende Werk dieser Art stammt vom österreichischen Staatsmann und Historiker Sigmund Freiherr von Herberstein: «Rerum Moskovitarum Commentarii», in deutscher Übersetzung unter dem Titel «Moskowiter sonderbare Historien» erschienen. Herberstein hat auf seinen weit ausgedehnten Reisen durch ganz Europa zweimal – in den Jahren 1517/18 und 1526/27, also in der Regierungszeit Wassflijs III. – Moskau besucht und ausführlich und im Wesentlichen auch zuverlässig darüber berichtet. Selbstverständlich legte er an die russischen Verhältnisse und Zustände abendländische Massstäbe an, und seine gelegentlich harten Urteile, zumal über das Herrschaftssystem und darüber, wie es in Moskau ertragen wurde, sind von diesem Gesichtspunkt aus zu werten. «Der Fürst braucht seine Autorität gegen alle weltlichen und geistlichen Personen, handelt auch nach seinem Willen und Wohlgefallen von eines jeden Leib und Gut. Es hat keiner unter seinen Räten so viel Ansehen, welcher sich ihm widersetzen oder eine andere Meinung denn er dürfte haben. Sie bekennen frei öffentlich: des Fürsten Wille sei der Wille Gottes; was auch der Fürst vollbringe, das geschehe aus dem Willen Gottes...» Und an anderer Stelle: «Das Volck ist von solcher Natur, dass es grössere Freude an der Sklaverei als an der Freiheit hat... Ich weiss nit eigentlich, ob dises unbarmherzige Volck eines solchen Tyrannen zu einem Fürsten bedarfe, oder ob durch des Fürsten Tyrannei das Volck also unmilt und grausamlich wirdt."

Es kamen aber nicht nur Diplomaten und Reisende nach Russland, die wieder zurückfuhren, es kamen auch viele andere, die in Moskowien blieben: Techniker, Architekten. Baumeister, Stukkateure, Münzmeister, Geschützgiesser, Buchdrucker, Goldmacher, auch Ärzte, vorwiegend Italiener und Griechen. Als erster Deutscher wird ein Albert aus Lübeck erwähnt. Diese Ausländer waren in Moskau willkommen, denn im Technischen war man noch sehr im Rückstand. Damals (noch unter Iwán III.) ist der Moskauer Kreml von italienischen Meistern, von denen Aristoteles Fioraventi den grössten Ruhm gewann, durch zahlreiche Um- und Neubauten verschönt worden. Fioraventi hat die berühmte «Granowitaja Paläta», die zarische Prunkhalle (wörtlich «eckige Rüstammer») im Kreml geschaffen; er hat auch den baufälligen Uspénskij Sobór neu errichtet. Die Kremlmauern wurden damals mit Ziegeln an Stelle der alten weissen Steine, fester und höher, so wie sie heute noch stehen, erbaut. Auch in der Stadt wurden Steinbauten errichtet.

Da sich das gesamte staatliche Leben in Moskau konzentrierte, so wuchs die Stadt mit grosser Geschwindigkeit, sowohl an Einwohnerzahl wie an räumlichem Umfang, zu einer von Ausländern immer wieder bestaunten Grösse heran. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts war Moskau nach englischen Berichten bereits grösser als die damals grösste Stadt der Welt, London. Nur hatte Moskau nicht den Charakter einer Stadt im abendländischen Sinne, sondern war ein «Komplex von Siedlungen» um den Kreml herum. Bis ins Ende des 17. Jahrhunderts hatte Moskau mehr Einwohner als alle anderen Städte des Reiches zusammen.

Die europäischen Ausländer wurden in Moskau in der Regel Frjasin genannt (jedenfalls von Franke abgeleitet). Es wurden ihnen gelegentlich auch diplomatische Missionen anvertraut; so wurden die Verhandlungen mit dem Papst über die Ehe Iwáns von einem Frjasin geführt. Eine Niederlassung in Moskau war für die Ausländer mit manchem Risiko verbunden – sie mussten damit rechnen, Moskowien nie mehr verlassen zu dürfen und mussten auch dessen gewärtig sein, für eine nicht als ausreichend empfundene Leistung eingekerkert bzw. hingerichtet zu werden. Das riskierte z.B. ein Arzt, wenn er einen hochgestellten Patienten

nicht heilen konnte und dieser starb. Trotz dieses Risikos setzte der Strom der Ausländer nach Moskau nicht aus.

Die Gegenwart und die Tätigkeit dieser Ausländer haben sich zumindest indirekt auch auf das geistige Leben ausgewirkt, aber zunächst doch nur sehr bedingt. Es bestand betonterweise in Moskau kein Verlangen nach der Übernahme der abendländisch-lateinischen Kultur. Man wollte nur in technischer und verwaltungstechnischer Hinsicht profitieren; was man sonst übernahm, wurde ins Moskowitische umgeprägt. Infolgedessen kann man allenfalls von einem Ansatz in der Richtung einer späteren Europäisierung Russlands sprechen, nicht aber von deren Anfang. So hat das Wirken der Ausländer in Moskowien auch nicht zu einer Renaissance weder im Geistigen noch im Künstlerischen geführt.

Der Ausdruck erhöhten Selbstbewusstseins und gesteigerter Macht wurde von den Zaren besonders Ausländern gegenüber in aufdringlicher Weise durch betonte Zurschaustellung des eigenen Reichtums besonders an Gold und Edelsteinen unterstrichen. Nach dem Bericht des Engländers Jenkinson (1557) speisten in Gegenwart des Zaren 500 Ausländer und 200 Russen. «Vor jedem stand goldenes Geschirr so viel wie aufzustellen möglich war, wenn man eines neben das andere setzte. Ausserdem waren viele Schränke da, voll von Gold und Silbergeschirr»; u.a. wird ein Tafelaufsatz aus purem Gold erwähnt, der zwei Arschin (anderthalb Meter) lang und mit Türmchen und Drachenköpfen geschmückt war.

Die geistige Kultur blieb unter vorwiegend byzantinischem Einfluss. Ihre Pflege lag nach wie vor in den Händen der Geistlichkeit. Die Bildung war ausschliesslich kirchlich. Das religiöse Schrifttum stand ganz im Vordergrund und verdrängte das weltliche nicht nur im geistigen, sondern auch im politischen Bereich. Alles wurde sakralisiert. Auch das bürgerliche tägliche Leben des gewöhnlichen Menschen wurde mit kirchlich-religiösen, z.T. asketisch-mönchischen Massen gemessen; Tanz, Gesang, Musik erschienen als Teufelswerk, Fröhlichkeit als Sünde.

In dieser Zeit traten in Moskowien zahlreiche bedeutende Schriftsteller auf – alles Geistliche, die wir z.T. als Theoretiker des «Dritten Rom» bereits kennengelernt haben; viele waren unmittelbar auf Athos geschult (Maksim Grek, Nil Sórskij). Die von

Geistlichen geführte Auseinandersetzung wuchs sich bei einem konkreten Anlass – es handelte sich um die von Iwán geplante Einziehung der Klostergüter – von einer praktisch-politischen zu einer ins Grundsätzliche vorstossenden Kontroverse aus. Auf der einen Seite stand als Vertreter der asketischen Richtung das Haupt der sogenannten «Starzen hinter der Wolga», der einer adligen Familie entstammende Nil Sórskij (geb. 1433), Begründer einer Einsiedelei an der Sora (daher der Name), wo er in der Abgeschiedenheit des Waldes wohnte. Nil vertrat mit Nachdruck die Ansicht und kam damit den praktischen Absichten des Grossfürsten entgegen, dass es den Klöstern nicht anstehe, über Dörfer und Bauern zu herrschen. Er wurde darin von dem aus Albanien stammenden, kulturell im Griechentum fussenden, religiös in Athos geschulten Gelehrten Maksim Grek (der Grieche) unterstützt.

Auf der anderen Seite stand der bereits erwähnte streitbare und in der hohen Geistlichkeit einflussreiche Jossif von Wolokolamsk, als Vertreter der mehr weltlichen Richtung, der mit nicht weniger Nachdruck den Klosterbesitz verteidigte als unerlässliche Voraussetzung für die Erhaltung des Mönchsstandes auf seinem Niveau. Es ist dabei zu erwähnen, dass die höhere russische Geistlichkeit im Unterschied zur niederen mönchisch war. «Wenn die Klöster keine Dörfer mehr besitzen» – erklärte Jossif –, «wie soll dann ein ehrbarer und wohlgeborener Mensch sich noch entschliessen, Mönch zu werden?... Wenn es keine ehrbaren und wohlgeborenen Mönche mehr gibt, muss auch der Glauben ins Wanken kommen.» Jossif war auch ein erbitterter Gegner einer in jener Zeit von Nówgorod und Pskow her sich ausbreitenden religiösen Sektenbildung, der Bewegung der (in der Bibelkenntnis den Geistlichen oft überlegen) sogenannten «Judaisierenden».

Zu den bedeutendsten Schriftstellern des 16. Jahrhunderts gehörte bekanntlich der Zar selbst, Iwan IV. Gróсныj. Aber auch seine meist aus politischem Anlass verfassten Schriften stehen ganz im Zeichen der Sakralisierung des Denkens.

Die ihrem Ursprung nach so verschiedenen Elemente der geistigen und materiellen Kultur verschmolzen dank der offenbar sehr grossen Prägekraft des Moskowitisch-Russischen erstaunlich schnell zu einer Einheit, und manches, zunächst als fremd Abgelehnte

wurde bald als typisch moskowitzisch empfunden, so dass man wohl von einer organisch gewachsenen Kultureinheit des vorpetrinischen Moskauer Staates sprechen kann, die «geschlossen in sich selbst ruhte» (Stender-Petersen). Der überlieferte Geist und auch die Form in Moskau erwiesen sich substanzstark genug, um die fremden Einflüsse als Bereicherung in sich aufzunehmen, ohne sich selbst dabei entscheidend zu ändern. Das gilt auch für das «byzantinische Erbe», dessen Bedeutung in der abendländischen Geschichtsschreibung oft überbetont worden ist. Wenn man in Moskau auch mit «griechischen Argumenten» arbeitete und sich das «Griechische» zum Vorbild nahm, so «blieb man sich doch dessen bewusst, dass die eigene Kraft des Landes und die Macht des Selbstherrschers nicht darauf beruhten» (Neubauer). Dabei darf man allerdings nicht übersehen, dass die Masse der Bauern von alledem so gut wie ganz ausgeschlossen war. Ihre primitiv ländlichen Organisationsformen, symbolisiert durch das Wort «Mir» – das im Russischen sowohl die Dorfgemeinde wie auch die Welt und den Frieden bedeutet –, waren in den zentralisierten autokratischen Staat nicht organisch eingebaut. «Das Volk stand immer wie vor der verschlossenen Tür seines eigenen Hauses» (Weidlé). Es lebte sein bäuerliches Leben weiter in seiner Mir-Gemeinschaft, seiner eigenen Welt und wenn die Umstände günstig waren auch in seinem Frieden.

Dieses Neben- und Übereinander der in den Staat integrierten Schicht der Staatsdiener verschiedenen Grades auf der einen Seite und des weitgehend abseits vom Staate in der unermesslichen Weite des Landes dahinlebenden Volkes auf der anderen, war bereits vor der Europäisierung eines der wichtigsten Kennzeichen der russischen Geschichte und ist es bis in die jüngste Zeit hinein geblieben. Wahrscheinlich liegt hier der Schlüssel zu ihrem Verständnis.



### 3. IWAN GRÓSNYJ

#### *Der Zar*

Iwán IV. hat schon bei seinen Zeitgenossen und seither fortgesetzt bis auf den heutigen Tag ein besonderes Interesse erweckt. Historiker und Politiker, Dichter und bildende Künstler, Psychologen und Mediziner haben sich mit ihm befasst. Das Urteil über ihn ist dadurch nicht einheitlicher geworden, und bis heute wird er sowohl als Persönlichkeit wie als Staatsmann sehr verschieden bewertet. Einheitlichkeit besteht eigentlich nur in Bezug auf seine ungewöhnlichen geistigen Gaben. Gleichwohl wird man aufs Ganze gesehen sagen können, dass das Urteil über ihn besonders bei ausländischen Beobachtern lange einseitig im Zeichen der von ihm angewandten, alles Mass übersteigenden, wahnwitzig und sinnlos erscheinenden Methode des Massenterrors gestanden hat, eines zerstörerischen Wütens auf Kosten der menschlichen und materiellen Substanz seines eigenen Volkes und Reiches, eines Terrors, der bis ins 20. Jahrhundert schlechterdings unbegreiflich gewesen, seit den zwanziger und besonders den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts aber so manchem leichter begreiflich geworden sein mag.

Schon früh hat man die einzige Erklärung für das Verhalten Iwáns darin zu sehen geglaubt, dass er geisteskrank gewesen sei, eine Auffassung, die sich heute nicht mehr aufrechterhalten lässt. Trotz körperlichen Verfalls infolge eines ausschweifenden Lebens ist er nachweislich bis zu seinem Tode im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen. Während die russische Geschichtsschreibung, jedenfalls in ihren prominentesten Vertretern, ihn seit Karamsín im Wesentlichen negativ beurteilt, ist er bezeichnenderweise während der Regierungszeit Peters des Grossen und in der Sowjetzeit während der Stalinära sehr positiv beurteilt, z.T. kritiklos verherrlicht worden. Die betont positiven Wertakzente bei den Sowjethistorikern sind auch für die neuere Zeit nicht neu und sind durchaus nicht etwa das Ergebnis der in unserem Jahrhundert wieder mit Erfolg angewandten Terrormethoden. Bereits am Ende

des vorigen Jahrhunderts schrieb der deutsche Russlandhistoriker Th. Schiemann, der Grósnj schärfstens verurteilt und sogar die Untaten Timur Lenks als «gnädig vollzogen» bezeichnet im Vergleich zu dem, was Iwán IV. tat, die nachdenklichen Worte: «Wenn es heute (1887) aufgekommen ist, Iwán nicht nur zu entschuldigen, sondern gar zu verherrlichen, so lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass ein neuer Iwán Grósnj noch Raum auf dem Boden des alten Moskau finden würde.»

Als historische Persönlichkeit ist Iwán gewiss nicht allein nach seinem Charakter zu beurteilen, sondern nach seiner Regententätigkeit und deren Ergebnis. Infolge seiner autokratischen Stellung und der engen Bindung des öffentlichen Geschehens an seine Person ist aber das eine vom anderen nicht zu trennen. So erscheint es gerechtfertigt, auch in einer Darstellung des geschichtlichen Ablaufs sich mit seiner Person zu befassen, umso mehr, als seine Persönlichkeit und die Erinnerung an sie unverkennbare geschichtliche Nachwirkungen gezeitigt haben, die vielleicht nachhaltiger waren als die Wirkung seiner konkreten Massnahmen.

Man hat in der Charakterentwicklung Iwáns einen Bruch festzustellen versucht (so wie in seiner Regierungstätigkeit in der Tat ein Bruch zu erkennen ist) und eine gute Zeit von einer schlechten, «da er sich dem Teufel verschrieben», unterschieden. Doch das erscheint nicht gerechtfertigt. Seine Charakterentwicklung zeigt im Gegenteil eine ungebrochene Linie.

Iwán war ein Intellektueller, ein hochbegabter Literat und ausgezeichneter Schriftsteller, ausserdem Komponist, allem Geistigen, insbesondere dem Theologischen aufgeschlossen und leidenschaftlich daran interessiert. Er war ein Grübler, der sich mit seinen Gedanken herumquälte, ein Mann den das Denken schmerzte (wie Walther Rathenau von sich gesagt hat) und dem es – sehr russisch! – mehr um Wahrheiten ging als um die Wirklichkeit. Allerdings hat er es dabei sehr wohl verstanden, seine grundsätzlich-theoretischen Erwägungen mit dem eigenen Machtinteresse zu verquicken. Kljutschéwskij bescheinigt ihm einen «echt grossrussischen moskowitzischen Verstand». Mit wahrer Leidenschaft hat er theologische Diskussionen mit Katholiken und Protestanten geführt, was übrigens für seine Gesprächspartner gelegentlich lebensgefährlich

werden konnte. Denn Grósnjy war dabei jederzeit bereit, seine Argumente mit dem stets griffbereit gehaltenen eisernen Spitzstab (shesl) zu unterstreichen.

Iwán hatte sehr starke, von ihm selbst immer wieder betonte religiöse und kirchliche Bindungen; aber auch diese erscheinen bei ihm sonderbar intellektualisiert. In seinem hemmungslosen Hang zur Selbstanklage und Selbsterniedrigung gefiel er sich in der Rolle eines jederzeit zur Busse bereiten Sünders, einer leidenden, mitleidheischenden Kreatur. Aber die seelischen und körperlichen Leiden dieses verrannten Wahrheitsfanatikers und Gottsuchers auf dem Zarenthron sind seinem Reich und seinem Volk sehr teuer zu stehen gekommen.

Er hat sadistische Handlungen, Perversitäten und sexuelle Ausschweifungen mit einem zuzeiten asketisch-mönchischen Leben im Kloster zu vereinen vermocht und Massenmorde mit einer betont hilfreichen Hinwendung zu den Erniedrigten und Beleidigten. Dabei gehörten zu seinen Opfern keineswegs nur politische Gegner oder Verschwörer, sondern gewöhnliche, unschuldige Menschen aus dem Volk, darunter sehr viele Frauen und Kinder. Sein Terror war nicht – wie der moderne Terror des 20. Jahrhunderts – ein Ausdruck des Abfalls von Gott. Iwán Grósnjy mordete um Gottes willen, besorgt um das eigene Seelenheil wie um das Seelenheil der von ihm Getöteten. Er hat sich selbst öffentlich aller Laster und Sünden geziehen, nur einer einzigen Sünde nicht: nicht des Abfalls von Gott. Grósnjy mordete und raubte auch um der «Wahrheit» willen, der Wahrheit (prawda) im Sinne von Gerechtigkeit. «Man bekommt den Eindruck», – sagte ein deutscher Zeitgenosse von ihm – «dass der Zar um der Gerechtigkeit willen beschlossen habe, sein eigenes Reich auszuplündern.»

In seiner inneren Zerrissenheit, man möchte sagen Zerklüftetheit, seinem völligen Mangel an Zucht und Mass, an Harmonie und wohl auch an Glück, seinem haltlosen, unbezähmbaren Hang «bis zum Letzten zu gehen», wirkt er wie ein Erzeugnis Dostojéwskischer Phantasie. Und wie bei den Romangestalten des grossen russischen Dichters erscheint auch bei diesem russischen Zaren sein Wesen primär durch Leid und Qual bestimmt. Es zieht sich das in ungebrochener Linie durch sein ganzes Leben. Als Beispiel seien

vier Zitate aus verschiedenen Perioden seines Lebens angeführt, die sogar in der Übersetzung und trotz der stilistischen Anlehnung an die Bibel den hohen Grad seiner schriftstellerischen Begabung erkennen lassen:

Der Zwanzigjährige: «Mit welchen Sünden beleidigte ich Gott von jener Zeit bis heute. Mit welchen Züchtigungen suchte Er uns heim, um uns zur Busse zu führen. Wir fühlten nicht, dass unser Unglück eine Strafe Gottes war; die schweren Züchtigungen führten uns nicht zur Busse... und Gott in seinem Erbarmen züchtigte unsere zahllosen Sünden mit Überschwemmungen, Pest und Seuchen ... Da fuhr Schrecken in meine Seele und Furcht überfiel mein Gebein. Es demütigte sich mein Geist, und ich erkannte meine Sünden.»

Der Fünfunddreissigjährige: «Ich erinnere Dich, o Fürst, mit Demut: Sieh die Grösse der Vorsehung Gottes, welche meine Umkehr von meinen Sünden, ja meinen Freveltaten erwartet, der ich mehr als Manasse Freveltaten beging ... denn, wenn auch meine Freveltaten mehr sind als der Sand des Meeres, so hoffe ich doch auf die Gnade der Barmherzigkeit Gottes. Er kann im Abgrund seiner Gnade meine Freveltaten ertränken, wie er mich, der ich ein Sünder und Buhler und Peiniger bin, auch jetzt begnadigte durch sein lebenschaffendes Kreuz.»

Der Vierundfünfzigjährige: «Was wir infolge unserer Sünden Übles getan haben, das sollt Ihr uns verzeihen und für uns fleissig beten zu Gott... worin wir aber vor Euch schuldig sind, darin seid uns gnädig und verzeiht. Gott wird euch dagegen alles verzeihen, was Ihr an mir verschuldet habt.»

Kurz vor seinem Tode: «Der Körper ist geschwächt, und es krankt der Geist. Die Wunden der Seele und die des Körpers mehren sich, aber es ist kein Arzt, der mir helfen könnte. Ich wartete auf einen, der Mitleid mit mir hätte, aber es erschien niemand; ich fand keinen, der mich tröstete. Man hat mir mit Bosheit für Güte bezahlt, mit Hass für Liebe.»

So stark bei diesem Zaren sein Intellekt war, so schwach waren seine Nerven. Immer wieder konnte er Dinge tun, die er unmittelbar danach schwer bereute. Seine Nerven verlierend hat er im Affekt seinen Sohn erschlagen und damit faktisch sein Geschlecht

ausgerottet. Denn dieser, sein ältester Sohn Iwán, war der einzige, der fähig gewesen wäre, die Dynastie und die Tradition fortzusetzen. Sein zweiter Sohn war ein freundlich-blöder Kretin, und der dritte ein Epileptiker. Auch Peter der Grosse hat seinen ältesten Sohn getötet. Grósnyj hat aber – im Unterschied zu Peter – die furchtbare Tat tief bereut und danach harte Busse getan.

Sowohl der Charakter Iwáns wie sein terroristisches Wüten blieben selbstverständlich den Zeitgenossen nicht verborgen; der Zar legte geradezu Wert darauf, sich seinem Volke so zu zeigen, wie er war. Der Terror wurde – im Unterschied zum modernen – nicht getarnt, sondern in aller Öffentlichkeit vollzogen, und für die Opfer des Terrors wurden (wie es im sogenannten «Synodik», in den sie namentlich eingetragen wurden, wörtlich hiess) «für die Geächteten, für die Erschlagenen, für die Ertränkten und Verbannten mit ihren Frauen, Kindern und ihrem Gesinde» Seelenmessen gelesen. Der Zar wies dazu die entsprechenden Mittel an.

Man wird Iwán aber nicht gerecht, ja man erschwert das Verständnis für ihn, wenn man seinen Terror als Ausdruck überlegter politischer Massnahmen begreift und zu rechtfertigen versucht. Gerade weil dieser Terror, anders als der moderne, nicht als kühl errechnetes System, sondern weitgehend als reine Willkür in Erscheinung trat, ausgeführt nicht durch einen gut funktionierenden Apparat, sondern durch einen sündigen, schwachen, lasterhaften Menschen, so haftete diesem unmenschlichen Wüten gleichwohl etwas sehr Menschliches an. Nur so scheint es erklärlich, dass dieses fürchterliche Treiben keineswegs nur Schrecken und Angst, sondern Ehrfurcht und Liebe auslöste. Iwán Grósnyj wurde von seinem Volke, jedenfalls von einem grossen Teil, leidenschaftlich geliebt.

Das wird durch zahlreiche zuverlässige Zeugnisse von Ausländern bestätigt, die diese Tatsache geradezu fassungslos registrierten und damit zeigten, wie schwer es auch für die Zeitgenossen war zu begreifen, was sich hier in Moskowien tat. Bezeichnenderweise ist im krassen Gegensatz dazu 150 Jahre später das Wesen und Wirken Peters des Grossen von den Ausländern sofort richtig verstanden worden. Andererseits ist Grósnyj von seinem eigenen

Volk – auch dieses im Unterschied zu Peter dem Grossen! – nie als ein Fremder empfunden worden.

Iwán IV. ist mit dem Beinamen Gróсныj in die Geschichte eingegangen. Es ist besonders in jüngster Zeit immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die richtige Übersetzung dieses Namens weder der Schreckliche, noch der Grausame ist (für beides gibt es im Russischen andere Vokabeln: ushasnyj, shestokij), weil im Worte «Gróсныj» auch eine positive Wertsetzung liegt. Aber die vielfältigen Vorschläge, den Beinamen anders zu übersetzen – der Dräuende, der Schreckenerregende, der Gestrenge, der Grimme, der Grause usw. – erscheinen noch unzulänglicher, und es möchte scheinen, dass man (wenn man sich nicht mit dem russischen Wort Gróсныj begnügen will) nicht davor zurückweichen sollte, Iwán nach wie vor den Schrecklichen zu heissen. Es lag schon viel Schreckliches nicht nur in seinen Massnahmen, sondern auch in seinem Wesen.

### *Vorstoss ins Wolgabecken und nach Sibirien*

Iwán IV. hat den Moskauer Thron von seinem dritten Lebensjahr an, im Ganzen einundfünfzig Jahre lang (1533-1584), also länger als sein Grossvater, innegehabt, aber seine selbständige Regierung war kürzer; immerhin währte sie achtunddreissig Jahre.

Während seiner Unmündigkeit zeigte es sich, dass das Regierungssystem des neuen Moskauer Staates institutionell noch nicht so gefestigt war, um eines kraftvollen Monarchen entbehren zu können. Die praktische Lehre, die die Moskauer Grossfürsten ihrer Umgebung gegeben hatten, nämlich, dass der Besitz der Macht so gut wie zu allem befähigt und auch so gut wie alles rechtfertigt, wurde nun von den Bojaren in ihrem eigenen egoistischen Interesse praktiziert. Es begann nach dem Tode Wassílijs III. ein wüstes und blutiges Treiben der Grossen in Moskau auf Kosten der Bevölkerung, die die ungebändigte Macht ihrer Herren umso schmerzlicher zu spüren bekam. Dabei wurde der grossfürstliche Knabe zum Spielball bzw. zum Werkzeug bojarischer Rivalitäten. Es beteiligten sich daran in erster Linie die Vornehmsten der



Moskaus territoriale Ausdehnung im 15. und 16. Jahrhundert.

Bojarenaristokratie, z.T. Rjúrikiden, wie die Fürsten Schújskij oder die Verwandten des Knaben auf dem Thron. Gegen alles Herkommen war die Witwe des verstorbenen Grossfürsten, Jeléna Glínskaja (aus einem russisch-litauischen, nach Moskau hinübergewechselten Geschlecht tatarischer Abkunft), zur Regentin ihres Sohnes bestimmt worden. Durch seine Mutter hatte Grósnjy mit-hin (wie Peter der Grosse) auch tatarisches Blut. Fünf Jahre, bis zu ihrem wahrscheinlich gewaltsamen Tode (1538), hat die kluge und energische Frau sich erbittert gegen das Aufbegehren der Grossen zur Wehr gesetzt und die grossfürstliche Autorität zu wahren gesucht, sich an dem blutigen Treiben «nach der Methode der Borgia» eifrig beteiligt und hat dabei auch die Verwandten des kleinen Iwán (seinen Onkel Michaíl Glínskij, einen der mächtigsten und reichsten Herren, wie auch die beiden Brüder ihres verstorbenen Gatten) beseitigen lassen.

Bei ihrem Tode war Iwán aber erst sieben Jahre alt und nun ohne jeden Schutz vollends der Willkür der Bojaren ausgeliefert. Wir sind über diese Zeit im Einzelnen schlecht informiert, aber so viel ist bekannt, dass der junge Grossfürst bereits als Knabe eine frühreife, starke Intelligenz gezeigt hat. Nach der Überlieferung seien sogar die verrohten Bojaren darüber in Tränen ausgebrochen, dass er «in so früher Jugend schon über so vieles nachgedacht hat». Aber schon damals, als Dreizehnjähriger, schreckte er vor keiner Grausamkeit zurück. Für seine spätere Regierungstätigkeit sind seine Erlebnisse und Erfahrungen aus seiner Kindheit insofern wichtig geworden, als sie einen erbitterten, nie überwundenen oder bezähmten Hass gegen die Bojaren in ihm hervorgerufen haben und den Vorsatz, sich ohne jede Schonung an ihnen zu rächen.

Siebzehnjährig (1547) übernahm Iwán die Regierung selbst. Er fing gleich damit an, dass er den vom Grossvater gelegentlich geführten Titel nun auch offiziell übernahm, sich «Heiliger von Gott gekrönter Zar und Selbstherrscher» (samodérshez) nannte und die internationale Anerkennung des neuen Titels gegen mancherlei Widerstände auch durchsetzte.

Als Regent seines Landes stand Grósnjy auf den Schultern seines Vaters und Grossvaters. Die Richtung seiner Politik sowohl nach aussen wie im Innern blieb im Wesentlichen die gleiche. Im



ersten Jahrzehnt ist er auch zweifellos erfolgreich gewesen. Durch die Wiederaufrichtung und Durchsetzung der Selbstherrschaft hat er die Ordnung im Staate gefestigt und durch seinen Vorstoss nach Süden und Osten bleibende Erfolge erzielt.

In Kasan war die Tatarenmacht seit Jahrzehnten im Niedergang. Der junge Zar nutzte die sich ihm dort bietende Chance und holte in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Wolgabeckens für den Moskauer Staat zum entscheidenden Schlag aus. Im fünften Jahr seiner selbständigen Regierung (1552) eroberte er Kasan und einverleibte das ganze Gebiet der mittleren Wolga seinem Reiche. Nach bewährtem Vorbild wurde wieder ein Teil der Bevölkerung zwangsumgesiedelt, ohne dass es dabei zunächst zu besonderen Grausamkeiten gekommen wäre. Die militärische, zumal die militärtechnische Durchführung der Eroberung Kasans brachte ihm besonderen Ruhm ein. Nach sowjetischer Darstellung hat er erstmalig jene Belagerungstaktik angewandt, die ein halbes Jahrhundert später Vauban berühmt gemacht hat.

Grósnjy begnügte sich nicht mit diesem Siege, sondern stiess längs des Flusslaufes in das ehemalige Zentralgebiet der Goldenen Horde vor und eroberte im Laufe der nächsten zwei Jahre auch das ganze Gebiet der unteren Wolga bis nach Astrachan, das 1556 Moskau einverleibt wurde. Wegen dieses Sieges wurde der Zar von seinen Untertanen mit Wladímir dem Heiligen, Alexander Néwskij und Konstantin dem Grössen verglichen.

Die mit gewaltigem Gebietszuwachs verbundenen Erfolge gewannen für die weitere geschichtliche Entwicklung Moskowiens eine sehr grosse Bedeutung. Moskau wurde dadurch zu einem der territorial grössten Staaten seiner Zeit und geriet gleichzeitig in den Besitz der wichtigsten Verkehrs- und Handelsstrasse nach den grossen orientalischen Reichen. Gleichzeitig wurden zahlreiche nichtrussische und nichtgriechisch-orthodoxe Völkerschaften – Tscheremissen, Mordwinen, Wotjaken, Tschuwaschen, Baschkiren – dem Staat einverleibt. Die im russischen Zentralgebiet seinerzeit siedelnden finnisch-ugrischen Völkerschaften, wie auch tatarische Volkssplitter, waren im Laufe der Zeit vom Grossrussentum absorbiert worden; seit dieser Zeit aber war Moskau nicht mehr ein rein grossrussischer, sondern ein Vielvölkerstaat unter grossrussischer

Herrschaft. Seither hatte Moskau ein bemerkenswertes, später immer wieder bewährtes Geschick in der Behandlung, Gewinnung und Beherrschung anderer, zumal östlicher Völker bewiesen, denen gegenüber die Grossrussen als Kulturträger auftreten konnten.

Schliesslich war damit ein neues grosses Siedlungsgebiet für das russische Volk gewonnen. Es setzte damit eine für die spätere Entwicklung Russlands sehr wichtig werdende Rückwanderung der Bevölkerung aus dem Norden wieder in den Süden ein, jetzt in den Südosten, und ein allmähliches Vordringen der Bauern aus dem Waldgebiet in die Steppenzone. Die Wanderungen hatten sich die ganze Zeit über fortgesetzt und zunächst in die weiten Gebiete des Nordens und Nordostens erstreckt, nun wurde der Siedlungsstrom wolgaabwärts nach Süden abgelenkt und damit das Wolgabecken und die Südrussische Steppe auch als Volksboden gewonnen. Parallel dazu ging die Wiederbesiedlung des Dnjeprbeckens durch Ukrainer von Polen aus.

Durch diese Entwicklung war aber die Macht und damit die Gefahr der Tataren noch nicht beseitigt. Die Krimhorde unter der Dynastie der Giréjs bestand als sehr gefährlicher Nachbar weiter fort. Bereits 1521 war Moskau einem Angriff der Krimtataren ausgesetzt gewesen; 1571 standen sie wieder vor dem Moskauer Kreml. Es wiederholte sich das Schauspiel aus der Zeit Iwáns III.: der Zar floh, eine Verteidigung fand nicht statt. Die Tataren plünderten die Stadt, zündeten sie an, verschleppten viele Tausende – angeblich 100'000 – als Sklaven und zogen dann wieder ab. Grósnj sah sich gezwungen, die Tributzahlungen wiederaufzunehmen, konnte sie allerdings ein Jahr später wieder einstellen. Doch auch dieses war nicht die letzte Tatareninvasion.

Schliesslich wurde die Einbeziehung des Wolgabeckens zur Voraussetzung für die noch unter Grósnj einsetzende und später gigantische Ausmasse annehmende Eroberung und Erschliessung Sibiriens. Der Vorstoss nach Asien hinein erfolgte allerdings viel weiter nördlich die Kama hinauf bis zum Ural und dann wieder hinab bis ins Strombecken des Tobolj, Irtysch und Ob. Doch auch zu dieser Entwicklung hatte bereits Iwán III. durch die Eingliederung des ehemaligen Nówgoroder Gebietes die Voraussetzung geschaffen.

Die Eroberung Sibiriens begann nicht auf dem Wege Moskauer staatlicher Massnahmen, sondern dank der Initiative der Abkömmlinge eines Nówgoroder Bojarengeschlechtes, der Grossunternehmer Stróganow. Die Stróganows hatten bereits im 15. Jahrhundert an der oberen Kama riesige Gebiete erworben, einen ausgedehnten Pelzhandel betrieben und Salzsiedereien im grossen Massstabe angelegt. Um ihre Besitzungen vor den wilden Völkerschaften der Gegend zu schützen, nahmen sie Kosakenbanden in Sold. Im Jahre 1558 erreichte es der bedeutendste Vertreter dieser Unternehmersdynastie, Antika Stróganow, dass der Zar den gewaltigen, selbstverständlich weder vermessenen noch genau begrenzten Besitz der Stróganows für zwanzig Jahre bestätigte und ihnen gleichzeitig das Recht gewährte, Städte und Klöster zu bauen, Befestigungen anzulegen, Truppen zu halten und Kanonen zu giessen. Auf dieser Grundlage schufen die Stróganows sich eigene Kosakentruppen. Bereits in den sechziger Jahren stiessen einige wagemutige Kosaken durch ganz Sibirien hindurch bis nach Korea vor. In den siebziger Jahren hat dann eine Kosakenabteilung von nur 850 Mann unter der militärisch wie diplomatisch geschickten Führung ihres Atamáns Jermák Timoféjew das jenseits des Urals gelegene, von Chan Kutschum beherrschte Chanat Sibirien besiegt, erobert und zerschlagen. Das neuerworbene, unermesslich grosse Gebiet wurde dem Zaren zu Füssen gelegt (1582), der seinerseits die notwendige Waffenhilfe zur Verfügung stellte, um es endgültig zu befestigen und den Besitz zu sichern. Das war der Beginn der sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit vollziehenden Eroberung Sibiriens bis hin zum Stillen Ozean, der in fortgesetztem Vordringen über Tobolsk (1587), Tomsk (1604), Jenissejsk (1619), Jakutsk (1632) nach nicht einmal siebzig Jahren bei Ochotsk erreicht wurde (1649). Anschliessend wurde das Ostkap Sibiriens zum erstenmal umschifft und später (1741) auch über die Beringstrasse auf den amerikanischen Kontinent hinübergegriffen.

Der Zar war auf diese Weise Nachfolger eines asiatischen Chans nach dem anderen geworden, um schliesslich das Erbe Dschingischans anzutreten, ein Vorgang, der in der Petersburger Periode von der Europäisierung weitgehend überschattet wurde und dessen volle Bedeutung wohl erst in jüngster Zeit erkennbar geworden

ist, als zunächst das russische und dann das sowjetische Reich nicht nur im territorialen Verstande immer tiefer nach Asien hineinwuchs und dort heimisch wurde.

### *Die Oprítschnina*

Im Innern begann Grósnjy seine selbständige Regierung mit Reformen. Sie lagen auf der Ebene der bisherigen Entwicklung, d.h. der Stärkung des Kleinadels auf Kosten der alten Bojarenaristokratie und des weiteren Ausbaues der Militärverfassung, bei gleichzeitiger Vergrößerung des Heeres. Die Reformen waren zunächst weder radikal noch überspitzt, liessen aber schon damals eine Tendenz erkennen, die später noch stärker in den Vordergrund treten sollte, nämlich einen für Grósnjys Politik typischen sozialen, von den Russen als «demokratisch» bezeichneten, Zug im Sinne einer betonten Hinwendung zum Volk, bei einer gleichzeitigen sowohl sachlich wie persönlich bestimmten Ablehnung des aristokratischen Elementes.

Wir sehen hier mehr als nur eine Interessengemeinschaft zwischen Fürst und Volk gegenüber den Bojaren. Es war gleichzeitig ein Ausdruck der in Russland bis in die jüngste Zeit hinein vertretenen Auffassung, dass das autokratische und das (im russischen Verstande) demokratische Prinzip sehr wohl miteinander vereinbar sind, dass beide aber in unüberbrückbarem Gegensatz zum aristokratischen Prinzip stehen. Das steht in engem Zusammenhang mit dem Fehlen korporativer Gemeinschaftsformen und einer durchgebildeten ständischen Gliederung in Russland.

In der ersten Zeit seiner Regierung zeigte sich Grósnjy in seinem Kampf gegen die Bojaren noch temperiert. Jedenfalls war das darauf zurückzuführen, dass der junge Zar damals noch dem Einfluss und dem Rat erfahrener Männer seiner Umgebung zugänglich war. Unter seinen Ratgebern, die eine Art Regierung bildeten, ragten drei Männer hervor: der Metropolit Makarij, ein belesener Gelehrter, der an einer Sammlung von Heiligenleben und Predigten, den Tschétji-Minéji, arbeitete und dem Iwán seine Bibelkenntnis und seine geistige Bildung zu verdanken hatte; der aus

Nówgorod stammende Priester Silvester, von dem die Chronik berichtet, dass ihm alle gehorchten und er alles konnte, und der dem niederen Adel entstammende Aleksěj Adáschew, dem Iwán seine oft bewiesene gute Kenntnis des Volkes und seiner Sitten und Unsitten zu danken hatte. Adáschew befasste sich speziell mit Fragen der Volkswohlfahrt und wurde wegen seiner sozialen Tätigkeit von seinen Zeitgenossen als ein Mann gepriesen, der den Engeln gleich sei.

Zu den Menschen, die in der ersten Zeit der Regierung Grósnyjs einen wohltuenden und seine Leidenschaften zügelnden Einfluss auf ihn ausübten, gehörte auch seine erste Frau Anastásja Romanowna. Sie entstammte keinem Fürstengeschlecht, sondern einer Moskauer Bojarenfamilie, die erst in dieser Zeit in den Vordergrund trat und später in die Geschicke Russlands bestimmend eingreifen sollte.

In seiner volksfreundlichen und bojarenfeindlichen Haltung wurde der Zar auch durch einige bedeutende Publizisten seiner Zeit bestärkt, die in ihren Schriften eben diese Politik theoretisch rechtfertigten. So verfasste ein Mönch namens Jermoläj eine Denkschrift «über die Verbesserung und Ordnung des Staates», die sich durch betonte Bauernfreundlichkeit auszeichnete. Jermoläj ging so weit, den Bauern für das Leben des Staates eine grössere Bedeutung zuzumessen als den hohen Würdenträgern, «denn von der Arbeit der Bauern kommt das Brot, das das wichtigste aller Güter ist». Der Verfasser schlug vor, die Bauern ganz von Geldabgaben zu befreien und ihnen grössere Bodenflächen einzuräumen, wobei hier bereits klar der vorhin erwähnte staatsethische Grundsatz erkennbar wurde, nach dem die Bojaren und Dienstleute dem Staat Kriegsdienste leisten müssten, dafür aber von den Bauern «durch ihrer Hände Arbeit» ernährt werden sollten.

Bezeichnenderweise sahen auch die Theoretiker den Weg zur Besserung der Lage des Volkes in einer Stärkung der zarischen Macht gegenüber den grossen Herren. Das wurde in einer extrem bojarenfeindlichen Schrift des bereits erwähnten Iwán Pereswétow deutlich, die neuerdings mit dem «Principe» Machiavellis verglichen worden ist. Pereswétow war, bevor er nach Moskau kam, in polnischen, ungarischen und kaiserlichen Diensten gewesen und

hatte gute Kenntnisse der politischen Verhältnisse seiner Zeit. Das von ihm oft gerühmte Ideal eines Fürsten war der türkische Sultan. So wie jener sollte auch der Moskauer Zar herrschen: «Regiert ein Zar milde und sanft, so verarmt sein Reich, und sein Ruhm wird geschmälert», schrieb Pereswétow, «ist der Zar streng und weise, so vergrössert er sein Reich, und sein Name wird über alle Länder berühmt. Wie ein Ross ohne Zügel ist ein Staat ohne Strenge.» Deshalb solle der Zar sich von seinen Bojaren unabhängig machen, die «ihre Kassen mit grossem Reichtum aus der Not, den Tränen der Christenheit füllen und weder an Gott denken und an den Zaren noch an das Kriegswesen, sondern nur an ihre eigenen Leute.» Der Zar solle sich auf seine Kriegerleute stützen, «durch das Heer ist der Zar stark und berühmt». Grósnjy hörte so etwas gerne.

Bemerkenswert ist dabei, dass die zarische Selbstherrschaft von Pereswétow im Unterschied zu den Theoretikern des Dritten Rom nicht theologisch begründet wurde. Der leitende Grundsatz des Herrschers solle nicht der Glaube, sondern die Gerechtigkeit sein. Als Ideal erscheint hier eine «soziale Monarchie», an deren Spitze ein Autokrat steht, der «türkische Gerechtigkeit übt».

Im Zeichen solcher Tendenzen und Zielsetzungen standen die ersten Jahre der selbständigen Regierung Grósnjys. Das Kormlénije (vgl. S. 127) wurde abgeschafft, die Umwandlung der alten Erbgüter in Dienstgüter fortgesetzt, das Heer durch die Bildung besonderer mit Feuerwaffen versehener Schützenregimenter, der Strelzy, verstärkt, eine Elitetruppe aus tausend in der Umgebung Moskaus angesiedelten zuverlässigen Dienstleuten gebildet und die unteren Schichten der Bevölkerung, zumal in den Städten, zur Verwaltung herangezogen. In seinen Erlassen wandte sich der Zar ausdrücklich «an alle ohne Ausnahme, wer es auch sein mag», und zählte dabei die verschiedenen Bevölkerungsschichten auf, neben Fürsten- und Bojarensöhnen auch Vogelsteller, Fischer, Biberjäger usw. Im Zuge dieser Demokratisierungspolitik wurden in den Gemeinden auch Wahlen der Ältesten vorgesehen, «nachdem sie alle miteinander beraten haben».

Im Jahre 1550 berief der zwanzigjährige Zar eine Landesversammlung (Sémiskij Sobór) aus weltlichen und geistlichen Würden-

trägern, denen er sein Reformprogramm vorlegte. Ähnliche Versammlungen hatten schon früher stattgefunden, aber unter Grósnjy gewannen sie als lebendiger Ausdruck seiner Volksfreundlichkeit besonderes Gewicht. Die Sobóry traten öffentlich unter freiem Himmel – auf dem Roten Platz in Moskau – zusammen. Sie hatten keine politischen Rechte, aber der Zar liess durch sie seine Massnahmen öffentlich billigen und verschaffte ihnen dadurch entsprechende Popularität. Sehr ähnlich verfahren moderne Diktatoren mit ihren zum Zweck einer öffentlichen Billigung einberufenen sogenannten Parlamenten.

Die öffentliche Zustimmung war dem Zaren Iwán in späteren Jahren bei seiner das Land und die Menschen immer schwerer bedrückenden Kriegspolitik äusserst wichtig, und seine unmittelbaren, meist mit theatralischen Bekenntnissen und Selbstbezeichnungen verbundenen Appelle an das Volk haben immer wieder die gewünschten Ergebnisse erzielt. Auch die Zusammensetzung der Sobóry wurde im Laufe der Zeit erweitert. Als erster «echter» Sémskij Sobór gilt die Landesversammlung von 1566, an der neben weltlichen und geistlichen Würdenträgern auch Possadleute in grosser Zahl teilnahmen.

Ein Jahr nach dem ersten Sobór trat ein Kirchenkonzil zusammen, das eine in 100 Kapitel gefasste und deshalb Stoglaw genannte Kirchenordnung ausarbeitete mit dem Ziel, den weitverbreiteten Missständen im kirchlichen und klösterlichen Leben zu steuern. Auch hierbei wurde eine betont soziale Tendenz erkennbar.

Aber sehr bald nachher setzte eine Radikalisierung in der Regierungsführung Grósnjys ein, die umso krasser wurde, je mehr er sich vom Einfluss anderer emanzipierte. Die junge sympathische Zarin, die Iwán seinen Trost und seine Taube nannte, starb nach 13jähriger glücklicher Ehe im Jahre 1560; ihre vier Kinder, darunter der Thronfolger, waren schon früher gestorben. Der Tod seiner Frau hat den Zar schwer getroffen und hat seinem stets wachen Misstrauen seiner Umgebung gegenüber neue Nahrung gegeben. Er war – jedenfalls zu Unrecht – davon überzeugt, dass sie ermordet worden war. – Unmittelbar nach dem Tode Anastasjas beseitigte der inzwischen dreissig Jahre alt gewordene Zar auch seine bisherigen Ratgeber. Silvester wurde der Hexerei an-

geklagt und verbannt. Adáschew wurde ins Gefängnis geworfen. Wer sich für die Gestürzten einsetzen wollte, dem erging es ebenso.

Der Witwer heiratete jetzt eine Tscherkessin und später in rascher Folge noch fünf weitere Frauen, obgleich die russische Kirche nur eine dreimalige Verehelichung gestattet. In seinem persönlichen Leben begannen seit jener Zeit Ausschweifung und Lasterhaftigkeit überhandzunehmen. Gleichzeitig setzte eine durch keinerlei Skrupel gemilderte Verfolgung wirklicher oder vermeintlicher Gegner ein mit Hilfe eines Systems tatsächlicher oder stets bereiter Gewaltanwendung. In richtiger Erkenntnis, dass die Verfolgten es versuchen würden, sich der Rache ihres Herrn durch Flucht zu entziehen, verpflichtete der Zar seine Untertanen, Moskau nie zu verlassen und auch keinen Briefwechsel mit dem Auslande zu führen.

Nicht alle Grossen, zumal jene nicht, die über den Durchschnitt hinausragten, liessen sich diese Behandlung gefallen. Der prominenteste von jenen, die sich dagegen aufbäumten, und gleichzeitig wohl der bedeutendste unter den Bojaren höchsten Ranges war der Fürst Andréj Michaïlowitsch Kúrbskij, wie der Zar selbst ein Rjúrikide. Kúrbskij hatte sich Verdienste erworben und auch persönlich dem Zaren nahegestanden; er war Iwán geistig und auch an literarischer Begabung ebenbürtig, an allgemeiner Bildung jedenfalls überlegen.

Im Jahre 1564 nahm er das traditionelle Recht bojarischer Freizügigkeit für sich in Anspruch, sagte dem Zaren aus Protest gegen dessen Gewaltpolitik den Dienst auf und wechselte nach Polen hinüber, nicht anders als viele litauische Grossen früher nach Moskau hinübergewechselt waren. Über die Motive Kúrbskijs sind wir genau informiert, denn er hat sie in einer ausführlichen, an den Zaren gerichteten Denkschrift voll bitterer Anklage gegen seinen ehemaligen Herrn niedergelegt. Wir kennen auch Iwáns Beurteilung der Dinge, der im Verhalten Kúrbskijs nichts anderes als einen Landesverrat sah. Interessanterweise hat der Zar auf den Angriff Kúrbskijs sehr ausführlich in einer Gegendarstellung – sie umfasst in einer modernen Ausgabe zweiundsiebzig Druckseiten – geantwortet und sich gerechtfertigt. Dieser berühmt gewordene



sogenannte Briefwechsel zwischen Grósnjy und Kúrbskij, der sich durch fünfzehn Jahre gezogen hat (1564-1579), ist in biographischer und in sachlicher Hinsicht ungeheuer aufschlussreich und für uns Heutige von einer geradezu beklemmenden Aktualität.

Der «Landesverräter» begründete seine Absage an ein System, das er als verabscheuungswürdig und als verhängnisvoll ansah, und in dessen Diensten zu verharren er sich weigerte, während der Autokrat eine Apologie des Systems der Selbstherrschaft gab. Die scharf zugespitzte, mit zahlreichen biblischen Zitaten belegte Selbstrechtfertigung Grósnjys ist glänzend geschrieben, aber in der Gedankenführung sprunghaft und ermangelt trotz fortgesetzter Selbstbezeichnungen jeder echten Selbstkritik. Wie Kljutschéwskij es formulierte, hat Grósnjy hier eine «Theologie politischer Selbstvergöttlichung» erzeugt und ist «sich selbst zum Heiligtum geworden».

Kúrbskij reagierte mit beissendem Sarkasmus auf das «breit verkündete und viel lärmende Schreiben» des Zaren und erklärte dessen Art zu argumentieren für «so barbarisch, dass nicht nur gebildete und kundige Männer, sondern auch einfältige Menschen und Kinder darüber erstaunen und lachen müssten». In dem berühmten Briefwechsel fand der Todeskampf der russischen Bojarenaristokratie gegen das Moskauer Selbstherrschertum seinen denkwürdigen Niederschlag. Politisch focht Kúrbskij für eine verlorene Sache. Die alte Bojarenaristokratie hatte, zum grossen Teil infolge eigenen Versagens, ihre Rolle ausgespielt. Gleichwohl muss bezweifelt werden, dass die «blutige Umgestaltung» unter Grósnjy eine «historische Notwendigkeit» gewesen sei, wie nicht nur von sowjetischer Seite gemeint worden ist. Nicht nur Grósnjy hat bei dieser Auseinandersetzung in einer Moskauer Tradition – der autokratisch-zarischen – gestanden. Auch Kúrbskij stand in einer altrussischen Tradition, der aristokratisch-bojarischen. Nach neuerdings in Anknüpfung an frühere Auffassungen von russischen Emigranten geäusserten Ansichten (Kowaléwskij) hat Grósnjy und haben die Theoretiker der Selbstherrschaft, vor allem Pereswétow, die «echte» moskowitzische Tradition nicht verwirklicht oder gefestigt, sondern verfälscht und eben dadurch Moskau ins Unglück gestürzt.

Nach der Flucht Kúrbskijs sah sich Grósnj auf der Höhe eigener Selbstübersteigerung bald vollends vereinsamt. Das Jahr 1564 gilt in der Regel als das Ende seiner «guten» und der Beginn seiner «bösen» Zeit, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass das «Böse» schon viel früher eingesetzt hatte, jetzt allerdings voll zum Durchbruch kam. Im Bewusstsein – oder in der Einbildung – völliger Einsamkeit und in der wohl allen Terroristen eigenen Überzeugung, sich auf niemanden als nur auf sich selbst verlassen zu können, vollzog der Zar seinen «Staatsstreich», der ihm den Weg zur Anwendung eines blindwütigen Terrors frei machte.

Die von ihm dabei angewendete Taktik war höchst ungewöhnlich, zeugte aber von einer genauen Kenntnis der Psychologie seines Volkes und der richtigen Einschätzung dessen, was er ihm zumuten konnte. Der Zar streikte. Aber da alles an ihm hing, so legte er damit, wie ein jeder Streikende es beabsichtigt, den Betrieb, in diesem Falle den Staatsbetrieb lahm. Am 3. Dezember 1564 verliess er plötzlich mit Frau, Kindern, Hof und Gefolge, mit dem ganzen Staatsschatz und sehr vielen Wertgegenständen Moskau, begab sich in die Alexandrower Slobode, etwa siebenzig Kilometer von Moskau entfernt, und erklärte in einem Schreiben an den Metropoliten, dass er in «seines Herzens grossem Jammer» nicht mehr die Regierung ausüben wolle, weil die Bojaren ihn verraten hätten. In einem zweiten Schreiben, das er im Zuge seiner demokratischen Tendenzen bezeichnenderweise an das «ganze rechtgläubige Christenvolk» richtete, appellierte er, wie so oft, an das Mitleid und an die Treue des einfachen Volkes, indem er in gewohnter Weise die Bojaren anklagte.

Das Ergebnis war genau so, wie er es erwartet hatte. Das Volk, vor die Frage gestellt: ein Zar oder viele Bojaren, entschied sich unbedenklich für den Zaren. Von einer Deputation, die von Geistlichen geführt wurde und an der sich auch Bojaren beteiligten, wurde Iwán flehentlich gebeten, zurückzukehren und die Regierung wiederaufzunehmen. Der Zar liess aber die Bittenden warten und nahm sich mit seiner Antwort einen ganzen Monat Zeit. Dadurch steigerte er nicht nur die Ungeduld, sondern auch das Verlangen nach seiner Rückkehr so, dass er die Wiederaufnahme

der Regierung von einem Freibrief für sich selbst abhängig machen konnte. Er verlangte und erhielt die Zusicherung, jede von ihm als notwendig und wichtig erachtete Vergeltung an allen, die ihm im Wege stünden, jederzeit durchführen zu können. Seine Bedingung für die Rückkehr nach Moskau war, «dass alle, die ihn verraten haben und ihm in irgendeiner Weise ungehorsam gewesen sind», gerichtet würden ... dass einige hingerichtet und ihr Hab und Gut eingezogen würde und schliesslich, dass der Zar sich eine besondere Leibwache schaffen und sich einen besonderen Hof und eine Hofhaltung einrichten werde.

Das war der Anfang der sogenannten Oprítschnina. Es ist erstaunlich, dass die Moskowiter, einschliesslich der Bojaren, auf diese Bedingungen eingegangen sind. Denn was jetzt vom Zaren zu gewärtigen war, darüber konnte ein Zweifel kaum bestehen.

Das Wort «Oprítschnina» hat eine zwiefache Bedeutung, eine personelle und eine territoriale. Einerseits wurde damit die Leibwache von zunächst 1'000 Mann bezeichnet, die schnell zu einer politischen Sondertruppe in der Stärke von etwa 6'000 Mann anwuchs und zum Werkzeug der Terrorpolitik wurde. Diese Truppe, von vornherein als eine Elite gedacht, war besonders strengen Bestimmungen unterworfen, deren Übertretung mit dem Tode bestraft wurde. Der Oprítschnik wurde bewusst aus der Gemeinschaft der übrigen ausgesondert, durfte mit einem Nichtoprítschnik keinen Umgang pflegen, auch nicht mit den eigenen Eltern, durfte weder Freunde noch Brüder kennen und war zu bedingungslosem Gehorsam und auch zur Denunziation von Verrätern verpflichtet. Äusserlich war der Oprítschnik durch eine besondere – schwarze – Uniform gekennzeichnet; seine symbolisch zu verstehenden Embleme waren Hundekopf und Besen.

Diese Truppe hatte den Nichtoprítschniki gegenüber volle Handlungsfreiheit; sie konnte nach eigenem Ermessen und Gutdünken tun, was sie wollte – und hat es auch getan –, rauben, morden, plündern, vergewaltigen, ohne befürchten zu müssen, zur Verantwortung gezogen zu werden. Selbstverständlich galt es als eine hohe Auszeichnung, zur Oprítschnina zu gehören. Sie rekrutierte sich in erster Linie aus den niederen Schichten des Volkes, aber auch Fürsten und Bojaren suchten, z.T. wohl aus persönlichen

Sicherheitsgründen, und fanden in der Oprítschnina Aufnahme, wie z.B. der spätere Zar Boris Godunów und der Grossunternehmer Stróganow. Eine unverkennbare Anziehungskraft übte die privilegierte Elitetruppe auf Ausländer aus, die infolge ihrer naturgemäss isolierten Stellung im fremden Lande vom Zaren auch gerne als Oprítschniki gesehen wurden. Gerade durch Deutsche, die in der Oprítschnina gedient hatten und denen es später gelungen war zu fliehen und dann darüber zu berichten – (z.B. Heinrich von Staden) –, sind wir über das blutige Treiben der Oprítschniki, z.T. bis in die kleinsten Einzelheiten hinein, informiert.

Oprítschnina bedeutete gleichzeitig ein Territorium, grosse Ländereien, die als wirtschaftliche Grundlage für die Truppe aus dem Staatsgebiet ausgesondert und einer eigenen Verwaltung – der von Grósnj verlangten «besonderen Hofhaltung» – unterstellt wurden. Dadurch wurde das Staatsgebiet in zwei voneinander scharf abgegrenzte Teile aufgespalten: die unmittelbar der zarischen Hofhaltung unterstellte Oprítschnina, die die zentralen und nördlichen Gebiete einnahm und schliesslich etwa die Hälfte des gesamten Staatsterritoriums umfasste, und die sogenannte Sémschtschina, d.h. die peripheren Gebiete des Westens und Südens, die verwaltungsmässig noch unter der Leitung der Bojarenduma blieben.

Mit Hilfe der Oprítschnina hat Grósnj seinen blutigen, religiös verbrämten Terror ausgeübt, dem zum grössten Teil völlig unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Wer es wagte, gegen dieses Herrschaftssystem etwas einzuwenden, musste es mit dem Leben bezahlen, wie der Metropolit Filip, der sich für die Auflösung der makabren Einrichtung eingesetzt hatte und dafür von einem der brutalsten Schergen Iwáns, Maljúta Skurátow, erwürgt wurde. Selbstverständlich gehörten auch führende wie gewöhnliche Oprítschniki, an deren Treue und Ergebenheit aus irgendeinem Grunde Zweifel bestanden, zu den Opfern des Terrors.

Die Zeit des schlimmsten Wütens waren die Jahre 1566-1572, d.h. vom fünfunddreissigsten bis zum zweiundvierzigsten Lebensjahr des Zaren. Dann fand eine spürbare Milderung des Terrors statt, der in den letzten acht Jahren der Regierung Grósnjys ganz aussetzte. Mit vierundfünfzig Jahren ist Iwán IV. gestorben.

## *Westpolitik. «Russian Company»*

Das grosse aussenpolitische Anliegen Iwáns IV. – die Sache seines Lebens – war sein Livländischer Krieg. Dieser Krieg, der sich durch fünfundzwanzig Jahre hinzog (1557-1582), ist durch die zähe Erbitterung, mit der Grósnjy ihn führte und durch die unerhörten Belastungen, die er deswegen seinem Lande auferlegte, für die innere Entwicklung Moskaus nicht weniger wichtig geworden als für die äussere.

Aufs Ganze gesehen ist der Krieg unglücklich verlaufen; das gesteckte Ziel – der Durchbruch zur Ostsee – wurde nicht erreicht, und schliesslich musste der Zar froh sein, dass Moskau der Vernichtung entgangen, die Dynastie gerettet und die zarische Macht unangetastet geblieben war. Andererseits hat dieser Krieg zu grossen Erfolgen seiner beiden Gegner in Nordosteuropa, Polen und Schweden, geführt und wäre somit in erster Linie in der Geschichte dieser Völker zu behandeln. Nur auf das Wichtigste soll auch hier eingegangen werden.

Grósnjys Anspruch auf Livland war der gleiche wie der seines Grossvaters; auch seine Argumente waren die gleichen. «Das livländische Land ist unser Erbgut... das ganze Land muss unserem Reich angehören», war die immer wiederkehrende Moskauer Forderung, gestützt auf die – sachlich nicht zutreffende – Behauptung, dass die Livländer seit Rjúriks Zeiten den Russen Tribut gezahlt hätten. Als Grósnjy über das traditionelle Einfallstor Dorpat zum Angriff ansetzte, herrschte in Livland noch der Orden. Im Innern zerrüttet, durch die Reformation in eine schwere Krise geraten, vom Deutschen Kaiser und Reich im Stich gelassen, dazu noch schlecht gerüstet und ebenso schlecht geführt, erwies sich der Orden zu einem wirksamen Widerstand nicht fähig. Grósnjy erzielte in den ersten Jahren des Krieges grosse militärische Erfolge. Die Russen, verstärkt durch tatarische Hilfskontingente und geführt vom fähigen und energischen Fürsten Kúrbskij, besetzten Narwa, Dorpat, Wolmar und stiessen bis Riga vor. Der Ordensmeister und der Landmarschall wurden gefangengenommen und verschleppt; der eine starb in der Gefangenschaft, der andere wurde hingerichtet.

Grósnj schien unmittelbar vor dem Endsieg zu stehen, als die grossen Ostseemächte Schweden, Polen und Dänemark sich einmischten, nicht gewillt, eine Festsetzung Moskaus an der Ostsee zu dulden. Im Jahre 1561 wurde das Ordensland zwischen Schweden (das Estland erhielt) und Polen (an das Livland und in Form eines Herzogtums Kurland fielen) aufgeteilt und nunmehr der Krieg von diesen Mächten als Verteidigung des Abendlandes gegen den Osten weitergeführt. Zunächst schleppten sich die Kampfhandlungen ohne Ergebnisse hin. Nachdem aber in Schweden der geistesranke König Erich IV. von seinem Bruder Johann abgesetzt worden (1568) und in Polen der letzte Jagellone Sigismund II. August gestorben (1572) und schliesslich der Wojewode von Siebenbürgen Stefan Bathory zum König gewählt worden war (1575), wurde der Krieg durch den als Staatsmann wie als Feldherrn gleichermassen bedeutenden Bathory stark intensiviert und Iwán so bedrängt, dass er sich in seiner Not sogar veranlasst sah, den Papst um Vermittlung zu bitten. Im Ergebnis hat Iwán im Frieden von Jam Sapolski auf alle seine Ansprüche in Bezug auf Livland verzichten müssen (1582).

Bei dieser Gelegenheit hat er allerdings grosses diplomatisches Geschick gezeigt. Dabei erwies sich, dass er keineswegs nur hochfahrend und stur, sondern gegebenenfalls auch sehr geschmeidig, fast bescheiden sein und im Notfall sogar auf die in Moskau so beliebten übertriebenen Etiketteansprüche verzichten konnte. So forderte er von den Livländern keineswegs deren Gleichschaltung, sondern versuchte auf anderem Wege sein Ziel zu erreichen und hat nach altbewährter moskowitischer Methode mit Hilfe geschickt geworbener Agenten – zwei livländische Edelleute waren für reichliches Entgelt in seine Dienste getreten – vorübergehend die Idee eines Ordensstaates unter russischem Protektorat vertreten. Als das misslang, machte er den Versuch, durch Erhebung eines dänischen Prinzen, Magnus von Holstein, zum König von Livland und dessen Verheiratung mit einer russischen Prinzessin Livland zu einem russischen «Satelliten» zu machen. Allerdings blieben alle diese Versuche im Ergebnis ohne Erfolg. Als politisches Fernziel blieb gleichwohl die Gewinnung der Ostseeküste auch nach dem erzwungenen Verzicht in Moskau bestehen.

Seine diplomatische Konzilianz war aber natürlich nur Taktik, grundsätzlich blieb Iwán dem Westen gegenüber nach wie vor überheblich und hochfahrend. Es ist dabei festzustellen, dass er die Legitimation dazu keineswegs nur in der Grösse und Macht seines Staates sah, dessen faktische Schwäche und Zerrüttung ihm sehr wohl bekannt waren, sondern vorwiegend im Moskauer Herrschaftssystem. Er verachtete die politischen Zustände in den europäischen Staaten und hat immer wieder höhnische und verächtliche Bemerkungen darüber gemacht, dass die Fürsten des Abendlandes «eingesetzt» seien und dass «andere Leute» über ihren Kopf hinweg herrschen, ohne sie zu befragen. So hat er z.B. in einem Schreiben an die Königin Elisabeth von England (1570) sich darüber aufgehalten, dass sie von «handeltreibenden Bauern» abhängig sei. «Grosse Herrscher lassen ihre Urkunden nicht gegenzeichnen», liess er die Schweden wissen. Seinem grossen Gegner, dem polnischen Wahlkönig Stefan Bathory gegenüber bezeichnete er sich selbst als «Zar nach Gottes Ratschluss, aber nicht nach des vielaufrührerischen menschlichen Wollens» (po mnogomjatjéshnomu tschelowétscheskomu chotjéniju). Die Kalamität bestand für Iwan aber darin, dass er sich weitgehend auf die westlichen Staaten angewiesen sah und infolgedessen Kontakte mit ihnen suchen und sich zu Konzessionen bequemen musste.

Grósnjy war anglophil. Allenthalben, besonders in seiner Aussenhandelspolitik, bevorzugte er die Engländer. Er trug sich auch mit dem – nicht realisierten – Plan, die Nichte der Königin Elisabeth Mary Hastings zu heiraten, und hat Vorbereitungen dazu getroffen, nach England überzusiedeln, falls er genötigt sein sollte, seine eigene Heimat zu verlassen. Wegen seiner Vorliebe für die Engländer ist er nach seinem Tode in Moskau ironisch gelegentlich als «englischer Zar» bezeichnet worden. Aber seine wiederholt gemachten Versuche, England zu einem Bündnis gegen die Polen zu gewinnen, fielen in London nicht auf fruchtbaren Boden und scheiterten. Wie sich erwies, waren die Engländer zwar wirtschaftlich in hohem Grade, nicht aber politisch an Moskau interessiert.

Im Jahre 1553 war Richard Chancellor, der Kapitán eines Schiffes der in London begründeten Compagnie «Merchants Adventurers of England for the discovery of lands territories isles

dominions and seignories unknown, and not before that late adventure or enterprize commonly frequented», bei dem Versuch, den nördlichen Seeweg nach China zu finden, an der Mündung der nördlichen Dwina gelandet und hatte sich von dort nach Moskau begeben. Das war der Beginn der Aufnahme englisch-russischer Handelsbeziehungen über das Nördliche Eismeer zunächst über Cholmógory, dann über Archangelsk (gegründet 1584). Im Jahre darauf gelang es Chancellor, sich umfassende Handelsprivilegien für die englische Compagnie, die auch kurz «Russian Company» oder «Muscovy Company» genannt wurde, vertraglich zu sichern, nämlich zollfreien Handel, Steuerfreiheit für die englischen Kaufleute in Cholmógory, Wologda und Moskau, Recht auf eigene Justiz für alle unter Engländern entstehenden Prozesse und – was praktisch für den einzelnen Kaufmann sehr wichtig war – Ermächtigung zur Ausreise zur beliebigen Zeit und über beliebige Grenzen.

Es war damals sehr vorteilhaft, mit Moskowien Handel zu treiben, da die europäischen Waren – in erster Linie Textil- und Eisenwaren, aber auch Luxusgüter, Weine und Gewürze – zu stark überhöhten Preisen in Moskau abgesetzt wurden, während umgekehrt für billige russische Naturprodukte – Pelze, Häute, Hanf, Flachs, Holz, Fische, Kaviar – in Europa sehr gute Preise erzielt werden konnten, so dass dieser Handel enorme Gewinne – Reingewinne bis zu 200% – einbrachte. Natürlich profitierte er davon, dass nach der Gleichschaltung Nówgorods der ehemals blühende Hansehandel völlig darniederlag.

Grósnyj war nicht nur am Handel selbst, sondern an seiner Konzentration in bestimmten Händen und damit an seiner Über-schaubarkeit interessiert, da auf Moskauer Seite der Aussenhandel nach alter Tradition in den Händen des Staates lag. Der erste Handelsherr war noch immer der Zar selbst, und die Kaufleute waren faktisch seine Beamten und Agenten. Infolgedessen stand bei der Handelspolitik das Interesse des Staatsfiskus an erster Stelle, und gerade dieses Interesse verstand Grósnyj nicht weniger geschickt als seine Vorfahren zu wahren. Der englische Handel in Russland nahm einen schnellen Aufschwung und wurde auch bald durch einen Transithandel über Moskau nach Buchara und



Persien erweitert. Natürlich erregte die Privilegierung der Engländer den Neid der anderen. Die Könige von Schweden und Polen haben sich fortgesetzt darüber beschwert, und den Holländern gelang es, sich, mit den Engländern rivalisierend, in den Russlandhandel einzuschalten. Die Rivalität seiner Partner wurde von Grósnj geschickt im eigenen Interesse genutzt.

Politisch hatte der Zar gegenüber dem Westen weniger Erfolg. Im Widerspruch zu seinen autokratischen Grundsätzen hatte er unter anderem den Plan gefasst, in Polen als Wahlkönig zu kandidieren, und sich sogar bereitgefunden, den polnischen Pans im Voraus «vor Gott und den Menschen zu geloben», dass er «alle ihre Rechte und Vorrechte aufrechterhalten und, falls es nottut, sie noch erweitern» werde, was ihm selbstverständlich niemand glaubte. Dagegen widersetzte er sich allen Versuchen, durch europäische Bündnisvorschläge sich in einen Krieg gegen die Türken hineinziehen zu lassen und begegnete allen diesbezüglichen Versuchen mit umso mehr Misstrauen, als sie mit dem Bemühen gekoppelt waren, ihn für die katholische Kirche zu gewinnen. Auch der äusserst geschickte Jesuit Antonio Possevino, den der Papst nach Moskau entsandt hatte, und der laut seiner Instruktion «dem Grossfürsten vorstellen sollte, wie nötig es sei, dass alle christlichen Könige sich im Geiste vereinigen, zur römisch-katholischen Religion bekennen und den Papst als Oberhaupt und Hirten annehmen», erreichte in dieser Richtung nichts. Andererseits blieb der Versuch Grósnys, den Sultan zu einem Bündnis «gegen den Kaiser und alle westeuropäischen Fürsten» zu gewinnen (1570), auch ohne Ergebnis.

Während der Regierungszeit Grósnys verbreitete sich im Abendlande eine zunehmend antimoskowitische Stimmung, die auch in einer entsprechenden moskaufeindlichen Propaganda – von Polen aus – ihren Niederschlag fand. Es handelte sich dabei um z.T. recht aktuell anmutende Dinge. Vom Blickpunkt des Abendlandes gesehen war Moskowien damals ein «unterentwickeltes Land». Die polnische Propaganda setzte sich zum Ziel, eine Höherentwicklung dieses Landes zu verhindern, vor allem aber dem entgegenzuwirken, dass es durch europäische Waffenlieferungen militärisch gestärkt werde, da kein Zweifel bestand, dass die

gelieferten Waffen zu einem Kampf gegen Europa verwendet würden. Diese Propaganda hatte z.T. Erfolg, und es sind Fälle bekannt, dass bereits angeworbene Handwerker (z.B. in Lübeck im Jahre 1571) zuerst verhaftet und später an der Ausreise nach Moskau gehindert wurden. Auch das im 20. Jahrhundert wieder aktuell gewordene Durchmarschrecht der Russen durch Polen (im Falle eines Bündnisses gegen die Türkei) hat damals bereits eine Rolle gespielt, und auch damals, wie in jüngerer Zeit wieder, haben die Polen sich leidenschaftlich und unerbittlich der Gewährung eines Durchmarschrechtes widersetzt.

Die Reaktion des Westens auf die Entwicklung in Moskau spiegelte sich unter anderem auch in den Verhandlungen des Deutschen Reichstages. Nach den Siegen Grósnys über die Tataren und nach seinen ersten Erfolgen in Livland war in Deutschland die Furcht vor Moskau als einer «grossen Gefahr für die ganze Christenheit, insbesondere für das Deutsche Reich» so lebendig, dass im Reichstag (1570) ein anonymes Traktat zur Bannung dieser Gefahr vorgelegt wurde, mit dem Vorschläge eines Bündnisses mit dem Zaren – gegebenenfalls auf dem Wege einer Teilung Polens! Dabei wurde dem Zaren in Aussicht gestellt, zum «Kaiser des Ostens» ausgerufen zu werden.

Bereits sechs Jahre später war aber die Stimmung in Deutschland umgeschlagen. Man stand in Europa stark unter dem Eindruck der Selbstzerfleischung Moskowiens durch die Terrorpolitik Iwáns und machte nun nicht mehr den Vorschlag eines Bündnisses, sondern den einer Intervention gegen das geschwächte und deshalb offenbar leicht zu erobernde moskowitzische Reich. Ein ehemaliger Opritschnik, der lange Jahre im Dienste Grósnys gestanden hatte, dem es aber dann gelungen war zu fliehen, Heinrich von Staden, trat mit seinem berühmten «Anschlagk» hervor, einem in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Projekt der Eroberung Moskaus von Norden her (1578). Die Stadt Moskau sollte danach zerniert und so gewonnen werden, «dass man nicht einen Schuss dafür tun darf». Staden, der über eine ausgezeichnete Sach-, Orts- und Personenkenntnis verfügte, ging in seinem Werk – «Eine unbekannte Passasie oder Wegh zu Wasser und zu Lande nach der Moskow» – nicht nur auf die militärische Durchführung des Unternehmens ein,

sondern machte auch Vorschläge für die künftige Okkupationspolitik und spätere Aufteilung und Verwaltung des zu erobernden Gebietes. Ausführlich befasste er sich damit, wie Iwán selbst, den er übrigens nie als Zar, sondern immer nur als Grossfürst bezeichnete, nach seiner Gefangennahme zu behandeln wäre. Danach sollte Grósnj mit seinem ältesten Sohn «auf einen höchsten Grat» geführt werden; dort sollten die russischen Gefangenen vor des Zaren Augen «grausam ermordet werden», dann sollte Iwán von einem oder zwei Prädikanten «in Gottes Wort belehrt werden», damit er erkennt, «dass unsere Heilige Schrift wahr ist». Im Übrigen sollte er aber «reiten, gehen und stehen dürfen».

Bekanntlich ist es damals zu einer Realisierung dieses Projektes, auch zu einem Versuch dazu, nicht gekommen. Nach dem Frieden mit Polen und Schweden blieb Moskau zunächst noch von Angriffen durch den Westen verschont. Es verdient aber an dieser Stelle daran erinnert zu werden, dass Moskau in der Folgezeit immer wieder Gegenstand der Aggression auswärtiger Feinde geworden ist, auch vom Westen her. Sowohl Polen wie Schweden haben im 17. Jahrhundert Moskau erobert und besetzt, im 18. Jahrhundert haben die Schweden es noch einmal, allerdings vergeblich, versucht, im 19. Jahrhundert haben die Franzosen es getan. Aber die Deutschen haben Moskau niemals erobert und haben es auch – bis zum Jahre 1941 – niemals versucht.

### *Ergebnisse*

Das Ergebnis der Regierung Grósnjys war ein tiefgreifender sozialer Umschichtungsprozess. Die sowjetische Geschichtsschreibung hat besonders während der Stalinära (Wesselowskij, Grekow Poloshin, Sadikow, Wipper) zur Rechtfertigung der Politik Grósnjys mit Leidenschaftlichkeit die Auffassung vertreten, dass es sich dabei keineswegs um die «Ausgeburt einer Laune», um ein «der blödsinnigen Phantasie entsprungenes System der Beherrschung und Ausbeutung des eigenen verteidigungslosen Volkes» gehandelt habe. Der Terror sei vielmehr eine Reaktion auf den fortgesetzten Verrat gewesen, der Grósnj umgab, und das In-

stitut der Opríchnina, die Schaffung des «Zarenlandes», sei eine «durch die fortgesetzten Kriege bedingte, hervorragende militärisch administrative Reform» gewesen. Es ist quellenmässig zu belegen, dass Grósnj selbst viele seiner Terrormassnahmen mit dem Verrat der Terrorisierten motiviert hat, und offenbar ist seine Vorstellung von «Verrat» dem sehr nahe gekommen, was man im 20. Jahrhundert unter der Herrschaft Stalins darunter verstand, nämlich alles das, was nicht unmittelbare Ausführung immer rigoroser werdender und immer höhere Anspannung verlangender Regierungsmassnahmen war. «Viele entzogen sich heimlich und nicht fassbar ihren Staatspflichten, drückten sich vor der Arbeit für das Land und Volk», formuliert Wipper.

Wenn man das mit Verrat bezeichnet, so wird man einen grossen Teil der Terrormassnahmen tatsächlich als Kampf gegen Verrat ansehen können, aber längst nicht alle. Dass in den Kreisen des von Anfang an grundsätzlich verfolgten Bojarenadels «konkrete Tatsachen eines realen Verrates» vorlagen, dass konkrete Pläne zur Beseitigung des Zaren tatsächlich bestanden, kann heute auf Grund der neuesten Forschungen mit Sicherheit angenommen, wenn auch nicht nachgewiesen werden. Gleichwohl bleibt der – allzu verständliche – passive bzw. aktive Widerstand der Bojaren gegen die Vernichtung ihres Standes und seiner früheren Machtstellung weder eine Erklärung noch eine Rechtfertigung der auch von der sowjetischen Geschichtsschreibung zugegebenen Tatsache, dass der Terror sich, wie erwähnt, nicht auf die faktischen oder vermeintlichen Verräter beschränkte, sondern auch die Masse der völlig unschuldigen bäuerlichen und städtischen Bevölkerung mit einschloss.

Es ist richtig, dass das System der Opríchnina sich nicht im Terror erschöpfte, und dass seine geschichtliche Bedeutung in der administrativen Massnahme lag, die einerseits eine Verbesserung – für die damaligen Verhältnisse Modernisierung – und gleichzeitig eine weitere Zentralisierung der Staatsverwaltung unter radikaler Beseitigung hemmender Traditionen (Métnitschestwo) anstrebte und gleichzeitig eine schon früher begonnene, nun aber mit radikalen Mitteln vorwärtsgetriebene soziale Umschichtung zugunsten des den Staats- und Militärapparat tragenden Dienstadels be-

wirkte. Dabei sollte offenbar der sogenannte Zarenanteil, also das Oprítschnina-Territorium, nicht dauernd aus dem Staatsganzen herausgelöst und isoliert bleiben, sondern es sollte auf diesem Gebiet mit Hilfe des Machtapparates der Oprítschnina die Reform zunächst radikal durchgeführt werden, um – als eine Art «Muster-gau» – für die Sémschtschina beispielhaft zu werden.

Interessanter- und jedenfalls auch bezeichnenderweise hat die territoriale Zweiteilung, ohne je formell aufgehoben zu werden, sehr bald aufgehört zu bestehen. Über ihr Ende sind wir nicht informiert. Die sowjetische Geschichtsschreibung nimmt jedenfalls mit Recht an, dass durch das Verschwinden der Oprítschnina die «Reform» nicht etwa rückgängig gemacht, sondern dass nur der infolge des Terrors verhasst gewordene Name – durch Sprachregelung! – ausgemerzt worden sei, ohne dass sich an der Sache etwas entscheidend geändert hätte. Auch Stökl vertritt (im Unterschied zu Hellman) die Ansicht, dass nur die Bezeichnung Oprítschnina verschwand, nicht aber die Sache, die sich nun unter der harmloseren Bezeichnung «Dwor» (Hof) verbarg. Die «Reform», d.h. die von demokratischen Worten und Gebärden begleitete Umgestaltung des Staatsgefüges in der oben geschilderten Richtung ging auch nach dem Verschwinden der Oprítschnina weiter. Sie wirkte sich aber nicht zugunsten der breiten Masse des Volkes aus, sondern, wie bereits wiederholt betont, zugunsten des Poméstje besitzenden Dienstadels, d.h. jener Poméschtschiki, die ihrerseits an der Fesselung des Bauern an den Boden und dadurch an der Verschlechterung seiner sozialen Lage interessiert waren.

Auch wenn man den Akzent bei der Beurteilung des Systems der Oprítschnina auf die «Reform» legt und das Ergebnis als einen Fortschritt bewertet, so wird man darüber, auch unabhängig von jeder ethischen Wertung, die schweren praktischen Schäden nicht übersehen dürfen, zu denen die Methode der Durchführung dieser Reform führte. Gróсныj hat durch Terror und Krieg die Kräfte seines Staates und seines Volkes – und auch die eigenen – weit überfordert. Der Terror verlangte einen unvorstellbar hohen Preis. Auch hierüber müsste man so schreiben, «dass das Herz erstarrt und die Haare zu Berge stehen». Auf Grund einer nicht überprüften Denunziation hat Gróсныj, um nur ein Beispiel zu

nennen, in einer Strafexpedition nach Nówgorod (1570) dort etwa 60'000 Menschen jeden Alters und Geschlechtes umgebracht und unterwegs zusätzlich Twer niedergebrannt und vollständig verwüstet.

Es liegt im Wesen des Terrors – und des Terroristen! –, dass er sich an selbst gezogene Grenzen nicht hält. Auch ein rational erklügelter, um der Sache willen durchgeführter, als Maschinerie organisierter Terror wird, da Menschen ihn ausüben, notwendig zu einem Gefilde menschlicher Leidenschaften. Das gilt für den Terror Gróсныjs genauso wie für den modernen Terror. Auch die Bolschewiken wollten den Terror aus sachlichen Gründen zu einem Instrument des Klassenkampfes machen, zur Beseitigung einer als störend und hemmend empfundenen Schicht zwecks Durchführung einer radikalen Reform. Auch ihr Terror ist sehr bald etwas durchaus anderes geworden, nämlich ein Instrument zur Vernichtung faktischer oder vermeintlicher Feinde. Ähnlich war es zu Gróсныjs Zeit. Schon Kljutschéwskij (der den modernen Terror nicht mehr erlebte) hat festgestellt, dass die Oprítschnina in Wirklichkeit nicht gegen eine Ordnung, sondern gegen Personen kämpfte. «Zur Erreichung sachlicher Ziele geschaffen, wurde sie weitgehend zum Werkzeug persönlicher Leidenschaften und der Rache an Schuldigen und Unschuldigen.»

Das praktische Ergebnis des Systems der Oprítschnina war zunächst eine katastrophale Dezimierung der Bevölkerung, eine Verödung weiter Landstriche, besonders im fruchtbaren zentralen Gebiet des Staates durch Ausrottung, Umsiedlung und Abwanderung. Am Ende der Regierung Gróсныjs wurden 92,5% des Nowgoroder Gebietes (laut Grundbüchern) als öde bezeichnet. Im Moskauer Bezirk war um die gleiche Zeit die Hälfte aller Höfe unbewohnt. Die Folge war ein höchst gefährlicher Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Als Gróсныj im Jahre 1584 plötzlich und unerwartet – beim Schachspiel – starb, hinterliess er ein nach aussen allerdings ungeheuer ausgeweitetes, im Innern aber zerrüttetes, gespaltenes und geschwächtes Land mit einer Bevölkerung, die nur noch das Bedürfnis nach Ruhe hatte, oder wie der Chronist sich ausdrückte, «nach Erholung von der Betrübnis der Vergangenheit!»

## 4. DIE ZEIT DER WIRREN

### *Boris Godunów*

Die für das Land objektiv ebenso notwendige wie subjektiv von der Bevölkerung ersehnte Erholung setzte unter Grósnys Nachfolger – seinem Sohn Fjóðor (1584-1598) – tatsächlich ein. Unter diesen Umständen war ironischerweise die beste Qualifikation zum Zaren der offenbare Mangel an jeglichen Herrscherqualitäten. Der gutwillige, aber schwachsinnige Zar verbrachte seine Tage mit Glockenläuten und Beten und erfreute sich einer sehr grossen Beliebtheit beim Volk, das ihn wie einen Heiligen verehrte.

Der Moskauer Staat hatte dank seines Umfangs, seiner Verkehrslage, seiner natürlichen Reichtümer und der ungeheuren Volkskraft und Vitalität seiner Einwohner bereits wieder so viel Lebenskraft gewonnen, dass er, keinen besonderen Anspannungen ausgesetzt und gleichsam einem natürlichen Genesungsprozess überlassen, die furchtbaren Belastungen der letzten Zeit erstaunlich schnell überwinden, den allgemeinen Wohlstand wieder heben und sich aus der eigenen Substanz erneuern konnte. Die allgemeine Erholung im Innern wurde ohne besondere Kraftsteigerung auch von Erfolgen nach aussen begleitet. Zwar war Moskau von Süden her wiederum einem Angriff der Krimtataren ausgesetzt (1591), der aber wie üblich eine Episode blieb. Nach Osten konnte, wie erwähnt, die Erschliessung und Unterwerfung Sibiriens gerade in dieser Zeit in grandiosem Massstabe fortgesetzt, und im Westen konnten einige den Schweden gegenüber erlittene Einbussen wieder wettgemacht werden.

Allerdings blieb die Erholung zunächst nur vorübergehend. Bevor sie zu einer wahren Gesundung unter z.T. neuen Voraussetzungen und einer anderen Dynastie im 17. Jahrhundert führen sollte, wurde der Moskauer Staat einer neuen, noch schwereren Belastung ausgesetzt, inneren Erschütterungen, die gelegentlich die Form einer politisch-sozialen Revolution annahmen, begleitet von einer in diesem Grade noch nicht erlebten Gefährdung durch die

westlichen Nachbarn: Schweden und Polen. Die Zeit wird als die Zeit der Wirren (*smutnoje wrémja*) bezeichnet. Sie bedeutet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der ersten Moskauer Periode, einen Absturz des von Iwán III. begründeten Machtstaates in Anarchie und Fremdherrschaft, scheinbar das Ende Moskowiens, aber gleichzeitig auch einen Ansatz zu neuen Anfängen aus den alten Traditionen heraus. Das Ende der Wirren zeichnet sich sehr deutlich mit der Berufung der Dynastie der Románows (1613) ab. Der Anfang der Wirren wird verschieden datiert. Da die Ursachen dieser schwersten Staatskrise der russischen Geschichte auf die Zeit Grósnjys zurückgehen, kann ihr Beginn mit dessen Tode angesetzt werden.

Zu dem Erbe der Regierung Grósnjys gehörte u.a. die geringe Bewertung Moskaus als Machtfaktor durch die Nachbarn und im Zusammenhang damit das wachsende Begehren des Auslandes nach einer aktiven Einmischung in moskowitische Verhältnisse. Die Verlockung dazu wurde durch die unstabilen Machtverhältnisse im Innern des Landes entsprechend erhöht; hinzu kam noch, dass in Moskau mit dem Aussterben des regierenden Zweiges der Rjúrikidendynastie auch eine dynastische Krise einsetzte.

Der Machtkampf des Zaren gegen die mit erstaunlicher Zähigkeit um ihre alte Geltung ringenden Bojarengeschlechter konnte unter dem schwachen Fjódor natürlich nicht fortgesetzt werden. Umso erbitterter wurde aber der Kampf der noch übriggebliebenen Vertreter der alten Aristokratie gegeneinander geführt. Dabei spielte sich eine mit dem Zarenhause verschwägte Bojarenfamilie nichtfürstlicher Herkunft in den Vordergrund, zunächst in der Person des Schwagers Grósnjys, des Bruders seiner ersten Frau, Nikíta Románow. Seine fünf Söhne stellten nach Grósnjys Tod bereits einen nicht zu übersehenden politischen Faktor dar. Ein heftiger Gegner dieser Románowgruppe war der Schwager des Zaren Fjódor, der Bruder von dessen Frau, Boris Godunów, ein ehrgeiziger, in der Schule Grósnjys grossgewordener Abkömmling eines in den Moskauer Bojarenadel aufgenommenen Tatarengeschlechts. Es gelang Godunów, gegen ihn in die Wege geleitete Anschläge seiner Gegner aus den alten russischen Geschlechtern zu



verhindern, sich ihnen gegenüber zu behaupten und schliesslich seine Anerkennung als Reichsverweser durchzusetzen (1587).

Mit Boris Godunów trat eine ebenso interessante wie widerspruchsvolle und schwer fassbare, in mancherlei Hinsicht neuartige und im Moskauer Milieu fremd wirkende Persönlichkeit an die Spitze des Staates. Das Neuartige war nicht nur durch die Tatsache gegeben, dass mit ihm erstmalig ein NichtRjurikide den Moskauer Thron bestieg und dass er der erste Wahlfürst in Moskau war, sondern es lag im hohen Grade in seiner Persönlichkeit selbst. Godunow gehört zu jenen historischen Gestalten, über die die Urteile der Zeitgenossen und Nachfahren so weit auseinandergehen, dass sie schlechterdings miteinander nicht vereinbar sind, und es ist natürlich kein Zufall, dass er nicht nur Wissenschaftler, sondern immer wieder auch Dichter dazu angeregt hat, sich mit ihm zu befassen.

Einerseits fusste Godunów tief in der Moskauer Tradition. Er kam aus der nächsten Umgebung Grósnys, war Oprítschnik gewesen und hatte die Tochter des blutrünstigen Maljúta Skurátow geheiratet. Er hat sich als Zar der Methode der Oprítschnina ausgiebig bedient, ging dabei allerdings raffinierter zu Werke als Grósnj, in dem offenbaren Bestreben, sich nicht blosszustellen. Er war nicht nur klug wie Grósnj, er war auch schlau. Andererseits ging Godunów bewusst über die Moskauer Tradition hinaus und ist mit Recht als eine «moderne» Persönlichkeit bezeichnet worden. Auch als Terrorist wirkt er modern. Im Unterschied zu Grósnj tarnte er seinen Terror, verzichtete auf öffentliche Schaustellungen und eine religiöse Verbrämung seines Tuns. Er liess seine Opfer in der Stille liquidieren und verstand es, die Spuren so geschickt zu verwischen, dass man vom geschichtlich bedeutsamsten Mord – dem am Thronfolger Dimítrij – bis heute nicht weiss, wem er zur Last gelegt werden muss. Godunow war ausserdem ein sehr geschickter, auch darin modern anmutender Propagandist. Er hatte einen weitverzweigten Spitzelapparat aufgezogen, und seine bevorzugten Werkzeuge waren dabei verarmte und entsprechend belohnte Deportierte. Seine bevorzugte Waffe im Kampf mit seinen Gegnern war die Verleumdung anderer und ein unaufdringliches, aber konsequentes Hervorheben eigener Verdienste; ja, er provozierte Unglücksfälle, um nachher durch öffentliche Hilfsmass-

nahmen umso wirksamer als der Retter zu erscheinen. In mancher Hinsicht ist er in die Spuren Grósnjys getreten. Er setzte den erbitterten Kampf gegen die grossen Herren, d.h. den immer noch bestehenden Rest der alten bzw. jungen Bojarenaristokratie, gegen die Rjúrikidenabkömmlinge der Schújskij und gegen die neu emporkommenden Románows fort. Wie Grósnjy hielt er durch betonte Hinwendung zum kleinen Mann einen demokratisch-sozialen Kurs; wie jener verstand er dabei sehr wohl, sein persönliches Interesse zu wahren. Noch bevor er den Thron bestieg, hatte er sich ungeheuer bereichert.

Boris Godunów war Analphabet. Aber seine Klugheit, sein politischer Weitblick und sein diplomatisches Geschick machten diesen Mangel wett. Stärker noch als Grósnjy hat dieser fortschrittliche Mann die Entwicklung in der einmal eingeschlagenen Richtung vorwärtsgetrieben und war im Gegensatz zu Grósnjy dabei klug genug, auf Feldherrnehrgeiz und Kriegsruhm zu verzichten. Weit mehr als dem glockenläutenden Zaren Fjódor war es dem Reichsverweser zu danken, dass der Staat durch Frieden zur Erholung kam. Die segensreichste Zeit der Regierungstätigkeit Godunóws waren die vierzehn Jahre seiner Reichsverweserschaft. Noch intensiver als Grósnjy hat er die Beziehungen, zumal die kulturellen, zum Auslande gefördert und zu einer Verstärkung abendländischer Einflüsse systematisch beigetragen. Mehr noch als seine Vorgänger hat er Ausländer nach Moskau gezogen, sich für die Erlernung fremder Sprachen eingesetzt und junge Leute aus Moskau mit Staatsstipendien ins Ausland geschickt. Er musste dabei allerdings manche bittere – auch in späterer Zeit Russland nicht unbekannt gebliebene – Erfahrungen machen, da viele Auslandsstipendiaten «nach ihrem Vaterlande wiederzukehren keine Lust gehabt, sondern in die weite Welt sich verfügt haben» (C. Bussow, 1613). In Bezug auf seine, vom alten Moskauer Misstrauen freie, positive Einstellung zu dem sich seit Jahrzehnten schleichend vollziehenden Europäisierungsprozess war Godunów ein Vorgänger Peters des Grossen.

Auch in anderer Richtung hat er die Entwicklung vorwärtsgetrieben. Er erkannte richtig, dass die inzwischen erfolgte politische Souveränisierung Moskaus auch einer Entsprechung auf dem

kirchlichen Sektor bedurfte. Der Titel Metropolit entsprach nicht mehr der faktischen Stellung und Würde des Oberhauptes der autokephalen russischen Kirche, umso weniger als die vier Patriarchen der unter der Türkenherrschaft verarmten östlichen Kirchen (Konstantinopel, Jerusalem, Antiochien, Alexandrien) sich in gedrückter und bedrängter Lage befanden. Der Anspruch auf eine Erhebung des Metropoliten von ganz Russland zum Patriarchen war auch in der Theorie vom Dritten Rom enthalten, nach der neben dem Zaren ein Patriarch stehen muss. Die finanziellen Schwierigkeiten der östlichen Patriarchen veranlassten zwei von ihnen – Joachim von Antiochien und Jeremias von Konstantinopel – sich persönlich nach Moskau zu begeben (1586-1588), um dort finanzielle Unterstützung zu erbitten. Diese Gelegenheit ergriff Godunów, um die Erhebung des Moskauer Metropoliten Jow (Hiob) zum Patriarchen, seine Ordination durch den Patriarchen von Konstantinopel und schliesslich dessen Anerkennung als fünften Patriarchen durch ein Konzil zu erreichen (1590).

Godunów hat, besonders in der Zeit seiner Reichsverweserschaft, eine auch von seinen Zeitgenossen als solche empfundene segensreiche Regierungstätigkeit ausgeübt. Seine eigene, immer gefährdete Stellung zwang ihn zur Vorsicht und liess ihn gerade im Hinblick auf ein mögliches und immer wahrscheinlicher werdendes Aussterben der Dynastie – der schwachsinnige Fjódor war kinderlos und sein einziger noch lebender Bruder Dimítrij epileptisch – sehr darauf bedacht sein, sich Sympathien in weiten Kreisen des Volkes zu sichern.

Der Vorbote einer neuen schweren Krise und gleichzeitig des Umschwungs der Stimmung gegenüber Godunów war der sogenannte Mord von Uglitsch, der plötzliche Tod des jüngsten Sohnes Grósnyjs aus seiner letzten Ehe mit Márja Nagája, des damals neunjährigen Zarewitsch Dimítrij. Eines Tages wurde der Knabe mit einer schweren Wunde an der Gurgel im Garten tot aufgefunden (1591). Die Mutter, die mit ihren Verwandten bislang in Uglitsch in einer Art Verbannung, von jeder Einflussnahme auf die Vorgänge in Moskau ausgeschaltet und durch einen von Godunów eingesetzten Regierungsbeamten (Djak) unter Kontrolle gehalten wurde, beschuldigte diesen Djak, ihren Sohn ermordet zu haben.

In der allgemeinen Erregung kam es zu Ausschreitungen der Uglitscher Bevölkerung, in deren Verlauf der Djak mit seinem Sohn getötet wurde. Eine in Moskau eingesetzte Mordkommission unter dem Bojaren Wassílij Schújskij kam aber zu dem Ergebnis, dass der Tod Dimítrijs durch einen Unglücksfall – während eines epileptischen Anfalls – erfolgt sei. Der Spiess wurde umgekehrt, und die Zarenwitwe mit ihren Verwandten wurde der Anstiftung zur Ermordung des Djak beschuldigt. Im Ergebnis wurden die Nagojs verbannt, die Zarin unter dem Namen Marfa in ein Kloster geschickt und an den Bürgern von Uglitsch nach oft bewährtem Muster durch eine Zwangsumsiedlung, d.h. praktisch durch die Vertreibung der gesamten Bevölkerung aus ihrem Heimatort, ein grausames Strafergericht vollzogen. So berichten die Chroniken des 17. Jahrhunderts, deren Zuverlässigkeit in diesem Punkt allerdings sowohl von älteren (Pogódin) wie von neueren Forschern (Wernadskij) angezweifelt wird.

Wie dem auch sei, jedenfalls hat der Tod des Knaben Dimítrij sehr schwerwiegende, sich durch Jahrzehnte hinziehende Folgen gehabt. Der Version der Mordkommission (slédstwennoje délo) wurde nicht geglaubt, der Verdacht des Knabenmordes blieb bestehen, und als den eigentlichen Drahtzieher verdächtigte man den am meisten am Tode des Zarewitsch interessierten Reichsverweser Godunów. Die spätere Entwicklung, d.h. die Erhebung Godunóws zum Zaren, die nur infolge von Dimítrijs Tod möglich wurde, schien diesen Verdacht zu rechtfertigen. Nachträglich (1606), nach seinem Tode, ist Godunów auch amtlich zum Mörder erklärt worden; diese Version ging auch in die Volksüberlieferung ein. Einwandfrei geklärt ist aber der Sachverhalt bis heute nicht.

Sieben Jahre darauf starb erbenlos der Zar Fjódor (1598). Damit war Russland vor eine völlig neue, seit den Tagen Rjúriks erstmalig eingetretene Situation gestellt: es musste unabhängig vom Erbrecht ein neuer Zar bestellt werden. Fjódor selbst hatte auf dem Totenbett «alle seine Reiche» in die Hände seiner Frau, der Schwester Godunóws gelegt; sie hatte aber – ohne Zweifel unter dem Einfluss ihres Bruders – auf die Ausübung einer Herrschaft verzichtet und sich in ein Kloster zurückgezogen. Ent-

sprechend der Moskauer Tradition ging die ausübende Gewalt zunächst in die Hände des Oberhauptes der Kirche, d.h. des Patriarchen über. Aber dabei konnte es nicht bleiben. Sowohl die Staatspraxis wie die Staatslehre verlangten neben dem Patriarchen einen Zaren. Die Frage war: wie ihn bestellen? Die Entscheidung fiel dahin, dass das von Grósnjy allerdings zu einem ganz anderen Zweck ausgebaute Institut des Sémskíj Sobór nun dazu aussersehen wurde, einen neuen Zaren zu wählen.

Das war ein für Moskauer Verhältnisse unerhörter Vorgang. Nicht nur, weil der Sémskíj Sobór dadurch ein unverhältnismässig grosses, mit dem bisherigen Moskauer Regierungssystem nicht mehr im Einklang stehendes politisches Gewicht erhielt, sondern weil darin der Ansatz zu einer neuen Staatsidee lag, nämlich der von Grósnjy noch bei jeder Gelegenheit verächtlich gemachten «polnischen» Idee der Berufung eines Fürsten durch Wahl. Die Idee eines Volkszaren (Sémskíj Zar), d.h. eines vom «Volke», faktisch vom Sémskíj Sobór gewählten Herrschers, sollte in der Folgezeit eine sehr grosse Bedeutung gewinnen, und gelegentlich mochte es so scheinen, als sollte das alte autokratische Regierungssystem tatsächlich einem neuen, auf den Sémskíj Sobór gestützten Regime weichen. Dieser Schein trog aber. Auch in der Folgezeit hat sich der Sémskíj Sobór nicht zu einer mit bestimmten Rechten ausgestatteten Vertretungskörperschaft entwickelt und ist keine «Ständevertretung» gewesen, die mit den europäischen Repräsentationen der Stände verglichen werden kann.

Auf dem jetzt (1598) vom Patriarchen zur Wahl eines Zaren einberufenen Sémskíj Sobór nahmen ausser den Bauern alle Schichten der Bevölkerung teil. Nach neuen Berechnungen waren an dieser, 513 Teilnehmer zählenden, Landesversammlung die Geistlichen mit 21,2% vertreten, die Bojaren mit 10,3%, der Dienstadel mit 52%, Kaufleute und Handwerker mit 7% und Prikas-Beamte mit 9,5%. Das Übergewicht des Dienstadels ist daraus klar ersichtlich. Es kandidierte ausser dem Reichsverweser Godunów noch der älteste der fünf Románowbrüder Fjódor. Der Patriarch, der seine Rangerhöhung vor neun Jahren dem Reichsverweser verdankte, setzte sich für Godunów ein, und dieser wurde auch einstimmig gewählt.

Es ist unbestritten, dass zu dieser Wahl die sehr geschickte Regie Godunóws entscheidend beigetragen hat. Einerseits hatte er es verstanden, ohne dabei Geld zu sparen, die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen, dass er auf Grund seiner bisherigen Verdienste – «dank seiner Wahrheit und Gerechtigkeit» – unentbehrlich sei, andererseits hatte er – was in Moskau kein Geheimnis war und seinen Niederschlag auch in zeitgenössischen Darstellungen dieser Vorgänge gefunden hat – das Volk mit sehr drastischen Polizeimassnahmen dazu gezwungen, «mit Tränen und viel Geschrei» ihn als Zaren zu verlangen. «Die Polizisten zwangen die Leute, Tränen zu vergiessen», berichtet der Chronist, «wer nicht weinen wollte, der wurde ohne Gnade geschlagen.»

Godunów hat damals allzu betont versichert, dass er niemals nach der Zarenkrone gestrebt habe und nicht würdig sei, sie anzunehmen. Er hatte sich zu seiner Schwester ins Kloster begeben und sich von einer neuen Deputation bitten lassen, die Krone anzunehmen, während der Patriarch gleichzeitig damit drohte, im Falle einer Ablehnung die Kirchen zu schliessen, so dass von vornherein die ohne

Zweifel richtige Ansicht allgemein war, dass Godunów mit der schliesslichen Annahme der Krone sein ersehntes Ziel erreicht habe.

Im Gegensatz zu Godunóws Wirksamkeit als Reichsverweser stand seine Regierung als Zar unter einem Unstern. Er wurde vom Unglück verfolgt. Es war wie eine Vergeltung für seinen allzu gewandt durchgeführten Griff nach der Krone.

Einen sehr grossen Teil seiner Energie und Arbeitskraft musste er darauf verwenden, sich diese Krone auch zu erhalten: er stellte die fünf Brüder Románow vor Gericht und liess sie nach Nordrussland verbannen; den ältesten und gefährlichsten unter ihnen, seinen Gegenkandidaten bei der Zarenwahl, Fjódor, zwang er, die Mönchskutte zu nehmen. Auch die Fürsten Schújskij, Golízyn und Bélskij, desgleichen potentielle Anwärter auf den Thron und insofern Rivalen, wurden in entlegene Gebiete verbannt. Gleichzeitig bemühte sich Godunów ebenso nachdrücklich wie vergeblich um die Sympathien der kleinen Leute, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Wenn er bei seiner Krönung pathetisch erklärt hatte, in seinem Reich werde es keine armen Menschen geben und er sei bereit,

sein letztes Hemd mit dem Volke zu teilen, so war das nicht nur Deklamation; dahinter stand offenbar ein ehrliches Bemühen um die Hebung des Volkswohlstandes. Er hatte aber das Unglück, dass in seine Regierungszeit drei Jahre nacheinander schwere Missernten fielen (1601, 1602 und 1603), so dass sich eine beängstigende Hungersnot ausbreitete. In dieser Notzeit hat er modern anmutende Hilfsmassnahmen getroffen: Notstandsarbeiten organisiert – der berühmte Glockenturm im Moskauer Kreml, Iwán Welíkij, wurde von Notstandsarbeitern errichtet –, Massenspeisungen veranstaltet und Lebensmittel an Hungernde verteilen lassen. Gleichwohl gelang es ihm nicht, die Volksstimmung zu seinen Gunsten zu wenden und einen inneren Kontakt zu seinen Untertanen zu gewinnen. Er blieb im krassen Gegensatz zu Grósnjy ein dem Volke Fremder auf dem Zarenthron. Während die Moskowiter Iwán dem Schrecklichen erstaunlich viel nachsahen und zu verzeihen geneigt waren, wurde Godunow nichts verziehen; im Gegenteil, es wurde ihm vieles, woran er offenbar völlig unschuldig war, wie z.B. Naturkatastrophen, als Schuld angerechnet.

Unter dem Zwang der Verhältnisse, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und einen weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge zu verhindern, hat auch Godunow die immer grösseren Ausmasse annehmende Flucht der Bauern ins freie Feld mit scharfen Massnahmen bekämpft und damit deren Fesselung an den Boden und die Bindung an den Herrn, d.h. den fortschreitenden Übergang zur Leibeigenschaft gefördert. Schon als Reichsverweser hatte er einen Ukas gegen die Bauernflucht erlassen (1597), und je grösser die Not wurde, umso rigoroser wurde Gewalt angewandt, um die Läuflinge zu ihren Herren zurückzubringen.

Schliesslich entluden sich die vielfachen Spannungen in einer Art Explosion durch das Auftreten des falschen Dimítrij, des sog. Samoswánež (wörtlich: der sich selbst Berufende), der unmittelbar im Anschluss an die Not der Hungerjahre (1603) plötzlich in Südrussland auftauchte und sich als der jüngste den Mördern Godunows angeblich entkommene Sohn Grósnjys ausgab. Die unmittelbare Folge davon war ein offener, von einer polnischen Intervention begleiteter Bürgerkrieg.

Godunóws Ziel, mit rigorosen Massnahmen die Ruhe und Ordnung im Innern und den Frieden nach aussen zu wahren, um dem Reich eine weitere Zeit der Erholung zu gewähren, blieb unerreicht. Er sah sich persönlich wie sachlich gescheitert. Sehr bald nach den ersten Erfolgen des Samoswáneez und unfähig, der sich türmenden Schwierigkeiten Herr zu werden, ist Godunów plötzlich – nach der Überlieferung «aus Seelenerregung» (ot duschéwnych trewog) – gestorben (1605).

### *Der Samoswáneez*

Das Jahrzehnt zwischen den Missernten und der Erhebung der Románows (1603-1613) gehört zu den trübsten Zeiten der Geschichte Russlands. In verhängnisvollster Weise wurde jetzt deutlich, wie stark der moskowitische Staat durch die Regierung Grósnysjs im Innern zerrüttet und nach aussen geschwächt worden war. Während die grossen Nachbarn, Schweden und vor allem Polen, politisch, militärisch und auch dynastisch begannen, unmittelbar in die Gescheicke Moskaus einzugreifen, tobte in Moskowien selbst der offene Bürgerkrieg. Auf der einen Seite wurden die alten Bemühungen um Aufrichtung einer Bojarenherrschaft erneuert, und auf der anderen Seite griffen die unteren Schichten des Volkes in einem bisher nicht gekannten Umfang in den Gang der Entwicklung ein.

Den Anlass gab das Aussterben der Dynastie. Allein deren Existenz hatte, unabhängig von den Qualitäten des Trägers der Krone, dem Moskauer Staat einen sehr starken Rückhalt gegeben. Godunów hatte nicht etwa die Absicht gehabt, die Erbmonarchie abzuschaffen und sie durch eine Wahlmonarchie zu ersetzen, er hatte im Gegenteil gehofft, durch Wahl eine neue Erbdynastie – die seine – an die Stelle der alten zu setzen. Er hat seinen Sohn Fjódor, einen seiner geistigen, charakterlichen und auch physischen Qualitäten wegen von seinen Zeitgenossen sehr gerühmten Jüngling, sorgfältig ausbilden und für die Nachfolge auf den Thron vorbereiten lassen. Die im Volksbewusstsein zweifellos tiefverwurzelte Erbidee wurde aber gegen Godunów von angeblich überlebenden Abkömmlingen der alten Dynastie in Anspruch genom-



men. Ausserdem und nebenbei lebte die Idee eines Sémskij Zar, d.h. eines vom Sémskij Sobór gewählten Monarchen, weiter fort. Für Godunów und seinen Sohn wurde aber nicht etwa das Aufkommen der neuen Wahlidee, sondern gerade das Fortbestehen der alten Erbidee zunächst zur Gefahr und dann zum Verhängnis.

Der Samoswánež erklärte sich zum rechtmässigen Erben, Zarewitsch und Grossfürsten, und erhob als «angeborener Herrscher» den Anspruch auf den Thron seiner Vorfahren. Er erliess einen Aufruf, in dem er «unsere angeborenen Untertanen» ermahnte, sie sollten eingedenk des Eides sein, den sie «durch Küssen des Kreuzes unserem Vater und uns, seinem Nachkommen geschworen» haben und erklärte Godunów zum Verräter, der «gegen den Willen Gottes . . . mit des Teufels Hilfe unser Reich gestohlen» habe. Wer dieser Thronprätendent tatsächlich war, ist bis heute nicht geklärt. Die seinerzeit auch von Wissenschaftlern vertretene These, dass er tatsächlich Gróсныjs Sohn war, lässt sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Nach herrschender Ansicht ist er ein Grossrusse, vielleicht (entsprechend der Version Godunóws) der ehemalige, später Mönch gewordene und aus dem Kloster entsprungene Knecht der Románows, Grischka Otrépjew, gewesen. Jedenfalls verstand er es sehr geschickt, die durch die allgemeine Zerrüttung des Reiches freigewordenen und nach einem Eigengewicht strebenden aufrührerischen Kräfte im eigenen Interesse zu nutzen. Er hat diese keineswegs nur gegen den nach seiner Auffassung unrechtmässigen Zaren Boris, sondern – wie er in einem Aufruf ausdrücklich erklärte – «gegen das Moskowitereich, gegen das ganze russische Zarenreich» mobilisiert. Dabei stützte er sich auf die geschworenen Erbfeinde Moskaus, die Polen.

Mit polnischer finanzieller und materieller Hilfe begann er sein verwegenes Unternehmen. König Sigismund erkannte ihn als Zarewitsch an und gewährte ihm ein Gehalt von 40'000 Sloty, und der Wojewode von Sandomir, Mníšek, eine abenteuerliche Figur, politischer und geschäftlicher Hasardeur grossen Stils, verhalf ihm zu einem Heer. Natürlich hatte er infolgedessen den Interessen des polnischen Staates und denen der katholischen Kirche Rechnung zu tragen. So wurde er auch, ganz auf die Hilfe der Ausländer angewiesen, jedenfalls anfänglich zu einem Werkzeug sowohl pol-

nischer wie katholischer Politik, die ihre Krönung in der Verheiratung Dimítrij's mit der Tochter Mníszecks, Marýna, finden sollte. Auch seine geschickte Propaganda, nach der sein Kampf um den Thron eine rein innerrussische Angelegenheit sei, konnte über die Tatsache einer ausländischen Intervention nicht hinwegtäuschen, ebensowenig, dass die polnischen Truppen ohne formelle Kriegserklärung unter der Flagge des Samoswáneez den Marsch nach Moskau antraten.

Selbstverständlich appellierte Dimítrij bei seinem Unternehmen nicht an die Grossen des Reiches, sondern, ohne die Bojaren überhaupt zu erwähnen, an die Massen, an «alle im Staatsdienst stehenden Leute», unter denen die Schreiber besonders erwähnt wurden, aber ebenso an die Kaufleute und Krämer und ausdrücklich an das gemeine Volk. Mit diesem Appell an die Masse der Unzufriedenen – wer war nach den schweren Notzeiten des Hungers und des Terrors schon zufrieden! – hatte er durchschlagenden Erfolg, sowohl bei den immer zu Unruhen bereiten Kosaken, wie auch bei vielen Dienstmannen und schliesslich selbst bei den Bojaren, die sich unter Führung Wassílij Schújskijs die Bewegung im eigenen Interesse zunutze machen wollten, um den verhassten Godunów zu beseitigen. Diese entfachten in Moskau einen Aufstand zugunsten des «echten» und «guten» Zaren Dimítrij. So gelang es dem Samoswáneez erstaunlich leicht, fast ohne Widerstand und getragen von unklaren Hoffnungen und illusionären Erwartungen des Volkes, über Kiew, Orjol und Tula nach Moskau vorzudringen. Im Juli 1605 zog er mit seinen Kosaken und Polen siegreich durch die von innen geöffneten Tore in die Stadt ein.

Die kurze Regierung Dimítrij's war, sowohl vom Persönlichen wie vom Sachlichen her, erfüllt von Dramatik und Romantik – ein höchst dankbarer Stoff für einen Dichter. Für die Geschichte Russlands ist sie nur als Fremdherrschaft interessant. Sie begann mit der theatralischen, jedenfalls wider besseres Wissen abgegebenen öffentlichen Erklärung der Witwe Grósnyjs, die ihre Rolle vorzüglich spielte, dass Dimítrij ihr Sohn sei. Daran schloss sich nicht minder theatralisch der Sturz der Godunóws: der inzwischen zum Zaren gekrönte Fjódor Godunów wurde ermordet, die Leiche seines Vaters exhumiert und geschändet, und die als besonders

schön und reizvoll geschilderte Xénia Godunówa wurde eingesperrt und nach der Überlieferung von Dimítrij persönlich vergewaltigt. Die Gegner Godunóws aus dem Bojarenadel wurden begnadigt und aus der Verbannung zurückgeholt, was historisch insofern wichtig wurde, als auch die Gebrüder Románow, soweit sie noch lebten, dazu gehörten. Der älteste, Fjódor – er nannte sich jetzt Filarét – wurde zum Metropolit von Rostow ernannt.

Seinen auf die Gewinnung der breiten Masse gerichteten Kurs setzte Dimítrij nicht weniger theatralisch und ohne jede Rücksicht auf Staatsnotwendigkeiten – und auf die Staatsfinanzen! – fort. Er hatte allen Wohlstand versprochen; jetzt verdoppelte er die Gehälter der Beamten und die Besoldung der Armee, annullierte auf der einen Seite die Schulden der Kleinen und gewährte auf der anderen Seite den Grossen freigebig Privilegien. Pausenlos wurden Feste gefeiert. Gleichwohl blieb der erhoffte Erfolg in Bezug auf die Volksstimmung aus.

Bezeichnenderweise wurde Dimítrij, wie die Quellen lehren, von seinen russischen Zeitgenossen viel abfälliger beurteilt als von den ausländischen. Zwar haben auch Ausländer ihn einen «argen Schalk», spitzfindig und einen grossen Schwarzkünstler genannt, aber sein Verstand, sein diplomatisches Geschick, sein Scharfsinn und seine Bildung wurden gelobt. In den russischen Quellen liest man davon nichts. Das erklärt sich dadurch, dass Dimítrij sowohl als Typus, wie durch sein äusseres Gehaben, seine Kleidung und seine Lebensführung fremd wirkte und abgelehnt wurde. Ausdrücklich wird überliefert, dass er wider alle russische Tradition am Nachmittag nicht schlief, sondern höchst provokatorisch und ohne Sinn für Würde in der Stadt ohne Gefolge spazieren ging.

Zwar hat er versucht, sobald er zum Zaren gekrönt war, sich von seinen polnischen und katholischen Helfern zu emanzipieren und ihnen gegenüber seine Selbständigkeit zu wahren. Er erfüllte weder die Erwartungen des polnischen Königs auf territoriale Abtretungen zu dessen Gunsten, noch die Erwartungen der katholischen Kirche auf den Beginn einer Bekehrung der Russen. Damit hatte Dimítrij aber nur seine ausländischen Protektoren verärgert, ohne die Sympathien der Russen zu gewinnen. Dabei zeigte er allerdings einen bemerkenswerten Mangel an Augenmass für sich

selbst und für seine realen Möglichkeiten. Der sonst so gewandte Mann erwies sich als psychologisch in hohem Grade instinktlos, indem er sich nicht nur äusserlich als Pole gab, sondern in grosser Zahl Polen, darunter auch viele Jesuiten, an seinen Hof zog, sie betont bevorzugte und damit bald in allen russischen Kreisen Ärgernis oder Empörung erregte. Umso mehr, als er an seinen Heiratsplänen mit der katholischen Marýna Mníšek festhielt.

Diese Polin, als Frau eine sehr attraktive Erscheinung – jung, schön, geschickt –, hat als Politikerin im Verein mit ihrem skrupellosen Vater sehr nüchtern und unsentimental, schliesslich mit geradezu verblendeter Zähigkeit vergeblich jenem grossen Ziel nachgejagt, das anderthalb Jahrhunderte später eine persönlich viel weniger attraktive, aber umso klügere und robustere Deutsche erreichen sollte, nämlich gekrönte Zarin von Russland zu werden. Schon ihre Verlobung mit dem abstossend hässlichen Samoswáne hatte sie vom Erfolg seines Kampfes um den Thron abhängig gemacht. Nachdem er Zar geworden war, bestand sie auf der Heirat. Die sich dadurch bietende Chance nutzte die vatikanische Politik zu einer gesteigerten Aktivität. Anlässlich der Hochzeit (1606) schrieb Papst Paul V. an Dimítrij: «Caesar ac Magnus Dux, Dominus et Rex. Wir zweifeln nicht, dass Du, weil Du von dieser ausgezeichneten, in einem frommen katholischen Hause geborenen und erzogenen Frau Söhne haben willst, auch das moskowitische Volk in den Schoss der römischen Kirche führen wollest, da die Völker unabweislich ihre Herrscher und Führer nachahmen müssen.»

Inzwischen hatte sich aber eine von Wassilij Schújskij geführte antipolnische Verschwörung gebildet. Eine Woche nach seiner Hochzeit wurde Dimítrij in seinem Schloss überwältigt und ermordet. Seine Leiche wurde verbrannt und die Asche mit einer Kanone in die Richtung abgeschossen, von der er gekommen war. Marýna blieb am Leben und gab ihre ehrgeizigen Pläne nicht auf, umso weniger, als sie einen Sohn bekam, den sie als legitimen Thronerben betrachtete.

Die Episode des falschen Dimítrij war nur kurz. Seine kaum ein Jahr währende Regierung hat direkt keine Spuren hinterlassen. Indirekt hat sie aber jene Kräfte und Bewegungen ausgelöst, die noch lange Zeit das Moskauer Reich erschüttern sollten.

## *Volkskriege und Fremdherrschaft*

In Moskau setzte nach Dimítrijs Tod zunächst eine bojarische Reaktion ein. Die in den letzten Jahrzehnten so schwer angeschlagene, in ihrem Personenbestand bis an die Grenze der Ausrottung dezimierte, ihres ehemals riesigen materiellen Rückhalts weitgehend beraubte, ihres politischen Einflusses systematisch entkleidete und zudem noch durch persönliche Gegensätze und Rivalitäten innerlich zerrissene Bojarenaristokratie bäumte sich noch einmal im verzweifelten Versuch auf, die ehemalige Machtstellung zurückzugewinnen. Sie erwies sich gleichzeitig lebenskräftig und fruchtbar genug, um in dieser Zeit allgemeinen Niedergangs und moralischen Verfalls einzelne Persönlichkeiten hervorzubringen, die, über das allgemeine Niveau hoch herausragend, zu Zentralfiguren bei der Überwindung dieser Zustände und bei der nationalen Regeneration wurden. So der junge Fürst Skopin-Schújskij, der Fürst Poshárskij und der Patriarch Filarét.

Zunächst kamen diese Einzelpersonen aber nicht zum Zuge. Nach Dimítrijs Tod blieb nichts anderes übrig, als einen neuen Zaren auf dem Wege der Wahl zu bestimmen. Die Bojaren kamen aber einer echten Wahl zuvor und erhoben, ohne einen ordentlichen Sémskij Sobbr einzuberufen, durch Akklamation einer auf dem Roten Platz vor dem Kreml versammelten Menge den ehrgeizigen und geschickten, aber wetterwendischen, unzuverlässigen und um der eigenen Erhöhung willen zu allen Kompromissen bereiten Bojaren Wassílij Schújskij auf den Thron. Gleichzeitig versuchten sie, eine bojarenfeindliche Regierungsführung im Sinne Grósnysjs und Godunóws zu unterbinden. Sie verpflichteten Schújskij durch einen Eid, ohne Einwilligung der Bojaren keinen Menschen dem Tod zu überliefern, keinem Unschuldigen das Erbgut, Hof oder Vermögen fortzunehmen, niemanden ohne Schuld zu verbannen oder in Ungnade fallen zu lassen und den Feinden auszuliefern und unbewiesenen Denunziationen keinen Glauben zu schenken.

Schújskij hat diesen Eid geschworen, aber sich später nicht an ihn gehalten. Zum Zaren erhoben und übereilt gekrönt – ohne erst die Ankunft des neuernannten Patriarchen zu erwarten – ver-

suchte auch Schújskij nach dem Bilde seiner Vorgänger durch einen Appell an die Massen und ohne Rücksicht auf die Interessen der Bojaren, sich im Volke einen Rückhalt zu schaffen. Er hatte damit gar keinen Erfolg. Denn das Volk sah in ihm, obgleich er sich nachdrücklich auf seine Abstammung von Rjúrik berief und sich Grósnys These über die Abstammung der Rjúrikiden von römischen Kaisern zu eigen machte, durchaus nicht den rechtmässigen Zaren, sondern zutreffend einen Exponenten der verhassten Schicht der Bojaren oder schlechthin der Reichen oder der grossen Herren.

Das Schwergewicht der politischen Entwicklung und damit das Gesetz des Handelns ging nun von der Regierung in die Hände jener über, die sich in fortgesetztem Aufbegehren gegen sie wandten. Die daraus erwachsenen blutigen Kämpfe werden von der sowjetischen Geschichtsschreibung als Bauernkriege und als stärkster Ausdruck des Klassenkampfes im 17. Jahrhundert bezeichnet. Wenn auch, wie bei dem Unternehmen des Samoswánež, das soziale Moment eine ausdrücklich betonte Rolle gespielt hat, so war doch die Frontbildung in diesem Bürgerkrieg durch sehr verschiedene, z.T. rein politische, auch persönliche und keineswegs klassenmässig bedingte Gegensätze gekennzeichnet.

An der Aufstandsbewegung gegen Schújskij waren von Anfang an auch Bojaren, die sich zurückgesetzt sahen, oder persönliche Gegner des Zaren beteiligt; eine grosse Rolle spielten dabei einige ehrgeizige und mit der Entwicklung der Dinge unzufriedene Vertreter des Dienstadels. Die Masse bestand aber aus aufrührerischen Bauern und einer wachsenden Zahl ausserhalb der sozialen Ordnung stehender anarchistischer, z.T. einfach verbrecherischer Elemente, einer Bande, die von den Zeitgenossen treffend *prestupnyj sbrod* genannt wurde. Gleichwohl war dieser Aufruhr bezeichnenderweise nicht gegen das Zarentum gerichtet. Das den so heterogenen Elementen gemeinsame Ziel war im Gegenteil die Wiederherstellung des Zarentums, die Inthronisierung eines «rechtmässigen» oder «guten» Zaren; die Führer der Aufständischen erhoben selbst Anspruch auf den Thron. Vierzehn solcher Thronprätendenten sind uns namentlich bekannt, aber nur zwei gewannen grössere Bedeutung: ein zweiter falscher Dimítrij und ein sogenannter Zarewitsch Pjotr, der behauptete, ein Sohn des

schwachsinnigen Zaren Fjódor zu sein. Häufig gewannen aber im Verlaufe des Bürgerkrieges einzelne fähige Anführer, die für die Prätendenten kämpften, grössere Bedeutung als die falschen Prätendenten selbst.

Der historisch wichtigste und persönlich interessanteste von ihnen war Iwáschka Bolótnikow. Bolótnikow ist eine jener in der Geschichte Russlands immer wieder auftretenden Gestalten, die, aus den dunklen Tiefen des Volkes durch Tatkraft, Begabung und Glück emporgekommen, zur Personifizierung jenes typisch russischen Freiheitsideals wurden, das, vom abendländischen Freiheitsideal sehr verschieden, vorwiegend anarchistischen Charakter trägt.

Es ist damit das in der Steppe beheimatete, von den Kosaken gepflegte und verherrlichte Ideal einer Freiheit nicht in der Gesellschaft, sondern von der Gesellschaft gemeint. Für diesen Zustand gibt es im Russischen ein besonderes Wort – wólja, im Unterschied zu swoboda als Bezeichnung des liberalen Freiheitsbegriffes. Dieses anarchistische Freiheitsideal hat der ganzen russischen Freiheits- und Revolutionsbewegung bis in das 20. Jahrhundert hinein seinen Stempel aufgedrückt und sogar im radikalen Marxismus, z.B. bei Lenin, seine unverkennbaren Spuren hinterlassen. Es ist das ein wesentlich negativ bestimmtes Aufbegehren gegen staatlichen Zwang und staatliche Ordnung an sich, ohne eigentliche positive Zielsetzung. Es brach im Laufe der Jahrhunderte immer wieder wie ein Naturereignis über Russland herein. Solche mehr spontane als organisierte und deshalb auch nicht als Revolution zu bezeichnende Aufstandsbewegungen konnten mit grosser Geschwindigkeit ungeheure Ausmasse sowohl an territorialer Ausdehnung wie an personeller Beteiligung annehmen. An der Spitze der Reihe, die über Rásin und Pugatschów zu den grossen Revolutionären der jüngsten russischen Geschichte führt, stand Bolótnikow.

Selbst ein ehemaliger Cholóp, der zu den Kosaken geflohen, von den Tataren gefangengenommen und den Türken als Galeerensklave verkauft worden war, um nach abenteuerlicher Flucht über Venedig und Polen wieder im Süden Russlands zu erscheinen, entfachte er in der Zeit der allgemeinen Auflösung eine sich schnell ausbreitende Aufstandsbewegung im Namen eines imaginären

«echten» Zaren. Seiner Bewegung haben sich auch andere Abenteuerer angeschlossen. So der Zarewitsch Pjotr, der wie Bolótnikow sich in erster Linie auf Kosaken und Bauern stützte und das ganze Gebiet der unteren und mittleren Wolga durchschweift und unsicher gemacht hatte, wie auch die einer politisch wie sozial ganz anderen Sphäre, nämlich dem Dienstadel, entstammenden Brüder Prokop und Sachár Ljapunow. Während Bolótnikows Parole ebenso billig wie zugkräftig lautete: die Armen sollen reich und die Reichen sollen arm werden, oder einfach: die Herren totschlagen und rauben (ubiwatj gospod i grabitj) – durchaus vergleichbar mit der Leninschen Parole aus der ersten Zeit seiner Revolution: grabj nagrabennoje (raub das Geraubte) – hatten die Ljapunows immerhin ein konkretes soziales Programm im Interesse des Dienstadels, das im Gegensatz zu den Interessen der Bauern stand. Das Ziel dieser revoltierenden Kleinadligen war die materielle Sicherstellung der Kriegsdienstleute. Nach ihrem Reformplan sollten die Güter der nicht im Heer Dienenden zugunsten der kleinen und durch den Krieg ruinierten Dienstleute konfisziert werden; nur der Besitz der Gefallenen und Kriegsgefangenen sollte unangetastet bleiben. Die Kriegsdienst leistenden Kosaken sollten nach diesem Programm durch Aufnahme in den Stand der Dienstleute in die soziale Ordnung eingegliedert werden. Die gegen die bäuerlichen Läuflinge und auf deren Fesselung an den Boden und den Herrn abzielende Politik wurde in diesem Reformplan ausdrücklich gebilligt.

Daraus ergaben sich naturgemäss unüberbrückbare Gegensätze zu Bolótnikow und zu seinen Leuten mit ihrem anarchistischen Freiheitsideal, so dass es zu einem Bruch kam. Während Bolotnikows Kriegführung sich zu reinen Raub- und Plünderungszügen auswuchs, setzten sich die Mannschaften des Dienstadels unter Prokop Ljapunóws Führung von ihm ab und gingen schliesslich auf die Seite des Zaren Wassílij Schújskij über. Militärisch war der Zar dadurch gerettet. Bolótnikow wurde besiegt, geblendet und ertränkt. Zarewitsch Pjotr wurde gehängt (1607).

Die Unruhen waren damit aber nicht beendet. Die Polen hatten nach dem Fiasko des falschen Dimítrij ihre so hoffnungsreich begonnene Interventionspolitik nicht aufgeben wollen und bemüht



ten sich nun, die russischen Wirren im eigenen Interesse zu nutzen. Zunächst hielten sie noch an der Methode einer, durch eine zarische Marionette getarnten, Intervention fest. Reichlich phantasielos begannen sie das gleiche Spiel, das sie eben verloren hatten, aufs neue. Zwar nicht offiziell, wohl aber faktisch, zogen polnische Söldnerführer und Magnaten – Jan Sapieha, Lissowski, Rosyński –, selbstverständlich mit Einwilligung ihres Königs, ein neues militärisches Unternehmen auf, mit einem neuen falschen Dimítrij an der Spitze. Wie im Falle des ersten Dimítrij musste auch im Falle des zweiten eine Frau seine Echtheit feierlich bezeugen. Dieses Mal nicht die Mutter, sondern die Ehefrau Marýna Mníszek, die zu diesem Zweck in das Lager des Thronprätendenten geholt wurde. Politische Skrupel hat die ehrgeizige Frau, die in ihrem Söhnchen den künftigen Zaren von Russland sah, dabei nicht gehabt, aber wohl religiöse: obwohl sie die Identität des zweiten Dimítrij mit ihrem Mann bezeugt hatte, bestand sie, sich damit selbst Lügen strafend, auf einer förmlichen Trauung.

Wer dieser zweite Samoswánež war, ist unbekannt geblieben. Nur sehr wenige dürften an seine Echtheit geglaubt haben, und bald wurde er, zunächst von seinen Gegnern und nach seinem Sturz – bis auf den heutigen Tag – auch allgemein, sogar von den Sowjets, kurz und schlicht als «wor» (d.h. Räuber oder Gauner) bezeichnet. Gleichwohl hatte er erstaunlich grossen Erfolg.

Zu ihm strömten jetzt im Wesentlichen die gleichen Elemente, die auch hinter Bolótnikow gestanden hatten. Regional fiel ihm so gut wie der ganze Süden zu. Militärisch war er dank seiner starken polnischen Kontingente für Schújskij weitaus gefährlicher als Bolótnikow es je gewesen war. Bei seinem Vormarsch auf Moskau über Kosjolsk, Kaluga, Moshajsk gelangte er bis zum Dorf Túschino, nur wenige Kilometer von Moskau entfernt, und begann dort als Zar in prächtiger Hofhaltung zu residieren. Um sein Prestige zu heben, holte sich der Gauner, z.T. mit Gewalt, z.T. durch Versprechen, auch einige führende Aristokraten, die als Gegner Schújskij's bekannt waren, an seinen Hof, so unter anderen den Metropoliten Filarét, den der Gauner von Túschino nun zum Patriarchen erhob.

Mit seinem Heer konnte er Moskau fast ganz umzingeln. Die Polen unter dem Fürsten Sapieha begannen bereits, das Troiza-Kloster nordöstlich von Moskau zu belagern. Damit war seinen militärischen Erfolgen allerdings eine Grenze gesetzt, denn das stark befestigte und mit Lebensmitteln reichlich versorgte Kloster verteidigte sich mit Erfolg. So konnte sich auch Moskau halten.

Aber eine Entscheidung fiel nicht. Fast zweieinhalb Jahre lang (vom Herbst 1607 bis Frühling 1610) bestand das Nebeneinander zweier zarischer Hofhaltungen fort – Schújskij in Moskau und der Gauner in Túschino. Dieser unhaltbare Zustand führte dazu, dass mit Ausnahme der Polen, die natürlich ihre eigenen Ziele verfolgten, schliesslich niemand mehr wusste, wohin er gehörte und zu wem er sich schlagen sollte, ein deutliches Zeichen dafür, dass es sich hier nicht um einen Klassenkampf handelte. Es kam zu einem fortgesetzten Hinüberwechseln sowohl von Dienstleuten wie von Bojaren, wie auch von anderen Kriegern von der einen Seite zur anderen und wieder zurück, mit dem offenbaren egoistischen Ziel, nicht etwa zu siegen, sondern einfach zu überdauern und sich für alle Fälle nach allen Seiten hin rückzuversichern. Die Zeitgenossen nannten das treffend Sinneswanken – schatanije umow.

Damals hatte Schújskij, unfähig, der Situation Herr zu werden oder sie zu beenden, sich entschlossen, die ihm von einer anderen auswärtigen Macht, dem erbitterten Feind und Rivalen der Polen, nämlich von Schweden angebotene Hilfe anzunehmen. Der russische Zar verzichtete dabei ausdrücklich auf das grosse aussenpolitische Ziel Iwáns III. und Grusnyjs, nämlich auf alle Ansprüche auf Livland; darauf schichten die Schweden ein Korps unter Jacob de la Gardie zur Entsetzung Moskaus.

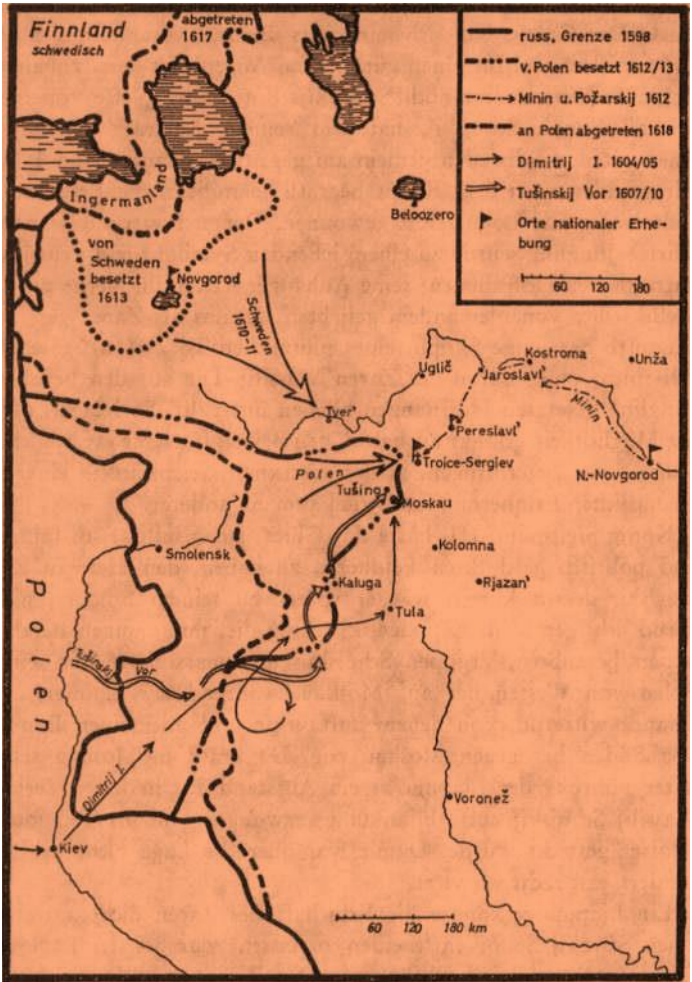
Die Folgen waren für die Russen sehr schwer, denn dadurch wurde der durch den Bürgerkrieg zerrissene moskowitzische Staat zu einem Objekt im Kampfe der Polen und Schweden um die Vorherrschaft in Nordosteuropa. Nachdem die Schweden ohne Mühe zuerst das Troiza-Kloster entsetzt und dann Moskau besetzt hatten, sahen die Polen sich veranlasst, nun endlich auch offen und unter Verzicht auf eine zarische Marionette ihr Ziel zu verfolgen: sie erklärten jetzt dem Zaren Wassílij den Krieg. Das hatte zur Folge,

dass die Polen sich am Gauner von Tuschino desinteressierten, ihre Truppen von ihm abzogen und unter eigenen Fahnen weiterkämpften. Zunächst machten sie sich an die Belagerung von Smolensk. Der Gauner sah sich seinerseits dadurch veranlasst, sich zurückzuziehen und für einen günstigeren Augenblick bereitzuhalten.

In Moskau regierte noch Schújskij. Ein junger Neffe von ihm, Michail Skopin-Schújskij, hatte in seinem Auftrag als Führer eines mit den Schweden gemeinsam gegen den Gauner und Polen kämpfenden russischen Korps beachtliche militärische Erfolge erzielt und grosse Popularität gewonnen. Der erst vierundzwanzigjährige Jüngling wurde zu einem lebenden Symbol für die russisch-patriotischen Hoffnungen; seine Anhänger hätten ihn gerne an der Stelle seines von niemandem geliebten Oheims als Zaren gesehen. Da starb der junge Skópin eines plötzlichen Todes (1610), jedenfalls nicht ohne Zutun des Zaren Wassilij. Die auf den begabten Jüngling gesetzten Hoffnungen blieben unerfüllt. So lebt er, ohne die Möglichkeit erlangt zu haben, den Beweis für seine tatsächlichen Fähigkeiten zu erbringen, in der russischen Geschichte in einer so freundlichen Erinnerung fort, wie kaum ein anderer.

König Sigismund III. hatte das Glück, einen militärisch fähigen und politisch geschickten Feldherrn zu haben, den Hetman Zolkiéwski, dessen klugen Rat er später zu seinem Schaden nicht berücksichtigen sollte. Zolkiéwski schlug die, ihres jungen Befehlshabers beraubten, Truppen Schújskij's und marschierte mit seinen Polen von Westen her auf Moskau, während der Gauner, eine Chance witternd, von Neuem auftauchte und mit seinen Banden von Süden her gegen Moskau zog. Da brach in Moskau selbst unter Führung der Ljapunóws ein Aufstand aus, in dessen Verlauf Wassilij Schújskij zur Abdankung gezwungen und ins Tschúdow-Kloster gesteckt wurde. Damit war aber die Lage nicht geklärt, sondern erst recht verwirrt.

Ein Ljapunow konnte die Erbschaft des Zaren nicht antreten; einen Sémskij Sobór entscheiden zu lassen, war bei der Lage der Dinge praktisch undurchführbar. Die Bojarenaristokratie hoffte immer noch, sich an der Macht zu halten, und ein Gremium von sieben Bojaren (semibojarschtschina) versuchte vergeblich, die Regierungsgewalt in die Hände zu nehmen. Auch die hohe Geist-



Polnische und schwedische Interventionen im 17. Jahrhundert.

lichkeit schaltete sich ein und präsentierte ihre Thronkandidaten. Dabei wurde erstmalig neben dem Fürsten Wassílij Golízyn auch der Name des vierzehnjährigen Michaíl Románow genannt. Die polnisch Orientierten wollten einen polnischen Prinzen – den Thronfolger Wladysláv – auf dem Zarenthron sehen, die schwedisch Orientierten einen schwedischen Prinzen – den Königssohn Gustav Adolf – und das niedere Volk hielt zum Gauner von Túschino.

In dieser Situation entschied die reale Macht, und die hatten die Polen. Nachdem die Schweden inzwischen aus Moskau abgezogen waren, sich dafür aber Nówgorods bemächtigt hatten, rückte Zolkiéwski in Moskau ein. Wieder waren die Polen die faktischen Herren im Kreml.

Unter diesen Umständen blieb nur noch die polnische Kandidatur für den Zarenthron aktuell. Schon vorher (Februar 1610) hatte König Sigismund mit den von der polnischen Hilfe abhängigen Aufständischen einen Vertrag über die künftige Thronbesteigung seines Sohnes Wladysláv geschlossen. Auch hierbei wurde russischerseits der Versuch gemacht, sich gegen eine Willkürherrschaft zu sichern, und der künftige Zar wurde verpflichtet, keinerlei Änderungen im Gerichtswesen oder Neuerungen in der Gesetzgebung ohne Zustimmung der Bojarenduma und des Sémskíj Sobór vorzunehmen. Auch war ausdrücklich festgelegt worden, dass das moskowitische und polnische Reich voneinander unabhängig bleiben sollten; den Bauern dürfte nicht gestattet werden, von einem Reich in das andere abzuwandern. Jetzt holte Zolkiéwski diesen Vertrag hervor und verlangte die Wahl Wladysláws. Da es nicht möglich war, einen ordentlichen Séi iskij Sobór einzuberufen – der Gauner stand immer noch vor den Toren Moskaus –, so wurde aus der Moskauer Bevölkerung allein eine Schar zusammengerufen, und der polnische Prinz wurde gewählt. In den Vertrag wurde zusätzlich die Bestimmung aufgenommen, dass der neugewählte Zar zum griechisch-orthodoxen Glauben übertreten müsse. Anschliessend wurden die Moskowiter auf Wladysláv vereidigt (August 1610). Als Dank dafür vertrieb Zolkiéwski mit seinen intakten Truppen den Gauner, der bald darauf von einem seiner Leute ermordet wurde (Dezember 1610).

Die Lage, die sich durch diese Entwicklung für Moskau ergeben hatte, war geradezu katastrophal. Weder früher noch später war die Selbständigkeit, ja die Existenz des moskowitischen Staates so gefährdet wie damals. Die Polen hatten den ganzen Westen Russlands bis über Smolénsk hinaus bereits annektiert; nördlich davon bis über Nówgorod hinaus hielten die Schweden das russische Land besetzt (vgl. Karte). Die inneren Verhältnisse waren so zerrüttet, dass nichts mehr vorhanden zu sein schien, was dem polnischen Herrschaftswillen entgegengesetzt werden konnte. Die russischen Forderungen den Polen gegenüber beschränkten sich darauf, nur das Mindestmass an nationaler und kirchlicher Eigenständigkeit sicherzustellen, um dem Schicksal einer Polonisierung und Katholisierung, wie sie im litauischen Russland bereits geschehen war, zu entgehen. Aussenpolitische Forderungen konnten überhaupt nicht geltend gemacht werden. Zwar war der zum Zaren gewählte polnische Prinz noch ein Knabe, so dass die Bojaren sich an die trügerische Hoffnung klammerten, er würde ein Werkzeug in ihren Händen bleiben. Die entscheidende Tatsache blieb aber die Anwesenheit Zolkiéwskis und seiner Truppen im Kreml.

Wäre damals der polnische König der Lage gewachsen und fähig gewesen, die Situation im polnischen Interesse zu nutzen, hätte er z.B. sich zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Schweden auf Kosten des darniederliegenden Moskau entschlossen – wie es anderthalb Jahrhunderte später Russland und die deutschen Grossmächte Polen gegenüber tun sollten –, die Folgen wären für Moskau und Russland unabsehbar gewesen. Die Lage im russischen Lande selbst war so trostlos, dass der Chronist darüber schrieb: «Die Wohnungen der Menschen waren wie Zufluchtsstätten von Tieren. Wilde Tiere spazierten frei (guljali) auf den Plätzen der Städte. Die Menschen lösten die Tiere in den Wäldern und ihren Höhlen ab und suchten die Dunkelheit. Die Jagd auf wilde Tiere wurde durch die Jagd auf Menschen ersetzt...»

Zum Glück der Russen hat König Sigismund es aber nicht verstanden, die günstigen Chancen zu nutzen, wahrscheinlich nicht einmal sie als solche zu erkennen. Wie vorher dem falschen Dimítrij, so fehlte auch ihm das richtige Augenmass für sich selbst

und vor allem jedes Vermögen, die Gefühle und damit die Reaktionen der Russen richtig einzuschätzen. Er glaubte sich stark genug, um sich über die Vertragsbestimmungen hinwegsetzen und die unmittelbare Unterstellung Moskaus unter seine Herrschaft erzwingen zu können. Trotz der Warnungen des klugen, die Verhältnisse viel klarer überschauenden Zolkiéwski gab Sigismund seinen Wunsch bekannt, selbst den Moskauer Thron zu besteigen und verbot gleichzeitig seinem Sohn den Übertritt zum orthodoxen Glauben. Der polnische König begann bereits vor Smolensk, wo sich sein Kriegslager befand, die Russen auf sich vereidigen zu lassen.

Von diesem vertragswidrigen Vorgehen überzeugte sich bald eine grosse, tausendzweihundert Personen zählende russische Gesandtschaft, die zu Sigismund geschickt worden war, um die im Vertrag niedergelegten Bedingungen zu realisieren. Zu dieser Gesandtschaft gehörte auch der Patriarch Filarét. Das hatte der geschickte Zolkiéwski veranlasst, um die für den polnischen Kandidaten gefährlichsten Rivalen aus Moskau zu entfernen. An der Sturheit des Königs Sigismund, der auch der Gesandtschaft gegenüber auf seinen vertragswidrigen Absichten bestand und versuchte, mit Hilfe von Geld und Gewalt sein Ziel zu erreichen – einige Glieder der Gesandtschaft wurden kurzerhand verhaftet –, zerbrach aber die Diplomatie Zolkiéwskis. Darüber erbittert, nahm dieser seinen Abschied und reiste nach Warschau; gewissermassen als Beleg seiner

Erfolge brachte er den abgesetzten Zaren Wassílij Schújskij mit, der bald in polnischer Gefangenschaft starb (1612).

König Sigismund hat durch sein Verhalten der polnischen Sache nur geschadet und der russischen sehr genützt. Die Verhandlungen mit der grossen Gesandtschaft führten zu keinem Ergebnis, sondern verschärften im Gegenteil noch die Situation. Der zum Zaren gewählte Wladysláv hat, von seinem Vater im Stich gelassen, den russischen Thron nie bestiegen. Aber auch Sigismund setzte seine eigene Kandidatur nicht durch. In Moskau kam es nach der Abreise Zolkiéwskis zu fortgesetzten Konflikten mit den polnischen Besatzungstruppen, und bei der russischen Bevölkerung, die sich von den Polen betrogen und durch ihre Truppen fortgesetzt provoziert fühlte, setzte ein Stimmungsumschwung ein, der, zunächst durch

mancherlei innere und äussere Widerstände gehemmt, allmählich doch zu einer Vereinheitlichung der zeitweise so weit auseinandergehenden Ziele, Wünsche und Hoffnungen führte und schliesslich in eine echte nationale Erhebung einmündete.

### *Nationale Erhebung*

Zum geistigen Führer dieses Stimmungsumschwunges machte sich der Patriarch Germogén (Hermogen). In Sendschreiben, die er verbreiten liess, rief er zum Schutze des Glaubens und zum bewaffneten Widerstand gegen die Polen auf. Sein Appell fand Widerhall. Es machten sich jetzt ehrliche Bemühungen geltend, die alten Gegensätze und Feindschaften zu überwinden, zumindest zu überbrücken, um zu einer einheitlichen Befreiungsaktion zu kommen. Aber zunächst waren die Widerstände dagegen immer noch stärker und scheinbar auch unüberwindlich.

Zu den Polen hielt nur noch ein Teil der Bojaren. Diese «Kollaborateure» büssten aber infolge der angefachten antipolnischen Animosität jegliches Ansehen ein. Und die Befreiungsbewegung richtete sich jetzt gleichermassen gegen die Polen wie gegen die zu ihnen haltenden Bojaren. Viel schwerer wogen die älteren, wie wir sahen, z.T. sehr realen Interessengegensätze zwischen den drei deutlich voneinander unterschiedenen Gruppen, die zu einer Beteiligung an der Befreiungsaktion aufgerufen waren, dem Dienstadel, dem sesshaften Bauerntum und den Kosaken. Immerhin gelang es, wenigstens vorübergehend, diese drei Gruppen unter den Befreiungsparolen Germogéns zusammenzuführen. Es wurde ein Triumvirat aus je einem Vertreter jeder Gruppe gebildet – dem kleinadligen Prokóp Ljapunów, dem sich zu den Túschinoern haltenden Fürsten D. Trubezkój und dem Kosakenhetman Saruzkij; diesem Triumvirat wurde die Führung der Aktion übertragen. Zu dieser Koalition gesellte sich noch, glühend vor Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis und unbekümmert weiter nach der Zarenkrone verlangend, Marýna Mm'szek mit ihrem Söhnchen. Da ein neuer Thronprätendent für eine eheliche Verbindung nicht mehr zur Verfügung stand, heiratete sie jetzt Sarúzkij.



Ohne eine wirkliche Einheitlichkeit unter den Aufständischen erzielt zu haben, gehemmt durch das Misstrauen der verschiedenen Gruppen gegeneinander und militärisch schlecht vorbereitet, machte sich die Truppe gleichwohl an die Eroberung und Befreiung Moskaus (1611). Der Versuch schlug fehl. Die verhältnismässig kleine, aber gut geführte und im fremden Lande sehr rücksichtslos vorgehende polnische Besatzungstruppe in Moskau äscherte die äusseren weit ausgedehnten und schlecht zu verteidigenden «Ringe» der Stadt ein – Moskau ist städtebaulich in mehreren sich um den Kreml als Kern schliessenden Ringen angelegt – verteidigte nur die beiden inneren Ringe, den Kreml und Kitajgorod, und schlug die Angreifer zurück. Bald darauf zerfiel die gemeinsame Front der Aufständischen, und die Truppe löste sich wieder in ihre Bestandteile auf. Ljapunów wurde von den mit ihm verbündeten Kosaken ermordet, seine Mannschaften zogen sich von der Aktion zurück, und Trubezkój und Sarúzkij, die sich nunmehr Reichsverweser nannten, erwiesen sich unfähig, ein erneutes Abgleiten ihres Unternehmens in ein wildes anarchisches Rauben und Plündern zu verhindern.

Die äusseren Verhältnisse waren nicht weniger trostlos. Sigismund von Polen hatte inzwischen Smolensk erobert und annektiert. Die Schweden verlangten von den Nówgorodern vertraglich, einen schwedischen Prinzen als Zaren anzuerkennen, und die Kosaken im Südosten spielten mit dem Gedanken eines eigenen Reiches unter persischer oder türkischer Oberhoheit.

Gleichwohl wirkte der einmal gemachte Ansatz zur Erhebung weiter. Die Bewegung gewann wieder an Boden. Da eine Regierung faktisch nicht mehr existierte, ging die Führung in die Hände der Geistlichkeit über. Der Patriarch Germogén, obgleich von den Polen in Moskau gefangengehalten, setzte seine Werbetätigkeit illegal fort und fand allenthalben, besonders unter den Geistlichen, Helfer. Zumal der (später heiliggesprochene) Archimandrit Dionissij und der redegewaltige Awraamij Palizyn, der Verfasser einer berühmt gewordenen Erzählung (skasanije) über die Zeit der Wirren, entfalteteten vom Troiza-Kloster aus eine rege Tätigkeit. Man hatte inzwischen aus der Erfahrung gelernt. Die neue Aktion unterschied sich von der soeben fehlgeschlagenen dadurch, dass

unter Germogéns Einfluss auf eine Heranziehung des unzuverlässigen und ordnungsfeindlichen kosakischen Elementes von vornherein verzichtet wurde. Die Aufrufe richteten sich nun sowohl gegen die Polen wie gegen die Kosaken. Dagegen stützte man sich bewusst auf ein neues Element, das damals erstmalig in der Geschichte Russlands auch in die politische Entwicklung aktiv eingriff, nämlich das städtische.

Die auf den grossen Handelswegen an der Wolga und nach Archangelsk gelegenen Städte des Nordens und des Ostens waren vom Bürgerkrieg verhältnismässig unberührt geblieben und hatten ihren z.T. beträchtlichen Wohlstand sich erhalten können. Da sie sich durch die marodierenden Banden immer mehr in Mitleidenschaft gezogen sahen, begannen sie in offener Gegnerschaft gegen die Kosaken die positiven und ordnungsliebenden Elemente aus der Aufstandsbewegung zu sammeln und griffen ihrerseits, hauptsächlich durch finanzielle Hilfeleistungen, aktiv in die Entwicklung ein.

Von der Geistlichkeit fortgesetzt angefeuert, erfuhr die Volkstimmung einen jener emotionalen Auftriebe, die fähig sind, die Menschen zu erstaunlichen Leistungen mitzureissen. Die Städte traten miteinander in Verbindung, und die Kaufleute und Gewerbetreibenden zeigten sich, getragen von einer religiös-nationalen Begeisterung, zu sehr hohen Opfern für die Sache der Befreiung bereit. Zum Mittelpunkt der Bewegung wurde Nishnij Nówgorod (die spätere Geburtsstadt Maxim Górkis, die heute nach ihm heisst), wo ein einfacher Mann von grosser Energie, Zielstrebigkeit und Opferbereitschaft, der Fleischhändler Kosmá Mínin, die Führung übernahm und den Beschluss durchsetzte, dass jeder Hausbesitzer ein Drittel seines Jahreseinkommens oder seiner Waren dem neu aufzustellenden Heer zur Verfügung zu stellen habe. Ausserdem wurden im grossen Umfang freiwillige Spenden gesammelt. Nach der Überlieferung hat eine Witwe von den 12'000 Rubeln, die sie besass, 10'000 geopfert.

Dem Beispiel Nishnij Nówgorods folgten andere Städte. Die nationale Erhebung griff schnell um sich und fand auch in den von den Polen und Schweden besetzten Gebieten Widerhall. Seit Ende 1611 wurde in Nishnij Nówgorod ein neues Heer aufgestellt, zu

dessen Befehlshaber ein verarmter Bojar, der in den Reihen des Dienstadels schon früher an den Kämpfen teilgenommen hatte, Fürst Dimítrij Michájlowitsch Poshárskij, gewählt wurde, während die finanzielle Sicherstellung des Unternehmens in den Händen Mínins verblieb. Durch geschickte Unterhandlungen mit den Resten des früheren Aufgebotes gelang es, die Kosaken zu spalten und einen Teil von ihnen unter Trubezkój zu gewinnen, nämlich jene, die für ein sesshaftes Leben und den ihnen im Zusammenhang damit in Aussicht gestellten Landbesitz Interesse zeigten, während die übrigen sog. freien Kosaken unter Sarúzkij nach Südosten in die Steppe abzogen bzw. mit Gewalt dorthin abgedrängt werden mussten.

Im Frühling 1612 begann der Vormarsch von Nishnij Nówgorod aus nach dem von den Polen immer noch besetzten Moskau, aus strategischen Gründen nicht in westlicher Richtung, sondern zunächst wolgaaufwärts nach Jaroslawl. Hier stellten die Aufständischen ihre militärische Erhebung auf eine breitere politische Grundlage. Die Führung lag nach wie vor in den Händen der Geistlichkeit. Der Patriarch Germogén war inzwischen gestorben, Filarét befand sich noch in polnischer Gefangenschaft, so dass jetzt der Metropolit Kyrill an die Spitze trat. Unter massgeblicher Beteiligung des Dienstadels, der Städte und zahlreicher Bojaren, die sich nach und nach bei der Befreiungsarmee einfanden, wurde jetzt (im Sommer 1612) ein grosser Kriegsrat einberufen, der dem Fürsten Poshárskij die Herrschaft über das ganze Land, bis zur Wahl eines Zaren, übertrug.

Diese Verzögerung liess aber König Sigismund Zeit zu Gegenmassnahmen. Nachdem er aus Überheblichkeit und Torheit den für seinen Sohn bereits gewonnenen Zarenthron wieder verspielt hatte, wollte er die polnische Position in Moskau mit Gewalt retten und schickte unter dem Hetman Chotkiéwicz ein Heer und Proviant nach Moskau zur Stärkung der dortigen Garnison. Die Situation wurde für das Befreiungsaufgebot kritisch, aber es gelang Poshárskij, Chotkiéwicz zu schlagen, und am 22. Oktober 1612 rückten die Befreier nach hartem Kampf unter dem Jubel der Bevölkerung in Moskau ein und zwangen die Polen im Kreml zur Kapitulation.

Die vornehmste Aufgabe der Sieger war jetzt die Bestellung eines «rechtmässigen» Zaren. Es bestand kein Zweifel darüber, dass das nur durch einen ordnungsmässig einberufenen Sémskij Sobór geschehen konnte. Und so erging auch, von der nationalen Hochstimmung getragen und ungeachtet der noch währenden grossen Unsicherheit im Lande, das durch schweifende bewaffnete Scharen der Polen und Kosaken beunruhigt wurde, an die erreichbaren Stadtgemeinden die Aufforderung, unverzüglich ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden. Im Januar 1613 trat der sog. Grosse Sémskij Sobór zusammen.

Zu diesem Sobór hatten sich 700 Mann aller Stände, einschliesslich der Bauern und Kosaken, versammelt. Es überwogen die eigentlichen Träger der nationalen Erhebung, der Dienstadel, die Städte und die Geistlichkeit. Sich auf einen Kandidaten zu einigen, erwies sich aber als sehr schwer. Übereinstimmung herrschte nur darin, dass es kein «Fremdgläubiger», weder ein polnischer Katholik noch ein schwedischer Protestant, sondern ein Einheimischer aus «Moskauer Geschlecht» sein sollte. Nach sehr langen, sich über zwei Monate hinziehenden Verhandlungen einigte man sich darauf, «nicht den Fähigsten, sondern den Bequemsten zu wählen» (wybratj ne spossdbnejschewo no uddbnejschewo – Kljutschewskij), einen sechzehnjährigen Knaben, von dem man wenig zu befürchten, aber Gefügigkeit erwarten zu können glaubte, den Sohn des Patriarchen Filarét, Michaíl Románow. Er selbst befand sich damals nicht in Moskau, sondern im befestigten Ipatjewkloster bei Kostroma.

Am 14. März 1613 nahm er die Krone an. Auf dem Wege nach Moskau ist er fast von den ihm auflauernden Polen und Kosaken festgenommen worden. Damals ereignete sich jener, später in der Glinka-Oper «Ein Leben für den Zaren» verherrlichte Vorfall mit dem Bauern Iwán Sussánin, der die Polen in die Irre führte und sein Leben opferte, um das des jungen Zaren zu retten.

## 5. UNTER DER NEUEN DYNASTIE

### *Die sanften Zaren. Der Sémskij Sobór*

Das Ergebnis der nationalen Erhebung war ein neuer Anfang. Er beschränkte sich durchaus nicht auf die Inthronisierung einer neuen Dynastie. Die neuen Ansätze waren unmittelbar aus den Wirren, getragen von einer Volksbewegung, erwachsen und wurden weitgehend durch eben diesen Umstand bestimmt. Das äusserte sich zunächst darin, dass das Organ des Volkes, jedenfalls jener Kräfte, die Träger der Erhebung gewesen waren, der Sémskij Sobór, ein bisher nicht gekanntes Gewicht erhielt und – eine völlige Neuerung – in Permanenz fast zehn Jahre lang weitertagte. Die Auswirkungen der neuen Ansätze wurden allerdings durch die katastrophale Zerrüttung der wirtschaftlichen Lage, die um sich greifende Verarmung und einen allgemeinen kulturellen Niedergang schwer beeinträchtigt. In der Zeit der Terrorherrschaft Grósnysjs und der Wirren hatte der Moskauer Staat nach neueren Schätzungen etwa die Hälfte seiner Einwohner verloren, deren Zahl von 15 auf etwa 8 Millionen gefallen war.

Die neue Regierungsgewalt brauchte lange Zeit, um sich auch nur verwaltungstechnisch durchzusetzen und die Ordnung annähernd wiederherzustellen. Denn mit der Inthronisierung des neuen Zaren und der Vertreibung der Polen aus Moskau waren die Kämpfe keineswegs beendet, weder die inneren noch die mit den auswärtigen Feinden. Es fehlte an allem. Einen funktionierenden Verwaltungsapparat gab es praktisch nicht mehr, der Verkehr lag aus Mangel an Pferden und infolge der Unsicherheit auf den Strassen darnieder, das Wirtschaftsleben war weitgehend in die primitiven Formen der Naturalwirtschaft zurückgefallen, die unmittelbaren Folgen des Volkskrieges, Verwüstung, Verödung, Resignation zeigten sich allenthalben. Stellenweise lagen die Leichen über ein Jahr lang unbestattet. Selbst in Moskau waren die Lebensbedingungen so, dass der neugewählte Zar seinen Einzug in die Residenz um mehrere Monate hinausschieben musste

(bis zum Mai 1613), weil seine und seines Hofes Verpflegung nicht sichergestellt war.

Gleichwohl bedeutet das Jahr 1613 eine Epoche in der russischen Geschichte, eine deutliche Wendezeit. Was das Land und die Menschen in erster Linie brauchten, haben sie in den sechzig Regierungsjahren der beiden ersten Románowzaren Michaíl (1613-1645) und Alekséj (1645-1676), allerdings nicht uneingeschränkt, aber, verglichen mit der Zeit vorher, doch erhalten: Ruhe und Erholung. Zumindest indirekt wirkte sich dabei günstig aus, dass unmittelbar nach dieser Wende Europa in die Krämpfe des Dreissigjährigen Krieges fiel, von dem Russland ganz unberührt blieb, und durch den es von Westen her gleichsam abgeschirmt wurde.

Aber die neue Konsolidierung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und schliesslich auch des kulturellen Lebens in Russland verlief gleichwohl anders, als der gewaltige Ausbruch der Volkskräfte hatte erwarten lassen, jedenfalls sehr anders, als später Historiker und Geschichtsphilosophen und besonders Politiker – zumal in Europa! – es für angemessen und erwünscht angesehen hätten. Es wurde in der verhältnismässig geruhsamen, relativ ereignisarmen Entwicklung des 17. Jahrhunderts in Russland dessen besonderes Schicksal offenbar – wenn man will, seine Belastung, wenn man will, seine Tragik, aber jedenfalls ein Schicksal, das von dem des Abendlandes sehr verschieden blieb.

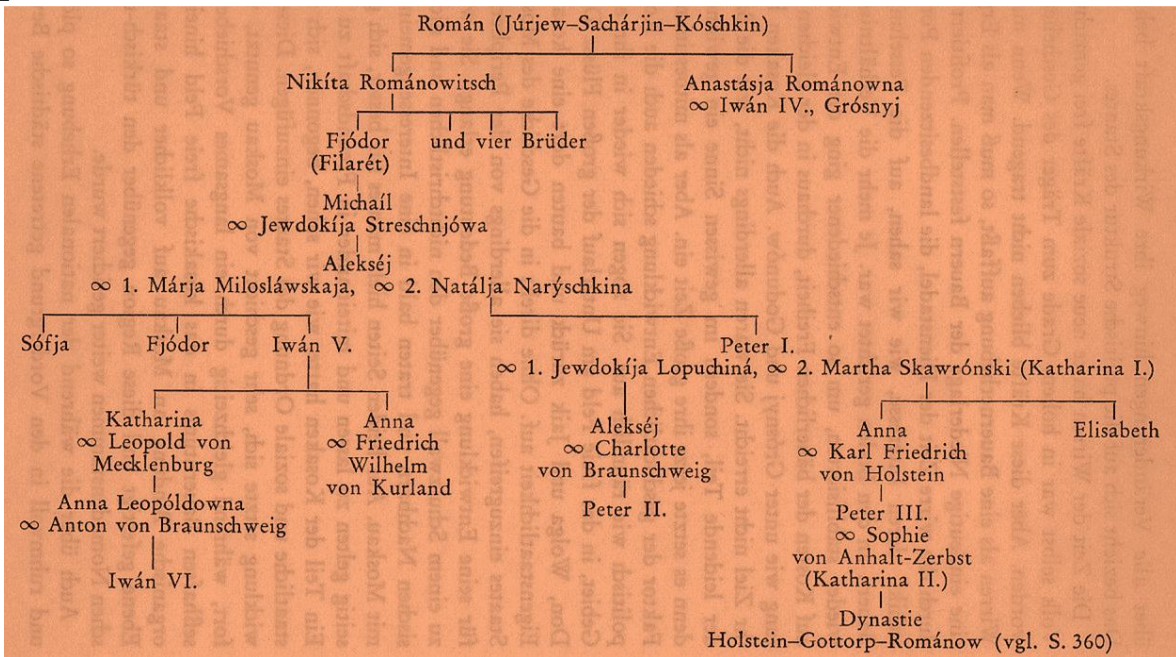
Wahrscheinlich ist kein Jahrhundert der russischen Geschichte so wenig von hervorragenden Einzelpersönlichkeiten beherrscht worden wie das 17. Jahrhundert. Und wahrscheinlich ist auch in diesem Jahrhundert die Macht der objektiven Faktoren umso stärker wirksam gewesen. Es ist damit in erster Linie der riesige, sich gerade in diesem Jahrhundert bis fast ins Unübersehbare weitende, mit den damaligen technischen Mitteln weder zu erschliessende noch zu beherrschende Raum gemeint, in seiner sehr russischen Eigengesetzlichkeit und mit seinen besonderen volklichen und ökonomischen Verhältnissen. Die gewaltigen Dimensionen bargen ein Trägheitsmoment in sich und bewirkten, dass die schweren Erschütterungen sich in der Weite des Raumes gleichsam totliefen, Neuerungen nicht recht zum Tragen kamen, aber alte, scheinbar unterbrochene oder abgebrochene Entwicklungstendenzen

über alle Veränderungen hinweg ihre Wirkungskraft behielten. Das bezieht sich auf die politische Struktur des Staates.

Die Zeit der Wirren hatte neue soziale Kräfte frei gemacht. Das Volk selbst war in hohem Grade zum Träger des Geschehens geworden. Aber diese Kräfte blieben nicht tragend. Wenn man die Wirren als eine Bauernerhebung auffasst, so muss man als Ergebnis eine eindeutige Niederlage der Bauern feststellen. Profitiert hatte durch die wirre Zeit der Dienstadel, die landbesitzenden Poméschtschiki, deren Interesse, wie wir sahen, auf die Fesselung der Bauern an den Boden gerichtet war. Je mehr die Verhältnisse sich wieder stabilisierten, umso entschiedener ging die Entwicklung auf Kosten der bäuerlichen Freiheit, durchaus in der gleichen Richtung wie unter Grósnj und Godunów. Auch die Kosaken hatten ihr Ziel nicht erreicht. Sie waren allerdings nicht, wie die Bauern, der leidende Teil, sondern im gewissen Sinne ein gewinnender, denn es setzte jetzt ihre grosse Zeit ein. Aber als mitbestimmender Faktor der geschichtlichen Entwicklung schieden auch die Kosaken politisch wie räumlich aus. Sie zogen sich wieder in ihr eigenes Gebiet, in das freie Feld am Unterlauf der grossen Flüsse Dnjepr, Don, Wolga und Jaik zurück und bauten dort eine kosakische Eigenstaatlichkeit auf. Ohne direkt in die Geschicke des Moskauer Staates einzugreifen, haben sie allerdings von der Peripherie her für seine Entwicklung eine grosse Bedeutung erlangt. Sie wurden zu einem Schutzwall gegenüber den nichtchristlichen und nichtrussischen Nachbarn und traten bald in eine Interessengemeinschaft mit Moskau. Auf beiden Seiten hielt man es für besser, sich gegenseitig gelten zu lassen und miteinander in Freundschaft zu leben. Ein Teil der Kosaken hatte, wie wir sahen, begonnen, sich in die staatliche und soziale Ordnung des Staates einzufügen. Diese Entwicklung setzte sich, sehr geschickt von Moskau genutzt, weiter fort, während gleichzeitig durch ein langsames Vorschieben des sesshaften Bauerntums in das kosakische freie Feld hinein die organische Bindung an Moskau auf volklicher und staatlicher Ebene gefestigt und diese Region gegenüber den türkisch-tatarischen Nomadenstämmen weiter gesichert wurde.

Auch über die während der nationalen Erhebung so plötzlich und ruhmvoll in den Vordergrund getretene städtische Bevölke-

## Stammtafel der Románows





rung ging die Entwicklung erstaunlich schnell hinweg, fast ganz ohne Spuren zu hinterlassen. Auch die Possádleute fielen ebenso schnell, wie sie, oder richtiger, wie einzelne von ihnen emporgekommen waren, wieder in ihre alte bedeutungslose Position zurück. Sowohl politisch wie sozial fehlten der städtischen Bevölkerung alle Voraussetzungen, um auch nur annähernd jene Rolle zu spielen und die Bedeutung zu gewinnen, die im Abendlande gleichzeitig dem Bürgertum zufiel. Mit Ausnahme einiger weniger grosser Unternehmer – wie vor allem der Stroganows – blieben die Possádleute auf ihren kleinen begrenzten und bald durch die Staatsfunktionäre weiter eingeeengten Wirkungskreis beschränkt. Sie waren nicht Träger des Wirtschaftslebens oder gar der Wirtschaftspolitik, denn der Fern- und Aussenhandel wurde vom Staate gelenkt und blieb zum grossen Teil in den Händen von Ausländern, vorwiegend Engländern und Holländern. Praktisch bestand ein staatliches Aussenhandelsmonopol. Auch hierin erwies sich die russisch-moskowitzische Tradition bemerkenswert zäh: der Zar blieb der erste Handelsherr im Staate.

Selbst über die während der nationalen Erhebung emporgekommenen und zu bestimmendem Einfluss gelangten Einzelpersonen, wie z.B. Mínin und Posharskij, ging die Entwicklung hinweg. Mínin wurde zwar geadelt und erhielt einen Sitz in der Bojarenduma, wurde aber immer mehr in den Hintergrund abgedrängt, und Posharskij wurde nach einer vorübergehenden Wirksamkeit als Leiter einer Moskauer Zentralbehörde (prikás) in die Provinz abgeschoben.

Die Bojarenaristokratie hatte für immer als solche ausgespielt. Der überlebende Rest ging allmählich im emporkommenden Dienstadel auf. Wohl blieb die Bezeichnung Bojar bestehen – sogar der Gauner von Túschino ernannte Bojaren –, ebenso das Institut der Bojarenduma. Die Bojaren waren aber aus einer Udjél-Aristokratie alter Fürstengeschlechter zu einer Hofaristokratie ohne soziales Eigengewicht und mit nur sehr beschränkter politischer Bedeutung geworden, allerdings mit der Chance für den Einzelnen, durch persönliche Qualitäten und Fähigkeiten bei Hofe zu einer einflussreichen Stellung zu gelangen, was tatsächlich auch wiederholt geschah. – Bei Hofe war die entscheidende Tatsache natürlich die Inthronisierung der neuen Dynastie.

Die Románows waren ein Moskauer Bojarengeschlecht, das nach der damaligen Übung, je nach dem jeweiligen Grossvater, verschiedene Namen führte: Sacharjin, Koschkin, Júrjew. Dass die Familie mit der alten Dynastie verwandt war (vgl. S. 183), hat bei der Erhebung Michaíls eine Rolle gespielt. Mütterlicherseits stammten die Románows über die Fürsten von Susdal von Rjúrik ab. Die grossen Herren in Moskau, die sich für die Wahl des russischen Knaben Michaíl eingesetzt hatten, ebenso wie wenige Jahre früher für die Wahl des polnischen Knaben Wladysláv, hatten damit verhindern wollen, unter die Macht und den Druck einer starken Persönlichkeit zu geraten. Sie hatten sich nicht verrechnet. Auch herangereift ist Michaíl ein schwächerer Mann geblieben. Es liegt insofern eine Tragik über den Románows, als die eigentliche grosse Zeit ihres Geschlechts bei seiner Erhebung zur Herrscherdynastie bereits vorüber war; es sind damit nur die echten Románows gemeint und nicht die sich später Románow nennenden Holstein-Gottorper auf dem Zarenthron. Die grosse Zeit der Románows fiel in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts, als Nikíta Románow, der «einzige Moskauer Bojar seiner Zeit, der im Volke ein gutes Andenken hinterlassen hat» (Kljutschéwskij), mit seinen fünf Söhnen, lauter mächtigen Herren, sich in den Vordergrund gespielt hatte. Aus jenen fernen Tagen ragte nur noch Filarét in die neue Zeit hinüber. Mit dem Knaben Michaíl setzte eine unverkennbare Degeneration der Familie ein. Während 800 Jahre früher das Geschlecht Rjúriks eine überragende Herrscherpersönlichkeit nach der anderen hervorbrachte, hielt sich von den Románows nach ihrer Inthronisierung – mit der einzigen Ausnahme Peters des Grossen – nur einer, Alekséj, auf dem Mittelmass; die übrigen blieben alle zum grössten Teil weit darunter. Auch die Románows waren sehr kinderreich. Aber während die Rjúrikiden in strotzendem Kraftüberschuss sich gegenseitig umbrachten, ohne damit einer weiteren Vermehrung und Blüte ihres fruchtbaren Geschlechtes Abbruch zu tun, ist das Gros der Románow-Abkömmlinge überhaupt nicht lebensfähig gewesen. Und die wenigen Überlebenden waren zarte, an Skorbut und einer sich forterbenden Fusskrankheit leidende, müde wirkende, meist eines

frühen Todes sterbende Männer, gelegentlich Kretins<sup>1</sup>. Nur einige Töchter aus diesem Geschlecht zeichneten sich im Unterschied zu den Söhnen durch eine bemerkenswerte Robustheit aus, wie Peters Schwester S6fja, seine Tochter Elisabeth und, falls sie ein eheliches Kind war, seine Nichte Anna.

Der erste Románow-Zar erfüllte, wie gesagt, die Hoffnungen seiner Wähler: er war still, milde und sanft; das entsprach gerade den Bedürfnissen der Zeit. So wurde der leidende Michaíl wie seinerzeit der glockenläutende Fjódor vom Volke als ein Heiliger verehrt. Und wie seinerzeit Fjódor den Weg für einen fähigen Reichsverweser freigemacht hatte, so wurde jetzt die Passivität des Zaren durch die Aktivität seines bedeutenden Vaters, des Patriarchen Filarét, wettgemacht. Dieser trat nach seiner Rückkehr aus polnischer Gefangenschaft (1619) als der faktische Regent an die Seite und gelegentlich auch an die Stelle seines Sohnes.

Auch abgesehen von der Person des Zaren hatte sich eine Gewichtverschiebung zwischen dem Träger der Krone und dem Sémskij Sobór ergeben. Es ist damit die in der Forschung verschieden beantwortete Frage verknüpft, ob und wieweit sich dadurch eine neue Staatsidee herausgebildet bzw. durchgesetzt habe. Der Gedanke, die Macht des Zaren vertraglich einzuschränken, war, ohne Zweifel begünstigt durch das Beispiel des Auslandes (Polen), seit Grósnj lebendig und hatte während der Wirren mit dem Versuch, beim Thronwechsel entsprechende Sicherheiten zu erlangen, neuen Auftrieb erhalten. Gleichzeitig gewann, durch den häufigen Thronwechsel begünstigt, die Vorstellung Boden, dass jedenfalls in Krisenzeiten die letzte Entscheidung dem Sobór zustehe, zumal bei der Bestellung eines rechtmässigen Zaren, so dass es scheinen mochte, als setze sich die Idee eines Wahlzarentums durch.

<sup>1</sup> Michaíl hatte zehn Geschwister, von denen nur drei überlebten; von seinen zwölf Kindern überlebten nur zwei, darunter sein Nachfolger Alekséj. Dieser hatte vierzehn Kinder, von denen als gesund nur drei gelten können, S6fja, Natálja und sein jüngster Sohn Peter. Von den beiden auf den Thron gelangten Brüdern Peters des Grossen war der eine so krank, dass er nicht gehen konnte, und der andere ein «ganz vertrackter blinder Herr». Von den vielen Söhnen Peters überlebte auch nur einer; aber dieser war eine unerfreuliche Figur und wurde ein Opfer seines Vaters.

Andererseits hatte der Sémskij Sobór aber schon früher, unter Grósnjy, begonnen, im Staatsleben wie im Volksbewusstsein eine wachsende Rolle zu spielen. Wie wir sahen, hielt Grósnjy aber uneingeschränkt an der traditionellen Moskauer Staatsidee der Selbstherrschaft fest und hat nie daran gedacht, seine Macht durch diese Vertretung des Volkes einzuschränken oder gar ihr Wahlfunktionen einzuräumen. Aber Michaíl war gerade dank der Wahlfunktion des Sémskij Sobór auf den Thron gelangt. Zwar waren ihm nicht wie seinerzeit Wladysláv dabei Bedingungen gestellt worden, er hatte aber selbst den Umständen Rechnung getragen und den Sémskij Sobór weitertagen lassen. Auch sein Vater hatte als Mitregent dieses Verhalten gebilligt und gestützt.

Gleichwohl hat sich eine neue Staatsidee damals nicht durchgesetzt. Die Entwicklung ist auch in diesem Betracht über die neuen Ansätze hinweggegangen, zurück zu alten moskowitischen Staatstraditionen. Auch unter Michaíl – und Filarét – ist der Sémskij Sobór nicht zu einem Institut der Einschränkung geworden, obwohl er wiederholt bei innenpolitischen Fragen, wie z.B. bei Steuererhebungen, und in aussenpolitischen Angelegenheiten herangezogen wurde. Er wuchs sich nicht zu einem Organ aus, das das Interesse des Volkes oder auch nur bestimmter Kreise, wie des Dienstadels oder der Städter, dem Zaren gegenüber vertrat, sondern blieb nach wie vor – durchaus im Sinne Grósnjys – ein dem Zaren willkommenes Hilfsmittel bei der Ausübung seiner Regierung ohne Schwächung der Zentralgewalt. Die Voten (skaski) des Sobór waren als «Stimme der Nation, die den Herrscher über Bedürfnisse, Wünsche und Meinung der Reichsteile unterrichtete» (Fleischhacker), für den Zaren oft sehr wichtig, aber verbindlich waren sie für ihn nicht. In der Zeit der Wirren hatte der Sobór an Stelle des fehlenden bzw. versagenden Zaren die Initiative an sich gerissen; nachdem wieder ein Zar da war und seine Macht sich festigte, fiel die Initiative wieder in die zarischen Hände zurück. Das tatsächliche Gewicht des Sémskij Sobór blieb – auch in seinem Selbstverständnis – von der jeweiligen Situation abhängig. «Es gibt in der Geschichte des Moskauer Reiches keinen Fall, in dem sich der Sémskij Sobór als Gegengewicht gegen die Macht des Selbstherrschers verstanden hätte» (Neubauer).

Auch als Wahlkörperschaft blieb der Sémskij Sobór ohne Bestand. Er war in akuter Notlage gleichsam stellvertretend eingesprungen, als durch das Erbrecht die Zarenfrage nicht mehr zu lösen war. Er hat aber das Erbrecht nicht durch das Wahlrecht ersetzt. Als das Erbrecht wieder praktisch anwendbar wurde, ist von einer Wahl des Zaren nicht mehr die Rede gewesen. Das Schicksal des Sémskij Sobór war im Grossen das gleiche wie das der anderen Faktoren, die im Zuge der Wirren ein politisches Eigengewicht gewannen: allen blieb es versagt, im Moskauer Staat dieses Eigengewicht zu wahren. So ist die Geschichte der Sémskije Sobóry, wie Kljutschéwskij resigniert feststellt, die Geschichte ihres Verfalls.

Der Sohn und Nachfolger Michaíls, Alekséj, hat in der ersten Zeit seiner Regierung, als er den Sémskij Sobór zur Stützung seiner Autorität noch brauchte, sich seiner immer wieder bedient und hat mit seiner Hilfe – durch unmittelbares Eingreifen der Delegierten – gelegentlich sogar Unruhen (wie z.B. in Pskow 1650) beseitigen können. Auch noch in dieser Zeit bestand die Möglichkeit einer Umwandlung des Sobór in eine echte Interessenvertretung des «Volkes», in erster Linie natürlich des Dienstadels. Ein konkreter Versuch in dieser Richtung ist auch gemacht worden. Am 10. Juni 1648 trat der Adel in einer Eingabe mit so entschiedenen Forderungen nach Reformen auf, dass diese Aktion als «das erste revolutionäre Hervortreten des russischen Adels» (Platónow) bezeichnet worden ist. Das Ergebnis war eine neue Gesetzessammlung, auf die noch einzugehen sein wird. Aber die politische Funktion des Sémskij Sobór wurde dadurch nicht geändert und auch sein Gewicht nicht erhöht. Je mehr der Zar seine Machtstellung – nicht zuletzt dank dieser Gesetzessammlung – wieder festigte, umso entschiedener kehrte er wieder zur selbstherrschenden Regierungsweise zurück und setzte sich über den Sémskij Sobór hinweg. Alekséj hat ihn zunächst immer seltener und schliesslich überhaupt nicht mehr einberufen.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung wuchs die Bedeutung der Geistlichkeit. Auch das entsprach altmoskauer Tradition. Gewiss lag es mehr am Gewicht der Persönlichkeit als an dem des Amtes, dass in den ersten zwanzig Jahren der Regierung Michaíls der

Patriarch Filarét zum entscheidenden Mann im Staate wurde. Wenn auch Filarét in weiser Zurückhaltung – anders als der polnische König Sigismund – seine eigene Machtstellung nie gegen die seines Sohnes ausspielte, sondern im Gegenteil das Gewicht der eigenen Person und des Amtes zur Stützung des gekrönten Sohnes und seines Amtes in die Waagschale warf. Wenn auf der anderen Seite der Sohn ohne Ehrgeiz und ganz ohne Eifersucht seinen Vater gewähren liess, so blieb das nicht ohne Einfluss auf das Verhältnis zwischen Kirche und Staat.

Filarét regierte keineswegs aus dem Hintergrund. Auch der Patriarch führte den Titel Welkij Gossudár, und in den amtlichen Urkunden wurden beide nebeneinander genannt. Auch in der Öffentlichkeit blieb der Zar gegenüber dem Patriarchen in der Stellung des Sohnes gegenüber dem Vater.

Filarét hat bis zu seinem Tode (1633) mit sicherer und fester Hand ein strenges Regiment geführt und jedenfalls das entscheidende Verdienst an der neuen Festigung der Staatsgewalt, des Wiederaufbaus der Verwaltung und der Gesundung des Wirtschaftslebens gehabt. Es spielte sich damals ein schleichender und erbitterter Kampf der Regierung mit der noch weitgehend demoralisierten Bevölkerung ab, die sich ihren Pflichten, vor allem den Steuerzahlungen, entziehen wollte. Einer der beliebtesten Tricks war, dass Steuerpflichtige sich an steuerfreie Gutsbesitzer (in erster Linie Klöster) verpfändeten, in der Gemeinde als sog. «Weisse» nicht mehr mitzählten, obgleich sie auf ihrem Hof blieben und dadurch die anderen Gemeindemitglieder steuerlich belasteten. Erst nach langwierigem, sich durch Jahrzehnte ziehendem Kampf gegen die Freiheit der weissen Plätze (beloméstnyje swobody) gelang es der Regierung, ihre Beseitigung durchzusetzen (1699). Die Steuern der niederen Schichten der Bevölkerung wurden durch die Regierung mit z.T. sehr brutalen Massnahmen eingetrieben, so dass bereits damals Klagen laut wurden über die Bedrückung der Armen zugunsten der Mächtigen, «die sich gierig auf Gaben und Einnahmen stürzen».

Die Ruhe, deren der Moskauer Staat so dringend bedurfte, war aber nur relativ. Sie bezog sich in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zunächst auf die inneren Kämpfe. Die Kämpfe mit den

Ausländern dauerten fort, und Moskau musste einen hohen Preis zahlen, um sie zu beenden. König Sigismund gab die polnische Sache immer noch nicht verloren. Jetzt stellte er den seinerzeit gewählten Wladysław wieder heraus, und dieser marschierte mit einem polnischen Heer wieder auf Moskau (1618). Der Feldzug endete, da man sich auf einen ewigen Frieden nicht einigen konnte, mit einem Waffenstillstand, nach dem Smolénsk den Polen verblieb und der polnische Thronfolger weder auf den russischen Thron noch auf den Zarentitel verzichtete. Allerdings blieb das Theorie. Damals (1619) kam Filarét aus der Gefangenschaft nach Moskau zurück. Das wog das Vergnügen Wladysláws, sich weiter Zar zu nennen, reichlich auf. Zu einem Frieden und einem Verzicht der Polen auf Smolénsk kam es erst nach dem Tode Sigismunds (1634). Der inzwischen zum König gewählte Wladysław gab – jetzt endlich! – seine Ansprüche auf den Moskauer Thron auf.

Auch der den Schweden zu zahlende Preis war hoch. Nach langwierigen Kämpfen gelang es den Russen schliesslich doch, Nowgorod ihrem Reich zu erhalten; aber den alten Ausweg zum Finnischen Meerbusen gewannen sie nicht zurück. Im Frieden von Stolbowo (1617) behielt Schweden das wichtige, die territoriale Verbindung zwischen dem schwedischen Finnland und dem schwedischen Estland herstellende ingermanländische Gebiet, und König Gustav Adolf konnte in seinem Reichstag mit Stolz darauf verweisen, dass auch in dieser Region die Ostsee ein schwedisches Binnenmeer sei.

Der zweite Románowzar Aleksėj war ebenso still und kirchenfromm wie der erste. Nach dem Zeugnis Kotoschichins, eines hohen Beamten, der nach Schweden geflohen war und dort als Emigrant eine sehr aufschlussreiche, wenn auch parteiische Schrift über die Zustände in Russland veröffentlichte (1667), hätten die Grossen anlässlich der Thronbesteigung Alekséjs sogar darauf verzichtet, sich vertragliche Sicherungen gegen mögliche Willkürakte und Grausamkeiten zu beschaffen, «weil man wusste, dass er so sanft war». Einen grossen Teil seiner Tage, z.T. auch seiner Nächte verbrachte er betend in der Kirche. Von seinen Zeitgenossen wurde er der Allergeruhsamste (tischajschij) genannt, eine Bezeichnung, die allerdings nur für die erste Hälfte seiner Regierung gültig ist.

Mit zunehmendem Alter wurde er immer eigenwilliger und lärmender.

Aleksėj erfreut sich in der russischen Geschichtsschreibung einer besonderen Beliebtheit, denn bei aller Sanftmut war er mit einer wachen Intelligenz begabt, vielseitig, z.B. auch literarisch interessiert – er hat sich auch schriftstellerisch versucht und besass eine kleine Bibliothek –, weltaufgeschlossen, aber ohne Tatkraft. Kljutschéwskij hat ihn als den schlechthin «besten Menschen des alten Russland» bezeichnet. Gleichwohl erlaubte es die Zeit nicht, trotz der Beruhigung unter Michail, nur mit Sanftmut und freundlicher Herzlichkeit zu regieren. Die Wirren waren noch keineswegs überwunden, und immer wieder hatte es den Anschein, als wollten sie von Neuem ausbrechen.

Infolge des frühen Todes seines Vaters war Aleksėj mit nur sechzehn Jahren auf den Thron gekommen, und sofort fanden sich in der Umgebung des jungen Herrschers ehrgeizige und skrupellose Männer, die die Gelegenheit auszunutzen versuchten, die eigene Macht oder die ihres Standes auf Kosten der anderen wieder zu stärken. Dabei tat sich besonders des Zaren Schwager hervor, der Bojar Boris Iwánowitsch Morósow. Das Machtstreben einzelner Grosser löste wiederum entsprechende Reaktionen bei den erneut falscher Anklagen, Gelderpressungen und Drangsalierungen ausgesetzten niederen Schichten der Bevölkerung aus, so dass es in den ersten fünf Jahren der Regierung Alekséjs zu fortgesetzten, mit Brandschatzung, Plünderung und auch Mordanschlägen verbundenen Unruhen und Aufständen in Moskau (1648), Nówgorod (1650), Pskow (1650) und anderen Städten kam und die Zeitgenossen den Eindruck gewannen, dass «die ganze Welt zu wanken begann». In Moskau hatte anlässlich eines Kirchenfestes die Menge sogar den Zaren selbst am Weiterreiten gehindert, um sich über die Bojaren zu beklagen, während diese aus Vergeltung dafür Hab und Gut der Beschwerdeführer in Brand stecken liessen. In seiner ruhigen aber bestimmten Art wurde der Zar, gestützt auf die Geistlichkeit, der Gegenkräfte Herr.

Eine sehr wichtige Massnahme während seiner Regierungszeit war die Herausgabe einer Gesetzessammlung in Zusammenarbeit mit dem Sémskij Sobôr (sobornoje uloshénije). Ihre grosse Bedeu-



tung besteht darin, dass das bisherige Gesetzbuch, der Sudebnik von 1550, die inzwischen erlassenen Ukase und Verfügungen und schliesslich das alte, im 9. Jahrhundert anlässlich der Christianisierung aus dem griechischen Nomokanon übernommene Kirchenrecht (kórmtschaja kníga) in ein System gebracht und entsprechend ergänzt und verbessert wurden. Während das alte Gesetzbuch ebenso wie die Kirchenordnung nicht gedruckt und infolgedessen weitgehend unbekannt war, wurde das Uloshénije in der erstaunlich hohen Auflage von 2'000 Exemplaren gedruckt und damit der praktischen Nutzung zugänglich gemacht.

Der Sache nach begünstigte die neue Gesetzessammlung die oben geschilderte soziale Entwicklung zugunsten der Dienstleute und zu Lasten der Bauern, die jetzt ihre Freizügigkeit ganz verloren. Auch die Rechte der Kirche und der Bojaren wurden eingeengt; die Kirche verlor das Privileg geistlicher Sondergerichte und das Recht, neuen Grundbesitz zu erwerben; es wurde ihr – und den Bojaren – das Recht genommen, freie Leute in Pfand zu nehmen (vgl. S. 240). Auch das Recht, Handel und Gewerbe in den «Vorstädten» auszuüben, wurde dem Adel genommen und verblieb ausschliesslich den Possadleuten.

### *Nikon und die Kirchenspaltung*

Wie sein Vater suchte und fand auch der Zar Alekséj einen starken Rückhalt im Haupt der Geistlichkeit. Allerdings verlief die Zusammenarbeit nicht so konfliktlos wie zwischen Michaíl und Filarét. Das lag am Charakter des Patriarchen Nikon.

Nikon, eine sehr markante Persönlichkeit, war der letzte Kirchenfürst in der Geschichte Russlands, der den Anspruch erhob, auch die Leitung des Staates in seine Hände zu nehmen. Ebenso wie Filarét war er erst in reifen Jahren Mönch geworden, war vorher verheiratet gewesen und hatte Kinder. Anders als Filarét stammte er aus dem niederen Volk (geb. 1605). Während Filarét in seinem Wesen den Aristokraten nie verleugnete, beherrscht, überlegen und diplomatisch blieb, war Nikon geradezu die Personifikation der ungebrochenen russischen Volkskraft, eine saftige, kraftstrotzende Natur, ehrgeizig, herrschsüchtig, hemmungslos,

von imponierender Gestalt und mit einer gewaltigen Stimme begabt.

Gleich bei der ersten Begegnung Nikons mit dem jungen Zaren verfiel dieser dem Bann der Persönlichkeit des damaligen Priors einer Einsiedelei. Nikon wurde dann Metropolit von Nówgorod, erregte durch sein unerschrockenes Vorgehen gegenüber den Aufständischen Bewunderung und wurde auf Wunsch des Zaren (1652) zum Patriarchen gewählt. Es entstand nun ein ähnliches Verhältnis zwischen Nikon und Aleksėj wie vorher zwischen Filarét und Michail. Nikon hatte bei seiner Wahl die Bedingung gestellt, dass «ihm alle gehorsam seien, als ihrem Vorgesetzten und Seelenhirten und liebsten Vater». Er strebte zielsicher die Stellung Filaréts an und liess sich wie dieser «Welíkij Gossudár» nennen. Aber eine ge-  
deihliche Zusammenarbeit mit Nikon erwies sich als sehr schwer.

Der Patriarch zeigte sich in seiner Machtstellung so herrschsüchtig und selbstbewusst, dass er nicht nur die weltliche Umgebung des Zaren, sondern auch einen grossen Teil der Geistlichkeit gegen sich aufbrachte und allenthalben auf wachsenden Widerstand stiess. Hinzu kam, dass Nikon bestrebt war, die faktische Gewichtsverlagerung zugunsten seiner Person auch theoretisch zu untermauern und damit die Rechtsstellung vom geistlichen und weltlichen Oberhaupt im Staate in ihrem Verhältnis zueinander zu verschieben. Nikon verlangte die Anerkennung der Priorität der geistlichen Macht vor der weltlichen: Priestertum sei mehr als Königtum. Er griff den aus der abendländischen Geschichte bekannten Vergleich mit der Sonne und dem Mond auf. Die Sonne bedeutet die Gewalt des Bischofs – erklärte er – der Mond die des Zaren. Das widersprach den Ansichten und Überlieferungen des russischen Volkes und der russischen Kirche durchaus; nach der Überlieferung gehörte dem Zaren der Vorrang in weltlichen, dem Patriarchen in geistlichen Dingen.

Der sich steigernde Machtanspruch Nikons führte schliesslich (1658) zu einem offenen Konflikt mit dem Zaren, der, mehr von der Stimmung seiner Umgebung getragen als durch den eigenen Widerstandswillen bestimmt, dem Patriarchen zunächst vorsichtig entgegentrat. Da griff Nikon zur Methode Grósnyjs und streikte. Er verliess Moskau, zog sich in ein Kloster zurück, amtierte nicht

mehr, weigerte sich aber, sein Amt niederzulegen. Gegen seine Erwartung war aber die Reaktion auf dieses Verhalten anders als im Falle Grósnjys. Nikon wurde nicht gebeten zurückzukehren, sondern vor ein Konzil gestellt, zunächst vor ein russisches Kirchenkonzil (1660), und als das zu keinem Ergebnis führte, vor ein grosses Konzil aller orthodoxen Kirchen (1666).

Der eigenwillige Mann hatte durch die Erfahrung nicht gelernt. Als er vor dem Konzil erschien, zeigte er sich hochfahrender und anmassender denn je; mit seiner gewaltigen Stimme liess er ein wahres Donnerwetter über die versammelten, längst verärgerten hohen Würdenträger ergehen, während der Zar weinte und über die Kränkungen durch den fürchterlichen Mann Klage führte. Das Konzil entschied einstimmig gegen Nikon und setzte ihn als Patriarchen ab. Grundsätzlich verharrete es bei der Ansicht, dass der weltlichen Macht die Priorität gebühre und der Patriarch sich dem Zaren unterzuordnen habe, eine Anschauung, die sich im weiteren Verlauf in Moskau voll durchsetzte und zu einer wachsenden Abhängigkeit der Kirche vom Staat führte.

Das Auftreten Nikons hatte noch eine weitere schwerwiegende und sehr lange, bis ins 20. Jahrhundert hinein nachwirkende Folge, den sog. Raskol, die Kirchenspaltung. Nikon hatte in seiner Amtszeit energisch und tatkräftig eine Kirchenreform angestrebt und sich in dieser Hinsicht weitgehend, wenn auch nicht vollständig, durchsetzen können. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um liturgische Fragen, um eine Erneuerung des Gottesdienstes durch eine Revision und Verbesserung der Texte. Es hatte sich nämlich erwiesen, dass die russischen liturgischen Bücher und die auf ihnen basierenden Gebräuche und Riten von den griechischen abwichen. Die Abweichungen waren, wie Nikon zutreffend festgestellt hatte, durch Fehler bei den verschiedenen Abschriften der kirchlichen Bücher entstanden. Der Patriarch vertrat die Ansicht, dass die griechischen Bücher und infolgedessen auch die griechischen Riten richtig seien und die russischen entsprechend korrigiert werden müssten. Es ging dabei z.T. um reine Äusserlichkeiten (um die Frage der Bekreuzigung mit zwei oder drei Fingern, um das zweifache oder dreifache Halleluja, um die Schreibweise des Namen Jesu usw.). Bei der Aktion Nikons fiel auch der

Umstand ins Gewicht, dass die, im Unterschiede zur Moskauer dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellte, ukrainische Kirche die russische Sonderentwicklung nicht mitgemacht hatte und dass gerade in dieser Zeit das ukrainische Kerngebiet der alten Kiewer Rus wieder dem Machtbereich Moskaus einverleibt wurde, so dass eine Koordinierung der Moskauer mit den Kiewer Bräuchen sehr wünschenswert schien, umso mehr als die Ukrainer sich den Russen kulturell überlegen fühlten.

Auf einem Konzil der russischen Geistlichkeit (1654) wurden die Neuerungen Nikons gebilligt und die von ihm verlangte Reform verfügt. Das führte zu einem leidenschaftlichen und erbitterten Widerstand der sog. Altgläubigen, die unter Führung des Protopopen Awwakúm Petrów an der russischen Überlieferung festhielten. Die Altgläubigen (Starowéry) wurden zu Abfälligen (Raskolniki), d.h. zu Ketzern erklärt, von den obsiegenden Nikonjanern aus der Kirche ausgestossen, verbannt und verfolgt. Gelegentlich kam es dabei sogar zu regulären Kämpfen, wie im Falle des reichen Solowki-Klosters, das sich weigerte, die Neuerungen einzuführen und sich mit Waffengewalt acht Jahre lang (1668-1676) gegen die Truppen des Staates verteidigte, bis es schliesslich erlag.

Die Altgläubigen haben alle staatlichen und kirchlichen Zwangsmassnahmen überdauert und mehrere eigene kirchliche Gemeinschaften gebildet, darunter auch Gemeinden ohne Priester, ohne Messe und Sakrament. Diese Gemeinschaften haben sich durch die Jahrhunderte erhalten können. Später, im 18. Jahrhundert, sind aus diesen Kreisen verschiedene, zum Teil sehr radikale, Sekten (Duchoborzen, Molokanen) hervorgegangen. Die Altgläubigen haben immer wieder in die innenpolitische Entwicklung Russlands aktiv und gelegentlich folgenschwer eingegriffen.

Der dieser Spaltung zugrunde liegende Gegensatz erschöpfte sich aber nicht in Äusserlichkeiten. Er lag tiefer und fand seine letzte Begründung in der in Moskau tief verwurzelten traditionellen inneren Ablehnung des Fremden und in der nicht minder tief verwurzelten Überzeugung einer unbedingten Überlegenheit des Russischen über alles andere. Darauf gründete sich auch die spätere Opposition der Altgläubigen gegen alle Neuerungen im Rahmen der sog. Europäisierung. Die Altgläubigen selbst sahen in

ihrem Vorgehen einen Protest gegen den Triumph der Klugheit über die Demut. Überall wo es später um die Erhaltung richtig- oder falschverstandener altmoskauer Überlieferungen gegen Neuerungen welcher Art auch immer ging, erschienen die Altgläubigen auf dem Plan. Sie wurden so zu Verfechtern eines zunächst kirchlich-religiös bestimmten, aber bald auch ins Weltlich-Politische übergreifenden Nationalismus.

Das geht bereits aus den Schriften des eigentlichen Begründers der Bewegung der Altgläubigen, des bereits erwähnten Protopopen Awwakúm, hervor. Dieser fanatische Streiter für den altmoskowitzischen Geist – für die Starina – war eine ebenso starke Persönlichkeit wie sein grosser Gegner Nikon, ein Mann von geradezu unglaublicher seelischer und körperlicher Widerstandskraft. Verfolgt, verschickt, gefoltert, eingekerkert, blieb er kompromisslos bei seinem Standpunkt und setzte, sobald seine im buchstäblichen wie im übertragenen Sinne schweren Ketten durch leichtere ersetzt wurden, sogleich wieder zu neuen Angriffen an, die entsprechende neue Repressivmassnahmen nach sich zogen. Mit dem Kirchenfluch belegt, ist er schliesslich auf dem Scheiterhaufen gestorben. Durch seine Lebensbeschreibung – es ist die erste Autobiographie in der russischen Literatur – sind wir über seine Ansichten und Absichten genau informiert.

Awwakúm hat sich auch in mehreren Schriften an den Zaren selbst gewandt und ihn in modern anmutenden Wendungen zum «nationalen Erwachen» aufgerufen: «Sprich auf gut russisch: Herr erbarme Dich (Góspodi pomiluj) und lass' das Kyrie Eleison sein» schrieb er dem Zaren – «Du bist doch ein Russe. Rede Du in Deiner angeborenen Sprache und erniedrige sie nicht, weder in der Kirche noch zu Hause, noch im alltäglichen Umgang. Uns liebt Gott nicht weniger als die Griechen!» Awwakúm empfahl dem Zaren auch, zu den bewährten Moskauer Herrschaftsmethoden «des lieben und verständigen Zaren Iwán Wassiljewitsch» (Grósnj) zurückzukehren und Nikon und seine Anhänger, «diese schlimmen Hunde, Lateiner und Juden», verbannen und aufhängen zu lassen.

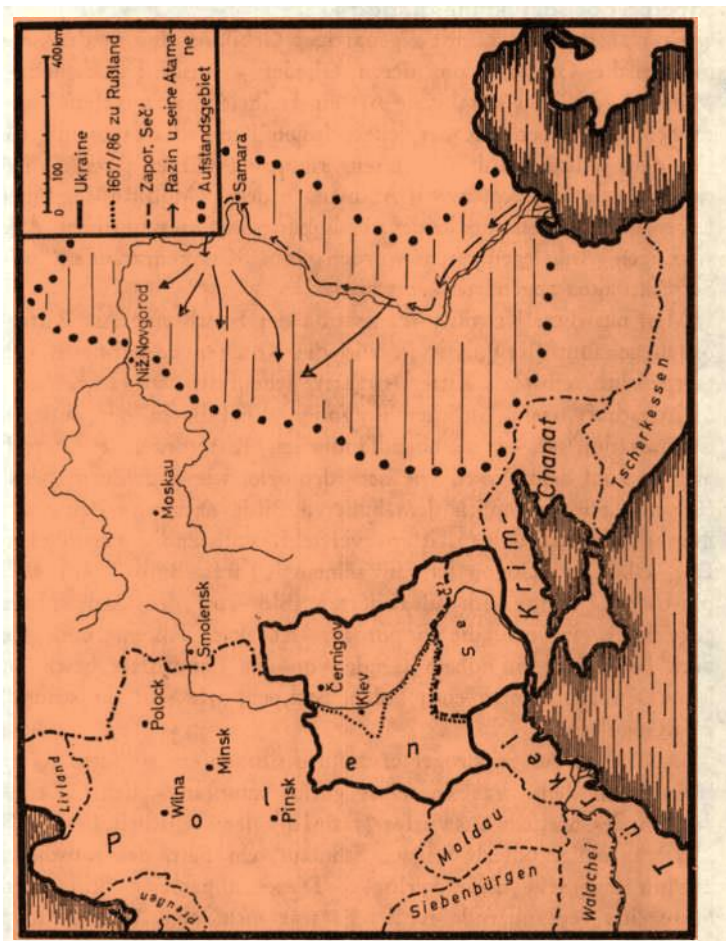
Literaturgeschichtlich ist von Interesse, dass ausgerechnet dieser leidenschaftliche Vertreter alter Traditionen in sprachlicher Hin-

sicht zum Exponenten des einsetzenden Kulturumbruches wurde, indem er in seinen Schriften die überkommene, erstarrte und gezielte kirchenslawische Sprache durch seine eigene, urwüchsige, unkirchliche und volkstümliche Sprache ersetzte.

### *Die Kosaken. Chmelnyckyj und Rásin*

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts schob sich der Moskauer Machtbereich in breiter Front auch weiter nach Westen vor, z.T. in langwierigen Kriegen mit dem innerlich langsam zerfallenden Polen, z.T. durch die Rückeroberung früher abgetretener Gebiete, z.T. durch freiwillige Unterstellung unter russische Herrschaft. Es ist dieses ein sehr interessanter Vorgang, bei dem sowohl soziale wie politische und religiöse Momente mitgespielt haben. Er steht in engstem Zusammenhang mit dem Kosakentum.

Im ukrainischen Dnjeprgebiet hatte sich unter polnischer Herrschaft eine ähnliche Entwicklung vollzogen wie weiter östlich im Dongebiet: die Ausbildung von Kosakengemeinschaften. Die landschaftliche Voraussetzung, das «freie Feld» mit seinen Verlockungen, war die gleiche, und die sozialen und kirchlichen Verhältnisse in Polen forderten eine Flucht ins freie Feld geradezu heraus. Es hatte sich dort ein scharfer sozialer, religiöser und nationaler Gegensatz zwischen der landbesitzenden polnischen bzw. polonisierten, katholischen bzw. katholisierten Oberschicht und der unter wachsenden nationalen Druck geratenen ukrainischen orthodoxen, bäuerlichen und städtischen Bevölkerung gebildet. Die Folge waren fortgesetzte Aufstände der Dnjeprkosaken. Andererseits hatte eine geschickte polnische Politik es verstanden, einen Teil der Kosaken durch Privilegien, Landzuteilungen und offizielle Anerkennung als sog. Registerkosaken in die soziale Ordnung des Staates, wenn auch nur lose, einzu beziehen und damit einen sozialen Gegensatz zwischen dieser kosakischen Oberschicht und der Masse der nichtregistrierten Kosaken erzeugt. Diese wichen, um einer ihrem anarchistisch-kosakischen Freiheitsideal widersprechenden Bindung an Landbesitz und an eine feste soziale Ordnung zu entgehen, weiter ins



Die Teilung der Ukraine und der Aufstand Rásins im 17. Jahrhundert.

Feld aus und begründeten unterhalb der Dnjeprstromschnellen – den Porogen – einen freien ukrainischen Kosakenstaat, die sog. Saporoger Setsch (ukrainisch: sitsch).

Es war dies ein höchst eigenartiges Gebilde; eine geschlossene militärische Organisation, deren Glieder – ausschliesslich ledige Männer – auf sehr kosakische Art ein freiheitliches, ungebundenes, räuberisches Leben mit der jederzeitigen Bereitschaft vereinigten, sich dem selbstgewählten, oft sehr rigorosen Führer ihrer Kameraderie, dem sog. Koschewoj Atamán, in dessen Macht es lag, über Leben und Tod zu entscheiden, bedingungslos unterzuordnen. Alle wichtigen Angelegenheiten wurden vom Kosakenrat, dem alle Setschkosaken angehörten, entschieden.

Man hat diese Kosakenorganisation der Setsch eine Art Ritterorden genannt (Krupnyckyj), und die Kosaken bezeichneten sich gelegentlich selbst als Ritter (ryzari). Jedenfalls war es aber eine «Ritterschaft» sehr östlicher Prägung, allenfalls in der äusseren Organisation an einen abendländischen Ritterorden erinnernd, aber sowohl dem Wesen wie der Ideologie, wie auch der Lebensführung, wie schliesslich dem äusseren Bilde nach von dem, was man in Europa unter Rittern versteht, vollständig verschieden. Der Ukrainer Gógol hat in seinem «Taras Bülba» ein sehr plastisches, wenn auch idealisiertes Bild von der Atmosphäre gezeichnet, in der die Saporoger Kosaken lebten, und die auch bei Gógol in hohem Grade von der Landschaft bestimmt ist. «Der Teufel mag euch holen, Steppen, wie seid ihr schön!» ruft Gógol aus.

Das Leben der Saporoger erschöpfte sich, sofern sie nicht Krieg führten, in dem, was sie selbst guljbá nannten – dem «Kennzeichen des breiten Auswurfes (rasmach) der seelischen Freiheit». «Es war ein ununterbrochener Schmaus, ein Fest, das rauschend begann und sein Ende verlor... Dieses allgemeine Schmausen hatte eine verzaubernde Kraft. Es war nicht eine Versammlung von Zechern, die sich aus Kummer betranken, sondern einfach eine wahnsinnig ausschweifende Fröhlichkeit. Jeder der hinkam, spuckte auf alles Vergangene und gab sich sorglos der Freiheit und der Kameraderie solcher hin, die wie er selbst nichts besaßen, weder Verwandte noch einen Winkel, noch eine Familie, ausser dem freien



Himmel über sich und dem ewigen Festmahl seiner Seele.»  
(Gógol.)

Die Steppe hat ihre nicht zu unterschätzende Einwirkung auf die russische Geschichte bis in die jüngste Zeit hinein nicht verloren; das gilt sowohl für die, anderen Lebensbedingungen unterstellten, Menschen der Steppe, wie auch für den anarchistischen Geist der Steppe. Die Guljbá – das fortgesetzte «Festmahl der Seele» – behielt ihre Verführungskraft, und der Wind aus der Steppe, gelegentlich nur ein Hauch, gelegentlich aber auch ein Orkan, gefährdete immer aufs Neue die notwendig auf eine Ordnung im staatlichen wie im geistigen Leben zielende Entwicklung des Reiches. Ein Ausdruck dieses kosakischen Seelenschmauses war auch ihr wilder und blutiger Antisemitismus, der nur zu einem Teil durch den Glaubensgegensatz hervorgerufen war. Zum anderen Teil durch den Umstand, dass die Polen es verstanden hatten, die Juden gleichsam als Blitzableiter zu benutzen, indem sie Steuern und Abgaben – sogar kirchliche Gebühren – durch Juden eintreiben liessen, so dass diese den konzentrierten Hass der Bevölkerung auf sich zogen.

Die Kosaken standen in fortgesetzten Kämpfen mit Tataren und Türken und fühlten sich dabei als sehr bewusste Schirmherren der Orthodoxie. Als solche haben diese wilden Gesellen auch kirchliche Kultureinrichtungen unter ihren Schutz genommen, z.B. eine geistliche Akademie in Kiew, wohin die Kosaken aus der Oberschicht gelegentlich auch ihre Söhne zur Ausbildung schickten, so dass in der Setsch sich neben dem Gros der Analphabeten auch Kenner der lateinischen und griechischen Sprache und Literatur befanden. Der Kampf um den Glauben hat auch immer wieder die Oberschicht der Dnjeprkosaken in eine Einheitsfront mit den unteren Schichten und den Saporogern gegen die Polen geführt.

Darin lag natürlich von vornherein eine Chance für das glaubensgleiche und dazu noch in offener Feindschaft zu den Polen stehende Moskau. Diese Chance konnte genutzt werden, als ein Angehöriger der kosakischen Oberschicht, ein grosser ukrainischer Patriot, Bohdan Chmelnýckyj, selbst polnisch erzogen, aber dank persönlicher Erfahrungen ein erbitterter Polenfeind, zum Hetman der Saporoger Kosaken gewählt wurde und zum Führer einer Er-

hebung des Dnjeprkosakentums gegen Polen wurde (1648). Die sich daraus ergebenden jahrelangen Kämpfe, in deren Verlauf sich Chmelnýckyj vorübergehend sogar mit dem «Erbfeind», d.h. mit den Tataren, verbündete, ergeben ein verwirrendes Bild. Wichtig blieb dabei, dass – auch hier wie seinerzeit in Nówgorod! – die soziale Oberschicht mehr zu Polen hielt, während die unteren Schichten, «die Proletarier», eindeutig nach Moskau tendierten.

Chmelnýckyj, obgleich selbst der Oberschicht angehörend, trug den Tendenzen der kosakischen Masse Rechnung. Das Ergebnis seiner Schaukelpolitik zwischen Polen, Moskau und den Krimtataren war, dass er den Zaren Aleksėj Michaílowitsch als den Beschützer der Orthodoxie in aller Form bat, die Ukraine, d.h. das alte Kerngebiet der Kiewer Rus, unter seinen Schutz zu nehmen (1651). In Moskau schenkte man dieser Angelegenheit grosse Beachtung und legte sie einem Sémskij Sobór vor. Er hat sich drei Jahre damit beschäftigt und schliesslich beschlossen, das Angebot anzunehmen. Im Januar 1654 wurde durch eine Rada, d.h. Ratsversammlung, der Anschluss der Ukraine an den Moskauer Staat vollzogen, wobei den Ukrainern eine so weitgehende Autonomie gewährt wurde, dass dieser Vorgang von der neuen ukrainischen Geschichtsschreibung nicht als ein Anschluss, sondern als ein Militärbündnis zweier souveräner Staaten gewertet wird. Die Ukrainer behielten das Recht, einen Hetman zu wählen und selbständig mit ausländischen Mächten zu verhandeln. (Nur Verhandlungen mit Polen und der Türkei bedurften der Zustimmung des Zaren.)

Es war von vornherein klar, dass die Rechnung nicht ohne Polen gemacht werden konnte. Infolgedessen hat auch der bis über den Tod Chmelnýckyj's (1657) hinweg dauernde russisch-polnische Krieg erst die Entscheidung gebracht. Sie war vom ukrainischen Gesichtspunkt betrüblich und sehr folgenschwer: Der Anschluss der Ukraine an Moskau wurde zur Hälfte wieder rückgängig gemacht, d.h. die Ukraine wurde zwischen Russland und Polen geteilt (Stillstand von Andrússowo, 1667), (vgl. Karte). Bekanntlich ist sie bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, wenn auch mit wechselnder Grenzziehung, geteilt geblieben. Auch die von Chmelnýckyj vorübergehend verwirklichte, von den Ukrainern immer wieder erstrebte Selbständigkeit blieb ihnen versagt.

Für Moskau war dieses Ergebnis aber in verschiedener Hinsicht sehr bedeutsam. Nach den grossen territorialen Einbussen in der Zeit der Wirren setzte sich damit das stetige Vordringen Russlands nach Westen fort, eine Entwicklung, die sich mit Ausnahme des einzigen vorübergehenden Rückschlages nach dem Ersten Weltkriege unaufhaltsam bis zum Jahre 1945 weiter fortsetzte und den Gang der europäischen und schliesslich der Weltgeschichte entscheidend beeinflusst hat. Es handelte sich auch damals um ein machtmässiges Vordringen von Osten nach Westen in einen Bereich, der in seiner geistigen und allgemeinkulturellen Entwicklung Moskowien z.T. erheblich voraus war. Gleichzeitig drangen in der Form einer kulturellen Gegenaggression von Westen nach Osten, in verstärktem Masse über diese Gebiete, westliche Kulturelemente – zunächst in ihrer polnischen Ausprägung – nach Russland ein. Mit der Erwerbung und der sukzessiven Eingliederung der Ostukraine trotz z.T. erbitterter ukrainischer Widerstände war Moskau im Süden Russlands vor ein neues, lange Zeit in seiner Bedeutung nicht recht erkanntes Problem gestellt worden, das bis in die jüngste Zeit hinein seine Dynamik behalten sollte, das Problem der ukrainischen Minderheit.

Hinzu kam, dass auch andere Glaubensgenossen der Moskowiter, nämlich die unter türkischer Herrschaft stehenden Balkanslawen, sich viel nachdrücklicher als bisher veranlasst sahen, den Zaren als Schutzherrn der Orthodoxie um Hilfe zu bitten. Unmittelbar nach dem Anschlussbeschluss der ukrainischen Rada bot auch der Woiwode der Moldau dem Zaren seine Unterwerfung an. Vom Balkan waren schon früher, wie Aleksėj selbst in einer Ansprache zu Ostern 1655 sich griechischen Abgesandten gegenüber äusserte, «seit den Tagen meines Grossvaters und Vaters unaufhörlich Patriarchen, Bischöfe, Mönche und arme Teufel gekommen und hatten über die Leiden geseufzt, die ihre Unterdrücker ihnen auferlegen». Den Bitten der Glaubensgenossen aus dem Balkan, sie von ihrer Knechtschaft zu befreien, konnte der Zar bei der Lage der Dinge nicht willfahren, und nach der Überlieferung hatte Aleksėj in der genannten Osterrede unter Tränen versichert, dass sich ihm das Herz zusammenkrampfe, wenn er die Leute sehe, die unter dem Joch der Ungläubigen seufzen und dass er fürchte, Gott

würde ihn zur Verantwortung ziehen, weil er nichts tue, um ihnen zu helfen.

So wurde Moskau durch die Initiative anderer eine Machtausweitung angetragen, die die eigenen Kräfte überstieg. Aber die Idee der Christenbefreiung blieb gleichwohl in Moskau lebendig. In die gleiche Zeit fiel auch der erste Ansatz zu einer Änderung der russischen Türkenpolitik. Wie wir sahen, war Moskaus Politik im 16. Jahrhundert betont türkenfreundlich gewesen, um sich den Rücken im Krieg gegen Polen freizuhalten. Nach dem Stillstand von Andrússowo kam es erstmalig zu einem russisch-polnischen Bündnis gegen die Türkei. Zehn Jahre später fand die erste, für die Russen erfolgreiche offene Schlacht gegen die Türken statt. Damit wurde das Türkenproblem für die russische Aussenpolitik akut und hat bekanntlich im 18. und 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert hinein auch die Beziehungen Russlands zu den europäischen Mächten stark beeinflusst.

Durch die Angliederung der Ostukraine und der Setsch erfuhr das kosakische Element im Moskauer Staat eine weitere Stärkung. Das bedeutete gleichzeitig auch eine latente Gefahr; der Wind aus der Steppe konnte jederzeit einen Sturm gebären.

Im Zuge der Verschlechterung der sozialen Lage der Bauern hatte, allen Gegenmassnahmen zum Trotz, die Fluchtbewegung ins freie Feld auch in Russland immer mehr zugenommen. Das Ziel dieser Flüchtlinge war das Dongebiet. «So fliehen wir denn» – heisst es in einem Brief der Donkosaken an den Zaren (1641) – «aus diesem Moskowitischen Reich vor Zwang und Sklaverei, vor Bojaren und zarischen Beamten. Und wir fliehen hierher und lassen uns nieder in der weglosen Wildnis und setzen unser Vertrauen auf Christus unseren himmlischen Herrn.» Auch die Donkosaken hatten ihre feste Militärorganisation – das «Grosse Heer des Don» (welikoje wojsko donskdje). Aber auch hier hatte sich ein sozialer Gegensatz herausgebildet. Ursprünglich hatten alle Kosaken gleiche Rechte bei der Wahl des Atamáns und der Starschinen (Ältesten) und bei der Entscheidung der wichtigsten militärischen Fragen. Infolge des wachsenden Zuzuges grenzten sich aber die vollberechtigten Kosaken von den Neuankömmlingen ab, so dass auch hier der privilegierten Oberschicht eine materiell benachtei-

ligte und politisch minderberechtigte Unterschicht gegenüberstand, die von den Kosaken selbst Golitjbä, d.h. die Nackten, genannt wurde.

Da die Türken Asow und somit den Ausgang zum Schwarzen Meer besetzt hielten und einer weiteren Ausbreitung ins freie Feld einen Riegel vorschoben, suchte die immer unzufriedene und immer unruhige, aber nicht minder unternehmungslustige Golitjbä sich einen anderen Ausweg, indem sie nach Osten ins Wolgagebiet vorstieß und sich mit den dortigen Kosaken und bäuerlichen Läuflingen vereinigte. Als sich an ihre Spitze der verwegene und begabte Donkosak Sténka (Diminutiv von Stepan) Rásin stellte, flammte ein Aufstand auf, der sich mit grosser Geschwindigkeit ausbreitete und der Regierung in Moskau sehr gefährlich wurde (1668).

Rásin begnügte sich nicht mit Raub und Beutezügen gegen die Ungläubigen – vor allem über das Kaspische Meer hinweg gegen die Perser –, sondern wiegelte mit grossem Erfolg die Bevölkerung des ganzen Stromgebietes der unteren und mittleren Wolga bis hinauf nach Nishnij-Nówgorod «gegen die Herren» auf und zog siegreich und umjubelt in Astrachan, Zarizyn (heute Wolgograd), Saratow und Samara ein (vgl. Karte).

Auch der Aufstand Rásins wird in der Sowjetgeschichtsschreibung als Bauernkrieg bezeichnet. Die Verschlechterung der bäuerlichen Verhältnisse und die Auflehnung dagegen spielte dabei allerdings eine grosse Rolle, der Aufstand beschränkte sich aber nicht auf das bäuerliche Element; er war ein wilder, anarchistischer Ausbruch aufgepeitschter sozialer Leidenschaften, der an alle appellierte, die aus irgendeinem Grunde unzufrieden waren und die es nicht leiden wollten, dass es anderen besser ging als ihnen selbst. Er wurde in hohem Grade von dem Geist der Steppe getragen. Platónow weist mit Recht darauf hin, dass es in erster Linie «der Pöbel in den Städten» war, der der kosakischen Golitjbä zu Hilfe kam und ihr zu ihren erstaunlichen Erfolgen verhalf. Auch die an der Wolga siedelnden primitiven, nichtrussischen Völkerschaften (Mordwinen, Tschuwaschen, Tataren u.a.), als unterdrückte Völker und nicht als Bauern von Rásin gewonnen, beteiligten sich an den wilden Ausschreitungen, und schliesslich schlossen sich auch die

Altgläubigen, wiederum aus anderen Motiven, der Aufstandsbewegung an.

Ein klares politisches Ziel hatte Rásin überhaupt nicht. Bezeichnenderweise richtete sich sein Aufstand aber ausdrücklich nicht gegen den Zaren; Rásin nannte sich selbst dessen treuen Diener und liess das Gerücht verbreiten, dass ein Zarensohn bei ihm im Lager sei. Seine Parolen und blutigen Aktionen richteten sich beiontermassen gegen die «Herren», gegen alle, denen es im Staat, in Stadt und Land gut ging, gegen die «besseren Leute», die Bojaren, die Wojewoden, die Pomeschtschiki, die reichen Kaufleute und auch gegen Geistliche (aber nicht gegen die Religion).

Drei Jahre hat Rásin mit seinen Banden in dem von ihm beherrschten Gebiet (vgl. Karte) die «besseren Leute» gemartert und gemordet, ihren Besitz geplündert und gebrandschatzt, bis es endlich der Regierung gelang, ihn mit einem dazu aufgestellten Heer zu schlagen und gefügig zu machen. Er wurde gefangen und in Moskau gevierteilt; zuerst wurden ihm die Hände, dann die Füsse und schliesslich der Kopf abgeschlagen (1671). Genau 100 Jahre später sollte er in Pugatschow einen Nachfolger finden.

Als Persönlichkeit wie als Führer entsprach Sténka Rásin ganz dem Kosakenideal, grausam und grossspurig, nie nach einem System, sondern immer willkürlich handelnd, willkürlich tötend und willkürlich das Leben schenkend, ausschweifend in jedem Sinn. Kein anderer, weder Bolótnikow vor ihm noch Pugatschow nach ihm, ist von Zeitgenossen und Nachfahren in Legenden und Liedern so verherrlicht worden wie er. Und mancher, der sich heute irgendwo in der Welt am arg strapazierten Wolgalied berauscht, dürfte sich kaum dessen bewusst sein, dass es nicht nur einen Fluss, sondern einen Räuberhauptmann preist.

### *Europäisierung*

Es war schon erwähnt worden, dass im 17. Jahrhundert westliche Einflüsse in steigendem Masse nach Moskau eindrangen. Das war ein natürlicher, keineswegs gewaltsam herbeigeführter, wohl aber vom Zaren und seinem Hof begünstigter Vorgang. Nachdem

Moskowien von Europa entdeckt war, musste eine Angleichung an die westlichen Kulturverhältnisse so oder anders erfolgen.

Die westlichen Einflüsse machten sich zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet geltend. Die Sorge um eine Wiederbelebung der Wirtschaft hatte schon unter Filarét zu einer starken Begünstigung der Ausländer und ihres Handels geführt. Darin knüpfte der Patriarch an die Politik Gróсныjs und Godunóws an. Die englische Compagnie erhielt das Recht, ihren Handel über Archangelsk ganz zollfrei zu betreiben und in zahlreichen Städten des Reiches Handelsniederlassungen zu begründen. Das ergab z.T. unmittelbar über die sog. Agenten der Handelscompagnie, z.T. durch besondere Gesandtschaften auch eine Intensivierung der diplomatischen Beziehungen und schliesslich sogar Bündnisverhandlungen mit England, die allerdings infolge der Zurückhaltung der Engländer ohne Ergebnis blieben.

Auch die Holländer waren im Handel stark begünstigt, so dass sich die Ausländer mehr und mehr auch des Innenhandels bemächtigten, was wiederum Klagen der zur wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit hinuntergedrückten russischen Kaufleute nach sich zog. Gleichzeitig strömten Ausländer in immer grösserer Zahl in das Land, vor allem Offiziere, die das Moskauer Heerwesen neu organisierten und nach europäischem Muster Dragoner- und andere Reiterregimenter aufstellten und ausbildeten. Ausländische Techniker, zumal Rüstungstechniker, Wissenschaftler, Ärzte und Apotheker – übrigens vorwiegend Protestanten, wegen der starken religiösen Spannungen mit den Katholiken – liessen sich in so grosser Zahl in Moskau nieder, dass am Anfang des 17. Jahrhunderts, vielleicht schon früher, die sog. deutsche, d.h. fremdländische Vorstadt (*nemézkaja sloboda*) in Moskau entstand. Auch diese Entwicklung knüpfte an die Zeit vor den Wirren an und führte in gerader Linie über den Zaren Alekséj zu Peter dem Grossen. Moskau war in der Mitte des 17. Jahrhunderts wieder eine riesige, sich weit ausdehnende Stadt von schätzungsweise 200'000 Einwohnern.

Der Aufschwung der Wirtschaft hatte zunächst deren wachsende Differenzierung zur Folge. Die Tendenz ging auf eine Zentralisierung der Produktion und ihre Konzentrierung in einzelnen Betrieben. Unter führender Beteiligung eingewanderter Europäer

wurde vorwiegend unter dem Gesichtspunkt militärischer Bedürfnisse mit einer Industrialisierung begonnen (Metall- und Waffenindustrie in Tula unter dem Holländer Vinius, 1632; Gold- und Silbergruben unter dem Engländer Bulmer, 1626). Die Ankurbelung der Wirtschaft führte zu einer Intensivierung des Binnenhandels und gleichzeitig zu einer «Konzentration der kleinen örtlichen Märkte in einem gesamtrussischen Markt» (Sacharow).

Im Zuge dieser Entwicklung erfolgte auch eine stärkere Abgrenzung der Possádbbevölkerung von der bäuerlichen. Den Bauern wie auch dem Adel wurde verboten, Handel zu treiben, den Possädleuten – Land zu erwerben. Während der Fernhandel nach wie vor in Händen der privilegierten Ausländer und der sog. Gäste – zarische Handelsagenten – blieb, sonderte sich allmählich in den Städten eine kaufmännische Oberschicht ab, die ihrerseits sich bestrebt zeigte, durch Übergang in den Staatsdienst in den Apparat der Staatsfunktionäre aufgenommen zu werden. Die sich so abgrenzenden Stände blieben aber von den abendländischen Ständen nach wie vor sehr verschieden. In Russland entstanden nicht eigenständige, durch bestimmte Freiheiten und Rechte ausgezeichnete soziale Schichten, sondern in ihren Dienstfunktionen im Staats- und Wirtschaftsleben voneinander geschiedene Gruppen.

Auf das Staatsganze gesehen hatte diese Entwicklung eine starke Vereinheitlichung zur Folge. Die zahlreichen in ihrer geschichtlichen Entwicklung, wie wir sahen, voneinander sehr verschiedenen Fürstentümer, Länder und Gebiete wuchsen langsam zu einer staatlichen Einheit zusammen, bis zu einem gewissen Grade auch einschliesslich der kosakischen und ehemals tatarischen Gebiete. «Moskowien» weitete sich im Zuge dieser Entwicklung wieder zu einem «Russland», auch dem subjektiven Empfinden nach. Ein Prozess, der seit der Angliederung der Ukraine durch zunehmende Kulturinflüsse aus West- und Südrussland, zumal aus Kiew, gefördert wurde, wo die alte Idee der «Rus» über alle Wandlungen hinweg lebendig geblieben war.

Der Vereinheitlichungsprozess wurde durch eine fortgesetzte Zentralisierung der Staatsverwaltung begünstigt. Dadurch wurde auch die Machtstellung des Zaren im Staate wieder gestärkt. Der Sémskíj Sobór erwies sich zunächst als entbehrlich und bald als



unnötig; er verlor seine Bedeutung noch unter dem Zaren Aleksėj vollständig und verschwand schliesslich ganz, ohne je formell beseitigt oder für immer vertagt worden zu sein. Das gleiche gilt für die Bojarenduma, die nur formell weiterbestand, ohne zu funktionieren. Eine Bojarenaristokratie gab es allerdings nach wie vor, aber mehr als eine in den Geschlechtsbüchern niedergelegte und in einem altadligen Überlegenheitsbewusstsein fortlebende Erinnerung denn als Realität. Bald (1682) sollte auch die völlig überlebte und sinnlos gewordene Platzordnung, das Méstnitschestwo, widerstandslos fallen.

Die ehemaligen Verwaltungsfunktionen der Bojaren gingen in die Hände der je nach Bedarf laufend neubegründeten zentralen Verwaltungsbehörden, der sog. Prikáse über. Über diesen Verwaltungsapparat sind wir nicht genau informiert. Jedenfalls gab es sehr viele Prikase (über sechzig), von denen die wichtigsten wohl der Rasrjadnyj Prikás, ein Musterungsamt, und der Possolskij Prikás, das Gesandtschaftsamt, waren. Das erste russische Auswärtige Amt war bereits unter Grósnjy (1449) begründet worden; sein erster Leiter und damit der erste russische «Aussenminister» war der später vom Zaren hingerichtete Djak Wiskowátyj. Diplomatische Vertretungen im Auslande wurden erst am Ende des 17. Jahrhunderts errichtet, zunächst in Schweden und in Polen. Der erste Moskauer Gesandte in Stockholm war ein zum orthodoxen Glauben übergetretener Deutscher, Franzbékow. Die Provinzverwaltung lag in Händen von Militärbefehlshabern – Wowejdden –, die sich auf die alten Schützenregimenter und auf neu von Ausländern aufgestellte «moderne» Truppen stützten. So entstand bereits im 17. Jahrhundert in langsamem und stetigem Wandel eine auf einen militarisierten, bürokratischen Apparat sich stützende Monarchie mit absolutistischen Zügen.

Trotz dieses Wandels blieb aber die traditionell moskowitzisch-russische Herrschaftsform weitgehend erhalten, die am treffendsten als Selbstherrschaft (Samodersháwije) bezeichnet wird. Mit der Stabilisierung der allgemeinen Verhältnisse festigte sich auch die Tradition der faktischen Macht der Krone. Gleichwohl setzte auch hier ein Wandel ein. Er äusserte sich trotz der grossen Kirchenfrömmigkeit Alekséjs in der Schwächung des Gewichtes der Kirche

und seiner obersten Würdenträger im staatlichen Leben. Solch eine politische Bedeutung wie Filarét oder Nikon oder früher die Metropoliten, die für unfähige Zaren die Regierung führten, haben kirchliche Würdenträger nie mehr erlangt; das Verhältnis der Kirche zum Staat wurde nicht mehr mit dem der Sonne zum Monde verglichen. Dadurch ist die Kirche allerdings nicht etwa zu einem Organ des Staates herabgedrückt worden, sondern wurde zu einer starken – neben dem Herrschaftsapparat jedenfalls der stärksten – Stütze der Selbstherrschaft. Vollständig bewahrte sie zunächst noch ihre vorherrschende Stellung auf kulturellem Gebiet. Die ganze Schulbildung lag in ihren Händen, und damit blieb das geistige Leben an den Glauben und das gewöhnliche Alltagsleben weitgehend an kirchliche Bräuche und Sitten gebunden.

Dadurch entstand ein sich vertiefender innerer Zwiespalt bei der Übernahme westlicher Kultureinflüsse. Der Zar selbst und seine dem Westen gegenüber aufgeschlossene Umgebung wollten «die fremden Künste übernehmen, ohne die alten Begriffe und Gefühle aufzugeben» (Kljutschéwskij). Das war ein Widerspruch in sich selbst.

Immer mehr Ausländer erschienen am Hof Alekséjs. Der Zar liess sich von einem «deutschen Musiker» zur Abendtafel vorspielen und veranstaltete Theatervorstellungen mit Musik und Tanz – zum Teil in deutscher Sprache mit einem Dolmetscher. Von den Grossen am Hof zeigten sich drei Leiter des Gesandtschaftsprikases den westlichen Einflüssen besonders aufgeschlossen, so A. L. Ordinaschtschokin, den man auch den «russischen Richelieu» genannt hat. Er war nicht nur ein hervorragender Staatsmann und Diplomat, sondern ein grundsätzlicher Verfechter der Europäisierung und ein scharfer Kritiker überlebter Moskauer Zustände. In der Überzeugung, dass es keine Schande sei, von Fremden zu lernen, auch nicht von Feinden, hat er vieles von dem angeregt, was Peter der Grosse später durchführen sollte. Deutsch und lateinisch sprach er fliessend. Begreiflicherweise erfreute er sich hoher Wertschätzung bei den Ausländern, und es lag ganz auf seiner Linie, dass ständige ausländische Gesandtschaften in Moskau begründet wurden, nach der englischen (1623) eine schwedische (1630), eine holländische (1631), eine dänische (1631) und eine polnische (1673). Zu den

Förderern einer Europäisierung gehörte auch der «Aussenminister» Fürst Wassílij Wassiljewitsch Golízyn, ein fein gebildeter Mann von hoher Kultur, der sich mit seinen ausländischen Gästen lateinisch unterhielt und von dem der Franzose Le Neuille gesagt hat, es sei ihm im Hause Golízyns so gewesen, als befände er sich am Hofe eines italienischen Fürsten. Auch Artomón Sergéjewitsch Matwéjew, der mit einer Schottin verheiratet war und in dessen Haus die zweite Frau des Zaren Alekséj, Natálja Narýschkina, die Mutter Peters des Grossen, aufwuchs, gehört in diesen Kreis der Europafreunde. Auch er war zeitweilig Leiter des Gesandtschafts-prikases.

Die Europäisierungstendenz wurde damals in Moskau auch literarisch vertreten, besonders betont, aber auch besonders eigenwillig von dem katholischen, sich aber als orthodox ausgehenden Kroaten Júrij Krishánitsch, der sich längere Zeit (zuerst 1657, dann 1658-1661) in Moskau aufhielt und sich in zahlreichen an den Zaren persönlich gerichteten Schriften bemühte, Einfluss auf die Moskauer Politik zu gewinnen.

Die europäische Kultur kam damals vorwiegend im polnischen Gewände nach Moskau. Krishánitsch verfocht die modern anmutende Idee der Propagierung einer slawischen, man kann ohne Übertreibung sagen, panslawistischen Politik auf dem Wege der Europäisierung Russlands. Polen, Tschechen, Kroaten, Serben, Bulgaren, die er alle namentlich aufführt, sollten nach ihm unter dem Moskauer Zaren bei gleichzeitiger Durchführung von Reformen in der Richtung der späteren petrinischen, unter betonter Abgrenzung gegenüber der nichtslawischen Welt zu einer Einheit zusammengeschlossen, und Moskau sollte zu einem «slawischen Rom» werden.

Bereits damals verfielen einzelne fortschrittliche Persönlichkeiten mit politischer Phantasie in eine Art Rausch angesichts der ungeahnten Möglichkeiten, die sich durch konsequent durchgeführte Neuerungen nach westlichem Vorbild in dem weiten, reichen und zukunftssträchtigen Lande ergeben würden. Der genannte Neuille berichtet z.B., dass Golízyn «die Wüsten besiedeln wollte, die Armen reich machen und die Wilden zu kultivierten Menschen, die Feiglinge zu tapferen Kriegerern und die Hirtenzelte durch steinerne Paläste ersetzen». – Die 200 Jahre der weiteren Geschichte Russ-

lands sind erstaunlicherweise zum grossen Teil zu einer schmerzhaften und opferreichen Verwirklichung solcher und ähnlicher Träume geworden.

Andrerseits stiessen die Neuerungen aber auf scharfen, z.T. erbitterten Widerstand, durchaus nicht nur bei «Europa feindlich gesinnten Dunkelmännern» (Gitermann) wie z.B. den Altgläubigen. Der Widerstand fusste auch in ganz anderen Kreisen, z.T. bei den Europafreunden selbst. Denn die Neuerungen bedeuteten nicht nur einen Fortschritt, sondern gleichzeitig eine Aushöhlung der, wenn auch rückständigen, so doch weitgehend in sich geschlossenen altmoskowitzischen Kultureinheit. Schon im 17. Jahrhundert wurde es deutlich, dass sie zu einem Bruch in der organischen Entwicklung führen mussten und eine zumindest potentielle Gefährdung auch vom staatspolitischen Gesichtspunkt in sich bargen, sofern sie in weitere Kreise drangen und nicht auf einzelne überragende Persönlichkeiten beschränkt blieben. Alle jene Probleme, die unter Peter dem Grossen so augenfällig an die Oberfläche traten, waren im 17. Jahrhundert unter der Oberfläche bereits vorhanden. Mit der Europäisierung bahnte sich zunächst unmerklich, aber immer deutlicher werdend, auch eine Wandlung des Menschenbildes an.

Einzelne, zumal geistig hochstehende Männer, sahen sich dadurch vor schwere Konflikte gestellt. Ihr Verhältnis zu den Ausländern verlor den bisher sicheren Grund, wurde ungesund und innerlich gespalten. Nach dem Bericht eines Zeitgenossen verabschiedete sich Fürst Boris Golízyn vom brandenburgischen Gesandten «mit einer sehr tiefen Reverence, mit dem Kopf auf die Erde schlagend, und hielt dann eine lateinische Rede». Überall, wo sich westliche Einflüsse geltend machten, zeigten sich Krisenerscheinungen. Man hat in diesem Zusammenhang mit Recht von einem «Kulturdrama» gesprochen, das sich unter den beiden ersten Románowzaren vollzog: uralte, im Laufe von Jahrhunderten aus Byzanz übernommene Kulturformen lösten sich auf, und eine «unaufhaltsame, im Blinden wirkende, dennoch aber ungeheuer zielstrebige Umorientierung innerhalb des Kulturlebens» (Stender-Petersen) setzte sich durch. In richtiger Erkenntnis hatte Awwakúm verzweifelt ausgerufen: «Es ist aus mit unserem alten Russland!»

So gross die Anziehungskraft Moskaus auf unternehmungslustige und abenteuerfreudige Ausländer war, nicht minder gross war die Verlockung des Westens für jene, die eine Ahnung bekommen hatten, was er wirklich war. Das sehr alte und ebenso sehr junge Bemühen Moskaus, seine «Untertanen» mit rigorosen Zwangsmitteln daran zu hindern, dem eigenen Vaterlande den Rücken zu kehren und den Verlockungen des Westens nachzugeben, geht auf jene Zeit zurück. Ordin-Naschtschokin hat für seine Person die Aufgeschlossenheit für den Westen mit einem unbedingten Festhalten an altmoskowitischen Traditionen zu vereinen verstanden; sein Sohn konnte das nicht mehr. Der ging nach Europa und blieb zum Kummer seines Vaters auch dort. Erst nach jahrelangen Verhandlungen gelang es, ihn zur Heimkehr nach Russland zu bewegen, wo er auch sofort «unter Aufsicht» gestellt wurde. Das war kein Einzelfall.

Auch der Staat versuchte weitere Kreise der Bevölkerung davor zu schützen, dass «die lateinische Unruhe in einfache Seelen gesät» werde. Die Früchte westlicher Kultur zu geniessen, sollte ein Privileg einzelner Bevorzugter sein. Den übrigen wurde durch Ukas verboten, lateinische und polnische Bücher zu besitzen. Auch Auslandsreisen wurden verboten; nur wer auf Befehl des Zaren reiste – Diplomaten und Handelsleute – erhielt einen Passierschein.

War jemand im Ausland gewesen, so wurde von ihm verlangt, dass er nichts von dem, was er dort gesehen hatte, lobe. Widrigensfalls galt er als Verräter. In Russland selbst wurde bereits seit dem 16. Jahrhundert, zumal von der Geistlichkeit, alles nur Mögliche getan, um die Fremden von den Russen zu isolieren, wie z.B. im erwähnten Ausländerviertel von Moskau, der Nemézkaja Sloboda. Diese innere Gegensätzlichkeit fiel selbstverständlich auch den zeitgenössischen ausländischen Beobachtern auf.

Wir haben aus dem 17. Jahrhundert viele und aufschlussreiche Zeugnisse von Ausländern über die Moskauer Zustände. Die Urteile waren meistens sehr abfällig, aus der selbstverständlichen Überzeugung der eigenen turmhohen Überlegenheit heraus gefällt und deshalb oft ungerecht, weil hier moskowitische Verhältnisse mit ihnen nicht adäquaten abendländischen Wertmassstäben gemessen wurden. Infolgedessen vermitteln diese Ausländerberichte,

auch wenn sie im Einzelnen sachlich zuverlässig und ohne Ressentiment mit wissenschaftlichem Interesse oder einfach für Neugierige niedergeschrieben wurden, im Ganzen doch ein zu trübes Bild.

Der bedeutendste und am weitesten verbreitete umfangreiche Ausländerbericht über Moskau aus der Zeit des ersten Románows war die «oft begehrte Beschreibung der neuen orientalischen Reise, so durch Gelegenheit einer holsteinischen Legation an den König von Persien geschehen» (1647) aus der Feder von Adam Olearius (Oelschlegel), einem gelehrten Philologen, Astronomen und Geographen, der drei Reisen (1633, 1636 und 1643) nach Moskau gemacht hatte. Seine kulturgeschichtlich sehr aufschlussreiche Reisebeschreibung, nach der sich auch Goethe über Russland informiert und sie als «höchst erfreulich und belehrend» bezeichnet hat, war «das erste literarisch vollendete und mit dem ganzen Bildungsgehalt seiner Zeit getränkte Werk dieser Art» (Ratzel).

Selbstverständlich gaben die westlichen Einflüsse dem gesamten Kulturleben in Moskau neue Anregungen und einen neuen Auftrieb. Doch auch in diesem Bereich ging parallel dazu eine Zersetzung, ja eine Verkümmernng der altrussischen Kultur. Der Kunsthistoriker Weidlé hat mit Nachdruck auf das fortschreitende Absinken der Entwicklung auf dem Gebiete der bildenden Kunst im 17. Jahrhundert verwiesen, die ins «Unbestimmte, Weiche und Verschwommene» abglitt und einem Vergleich nicht nur mit der grossen Kiewer Zeit im 12. Jahrhundert, sondern auch mit dem 16. Jahrhundert nicht mehr standhält. Die gesamte Geisteswelt zeigte die Neigung, «zu ihrem Ausgangspunkt zurückzukehren und sozusagen in der Horizontalen zu verflachen».

Obgleich die Neuerungen nur einen Teil der dünnen Oberschicht erreichten und in das Volk überhaupt nicht drangen, blieb das äussere Bild auch dieser Oberschicht – zumal in Bezug auf die Frauen – durchaus moskowitzisch, auch noch am Hof und in der Hofgesellschaft. Bartscheren war gesetzlich verboten; die Kirche strafte dafür mit Exkommunikation. Es gab auch einen zarischen Erlass gegen europäische Kleidung (1675). Allerdings gab das steigende Bedürfnis nach Luxus auch diesem Bilde neue Töne, und der naive und überladen-orientalische Prunk wurde jetzt protzenhaft und angeberisch übersteigert.

Nach dem verhältnismässig frühen Tode Alekséjs (1676) verschärfte sich unter der Regierung seines ältesten überlebenden, erst vierzehn Jahre alten, vollständig kranken Sohnes Fjódor die Zwiespältigkeit noch mehr. Einerseits setzten sofort seitens der altmoskauer Reaktion Bemühungen ein, die Neuerungen wieder abzuschaffen – so wurden z.B. die Theateraufführungen wieder eingestellt –, andererseits bemühten sich die Befürworter der Neuerungen jetzt umso mehr, ihnen Geltung zu verschaffen. Der kranke Zar heiratete eine Frau polnischer Herkunft, Agáfja Gruschékaja, die bewusst die Europäisierung in Form einer Polonisierung förderte, polnische und lateinische Schulen ins Leben rief und polnische Tracht und Haartracht einzuführen versuchte. Aber die Regierung des kranken Fjódor währte nur sechs Jahre; dann starb er einundzwanzigjährig (1682).

Fjódor war ein Sohn aus der ersten Ehe seines Vaters mit der Bojarentochter Márja Milosláwskaja. Iwán, der zweite Sohn aus dieser Ehe, war degeneriert, schwachsinnig und fast blind; sein jüngerer, damals zehnjähriger Halbbruder Peter, aus der zweiten Ehe des Vaters, war aber das genaue Gegenteil davon. Peter wurde schon damals von aufmerksamen Beobachtern wegen seiner geistigen und körperlichen Vorzüge als ganz ungewöhnlich und vielversprechend bezeichnet. Er wurde noch am Todestage Fjódors von einer eilig zusammengerufenen Landesversammlung (Sémskij Sobór) in einer, schon früh als ungesetzlich angesehenen, nach neuerer Ansicht (Wittram) aber rechtmässigen Wahl, «durch eine Übermacht von Zurufen, gegen die die Minderheit sich nicht durchsetzen konnte», zum Zaren gekürt. Faktisch war damit über die Nachfolge aber nicht entschieden. Der Knabe hat noch sehr vieles ausstehen müssen, ehe er zwölf Jahre später die Herrschaft tatkräftig in seine Hände nahm. Doch diese Jahre stehen bereits so stark im Zeichen des Kommenden, dass es gerechtfertigt erscheint, sie gleichsam als Auftakt zur nächsten, der Petersburger Periode auch im nächsten Abschnitt zu behandeln.

## Vierter Abschnitt

### **DIE PETERSBURGER PERIODE**

#### **Unter der Selbstherrschaft der Kaiser von ganz Russland GESAMTBILD**

Das Gesamtbild der rund 220 Jahre währenden Petersburger Periode ist durch die Einbeziehung Russlands in Europa charakterisiert, durch die erstrebte, systematisch betriebene, oft überstürzte und am Ende der Periode auch weitgehend erreichte Angleichung russischer Verhältnisse an europäische. Es wurde dadurch die altrussische Kultureinheit zerstört und aus ihr heraus eine in die abendländische einbezogene russische Kultur neu geschaffen. Dieser Vorgang ist durch einen ungewöhnlich schnellen und umfassenden Kulturaufschwung charakterisiert.

In dieser Periode gewinnt Russland auch im Westen und im Süden den Ausgang zum Meer, wächst territorial durch grossen Gebietszuwachs im Westen tief nach Europa hinein und wird zu einem wichtigen, vorübergehend beherrschenden Mitspieler im Konzert der Mächte und zu einem integrierenden Bestandteil des europäischen Staatensystems. In der zweiten Hälfte dieser Periode weitete sich das Russische Reich als Teilhaber an der internationalen imperialistischen Politik auch nach Mittelasien hinein. In dieser Periode wächst die Bevölkerung Russlands von 17 Millionen auf 142 Millionen.

Die territoriale Ausweitung des Reiches wird auch in dieser Periode von einer fortgesetzten wirtschaftlichen Erschliessung, Kolonisierung und Besiedlung des in Asien neugewonnenen und des in Südrussland, der Ukraine und Weissruthenien wiedergewonnenen Raumes begleitet. Gleichzeitig wandelt sich Russland aus einem grossrussischen über einen allrussischen in einen Vielvölkerstaat unter zunächst national toleranter, schliesslich aber nationalistisch intoleranter Vorherrschaft des grossrussischen Elementes.



In dieser Periode bleibt das neuerrichtete Kaisertum dank der persönlichen Qualifikation hervorragender Herrschergestalten und trotz wiederholten Versagens unfähiger Monarchen die zentrale Tatsache der Geschichtsentwicklung. Die autokratische Macht des Kaisers setzt sich entgegen wiederholten Versuchen, sie entweder aristokratisch oder demokratisch-konstitutionell einzuschränken, bis in das letzte Jahrzehnt dieser Periode erfolgreich durch.

In dieser Periode wird die zunächst zum Staatsdienst verpflichtete, später davon befreite privilegierte, land- und seelenbesitzende Aristokratie zur herrschenden, staatstragenden und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts auch zur kulturtragenden Schicht, um am Ende dieser Periode ihre Vormachtstellung laufend einzubüssen. Im engsten Zusammenhang damit gerät die Masse der Bevölkerung in dieser Periode in eine drückende wirtschaftliche und völlige rechtliche Abhängigkeit vom Adel (Leibeigenschaft). Erst im letzten Viertel dieser Periode kann die Bauernbevölkerung nach Aufhebung der Leibeigenschaft ihre Rechtslage entscheidend, ihre wirtschaftliche Lage aber nur bedingt bessern.

Diese Periode ist durch eine starke Unausgeglichenheit in der Gesamtentwicklung gekennzeichnet insofern, als die innere Entwicklung des Sozialkörpers mit der rapiden äusseren Entwicklung, der gewaltigen Machtsteigerung und dem wirtschaftlichen Auftrieb, nicht Schritt halten kann. In dieser Periode entsteht infolge der im Wesentlichen auf die Oberschicht beschränkt bleibenden Europäisierung ein tiefer und sich im Laufe der Zeit weiter vertiefender Riss, der durch den Gesamtkörper der Nation geht und die Oberschicht äusserlich wie innerlich der Masse des Volkes entfremdet.

In der zweiten Hälfte dieser Periode bricht innerhalb der Oberschicht eine Kluft auf zwischen den oppositionellen und aufreuerischen sog. gesellschaftlichen Kräften und der in der Machttradition beharrenden staatstragenden Schicht. Durch den gleichzeitigen sozialen Strukturwandel, die Bildung einer Bourgeoisie und eines Proletariats, und gefördert durch den fortbestehenden Landhunger der sich stark vermehrenden bäuerlichen Bevölkerung wächst die innere Spannung und führt über die zunehmende revolutionäre Aktivität der radikalen Intelligenzia in eine offene Revolution.

## 1. PETER DER GROSSE

### *Die Persönlichkeit*

Auch wenn heute als geschichtliche Tatsache feststeht, dass Peter der Grosse durch seine Regierungstätigkeit keine grundsätzliche Wende herbeigeführt, dass er viele Vorläufer in Russland gehabt hat und dass das meiste, jedenfalls das Wichtigste von dem, was er durchgeführt hat, bereits vorher gedacht, geplant, vielfach eingeleitet und vorbereitet war, so bleibt er gleichwohl die Zentralfigur der neuen russischen Geschichte. Nicht allein in seiner persönlichen Wirkung, sondern als geschichtliche Persönlichkeit war er eine jener seltenen Kolossalgestalten, in deren Schatten alles stand, was nach ihm geschah, riesig und fürchterlich. Ohne Zweifel trägt er den Beinamen der Grosse zu Recht.

Er steht am Anfang der eindeutig von ihm bestimmten Petersburger Periode, wie genau 200 Jahre später Lenin am Anfang der von ihm bestimmten zweiten Moskauer Periode steht. (Peter 1672 bis 1725; Lenin 1870-1924.) Ein Vergleich zwischen beiden ist gelegentlich gemacht worden, und er ist gerechtfertigt, jedenfalls in Bezug auf die Tiefe und Breite der geschichtlichen Wirkung. Zwar können wir die geschichtliche Wirkung Lenins erst über einen Zeitraum von fünfzig Jahren überschauen, aber man wird annehmen dürfen, dass sie nicht weniger dauerhaft sein wird als die Peters. Beide haben mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit, die unvorstellbare Blutopfer forderte, ohne jede Schonung der menschlichen Substanz ihres Volkes, mit allen Mitteln der Gewalt und des Terrors, sich über organisch Gewachsenes hinweggesetzt, bisher Verehrtes und Hochgeachtetes offen verhöhnt und nur auf ihre eigene, rationell gewonnene und im hohen Grade durch praktische Erwägungen bestimmte bessere Einsicht vertraut. Sie haben die Verwirklichung dieser besseren Einsicht gewollt und, soweit sie es konnten, erzwungen. Was ihnen im Wege stand, haben sie bedenkenlos zerstört oder beseitigt; aber beide haben auf den selbstgeschaffenen Trümmern konstruktiv etwas Neues errichtet, das

auch nach ihrem verhältnismässig frühen Tode – Peter starb dreiundfünfzig-, Lenin vierundfünfzigjährig – sich allen Widerständen gegenüber durchzusetzen vermochte und überdauerte. Es geht eine erkennbare Linie von Peter dem Grossen zu Lenin.

Peter war schon als kleines Kind innerhalb seiner degenerierten Familie eine Ausnahmeerscheinung. Er dankt das offenbar dem Erbteil seiner Mutter. Er war der einzige Sohn seines Vaters aus dessen Ehe mit Natalja Kirillowna Narýschkina; dem Bruder seiner Mutter soll er sehr geähgelt haben. Ob er ein Sohn seines Vaters und damit überhaupt ein Románow gewesen ist, steht nicht ganz fest. Peter selbst hat an seiner legitimen Herkunft gezweifelt – jedenfalls zu Unrecht. Über seinen Grossvater und seine Grossmutter mütterlicherseits hatte er – wie Lenin über seinen Vater und Grósnj über seine Mutter – tatarisch-mongolisches Blut; allerdings lag bei Peter (und bei Grósnj) das tatarische viel weiter zurück als bei Lenin das kalmückische. Dagegen hatte Peter der Grosse – anders als Lenin – kein deutsches Blut.

Als erwachsener Mann fiel er durch seine ungewöhnliche Körpergestalt auf; er war 2,07 Meter gross, aber nicht lang, sondern wohlproportioniert und nach vielfachen Zeugnissen seiner Zeitgenossen ein bildschöner Mensch. Scheinbar strotzend von Kraft und Gesundheit, in Wirklichkeit aber leicht anfällig und nicht widerstandsfähig, war er auch nicht frei von den Románowschen Degenerationerscheinungen. Er litt an einer Nervenaffektion, die sich in Zuckungen im Gesicht und unwillkürlichen Bewegungen des Kopfes äusserte, infolge des erblichen Fussleidens hatte er einen unregelmässigen schleppenden Gang.

Sehr früh fiel seinen Zeitgenossen die Andersartigkeit Peters auf. Bezeichnenderweise fühlten sich die Russen eben dadurch abgestossen. Im Gegensatz z.B. zu Grósnj, aber auch zu Lenin, wurde Peter in Russland als ein Fremder empfunden. So wurde das Gerücht ausgesprengt, er sei ein seiner Mutter untergeschobenes Kind, in Wirklichkeit ein Deutscher. Später galt er bekanntlich, nicht allein infolge seiner Regierungstätigkeit, sondern infolge seiner persönlichen Wirkung, als die Personifikation des Bösen, als Antichrist. Die sachliche, rationalistisch-europäische Art Peters wirkte auf seine Umgebung als unrussisch. Er hat zu seinem Volke

nie ein inneres Verhältnis herstellen können und hat eher Achtung und Bewunderung ausgelöst, Furcht und Abscheu erzeugt als – wie Grósnjy! – Liebe und Mitleid erweckt.

Peter war seinem Wesen nach durchaus kein Grübler. Er war ein Handelnder, kein Betrachtender und deshalb – nach Goethe – gewissenlos, ganz auf das Politische und Nützliche ausgerichtet, immer mehr – und auch darin fremd wirkend – für die Wirklichkeit als für Wahrheiten interessiert. Er hatte grosse Freude an jeglichem Hand-Werk und betätigte sich in ungezählten Handfertigkeiten mit grossem Geschick und viel Vergnügen. Selbst rühmte er sich, vierzehn Handwerke zu beherrschen. Mit besonderer Perfektion schlug er die Trommel. Seine jederzeitige Bereitschaft, selbst Hand anzulegen, bezog sich auch auf die Züchtigung hoher Würdenträger und ausländischer Diplomaten, auch auf verschiedene Formen der Tortur, der Tötung von Menschen, ja der Leichenschändung. Er konnte sich einem wilden, ungezähmten Hass hingeben, der umso unheimlicher wirkte, als er nicht blind war, sondern seine Befriedigung «in der kalten, überlegten, ausdauernden Organisation der Vergeltung fand». (Wittram.)

Peter hat – wie Grósnjy – seinen ältesten Sohn umgebracht (ob direkt oder indirekt durch Folterung ist unerheblich) und damit praktisch sein Geschlecht ausgerottet. Grósnjy hat es im Affekt getan, die Tat tief bereut und schwer gebüsst. Peter tat es mit Überlegung, unberührt, ohne Reue zu zeigen. Am Tage darauf, noch vor der Beerdigung, besuchte er mit seiner Frau ein Fest. «Ihre Majestäten haben sich glänzend amüsiert» (dowolno wesse-lilis), heisst es im amtlichen Bericht. Aber auch bei Anlässen, die ihn seelisch stark berührten, verhielt er sich ähnlich. Nach dem Tode seiner sehr geliebten Mutter blieb er «im Übermass des Schmerzes» der Beerdigung und der offiziellen Trauerfeier fern, nahm aber am Tage darauf an einem sehr weltlichen privaten Fest bei Lefort im Beisein vieler Gäste unbekümmert teil.

Von Jugend an hatte er, bis an sein Lebensende lern- und wissbegierig, einen unbändigen Hang zu allem Neuen. Und das war das Fremde. Schon als Knabe zog es ihn unwiderstehlich in die «deutsche Vorstadt», zu einem Umgang mit Ausländern, dem Schweizer Lefort, dem Schotten Gordon, den Holländern Vinius,

Karsten Brant u.a., zu einem deutschen Mädchen, der Weinhändlerstochter Anna Mons, später zur litauischen Magd Martha Skawronski, die er zur Kaiserin machte, zu fremder Tracht und Haartracht, überhaupt zur «deutschen Manier». Als Peter 19 Jahre alt war, stellte der kaiserlich-deutsche Internuntius Kurtz in Moskau fest, dass der Zar «seine eigne nation verhasset undt denen Teütschen am mehristen anhänget». Zunächst jedenfalls war nichts Grundsätzliches dabei, nichts Progammatisches; es war ein Zug seines Wesens.

Peter hatte einen ungehemmten und oft in peinlicher und verletzender Weise zur Schau getragenen Abscheu gegen altmoskauer Traditionen. Er verhöhnte öffentlich die Religion und die Geistlichkeit, die fremde (katholische) und auch die eigene; er begründete und unterhielt bis zu seinem Tode seine «allerbesoffenste Synode», in der er mit seiner «Kumpanei» in ungezügelter und oft obszöner Weise verhöhnte und beleidigte, was anderen ehrfürchtig und heilig war. Dieser Sauf-Sobór hat sehr viel Raum in seinem Leben eingenommen. Ob es wirklich so war, wie Wittram meint, dass er «mit allen heiligen Dingen, Gebärden und Gefühlen spielte und doch an der Wirklichkeit und Gegenwart Gottes, an der Heilsbedürftigkeit des Menschen und am Heilsgeschehen in der Kirche keinen Augenblick zweifelte», mag dahingestellt sein. Jedenfalls hatte Peter eine besondere Vorliebe für betrunkene Leute. Den am häufigsten besoffenen seiner besoffenen Kumpanei, den Fürsten Romodánowskij, bevorzugte er besonders. Obgleich sich dieser durch keinerlei besondere Qualitäten auszeichnete, ernannte der Zar ihn zum Knjas-Cäsar, nannte ihn «Her Kenich», machte ihn zum Chef des Polizeiwesens und liess sich in seiner Abwesenheit von ihm vertreten.

Peter hatte die seltene Gabe der Seelenstärke. Er konnte Leiden ertragen und Schicksalsschlägen innerlich widerstehen, er konnte – was Grósnjy nie gekonnt hat! – um einer Sache willen seine eigene Person hintansetzen. Er war bei aller Prachtliebe persönlich ohne Eitelkeit und liebte es, sich in subalternen Position zu sehen und andere über sich zu stellen. Er konnte das aus Stärke. Es ist für Peter bezeichnend, dass er – im Gegensatz zu Katharina II. – starke Persönlichkeiten in seiner Umgebung duldete und sie ohne

jede Eifersucht zu sich heranzog. Peter war ein unermüdlicher Arbeiter. Dienst an der Sache, d.h. am Staat, war für ihn die grosse Forderung. Peter verlangte den Dienst, wie von den anderen, so auch von sich selbst.

So mischte sich in der Erscheinung Peters des Grossen Altrussisch-Moskowitzisches mit ganz neuartig Fremdem. Das gleiche gilt von seiner Regierungstätigkeit. Nicht nur der Ansatz zu seiner Reformtätigkeit, auch der Ansatz zu seiner Aussenpolitik war in Moskau bereits gegeben: das Bestreben, an die Ostsee und an das Schwarze Meer durchzustossen, einen Anschluss an die europäische Staatengemeinschaft zu finden, europäische Einflüsse zu begünstigen, Ausländer heranzuziehen und unter deren Leitung die Technik zu fördern und Heer und Verwaltung nach ausländischem Muster zu reorganisieren. Gleichwohl ist das völlig Neue dabei nicht zu übersehen.

Neu war, dass Peter seine Reformen unter einem «Oberbegriff», nämlich den des Allgemeinwohles (obschtschaja poljsa) stellte. Neu war, dass er die Person des Herrschers, also seine eigene, begrifflich vom Staate trennte und damit den «Untertan an die Norm eines von der Person des Monarchen abgehobenen Staatsinteresses» band (Wittram). Sein Amtsträger musste «meinem Herrscher und dem ganzen Staat» (mojemu gosudarju i wsemu gosudarstwu) Treue schwören. Neu war vor allem die Art und das Tempo des Vorgehens. Peter machte das Fremde zum Gesetz, zu Zwang und Pflicht; er verband seine Reformen mit einer grundsätzlichen Höherbewertung des Fremden; die an sich in Moskau längst praktizierten grausamen Gewaltmassnahmen wurden durch ihn aus dem Bereich des Menschlich-Willkürlichen in den des Systematisch-Sachlichen übergeleitet und ihnen dadurch eine neue, durchaus unmoskowitzische Note gegeben. Peter verzichtete darauf, bei der Übernahme des Fremden gleichzeitig das Alte erhalten zu wollen, in der richtigen Erkenntnis, dass das auf die Dauer nicht möglich war. Aber eben diese Erkenntnis war neu. Peter hat, und das scheint für die Weiterentwicklung schlechthin entscheidend geworden zu sein, russische Zustände und Vorgänge grundsätzlich mit russlandfremden Wertmassstäben gemessen und ist damit schon im Ansatz zu allem, was er tat, seinem eigenen Lande nicht gerecht geworden.

Im Abendlande hat man in selbstgefälligem europäischen Egozentrismus, indem man natürlich das Fremde mit eigenen Massstäben mass, diese Methode als selbstverständlich angesehen und sie sehr lange auch selbst angewandt, bis man erst in jüngster Zeit, nachdem die europäische Überheblichkeit einen rechten Stoss erhalten hatte, begann, für Russland auch russische Wertmassstäbe gelten zu lassen. Die ganze Petersburger Periode steht im Zeichen der Tendenz, russische Verhältnisse mit europäischen Wertmassen zu messen.

Peters Verhältnis zum Westen, vor allem die praktische Folgerung, die er daraus zog, war durch einen leidenschaftlichen Patriotismus bestimmt. Die Europäisierung führte er betont unter dem Gesichtspunkt nüchterner Zweckmässigkeit und ausschliesslich im Interesse Russlands durch, jedenfalls mit der vorgefassten Absicht, eine materielle und geistige Stärkung Russlands gegenüber Europa zu erreichen, vielleicht, um es zu einem Kampf mit Europa vorzubereiten. Nach einer nicht sicheren Überlieferung hat er selbst gesagt, man müsse Europa den Rücken kehren, wenn man es nicht mehr brauche. Der Ausspruch erscheint durchaus glaubwürdig. Wenn es im Laufe der Geschichte und besonders in jüngster Zeit allen Augen erkennbar geworden ist, dass die Europäisierung Russlands zu einer Gegenbewegung gegen Europa wurde, so wird man mit grosser Wahrscheinlichkeit sagen können, dass das von Peter auch so gemeint war.

### *Regentschaft*

Nach dem Tode des kranken Fjódor (1682) hatte es den Anschein, als sollte wieder eine Zeit der Wirren ausbrechen. Zwischen den Sippen beider Frauen des Zaren Alekséj, den Milosláwskij und den Narýschkins, setzte ein erbitterter Machtkampf um den entscheidenden Einfluss und um den Thron selbst ein. Die im Sinne der Narýschkins erfolgte Schilderhebung des zehnjährigen Peter unter Umgehung seines schwachsinnigen älteren Bruders wollten die Milosláwskij sich nicht gefallen lassen. Durch Verbreitung falscher Gerüchte wiegelten diese die Moskauer Garnison der Strelltzen gegen Peter, seine Mutter und die Narýschkin-Partei auf, deren prominentester Vertreter der bereits genannte Artomón

Matwéjew (vgl. S. 261) war. Sie gewannen dabei die Altgläubigen, die sich der trügerischen Hoffnung hingaben, bei der Gelegenheit die Reform Nikons rückgängig machen zu können, und sie veranstalteten schliesslich eine mehrtätige fürchterliche Metzerei unter ihren Gegnern, der Matwéjew und mehrere Narýschkins zum Opfer fielen. Die siegreiche Milosláwskij-Partei setzte daraufhin durch, dass der schwachsinnige Iwán zusammen mit Peter den Thron bestieg – eine höchst sonderbare Lösung, die aber nicht eine Teilung der Gewalt bedeutete, da die beiden Knaben als eine zarische Majestät galten. Die faktische Regierungsgewalt ging aber in die Hände der desgleichen zur Milosláwskij-Partei gehörenden ältesten Tochter Alekséjs, Sófja, über.

Die damals fünfundzwanzigjährige Sófja, eine energische, intelligente und mit keinerlei Skrupeln behaftete Frau, war wie ihr Vater den westlichen Einflüssen durchaus aufgeschlossen. Sie war insofern eine Personifikation der Neuerungen, als sie – in ihrer Zeit eine moderne Frau – mit der altmoskauer Tradition der Ausschaltung der Frauen aus dem öffentlichen Leben brach und sich über die damit verbundenen Beschränkungen einfach hinwegsetzte. Sófja hat für ihre Brüder sieben Jahre (1682-1689) regiert. Ihr Günstling und damit der massgebende Mann im Staate war jener bereits erwähnte, im Stile eines italienischen Fürsten lebende, weltgewandte und welterfahrene Leiter des Gesandtschaftsprikases, Fürst W. W. Golízyn. Der aussenpolitische Kurs blieb in dieser Zeit der gleiche wie unter Alekséj, nur wurde die türkenfeindliche, auf eine Zusammenarbeit mit den europäischen Grossmächten gerichtete Politik noch intensiviert. Russland trat dem vom Papst vermittelten Kriegsbündnis zwischen dem Kaiser, Polen und Venedig gegen die Türkei, der sog. Heiligen Liga, bei (1686). Im Zuge dieser Entwicklung kam es auch zu Feldzügen gegen die Krimtataren (1687-1689), die umso gerechtfertigter erschienen und auch von den ausländischen militärischen Ratgebern in Moskau (Gordon) befürwortet wurden, als Russland immer noch dem Krim-Chan Tribut zahlen musste. Die Krim-Feldzüge führten allerdings zu keinem Erfolg.

Sófja hatte aus Familienpolitik «ihren Herrn Bruder, den älteren, Czaren Johannes, antiportieret», obgleich «ein jeder ge-



stehen muss, dass ein so blödsinniger kranker Herr von Natur zum Regiment untauglich sei», wie ein ausländischer Beobachter berichtete. Aber eben deshalb war er der Regentin nicht gefährlich. Der viel unbequemere junge Peter und dessen Mutter durften den Winter über zwar im Kreml wohnen bleiben, jede politische Einflussmöglichkeit war ihnen aber genommen. Den grössten und für die Entwicklung Peters wichtigsten Teil des Jahres verbrachten Mutter und Sohn ausserhalb Moskaus im Dorf Preobraschénskoje.

Hier wuchs Peter in grösster Freiheit auf, in ungebundenem Umgang zuerst mit der Dorfjugend und später mit den Ausländern der «deutschen Vorstadt», frei von den Fesseln herkömmlicher moskowitischer Prinzenziehung. Infolge der weiblichen Pädagogik seiner weitherzigen und grosszügigen Mutter blieb seine unsystematische Ausbildung ebenso dilettantisch wie vielseitig. Er lernte in fröhlichem Durcheinander Philosophie und Fortifikation, Rhetorik, Dialektik, Schiffsbau, Sprachen, Geometrie und Grammatik; er lernte aber auch mit Menschen umzugehen, sich durchzusetzen und sich freiwillig anderen unterzuordnen. Für alles interessiert, konnte er schon als Knabe seinen besonderen Neigungen nachgehen, vor allem den militärischen und maritimen. Bekanntlich hat er aus der Dorfjugend seine Lustregimenter (potjéschnyje) gebildet, unter Aufsicht deutscher Offiziere Manöver abgehalten und unter Leitung holländischer Handwerker Schiffe gebaut. Früh lernte er Alkohol, Tabak und Frauen schätzen. Er neigte schon als Halbwüchsiger dazu, über die Stränge zu hauen, und fand ein unbändiges Vergnügen daran, andere herauszufordern und zu reizen, womit er viel Ärger, zumal in konservativen Kreisen, erregte. Zwischendurch wurde er nach Moskau geholt und musste, mit seinem Bruder zusammen auf dem Thron sitzend, als Zar repräsentieren.

Dieser so gänzlich aus dem Rahmen des in Moskau Üblichen herausfallende Bildungsgang des jungen Zaren, zumal sein intimer, als sündhaft geltender persönlicher Verkehr mit Ausländern, ist sowohl für seine charakterliche Entwicklung wie für seine Regierungstätigkeit sehr wichtig geworden. Dabei wurde die Unausgeglichenheit und Zwiespältigkeit seines Charakters schon früh deut-

lich: neben einer bis zur Grausamkeit gesteigerten Roheit – seine Spässe haben wiederholt Menschenleben gekostet – zeigte er eine leidenschaftliche Abneigung gegen alles Unechte, Falsche, Geheuchelte.

In der Hoffnung, dass sich das russische Sprichwort «shenitsja – peremenitsja» (heiratet er, so wird er sich ändern) bewahrheiten möge, verheiratete seine Mutter ihn sechzehneinhalbjährig mit einer ganz in altrussischen Vorstellungen lebenden Bojarentochter, Jewdokija Lopuchina, die für sein Wesen gar kein Verständnis hatte. Das Sprichwort bewahrheitete sich nicht. Peter trug der Tatsache seiner Verehelichung so gut wie gar nicht Rechnung und blieb bei seiner alten Lebensweise. Allerdings bekam er – achtzehnjährig – von dieser Frau einen Sohn, Aleksėj. Formell hat diese Ehe zehn Jahre gewährt. Da es nach russischem Kirchenrecht keine Scheidung gab, steckte Peter seine Frau nach alter Moskauer Übung ins Kloster und liess sie Nonne werden.

Ein halbes Jahr später, nachdem er mündig geworden war, wurde es plötzlich ernst. Durch die Volljährigkeit Peters sah sich Sófja – mit Recht – in ihrer Stellung als Regentin bedroht. Sie hatte aber inzwischen so viel Geschmack am Regieren gefunden, dass sie nicht gewillt war, auf ihre Machtstellung zu verzichten. So fasste sie den Plan, sich zur Zarin krönen zu lassen und dadurch den ohnehin abwesenden und mit ganz anderen Dingen beschäftigten Peter ganz auszuschalten. Ein gerissener Emporkömmling, der Djak Schaklowítj, den sie zum Leiter des Strelitzen-Prikases gemacht hatte, sollte die Garnison dieser Idee gefügig machen und ihre Erhebung zur Selbstherrscherin vorbereiten. Peter erfuhr das und entschloss sich von seinem Dorf aus zu einer Gegenaktion.

Bei den weiteren Ereignissen, die schliesslich zur Alleinherrschaft Peters führten, haben viele absichtlich ausgesprengte, aber effektiv falsche Gerüchte eine grosse Rolle gespielt. In lebendiger Erinnerung an die blutigen Vorgänge vor sieben Jahren hatten beide Geschwister eine panische Angst voreinander. Beide waren – zu Unrecht – davon überzeugt, dass der andere ihm nach dem Leben trachte. Schliesslich war der siebzehnjährige Peter eines Nachts (August 1689) unter der Schockwirkung eines falschen Alarms, kaum bekleidet und nach der Überlieferung «halbtot» in das

Troiza-Kloster geflohen, um sich vor angeblich zu seiner Ermordung ausgesandten Schergen seiner Schwester in Sicherheit zu bringen. Faktisch waren gar keine Schergen unterwegs. Aber die durch diese Flucht entstandene Situation verlangte eine Entscheidung.

Zur Enttäuschung Sófias entschieden sich viele Würdenträger für Peter, darunter die hohe Geistlichkeit mit dem Patriarchen an der Spitze. Die Kirche gab sich damals der trügerischen Hoffnung hin, dass die Ausschaltung S6fjas zu einer Abkehr von der Ausländerbegünstigung führen würde. Auch die Strelitzen und vor allem die ausländischen Offiziere hielten zu Peter, so dass die sich hartnäckig sträubende S6fja keinen anderen Ausweg mehr hatte, als das Feld zu räumen. Sie wurde in ein Kloster geschickt, Golfzyn wurde verbannt und der Manager des geplanten Putsches, Schaklowítj, hingerichtet. Anlässlich dieser Ereignisse hat Peter an seinen Bruder und Mitzaren ein interessantes Schreiben gerichtet, das ihn als vorsichtigen und geschickten politischen Taktiker zeigt. Mit offener Rücksicht auf die Gegenpartei brachte er zum Ausdruck, dass seine Aktion sich ausschliesslich gegen die unrechtmässigen Ansprüche S6fjas gerichtet habe und er keineswegs darauf ziele, die Rechte seines Bruders zu schmälern. «Durch Gottes Gnade ist uns beiden das Szepter der Regierung in die Hand gegeben... aber der dritten verächtlichen Person (sasornomu lizü), unserer Schwester, gestatten wir nicht, sich mit uns im Titel und in der Regentschaft zu teilen. Dahin möge sich auch Dein Wille, Gossudár, mein Bruder, hinneigen. Es wäre schmäherlich, Gossudár, dass diese verächtliche Person bei unserer Volljährigkeit – (Iwán war längst volljährig!) – neben uns über die Reichsherrschaft verfügen sollte. Dich, den Herrscher und Bruder, wie einen Vater zu ehren, bin ich bereit.»

Man hat gemeint, es sei für Peter kennzeichnend, dass es ihm gänzlich an Geduld gefehlt und er sich nie Zeit gelassen habe. Für seine Reformtätigkeit trifft das zu. Aber nach der Entmachtung seiner Schwester liess er sich sehr viel Zeit und war erstaunlich geduldig. Er zeigte überhaupt kein Interesse daran, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen; er liess die Dinge einfach laufen. Und sie liefen schlecht. Die Regierung überliess er, nachdem er

seine fähige Schwester abgesetzt hatte, seiner dazu völlig unfähigen Mutter, während er sich selbst nunmehr ganz ungehemmt dem einmal begonnenen, seinem Lebensalter allerdings auch besser entsprechenden «Studentenleben» hingab. Das ging so fünf Jahre bis zum Tode seiner Mutter (1694). Dann sah er sich allerdings mehr nolens als volens – zweiundzwanzigjährig – veranlasst, die Regierung in seine eigenen Hände zu nehmen. Sein kranker Bruder lebte damals noch (bis 1696), hat ihn aber in keiner Weise beeinträchtigt. Übrigens war dieser Iwán immerhin gesund genug, um zu heiraten; ob aber die robusten Frauen, die als seine Töchter galten (so die spätere Kaiserin Anna), auch tatsächlich seine Töchter waren, ist sehr zweifelhaft.

### *Der Umbruch. Europareise*

Gleich in seinen ersten politischen Massnahmen zeigte Peter eine klare Zielrichtung; sie lag auf dem Gebiete der Aussenpolitik. Peter hatte von seiner Schwester ein Bündnis gegen die Türken und einen Kriegszustand mit den Krimtataren geerbt. Er war entschlossen, das Erbe zu übernehmen. Was ihm fehlte, war ein Ausgang zum Meer. Vor neunundfünfzig Jahren (1637) hatten die Donkosaken den Türken Asow abgenommen, es aber wieder abtreten müssen, weil sie beim Zaren – damals Michaíl – keine Rückendeckung fanden. Nun ging Peter gemeinsam mit den Kosaken noch einmal in der gleichen Richtung vor. Er wurde dabei auch vom Hetman der ukrainischen Kosaken Masépa unterstützt.

Überstürzt und völlig unzureichend vorbereitet machte er sich daran, Asow zu erobern (1695). Der Versuch schlug fehl; die Russen wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Aber bereits bei dieser Gelegenheit zeigte Peter eine verbissene, sich über alle Widerstände, zumal über Menschenopfer, hinwegsetzende Energie. Nach einer nur einjährigen, aber gründlichen Vorbereitung, in deren Verlauf er in Worónesh am Don unter Leitung ausländischer Handwerker auch eine Kriegsflotte erbauen liess – sein erstes Kriegsschiff hiess Principium, und sein erster Admiral war der früher nie zur See gefahrene Schweizer Lefort –, gelang es ihm,

ein grosses Heer aufzustellen und mit einer gewaltigen Übermacht (75'000 Mann gegen 3'000), hauptsächlich dank der Kosaken, Asow zu erobern (1696). Dieser mit grossem Triumphgepränge gefeierte Sieg hätte zum Anfang einer darauf aufgebauten Schwarzmeer- und Balkanpolitik werden können. Peter hat das auch gewollt, aber nicht durchführen können, so dass das Asowsche Unternehmen nur eine Episode blieb.

Der entscheidende Umbruch, und damit erst der wirkliche Beginn der neuen Periode in der russischen Geschichte, setzte erst auf Peters berühmt gewordener Europareise ein. Sie ist zu einer Epoche in der Geschichte Russlands, ja – nach Macauley – in der Weltgeschichte geworden. Die Europareise Peters war für damalige Moskauer Verhältnisse und Vorstellungen in jedem Betracht unerhört: in der Planung, in der Durchführung, in der Dauer (andert-halb Jahre), in der Tatsache der Beteiligung des Zaren selbst an der «Grossen Gesandtschaft», in der Position, die er in ihr einnahm und nicht zuletzt natürlich im persönlichen Verhalten Peters im Ausland.

Vor Peter ist kein regierender Zar in Europa gewesen. Aber auch nach ihm hat 100 Jahre lang kein in Moskau gekrönter Monarch europäischen Boden betreten – auch nicht seine grosse Nacheiferin Katharina II. Als dann im 19. Jahrhundert die russischen Zaren und Kaiser nach Europa kamen, um dort sehr schnell heimisch zu werden, geschah das im Zeichen vollständig veränderter Umstände.

Die Reise, über die zu berichten oder auch nur darüber zu sprechen bei strengster Strafe verboten war, sollte zwei Zwecken dienen. Erstens war sie als Studienreise im praktischen Verstande des Wortes gedacht, zwecks Gewinnung technischer Kenntnisse, hauptsächlich im Seefach. Zu diesem Zweck waren einige dreissig sog. Freiwillige (Volontäre), fast alles Angehörige vornehmer russischer Familien, zu einer der Gesandtschaft angeschlossenen Studiengruppe kommandiert und in drei ungleiche Zehnerschaften eingeteilt. Wer sich weigerte, «Freiwilliger» zu sein, dem drohte Verbannung. Der Obmann einer Zehnerschaft (desjatnik), etwa im Rang eines Unteroffiziers, war der Zar unter dem Namen Pjotr Michajlow.

Die Gesandtschaft hiess nicht nur gross, sondern war es tatsächlich: gross an Zahl und gross in ihren Ansprüchen. Sie bestand aus etwa 150 Personen und zeigte sich in verschiedenen Orten recht sesshaft, was für die Gastgeber höchst lästig werden konnte, da sie, die Gastgeber, für die Verpflegung und Beförderung aufkommen mussten. An der Spitze der Gesandtschaft standen Lefort und F. A. Golowin; Peter selbst war faktisch natürlich der Leiter, wenn auch formell inkognito, in Wirklichkeit aber von allen Gastgebern als Zar erkannt und mit Ausnahme der Schweden auch als solcher behandelt. Zweitens verfolgte die grosse Gesandtschaft politische Zwecke. Auf der Linie seiner eigenen antitürkischen Aussenpolitik hatte Peter in ziemlicher Unkenntnis innereuropäischer Probleme den ebenso kühnen wie illusionistischen Plan gefasst, «zu dauernder Mehrung der christlichen Herrscher» eine europäisch-christliche Einheitsfront, natürlich unter Einbeziehung Russlands, zur «Schwächung der Feinde des Kreuzes, des türkischen Sultans, des Krim-Chans und aller muselmanischen Horden» herzustellen.

Bekanntlich hat Peter dieses Ziel weder erreicht noch ist er ihm auch nur einen Schritt nähergekommen. Die Mächte waren zu sehr mit ihren eigenen divergierenden Interessen beschäftigt: Europa stand damals am Vorabend des spanischen Erbfolgekrieges. Peter hat daraus in mancherlei Hinsicht für Russland wichtige Schlüsse gezogen. Die erste und unmittelbare Folge davon war der Entschluss, seine eigene Aussenpolitik nicht nach Süden, sondern nach Nordwesten gegen Schweden zu lenken.

Auf seiner Reise hat Peter zunächst das damals schwedische Livland, dann Preussen und Brandenburg, dann Holland und England, dann Österreich und schliesslich Sachsen besucht. Seine Aufnahme in Europa war nicht einheitlich. Als Träger einer politischen Mission wurde er, aufs Ganze gesehen, wenig entgegenkommend, förmlich und misstrauisch empfangen. Allerdings gab es dabei Nuancen. Die Schweden verhielten sich ihm gegenüber sehr kühl, nahmen das Inkognito wörtlich und schoben seinem sehr realistischen Interesse, z.B. für die Befestigung Rigas (das er später erobern sollte), einen Riegel vor, was er seinerseits als Unfreundlichkeit auslegte, um später damit seinen Krieg gegen Schweden zu motivieren. Die Brandenburger waren umso freundlicher in der

Hoffnung, den Zaren antischwedisch beeinflussen zu können; die Engländer sehr zurückhaltend, umso mehr, je deutlicher wurde, dass Peter britischer Denkweise überhaupt nicht zugänglich war und für die Einrichtungen des Landes, das nur einige Jahre vorher (1689) die «declaration of rights» angenommen hatte, überhaupt kein Verständnis zeigte. Mit betonter, gelegentlich bis zur Unhöflichkeit gesteigerter Reserve wurde der «heikle Herr» in Wien empfangen; der Kaiser liess ihn antichambrieren und lehnte es ab, mit ihm über Staatsgeschäfte zu sprechen.

Auf einer anderen Ebene lagen die zahlreichen menschlichen Begegnungen mit dem Mann, der so viel sehen und lernen wollte und dabei einen immer wieder verblüffenden Mangel an Fähigkeit und Willen zeigte, sich der fremden Umgebung anzupassen. In dieser Hinsicht stand der Europabesuch Peters von Anfang bis zum Ende im Zeichen einer Sensation. Man bestaunte das Wundertier, «cet animal», mit geradezu zoologischem Interesse, ihm dabei stets mehr mit Neugier als mit Achtung begegnend, anerkannte wohl seine «bonnes qualités» und seinen «esprit naturel», aber zeigte sich höchst schockiert, besorgt, gelegentlich entsetzt über die primitive Wildheit des damals 26jährigen Zaren und fand es – wie z.B. in England – «unbegreiflich, dass die Vorsehung einem so wütenden Menschen alle Macht über so viel Untertanen verliehen hat». Seine Manieren verschlugen den Damen den Atem.

Im Zusammenhang mit dieser Reise sind ungezählte Legenden entstanden, auf die hier natürlich nicht eingegangen werden kann. Die bekannteste bezieht sich auf seinen Aufenthalt in Zaandam als Zimmermann im Schiffsbauunternehmen Rogge. Diese später melodramatisch verniedlichte Episode verlief durchaus nicht freundlich für Peter. Sein Inkognito zu wahren, erwies sich trotz der Arbeiterkleidung schon allein seines Wuchses und seiner krankhaften Zuckungen wegen als unmöglich; sich durch entsprechendes Auftreten persönliche Achtung zu verschaffen, gelang ihm nicht einmal Kindern gegenüber, so dass es zu peinlichen Vorfällen mit der Zaandamer Dorfjugend kam, die ihn hänselte, bis der Bürgermeister eingriff und der Aufenthalt vorzeitig abgebrochen wurde.

Für seine Lernbegier ertragreicher war sein längerer und besser abgeschirmter Aufenthalt in den Grossstädten Amsterdam und

London. Vorher hatte er sich in Königsberg zwei Wochen lang von einem Ingenieur über Artilleriewesen unterrichten lassen und auch eine Urkunde als «vorsichtiger, zuverlässiger und mutiger Meister» erhalten. Eine richtige Lehre ist es natürlich nicht gewesen, und auch der praktische Erfolg ist fraglich. Als er auf der Rückreise mit August dem Starken – allein zum 28jährigen Polenkönig hatte er einen persönlichen Kontakt gefunden – ein Wettschiessen mit Kanonen veranstaltete, erzielte der Zar nicht einen Treffer.

Die Reise war mit vielen peinlichen Vorfällen verbunden. Und sogar in Dresden atmeten die Gastgeber erleichtert auf, als sie «den kostbaren Gast gottlob wieder losgeworden». Kostbar war er auch in rein finanzieller Hinsicht, nämlich im Hinblick auf die zerbrochenen, z.T. in Kleinholz verwandelten Möbel, die zerrissenen Vorhänge, verschmutzten Teppiche usw., die die grosse Gesandtschaft überall hinterliess. Gleichwohl bleibt diese Reise ein geschichtlicher Vorgang von kaum zu überschätzender Bedeutung. Nicht nur die Aussenpolitik, auch die Innenpolitik Peters geht auf Eindrücke und Erfahrungen dieser Reise zurück.

Peter hat seine Europareise vorzeitig abbrechen müssen, weil in Russland Unruhen ausgebrochen waren. An sich war das nichts Ungewöhnliches. Seit dem Tode seines Vaters, zumal seit den Ereignissen nach dem Tode seines Bruders Fjódor, gärte es unausgesetzt. Peters Entschluss, als regierender Zar sein Reich für so lange zu verlassen, war unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ein Risiko, wenn nicht eine Leichtfertigkeit. Er wusste sehr wohl, dass die Ablehnung alles dessen, was er tat und wie er es tat, sehr weite Kreise gezogen hatte und dass sich bei seinen Gegnern und erklärten Feinden bereits so viel Sprengstoff angesammelt hatte, dass es jederzeit zu einer Entladung kommen konnte. Noch vor seiner Abreise wurde eine Verschwörung entdeckt, die das Ziel hatte, ihn zu beseitigen. Bereits damals wurde systematisch verbreitet, dass der russische Zar in Wirklichkeit der Antichrist sei. Mit ungeheurer Grausamkeit war er gegen die faktisch und vermeintlich Schuldigen vorgegangen, wobei er «das übliche Mass an Terror überschritt» und «einen Überschuss an Tatkraft» (Brückner) an den Tag legte. Aber eine wirkliche Beruhigung war damit durchaus nicht hergestellt.



Der eigentliche Unruheherd und gleichzeitig der Mittelpunkt des Widerstandes gegen ihn persönlich waren die bereits erwähnten Strelitzenregimenter, die die Garnison von Moskau bildeten. Die Strelitzen wohnten mit ihren Familien in eigenen Siedlungen in bestimmten Stadtteilen und beschäftigten sich auch mit Handel und Gewerbe. Infolge der Modernisierung des Heeres und der Begründungen neuer Regimenter unter Führung von Ausländern befürchteten sie mit Recht eine Schwächung ihrer Stellung und gerieten in Opposition gegen alle Neuerungen, zumal gegen die Ausländer, die Ketzer, wobei sie jederzeit auf Unterstützung der Altgläubigen, grosser Teile der Geistlichkeit und auch vieler konservativer Aristokraten rechnen konnten.

Wie rememberlich, hatte Sófja bei ihrem Versuch, die Selbstherrschaft zu erlangen, sich – damals vergeblich – auf die Strelitzen zu stützen versucht, und Strelitzenoffiziere waren auch an der erwähnten Verschwörung gegen Peter beteiligt. Nach der Vergeltung an den Verschwörern war die Lage der Strelitzenregimenter noch ungünstiger geworden, da Peter begann, sie aus Moskau in die Provinz, z.B. in das eroberte Asow, zu verlegen. Das passte ihnen nicht, und so entschlossen sie sich, während Peters Abwesenheit die Gelegenheit zu nutzen. Es ist sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht nachgewiesen, dass sie sich mit der abgesetzten Sófja in Verbindung setzten; sie selbst hat jede Beteiligung abgestritten. Sicher wurde bereits damals der Zarewitsch Aleksėj gegen seinen Vater ausgespielt. Sicher ist auch, dass die Strelitzen Peter nicht nach Moskau hereinlassen und der Zarewna Sófja zum Thron verhelfen wollten. Unter den bezeichnenden Parolen: «die neméz-kaja sloboda zerstören!», «die Deutschen totschiagen!», «die echte Frömmigkeit wiederherstellen!», «der Zarewitsch liebt die Deutschen nicht!», «der Zar ist über dem Meer ertrunken!» ... kam es im August 1698 zum offenen Aufstand. Peter sah sich veranlasst heimzukehren.

Als er in Moskau eintraf, hatte Romodánowskij, der «Herr Kenich», den Aufstand bereits niedergeschlagen. Bezeichnenderweise begnügte sich der Zar damit nicht. Wenn es wahr ist, wie die Legende will, dass Peter durch die blutigen Ereignisse des Jahres 1682 einen Schock erlitten hatte und zeitlebens sich von dem

Eindruck nicht mehr befreien konnte, so nicht in dem Sinne, dass er Abscheu und Widerwillen davor gewann, sondern allenfalls in dem Sinne, dass er sich diese Methode zum Beispiel genommen hat. Was jetzt – more moscovitico – geschah, war in der Tat dazu angetan, «die Herzen erstarren und die Haare zu Berge stehen» zu lassen. Der junge Zar liess ein furchtbares Strafgericht über Schuldige und Unschuldige ergehen. Die Hinrichtungen fanden natürlich öffentlich statt. Wahrscheinlich hat Peter in bewährter Tatkraft sich auch selbst daran beteiligt. Jedenfalls verlangte er von den Männern seiner Umgebung, deren Treue, Mut und Nerven erprobend, dass sie das Henkerhandwerk persönlich ausübten. Romodánowskij – der «Her Kenich» – «hackte vier Köpfe ab; Golízyn verursachte, weil er ungeschickt säbelte (po neuméniju rubitj), seinen Opfern entsetzliche Qualen; Aleksaschka (Menschikow) rühmte sich, zwanzig Mann geköpft zu haben .. .». Zwei Generale Peters haben sich übrigens mit Erfolg geweigert, das Henkerhandwerk auszuüben, beides Ausländer, der Schweizer Lefort und der Deutsche Blumberg.

Die Truppe der Strelitzen wurde aufgelöst, bei gleichzeitigem Verbot, sie als Soldaten in andere Regimenter einzureihen. Nach der Überlieferung wurden ausser den Geköpften noch mehrere Tausend gehängt. «Die in langen Reihen hängenden und im Winde schaukelnden Leichen» blieben wochenlang am Galgen, drei von ihnen, zur Lehre und Warnung der Schwester S6fja, vor deren Fenster, «der mittelste mit einem Schriftstück in den toten Händen». Die verdächtigen Drahtzieher wurden mit allen Mitteln der vorher und nachher in Moskau oft bewährten Methode behandelt: Folter, Existenzvernichtung, Sippenhaft usw.

Nach diesem Exempel seiner Willenskraft und Nervenstärke ging Peter daran, sein Vaterland in dem von ihm gewünschten Sinne zu verändern.

### *Das Tor nach Europa*

Die unmittelbare aussenpolitische Folge der Europareise Peters war sein grosser Krieg mit Schweden. Es war ein Krieg um Livland. Peter hat ihn – wie Grósnjy – während fast der ganzen

Zeit seiner Regierung geführt (1699-1721) und hat ihn – anders als Grósnj – mit vollem Erfolg beendet: der grösste Teil des ehemaligen altlivländischen Ordensgebietes, die Provinzen Estland und Livland, sowie Ingermanland fielen an Russland. Das Baltische Meer war in breiter Front erreicht. Viel mehr als nur ein Fenster, – ein riesiges Tor war nach dem Westen geschlagen. (Das Wort vom Fenster nach Europa stammt von Graf Algarotti [J 1764], von dem es Púschkin später übernahm.) Drei wichtige alte Ostseehäfen, Riga, Reval und Narwa, waren gewonnen, ein neuer Hafen als Symbol für die neugewonnene Stellung Russlands am Meer und im Rahmen des europäischen Staatensystems war begründet – St. Petersburg.

Es verdient festgehalten zu werden, dass die an alte Moskauer Traditionen anknüpfende, allerdings bald mit neuen Akzenten versehene Expansionspolitik zur Ostsee hin weder von Peters Zeitgenossen noch später von seinen Gegnern und Kritikern als solche angefochten wurde. Auch von europäischen Mächten ist der Anspruch der Grossmacht Russland auf einen Ausgang zum Baltischen Meer als legitim anerkannt und bis zum Ersten Weltkrieg von niemandem ernstlich streitig gemacht worden. Nach vorübergehendem Verlust dieser Gebiete hat Russland im Jahre 1939 – nunmehr als Sowjetunion – unter ausdrücklicher Berufung auf Peter den Grossen diesen Anspruch erneuert und bekanntlich auch realisiert. Die Eingliederung der Baltischen Staaten in die Sowjetunion liegt auf der Linie eines sich über Jahrhunderte hinziehenden Geschichtsprozesses. Allerdings erfolgte die Annexion durch Peter unter Wahrung der traditionellen Einrichtungen des Landes, die Annexion durch Stalin dagegen unter deren Zerschlagung.

Die Eroberung der baltischen Küste vollzog sich im Rahmen des grossen Nordischen Krieges. Dieser Krieg, der seinen Vorgänger im ersten Nordischen Krieg zwischen Schweden, Polen und Russland (1655-1660) hatte und dank dessen Ergebnis Russland seine Anerkennung als europäische Grossmacht gewann, gehört in den Bereich der allgemeinen Geschichte Europas. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, des Näheren auf die schwedische, dänische, polnisch-sächsische und livländische Politik und deren Exponenten einzugehen. Die Darstellung muss sich hier auf das Allerwichtigste beschränken.

Von Russland her gesehen, war es ein eindeutiger Angriffskrieg. Sehr bald nach der Rückkehr Peters von seiner Reise hatte er, unter massgeblicher Beteiligung des Livländers Patkull, streng geheim und unter fortgesetzter Täuschung der Schweden, ein Angriffsbündnis mit Dänemark und mit Polen-Sachsen geschlossen (1699). Die Voraussetzung für Peter war ein Friedensschluss mit der Türkei, der sich aber hinzog und erst nach langwierigen Verhandlungen im Juli 1700 perfekt wurde: Asow blieb russisch, und der Krimtribut wurde eingestellt. Inzwischen hatte Karl XII. von Schweden die Sachsen geschlagen (Februar 1700) und die Dänen zur Kapitulation gezwungen (August 1700). Darauf griffen die Russen – übrigens nach einer feierlichen Friedensversicherung – höchst leichtfertig und schlecht vorbereitet die Schweden an und wurden, trotz gewaltiger Übermacht (29'000 Russen gegen 3'000 Schweden) vom achtzehnjährigen Schwedenkönig bei Narwa vernichtend geschlagen (November 1700). Auch Peter persönlich versagte. Wie seine Vorgänger auf dem Moskauer Thron bei ähnlichen Gelegenheiten verliess er seine Truppen und floh Hals über Kopf. «Europa wandte sich mit Gelächter von Peter ab» (Fleischhacker).

Wahrscheinlich ist Peter damals zum erstenmal – ein zweitesmal sollte noch folgen – durch den Verzicht Karls XII., direkt nach Moskau zu marschieren, gerettet worden. So schnell er sich verloren hatte, ebenso schnell fing der Zar sich wieder, bewies Umsicht und Energie im Unglück, nutzte die ihm gewährte Pause zu gründlichen Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Kampfes und konnte bereits ein Jahr später erneut angreifen. Da das Schwergewicht der Kämpfe sich inzwischen weiter südlich nach Polen und Sachsen verlagert hatte, konnte Peter jetzt im Norden einen Erfolg nach dem anderen erzielen. Nach der Eroberung der schwedischen Festung Nöteborg am Ladogasee (seither Schlüsselburg, 1702) stiess er bis an die Ostsee durch, nahm an der Newa Nyenschanz (1703) und errichtete dort die Peter-Pauls-Festung. Im Sumpfgebiet legte er eine Holzstadt an, die er holländisch Piterburch nannte. Gleichzeitig mit der Gewinnung Ingermanlands brach er in Livland ein und eroberte in den folgenden Jahren die ersehnten, nach der Niederlage bei Narwa übrigens ausdrücklich

August dem Starken zugebilligten, nun aber umso intensiver begehrten, Provinzen Estland und Livland.

Von der beispiellos rigorosen, durchaus am tatarischen Muster ausgerichteten und an altmoskowitzische Traditionen anknüpfenden Kriegführung geben die Berichte des in Livland kommandierenden Marschalls Scheremétjew eine Vorstellung. «Vieh und Esten»

- schrieb er dem Zaren -, «haben wir eine Menge gefangen. Kühe sind jetzt für 3 Altynen zu haben, Schafe für 2 Dengen, kleine Kinder für 1 Denga, grössere für 1 Griwna, 4 Stück kauft man für 1 Altyne ... Ich habe Dir zu melden, dass der Allmächtige Gott und die Allergnädigste Gottesmutter Deinen Wunsch erfüllt haben: im feindlichen Lager gibt es nichts mehr zu verheeren, alles ist verwüstet, nichts steht aufrecht... von Reval bis Riga ist alles mit Stumpf und Stiel ausgerottet.»

Aber noch konnte Peter sich dieser Eroberungen nicht freuen. Inzwischen hatte Karl XII. August den Starken besiegt, zur Kapitulation und zum Verzicht auf die polnische Krone gezwungen (1706) und schickte sich nun an, Peter das gleiche Schicksal zu bereiten. Der Weg für ihn nach Moskau war frei. Es ist dieses – der Winter 1707/08 – wohl die schwerste Zeit für Peter gewesen. Der Zar hat damals verzweifelt versucht, zu einem Frieden zu gelangen, und hat sich auch zum Verzicht auf alle Eroberungen bereit erklärt – nur nicht auf Petersburg; aber Karl lehnte ab. Peter hat auch in England um Vermittlung nachgesucht, als Preis Kiew oder Sibirien angeboten, alles vergebens. Er musste jetzt ohne Bundesgenossen den Krieg weiterführen.

Seine Notlage war nicht allein durch die Siege Karls hervorgerufen. Sie wurde durch fortgesetzte, z.T. wieder gefährliches Ausmass annehmende innere Unruhen noch erheblich erhöht. Seine während des ganzen Krieges fortgeführten, gegenüber seinem eigenen Volk nach wie vor ungeheuer rücksichtslosen, die Ausländer, besonders ausländische Offiziere noch mehr begünstigenden Massnahmen zur Förderung der Rüstung, Reorganisation, Verbesserung und Stärkung der Armee sowie der wachsende Druck der sich immer weiter steigenden Kriegslasten, hatten der latenten Unzufriedenheit und Unbotmässigkeit im Lande neue Nahrung gegeben. Seit 1705 war es im Süden Russlands, wiederum von der

Steppe ausgehend, zu offenen Aufständen «gegen die Bojaren und die Deutschen» gekommen. Die Bewegung griff wie zu Rásins Zeit auf die mittlere Wolga und auf das Gebiet der Donkosaken über. Auch ein neuer Anführer, der Kosak Kondrátij Buláwin, hatte sich gefunden, der mit der Golitjbá Tscherkask eroberte. Das ganze ehemals von Rásin beherrschte Gebiet geriet in Aufruhr, so dass Peter sich gezwungen sah, ein Heer aufzubieten, um die Unruhen niederzuschlagen. Am gefährlichsten wurde für ihn der zunächst getarnte und vorsichtig in die Wege geleitete Abfall des ukrainischen Kosakenhetmans Masépa.

Iwán Stepanowitsch Masépa, ein neu geadelter, ebenso ehrgeiziger wie verschlagener, damals etwa 70 Jahre alter Kosak polnischer Kultur und Bildung – mit Karl XII. unterhielt er sich mühelos lateinisch –, ohne Zweifel eine ungewöhnliche Persönlichkeit, ukrainischer Patriot, ebenso antirussisch wie antipolnisch gesinnt, zielte wie ehemals Chmelnýkyj auf die Befreiung der Ukraine von der Oberherrschaft der Nachbarn und ihre Erhebung zu einem selbständigen Staat. Seit 1687 Hetman, hatte er im Feldzug gegen Asow noch mit den Russen zusammen gekämpft und wesentlich zu deren Sieg beigetragen. Nach dem Ausbruch des Nordischen Krieges und beeindruckt von den phantastischen Erfolgen Karls XII. glaubte er aber, dass Peter verloren sei. Um sich aus dem erwarteten Zusammenbruch Moskaus herauszuhalten, hatte er Geheimverhandlungen zunächst mit dem neueingesetzten polnischen König Stanislaus Leszczyński und dann mit den Schweden direkt angeknüpft. Mit einem Übergang auf die andere Seite glaubte Masépa Peter einen schweren, wenn nicht tödlichen Schlag versetzen zu können. In Wirklichkeit hat er damit wahrscheinlich den Zaren gerettet.

Am Anfang des Jahres 1708 stand Karl – wie 100 Jahre später Napoleon – zum Marsch auf Moskau bereit in Wilna. Zum zweitenmal verzichtete er darauf, den direkten Weg nach Moskau – wie Napoleon über Smolénsk – zu gehen, und bog, von Masépa dazu bewogen, nach Süden in die Ukraine ab. Es besteht über diesen Entschluss und seine Folgen eine sehr umfangreiche Literatur, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Ob der König wirklich, wie gemeint worden ist, durch geschickte

Verteidigungsanlagen Peters dazu gezwungen wurde, sich nach Süden zu wenden, oder ob er sich aus falscher Einschätzung der Lage dazu entschloss, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich Karl dabei sowohl von strategischen und verpflegungstechnischen wie auch von politischen Gesichtspunkten leiten lassen, gerade im Hinblick auf die erwähnten Unruhen in Südrussland. Das Ergebnis war eine der wenigen Schlachten in der Geschichte, die wirklich eine Entscheidung herbeigeführt haben und epochemachend geworden sind, die Schlacht von Poltawa am 27. Juni 1709.

Für Karl stand dieser Feldzug von Anfang bis zum Ende unter einem Unstern. Sein aus Livland erwartetes «marschierendes Magazin» wurde von den Russen abgeschnitten und vernichtet. Schlimmer war, dass seine auf die Ukrainer gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllten. Wie sich herausstellte, stand hinter Masépa nur die ukrainische Oberschicht, während das einfache Volk und ein grosser Teil der Geistlichkeit weiter zu Moskau hielten. In Peters Auftrag gelang es Menschikow in einem geschickt geführten Gegenschlag gegen den Hetman, diesen Umstand zu nutzen, in der Ukraine selbst einen Aufstand gegen Masépa hervorzurufen und dessen Hauptstadt Batúrin zu besetzen. Infolgedessen konnte Masépa dem Schwedenkönig nur etwa 3'000 Kosaken zuführen – er hatte 30'000 versprochen. Noch weniger erfüllten sich die Hoffnungen auf eine gleichzeitige Erhebung der anderen Kosaken gegen Moskau. Schon vor der Schlacht war der König lebensgefährlich verwundet worden und musste jetzt fiebernd von einer Bahre aus den Befehl führen. Der Sieg der Russen, die doppelt so viel Truppen wie die Schweden in die Schlacht führen konnten, war vollständig.

Die Folge war der plötzliche und unerwartete Zusammenbruch der schwedischen Grossmachtstellung. Mit einemmal war die Gesamtlage im Nordosten Europas von Grund auf verändert. Jetzt erst waren die russischen Eroberungen an der Ostsee gesichert. Peters erster Gedanke galt natürlich Petersburg, dessen Grundstein nach einem berühmt gewordenen Ausspruch ihm erst jetzt sicher gelegt schien. Die Eroberung Livlands (Riga), Estlands (Reval) und Kareliens (Wiborg) wurde schnell zu Ende geführt. Die Koalition mit Sachsen-Polen und Dänemark wurde unter

russischer Führung erneuert. Russland trat das Erbe Schwedens als Vormacht im Ostseeraum an. Bis zur rechtlichen Sicherung der neuen Erwerbungen in einem Frieden sollten allerdings noch zwölf Jahre vergehen. Die Entscheidung war aber gefallen, und es gibt mancherlei Zeugnisse dafür, dass sich auch die Zeitgenossen, darunter auch Peter selbst, über deren geschichtliche Bedeutung durchaus klar waren.

Karl hatte nach der Schlacht bei Poltawa seine Sache nicht verloren gegeben. Er war mit Masépa zu den Türken geflohen, und es gelang ihm, diese zu einer Wiederaufnahme ihres Krieges mit dem Zaren zu bewegen (November 1710). Jetzt trat – mehr als ein Jahr zu spät – auch das ein, worauf der schwedische König bei seinem Zug in die Ukraine gehofft hatte: die Krimtataren unter ihrem extrem moskaufeidlichen Chan Déwlet Giréj fielen wieder in russisches Gebiet ein; auch Kosakentrupps beteiligten sich an diesen Streifzügen. Doch jetzt waren sie für Peter nicht mehr gefährlich.

Der neue Konflikt mit der Türkei kam Peter höchst ungelegen. Zwar war er grundsätzlich durchaus für eine Abrechnung mit Türken und Tataren, aber keinesfalls zu diesem Zeitpunkt, da die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit den Türken einen Zweifrontenkrieg bedeutete, den er immer vermeiden wollte. Gleichwohl beschloss der Zar, den Krieg anzunehmen, den Türken durch einen Gegenschlag zuvorzukommen und in einer grossangelegten, aber wiederum nicht genügend vorbereiteten Aktion den ganzen Balkan zu einem Aufstand gegen die Türken aufzuwiegeln.

Anknüpfend an alte Hoffnungen der balkanischen Christen auf russische Hilfe und an die entsprechenden Ansätze seines Vaters zu einer Balkanpolitik (vgl. S. 253 f.), rief Peter in Proklamationen die Glaubensbrüder auf dem Balkan auf, sich gegen die ungläubigen Unterdrücker zu erheben, während er selbst mit einem Heer gegen die Donau marschierte. Doch diesmal stand – anders als zwei Jahre vorher – alles, was der Zar unternahm, unter einem Unstern: die Christen auf dem Balkan erhoben sich nicht, und die von August dem Starken erwartete Hilfe traf nicht ein. Zwar hatten die Hospodaren der Moldau und Walachei Peters Oberhoheit anerkannt, aber die russischen Truppen gerieten in grosse



Verpflegungsschwierigkeiten, und es mangelte ihnen schliesslich an allem, auch an Wasser und Brot, nur nicht an Frauen. Auch Peter hatte – was sehr wichtig werden sollte – seine Geliebte, die litauische Magd Katharina (Martha Skawronski), dabei.

Die Türken hatten ihrerseits ein starkes Heer ausgerüstet. Am Pruth wurde der Zar mit seiner ganzen Armee von einer dreifachen – nach russischen Überlieferungen von einer fünffachen – türkischen Übermacht eingeschlossen (Juli 1711). Die Lage war hoffnungslos, ohne jede Aussicht auf Rettung. Es blieb auch für Peter persönlich nur die Wahl zwischen Gefangenschaft und Tod. Ein unsicher überliefertes Schreiben, das der Zar damals nach Petersburg gerichtet haben soll, macht es wahrscheinlich, dass er lieber den Tod als eine türkische Gefangenschaft gewählt haben würde.

In dieser Situation ereignete sich das «Wunder am Pruth». Die Türken nutzten ihre Chance nicht; der den Oberbefehl führende Grossvesir verzichtete auf die Vollendung des ihm nicht mehr aus der Hand zu nehmenden militärischen Triumphes und verzichtete auch auf eine Gefangennahme des Zaren und damit auf alle sich daraus ergebenden Möglichkeiten. Bei den Verhandlungen mit dem Grossvesir war auch Katharina in dessen Zelt erschienen, – ohne Peter. Das Ergebnis war, dass die Russen mit dem Zaren an der Spitze freien Abzug erhielten. Mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen zogen die Besiegten, als wären sie die Sieger, in voller Ordnung davon. Die Grossmut des Grossvesirs hatte allerdings viel Geld und den ganzen Schmuck Katharinas gekostet. Natürlich nicht das allein: Zar Peter musste seine Eroberungen aus dem ersten Türkenkrieg (Asow) wieder herausgeben, aber die sehr peinliche und dem neuen Grossmachtprestige höchst abträgliche Wiederaufnahme der Tributzahlungen an die Tataren durfte geheim bleiben. Der Gewinn von 1696 war dahin, aber der Zar und sein Werk waren gerettet. Wäre Karl XII. an der Stelle des Grossvesirs gewesen – die Folgen für Peter und Russland wären nicht auszudenken. Der schwedische König hat zwar versucht, noch in letzter Minute diesen faulen Frieden zu verhindern, aber vergeblich.

Man hat die Wende am Pruth seit dem Tage, an dem sie geschah, bis heute immer wieder auf verschiedene Weise zu erklären versucht, beginnend damit, dass Katharina dem Grossvesir mehr geopfert habe als ihren Schmuck, bis zur These von innertürkischen Gegensätzen, die den Ausschlag gegeben hätten. Neuerdings ist die Frage gestellt worden, ob «der weit ausstrahlende Ruhm des Prinzen Eugen den Zaren gerettet» habe (Wittram), d.h. die Furcht vor einem Eingreifen Österreichs. Schliesslich hat man gemeint, der Friede sei durchaus im Interesse der Türken – wenn auch gewiss nicht in dem der Schweden – gewesen, da die Pforte dadurch den Rücken frei bekam für ein Vorgehen gegen Venedig (Sumner). Wie dem auch sei, für Russland hatte paradoxerweise die Niederlage am Pruth die Früchte des Sieges von Poltawa gerettet.

Nun konnte Peter wieder offensiv gegen Schweden vorgehen. Aber der Krieg zog sich noch bis zum Jahre 1721 hin. Die zweite Phase des Nordischen Krieges führte nach Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges (1713) zu einer starken politischen und militärischen Ausweitung und zu sehr komplizierten internationalen Verwicklungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Im Zuge dieser Entwicklung wurde Russland politisch wie militärisch tief in die Austragung innereuropäischer Auseinandersetzungen hineingezogen und auch an ihnen aktiv beteiligt. Im Kampf um die schwedischen Besitzungen in Deutschland haben damals erstmalig russische Truppen in Norddeutschland gestanden (1711-1712), Menschikows Hauptquartier war in Greifswald (1713). In Finnland besetzten die Russen Helsingfors und Äbo und setzten am Ende des Krieges auch nach Schweden über (1719), wo sie nicht minder fürchterlich hausten als seinerzeit in Livland.

Politisch wurde die Lage für Peter nach dem Tode Karls XII. (1718), mit dem er bereits Friedensverhandlungen angeknüpft hatte, sehr kritisch, als in Schweden ein Umschwung – gegen einen Friedensschluss – eintrat, die englische Flotte zum Schutze Schwedens in die Ostsee einlief, Sachsen, das sich in seinen Hoffnungen auf Livland durch Peter getäuscht sah, die Seite wechselte und der Kaiser mit den Kurfürsten von Sachsen und Hannover eine Allianz gegen Peter schloss, wodurch dieser in völlige Isolierung

geriet. Die Ironie des Schicksals wollte, dass ein von diesen politischen und militärischen Ereignissen unabhängiger «kapitalistischer» Vorgang im Westen, nämlich ein englischer Finanzkrach, Russland damals vor einem Kriege mit England, der unabsehbare Weiterungen hätte nach sich ziehen können, bewahrt hat. Schliesslich kam es doch noch im finnischen Städtchen Nystadt zum Frieden (10. 8. 1721).

Im Nystädter Frieden hat Peter mehr gewonnen, als er ursprünglich gehofft hatte, und auch mehr, als seine Bundesgenossen ihm zubilligen wollten. Ursprünglich hatte er sich mit Ingermanland und Karelien begnügen wollen. Nicht nur Sachsen, das selbst auf Livland Anspruch erhob, auch Hannover und England wünschten nicht eine Ausweitung Russlands bis über Riga hinaus, und in seiner Notlage war Peter selbst, wie wir sahen, wiederholt bereit, auf Liv- und Estland zu verzichten. Jetzt aber erlaubten es die Umstände ihm, viel weitergehende Forderungen durchzusetzen. Er behielt ausser Ingermanland und Karelien auch Estland und Livland. Die eroberten Teile Finnlands trat er gegen eine Zahlung (zwei Millionen Reichstaler) wieder an Schweden ab.

Die Bedeutung dieses Gebietszuwachses liegt keineswegs allein im Territorialerwerb und im Gewinn der Ostseeküste. Mit Estland und Livland wurden zum erstenmal Gebiete in das Russische Reich eingegliedert, die nicht nur, wie etwa Nówgorod, unter starkem europäischen Kultureinfluss gestanden hatten, sondern die in ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur, im Niveau ihrer geistigen und materiellen Kultur, in ihrer geschichtlichen Entwicklung und damit in ihren Werttraditionen echtes Abendland waren. Diese Gebiete in sein durch ganz andere geschichtliche Faktoren bestimmtes Reich einzugliedern, ohne damit einen Bruch in ihrer Entwicklung herbeizuführen, war eine für Russland neue und verantwortungsvolle Aufgabe. Peter hat sich ihr gewachsen gezeigt. Hierbei wirkte sich seine grundsätzliche Einstellung zum Westen und die von ihm parallel zu dieser Annexion vorwärtsgetriebene Europäisierung seines Vaterlandes günstig aus.

Peter verzichtete – in krassem Gegensatz zu den beiden Iwáns bei der Annexion Nówgorods – von vornherein auf eine Anwendung der traditionellen moskowitzischen Methode der Gleich-

Schaltung und Zwangsumsiedlung und liess den neugewonnenen Provinzen ihr durch die dortige deutsche Oberschicht bestimmtes Eigenleben. Interessanterweise ist ihm das später von den Bolschewiken, die ihrerseits nach der Annexion derselben Gebiete die andere Methode anwandten, verübelt worden. Im Frühling 1941 erklärte die «Práwda», Peter der Grosse hätte «einen schweren Fehler» dadurch begangen, «dass er die Bewohner des Baltikums in ihrer Heimat belies».

Schon im Jahre 1710 hatte Peter mit den Ständen in Livland – der Ritter- und Landschaft und der Bürgerschaft – Unterwerfungsverträge geschlossen, in denen dem Lande die Wahrung des überkommenen Rechtszustandes garantiert wurde, d.h. die Erhaltung der ev.-luth. Landeskirche, der Selbstverwaltung, des deutschen Gerichtswesens, der deutschen Sprache in Justiz und Verwaltung und des bisherigen Schulwesens. Im Nystädter Frieden wurden diese Zusagen bekräftigt. Es war dieses ein Vorgang von ausserordentlich grosser Bedeutung für Peters Europäisierungswerk. Dadurch, dass der Zar – der jetzt Kaiser war – nun auch über ein europäisches Land unter Achtung abendländischer Rechtsvorstellungen herrschte, fasste er schneller, als es ihm nur durch die Beteiligung an der europäischen Diplomatie möglich gewesen wäre, im abendländischen Boden Fuss. Andererseits gewann Peter in der deutschen Oberschicht dieses Landes ein geradezu unerschöpfliches Reservoir an Männern, die sich ihm und seinen Nachfahren im Laufe zweier Jahrhunderte als Abendländer und gleichzeitig russische Untertanen willig und freudig zur Mitarbeit an der grandiosen Aufgabe der Europäisierung des Riesenreiches zur Verfügung stellten.

So war Russland nicht allein im aussenpolitischen Verstande Mitspieler im europäischen Konzert geworden. Peter hatte gleichzeitig durch seine Heiratspolitik dynastische Verbindungen zu den europäischen Höfen geknüpft. Die erste dieser europäischen Heiraten war die Vermählung seiner Nichte Anna mit dem Herzog Friedrich Wilhelm von Kurland. Die Hochzeit wurde in Petersburg unter des Zaren und Menschikows Regie so intensiv gefeiert, dass die körperlichen Kräfte des achtzehnjährigen Bräutigams diesen Strapazen nicht gewachsen waren und er unmittelbar nach der an-

strengenden Feier starb (1711). Die russische Prinzessin zog darauf als junge Witwe nach Kurland, das damals polnisches Lehns-herzogtum war, und residierte dort bis zu ihrer Erhebung auf den Zarenthron. Noch im gleichen Jahr vermählte Peter seinen Sohn Aleksěj mit Charlotte von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Schwester der Frau des deutschen Kaisers Karl VI. Die dritte europäische Heiratsverbindung wurde durch Vermählung der Nichte Peters, Katharina, mit dem Herzog von Mecklenburg geknüpft (1716). Die vierte und dynastisch wichtigste europäische Heirat war schliesslich die Vermählung der Tochter des Zaren, Anna, mit dem Herzog Karl Friedrich von Holstein. (Vgl. Stamm-  
baum.)

Zum Symbol für das neugeschaffene Tor nach dem Westen wurde Peters Lieblingsschöpfung, sein «Paradies», die nun nicht mehr holländisch, sondern deutsch benannte Residenz Sankt Petersburg. Man hat das Entstehen Petersburgs die merkwürdigste aller Städtegründungen genannt, aber merkwürdig ist ein viel zu blasses Wort, und man ist verlegen, einen Ausdruck zu finden, der auch das ganze damit verknüpfte Grauen wiedergibt.

Die Stadt wurde in einen Sumpf hineingebaut; es fehlten alle Voraussetzungen dafür. Infolgedessen waren die immer von Neuem mit erschreckender Selbstverständlichkeit verlangten und gebrachten Opfer an Menschen geradezu unvorstellbar. Jedenfalls hat die Errichtung dieses «Paradieses» mehr Menschen das Leben gekostet als Peters Kriege. Die neue Residenz wurde – nach einem berühmt gewordenen Wort von Kljutschéwskij – auf einem «Friedhof» von wahrscheinlich weit mehr als 100'000 Toten erbaut. Um die dafür erforderlichen Menschenmassen zu beschaffen, liess Peter regelrechte Aushebungen durchführen; hinzu kamen zur Zwangsarbeit verurteilte Verbrecher. Die Ausfälle an Krankheit waren im ungesunden Sumpfgebiet enorm; infolge von Überschwemmungen (bei ungünstigem Winde) ertranken Tausende, aber der Zar fand es – in einem Brief – amüsant und komisch anzusehen, wie die Menschen in den Baumkronen sassen oder sich ertrinkend an die Trümmer klammerten. Es fehlte an der nötigen Kleidung und noch mehr am unerlässlichen Werkzeug. Die zur Arbeit in die Newasümpfe deportierten Bauern haben die Entwässerungskanäle

z.T. mit den Händen gegraben und die Erde in Kleiderzipfeln abgetragen. Aber das Soll musste erfüllt werden; Peter trieb fortgesetzt zur Eile.

Grosse Schwierigkeiten bereitete natürlich die Errichtung von Bauten. Um einen festen Grund zu schaffen, mussten erst ungezählte aus Balken gezimmerte und mit Steinen gefüllte Kästen in den Boden abgesenkt werden. Zunächst entstanden Holzhäuser, aber Peter wünschte eine steinerne Stadt. Viele berühmte ausländische Architekten – u.a. Andreas Schlüter – haben damals in Petersburg gegen die Ungunst der Natur angekämpft. Den ersten Palast aus Stein errichtete Menschikow. Von weiteren 1'000 Adligen und reichen Kaufleuten verlangte Peter, dass sie Steinhäuser bauten. Um die benötigten Steinbaumeister dafür zu gewinnen, verbot der Zar im ganzen übrigen Reich für mehrere Jahre die Errichtung von Gebäuden aus Stein.

Wie alles bei der Entstehung dieses «Paradieses», so erfolgte auch seine Besiedlung durch eisernen Zwang auf dem Wege der altbewährten Methode der Umsiedlung, die in diesem Fall radikal angewandt wurde. Dabei waren die Verkehrswege so, dass diese aus dem Morast gestampfte Grossstadt noch Jahre hindurch auf dem Landwege zu bestimmten Zeiten nur reitend erreicht werden konnte, wobei die angeschwollenen Flussarme durchschwommen werden mussten. Durch Zwang sollte auch der Aussenhandel von Archangelsk nach Petersburg verlegt werden. Interessanterweise haben sich aber die ausländischen Kaufleute, weil sie ihre Waren im sumpfigen Gebiet nicht stapeln konnten, dem mit Erfolg widersetzt. Viele Zwangsmassnahmen zugunsten Petersburgs erfolgten, ganz gegen die sonstige Art Peters, um des reinen Prestiges willen und waren nicht durch praktische Notwendigkeiten diktiert, um so weniger, als Russland ja jetzt in Reval und Riga gut ausgebaute und brauchbare Ostseehäfen besass.

Entgegen allen Widerständen und ungeachtet aller Opfer wurde aber das Soll erfüllt. Petersburg wurde, trotz seiner Verkehrs- wie verwaltungstechnisch ungünstigen Lage, nicht nur zur neuen Residenz des Zaren, sondern für die weiteren 200 Jahre zum Mittelpunkt und Angelpunkt der geschichtlichen Entwicklung Russlands. Der drei Jahre nach Peters Tod gemachte Versuch, der Newastadt

ihren Rang zu nehmen und Moskau wieder in seine alten Rechte einzusetzen, führte nur zu einem kurzen – kaum vierjährigen – Zwischenspiel. Petersburg setzte sich durch. Es blieb aber eine von den Russen ebenso leidenschaftlich geliebte und verherrlichte wie abgründig gehasste und verabscheute Stadt.

Gleich nach Beendigung des Nordischen Krieges wurde Peter nach der anderen, der asiatischen, Seite hin aktiv. Es ist gerade in jüngster Zeit betont worden, dass der Zar bei aller Europäisierungsleidenschaft auch dem nach Osten gewandten Gesicht seines Reiches durchaus Rechnung trug, – auch darin an seine Vorgänger anknüpfend. Er habe nicht nur das Fenster nach Europa aufgestossen, sondern auch «versucht, es nach Asien zu öffnen» (Hoetzsch). Vom Schwarzen Meer abgeschnitten und infolgedessen umso mehr am Kaspischen Meer interessiert, begann er einen Krieg gegen Persien (1722). Auch wirtschaftspolitische Erwägungen – die Absicht, den Seidenhandel vom Landweg über die Türkei auf dem Wasserweg über Petersburg umzuleiten – spielten dabei mit. Die Russen eroberten Derbent und Baku und gewannen im anschließenden Frieden (1723) die Westküste (Kaukasusküste) des Kaspischen Meeres.

Auch Peters Interesse für Sibirien und den Fernen Osten wurde durch sein Ostsee-Interesse nur überdeckt, nicht verschüttet. – Es war bereits darauf hingewiesen worden, wie erstaunlich leicht und schnell im 16. und 17. Jahrhundert der Durchstoss durch ganz Sibirien bis zum Stillen Ozean erfolgte (vgl. S. 181). In Wirklichkeit war es natürlich viel mehr als ein Durchstoss. In fortgesetzten Kriegs- und Handelsexpeditionen waren riesige Gebiete unterworfen und dem Zaren tributpflichtig gemacht worden. Der gesamte Norden Asiens wurde so erschlossen. Dabei spielte nach wie vor private Initiative – Abenteuerlust, Wagemut und natürlich Gewinnstreben – eine sehr grosse Rolle und vermengte sich untrennbar mit staatlicher Förderung, Lenkung und Organisation.

Diese neu gewonnenen Gebiete waren von unkultivierten Nomaden- und Jägerstämmen verschiedener Rasse und Sprache bewohnt, von Horden, die ihren früheren kriegerischen Charakter verloren hatten und ohne staatliche Organisation den vordringenden Russen keine wirksame Gegenwehr entgegnen konnten.

Leicht zu erobernde, aber, wie sich bald zeigen sollte, schwer zu verwaltende Gebiete. Als aber die Russen im Chinesischen Reich auf einen organisierten Staat stiessen, wurde ihrem Vordringen von China erstmals ein Riegel vorgeschoben. Im Jahre des Sturzes der Zarewna Sófja, als Peter nominell bereits Zar war, wurden (im Vertrag von Nertschinsk, 1689) die Territorien Russlands und Chinas für lange Zeit gegeneinander abgegrenzt. Dabei sahen die Russen sich veranlasst, sich aus dem bereits eroberten Amurgebiet wieder zurückzuziehen.

Für Peter war der sibirische Kolonialraum vor allem siedlungs- und wirtschaftspolitisch interessant. Der sehr bedeutsame sibirische Pelzhandel wurde 1697 monopolisiert und die bäuerliche Besiedlung, auch auf dem Wege der Verschickung und Verbannung, systematisch gefördert. Auch Kriegsgefangene hatten an der Peuplierung der Riesenräume ihren Anteil. Nach der Schlacht von Poltawa wurden so viele schwedische Gefangene nach Sibirien verbracht, dass dort sogar eine evangelische Gemeinde entstand. Gegenüber der heidnischen und mohammedanischen Bevölkerung wurde eine, schon früher begonnene, systematische Mission der orthodoxen Kirche fortgesetzt, um «mit festen Beweisen aus dem Heiligen Evangelium viele Seelen aus dem Reich der satanischen Finsternis ans Licht der Erkenntnis Christi zu führen», wie es in einem Ukas Peters hiess. Seit 1668 hatte ein Metropolit für ganz Sibirien in Tobolsk seinen Sitz. So wurde über siedlungs-, handels- und kirchenpolitische Massnahmen das Band zwischen dem russischen Mutterland und seiner sibirischen Kolonie immer fester geknüpft, – ein Prozess, der aufs Ganze gesehen nach zwei Jahrhunderten weltpolitische Bedeutung gewinnen sollte.

Das äussere Zeichen der neuen Stellung Russlands und seines Monarchen war der Imperatortitel, den Peter nach dem Ende des Nordischen Krieges «auf Bitten des ganzen Volkes» annahm. Der Kanzler Golowkin hielt dabei eine überschwengliche Rede, in der er Peter als «den Grossen» und «Vater des Vaterlandes» anredete, der Russland «aus dem Dunkel der Unwissenheit auf die Weltbühne des Ruhmes... aus dem Nichtsein ins Sein» geführt habe. Peter selbst hatte sich bereits 1710 Zar und Imperator von ganz Russland genannt. Jetzt nannte er sich Gossudár Imperator



Wserossijskij, und der Kaisertitel sollte ausdrücklich an die Stelle des Zarentitels treten. Der alte Ausdruck «Rus», der nur noch als historische Reminiszenz weiterlebte wie der jüngere Ausdruck «Moskowien», den Peter verbot, wurde jetzt durch die Bezeichnung «Rossija» (Russland) für den Staat, der ein Kaiserreich geworden war, ersetzt. Der sehr lange amtliche Titel Peters begann mit den Worten: «Von Gottes Gnaden Wir Peter I. Kaiser und Selbstherrscher von ganz Russland<sup>1</sup>, Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod ..usw. Zar war er nur von den ehemals tatarischen Gebieten Kasan, Astrachan und Sibirien. Es ist deshalb korrekt, die Herrscher über Russland seit Peter nicht als Zaren, sondern als Kaiser zu bezeichnen, wie sie das selbst taten und wie das auch seitens ihrer deutschen Untertanen immer geschehen ist.

### *Die Reformen*

Während des grossen Krieges und in enger Wechselwirkung zu ihm führte Peter sein grosses Reformwerk durch.

Es ist eine häufige Erscheinung in der Geschichte, dass ein Entwicklungsprozess aus der Rückschau gesehen einheitlicher, systematischer, «vernünftiger» erscheint, als er tatsächlich gewesen ist. Das bezieht sich auch auf die petrinische Reform. Ein auf weite Sicht angelegter einheitlicher Plan lag nicht vor. Es war in der Reform – zunächst jedenfalls – überhaupt kein System. Die Massnahmen wurden sprunghaft und oft überstürzt, je nach dem jeweiligen kriegsbedingten Bedürfnis, meist auf nahe Sicht getroffen. Was unter dem Druck der Kriegslage und des Menschenverschleisses im Petersburger Sumpfbereich im Augenblick vordringlich war, wurde getan; das Weitere musste sich daraus ergeben. So zog eine Reform die andere nach sich und führte «von selbst» (Platonow) zu der tiefgehenden Umgestaltung der Verhältnisse im Reich. Dabei blieben aber das Herrschaftssystem und auch die Sozialordnung im Wesentlichen unverändert.

<sup>1</sup> Die amtliche deutsche Übersetzung «aller Reussen» ist sachlich ungenau. Die bessere französische Übersetzung lautet »des toutes les Russies«.

Die Massnahmen hatten primär den Zweck einer technischen Verbesserung des Funktionierens der staatlichen Machtinstrumente. Die Methode der Durchführung war, wie im Falle Petersburg, zum grossen Teil echt moskowitzisch. «Der Schritt von Moskau fort wurde more moscovitico vollzogen.» (Wittram.) Peter setzte dabei als selbstverständlich voraus, dass mit Gewalt und Zwang alles zu erreichen sei und dass der Mensch, seine Rechte, seine Freiheit und auch sein Leben, eine sehr geringe Rolle spielen.

Die neuere Forschung ist sich darüber einig, dass das Reformwerk Peters – der von ihm begründete «Regelstaat», wie man es neuerdings formulierte – nur unter dem Gesichtspunkt seiner sittlichen Grundlegung richtig zu werten ist. Der Reform lag der Gedanke einer für alle, auch für den Monarchen selbst, geltenden Dienstverpflichtung zugrunde. Zugespitzt könnte man es so formulieren: die Bauern sollten den Herren dienen, die Herren dem Herrscher und der Herrscher, und damit indirekt alle, dem Reich. Jeder sollte, wie vorher die grossen Iwáns es verlangten und wie nachher die Bolschewiken es verherrlichten, «ein gehorsames Werkzeug der Staatsdisziplin» sein. Das war für Russland nicht neu. Ganz neu und fremd war aber das äussere Gesicht, das Peter im Zuge dieser Reformen seinem Staate und der Gesellschaft verlieh, das natürlich in innerer Beziehung zu den Massnahmen selbst stand und diese dadurch oft fremder erscheinen liess, als sie tatsächlich waren. Insofern kommt den augenfälligen Äusserlichkeiten eine sehr grosse Bedeutung zu.

Gleich nachdem Peter von seiner Auslandsreise «mit des Königs in Pohlen rokh, huet und schlechtem Degen» heimgekehrt war, änderte er die in Russland übliche Tracht – durch Dekret – nach europäischem (ungarischem) Muster. Das Dekret galt nicht für Personen geistlichen Standes, Fuhrleute und die das Feld bestellenden Bauern. Ein besonderes Ärgernis für ihn war die traditionelle Barttracht. Den ihm, nach seiner Rückkunft nach Moskau, huldigenden Würdenträgern schnitt er eigenhändig die Bärte ab. Er erlaubte auch den Bauern nicht, Bärte zu tragen, womit er sich bei ihnen allerdings nicht durchsetzte und gleichzeitig auf religiöse Widerstände stiess, da der Bart als Zeichen der Gottähnlichkeit galt. Die Geistlichkeit wurde von dieser Bestimmung

allerdings nicht berührt. Auch wurden andere Ausnahmen zugelassen, wenn dafür entsprechend gezahlt wurde.

Peter führte eine gänzlich neue Art der Geselligkeit ein: zwangsweise zu veranstaltende Feste unter zwangsmässiger Beteiligung der bislang davon ganz ausgeschlossenen Frauen, Neuerungen, die in diesem Bereich allerdings planvoll auf weite Sicht angelegt waren und noch dadurch an Schärfe gewannen, dass sie mit der bereits erwähnten öffentlichen Verhöhnung altmoskauer kirchlicher und weltlicher Bräuche verbunden wurden. Der Zar war im Jahre 1718 geboren worden. Damals galt in Moskau noch die byzantinische Zeitrechnung seit Erschaffung der Welt. Am 1. Januar 1700 führte Peter die neue Zeitrechnung ein. Das alles gab den Reformen von aussen gesehen ein recht einheitliches Bild.

Für die Kriegführung am wichtigsten war natürlich die Heeresreform. Von der Auflösung der alten Strelitzenruppe haben wir schon gehört. Die längst begonnene Reorganisation des Heeres durch Aufstellung regulärer Regimenter, vorwiegend nach preussischem Muster, wurde jetzt forciert. Gleichzeitig wurden die Kosaken in der Form spezieller Kosakenregimenter in die Armee eingegliedert. Ausländische Offiziere und Instrukteure waren dabei unentbehrlich. Um die Soldaten für die durch starke Verluste immer wieder dezimierte, in ihrer Gesamtstärke aber vergrösserte Armee zu beschaffen, wurde ein ungeheuer hartes Rekrutierungssystem eingeführt<sup>1</sup>. Der Dienst war praktisch lebenslang. Wer einmal eingezogen war, musste damit rechnen, nie mehr zurückzukommen. In der Regel mussten zwanzig Höfe einen Rekruten stellen; die Familien der Geistlichen waren vom Militärdienst befreit. Parallel dazu lief noch die Rekrutierung für den Bau des Petersburger Paradieses.

Sich durch Flucht in die Wälder einer Erfassung zu entziehen oder nach der Erfassung zu desertieren, wurde trotz hoher Strafen zu einer Massenerscheinung. Oft mussten Rekruten in Ketten abgeführt werden; sie wurden, um eine Desertion zu verhindern (seit

<sup>1</sup> Die Gesamtzahl der Truppen betrug beim Tode Peters des Grossen 200'000 Front- und Garnisontruppen, 75'000 Kosaken und 80'000 Matrosen, bei einer Einwohnerzahl von 14 Millionen.

1712), mit einem Kreuz gebrandmarkt. Aber auch hier wurde das Soll – nicht nur quantitativ! – erfüllt. Der russische Soldat galt bereits damals und auch später als vorbildlich gut; zumal seine bereitwillige Unterordnung und seine Fähigkeit, Entbehrungen aller Art zu ertragen, wurden gerühmt.

Interessanterweise streitet die sowjetische Geschichtsschreibung (in ihrer führenden Zeitschrift «Woprosy Istórii») mit Entschiedenheit ab, dass die Heeresreform nach deutschem Vorbild erfolgt sei. Sie sei vielmehr nach russischem System, «dem fortschrittlichsten in ganz Europa», organisch aus der Entwicklung des 17. Jahrhunderts erwachsen; erst später sei «das Offizierscorps mit Ausländern verunreinigt» worden. Man wird aber nicht abstreiten können, dass die Heeresreform entscheidend durch diese ausländische Verunreinigung bestimmt wurde. Das gleiche gilt von dem Flottenbau, den Peter zumal in der zweiten Hälfte des Nordischen Krieges auf den zahlreichen von ihm errichteten Werften – in Worónesh und Archangelsk, am Swir und in Petersburg – hauptsächlich mit Hilfe englischer Meister stark vorantrieb. Ganz ohne Vorbild ist auch der Schiffsbau in Russland nicht gewesen; nachweislich hat seit Grósnj eine wenn auch sehr bescheidene Flotte bestanden. Da das dazu notwendige Rohmaterial, Holz, Hanf, Flachs, Pech, Teer, reichlich vorhanden und die Arbeitskraft sehr billig war, stellten sich die Schiffsbaukosten in Russland erheblich niedriger als im Auslande.

Auch Peters Wirtschaftspolitik war weitgehend durch die Kriegsbedürfnisse bestimmt. Beherrscht von merkantilistischen Ideen, war er entschlossen, die Reichtümer des Landes zu erschliessen und zu nutzen. Um möglichst viel Waren ausführen zu können und nach Möglichkeit wenig einzuführen, mussten die Waren in Russland selbst fabriziert werden. Peter wurde zum Begründer der russischen Grossindustrie. Fabriken (Manufakturen) hatte es auch vorher gegeben, aber jetzt wurde die industrielle Entwicklung mit rigorosen Zwangsmassnahmen durch Vermehrung der Betriebe und durch Vergrösserung der Belegschaften bis zu Fabriken mit über 1'000 Arbeitern vorwärtsgetrieben. In erster Linie handelte es sich dabei um Waffen- und Munitionsfabriken, Werften, Textil- (Segeltuch) und Papierfabriken. Auch den Berg-

bau (Eisenwerke) hat Peter unter Heranziehung ausländischer Sachverständiger stark gefördert.

Um die Industrie zu beleben, wurde auch leibeigenen Bauern gestattet, Fabriken zu gründen; Unternehmer wurden vom Kriegsdienst befreit und erhielten steuerliche Vergünstigungen. Damit wuchs natürlich der Bedarf an Arbeitern. Um ihn zu decken, verfügte Peter, dass Läuflinge, wenn sie in Fabriken arbeiteten, entgegen dem Gesetz ihren Herren nicht ausgeliefert zu werden brauchten. Unternehmern, auch nichtadligen, gestattete er ganze Dörfer aufzukaufen, falls sie mit den Fabriken unlösbar verbunden wurden.

Der zwangsweisen Heranziehung der Bauern zur Arbeit stand, wie erwähnt, die Dienstverpflichtung des Adels gegenüber. Peter führte für alle Adligen ohne Unterschied die Staatsdienstpflicht ein, wobei zwei Drittel für den Militärdienst und ein Drittel für den Zivildienst vorgesehen waren. Jeder Einzelne musste von seinem 15. Lebensjahr an von der Pike auf, als gemeiner Soldat oder Schreiber, anfangen und praktisch lebenslang dienen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass durch diese Dienstpflicht des Adels die Arbeitspflicht der Bauern ihre staatsethische Rechtfertigung erhielt. Ein jeder, auch der Nichtadlige, konnte grundsätzlich zu den höchsten Rängen aufsteigen, wobei er mit der Erlangung des entsprechenden Ranges auch automatisch den Adel erwarb. Dem lag der Gedanke zugrunde, dass nicht Herkunft, sondern Leistung Adel verleiht. In einem gewissen Widerspruch dazu stand die Bestimmung, dass der durch Verdienst erworbene Adel auch erblich war. Aber jeder konnte sich den Adel verdienen.

Um diesen Grundsatz in ein System zu bringen, gab Peter seine berühmt gewordene, bis 1917 in Geltung gebliebene «Rangtabelle» (tabélj o rangach, 1722) heraus, nach der alle Ämter des militärischen und zivilen Staatsdienstes in 14 Rangstufen eingeteilt wurden. Da der Rang (tschin) Ehre verlieh, wurden die Inhaber der acht oberen Ränge, gleichgültig ob Russen oder Ausländer, ausdrücklich den Trägern des besten ältesten Adels gleichgestellt. Eine Konzession an den alten Hochadel wurde insofern gemacht, als dessen Söhne in exklusiven und besonders bevorzugten Garderegimentern dienen durften, die später eine erhebliche politische Bedeutung erlangen sollten.

Mit dem Dienstzwang des Adels war auch ein Lernzwang verbunden. Von ihrem 10. bis zum 15. Lebensjahr mussten die Adelsöhne die sog. Ziffernschulen besuchen, in denen unter praktischen Gesichtspunkten in erster Linie Mathematik (Arithmetik und Geometrie) gelehrt wurde. Wer sich dem Lernzwang entzog, wurde hart bestraft, er durfte z.B. nicht heiraten, konnte auch nicht zum Offizier befördert werden; gleichwohl kam es immer wieder vor, dass die Lehrer ohne Schüler blieben, weil diese sich unsichtbar machten, bis sie vom Militär regelrecht zum Schulbesuch ausgehoben und interniert wurden. Gleichzeitig wurde aber den Bauernsöhnen der Schulbesuch verboten.

In seiner Adelpolitik blieb Peter mithin einerseits in der Moskauer Tradition, schuf aber andererseits den nunmehr die gesamte Aristokratie umfassenden neuartigen Stand der Staatsfunktionäre, der in mancherlei Hinsicht an die, desgleichen aus praktischen Bedürfnissen heraus geschaffene, Funktionärsaristokratie im bolschewistischen Russland mehr erinnert als an die abendländische Feudalaristokratie. Der russische Adel wurde auf diesem Wege so demokratisiert wie kein Adel in Europa, denn fortgesetzt wurde ihm dadurch aus den niederen Schichten des Volkes neues Blut zugeführt. Gleichzeitig bedeutete das auch eine Bürokratisierung, denn der gründ- und bauernbesitzende Landadel verschmolz mit dem Beamtentum. Zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Staatsdiener trat an die Stelle der Gegenleistung durch Übertragung von Pomestjegütern die Entlohnung durch feste Bargehälter. Parallel dazu wurde die Zersplitterung der Güter durch Erbteilung verboten (1714). Erbe des ganzen Grundbesitzes sollte in der Regel der älteste Sohn sein, wenn kein Sohn da war, auch eine Tochter oder ein anderer Verwandter. Auf Grund der persönlichen Erfahrungen Peters mit seinem eigenen Sohn gewährte er aber ausdrücklich das Recht, den Erben (unter den Verwandten) selbst zu bestimmen.

Man hat diesen sich ständig durch Dienst und Verdienst erneuernden Adel das «zweifelloos wertvollste Geschenk Peters an das zukünftige Russland» (Weidlé) genannt. Denn der Rangdienstadel ist fast 200 Jahre lang der eigentliche Träger der politischen, wirtschaftlichen und auch der kulturellen Entwicklung Russlands

gewesen. Fast alle bedeutenden Männer bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, einschliesslich der grossen Revolutionäre, entstammten dieser Adelsschicht. Andererseits hatte die Rangtabelle und das automatische Aufsteigen in den Adel auch ihren Anteil daran, dass sich in Russland kein eigenständiges Bürgertum entwickeln konnte.

Trotz der Anknüpfung an Moskauer Traditionen ist auch die Adelsreform als eine Europäisierungerscheinung anzusehen. In Einzelheiten war sie wesentlich nach ausländischen Vorbildern ausgerichtet. Das Fremde dabei wurde wiederum durch Äusserlichkeiten stark unterstrichen. Wie Peter den von ihm neugegründeten Orten mit Vorliebe deutsche Namen gegeben hatte – Petersburg, Kronstadt, Peterhof, Oranienbaum, Schlüsselburg usw. –, so wurden auch die neuen Ränge fast durchweg mit fremden, meist deutschen Namen bezeichnet, vom Unteroffizier und Feldwebel bis zum Kammerherrn, Stallmeister und Oberhofmeister. (Diese Worte wurden nicht etwa ins Russische übertragen, sondern einfach russisch ausgesprochen und mit russischen Buchstaben geschrieben.) Auch die neueingeführten Adelstitel waren fremd (Graf, Baron).

So stark der Adel durch die immer höher geschraubten Anforderungen auch angespannt war – die schwerste Last ruhte eindeutig auf der bäuerlichen Bevölkerung. Peter war theoretisch bauernfreundlich; er hat die Bauern als «die Arterien des Staates» bezeichnet und verlangt, sie zu pflegen und nicht übermässig zu belasten; er hat sich auch mit Schärfe dagegen gewandt, dass man sie «einzeln wie Haustiere» verkauft. Faktisch hat sich aber die Lage der Bauern in der Regierungszeit Peters des Grossen materiell wie rechtlich erheblich verschlechtert.

Es gab damals ausser den immer mehr in persönliche Abhängigkeit von ihren Herren geratenden Leibeigenen und den sich in besserer sozialer Lage befindenden Domänenbauern auch noch Sklaven (Cholópen), die als Privateigentum ihrer Besitzer galten und infolgedessen nicht, wie die übrigen Bauern, besteuert wurden. Diesen Unterschied hob Peter auf und verschmolz die ehemals freien Bauern mit den ehemaligen Cholópen zu einer steuerpflichtigen bäuerlichen Masse. Der Zar hatte nämlich auf Grund seiner wiederholt veranstalteten Volkszählungen (seit 1710) festgestellt,

dass trotz der Zunahme der Bevölkerung die Zahl der Höfe sich verringerte. Das erklärte sich dadurch, dass die Steuer von den Höfen erhoben wurde und die Bauern ihre Höfe zusammenlegten, um Steuern zu sparen. Um das Steueraufkommen zu erhöhen, führte Peter als Gegenmassnahme an Stelle der Hofsteuer eine Personensteuer ein, die sog. Kopf- oder Seelensteuer, der auch die Cholópen unterlagen (1718). Die Höhe der Steuern wurde durch eine einfache Division des jeweiligen Geldbedarfs durch die Zahl der «Seelen» berechnet. Steuerpflichtig waren, d.h. als «Seelen» galten nur Männer.

Die Erwartungen Peters erfüllten sich insofern, als sich die Staatseinnahmen um zwei Millionen Rubel erhöhten. Wiederholte Erhebungen nannte man Revisionen, so dass die so erfassten Bauern als «Revisionsseelen» bezeichnet wurden. Für das Aufkommen der Steuern seiner Revisionsseelen haftete der Herr. Dieser Zustand bestand bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts und ist die Voraussetzung für den berühmten Roman Gógols «Die toten Seelen». Die Bindung der Bauern an den Herrn wurde noch dadurch erhöht, dass die Pflicht zur Auslieferung von Läuflingen – mit Ausnahme von Soldaten und Fabrikarbeitern – durch Ukas erneuert und durch einen weiteren Ukas verfügt wurde, dass die Herren aufrührerische Bauern mit der Knute züchtigen sollten. Auf diesen, von Peter geschaffenen, Voraussetzungen bildete sich im 18. Jahrhundert, zumal unter der Regierung Katharinas II., jene besonders krasse Form der Leibeigenschaft heraus, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Ein besonderer Lieblingsgedanke Peters bei seiner Ständereform war die Schaffung eines Bürgerstandes. Auch dabei liess er sich von fiskalischen Gesichtspunkten leiten, denn von einem (durch Dekret zu schaffenden) wohlhabenden Bürgerstand versprach er sich gesteigerte Einkünfte für den Staat. Selbstverständlich waren auch hier europäische Verhältnisse das Vorbild, zumal die Rechtsordnung der neu ins Russische Reich einverleibten deutschen Städte Riga und Reval. In diesen Städten war aber der Bürgerstand im Laufe von Jahrhunderten organisch gewachsen, und das soziale Leben war dort durch straff gegliederte ständische Korporationen



charakterisiert. Das fehlte in Russland. Die Possádleute der russischen Städte waren soziologisch etwas vollständig anderes als die freien Bürger in Riga und Reval.

Sehr bald musste Peter einsehen, dass Ständebildung sich nicht dekretieren lässt. Sein Versuch, durch die Einführung städtischer Magistrate und Bürgermeister (sie wurden burmistry genannt) und durch die künstliche Einrichtung von Gilden (gildii) und Zünften (zunfty) sein Ziel zu erreichen, schlug fehl. Die Reform scheiterte völlig. «Die russischen Städte blieben in dem traurigen Zustand, in dem sie vorher waren» (Platónow).

Kriegsbedingt war auch Peters grosse Verwaltungsreform, die von altmoskowitzischen Einrichtungen so gut wie gar nichts mehr übrigliess. Für einen Sémskij Sobór oder eine Bojarenduma war im Staate Peters des Grossen natürlich kein Platz; es musste etwas ganz Neues an die Stelle des überlebten Alten treten. Auf diesem Gebiet liess sich allerdings auch dekretorisch manches erreichen.

Im Zusammenhang mit der begrifflichen Trennung von Herrscher und Staat und bedingt durch die fortgesetzte Abwesenheit des Zaren, begründete Peter (1711) eine Zentralbehörde, den «dirigierenden Senat» (prawítjelstwujuschij sénat), der zunächst mit seiner Stellvertretung und der allgemeinen Aufsicht über alle Ressorts betraut wurde. Der ursprünglich aus neun Personen bestehende Senat wurde später in seinem Bestand und in seinen Befugnissen erweitert und hat, im 19. Jahrhundert als oberste richterliche Instanz, bis 1917 bestanden. 1722 erhielt diese Aufsichtsbehörde in der Person des dem Zaren persönlich unterstellten Generalprokureurs ihrerseits einen Aufsichtsbeamten. In Abwesenheit des Zaren trat der Senat an die Stelle des Herrschers. Ihm hatte Peter in seiner verzweifelten Lage am Pruth übertragen, den Nachfolger auf dem Thron zu ernennen. Allen war es – bei Todesstrafe – zur Pflicht gemacht, dem Senat ebenso zu gehorchen wie dem Zaren.

Die zahlreichen in ihren Kompetenzen nicht klar abgegrenzten und sich infolgedessen in ihrem Geschäftsbereich überschneidenden unzulänglich funktionierenden Prikase wurden allmählich abgebaut und an deren Stelle – nach schwedischem Muster – neue Sachressorts, die sog. Kollegien, gesetzt (1717). Bezeichnenderweise

sollten die Präsidenten dieser Kollegien geborene Russen sein, während die Vizepräsidenten und auch die Räte zum grossen Teil Ausländer waren. Dabei hat Peter sich bemüht, die Nachfahren der alten Bojarengeschlechter für seinen Kurs zu gewinnen und viele von ihnen in seine nächste Umgebung gezogen, wie die Dolgorükij, Golízyn, Narýschkin, Scheremétjew, Streschnjow, Kurakin u.a. Auch der versoffene Romodánowskij gehörte dazu. Die ersten Mitglieder des Senats waren ausschliesslich Russen, alle aus der alten Adelsschicht, darunter drei Fürsten.

Ihnen gegenüber standen allerdings die aus dem Nichts heraus vom Zaren an die Oberfläche gezogenen Emporkömmlinge, wie Jagushinskij und Ménschikow. Alexander Danilowitsch Ménschikow gehört zu den wenigen, die Peter auch persönlich sehr nahe gestanden haben. Nach Wittram ist kaum daran zu zweifeln, dass des Zaren Zuneigung zu ihm ein erotisches Element enthielt. Menschikows Herkunft liegt im Dunkeln, der Legende nach hat Peter ihn buchstäblich auf der Strasse aufgelesen, als der Knabe – er war mit Peter gleichen Alters – Piroggen verkaufte. Der begabte, energische, skrupellose und ehrgeizige Mann blieb zeit seines Lebens der typische Emporkömmling; seine Habgier überstieg jedes Mass. Peter hat ihn mit Gunstbezeugungen überhäuft, und der deutsche Kaiser hat ihn zum Fürsten des Römischen Reiches erhoben (1705). Zu den Emporkömmlingen gehörten aber auch Nichtrussen, z.T. Exoten, wie der Abessinier Hannibal, der Urgrossvater Alexander Púschkins. Von den zahlreichen Europäern haben unter Peter zwar viele hohe Würden bekleidet, aber eine entscheidende Bedeutung eigentlich nur seine Lehrer in der ersten Regierungszeit, vor allem Lefort, gehabt. Die grosse Zeit der Ausländer, zumal der Deutschen, begann erst nach dem Tode Peters.

Auch die Provinzialverwaltung wurde neu geordnet und das Reichsgebiet in acht Gouvernements mit je einem Gouverneur an der Spitze aufgeteilt. Zu Gouverneuren ernannte Peter fast ausschliesslich Angehörige der alten Bojarengeschlechter. Gleichzeitig versuchte der Zar, wie in den Städten so auch auf dem Lande eine beschränkte Selbstverwaltung einzuführen, wieder nach dem Beispiel der Ostseeprovinzen und wieder mit negativem Erfolg. Die vom Adel gewählten Landräte (Landratory), die selbstverant-

wortlich in der Gouvernementsverwaltung mitwirken sollten, wurden sehr bald zu Funktionären der Gouverneure.

Das Interesse Peters an brauchbaren «Werkzeugen der Staatsdisziplin» wuchs in dem Masse, wie es sich zeigte, dass der neu aufgebaute Verwaltungsapparat keineswegs im gewünschten Sinne funktionierte. Auch diese Reform war überstürzt durchgeführt worden und hatte keine Zeit gehabt, sich im weiten und noch weitgehend uneinheitlichen Lande durchzusetzen. Die alten, auf die Tatarenzeit zurückgehenden Laster der Verwaltungsbeamten, Korruption und Unehrllichkeit, waren durch die Neuerungen keineswegs beseitigt. Peter hat dagegen einen erbitterten, praktisch erfolglosen Kampf geführt und ist dabei auch gegenüber den höchsten Beamten und den Gliedern der vornehmsten Familien nicht vor den grausamsten Strafen zurückgeschreckt, wie Nasenabschneiden und Zungenausreissen.

Beim Aufspüren der Schuldigen bediente er sich einer durchaus modern anmutenden Methode, nämlich der zur Pflicht gemachten risikolosen Denunziation. Es wurde dazu ein weit ausgebautes Spitzelsystem eingerichtet und den niederen Instinkten der Funktionäre – der sog. Fiskale –, wie stets in solchen Fällen, freier Lauf gelassen. Denunzianten wurden verschwenderisch belohnt: sie erhielten das halbe Vermögen, gegebenenfalls Rang und Amt, des zu Recht Beschuldigten. Sehr bald erwiesen sich Fiskale, einschliesslich des Oberfiskals, der dafür hingerichtet wurde, nicht weniger bestechlich als die anderen Beamten.

Tief in das geschichtliche Leben selbst griff Peters Kirchenreform ein. Auch seine Kirchenpolitik stand im Zeichen der Vernunft und der Staatsraison. Er hat den immer noch sehr ausgedehnten Kirchenbesitz durch entsprechende Besteuerung dem Staate nutzbar gemacht, die grossen Einnahmen der Klöster unter Hinweis auf die Armutspflicht der Mönche verstaatlicht und durch eine grosse Klosterreform (1722-1724) den Eintritt in die Klöster beschränkt, vorübergehend überhaupt verboten. Peter hatte eine tiefe Abneigung gegen den Mönchstand als einer für das Allgemeinwohl nutzlosen Einrichtung. Die Mönche wurden von ihm durch Ukas gezwungen, nutzbringende Arbeit zu leisten, von praktischer Krankenpflege bis zum wissenschaftlichen Studium;

sie erhielten eine militärische Klosterordnung, die ein preussisches Herz erfreuen konnte. Nach dem Bericht des preussischen Gesandten hat Peter aus den Mönchen «eine geistlich-regulierte Miliz nach dem Exempel der weltlichen Soldaten» gemacht. Der Rückgriff des Staates auf den Kirchenbesitz war für Russland auch nicht neu, desgleichen nicht das Bestreben, die Autorität des Staates der Kirche gegenüber stärker zur Geltung zu bringen. Neu war dagegen die Eingliederung der Kirchenverwaltung in die staatliche Gesamtverwaltung.

Nach dem Tode des Patriarchen Adrian (1700) liess Peter den Patriarchenstuhl zunächst unbesetzt und übertrug die Verwaltung der Kirche provisorisch dem Metropoliten von Rjasán, Stefan Jaworskij. Mit der unbezweifelbaren Absicht zu verhindern, dass in Zukunft ein Patriarch neben oder womöglich über dem Zaren ein solches Gewicht gewönne, wie sein Urgrossvater Filarét es erreichte und wie Nikon es anstrebte, hat Peter in einem «geistlichen Reglement» das Patriarchat abgeschafft und an Stelle des Patriarchen ein geistliches Kollegium unter dem Namen «Heiligster regierender Synod» (swjatéjschij prawítjelstwujuschij sinod) gesetzt (1721). Dieses Kollegium bestand wie die anderen aus einem Präsidenten, Vizepräsidenten und Räten; es war im Rang dem Senat gleichgestellt. Wie der Senat erhielt auch der Synod einen – weltlichen – Aufsichtsbeamten, den Oberprokureur. Die Beschlüsse des Synods waren natürlich an die Bestätigung durch den Zaren gebunden, womit eine – oft genutzte – Möglichkeit zum Eingreifen in die Kirchenverwaltung gegeben war. Damit hatte Peter der Grosse die Grundlage für die Entwicklung der russischen Kirche zur Staatskirche gelegt.

Das geistliche Reglement bedeutete, wie man treffend bemerkt hat, den tiefsten Einschnitt in die russische Kirchengeschichte, «nicht nur die endgültige Abkehr vom Mittelalter und den noch älteren Grundlagen der Patriarchatskirche, sondern auch den grossartigen Versuch, die russische Kirche der europäischen Gesamtkirche anzuschliessen» (Onasch). Der nächste Mitarbeiter Peters in kirchlichen Dingen und eigentliche Schöpfer der Reform, der ehemalige Rektor der Kiewer Theologischen Akademie und Erzbischof von Nówgorod, Feofán Prokopowitsch, stand unter protestanti-

schem Einfluss. Auch als Theologe ging es diesem um eine Belebung der orthodoxen Theologie durch Heranziehung bestimmter protestantischer theologischer Grundgedanken; die Heilige Schrift stellte er über die Kirche und ihre Traditionen. (Ursprünglich hatte er das neubegründete Geistliche Kollegium auch Konsistorium nennen wollen).

Der einst von Nikon erhobene Anspruch auf Überordnung der Kirche (als Sonne) über den Staat (als Mond) war in sehr weite Ferne gerückt, ebenso die traditionelle Auffassung von einem unabhängigen Nebeneinander von Kirche und Staat. Im «Geistlichen Reglement» gab es einen Punkt (7), nach dem das einfache Volk davon abgehalten werden sollte zu glauben, «dass der Oberhirte der Kirche ein zweiter Herrscher neben dem Selbstherrscher sei». Gleichwohl verdient festgehalten zu werden, dass der Zar dadurch nicht an die Stelle des Patriarchen getreten war. Peter selbst hat das auch nie so aufgefasst. In dogmatischen Fragen blieb der Synod die entscheidende Instanz, und weder Peter noch seine Nachfolger haben je versucht, in Dingen der Glaubenslehre mitzureden, so dass die Kirchenreform im Ergebnis «weder an dem Wesen der Frömmigkeit noch am theologischen Begriff der Kirche etwas geändert hat» (Neander).

Peters Reform hatte den Bedarf nach gebildeten, zumindest nach entsprechend ausgebildeten Menschen ungeheuer gesteigert. Ihn nur mit Ausländern zu decken war weder möglich noch beabsichtigt; es mussten dazu die Russen selbst herangebildet werden. Peter hat sich dieser Aufgabe mit Leidenschaft angenommen, zunächst durch Ausbau des Unterrichtswesens. Neben den bereits erwähnten Zifferschulen, die zu besuchen Pflicht war, hat er – wie immer primär unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit – zahlreiche Spezialfachschulen begründet, in erster Linie natürlich militärische (Artillerieschulen, Navigationsschulen, Ingenieurschulen, Bergschulen).

Peter der Grosse hatte eine sehr hohe Auffassung vom Wert der Wissenschaften. Sie zu fördern war er unermüdlich bestrebt. Er hat sich dabei ausserordentlich vielseitig, ideenreich und voller Initiative gezeigt. Er hat Übersetzungen vor allem nützlicher Bücher ins Russische, und zwar in die allgemeine Umgangssprache und nicht

in den üblichen gehobenen Buchstil, anfertigen lassen. Er hat zu diesem Zweck eine vereinfachte Schrift, die sog. bürgerliche Schrift, eingeführt. Unter seiner Regierung ist die erste russische Zeitung zuerst in Moskau und dann in Petersburg erschienen (1703). Er hat ausser den Fachschulen auch sog. Gelehrtschulen ins Leben gerufen, so z.B. ein «Gymnasium für Kavaliere» unter Leitung des deutschen Pastors Glück aus Livland, in dessen Hause seine Frau Katharina Magd gewesen war. Er hat – auf Anregung von Leibniz – die Gründung einer Sozietät der Wissenschaften ins Auge gefasst und ein Statut dafür entworfen (1724), ohne dass der Plan zu seinen Lebzeiten verwirklicht wurde. Er hat grosses Interesse an wissenschaftlichen Forschungen gezeigt. Er hat im Namen der Wissenschaft die Bekämpfung des Aberglaubens verlangt und ist in diesem Sinne auch persönlich belehrend hervorgetreten. Zu seiner Freude ist er auch von der französischen Akademie der Wissenschaften *hors de tout rang* als Mitglied aufgenommen worden (1717).

Aber das Ergebnis dieser Art der Erziehung zur Bildung und zur Wissenschaft ohne festen Plan, ohne organischen Aufbau des Unterrichtswesens, gleichsam von oben beginnend und ohne die Voraussetzungen von unten herauf zu schaffen, war doch sehr fragwürdig. Gerade auf diesem Gebiet traten notwendigerweise bald empfindliche Rückschläge ein. Die Früchte der Kulturpolitik Peters, sofern sie überhaupt reiften, kamen entsprechend der Anlage und der Wirkung dieser Reform fast ausschliesslich dem Adel zugute, bedingt auch der Geistlichkeit und einem kleinen Teil der Kaufmannschaft. Die Masse des Volkes hatte überhaupt keinen Anteil daran.

### *Vater und Sohn. Widerstände*

Die Reaktion auf die Reformen war sehr unterschiedlich. Einerseits hatte Peter der Grosse viele willige Mitarbeiter und überzeugte Anhänger gefunden, keineswegs nur unter Ausländern und Emporkömmlingen. Die bereits erwähnten Angehörigen der alten Bojarenschicht wurden von ihm nicht nur herangezogen, sondern waren, jedenfalls zum grossen Teil, wie neuerdings mit Nachdruck

betont worden ist, auch feste Stützen seiner Regierung und seiner Reformpolitik. Auch unter den Geistlichen hatte er, wie wir sahen, überzeugte Anhänger. Hinzu kommt ein Umstand, der seine Parallele in den Verhältnissen nach dem sowjetischen Umsturz findet. Durch den Ausbau des Staatsapparates schuf Peter sich eine zahlenmässig sehr starke Funktionärsschicht, deren Angehörige durch den Umbruch profitierten, an dem Bestand des Neuen unmittelbar interessiert waren und, unabhängig von ihrer subjektiven Beurteilung der Dinge, objektiv zu Trägern und Verteidigern des neuen Kurses wurden.

Andererseits waren die Widerstände gegen Peter von vornherein sehr stark und sind im Laufe seiner Regierung nicht schwächer geworden. Aber eine einheitliche Widerstandsbewegung, die fähig gewesen wäre, sein Werk zu vereiteln und wieder zunichte zu machen, war nicht vorhanden. Die Opposition war nur zum Teil grundsätzlicher Art, wie die der Altgläubigen und eines Teils der Geistlichkeit. Unabhängig vom Grundsätzlichen wurde die Unzufriedenheit und Missstimmung durch die harten Realitäten hervorgerufen, zumal durch die wachsenden Anforderungen im Staatsdienst und die immer schwerer werdenden wirtschaftlichen Lasten. Die schwelende Unzufriedenheit, das *mécontentement*, das ausländische Beobachter mit grosser Besorgnis in ihren Berichten immer wieder hervorhoben, war in allen Schichten anzutreffen, am meisten in den niederen Schichten des Volkes, und hat sich, wie erwähnt, auch in wiederholten offenen Aufständen entladen.

Peter ist gegen jede Art von Widerstand ausserordentlich scharf unter Anwendung «greulichster Marter» eingeschritten, auch dann, als es sich dabei um seinen eigenen Sohn handelte. Die von Häftlingen unter der Folter gemachten Aussagen sind z.T. überliefert. In ihnen kehren immer die gleichen Klagen wieder: «Seit Gott diesem Zaren den Thron gegeben, haben wir keinen heiteren Tag mehr. Alle werden bedrückt, es gibt stets neue Steuern.» – «Er hat unsere Männer völlig ruiniert und ihre Familien dazu, indem er sie zu Soldaten machte. Wir und unsere Kinder sind schütz- und hilflos geblieben.» – «Wenn der Zar noch lange lebt, wird er uns alle umbringen. Er ist ein Feind des Volkes.» Neben diesen Klagen über Bedrückung und Not finden sich Wendungen, aus denen her-

vorgeht, dass man weitgehend das Verhalten Peters einfach nicht begriff und geradezu fassungslos die (in den überlieferten Aussagen immer wiederkehrende) Frage stellte: «Was ist das für ein Zar?»

Der Kampf gegen den Widerstand fand seine tragische Zuspitzung im dramatischen Konflikt zwischen Peter dem Grossen und seinem Sohn Aleksėj. Wir sind darüber durch zuverlässige Quellen (Briefwechsel zwischen Vater und Sohn, Protokolle, Berichte von Zeitgenossen) gut informiert und bedürfen nicht der Phantasie der Dichter, um auch von dieser tödlichen Auseinandersetzung ein richtiges Bild zu gewinnen.

Abgesehen von der menschlichen Tragik ist dieser Konflikt zumindest in seinem Ergebnis von eminenter geschichtlicher Wichtigkeit geworden. Es ging dabei keineswegs nur um einen Streit zwischen Vater und Sohn, um die schmerzliche Begegnung zweier völlig verschiedener Naturen und den innerlich notwendigen Triumph des starken Charakters über den schwachen; es ging auch nicht nur um die Thronfolge. Dahinter stand, und das gab der Angelegenheit ihr geschichtliches Gewicht, die entscheidende Frage um den Fortbestand des Werkes Peters des Grossen. Dieses Drama war gleichzeitig ein Wettlauf mit der Zeit, d.h. mit dem Tode. Es ist damit nicht der Tod Aleksėja gemeint, sondern der Tod Peters.

Aleksėj hat seinem Vater nicht nach dem Leben getrachtet, aber er hat mit dessen Tod gerechnet und ihn gewünscht. Der Zar war kein gesunder Mensch und oft auf den Tod krank. Wäre Peter, als der Konflikt mit Aleksėj begann, also zehn Jahre vor seinem tatsächlichen Tode, d.h. wäre er vor Beendigung des grossen Krieges, vor der Durchführung der wichtigsten Reformen, bereits 1715, wie sein Sohn es erhoffte, gestorben, dann wäre das Werk des grossen Zaren wahrscheinlich im höchsten Grade gefährdet gewesen. Zehn Jahre später, als Peter wirklich starb, war die Lage bereits entscheidend verändert. In diesem Jahrzehnt hatten die Neuerungen immerhin so fest Wurzel geschlagen, dass die Entwicklung jedenfalls nicht viel anders weitergegangen wäre, als sie wirklich ging, auch wenn Aleksėj damals noch gelebt und die Nachfolge seines Vaters angetreten hätte. Ihr dann noch eine andere Richtung zu verleihen, hätte mehr Kraft erfordert als Aleksėj besass.



Die Stosskraft Peters war so ungeheuer stark, dass sie weit über seinen Tod hinaus noch viele Jahrzehnte nachwirkte. In diesem Fall war der Sohn der Exponent der Reaktion und der Vater der Exponent des Fortschrittes. Je länger der Vater lebte, auf umso verlorenerem Posten stand der Sohn. Insofern war der Tod Alekséjs historisch gesehen keine Notwendigkeit.

Alekséj war der ungeliebte einzige Sohn Peters von seiner ebenso ungeliebten verstossenen ersten Frau. In seiner Veranlagung erinnerte er an seinen Grossvater, dessen Namen er trug. Er hatte geistige, vor allem religiöse, gar keine technischen und noch weniger militärische Interessen und fühlte sich zum Umgang mit Geistlichen hingezogen. Für das Wesen und Wirken seines Vaters hatte er überhaupt kein Verständnis. Unsystematisch und schlecht erzogen – nicht ohne Peters Schuld, der für seinen Sohn keine Zeit hatte –, von seiner Umgebung, vor allem durch Menschikow, früh verdorben, zu Ausschweifung und übermässigem Alkoholgenuss verleitet, entwickelte er sich zu einem verweichlichten, willenslosen Jüngling, ohne Arbeitsfreude und ohne eigene Initiative. Seinem Vater war er in keiner Beziehung gewachsen. – Einundzwanzigjährig heiratete er während eines dreijährigen Aufenthaltes in Deutschland auf Peters Wunsch die Prinzessin Charlotte von Braunschweig. Als er fünfundzwanzig Jahre alt war, gebar ihm seine Frau einen Sohn und starb unmittelbar darauf.

Die oppositionellen Kreise, besonders aus der Geistlichkeit, die ihre ganze Hoffnung auf den Thronfolger setzten, hatten es verstanden, Alekséj schon früh für sich zu gewinnen. Von seinem Beichtvater war ihm versichert worden, dass Gott ihm vergeben werde, wenn er den Tod seines Vaters ersehnte. Mit den Worten: «Wir alle wünschen ihm den Tod, weil das Volk so schwere Lasten trägt», solidarisierte sich der Geistliche mit ihm.

Aus den späteren Zeugenaussagen während des Prozesses geht hervor, dass Alekséj recht konkrete Vorstellungen davon hatte, was er im Falle einer Thronbesteigung tun würde. Es lässt sich so zusammenfassen: in Moskau wohnen, Petersburg eine gewöhnliche Stadt sein lassen, keine Schiffe halten, Truppen nur so viel, wie zur Verteidigung nötig sind, keine Kriege führen und sich mit dem alten Herrschaftsgebiet begnügen. – Dieses auf das Jahr 1715 zu-

rückgehende «Programm» entsprach durchaus der passiven Natur des Thronfolgers und kann gewiss in mancherlei Hinsicht gerechtfertigt werden. Allerdings war es den Absichten Peters genau entgegengesetzt. Eine Verschwörung lag aber nicht vor; eine Aktion zur Thronerhebung Alekséjs war nicht geplant.

Peter wusste, wie sein Sohn dachte und mit wem er Umgang pflog. «Es ist allen bekannt, dass Du mein Werk verabscheust... und nach mir sein Zerstörer sein wirst», schrieb er dem Sechszwanzigjährigen. Was aber Peters Zorn in erster Linie erregte, das waren weniger die vagen Zukunftspläne seines Sohnes, sondern sozusagen der ganze Kerl. Ihn, sein Wesen und seinen Charakter wollte Peter – viel zu spät! – ummodeln und hat mündlich und schriftlich von ihm immer wieder, schliesslich unter der Drohung, ihn «als brandiges Glied von der Nachfolge zu trennen», verlangt, dass er sich ändere. Dieses Verlangen war undurchführbar. Alekséj hat schwächlich und unwürdig darauf reagiert, über den Verfall seiner «geistigen und körperlichen Kräfte durch mancherlei Krankheit» geklagt, andere, vor allem Menschikow beschuldigt, sich selbst als «verfaulten Menschen» bezeichnet und – jedenfalls unaufrichtig – seine Bereitschaft zum Thronverzicht erklärt (Oktober 1715).

Peter hat den Verzicht offenbar nicht ernst genommen und weiter versucht, durch gesteigerte Drohungen und Forderungen auf den Sohn einzuwirken, worauf Alekséj sich zur Flucht entschloss und im geheimen nach Wien reiste (September 1716), um von seinem Schwager, dem deutschen Kaiser, Hilfe gegen seinen Vater, den russischen Zaren, zu erbitten.

Dadurch war die Angelegenheit zu einem internationalen Skandal geworden. Kaiser Karl VI. schob den unbequemen Asylsucher nach Neapel ab. Peter schickte seinen gerissensten und skrupellosesten Diplomaten, Graf Peter Tolstó j – den Ahnherrn des grossen Leo Tolstó j –, nach Italien und liess seinem Sohn das nie aufrichtig gemeinte, schriftlich bekräftigte Versprechen übermitteln, dass er ihm verzeihen werde, «worauf Du Dich fest verlassen kannst». So betrogen entschloss sich Alekséj zur Rückkehr. In Petersburg wurde er inhaftiert und vor Gericht gestellt. Ein zu diesem Zweck gebildetes riesiges Gremium aus 126 Würdenträgern

– darunter drei Ausländer – fällte einstimmig das Todesurteil. Die letzte Entscheidung blieb im Einklang mit dem Herrschaftssystem dem Zaren selbst überlassen.

Peter hat jedenfalls geglaubt, dass mehr vorgelegen habe, als Alekséj zugeben wollte, nämlich eine Verschwörung. Um ein entsprechendes Geständnis von seinem Sohn zu erlangen, liess er ihn foltern. Vielleicht hat er sich daran persönlich beteiligt, jedenfalls war er dabei. An den Folgen der Folter ist Alekséj gestorben (26. Juni 1718), noch bevor Peter das Todesurteil bestätigt hatte. Ob der Zar den Tod seines Sohnes bewusst herbeigeführt hat, liegt im Dunkeln. Jedenfalls kam er ihm gelegen. Er hat sich auch völlig unberührt davon gezeigt.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass bereits elf Jahre vorher in Frankreich eine Schrift erschienen war, nach der unter Anspielung auf Grósnj von Peter gesagt wurde, er habe den Befehl gegeben, seinen Sohn hinzurichten. Damals hatte der russische Gesandte in Paris empört dagegen protestiert, da solche Handlungen der Natur sogar eines einfachen Bauern widersprüchen. Eines einfachen Bauern vielleicht, aber nicht der Natur Peters des Grossen.

Als der Konflikt zwischen Vater und Sohn ausbrach, war Peter bereits seit drei Jahren zum zweitenmal verheiratet und bekam einen Tag nach dem Thronverzicht Alekséjs einen Sohn, den er nach sich selbst Peter nannte. Der Knabe starb aber nach vier Jahren. Im Hintergründe des Konfliktes stand die Mutter dieses Knaben, Katharina. Diese einfache, gänzlich ungebildete, auch des Schreibens nicht kundige, derbe aber gutartige, alkoholfreudige und dem Zaren sehr ergebene ehemalige Ehefrau eines schwedischen Dragoners war Magd im Hause eines Pastors Glück in Livland gewesen, dort hatte Ménschikow sie während des Krieges kennengelernt und sie zu seiner Geliebten gemacht; später hat der Zar sie von ihm übernommen. Katharinas Anteil am «Wunder am Pruth» wurde bereits erwähnt. Gegen alle Widerstände im eigenen Lande und ungeachtet der Angriffsflächen, die sie den Ausländern bot – die Markgräfin von Bayreuth schrieb über sie, sie hätte «weder Anstand noch Grazie, und ihr Gewand war, wie auf dem Trödelmarkt gekauft, sehr mit Silber und Schmutz bedeckt» –, hat Peter der Grosse sie zu seiner Gemahlin erhoben und kurz vor

seinem Tode zur Kaiserin gekrönt, ohne allerdings ihr damit ein Recht auf die Nachfolge zu geben. Politisch blieb sie zu Lebzeiten Peters ganz ohne Bedeutung, aber ihr persönlicher Einfluss auf den Zaren war gross und sicherlich günstig. Als ein wesentlich mütterlicher Typus – schon als sie noch jung war, nannte Peter sie «Mudra» – übte sie eine wohlthuende besänftigende, bei seinen Krampfanfällen heilende Wirkung auf ihn aus. Infolgedessen legte Peter grossen Wert auf ihre Gegenwart und nahm sie überallhin mit, wobei sie sich allen Strapazen sowohl auf den Feldzügen wie bei seinen Saufgelagen vollauf gewachsen zeigte. Trotz ihrer Robustheit und ihres bäuerlich-litauischen Blutes hat sie aber die Substanz des degenerierten Románowgeschlechtes nicht zu erneuern vermocht. Von ihren elf Kindern waren nur drei Töchter lebensfähig. So ist sie auch dynastisch ohne Bedeutung geblieben.

Die Erfahrung mit seinem Sohn Alekséj veranlasste Peter, in einem Thronfolgegesetz (1723) ausdrücklich festzulegen, dass nicht der älteste Sohn der Thronerbe sei, sondern dass dem Herrscher das Recht bleibe, «die Nachfolge zu bestimmen, wie er will». Er selbst, dessen Söhne alle vor ihm starben, wickelte eine Designierung seines Nachfolgers aber aus und verschob die Entscheidung so lange, bis sein eigener schneller Tod ihm zuvorkam.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurde ein Testament Peters des Grossen veröffentlicht. Es stammt aber nicht von ihm selbst, sondern ist eine Fälschung der Napoleonischen Propaganda aus dem Jahre 1812. Interessanterweise hat die Hitlersche Propaganda, obgleich die Falschheit des Dokuments längst nachgewiesen war, dieses Testament wieder hervorgeholt und, im gleichen russlandfeindlichen Sinne wie Napoleon bei seinem Angriff auf Russland, 1941 ausgewertet. Dieses Schriftstück charakterisiert die Intentionen Peters nicht unzutreffend, wohl aber überspitzt. Danach läuft sein aussenpolitisches Vermächtnis darauf hinaus, fortgesetzt kriegsbereit gegen Europa zu sein mit dem Anspruch der Vorherrschaft (*l'ambition de dominer*) über die alten Staaten Europas, sich auf jeden Fall in innere Streitigkeiten Europas, besonders Deutschlands, einzumischen und russische Prinzen mit deutschen Prinzessinnen zu verheiraten – *pour augmenter notre influence*.

Peters ungeschriebenes und in dieser Form (nach Kenntnis des Verfassers) auch nicht ausgesprochenes, seinem Volk und Reich hinterlassenes Vermächtnis im Hinblick auf den Westen lässt sich in die von Stalin zwei Jahrhunderte später gerne gebrauchten zwei Worte zusammenfassen: dognatj i peregnatj – einholen und überholen. Zunächst natürlich einholen. Das war Peters grosses Ziel. Es liegt darin das Eingeständnis einer Rückständigkeit gegenüber Europa. Darin war Peter bescheidener als seine Vorgänger auf dem Moskauer Grossfürstenthron und auch als seine Nachfolger im sowjetischen Kreml. Ohne den Anspruch auf besondere Verdienste seines Volkes in der Kulturentwicklung der Welt zu erheben, war Peter gleichwohl durchdrungen von einem optimistischen Glauben an eine grosse Zukunft Russlands, nicht nur im machtpolitischen Verständnis, sondern in der Überzeugung, dass das russische Volk auch auf kultureller Ebene die westlichen Völker einholen und überholen werde. Im Jahre 1714 hat der Zar anlässlich eines Stapellaufes gesagt: «Ich vergleiche die Reise der Wissenschaften mit dem Umlauf des Blutes im menschlichen Körper. Und ich ahne, dass dieselben dereinst ihren Wohnsitz in England, Frankreich und Deutschland verlassen werden, um sich einige Jahrhunderte bei uns aufzuhalten und dann nach ihrer wahren Heimat Griechenland zurückzukehren.» Das war damals ein geradezu utopischer Gedanke.

Am 28. Januar 1725 ist Peter der Grosse an einem seiner häufigen Krankheitsanfälle – wahrscheinlich infolge eines «erneuten massiven Alkoholstosses» (Wittram) auf seine kranke Leber – dreiundfünfzigjährig gestorben. Nach der amtlichen Überlieferung herrschte allenthalben grosse Trauer. Aber man wird sich darüber nicht hinwegtäuschen, «dass nicht nur das Ausland, sondern auch ganz Russland aufatmete» (Stählin). Ein russischer Volksbilderbogen zeigte einen toten Kater, den die Mäuse begraben.

In Europa fühlte man sich von einer bereits damals gelegentlich als «russische Gefahr» bezeichneten Bedrohung befreit. In einem wenige Jahre vorher in London erschienenen Buch hatte es warnend geheissen: «Dann (d.h. wenn der Zar noch stärker wird) wird er uns ebenso gefährlich werden, wie wir ihn jetzt unterschätzen ... dann werden wir unsere Blindheit unbegreiflich fin-

den, die uns seine Pläne verkennen liess.» In Russland selbst fühlte man sich von einem lastenden Druck befreit und hoffte auf ein leichteres Leben. Auf's Ganze gesehen behielt aber sein getreuer Anhänger Feofan Prokopowitsch doch recht, wenn er in seiner den Toten verherrlichenden Grabrede sagte:

«Nicht völlig, o Russen, sind wir übermannt von Kummer und Trauer, denn nicht völlig hat uns dieser grosse Monarch, unser Vater, verlassen. Der unermessliche Reichtum seiner Kraft und seines Ruhmes ist mit uns. Wie er Russland geschaffen hat, so wird es bleiben.»

## 2. UM DAS ERBE PETERS

### *Sittenverderbnis. Kaiserinnen und Günstlinge*

Peter der Grosse hatte ein unfertiges Werk hinterlassen. Überall waren neue Anfänge gemacht worden, die fortgesetzt werden wollten, neue Fundamente gelegt, auf denen weitergebaut werden musste. Erst nach seinem Tode konnte sich erweisen, was vom Neugeschaffenen Bestand hatte und was nicht.

Bis zur Thronbesteigung Katharinas II. (1762) hat Peter keine würdigen Nachfolger gefunden, weder Vollender noch Fortsetzer seines Werkes, aber auch keine Zerstörer. Gleichwohl steht die weitere Entwicklung eindeutig im Zeichen seines Erbes. Alles was nach ihm geschah – ob bewusst für seine Reformen oder dagegen –, geht auf ihn zurück, im Positiven wie im Negativen. Erst nach seinem Tode wurde im ganzen Umfang deutlich, welche Gefahren der überstürzte Verwandlungsprozess mit seinen äusserlich meist leicht zu überwindenden, innerlich aber schwer zu bewältigenden Neuerungen in sich trug. So zeigten sich neben unzweifelhaft segensreichen Folgen für den Staat und für das Volk und besonders für die Oberschicht auch höchst bedenkliche, z.T. verhängnisvolle.

Infolge der Überstürzung z.B. der Verwaltungsreform entstand ein übles Durcheinander alter abgebauter und neuer noch nicht durchgesetzter Einrichtungen, Hilflosigkeit im Einzelnen und Verwirrung im Ganzen. Das waren aber überwindbare und allmählich auch weitgehend überwundene technische Schwierigkeiten. Schwerer wog der Umstand, dass der Umwandlungsprozess, sofern er über das Technische hinausging und den Menschen selbst erfasste, sich auf die dünne Oberschicht beschränkte. Das führte zu einer Aufspaltung Russlands in zwei sich in der Folgezeit immer weiter voneinander scheidende und durch eine immer tiefer werdende Kluft voneinander getrennte Teile. Der in Russland schon vorher scharfe Gegensatz zwischen adliger Oberschicht und der bäuerlichen Masse wurde durch die Europäisierung noch weiter ver-

schärft. Auch im äusseren Erscheinungsbild fand das jetzt seinen Ausdruck: die einen gingen bartlos, während die anderen Bärte trugen, die einen waren «nach deutscher Manier» gekleidet, die anderen nach russischer Überlieferung, die einen sprachen – seit Mitte des 18. Jahrhunderts – «europäisch» (französisch), die anderen die russische Volkssprache. Das war der sinnfällige Ausdruck dafür, dass beide Teile des gleichen Volkes in zwei verschiedenen Traditionen lebten. Die oft betonte Zwiespältigkeit oder innere Aufgespaltenheit der russischen Entwicklung zog sich durch die ganze Petersburger Periode und erwies sich als eine schwere, ja verhängnisvolle Last.

Für die Oberschicht hatte die rasche Europäisierung keineswegs nur positive Folgen, gerade die negativen zeigten sich bald. Es ist damit die «Sittenverderbnis» gemeint, die für die Oberschicht während des ganzen 18. Jahrhunderts typisch wurde. Sie fand ihren augenfälligen Ausdruck im Niedergang der Gesellschaftsmoral, im ausschweifenden und aller Hemmungen baren Lebenswandel bei Hofe, an dem die Frauen mit Katharina II. an der Spitze ihren besonderen Anteil hatten; sie äusserte sich, wenn auch weniger augenfällig, aber für den Staat umso folgenschwerer, in der Lösung von allen ethischen Bindungen im Bereich öffentlicher Betätigung, die mit unerhörter Verantwortungslosigkeit und Willkür und offen zur Schau getragener Verachtung von Recht, Moral und Menschenwürde ausgeübt wurde. Bereits zu Peters Lebzeiten hatte der hannoversche Geschäftsträger F. C. Weber warnend ausgerufen: «Es wird in diesem Lande alles ein Ende mit Schrecken nehmen!»

Peter hatte seine Untertanen zu einer Dienstgesinnung erziehen wollen. Nach seinem Tode zeigte sich, dass der gewaltsame Sturz der alten Götter eine nachhaltigere Wirkung hatte als die Erhebung eines neuen. Der Halt, den die alte patriarchalische Ordnung der Oberschicht immer noch geboten hatte, war durch Peter zerbrochen und bestand nicht mehr. Der neue Begriff der Pflicht vor dem Vaterland war kein Ersatz dafür, weil er von den Nachfolgern Peters als lästig empfunden, bzw. nicht einmal begriffen wurde. «Die Idee des Vaterlandes war ihnen zu hoch... sie fingen an, Russland zum Narren zu halten und mit Russland zu handeln,



als sei es ihre Beute» (Kljutschéwskij). Umso mehr Verständnis hatte man für die infolge der Reformtätigkeit freigewordene Gier nach so verführerischen Dingen wie Macht, Reichtum und Genuss. Man gab sich dem «Fortschritt» hin, aber unter Fortschritt verstand man den eigenen Nutzen. Die Menschen, denen jahrzehntelang eingehämmert worden war, dass der Masstab der Dinge, auch der kulturellen, deren praktischer Nutzen sei, stellten nun auch ihr persönliches Leben auf diesen Grundsatz.

Noch im 18. Jahrhundert ist ein Angehöriger dieser verderbten Oberschicht, Fürst Michaël Schtscherbátow, in seiner berühmt gewordenen Schrift über die «Sittenverderbnis in Russland» (1790) diesen Dingen nachgegangen. Die «Laster, die sich in unser Leben einzuschleichen begannen... die Genusssucht, die verschiedene heftige Begierden gebiert und um deren Befriedigung zu genügen, der Mensch oft vor nichts zurückschreckt», waren nach Schtscherbátow unmittelbare Folgen der «notwendigen, aber übertriebenen Veränderungen durch Peter den Grossen». Er führte die Sittenverderbnis auch darauf zurück, dass Peter zwar den Aberglauben verminderte, gleichzeitig aber «den Glauben an das göttliche Gesetz selbst fortnahm ... Es schwand die sklavische Furcht vor der Hölle, aber es schwand auch die Liebe zu Gott und zu seinem Heiligen Gesetz».

Kaum eine andere Periode der Geschichte Russlands hat eine so herbe, ja verächtliche Kritik erfahren wie die Zeit nach Peter dem Grossen. Das hängt gewiss auch damit zusammen, dass in eben dieser Zeit die Ausländer eine besonders grosse und augenfällige Rolle in Russland gespielt haben. Der ganze Zorn der rückschauenden Historiker, zumal natürlich der russischen, über diese an tiefen Schatten so reiche Zeit wird in der Regel auf die Ausländer, besonders auf die Deutschen, gelenkt. Gerechterweise wird man aber feststellen müssen, dass die einzelnen in dieser Periode an die Oberfläche geschwemmten «Zeitlinge» (wrémenschtschiki), ob Ausländer oder Einheimische, einander durchaus ebenbürtig waren und sich im Schlechten wie im Guten die Waage hielten. Natürlich gab es auch in dieser Zeit sowohl unter den Einheimischen wie unter den Deutschen erfreuliche Gestalten und positive Charaktere. Andererseits wird man auch nicht sagen können, dass es nur die

Deutschen gewesen seien, die das Werk Peters des Grossen, das aus den Fugen zu fallen drohte, erhalten hätten (Schiemann). Eine Frontstellung zwischen Ausländern und Einheimischen gab es gar nicht. Noch weniger gab es eine deutsche Partei am Petersburger Hof. Das ist später von einigen deutschen Historikern gelegentlich bedauert worden, die elegische Betrachtungen darüber anstellten, was die Deutschen damals in Russland hätten erreichen können, wenn sie einig gewesen wären. Es war auch nicht etwa so, dass die Ausländer unbedingt im Lager der Reformanhänger und die einheimischen Russen im Lager von deren Gegnern gestanden hätten. Die nur zu einem Teil sachlichen Gegensätze waren in so hohem Grade durch persönliche Rivalitäten, Eitelkeiten und Machtansprüche bestimmt, dass eine solche Parteibildung gar nicht zustande kam.

Peter der Grosse hatte die innerstaatliche Macht noch stärker als bisher auf die Krone konzentriert. Jene Faktoren, die früher noch ein Eigengewicht besaßen und gegebenenfalls gegen den Herrscher und im Falle seines Versagens auch für ihn bzw. an seiner Statt in die Waagschale geworfen werden konnten, die Kirche, der Bojarenrat, aber auch der Sémskij Sobór, hatten ihr früheres Gewicht verloren. Eben deshalb wurde die Frage der Thronfolge besonders bedeutsam zumal, als nach dem unerwarteten Tode des Kaisers in Ermangelung einer geregelten Nachfolge an der Staatsspitze ein Machtvakuum entstand. Niemand war da, der selbstverständlicherweise, wie das früher geschah, dieses Vakuum hätte ausfüllen können, ausser den keineswegs selbstverständlich, durch Zufall oder durch die Gunst des verstorbenen Zaren oder auch durch eigene Verdienste von irgendwoher an die Oberfläche gelangten Einzelpersonen.

Nach dem Tode Peters war der prominenteste dieser neuen Männer Ménschikow. Da er selbst den Thron nicht besteigen konnte, so setzte er gestützt auf die Gardén durch, dass seine ehemalige Geliebte, die nunmehr ganz unter seinen Einfluss geratene Zarinwitwe Katharina als regierende Kaiserin die Nachfolge Peters antrat. Der Vorgang war unerhört. Nicht nur, weil diese erste russische Kaiserin, eine ehemalige litauische Magd, für eine absolutistisch-autokratische Regierungsführung in einem jetzt

anerkanntermassen zu Europa gehörenden und auf Gleichwertigkeit mit den europäischen Kulturstaaten Anspruch erhebenden Reich in keiner Weise qualifiziert war – sie konnte gerade noch ihren Namen schreiben; Menschikow selbst konnte übrigens auch kaum mehr –, sondern weil auch von innerrussischen Verhältnissen aus gesehen die Erhebung einer Frau auf den Thron allen durch Jahrhunderte gewährten Traditionen und herrschenden Rechtsvorstellungen widersprach. Wohl hatten wiederholt Frauen die Regentschaft für minderjährige Zaren geführt, aber eine Frau als regierende Selbstherrscherin hatte es in Russland noch nie gegeben. Als S6fja versuchte, es zu werden, wurde sie sogleich gestürzt.

Erstaunlicherweise wurde der Erhebung Katharinas, die persönlich übrigens beliebt war, sehr wenig Widerstand entgegengesetzt. Nur in den Kreisen der Raskolniki wurde ihr der Eid verweigert mit der hübschen Motivierung, es sollten doch lieber die Frauen an Stelle der Männer schwören. Katharina I. ist, während Menschikow faktisch herrschte, nur zwei Jahre Kaiserin gewesen; dann starb sie, erst vierzigjährig. Ihre kurze Regierung ist für die Geschichte ohne Bedeutung. Aber ihre Inthronisierung ist für die Weiterentwicklung sehr bedeutsam geworden. Mit ihrer unrechtmässigen Erhebung zur Kaiserin wurde der Thron vom russischen Kaiserreich für fast vier Jahrzehnte «okkupativ» (Hoetzsch). Es begann damit jener wilde und blutige Tanz um die Krone und um den Platz am Throne, der seinen Ausdruck in fortgesetzten Palastrevolutionen fand und zu einer siebenjährigen Frauenherrschaft in Russland führte. Ehrgeizige und sich zum Herrschen berufen fühlende Prinzessinnen mit Erbansprüchen auf den Thron, wie die Russin Elisabeth, und andere Prinzessinnen ohne solche Ansprüche, wie die Deutsche Sophie Charlotte von Anhalt, beteiligten sich an diesen Palastrevolutionen ebenso, wie zahlreiche macht hungrige in- und ausländische Emporkömmlinge zum Teil wirklich grossen Formats; es beteiligten sich daran auch Angehörige alter russischer Geschlechter, die sich im bunten Durcheinander gegenseitig erhoben und stürzten, in der Regel aber nicht umbrachten, sondern nach Sibirien verbannten bzw. selbst verbannt wurden, um eines Tages wieder zurückzukehren und ihr altes Treiben

wiederaufzunehmen; es beteiligten sich an diesen Palastrevolutionen auch angeheiratete konjunkturwitternde ausländische Prinzen, in der Regel ohne jedes Format, und es beteiligte sich schliesslich die aristokratische Jugend daran, die in den Petersburger Garderegimentern diente, infolgedessen bewaffnet war und bald zu einem ausschlaggebenden Faktor wurde. Die russische Hofgeschichte des 18. Jahrhunderts liest sich wie ein Schauerroman.

Diese höchst dramatischen, psychologisch wie menschlich reizvollen und interessanten Vorgänge haben die Neugier und das Sensationsbedürfnis der Zeitgenossen wie der Nachfahren im hohen Grade geweckt und haben z.T. den Eindruck entstehen lassen, als erschöpfte sich die Geschichte Russlands in dieser Periode in den Rivalitäts- und Machtkämpfen bei Hofe, wie in unserer Zeit die Geschichte der Sowjetunion für manche zu einem Machtkampf der Kremlgrössen gegeneinander zusammenschumpfte.

In Wirklichkeit ging die Geschichte des Reiches und Volkes weitgehend darüber hinweg und zeigte, ungeachtet der fortgesetzten Veränderungen am Petersburger Hof, eine erstaunliche Stetigkeit. Gleichwohl können diese Petersburger Vorgänge nicht ganz übergangen werden. In Anbetracht des Herrschaftssystems lag jederzeit die Möglichkeit vor, dass eine Veränderung an der Staatsspitze auch tiefgreifende Veränderungen in der Gesamtentwicklung nach sich zog, ganz abgesehen davon, dass der Hof mit seinem Treiben die Finanzkraft des Reiches und damit natürlich auch dessen Gesamtentwicklung ungeheuer schwer belastete. Mehr als die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen (sechs Millionen Rubel) wurden bei Hofe verprasst. Das musste von der Bevölkerung für den Fiskus aufgebracht werden.

Fiskalische Interessen hatten, wie wir sahen, in Moskau immer sehr im Vordergrund gestanden; nunmehr wurde ihnen alles andere untergeordnet. Die Europäisierung hatte nicht nur das Bedürfnis des Hofes nach Geld, sondern auch das Bedürfnis des Einzelnen nach Luxus und Genuss gewaltig gesteigert. Die jeweiligen Machthaber haben dabei in z.T. kürzester Zeit geradezu unvorstellbare Reichtümer zusammengerafft. In einem Staat, dessen Gesamtbudget rund elf Millionen Rubel betrug, besass Menschikow

allein vierzehn Millionen Rubel (4 Mill, in bar, 1 Mill, in Goldbarren und 9 Mill, in ausländischen Banken), ganz abgesehen von seinem Seelenbesitz (rund 100'000 Seelen). Zahlreiche andere Günstlinge der Kaiserinnen haben ähnliche, wenn auch nicht ganz so grosse Vermögen erworben.

Zunächst soll ein kurzer Überblick, über den äusseren Ablauf der Kämpfe um den Thron gegeben werden. Katharina I. hatte den einzigen überlebenden Románow, obgleich er nicht ihr Nachkomme, sondern ein Enkel Peters aus erster Ehe war, zum Nachfolger designiert. Er hat zwölfjährig als Peter II. den Thron bestiegen, ist aber bereits drei Jahre später gestorben (1730). Menschikow hatte mit dieser Thronerhebung ehrgeizige Pläne verfolgt; er wollte den Knaben mit einer seiner Töchter verheiraten, um auf diese Weise sein Geschlecht auf den russischen Thron zu bringen, denn dass die Ehefrau eines Kaisers auch regierende Kaiserin werden konnte, hatte ja das Beispiel Katharinas soeben gelehrt.

Die in scharfer Opposition zu Menschikow stehende Aristokratenpartei mit mehreren Vertretern der ersten Familie des Reiches, der Rjúrikiden Fürsten Dolgorúkij, an der Spitze, wollte ihrerseits den jungen Zaren dynastisch an sich binden und mit einer Prinzessin Dolgorúkaja verheiraten. Im sofort nach dem Tode Katharinas einsetzenden Machtkampf gewannen die Dolgorúkij die Überhand; Ménschikow wurde gestürzt und mit seinen Töchtern nach Sibirien verbannt, wo er auch bald darauf starb (1729). Der Versuch der Dolgorúkij, das Steuer der Regierungspolitik herumzuwerfen, den restaurativen Kräften Durchbruch zu verschaffen, Petersburg fallenzulassen – die Residenz war 1728 bereits nach Moskau verlegt worden – und das petrinische Erbe zu liquidieren, scheiterte, wie noch zu zeigen sein wird, nicht nur an der Unfähigkeit und moralischen Verkommenheit der Dolgorúkij.

Mit Peter II. war das Geschlecht der Románow in männlicher Linie ausgestorben. Es blieben nur noch Frauen, und es konkurrierten mit dem Anspruch auf den Thron die ältere (zarische) Linie, die Nachkommenschaft des schwachsinnigen Iwán, und die jüngere (kaiserliche) Linie, die Nachkommenschaft Peters (vgl. Stammbaum). Zunächst setzte sich die ältere Linie durch, und

Anna Iwánowna, die verwitwete Herzogin von Kurland (vgl. S. 295 f.), bestieg nach einem Putsch für zehn Jahre den Thron. Diese sehr vitale und robuste Frau, die wieder in Petersburg residierte und einen Lebenswandel im Sinne der Assembleen Peters führte, hatte aus Mitau ihren Geliebten, einen Abkömmling des in Kurland wenig angesehenen Geschlechtes von Bühren, der sich jetzt Bíron nannte, mit nach Russland gebracht. Bíron hat unter dieser Kaiserin eine ebenso gefürchtete wie verhasste Gewaltherrschaft geführt, die unter der verächtlichen Bezeichnung «Bíronschtschina» in die russische Geschichte eingegangen ist.

Nach dem Tode der Kaiserin Anna (1740) wurde Bíron durch eine Palastrevolution von einem anderen Deutschen, dem aus Oldenburg gebürtigen, noch unter Peter dem Grossen in russische Dienste getretenen, um den Bau des Ladogakanals verdient gewordenen, schnell avancierten Feldmarschall Burchard Münnich gestürzt und nach Sibirien verbannt (1741). Während Annas Regierung waren u.a. ihre deutschen Verwandten, die Tochter ihrer nach Mecklenburg verheirateten Schwester Katharina, Anna Leopoldowna und deren Gatte Anton von Braunschweig, nach Petersburg gekommen. Deren nur einige Monate alter Sohn Iwán (also ein braunschweigischer Prinz mit einer russischen Grossmutter) war von Kaiserin Anna zum Nachfolger designiert worden. Vierjährig wurde er – als Iwán VI. – auf den Thron erhoben und seiner dazu völlig unfähigen Mutter Anna Leopóldowna die Regentschaft übertragen. Diese hatte den Feldmarschall Münnich, der zu seinem eigenen Schaden und zu niemandes Vorteil auch vom politischen Ehrgeiz erfasst worden war, zum leitenden Staatsmann gemacht. Er wurde aber – dieses Mal ohne Palastrevolution, wie wir heute sagen würden, auf kaltem Wege – von einem dritten Deutschen seinerseits entmachtet, von dem westfälischen Pastorensohn Andrej Ostermann, einem klugen und verschlagenen, aus gezeichnet informierten Politiker, der es verstanden hatte, sich in Petersburg unentbehrlich zu machen; man nannte ihn das Orakel.

Aber bereits nach einem halben Jahr wurden alle drei Deutschen durch eine neue Palastrevolution (1741) gestürzt, zuerst zum Tode verurteilt, dann begnadigt und nach Sibirien verbannt. Ostermann starb dort, aber Münnich kam zwanzig Jahre später nach

einem neuen Thronwechsel (1762) wieder nach Petersburg zurück, wo er auch mit dem seinerzeit von ihm selbst verbannten Bíron zusammentraf. Das Braunschweiger Paar wurde nach Cholmógory verbannt, wo Anna Leopóldowna nach fünf Jahren und ihr Mann erst dreissig Jahre später starb. Der kleine Kaiser Iwán VI. verschwand in der Festung Schlüsselburg, die er nie mehr verlassen sollte.

Durch die Palastrevolution vom Jahre 1741 war der Thron wieder von der kaiserlich-petrinischen Linie okkupiert worden. Peters Tochter Elisabeth, an Robustheit, Oberflächlichkeit, Sinnlichkeit und Alkoholfreudigkeit ihrer Kusine Anna nicht nachstehend, aber gutartiger und ihrem Wesen nach freundlicher als jene, hatte ihre Palastrevolution – «zwar ohne Musik, aber dafür mit ihrem Musiklehrer» (Kljutschéwskij) – mit einem betont nationalen Akzent als Auflehnung gegen die Vorherrschaft der Deutschen durchgeführt. Faktisch hatte sich aber gerade in dieser Beziehung nach ihrem Putsch wenig geändert, umso weniger, als die Kaiserin Elisabeth, wie ihre Kusine Anna kinderlos, nunmehr ihre deutschen Verwandten, d.h. den Sohn ihrer mit dem Herzog von Holstein-Gottorp verheirateten Schwester, Karl Peter, und dessen Anhang nach Petersburg zog. Sie designierte den holsteinischen Prinzen, obgleich er infantil, charakterlich minderwertig und für die ihm zuge dachte Aufgabe keineswegs geeignet war, zu ihrem Nachfolger. Bald nach dem Prinzen erschien auch dessen Braut und spätere Frau, die Prinzessin Sophie von Anhalt-Zerbst, in Petersburg und bekundete dort einen sehr bemerkenswerten und von ausländischen Beobachtern auch bald bemerkten politischen Ehrgeiz.

Nach Elisabeths Tod kam zunächst der Holsteiner unter dem Namen Peter III. auf den Thron (1762), aber bereits ein halbes Jahr später wurde er durch eine neue Palastrevolution von seiner Frau gestürzt und von ihren getreuen Anhängern umgebracht. Wie ihre Namenskusine vor fünfunddreissig Jahren, bestieg nun auch sie ohne jeden Erbenspruch und ohne von jemandem dazu designiert zu sein, allerdings durch Fähigkeit, Bildungsstand und das Format ihrer Persönlichkeit ganz anders als jene dazu qualifiziert, als Kaiserin Katharina den Thron.

Gleichzeitig mit den Personalkämpfen am Hof vollzog sich in der nachpetrinischen Periode in der herrschenden Oberschicht eine wichtige soziologische Wandlung. In diese Zeit fällt der letzte – vergebliche – Versuch des alten Erbadels, innerhalb der herrschenden Schicht eine Sonderstellung zu erhalten und sein altes Gewicht im Staatsleben wiederzugewinnen. Der Rangdienstadel erneuerte sich keineswegs immer auf Grund echter Verdienste; durch Korruption geförderter Protektionismus spielte dabei eine grosse Rolle. Die bäuerlich-litauische Verwandtschaft Katharinas I., die sich durch nichts verdient gemacht hatte – die zu Grafen erhobenen Skawronskijs, Gendrikows, Jefimowskijs – rückte ebenso in diesen Adel ein wie die nichtsnutze Verwandtschaft der ersten Liebe Peters, die Grafen Mons.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte der Rangdienstadel seine spätere Einheitlichkeit noch nicht erlangt. Neben den fortbestehenden Abgrenzungstendenzen der alten Geschlechter machte sich ein neuer Gegensatz geltend. Auf der einen Seite standen die Arrivierten, die Inhaber hoher Ränge, die daraus einen Machtanspruch herleiteten, und auf der anderen Seite die an allen Palastrevolutionen beteiligten, sich unentbehrlich dünkenden und also mächtig fühlenden jungen Gardeoffiziere niederen Ranges. Dieser Gegensatz gewann geschichtliche Bedeutung anlässlich eines Versuches der hohen Würdenträger, das bestehende Herrschaftssystem durch Beseitigung der Autokratie zu ändern.

Das Versagen der Träger der Krone bzw. deren Verzicht auf die faktische Ausübung der Regierung forderte zu dem Versuch einer organisierten Beteiligung an der Regierungsgewalt geradezu heraus. Bereits ein Jahr nach dem Tode Peters (1726) bildeten die höchsten – weltlichen – Würdenträger ein Gremium, den Obersten Geheimen Rat (*werchdwnyj tájnij sowjét*), dessen Glieder, *Werchówniki* genannt, es durchsetzten, dass ihnen sowohl der Senat wie der Synod unterstellt wurden; das Amt des Generalprokureurs wurde abgeschafft. Dieser Rat sollte seine Tätigkeit wörtlich an der Seite (*pri boku*) des Monarchen ausüben und sowohl bei der Verwaltung wie bei der Gesetzgebung beratend



mitwirken. Das Ziel der Werchówniki war zunächst eindeutig, eine Willkürherrschaft des Trägers der Krone zu verhindern und ihrer eigenen Position eine grössere Sicherheit zu verleihen.

Die Zusammensetzung des kleinen, zunächst nur aus sieben Personen bestehenden Rates spiegelte die durch Peter herbeigeführte Veränderungen in der herrschenden Schicht wider. Ausser drei Vertretern der bereits seit Generationen der Führungsschicht angehörenden Dienstadelsgeschlechter (P. Tolstóy, F. Apráksin, G. Gollowkin) gehörten ein Angehöriger des alten Adels (D. M. Golizyn), ein Emporkömmling (Menschikow) und zwei Ausländer dazu: Ostermann, der unter den Ausländern insofern eine Sonderstellung einnahm, als er zur griechisch-orthodoxen Kirche und damit zum «Russentum» übergetreten war, eine Russin geheiratet und die russische Sprache erlernt hatte (welcher Mühe sich andere Ausländer entweder gar nicht oder nur in sehr bescheidenem Umfang unterzogen), und der Herzog Karl Friedrich von Holstein, der als Schwiegersohn Katharinas I. (vgl. Stammtafel) als Kronprätendent galt, gleichzeitig aber als Neffe Karls XII. auch Ansprüche auf den schwedischen Thron geltend machte.

Dieser Geheime Rat hat damals faktisch Russland regiert, wurde aber seinerseits ganz von Ménschikow beherrscht, so dass die Werchowniki am Herrschaftssystem praktisch nichts geändert hatten, da ein Ungekrönter aus ihrer eigenen Mitte gerade das tat, was sie in Bezug auf das gekrönte Haupt verhindern wollten. Das änderte sich nach dem Sturz Ménschikows. Nun versuchte der Rat erneut, den angestrebten Einfluss zu gewinnen, gleichzeitig aber auch die Einherrschaft eines neuen Emporkömmlings zu verhindern. Auf Initiative des sehr aktiven Fürsten Dimítrij Golízyn wurde unter der Regierung des Knaben Peter II. (nach Ausbootung des Herzogs von Holstein aus dem Rat) durch die Aufnahme von vier Fürsten Dolgorúkiy und noch einem Fürsten Golízyn der Oberste Geheime Rat zu einem Organ der alten, ehemals bojarischen Aristokratie.

Mit dem Tode Peters II. (1730) sahen die Werchówniki ihre grosse Chance gekommen. Jetzt zielten sie darauf, den erneuten Thronwechsel dazu zu nutzen, der alten Aristokratie über das Institut des Obersten Rates wieder eine ähnliche, aber rechtlich

noch fester fundierte Stellung zu sichern wie seinerzeit in der Bojarenduma. Zunächst nahmen sie – mit Erfolg – das seinerzeit vom Sémskij Sobór ausgeübte Recht für sich in Anspruch, über die Thronfolge zu bestimmen. Auf ihren Beschluss wurde der weitab in Mitau ohne Verbindung zu einflussreichen Petersburger Kreisen lebenden kleinen Herzogin von Kurland, Anna Iwánowna, die Krone angetragen in der Hoffnung, ihr gegenüber die Forderungen des Rates leichter durchsetzen zu können.

Diese Forderungen bestanden in der rechtlichen Beschränkung der kaiserlichen Gewalt zugunsten der Werchówniki durch eine Charta, d.h. in einer eindeutigen Änderung des Herrschaftsystems. Nach der Überlieferung hat Golízyn damals erklärt: «Wir müssen uns Erleichterung verschaffen, so dass unsere Freiheit gemehrt wird. Es ist nötig, Punkte niederzulegen und sie Ihrer Majestät zu schicken». So entstanden die «Punkte», deren Annahme durch Anna zur Vorbedingung für ihre Thronerhebung gemacht wurde. Anna sollte sich verpflichten: erstens, weder zu heiraten, noch einen Nachfolger zu ernennen, was praktisch bedeutete, dass der nächste Träger der Krone wieder durch die Werchówniki bestimmt werden würde; zweitens, nur im Einvernehmen mit dem Obersten Rat zu regieren, der seine Mitglieder kooptiert und dem die Ernennung aller Beamten zusteht; drittens, die Entscheidung über Krieg und Frieden sowie den Oberbefehl über das Heer und über die Garden dem Obersten Rat zu überlassen und ohne Gericht dem Adel weder Leben noch Besitz noch Ehre zu nehmen. Der Schlusssatz des Dokumentes lautete: «Sollte ich aber etwas in diesem Versprechen nicht erfüllen, so werde ich der russischen Krone verlustig gehen.» – Anna unterschrieb und fuhr nach Moskau (das damals Residenz war), um den Thron zu besteigen und sich krönen zu lassen.

Bei den Bestrebungen der Werchówniki mischten sich reaktionäre mit fortschrittlichen Tendenzen. Der Gedanke einer Konstitution war natürlich eine Europäisierungerscheinung; die Verhältnisse in Schweden dienten dabei als Vorbild. Der Initiator der Punkte, der damals dreiundsechzigjährige Dimítrij Golízyn, war ein hochgebildeter, sehr belesener, besonders in der europäischen staatsrechtlichen Literatur bewandelter Anhänger der petrinischen

Reformen. Er hatte zu der Gruppe junger Russen gehört, die anlässlich der ersten Europareise Peters ins Ausland geschickt wurden. Abgesehen von den Punkten, hatte er auch das Projekt einer echten Konstitution für Russland ausgearbeitet, das ein gesetzgebendes Organ und eine vom Adel gewählte Kammer vorsah. Golízyn unterhielt aber auch Verbindungen zu altrussischen konservativen Kreisen. Er war ein Gegner der Erhöhung Petersburgs auf Kosten von Moskau. Seine fortschrittlichen konstitutionellen Pläne waren infolgedessen mit russisch-konservativen Elementen durchsetzt, die auch von anderen Werchówniki, vor allem von den Dolgorúkijs, begünstigt wurden.

Aber gerade die reaktionären, mit dem Interesse der alten Geschlechter verknüpften Tendenzen verleiteten die Werchówniki zu einem äusserst ungeschickten Vorgehen. Sie hatten ihre Pläne geheimgehalten und dadurch in weiten Kreisen des neuen Adels, zumal bei den Garden, Misstrauen und schliesslich, als die Sache mit den Punkten bekannt wurde, offene Gegnerschaft hervorgerufen. Man sah darin den Versuch, eine Oligarchie der alten Familien zu schaffen. Ausserdem hatten die Werchówniki ihre eigene Thronkandidatin unterschätzt.

Anna zeigte einen sicheren Instinkt für die öffentliche Meinung, die ihr günstig war. Sie wich zunächst einer Entscheidung aus, aber gestattete dem Adel, in Versammlungen über diese Dinge zu beraten. Dabei kamen die unterschiedlichsten Projekte zutage, angefangen mit der Wiederherstellung der Selbstherrschaft unter der Parole: lieber einen Zar als gleichzeitig zehn, und endend mit dem Projekt einer noch weitergehenden Einschränkung der kaiserlichen Gewalt. Einigkeit herrschte nur in der Ablehnung der Punkte der Werchówniki. Das hatte Anna sehr bald erkannt.

Der Widerstand gegen die Punkte wurde von der Geistlichkeit, mit dem überzeugten Anhänger der Autokratie Feofán Prokopowitsch an der Spitze, lebhaft unterstützt. Als dann in der allgemeinen Erregung mehrere hundert junge Gardeoffiziere zur Kaiserin vordrangen und sie bestürmten, die Punkte aufzuheben und den «Titel einer Selbstherrscherin» anzunehmen und dabei ihre Bereitschaft unmissverständlich zum Ausdruck brachten, der Kaiserin, wenn sie es befiehlt, «die Köpfe der Übeltäter zu Füssen zu legen»

spielte Anna die Überraschte und fragte die Werchówniki: «Wie? Sind die Punkte nicht auf Wunsch des ganzen Volkes aufgesetzt?» Da auch bei dieser geschickt gestellten Szene die anwesenden Gardeoffiziere, wie bereits bei der Thronerhebung Katharinas I. und später noch wiederholt, die Rolle des Chors im griechischen Drama übernahmen (Kljutschéwskij) – «ohne an der Handlung teilzunehmen hörbar Überlegungen anstellend» –, gab Anna mit theatralischer Geste dem Willen des «Volkes» nach und zerriss die von ihr selbst unterschriebenen Punkte.

Der Oberste Rat wurde aufgelöst und an den Werchówniki harte Vergeltung geübt. Nur Ostermann verstand es, sich dabei herauszuhalten. Er hatte die Entwicklung richtig vorausgesehen und in den Tagen, als es für ihn hiess, Farbe zu bekennen, sich sterbend gestellt; nach seiner Wiederauferstehung war er überzeugter Anhänger der Selbstherrschaft, blieb in der Gunst der Kaiserin und wurde erster Kabinettsminister. Senat und Synod erhielten wieder ihre alten Rechte; das Amt des Generalprokureurs wurde wiederhergestellt. Geändert hatte sich nichts. Nur die Garden hatten ihre faktische Bedeutung aufs Neue bestätigt. Sie, nicht die Werchówniki, hatten über die Thronfolge entschieden. Das vergassen sie nicht.

Die unmittelbare Folge der Wiederherstellung der Autokratie war das Polizeiregime der «Bíronschtschina». Ohne Zweifel zeigte sich während dieser Zeit die Autokratie in ihrer hässlichsten und abschreckendsten Gestalt. Zum Schaden des deutschen Ansehens fiel sie mit einer instinktos und angeberisch, betont als solcher ausgeübten Vorherrschaft der Deutschen zusammen. Der Kurländer Ernst Johann Bíron, ein Ausländer – Kurland war damals ein deutsches Herzogtum unter polnischer Lehnsouveränität –, der allmächtige Günstling der Kaiserin Anna, der faktische Regent des Reiches ohne ein Staatsamt zu bekleiden, war ein offener Verächter der Russen und des Russischen. In herausfordernder Weise, durchaus unpetrinisch, bevorzugte er die Deutschen, die er überall in leitende Stellen einsetzte. Zwei von ihm als Gegengewicht gegen die alten Garden neugebildete Garderegimenter erhielten ausschliesslich deutsche Offiziere, und im russischen Kadettenkorps wurde ausser allgemeiner Geschichte zwar deutsche, aber nicht

russische Geschichte gelehrt. Bíron gehörte zu jenen Menschen, die an die Gewalt als das Allheilmittel glauben. Sich seiner Unpopularität, ja seiner Verhasstheit wohl bewusst, sicherte er sich und seine Kreaturen durch einen durchaus modern anmutenden Polizeiapparat. Durch Spitzel und Denunzianten, Foltern und Terror, in grossem Massstab durchgeführte Deportationen und natürlich auch Exekutionen wurde alle Unzufriedenheit im Lande im Keime erstickt und die Ordnung, wie Bíron sie verstand, aufrechterhalten. Dass er gleichzeitig klug, energisch und ein ausgezeichneter Organisator war und später vierundsiebzigjährig als Herzog von Kurland sich den dortigen feudalen Verhältnissen sehr in seinem eigenen Interesse anzupassen verstand, reicht zu seiner gelegentlich versuchten Ehrenrettung nicht aus. Aber ein «typischer Vertreter» des angeblich «beschränkten, groben und raffgerigen baltischen Adels», wie die Sowjetgeschichtsschreibung behauptet, ist er gewiss nicht gewesen. Die zahlreichen typischen Vertreter der Adelskorporationen aus den deutschen Provinzen Russlands haben erst seit der zweiten Hälfte des 18., besonders aber im 19. Jahrhundert eine sehr bedeutende Rolle in der russischen Geschichte gespielt. Sie war von der Rolle Bírons sehr verschieden.

Nach Bírons Sturz milderten sich die Methoden der Herrschaftsführung, zumal seit der Thronbesteigung Elisabeths. Die Tochter Peters des Grossen hatte bei ihrer Inthronisierung gelobt, kein Todesurteil zu unterzeichnen und später als Kaiserin die Todesstrafe überhaupt abgeschafft. Die Zügel wurden locker gelassen, aber das autokratische Herrschaftssystem blieb unverändert bestehen. Nach der Auflösung des Obersten Geheimen Rates erwies sich in Anbetracht des fortgesetzten Desinteresses der Krone an den Regierungsgeschäften sehr bald die Notwendigkeit eines neuen obersten Regierungsorganes.

Die Kaiserin Anna hatte das sogenannte Kabinett der Minister (mit Ostermann an der Spitze) begründet, in dessen Händen die tatsächliche Regierungsführung und praktisch auch die Gesetzgebung lag. Das Kabinett blieb aber ein Organ der Monarchin, ohne Anspruch auf eine Beschränkung der autokratischen Gewalt. Elisabeth löste das Kabinett wieder auf und stellte mit der oft wiederholten, aber gleichwohl unzutreffenden Behauptung, damit

an der Ordnung ihres Vaters festzuhalten, den Senat in seinen alten Rechten wieder her. Peter hatte selbst regiert. Da seine Tochter praktisch darauf verzichtete, ging nun ausser der administrativen auch die legislative Gewalt entgegen den Intentionen Peters in die Hände des Senats über, der unter Führung des Grafen Peter Iwánowitsch Schuwálow eine grosse Macht gewann. Er hat die Einherrschaft eines Günstlings im Sinne Ménschikows und Bírons mit Erfolg verhindert; aber auch er hat die autokratische Gewalt nicht eingeschränkt.

Auf das Ganze gesehen, blieb das russische Kaiserreich in der nachpetrinischen Zeit ein nach europäischem Muster ausgerichteter, sich auf einen zentralisierten Beamtenapparat stützender, unter primär fiskalischen Gesichtspunkten verwalteter, vom Adel beherrschter Militär- und Polizeistaat.

### *Privilegierter Adel und leibeigene Bauern*

Auch die soziale Struktur des Reiches stand im Zeichen des petrinischen Erbes. In diesem Betracht ging die Entwicklung ungeboren und ohne Rückschläge, durch Widerstände und Aufstände kaum aufgehalten, in der Richtung weiter, die Peter ihr gewiesen hatte: zugunsten des Adels und zuungunsten der Bauern. Aber auch in dieser Hinsicht wurde Peters Werk durch seine Erben verdorben, indem das der Reform zugrunde liegende staatsethische Prinzip immer mehr ausgehöhlt wurde.

Das Bestreben des Adels selbst war, seine Pflichten gegenüber dem Staat zu verringern, seine Rechte gegenüber dem Bauern zu erweitern. Alle Machthaber, ob auf dem Thron oder um ihn herum, einschliesslich Katharinas II., zeigten sich – im Unterschiede zu Peter – bereit, diesen egoistischen Wünschen des Adels Rechnung zu tragen, weil sie sich auf seine Unterstützung angewiesen sahen. Durch die Verschmelzung des alten Erbadels mit dem jungen Dienstadel zu einer einheitlichen Schicht waren auch die Unterschiede zwischen erblichen Wóttschina-Gütern und auf Zeit vergebenen Poméstje-Gütern fortgefallen; auch die Poméstje-Güter wurden nun als erblich anerkannt. Gleichzeitig fiel auch die

petrinische Verfügung über die Unteilbarkeit der Güter; sie konnten an alle Söhne vererbt werden. Es fiel auch die den jungen Adligen lästige Pflicht, ihren Dienst als Gemeine beginnen zu müssen. In Petersburg wurde ein Kadettenkorps für junge Edelleute begründet, nach dessen Beendigung die Zöglinge als Offiziere in den Dienst eingestellt wurden. Später konnten die jungen Edelleute bereits als Säuglinge in die Regimentslisten eingetragen werden und avancieren, so dass sie zwölfjährig Offiziere wurden.

Das Entscheidende war aber, dass die Dienstpflicht des Adels schrittweise abgebaut wurde. Der erste Schritt (1736) war die Verringerung der Dienstzeit auf fünfundzwanzig Jahre, so dass der einzelne Edelmann in der Regel vom vierzigsten Jahre an nicht mehr zu dienen brauchte. Der letzte Schritt war das «Manifest von der Freiheit des Adels» (18.2.1762), durch das Peter III. den Adel von der Dienstpflicht überhaupt befreite. Die in diesem Manifest dem Adel garantierten Freiheiten, die Katharina II. noch erweiterte, und die unmittelbaren Folgen davon haben für die gesamte Geschichte Russlands keineswegs nur im sozial-ökonomischen Bereich, sondern nicht minder in politischer und geistig-psychologischer Hinsicht eine gar nicht zu überschätzende Bedeutung erlangt.

Parallel zum Abbau der Dienstpflicht ging die Erweiterung der Rechte der Adligen gegenüber den Bauern, die in den faktischen Zustand der Leibeigenschaft herabsanken, ohne dass diese gesetzlich als solche festgelegt wurde. Der von seinen Dienstverpflichtungen in wachsender Masse befreite Adlige schob sich jetzt zwischen den Bauern und den Staat, so dass der Bauer mit dem Staat selbst überhaupt nicht mehr in Berührung kam und aufhörte, ein Rechtssubjekt zu sein. Der Herr, der jetzt Zeit für diese Dinge gewonnen hatte, nahm nun auch staatliche Funktionen in seine Hände: er trieb die Steuern ein; er bestimmte die Leibeigenen zum Wehrdienst. Einen freiwilligen Militärdienst wie zu Peters Zeit, mit der Möglichkeit, sich die Freiheit oder gar den Adel zu verdienen, gab es nicht mehr. Der Herr konnte jetzt die Leibeigenen zusammen mit dem Grund und Boden und auch losgelöst von der Scholle, gegebenenfalls auch Ehegatten, Eltern und Kinder voneinander getrennt, kaufen und verkaufen; er wurde zum – un-

kontrollierten – Polizei- und Gerichtsherrn, indem er Strafen einschliesslich der Verschickung nach Sibirien zur Ansiedlung verhängen konnte. Sein Recht und die ihm ausdrücklich auferlegte Pflicht (1758), über den Lebenswandel seiner Leibeigenen zu wachen, öffneten der Willkür alle Tore.

So sank der Bauer – die Registrierseele – in den Zustand eines seinem Herrn gehörenden Sklaven. Der Gutsbesitzer wandelte sich zum Seelenbesitzer, sowohl objektiv wie subjektiv, denn er fühlte sich auch als solcher und berechnete seinen Wohlstand nach Seelenbesitz. Der Seelen- und auch der Landbesitz wurden (1746) zu einem Adelsmonopol erhoben und Geistliche und Kaufleute, die früher auch besitzlich sein konnten, davon ausgeschlossen.

Es ist aus dieser Zeit (1742) eine Art Lehrbuch über die Güterverwaltung unter dem Titel «Kurze ökonomische Notizen über das Dorf» von W. N. Tatíschschew überliefert. Der Autor, selbst ein adliger Gutsbesitzer, ist den Bauern durchaus wohlgesinnt und zeigt Verständnis für ihre Bedürfnisse. Gleichwohl verlangt er, dass die bäuerliche Arbeit nachts, «am Abend beginnend, die ganze Nacht bis zum Morgen», verrichtet werden solle, weil er sich davon einen höheren Ertrag verspricht. Die Bauern dürften im Sommer «nicht zur Ruhe kommen», denn «durch Trägheit werden die Bauern nicht nur krank, sie sterben sogar davon». Die Trägen soll man «in den Kerker einsperren und ihnen zwei, drei Tage kein Brot geben». Im wirtschaftlichen Interesse der Seelenbesitzer rät er ihnen, den Witwen und Mädchen bei harter Strafe zu verbieten, in andere Dörfer (d.h. in die Dörfer anderer Herren) zu heiraten, weil auf diese Weise durch die Mitgift die fremden Dörfer bereichert würden.

Gleichzeitig verschlechterte sich auch die wirtschaftliche Lage der Bauern, so dass die Steuerrückstände trotz der brutalen Methode der Eintreibung wuchsen. Elisabeth sah sich gezwungen, zweieinhalb Millionen Steuerrückstände zu erlassen, weil sie nicht einzutreiben waren. Bei aller dem russischen Volke ohne Zweifel eigenen Bereitschaft, sich in sein Schicksal zu fügen und es als gottgegeben zu tragen, löste diese fortgesetzte Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande und in den Fabriken immer wieder Unruhen aus. Die traditionelle Flucht



zu den Kosaken nahm wieder grösseren Umfang an. Aber diese Unruhen blieben in der Regel lokal begrenzt und unorganisiert und mündeten erst in den siebziger Jahren in eine grosse Aufstandsbewegung unter Pugatschów ein. Wie schon früher waren sie auch jetzt primär sozial und nicht politisch bestimmt. Sie richteten sich nicht gegen den Zaren, sondern gegen die Herren, gegen die sich zwischen das gemeine christliche Volk und den unerreichbaren Zaren schiebende aristokratische Zwischenschicht.

Erstaunlicherweise setzte trotz aller offenbarer Missstände und trotz der katastrophalen Finanzlage des Reiches auch in dieser Periode aufs Ganze gesehen der wirtschaftliche Aufstieg sich ständig fort. Der starke Anstoss, den Peter der Wirtschaftsentwicklung gegeben hatte, wirkte weiter. Die industrielle Produktion, zumal bei der Metallindustrie im Ural, stieg stark an. In der Erzeugung von Gusseisen stand Russland in der Mitte des 18. Jahrhunderts an erster Stelle in der Welt. Auch der Bergbau entwickelte sich stark. Gleichzeitig nahm der Aussenhandel ständig an Umfang zu und führte zu einer allmählichen Aushöhlung des traditionellen Moskauer Prinzips des Aussenhandelsmonopols. Infolge des zunehmenden Eindringens der Geldwirtschaft in den Binnenmarkt, verbunden mit dem gesteigerten Geldbedürfnis des Adels, der unter Katharina I. (1726) das Recht zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen erhalten hatte, wuchsen die wirtschaftliche Aktivität, Unternehmungslust und auch die Initiative der Adligen. Gleichzeitig wurde damit auch die Entwicklung eines sich neubildenden Kaufmannsstandes gefördert. Der bereits erwähnte einflussreiche Senator Peter Schuwálow, selbst ein dem armen Adel entstammender neuer Mann, hat diese Entwicklung durch Aufhebung der Binnenzölle und Begründung staatlicher Kreditbanken, die den Unternehmern zu stark herabgesetzten Zinssätzen Darlehen gewährten, bewusst gefördert, sich selbst dabei allerdings ungeheuer bereichert.

Die Konzentration der Interessen der Hofkreise auf ihre privaten Angelegenheiten hatte für das Reich die angenehme Folge, dass es von den Regierenden weitgehend in Ruhe gelassen, mit keinen Experimenten, grossen Projekten oder Reformplänen belastet wurde, so dass tatsächlich eine Erholung eintrat und das von

Peter gewaltsam Gepfropfte sich durch eigenes Wachstum festigen und entfalten konnte. In dieser Zeit – von Peters Tod bis Katharinas Thronbesteigung – wuchs die Bevölkerung Russlands von rund 18 Millionen auf 25 Millionen Einwohner.

Mit der zahlenmässigen Zunahme wuchs das russische Volk auch weiter in die von seinen Kaiserinnen beherrschten Räume hinein und setzte auch in dieser Periode sein grosses Kolonisationswerk fort. Man wird in der russischen Geschichte nur wenige Perioden finden, in denen die Mächtigkeit und Unzerstörbarkeit der volklichen Substanz sich trotz allen Versagens der Regierenden so überzeugend zur Geltung brachte wie in dieser Zeit.

Auch die kulturelle Europäisierung der Adelsschicht schritt unaufhaltsam weiter. Aber die Widerstände, die Peter mit Gewalt niedergehalten hatte, lebten jetzt wieder auf. Sie haben manche Ansätze, z.B. in der Bildungspolitik, wieder verschüttet – auch das Gymnasium von Glück ging wieder ein – und manches Neubegonnene sich wieder totlaufen lassen. Durchgesetzt haben sich diese Widerstände nicht. Auch in diesem Betracht ging die dem Zuge der Zeit entsprechende Entwicklung in der von Peter eingeschlagenen Richtung weiter. Symbolisch dafür blieb die weitgehend verhasste und nach – übertriebenen – Ausländerberichten «von allen ohne Ausnahme auf den Meeresgrund gewünschte», gleichwohl aber weiter wachsende und blühende, gerade für den Lebenszuschnitt der herrschenden Adelsschicht tonangebend werdende neue Residenz, St. Petersburg.

Das weitere Eindringen und fortgesetzte Anwachsen ausländischer Einflüsse auch auf geistigem Gebiet war weder aufzuhalten noch einzudämmen. Das wurde unter der Regierung Elisabeths sehr deutlich. Die Kaiserin war im Zuge eines russisch-nationalen Aufbegehrens gegen die Herrschaft der Fremden, zumal gegen die Deutschen, auf den Thron gelangt. Man erwartete von ihr eine Beseitigung des bisherigen Zustands. Aber in Wirklichkeit änderte sich so gut wie gar nichts. Nur die Personen wechselten. Zwar machte Elisabeth einen Einheimischen, den zum Grafen erhobenen Ukrainer Aleksėj Rasumówschij, mit dem sie sich insgeheim trauen liess, einen musikalischen Dnjeprkosaken mit schöner Stimme, zum allmächtigen Günstling und übertrug die Staatsgeschäfte an Stelle

Ostermanns dem Russen Aleksěj Bestúshew-Rjúmin, aber der ausländische Einfluss war dadurch keineswegs gebrochen, im Gegenteil, eher verstärkt, sowohl im kulturellen wie im politischen Bereich, zumal in der Aussenpolitik. Nur waren die Träger dieser Einflüsse taktvoller und weniger aufdringlich als unter Anna.

Gleichzeitig wurde der deutsche Einfluss von einem französischen abgelöst, der bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Russland vorherrschend blieb. Die Kaiserin selbst sprach französisch; mit Hilfe von Franzosen – des französischen Gesandten de la Chétardie und ihres Arztes Lestocq – war sie auf den Thron gelangt (ihr gleichfalls am Putsch beteiligter Musiklehrer war Deutscher), für französische Galanterie hat sie zeitlebens ein sehr betontes Verständnis gehabt und sich bemüht, französischen Stil – oder was sie darunter verstand – nach Petersburg zu verpflanzen und das gesellschaftliche Leben ihrer Residenz danach auszurichten. Nach dem Urteil zeitgenössischer Franzosen und auch anderer Ausländer war jedoch ihr Gesellschaftsstil weder galant noch elegant, sondern einfach lasterhaft und durchaus unbelastet von der «Kunst kultivierter Geselligkeit». Gleichwohl lagen auch diese nun unter französischem Einfluss gestellten Bestrebungen im gesellschaftlichen Leben eindeutig auf der Ebene petrinischer Zielsetzung und haben in gerader Fortentwicklung im 19. Jahrhundert zu einer sehr kultivierten Geselligkeit auf so hohem Niveau geführt, dass nach dem Zeugnis Bismarcks die Franzosen selbst sich mit den Russen darin nicht mehr messen konnten.

In immer stärkerem Masse wurden neben den Ausländern auch europäisierte Russen selbst zu Trägern der kulturellen Europäisierung, zunächst im rezeptiven, sehr bald aber auch im produktiven Verstande. Der erste grosse Exponent dieses Aufschwungs, gleichsam als ein Kündler künftiger Möglichkeiten, war in der Mitte des 18. Jahrhunderts Michaíl Wassiljewitsch Lomonossow (1711-1765), ein Fischerssohn aus Cholmógory, auf allen Wissensgebieten – Chemie, Physik, Mineralogie, Geographie, Geschichte, Poetik, Grammatik, Philosophie – rastlos tätig, vielfach bahnbrechend, Gelehrter, Redner und Dichter zugleich. Sich seines Russentums stolz bewusst, bezog dieser universale Mann – wie seine Kaiserin – Frontstellung gegen die in Russland wirkenden

Ausländer, zumal gegen die Professoren, ohne praktisch an den herrschenden Zuständen etwas zu ändern. Er selbst war natürlich europäisch geschult und gebildet und insofern ein lebendiger Ausdruck des Europäisierungsprozesses.

Es lag im Zuge der Entwicklung und entsprach jedenfalls auch einer inneren Notwendigkeit, dass die durch Peter utilitaristisch zweckbestimmte kulturelle Betätigung mit dem tieferen Eindringen geistiger Einflüsse sich in wachsender Masse von ihrer Bindung an den praktischen Nutzen löste. In diesem Fall wird man nicht sagen können, dass die Reform Peters dadurch verdorben wurde. Sehr bald nach Peters Tod wurde – unter der Analphabetin Katharina I.! – sein Projekt der Akademie der Wissenschaften in Petersburg verwirklicht (1726), zu Mitgliedern wurden Deutsche und Schweizer ernannt. Zwanzig Jahre später (1747) wurde die Akademie zu einer Lehranstalt erweitert und an ihr eine Universität begründet, die aber am Mangel an Studenten wieder einging. Dagegen erwies sich die auf Anregung Lomonossows begründete Moskauer Universität (1755) als lebensfähig. Sie hatte zunächst drei Fakultäten, eine philosophische, eine juristische und eine medizinische. Ihr erster Kurator war der französisch gebildete und als Mäzen bekannt gewordene Iwán Iwánowitsch Schuwálow, ein Bruder des Senators.

Europäische Einflüsse machten sich auch stark in der, besonders von Elisabeth geförderten, regen Bautätigkeit geltend. Vom Italiener Bartolomeo Rastrelli wurde ausser zahlreichen anderen Bauten auch das berühmte Winterpalais in Petersburg, die Residenz der Kaiser bis zur Revolution von 1917, errichtet. Zumindest in indirektem Zusammenhang mit der Europäisierung stand die Verweltlichung der russischen Literatur, die bislang von der Geistlichkeit beherrscht war und sich nun an weltliche französische, z.T. auch antike Vorbilder anlehnte. Neben Lomonossow trat als «der erste, den man als Dichter dieser Epoche bezeichnen kann» (Hanisch), ein ins Russentum übergegangener Rumäne, Fürst A. D. Kantemir, hervor, der sich auch als Übersetzer aus dem Französischen betätigte. Wie Kantemir, so haben der russische Popensohn Tredjakowskij und der russische Aristokrat Sumaró-kow, die sich beide um das russische Theater verdient gemacht

haben, zwar eine geistesgeschichtliche, aber keine künstlerische Bedeutung erlangt.

Die gesamte kulturelle Entwicklung stand nach wie vor sehr stark im Zeichen des Unorganischen, Unausgeglichene und von oben her Gefropften. Allenthalben machte sich das Fehlen des unerlässlichen kulturellen Unterbaus geltend. Selbst die Hofgesellschaft bot in Bezug auf ihr kulturelles Niveau ein höchst buntscheckiges und an Gegensätzen reiches Bild. Nach den Angaben der damaligen Grossfürstin, späteren Kaiserin Katharina konnte von den Angehörigen der Hofgesellschaft damals nur die Hälfte lesen, ein Drittel schreiben. Es dauerte noch recht lange, bis diese Gegensätze sich ausglich.

### *Allianzen und Kriege*

In der äusseren Entwicklung war das Werk Peters noch weniger rückgängig zu machen als in der inneren. Der Eintritt Russlands in das europäische Mächtesystem, sein Hineinwachsen nach Europa durch den territorialen Zuwachs und durch die unmittelbare politische Einflussnahme auf die Nachbarstaaten – vor allem auf Polen –, die mittelbare Beteiligung Russlands an europäischen Angelegenheiten über die neugeknüpften dynastischen Beziehungen und das dadurch geweckte politische und nicht mehr nur wirtschaftliche Interesse Europas an Russland –, das waren Gegebenheiten, mit denen nicht nur gerechnet, sondern an die auch unmittelbar angeknüpft werden musste.

Seit Peter dem Grossen war ein Europa ohne Russland nicht mehr vorstellbar. Zwar hatten die extremen Gegner des grossen Zaren ein neuerliches Ausscheiden Russlands aus Europa unter Verzicht auf alle seine Erwerbungen und bei selbstverständlicher «Ausradierung» Petersburgs angestrebt, aber ein ernstlicher Versuch ist in dieser Richtung nie gemacht worden. Es hätte dazu einer neuerlichen Revolution von der Radikalität und dem Tiefgang der späteren bolschewistischen bedurft. So ging die Entwicklung auch in der Aussenpolitik in der von Peter gewiesenen Richtung weiter. Allerdings machte sich auch hier – bis zur Thron-

besteigung Katharinas II. – das Fehlen einer zielsicheren und überlegenen Führung geltend.

An guten politischen Köpfen und an fähigen Diplomaten fehlte es in Petersburg nicht. In erster Linie wäre Ostermann zu nennen, der seine Spuren noch unter Peter dem Grossen verdient hatte und als der Begründer der Petersburger diplomatischen Schule gilt. Man hat von ihm gemeint, dass er das meiste getan habe, um Russland auf der Bahn Peters des Grossen zu halten (Schiemann). Aber nicht er allein hat sich darum bemüht; sein Gegner und Nachfolger im Amt, Bestúshew-Rjúmin, auch noch ein Schüler Peters, hat es unter Elisabeth auch getan. Aber alle waren infolge der unsteten Zustände am Petersburger Hof so stark in die persönlichen und politischen Streitigkeiten verstrickt, dass sie ohne genügendes Eigengewicht weitgehend zu Werkzeugen ausländischer Diplomaten wurden, die die Petersburger Zwietracht geschickt im Interesse der von ihnen vertreten Staaten nutzten. Das wurde ihnen um so leichter gemacht, als so gut wie jedermann in Petersburg – hier bildete Ostermann eine Ausnahme – sich klingenden Zuwendungen zugänglich zeigte. So wirkte sich in dieser Zeit die Einbeziehung Russlands in das europäische Staatensystem nur bedingt im russischen Sinne aus, in hohem Masse aber im Sinne jener Mächte, denen es gelang, das Russische Reich mit seinem Schwergewicht für die eigene Politik zu gewinnen.

Für die Behandlung der zwischenstaatlichen Beziehungen gilt das gleiche, was schon anlässlich der Aussenpolitik Peters gesagt worden war: sie gehörten in eine Darstellung der allgemeinen Geschichte Europas und können hier nur mit wenigen Strichen gezeichnet werden.

Trotz der unstabilen Lage im Inneren des Landes traten die Russen dem Ausland gegenüber im stolzen Bewusstsein der Unangreifbarkeit des Kerngebietes ihres Reiches mit erstaunlicher Sicherheit und mit nicht weniger erstaunlichen Ansprüchen auf. Bestúshew hat gemeint, dass Russland bereits damals imstande gewesen sei, «Europa zu gebieten und ihm Gesetze vorzuschreiben».

Die grosse aussenpolitische Chance Russlands lag im Niedergang bzw. im Zerfall seiner Nachbarstaaten: Polen und Türkei. Kaiserin Anna aktivierte die russische Aussenpolitik in beiden Richtungen,

und in beiden Fällen führte das zu Konflikten mit anderen Mächten. Zunächst setzte sie bei Polen an. Sie selbst war zwanzig Jahre früher von Peter dem Grossen nach Kurland verheiratet worden, um den russischen Einfluss nach Polen zu tragen und dort die Finger im Spiel zu haben. Nach dem Tode Augusts des Starken (1733) griff Russland nicht nur diplomatisch, sondern auch militärisch in den Streit um die Nachfolge ein. Die Weltlage wurde damals durch den französisch-österreichischen Gegensatz bestimmt. Beide Seiten bemühten sich um Russland, und beide hatten in Petersburg ihre Partei. Ostermann war österreichisch orientiert, Münnich französisch. Aber da der allmächtige Bíron hoffte, mit Hilfe des deutschen Kaisers, der ihn zum Reichsgrafen erhob, auch Herzog von Kurland zu werden, setzte sich die österreichische Orientierung in Petersburg durch. So griff Russland im polnischen Erbfolgekrieg gegen den französischen und polnischen Kandidaten Stanislaus Leszczyński ein. Danzig wurde von russischen Truppen erobert und Leszczyński aus Polen vertrieben. Aber im weiteren Verlauf des im Westen fortgeführten Krieges kämpften auch russische Truppen gegen Frankreich am Rhein, ohne dass dies im russischen Interesse gelegen hätte. Es ist auch zweifelhaft, ob es im russischen Interesse lag, dass Anna Iwánowna im Zuge dieser Politik – Bíron erhielt mit Unterstützung des deutschen Kaisers die erhoffte kurländische Herzogskrone (1737) – die Pragmatische Sanktion garantierte.

Zusammen mit den Österreichern wurden die Russen auch gegen die von den Franzosen unterstützte Türkei aktiv. 1736 kam es zum Krieg. Auch das war ein petrinisches Erbe. Es ging dabei, wie in den Anfangsjahren Peters, um den Ausgang Russlands zum Schwarzen Meer (zunächst wieder um Asow) und um die Niederhaltung der immer wieder lästig werdenden Krimtataren. Es ging um noch mehr: ein erstrebter Sieg über die Türken musste und sollte auch die Balkanfrage wieder akut werden lassen.

Im Zusammenhang damit lebten alte, in Moskau seit den Tagen Iwáns III. gepflegte, vorübergehend in den Hintergrund getretene, aber nie verschüttete, religiös bestimmte Ideen und hochfliegende Pläne wieder auf. Sie leiten unmittelbar zu der späteren russischen Balkanpolitik Katharinas II. und der Kaiser im 19. Jahrhundert

über. Erinnerungen an das angestrebte Erbe in Byzanz spielten dabei ebenso mit hinein, wie die bis zum Zaren Alekséj zurückreichenden Versprechungen einer Befreiung der slawischen Glaubensgenossen durch Russland von der türkischen Herrschaft, wie schliesslich weitausholende Zukunftsplanungen über die politische Neugestaltung des balkanischen Raumes.

Von vornherein waren damit implizite Konfliktmöglichkeiten mit dem in den gleichen Raum vorstossenden österreichischen Verbündeten gegeben. So war es gewiss kein Zufall, dass in Petersburg gerade der antiösterreichisch eingestellte Münnich zur treibenden Kraft in der russischen Balkanpolitik wurde. Münnich hatte das Oberkommando über die russischen Truppen in Südrussland. Er entwarf einen auf vier Jahre angelegten russischen Kriegsplan und legte ihn der Kaiserin und Biron vor (1736). Er sah eine Eroberung des ganzen Südens, der Krim und Bessarabiens, der Donaufürstentümer und schliesslich Konstantinopels vor. Seine Zukunftsvision gipfelte – mit einer Spitze gegen Österreich versehen – in folgenden Worten: «In der berühmten Sophienkathedrale wird die Zarin als griechische Kaiserin gekrönt und schenkt den Frieden ... Wem? – der ganzen Welt ohne Grenzen, den Völkern ohne Zahl. Welch ein Ruhm! Wer wird dann fragen, wem der kaiserliche Titel gebührt, dem, der in Frankfurt gekrönt und gesalbt ist, oder dem in Istanbul?»

Der bekanntlich nie realisierte, aber immer von Neuem so oder anders aufgegriffene Plan des ausgezeichneten Militärfachmanns und bewährten Ingenieurs, mittelmässigen Strategen und schlechten Politikers Münnich wurde vom schlechten Soldaten, aber ausgezeichneten Politiker Ostermann als unrealistisch abgelehnt und durch bescheidenere, immerhin noch sehr weitgehende, faktisch erst nach einem Jahrhundert und auch dann nur vorübergehend realisierte Ansprüche ersetzt: Erweiterung Russlands bis zum Dnjestr einschliesslich der Krim; russisches Protektorat über die Donaufürstentümer.

Doch damals wurden alle diese Pläne überhaupt nicht akut. Die russischen Truppen errangen trotz grosser organisatorischer Missstände bedeutende Siege (Asow und Otschakow wurden erobert), die Österreicher blieben aber seit dem Tode des Prinzen Eugen



(1736) ohne Erfolg, und im Ergebnis sahen sich die Russen veranlasst, dem für die Türken günstigen Frieden von Belgrad beizutreten (1739), der sie um die Früchte ihrer Siege brachte. Die hochfliegenden Balkanpläne mussten auf eine spätere Zeit vertagt werden. Aber die damit zusammenhängende, künftig so entscheidend werdende, folgenschwere Gegnerschaft zu Österreich war offen zutage getreten. Münnich schäumte vor Wut. Damals schrieb dieser, als Exponent der «Deutscherherrenschaft» in Russland geltende russische Patriot an den österreichischen Fürsten von Lobkowitz: «Russischerseits erobert man Festungen, römischerseits demoliert man und cediert selbige dem Feind. Russischerseits wird der Erbfeind in die Enge getrieben und geschwächt, römischerseits geht man auf alles ein, was seinen Hochmut vermehren kann. Russischerseits kontiniert man den Krieg, römischerseits ist Stillstand und Friede. Wo bleibt, frage ich, das unauflösliche Bündnis?»

Die gleiche Frage stellten sich die an diesem Zerwürfnis höchst interessierten Franzosen. Die diesbezügliche diplomatische Aktivität ihres Gesandten in Petersburg, de la Chétardie, wirkte sich auch unmittelbar auf die inneren Verhältnisse Russlands aus. Chétardie setzte seinen politischen Hebel nicht bei Münnich an, der immerhin Exponent des Regierungskurses war, sondern im Verein mit den Schweden bei der grundsätzlichen Opposition, nämlich bei Elisabeth, die, wie wir sahen, den Thron mit französischer Hilfe erlangte, und von der die Franzosen und Schweden eine aussenpolitische Kursänderung erwarteten. Die Rolle des französischen diplomatischen Vertreters bei diesem Umsturz ist durchaus mit der Rolle seines Kollegen fast zwei Jahrhunderte später bei dem Umsturz im Frühling 1917 vergleichbar, als mit französischer Unterstützung Nikoláj II. abgesetzt wurde, um der Gefahr einer deutsch- und österreichfreundlichen Aussenpolitik zu begegnen.

Mit der Thronbesteigung Elisabeths war das erste Ziel der französischen Diplomatie erreicht: Ostermanns Nachfolger wurde der für französisch orientiert geltende Bestúshew-Rjúmin. In der grossen Politik hatte sich inzwischen der österreichisch-französische Gegensatz zu einer Frontstellung Österreich-England gegen Frankreich-Preussen erweitert. In diese sich während der österreichisch-

preussischen Kriege um Schlesien und des englisch-französischen Seekrieges scharf zuspitzenden Gegensätze wurde Petersburg immer tiefer hineingezogen. Der Aktivität und vor allem dem Geld des englischen Botschafters in Petersburg, Williams, dem Geschick seines Privatsekretärs, des Polen Stanislaus Poniatowski, und der tatkräftigen Mitwirkung der Frau des russischen Thronfolgers, der Grossfürstin Katharina, gelang es, Bestúshew wieder auf die österreichisch-englische Seite zu ziehen. Infolgedessen blieb der Kurs der russischen Aussenpolitik trotz Elisabeths Putsch, mit dem Blick auf den gemeinsamen türkischen Feind und zunächst ohne Blick auf die Zukunft des Balkan, österreichfreundlich. Chétardie wurde abberufen. Gleichzeitig spitzte sich unter Bestúshews Einfluss das Verhältnis zu Schweden so zu, dass es – obgleich die Schweden ein Jahr vorher für Elisabeth zu marschieren bereit gewesen waren – zu einem Kriege kam, der Russland eine kleine Gebietserweiterung in Finnland einbrachte (1743, vgl. Karte S. 383).

Beim grossen *renvercement des alliances* (1756) erwiesen sich plötzlich die österreichisch und die französisch Orientierten auf der gleichen Seite, und Russland schloss jetzt die Offensivalliance mit Österreich und Frankreich gegen Preussen ab. (Februar und Mai 1756.) Das territoriale Ziel der russischen Politik war die Gewinnung Ostpreussens. Aber das englische Geld (für Bestúshew), die englische Diplomatie und die russische Grossfürstin Katharina, die trotz des *renvercement* ihre politischen Beziehungen zu Williams und ihre persönlichen zu Poniatowski aufrecht erhielt, arbeiteten weiter. Es bildete sich in Petersburg um den, Friedrich den Grossen verzückt bewundernden, Thronfolger und seine Frau Katharina eine preussisch bzw. englisch orientierte Partei, der sich auch Bestúshew näherte.

Seit dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges war es nicht mehr ungefährlich, dieser mit dem Feinde sympathisierenden Partei anzugehören. Andererseits waren aber offenbare, wenn auch nicht sicher abzuschätzende persönliche Chancen damit verbunden, da seit 1755 mit dem Tode der stark kränkelnden Kaiserin gerechnet wurde, – «wenn man doch die Güte haben wollte zu sterben», schrieb damals Williams – und da ein Thronwechsel mit

Sicherheit auch einen aussenpolitischen Kurswechsel erwarten liess. Im Zeichen dieser Spekulation stand das Eingreifen Russlands in den Siebenjährigen Krieg und die verspätete und zögernde Kriegführung im Jahre 1757 unter General Apráksin, der mit dem Kreise Katharinas in Verbindung stand.

Aber die Kaiserin Elisabeth starb nicht. Enttäuscht über das Ausbleiben von militärischen Erfolgen und beraten von den, mit Recht misstrauischen, Gesandten Österreichs und Frankreichs – Esterhazy und L'Hôpital –, führte Elisabeth einen Schlag gegen die «preussische Partei». Bestúshew wurde gestürzt, zum Tode verurteilt, begnadigt und verbannt (Februar 1758). Apráksin wurde der Prozess gemacht, den er nicht überlebte, da ein Schlaganfall ihn fortraffte. Katharina, der es gelungen war, kompromittierende Papiere zu verbrennen, wand sich, nach einem Fussfall vor Elisabeth, aus der Affäre heraus. Der Krieg an der Seite Österreichs ging weiter.

Der bekannte Verlauf des Siebenjährigen Krieges interessiert hier nicht. Es genügt daran zu erinnern, dass, infolge der Kriegsbeteiligung der Russen, Friedrich der Grosse wiederholt bis an den Rand der Katastrophe geriet. Vier Jahre lang (1758-1762) hielten die Russen das als Siegespreis begehrte Ostpreussen besetzt. Im Oktober 1760 rückten russische Truppen erstmalig, allerdings nur vorübergehend im Zuge eines Handstreiches, siegreich in Berlin ein.

Zur Beurteilung der damaligen Gesamtlage in Osteuropa ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Russland und Preussen zu der Zeit keine gemeinsame Grenze hatten. Dazwischen lag – wie 1939 – Polen. Eine Kriegshandlung setzte mithin den Durchmarsch durch das am Kriege nicht beteiligte Polen voraus. 1939 war das Durchmarschrecht für russische Truppen durch Polen im Falle eines russisch-deutschen Krieges die entscheidende Frage bei den Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Damals lehnte Polen ein Durchmarschrecht strikt ab in der Überzeugung, dass russische Truppen, wenn sie einmal da sind, nicht mehr hinausgehen würden. Während des Siebenjährigen Krieges wurde Polen überhaupt nicht gefragt. Die Russen marschierten einfach durch und blieben natürlich auch, solange sie

wollten. So sehr war Polen bereits damals zum Objekt der Politik der anderen geworden. Es war das gleichsam die Einleitung zu den späteren Teilungen.

Am Weihnachtstage 1761 starb die Kaiserin Elisabeth schliesslich doch, zweiundfünfzigjährig. Ihr Nachfolger Peter III., durch billige und offenbar unaufrichtige Lobesworte Friedrichs des Grossen endgültig für Preussen gewonnen, vollzog den Kurswechsel, allerdings mit einer von niemandem, auch nicht von Friedrich selbst erwarteten Abruptheit und jedenfalls nicht im Interesse des Reiches, dessen Kaiser er jetzt war. Seine eigene Frau hat von ihm gesagt: «Die Befehle des Preussenkönigs auszuführen –, darin besteht sein Glück.» «In biederer Torheit» (Dehio), gegen alle Spielregeln der grossen Politik und zum Entsetzen der russischen Staatsmänner, schloss er nicht nur Frieden mit Friedrich dem Grossen, sondern ging ein Bündnis mit ihm ein und verzichtete dabei auf alle russischen Eroberungen im Kriege. Das einzige, worauf der russische Kaiser bestand, war eine preussische Unterstützung im Interesse seines Herzogtums Holstein. Auch bei seinem Plan, russische Truppen für Holstein gegen Dänemark einzusetzen, bestätigte Peter III. seine Bereitschaft, das grosse Russische Reich anderen Interessen dienstbar zu machen. Dieses Verhalten, allerdings nicht das allein, hat ihn nur ein halbes Jahr auf dem russischen Thron bleiben lassen.

### 3. KATHARINA II.

#### *Die Kaiserin. Theorie und Praxis*

Katharina II. ist ohne jeden Zweifel eine der wichtigsten Gestalten der neuen russischen Geschichte. Sie hat, wenn man von Peter dem Grossen absieht, länger regiert als alle anderen Herrscher der Petersburger Periode (34 Jahre) und hat ein so hohes Alter erreicht wie kein anderer (67 Jahre). Sie hat der Geschichte Russlands in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Stempel ihrer Persönlichkeit aufgedrückt, und diese Tatsache ist von den Russen selbst, von Zeitgenossen wie Nachfahren, bereitwillig anerkannt worden. Gleichwohl hat sie der Entwicklung Russlands keine neue Wendung gegeben; eine umbildende Wirkung ist von ihr nicht ausgegangen. Peter der Grosse war als Staatsmann eine schöpferische Persönlichkeit; Katharina II. war es nicht. Zu Unrecht wird sie bis auf den heutigen Tag von einigen – unter den Fachhistorikern sind es nicht mehr viele – die Grosse genannt. Sie stand auf den Schultern Peters und fühlte sich als dessen Fortsetzerin. Aber sein Werk hat sie gerade dort fortgesetzt, wo es – wie in der Bauernpolitik – verhängnisvolle Folgen zeigte, und sie hat es – in ihrer Adelspolitik – nicht anders als ihre Vorgängerinnen verdorben.

Ihre Regierungsmassnahmen und deren Folgen sogar auf dem Gebiete der Aussenpolitik stehen in ihrer Bedeutung weit hinter denen Peters des Grossen zurück. Von ihrer Regierungszeit im ganzen wird man das aber nicht sagen können. Deren besondere Bedeutung liegt auf einer anderen Ebene, nämlich auf der psychologischen Wirkung, sowohl auf ihr eigenes Land, wie auf das Ausland. Was wir heute mit wissenschaftlichen Methoden erforscht haben, hat sie instinktiv erfasst, dass nämlich die herrschende und als gültig geltende Meinung von einer Sache im politischen Leben wichtiger sein kann als die Sache selbst und somit ein schwer ins Gewicht fallendes Politikum ist.

Katharina war eine Meisterin der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Selbstreklame im persönlichen, wie auch im staat-

lichen Verstände. In dieser Beziehung war sie wirklich genial. Sie hat durch einen vergoldeten Schein, durch fortgesetzten systematischen Bluff die Welt und weitgehend auch ihre eigenen Untertanen nicht nur getäuscht, sondern sie hat – was viel mehr ist – es auch verstanden, «mit den Mitteln des Scheins wirkliche Erfolge zu erzielen» (Schiemann). Sie hat das Selbstbewusstsein ihrer Untertanen so gehoben und gefestigt, dass Kljutschéwskij gemeint hat, die Russen hätten überhaupt erst dank ihrer sich als Menschen, allerdings auch sehr bald als die ersten Menschen in Europa gefühlt.

Obgleich sie nicht nur gerüchteweise eine geborene Deutsche war, ist sie im Unterschiede zum Russen Peter in Russland nicht als eine Fremde empfunden worden – auch ein Ergebnis ihres psychologischen Geschickes. Wenn die Russen von einer Herrschaft der Deutschen in ihrer Geschichte sprechen, so wird die Herrschaft Katharinas nicht dazugerechnet. Ihr Zeitalter ist von den Russen als das «russischste der russischen Geschichte» bezeichnet worden (Amfitreatow). Es erweckt deshalb falsche Vorstellungen, wenn man sie, wie das oft geschieht, als «deutsche Zarin» bezeichnet. Nach ihren eigenen Worten wollte sie Russin sein. Sie ist es auch gewesen.

Katharina war als Tochter eines kleinen deutschen Fürsten, Christian August von Anhalt-Zerbst, der als General in preussischen Diensten stand, in Stettin geboren worden (1729). Dort wuchs sie mehr als preussische Generalstocher denn als deutsche Prinzessin auf. Wie bei vielen ungewöhnlichen Menschen – auch bei Peter dem Grossen – war der Altersunterschied ihrer Eltern verhältnismässig gross (zweiundzwanzig Jahre). In ihrer Jugend zeichnete sie sich durch nichts besonders aus, es sei denn durch ihre körperliche, nicht aber geistige, Frühreife. Ihre Erzieherin nahm an ihr einen «berechnenden und kalten Verstand» wahr. Unterstützt durch die Vermittlung Friedrichs des Grossen wurde sie mit ihrem für den russischen Thron ausersehenen Vetter zweiten Grades, Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, verlobt. Vierzehnjährig fuhr sie zusammen mit ihrer Mutter nach Petersburg (1743) und hat Russland seitdem nicht mehr verlassen. Ihre intrigante, kritiklose und von politischem Ehrgeiz besessene Mutter, deren Leidenschaft es war, sich mit Aufgaben zu befassen, «die

wirkliche Diplomaten sich schämten zu übernehmen» (Kljutschewskij), musste nach wiederholten Konflikten mit der Kaiserin Elisabeth Russland sehr bald wieder verlassen.

An ihrem Bräutigam und Gatten (seit 1745), dem Thronfolger, den sie weder lieben noch achten konnte, hatte Katharina keinerlei Stütze. So war sie schon sehr früh in fremder Umgebung auf sich selbst gestellt. In dieser Situation hatte sie sich nach ihren eigenen Worten vorgenommen zu gefallen: der Kaiserin zu gefallen, dem russischen Volk zu gefallen und später Europa zu gefallen. Dass sie vorübergehend auch ihrem Bräutigam gefallen wollte, bleibt dabei unerheblich. Die mit der Zeit sich zu massloser Eitelkeit steigende Gefall- und Ruhmsucht ist bis zu ihrem Tode eine der stärksten Triebkräfte ihres Handelns gewesen. Das ist bereits ihren Zeitgenossen aufgefallen. Kaiser Joseph II., um dessen persönliche Zuneigung sie sich sehr bemühte und dessen österreichische Liebenswürdigkeit die zwölf Jahre Ältere als einen Ausdruck der Liebe auslegte, hat über sie gesagt: «Ihre Eitelkeit ist ihr Götze; um Russland kümmert sie sich ebenso wenig wie ich.» Und fast wörtlich ebenso hat um die gleiche Zeit ein englischer Diplomat, Robert Gunning, sich über sie geäußert: «Ruhm zu erwerben, ist für sie viel wichtiger als das Wohlergehen des Landes, das sie regiert.» Nur darin fand der Engländer eine Erklärung für die ungläubliche Art Katharinas, die Staatsgeschäfte zu führen. «Wollte man etwas anderes voraussetzen», – fügte er hinzu – «so müssten wir die Kaiserin der Verrücktheit beschuldigen.»

Ihr Ziel, Beifall zu erhalten, hat sie bei ihren Zeitgenossen und bei der Nachwelt in erstaunlichem Umfang erreicht. Gewiss war dieser Beifall nicht immer echt. Er war z.T. durch sehr reale Gegenleistungen erkaufte und war z.T. – bei unmittelbar von ihr Abhängigen – direkt erzwungen; z.T. war er auch geheuchelt. Aber er war da. Und sie verstand es meisterhaft, politisches Kapital daraus zu schlagen. Viele Menschen haben eine sehr hohe Meinung von ihr gehabt, niemand allerdings eine höhere als sie selbst. So kultivierte sie systematisch und ganz bewusst den falschen Schein. Die berühmten «Potjómkinschen Dörfer», d.h. die falschen Fassaden und gestellten Bilder, die anlässlich ihrer Krimreise den meist ahnungslosen ausländischen Gästen einen nicht

vorhandenen Wohlstand vortäuschen sollten, sind von stärkster Symbolkraft für die ganze Regierung Katharinas II.

Sie hat sich selbst als «aufrichtigen treuen Ritter von viel mehr männlichem als weiblichem Geist» bezeichnet; ohne Zweifel hat sie maskuline Eigenschaften gehabt, und der Fürst von Ligne hat sie in Anspielung darauf «Catherine le Grand» genannt.

Sie war im Unterschied zu ihren Vorgängerinnen eine durchaus politische Natur. Die öffentlichen Angelegenheiten interessierten und beschäftigten sie sehr. Auch in ihrem persönlichen Leben bekundete sie einen sehr realen politischen Sinn, ohne jeden, zumal ohne jeden moralischen, Skrupel. Sie war unerschrocken, energisch, fleissig, leistungsfähig, umsichtig und mit einem sehr guten Gedächtnis begabt. An Geschäftskennntnis mangelte es ihr nicht, auch nicht an hochfliegenden Ideen, wohl aber an Konsequenz. Ihre ganze Regierungstätigkeit ist dadurch gekennzeichnet, dass sie immer wieder etwas Neues begann, in der Regel mit grossem Aufwand und immer mit lauter Reklame, ohne es aber zu Ende zu führen. Das bezog sich sogar auf einzelne Gebäude, die sie anfangen, aber nicht fertig bauen liess. «Commenceuse par profession» hat sie sich selbst genannt. Auch dies steht in innerer Beziehung zu ihrer Stimmungsmache für sich selbst. In der Regel ist die öffentliche Meinung und deren Beifall durch neue Anfänge schneller, jedenfalls leichter, zu gewinnen als durch konsequentes Fortführen und Vollenden. Bei all ihrer geistigen Wendigkeit und Aufgeschlossenheit, ihrer schnellen und leichten Auffassungsgabe, bei aller Vielseitigkeit ihrer Interessen und Betätigungen war sie nicht produktiv, wohl aber publikumswirksam.

Sie hat eine vielfältige literarische Tätigkeit entfaltet; sie verfasste, ausser ihren berühmten «Instruktionen», Dramen und Opern, Kinderbücher und geschichtliche, philosophische und pädagogische Traktate, Märchen, Sinnsprüche und, zum Kummer der Philologen, auch ein vergleichendes Sprachwörterbuch und schliesslich in sieben verschiedenen Fassungen ihre Memoiren. Sie hielt sich für philosophisch veranlagt und hat mit führenden Geistern ihrer Zeit (Voltaire, Grimm, Falconet, Diderot, d'Alembert, auch mit Friedrich dem Grossen) in einem ausgedehnten Briefwechsel gestanden; sie erreichte es, auch auf geistigem Gebiet höher ein-



geschätzt zu werden, als sie es verdiente. Ihr unaufrichtiges, mündliches und schriftliches, Geplapper über Freiheit – «Du bist die Seele aller Dinge!» – über republikanische Gesinnung, Schädlichkeit der Leibeigenschaft, Notwendigkeit eines Friedens usw. war eine «Art politischer Reklame für sich» (Hoetzsch), um durch ein lautes Bekenntnis zu den damals modernen aufklärerischen Ideen die öffentliche Meinung des Westens für sich zu gewinnen. Gleichzeitig tat sie in Russland das Gegenteil von dem, was sie sagte. Die Kunst, philosophische Formeln im Wortlaut nach Bedarf mit grosser Schlagfertigkeit zu zitieren, beherrschte sie vollkommen.

Im Zeichen der Diskrepanz zwischen Wort und Tat, verbunden mit dem Umstand, dass die Menschen mehr dazu neigten, ihren Worten zu glauben, als ihre Taten zu prüfen, hat ihre ganze Regierung gestanden. Die verhängnisreiche und folgenschwere Aufspaltung von Volk und Reich in zwei sich immer mehr auseinanderlebende Teile wurde durch ihre Regierung stark gefördert. Es ist wohl zu verstehen, dass die Sowjethistoriographie (auch nach deren positiven Hinwendungen zur russischen Vergangenheit seit der Mitte der dreissiger Jahre) ihr nicht freundlich gesinnt ist. Die grosse Sowjetenzyklopädie (1952) nennt sie (unter Berufung auf Púschkin) eine «Tartuffe», einen scheinheiligen Schuft mit Rock und mit Krone.

Andererseits ist nicht zu leugnen, dass von Peter dem Grossen über Katharina II. eine kontinuierliche Entwicklung bis zu den Bolschewiken erkennbar ist. Zu dem Bemühen Peters, westliche Einrichtungen und Zustände technokratisch forciert zwangsweise in Russland einzuführen, kam unter Katharina das Bestreben hinzu, dieses Vorhaben mit Hilfe des Rüstzeuges einer damals weitverbreiteten Geisteshaltung – der Aufklärung – theoretisch zu rechtfertigen. Die in Europa aus den dortigen Verhältnissen erwachsene und an sie gebundene Geistesrichtung nahm dabei – wie später unter den Bolschewiken der Marxismus –, von ihrer Basis gelöst, einen dogmatischen und abstrakten Charakter an. Auch hiermit hängt die Diskrepanz zwischen den gleichsam im luftleeren Raum schwebenden Postulaten (republikanische Gesinnung, Freiheit, usw.) und der realen Wirklichkeit zusammen. Mit einem scharfen Wertakzent versehen, hat ein zeitgenössischer anti-

bolschewistischer russischer Historiker (Sementowskij-Kurilo) dazu bemerkt: «Peters und Katharinas Namen werden bei jedem wahrhaft russischen Menschen und im Gedächtnis der Nachwelt nicht minder fluchwürdig fortleben wie der Name ihres geistigen Erben Lenin.» So begegnen sich russische Bolschewiken und Antibolschewiken in der negativen Bewertung Katharinas II.

So bedenklich die negativen Folgen ihrer Innenpolitik, so zweifelhaft die Erfolge ihrer aussenpolitischen Pleonexie auch waren, und so offenbar ihr wirkliche Herrscherqualitäten auch fehlten, so unbestreitbar ist es, dass ihre Regierungszeit in ihrer geschichtlichen Wirkung für Russland auch sehr positive Seiten gehabt hat, zumal auf kulturellem Gebiet. Katharina hat hier weitgehend jene Voraussetzungen geschaffen, die zu dem, bereits unter ihrer Regierung einsetzenden, steilen Kulturaufschwung führten. Wenn von Peter mit Recht gesagt worden ist, er habe für die Qualität der Kulturwerte keinen rechten Sinn gehabt, so gilt das für Katharina gewiss nicht. Sie hat im Gegenteil ein sehr ausgeprägtes Verständnis für die Qualität der Kulturwerte gehabt und hat sehr viel dazu beigetragen, dass dieses Verständnis in der russischen Oberschicht heimisch wurde. Das geschichtliche Phänomen der Entstehung einer in die abendländische integrierten russischen Kultur durch Verschmelzung abendländischer und russischer Elemente, ist in hohem Masse dem Wirken dieser bewusst zur Russin gewordenen, von französischem Geist geprägten, gebürtigen Deutschen zu danken.

Katharina war sehr herrschsüchtig. Sie hat in ihren Memoiren glaubwürdig versichert, dass sie schon als Grossfürstin «in der Tiefe ihrer Seele» sich das Ziel gesetzt hatte, selbtherrschende russische Kaiserin zu werden. Ihre Herrschsucht äusserte sich aber nicht nur im politischen, sondern ebenso im persönlichen Bereich. Sie wollte auch die Menschen ihrer nächsten Umgebung beherrschen. Da ihr aber jene Grösse mangelte, die befähigt, auch über starke Persönlichkeiten ein Übergewicht zu wahren, so hielt sie bezeichnenderweise die wirklich bedeutenden Männer ihrer Zeit, deren Tätigkeit sie sehr zu schätzen wusste und auf deren Mitarbeit sie angewiesen war, aus ihrer unmittelbaren Umgebung fern, wie z.B. Suwórow.

Sie umgab sich mit Menschen, denen sie tatsächlich überlegen war, wenn nicht anders, so zumindest durch ein höheres Lebensalter. Es ist für sie bezeichnend, dass sie nie – auch in jungen Jahren nicht – das Bedürfnis gehabt hat, mit älteren, reifen Menschen in nähere Beziehung zu treten. Man kann geradezu sagen, dass sie zeitlebens eine Vorliebe für das Unreife hatte. Die Galerie ihrer meist recht kümmerlichen Liebhaber ist ein Beispiel dafür. Alle ihre Geliebten sind – auch in der Zeit, da sie selbst noch eine sehr junge Frau war – jünger als sie selbst gewesen. Dabei blieb das Alter dieser Liebhaber, obgleich sie selbst natürlich immer älter wurde, erstaunlich konstant (zwischen dreiundzwanzig und sechsundzwanzig Jahren). Nur Potjómkin bildet bis zu einem gewissen Grade eine Ausnahme. Von ihren Liebhabern war Poniatowski zwei Jahre jünger als sie, Orlów sieben Jahre, Potjómkin zehn Jahre, Lanskoj fünfundzwanzig Jahre, Mamonow zweiunddreissig Jahre und Súbow achtunddreissig Jahre – willig beifallspendende Objekte der persönlichen Herrschsucht Katharinas. Potjómkin, der sich jahrelang von ihr beherrschen liess – der Fürst von Ligne bemerkte zum Verhältnis dieses bullenhaften Mannes zu Katharina: «la plus femme des deux c'est bien lui» –, war übrigens der einzige, der die Fesseln dieses Zustandes schliesslich doch sprengte und es wagte, offen zu zeigen, dass er an den jungen und schönen Frauen seines eigenen Harems mehr Geschmack fand als an der alternden Kaiserin.

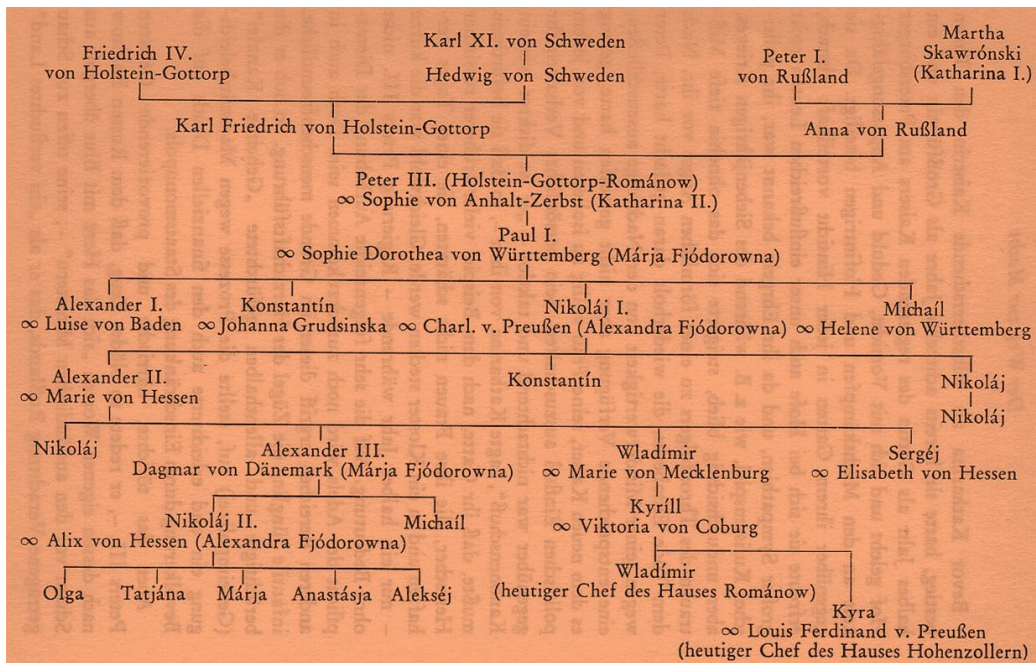
Ihre Herrschsucht äusserte sich auch darin, dass sie an ihrem Hofe systematisch Frauen den Vorzug vor Männern gab. Das Frauenregiment unter Katharina beschränkte sich nicht darauf, dass eine Frau auf dem Thron sass und als Selbstherrscherin regierte; es wurde zum Grundsatz erhoben. Auch das Präsidium der Petersburger Akademie der Wissenschaften lag in den Händen einer Frau, der Fürstin Dáschkowa. Die Frauen waren in der Umgebung Katharinas tonangebend, und es war damals Mode geworden, die Männer öffentlich – in Satiren und Schaustücken – zu verhöhnen und lächerlich zu machen.

## *Der Weg zur Macht*

Bevor Katharina als selbstherrschende Kaiserin den Thron bestieg, hatte sie bereits achtzehn Jahre als Grossfürstin und ein halbes Jahr als Gattin des regierenden Kaisers am Petersburger Hof gelebt und sich mit Vorsicht, Geduld und Anpassungsfähigkeit an den Machtkämpfen und Hofintrigen beteiligt. Da sie gegenüber ihrem Gatten in jeder Hinsicht vorteilhaft abstach, erfreute sie sich bei Hofe auch unter einflussreichen Leuten recht grosser Sympathien, und da ihr Ehrgeiz bekannt war, ihr politisches Kulissenspiel, wie z.B. während des Siebenjährigen Krieges, aber undurchsichtig blieb, steigerte sich das ohnehin tiefe Misstrauen des Thronfolgers zu einer förmlichen Angst vor ihr. Nach dem Tode Elisabeths, die wiederholt daran gedacht hatte, Peter wegen seiner Minderwertigkeit von der Nachfolge auszuschliessen, eine entsprechende Verfügung aber nicht getroffen hatte, gelang es dem neuen Kaiser, seine Frau völlig zu isolieren und von jedem politischen Einfluss auszuschalten. Sein persönliches Verhalten ihr gegenüber war nichtachtend und taktlos – «er ist diskret wie ein Kanonenschuss», sagte Katharina von ihm –, so dass sie befürchten musste, dass ihr Gatte, nach dem Beispiel vieler früherer russischer Herrscher, die ihre Frauen nicht schätzten, sie eines Tages verhaften und in ein Kloster stechen werde. Gleichwohl war die kurze – nur ein halbes Jahr währende – Regierung Peters III. nicht ohne Bedeutung. Auf die sehr folgenreiche Aufhebung der Dienstpflicht des Adels wird noch zurückzukommen sein. Doch auch in anderen Bereichen ergriff dieser im Grunde menschenfreundliche, infantile Jüngling die Zügel der Herrschaftsführung. So hob er die berüchtigte und allenthalben gefürchtete «Geheime Kanzlei» (Geheimpolizei) auf, stellte die Prozesse wegen Majestätsbeleidigung ein und erleichterte auch den finanziellen Druck auf die Bevölkerung durch Einschränkung des Staatsmonopols.

Aber das törichte, närrische und provozierende Gebaren Peters III. –, er redete so blödes Zeug, dass dem Russen Bolótow nach dessen eigenen Worten «sich das Herz mit Blut übergoss aus Scham vor den ausländischen Ministern» –; seine offen zur Schau getragene Verachtung Russlands, das er als «ein verfluchtes Land»

## Stammtafel der Dynastie Holstein-Gottorp-Románow



bezeichnete; die Bevorzugung seiner holsteinischen, z.T. unfähigen Verwandten; die Einführung preussischen Drills und preussischer Uniformen, bei gleichzeitiger unwürdiger Vergötzung Friedrichs des Grossen, dessen Willen der Kaiser von Russland «gleich dem Willen Gottes» achtete und dessen Büste er öffentlich küsste; seine Absicht, die Gardes, denen er – mit Recht – misstraute, abzuschaffen und besonders sein Eingriff in die religiöse Sphäre; des russischen Kaisers Pläne, die Ikonen aus den Kirchen zu entfernen und die zahlreichen Privatkapellen zu verbieten und schliesslich der mit «seinem bisschen Hirn» (Poniatowski) gemachte Versuch, das Russische Reich Holsteins wegen in einen Krieg mit Dänemark zu verstricken, – alles das nährt unter der Anhängerschaft Katharinas, zumal unter den jungen Gardeoffizieren mit den fünf Brüdern Orlów an der Spitze, deren einer Katharinas Liebhaber war, aber auch unter alten, seriösen Politikern die Absicht, auf dem Wege einer erneuten Palastrevolution den untauglichen Kaiser zu entmachten.

Da Peter III. einen ehelichen Sohn hatte, den damals achtjährigen Paul, lag es nahe, obgleich eine Thronfolgeordnung nicht bestand, im Falle einer Absetzung Peters den Knaben auf den Thron zu erheben und, wie seinerzeit während der Minderjährigkeit Swjatosláv, Grosnyjs, Peters des Grossen und Iwáns VI., seine Mutter als Regentin einzusetzen. Der prominenteste Befürworter dieses Planes war Graf Nikíta Iwánowitsch Pánin, ein bewährter Diplomat unter Elisabeth und zurzeit Erzieher des jungen Grossfürsten Paul. Aber dieses wollte Katharina nicht. Sie wünschte Selbstherrscherin zu werden. Dadurch entstand eine Rivalität zwischen ihr und dem Thronfolger. Das hat das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn bis zum Tode Katharinas schwer belastet und vergiftet.

Die in ungezählten Darstellungen, u.a. von Katharina selbst in ihren Memoiren bis in alle Einzelheiten hinein geschilderte Palastrevolution fand in einer Sommernacht vom 27. zum 28. Juni 1762 statt. Die maskulinen Eigenschaften Katharinas wurden dabei deutlich. Mutig, kaltblütig, zielsicher und energisch zeigte sie sich der Situation vollauf gewachsen. Sie triumphierte dabei nicht allein über ihren, sofort vor ihr kapitulierenden, Gatten, sondern gleichzeitig über jene ihrer Anhänger, die Paul auf den Thron

erheben wollten. Mit ihrer «Machtergreifung», d.h. mit der sofortigen Vereidigung der Garden, der hohen Offiziere und hohen Beamten des Senats und Synods auf ihre Person stellte sie die Befürworter einer Inthronisierung Pauls vor vollendete Tatsachen. Noch am Morgen des Umsturztes wurde Katharina in der Kasan-Kathedrale zur Kaiserin und ihr Sohn zum Thronfolger proklamiert.

Kljutschéwskij hat diesen Putsch eine echte Damenrevolution genannt. Aber seinen weiblichen Charme erhielt er weniger durch Katharina als durch deren Freundin, die die Kaiserin an weiblichen Reizen weit übertreffende, an geistigen Qualitäten ihr zumindest ebenbürtige, aber an Jahren viel jüngere Fürstin Daschkowa, die spätere Präsidentin der «Akademie der Wissenschaften», eine der anziehendsten Frauengestalten der russischen Geschichte. Während der Palastrevolution war sie ständig an der Seite Katharinas; sie war damals erst neunzehn Jahre alt, während Katharina in ihrem fünfunddreissigsten Lebensjahr stand. Diese Damenrevolution, bei der faktisch wiederum die Garden den Ausschlag gegeben hatten, rollte wie ein gut einstudiertes Theaterstück ohne jeden ernsten Widerstand ab. Sie hat keinen Tropfen Blutes gekostet, aber sehr viel Schnaps, den Katharina anschliessend an die Garden verteilen liess und den sich die Soldaten, durch das freudige Ereignis ermutigt, zusätzlich auf dem Wege von Plünderungen der Weinhandlungen in solchen Mengen beschafften, dass die Kaiserin zwei Jahre später den so Geschädigten eine Abfindung in Höhe von 24'300 Rubeln – damals eine ungeheure Summe – zusprechen musste. Nach Beendigung der eigentlichen Aktion floss aber doch noch Blut.

Peter III. hatte zunächst (am 29. Juni) eine ihm vorgelegte Abdankungsurkunde unterzeichnet, in der er erklärte, «weder als Selbstherrscher noch in irgendeiner anderen Form das russische Reich regieren» zu können, und dass er deshalb «ohne Hass und ohne Zwang» für sein ganzes Leben der Regierung entsage. Anschliessend hat er gebeten, ihm seinen Mops, seine Geige und seine Geliebte zu belassen und ins Ausland ausreisen zu dürfen. Mops und Geige gestand Katharina ihm zu. Ins Ausland entliess sie ihn nicht, sondern internierte ihn auf dem kaiserlichen Landgut Rop-

scha. Seine Bewachung übertrug sie dem damals fünfundzwanzig-jährigen Aleksėj Orlów.

Das Ergebnis dieser Freiheitsberaubung fand in den berühmt gewordenen Berichten Orlóws an Katharina seinen Niederschlag. Am 2. Juli: «Das Scheusal ist krank geworden. Ich fürchte, er könnte sterben, aber ich fürchte noch mehr, er könnte wieder aufleben.» Am 6. Juli: «Matuschka, barmherzige Kaiserin! Wie soll ich erklären, beschreiben, was geschehen ist. Nicht wirst Du Deinem treuen Knecht glauben, aber vor Gott werde ich die Wahrheit sagen. Matuschka! Ich bin bereit zum Tode, aber ich weiss selbst nicht, wie das Unheil geschehen ist. Wir sind verloren, wenn Du nicht Gnade für uns hast. Matuschka! Er weilt nicht mehr auf der Welt!... Er kam bei Tisch mit Fürst Barjatinskij in Streit; wir konnten sie nicht mehr auseinanderbringen und schon war er nicht mehr! (jewo ushé ne stalo).»

Es ist unwahrscheinlich, dass Katharina die Ermordung ihres Gatten angeordnet hat. Dass sie ihr sehr gelegen kam, ist ausser Zweifel. Jedenfalls ist Peter III. vergiftet worden. Aleksėj Orlów wurde zum Major befördert und bekam 800 Seelen geschenkt.

So sehr der Putsch Katharinas den früheren Palastrevolutionen ähnelte, so verschieden war er seinem Wesen nach, besonders im Vergleich mit dem Putsch Elisabeths. Die Tochter Peters des Grossen wollte als legitime Nachfolgerin einen rechtmässigen Zustand herstellen. Durch Katharinas Putsch wurde der rechtmässige Nachfolger – Paul – übergangen und eine Frau von den Soldaten auf den Schild gehoben, die noch weniger Rechtsansprüche auf den Thron hatte als Katharina I. (diese war, wie erinnerlich, von ihrem Mann kurz vor dessen Tode zur Kaiserin gekrönt worden). Die «Machtergreifung» Katharinas war eine echte Revolution. Natürlich war die Kaiserin infolgedessen von vornherein sehr gefährdet. Sie war sich dessen bewusst und hat mit Zielsicherheit und psychologischem Geschick danach gehandelt.

Die illegal zur Herrschaft gelangte Revolutionärin, der dazu noch das Odium des Gattenmordes anhaftete, hat sich von vornherein mit betontem Nachdruck für Legalität, Rechtlichkeit und Gesetzlichkeit im staatlichen Leben eingesetzt, «um in allem gute Ordnung zu halten». Zumal der Rettung «unserer orthodoxen



Religion... des von altersher in Russland herrschenden echten Glaubens», wie sie gleich in ihrem ersten Manifest (28. Juni 1762) noch vor dem Tode Peters III. versicherte, nahm sie sich an. In diesem ersten Manifest bemühte sie sich auch – eine häufige Erscheinung bei Usurpatoren! – als Retter des Vaterlandes aus einer akuten «grossen Gefahr» zu erscheinen, als Verteidigerin der «Staatsehre Russlands, die schon wirklich unter die Füsse getreten», wobei sie Friedrich den Grossen (in dessen Sinne sie während des Krieges in Russland gewirkt hatte) nunmehr als «den ärgsten Feind Russlands» bezeichnete. Von Anfang an hat sie sich bestrebt gezeigt, auf die nationale Empfindlichkeit der Russen weitgehend Rücksicht zu nehmen, hat immer, nicht nur im religiös-kirchlichen Bereich, das Russische betont und ausdrücklich Russen gegenüber Ausländern bevorzugt. Abgesehen von der damals bereits weit zurückliegenden Liebschaft mit dem Polen Poniatowski sind auch alle ihre Liebhaber Russen gewesen.

Mit grosser Arbeitsfreudigkeit und Geschäftstüchtigkeit machte sie sich sofort nach ihrem Regierungsantritt daran, sich genauen Einblick in die Regierungsgeschäfte, zumal in die innere Verwaltung zu verschaffen und ihre Sachkenntnis durch eigenen Augenschein auf ausgedehnten Reisen durch ihr Reich – nach Moskau, Kasan, Jaroslawl, Kostroma, später die Ostseeprovinzen – zu vertiefen. Dergleichen war seit Peter dem Grossen nicht mehr geschehen. Allerdings wusste sie das immer mit einer geschickten Werbung um Popularität zu verbinden. Sich dessen sehr bewusst, wem sie tatsächlich den Thron zu verdanken hatte, schrieb sie nach dem Putsch an Poniatowski: «Der jüngste Soldat der Garde sagt sich doch, wenn er mich sieht: sie ist ein Werk meiner Hände.» Aber eine Soldatenkaiserin wollte sie nicht bleiben, sondern von einer viel breiteren Schicht, dem gesamten Adel, getragen werden. Das hat sie erreicht. Am Anfang ihrer Regierung war es gelegentlich zu offenem Widerstand gekommen, in Moskau wurde eine Verschwörung aufgedeckt; sie hat darauf erstaunlich milde reagiert, immer mit dem Ziel, die Menschen zu gewinnen. Gegen sie gerichtete Demonstrationen wurden von ihrer Propaganda in «Exzesse der Liebe für sie» umfrisiert. Ohne Zweifel hat sie es verstanden, die Russen «zu nehmen».

Katharina II. fühlte sich als Vertreterin des aufgeklärten Absolutismus in Russland. Der Absolutismus war dabei die Praxis, die Aufklärung die Theorie. Sie nahm die unter ihren unfähigen Vorgängerinnen dem Träger der Krone weitgehend entglittene selbstherrschende Gewalt wieder fest in ihre Hände. Die unter Elisabeth angewachsene Macht der Senatoren wurde durch die Aufteilung des Senats in sechs, auf bestimmte Arbeitsgebiete festgelegte Departements erheblich eingeschränkt (1763). Die Lokalverwaltung wurde durch eine starke Vermehrung der Gouvernements (von acht auf fünfzig) neu geordnet, verwaltungstechnisch verbessert und die Gouverneure unmittelbar der Kaiserin (und dem Senat) unterstellt (1764). Aber der gleichzeitig damit gemachte Versuch, nach dem Beispiel der unter deutscher Selbstverwaltung stehenden Ostseeprovinzen in einer sich durch zwanzig Jahre hinziehenden Reform, unter massgeblicher Beteiligung des Livländers Graf Sievers, den Gouvernements jedenfalls in gewissem Umfang eine adlige Selbstverwaltung zu gewähren, scheiterte praktisch. Das lag nicht nur daran, dass in den russischen Gouvernements die geschichtlichen Voraussetzungen dazu fehlten, sondern auch daran, dass die Selbstherrschaft Katharinas dem wesensmässig entgegensand. So war auch das typische Ergebnis, dass die amtlich als Selbstverwaltung bezeichnete Neuordnung faktisch zu einem verstärkten Ausdruck der Selbstherrschaft wurde.

Wichtiger als die Reform der Verwaltungstechnik war der mit grossem Schwung vollzogene Anlauf der Kaiserin zu einer umfassenden Rechtsreform durch Schaffung eines neuen Gesetzbuches. Das Uloshénije von 1649 (vgl. S. 242 f.) war längst veraltet, aber die wiederholten Bemühungen um seine Ersetzung durch ein neues Gesetzbuch waren immer wieder gescheitert. Nun (1766) beschloss Katharina, immer mit einem Blick auf die Wirkung nach aussen, das «Volk» zur Ausarbeitung eines Gesetzbuches heranzuziehen. Sie liess dazu gewählte Vertreter des Adels (161), der Städte und Geistlichkeit (208), auch der freien Bauern (79) und der Kosaken (54) – Leibeigene waren nicht vertreten – und schliesslich der sogenannten Fremdstämmigen (34) zu einer riesigen Kommission unter Hinzuziehung von ernannten Regierungsvertretern (28) zusammentreten, um dieses Gesetzbuch zu schaffen. Die Sitzungen

der Grossen Kommission fanden in der berühmten Granowitaja Paläta im Moskauer Kreml (seit dem Sommer 1767) statt.

Vorher hatte die Kaiserin – und damit erhöhte sich die Wirkung der ganzen Aktion nach aussen erheblich – in zweijähriger Arbeit eine «Instruktion», den sogenannten Nakás, niedergeschrieben, die der Kommission als Richtlinie dienen, nach den bitteren Worten ihres Sohnes aber «den Ausländern Sand in die Augen streuen» sollte. Diese «Instruktion» bestand aus fleissigen Exzerpten der Werke Montesquieus, Pufendorfs, Grotius', Beccarias und anderer westlicher Autoren, ohne durch eigene Gedanken ergänzt zu sein, und atmete den Geist reiner Aufklärungsphilosophie in z.T. so radikalen Formulierungen, dass dieses kaiserliche Werk im Königreich Frankreich verboten wurde. Die hier vorgetragenen, freiheitstrunkenen, antimonarchisch-republikanischen, volks- und bauernfreundlichen Ideen – einige Deputierte der Grossen Kommission sollen in Tränen ausgebrochen sein, als der Nakás verlesen wurde – standen in so offenbarem Gegensatz sowohl zu den in Russland gegebenen Realitäten wie auch zu der unverändert weiter geübten Regierungspraxis, dass sie von vornherein ohne konkrete Bedeutung bleiben mussten. Von der Wirklichkeit losgelöst, wurden sie zu reinen Abstraktionen, zu Dogmen, die zwar als Axiome vertreten wurden, an deren Durchführung aber nicht zu denken war. Es ist sehr bezeichnend für Katharina, dass sie diese Instruktionen gleich für das Ausland lateinisch, französisch und deutsch drucken liess, zu Hause aber ausdrücklich verbot, dass «subalterne Beamte und sonstige Personen» davon Kenntnis bekämen.

Im Ausland hat diese Schrift ihre beabsichtigte Wirkung auch nicht verfehlt. Die russische Kaiserin kam bei den französischen Schriftstellern in Mode, man begann sie zu lobpreisen, und sie selbst fühlte sich nach dem Zeugnis eines englischen Diplomaten «über den Rest der Menschheit erhaben». Ein anderer Engländer glaubte in völliger Verkennung der Wirklichkeit, in der «Grossen Kommission» das «unerhörte Beispiel einer freiwilligen Übertragung der Herrschaft durch einen absoluten Fürsten an das Volk» zu sehen. Er täuschte sich nicht weniger als jene, die 200 Jahre später im Verhalten Lenins und Stalins ein unerhörtes Beispiel der

freiwilligen Übertragung der Diktatur eines Parteiführers an das Proletariat zu erkennen meinten.

Bei jenen Gliedern der Grossen Kommission, die es mit ihrer Aufgabe – der Schaffung eines Gesetzbuches – ernst nahmen, stiess der Nakás sehr bald auf heftigen Widerspruch; Pánin meinte dazu: «Ce sont des axiomes à renverser des murailles.» Aber da die Kaiserin keineswegs Mauern einzureissen gedachte, jedenfalls nicht in der Praxis, so liess sie auch stillschweigend zu, dass ihre Instruktion um mehr als die Hälfte zusammengestrichen wurde, und dass gerade jenes daraus verschwand, was ihr im Westen so viel Beifall eingebracht hatte.

Gelegentlich ist auch noch neuerdings die Ansicht geäussert worden, Katharina habe sich – zum mindesten in der ersten Periode ihrer Regierung – «konsequent an liberale Prinzipien gehalten» (Leontowitsch). Diese Ansicht lässt sich auf Grund neuer Forschungen (Sache) nicht halten. Ihr Liberalismus war Bluff. Auch in der ersten Periode hat Katharinas autokratische Regierungspraxis in krassem Gegensatz zu ihren liberalen Deklamationen gestanden. In ihrem Nakás hat sie, wie sie selbst gestand, «Montesquieu ausgeplündert», ohne ihn zu nennen. Nicht abgeschrieben, aber entsprechend berücksichtigt hat sie die für einen Herrscher über Russland natürlich sehr nachdenkliche Bemerkung Montesquiues, dass «grosse Reiche eine despotische Autorität erfordern, deren rasche Entschlüsse die weiten Entfernungen auszugleichen haben». In derselben Zeit, als sie «das Volk zur gesetzgebenden Tätigkeit heranzog», hat Katharina vom Senat verlangt, ihre Ukase ohne Beratung durchzuführen, und während sie theoretisch sich über die Notwendigkeit der Aufhebung der Leibeigenschaft ausliess, verschenkte sie auch in dieser ersten Periode ihrer Regierung Tausende von Bauern an ihre Günstlinge als Leibeigene und verschlimmerte dadurch deren soziale Lage.

Die Grosse Kommission war durch ihre Zusammensetzung und Grösse für die ihr zuge dachte Aufgabe natürlich vollständig ungeeignet. Sie blieb einer der vielen Anfänge der commenceuse. Nachdem die Kommission in Moskau mehrere hundert Sitzungen abgehalten hatte, wurde sie (1767) nach Petersburg verlegt,

später infolge des Türkenkrieges vertagt, um nie mehr wieder zusammenzutreten und allmählich in Vergessenheit zu geraten.

Gleichwohl hat diese Arbeit auch ein positives Ergebnis gehabt. Es wurden nämlich der Kommission von ihren gewählten Gliedern ausführliche Lageberichte über die Zustände in ihren Heimatprovinzen eingereicht und konkrete Wünsche dazu geäußert. Diese Informationen liefen in so grosser Zahl ein, dass sie nicht einmal alle verlesen werden konnten. Aber die Kaiserin hat aus diesen Berichten eine recht genaue Kenntnis über die Zustände in ihrem Reich gewonnen. Der späteren Forschung haben sie als wichtige Quelle gedient.

### *Seelenbesitzer und Seelen. Pugatschów*

Für die innere Entwicklung Russlands am folgenreichsten war Katharinas Adels- und Bauernpolitik. Erst unter ihrer Regierung nahm sowohl das rechtliche wie vor allem das faktische Verhältnis zwischen den privilegierten, vom Dienst befreiten, adligen Seelenbesitzern und den zur Dienstpflicht gezwungenen, rechtlosen und der Willkür ihrer Herren preisgegebenen Leibeigenen seine krassesten Formen an. Katharina hat «die moralische Einheit des Volkes zerstört» (Schtscherbatow) und damit ihren Nachfahren eine grosse Last hinterlassen, an der die soziale, politische und auch in hohem Grade die geistige Entwicklung Russlands bis weit über die Bauernbefreiung in der Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus und bis in die Revolution im 20. Jahrhundert hinein schwer getragen hat.

Wir haben gesehen, dass der Adel in Russland sich unter anderen geschichtlichen Voraussetzungen entwickelte als im Abendlande, dass er weder objektiv durch korporative Gemeinschaften noch subjektiv durch das Streben nach einer ständisch-autonomen Existenz gegenüber der Krone ausgezeichnet war und, seit der Zerschlagung der alten Bojarenaristokratie, in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Herrscher geraten war, das im Dienst für ihn seinen Ausdruck fand. Peter dem Grossen hatte es an der Dienstleistung des Adels gelegen, Katharina lag es an seinem Beifall. Sie hat ihn zu gewinnen verstanden.

Peter III. hatte den Eckstein der Adelsreform seines grossen Ahnen herausgebrochen und sie damit ihrer sittlichen Rechtfertigung entkleidet, indem er die Dienstpflicht des Adels aufhob (vgl. S. 338). Es ist neuerdings die Ansicht geäussert worden, dass diesem folgenreichen Gesetz im Gegenteil ein sittlicher Gedanke zugrunde gelegen habe, nämlich die Absicht, «die Zwangseinrichtung zur Gewissenseinrichtung zu erheben» (Fleischhacker). Auch wenn die gute Absicht vorgelegen haben sollte, so bleibt gleichwohl die Tatsache bestehen, dass diese Absicht unter den in Russland gegebenen Voraussetzungen nicht realisierbar war und dass das vom Adel als ein «Passepartout des Nichtstuns» aufgefasste und begrüsstete Gesetz eine geradezu vernichtende Wirkung gehabt hat. Katharina hatte in offenbar richtiger Erkenntnis der Dinge das Dienstbefreiungsgesetz ihres verhassten Gatten scharf kritisiert. Nach ihrem Regierungsantritt hat sie es aber nicht wieder aufgehoben, sondern, um ihrer eigenen Popularität beim Adel willen, noch erweitert und damit die verhängnisvolle Weiterentwicklung gefördert.

Im krassen Gegensatz zu ihren tönenden Worten hat Katharina auch nichts getan, um die Lage der Bauern zu erleichtern und sehr viel dazu beigetragen – nach Möglichkeit von der Aussenwelt unbemerkt –, sie zu erschweren. Sie hat das dem Adel unter Elisabeth gewährte Recht, Leibeigene zur Ansiedlung nach Sibirien zu verschicken, zum Recht auf Verschickung zu Zwangsarbeit erweitert (1765). Beschwerden, auch an die Kaiserin persönlich gerichtete Klagen, wurden von ihr verboten – alles in ihrer sog. liberalen Periode. «Wenn jemand unerlaubterweise Klagen gegen die Gutsbesitzer Ihrer Majestät in die eigenen Hände zu geben sich erdreistet, so wird der Kläger mit der Peitsche bestraft und verschickt werden" (Senatsukas 1767); sie hat den Verkauf von Bauern ohne Land und getrennt von Familienangehörigen und deren Verpfändung an Banken gestattet und hat praktisch auch Versteigerungen von Leibeigenen geduldet. Im Ergebnis durfte der Seelenbesitzer mit seinem Leibeigenen alles machen, was er wollte, nur nicht ihn töten – was übrigens praktisch oft genug vorkam und nur selten bestraft wurde. Katharina hat durch massenweise Bauernschenkungen, als Entgelt für Verdienste um ihre Person und um den Staat, freie Bauern oder Kron-

bauern bzw. in Staatsbesitz überführte Klosterbauern zu leib-eigenen Seelen von Gutsbesitzern gemacht; im Ganzen hat sie 400'000 Seelen, das sind rund eine Million Menschen, verschenkt. (Nur die männlichen Bauern galten als Seelen.)

Die Umwandlung des Gutsbesitzers in einen Seelenbesitzer war kein rechtlicher, sondern ein faktischer und psychologischer Vorgang. Unter der Regierung Katharinas II. fand er seine Vollendung. Den gesetzlichen Niederschlag fand Katharinas Adelspolitik in ihrem «Gnadenbrief für den Adel» (1785) (shalowanaja gramota), der die Privilegien der herrschenden Schicht garantierte.

Demnach war der Adlige frei vom Dienst (auch vom Militärdienst) und frei von allen Steuern; er durfte nur von seinen Standesgenossen gerichtet werden; sein Landbesitz und seine Seelen (Bauern) waren sein erbliches Eigentum; er durfte auch Handel treiben und Industriebetriebe begründen. Zu den Privilegien gehörte auch das Verbot, die Edelleute einer (unter Elisabeth noch oft auch an adligen Frauen vollzogenen) Körperstrafe zu unterziehen. In den Gouvernements wurden Adelsverbände gebildet und die einzelnen Geschlechter im jeweiligen Gouvernement registriert (Gouvernementsadel). Dass die Ansätze zu einer adligen Selbstverwaltung in der Provinz scheiterten, wurde bereits erwähnt.

Die Rangtabelle blieb bestehen, ebenso das Recht, durch Rang Adel zu erwerben. Natürlich lag darin auch nach der Beseitigung des Dienstzwanges ein starker Anreiz zum Dienen. Gleichzeitig trat aber jetzt zu der, wiederholt hervorgehobenen, Kluft zwischen der privilegierten, mit dem Seelen- und Landbesitzmonopol ausgestatteten, weitgehend europäisierten adligen Oberschicht und der Masse des bäuerlichen Volkes eine weitere nicht minder folgenschwere Spaltung ein. Gemeint ist damit die, für die gesamte weitere Entwicklung bis zur Revolution äusserst wichtige, Spaltung zwischen dem dienenden und praktisch herrschenden Hof- und Beamtenadel – den sog. Sphären – auf der einen Seite und dem nichtdienenden, aber wohl seelenbesitzenden, später gutherrlichen, Landadel – der sog. Gesellschaft (obschtschétwennostj) – auf der anderen Seite. Während der dienende Adel sich im Staatsapparat zusehends bürokratisierte und als eigentlicher

Staatsträger auch politisierte, wurde der nichtdienende Landadel in wachsender Masse zum Träger der sich verschärfenden Opposition gegen die herrschende Schicht, gegen das Regierungssystem und schliesslich gegen den Staat selbst. Es wird darüber noch viel zu sagen sein.

Dieser Adel war – aktiv und passiv – der eigentliche Träger des kulturellen Europäisierungsprozesses, aber er wurde von diesem Prozess durchaus nicht gleichmässig erfasst. Während in den Hauptstädten, zumal in Petersburg, die meisten Aristokraten einen Vergleich mit ihren abendländischen Standesgenossen in Bezug auf ihr Kulturniveau bereits damals nicht zu scheuen brauchten, drang die Europäisierung in der Provinz z.T. nur sehr langsam vor. Dort lebte der Adel vielfach auf einer sehr primitiven Stufe. Im Gouvernement Orenburg waren 60% der Adligen Analphabeten, im Gouvernement Archangelsk 28% und sogar im Gouvernement Moskau noch 18%. Im 19. Jahrhundert hat Sergéj Aksákow in seiner berühmten «Familienchronik» von seinem Grossvater Stepan zu Katharinas Zeiten berichtet, dass er «wie alle damaligen Provinzedelleute überhaupt keine Bildung besass», barfuss hinter dem Pfluge ging, aber – als Rjúrikide! – ungeheuer adelsstolz war. Diese primitiven Landedelleute besaßen selbstverständlich auch ihre «Seelen» und hatten die gleiche Gewalt über sie wie die hochkultivierten, unvorstellbar reichen, grossen Herren in Petersburg und Moskau.

Die Lage der Leibeigenen war nicht nur infolge ihrer Rechtlosigkeit und ihrer Abhängigkeit von der Willkür ihrer Herren so schwer. Während die Herren der Dienstpflicht enthoben waren, hatten die Leibeigenen eine doppelte Dienstpflicht zu leisten: dem Staat mussten sie Steuern zahlen und ihrem Herrn entweder den Obrök (Naturalabgaben) oder die Bárschtschina (Frondienste) leisten. Ausserdem waren sie zu persönlichen Diensten verpflichtet. Sie konnten jederzeit nach Ermessen der Herren ihrem bäuerlichen Beruf entzogen und dem in der Regel sehr zahlreichen persönlichen Dienstpersonal zugeteilt werden. Normalerweise hatte ein gut-situierter Adliger hundert bis hundertfünfzig «Hofleute»; grössere Familien bis zu achthundert. Selbstverständlich gehörten Handwerker aller Art, bei den grossen Herren auch Ärzte, Apotheker,



Musiker, Schauspieler, Architekten, Astronomen, aber auch Kerzenanzünder, Dochtschneider usw. mit dazu.

Es waren echte Sklavenverhältnisse. Und wie in jeder auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft war die Behandlung des Einzelnen sehr unterschiedlich. Das Schlimmste waren neben häufigen sexuellen Ausschreitungen die grausamen, oft mit schweren Misshandlungen verbundenen Strafen, die dann gerne religiös verbrämt wurden. «Das geschieht alles zu ihrem Heil, gleichwie Gott uns zu unserem Besten züchtigt», schrieb Andréj Bolótow (1738-1833) in seinen aufschlussreichen Memoiren. In jener Zeit war es nichts besonderes, wenn durch Zeitungsinserate «ein Barbier mit vier Bettstellen» oder «ein Bankettischchen und zwei gelernte Mädchen» zum Kauf angeboten wurden.

Eine Politik, die solche Zustände zur Folge hatte, stiess natürlich auch auf Widerstand. Er kam zuerst von geistlicher Seite. Auch in der Kirchenpolitik hat Katharina gemeint, das Werk Peters des Grossen fortzuführen, aber auch hierin hat sie es wahrscheinlich nicht richtig verstanden. Ob Peter eine Entwicklung der russischen Kirche zur Staatskirche gewollt hat, ist umstritten. Katharina hat diese Entwicklung vollzogen und die, praktisch vom – weltlichen – Oberprokureur regierte, Kirche völlig dem Staat unterworfen. Der von Peter «geradezu mit religiösem Enthusiasmus» angewendete Begriff des Allgemeinwohls (vgl. S. 273) ist bei ihr, die in viel stärkerem Masse ein Kind der Aufklärung war, einer bewusst diesseitigen Staatsräson gewichen. (Onasch.)

Bereits im zweiten Jahr ihrer Regierung hatte Katharina, um ihre fortgesetzte Finanznot zu mildern, den Kirchen- und Klosterbesitz säkularisiert, der weltlichen Verwaltung unterstellt und zur Steuerzahlung herangezogen. Sie tat das, obgleich sie zwei Jahre vorher die gleiche Massnahme ihres Gatten für frevelhaft erklärt und nach ihrem Putsch wieder aufgehoben hatte. Damals liess sie sich als «Befreierin der Kirche von Not und Unterdrückung» feiern. Als sie jetzt die ehemals verurteilten Massnahmen erneuerte, wurde sie von den im Zuge der Entwicklung verbeamteten Geistlichen ihrerseits als «frevelhaft» und «des Kirchenfluches würdig» bezeichnet. An die Spitze der geistlichen Opposition stellte sich der Erzbischof von Rostow, Arsénij Mazejéwitsch, ein Ukrainer, der

sich in mutigen und äusserst scharfen, an den Heiligen Synod gerichteten Denkschriften nicht scheute, die Kaiserin mit Julian dem Abtrünnigen zu vergleichen und daran zu erinnern, dass sie unrechtmässig auf den Thron gelangt war. Er wurde von Katharina, die eine so hohe Meinung von der Freiheit des Geistes hatte, verhaftet, verbannt, zunächst zu Zwangsarbeit und schliesslich zu unbefristetem, praktisch lebenslangem Kerker verurteilt.

Der Widerstand gegen die Politik Katharinas blieb aber nicht auf die Geistlichkeit und bestimmte Kreise in der Oberschicht beschränkt – sogar unter den Garden war es zu einer Verschwörung gegen sie zugunsten ihres Sohnes Paul gekommen –, sondern drang auch in tiefere und breitere Schichten.

Obgleich der privilegierte Adel der Träger der geschichtlichen Entwicklung dieser Periode war, so fiel die Masse des Volkes gleichwohl nicht in ihre Geschichtslosigkeit zurück. Die sich immer wiederholenden Ausbrüche aus der geduldrigen Passivität zu spontanen Aktionen, die Unruhen und Aufstände und die gelegentlichen Versuche, unmittelbar in die geschichtliche Entwicklung einzugreifen, setzten sich fort. Allenthalben flackerten lokale Aufstände auf; in Moskau griff während einer Pestepidemie (1771) die Bevölkerung sogar die Geistlichen an und ermordete den Erzbischof. Auf dem flachen Lande wurden immer wieder adlige Seelenbesitzer von aufständischen Bauern ermordet. Während der Debatte in der Grossen Kommission wurde erklärt, dass viele Herren auf dem Lande ein halbes Jahr oder länger sich nicht getrauten, ihre Güter zu betreten oder in ihren Häusern zu schlafen, aus Angst vor entlaufenen Leibeigenen, die ihre Herren überfielen, «grausam quälten, abschlachteten und in Stücke rissen».

Zu einer akuten Gefahr für den Staat wurden die Unruhen aber erst, als sich, wie zur Zeit Rásins, ein energischer Führer fand. Es war wieder ein Donkosak; ausserdem war er Raskolnik. Er hiess Jemelján Pugatschów. Als er sich an die Spitze schnell anwachsender Kosakenhaufen stellte, sich selbst für Kaiser Peter III. erklärte und aus dem aufgewiegelten Steppengebiet heraus zu einem Stoss nach den Reichszentren ansetzte, schienen die Zeiten Sténka Rásins tatsächlich wiedergekehrt zu sein (1773). Nur hatte sich das Schwergewicht der Aktion weiter nach Osten verlagert.

Nach der Niederwerfung Buláwins (vgl. S. 289) waren die Donkosaken so weit in die staatliche Militärorganisation eingegliedert worden, dass ihr Gebiet kein geeigneter Boden mehr für einen Aufstand war. Deshalb begann Pugatschów seine Aktion zunächst im südlichen Ural und am Jaik (Uralfluss). Die Jaik-Kosaken befanden sich damals in einer ähnlichen Lage wie die Donkosaken hundert Jahre früher. Sie sahen sich der Gefahr ausgesetzt, in die russische Heeresorganisation eingegliedert und an Garnisonen gebunden zu werden. Diesem Vorhaben setzten die Kosaken einen verbissenen Widerstand entgegen.

Pugatschów suchte und fand seine Anhänger ausser bei den Kosaken auch bei den zahlreichen nichtrussischen Steppenvölkern, Kirgisen, Baschkiren, Usbeken, Tschuwaschen und Tataren an der Peripherie des russischen Siedlungsgebietes. Ein Baschkire – Salawat Julájew – tat sich als Unterführer Pugatschóws besonders hervor. Mit diesem bunten Völkergemisch gelang es dem falschen Zaren, seine ersten Erfolge zu erzielen und mehrere im Uralgebiet von den Russen angelegte Festungen zu nehmen (z.B. Orenburg). Von da wandte er sich zunächst in nördlicher und dann in westlicher Richtung in das Gebiet der Kama und der mittleren Wolga. Überall rief er die russischen Bauern, insbesondere die leibeigenen Seelen, zur Erhebung gegen ihre Herren auf.

Alle jene Elemente, denen wir bei früheren Aufständen begegneten, finden sich auch bei Pugatschów; auch er verfocht keine politischen, sondern betonte soziale Ziele. In der Rolle des legitimen Kaisers hatte er sich in grotesker Art mit einem prunkvollen Hofstaat nach Petersburger Muster umgeben. Die Kaiserin Katharina bezeichnete er in seinen Aufrufen als seine Frau. Sein erklärter Kampf galt aber nicht der Kaiserin, sondern der «Adelspartei». «Ich habe vor Gott geschworen, alle Edelleute bis zum letzten auszurotten», heisst es in einem seiner grosssprecherischen Manifeste. In mancher Hinsicht erinnert der Aufstand dieses falschen Zaren Jemelján Pugatschów an den «Aufstand» des echten Zaren Iwán Gróсныj gegen die «Adelspartei». Auch bei Pugatschów findet sich jene Mischung von Terrorismus und Kirchenfrömmigkeit und die bei allen Gewalttaten wiederkehrende Berufung auf Gott und die «Rettung der Seelen». Interessanter-

weise bezeichnete Pugatschow seine eigenen «Untertanen» gern als «ergebene Sklaven seiner Krone». Wogegen er aufbegehrte, war die Versklavung nicht durch den Zaren, sondern nur durch die «Herren». Natürlich stand seine Aktion im Zeichen des alten kosakischen anarchistischen Freiheitsideals. In einem Manifest begnadete er «jeden mit Land, Wasser, Wald, Feld, Wiesen, Pulver, Blei», kurz mit allem, was er wünschen konnte, und schloss daran die grosse Verheissung: «Und Ihr sollt gleich sein den wilden Steppentieren!»

Auch der Pugatschowsche Aufstand wird in der Sowjetgeschichtsschreibung als Bauernkrieg bezeichnet. Es ist dazu dasselbe zu sagen, was schon anlässlich des Aufstandes von Rásin gesagt war. Pugatschows Aufstand war mehr und wesensmässig etwas anderes als ein Bauernkrieg. Er erfasste und stützte sich nicht nur auf das bäuerliche Element und trug infolgedessen auch nicht spezifisch bäuerlichen Charakter. Weder die Kosaken noch die vielfach noch nomadisierenden Steppenvölker waren im eigentlichen Sinne Bauern. Nach dem Einbruch ins russisch-bäuerliche Gebiet fand Pugatschow Unterstützung und Zulauf auch in nicht-bäuerlichen Kreisen, bei den niederen Schichten der städtischen Bevölkerung, die ihm mit erstaunlicher Bereitwilligkeit zahlreiche grosse Städte zufallen liessen, wie Samara, Saratow, Pensa, Ufa. Kamaaufwärts bis hinauf nach Perm, wolgaabwärts bis hinunter nach Zarizyn (Stalingrad, heute Wolgograd) schlossen sich ihm auch grosse Teile der niederen Geistlichkeit und in den Bergwerken die Arbeiter an. Einen «Klassencharakter» trug dieser Aufstand wie die früheren insofern, als soziale Ziele in Russland immer sehr bald zu «Klassenzielen» wurden, da ein ständisches Bewusstsein nicht vorhanden war. Im Hintergrunde dieses Aufstandes – das machte ihn so gefährlich und sicherte ihm den Zulauf – stand das Bestreben, die von Katharina durch ihre Adelspolitik zerstörte «Ordnung des Reiches» unter Ausschaltung des Adels wiederherzustellen.

Auch diesem Aufstand, der infolge des Einsatzes regulärer Truppen seitens der Regierung vielleicht als «Krieg» erscheinen mochte, fehlte aber jenes Moment systematischer Lenkung, das zum Begriff Krieg gehört. Es war eine Eruption aufgespeicherter,

gefesselter, sich dauernd in brodelndem Zustand befindender, aber gelegentlich die über sie gelegte schwere Decke sprengender Volksleidenschaften, ein warnender Ausdruck jener latenten Gefahren für das Reich, die unter dem vergoldeten Schein der Europäisierung aus ganz und gar uneuropäischen geschichtlichen Voraussetzungen erwachsen waren und weiter fortlebten. Gleichzeitig ein Ausdruck der Möglichkeiten, die sich einer klugen Staatsführung bieten konnten bei einer richtigen, ins Positive gewendeten Nutzung der hier auf gespeicherten Kraftreserven des Volkes.

Pugatschow zeigte sich in seiner dämonischen Primitivität und Naivität – er war Analphabet – zwar zu einer Auslösung und geschwinden Ausweitung dieser Eruption fähig, nicht aber zu deren Vertiefung und Erweiterung zu einer Revolution. Gleichwohl war bereits damals angesichts der Aufspaltung der Oberschicht und der Bereitschaft eines geistig hochstehenden Teiles von ihr, sich den Widerstandskräften zu verschreiben, die hundertfünzig Jahre später sehr aktuell gewordene Frage aufgegeben: Wie würde eine solche Eruption der Volkskräfte verlaufen und zu welchem Ergebnis würde sie führen, wenn sich an ihre Spitze ein «Pugatschow mit Hochschulbildung» (de Maistre) stellt!

Jemeljan Pugatschow fehlte die Qualifikation zu einem Revolutionär, gleichwohl brachte er das Reich in eine höchst gefährliche Lage. Katharina hat das nicht gleich erkannt. Zunächst war sie weniger durch die Erfolgsmöglichkeiten ihres falschen Gemahls beunruhigt, als durch das «peinliche Aufsehen», das die Angelegenheit im Auslande hervorrief. Sie fürchtete sehr, dass der Widerspruch zwischen ihren schönen Worten über die glänzenden Ergebnisse ihrer Regierung und der russischen Wirklichkeit allzu deutlich würde und versuchte, um eine Blamage vor Europa zu vermeiden, den Aufstand zunächst zu verheimlichen und dann zu bagatellisieren. Beides erwies sich als nicht durchführbar.

Der Umfang des Aufstandes und die Panik, die er bis nach Moskau hin, zumal unter den adligen Seelenbesitzern, hervorrief, verlangte eine umfassende Gegenaktion. Diese war umso schwieriger, als die Truppen durch den gleichzeitigen Türkenkrieg gebunden waren. Nachdem aber die vom Adel ad hoc aufgestellten Privatmilizen versagt hatten, sah Katharina sich gezwungen, die grösste

militärische Autorität, über die Russland damals verfügte, den General Suwórow, vom Kriegsschauplatz abzurufen und ihm die Niederwerfung des Aufstandes zu übertragen. Suwórow hat es mit regulären Truppen getan, wobei ihm allerdings die Aufständischen selbst zu Hilfe kamen, indem sie Pugatschów, als das Glück sich von ihm abgewandt hatte, überwältigten und dem General auslieferten.

Der Aufstand hatte zwei Jahre gedauert (1773-1774). Im Januar 1775 wurde Pugatschów in Moskau öffentlich geköpft. Vorher hatte er – im Stile Grósnys – sich vor dem «rechtgläubigen Volk» gedemütigt und jene, gegen die er roh gewesen war, gebeten, ihm zu verzeihen. Die als Abschreckungsmassnahme gedachte Vergeltung war ungeheuer rigoros. Nach einem Zirkular des Generals P. I. Pánin wurde die Bevölkerung in den Aufstandsgebieten durch die Drohung, dass jeder Dritte erschossen werde, gezwungen, die am Aufstand Beteiligten auszuliefern. Den Schuldigen, «sowohl den Mördern, wie den Verrätern, wie den Anstiftern», sollten erst Hände und Füße, dann der Kopf abgeschlagen und die Leichen «an den Fahrstrassen auf Räder gelegt werden».

Gleichzeitig mit Pugatschów und in gewisser Verbindung mit ihm wurde Katharina der Thron von einer ganz anderen Seite streitig gemacht: durch eine Frau. Eine junge Abenteurerin, die als Fürstin Tarakanowa in die Geschichte eingegangen ist, erhob von Italien aus, unter sehr verschwommenen Angaben über ihre Person, Anspruch auf die von Katharina usurpierte Macht. Sie behauptete, eine Tochter Elisabeths und (in Verwechslung der Brüder) Kirill Rasumówskijs und gleichzeitig eine Schwester Pugatschóws zu sein. Diesen Anspruch nahm die Kaiserin von vornherein sehr ernst, obgleich er ganz ungefährlich war. Begünstigt durch den Umstand, dass damals die russische Flotte im Mittelmeer kreuzte, gab sie Alekséj Orlów den Befehl, ihre Nebenbuhlerin zu Schiff zu entführen. Orlów – der gleiche, der zwölf Jahre vorher in Ropscha den Gatten Katharinas mit so durchschlagendem Erfolg bewacht hatte – löste auch diese Aufgabe zur Zufriedenheit seiner Herrin. Er stellte sich in die Tarakanowa verliebt, lockte sie auf ein russisches Schiff und brachte

sie nach Petersburg, wo sie sofort eingekerkert wurde. Bereits damals schwer lungenkrank, ist sie bald darauf wahrscheinlich sogar eines natürlichen Todes gestorben (1775). Die Angelegenheit blieb eine Episode.

### *Pleonexie*

Das grösste Lob wurde Katharina von ihren Anhängern und Bewunderern für die Erfolge ihrer Aussenpolitik gespendet. Sie ist dafür bis zur Gotteslästerung gepriesen worden. Friedrich der Grosse hat ihr einmal geschrieben: «Gott spricht, es werde Licht, und es ward Licht. Sie sprechen, und die Welt schweigt vor Ihnen», und Voltaire hat sie direkt mit der Mutter Gottes verglichen.

Unter dem Blickpunkt einer Mehrung des Reiches durch Territorialerwerb sind die aussenpolitischen Ergebnisse ihrer Regierung allerdings recht augenfällig. Auch in dieser Beziehung geht eine erkennbare Linie von Peter dem Grossen über sie zu den Bolschewiken. Sie hat Russland im europäischen Bereich mehr Gebietszuwachs eingebracht als irgendein Vorgänger oder Nachfolger – ausser Stalin. Und sie hat gleichzeitig die, keineswegs nur durch objektiv-reale, sondern in hohem Grade durch subjektiv-psychologische Momente bestimmte Machtposition Russlands im Spiel der politischen Kräfte ungeheuer gesteigert, so dass sie Deutschland gegenüber, ebenso wie Frankreich, als Bürge der Reichsverfassung auftreten konnte. (Im Frieden von Teschen 1779.)

Man hat Katharinas Aussenpolitik mit Recht als Pleonexie bezeichnet (Lewalter). Sie war der Ausdruck einer Ländergier, die durchaus nicht ideologisch bestimmt – allerdings des Öfteren ideologisch verbrämt – war, eine reine Macht- und Interessenpolitik, die infolgedessen in ihren Zielsetzungen auch grundsätzlich keine Grenzen kannte. Der Gebietsgewinn auf Kosten Polens ist von russischer Seite damit gerechtfertigt worden und wird auch heute noch von sowjetischen Historikern damit gerechtfertigt, dass dadurch ehemals zur Kiewer Rus gehörende Gebiete wieder zurückgegliedert, sozusagen heim ins Reich geführt wurden. Katharina hat ihrem Reich aber auch solche Gebiete eingegliedert, die nie zur Rus gehört hatten, wie z.B. Kurland, und ausserdem hatte sie

sich keineswegs mit dem Gewonnenen begnügen, sondern noch mehr gewinnen wollen, ungefähr so viel, wie fast zweihundert Jahre später Stalin tatsächlich gewann. «Wenn ich 200 Jahre regierte» – hat sie einmal gesagt –, «dann würde schliesslich ganz Europa dem russischen Zepter unterworfen sein.» Wahrscheinlich hat Stalin ebenso gedacht. Das Erstaunliche und in den Augen vieler wahrhaft Imposante dabei war, dass sie den riesigen Gebietszuwachs im Westen fast ohne Waffengewalt erhielt, ohne förmlichen Krieg, nur im Kampf mit polnischen Aufständischen. Die Ausweitung des russischen Reiches nach Westen erscheint in der Tat nicht als Ergebnis zeitlich begrenzter, mit raschen Schlägen geführter Eroberungen, sondern als ein langsames, träges, lange vor Katharina einsetzendes Sich-Vorschieben einer schwer gewordenen Masse in den Raum des geringsten Widerstandes hinein.

Es sei daran erinnert, dass seit Peter dem Grossen, infolge der Einbeziehung Russlands ins europäische Staatensystem als gleichberechtigter Partner, der alte West-Ost-Gegensatz zwischen Europa und Russland nicht mehr bestand. Russlands Vordringen nach Europa erfolgte in Bundesgenossenschaft mit europäischen Grossmächten z.T. unter deren tätiger Mitwirkung. Die allgemeinpolitische Voraussetzung für die aussenpolitischen Erfolge Katharinas war, dass sie «ihre potentiellen Gegner stets durch eine oder zwei andere Mächte zumindest neutralisiert wusste» (Hausherr).

Nachdem Katharina anfänglich vergeblich versucht hatte, ein Projekt Nikíta Pánins, den sog. «Nordischen Akkord», d.h. eine grosse Koalition der protestantischen Staaten (Preussen, Schweden, Dänemark, England) zusammen mit Polen unter russischer Führung als Gegengewicht gegen Frankreich-Österreich durchzuführen, entschloss sie sich, die durch die kritische Situation Polens in ihre Hand gegebenen Chancen sehr realistisch und mit unverkennbarem Geschick zu nutzen. Aber auch im polnischen Fall wollte sie mehr, als sie bekam, nämlich ganz Polen und nicht einen Teil davon. Das zu erreichen, haben die anderen Teilungsmächte sie gehindert.

Die sehr interessante Geschichte der Teilungen Polens – einer der kompliziertesten und lehrreichsten Vorgänge der neueren Geschichte Europas überhaupt – kann hier nicht dargestellt werden. Sie gehört in die allgemeine Geschichte. Gleichwohl muss einiges



vom Blickpunkt der russischen Politik dazu gesagt werden. – Seit Peter dem Grossen hielt Russland am Grundsatz der Einmischung in innere polnische Angelegenheiten fest und unterstrich sein Interesse an der Entwicklung dieses Staates, zumal an den Königswahlen, durch die seit Anfang des 18. Jahrhunderts pausenlose Anwesenheit russischer Truppen in Warschau. Die militärischen Operationen der Russen im Siebenjährigen Krieg auf polnischem Boden wurden bereits erwähnt. Alle Wege der Russen nach Europa führten durch Polen. Zur Erleichterung der russischen Einmischung wurde die sog. polnische Libertät, oder wie Katharina es noch vor ihrer Thronbesteigung (1759) formuliert hat, «die glückliche Anarchie, in welcher Polen sich befindet und welche uns zu jeder beliebigen Aktion freie Hand lässt», grundsätzlich begünstigt. Dabei konnte das sonderbare Institut der sog. Adelskonföderationen – die gewohnheitsrechtlich legalisierte Empörung gegen den eigenen Landesherrn – von den Russen sehr wirksam im eigenen Interesse genutzt werden. Ein zweiter Weg der Einmischung ging über die aktive Unterstützung der in Polen recht stark benachteiligten sog. Dissidenten, d.h. der nicht der Staatskirche angegliederten griechisch-orthodoxen (und protestantischen) Untertanen des polnischen Königs.

Im Jahre 1764 hatte Katharina sich durch den russisch-preussischen Bündnisvertrag gerade in diesem Punkte auf eine Zusammenarbeit mit Friedrich dem Grossen festgelegt. Mit preussischer Unterstützung wurde «unter dem Schutze» russischer Truppen, nachdem der Führer der katholischen Gegenpartei verhaftet und nach Russland verschleppt worden war, der Kandidat Katharinas – ihr ehemaliger Liebhaber –, Stanislaus Poniatowski, zum König von Polen gewählt.

Andererseits war aber die Kaiserin durch die gleichzeitige Einmischung der Türkei in innerpolnische Angelegenheiten in einen Konflikt und bald gegen ihren Willen und entgegen den Interessen Russlands in einen Krieg mit den Türken geraten, der Russland in einen so scharfen Gegensatz zu Österreich brachte, dass ein österreichisch-russischer Krieg auszubrechen drohte. Wieweit die in dieser Situation von Friedrich dem Grossen unternommene Initiative zur Teilung Polens von der Absicht bestimmt war, dadurch

einen europäischen Krieg zu verhindern, wieweit von dem Wunsch, die russischen Ansprüche in Polen einzudämmen, wieweit vom Entschluss, die Situation im eigenen Interesse zu nutzen, sei dahingestellt.

Bei der ersten Teilung Polens (1772), d.h. bei der «Abgliederung» polnischer Gebiete, auf die sich Russland, Preussen und Österreich über den Kopf des polnischen Königs hinweg einigten, hatte Russland noch ein verhältnismässig kleines Gebiet (bis zur Düna- und oberen Dnjeprgrenze) erhalten. Selbstverständlich wollte Katharina sich damit nicht begnügen. Um ebenso fortfahren zu können, wurde die polnische Libertät und damit die weitere Einmischungsmöglichkeit ausdrücklich garantiert.

Als August IV. – so nannte sich Poniatowski als König – durchaus anders, als seine ehemalige Geliebte von ihm erwartet hatte, im verkleinerten polnischen Staat zu seiner inneren Festigung und Stärkung nach aussen Reformen durchzuführen begann, und schliesslich durch die Verfassung vom 3. Mai 1791 eine weitere Einmischung der Nachbarmächte zu unterbinden drohte, schritt Katharina im Zusammenwirken mit Preussen «zum Schutze der polnischen Freiheit» und selbstverständlich, um «dem polnischen Volk ein glücklicheres Los zu bereiten», mit Hilfe einer von ihr zu diesem Zweck begründeten Konföderation ein, zwang den König, sich auch seinerseits ihr anzuschliessen, da, wie er zu erklären sich veranlasst sah, «der grossmütige und uneigennütige Beistand Ihrer Majestät der Kaiserin von Russland einen glücklichen Ausgang» verspreche, und holte sich bei der zweiten Teilung Polens (1793) ein riesiges Gebiet. Zwei Jahre später erhielt sie, nachdem Suwórow den in der Hoffnung auf Unterstützung durch das revolutionäre Frankreich entfachten polnischen Aufstand unter Kosciuszko in äusserst brutaler Weise niedergeworfen hatte, in der dritten Teilung Polens (1795) eine weitere «Portion», wie die Teilungsmächte sich in ihren Verhandlungen untereinander ausdrückten.

Die damit gewonnene Grenze verlief etwa dort, wo die heutige Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen liegt (mit Ausnahme des Gebiets von Königsberg, das selbstverständlich bei Preussen blieb, und Galiziens, das Österreich bekam). Der polnische König

dankte ab und liess sich – mit einer guten Pension – in Russland nieder. Polen hatte aufgehört, als Staat zu bestehen. Erst dadurch hat Russland eine gemeinsame Grenze mit beiden deutschen Grossmächten erhalten. Damit war in Osteuropa eine vollständig veränderte aussenpolitische Situation herbeigeführt.

Die beiden letzten Teilungen Polens erfolgten bereits im Zuge des Kampfes gegen die Französische Revolution und die dadurch gegebene Interessengemeinschaft der Teilungsmächte im Rahmen internationaler Verwicklungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Der Prozess der Aufteilung begann aber unabhängig davon mit Methoden, die in höchst bedenklicher Weise Schule gemacht haben und keineswegs erst nachträglich unter dem Gesichtspunkt moderner Wertungen, sondern bereits damals und auf Grund damals geltender Rechtsvorstellungen entschieden verurteilt worden sind, weil sie «die Grundlagen erschütterten, auf denen die Sicherheit des Bestehenden ruhte» (Ranke). Man hatte nicht – billigerweise – einem besiegten Lande als Sieger seinen Willen diktiert, sondern hatte sich – unbilligerweise – auf Kosten eines wehrlosen Staates arrangiert. Das entsprach ganz der Sinnesart und den politischen Fähigkeiten der russischen Kaiserin.

Niemand hat die dabei angewandte Methode so scharf verurteilt wie Katharinas grosse Zeitgenossin und widerwillige Teilhaberin am Teilungsgeschäft Maria Theresia. Es ist absolut falsch zu meinen, eine entschiedene Verwerfung der Aufteilung Polens sei eine Beurteilung der Dinge aus heutiger Sicht und entspreche nicht den Vorstellungen jener Zeit. Im Februar 1772 schrieb Maria Theresia an Kaunitz: «Aber in dieser Sach', wo nit allein das offenbare Recht himmelschreiend wider uns, sondern auch alle Billigkeit und gesunde Vernunft wider uns ist, muss bekennen, dass zeitlebens nit so beängstigt mich befunden und mich sehen zu lassen schäme. Bedenkt der Fürst, was wir aller Welt für ein Exempel geben, wenn wir um ein elendes Stück von Polen ... unser Ehr und Reputation in die Schanz' schlagen». Solchen Regungen war Katharina nicht zugänglich.

Aber auch abgesehen von Ehr' und Reputation wäre die Frage zu stellen, ob diese Politik klug war, und ob sie realistisch betrachtet im Interesse Russlands lag. Nach den Erfahrungen des



Die Expansion Russlands im Westen im 18. und 19. Jahrhundert.

19. Jahrhunderts, dessen aussenpolitische Entwicklung mit der polnischen Frage so schwer wie mit keiner anderen belastet gewesen ist, wird man die Aufteilung des polnischen Staates nur als politischen Fehler bezeichnen können, umso mehr, als eine Zerreissung des polnischen Volkes damit verbunden war, die infolge des gerade um diese Zeit aufkommenden und seinen Siegeszug antretenden Nationalismus volkliche Leidenschaften auslöste, von denen niemand behaupten wird, sie hätten sich im Interesse Russlands ausgewirkt. Als «Entschuldigung» für Katharina könnte man anführen, dass sie ja ganz Polen ihrem Reich einverleiben wollte und zu einer Teilung nur durch die anderen Teilungsmächte veranlasst wurde. Die Entwicklung des 19. Jahrhunderts, nachdem auch Kongresspolen an Russland gefallen war, hat aber gelehrt, dass die Einverleibung so grosser, rein polnisch besiedelter Gebiete desgleichen zu einer Belastung für Russland geworden ist. Diese Belastung wog so schwer, dass zwei russische Kaiser im 19. Jahrhundert, wie noch zu zeigen sein wird, sich mit dem Gedanken getragen haben, diese Gebiete freiwillig an andere abzutreten.

Auf den Zusammenhang zwischen den polnischen Teilungen und dem russisch-türkischen Krieg (1768-1774) wurde bereits hingewiesen. Obgleich in diesem Fall nicht Katharina die Initiative ergriffen hatte, sondern die Türken – in völliger Verkennung ihrer eigenen Macht glaubten diese, durch ihren Eingriff Polen vor Russland schützen zu können –, lag eine weitere Expansion Russlands nach Süden durchaus auf der Ebene der Politik der Kaiserin. Auch darin folgte sie dem von Peter dem Grossen eingeschlagenen und von seinen Nachfolgern fortgesetzten Kurs. Wie im Falle Polens profitierte sie dabei durch den fortschreitenden inneren Verfall des einst so gefährlichen Nachbarn.

Auch die Türkei war bereits zu einem Objekt der Grossmacht-politik geworden. Aber im Unterschied zu den Polen fanden die Türken mächtige Interessenten an dem Fortbestand ihres Staates, so dass Katharina hier noch weniger ihre letzten Ziele erreichen konnte als dort und die erstrebte Aufteilung der Türkei nach dem Muster der Aufteilung Polens durch ihre Gegner verhindert wurde.

Gleichwohl hat Katharina auch gegenüber den Türken eindeutige und für Russland sehr wichtig gewordene Erfolge erzielt. Sie

hat in zwei, zusammen zehn Jahre währenden, Kriegen (1768 bis 1774 und 1787-1791) den ganzen Süden Russlands bis zum Dnjestr – einschliesslich der Krim und des Kaukasus – erworben und damit die lästige Bedrohung durch die Tataren endgültig beseitigt. Der letzte Tatarenchan, noch aus dem Geschlecht der Giréj, erhielt wie Poniatowski eine russische Pension. Katharina hat praktisch die Herrschaft über das Schwarze Meer gewonnen, die freie Durchfahrt für die russischen Handelsschiffe durch die Meerengen erreicht und sich ein Einmischungsrecht – formell «zum Schutz der christlichen Religion» – in den, unter türkischer Oberhoheit verbleibenden, Donaufürstentümern (Moldau und Walachei) gesichert.

Alle aussenpolitischen Probleme dieses Raumes, die sich schon vorher angekündigt hatten, und die das ganze 19. und das halbe 20. Jahrhundert beherrschen sollten, waren damit aufgeworfen: die orientalische Frage einschliesslich des Meerengenproblems, das Interesse der Westmächte an dieser Region, die Rivalität Russlands und Österreichs auf dem Balkan, das Problem der Donaufürstentümer und das der Befreiung der Christen von türkischer Oberhoheit und alle damit verbundenen Balkanfragen.

Im ersten Türkenkrieg war das russische Heer unter Graf Rumjanzew, der dafür den Ehrennamen Sadunajskij erhielt, bis über die Donau vorgedrungen. Die russische Ostseeflotte war unter Aleksėj Orlów ins Mittelmeer eingelaufen, wo sie einen, propagandistisch entsprechend ausgewerteten, Sieg über die Türken (bei Tschesme 1770) erfocht. Trotz des daraufhin abgeschlossenen Bündnisses der Österreicher mit den Türken (1771) gelang es Katharina doch, den lang erstrebten Ausgang zum Schwarzen Meer zu gewinnen. (Friede von Kütschük-Kainardschi 1774.)

In der Zeit zwischen den Türkenkriegen hat Katharina, mit ausserordentlichem diplomatischen Geschick erfolgreich bluffend, das Einverständnis der zugunsten der Türkei intervenierenden Mächte (Frankreich, England, Österreich) zur Annexion der zehn Jahre früher für selbständig erklärten Krim erwirkt, die ihr auf diese Weise kampflos zufiel (1783). Im zweiten Türkenkrieg hat sie, politisch völlig isoliert und in recht gefährlicher Lage, es verstanden, sich die errungenen Erfolge zu sichern (Friede von Jassy 1792).

Aber ihre Ziele gingen weiter. Sie haben ihren Ausdruck in dem sog. «Griechischen Projekt» gefunden. Damit war in Anknüpfung an die Pläne Münnichs (vgl. S. 347) die Begründung eines griechischen Kaisertums als russische Secundogenitur gemeint. Die von Katharina gewählten Vornamen für ihre beiden ältesten Enkel, Alexander und Konstantin, hatten gewollt symbolische Bedeutung. Ein leidenschaftlicher Befürworter des griechischen Projektes war Potjómkin, was insofern verständlich war, als dabei auch für ihn etwas abfallen sollte, nämlich eine aus den Donaufürstentümern zu bildende Monarchie Dacien, zu deren Herrscher er ausersuchen war. Der letzte Nachfolger Potjómkins als «Beischläfer der Kaiserin», der junge Graf Platon Súbow, wollte seinem Vorgänger in der Grossartigkeit der Planungen nicht nachstehen und begünstigte seinerseits das Projekt Katharinas, die Grenzen Russlands nach Kleinasien und Indien hin zu erweitern, woraus ein Krieg mit Persien entstand, der erst nach Katharinas Tod abgebrochen wurde.

Neben diesen offen von der Kaiserin verfolgten Eroberungs- und Annexionsabsichten – für das griechische Projekt hatte sie sich, allerdings vergeblich, bemüht, auch Joseph II. zu gewinnen (1782) – hegte sie in der Stille, von dem jungen Súbow dabei unterstützt, noch viel weitergehende Pläne. Wir sind darüber durch ein erst nach ihrem Tode bekannt gewordenes Dokument aus ihren letzten Regierungsjahren informiert. Der letzte grosse Plan der Kaiserin ist heute von einer geradezu beklemmenden Aktualität. Er sieht eine machtpolitisch verstandene Aufteilung Europas auf Kosten Deutschlands in eine West- und eine Osthälfte vor. Die Grenze sollte die Elbe sein. Das von Katharina zu beherrschende europäische Ostreich würde so gross sein, dass es bei den damaligen Verkehrs- und Nachrichtenverhältnissen nicht mehr zentral regiert werden könnte. Es würde – laut Dokument – sechs, in einem grossen Kreis über das Ostreich verteilte, namentlich genannte Hauptstädte benötigen, nämlich: Petersburg-Moskau-Astrachan – Konstantinopel – Wien – Berlin. Das war Katharinas geheimgehaltene «gigantische Idee». Stalin hat sie fast völlig verwirklicht.

Trotz aller Gebietsgewinne blieb aber das Reich selbst, zumal seine peripher gelegene Hauptstadt, durchaus nicht ungefährdet.

Das wurde bei einem schwedischen Angriff während des zweiten Türkenkrieges (1788) deutlich. Katharina hatte geglaubt, sich in innerschwedische Verhältnisse ebenso unbedenklich einmischen zu können wie in innerpolnische. Sie hatte sich aber darin getäuscht. König Gustav III., seinerseits in seinen Planungen grossartiger, als die realen Umstände es gestatteten, begnügte sich nicht mit der erfolgreichen Abwehr des russischen Einflusses in Stockholm. Auch er hatte Annexionsgelüste und stellte an Katharina territoriale Forderungen (in Finnland). Als er damit keinen Erfolg hatte, griff er Russland zur See und zu Land an, vorübergehend bedrohte er sogar Petersburg. Die Unfähigkeit des Königs und eine Meuterei schwedischer Offiziere retteten Katharina, und sie war froh, im Frieden von Werelä (1790) den status quo ante sichern zu können.

### *Ukraine und Neurussland*

Die grossen Gebietserwerbungen hatten die Kaiserin vor neue Verwaltungsaufgaben gestellt, zumal im Süden, wo die neu gewonnenen Gebiete einerseits sehr fruchtbar und andererseits noch kaum besiedelt waren. Katharina machte sich mit Leidenschaft an diese Aufgabe und fand in Potjómkin einen fähigen Helfer. Aber auch hier stand den bedeutenden kolonisatorischen Erfolgen eine bedenkliche Verschärfung der sozialen Gegensätze in den bereits vorher zu Russland gehörenden Gebieten gegenüber, vor allem in der Ukraine.

Nach dem Abenteuer Masépas war die russische Politik der Ukraine gegenüber unsicher. Sie schwankte zwischen dem Versuch, die Sympathien der Kosaken durch Anerkennung ihrer Eigenständigkeit (Aufrechterhaltung des Hetmanates) zu gewinnen und dem Bestreben einer völligen Gleichschaltung mit dem Russischen Reich. Wir begegnen hier im Ganzen gesehen den gleichen Problemen, vor die sich Grossmächte zu allen Zeiten bei dem Versuch gestellt sahen, Gebiete mit eigenständiger Entwicklung und mit einer nach Autonomie bzw. Selbständigkeit strebenden Bevölkerung in ihr Reich zu integrieren.



In der Periode nach Peter dem Grossen ist das Hetmanat wiederholt abgeschafft bzw. in seiner Befugnis stark eingeschränkt, aber immer wieder erneuert worden. Unter Elisabeth war der sehr begabte und hochgebildete Kirill Rasumówschij, ein jüngerer Bruder des Liebhabers der Kaiserin, ukrainischer Hetman. Aber bereits in dieser Zeit glichen sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine, zumal seit Aufhebung der Zollgrenze (1754), an die in Russland an, was zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze zwischen den einfachen Kosaken und dem Kosakenadel (der Starschinschaft) führte. Katharina ging zunächst vorsichtig, bald aber sehr entschieden, zu einer Gleichschaltungspolitik über. Sie zwang Rasumówschij zu einem Verzicht auf die Hetmanwürde, beseitigte das Hetmanat und setzte in der Ukraine einen russischen Statthalter ein (1765), der den Auftrag hatte, die dortigen bäuerlichen Verhältnisse denen im Reich anzugleichen, d.h. die Leibeigenschaft einzuführen. Zehn Jahre später, nach dem ersten Türkenkrieg, waren die Saporoger an der Reihe. Die Saporoger Kosaken waren durch die endgültige Beseitigung der Tatarengefahr ihrer eigentlichen Abwehrfunktionen beraubt. Infolgedessen hatte Katharina kein Interesse an ihnen. Auch zeigte sie nach dem Aufstand Pugatschóws sehr wenig Sinn für die anarchistische kosakische Freiheitsromantik. So liquidierte sie den Saporoger «Orden». Einige der Saporoger gingen trotz ihres christlichen Glaubenseifers in die Türkei, ohne dort das geringste Verständnis für ihre Wünsche zu finden, andere zogen in den Kaukasus, wo sie sich am Kubán neue Kosakenorganisationen schufen.

Der nächste Schritt Katharinas in der Ukraine war deren Zerschlagung in drei, zu einem kleinrussischen Generalgouvernement zusammengefasste Gouvernements (Kiew, Tschernigow, Nowgorod-Sewerskij) und damit deren Eingliederung in den zentralistischen Verwaltungsapparat (1781). Zwei Jahre später wurde die Leibeigenschaft in der Ukraine gesetzlich eingeführt (1783). Zwei weitere Jahre später wurde der ukrainische Kosakenadel dem russischen gleichgesetzt und anschliessend völlig russifiziert. Die Kosakenregimenter wurden in reguläre Kavallerieregimenter umgewandelt.

In den benachbarten, neugewonnenen, nun als Neurussland bezeichneten Gebieten fand der in seinen Ansprüchen in jeder Hinsicht masslose Potjomkin ein dankbares Betätigungsfeld. Der weder als Staatsmann noch als Soldat bedeutende, als Charakter immer wieder versagende, aber als Organisator, besonders da, wo er aus dem Vollen schöpfen konnte, erfolgreiche, jetzt zum Generalgouverneur von Neurussland ernannte Favorit der Kaiserin bewährte sich dabei vor allem als Kolonisator grossen Stils. Dabei konnte Potjomkin mit einer nunmehr gelenkten Aktion an die im Hintergründe der historischen Ereignisse un gelenkt sich fortlaufend vollziehende, wie bereits erwähnt, seit dem 17. Jahrhundert nach Süden abgobogene Siedlungstätigkeit des russischen Volkes mit Erfolg anknüpfen.

Aber nicht nur Russen waren Träger des Kolonisationswerks. Die Kaiserin hatte bereits im zweiten Jahr ihrer Regierung (1763) mit sehr weitgehenden, später z.T. nicht eingehaltenen Versprechungen auch Deutsche zur Ansiedlung nach Russland geworben<sup>1</sup>. Die deutschen Kolonisten wurden zum grössten Teil an der Wolga angesiedelt, ein Teil am Dnjepr, ein kleiner Teil auch in Livland. Den Ansiedlern wurde dabei persönliche Freiheit, gemeindliche Selbstverwaltung, Befreiung vom Militärdienst und 30 Jahre Steuerfreiheit garantiert. Hauptsächlich Schwaben aus Württemberg waren dem Ruf gefolgt und in mühevoller, entbehrungsreicher Reise auf dem Seewege über Petersburg und dann auf dem alten Warägerweg die Wolga hinab bis in ihr neues Siedlungsgebiet bei Saratow gelangt. Diese deutsche Wolgasiedlung war nach schweren und verlustreichen Anfängen schnell aufgeblüht und zu beträchtlichem Wohlstand gelangt. Im Jahre 1768 waren es 102, von rund achttausend Familien bewohnte, Kolonien. Einzelne, sich später über «Neurussland» verbreitende Familien brachten es im 19. Jahr-

<sup>1</sup> Es war den Einwanderern versprochen worden, dass sie frei entscheiden könnten, «ob sie sich unter die Kaufmannschaft oder unter Zünften einschreiben lassen und Bürger werden wollen, oder ... ob sie das Verlangen tragen, auf freiem und nutzbarem Boden in ganzen Kolonien sich niederzulassen». Faktisch hatten sie überhaupt keine Wahl, sondern wurden alle in die Kolonie geschickt.

hundert zu einem geradezu sagenhaften Reichtum; der einzigartige Naturtierpark Askania Nova der Familie Falz-Fein erfreute sich internationaler Berühmtheit. Durch die bolschewistische Revolution wurde der Wohlstand der deutschen Kolonisten zerschlagen und aus der Wolgakolonie zuerst eine «Arbeiterkommune der Wolgadeutschen» (1917) und später (1924) die kommunistische deutsche Wolgarepublik gebildet. Während des Zweiten Weltkrieges wurde, in der Furcht vor einem deutschen Vormarsch bis dorthin, die Wolgarepublik «liquidiert». Die Wolgadeutschen wurden nach Sibirien deportiert und, sofern sie nicht in KZs gesteckt wurden, an verschiedenen Orten z.T. geschlossen neu angesiedelt. Die Nachkommen der in Livland angesiedelten deutschen Kolonisten (Hirschenhofer) sind zusammen mit den Deutschbalten im Jahre 1939 nach Deutschland umgesiedelt worden.

Auch Potjómkin hat Deutsche in Südrussland angesiedelt. Das Gros der Siedler aber waren Russen, die aus allen Gegenden des Reiches geholt wurden; wohlhabende Aristokraten erhielten in grosszügiger Weise riesige Güter, damit sie ihren Seelenbesitz dort hinüber brächten. Potjómkin hat eine Reihe von Hafenstädten mit Werften – Nikolájew an der Mündung des Bug, Cherson an der Mündung des Dnjepr, Odessa nahe der Mündung des Dnjestr – begründet, in Sewastopol einen Kriegshafen angelegt und das nach der Kaiserin benannte Jekaterinoslăw (heute Dnjepropetrowsk) zu seiner Residenz gemacht.

Immerhin blieb dieses Aufbauwerk noch erheblich hinter dem zurück, was es zu sein vorgab, so dass auf der, zu Propagandazwecken veranstalteten, Krimreise Katharinas den staunenden ausländischen Diplomaten und verblüfften einheimischen Staatsmännern die berühmten Potjómkinschen Dörfer vorgeführt wurden (1787). Mit welcher unbekümmerter Grossspurigkeit Potjómkin auch dabei verfuhr, darüber berichtet der spätere Generalgouverneur dieser Provinzen, Langeron, auf Grund genauer Kenntnis: «Ich muss sagen, es geschah durch Tyrannei und Terror und hatte den Ruin mehrerer Provinzen zur Folge. Aus den volkreichen Gouvernements von Kleinrussland und aus Orten, welche die Kaiserin nicht passierte, vertrieb man die gesamte Bevölkerung ... Tausende von Dörfern wurden zeitweilig entvölkert und

alle ihre Bewohner mit allen ihren Herden an bestimmte Stationen versetzt. Man nötigte sie, Trug-Dörfer in der Nähe der Ufer des Dnjepr zu erbauen ... War die Kaiserin vorbeigefahren, trieb man die Unglücklichen zurück, und viele sind an den Folgen dieser Reise zugrunde gegangen.»

Doch Potjómkins uferlose Pläne gingen, wie erwähnt, auch räumlich über den Süden Russlands hinaus und reichten bis in den Balkan. Das endgültige Scheitern der «gigantischen Idee» Katharinas wie ihre letzten Triumphe – die zweite und dritte Teilung Polens – hat Potjómkin nicht mehr erlebt. Er ist, von Katharina als «grenzenlos treu» betrauert, im Jahre 1791 gestorben.

### *Funktionierende Unordnung. Mutter und Sohn*

Der Machtsteigerung Russlands nach aussen mangelte aber die dazu unerlässliche Entsprechung: die Festigung und Konsolidierung der Verhältnisse im Innern des Landes. Die Neuerwerbungen hatten, obgleich teilweise ohne Kriege gewonnen, ungeheure Opfer an Menschen und an Geld verlangt. Der stark gesteigerte Bedarf an Mitteln überwog aber die Einnahmen. Katharina hatte von Jugend an zur Verschwendung geneigt und ist bis ans Ende ihrer Tage nie verlegen gewesen, zur Erhaltung des vergoldeten Scheines auf Kosten der Substanz unbedenklich weiter zu verschwenden. Kritische Zeitgenossen haben das bereits damals erkannt. Am Tage nach ihrem Tode depeschierte der preussische Gesandte von Tauentzien aus Petersburg nach Berlin: «Die Regierung der unsterblichen Katharina, des Phantoms von Ruhm und Grösse entkleidet, hinterlässt in Wahrheit nur ein unglückliches Reich und eine in allen ihren Zweigen verderbte Verwaltung.»

Von der Staatsspitze her und unter dem Blickpunkt einer geordneten Zentralverwaltung gesehen traf das zu. Aber auf das Ganze gesehen galt es gleichwohl nicht. Es ist dieses ein Beispiel für viele, dass europäische Massstäbe nicht für russische Verhältnisse gelten. Eine Misswirtschaft, wie sie unter Katharinas Vorgängerinnen herrschte, hätte kein europäischer Staat ertragen, ohne dabei zugrunde zu gehen, – Russland ertrug sie und erstarkte noch

dabei. Das gleiche gilt bis zu einem gewissen Grade auch von der Regierung Katharinas.

Das Gewicht der volklichen und räumlichen, ideellen und materiellen Substanz in Russland spottete der Unzulänglichkeit seiner Herrscher. Es ging weiter aufwärts. Der Volks- und Reichskörper erstarkte auch im Innern, trotz des Durcheinanders, der Inkonsequenz und des ewig neuen Commencements und der Willkürherrschaft Katharinas und ihres wirtschaftlichen Raubbaus. Es fehlte die nach preussischen Begriffen unentbehrliche Ordnung im Staate. Überall war Unordnung, aber eine funktionierende Unordnung.

Sie funktionierte zum grossen Teil dank der geradezu unerschöpflichen Improvisationsgabe der Russen. Das begabte, geduldige, zähe und widerstandsstarke russische Volk hat es seinen Herrschern und besonders seinen Kaiserinnen erstaunlich leicht gemacht, erfolgreich zu regieren. Es funktionierte das Wirtschaftsleben, das vom Protektionssystem befreit unter die Devise der Physiokraten gestellt wurde – *laissez faire*. Industrie und Handel entfalteten sich gleichermassen, trotz der verworrenen Finanzlage und der ständig erhöhten Steuerlasten. Katharina hatte zur Finanzierung ihrer Kriege Papiergeld – sogenannte Assignaten – herausgegeben und schliesslich für 150 Millionen ohne Deckung in Umlauf gesetzt, was zu einer erheblichen Kursverschlechterung des Papiergeldes führte; gleichzeitig war die Auslandsverschuldung bis auf die Höhe der jährlichen regulären Einkünfte angewachsen (50 Millionen Rubel). Der Obrok wurde in der Regierungszeit Katharinas dabei um das fast Fünffache erhöht, von ein bis zwei Rubel auf fünf Rubel jährlich. Aber die Zahl der industriellen Betriebe (Manufakturen) stieg auf 2'000 mit etwa 200'000 Arbeitern. Der Handel, zumal der Export, profitierte durch die Gewinnung der Schwarzmeerhäfen. Getreide, in erster Linie Weizen, wurde jetzt zu einem billigen Ausfuhrartikel auf dem billigen Seeweg über das Schwarze Meer. Dieser Getreidehandel lag fast ausschliesslich in den Händen des Adels, der das ihm im «Gnadenbrief» garantierte Recht, Handel zu treiben, sehr wohl zu nutzen verstand.

Die Europäisierung als geistiger Prozess bedeutete im 18. Jahrhundert die Übernahme des Gedankengutes der Aufklärung, und

es ist sicher richtig, dass der Sprung aus der Welt kirchlich-religiös bestimmter altrussischer Verhältnisse ohne Übergang in die Welt der Aufklärung bereits seit Peter dem Grossen der kulturellen Entwicklung in Russland jenen ungesunden extensiven und zwiespältigen Charakter gegeben hat, der besonders für Petersburg typisch wurde. Auch in dieser Beziehung herrschte Unordnung. Am Hofe war sie – als unverkennbare Folge der Europäisierung – durch Verderbtheit, Ausschweifung und Verlogenheit gekennzeichnet. Bekanntlich hat Alexander Herzen später in diesem Zusammenhang von einer «Tragödie im Freudenhaus» gesprochen. Aber neben dem geradezu schrankenlosen sittlichen Liberalismus – «tout était permis à Catherine» (A. Czartoryski) – stand, zumal am Ende ihrer Regierung, die kaum weniger schrankenlos praktizierte Autokratie, bei der nur sehr wenig erlaubt war à Cathérine, wie das Beispiel Nowikóws und Radíschschews lehrt (vgl. S. 395).

Ein äusserer Ausdruck der Europäisierung war die fortschreitende – zwangsmässige – sprachliche Französisierung der Oberschicht. Der Gebrauch russischer Worte war sogar unter Strafe gestellt. Noch ein Menschenalter später hat ein solcher Meister der russischen Sprache wie Púschkin zugegeben, dass er sich bei schwierigen Formulierungen lieber der französischen Sprache bediene; seine amtlichen Erklärungen und seine Liebesbriefe schrieb er Französisch. Andererseits hat Katharina eine bewusste Russifizierungspolitik verfolgt. Auch das war, so paradox es scheinen mag, eine Europäisierungserscheinung, weil es ein Ausdruck dafür war, dass die Kaiserin in europäischen Kategorien dachte. Bisher war der Begriff «Russe» durch den Glauben bestimmt. Katharina säkularisierte den Begriff ganz modern anmutend im Sinne von Volkszugehörigkeit. Sie selbst fühlte sich als Russin, weil sie sich zum russischen Volkstum bekannte. Das gleiche verlangte sie – ein für Russland ganz neuer Gedanke – auch von ihren nicht-russischen Untertanen. Ihr eingestandenes Ziel war, ihre durch die Annexionen an Zahl stark vermehrten nichtrussischen Untertanen «auf sanfte Weise dazu zu bringen, dass sie verrussen» (obrusséli), und zwar im grossrussischen Sinne. Mit dem petrinischen Reichsgedanken war das nicht vereinbar; es entsprach dem französischen nationalstaatlichen Denken. Katharinas nächste Nachfolger sind

ihr darin nicht gefolgt. Gleichwohl war sie damit zukunftsweisend gewesen, wie die hundert Jahre später einsetzende Russifizierungspolitik lehrte.

Europäische Denkformen sind in der Regierungszeit Katharinas durch die vergoldete Fassade in einem bisher nicht gekannten Ausmass und Tempo in die herrschende Oberschicht eingedrungen, haben Wurzel geschlagen und auch bald eigene Blüten getrieben. In diesem Zusammenhang muss an erster Stelle das Freimaurertum erwähnt werden, das seit den dreissiger Jahren des 18. Jahrhunderts von England her in Russland Eingang fand, z.T. Mode wurde, unter Katharina sich stark entwickelte und in betonten Gegensatz zum Rationalismus und Freidenkertum der Aufklärung trat, wobei es stark zum Mystizismus neigte. Aus maurerischen Kreisen kam auch die zunehmend schärfer werdende Kritik an den herrschenden Zuständen, zumal in sozialer Hinsicht. Aus denselben Kreisen kam auch die Kritik an Katharina persönlich und an ihrer Lebensführung. So lag es in der Natur der Dinge, dass der Thronfolger Paul, der in jeder Beziehung in grundsätzlichem Gegensatz zu seiner Mutter stand, zu einem Mittelpunkt freimaurerischer Bestrebungen und Zielsetzungen wurde.

Zum Kreise des Thronfolgers gehörten Graf Nikíta Pánin, der von der Londoner und Berliner Grossloge als Provinzialgrossmeister von ganz Russland anerkannt wurde (1776), und mehrere andere prominente Freimaurer (so Fürst A. Kurakin und Fürst G. Gagárin). Interessanterweise setzten damals nicht nur russische, sondern auch ausländische, zumal deutsche Freimaurer ihre Hoffnung auf die russisch-orthodoxe Kirche, die «am meisten mit dem Orden korrespondieren» muss, weil in ihr «noch das alte Ceremoniell am wenigsten verändert ist» (zitiert nach Winkler). Das alles gab dem sowohl christlich wie betont kirchlich orientierten Maurertum in Russland einen starken Auftrieb und gab ihm, obgleich selbst eine Europäisierungserscheinung, eine unverkennbare Spitze gegen die Ausdrucksformen, die Katharina der Europäisierung verlieh.

Katharina hat ihrerseits seit den achtziger Jahren, besonders aber nach dem Ausbruch der Französischen Revolution, eine scharfe Front- und schliesslich Kampfstellung gegen die Freimaurer ein-

genommen. Dabei wurde der Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten besonders deutlich. Sie selbst liebte es, in satirischen anonymen Artikeln oder in Theaterstücken ihr nicht genehme Tendenzen und Personen öffentlich zu verhöhnen; sie schätzte es aber gar nicht, selbst zum Objekt satirischer Auslassungen anderer zu werden. Dessen hatte sich ein für die Entwicklung des russischen Geisteslebens höchst verdienter Mann schuldig gemacht, der Journalist, Schriftsteller, Buchhändler und Verleger und seinerzeitige Schriftführer der Grossen Gesetzgebenden Kommission, Nikolái Nowików (1747-1818). Ausser seiner satirischen Zeitschrift «Die Drohne» (trutjen) hat Nowików noch zahlreiche andere Zeitschriften, darunter auch eine Kinderzeitschrift, herausgegeben, eine öffentliche Lesehalle in Moskau begründet und als Buchverleger eine ausserordentlich rege Tätigkeit entfaltet. (Ein Viertel aller im Jahrzehnt zwischen 1781-1790 in Russland erschienen Bücher wurde von ihm herausgegeben.) Nowików war Freimaurer und hatte viele maurerische Schriften verlegt. Nach Ausbruch der Französischen Revolution liess Katharina die Loge schliessen und Nowików – ohne Gerichtsurteil – verschwinden (1792). Er verschwand in der Peter-Pauls-Festung, wo er bis zum Tode der Kaiserin verblieb.

Noch übler erging es einem anderen Aristokraten, der es gewagt hatte, Kritik an den herrschenden Zuständen zu üben, Alexander Radíschschew (1749-1802). Es war nicht etwa so, dass alle adligen Nutzniesser der Leibeigenschaft diese unbedingt verteidigt und beschönigt hätten. Die heftigsten Proteste, zumal gegen die offenbaren Missstände, kamen aus den Reihen der Seelenbesitzer. Unmittelbar nach dem Ausbruch der Französischen Revolution (1790) und somit zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt erschien im Selbstverlag Radíschschews berühmt gewordene, bereits acht Jahre früher verfasste «Reise von Petersburg nach Moskau». Es war eine in die Form einer Reisebeschreibung gekleidete, sehr scharfe Anklage gegen die bestehende soziale Ordnung und Praxis und natürlich auch gegen die Autokratie. An eine sachliche, wahrheitsgetreue Darstellung der Zustände, vorzüglich auf dem Lande (Behandlung der Bauern, Gerichtspraxis, Erziehung, Gesellschaftsleben) knüpfte der Autor in äusserst zugespitzten Formulierungen seine kritischen



Bemerkungen. «Reissende Tiere, unersättliche Bluteigel – was lassen wir den Bauern übrig? Was wir ihnen nicht nehmen können – die Luft... Das Los der Bauern ist das Los eines in Ketten Geschmiedeten, eines in stinkendem Keller Eingeschlossenen, das Los eines Ochsen im Joch.»

Die Bolschewiken bezeichnen Radíschtschew nicht zu Unrecht als den «ersten russischen adligen Revolutionär» und sehen in ihm ihren geistigen Vorläufer. Jedenfalls war er ein Vorläufer der späteren radikalen Intelligenzia, denn was er verlangte, waren nicht Reformen von oben, sondern, durchaus revolutionär, eine Befreiung des Volkes durch sich selbst, so dass er auch in Freimaurerkreisen auf Ablehnung stiess – mit Nowików hatte er früher eng zusammengearbeitet. Katharina verübelte dem Autor, der lange Jahre als Beamter im Staatsapparat gearbeitet hatte, besonders, dass er seine Schrift ihr nicht als Memorandum eingereicht, sondern sie öffentlich vertrieben hatte, so dass sie darin eine Gefährdung ihrer Reputation im Auslande sah. Sie liess Radíschtschew verhaften und wegen «Aufwieglung zur Empörung gegen die Obrigkeit» zum Tode verurteilen. Es spielten sich dabei Dinge ab, die an Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte Russlands erinnern. Radíschtschew hat vor Gericht schwere Selbstbezeichnungen gegen sich erhoben. Er wurde zu lebenslanger Verbannung begnadigt und in Ketten nach Sibirien geschafft. Nach Katharinas Tod kam er wieder zurück und hat schliesslich durch Selbstmord geendet (1802).

In die Regierungszeit Katharinas II. fällt die schmerzreiche Geburt einer neuen russischen Kultur aus der Mischung europäischer Elemente mit russischen. Unmittelbar daraus erwuchs der steile Aufstieg im 19. Jahrhundert. An Einzelpersonlichkeiten wären als Wegbereiter und Träger dieser Entwicklung ausser Nowików und Radíschtschew die Begründer des russischen Theaters zu nennen, Sumarokow (1718-1777) auf dem Gebiete des Dramas, Fonwísín (1745-1792) auf dem Gebiete der Komödie. Auch der erste grosse russische Dichter der neuen Zeit. G. Derschawin (1743-1816), und der erste Romanschriftsteller und Geschichtsschreiber N. Karamsín (1766-1826) gehören noch in die Zeit Katharinas.

Hinter der Fassade und ausserhalb Russlands zunächst von niemandem bemerkt, vollzog sich die «wunderbarste Tat dieser Epoche» (Weidlé) als unerlässliche Voraussetzung für die weitere geistige Entwicklung: die Schaffung der Schriftsprache. Peter der Grosse hatte, wie erinnerlich, den Anfang dazu gemacht, die veraltete, schwer verständliche, kirchenslawische Buchsprache durch eine sogenannte bürgerliche Sprache zu ersetzen. Das bedurfte noch mühsamer Arbeit, denn die in Dialekte gespaltene Umgangssprache des Volkes war den Anforderungen der geistigen Europäisierung nicht gewachsen. Durch die Aufnahme vieler europäischer Begriffe musste etwas Neues geschaffen werden. Dieser Prozess vollzog sich im Laufe des 18. Jahrhunderts. Am Ende der Regierung Katharinas war die russische Schriftsprache als Instrument der Dichter und Schriftsteller des 19. Jahrhunderts bereits vorhanden.

Katharina selbst hat, auch hierin an Peter den Grossen anknüpfend, die kulturelle Entwicklung durch zahlreiche Massnahmen bewusst gefördert, besonders im Bildungs- und Erziehungswesen. Allerdings hat sie auch hier mehr versprochen als gehalten. Ihre Massnahmen auf diesem Gebiet kamen wiederum in erster Linie dem Adel zugute. Sie hat mehrere Erziehungsanstalten für adlige Knaben (Kadettenkorps) und auch eine für adlige Jungfrauen begründet, das sogenannte Smolnyj-Institut, in dessen Gebäude 150 Jahre später während der Revolution Lenin sein Hauptquartier hatte. In der Provinz hat sie zahlreiche Gymnasien (sogenannte Gouvernementsschulen) ins Leben gerufen, aber auch sie hat die wichtigste Stufe der Bildungsanstalten, die Unterstufe, am wenigsten interessiert. Die Kreisschule, die für jede Kreisstadt vorgesehen war, blieb in kümmerlichen Anfängen stecken.

Wie wir sahen, war der Glanz der Regierung Katharinas durch tiefe Schatten getrübt; zu den dunkelsten gehörte ihr Verhältnis zu ihrem Sohn Paul. Es war das nicht allein ein menschliches Problem, sondern im höchsten Grade ein staatspolitisches, denn daran hing die Nachfolge auf dem Thron.

Paul war ein Gezeichneter. In den letzten Jahren seines Lebens war er geisteskrank; Anzeichen dafür hatten sich gelegentlich schon in seiner Jugend bemerkbar gemacht. Gleichwohl war er gut ver-

anlagt und hat bis über sein vierzigstes Lebensjahr hinaus ein ordentliches, z.T. vorbildliches Leben geführt. Sein guter Stern war seine zweite Frau, Sophie Dorothea von Württemberg, die als Kaiserin Márja Fjódorowna dynastisch sehr wichtig geworden ist. Von ihr hat Paul neun gesunde, z.T. hochbegabte Kinder gehabt. Solange sie Einfluss auf ihren Mann behielt, ging alles gut.

Pauls Mutter hasste ihren Sohn. Katharina sah in ihm seit ihrem Umsturz einen lästigen und gefährlichen Rivalen. Er sah in ihr die Mörderin seines Vaters. Katharina hat den Thronfolger von den Staatsgeschäften ganz isoliert und in Gatschina unter strenger Kontrolle leben lassen. Paul hat, da ihm sonst die Hände gebunden waren, allein durch die Lebensführung den Unterschied zu seiner Mutter besonders unterstrichen. Am «jungen Hof» in Gatschina ging es in erster Linie «anständig» zu. Das Leben vollzog sich in strenger Ordnung, solide, arbeitsam, einfach, sittenstreng, fromm, ohne Feste. In aufrichtiger Freude darüber schrieb Pauls Schwiegermutter, die Herzogin von Württemberg, aus Deutschland an ihre Kinder: «Ich sehe klar die Hand der Vorsehung über Euch und segne Gott für die Gnade, die er Euch bewies, als er Euer Herz unversehrt zwischen den weltlichen Sünden und schlechten Beispielen, die Euch umgeben, bewahrte.»

Wie erwähnt, stand der Thronfolger unter starkem Einfluss der Freimaurer. Diese verlangten von ihren Ordensbrüdern ausdrücklich, dass sie, «eitlen Zeitvertreib, wie Kartenspiel, Völlerei bei Tisch und ähnliches völlig von sich abwerfen», vor allem aber «den teuflischen geistigen Hochmut ablegen», wie es in einem Brief des Freimaurers Fürst N. N. Trubezkóǵ (1783) aus dieser Zeit hiess. Zum ständigen Kreis des jungen Hofes gehörte auch als Hofmeister der spätere russische General und Kurator der Universität Dorpat, der Frankfurter Freund Goethes, Friedrich Max Klinger, der Verfasser des Dramas «Sturm und Drang».

Katharina fürchtete mit Recht, dass ihr Sohn nicht nur in bezug auf anständige Lebensführung, sondern auch in Bezug auf die Staatspolitik alles anders machen würde als sie, sofern er es könnte, und bereitete deshalb seinen Ausschluss von der Thronfolge vor. Zu diesem Zweck nahm sie seine beiden ältesten Söhne, Alexander und Konstantin, den Eltern fort, um sie selbst zu erziehen und hat

sie bereits im Knabenalter gründlich verdorben. Den älteren Alexander, ihren Liebling, versuchte sie, allerdings vergeblich, zu einer Mitwirkung an der Ausschaltung seines Vaters vom Thron zu gewinnen. Ihre eigenen Lebenskräfte überschätzend, hat sie aber – wie Peter der Grosse – eine Bestimmung über ihre Nachfolge hinausgezögert, bis der Tod ihr zuvorkam. Am 5. November 1796 ist sie an einem Schlaganfall, nach einem zeitgenössischen Bericht «mit einem grässlichen Schrei», gestorben. Ihr ungeliebter Sohn folgte ihr, entgegen ihrem Wunsch, auf den Thron.

## 4. RUSSLAND IN EUROPA

Das Ziel der Europäisierung war, Russland zu einem vollwertigen Europa und die Russen zu vollwertigen Europäern zu machen. Im 18. Jahrhundert wurde systematisch, forciert und oft überstürzt darauf hingearbeitet, im 19. Jahrhundert wurde das Ziel in einem erstaunlichen Umfang erreicht. Die Masse des Volkes blieb allerdings nach wie vor davon weitgehend unberührt. Die Folge war, dass die wiederholt erwähnte Kluft zwischen der sich schnell europäisierenden Oberschicht und dem Volk noch vertieft wurde. Das war die Kehrseite der sich im Laufe dieses Jahrhunderts vollziehenden Einbeziehung der russischen Oberschicht ins Europäische.

Dieser Prozess hat auf allen Gebieten, zumal auf dem kulturellen, zu einem steilen Aufstieg Russlands geführt, so dass man mit Recht gemeint hat, dass das 19. Jahrhundert für Russland so viel bedeutet hat wie für das Abendland das 17., 18. und 19. Jahrhundert zusammen. Die Entwicklung Russlands während dieses, seines grossen Jahrhunderts ist aufs Ganze gesehen durch drei beherrschende Faktoren gekennzeichnet: Erstens durch das mächtige, glanzvolle, sich nach aussen und innen immer wieder erfolgreich durchsetzende Kaisertum als Repräsentant der auf die beamtete staatstragende Schicht, die sogenannten Sphären, sich stützenden imperialen und autokratischen Macht. Zweitens durch die kulturtragende und kulturschöpferische Gesellschaft (*obschtschéstwenostj*), die sogenannte Intelligenzia als Repräsentantin des sich weit entfaltenden, politisch aufrührerischen Geistes. Die Tragik dieser grossen Zeit der russischen Geschichte war, dass Macht und Geist in einen so entschiedenen Widerstreit zueinander gerieten, dass sie sich schliesslich ausweglos in zwei feindlichen Lagern gegenüberstanden. Der Geist zog sich von der Macht zurück, und die Macht glaubte, des Geistes nicht zu bedürfen (Nötzel).

Der dritte die Entwicklung bestimmende Faktor war die weitgehend unabhängig von der staatlichen und gesellschaftlichen Lenkung sich zwangsläufig vollziehende, durch die industrielle

Revolution mächtig geförderte wirtschaftliche Entfaltung. Alle drei Faktoren waren auf das Engste an den Prozess der Europäisierung gebunden.

Das russische Kaisertum gewann, trotz seiner z.T. uneuropäischen Wurzeln und obwohl die autokratische Herrschaftsform weiter fortbestand, im 19. Jahrhundert ein durchaus europäisches Gesicht. Die Träger der Krone wie auch die anderen Glieder des Kaiserhauses unterschieden sich in nichts von anderen europäischen Fürsten. Das kulturelle und gesellschaftliche Niveau am Petersburger Hofe entsprach durchaus dem an anderen Höfen, sofern es nicht höher lag.

Die neue Dynastie Holstein-Gottorp-Románow war von der alten Románowdynastie sehr verschieden. Sie hat kein Genie wie Peter den Grossen hervorgebracht, war aber auch nicht mit Kretins und Schwachsinnigen belastet. Männerreich wie die Rjurikiden, hielten die Románows im 19. Jahrhundert in den vielen Zweigen der Dynastie einen guten Durchschnitt. Die Frauen und Mütter der russischen Kaiser waren fast ausschliesslich deutsche Prinzessinnen (vgl. die Ahnentafel Alexanders II.); die meisten Grossfürsten waren mit Deutschen verheiratet, während umgekehrt sehr viele russische Prinzessinnen durch ihre Ehe zu «Landesmüttern» in europäischen, meist deutschen Ländern wurden. Die Verschwägerung des russischen Kaiserhauses mit den anderen europäischen Dynastien – durchaus im Sinne nicht nur des «Testamentes», sondern auch der Intentionen Peters des Grossen – wurde zum lebendigen Ausdruck des Hineinwachsens Russlands nach Europa. Im 18. Jahrhundert war – seit Peter – kein einziger russischer Monarch nach seiner Thronbesteigung in Europa gewesen, auch Katharina II. nicht; die Träger der Krone blieben nicht nur räumlich, sondern auch persönlich an der Peripherie. Die russischen Kaiser im 19. Jahrhundert haben fortgesetzt in den verschiedensten Ländern Europas gewelt und sich dort vollständig zu Hause gefühlt.

Der dynastischen Verschwägerung entsprach auch die Verflechtung der aussenpolitischen Beziehungen und Interessen Russlands mit den gesamteuropäischen in weit höherem Grade als im 18. Jahrhundert. Durch die auf eine völlige Integrierung Russlands

in Europa hinzielende Aussenpolitik während des ganzen 19. Jahrhunderts verknüpfte das russische Kaiserreich sein Schicksal unlöslich mit dem Europas. Dabei war die kaiserlich-russische Aussenpolitik in so hohem Masse europäisch orientiert, dass aus unserer Zeit heraus und im Hinblick auf die Aussenpolitik der Sowjets von europäischer Seite (Ferrero) rückschauend die Frage gestellt worden ist, weshalb das russische Kaiserreich um die Interessen Europas, oft auf Kosten der eigenen, so besorgt gewesen sei.

Die Integrierung Russlands in Europa wurde stark durch den Umstand erleichtert und gefördert, dass die russischen Kaiser seit Alexander I. bis tief in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein an einer übernational-imperialen Politik im Sinne Peters des Grossen festhielten, die es auch ihren nichtrussischen Untertanen ermöglichte, sich zu einem russländischen Reichspatriotismus zu bekennen und sich ehrlich in den Dienst der imperialen Politik zu stellen, ohne dabei in Konflikt mit ihrer Volkszugehörigkeit zu geraten. Im Zuge dieser Entwicklung setzte sich bei den nicht-russischen, «europäischen» Russländern im Westen des Reiches, sowohl bei den Polen wie noch entschiedener bei den Deutschen, an Stelle des früher gepflegten Vormauergedankens (eine Vormauer Europas gegen das Russentum zu sein) der Brückengedanke durch (eine Brücke zwischen Europa und Russland zu werden). Der Anteil von Nichtrussen, vor allem von Deutschen, im russischen Staatsapparat war sehr gross und ihr Ansehen bis tief in die zweite Hälfte des Jahrhunderts so hoch, dass nach einer häufig zitierten Anekdote der Russe General Jermólow, vom Kaiser nach einem Gunstbeweis befragt, bissig die Bitte aussprach, «zum Deutschen befördert zu werden».

Eine entsprechende Integrierung ins Europäische vollzog sich auch bei der Intelligenzia. Die Exponenten des Geistes hatten ihr geistiges Rüstzeug – von der Aufklärung bis zum Marxismus – aus Europa geholt, ohne dass dadurch die geistige Entwicklung in Russland ihren unverwechselbar russischen Charakter verlor. Das geistige Niveau der russischen Bildungsschicht glich sich vollkommen dem des Abendlandes an. Auch wenn das eigentliche Zentralthema, um das alles Denken und Dichten in Russland im 19. Jahrhundert kreiste, nicht etwa «Russland in Europa» hiess, sondern

«Russland und Europa», in deutlicher Gegenüberstellung und z.T. betonter Abgrenzung gegeneinander, so blieben auch die entschiedensten Verächter Europas echte Vertreter eines inzwischen in Europa hineingewachsenen Russland. Die grosse Kontroverse über das unerschöpfliche Thema Russland und Europa spielte sich auf der Ebene europäischen Geisteslebens ab.

Parallel dazu lief eine wachsende Verflechtung der russischen Wirtschaft mit der europäischen –, zunächst durch eine Intensivierung des Handels, vor allem des russischen Getreideexportes, der im 19. Jahrhundert stark answoll, bald auch durch einen raschen industriellen Anstieg der Produktion mit aus Europa importierten Maschinen und schliesslich, infolge des riesigen Finanzbedarfes, auf dem Gebiete der Geld- und Kreditwirtschaft. Auch der wirtschaftliche Aufschwung Russlands im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industriepolitik Wittes lag auf der Ebene der fortschreitenden Einbeziehung Russlands in Europa.

Das Kapitel Russland in Europa soll nicht abgeschlossen werden, ohne daran zu erinnern, dass damit nur eine – die westliche – Seite des Wachsens Russlands behandelt worden ist. Es gab auch eine andere, die östliche Seite. Denn gleichzeitig wuchs Russland im 19. Jahrhundert auch nach Asien hinein, nicht in die asiatische Kultur, wohl aber in den asiatischen Raum. Es war dieses ein ganz anders gearteter, von der Einbeziehung in Europa überschatteter, aber, im Hinblick auf die sich daraus ergebenden weltpolitischen Perspektiven, ein kaum weniger bedeutsamer geschichtlicher Prozess. Auf die damit zusammenhängende Problematik wird im Zusammenhang mit der Asienpolitik noch zurückzukommen sein.



## 5. AUFSTIEG ZUR VORMACHTSTELLUNG

### *Zwischenspiel unter Paul I.*

Den Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert bildete die kurze Regierung Kaiser Pauls I. (1796-1801). Sie hat eine trübe Erinnerung hinterlassen. Der Befürworter der Anständigkeit gegenüber der moralischen Pest und des Grundsatzes von Gesetzlichkeit und Ordnung gegenüber der Willkür des «Potjomkinschen Geistes» war, als er zweiundvierzigjährig den Thron bestieg, bereits ein zerbrochener, verbitterter Mann voller Komplexe, dessen Reizbarkeit und Unbeherrschtheit krankhafte Züge angenommen hatten.

Er hatte als Thronfolger seiner ohnehin schon verärgerten Mutter eine Denkschrift eingereicht, in der er «Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe» verlangte, «in einer Zeit, in der vielleicht zu viele diese Eigenschaft verloren haben» (1774); später hatte er in einem «Nakás» unter dem Einfluss des Grossmeisters Nikíta Pánin und mit deutlicher Spitze gegen die Willkür- und Günstlingsherrschaft Katharinas seine Herrschaftsgrundsätze niedergelegt (1788): «Der Herrscher muss seinem Staate unverrückbare Regeln aufstellen, die auf dem allgemeinen Wohl beruhen und die er selbst nicht brechen darf.»

Als Kaiser hat er mit einer einzigen Ausnahme überhaupt keine festen Gesetze erlassen, sondern unsystematisch, ohne an das Bestehende anzuknüpfen und im Bestreben, alles anders zu machen als seine Mutter, eine Fülle widersprechender Verordnungen herausgegeben und dadurch die Verwirrung nur erhöht. Das einzige «Fundamentalgesetz» seiner Regierungszeit, die Thronfolgeordnung, ist allerdings sehr wichtig geworden. Die bisherige Unsicherheit in der Nachfolge, unter der Paul in der Furcht, um den Thron betrogen zu werden, selbst jahrelang gelitten hatte, wurde jetzt durch die gesetzliche Festlegung der männlichen Nachfolge nach dem Erstgeburtsrecht endlich beseitigt. Aber sogar an dieses einzige von ihm erlassene wichtige Gesetz hat Paul sich nicht gehalten und

Anstalten gemacht, es unter Ausschliessung seiner Söhne zugunsten eines Neffen seiner Frau – des vierzehnjährigen Herzogs Eugen von Württemberg – zu umgehen. Dazu ist es infolge seines gewalt-samen Todes nicht mehr gekommen.

Paul I. begann mit umfassenden Personaländerungen bei Hofe und in der Zivil- und Militärverwaltung; u.a. wurden sieben Feldmarschälle und 300 Generäle verabschiedet. Er hat damit zwar viele brauchbare Staatsdiener ausgetrieben, nicht aber den Potjómkinschen Geist, wenn man darunter eine Willkürherrschaft versteht. Denn die Art seiner Herrschaftsführung war eher noch mehr als die seiner Mutter durch persönliche Momente, Launen und Stimmungen gekennzeichnet. Zur Bekämpfung der moralischen Pest aus dem Westen, worunter er seit der Französischen Revolution in erster Linie die politische, d.h. die republikanische Pest verstand, liess er eine Art Eisernen Vorhang vor den Grenzen seines Landes niedergehen: Auslandsreisen wurden stark erschwert, Auslandsstudien ganz verboten, eine strenge Kontrolle der Ausländer eingeführt, die Einfuhr ausländischer Bücher, sogar Musikalien untersagt, strengste Zensurvorschriften erlassen, private Druckereien geschlossen, der Gebrauch verdächtiger Worte (wie Bürger, Gesellschaft, Repräsentant) und die Lektüre verdächtiger Autoren (wie z.B. Cicero) verboten.

Einerseits bedeutete das eine entschiedene Abgrenzung gegenüber Europa, andererseits hat aber Paul im direkten Gegensatz dazu europäische Einflüsse, sofern sie nicht republikanisch waren, vor allem preussisch-militärische, bis in einzelne Äusserlichkeiten hinein (Uniformen) so entschieden und politisch ebenso instinktlos wie sein Vater begünstigt, dass diese Form der fortgeführten Europäisierung nur Unzufriedenheit erregte, umso mehr, als die Verpreussung mit einem überstrengen Dienst und äusserst harten Strafen verbunden war. Die Absperrung gegenüber dem Auslande hatte allerdings einige wichtige Nebenfolgen. So konnte nach dem Verbot des Auslandsstudiums vom Kaiser die Erlaubnis zur Begründung einer deutschen Universität in Russland erwirkt werden (1798). Vier Jahre später, bereits nach dem Tode Pauls, wurde die Universität Dorpat mit deutschem Lehrkörper, deutschem Unterricht und deutscher Verwaltungssprache eröffnet. Sie ist zu

einem starken Pfeiler der Brücke zwischen Europa und Russland geworden.

Im Zusammenhang damit wurde bereits jetzt die später noch stärker in den Vordergrund tretende Frage akut, wieweit eine Europäisierung bei der Lage der Dinge notwendig mit einer Liberalisierung Hand in Hand gehen müsse, bzw. ob die Fortsetzung des Europäisierungsprozesses unter grundsätzlicher Ablehnung einer Liberalisierung nicht ein Widerspruch in sich selbst sei.

Auch in der Adels- und Bauernpolitik schlug Paul einen neuen Kurs ein, ohne allerdings durchgreifende Ergebnisse zu erzielen. Von einer starken Animosität gegen den Adel geleitet, befahl er in pathetischer Form «allen und jedem, darüber zu wachen, dass niemand und unter keinen Umständen es wage, am Sonntag die Bauern zur Verrichtung von Arbeiten zu zwingen», und empfahl den Seelenbesitzern, die Fronarbeit ihrer Leibeigenen auf drei Tage zu beschränken. Nur in diesem Punkt hat er die Lage der Bauern erleichtert; aufs Ganze gesehen hat er sie erschwert, indem er in noch grösserem Ausmass als seine Mutter Domänenbauern durch Schenkungen zu Adelsbauern machte; in viereinhalb Jahren hat er 600'000 Bauern verschenkt. An dem freien Handel mit Seelen, auch ohne Land, änderte sich nichts. Die Adelsprivilegien hat Paul wieder beschnitten, ohne damit aber ein klares Pflichtverhältnis des Adels dem Staate gegenüber zu erreichen.

Auch in der Aussenpolitik waren die Entscheidungen des russischen Kaisers sprunghaft und in hohem Grade durch persönliche Motive bestimmt. Im Ganzen aber vertiefte sich das Engagement Russlands an der europäischen Politik. In seine Regierungszeit fielen die grossen militärischen Erfolge des revolutionären Frankreich. Nach einer kurzen Pause, während der sich Paul aus dem Kriege heraushielt, trat er im Rahmen der dritten Koalition an der Seite Englands, Österreichs, der Türkei und Neapels unter der laut verkündeten Parole: «zur Wiederherstellung der Throne und Altäre» wieder in den Krieg ein. Er hatte das Glück, dass ihm ein Feldherr vom Range Suwórows dabei zur Verfügung stand. Im Zuge dieser Entwicklung haben russische Truppen nicht nur in den östlichen Teilen Europas, sondern auch in Mitteleuropa bis nach

Oberitalien und die Schweiz hinein gekämpft und gesiegt. Besonders berühmt wurde der Alpenübergang Suwórows von Süden nach Norden (im Spätherbst 1799). Gleichzeitig (1798/1799) operierte die russische Flotte unter Admiral Uschakow erfolgreich im Mittelmeer. So begannen die russischen Soldaten sogar noch vor ihren Kaisern in Europa, d.h. auf den europäischen Kriegsschauplätzen, heimisch zu werden.

Besonders deutlich wurde die Verquickung russischer politischer Interessen mit typisch abendländischen Belangen anlässlich der Unterstellung des in Malta residierenden Johanniterordens, der sich jetzt Malteserorden nannte, unter russische Schutzherrschaft. Das Ordenskapitel wurde nach Petersburg verlegt und der orthodoxe Kaiser des Russischen Reiches zum Grossmeister des während der Kreuzzüge in Palästina begründeten katholischen Ordens gewählt. Der Hilferuf der Malteser hatte wesentlich zum Eingreifen Pauls in den Krieg beigetragen; später führte die Besetzung Maltas durch die Engländer zu seinem Bruch mit England und zu einer ebenso abrupten wie überraschenden Schwenkung an die Seite Napoleons. Auch der phantastische Plan und die konkrete Vorbereitung eines Indienfeldzuges, um die Engländer zu schädigen, hing damit zusammen. Alle diese Dinge reiften aber nicht aus, da der Tod Pauls eine vollständig neue Situation schuf.

Kaiser Paul I. war einer jener verrannten Ideologen, die über ihren eigenen Ideen und dem damit eng verknüpften Prestigebedürfnis das Augenmass für die Realitäten und schliesslich für sich selbst und die eigenen Möglichkeiten verlieren und in deren Händen dann die Macht zu einer akuten Gefahr wird. Um der Idee der Autokratie und um des kaiserlichen Prestiges willen war er auf der einen Seite bereit, das Russische Reich unbedenklich in einen Krieg zu verwickeln, und auf der anderen Seite gewillt, jeden zu vernichten, der sich ihm in den Weg stellte. Dabei steigerte er sich in einen sturen Grössenwahn hinein: «Gross ist der, mit dem ich spreche und solange ich mit ihm spreche.»

Seit er sich in wachsendem Misstrauen auch dem Einfluss seiner Frau und seiner Familie entzogen hatte, traten bei ihm Krankheitserscheinungen so deutlich hervor, dass sich bei Hofe unter Führung des Militärgouverneurs von Petersburg, Graf Peter Pah-

len, und zahlreicher anderer führender Persönlichkeiten eine Verschwörung bildete mit dem Ziel, den Kaiser auf dem altbewährten Wege einer Palastrevolution zu entthronen. Der Thronfolger Alexander, von Pahlen in den Plan eingeweiht, hatte seine Zustimmung unter der Bedingung gegeben, dass das Leben seines Vaters dabei geschont werde. Pahlen hat ihm das mit einem «heiligen Eide» versprochen. Später hat er dazu erklärt: «Ich war nicht so unsinnig, mich an das zu halten, was ich Alexander versprochen hatte. Es galt einfach seine Gewissensbedenken zu besänftigen ... Ich wusste nur zu gut, dass man Revolutionen entweder gar nicht anfangen oder bis zu Ende führen muss und dass, wenn Paul am Leben blieb, die Pforte des Gefängnisses sich bald geöffnet hätte.»

Die Palastrevolution fand in der Nacht vom 23. auf den 24. März 1801 ohne persönliche Beteiligung Pahlens statt. Aber mehrere erbitterte persönliche Gegner des Kaisers waren dabei. Bei der Aktion wurde der Kaiser jedenfalls mit vorbedachter Absicht ermordet (mit einer seidenen Schärpe erdrosselt). Die Situation bei dieser – der letzten – Palastrevolution in der russischen Geschichte war sehr verschieden von jener des Jahres 1762, die Katharina auf den Thron brachte. Im Ausland war allerdings schon seit Jahren eine Wiederholung der Vorgänge von 1762 erwartet und sogar öffentlich in der Presse – im Pariser «Moniteur» – prophezeit worden, dass Paul einmal das Schicksal seines Vaters teilen werde, «wenn das Herz der Grossfürstin nicht das Heim aller Tugend ist».

Aber das Ausland täuschte sich. Auch wenn das Herz der Kaiserin Márja Fjódorowna nicht das Heim aller Tugenden gewesen ist – die Rolle Katharinas wollte sie nicht spielen. Bei dieser Palastrevolution dürstete niemand danach, anstelle des untragbar gewordenen Herrschers die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Dieses Mal wollte keiner auf revolutionärem Wege eine unrechtmässige Nachfolge antreten, denn dieses Mal ging es im Gegenteil darum, dem rechtmässigen Erben, ohne dass er im Geringsten dazu drängte, den Thron zu sichern. Nachdem der vierundzwanzigjährige Alexander den tödlichen Ausgang der Aktion erfahren hatte, zeigte er keine Lust, an die Stelle seines

Vaters zu treten. Nach einem zeitgenössischen Bericht hat Pahlen das ganze Gewicht seiner eindrucksvollen Persönlichkeit einsetzen müssen, um ihn dazu zu veranlassen. Mit den Worten: «C'est assez faire l'enfant – allez regner!» schickte er den Widerstrebenden auf den Thron.

### *Alexander I.*

Trotz der düsteren Vorgänge beim Thronwechsel wurde dem jungen Alexander die Übernahme der Herrschergewalt sehr leicht gemacht. Eine Welle der Sympathie schlug ihm entgegen. Nach der kurzen Zeit des drückenden Regimes seines Vaters setzte man in allen Kreisen die grössten Erwartungen auf ihn.

Alexander hat diese Erwartungen zum grossen Teil erfüllt, zum Teil auch übertroffen, zu einem anderen Teil aber schwer enttäuscht. Erfüllt hat er sie im Menschlichen, durch sein gütiges, verstehendes und vielleicht mehr, als politisch klug war, verzeihendes Wesen. Er übertraf die Erwartungen durch sein diplomatisches Geschick und seine Erfolge in der Aussenpolitik, und er enttäuschte die Hoffnungen durch seinen Mangel an Festigkeit und auch an Interesse an den inneren Verhältnissen seines Landes.

Alexander I. war ein oberflächlicher Mensch, eine wesentlich extensive Natur. Er mochte es nicht, den Dingen auf den Grund zu gehen und verabscheute es schon als Knabe, sich anzustrengen. Beides wäre aber zur Behebung der immer bedenklicher werdenden und als solche auch von ihm erkannten sozialen, politischen und finanziellen Übelstände in seinem grossen Reich unerlässlich gewesen. Alexander hat sowohl zu seinen Lebzeiten wie nachträglich bis in unsere Tage hinein sehr scharfe Kritiker gefunden. Man hat ihm Unaufrichtigkeit, Doppelzüngigkeit, Falschheit, Schwäche und den Mangel gerade jener Eigenschaften vorgeworfen, deren ein Staatsmann bedarf. Andererseits ist Alexander schon von seinen Zeitgenossen über alle Massen gepriesen, geliebt und geradezu vergöttert worden, und der Charme seiner Persönlichkeit wirkt noch über ein Jahrhundert nach. Bereits zu seinen Lebzeiten wurde er «der Gesegnete» genannt, und in seiner Familie, also unter den

Menschen, die ihn am besten kannten, hatte er den Spitznamen l'ange.

Etwas «Engelhaftes» war ihm in der Tat eigen, insofern als das Unsaubere und Gemeine an ihm nicht haften blieb. Er ist wahrscheinlich durch tiefere Niederungen des politischen und auch des persönlichen Lebens gegangen als viele seiner Zeitgenossen, aber sonderbar unberührt davon geblieben. Er konnte daraus Vorteile im politischen und persönlichen Intrigenspiel ziehen, in das er sein Leben lang verwickelt war und in dem er sich oft überlegen zeigte. Er war kein überragender Staatsmann, denn es fehlte ihm an echtem Gestaltungswillen. Das wurde bei seinem Versagen in der Innenpolitik deutlich. Er war aber in eine Zeit gestellt, die, jedenfalls bis zum Jahre 1815, vollständig durch aussenpolitische Vorgänge beherrscht wurde, denen auszuweichen weder ihm selbst noch seinem Reich möglich war. Er hat sich den daraus sich ergebenden Anforderungen gestellt und sich dabei nicht nur um Russland, sondern auch um Europa, zumal um Deutschland, kaum zu überschätzende Verdienste erworben.

Alexander war ganz frei von Machtgier, Überheblichkeit und jeder Hybris. Diese Veranlagung des russischen Kaisers hat schwerwiegende geschichtliche Folgen nach sich gezogen. Als er nach dem Sieg über Napoleon auf der Höhe seiner Erfolge und seines Ruhmes stand, schrieb der junge und begabte Alexander Micháilowskij-Daniléwskij, ein Mann seiner nächsten Umgebung, zwar in überschwenglichem Ton, aber im Kern doch zutreffend über ihn: «Ich weiss nicht, ob jemand von der Natur so reich beschenkt worden ist wie Kaiser Alexander. Sie gab ihm Verstand, Schönheit, Festigkeit im Unglück, Mässigung im Glück, ein umfassendes Gedächtnis, die Gabe der Rede, eine starke Gesundheit. Sie legte ihm das weiteste Reich der Welt in die Hände, ein tapferes Volk, das ihn vergöttert. Er vollführte Taten, die die Welt für unausführbar hielt, und hatte in seinem Leben Augenblicke, die so glänzend waren, dass nichts Gleiches vorher gesehen war. Er erreichte die höchste Höhe menschlicher Grösse.» Um dieses hohe Lob recht zu bewerten, muss man sich vergegenwärtigen, welchen Versuchungen er als der damals mächtigste Mann auf der Welt ausgesetzt war. Alexander hatte eine sehr seltene

und nicht hoch genug einzuschätzende Gabe, nämlich die Kraft, die ihm zugefallene Machtfülle ertragen zu können, ohne im Politischen den Versuch zu machen, sie zu missbrauchen und ohne im Menschlichen ihr zu erliegen.

Schon als Thronfolger hatte er sich wiederholt mit dem Gedanken getragen, auf das Recht der Nachfolge zu verzichten; zeit seines Lebens hatte er grosse Freude daran, sich als Privatmann unter die Menschen zu mischen und nur durch sein persönliches Wesen, nicht durch seinen hohen Rang seine Mitmenschen für sich zu gewinnen. Sechszwanzigjährig erklärte er, mit fünfzig Jahren abdanken zu wollen, um Jüngeren den Weg frei zu machen, und als er siebenundzwanzigjährig unerwartet starb, wurde das Gerücht sofort geglaubt, dass er freiwillig auf die Macht verzichtet und sich als Pilger nach Palästina oder als Einsiedler nach Sibirien begeben habe.

Im Unterschied zu seiner Grossmutter bevorzugte Alexander den Umgang mit älteren, reiferen Menschen. Er bedurfte nicht des Gewichtes höheren Lebensalters, um sich anderen gegenüber zur Geltung zu bringen. Gewiss war es Schicksal, dass alle grossen Gegen- und Mitspieler des jungen russischen Kaisers auf der Bühne der internationalen Politik älter waren als er – Napoleon und Metternich, der Kaiser Franz und der König Friedrich Wilhelm, Talleyrand, Pitt und Castlereagh, Stein und Hardenberg und die vielen Generäle, mit denen er während des Krieges zu tun hatte. Auch viele Frauen, mit denen er im politischen wie im persönlichen Leben in nähere Berührung kam, waren älter als er, wie z.B. Juliane von Krudener und die Königin Luise von Preussen. So war Alexander unter den führenden Persönlichkeiten seiner Zeit immer der jüngste. Aber auch seine Mitarbeiter und Ratgeber, die er sich selbst wählte, waren älter als er selbst, von Speránskij bis Araktschéjew; selbst in seinem intimen Freundeskreis, d.h. unter den Vertretern der jungen Generation, war Alexander der jüngste (geb. 1777).

Als Thronfolger hatte er unter dem Einfluss seines Lehrers, des Schweizer Laharpe, gestanden, eines Freidenkers und überzeugten Anhängers der Aufklärung, den Katharina noch in der Zeit, als sie darum bemüht war, ihre Taten jedenfalls bis zu einem gewissen Grade in Einklang mit ihren Worten zu bringen, ihren Enkeln zum Erzieher bestellt hatte. Später beeilte sie sich, den Republikaner



wieder nach Hause zu schicken. Aber Alexander holte ihn nach seinem Regierungsantritt wieder zurück. Laharpe hat in ihm den Glauben an die Vernunft und die Liebe zur Tugend geweckt und bei ihm den Entschluss zu durchgreifenden liberalen Reformen reifen lassen. Ethisch ist der Einfluss des Schweizers ohne Zweifel hoch einzuschätzen, ob es aber politisch richtig war, dem künftigen Herrscher des riesigen, vielgestaltigen und unübersehbaren Russischen Reiches die staatliche Struktur der kleinen, einheitlichen und leicht überschaubaren Genfer Republik als Muster hinzustellen, erscheint doch recht fraglich.

Alexander hat 24 Jahre regiert (1801-25). Seine innere Politik war von vornherein durch eine Diskrepanz gekennzeichnet, nicht wie bei seiner Grossmutter zwischen Worten und Taten, wohl aber zwischen seinem Wollen und den realen Möglichkeiten. Gleich nach seinem Regierungsantritt stürzte sich der junge Kaiser in die Verwirklichung seiner Reformideen. Zunächst grenzte er sich betont vom unpopulären Herrschaftssystem seines Vaters ab und berief sich gleich in seinem ersten Manifest auf Katharina, die er «die Grosse» nannte und auf deren «vorgezeichnetem Wege weiterzuschreiten» er versprach. Die Atmosphäre, die er dabei zu schaffen verstand, war von der Freudenhausatmosphäre seiner Grossmutter ebenso verschieden wie von der Kasernenhofatmosphäre seines Vater. Vorsichtig und in liebenswürdige äussere Formen gekleidet, schaltete er ihm unwillkommene Einflüsse – nicht immer zu seinem Vorteile! – aus, so z.B. den Einfluss seiner Mutter oder den Pahlens oder den der anfangs noch übernommenen Würdenträger aus der Zeit Katharinas, wie z.B. Dershawins, der 1802 Justizminister wurde. Alexander umgab sich mit Vertretern der jungen Generation, seinen persönlichen Freunden, die, begabt und gebildet, liberal und reformfreudig wie er selbst, sich zu einem «intimen Kreis» um den jungen Kaiser zusammenschlossen. Dazu gehörten der Graf W. Kotschubéj (der mit vierundzwanzig Jahren bereits Gesandter war), Graf Paul Stróganow (der achtundzwanzigjährig Vizekanzler wurde), dessen Vetter N. N. Nowosílow (der spätere Autor des Verfassungsprojektes) und der Pole Fürst Adam Czartorýski (der spätere Aussenminister, der als Geisel nach Petersburg gekommen

und mit Alexander zusammen erzogen worden war). Aus ihnen bildete Alexander das sog. Geheime Komitee (neglasnyj komitét), in dem formlos und in freundschaftlicher Aussprache schriftlich nicht niedergelegte, aber für die ersten zwei Jahre der Regierung Alexanders praktisch wichtig gewordene Entschlüsse gefasst wurden. Dank der erhaltenen Tagebuchaufzeichnungen Kotschubéjs sind wir darüber informiert.

Der unter Einfluss dieses Kreises eingeschlagene Kurs war darauf gerichtet, durch die Wiedergewinnung des geistigen Anschlusses an Europa und durch eine liberale Politik den Weg zu einer völligen Integrierung Russlands in Europa zu öffnen. Der «Eiserne Vorhang» Pauls wurde beseitigt, Auslandsreisen und Auslandsstudien gestattet und die Einfuhr europäischer Literatur erlaubt, worauf sich eine Flut von Druckschriften aus dem Westen über Russland ergoss. Damit war der unmittelbare Anstoss und gleichzeitig die Voraussetzung zum schnellen Aufblühen der russischen Literatur gegeben. Im Zuge dieser Entwicklung erhielten auch die Universitäten nach ausländischem Muster Lehrfreiheit und weitgehende Selbstverwaltung. In Dorpat (1802), Charkow (1803), Kasan (1804) und Wilna (1803) wurden neue Universitäten begründet; später auch in Petersburg (1819) und in Warschau (1818). Die ohne Gerichtsurteil verschickten Adligen, darunter Radíschtschew, erhielten die Erlaubnis zur Rückkehr. Dem Adel wurden seine Privilegien wiederhergestellt und nichtadligen Kaufleuten das Redtt gewährt, Grundbesitz – ohne Leibeigene – zu erwerben. In der arg zerrütteten Zentralverwaltung wurden die Kollegien durch Ministerien mit möglichst klar abgegrenzten Kompetenzen ersetzt, eine Massnahme, die die Verantwortlichkeit insofern klärte, als an die Stelle des Kollegialprinzips das Prinzip der persönlichen Leitung eines Ressorts durch dafür verantwortliche Minister trat. Auch Glieder des Geheimen Komitees wurden zu Ministern (Kotschubéj) bzw. zu Ministergehilfen (Ströganow – Innen, Czartorýski – Aussen, Nowosilzew – Justiz) ernannt. Unter dem Vorsitz des Kaisers trat das Ministerkomitee zur Beratung zusammen.

Der Reformeifer Alexanders und seiner Freunde begnügte sich aber nicht damit, sondern wandte sich auch den eigentlichen Kern-

fragen zu: der Leibeigenschaft und dem autokratischen Herrschaftssystem. Die Aufhebung der Sklaverei und die Umwandlung Russlands in einen Rechtsstaat war das Ziel. Allerdings mussten sich auch die intimen Freunde bald davon überzeugen, dass dieses Ziel auf sehr grosse praktische Schwierigkeiten und vor allem auf eine erbitterte Gegnerschaft des seit Katharina so verwöhnten Adels stossen würde. Der Kaiser wollte einerseits Konflikte vermeiden, gleichwohl aber seinen Willen durch Taten belegen. So machte er zwar die ersten Schritte, kam aber darüber nicht hinaus.

Im Gegensatz zu seiner Grossmutter und zu seinem Vater lehnte Alexander es von vornherein ab, die Lage der Bauern durch weitere Schenkungen zu verschlechtern; anlässlich seiner Krönung blieben die üblichen Bauernschenkungen aus. Zwei Jahre später erfolgte der erste Schritt zur späteren Bauernbefreiung: ein Gesetz über die «Freien Ackerbauern» (o woljnych chlebopaszchach, 1803) gestattete eine private Bauernbefreiung unter Überlassung von Grund und Boden an die Bauern als Eigentum gegen eine vertraglich festgesetzte Entschädigung.

Es ist richtig, dass verschuldeten Seelenbesitzern damit «eine Möglichkeit der Geldbeschaffung» gegeben wurde und dass mit der Ersetzung von Leibeigenen durch rechtlich freie Arbeitskräfte eine Tendenz gefördert wurde, «die auf die Einführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hinzielte», wie von sowjetischer Seite hervorgehoben wird. Und es ist auch richtig, dass die praktischen Folgen dieses Gesetzes nur sehr gering waren, da im Ganzen nur rund 47'000 Bauern, d.h. etwa  $\frac{1}{2}$  %, freigelassen wurden.

Aber die Bedeutung dieses Gesetzes ist nicht nur in seinen ökonomischen Folgen zu sehen. Der fortgesetzten Verschlechterung der bäuerlichen Rechtslage wurde damit endlich ein Ende gesetzt. Dieses Gesetz bedeutet eine Wende zur Besserung. Es ist die Voraussetzung für die allgemeine Bauernbefreiung in den russischen Ostseeprovinzen (1814-1817) gewesen, womit innerhalb des Russischen Reiches ein eindrucksvolles Beispiel gegeben war. Diese Bauernbefreiung fand auf Initiative des baltischen Adels statt, aber der russische Adel folgte dem Beispiel nicht, so dass das Gesetz aufs Ganze gesehen ohne die gewünschten Ergebnisse blieb.

Der Plan einer liberalen Rechtsreform blieb bereits schon im Anlauf stecken. Alexander wollte, gleichsam als Gegenstück zum Gnadenbrief des Adels, auch einen Gnadenbrief für das Volk, eine «habeas corpus»-Akte nach englischem Beispiel erlassen; es sollten dadurch die Untertanen vor Willkürakten der Bürokratie geschützt, eine mehr als drei Tage währende Haft an ein Gerichtsurteil gebunden und gleichzeitig Glaubens- und Gedankenfreiheit gewährleistet werden. Ein entsprechendes Manifest war bereits ausgearbeitet. Aber vor einem Gesetz schreckte Alexander zurück in der jedenfalls berechtigten Befürchtung, dass die Regierung sich gezwungen sehen könnte, selbst das Gesetz zu übertreten. Der junge Kaiser, wie seine Freunde ohne Erfahrung in Verwaltungsdingen, fühlte sich unsicher und jedenfalls in seinen Ansichten nicht gefestigt genug, um die gleiche Selbständigkeit und Standhaftigkeit zu zeigen wie später in der Aussenpolitik. Er verlor erstaunlich schnell, bereits seit dem Jahr 1803, das Interesse für seine Reformpläne wie für die innere Politik überhaupt. Seine liberalen Ideen gab er damit allerdings nicht auf, und die Reformpläne wurden einige Jahre später in engster Anlehnung an europäische Vorbilder von Speránskij aufgenommen, der inzwischen als ein neuer Stern am Himmel der Petersburger Öffentlichkeit aufgestiegen war (vgl. S. 429).

Seit dem Jahre 1804 wurden aber alle Vorgänge im Inneren des Landes von den grossen Weltereignissen überschattet, in die Russland jetzt wieder hineingezogen wurde.

### *Um die Befreiung Europas*

Das Schwergewicht der Regierung Alexanders lag eindeutig im Aussenpolitischen. Die Gesamtentwicklung in Europa stand bis 1815 im Zeichen Napoleons. Der Kaiser der Franzosen und nicht der russische Kaiser hat diesem Zeitalter seinen Namen gegeben. Napoleon war der Motor, der die Ereignisse vorwärtstrieb, Alexander war veranlasst, darauf entsprechend zu reagieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist seine Politik zu verstehen. Alexander hat die Aussenpolitik sehr persönlich, oft eigenwillig und in scharfem

Gegensatz zu seiner Umgebung und seinen Ratgebern selbstverantwortlich geführt. Die Widerstände hat er meist überwunden, gelegentlich ihnen Rechnung getragen, aber die Zügel immer in den Händen behalten. Diese Politik war, wie Alexander selbst, sehr elastisch und den jeweiligen, sich schnell wandelnden Umständen weitgehend angepasst, wechselhaft und oft undurchsichtig. Sie hat in seinem eigenen Lande und bei seinen Partnern wie bei seinen Feinden im Ausland oft mehr Misstrauen als Vertrauen erweckt und hat ihm bittere Vorwürfe und schliesslich auch mitleidige Ironie (im Zusammenhang mit der Heiligen Allianz) eingetragen. Aber die Ergebnisse haben sie – jedenfalls bis 1815 – gerechtfertigt.

In der Aussenpolitik Alexanders sind deutlich fünf verschiedene Phasen zu unterscheiden: 1801-1804 Neutralitätspolitik, 1805 bis 1807 Krieg mit Napoleon, 1807-1811 Bündnis mit Napoleon, 1812-1814 zweiter Krieg mit Napoleon, ab 1815 Heilige Allianzpolitik.

In der ersten Phase hielt sich Alexander aus den Kämpfen der europäischen Mächte heraus. Das törichte Indienunternehmen seines Vaters liquidierte er sofort, darin unterstützt von einer betont anglophilen Gruppe in Petersburg, zu der auch seine intimen Freunde gehörten, Kotschuběj, Czartorýski und der Kanzler Woronzow. Auch Malta war ihm eine Belastung des Verhältnisses zu England nicht wert. In diese Periode der Neutralitätspolitik fiel übrigens sein erster Auslandsbesuch; er galt Preussen (1802). Dieser Besuch und Alexanders erste Begegnung mit der Königin Luise steht am Anfang der traditionell gewordenen und sich durch das ganze 19. Jahrhundert ziehenden russisch-preussischen Freundschaft.

Aber die Weltereignisse – die Kaiserkrönung Napoleons, seine Übergriffe in Italien und in Deutschland – zogen auch Russland, wollte es sich nicht ganz an Europa desinteressieren, in den Kampf der Mächte wieder hinein. Der äussere Anlass war ein scharfer Protest Alexanders wegen der Entführung und Erschiessung des Herzogs von Enghien (1804). Es folgte das Bündnis mit England und die erneute Beteiligung Russlands am dritten Koalitionskrieg.

Schon damals wurde an Alexander von verschiedenen Seiten (so z.B. von dem in Petersburg geborenen Italiener Piatelli) ein Gedanke herangetragen, für den er sich sehr empfänglich zeigte, der Gedanke nämlich, dass er vom Schicksal dazu ausersehen sei, eine «Neuordnung der Welt unter russischer Führung gegen den Despotismus Napoleons» zu vollziehen. Im Banne einer solchen Vorstellung erneuerte Alexander in Potsdam durch einen feierlichen, recht theatralisch vollzogenen, Schwur am Grabe Friedrichs des Grossen die Freundschaft mit Preussen, die durch ein Bündnis besiegelt wurde (1805). Der Zweck des Vertrages sollte sein, «Europa ein neues System zu geben».

Mit so hoch gesteckten Zielen, im Gefühl, für das Schicksal Europas die Verantwortung zu tragen, durchaus nicht in einem spezifisch russischen Machtinteresse, sondern betonterweise, um «die Völker zu befreien», zog der russische Kaiser in den Krieg gegen den öffentlich und laut zum «Götzenanbeter, der sich von Juden als Messias hat ausrufen lassen» und zum «Antichristen» erklärten Napoleon. Der Krieg (1805-1807) hat bekanntlich zu einem Triumph Napoleons ohnegleichen und zu einer vollständigen Niederlage der Verbündeten geführt. Der so grosssprecherisch begonnene erste Anlauf Alexanders zum hohen Ziel einer Befreiung Europas endete mit einem kläglichen Fiasko. Nach dem Vordringen Napoleons bis in den osteuropäischen Raum, und nachdem die Franzosen Warschau, Danzig und schliesslich Königsberg besetzt hatten, sah Alexander sich veranlasst, weniger an die Befreiung Europas als an die Sicherheit Russlands zu denken. Denn zu eben dieser Zeit kamen auch die Türken, durch die russische Niederlage ermutigt und durch die napoleonische Diplomatie dazu ermuntert, ihm mit einem neuen Krieg auf den Hals (1806). Alexander warf darauf das Steuer herum und ging auf den ihm von Napoleon gemachten Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens ein.

Der berühmten Begegnung der beiden Kaiser auf dem Floss im Njemen folgte im Rahmen des Friedens von Tilsit ihr zunächst geheim abgeschlossenes Bündnis (Juli 1807). Ihm lag der im Laufe der Geschichte immer wieder auftauchende Gedanke zugrunde, den Kontinent durch eine scharfe Abgrenzung zwischen West und Ost

in zwei Herrschaftsbereiche zu teilen. Den gleichen Gedanken hatte früher Katharina mit ihrem Geheimprojekt verfolgt, und den gleichen Gedanken hat später Hitler beim Abschluss seines Paktes mit Stalin gehabt, nur dass die Grenzziehung je nach den Umständen verschieden geplant war.

Napoleon sah die Weichsellinie als Grenze vor und billigte Alexander auch ausdrücklich die Herrschaft über Finnland und Schweden zu. Gemeinsam sollte die Frontstellung gegen das kontinentfremde England sein (Beitritt Russlands zur Kontinental Sperre). Alexander nahm den napoleonischen Teilungs- und Herrschaftsplan unter dem Zwang der Verhältnisse an. Er unterhöhlte ihn aber von vornherein dadurch, dass er die Erhaltung des, wenn auch verstümmelten, Königreichs Preussen unter dessen angestammten Dynastie erreichte (bekanntlich wollte Napoleon Preussen seinem Bruder Jerome geben). Seine eigene Herrschaft auch über Schweden auszudehnen, hat Alexander nie angestrebt. Finnland hat er dagegen als Grossfürstentum dem Russischen Reich einverleibt (1809) und später, kurz vor dem Einfall Napoleons, auch Bessarabien annektiert (1812). Beim Erwerb Finnlands stellte Alexander – wie später beim Erwerb Kongresspolens – unter Beweis, dass er entschlossen war, die politische und nationale Eigenständigkeit des neu gewonnenen Landes in dessen Interesse zu wahren und zu fördern. Er versprach dem finnischen Volk, ihm «eine politische Existenz» zu geben und gelobte, Finnland seine Religion, seine Verfassung, seine ständische Vertretung und Selbstverwaltung unverrückt zu erhalten. Er hat das auch getan. Den Finnen hat er glaubwürdig versichert, dass ihm die in Finnland bestehende – konstitutionelle – Regierungsform mehr zusage als die Selbstherrschaft.

Die Frage, ob Alexander das Bündnis mit Napoleon von vornherein mit dem Hintergedanken geschlossen hat, es bei sich bietender Gelegenheit wieder zu brechen, ist strittig. Seine Tagebücher, die darüber Auskunft geben könnten, sind nicht erhalten. Ebenso strittig sollte 132 Jahre später die Frage werden, ob Stalin sein Bündnis mit Hitler mit der vorgefassten Absicht geschlossen hat, es zu brechen. Faktisch sind beide mit ihrem ehemaligen Bündnispartner in Krieg geraten.

Nach unserer heutigen Kenntnis ist es sicher, dass Alexander bereits seit dem Sommer 1808 sich zumindest mit dem Gedanken trug, wahrscheinlich bereits den festen Plan gefasst hatte und Vorbereitungen dazu traf, sich nicht nur aus dem Bündnis mit Napoleon zu lösen, sondern dessen Sturz herbeizuführen, um seine Befreiungsidee Europas zu verwirklichen. Auf dem Wege nach Erfurt (September 1808) schrieb er an seine Mutter: «Tun wir so, als ob wir fest zur Allianz hielten, nur so können wir den Verbündeten in Sicherheit wiegen. Gewinnen wir Zeit. .. Kommt die Stunde, dann werden wir am Sturz Napoleons in aller Ruhe mitwirken.»

Und einen Monat später – in Erfurt – hörte er seinen Lieblingsgedanken als einen Appell an ihn aus dem Munde des napoleonischen Ministers Talleyrand: «Es ist Ihre Aufgabe, Sire, Europa zu retten. Sie werden das erreichen, wenn Sie Napoleon die Stirn bieten.» Fast mit den gleichen Worten hatte kurz vorher in Königsberg die Königin Luise ihn unter Tränen angefleht: «Ich beschwöre Sie, trauen Sie ihm nicht. In Ihrer Hand liegt es, Europa zu retten.» Nach aussen hin zeigte Alexander sich in Erfurt als treuer Bundesgenosse Napoleons, aber im persönlichen Gespräch vereitelte er mit Geschick die Absicht des Kaisers der Franzosen, Russland durch eine Ehe mit Alexanders jüngster Schwester Anna auch dynastisch an sich zu binden.

Die fünf Jahre des russisch-französischen Bündnisses waren für Russland und für Alexander persönlich eine sehr kritische Zeit. Der Plan des Kaisers, sich von Napoleon abzuwenden, musste geheim bleiben. Aber der frankophile aussenpolitische Kurs löste in Russland eine wachsende Opposition aus, die durch die empfindlichen wirtschaftlichen Einbussen infolge der Beteiligung an der Kontinentalsperre (Rückgang des Getreideexportes, an dem der Adel besonders interessiert war) neue Nahrung fand. Zu dieser Opposition gehörten unter anderen die anglophilen intimen Freunde des Kaisers wie Czartoryski – der bis zum Kurswechsel Aussenminister gewesen war –, und auch seine nächsten Verwandten, einschliesslich seiner Mutter. Mittelpunkt dieses Oppositionskreises war die damals neunzehnjährige Liebblingsschwester Alexanders, Katharina, die spätere Königin von Württemberg, eine ebenso gescheite und ehrgeizige wie anziehende Frau. Die



Situation wurde noch dadurch verschärft, dass in eben dieser Zeit der Protégé des Kaisers, der von vielen wegen seiner geringen Herkunft und wegen seines Liberalismus angefeindete Speránskij, als Leiter der Innenpolitik eine ausserordentlich starke Stellung gewonnen hatte und durch seine am französischen Vorbild ausgerichteten liberalen Reformpläne in konservativen und altrussischen Kreisen starkes Ärgernis erregte. Die Lage wurde so kritisch, dass bereits Gerüchte über eine Absetzung Alexanders in Umlauf gesetzt wurden, und ausländische Beobachter meinten, es würde «kein anderes Mittel übrig bleiben, um aus der gefährlichen Situation herauszukommen, als die berüchtigte ‚asiatische Kur‘. . . Der Kaiser sollte daran denken, wie sein Vater gestorben ist!» (de Maistre).

Alexander ist bekanntlich der asiatischen Kur entgangen. Er hat aber in dieser schwierigen Zeit ebensoviel Geschick wie Standhaftigkeit gezeigt. Nach aussen hielt er bis 1812 am Bündnis mit Napoleon fest und desgleichen auch an Speránskij. Gleichwohl gelang es ihm, die ihm drohenden und ihn beschwörenden Gegner von einer Aktion abzuhalten. Der neue Krieg mit Napoleon (1812) änderte von Grund auf die Situation.

Der von Alexander geheim vorbereitete Bruch, der notwendig zu einem Kriege führen musste, kündigte sich seit 1809 immer deutlicher an. Auf die einzelnen Symptome – es gab deren viele – braucht hier nicht eingegangen zu werden. Taktisch verfuhr Alexander dabei so, dass die Initiative bei Napoleon blieb und der Krieg somit eindeutig durch den Kaiser der Franzosen in der Form eines Überfalls auf Russland – ohne vorherige Kriegserklärung – ausgelöst wurde.

Der Feldzug von 1812 hat Russland neue Belastungen gebracht, die sowohl militärisch wie vor allem politisch weit schwerer wogen, als Alexander es erwartet hatte. Dieser, von den Russen als vaterländischer Krieg bezeichnete, Feldzug hat nicht nur die Wende im Schicksal Napoleons gebracht und Alexander zu Triumphen geführt, die auch das noch übertrafen, was er sich selbst erträumt hatte. Er hat eine russische nationale Tradition entstehen lassen, die bewusst auch von den Bolschewiken, besonders während des Zweiten Weltkrieges, gepflegt worden ist.

Der Feldzug von 1812 ist für viele mit der Vorstellung eines kalten Winters verknüpft, und die Ansicht ist verbreitet, dass der «General Winter» entscheidend zur Niederlage Napoleons beigetragen habe. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass der Feldzug bereits beendet war, bevor der Winter überhaupt begonnen hatte. Am 18. Dezember (30. Dezember neuen Stils) hatte der letzte Rest der völlig aufgeriebenen Grossen Armee Napoleons bereits wieder russischen Boden verlassen. Während des Rückzuges, der bei mildem Wetter am 7. Oktober (19. Oktober neuen Stils) begann, hatte der Vorwinter mit Schnee und vorübergehendem stärkeren Frost eingesetzt. Die Katastrophe beim Übergang über die Beresina entstand ja gerade dadurch, dass der Fluss noch offen war. Ein Flussübergang in Russland im Winter, und noch dazu in einem strengen, ist überhaupt kein Problem. Erst nach der Katastrophe an der Beresina setzte scharfer Frost ein. Mit dem wirklich strengen Winter, den die Armeen Hitlers 1941/42 durchzustehen hatten, kann der Vorwinter von 1812 überhaupt nicht verglichen werden.

Bekanntlich begann Napoleon seinen Angriff, «um dem verhängnisvollen Einfluss Russlands, der schon seit fünfzig Jahren die Geschehnisse Europas bestimmt, ein Ende zu bereiten», am gleichen Tage wie Hitler 129 Jahre später: am 22. Juni (neuen Stils). Die für einen Vormarsch auf Moskau notwendige Zeit hatte Napoleon richtig eingeschätzt. Die mörderische Entscheidungsschlacht rund 100 Kilometer vor Moskau bei Borodinö wurde am 26. August (7. September neuen Stils) bei warmem Herbstwetter geschlagen. Eine Woche später war der Kaiser der Franzosen in Moskau, das am Tage darauf abbrannte.

Die militärische Rechnung Napoleons hatte gestimmt, aber seine politische Rechnung ging nicht auf. Das lag an Alexander. Die Niederlage Napoleons im Jahre 1812 begann im Bereich des Politischen. Napoleon hatte die Absicht gehabt, Alexander zu Verhandlungen und zu einem erneuten gemeinsamen Vorgehen gegen England zu gewinnen. Bereits eine Woche nach seinem Einfall in Russland hatte er seinen ersten Verhandlungsvorschlag gemacht. Alexander hatte als Voraussetzung die Zurücknahme der französischen Truppen über die Grenze verlangt. Darauf hatte Napoleon

gereizt den russischen Unterhändler General Balaschow gefragt, welches der nächste Weg nach Moskau sei, worauf ihm Balaschow, laut eigenem Bericht, die schlagfertige Antwort gab: «Es gibt viele Wege. Karl XII. hat den über Poltawa gewählt.»

Nachdem es Napoleon besser ergangen war als Karl XII. bei Poltawa und er seinen Einzug in Moskau gehalten hatte, war er sicher, dass Alexander wenn nicht kapitulieren, so jedenfalls zu Verhandlungen bereit sein werde. Dreimal hat er gleich nach der Einnahme Moskaus versucht, Verhandlungen mit Alexander aufzunehmen – durch den russischen General Tutolmin, durch den zufällig in Moskau hängengebliebenen Vater Alexander Herzens, Iwán Jákowlew, und durch den französischen General Lauriston. Jedesmal blieb er ohne Antwort. Der russische Kaiser liess nicht mit sich reden, und die früher einmal geäußerte Absicht Napoleons, im Falle einer Weigerung Alexanders mit den «Bojaren von Moskau» Verhandlungen aufzunehmen, um zu einem Frieden zu kommen, erwies sich natürlich als Illusion.

Keineswegs so illusionistisch wäre diese Hoffnung Napoleons gewesen, hätte er versucht, in der nächsten Umgebung Alexanders Verständnis für sein Anliegen zu finden. Im Unterschied zum starken patriotischen Auftrieb, dem willigen Einsatz und der Opferbereitschaft des Adels und der Kaufmannschaft in der Provinz und in Moskau, herrschte in Petersburg bereits während des Rückzuges und vollends seit der Preisgabe Moskaus eine flauere, pessimistische, mit allem unzufriedene Stimmung. Kleinlicher Egoismus und Angst beherrschten die Menschen und nährten von neuem die Kritik am Kaiser. Die preussischen Emigranten in Petersburg haben uns davon ein recht anschauliches Bild gegeben. «Eitelkeit, Ehrgeiz, Genussucht sind die Hauptelemente des Petersburger Publikums», schrieb damals Stein.

Träger dieser Verzagtheit und der Bereitschaft, möglichst schnell zu einem Frieden zu kommen, waren z.T. die gleichen Personen, die seinerzeit in Opposition zu Alexander so stürmisch nach einem Bruch mit Napoleon verlangt hatten. Zur Sprecherin dieser wiederauflebenden Opposition machte sich wiederum Alexanders Schwester Katharina. Im Schutze der schwärmerischen Liebe, mit der ihr elf Jahre älterer Bruder an ihr hing, sagte diese be-

zaubernde junge Frau ihm Dinge ins Gesicht, die sonst niemand auch nur hätte andeuten dürfen. Da sie es schriftlich tat, haben wir genaue Kenntnis davon. «Die Einnahme Moskaus hat die Gemüter aufs Tiefste erregt. Die Unzufriedenheit hat ihren Höhepunkt erreicht, und auch Ihre Person wird keineswegs geschont. Man gibt Ihnen öffentlich die Schuld an dem Unglück, das unser Reich betroffen hat, ja man beschuldigt Sie sogar, die Ehre des Vaterlandes und Ihre eigene verletzt zu haben. Die Klagen gehen nicht von einer Bevölkerungsschicht aus; sämtliche Schichten stimmen darin überein... Ich überlasse Ihnen, über die Lage in einem Lande zu urteilen, in dem man das Staatsoberhaupt verachtet.»

Auch in dieser Situation zeigte sich Alexander standhaft und überlegen. Die weiteren Ereignisse haben ihm recht gegeben. In seiner Antwort an die eifrige Schwester wies er ihre Beschuldigungen mit Ruhe und Würde zurück: «Dass Menschen demjenigen gegenüber, der sich im Unglück befindet, ungerecht sind, dass sie ihn beschuldigen und ihn quälen, das ist etwas Alltägliches.» Zu einer Aktion der Oppositionskreise kam es wiederum nicht. So gut wie den einzigen, allerdings sehr wertvollen, Rückhalt in Petersburg hatte der russische Kaiser in den preussischen Emigranten.

Durch seine Festigkeit zwang Alexander Napoleon, unter Zurücklassung von 4'000 Verwundeten den Rückzug anzutreten. Kutúsov konnte sein berühmtes Manöver durchführen, der Grossen Armee den Rückzug nach dem Süden Russlands verlegen und sie auf die gleiche «verbrannte» Strasse zurückzwingen, auf der sie gekommen war. Von den ursprünglich 600'000 Mann waren schliesslich 20'000 übriggeblieben.

Nachdem sein eigenes Vaterland befreit war, nahm Alexander, wiederum gegen starke Widerstände auch seitens des Oberkommandierenden Kutúsov, aber nunmehr getragen von einer neuanschwellenden Woge der Sympathie und der Bewunderung bei allen Völkern, den alten Plan einer Befreiung Europas wieder auf. Im gesteigerten Selbstvertrauen übernahm er jetzt persönlich den Oberbefehl über die Truppen.

Dieser zweite Krieg gegen Napoleon auf europäischem Boden (1813-1814) brachte bekanntlich den vollständigen Sieg. Was Alexander im ersten Kriege vergeblich angestrebt hatte, wurde

jetzt erreicht: allenthalben, sogar in England, wurde er als der Befreier Europas gefeiert. Denn der Sieg wurde, im Verein mit den sich in patriotischer Hochstimmung erhebenden Preussen (das russisch-preussische Bündnis war im Februar 1813 erneuert worden), mit den Schweden, den Engländern und den sich zögernd anschliessenden Österreichern, unter Führung des russischen Kaisers erfochten, der als «Agamemnon der Könige» mit seinen Verbündeten an der Spitze russischer Truppen in Paris einzog. Nie vorher und niemals nachher hat ein russischer Herrscher eine so überragende Stellung in Europa eingenommen wie damals Alexander I.

Bekanntlich hat er sich jetzt, da er seine alte Lieblingsidee verwirklicht sah, nicht nur als den Befreier, sondern als den Retter Europas bezeichnet. Man kann darin eine Übertreibung und eine eitle Überschätzung seines eigenen Anteils sehen. Aber im Kern trifft es gleichwohl zu, sogar in einem weiteren Verstand als nur im Sinn einer Rettung vor der napoleonischen Vorherrschaft.

Gerade aus der heutigen Sicht gesehen und durch die Erfahrungen belehrt, die Europa 130 Jahre später machen musste, wird das deutlich. Eine Gegenüberstellung der Situation nach dem Siege über Napoleon mit der nach dem Siege über Hitler drängt sich auf. 1813-1814 waren die russischen Truppen nicht nur durch Osteuropa gekommen; sie haben Berlin, auch Hamburg befreit – wirklich befreit. Russische Truppen waren damals durch ganz Europa bis nach Paris und an die Nordseeküste siegreich marschiert. Damals konnte Alexander entscheiden, ob er ein befreites Europa oder ein beherrschtes, ein von ihm selbst mit Napoleon zusammen beherrschtes Europa wollte. Alexander ist insofern der Retter Europas geworden, als er sich dafür entschied, dieses Europa von der Vorherrschaft Napoleons zu befreien und gleichzeitig vor der eigenen, d.h. der russischen Vorherrschaft zu bewahren. Zumindest vor einem Versuch davon.

Napoleon hatte, nachdem er besiegt, aber noch nicht gestürzt war, sich verzweifelte Mühe gegeben, wieder einen direkten Kontakt mit Alexander aufzunehmen, um ihn für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. «Sind wir zwei erst einmal so weit, dass wir uns aussprechen können, dann werden wir uns auch verständi-

gen», hat er zu Caulincourt gesagt, «eine Unterredung könnte dazu führen, dass wir die ganze Welt unter uns aufteilen.» Das war der alte Gedanke aus den Tagen von Tilsit. Selbstverständlich wäre Napoleon jetzt dem russischen Kaiser bei einer Grenzziehung zwischen West und Ost entsprechend entgegengekommen. Es ist nicht zu beweisen, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass er dabei an die Elblinie gedacht hat. Das, was Katharina II. als Endziel ersehnte und als zunächst undurchführbares Projekt im Schreibisch verschloss, hätte ihr Enkel Alexander in Zusammenarbeit mit dem Kaiser der Franzosen und auf Kosten Deutschlands realisieren können. Wenn er es gewollt hätte. Jedenfalls hätte er den Versuch machen können. Das militärisch zu verhindern, wäre auf dem Kontinent vermutlich niemand in der Lage gewesen. Aber Alexander wollte der Befreier, nicht der Beherrscher oder Mitbeherrscher Europas sein und wich neuen Verhandlungen mit Napoleon aus.

Infolge des Übergewichts von Russland war in Europa die Befürchtung entstanden, dass an die Stelle der französischen Vorherrschaft jetzt eine russische treten würde, und sowohl die britische wie die österreichische Diplomatie bemühten sich damals und später auf dem Wiener Kongress, dem entgegenzuwirken. Als auch in Preussen entsprechende Befürchtungen laut wurden und der unbegründete Verdacht entstand, Alexander würde einen Territorialgewinn auf Kosten Preussens anstreben – die Frage einer Annexion Ostpreussens durch Russland wurde öffentlich diskutiert! – hat Hardenberg diese Befürchtungen mit der treffenden Feststellung aus dem Wege geräumt: «Kaiser Alexander hat die Waffen für die Unabhängigkeit der europäischen Völker ergriffen.»

Alexander strebte das an, was wir heute mit europäischer Integration bezeichnen, unter selbstverständlicher Einbeziehung Russlands, aber ohne Hegemonieanspruch. Er hat gerade in dieser Zeit immer wieder versichert und seine Worte durch Taten bestätigt, dass er als Sieger den Besiegten nicht Rache und nicht Hass, sondern Freundschaft bringt: «Ahmt unseren Feinden nicht nach», hatte er in einem Aufruf an die russischen Truppen vor dem Einmarsch in Paris erklärt, «der barmherzige Gott liebt nicht

die Unmenschlichen und die Grausamen.» – Hätte Europa im Laufe seiner Geschichte besonders in seiner jüngsten Vergangenheit öfter Sieger von der Sinnesart des Kaisers Alexander I. gesehen, so stünde es besser um unseren Kontinent.

Auf dem Wiener Kongress behielt Alexander zunächst seine überragende Stellung. Er war – obgleich offiziell nicht Glied der russischen Delegation – der einzige von den zahlreichen gekrönten Häuptionern, der sich selbst an den Verhandlungstisch setzte. Die andern Monarchen waren ihm nicht gewachsen; seine grossen Gegenspieler waren die leitenden Minister (Metternich, Talleyrand, Castlereagh, Hardenberg). An seinem Liberalismus hielt er zunächst fest; und nach der Entthronung Napoleons hat er darauf bestanden, dass die monarchische Gewalt der restituierten Bourbonen-Könige durch eine Konstitution eingeschränkt werde.

In Wien erreichte Alexander gegen starke Widerstände die Wiederherstellung Polens in Personalunion mit Russland (Kongresspolen). Allerdings war das, wie sehr viele territoriale Entscheidungen in Wien, eine Kompromisslösung insofern, als die Vereinigung der drei Teile damit nicht verbunden war und Preussen und Österreich ihre «Portionen» behielten. Alexander legte Wert darauf, in Polen wie in Finnland, ein konstitutioneller Monarch zu sein und hat seinem neuen Königreich die liberalste Verfassung gegeben, die es damals auf dem europäischen Kontinent gab, ein Umstand, der entsprechende Rückwirkungen auf die innerpolitischen Verhältnisse in Russland selbst haben sollte.

Die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts im Konzert der fünf Grossmächte (Pentarchie) einschliesslich des besiegten Frankreich lag auf der Ebene seiner Politik. Sie entsprach dem Befreiungsgedanken. Alexander wollte sich aber damit nicht begnügen. Sein Ziel war, über ein europäisches Staatensystem hinaus eine europäische Einheit zu verwirklichen, eine über die nationalen und konfessionellen Schranken hinweg zu bildende «europäische Nation». Das war der Sinn der von ihm vorgeschlagenen Heiligen Allianz, die zunächst gar kein formeller Staatsvertrag sein sollte, sondern «der Ausspruch ehrwürdiger und wohlthätiger Grundsätze, deren allgemeine Befolgung einen entscheidenden Einfluss auf das Wohl von Europa haben werde», wie der russische Diplomat

Baron von Kruedener es formuliert hat.<sup>1</sup> Es sollte damit die ideelle Grundlage zu einem neuen – geeinten – Europa geschaffen werden. Alexander war damit einerseits seiner Zeit weit voraus, andererseits aber noch stark in den patriarchalischen Vorstellungen des 18. Jahrhunderts befangen – in beiderlei Hinsicht seiner eigenen Zeit nicht angemessen. Daran ist er gescheitert. Mit der Heiligen Allianz wollte er die europäische Einheit auf den Boden der Grundsätze des Christentums stellen und die Staatsoberhäupter vertraglich verpflichten, ihre gegenseitigen Beziehungen «auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, die die unvergängliche Religion des göttlichen Erlösers lehrt». Die Monarchen sollten sich danach «ihren Untertanen und ihren Armeen gegenüber als Familienväter betrachten und dieselben im nämlichen Geiste der Brüderlichkeit regieren».

Es ist gewiss richtig, dass die von Alexander entworfene, von Metternich aus realpolitischen Gründen später ideologisch entschärfte Vertragsurkunde «nicht aus einem politischen Rat hervorgegangen, sondern in einem Tempel des Geistes entstanden war» (Lamartine). Alexanders Geist war damals religiösen und mystischen Gedanken zugewandt. Aber seinen Mit- und Gegenspielern in Wien ging es gerade um den «politischen Rat». Infolgedessen ist die Heilige Allianz, obgleich ihr fast alle Monarchen beitraten, in den Händen der Realpolitiker, vor allem Metternichs, sehr bald etwas ganz anderes geworden, als Alexander es gewünscht hatte, nämlich ein Werkzeug der fortschritthemmenden restaurativen Politik. Der später von Alexander gemachte Versuch, die Heilige Allianz «aus ihrem Geiste heraus weiter zu entwickeln» und ein konkretes, in die politische Substanz greifendes System daraus zu machen, ist am Widerstande Österreichs und Englands gescheitert.

Mit dem Wiener Kongress beginnt die letzte Phase der Aussenpolitik Alexanders, während der er von Metternich überspielt

<sup>1</sup> Kruedeners von ihm getrennt lebende Frau, die intelligente und gelungsbedürftige, aber exaltierte und intrigante Baronin Juliane von Kruedener, die damals die Nähe Kaiser Alexanders suchte, ist zu Unrecht als Wehemutter der Heiligen Allianz bezeichnet worden. Ihr tatsächlicher Einfluss auf das Dokument war nicht gross.



wurde. Schon in Wien, vollends aber seit dem Kongress von Aachen (1818), war der russische Kaiser in steigendem Masse dem Einfluss des österreichischen Staatskanzlers erlegen. Alexander selbst machte eine Wandlung durch, er gab seinen fortschrittlichen Liberalismus preis – noch in Wien wurde er von seinen Gegnern als Jacobiner bezeichnet – und wurde immer entschiedener ein Verfechter des Legitimitätsprinzips. Er hat auf diese Wandlung selbst verwiesen und fünf Jahre nach Wien zu Metternich gesagt, 1820 würde er nicht mehr das tun, was er 1813 – in seiner besten Zeit! – getan hatte. Man musste das als eine Kapitulation vor Metternich verstehen, und dieser hat es auch so verstanden.

Diese Kapitulation wurde besonders deutlich bei der griechischen Frage, in die Russland in steigendem Masse hineingezogen wurde. Der griechische Befreiungskampf gegen die Türken hatte mit Geheimbünden (Hetären) auf russischem Boden begonnen. Die führenden Männer des griechischen Aufstandes standen z.T. in russischen Diensten; Alexander Ypsilanti war russischer General und Adjutant des Kaisers. Während des griechischen Aufstandes (1821) war ein Grieche, Graf Kapodistrias, russischer Aussenminister (1816-1822). Da der griechische Befreiungskampf ein revolutionärer Vorgang war, jedenfalls als solcher gewertet wurde, geriet Alexander in einen Zwiespalt. Zur Enttäuschung aller seiner Freunde hielt er aber zur Politik Metternichs und liess die griechischen Glaubensgenossen im Stich.

Auf den zahlreichen europäischen Kongressen, die nach Wien Jahr für Jahr stattfanden (Aachen 1818, Karlsbad 1819, Troppau 1820, Laibach 1821, Verona 1822), hat Alexander nicht mehr seine frühere Rolle gespielt. Aber in Bezug auf eine übernationale Europapolitik hielt er an seiner Idee fest. In Verona erklärte er: «Fleute darf es keine englische, französische, russische, preussische, österreichische Politik mehr geben, sondern allein eine allen Völkern und Herrschern gemeinsame zur Rettung der zivilisierten Welt.» Doch mit diesen weit in die Zukunft weisenden Ideen fand er bei seinen Zeitgenossen kein Verständnis.

## *Reformen und Reaktion. Speránskij und Araktschéjew*

Während sich der Kaiser der Aussenpolitik widmete, war die Leitung der inneren Angelegenheiten in die Hände von Speránskij übergegangen. Michaíl Michájlowitsch Speránskij<sup>1</sup> (1772-1839) entstammte dem dörflichen Milieu; sein Vater war Pope. Durch seinen grossen Fleiss, seine Energie, seine ungewöhnlichen Kenntnisse und Fähigkeiten hatte er sich in der Ministerialbürokratie schnell heraufgedient und war schliesslich eine Art Premierminister geworden (1808-1812). Alexander hatte ihm den Auftrag erteilt, in Fortführung der Bestrebungen des «intimen Kreises», den Plan einer umfassenden Reichsverfassung auszuarbeiten. Aber Speránskij's Tätigkeit wurde von vornherein durch mancherlei Umstände erschwert. Er war ein Einzelgänger, obgleich Freimaurer und insofern einer Gruppe angehörend, blieb er doch der Petersburger Umwelt innerlich fremd. Bei allen seinen hervorragenden Fähigkeiten fehlte ihm eine für die Petersburger Verhältnisse besonders wichtige Eigenschaft, die sein kaiserlicher Herr in so hohem Grade besass, die Elastizität. Er war ein Büromensch und in allem, was er unternahm, sonderbar starr. Unbedenklich machte er sich persönliche Feinde. Bei dem verwöhnten Adel hatte er durch einen (auf ihn zurückgehenden) kaiserlichen Ukas Ärgernis erregt, der für höhere Beamte eine akademische Bildung und entsprechende Prüfungen vorsah. Zu einer weiteren Belastung für ihn wurde die Tatsache, dass seine Amtsführung in die Periode der Freundschaft mit Napoleon fiel und als innenpolitische Auswirkung des frankophilen aussenpolitischen Kurses erschien.

Der vom Kaiser gebilligte grosse Reformplan Speránskij's (1809) sah sowohl eine Reform der sozialen Verhältnisse auf der Grundlage der Aufhebung der Leibeigenschaft vor, wie eine gleichzeitige Umwandlung des autokratischen Staates in eine liberale Monarchie mit Volksvertretung. Dabei ging er nach französischem Vorbild (Montesquieu) vom Prinzip der Gewaltenteilung aus. Die legislative Gewalt sollte in den Händen einer Reichsduma liegen; diese

<sup>1</sup> Der Name kommt von sperare; er war dem hoffnungsvollen Jüngling verliehen worden, da der Vater noch keinen Familiennamen hatte.

indirekt zu wählende Volksvertretung war – ähnlich wie später beim Sowjetsystem Lenins – als die höchste Stufe einer vierstufigen Pyramide von gewählten Körperschaften (in den Gebieten, Kreisen, Gouvernements) gedacht. Die administrative Gewalt sollte beim Komitee der vom Kaiser ernannten, aber der Reichsduma verantwortlichen Minister und die höchste richterliche Gewalt bei dem aus ernannten und gewählten Gliedern bestehenden Senat liegen. Das Gebäude sollte von einem vom Kaiser berufenen und ihn beratenden Reichsrat (nach dem Muster des napoleonischen Staatsrats) überwölbt werden. An der Spitze des Ganzen sollte selbstverständlich der Kaiser mit nach wie vor starker, von Speránskij selbst als Selbstherrschaft bezeichneter, Herrscher Gewalt stehen. Faktisch wäre der Monarch in einem solchen Verfassungsstaat natürlich nicht mehr Selbstherrscher gewesen.

Dieser Plan stiess, in mancherlei Hinsicht nicht zu Unrecht, auf heftigen Widerstand. Die Opposition war jedoch nicht allein durch den Egoismus des an den bestehenden Zuständen interessierten Adels bestimmt; sie war auch grundsätzlicher Art. Zum Sprecher der grundsätzlichen Opposition machte sich die höchste Autorität im russischen Geistesleben jener Zeit, Karamsín.

In seiner Schrift «Vom alten und vom neuen Russland» verteidigte Karamsín leidenschaftlich die Autokratie als die für Russland einzig gemässe Herrschaftsform. «Das Heil liegt in der Autokratie und nur in ihr. Der Adel und die Geistlichkeit, Senat und Synod, über allem der Kaiser als einziger Gesetzgeber, als einzige Quelle aller Gewalten – das ist die Grundlage der russischen Monarchie.» Karamsín vertrat die Ansicht, dass der Kaiser als Selbstherrscher alles dürfe, nur eines nicht, «diese Gewalt gesetzlich beschränken». Auch gegen eine von Speránskij – desgleichen nach französischem Vorbild – in die Wege geleitete Reform des bürgerlichen Rechtes lief Karamsín Sturm. «Was finden wir da?» fragte er, «eine Übersetzung des Code Napoleon!» An der Opposition beteiligten sich auch die anglophilen ehemaligen intimen Freunde des Kaisers und jener Kreis seiner lieben Schwester Katharina, der sich so scharf gegen die Aussenpolitik Alexanders stellte.

Der mit starken russisch-nationalen Akzenten versehenen Opposition lag die nachdenkliche Überlegung zugrunde, dass es leichter

sein würde, auf dem Wege über die Autokratie und ein Volkskaisertum die «Kluft zwischen den höheren und den unteren Klassen zu überwinden» und eine «brüderliche Gemeinschaft» mit dem bäuerlichen Volk herzustellen, als über eine liberale Konstitution, und dass die «sklavische Nachahmung Europas» zu einer Entfremdung sowohl mit dem Volk wie auch mit dem Staat führe. «Wir sind Weltbürger geworden», stellte Karamsín fest, «aber zum Teil haben wir aufgehört, Bürger Russlands zu sein.»

Die Reform Speránskijs kam nicht zur Durchführung. Nur der bereits früher als ein Organ der verantwortlichen Beratung bei der Gesetzgebung geschaffene Reichsrat blieb bestehen. Alexander selbst schreckte vor einer bereits für den 1. Januar 1810 vorgesehenen Inkraftsetzung des ganzen Planes zurück. In einer Zeit, in der er sich der Gefahr einer Verschwörung in seinem engsten Familienkreise gegenüber sah, wollte er einen Kampf mit der Opposition nicht aufnehmen. Das Projekt der Reichsreform wurde in den Schoss des Reichsrates gelegt und schief dort ein.

An der Person Speránskijs hielt Alexander noch zwei Jahre fest, gab aber der öffentlichen Meinung und einer hässlichen Intrige, die seinen «Premierminister» des Verrates verdächtigte, nach und entliess ihn widerwillig im Frühling 1812. Allerdings war die Rolle, die der Kaiser dabei spielte, nicht ganz durchsichtig. So wurde der Sturz Speránskijs zu einem innenpolitischen Ausdruck der Beendigung des französischen Kurses in der Aussenpolitik. Der Gestürzte wurde zunächst verschickt (nach Nishnij-Nówgorod, dann nach Perm), später zum Gouverneur von Perm und dann zum Generalgouverneur von Sibirien ernannt (1819). Im Jahre 1821 konnte er nach Petersburg zurückkehren.

Das Verfassungsprojekt Speránskijs steht an der Spitze zahlreicher ähnlicher Projekte, die im 19. Jahrhundert von den jeweiligen Regierungen entworfen wurden, ohne durchgeführt zu werden. Zehn Jahre nach diesem Misserfolg arbeitete der ehemalige intime Freund Alexanders I., Nowosílow, ein neues Projekt einer Reichsreform auf föderalistischer Grundlage aus (1819). Es sah einen Reichstag vor, der bei der Gesetzgebung nur mitwirken, und mehrere Landtage in den einzelnen Statthalterschaften, in die das Reich aufgliedert werden sollte.

Wahrscheinlich ist Alexander gut beraten gewesen, als er davon Abstand nahm, eine so weitgehende politische Reform durchzuführen, wie Speránskij es vorgesehen hatte. Sicher war er schlecht beraten, als er nach dessen Entlassung die Regierungsgewalt in die Hände Araktschéjews legte, der – mit Ausnahme seines Fleisses – das genaue Gegenteil von Speránskij war.

General Alekséj Araktschéjew war ein beschränkter, brutaler, wenig gebildeter, aber sehr energischer Soldat, ein Ausbildertypus, der für sich anzuführen hatte, dass er dem Kaiser blind ergeben war. In der Zeit der stärksten Widerstände gegen ihn selbst hatte Alexander ein wachsendes Vertrauen zu Araktschéjew gefasst und ihn immer dann und dort gewähren lassen, wann und wo es ihm widerstand, selbst einzugreifen.

Es ging dabei um die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und nicht um eine Besserung der Zustände. Das war während des Krieges noch gerechtfertigt, nach dem grossen Siege nicht mehr. Alexander hat aber gerade nach 1815 nicht die Kraft gefunden, auf ein so hartes und zuverlässiges Werkzeug wie Araktschéjew zu verzichten. Es ist dieses jedenfalls sein grösstes Versagen gewesen. Der sture General blieb nicht nur im Amt, sondern wurde (seit 1818) in innerpolitischen Dingen der entscheidende Mann im Staate. Die Ära Araktschéjew, die als Araktschéjewschtschina in übler Erinnerung geblieben ist, erhielt durch die Wirksamkeit des Fürsten Alexander Golízyn im geistigen Bereich noch ihre besondere Note. Golízyn, ein religiöser Schwärmer und Vorsitzender einer Bibelgesellschaft, war von Alexander zunächst zum Oberprokureur des Heiligsten Synods und später (1817) zum Chef des neubegründeten Doppelministeriums «für geistliche Angelegenheiten und Volksaufklärung» ernannt worden. Als solcher hat Golízyn, Kirchen- und Kulturpolitik miteinander vermengend, sein Amt im Sinne einer geistig-geistlichen Reaktion geführt. Er stand ausserdem unter dem Einfluss der mystischen Vorstellungen und Erwartungen Jung-Stillings, der die Wiederkunft Christi im «vielhundertjährigen Brachland» Russland erwartete. Für das Jahr 1836 war sie bereits vorausgesagt. Gegen die, alle konfessionellen Unterschiede im Sinne der Heiligen Allianz verwässernde Kirchen- und Kulturpolitik Alexanders und Golízyns machte sich auch

innerhalb der orthodoxen Kirche ein wachsender Widerstand geltend, der nicht auf die kirchlichen Kreise beschränkt blieb. In der Ära Araktschéjew war manches geeignet, an die Zeit Kaiser Pauls zu erinnern: Willkür und geistloser Formalismus, persönliche Überwachung, strenge Zensur, Beschränkung der Wissenschaft und Literatur, Denunziation und Heuchelei.

Der Gedanke Alexanders, durch Ansiedlung von Soldaten und Bauern sogenannte Militärkolonien zu schaffen, um damit den militärischen Nachwuchs zu sichern, wurde von Araktschéjew überspitzt und in rigoroser Weise verwirklicht. Ein militärisch straff organisierter, lebenslanger bäuerlicher Arbeitsdienst wurde eingeführt. Die Bauernsoldaten wohnten militärisch gegliedert in Kasernen und waren einer harten Disziplin und brutalen Strafen (Spiessrutenlaufen) unterworfen. Ihre Söhne galten vom achten Lebensjahr an auch als Soldaten. Bald erwies sich diese Neuerung hauptsächlich infolge der Art, wie Araktschéjew sie durchführte, als ein völliger Fehlschlag, der Unzufriedenheit und Erbitterung und schliesslich Bauernaufstände auslöste.

So wurden die letzten Regierungsjahre Alexanders I. zu einer grossen Enttäuschung, besonders für die Bauernschaft. Der «vaterländische Krieg» von 1812 war ein echter Volkskrieg gewesen, zu dessen Erfolg alle Schichten des Volkes, zumal die leibeigenen Bauern sehr bewusst, opferbereit und todesmutig, z.T. als sehr selbständig handelnde Partisanen, wesentlich beigetragen hatten. Später waren diese Bauern als Soldaten durch fast ganz Europa marschiert. Nicht nur ihre Offiziere, auch sie selbst hatten vieles gesehen und begriffen, was in Europa anders war. Es schien ihnen undenkbar, dass sie, heimgekehrt, wieder in die alte Lage von leibeigenen Seelen zurückfallen sollten. Gleichwohl geschah es. Von den schönen Plänen eines «Gnadenbriefes für die Bauern» oder der Aufhebung der Leibeigenschaft hörte man nichts mehr. Die bäuerlichen Verhältnisse verbesserten sich nicht, z.T. verschlechterten sie sich sogar, sowohl faktisch wie in den Militärkolonien auch rechtlich. Araktschéjew selbst war seinen Leibeigenen ein sehr harter, grausamer und ungerechter Herr; seine Geliebte, eine junge Leibeigene, wurde von den Bauern aus Rache ermordet.

Aber die Enttäuschung und Unzufriedenheit beschränkte sich

nicht auf die Bauern, sie erfasste auch die führenden Kreise des Adels. Unter den Offizieren, sowohl in der Provinz wie in Petersburg selbst, machten sich als unmittelbare Folge der Erfahrungen und Eindrücke der Kriegsteilnehmer in Europa oppositionelle und revolutionäre Strömungen geltend. Alexander wusste das, schreckte aber vor einem Einschreiten zurück und liess die Dinge laufen. Er hat sich weder gewillt noch fähig gezeigt, die schwierige und gleichzeitig so wichtige, für die ganze Zukunft Russlands entscheidende Aufgabe auf sich zu nehmen, die zu neuer Aktivität drängenden wertvollen und fähigen Kräfte, die sich im Offizierskorps regten, im positiven Sinne dem Reich nutzbar zu machen. Andererseits hat er sich auch nicht berechtigt gefühlt, gegen sie einzuschreiten, weil er sich daran erinnerte, dass er selbst seinerzeit die gleichen Ideen vertrat, als er so alt war wie diese jungen Offiziere.

Zum Unglück war auch die Nachfolgefrage wieder offen geblieben, obgleich ein Thronfolgesetz bestand. Der Kaiser hatte nur zwei Töchter, die beide früh gestorben waren. Sein ältester Bruder Konstantin hatte in richtiger Selbsterkenntnis als dafür nicht qualifiziert auf die Thronfolge verzichtet. Alexander war mit seinem nächsten, fast zwanzig Jahre jüngeren Bruder Nikoláj dahin übereingekommen, dass dieser die Nachfolge antreten werde. Diese Regelung blieb aber geheim. Da ereilte völlig unerwartet den kräftigen, gesunden siebenundvierzigjährigen Kaiser in Taganrog, wo er wegen einer Erkrankung seiner Frau sich vorübergehend aufhielt, plötzlich der Tod (19. November 1825).

Über diesem Tod liegt ein mystisches Dunkel. Sehr bald verbreitete sich das Gerücht, dass der Kaiser gar nicht gestorben sei, sondern als Starez durch das Land ziehe. Das Gerücht erhielt neue Nahrung, als achtunddreissig Jahre später (1862) in Sibirien (Krasnoufimsk), über 2'000 Werst von Petersburg entfernt, ein Starez auftauchte, der sich Kusmitsch nannte, ein geheimnisvoller Mann, der fliessend französisch sprach, eine ausgedehnte Korrespondenz führte, in die er niemandem Einblick gab, und angeblich vom Kaiserhof Geld erhielt. Er starb im Januar 1864. Alexander wäre damals sechsundachtzig Jahre alt gewesen. Noch einmal lebte das Gerücht wieder auf, als die Bolschewiken, zur Macht gelangt,

Alexanders Sarkophag öffneten und ihn leer fanden. – Dazu kann festgestellt werden, dass die Leiche des Kaisers mit Sicherheit gesehen worden ist; es besteht auch das von mehreren Ärzten unterzeichnete Obduktionsprotokoll. Jene, die an den Tod Alexanders nicht glaubten, behaupteten damals, dass es eine untergeschobene Leiche gewesen sei. Von der Wissenschaft wird heute nicht mehr daran gezweifelt, dass Alexander I. tatsächlich im Jahre 1825 in Taganrog gestorben ist.



## 6. DIE DEKABRISTEN

Zum Träger und leidenschaftlichen Verfechter freiheitlicher Ideen machte sich in erster Linie die damalige Kriegsgeneration, vertreten durch junge Offiziere, vorwiegend Gardeoffiziere, die die Feldzüge mitgemacht, und von denen viele sich in den Kämpfen besonders ausgezeichnet hatten. «Die Feldzüge in Europa» – hat einer von ihnen, Fürst S. M. Wolkónskij, später gesagt – «lehrten uns die dortigen Staatsformen, die öffentlichen Einrichtungen, die Volksrechte kennen. Der Gegensatz zu unserem staatlichen Leben, die lächerlich geringen Rechte, die das Volk bei uns besass, die Despotie unserer Regierung wurden dem Herzen und dem Verstande vieler von uns erst jetzt richtig bewusst.»

Im Jahre 1816 gründeten Kriegsteilnehmer, die sich «die wahren und echten Söhne des Vaterlandes» nannten, einen geheimen «Bund der Rettung», der (unter dem Einfluss des Tugendbundes in Preussen) sich später «Wohlfahrtsbund» nannte (1818). In den folgenden Jahren entstanden noch mehrere andere geheime Bünde. Ihre politischen Ziele waren zunächst recht verworren, ihre Hauptforderung war eine Konstitution. In Bezug auf die Aufhebung der Leibeigenschaft waren selbst die Radikalen unter ihnen sehr vorsichtig. Das Streben nach einer verfassungsrechtlichen Angleichung an westeuropäische Verhältnisse mischte sich bei ihnen mit romantischen Vorstellungen über slawisch-russische, im Wetsche symbolisierte Traditionen einer Volksherrschaft (naródowlastije = die wörtliche Übersetzung von Demokratie), wobei ihnen die Zustände in Grossnówgorod vor seiner Gleichschaltung durch Moskau (vgl. S. 77) vorschwebten.

Je geringer die Aussichten auf eine Verwirklichung der Reformpläne durch die Regierung wurden, umso radikaler wurden die Geheimbündler. Zu den konstitutionellen z.T. republikanischen Zielen gesellte sich die Forderung nach revolutionären Methoden. Es wurde ein Aufstand geplant und vorbereitet und bereits im Jahre 1817 die Ermordung des Kaisers, später die Ermordung aller männlichen Angehörigen des Kaiserhauses, erwogen. Die Radikali-

sierung führte zu einer Spaltung der Bewegung (1821). Der gemässigte Nordbund unter Führung von Nikíta Murawjów, dessen Ziel eine konstitutionelle Monarchie war, hatte seinen Sitz in Petersburg; zu ihm gehörten u.a. die Fürsten Sergėj Trubezkój und Jewgénij Obolénskij und der mit Púschkin befreundete Dichter Kondrátij Ryléjew, der Begründer der Zeitschrift «Polarstern». Der erheblich radikalere Südbund, mit dem Obersten Paul Pestel an der Spitze, vertrat demgegenüber revolutionär-republikanische, z.T. sozialistische Ideen. Der Sitz dieses Bundes war Pestels Garnisonstadt Túschino (Podolien).

Die Führer beider Bünde verfassten programmatische Schriften. Murawjów kam in seinem Verfassungsprojekt dem Entwurf Nowosílzews sehr nahe; er sah ein slawisch-russisches Kaiserreich als erbliche Monarchie und einen Föderativstaat vor, der nach dem Muster der USA in dreizehn autonome Staaten aufgegliedert werden sollte, mit einem Zweikammersystem und einem ungleichen (an einen Zensus gebundenen) Wahlrecht, im Ganzen ein Projekt, das etwa dem entsprach, was auch im Regierungslager, jedenfalls bis zum Jahre 1820, sehr ernst diskutiert wurde.

Anders sah das von Pestel entworfene Zukunftsbild aus. Pestel hatte seine Ansichten nicht in Form eines Verfassungsentwurfes, sondern als eine Art *déclaration des droits* niedergelegt, in einer Schrift, die er in betonter Anlehnung an das älteste russische Gesetzbuch aus dem 11. Jahrhundert (vgl. S. 38) «Russkaja Práwda» nannte. Er strebte eine demokratische Republik an, in der alle Völker Osteuropas aufgehen sollten, ein einheitliches, zentral verwaltetes Reich mit einem einheitlichen «in eine gemeinsame Masse zusammengeschweissten» Volk. Er gebrauchte in diesem Zusammenhang einen Ausdruck, der noch während des Bürgerkrieges nach der bolschewistischen Revolution – von den Gegnern des Bolschewismus – als Schlagwort verwendet wurde «jedinaja nedelimaja»<sup>1</sup>. Auch sonst klangen bei Pestel Motive an, die durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch bis in die Sowjetzeit keineswegs nur im Lager der Revolutionäre weiter tönen sollten. Auch

<sup>1</sup> Es entspricht wörtlich dem französischen «une et indivisible». Die Übersetzung von *jedinaja* mit *einig*, wie man oft liest, ist ungenau.

bei ihm wird die Verwandtschaft zwischen radikaler Demokratie und Autokratie deutlich. Pestels eigene Stellung im Bunde und seine Art ihn zu leiten und sich anderen gegenüber zu verhalten, waren durchaus autokratisch. In seiner positiven Beurteilung der Gewaltmittel und seiner jederzeitigen Bereitschaft, sie politischen Gegnern gegenüber anzuwenden, stand er Araktschéjew nicht nach. Im höchsten Grade intolerant, kompromisslos, betont antisemitisch, nationalistisch und zentralistisch, hat er vieles von dem verlangt, was der letzte echte Autokrat auf dem Zarenthron, Alexander III., am Ende des 19. Jahrhunderts in die Praxis umsetzen sollte und was die Bolschewiken zur Grundlage ihrer Staatsführung gerade dort gemacht haben, wo sie an die Traditionen der Autokratie entweder unmittelbar anknüpften oder zu ihnen zurückkehrten. Die panslawistisch-imperialistischen Tendenzen Pestels fanden noch eine Förderung durch seine nahe Zusammenarbeit mit der in der Ukraine bestehenden sehr radikalen, geheimen «Gesellschaft der vereinigten Slawen». Diese wollte alle «slawischen Staaten»: Polen, Böhmen, Mähren, Serbien, Dalmatien, Kroatien, Bulgarien und auch die Lausitzer Wenden, zusätzlich auch Ungarn, Siebenbürgen und die Donaufürstentümer zu einer «Föderativen Republik der slawischen Staaten» zusammenfassen. Hier mischten sich radikale revolutionäre Tendenzen mit altrussisch-reaktionären zu einer stark persönlich zugespitzten Animosität gegen den «Weltbürger» Alexander.

Die Veranlassung zu einer Aktion war der plötzliche Tod Alexanders I. Die Unsicherheit über die Nachfolge, der sogenannte Grossmutstreit zwischen den Brüdern – Konstantin in Warschau und Nikoláj in Petersburg –, die beide zugunsten des anderen verzichten wollten, bot dafür eine günstige Gelegenheit. Als Termin war der 14. Dezember ausersehen, an dem (nach dem endgültigen Verzicht Konstantins) die Eidesleistung auf den neuen, damals neunundzwanzigjährigen Kaiser Nikoláj stattfinden sollte.

Der äussere Ablauf des Aufstandes, der nach dem Monat, in dem er stattfand, Dekabristenaufstand genannt wird (dekabrij = Dezember), war eher eine Groteske als ein Drama; er dauerte im ganzen acht Stunden. Der Schauplatz war der Senatsplatz in Petersburg, in dessen Mitte das berühmte Denkmal Peters des

Grossen steht. Am Morgen hatten aufständische Offiziere ihre Einheiten veranlasst, die Eidesleistung zu verweigern und waren mit ihnen, von niemandem daran gehindert, selbstverständlich bewaffnet, zum Senatsplatz marschiert. Dort hatten sie in einem Karree Aufstellung genommen in der trügerischen Hoffnung, durch diese Demonstration auch die Senatoren zur Verweigerung der Eidesleistung zu veranlassen. Die Aufständischen wünschten die Thronbesteigung des als liberal geltenden Konstantin.

Nikoláj I., davon in Kenntnis gesetzt, reagierte schnell und überlegt; er liess kaisertreue Truppen, also solche, deren Offiziere nicht zu den Aufständischen gehörten, desgleichen auf dem Senatsplatz aufmarschieren und stellte sie den Aufständischen gegenüber auf. Bald erwies sich, dass die Zahl der kaisertreuen Truppen die der Aufständischen weit überwog. Der ganze Vorgang wirkte fast wie eine Abstimmung des Militärs «mit Füssen» über den soeben noch von den kaiserlichen Brüdern selbst geführten Streit, wer von ihnen die Nachfolge antreten sollte, wobei die Mehrheit eindeutig auf Seiten Nikolájs war. So harmlos mochte der Vorgang den vielen Schaulustigen erscheinen, die in grossen Scharen auf den Senatsplatz geströmt waren und dort soweit möglich die frierenden Soldaten mit Tee traktierten. In Wirklichkeit lagen die Dinge keineswegs so harmlos.

Auch der junge Kaiser Nikoláj befand sich auf dem Senatsplatz, hoch zu Ross, für jeden Aufständischen sichtbar, als Ziel nicht zu verfehlen. Dagegen war der von den Aufständischen als vorübergehender Militärdiktator vorgesehene Fürst Trubezkój nicht erschienen, und ihr geistiger Führer, der Dichter Ryléjew, der sich als Zivilist nicht am Platze fühlte, war wieder nach Hause gegangen. So waren die Aufständischen ohne Führung. Zu einem blutigen Zwischenfall kam es, als der unbeliebte General Miloradowitsch von einem aufständischen Offizier niedergeschossen wurde. Aber weitere Aktionen erfolgten darauf nicht. So standen die Aufständischen und die Kaisertreuen, bis die Dämmerung hereinbrach, sich gegenüber. Um dem ein Ende zu bereiten, und da die Aufständischen alle Aufforderungen, wieder abzumarschieren, unbeachtet liessen, befahl Nikoláj mit Artillerie zu feuern. Darauf liefen die Aufständischen auseinander; etwa 100 (nach den

amtlichen Angaben siebzig) Tote blieben auf dem Platz. Damit war der Aufstand beendet. Die Folgen waren allerdings sehr schwer und wirkten bis in das 20. Jahrhundert nach.

Mit den Dekabristen setzte die revolutionäre Bewegung und die geistige revolutionäre Tradition in Russland ein. Auch Lenin datierte die erste Etappe der russischen Revolution vom Dekabristenaufstand an. Von bolschewistischer Seite ist der Aufstand als Ausdruck des Klassenkampfes gedeutet worden. Der sowjetische Historiker aus der Zeit Lenins, Pokrowskij, sah in den Dekabristen «Exponenten des sich entwickelnden Industriekapitalismus» (die Bindung des Wahlrechtes an einen Zensus im Projekt Murawjows war ihm dafür ein Beweis); in seinen Augen waren die geheim verbreiteten und die Stimmung unter den Aufständischen stark beeinflussenden Gedichte Ryléjews weniger wichtig als die Tatsache, dass der Dichter Geschäftsführer der «russisch-amerikanischen Gesellschaft» (zur Verwaltung Alaskas) war. Diese Auffassung ist unhaltbar.

Die Bewegung der Dekabristen war eindeutig eine Angelegenheit des Adels, also jener selben privilegierten Schicht, gegen die der Aufstand sich richtete, und die später über sie zu Gericht sass. Unter den 121 Hauptangeklagten befanden sich sieben Fürsten, zwei Grafen, drei Barone, zwei Generale und dreiundzwanzig Obersten. Pestel war der Sohn des Generalgouverneurs von Sibirien<sup>1</sup>. Die sozialen und politischen Verhältnisse waren der Anlass zur Entstehung der Bewegung, aber der Antrieb, unter dem sie stand, war eindeutig ideell. Den Dekabristen ging es, wie sie in ihren Eingaben, beim Verhör und in ihren später niedergeschriebenen Erinnerungen immer wieder betonten, überhaupt nicht um materielle Dinge, sondern um ein neues Menschenbild, um die persönliche Würde des Einzelnen, um einen Protest gegen «die offenkundige Nichtachtung des Menschen überhaupt». Der Wohlfahrtsbund, in dem sich auch freimaurerische Ideen geltend machten – auch Pestel war Freimaurer –, hatte sich die Selbstvervoll-

<sup>1</sup> Der Vater dieses fanatischen russischen Nationalisten und Panslawisten war deutscher Herkunft und Protestant; auch Pestels Mutter war eine Deutsche (geb. Krock).

kommung seiner Mitglieder zur Aufgabe gesetzt. Die Dekabristen vertraten in Bezug auf sich und auf andere primär sittliche Postulate, denen sie selbst, wie ihr persönliches Verhalten nach der Niederwerfung des Aufstandes und während des Verhörs lehrte, in hohem Grade gerecht wurden. Das Volk war in den Geheimbünden überhaupt nicht und bei den Vorgängen auf dem Senatsplatz nur als neugieriger, z.T. belustigter Zuschauer beteiligt. Die Offiziere hatten bewusst davon abgesehen, das Volk aufzuwiegeln, weil sie die Auslösung eines Bürgerkrieges – einer Pugatschówschtschina – fürchteten.

Insofern war die Aktion der Dekabristen etwas vollständig anderes als die grossen Volksaufstände unter Boldtnikow, Bulawin, Rásin und Pugatschów. Mit Recht erklärt die sowjetische Geschichtsschreibung auch heute noch – wie seinerzeit Herzen – das Misslingen des Dekabristenaufstandes mit dem «Losgerissen-sein» (ottorwannostj) der revolutionären Oberschicht von den Massen. Die von den Dekabristen dem Volk in den Mund gelegten, aber viel mehr unter ihnen selbst als im Volk verbreiteten Parolen und Verse – «ja otétschestwu saschtschita a spina wsegda isbita» (ich bin des Vaterlandes Schutz, aber mein Rücken ist blutig geschlagen) – waren mehr aus der Perspektive des Adels empfunden.

Im Gegensatz zu den, unabhängig von den Dekabristen nach alter Tradition weiter stattfindenden, wilden und lokal begrenzten Bauernaufständen war der Dekabristenaufstand eine echte und als solche beabsichtigte Revolution. Die revolutionäre Tradition, die von ihr ausging, stand im gleichen Zeichen wie die dekabristische Bewegung, sie war nicht durch einen Klassengegensatz bestimmt, sondern durch den Widerstreit zwischen Macht und Geist. Dieser Widerstreit und der zwischen beiden aufgerissene Abgrund wurde bei dem anschliessenden Prozess besonders deutlich.

Durch den gleichzeitigen Thronwechsel war die Situation für Nikoláj I. auch menschlich sehr schwierig. Er musste seine Regierung damit beginnen, sich mit einem Widerstand auseinanderzusetzen, der gar nicht gegen ihn, sondern gegen seinen zwanzig Jahre älteren Bruder und dessen Mitarbeiter (Araktschéjew) auch als Vertreter einer anderen Generation gerichtet war. Die Bewe-

gung der Dekabristen war im hohen Grade die Angelegenheit einer Generation, der gleichen Generation, der auch Nikoláj angehörte. Alle führenden Dekabristen waren seine Altersgenossen, seine oft bewährten und ausgezeichneten, z.T. schwer verletzten Kameraden aus der Kriegszeit<sup>1</sup>. Pestel war für Tapferkeit mit dem Goldenen Säbel dekoriert worden. Die grosse Abrechnung fand innerhalb der Kriegsgeneration unter Dreissigjährigen statt.

Die Dekabristen hatten sich nach dem missglückten Aufstand der Verantwortung nicht zu entziehen versucht, sondern warteten in ihren Wohnungen auf ihre Verhaftung. Die Untersuchung wurde durch eine ad hoc gebildete Kommission sehr streng geführt. Der Kaiser beteiligte sich persönlich daran. Während des Verhörs standen sich beide Seiten gleichsam mit offenem Visier gegenüber, ohne Tricks anzuwenden, ohne Falsch, ohne Heuchelei. Aber beide Seiten gingen von gänzlich verschiedenen Voraussetzungen aus. Den Dekabristen war an dem, was sie anstrebten, gelegen, an ihren Ideen, ihren Forderungen, ihren Plänen, natürlich an ihrer Überzeugung. Nikoláj sah aber nur das, was faktisch geschehen war. Das war in seinen Augen Aufruhr und, da es sich vorwiegend um Offiziere handelte, offene Meuterei, die entsprechend zu bestrafen seine Pflicht als Kaiser war. Die Dekabristen verharrten kompromisslos auf ihrer Geistposition; Nikoláj blieb unerschüttert fest auf seiner Machtposition.

Die Sympathien der Weltöffentlichkeit haben bereits damals den Dekabristen gegolten, und an Nikoláj I. ist sehr scharfe Kritik geübt worden. Nach den Lehren, die mächtige Staatsführer im 20. Jahrhundert über die Behandlung ihrer politischen Gegner gegeben haben, erscheint es gerechtfertigt, daran zu erinnern, dass beim Prozess der Dekabristen weder Willkür gewaltet hat, noch unschuldige Menschen – etwa auf dem Wege der Sippenhaftung – bestraft bzw. liquidiert worden sind. Es wurde sehr hart, aber nach Recht und Gesetz geurteilt.

<sup>1</sup> Nikoláj war neunundzwanzig Jahre alt, Pestel zweiunddreissig, Ryléjew dreissig, Murawjów neununddreissig, der zum Diktator ausersehene Trubezkój fünfunddreissig.

Dem Gericht, das aus Vertretern des Reichsrats, des Senates und des Synods bestand und das über die Angeklagten zu entscheiden hatte, gab der Kaiser folgende Instruktion: «Indem wir diesem Kriminalgericht das Schicksal der Angeklagten anvertrauen, erwarten und verlangen wir von ihm nur eines: Gerechtigkeit, unparteiische Gerechtigkeit, die durch nichts zu erschüttern ist und die auf dem Gesetz und auf der Kraft der Beweise beruht.» Das Gericht erkannte bei fünf Angeklagten, darunter Pestel und Ry-léjew, auf Tod durch Vierteilung, bei weiteren fünfunddreissig auf Tod durch den Strang.

Der Kaiser Nikoláj hat das Urteil gemildert: die fünf Hauptschuldigen wurden nicht gevierteilt, sondern gehenkt, die übrigen zum Tode Verurteilten zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt; sie wurden mit den anderen verurteilten Dekabristen nach Sibirien verbannt. Der Adel wurde ihnen und ihren Nachkommen aberkannt. Eine heroische und das Andenken der Dekabristen noch mehr verklärende Rolle spielten die Dekabristenfrauen, die ihren Männern freiwillig nach Sibirien, z.T. in die Zwangsarbeitslager folgten. Nach zwölf Jahren wurde die Zwangsarbeit in Verbannung zur Ansiedlung in Sibirien umgewandelt. Erst nach dem Tode Nikolájs wurden die noch Überlebenden amnestiert und konnten zurückkehren.



## 7. POLIZEIREGIME UND IMPERIALE POLITIK

### *Nikoláj I. und sein System*

Als Persönlichkeit war Nikoláj I. von seinem Bruder Alexander sehr verschieden: unkompliziert, unromantisch, ungeistig, ein Mann des nüchternen praktischen Verstandes, der festen und klaren Entschlüsse, weder abgelenkt noch angeregt, noch beeinträchtigt durch eine Vielfalt von Ideen. Nur einer Idee war er ergeben, der monarchischen, im Sinne der Erfüllung der ihm von Gott übertragenen kaiserlichen Pflichten, so wie er sie verstand; sehr fleissig, gewissenhaft und persönlich anspruchslos, in seiner äusseren Erscheinung ebenso glänzend und anziehend wie sein Bruder, nur männlicher; im Ganzen eine Persönlichkeit von starker Ausstrahlungskraft.

In seiner Kindheit anders als sein Bruder, weder der lasziven Pädagogik seiner Grossmutter ausgesetzt (er war im Todesjahr Katharinas 1796 geboren) noch durch die Unbeherrschtheit seines kranken Vaters belastet, wuchs er unter dem wohlthuenden Einfluss seiner Mutter in der anständigen Tradition des «jungen Hofes», ohne für den Thron ausersehen zu sein, vorwiegend im militärischen Milieu auf. Entgegen der bisher herrschenden Auffassung ist er nach neuen Forschungsergebnissen (Kowalewskij) von seinem Bruder in dessen letzten Regierungsjahren in die Regierungsgeschäfte eingeweiht und mit politischen Fragen befasst worden. Seinen persönlichen Neigungen nach blieb er in erster Linie ein Gardegeneral, und als der Thron ihm plötzlich zufiel, haben gerade Gardeoffiziere es ihm so schwer gemacht, sein hohes Amt anzutreten.

Nikoláj hat auf viele seiner russischen Zeitgenossen als ein «Deutscher» gewirkt. Bakúnin hat gemeint, dass der Kaiser eben deshalb nie die Bedürfnisse und den Charakter des russischen Volkes begreifen werde. Bis auf den heutigen Tag ist er in den Augen vieler «der Typus eines preussischen Offiziers» gewesen. Nikoláj hatte eine Vorliebe für Preussen und hat in Preussen auch

viel Sympathien gehabt; nach seinem Tode erschien die «Kreuzzeitung» mit Trauerrand. Preussen ist ihm in mancher Hinsicht ein Vorbild gewesen. Er war mit der preussischen Prinzessin Charlotte, der Tochter Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, glücklich verheiratet und stand in freundschaftlichen Beziehungen zu seinem Altersgenossen, dem ihm geistesverwandten Prinzen Wilhelm von Preussen, dem späteren Deutschen Kaiser (geb. 1797). Das Schicksal hat es aber so gefügt, dass Wilhelm erst ein Menschenalter nach Nikoláj, als dieser bereits tot war, den Thron bestieg, und dass somit die beiden Altersgenossen für zwei aufeinander folgende, sehr unterschiedliche Perioden der europäischen Geschichte repräsentativ wurden.

Die Abstempelung Nikolájs zu einem preussischen Typus ist nur bedingt richtig. Als Fürst und Regent war er ein sehr russischer Typ. Als solcher fusste er ganz in der russischen Reichstradition, die von der preussischen Staatstradition durchaus verschieden und an ganz andere Voraussetzungen gebunden war. Auch Nikoláj I. war ein echter Vertreter russischer imperialer Politik, die, auf die Weite des Raumes gegründet, von dem Gefühl der Unangreifbarkeit getragen, sich Zeit liess (mehr als damals gerechtfertigt war!) und immer den Zug ins Grosse hatte. Ganz anders als die an die Enge und an das Kleine gebundene, vom Gefühl fortgesetzter Bedrohtheit getragene und deshalb zu schnellen Aktionen gezwungene königlich-preussische Politik.

Seine imperiale Politik erlaubte es Nikoláj I. auch, seine nicht-russischen Untertanen – zumal die Deutschen –, sofern er in ihnen eine Stütze seiner Reichspolitik sah, an der politischen Führung des Reiches massgeblich zu beteiligen. Nikoláj fühlte sich selbst als Russe in viel höherem Grade als Alexander, aber eine Russifizierung seiner deutschen Untertanen im Sinne Katharinas hat er aus politischen und religiösen Gründen abgelehnt. Zum Führer der Slawophilen, Júrij Samárin, hat er einmal gesagt: «Du willst aus Deutschen Russen machen mit dem Schwert in der Hand wie Mohammed. Das dürfen wir nicht, schon deshalb nicht, weil wir Christen sind.»

Seine Reichspolitik gründete er auf die Formel: Selbstherrschaft – Rechtgläubigkeit – Volkstümlichkeit (samodersháwije – pra-

wosláwije – naródnostj). Das dritte Element dieser Trinität wird häufig mit Volkstum oder mit Nationalismus übersetzt. Das ist irreführend. Nikolájs Herrschaft wollte auf das Volk ausgerichtet, nicht aber allein auf das russische Volkstum gegründet sein. Die in der Trinitätsformel liegende unifikatorische Zielsetzung war vom Kaiser im imperialen (reichspolitischen), nicht im nationalen (volkspolitischen) Sinn gemeint. Seine Politik unterschied sich von den früheren Absichten Katharinas und den späteren Massnahmen Alexanders III. und natürlich von den Wünschen der Slawophilen dadurch, dass eine Umvolkung damit nicht beabsichtigt war. Das bezieht sich auch auf seine Polen- und seine Finnlandpolitik.

Allerdings lag in der Politik der naródnostj bei gleichzeitiger Ablehnung des Nationalismus von vornherein ein innerer Widerspruch. Sehr deutlich wurde das in Bezug auf das zweite Element der Trinität (prawoslawije). Auf dem religiös-kirchlichen Sektor setzten unter dem Einfluss der russischen Geistlichkeit konkrete Bestrebungen zu einer «Konversion» Andersgläubiger in den Schoss der orthodoxen Kirche ein. Doch auch das hat nicht verhindert, dass Angehörige anderer Konfessionen, zumal Protestanten, die höchsten Würden im Staate erlangen konnten, obgleich die orthodoxe Kirche Staatskirche war und bis zum Ende des Kaiserreiches auch blieb.

Im Zuge seiner Politik der Unifizierung hat Nikoláj sich bemüht, auch die zivile Reichsverwaltung nach soldatischen Grundsätzen auszurichten. Zeitlebens hat er eine sehr hohe Meinung von der äusseren Disziplin, von blindem Gehorsam, weitestgehender Réglementation und Uniformierung – auch im Geistigen – gehabt. Das führte zu einem scharf ausgeprägten Polizeiregime mit allen einem solchen Regime stets anhaftenden trüben Begleiterscheinungen: strenge Zwangsmassnahmen, Kontrolle, Zensur, Bespitzelung bis in das Privatleben hinein, Denunziation, behördliche Selbstherrlichkeit und Überheblichkeit. Andererseits waren Angst, Lähmung der eigenen Initiative, Misstrauen und Missgunst bedenkliche Folgen dieses Regimes. Die bedenklichste Folge aber war ein wachsendes Desinteressement am Staat und eine innere Abwendung von ihm, die bis zur «Wahl der Freiheit» durch eine Flucht in die Emigration führen konnte.

Nikoláj war von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer starken und kraftvoll ausgeübten monarchischen Regierungsgewalt überzeugt. «Gott, ich danke Dir, dass Du mich so mächtig gemacht hast, und ich bitte Dich, mir Kraft zu geben, diese Macht niemals zu missbrauchen» hiess es in einem öffentlichen Gebet. Ebenso überzeugt war der Kaiser von der Verwerflichkeit und Schädlichkeit einer Schwächung der monarchischen Gewalt durch konstitutionelle Schranken oder revolutionäre Einrichtungen irgendwelcher Art. Für ihn war und blieb die Autokratie – im Sinne Karamsins – die für Russland einzig gemässe Herrschaftsform.

Nikoláj regierte als Despot. Interessanterweise wurde von seinen Anhängern in Russland – anknüpfend an alte moskowitzische Traditionen und gleichzeitig moderne östliche Vorstellungen vorwegnehmend – in diesem Despotismus eine Verwirklichung der Demokratie gesehen. «Und so wurde von Kaiser Nikoláj I. die Demokratie ins Leben gerufen» – stellte ein hoher russischer Beamter (Lebedew) fest – «Er war der demokratischste der Demokraten; sein Sinn trieb ihn, alles einförmig zu gestalten in geraden Linien.»

Bekanntlich ist Nikoláj I. und das nach ihm benannte System sowohl von der oppositionellen russischen Intelligenzia wie vom europäischen Liberalismus sehr scharf kritisiert worden. Aus französischer Sicht gesehen bezeichnete man sein System, gleichsam um das doppelt Verwerfliche damit auszudrücken, als «tataroprussien», und ein amerikanischer Diplomat (Randolf of Roanoke) weigerte sich, den Posten eines Gesandten beim «kaiserlichen Tiger» anzunehmen. Zu den am schärfsten formulierten und am weitesten verbreiteten Anklagen gehörte das (1843 erschienene) Buch des Marquis de Custine «La Russie en 1839». Nach dem Zweiten Weltkrieg ist dieses Buch in einzelnen Absätzen oft und gern zitiert worden, um zu beweisen, dass die Zustände in der Sowjetunion unter Stalin im Grunde die gleichen waren wie im kaiserlichen Russland unter Nikoláj I. Das ist irreführend. Sowohl sachlich wie persönlich trifft die Parallele nicht zu, auch wenn einige geistreiche Formulierungen – «in Russland kommt eine Konversation einer Konspiration gleich» – in beiden Fällen Geltung haben mochten.

Der heftigen liberalen Kritik an Nikoláj stand ein hohes Lob von konservativer Seite gegenüber. Seinen konservativen Zeitgenossen war der russische Kaiser «der Stützpunkt für die geschichtliche Autorität und Ordnung und damit auch für die Güter, welche auf diesen beruhen» (J. Stahl). Sogar Amerikaner (die USA-Gesandten Buchanan und Dallas) haben Nikoláj wegen seiner hohen persönlichen Qualitäten als «ein sehr schönes Ideal eines Herrschers von Russland» gerühmt und ihn höher als Peter den Grossen gestellt, weil er «wohl unerbittlich ist, aber nicht grausam». Wenn man das Herrschaftssystem in Russland im 18. Jahrhundert als «Despotismus gemildert durch Meuchelmord» bezeichnet hat, so könnte man das Herrschaftssystem Nikolájs I. eine Despotie gemildert durch den untadeligen Charakter des Despoten nennen.

Auch die Aussenpolitik wurde von Nikoláj I. in den imperialen Traditionen Peters des Grossen – und nicht in denen Katharinas – fortgeführt. Sie war auf die Erhaltung der bestehenden Ordnung (im Sinne des Legitimitätsprinzips) gerichtet. Bekanntlich hat der russische Kaiser sich berechtigt und verpflichtet gefühlt, auch ausserhalb seines Reiches dort einzugreifen, wo er die «Ordnung» durch revolutionäre Bestrebungen für bedroht hielt. Man hat ihn deshalb als «Gendarm Europas» (Herzen) bezeichnet. Aber seine Politik war nicht imperialistisch und ging nicht auf Gebietserwerb aus, auch nicht in der einzigen Region in Europa, wo er offensiv wurde, auf dem Balkan.

Bei der Führung der Aussenpolitik geriet Nikoláj I. in einen ähnlichen inneren Widerstreit wie später Stalin. Beide verfolgten zwei auf verschiedenen Ebenen liegende Ziele, die leicht in Konflikt miteinander geraten konnten: das eine lag auf der Ebene eigener nationaler Machtinteressen und das andere auf der Ebene eines übernationalen (sei es die Revolution bekämpfenden, sei es die Revolution fördernden) Prinzips. Im Unterschied zu Stalin hat Nikoláj I. wiederholt um des Prinzips willen das Machtinteresse des eigenen Staates zurücktreten lassen (z.B. in Ungarn 1849).

Wenn Nikoláj an der Autokratie festhielt, so bedeutete das nicht, dass alles im Staate so bleiben sollte wie es war. Im Gegenteil. Er war durch die freimütigen Aussagen der Dekabristen von

der Notwendigkeit überzeugt worden, die bestehenden Verhältnisse durch Reformen zu ändern. Unter Alexander waren alle Reformversuche mit konstitutionellen Bestrebungen verknüpft gewesen, Nikoláj trennte das eine vom andern.

Gleich am Anfang seiner Regierung – sie hat dreissig Jahre gewährt (1825-1855) – machte er sich daran, die Reformtätigkeit seines Bruders unter Aufrechterhaltung der Autokratie wiederaufzunehmen und fortzusetzen. Er knüpfte dabei sachlich wie personell an die Ansätze Alexanders aus dessen Reformperiode an. Araktschéjew als Exponent der Reaktion wurde entlassen; Alexanders früher bewährte Mitarbeiter wurden wieder herangezogen, in erster Linie der jetzt zum Grafen erhobene Speránskij. Ausser ihm Graf Kotschubéj und Graf Paul Kisseljów, der Verfasser eines Projektes zur Aufhebung der Leibeigenschaft. Auch Nikoláj bildete ein «Geheimes Komitee» (vom 6. Dezember 1826) unter Vorsitz Kotschubéjs, dem eine «Revision der Staatsverwaltung» zur Aufgabe gemacht wurde. Das Ergebnis blieb aber nur auf einzelne Massnahmen zur Behebung offener Missstände beschränkt und hinter einer «grossen Reform», die Kotschubéj angestrebt hatte, weit zurück.

Die Konzentrierung der Verwaltungsarbeit beim Kaiser machte eine starke Erweiterung der «Höchsteigenen Kanzlei Seiner Majestät» durch die Begründung von vier Abteilungen notwendig. Die zweite Abteilung unterstand Speránskij, der jetzt die längst in Angriff genommene Kodifizierung der seit dem Uloshénije (1649) erlassenen Gesetze durchführte, die dadurch – in 45 Bänden – in eine systematische Ordnung gebracht wurden (Vollständige Sammlung der Gesetze des russischen Kaiserreiches, *sobranije zakonow*, 1832, und der Gesetzeskodex, *swod zakonow*). Interessanterweise wurde die Gesetzessammlung durch Moralvorschriften rein deklarativen Charakters ergänzt, für deren Übertretung keine Strafen vorgesehen waren, z.B. «alle müssen miteinander in Eintracht, Frieden und nicht sündiger Liebe leben»; «Sauferei (*pjanstwo*) ist allen und jedem verboten». Der Obrigkeitsstaat sah es als seine selbstverständliche Aufgabe an, auch über die Moral seiner Bürger zu wachen. – In derselben Zeit konnte der Finanzminister Graf E. Kankrin die, seit der Regierung Kathari-

nas infolge fortgesetzter Emissionen von Papiergeld zerrütteten, Finanzen in Ordnung bringen und den Doppelkurs von Papier- und Hartgeld durch die Schaffung des Silberrubels beseitigen (1843).

Das Wichtigste blieb aber selbstverständlich die Bauernfrage. Niemand zweifelte daran, auch der Kaiser nicht, dass konkrete Massnahmen zur Besserung der bäuerlichen Lage getroffen werden mussten. Im Komitee vom 6. Dezember setzte sich besonders Speránskij dafür ein. «Es ist ausser Zweifel» – erklärte der Kaiser selbst –, «dass die Leibeigenschaft in ihrem gegenwärtigen Zustand bei uns ein allen fühlbares und offensichtliches Übel ist.» Sie mit einem Mal aufzuheben, wünschte er aber nicht. Er fürchtete sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Folgen, da eine solche Massnahme seiner Ansicht nach das gesamte öffentliche Leben erschüttern musste und deshalb ein «noch verderblicheres Übel» wäre. Sein Ziel war, durch Einzelbestimmungen die Lage der Bauern zu bessern und damit eine spätere Befreiung vorzubereiten.

Ohne Zweifel hat er durch manche Neuerungen, zumal in bezug auf die Kronsbauern, der Bauernbefreiung seines Sohnes wesentliche Vorarbeit geleistet. Gegen den Widerstand des Adels und z.T. auch gegen den Rat seiner Minister hat er die nach dem Tode Katharinas langsam einsetzende Besserung der rechtlichen Lage der Bauern weiter fortgeführt. Ein Mindestmass des zur eigenen Nutzung bestimmten bäuerlichen Ackerlandes wurde festgesetzt (1827), sechs Jahre darauf wurde verboten, Bauern ohne Land zu verkaufen, sie nach Sibirien zu verschicken und Familienglieder zu trennen (1832). Seit 1834 setzte die erfolgreiche Tätigkeit des Grafen Kisseljów ein – «eines der glänzendsten Blätter in der Regierungsgeschichte Kaiser Nikolájs» (Platónow) –, die in erster Linie den Kronsbauern zugute kam. Durch diese Reform erhielten die Kronsbauern eine weitgehende dörfliche Selbstverwaltung (Wahl von Ältesten und Richtern), bei gleichzeitiger Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage durch bessere Wirtschaftsmethoden. Dem Versuch, auch die Lage der Adelsbauern zu verbessern, setzten die Seelenbesitzer einen harten und weitgehend erfolgreichen Widerstand entgegen. Hier begnügte sich Nikoláj wie vor ihm Alexander damit, die Initiative den «Herren» selbst zu überlassen. Im Gesetz

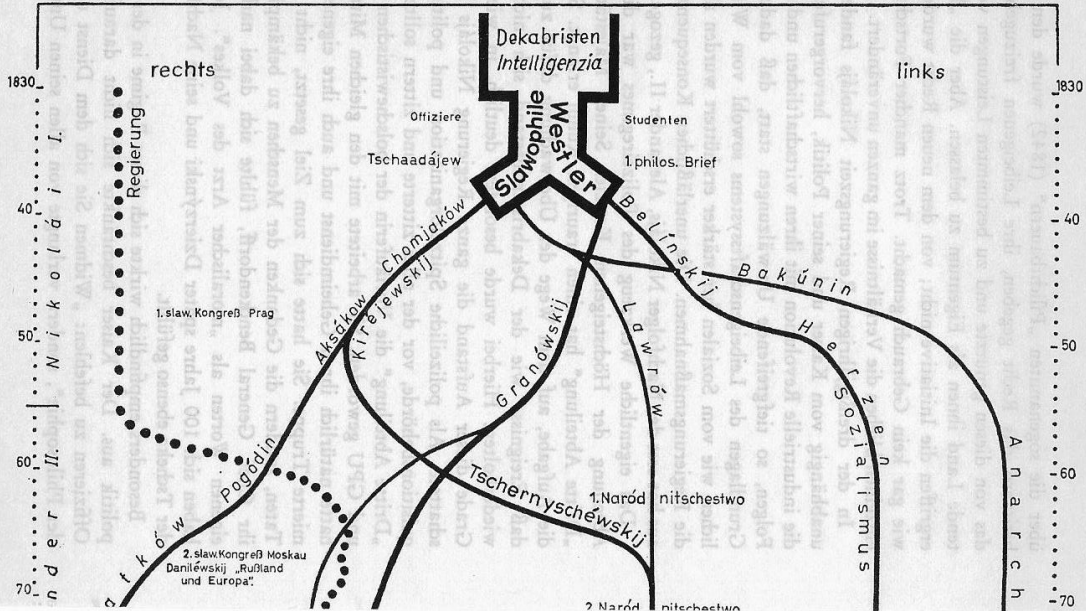
über die sogenannten «Pflichtbauern» (1842) wurde den Seelenbesitzern das Recht gegeben, ihre Leibeigenen freizugeben und das von diesen genutzte und zu bestimmten Leistungen verpflichtende Land ihnen als Eigentum zu belassen. Aber die «Herren» ergriffen die Initiative nicht; von dem neuen Recht wurde so gut wie gar kein Gebrauch gemacht. Trotz mancher Fortschritte im Einzelnen blieben die Verhältnisse im Ganzen unverändert.

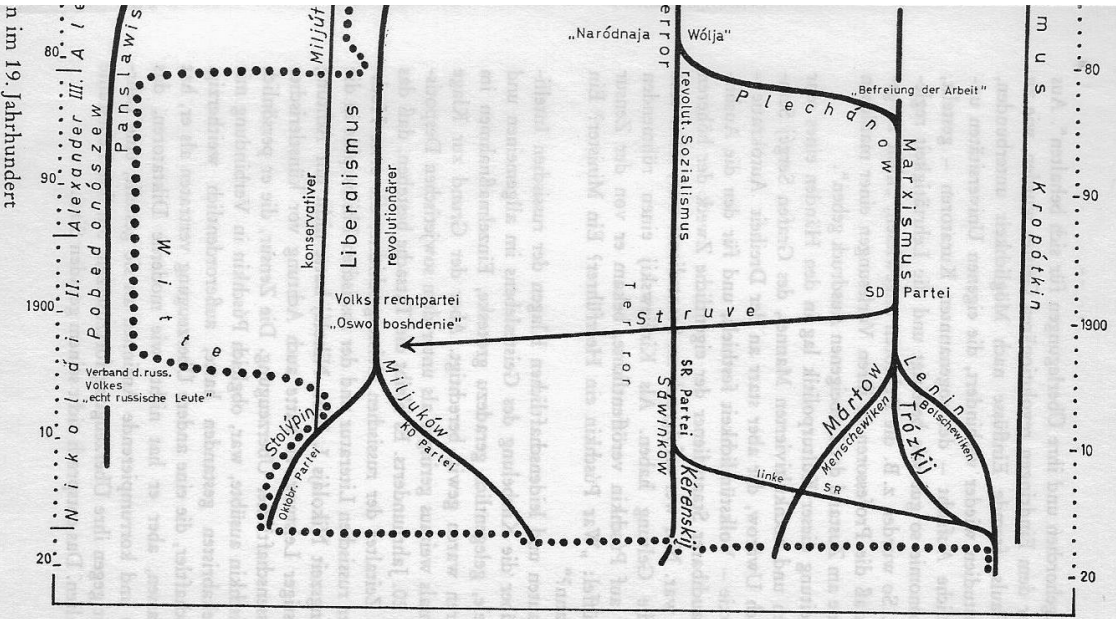
In der dreissigjährigen Regierungszeit Nikolájs fanden aber, unabhängig vom Kaiser und seiner Politik, hervorgerufen durch die industrielle Revolution mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, so tiefgreifende Umwälzungen statt, dass dadurch die Grundlagen des Leibeigenschaftssystems sowohl vom Wirtschaftlichen wie vom Sozialen her stärker erschüttert wurden als durch die Regierungsmassnahmen. Die unerlässlichen Konsequenzen daraus hat erst der Nachfolger Nikolájs, Alexander II., gezogen.

Das eigentliche Werkzeug des Polizeiregimes war die dritte Abteilung der Höchsteigenen Kanzlei Seiner Majestät. Diese «Dritte Abteilung» hat einen traurigen Ruhm erlangt. Sie hatte die Aufgabe, auf dem Wege der Überwachung dafür zu sorgen, dass Ereignisse wie der Dekabristenaufstand sich nicht mehr wiederholten. Hierbei wurde besonders deutlich, in wie hohem Grade dieser Aufstand die ganze Regierung Nikolájs I. überschattete. Als polizeiliche Spitzelorganisation und politische Inquisitionsbehörde, vor der alles zitterte und zittern sollte, ist die «Dritte Abteilung» die Vorläuferin der bolschewistischen Tscheká und GPU geworden. Sie arbeitete mit den gleichen Mitteln und hatte natürlich ihren Geheimdienst und auch ihre eigene uniformierte Truppe. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, nicht nur die Taten, sondern die Gedanken der Menschen zu bekämpfen, und ihr Chef, General Benckendorff, fühlte sich dabei nach seinen eigenen Worten als «moralischer Arzt des Volkes». Jedenfalls haben sich 100 Jahre später Dzierzýnski und seine Nachfolger in der Tscheká ebenso gefühlt.

Besonders empfindlich wirkte sich dieses Regime in der Kulturpolitik aus. Der Kaiser beschränkte sich nicht darauf, seinen Offizieren zu befehlen: «Widmen Sie sich dem Dienst und nicht der Philosophie», sondern verlangte von allen seinen Untertanen,







dass sie «gehörchen und ihre Überlegungen für sich behalten». Aus Angst vor dem Eindringen revolutionären Geistes wurden, wie zu Zeiten Pauls, fremde Einflüsse nach Möglichkeit unterbunden, Auslandsstudien wieder verhindert, die eigenen Universitäten unter staatliche Aufsicht – der sogenannten Kuratoren – gestellt, ihre Autonomie so gut wie beseitigt und die Lehrtätigkeit reglementiert. So wurden z.B. die Rektoren angewiesen, «nicht zu gestatten, dass die Professoren in ihren Vorlesungen einer masslosen Teilnahme am Zustand der Leibeigenen Ausdruck geben».

Die Leitung dieser Kulturpolitik lag in den Händen eines sehr gebildeten und hochkultivierten Mannes, des Grafen Sergéj Semjonowitsch Uwárow, der aber starr an der Dreiheit Autokratie – Orthodoxie – Volkstümlichkeit festhielt, und für den die Ausbildung brauchbarer Staatsdiener der eigentliche Zweck der höheren Bildung war. Nur wer erfolgreich im Staatsdienst war, sollte eine öffentliche Geltung haben. Als Kiréjéwskij einen rühmenden Nachruf auf Púschkin veröffentlichte, bekam er von der Zensur einen Rüffel: «War Púschkin ein Heerführer? Ein Minister? Ein Staatsmann?»

Die lauten und leidenschaftlichen Klagen der russischen Intelligenzia über die Knebelung des Geisteslebens im Allgemeinen und über viele, gelegentlich geradezu groteske, Einzelmassnahmen im Besonderen waren gewiss berechtigt. Aber der Grund zur Klage war damals weitaus geringer als unter dem sowjetischen Despotismus des 20. Jahrhunderts. Es bleibt die Tatsache bestehen, dass das goldene Zeitalter der russischen Geistesgeschichte, die erste Hochblüte der russischen Literatur und der russischen Philosophie in die Regierungszeit Nikolájs I. fällt. Nikoláj hatte nicht nur Achtung vor geistiger Leistung, er hatte auch Achtung vor künstlerischer und wissenschaftlicher Überzeugung. Die Zensur, die er persönlich über Púschkin ausübte, war, obgleich Púschkin in Verbindung mit den Dekabristen gestanden hatte, ausserordentlich weitherzig. Wissenschaftler, die eine andere Überzeugung vertraten als er, hat er entlassen, aber er hat nicht, wie moderne Diktatoren, das schnöde und korrumpierende Ansinnen an sie gestellt, eine Lehrtätigkeit gegen ihre Überzeugung fortzusetzen, um ihre Lehrstühle zu behalten. Das entsprach nicht seinem geraden Sinn.

Die Wirksamkeit Uwárows hatte auch ihre positiven Seiten. Zum Ausgleich der Eindämmung ausländischer Einflüsse wurden die eigenen Bildungsanstalten stark gefördert. Unter Nikoláj ist die Zahl der Schulen, sowohl der höheren Schulen (Gymnasien) wie der Volksschulen wie auch anderer militärischer, technischer und landwirtschaftlicher Bildungsanstalten stark vermehrt worden. Allerdings blieb die Ausbildung ständisch geschieden. Kinder von Leibeigenen durften nur die Volks- und Landwirtschaftsschulen besuchen; eine höhere Bildung wurde für «junge Leute aus den unteren Schichten» ausdrücklich für nutzlos erklärt. Gleichwohl stiegen jetzt, wenn auch zunächst nur vereinzelt, Angehörige der unteren Schichten, auch freigelassene Leibeigenenkinder, in die Oberschicht auf, wie der Schriftsteller A. W. Nikiténko (1805 bis 1871), der Sohn eines ukrainischen Leibeigenen, dessen Tagebücher eine aufschlussreiche Quelle für die sozialen Zustände jener Zeit geworden sind.

Das Nikoláitische System krankte aber am gleichen inneren Widerspruch wie die Regierungspolitik Pauls L: die Fortsetzung der Europäisierung hätte notwendig eine weitere politische Liberalisierung verlangt. Das eine bejahen und das andere verneinen war ein Widerspruch in sich selbst.

### *Die Intelligenzia*

In die Regierungszeit Nikolájs I. fällt die Entstehung einer für die weitere Entwicklung Russlands ebenso wichtigen wie typischen Schicht, die die Russen selbst als Intelligenzia bezeichnen. Um Missverständnissen vorzubeugen, ist es jetzt auch in der nichtrussischen wissenschaftlichen Literatur üblich geworden, den russischen Ausdruck dafür zu verwenden, anstelle des früher üblichen Wortes Intelligenz. Die russische Intelligenzia hat über ihre hohe geistesgeschichtliche Bedeutung hinweg eine sehr grosse und schliesslich entscheidende Rolle in der politischen Entwicklung gespielt, auch lange bevor ihr radikaler Flügel die Macht im Russischen Reich gewaltsam an sich riss. Rund 100 Jahre lang war die Intelligenzia die Trägerin der revolutionären Bewegung, zunächst des revolu-

tionären Gedankens, seit der Mitte des Jahrhunderts auch der revolutionären Aktionen.

Es handelt sich dabei um eine klar zu verfolgende, in hohem Grade in sich selbst geschlossene, vom staatlichen Leben und der Staatspolitik fast gänzlich getrennte, aber gleichzeitig in unmittelbarem Bezug auf die sich vollziehende Entwicklung, die in gerader Linie, wenn auch in vielen Verästelungen, vom Dekabristenaufstand bis zum bolschewistischen Umsturz verlief. Die in den gleichen Zeitraum fallenden tiefen und folgenschweren Wandlungen auf wirtschaftlichem, sozialem und zivilisatorischem Gebiet haben dieser Bewegung Vorwand, Rechtfertigung, Dynamik und nur bedingt auch einen realen Untergrund verliehen. Die Intelligenzia hat der Geschichte Russlands im 19. Jahrhundert ihren besonderen Charakter verliehen. Denn die russische Intelligenzia hat in anderen Ländern und Völkern keine Entsprechung. Sie steht als geschichtliches Phänomen für sich allein. Infolgedessen ist ein etwas näheres Eingehen auf sie unerlässlich.

Die russische Intelligenzia war keine soziale Schicht, weder ein Stand noch eine Klasse. Als Bildungsschicht und als Trägerin liberal-bürgerlicher politischer Forderungen wäre sie dazu prädestiniert gewesen, in Russland jene Rolle zu spielen, die das gebildete Bürgertum im Abendlande gespielt hat. Dazu fehlten in Russland die soziologischen Voraussetzungen, es fehlte ein Bürgerstand mit eigenem sozialen und politischen Schwergewicht. Die russische Intelligenzia hatte einen durch und durch unbürgerlichen Charakter. In ihrem Personenbestand rekrutierte sie sich zunächst so gut wie ausschliesslich aus dem Adel, ohne dadurch einen ständischen Charakter anzunehmen, und bis in die bolschewistische Zeit hinein sind Aristokraten in ihr führend gewesen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde sie immer stärker mit heterogenen Elementen aus allen sozialen Schichten und nationalen Gruppen, den sog. Rasnotschínzen, mit Bauern, Arbeitern und Krämern, mit Juden, Polen und Kaukasiern durchsetzt, ohne dadurch weder an eine bestimmte soziale noch an eine nationale Gruppe gebunden zu werden.

Entstanden aus der Ablehnung der Autokratie und ihrer Methoden, insbesondere des Leibeigenschaftsrechtes und der Leibeigen-

schaftspraxis, ihrerseits in zahlreiche Richtungen und Gruppen gespalten, blieb sie gleichwohl einheitlich in ihrem aufrührerischen Geist. Nur wer die in der Intelligenzia geltenden politischen Wertmassstäbe als für sich verbindlich akzeptierte und sich dem aufrührerischen Geist und dem verschwommenen und sakralisierten Begriff «Revolution» verschrieb, wurde als «Intelligenzler» (russisch = Intelligenz) anerkannt. Insofern war der russische Intelligenzler von einem Intellektuellen in üblichem Verstand durchaus verschieden. Während die Intellektuellen normalerweise im gesellschaftlichen Leben eine geistige Funktion zu erfüllen haben, waren die Funktionen der russischen Intelligenzia primär politisch. Dem entsprach auch ihr Selbstverständnis. Die Exponenten des Geistes begnügten sich keineswegs damit, geistig unabhängig sein zu wollen, sondern sie verstanden sich als Anwälte der «echten Interessen» des Volkes.

Intelligenz im Sinne einer geistigen Kapazität war nicht unbedingt das Kennzeichen der russischen Intelligenzia, so dass man ironisch gemeint hat, sie führte «aus unbekanntem Gründen» ihren Namen (Heiseier). Es war durchaus nicht so, dass im gegnerischen Lager, d.h. bei jenen, die den Staat regierten, es an geistiger Qualifikation oder Bildung gefehlt hätte. Im Gegenteil. Im Verlaufe des ganzen 19. Jahrhunderts haben im Lager der «Macht» als erbitterte Gegner und Verächter der Intelligenzia, von Uwarow bis Pobedonószew, Männer höchster Intelligenz und gediegenster Bildung gestanden, während auf der anderen Seite zur Intelligenzia auch viele gehörten, die nur «irgendeinen Anspruch auf Bildung erhoben» (E. Hurwicz), oft typische Zeichen der Halbbildung erkennen liessen und sich nur durch ihre revolutionäre Gesinnung und Betätigung für die Zugehörigkeit zur Intelligenzia qualifizierten. Der Prototyp des russischen Intelligenzlers war der geistig unausgereifte, aber politisch – natürlich revolutionär – aktive Student beiderlei Geschlechts, so dass Student und Revolutionär geradezu Synonyme wurden.

Alles das macht es schwer, den Begriff der Intelligenzia klar zu umreißen<sup>1</sup>. Und wenn Masaryk (1913) gesagt hat, die Definition

<sup>1</sup> Das Wort «Intelligenzia» als Bezeichnung für die erwähnte Schicht ist in Russland erst seit etwa 1860 gebräuchlich geworden.

dieses Begriffes sei die «ungelöste Aufgabe der russischen Kritik und Philosophie», so gilt das auch noch heute. (Die sowjetische Intelligenzia ist sowohl soziologisch wie politisch etwas vollständig anderes.) In der Mitte des 19. Jahrhunderts hat ein Angehöriger der Intelligenzia, P. W. Annenkow (gest. 1845), sie als eine Art «kriegerischen Ordens» bezeichnet, der «über kein schriftlich niedergelegtes Statut verfügt, aber ... in einem von niemandem organisierten Einvernehmen gegen die herrschende Strömung kämpft». So treffend die Charakterisierung ist, so abwegig scheint der Vergleich mit einem Orden. Als Orden wird man nur eine korporative Gemeinschaft bezeichnen können. Die russische Intelligenzia war das genaue Gegenteil davon. Weder als Ganzes noch in einzelnen Gruppen hat die Intelligenzia korporative Organisationsformen entwickelt. Allenfalls können einzelne, besonders für die radikalen Gruppen typische Merkmale einen gewissen Vergleich mit Parallelerscheinungen bei christlichen Orden zulassen, wie z.B. ihr Asketismus. Es ist damit nicht allein die oft mit einer äusseren Verwahrlosung verbundene asketische Lebensweise gemeint, sondern der bewusste Verzicht auf jedes berufliche bzw. wirtschaftliche Fortkommen und die Bereitschaft, das eigene Leben um der Sache willen zu opfern. Aber dadurch gewannen diese Gruppen noch keinen Ordenscharakter.

Die russische Intelligenzia war durch viel Glanz und auch durch viel Elend ausgezeichnet. Sie hat entscheidend zum glanzvollen Kulturaufschwung Russlands im 19. Jahrhundert beigetragen. Aus ihren Reihen stammen die grossen Vertreter der grossen russischen Literatur. Seitdem Belinskij den Dichtern und Schriftstellern als Erziehern und Propheten des Volkes ausdrücklich eine soziale Aufgabe gestellt hatte – nämlich alle Schäden der «abscheulichen Wirklichkeit» radikal und schonungslos aufzudecken –, ist die russische schöne Literatur dieser Aufgabe und damit der geistigen Haltung der Intelligenzia treu geblieben. Nachdem aber der radikale Flügel dieser Intelligenzia mit dem bolschewistischen Umsturz selbst an die Macht gelangt war, haben die aus der Intelligenzia hervorgegangenen Machthaber ihren Dichtern und Schriftstellern das genaue Gegenteil zur bindenden Aufgabe gemacht.

Infolge des engen Zusammenhangs zwischen Dichtung und revolutionärer Literatur in Russland sind die Dichter auch den gleichen Verdächtigungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen wie die politischen Publizisten. «Wenn ein russischer Schriftsteller stirbt» – hat Korolénko einmal gesagt –, «so werden vermutlich in jener Welt folgende Fragen an ihn gerichtet: Warst du zu Zwangsarbeit verurteilt? Oder zur Ansiedlung in Sibirien? Sassest du im Kerker? Standest du wenigstens unter Polizeiaufsicht?... So verbrecherisch ist nun einmal unser Beruf.» Das gleiche galt natürlich für die Wissenschaft.

Mit dem Elend der Intelligenzia ist nicht das persönliche Martyrium der Einzelnen gemeint. Im Gegenteil. Ihr Martyrium hat direkt und noch mehr indirekt viel zum Glanze der Intelligenzia beigetragen. Ihr Elend bestand darin, dass sie an ihrer Ausschaltung aus dem staatlichen Leben und aus der Verantwortung bewusst und eifrig selbst beteiligt war. Der russische Intelligenzler fühlte sich weder verantwortlich vor dem Reich noch vor einem Stande, sondern er fühlte sich auf Grund des «unorganisierten Einvernehmens» vor niemand anderem verantwortlich als vor seinem revolutionären Gewissen. Es erwies sich, dass sich damit auch Verbrechen rechtfertigen liessen.

Zum Elend der Intelligenzia gehörte auch, dass sie, zumindest in ihrem radikalen Flügel – von Pestel bis Lenin – sich insofern selbst verriet, als sie im Kampf gegen die Autokratie selbst autokratische Züge annahm und als «legitimes Kind des Despotismus» (Nötzel) einer geistigen Unduldsamkeit verfiel, die der des staatlichen Despotismus' in nichts nachstand. Sehr früh haben sich innerhalb der Intelligenzia Gruppen gebildet, die im Kampf gegen Macht und Gewalt selbst zu Anbetern von Gewalt und Macht wurden.

Die starke Beteiligung des Adels an der Intelligenzia hatte auch ihre psychologischen Wurzeln. Zuerst die Befreiung von den Pflichten gegenüber dem Staat unter Peter III. und Katharina und später die Ausschaltung eines Teiles des Adels durch Nikoláj I. und die sich daran schliessende Selbstausschaltung in der Pflege dekabristischer Traditionen hatte unter den, z.T. sehr aktiven, öffentlich interessierten und begabten jungen Menschen das Gefühl



eines starken Unbefriedigtseins hervorgerufen und den aus der russischen Romanliteratur bekannten Typus der «unnützen Menschen» (lišnijnje ljudi) entstehen lassen. Der sich aus der Verantwortung heraushaltende junge Aristokrat suchte den vermissten Lebensinhalt anderswo und fand ihn in der Pflege des aufrehrerischen Geistes. Um überhaupt nützlich zu sein, wollte der «unnütze Mensch» wenigstens der Revolution nützen und sah seine Aufgabe darin, zunächst im geistigen Verstande, eine Sprengwirkung auszuüben. «Haben wir genügend Sprengstoff in unseren geistigen Magazinen?» war eine beliebte Phrase. Später wurde die Frage sehr real nach der Sprengwirkung selbstgefertigter Bomben gestellt. Die innere Leere füllte der unnütze Mensch mit Negationen aus und wurde, ohne die Wende ins Positive zu finden, zum Nihilisten in seiner typisch russischen Prägung (vgl. S. 498).

Der Intelligenzler löste sich in der Regel aus der sozialen Sphäre, der er entstammte, gleichgültig welcher Herkunft er war. (Am wenigsten gilt das für die sog. Arbeiterintelligenz.) So blieb die Intelligenzia ohne soziales Fundament, gleichsam freischwebend und auch in diesem Sinn ohne Verantwortung. Die Radikalen verlangten vom Revolutionär, dass er «jedes Band zerreisst, das ihn mit der bürgerlichen Welt, mit Gesetzen, Anstand, Moral und geltenden Sitten verbindet» (Bakúnin). In Wirklichkeit blieben aber die persönlichen Bande zur Familie und Verwandtschaft gleichwohl bestehen. So kam es zu jener für die russische geistige und politische Situation typisch gewordenen Verzahnung der Fronten in der persönlichen Sphäre, die dazu führte, dass Angehörige der gleichen Familie in verschiedenen Lagern standen und sich erbittert, gegebenenfalls mit Bomben, bekämpften. In Bezug auf die mit der einen oder der anderen Seite Sympathisierenden liess sich eine Grenze bis in die obersten Sphären hinein überhaupt nicht ziehen.

Im Einzelnen zeigt die Entwicklung des «intelligenten Gedankens» in Russland ein sehr vielgestaltiges, schwer überschaubares Bild. Gleichwohl lassen sich einige politische Hauptströme erkennen, die schliesslich (am Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts) in politische Organisationen und Parteien ausmündeten. Auf Seite 452/453 ist der Versuch gemacht worden, diese

Hauptströmungen in einer graphischen Skizze darzustellen, im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Simplifizierung und Gewalttätigkeit, die einem solchen Unterfangen notwendig anhaftet. Immerhin dürfte es eine Orientierung erleichtern.

Die Keimzellen der Intelligenzia waren studentische Gruppen vor allem in Moskau in den dreissiger Jahren. Diese Kreise, Debattierklubs, z.T. Geheimgesellschaften, waren lockere «freistudentische» Vereinigungen ohne Embleme und ohne Statuten, meist um eine führende Persönlichkeit geschart, oft nach ihr benannt, – in ihrer Organisationsform von den studentischen Korporationen in Deutschland (und in den deutschen Ostseeprovinzen Russlands) ganz verschieden. Sie standen in scharfer Opposition zum Nikoláitischen System.

Diese Moskauer Studenten waren fast ausschliesslich Söhne adliger Guts- und Seelenbesitzer, wie z.B. Herzen, Ogarjow, Bakúnin, z.T. miteinander verwandt wie Chomjakow und die Brüder Kiréjéwskij (Neffen des Dichters Shukówskij). Aber es gehörten auch damals schon Rasnotschínzen dazu wie der Arztsohn W. Belínskij und der Sohn eines freigelassenen Leibeigenen Pogódin. Zunächst beschränkten sie ihre Tätigkeit auf das Geistige, Literarisch-Philosophische, ohne konkrete politische Aktionen zu planen oder vorzubereiten. Sie standen unter starkem Einfluss der deutschen idealistischen Philosophie (Hegel, Schelling) und Dichtkunst (Schiller).

Den eigentlichen Anstoss zur Ausbildung zweier geschichtsphilosophischer Schulen, der Westler und der Slawophilen, gab der, unmittelbar nach dem Dekabristenaufstand konzipierte, aber erst 1836 in der Moskauer Zeitschrift «Teleskop» erschienene «Erste Philosophische Brief» des Freundes Púschkins, Peter Tschaadájew (1794-1856), eines adligen Gutsbesitzers, Kriegsteilnehmers und Angehörigen der gleichen Generation wie die Dekabristen. In sehr scharfen Formulierungen vertrat Tschaadájew den Gedanken, dass Russland aus der Geschichte herausgefallen und aus der Menschheitsentwicklung ausgeschlossen sei: «Wir haben nichts selbst erfunden und aus allem, was andere erfanden, haben wir nur die trügerische Oberfläche und den nutzlosen Luxus übernommen». Dabei gab er die Schuld weitgehend der griechisch-orthodoxen

Kirche. Gleichzeitig wertete er aber dieses Herausgefallen sein positiv als eine Chance, ja eine Verheissung für die Zukunft und verkündete als erster den späteren Lieblingsgedanken der Russen, dass Russland dazu ausersehen sei, «der Welt irgendeine wichtige Lehre zu geben».

Am Anfang der vierziger Jahre hatten sich bereits die Westler und Slawophilen klar voneinander abgegrenzt. Die Westler (sapadniki) sahen in der Menschheitsgeschichte einen einheitlichen Prozess, aus dem Russland sich nicht ausschliessen dürfe, sondern im Gegenteil, durch eine bewusste, geistige und institutionelle Europäisierung möglichst engen Anschluss an Europa finden müsse im Sinne der petrinischen Politik. Die Slawophilen (slawjanofily) anerkannten dagegen die Sonderentwicklung eigenständiger Kulturbereiche und legten für Russland den Akzent gerade auf die vorpetrinische Zeit, wobei sie sowohl im Geistigen wie im Institutionellen an die Traditionen der Moskauer Periode anknüpften, unter starker Betonung der Orthodoxie und der Kirche. Beide sahen sich gleichermassen vor das Problem Russland-Europa gestellt, denn beide waren von einer Wesensverschiedenheit Russlands und Europas überzeugt, setzten die Wertakzente allerdings ganz verschieden.

Aus der unterschiedlichen Bewertung der Vergangenheit kamen sie zu verschiedenen Folgerungen für die Gegenwart und die Zukunft und damit auch zu verschiedenen politischen Forderungen. Während die Westler die Einführung konstitutioneller Rechtsformen nach europäischem Muster wünschten, strebten die Slawophilen eine typisch russische Volksvertretung in der Art des Sémskij Sobór des 16. und 17. Jahrhunderts an, bei weitgehender Erhaltung der zarischen Machtvollkommenheit. Grosse Bedeutung legten sie dem «Mir», der Dorfgemeinde, als typisch russisch-bäuerlichem Kollektiv und gleichzeitigem Ausdruck russischen Sozialempfindens bei<sup>1</sup>. Infolge der schnellen Politisierung dieser

<sup>1</sup> Schon in den fünfziger Jahren ist von den russischen Rechtshistorikern nachgewiesen worden, dass der «Mir» keine ursprünglich slawische, sondern eine von der Obrigkeit – zumal unter der Tatarenherrschaft – aus fiskalischen Gründen eingeführte Einrichtung ist: für den Eingang der Steuern wurde die ganze Gemeinde verantwortlich gemacht.

geschichtsphilosophischen Schulen kam es bei beiden zu einer Aufspaltung in zwei Zweige, so dass bereits in den fünfziger Jahren die vier grossen Strömungen erkennbar wurden, die später in die grossen Parteien einmündeten (vgl. Schema S. 452/453).

Bei den Westlern gaben Belinskij und vor allem Herzen den Anstoss zur Wendung ins Radikale, vom Liberalismus zum Sozialismus westlicher Prägung. Alexander Herzen (1812-1870) war ein Sohn des reichen Gutsbesitzers Jákowlew aus dessen in Deutschland nach protestantischem Ritus geschlossenen und deshalb in Russland nicht anerkannten Ehe mit der Stuttgarterin Luise Hag – (der Name Herzen ist vom deutschen Wort Herz abgeleitet). Er hat für die Entwicklung des revolutionären Gedankens in Russland eine sehr grosse Bedeutung erlangt. Schon in den erwähnten Moskauer Studentenkreisen spielte Herzen eine führende Rolle, wurde 1834 verhaftet, zum Tode verurteilt, begnadigt und verschickt. Schliesslich gelang es ihm, Russland zu verlassen (1847). Er ist der «Vater» der russischen Emigranten geworden. Von Paris, Genf und London aus hat er durch seine Zeitschriften «Polarstern» und vor allem durch die – in Erinnerung an Schiller so benannte und mit dem Schillerschen Motto *vivos voco* versehene – «Glocke» (kolokol) einen starken Einfluss auf die politische Meinung gehabt. Die «Glocke» wurde nach Russland eingeschmuggelt und von vielen, einschliesslich des Kaisers und seiner Minister, gelesen. Nachdem Herzen entgegen der herrschenden Stimmung in Russland für den polnischen Aufstand eingetreten war (1863), ging sein Einfluss stark zurück.

Herzen war Sozialist und Atheist. «Die einzige Religion, die ich dir vermache, ist die Religion der Revolution», verkündete er seinem Sohn. Selbst nur mit den Waffen des Geistes streitend und an keiner revolutionären Aktion beteiligt, setzte er grosses Vertrauen auf die Macht des Wortes – «predigen ist dem Menschen nötig, unausgesetzt predigen» – und lehnte entschieden Gewaltmethoden ab. Seine Idee war, die Freiheit der Persönlichkeit im Sozialismus zu verwirklichen, wobei er gelegentlich starke anarchistische Tendenzen erkennen liess. «Wir bauen nicht auf», schrieb er seinem vierzehnjährigen Sohn, «wir reissen nieder. Wir versprechen keine neue Offenbarung, aber wir beseitigen die alte Lüge ... Der

heutige Mensch baut nur die Brücke, – ein Anderer, Unbekannter, Zukünftiger wird sie überschreiten.» Die Zukünftigen selbst, z.B. Lenin, haben zwei Generationen später dieses Vermächtnis sehr ernst genommen. Von Herzen führte der radikale Zweig der Westler in gerader Linie zum Marxismus und schliesslich zur russischen sozialdemokratischen Partei.

Die gemässigt-westliche, liberale Richtung wurde zunächst durch Herzens Altersgenossen, den wissenschaftlich wie rednerisch gleichermaßen ausgezeichneten Historiker Timofej Granowskij (1813 bis 1855) weitergeführt. Sie vertrat eine, nach englischen Vorbildern ausgerichtete, politische Liberalisierung und führte ihrerseits über die sog. Sémstwo-Liberalen und die Volksrechtspartei zur Partei der Konstitutionellen Demokraten (KD). Vom revolutionären Liberalismus, der die Solidarität mit der radikalen Intelligenzia betont aufrecht erhielt – um sich nicht «den Schwanz abschneiden zu lassen» – ist der konservative Liberalismus zu unterscheiden, dessen Exponenten zu Trägern der liberalen Reformpolitik der Regierung wurden und infolgedessen nicht mehr in das «Lager» der Intelligenzia gehörten.

Von den Slawophilen herkommend, vollzog Tschernyschewskij am Anfang der sechziger Jahre seinerseits die Wendung ins Radikale. N. G. Tschernyschewskij (1828-1889), ein Popensohn, als wissenschaftlicher Nationalökonom zur akademischen Laufbahn nicht zugelassen, wegen seiner publizistischen Tätigkeit (seine in Romanform erschienene Kampfschrift «Was tun?») verhaftet, wurde in einer öffentlichen Schaustellung «politisch hingerichtet» (1864) und zu vierzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, von denen er sieben Jahre im Bergwerk verbrachte. Tschernyschewskij hat dem slawophilen Gedanken scharfe revolutionär-sozialistische Akzente gegeben, aber betonterweise das westliche Vorbild abgelehnt. Nach ihm sollte das Beispiel des Westens die Russen schrecken und vor Europa warnen. Russland sollte sowohl in seiner Zielsetzung wie in seinen Methoden seinen eigenen Weg gehen, den Weg eines, auf dem Mir-Gedanken basierenden, russischen Kollektivismus. Im Unterschied zu Herzen, den er als zu passiv und zu bequem erbarmungslos kritisierte, leitete Tschernyschewskij unmittelbar zur politischen Aktion unter Anwendung von physischer Gewalt

über, die im sog. Naródnitschestwo ihren praktischen Ausdruck fand. Vom Naródnitschestwo führte dieser Zweig zu der (nicht-marxistischen) Partei der Sozialrevolutionäre.

Eine ganz andere Entwicklung nahm der konservative Hauptzweig der Slawophilie. Während die älteren Slawophilen (Chomjakow, die Brüder Kiréjéwskij) noch im Literarisch-Philosophischen verharren, gaben die jüngeren Slawophilen (Samárin, die Brüder Aksákov) auch dieser Richtung eine Wendung ins Politische: von der Slawophilie zum Panslawismus. Gleichzeitig wurde auch sie radikalisiert, aber nach der anderen, der «rechten» Seite hin ins Reaktionäre. Diese Richtung führte über Katków und Daniléwskij schliesslich zu Pobedonószew ins Lager der Staatslenker und der politischen und kirchlichen Machthaber und schied somit aus der Intelligenzia aus.

Schliesslich wäre noch eine praktisch weniger wichtige, aber in ihrem geistigen Einfluss besonders auf die beiden sozialistischen Zweige nicht zu unterschätzende, ihren eigenen Weg ziehende Richtung zu erwähnen, die anarchistische. Das anarchistische Freiheitsideal hatte, wie wir sahen, in Russland eine jahrhundertalte Tradition. Wie auf die Kosaken und Bauern übte es auch auf die Intelligenzia eine starke Anziehungskraft aus. Der Anarchismus hat das geistige Bild und die persönliche Haltung der Intelligenzler mitgeformt. Sein prominentester Vertreter war wiederum ein Aristokrat, Michaíl Bakúnin (1814-1876), eine Kraftnatur von starker persönlicher Wirkung. Auch er hatte dem Moskauer Studentenkreis angehört, mehr zur slawophilen als zur westlichen Seite geneigt und war dann, ganz nach «links» ausschlagend, seinen eigenen Weg gegangen. Auch er hatte – später als Herzen – Russland verlassen, hatte sich aber – anders als Herzen – an allen Revolutionen, die er erreichen konnte, aktiv beteiligt und in halb Europa auf den Barrikaden gestanden. Er war in Sachsen und Österreich zum Tode verurteilt, nach Russland ausgeliefert (1850), in die Peter-Pauls-Festung gesperrt, dann verschickt worden und schliesslich ins Ausland entkommen. Selbst verkörperte er das von ihm aufgestellte Ideal eines Berufsrevolutionärs. Bakúnins Ziel war die «Aufhebung des Staates und die vollständige Ausrottung des Autoritätsprinzips». Er erklärte in Anknüpfung an das alte

Kosakenideal «das Räubertum für eine der ehrenhaftesten Formen des russischen Staatslebens». Wenn er auch eine Revolution im Weltmassstäbe anstrebte, so sah er doch seine anarchistischen Forderungen gerade durch die russischen geschichtlichen Traditionen gerechtfertigt: «Wer das Räubertum nicht versteht, der wird nichts von der russischen Volksgeschichte verstehen.» Von Bakúnin stammt das bekannte Wort: «Die Lust der Zerstörung ist eine schaffende Lust.» Der Anarchismus, später vom Fürsten Peter Kropótkin fortgeführt, hat seine infizierende Wirkung bis in die bolschewistische Zeit hinein behalten, aber zu einer nennenswerten Eigenkraft ist er nicht geworden.

Zu politischen Aktionen war es in der Regierungszeit Nikolájs I. nicht gekommen. Wohl fanden nach wie vor lokal begrenzte Aufstände von Bauern statt, die aber unabhängig von der Intelligenzia blieben. Wo der Polizeistaat Nikolájs geheime Zirkel ausfindig machte, schlug er unbedenklich zu und verhängte sehr schwere Strafen, auch dann, wenn die Schuldigen sich nur mit Worten oder Gedanken vergangen hatten, wie im Falle des sog. Petraschéwskij-kreises in Petersburg, zu dem auch Dostojéwskij gehörte, der bekanntlich zum Tode verurteilt und auf dem Schafott zu vier Jahren Zwangsarbeit und nachfolgendem Dienst als Gemeiner in der Armee begnadigt wurde (1849).

Eine Änderung trat mit der Regierungszeit Alexanders II. ein, als eine Tauwetterperiode, wie wir heute sagen würden, einsetzte, die Regierung die Zügel lockerer liess und ein Teil der radikalen Intelligenzia zur revolutionären Aktion überging.

### *Enropapolitik*

Wie bereits erwähnt, war die Aussenpolitik Nikolájs I. sowohl durch das eigene nationale bzw. konfessionelle Interesse wie durch ein übernationales Ordnungsprinzip bestimmt. In der griechischen Frage geriet er dabei, wie vor ihm Alexander, in einen Konflikt. Er hat dabei keine so starre Haltung eingenommen wie sein Bruder (damals unter dem Einfluss Metternichs) und hat sich auf die Seite seiner Glaubensgenossen auf dem Balkan gestellt, obgleich der

Aufstand der Balkanslawen gegen die Türkenherrschaft unbezweifelbar ein revolutionärer Vorgang war.

Als Nikoláj sich im Bündnis mit England und Frankreich am Kriege gegen die Türkei beteiligte, ging die Heilige Allianz darüber in die Brüche. Die Folge war eine erneute starke Machtsteigerung Russlands. Im Zuge des von ihm nach Ausscheiden Englands und Frankreichs allein weitergeführten Türkenkrieges (1828-1830) marschierten russische Truppen wieder – wie zur Zeit Swjatoslaws! – über die Donau und über den Balkan und drangen bis nach Adrianopel vor (August 1829). Der Weg nach Konstantinopel lag offen. «Niemand hätte die russische Armee aufhalten können, nach Konstantinopel zu marschieren und das türkische Reich zu zerstören», schrieb damals der russische Aussenminister Nesselrode. Was Katharina erträumt hatte, schien Wirklichkeit zu werden. Wie Alexander sechzehn Jahre früher die «gigantische Idee» seiner Grossmutter im Westen hätte verwirklichen können, so stand jetzt Nikoláj vor der Möglichkeit, Katharinas «griechisches Projekt» Wirklichkeit werden zu lassen.

Wie Alexander, so hat auch Nikoláj diesen Versuch nicht gemacht, weil er nach einer Äusserung Nesselrodes im Unterschiede zu Katharina «keine neue Kombination» wollte, die ihn «gezwungen hätte, sein Reich zu sehr zu vergrössern». Er wollte auch das Risiko eines Konfliktes mit den Westmächten nicht auf sich nehmen. Er war der Ansicht, dass die Türkei «derartig geschwächt sei, dass sie nur noch unter dem Schutz Russlands existieren könne» und räumte die von den Russen besetzten Gebiete einschliesslich der Donaufürstentümer. Im Ergebnis stellte sich die Türkei tatsächlich unter russischen Schutz (1831).

Das war ein geradezu unerhörter Erfolg. Was der russische Kaiser durch Eroberung zu erreichen abgelehnt hatte, das schien er jetzt durch eine liebevolle Umarmung gewonnen zu haben. Denn schon ein Jahr danach trat er als Beschützer des Sultans gegen dessen eigenen Vasallen (Mohammed Ali von Ägypten) in Aktion. Damals (Frühling 1833) zogen russische Truppen als Freunde der Türken in Konstantinopel ein und nahmen im alten Zargrad am Ostergottesdienst teil. Die Freundschaft wurde durch einen Allianzvertrag besiegelt, in dem die Türkei sich – insgeheim –



verpflichtete, «zugunsten des kaiserlichen Hofes von Russland, die Meerengen der Dardanellen zu verschliessen, d.h. keinen fremden Kriegsschiffen... die Einfahrt in dieselben zu gestatten» (Hunkjar-Iskelessi, 1833).

Bekanntlich hat Russland diese Übermachtstellung auf dem Balkan nicht halten können und hat nach langwierigen Verhandlungen dem Gegendruck der Mächte nachgegeben, so dass sieben Jahre später der einseitige russische Schutz der Türkei durch einen Viermächteschutz (Russland, England, Österreich, Preussen) ersetzt wurde (1840). Wenn russischerseits (Kowaléwskij) diese Wendung damit erklärt worden ist, dass Nikoláj I. «die europäischen Interessen höher stellte als die russischen», so mag das zu krass formuliert sein. Jedenfalls hat er die russischen Interessen nicht über die europäischen gestellt. Gleichwohl hat er zu seinem grossen Kummer eine Frontstellung und schliesslich eine Auflehnung Europas gegen Russland nicht verhindern können.

In den vierziger Jahren wurde das Übergewicht Russlands allenthalben in Europa, z.T. sogar in Preussen als Bedrohung bzw. als unerträglicher Druck empfunden, umso mehr, als Nikoláj sich jetzt in verstärkter Masse in europäische Verhältnisse einzumischen begann.

Im Revolutionsjahr 1848 hatte er König Friedrich Wilhelm IV. vergeblich und Kaiser Franz Joseph erfolgreich seine Hilfe im Kampf gegen die «Rebellen» angeboten. Nach der Niederwerfung der ungarischen Revolution und der Kapitulation Görgeys vor den Russen wuchs das Gewicht des russischen Kaiserreiches noch mehr, trotz der Zurückweisung der Nikoláj angebotenen ungarischen Krone und trotz der Zurückziehung der russischen Truppen aus Ungarn (1849). In den folgenden Jahren schien es, als sei der russische Kaiser, ohne irgendeinen Territorialgewinn beansprucht oder erzielt zu haben, der Herr Europas geworden; jedenfalls fühlte er sich als solcher. Als er im Jahre 1850 sein fünfundzwanzigjähriges Regierungsjubiläum feierte, war Nikoláj auf dem Gipfel seiner Macht.

In Europa gewann unter dem Schlagwort «Zurückdrängung Russlands hinter seine natürlichen Grenzen» eine Richtung an Boden, die für Russland sehr schwerwiegende Folgen haben konnte.

Denn sie zielte darauf, das Russische Reich aus Europa hinauszudrängen. Sie drohte mithin die Fundamente zu zerstören, auf denen seit Peter dem Grossen alles in Russland Erreichte gestanden hatte.

Als nach dem unwürdigen sog. Streit um die Heiligen Stätten ein neuer russisch-türkischer Krieg ausbrach (1853), setzte Nikoláj wiederum seine Truppen nach Konstantinopel in Marsch, auch dieses Mal mit der ausdrücklichen Erklärung, dass das Ziel Russlands nicht Eroberung sei, sondern die Wiederherstellung der verletzten Rechte der orthodoxen Christen. Dieser Krieg weitete sich bekanntlich zu einem Krieg der Westmächte gegen Russland aus (Krimkrieg 1854-1856).

Im Hintergrunde des Krimkrieges stand die propagandistisch von den Westmächten stark herausgestellte, alte und immer wieder erneuerte These, dass ein wesensmässiger und unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den europäischen Mächten und der europafremden Macht Russland bestehe. Es wurden dabei die gleichen Argumente hervorgehoben, die sowohl früher (in der moskowitischen Periode) wie auch später (in der sowjetischen Periode) gegen Russland bzw. Moskau ins Feld geführt wurden. «Wir sind unserem Wesen nach Europäer; sie (die Russen) in hohem Masse Bewohner des Ostens und Asiaten. Für uns ist der Individualismus charakteristisch, für sie – sein Fehlen. Wir lieben leidenschaftlich die Freiheit, sie unterwerfen sich willig einer bestehenden Macht und bleiben ihr treu», schrieb die englische Zeitschrift «Economist» (21. Januar 1854), und der Erzbischof von Paris erklärte den Krieg gegen Russland für einen «Heiligen Krieg, nicht zwischen Staaten und Völkern, sondern zwischen zwei Religionen».

Die Bezeichnung «Krimkrieg» ist missverständlich, weil es dabei gar nicht um die Krim ging, sondern um die, an verschiedenen Stellen, z.B. im Weissen Meer, im Fernen Osten und an der Ostsee gemachten Versuche, Russland durch militärische Operationen entscheidend zu schwächen, ohne mit einem Heer nach Moskau zu marschieren. Dieser Krieg hat bekanntlich die Vormachtstellung Russlands in Europa gebrochen. Gleichzeitig hat er aber die Unangreifbarkeit des Riesenreiches ohne ein entsprechendes riesiges Heer infolge seiner geographischen Lage bewiesen. Auf der Krim

fiel die militärische Entscheidung zugunsten der Westmächte (Fall Sewastopols, August 1855), und im Frieden von Paris verzichtete Russland auf das 1833 gewonnene Protektorat über die Donaufürstentümer und büsste, was schwerer wog, das Recht ein, im Schwarzen Meer eine Kriegsflotte zu halten. Erst 1871 konnte es sich anlässlich des deutsch-französischen Krieges von dieser empfindlichen Einschränkung wieder befreien. Sewastopol und damit die ganze Krim blieben aber bei Russland, während das von den Russen eroberte Kars wieder an die Türkei fiel.

Im Westen wird das Ergebnis des Krimkrieges in der Regel als russische Niederlage gewertet. In Russland selbst sah man es und sieht es heute noch anders. Die Übergabe Sewastopols wird als eine verlorene Schlacht (der andere gewonnene Schlachten gegenüberstehen) gewertet, der Krieg selbst aber als nicht ausgetragen. Platónow bezeichnet den Krimkrieg als «einen der ruhmreichsten Kriege der russischen Geschichte». Die Westmächte hatten keine Möglichkeit, den Krieg weiterzuführen und Russland eine wirklich entscheidende Niederlage zuzufügen. Das wäre nur durch einen Landkrieg möglich gewesen. Ein Landkrieg hatte aber noch gar nicht begonnen, und die Westmächte scheuten begreiflicherweise davor zurück.

Für die Geschichte Russlands bleibt dieser Krieg gleichwohl ein wichtiger Einschnitt, umso mehr, als er mit einem Thronwechsel zusammenfiel. Allerdings war der Einschnitt keineswegs so tief, wie es anfänglich erscheinen mochte. Von einer «Zurückdrängung Russlands hinter seine natürlichen Grenzen» war überhaupt keine Rede mehr, und zwischen Europa und Russland wurde keine Scheidewand aufgerichtet. Russland blieb in Europa.

Während des Krieges, noch vor dem Fall Sewastopols, war Nikoláj I. gestorben (Februar 1855). Die letzten Jahre hatten ihm schwere Enttäuschungen gebracht. Seine europäische Politik musste er als gescheitert ansehen. In Russland selbst hatte der Krieg grosse Mängel gerade auf dem eigentlichen Gebiet des Kaisers, dem militärischen, erkennbar werden lassen, nicht in Bezug auf den Geist des Offizierskorps und der Truppe, wohl aber in Bezug auf die militärische Ausbildung und Waffentechnik. Dass Nikoláj darin einen Beweis des «völligen Bankrotts seines Regimes» (Hoetzsch)

gesehen hätte, ist sehr zweifelhaft und nicht nachweisbar. Seine überlieferten Worte an den Thronfolger: «Ich habe getan, was ich konnte, ich bedaure, dass es nicht besser war», können in diesem Sinne nicht ausgelegt werden. Das jedenfalls aus Berlin stammende Gerücht, dass er aus Verzweiflung Selbstmord begangen habe, war falsch.

Wir sind über die letzten Tage Nikolájs I. und seinen Tod (durch die Aufzeichnungen seines deutschen Leibarztes Martin Mandt) genau informiert. Er war der einzige Kaiser aus der Dynastie Románow-Holstein-Gottorp, der weder eines gewaltsamen noch eines unerwartet plötzlichen Todes gestorben ist. In seinen letzten Stunden, auf einem eisernen Feldbett liegend und mit einem Offiziersmantel bedeckt, hatte er seine ganze Familie und die gesamte Dienerschaft um sich versammelt, um von ihnen Abschied zu nehmen: «Es ist nicht der moralische Mut, der mich verlässt», – sagte er ihnen – «aber ich fürchte, meine physischen Kräfte verlassen mich.»

## 8. POLEN

Nach der Wiederherstellung des Königreichs Polen in Personalunion mit Russland hatte sich Alexander I. sehr um die Polen bemüht und sie nach seinen eigenen Worten mit Wohltaten überhäuft. Im Unterschiede zu den Russen waren die Polen einer Verfassung würdig befunden worden. Sie hatten ihr eigenes Heer (30'000 Mann) unter polnischen Offizieren; nur der Oberkommandierende war ein Russe, der polenfreundliche und mit einer Polin verheiratete Grossfürst Konstantin Páwlowitsch. Die Polen hatten eigene (polnische) zivile und militärische Schulen und Hochschulen. Sie hatten ein eigenes Finanz-, Zoll- und Steuerwesen, eine eigene Verwaltung mit einem rein polnischen Staatsrat (Ministerium) und einem polnischen Generalstatthalter (Vizekönig) an der Spitze. Zur allgemeinen Überraschung hatte Alexander nicht Czartorýski, sondern General Zajonczek zum Vizekönig ernannt. Das polnische Volkstum war durchaus nicht bedroht. Der einzige russische Beamte in Polen war der Kommissar beim Staatsrat (N. N. Nowosilzew).

Alexanders Polenpolitik auf der Grundlage eines übernational-imperialen Ordnungsprinzips stand in offenbarem Gegensatz zu der dieses Prinzip sprengenden Zeitströmung des Nationalismus, der gerade in Polen als Auflehnung gegen die vorangegangenen Teilungen einen besonders fruchtbaren Boden gefunden hatte. Mit seiner Polenfreundlichkeit hat Alexander nur Enttäuschungen erfahren, auch bei seinen russischen Untertanen, die ihm eben deshalb die heftigsten Vorwürfe machten. An die Spitze der Opposition stellte sich wiederum Karamsín. «Niemals werden die Russen Ihnen verzeihen, wenn Sie uns für das Beifallklatschen der Polen in Verzweiflung stürzen ... Wir würden die Liebe zu Ihnen verlieren», schrieb er dem Kaiser, und zehn Jahre später stellte Benckendorff nach dem Verhör der Dekabristen rückblickend fest: «Die Liebe der Russen zu Kaiser Alexander ist an der polnischen Frage zerschellt.»

Auch die Polen waren trotz allen Entgegenkommens durch die

Wiener Lösung keineswegs zufriedengestellt worden, weder politisch noch territorial. Die Gemässigten unter ihnen strebten eine Erweiterung ihrer nationalen und konstitutionellen Freiheiten an; die Radikalen (geführt vom Historiker Lelével) forderten eine Trennung von Russland und eine selbständige Republik. Das Endziel aller war eine Wiedervereinigung (der drei Teile). Russland gegenüber verlangten die Polen die Wiederherstellung der Grenze von 1772, d.h. die Angliederung jener ostpolnischen Gebiete – die Russen nennen sie ihre «Westgebiete» –, um die der erbitterte Streit bis in die Zeit Stalins hinein gegangen ist und heute nur in Anbetracht der derzeitigen Machtverhältnisse ruht. Gleichzeitig begannen die Polen in den ausserhalb des «Zartums» verbliebenen weissruthenischen und litauischen Gebieten, gestützt auf den dortigen polnischen Adel, mit einer systematischen, von der kaiserlichen Regierung zunächst weder in ihrer Zielsetzung noch in ihrem Umfang erkannten, Polonisierungspolitik. (Begründung polnischer Schulen durch den Kurator des Wilnaer Lehrbezirks Czartorýski. Die Universität Wilna als Zentrum der polnischen nationalen Bewegung.) Die polnischen Patrioten fühlten sich dabei nicht zu Unrecht in ihren national-staatlichen und national-demokratischen Zielsetzungen als «Träger moderner Prinzipien», die sie, in traditioneller Überschätzung ihrer Weltgeltung aber mit viel Resonanz bei den europäischen Völkern, gegenüber dem «reaktionären Unverstand» vertraten.

So war die Situation, als Nikoláj I. die Regierung antrat. Auch er hielt an der imperialen Reichsidee fest und war anfangs gewillt, den in Polen übernommenen Rechtszustand zu respektieren, nachdem er, nach seinen eigenen Worten, «nun einmal diese Einrichtung (Verfassung) geerbt und beschworen» hatte. Den Thronfolger liess er vom polenfreundlichen Dichter Shukówskej unterrichten und polnisch lernen. Aber weitere Zugeständnisse zu machen, lehnte er ab, insbesondere in Bezug auf die sog. «Westgebiete».

Im Zusammenhang mit der Julirevolution in Frankreich und Belgien (1830) kam es zum offenen Konflikt. In Polen brach in der vergeblichen Hoffnung auf eine Unterstützung durch die Westmächte ein Aufstand aus (November 1830). Grossfürst Konstantin, der ermordet werden sollte, floh. In Warschau bildete sich

eine temporäre Regierung mit Czartoryski an der Spitze, die sowohl die Unabhängigkeit Polens wie den Anschluss der östlichen Gebiete verlangte. Da Nikoláj sich darüber in Verhandlungen nicht einliess, erklärte der polnische Sejm die Dynastie Románow für abgesetzt (Januar 1831). – Der Aufstand wurde militärisch niedergeschlagen. Nachdem der russische Oberbefehlshaber Diebitsch an der Cholera gestorben war, erzwang sein Nachfolger, General Paskéwitsch, die Kapitulation der Aufständischen (September 1831).

Nikoláj war sich der Unvereinbarkeit des von ihm vertretenen Ordnungsprinzips mit den nationalen Selbstbestrebungen der Polen durchaus bewusst und sah im Besitz der polnischen Gebiete für Russland keinen Gewinn. Er empfand ihn im Gegenteil als Belastung und hat sich nach der Niederwerfung des Aufstandes bereit erklärt, die russische Grenze zurückzunehmen und die polnischen Kerngebiete westlich der Narew-Weichsel-Linie, «da Russland kein Interesse daran hat, Provinzen von so flagranter Undankbarkeit zu besitzen», seinen Alliierten abzutreten. Da dieser Verzichtplan die Selbständigkeit eines auch verkleinerten Polens ausdrücklich verwarf, wäre mit seiner Verwirklichung nur der Zustand wiederhergestellt worden, der nach der dritten Teilung Polens bestand. Auch die «Alliierten» zeigten kein Interesse daran, die Verantwortung für Polen zu übernehmen, und so wurde aus dem Plan nichts.

Das Zartum Polen blieb ein «untrennbarer Bestandteil» des Russischen Reiches, und Nikoláj ging jetzt daran, dessen politische Struktur von Grund auf zu ändern, um eine Wiederholung des Aufstandes zu verhindern. Auch dabei mischten sich politisch-reaktionäre Massnahmen mit modernen nationalen Prinzipien: jetzt wurde das polnische Volkstum durch Russifizierungsmassnahmen durchaus bedroht. Die polnische Verfassung wurde aufgehoben; an ihre Stelle trat das sog. «organische Statut» (Februar 1832). Der Sejm wurde aufgelöst, das polnische Heer und die polnischen Hochschulen wurden abgeschafft, alle konstitutionellen Garantien beseitigt. Die bürgerlichen Rechte blieben theoretisch zwar gewahrt, waren aber infolge des fortdauernden Kriegszustandes – er hat zwanzig Jahre gewährt – nicht wirksam.

Die Amtssprache wurde russisch und der Verwaltungsapparat mit Russen durchsetzt. Die Bezeichnung «Zartum» blieb eine Formalität, in Wirklichkeit war das «Königreich» zu einer russischen Provinz geworden. Der massgebende Mann und Exponent der russischen Herrschaft war als «Fürst von Warschau» der russische General polnischer Herkunft Paskéwitsch. Eine ähnliche Stellung sollte 120 Jahre später im polnischen Satellitenstaat der Sowjetunion der (sowjet)russische General polnischer Herkunft Rokossówski einnehmen.

Der polnische Aufstand von 1830 hatte auch auf die polonisierten litauischen Gebiete übergegriffen und war auch dort niedergeschlagen worden. Die Polonisierungsbestrebungen wurden unterbunden und die Universität Wilna geschlossen. Gegen die am Aufstand Beteiligten wurde ein Verfahren eingeleitet. Viele, darunter Czartorýski, hatten sich durch die Flucht in die Emigration dem Gericht entzogen; mehrere hundert (264) wurden meist in absentia zum Tode verurteilt. Die Güter der für schuldig Befundenen (2349 Güter) wurden konfisziert und z.T. russischen Generälen übergeben.

Gewonnen war damit nichts. Die Gefahr neuer Unruhen und damit die Belastung für Russland war durch die neue Politik nicht vermindert, sondern erhöht worden. Im Revolutionsjahr 1848 hat Nikoláj I. nach einem vergeblichen Versuch, Friedrich Wilhelm IV. von Preussen für ein gemeinsames Vorgehen gegen Polen zu gewinnen, durch scharfe Massnahmen und sein gleichzeitiges Eingreifen in Ungarn einen erneuten Aufstand noch verhindert. Aber nachdem die russische Regierung unter Alexander II. die Zügel gelockert hatte, brach wieder ein Aufstand aus (1863).

Seit 1861 war der Marquis A. Wielopolski, ein scharf antiwestlerisch eingestellter Slawophile, Chef der Zivilverwaltung in Polen. Er war russisch orientiert, stiess aber trotz aller von Alexander II. gemachten Zugeständnisse an die Polen (Versprechung der Wiederherstellung polnischer höherer Lehranstalten, polnischer Gerichte und lokaler Selbstverwaltungsorgane) bei seinen Volksgenossen auf heftige Opposition. Anlässlich einer allgemeinen Rekrutenaushebung kam es erneut zum Aufstand. Da die Polen kein eigenes Heer mehr hatten, lag die Aktion in den Händen



schlecht bewaffneter und auch schlecht geführter Insurgenten. Das kühne, aber sinnlose Unternehmen war von vornherein zum Scheitern verurteilt<sup>1</sup>.

Gestützt auf die polenfeindliche öffentliche Meinung in Russland schlug die Regierung den Aufstand schnell nieder. Interessanterweise hat Alexander II. damals den gleichen Plan erwogen wie dreissig Jahre vorher sein Vater, nämlich, die Gebiete westlich der Narew-Weichsel-Linie den «Preussen zu überlassen». Aber auch aus diesem Plan wurde nichts. Die russische Regierung reagierte dieses Mal auf den Aufstand noch schärfer: Das «Zartum» wurde aufgehoben und das Weichselgebiet in zehn Gouvernements zer schlagen und unter russischer Verwaltung mit russischer Amtssprache ohne jede nationalen Eigenrechte in das Reich einbezogen. Es gab weder polnische Zeitungen noch polnische Schulen mehr. Das ursprünglich von den Polen vertretene «moderne Prinzip» des Nationalismus hatte sich inzwischen auch weitgehend in Russland durchgesetzt. Die Polen wurden nun mit ihren eigenen Waffen bekämpft.

Die Folgen dieses Vorgehens wogen schwer. Sie äusserten sich u.a. in dem starken, z.T. führenden Anteil der Polen an der russischen revolutionären Bewegung bis in die bolschewistische Zeit hinein. Jetzt machten sich die Polen zu Trägern eines noch moderneren Prinzips, indem sie ihr nationales Freiheitsstreben mit sozialen bzw. sozialistischen Forderungen verbanden und damit die Dynamik ihrer Bewegung erheblich verstärkten.

Die übernationale Reichspolitik der russischen Krone hatte in der polnischen Frage Schiffbruch erlitten. Grundsätzlich preisgegeben wurde sie deshalb aber noch nicht. In Finnland und in den deutschen Ostseeprovinzen, wo es zu keinen Aufständen gegen die Dynastie und das Reich gekommen war, haben Nikoláj I. und Alexander II. am alten Kurs festgehalten und die Selbstverwaltung dort bestehen lassen. Allerdings machten sich unter dem Einfluss nationalistisch-panlawistischer Tendenzen besonders auf

<sup>1</sup> 10'000 polnische Insurgenten verfügten über nur 600 Gewehre, während die russische Garnison in Polen aus 90'000, in Litauen aus 60'000 und in Weissruthenien aus 40'000 vollbewaffneten Soldaten bestand.

kirchlichem Gebiet auch dort Krisenerscheinungen bemerkbar, die aber erst unter Alexander III. in ein akutes Stadium traten.

Ganz anders entwickelten sich die Dinge in der Ukraine. Hier wurde eine national-tolerante Politik von der Regierung gar nicht angestrebt. Das ukrainische Volkstum wurde als solches nicht anerkannt und alle, vorwiegend im österreichischen Galizien (Universität Lemberg) gepflegten nationalukrainischen Bestrebungen, sofern sie über die Grenze nach Russland drangen, erbittert bekämpft. Nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 1830/31 und der Schliessung der Universität Wilna hatte Nikolaj I. zur Ausschaltung des polnischen Einflusses die Universität Kiew begründet (1833). Nun wurde aber Kiew zum Sammelbecken der ukrainischen nationalen Intelligenz.

Wie erinnerlich, hatte die in der Ukraine wirkende Gruppe der Dekabristen (Südbund) sich bereits durch besondere Radikalität ausgezeichnet. In den vierziger Jahren entstand in Kiew eine neue geheime Gesellschaft der «ukrainischen Brüder» (später «Kyrill- und Methodius-Gesellschaft», 1846), zu der u.a. der Historiker N. Kostomárow und der Dichter T. Schewtschénko gehörten. Die geheime Gesellschaft knüpfte unmittelbar an die Traditionen der Dekabristen an und stellte sich u.a. einen Bund slawischer Republiken zum Ziel, in dem neben den Grossrussen, Polen, Tschechen usw. auch die Ukrainer ihre eigene Republik haben sollten. Gegen diese Gesellschaft, gegen deren Mitglieder und deren Bestrebungen ging Nikoláj sehr rigoros vor (Schewtschénko wurde unbefristet als gemeiner Soldat eingereiht). Schon vorher (1838) hatte unter dem Generalgouverneur Bíbikow eine Russifizierungspolitik mit systematischer Bekämpfung der ukrainischen Sprache und Kultur eingesetzt.

## 9. DIE LIBERALE ÄRA

### *Alexander II. und Aufhebung der Leibeigenschaft*

Beim Tode Nikolájs I. bestand über die Nachfolge – eine Seltenheit in der Geschichte Russlands – keine Unklarheit. Sein ältester Sohn Alexander war für den kaiserlichen Beruf sorgfältig vorgebildet und in die Regierungsgeschäfte eingeführt worden. Der Dichter Shukóvskij, sein Lehrer, hatte ihn im humanitären Sinne beeinflusst. In mancher Hinsicht erinnerte er an seinen Onkel Alexander L, nach dem er genannt war. Zum Thron hatte er sich nicht gedrängt, sondern gehofft, dass sein Vater, für ihn das Ideal eines Monarchen, möglichst lange regieren werde; das Verhältnis zwischen Vater und Sohn war auch nicht durch einen Anflug des sog. Kronprinzenkomplexes beschattet. Als Alexander den Thron bestieg, war er – auch das war eine Seltenheit in der Geschichte Russlands – bereits in den besten Mannesjahren, siebenunddreissig Jahre alt.

Alexander II. ist als der Zar-Befreier in die Geschichte eingegangen. Das ist in zwiefachem Sinne zu verstehen, einerseits als Befreier der Bauern von der Leibeigenschaft, andererseits als der Befreier der griechisch-orthodoxen Glaubensgenossen, vor allem der Bulgaren, von der türkischen Herrschaft.

Die Befreierrolle entsprach durchaus dem Wesen seiner Persönlichkeit. Alexander II. war der dritte von der Natur besonders bevorzugte russische Kaiser im 19. Jahrhundert. Persönlich anziehend, als der «letzte kavaliersmässige Monarch» gerühmt, ritterlich im Benehmen wie im Charakter, persönlich mutig, war er nicht so hart wie sein Vater. Er war weder genial noch eigentlich schöpferisch, aber in jeder Hinsicht gut veranlagt, elastischer und auch labiler als Nikoláj L, in seinem politischen Wollen und Handeln durchaus selbständig, mit klarem Blick für das Notwendige und auch recht klarem Urteil über das Mögliche.

Alexander II. hat in seiner umfassenden Reformtätigkeit auf allen Gebieten des staatlichen und öffentlichen Lebens im Inter-

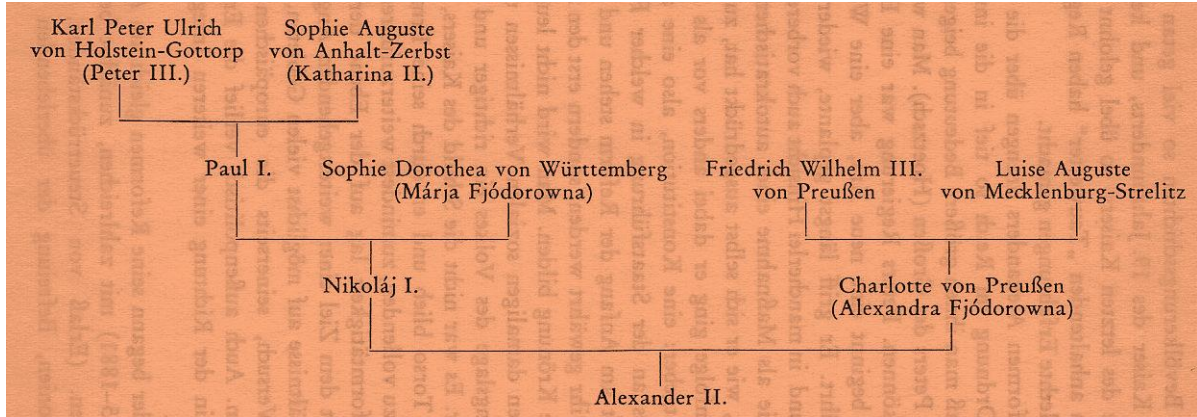
esse aller Bevölkerungsschichten so viel getan wie kein anderer russischer Kaiser des 19. Jahrhunderts, und keinem ist das, mit Ausnahme des letzten Kaisers, so übel gelohnt worden wie ihm. Mit einem anhaltenden «Tauwetter» haben Regenten in Russland immer schlechte Erfahrungen gemacht.

Die Reformen Alexanders drangen über die Umwandlung der äusseren Ordnung im Reich so tief in die innere Struktur des Volkes, dass man ihnen grössere Bedeutung beigemessen hat als den Reformen Peters des Grossen (Hoetzsch). Man wird dem nicht beipflichten können. Peters Regierung war eine Epoche. Mit Alexander II. beginnt eine neue Ära, aber eine Wende hat er nicht herbeigeführt. Er griff längst geplante, wiederholt in die Wege geleitete und in mancherlei Hinsicht auch vorbereitete Reformpläne auf, um sie als Massnahme eines autokratischen Herrschers «von oben her», wie er sich selbst ausgedrückt hat, zu verwirklichen. In der Reihenfolge ging er dabei anders vor als Alexander I. und dessen Ratgeber: eine Konstitution, also eine aktive Beteiligung des Volkes an der Staatsführung in welcher Form auch immer, sollte nicht am Anfang der Reform stehen und auch nicht gleichzeitig mit ihr gewährt werden, sondern erst den Abschluss, gleichermassen die Krönung bilden. Man wird nicht leugnen können, dass dies bei den damaligen sozialen Verhältnissen und vor allem bei der Bildungslage des Volkes ein richtiger und vernünftiger Gedanke war. Es war nicht die Schuld des Kaisers, dass sein Reformwerk ein Torso blieb und er durch seine Ermordung gehindert wurde, es zu vollenden, zumindest weiterzuführen.

Die Reformtätigkeit lag auf der Ebene der Europäisierungspolitik mit dem Ziel einer weitestgehenden Angleichung an westliche Verhältnisse auf möglichst vielen Gebieten, aber ohne gleichzeitigen Versuch, seinerseits die europäischen Verhältnisse zu beeinflussen. Auch aussenpolitisch verlief die Entwicklung wieder eindeutig in der Richtung einer weiteren Integrierung Russlands in Europa.

Alexander begann seine Reformen gleich am Anfang der Regierung (1855-1881) mit zahlreichen, zunächst begrenzten sozialen Massnahmen. (Erlass von Steuerrückständen, Abschaffung der Militärkolonien, Befreiung der überlebenden Dekabristen und

## Ahnentafel Alexanders II.



Wiederherstellung ihrer Rechte.) Im Mittelpunkt des grossen Reformwerks stand die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Dass die Leibeigenschaft endlich fallen musste, konnte nicht mehr zweifelhaft sein. Auch abgesehen von den subjektiven humanitären Gesichtspunkten und von der weitverbreiteten Überzeugung, dass das Institut der Leibeigenschaft das Ansehen Russlands in Europa belaste, hatten die objektiven Voraussetzungen sich seit den ersten Ansätzen Alexanders I. in dieser Richtung grundlegend verändert. Die rasche ökonomische Entwicklung, das Eindringen kapitalistischer Wirtschaftsformen – und Denkkategorien! – wie die ersten Auswirkungen der industriellen Revolution hatten das System der Leibeigenschaft auch wirtschaftlich unterhöhlt und zersetzt. Die geschlossene Hauswirtschaft als wirtschaftliche Voraussetzung bestand weitgehend nicht mehr. Das immer weiter steigende Bedürfnis des Adels nach Industriewaren und nach flüssigem Geld konnte nicht mehr befriedigt werden. Die Gutsbesitzer, besonders in den weniger fruchtbaren Gebieten, waren daran interessiert, die Fronpflichtigen in Abgabepflichtige zu verwandeln und ihnen für eine erhöhte Abgabe, die nun den Charakter eines Leihzinses annahm, eine grössere wirtschaftliche Eigentätigkeit zuzubilligen. So kam es, dass Leibeigene als freiberufliche Architekten, Künstler und Handwerker, natürlich auch als Arbeiter in die Städte gingen, dabei aber rechtlich leibeigen blieben. Da es auch Nichtadligen, zunächst Kaufleuten gestattet war, Leibeigene (sog. Possessionsbauern) zu besitzen, wenn sie in Fabriken arbeiteten, so kam es vor, dass auch Leibeigene zu Fabrikunternehmern wurden und grosse Vermögen erwarben; es gab unter den Leibeigenen auch Rubelmillionäre.

Die erstaunliche technische Begabung und Findigkeit einfacher Bauern ist schon dem Freiherrn von Haxthausen, dem «Entdecker» des Mir, aufgefallen. «Wie talentvoll das Volk für jede technische Auffassung ist» – schrieb er in seinen berühmten «Studien über die inneren Zustände Russlands» (1847) –, «zeigt sich darin, dass eine grosse Zahl der vorhandenen modernen Fabriken von Bauern angelegt und geleitet werden, die weder lesen noch schreiben können und sich rein aus sich selbst heraus technisch ausgebildet haben.» Bald erwies sich auch, dass die freie Lohnarbeit im Fabrikbetriebe rentabler war als eine Arbeit mit Leibeigenen. Bis zu einem

gewissen Gracie galt das auch für die Landwirtschaft. So erschien die Aufhebung der durch die objektiven Verhältnisse überholten Leibeigenschaft als eine humanitär, sozial und wirtschaftlich bedingte Notwendigkeit. Den Ausschlag haben dabei aber die politischen, sozialen und nicht zuletzt die humanitären Erwägungen des Kaisers gegeben.

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung hatte Alexander zu Vertretern des Moskauer Adels gesagt: «Sie wissen natürlich selbst, dass die bestehende Ordnung des Seelenbesitzes (porjadok wladénija duschämi) nicht unverändert bleiben kann. Es ist besser, die Leibeigenschaft von oben her aufzuheben als abzuwarten, bis sie selbsttätig von unten her beginnt sich abzuschaffen (sämo sobbj natschnjot otmenjäsja snisu). Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, wie man das verwirklichen könnte.» Der Kaiser hat wiederholt an die patriotischen und humanitären Gefühle des Adels appelliert und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er seinen Willen nicht als Despot durchsetzen wolle. Allerdings schaltete er sich selbst damit nicht aus, sondern nahm sich persönlich sehr intensiv der Sache an. In den Gouvernements wurden «Komitees zur Ausarbeitung von Projekten» gebildet, aber die Hauptarbeit wurde im «Hauptkomitee für die Bauernfrage» konzentriert, in dem der Kaiser selbst den Vorsitz führte. Die leitende Persönlichkeit im Komitee war ein liberaler Beamter, Nikoláj Alekséjewitsch Miljútín.

Es setzte daraufhin eine rege Tätigkeit ein. Ausser den amtlich damit Beauftragten meldeten sich auch private Mitarbeiter, die der Kommission ihre eigenen Pläne einreichten. Besonders wichtig wurde der Plan von Professor Dimítrij Kawélin. Auch in Hofkreisen fanden sich tätige, z.T. leidenschaftliche Befürworter der Reform, wie der Bruder des Kaisers, Grossfürst Konstantin, und die Witwe des Grossfürsten Michaíl Páwlowitsch, die Grossfürstin Helene, eine Tochter des Prinzen Paul von Württemberg. Die Grossfürstin, die ihrer liberalen Anschauungen wegen Madame Egalité genannt wurde, gab der Durchführung der Reform dadurch ein praktisches Beispiel, dass sie die 15'000 Seelen auf ihren Gütern privat befreite. Auf der anderen Seite versteifte sich der Widerstand bei einem Teil des Adels, der sich von rein egoistischen

Gesichtspunkten leiten liess und sich bemühte, die Reform zu verschleppen oder zumindest dafür zu sorgen, dass die bissige Bemerkung de Maistres sich bewahrheitet, nach der «in Russland jedes Gesetz durch seine Nichtbefolgung sich selbst korrigiert». Das Ziel der frondierenden Adligen war, als «Kompensation» für den Verlust ihrer persönlichen Rechte gegenüber den Bauern eine Erweiterung ihrer politischen Rechte gegenüber der Krone zu erlangen. Sie strebten danach, eine Kontrolle der Regierung durch eine Adelsvertretung zu erreichen. Die Reformanhänger fürchteten dagegen mit Recht, dass eine solche Adelsvertretung mit entsprechend erweiterten Kompetenzen das ganze Werk der Bauernbefreiung in Frage stellen, jedenfalls schwer beeinträchtigen würde. In dem zeitweilig scharf zugespitzten Konflikt – Miljútín wurde von seinen Gegnern als Kommunist bezeichnet – setzte aber der Kaiser seinen Willen gegenüber der Adelsfronde durch. Die Widerstände wurden, gestützt auf die öffentliche Meinung, verhältnismässig leicht überwunden.

Am 19. Februar 1861, am sechsten Jahrestage der Thronbesteigung des Kaisers, erschien das Manifest über die Aufhebung der Leibeigenschaft. Dadurch wurden fünfundzwanzig Millionen bisher leibeigene Seelen persönlich frei, unter Einschluss der Frauen bedeutete das rund siebenundvierzig Millionen Menschen. Sie durften jetzt weder verkauft noch getauscht werden, durften ohne besondere Erlaubnis heiraten, Verträge schliessen, vor Gericht im eigenen Namen auftreten, bewegliches und unbewegliches Eigentum besitzen und Handel und Gewerbe treiben. Die Regelung der rechtlichen Seite erwies sich dabei nicht so schwierig und stiess auch nicht auf so viele Widerstände wie die wichtige Frage der Existenzsicherung der befreiten Bauern durch Landzuteilung.

In Preussen und Österreich war den Bauern bei der Aufhebung der Erbuntertänigkeit kein Land zugeteilt worden. Auch bei der bereits erwähnten Bauernbefreiung in den «europäischen» Teilen Russlands, in den baltischen Ostseeprovinzen und in Polen auf Initiative bzw. mit Zustimmung des dortigen Adels, fand keine Landzuteilung statt. Das war in Russland natürlich bekannt, und so war der Widerstand beim russischen Adel gegen die an ihn gestellte Forderung, Land herzugeben, sehr gross. Ein Graf Orlów



erklärte rundheraus, er würde sich lieber die Hand abhacken lassen, als den Bauern Land abtreten. Der Kaiser bestand aber, beraten von einer Gruppe entschiedener Reformanhänger (ausser den Genannten auch Fürst W. Tscherkásskij, J. Samárin, Graf Rostowzew) und unterstützt vom Grossfürsten Konstantin darauf, dass den Bauern ihr Eigentum an Haus und Hof geschützt werde und sie Land erhielten. Die nächste Frage war, ob der Adel für das abzutretende Land und für die Leistungen der Bauern entschädigt werden solle; sie wurde positiv entschieden. Daraus ergab sich die komplizierteste und am schwersten zu lösende Frage nach der Grösse des Landanteils und der Höhe der Entschädigung.

Sowohl der Wert des Landes wie die landwirtschaftlichen Verhältnisse, wie auch die bäuerlichen Leistungen waren in den verschiedenen Gegenden des riesigen Reiches sehr verschieden. Eine einheitliche Regelung war von vornherein ausgeschlossen. Die Landanteile, auf die man sich einigte, differierten sehr stark (bis zum Zwölffachen). Auch die Entschädigungsleistungen differierten, wenn auch nicht entfernt so stark (jährlich acht bis zwölf Rubel pro Seele). Generell wurde im Gesetz bestimmt, dass jeder Bauer seinen Landanteil (nadjél) erhält und dieses Land vom bisherigen Herrn kaufen muss. Damit wurde der bisherige Seelenbesitzer auch als Eigentümer des von den Bauern genutzten Landes anerkannt, im Unterschied zur landläufigen Auffassung, dass das Land (= die Erde) als Gottesgabe (semljá boshja) wie das Sonnenlicht niemandem gehöre. Für die Grösse des Landanteils wurde sowohl ein Maximalsatz bestimmt, der kleiner sein konnte als das bisher vom Bauern genutzte Land und dessen Überhang dann an den Herrn fiel, und ein Minimalsatz, der als Existenzminimum nicht unterschritten werden durfte. Im Einzelnen wurden über die Loskaufsummen Verträge zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern geschlossen. Erst nach erfolgtem «Loskauf» wurde der Bauer selbständiger Eigentümer (krestjanin söbstwennik). In der Zwischenzeit – in der Regel zwei Jahre – wurde er, da er nicht mehr Leibeigener war, als «zeitweiliger Pflichtbauer» (wréménno objasannyj) bezeichnet.

Da die Bauern mit ganz wenigen Ausnahmen die Zahlung nicht leisten konnten, schoss der Staat sie vor und verlangte eine Abzah-

lung in Raten – sog. Loskaufzahlung – im Laufe von neunundvierzig Jahren. Die ohnehin von der Scholle weitgehend gelösten Hofleute (dworöwyje) konnten auf Wunsch ohne Landanteil und ohne Zahlungsverpflichtung die Freiheit erhalten. Die Frauen, die ja nicht als Seelen galten, erhielten weder Land noch eine Loskaufverpflichtung. Die bäuerliche Selbstverwaltung in Dorfgemeinden und Bezirken wurde nach dem Muster der Kisseljowschen Bestimmungen für die Staatsbauern geordnet (vgl. S. 450).

Eine gewisse Abweichung erfuhr die Reform in Polen nach dem Aufstand (vgl. S. 475). Da in Polen auf den Adel keine Rücksicht genommen zu werden brauchte und gleichzeitig der Wunsch bestand, in den Bauern einen Rückhalt gegenüber dem Adel zu finden und auf diese Weise die nationale Solidarität der Polen sozial zu spalten, und da schliesslich infolge der Konfiskation der Güter der am Aufstand beteiligten Aristokraten reichlich Land vorhanden war, konnte der bäuerliche Grundbesitz in Polen auf Kosten des adligen erheblich vermehrt werden (etwa um 30%); auch die Zahlungen waren in Polen geringer als in Russland.

Die Reform als Ganzes – drei Jahre vor der Sklavenbefreiung in USA! – war eine gewaltige Leistung, aber im Einzelnen hatte sie grosse Mängel. Die Bauern selbst hatten keinen Anteil am Befreiungswerk gehabt. Bald erwies sich, dass die wirtschaftlichen Interessen des Adels einseitig bevorzugt waren. Auf eine vereinfachte aber im Wesentlichen zutreffende Formel gebracht, hatten die Bauern zu wenig Land erhalten und zuviel dafür bezahlen müssen. Eine besonders hässliche Beigabe dazu war, dass das Bauernland erheblich höher besteuert wurde als das Herrenland. Von der Spezialforschung sind genaue Berechnungen darüber angestellt worden, wie gross der Landanteil und wie hoch die Zahlung gerechterweise hätten sein müssen, wobei die Ansichten recht auseinandergehen. Der immer wieder propagandistisch ausgeschlachtete «Landhunger» der Bauern blieb für die agrarischen Verhältnisse typisch. Es ist dazu zu sagen, dass er wesentlich durch die extensive Bearbeitung des Bodens und die ausserordentlich starke Bevölkerungsvermehrung zu erklären war. Die Bauernbefreiung hatte zu vielen Familiengründungen und zu einem starken Ansteigen der Geburtsziffern (1898 – 48,8‰) geführt.

(Im Jahre 1861 hatte Russland 45 Millionen Einwohner, im Jahre 1917 110 Millionen.) Bis zum Sturz des Kaiserreiches fand übrigens ein fortgesetzter Übergang von Adelsland in Bauernland statt<sup>1</sup>.

Die Erwartung der Bauern war durch diese Art der Landzuteilung schwer enttäuscht worden. So eindeutig positiv das Ergebnis in Bezug auf die Rechtslage der Bauern war, so bedenklich war es in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Bauern vom Herrn hatte sich dadurch eher vergrößert als verringert. Die Kapitalisierung der Urproduktion wirkte sich eindeutig zugunsten des wirtschaftlich Starken aus. Um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, mussten die Bauern für Entgelt das Land der Gutsherren bearbeiten, was sie als Fortsetzung des Frondienstes (Bárschtschina) empfanden, und die Loskaufzahlungen waren für sie nichts anderes als der frühere Obrok und wurden von ihnen auch so bezeichnet. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, schien alles beim alten geblieben zu sein. «Der Rechtstitel des Verhältnisses zwischen Herren und Bauern hatte sich verändert, nicht aber sein wirtschaftlicher Inhalt» (Otto Bauer). Der wirtschaftlichen Not der Bauern war nicht gesteuert; ihr Lebensstandard, auch in Bezug auf den Lebensmittelverbrauch (zumal an Fleisch), blieb im Vergleich mit den Bauern der anderen europäischen Länder sehr niedrig<sup>2</sup>.

Ebenso bedenklich war das Ergebnis in sozialer Hinsicht. Nur die Bindung an den Herrn war gefallen, die Bindung an die Gemeinde nicht. Denn die Gemeindeverfassung des Mir war beibehalten worden. Der Staat war fiskalisch daran interessiert, weil die Gemeinde für die Loskaufzahlung und die Steuerverpflichtung des Einzelnen haftete. Durch die Reform waren die Bauern noch stärker als bisher in die Gewalt der Gemeinde gegeben, da die Polizeigewalt des Herrn jetzt auf den Mir überging. Damit gewann die Gemeinde das Recht, schärfste Strafen zu verhängen,

<sup>1</sup> 1861 besass der Adel 77,8 Millionen Desjatinen, 1887 65,3 Millionen, 1905 49,9 Millionen, 1911 43,2 Millionen.

<sup>2</sup> Verbrauch von Brot und Kartoffeln je Kopf und Jahr in Pud: Russland 16 bis 18; Deutschland 28; Frankreich 34; Dänemark 37; USA 62.

wie Zwangsarbeit und Verschickung nach Sibirien. Aber auch abgesehen davon wogen die besonders von den Slawophilen erhofften Vorteile die offenbaren Nachteile nicht auf. Objektiv hemmten die Umteilungen einen technischen Fortschritt, und subjektiv förderte der Kollektivbesitz eine sorglose Uninteressiertheit an der eigenen Leistung infolge der Erfahrung, dass Tüchtigkeit nicht das eigene Geschick bestimmt. Auch war die innere Bindung an die Gemeinde nicht fest und der erstrebte Rückhalt des Mir nicht stark genug, um den Einzelnen vor einer Versickerung in eine bindungslose Isolierung zu bewahren. Trotz der fortbestehenden Zugehörigkeit zum Mir und trotz des gleichfalls fortbestehenden Anspruchs auch des Abwesenden auf seinen Anteil in der Gemeinde dauerte die Abwanderung in die Städte und in die – schlecht bezahlte – Arbeiterschaft fort. Vor einer Proletarisierung schützte auch die Mir-Gemeinschaft nicht. Zahlenmässig fiel die Verstädterung bis zum Ersten Weltkrieg kaum ins Gewicht, zumal die Abgrenzung zwischen Bauer und Städter noch sehr unscharf blieb, gewann aber für die revolutionäre Bewegung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Alexander II. hatte die Durchführung der Bauernbefreiung genau überwachen lassen und in die einzelnen Gouvernements Sonderbeamte entsandt, die ihm persönlich über die Reaktion der Bauernschaft zu berichten hatten. Auf das Ganze gesehen, wurde die tiefgreifende Neuerung von den Bauern ruhig, z.T. mit Skepsis, z.T. mit Misstrauen aufgenommen. Nur an wenigen Stellen kam es zu Unruhen, gelegentlich auch zu Ausschreitungen. Bald setzten aber, von der radikalen Intelligenzia propagandistisch genutzt und agitatorisch ausgeschlachtet, die wilden, unzusammenhängenden und lokal begrenzten traditionellen Bauernaufstände wieder ein.

Alexander hatte es abgelehnt, die Aufhebung der Leibeigenschaft mit der Einschränkung der autokratischen Herrschaftsform zu verbinden, weil er der Ansicht war, dass das «den tiefen Respekt des Volkes vor dem Thron des Kaisers» beeinträchtigen werde und dass es bedenklich sei, «den Glauben an die unumschränkte Gewalt des Kaisers» zu erschüttern. Diese Auffassung stand nicht im Widerspruch zu den fortgesetzten Bauernaufständen, denn die Aufstände

richteten sich in alter Tradition weder gegen den Kaiser noch gegen die Autokratie, sondern gegen die «Herren». Auch in slawophilen Kreisen (J. Samarín) wurde die Ansicht vertreten, dass die Autokratie den wirksamsten Schutz gegen eine Ausbeutung der Bauern durch den Adel gewähre. Übrigens hat auch Bismarck, der ja unmittelbarer Zeuge dieser Vorgänge in Russland war – er war 1858-1862 preussischer Gesandter in Petersburg –, der Ansicht Alexanders II. ausdrücklich beigepflichtet.

Der weitgehenden Unzufriedenheit der Bauern mit den Ergebnissen der Reform stand eine nicht minder weitgehende Unfähigkeit des Adels gegenüber, die sich bietenden Chancen positiv zu nutzen. In der seit Katharina verhätschelten, durch Vorrechte verwöhnten, an keine Pflicht gebundenen und von der Verantwortung ferngehaltenen aristokratischen Schicht war die Zahl jener sehr gross, die sich der neuen Situation nicht gewachsen zeigten, indem sie nur unter dem Gesichtspunkt privaten Interesses darauf reagierten. Durch die hohen Entschädigungen haben viele sich stark bereichern können. Der Anarchist Fürst Kropótkin weist in seinen Memoiren auf das Beispiel seines Vaters hin, der das Dreieinhalbfache des Marktpreises für das den Bauern überlassene Land erhielt. Das plötzlich gewonnene Bargeld wurde allzu gern nur zur Erhöhung des Lebensstandards und nicht für produktive Zwecke verwendet. Dass Russland nun noch mehr als bisher zu Europa gehöre, wurde von vielen russischen Aristokraten in Europa selbst – auf Reisen – in höchst zweifelhafter Weise durch eine betont luxuriöse Lebenshaltung zur Schau gestellt. Die Folge davon war, dass viele Güter die Umstellung wirtschaftlich nicht überdauerten und unter den Hammer kamen, so dass die sozialen Krisenerscheinungen noch durch wirtschaftliche vertieft wurden.

### *Gestaltwandel durch Reformen*

Die Aufhebung der Leibeigenschaft zog eine Reihe weiterer Reformen nach sich, die im Verein mit den Auswirkungen der industriellen Revolution zu einem tiefgreifenden Gestaltwandel des Reiches führten. Zunächst folgte eine Reform der Selbstverwaltung

(Januar 1864). Bisher hatte die Verwaltung der Landkreise in den Händen des ortsansässigen Adels gelegen, war aber durch die Befugnisse der Zentralverwaltungsorgane (Gouverneure) sehr eingeschränkt. Jetzt wurden ländische Selbstverwaltungsorgane in den Kreisen und in den Gouvernements geschaffen (sémstwo), in denen ausser dem gutsbesitzenden Adel auch Kaufleute und Gewerbetreibende und die bäuerlichen Dorfgemeinden vertreten waren. Ihre Abgeordneten (glasnyje) wurden auf drei Jahre gewählt. Diese in zwei Stufen, auf Kreisebene und auf Gouvernementsebene, unter dem Vorsitz des jeweiligen Adelsmarschalls tagenden Sémstwo-Versammlungen wählten aus ihrer Mitte entsprechende Landschaftsämter (sémskije uprawy). Das Sémstwo als lokales Selbstverwaltungsorgan wurde einerseits mit umfassenden Aufgaben betraut, andererseits mit weitreichenden Befugnissen, wie z.B. Steuererhebungen ausgestattet. Zu den Kompetenzen des Sémstwo gehörten ausser den Wirtschafts-, Ernährungs- und Verkehrsangelegenheiten seines Bereiches auch die Volksbildung, Wohlfahrtspflege, das Gesundheits- und Veterinärwesen.

Durch diese Reform wurden endlich auch die sog. gesellschaftlichen Kräfte (obschtschéstwennyje sily) aus der adligen und nichtadligen Intelligenzia zur verantwortlichen Mitarbeit an öffentlichen Dingen interessiert und herangezogen. Das hat sich einerseits sehr bewährt. Die Sémstvos haben viel Initiative und eine ausgedehnte und segensreiche Tätigkeit zur Hebung des allgemeinen Standes auf den ihnen übertragenen Gebieten und in den von ihnen begründeten, geleiteten und finanzierten Einrichtungen entfaltet (Schulen, Krankenhäuser, Versicherungsanstalten usw.). Andererseits blieb auch über dieser Aufbauarbeit ein tiefer Schatten verbreitet. Die Sémstvos waren in ihrer Tätigkeit auf die Billigung und Zustimmung der Gouverneure angewiesen, wobei die Kompetenzen nicht klar abgegrenzt waren. Die pausenlosen Auseinandersetzungen wurden durch die alte Kluft zwischen den Exponenten des Staates (Gouverneur) und jenen der Gesellschaft (Sémstvos) belastet. Die scharfe Abgrenzung zwischen beiden blieb bestehen, selbst dann, wenn deren Angehörige den gleichen liberalen Ideen huldigten, so dass man zwischen einem konservativen und einem revolutionären Liberalismus unterscheiden muss;

beide gingen getrennte Wege. Denn die sich zur Intelligenzia zählenden Sémstwo-Liberalen hielten an der Solidarität mit den radikalen Revolutionären fest, ohne die für sie selbst darin liegende tödliche Gefahr zu erkennen. Zwar gewannen sie dadurch zunächst an Bedeutung, und so schien es natürlich und logisch, dass nach dem Sieg der Revolution (1917) die Führung zunächst in ihre Hände überging (Fürst Lwow).

Die Liberalen im Regierungslager hatten mit Alexander II. an der Spitze infolgedessen ein berechtigtes Misstrauen den revolutionären Liberalen gegenüber. Der Gegensatz verschärfte sich, als die Sémstwo-Liberalen versuchten, ihre Wirksamkeit auch über den lokalen Rahmen auszudehnen, über das Gouvernements-Semstwo zu einem Reichs-Semstwo zu gelangen und auf diese Weise eine konstitutionelle Regierungsform zu erreichen. Das stiess auf den Widerstand Alexanders II., obgleich er selbst einer Verfassungsreform nicht abgeneigt war, sie aber auf anderem Wege verwirklichen wollte.

Die alte Kluft zu überbrücken gelang umso weniger, als die Sémstwo-Organen selbst durch das Aufkommen des sog. «Dritten Elementes» radikalisiert wurden. Die zahlreichen vom Sémstwo ins Leben gerufenen Einrichtungen verlangten einen grossen Stab an Angestellten. Da diese Sémstwo-Angestellten der nicht vorhandenen sozialen Schicht eines gebildeten Bürgertums nicht entnommen werden konnten, so entstand dadurch etwas soziologisch Neues, das neben Adel und Bauern als das «Dritte Element» bezeichnet wurde. Meist nur halbgebildet, aber intelligent und durch politischen Ehrgeiz ausgezeichnet, waren diese meist jungen Leute in der Regel radikaler als die Sémstwo-Abgeordneten selbst und gewannen im Selbstverwaltungsapparat bald einen erheblichen Einfluss, dessen sie sich sehr bewusst waren. Sie waren typische Vertreter der revolutionären Intelligenzia.

In Analogie zur ländischen Selbstverwaltung erhielten auch die Städte – nach preussischem Vorbild – eine neue Ordnung (1870). Auch hier wurde eine gewählte Körperschaft, die Stadtduma, begründet, deren Glieder von den Immobilienbesitzern in drei Kurien je nach dem Steuerzensus gewählt wurden. Auch hier wählte die Duma ein Amt als ständiges Exekutivorgan. An der

Spitze der Stadt stand ein gewähltes – in Petersburg vom Kaiser ernanntes – Stadthaupt (gorodskoj golowa). Auch die Kompetenzen der Stadtverwaltung entsprachen im Wesentlichen denen der Sémstwo-Verwaltung auf dem Lande.

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung hat die städtische Selbstverwaltung dem Leben der Städte neuen Auftrieb und damit auch grösseres Ansehen gegeben. Gleichwohl unterschieden sie sich vor allem soziologisch von den europäischen Städten noch erheblich. Das natürlich in den Städten sich besonders schnell entwickelnde «Dritte Element», das zudem noch als in der Regel besitzlos aus der Selbstverwaltung und damit aus der Verantwortung ausgeschaltet war, ist weder soziologisch noch politisch mit dem abendländischen, ständisch geschlossenen traditionsbewussten Bürgertum zu vergleichen.

Eine weitere Folge der Aufhebung der Leibeigenschaft war die Gerichtsreform (1864). Auch sie bedeutete eine weitere Angleichung an europäische Verhältnisse. An Stelle der patrimonialen Gerichtsbarkeit, die von den Gutsherren-Seelenbesitzern oft unter rein administrativen Gesichtspunkten, auch in Abwesenheit der Angeklagten schriftlich, ohne Unterstützung durch Verteidiger, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Urteilsbegründung durchgeführt wurde, also weitgehend der Willkür ausgesetzt war, wurden jetzt unabhängige Gerichte begründet, in denen unabsetzbare und entsprechend vorgebildete, übrigens – um dem leidigen Bestechungsunfug zu steuern – sehr gut dotierte Richter öffentlich Recht sprachen. Die Angeklagten erhielten einen Anspruch auf eine Verteidigung. Auch die Bevölkerung wurde an der Rechtspflege beteiligt: in der untersten Gerichtsstufe, dem sog. Friedensgericht, durch die Wahl der Friedensrichter, in schweren Kriminalfällen durch Auslosung von Geschworenen.

Der Beruf des Verteidigers gewann infolge der innenpolitischen Zuspitzung und der sich wieder verschärfenden Polizei- und Zensurmassnahmen ein besonderes politisches und soziales Gewicht dadurch, dass im Rahmen eines Plädoyers vor Gericht mehr gesagt werden konnte als sonst in der Öffentlichkeit. Mit ihrer Rhetorik brillierende Verteidiger haben sich in Russland in der Gesellschaft eines ganz einzigartigen Ansehens erfreut. Gerichtsverhandlungen,



in denen berühmte Verteidiger in politischen Prozessen auftraten, konnten, da sie mit Vorliebe von der vornehmen Damenwelt besucht wurden, zu gesellschaftlichen Ereignissen ersten Ranges werden. Die Atmosphäre bei einer solchen Gerichtsverhandlung hat Dostojéwskij im zweiten Band seiner «Brüder Karamasow» geschildert. Gleichzeitig mit der Gerichtsreform wurde auch der Strafvollzug «europäisiert». Die Knute war bereits unter Nikolaj I. abgeschafft worden, nun wurde jede Art körperlicher Züchtigung aufgehoben (bei Soldaten Spiessrutenlaufen, bei Verbrechern brandmarken).

Auch die grosse Wehrreform bedeutete eine weitere Angleichung an europäische Verhältnisse. Der Grundgedanke dabei war, die Härten der immer noch fünfundzwanzig Jahre währenden Dienstzeit zu mildern und Heer und Volk einander näherzubringen. Unter massgebender Mitwirkung des liberalen Kriegsministers Graf D. A. Miljútín (eines Bruders von Nikoláj Miljútín) wurde die Dienstpflicht jetzt auf fünfzehn Jahre herabgesetzt (sechs Jahre aktiv, neun Jahre Reserve) und auf die gesamte Bevölkerung, also auch auf den bisher davon befreiten Adel ausgedehnt. Am 1. Januar 1874 wurde die allgemeine Wehrpflicht für alle Zwanzigjährigen eingeführt. Da die Jahrgänge erheblich grösser waren als der jährliche Bedarf an Soldaten, so wurden einerseits bestimmte Kategorien von der Dienstpflicht befreit (einzige Söhne, Ernährer von Familien, Brüder von Soldaten) und unter den übrigen die Einzuziehenden ausgelost. Gleichzeitig wurde für eine humane Behandlung der Soldaten und auch für eine elementare Bildungsgrundlage (lesen und schreiben) gesorgt.

Die mit der Regierung Alexanders II. einsetzende Tauwetterperiode wirkte sich am augenfälligsten auf allgemein-kulturellem Gebiet aus. Die drückenden Beschränkungen aus der Zeit Nikolajs I. fielen, Auslandsreisen wurden wie zur Zeit Alexanders I. nicht nur erlaubt, sondern empfohlen und erleichtert; die Furcht von einer Infizierung durch den Geist Europas bestand nicht mehr. Die Zensur für Bücher fiel ganz fort, wurde aber für Broschüren und kleinere Werke aufrechterhalten. Die Autonomie der Universitäten wurde erneuert und erweitert, die Lehrfreiheit wiederhergestellt. Die Studenten, die der Regierung reichlich Anlass zu

Misstrauen gaben, erhielten aber nicht das Recht zu Zusammenschlüssen, was wiederholte, für russische Verhältnisse ebenso typische wie unerfreuliche Studentenkrawalle zur Folge hatte. Der Besuch von höheren Schulen und Hochschulen wurde jetzt grundsätzlich den Kindern aller sozialen Schichten gestattet und von Aufnahmeprüfungen abhängig gemacht. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frauenbildung geschenkt. Gerade in dieser Hinsicht ist Russland sehr fortschrittlich gewesen. In sog. «höheren Frauenkursen» wurde den jungen Mädchen auch eine Hochschulausbildung gewährt; in besonderen medizinischen Frauenkursen (bereits seit 1872) wurden weibliche Ärzte ausgebildet. Auch diese Bildungsanstalten waren grundsätzlich allen Schichten der Bevölkerung zugänglich. Die «Kursistka» war das weibliche Gegenstück zum Universitätsstudenten. Sie hat, wie auch der Student, ihr Betätigungsfeld aber keineswegs nur auf kulturellem Gebiet, sondern mit Vorliebe in der Politik – selbstverständlich im revolutionären Sinne – gesucht und gefunden.

In die Regierungszeit Alexanders II. fiel die zweite Hochblüte der russischen Literatur. Die meisten Romane Turgénjews (Rudin 1856, Erste Liebe 1859, Väter und Söhne 1862, Dunst 1867, Neuland 1877), das Gesamtwerk Dostojéwskijs (ausser seinen Frühwerken) und die bedeutendsten Romane Leo Tolstójs (Krieg und Frieden 1868, Anna Karenina 1875), sind in dieser Zeit erschienen. Die Namen Ostrowskij, Nekrassow, Saltykow, Alekséj Tolstóje, Gontscharow, Leskow vervollständigen das Bild vom damaligen Stande der russischen Literatur. Ihre Weltgeltung hat diese grosse Literatur allerdings erst langsam erlangt. Fast unbemerkt kündigte sich aber bereits damals eine Wende in dem Verhältnis zwischen Russland und Europa an: nach einer jahrhundertelangen einseitigen geistigen Befruchtung Russlands durch Europa bahnte sich hiermit auch eine geistige Beeinflussung Europas durch Russland an.

Zur Durchführung der letzten von Alexander II. vorbereiteten Reform, der Verfassungsreform durch Einführung einer beratenden Volksvertretung – den Erlass dazu hatte er am Tage seiner Ermordung unterzeichnet –, ist es ja nicht mehr gekommen.

Über der Reformtätigkeit Alexanders II. liegt der Schatten einer tiefen Tragik. Die Reformen hatten den Staat von Grund

auf gewandelt und faktisch, wenn auch nicht verfassungsrechtlich, weitgehend demokratisiert. Der mächtige Adel hatte seine bisher privilegierte Stellung verloren. Gleichzeitig waren damit aber neue soziale Kräfte frei geworden, die, durch die fortschrittliche Bildungsreform begünstigt, ungestüm vorwärtsdrängten. Auch jetzt scheint die Entwicklung, wie seinerzeit unter Peter dem Grossen, sich in einem zu schnellen Tempo vollzogen zu haben. Für eine so weitgehende Angleichung an in Europa viel langsamer gewachsene und fester fundierte Verhältnisse waren in Russland die Vorbedingungen nur sehr bedingt vorhanden. Die intelligente und fortschrittsrabiante russische Jugend, die alles Neue gierig und unverdaut aufnahm, war den neuen Gegebenheiten zum grossen Teil innerlich nicht gewachsen. Anstatt die Segnungen, die ihr z.B. durch die Hochschulbildung zuteil wurden positiv zu nutzen, gab sie ihnen nur zu gerne eine Wendung ins Negative.

Alexander II. hatte die Absicht, als er das in der Nikoláitischen Periode angestaute Eis zum Tauen brachte und durch seine Demokratisierungsmassnahmen berechtigten Forderungen entgegenkam, die Widerstände gegen den Staat und gegen sich selbst, wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch zu schwächen. Er hatte sich bitter getäuscht. Das Tauwasser mündete in ein «aufgewühltes Meer», wie der Titel eines Romans aus jener Zeit lautet.

### *Revolutionäre Aktivität. Nihilismus und Terror*

Die erste Reaktion auf das Manifest über die Aufhebung der Leibeigenschaft war sehr positiv, z.T. enthusiastisch. Sogar der Atheist Herzen rief – in einer Schlagzeile seines «Kolokol» – begeistert aus: «Du hast gesiegt, Nazarener!» Als aber bei den Bauern die Enttäuschung einsetzte, machte sich die Intelligenzia diesen Umstand propagandistisch zunutze, und unter dem Einfluss ihrer radikalen Führer setzte bereits im Sommer 1861 eine Flugblattagitation ein, die von fortgesetzten Studentenunruhen begleitet wurde. Die Behörden antworteten mit der Relegierung der Studenten.

Die revolutionäre Aktivität trug von vornherein einen unausgereift studentischen Charakter. Ihre Wirkungskraft erhielt sie weniger durch das Gewicht der Argumente als durch ihren «grossen Atem», den Schwung der Begeisterung, die Masslosigkeit bei der Zielsetzung, die Radikalität der Formulierungen. Immer wieder wurde der «Wille der Nation» beschworen und selbstverständlich mit dem eigenen Willen identifiziert.

In den Flugblättern, die z.T. an den Kaiser persönlich gerichtet waren, kamen auch recht aktuell anmutende Wendungen vor: «Russland erwache! Erwache aus Deinem langen Schlaf der Gleichgültigkeit! Lange genug haben die Nachfolger Dschingis-Chans uns in Knechtschaft gehalten! Erhebe Dich! Richte Dich auf vor dem Thron des Despoten und verlange Rechenschaft von ihm!» hiess es in einem Flugblatt, und in einem anderen: «Russland tritt in die revolutionäre Periode seines Daseins: die blutige und unerbittliche Revolution, die alle Grundlagen der jetzigen Gesellschaft radikal verändern und die Anhänger dieser Ordnung vernichten muss ... Wir schrecken vor nichts zurück, obgleich wir wissen, dass Ströme von Blut fliessen werden.» (Molodaja Rossija.)

Die revolutionäre Aktivität wurde mit einem Protest gegen die Europäisierung verbunden und nach dem «eigenen Weg» und dem «neuen Wort» Russlands verlangt. In den sechziger und siebziger Jahren verlagerte sich die Aktivität auf den slawophil beeinflussten radikalen Zweig. Das hinderte nicht, dass auch radikale Parolen von Herzen begierig aufgegriffen wurden. Angeregt durch eine simplifizierende Formulierung Herzens – «Was braucht das Volk? Sehr einfach: Land und Freiheit!» – entstand unter dem Namen «Land und Freiheit» (semľá i wólja 1861) eine geheime revolutionäre Organisation, die sich typischerweise zum Ziel setzte, nicht allein die Zustände und Einrichtungen zu ändern, sondern den Menschen selbst – natürlich im Weltmassstäbe – umzuwandeln. Von dieser Organisation, zumal von ihren weiblichen Mitgliedern, wurden so radikale Forderungen erhoben wie die Abschaffung der veralteten, «höchst unmoralischen Institution» der Ehe, öffentliche Erziehung der Kinder, Abschaffung des Privateigentums usw.

Träger dieser Bewegung war die Intelligenzia, und der Wunsch lag sehr nahe, die gelenkte und organisierte Aktion mit den

wilden, weder gelenkten noch organisierten Volksaufständen zu einer Einheit zusammenfliessen zu lassen. Wiederum zündete eine von Herzen ausgegebene Parole: «Ins Volk! Ins Volk! Dort ist Euer Platz, Ihr aus der Wissenschaft Vertriebenen. Zeigt, dass aus Euch keine Federfuchser, sondern Krieger des russischen Volkes hervorgehen.» (Kolokol.) Das war der Anstoss zur Bewegung des Naródnitschestwo, d.h. zum Versuch der sog. Naródniki<sup>1</sup>, das Volk selbst in die Revolution einzubeziehen und ihr dadurch den Charakter einer Massenbewegung zu geben.

Unter der Devise «alles für das Volk, alles durch das Volk» und getragen von einem starken emotionalen Auftrieb, fanatisiert und gläubig, in einer Art Kreuzzugsstimmung – «Die Zeiten der Apostel kehren wieder!» – warfen die jungen Naródniki alles hin, was sie an ihre bisherige Lebensstellung band und gingen ins Volk, um den, von den Theoretikern der Naródniki verherrlichten, Mushfk für die Revolution zu gewinnen. Zahlreiche Offiziere nahmen zu diesem Zweck ihren Abschied.

Die Bewegung des Naródnitschestwo verlief in zwei Wellen. Während das erste Naródnitschestwo in den sechziger Jahren im Sinne Herzens den Nachdruck auf das «Predigen» legte, d.h. auf die Aufklärung der Bauern, wurden im zweiten Naródnitschestwo in den siebziger Jahren, enttäuscht durch die bisherigen Misserfolge, unter dem Einfluss des radikalen Schriftstellers Peter Lawrow noch höhere Anforderungen an die Selbstlosigkeit der jungen Idealisten gestellt. Im niederdrückenden «Gefühl einer ungetilgten Schuld vor der grossen Armee der Werktätigen» (Leo Tolstóy) begannen die «mit jeglicher Wissenschaft Beschäftigten . . . sich ihres erbärmlichen, auf ein persönliches Glück gerichteten Lebens zu schämen». Jetzt entschlossen sie sich, ins Volk zu gehen, nicht um zu predigen, sondern um ganz mit den Bauern zu leben, ihnen zu helfen und ihr Vertrauen zu gewinnen.

<sup>1</sup> Der vom Worte Naród (Volk) abgeleitete Ausdruck Naródniki ist ins Deutsche oft mit «Volkstümler» übersetzt worden. Das ist irreführend. Mit Volkstum hat dieses Wort überhaupt nichts zu tun. Richtiger wäre Volksleute oder Volksfreunde.

Beide Versuche des Narodnitschestwo schlugen vollständig fehl. Die jungen Intelligenzler und die primitiven Bauern lebten in zu verschiedenen Welten, um auch nur eine gemeinsame Sprache zu finden, geschweige denn ein gemeinsames Leben. Der Mushík zeigte sich misstrauisch und ablehnend gegenüber dem ihm vollständig unbegreiflichen Verhalten der Söhne und Töchter seiner «Herren». Manche der sich für die Bauern zu opfern bereiten Revolutionsapostel wurden von den Bauern der Polizei übergeben, einige sogar umgebracht. Nur wenigen gelang es, im Dorf wirklich Fuss zu fassen, aber ihr Ziel erreichten auch diese nicht.

Das Fiasko des Ins-Volk-Gehens warf die Narodniki wieder in die vom Volk fast ganz isolierte Intelligenzia zurück. Gleichzeitig führte die Enttäuschung zu einer Änderung und Radikalisierung der revolutionären Methode. Als Weg zum Ziel wurde jetzt die konspirative, straff disziplinierte, zentral geleitete und in kleine Zellen aufgegliederte Organisation gewählt und als Methode die individuelle heroische Tat, die «Abrechnung» (rasprawa), der Terror.

Im April 1866 hatte ein relegierter Student (Karakdsow) ein Attentat auf Alexander II. verübt. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass dabei ein Bauer den Kaiser vor dem adligen Attentäter rettete. Karakosow hatte noch ohne Auftrag gehandelt, aber seit dem Ende der sechziger Jahre wurde der Terror organisiert – zunächst als eine Art Einschüchterungsmethode unter betonter Schonung des Kaisers. Als die erwünschten Erfolge ausblieben, setzte in der Mitte der siebziger Jahre die systematische «Jagd auf das kaiserliche Edelwild» durch die Terrororganisation «Der Volkswille» (narodnaja wólja) ein<sup>1</sup>.

Die jungen Intelligenzler gaben sich mit geradezu wütender Begeisterung dem revolutionären Heroismus hin. Dabei spielte das Problem Väter und Söhne stark mit hinein und behielt seine Aktualität bis zum bolschewistischen Umsturz. Die revolutionäre Tätigkeit nahm, da sie nicht von einer sozialen Schicht getragen war, den Charakter des Aufruhrs einer Generation gegen die andere an. Der Aufstand der Söhne gegen die Väter – ein beliebtes Thema der russischen Romanliteratur von Iwán Turgén-

<sup>1</sup> Wólja bedeutet sowohl Freiheit als auch Wille.

jew bis Andrej Bélyj – hängt sehr eng mit der blinden und verantwortungslosen, jede Selbstkritik der Jugend unterbindenden Heroisierung der jeweiligen jungen Generation durch die Intelligenzia zusammen. Ein Beispiel für die Verzahnung der Kampffronten gibt ein Polizeibericht (1875) über fünf unter weiblicher Leitung stehende revolutionäre Zellen. Eine wurde von einer reichen Gutsbesitzerin geführt, eine weitere von der Frau eines Gendarmerieobersten und zwei von Generalstöchtern.

In diesen zwei Jahrzehnten wurde für die junge Generation in Russland jener Nihilismus typisch, der aus der schönen russischen Literatur weithin bekanntgeworden ist. Seine theoretischen Grundlagen waren höchst verworren, umso eindeutiger die alle Grenzen überschreitenden Folgerungen. «Ausrotten ohne jede Überlegung» war die Parole des Popensohnes Sergéj Netschájew (1847-1882), eines kalten Zynikers, wohl der unerfreulichsten Figur in der ganzen Bewegung (er ist das Urbild des Peter Werchowénskij in Dostojéwskijs «Dämonen»). Der adlige Gutsbesitzerssohn Peter Tkatschow machte den Vorschlag, die gesamte über fünfundzwanzig Jahre alte Bevölkerung Russlands zu liquidieren, um damit den Weg frei zu machen. Tkatschow (1844-1888) hat übrigens bereits damals, im Unterschied zu anderen Nihilisten (Bakúnin), die später praktisch von Lenin befolgte Forderung aufgestellt, die Staatsgewalt nicht zu vernichten, sondern in die eigenen Hände zu nehmen, d.h. den Staat nicht zu beseitigen, sondern ihn zu erobern.

Der Nihilismus war keine Lehre, sondern eine geistige Haltung, ein Zustand des inneren Losgelöstseins von allen Bindungen, von jeder Autorität und Ordnung in eitler Egozentrik, ohne Orientierung und ohne Boden. Er war die «leidenschaftliche Bejahung des Unwertes aller Werte» (Weidlé). Primitiv materialistisch erkannten die Nihilisten nur an, was unmittelbar Nutzen brachte und gefielen sich darin, ein Paar Schuhe höher zu werten als das Gesamtwerk Shakespeares. Dabei trieben sie einen wahren Götzendienst mit der Naturwissenschaft und deren praktischer Auswertbarkeit. Sie hatten sich einem utopischen Denken ergeben, das von einer wissenschaftlichen Umwandlung sowohl der aussermenschlichen wie auch der menschlichen Natur selbst das Paradies auf

Erden erwartete. Der Dichter Tjutschew hat von den Nihilisten gesagt, sie seien «verrannt in die Rechte der Vernunft, auf die sie umso mehr pochen, je weniger sie davon Gebrauch machen.»

Der Nihilist ist nicht unbedingt mit dem Terroristen gleichzusetzen, aber der materialistische Nihilist hat den idealistischen Terroristen geprägt und ihn zu seinem Opfer gemacht. Die geistigen Väter des Nihilismus und Drahtzieher der revolutionären Bewegung, z.T. Universitätsprofessoren, haben die ihnen anvertraute Jugend in unverantwortlicher Weise missbraucht. Sie haben darin – zum Verhängnis vieler Tausender, wahrscheinlich Millionen junger Menschen – auch ausserhalb Russlands Schule gemacht. Ihre Entdeckung, dass im politischen Kampf niemand so zuverlässig, unbestechlich, selbstlos und der Korruption so wenig zugänglich ist wie sehr junge Menschen, hat die russische Intelligenzia seit den sechziger Jahren dazu verleitet, den Idealismus, die Begeisterungsfähigkeit und die Opferfreudigkeit dieser jungen Männer und Frauen skrupellos zu ihren politischen Zwecken zu nutzen. Die kaiserliche Autokratie hat das nicht getan. Aber moderne Diktaturen haben diese traurige Tradition aus der revolutionären Bewegung der russischen Intelligenzia bekanntlich aufgenommen.

Ohne wirkliche Kenntnis der faktischen Verhältnisse im Reich, ohne eine mögliche Abhilfe der Übelstände beurteilen zu können und ohne jedes Augenmass für sich selbst, hat die revolutionäre Jugend beiderlei Geschlechts in ihrer Vermessenheit sich dazu berechtigt und dazu berufen gesehen, das Reich zu terrorisieren, gegebenenfalls zu demolieren, wobei sie zuerst sich selbst und schliesslich ihre revolutionären Verbrechen sakralisierte. «Der Revolutionär ist ein geweihter Mann», verkündete Bakúnin in seinem Katechismus. Indem die Terroristen sich und anderen die Komödie eines Schuldspruches vorspielten, auf Grund dessen der Kaiser nicht zu ermorden, sondern «hinzurichten» sei, und verführt durch eine ihrer Eitelkeit schmeichelnde Publizität in der ganzen Welt, gaben sie sich der naiven und törichten Illusion hin, dass durch die Ermordung eines so gutwilligen und für sein hohes Amt so qualifizierten, wenn auch vielen Schwierigkeiten nicht



gewachsenen Monarchen wie Alexander II. für Russland oder für ihren revolutionären Egoismus etwas gewonnen wäre.

Alles in allem nur etwa tausend Personen – auch die Polizei schätzte die Zahl der Terroristen um ein Vielfaches höher –, lösten diese ethisch hochstehenden Verächter der Moral infolge ihrer persönlichen Lauterkeit und Uneigennützigkeit, ihrer Furchtlosigkeit, Überzeugungstreue und Opferbereitschaft, gleichsam im Lichte eines revolutionären Heiligenscheines, in weiten Kreisen ehrliche Bewunderung und offen gezeigte Verehrung aus. «Ohne Wissen um das Geheimnis des Kreuzes legten sie einen Opfermut an den Tag, mit dem sie die Christen jener Zeit beschämten» (Berdjájew). Als nach einem missglückten Attentat auf den General Fjódor Trépow die Attentäterin Wera Sassúlitsch, ein adliges Mädchen, vom Schwurgericht freigesprochen wurde, sind ihr begeisterte Ovationen gebracht worden, an denen sich auch Generäle und hohe Beamte beteiligten.

In den siebziger Jahren drang die revolutionäre Agitation auch in Arbeiterkreise und fiel dort auf fruchtbareren Boden als bei den Bauern. Die Arbeitsverhältnisse waren z.T. grauenhaft bei kümmerlicher Entlohnung und langer Arbeitszeit. In den grossen Städten entstanden die ersten Arbeiterorganisationen, in Kiew der Südverband russischer Arbeiter (1875) und in Petersburg der Nordverband (1876). Die Ziele dieser bewusst proletarischen Organisationen waren nicht nur sozial, sondern auch politisch. Zunächst glaubten die Arbeiter im Gegensatz zu den Narodniki, ihre Ziele mit legalen Mitteln erreichen zu können, aber auch sie, jedenfalls einen Teil von ihnen, führte die Erfolglosigkeit ins Lager der Terroristen. Der Begründer des Nordverbandes, der Tischler Stepan Chaltúrin, wurde schliesslich selbst zum Attentäter (misslungenes Attentat im Winterpalais 1880).

Es kam schnell zu einer engen und durch keine sozialen Rückgefühle gestörten Zusammenarbeit zwischen Arbeitern (der sog. Arbeiterintelligenz) und Studenten. An zahlreichen Aktionen nahmen sie gemeinsam teil und standen oft gemeinsam vor Gericht. Nach dem Bericht des preussischen Gesandten Schweinitz über einen dieser Prozesse, den sog. Prozess der Fünfzig (1877), setzten «diese im Ganzen gutmütigen Missionare blutiger Dok-

trinen, unwissend, aber begabt, oft des Schreibens unkundig, aber der Rede in einer Weise mächtig, die die Beredsamkeit der Advokaten noch übertraf, die Zuhörer in Bewunderung». Auf diesem Prozess hat der Textilarbeiter Pjotr Alekséjew in flammenden Worten die studentische Jugend gepriesen: «Der russische Arbeiter» – sagte er – «kann nur auf sich selbst vertrauen und von niemandem Hilfe erwarten, ausser von unserer Intelligenzia-Jugend. Sie hat uns brüderlich die Hand gereicht. Sie allein hat wie ein guter Freund sich vorgenommen, uns aus dem niederreissenden Strudel des Elends zu retten.»

Faktisch haben die sinnlosen Aktionen dieser verblendeten Terroristen niemandem genützt, aber sehr viel Schaden angerichtet. Nach zahlreichen missglückten Attentaten fiel Alexander II. ihnen am 1. März 1881, unmittelbar nachdem er einen Erlass über die Berufung einer Volksvertretung unterzeichnet hatte, zum Opfer. Die Leitung des Attentats lag in Händen einer adligen Gouverneurstochter (Sófja Perowskaja), die Bomben hatte eine schwangere jüdische Studentin (Hesja Helfmann) gefertigt, geworfen wurden die Sprengkörper von zwei Studenten.

Zehn Tage darauf richtete das Exekutivkomitee der Terrororganisation «Narodnaja Wolja» eine Art Ultimatum an den neuen Kaiser Alexander III. Indem es den Mord an seinem Vater für eine «unvermeidliche Notwendigkeit» erklärte, behauptete das Komitee, dass «alle Reformen die Lage des Volkes nur noch verschlimmern», und prophezeite in düsteren Worten «einen furchtbaren Ausbruch, eine blutige Revolution, eine krampfhaft, ganz Russland umfassende Erschütterung, die die Vernichtung der alten Staatsordnung vollenden wird». Das Komitee verlangte «die freiwillige Übertragung der höchsten Gewalt an das Volk». Für diesen Fall erklärten sich die Terroristen bereit, «ihre Tätigkeit einzustellen und sich der kulturellen Arbeit zum Wohle des Volkes zu widmen», widrigenfalls wollten sie den Terror fortsetzen.

Genützt hat diese Drohung mit Terror ebenso wenig wie vorher der Terror selbst. Die Regierung griff ihrerseits zu Gewaltmassnahmen. So setzte schon in der Regierungszeit Alexanders II. ein grausamer und sinnloser Kampf zwischen der Intelligenzia und den Staatsfunktionären ein, der vollständig unfruchtbar blieb,

gleichgültig ob Terrorakte durchgeführt wurden wie unter Alexander II. oder ob sie rechtzeitig verhindert, bzw. unterbunden werden konnten wie unter Alexander III.

Für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung wurde wichtig, dass auch im Lager der Narodniki einzelne überlegene Köpfe die Sinnlosigkeit des sog. individuellen Terrors und die Unfruchtbarkeit der nihilistischen Geisteshaltung erkannten und sich sowohl von der Theorie des Narodnitschestwo wie von der Praxis der Terroristen lossagten. Dadurch verlagerte sich das Schwergewicht der revolutionären Bewegung vom «russischen Weg» wieder auf den «europäischen Weg», d.h. auf den westlichen Zweig des radikalen Flügels. Es vollzog sich damit, in engster Anlehnung an die Entwicklung in Europa, zumal in Deutschland, der Übergang zum wissenschaftlichen Sozialismus und zu einer marxistischen Arbeiterbewegung.

Den ersten Anstoß dazu gab ein bisheriger Narodnik, der damals zwanzigjährige adlige Student Geórgij Walentinowitsch Plechánow, der noch unter der Regierung Alexanders II. (1879) diese Schwenkung machte und einige Jahre später (1883) in Genf die marxistische Gruppe «Befreiung der Arbeit» (oswoboshdénije trudä) begründete. Später gingen die Brüder Uljánow den gleichen Weg. Der ältere Bruder Alexander, ein Narodnik, wurde wegen der Vorbereitung eines Attentats auf Alexander III. hingerichtet (1887), der jüngere Bruder, Wladímir, zog die Konsequenz und schloss sich der marxistischen Arbeiterbewegung an. Die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde 1898 in Minsk begründet. Das Parteimanifest wurde vom bekannten Nationalökonom Prof. Peter Struve verfasst. Die in ihrer Zielsetzung nicht minder radikalen, in ihren Methoden und in ihrer Doktrin von den Narodniki abweichenden, theoretisch besser geschulden und durchgebildeten russischen Sozialdemokraten haben sich allerdings nur sehr langsam und in ständiger Kontroverse mit den Narodniki innerhalb der revolutionären Bewegung durchsetzen können.

Die Abgrenzung gegenüber dem Narodnitschestwo und dem Terrorismus hat Plechánow nach einem langjährigen Aufenthalt im Auslande und einem gründlichen Studium des Marxismus auf dem ersten Kongress der Zweiten Internationale (1889) klar for-

muliert. Er lehnte den Mir als eine Stütze der Selbstherrschaft entschieden ab, desgleichen die Ansicht, dass die landwirtschaftliche Entwicklung die Grundlage der Revolution sein könne. «Die Kraft und Selbstlosigkeit unserer revolutionären Ideologen» – sagte er – «mögen ausreichen zum Kampf gegen die Zaren als Personen, aber sie sind unzureichend im Kampf gegen den Zarismus.» Die Aufgabe der revolutionären Intelligenzia umriss er mit den Worten: «Sie soll sich die Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen machen, sie unter den Arbeitern verbreiten und mit Hilfe der Arbeiter die Feste der Selbstherrschaft erstürmen. Eine revolutionäre Bewegung in Russland kann nur siegen als Arbeiterbewegung. Einen anderen Weg gibt es nicht und wird es nicht geben.»

Der politische Kurs der Regierung gegenüber der revolutionären Bewegung war unter Alexander II. schwankend. Im Lager der Machthaber, zumal bei der Bürokratie, aber auch beim Adel, der sich als der eigentlich leidtragende Teil in der Reformära fühlte, gab es starke und einflussreiche restaurative Kräfte, die sich dem liberalen Kurs mit Erfolg widersetzen. Andererseits machte Alexander II. immer wieder den Versuch, die aufgewühlte Stimmung in der Intelligenzia durch Entgegenkommen zu besänftigen bzw. die Gemässigten zu gewinnen.

Infolge des unerträglich gewordenen Terrors wurden verständlicherweise noch in der Regierungszeit Alexanders II. die Polizeimassnahmen wieder verschärft, desgleichen die Zensur. Die Zügel wurden wieder fester gezogen und – nach dem Attentat im Winterpalais – vorübergehend ein diktatorisches Regime unter Graf Loris-Méikow, einem Armenier, eingeführt (Februar 1880). Nach Aufhebung der Diktatur machte Loris-Mélikow, darin vom Kaiser unterstützt, noch einmal den vernünftigen Versuch, die liberale Intelligenzia für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zu dem Zweck bemühte er sich, sie vom radikalen Flügel zu trennen, indem er die Massnahmen gegen die Radikalen verschärfte, aber gegen die Gemässigten milderte (Begnadigungen, Entlassungen aus Gefängnissen, Zulassung gemässigter Zeitschriften). Aber auch ihm blieb der Erfolg versagt. Die revolutionären Liberalen – man hat sie neuerdings zu Unrecht überhaupt nicht mehr zu den

Liberalen zählen wollen (Leontowitsch) – sahen sich dem billigen Hohn ihrer radikalen Revolutionsgenossen ausgesetzt<sup>1</sup>, scheuten aber vor einer Zusammenarbeit mit den konservativen Liberalen im Regierungslager zurück. Eine gemeinsame Sprache fanden die Liberalen hüben und drüben nicht.

Man hat das tragische Ergebnis der Reformpolitik Alexanders II. damit zu erklären versucht, dass er sich angeblich mit halben Massnahmen begnügte. In der Regel wird dabei verschwiegen, worin die Ganzheit hätte bestehen sollen. Ein halbes Jahrhundert später sollte das Jahr 1917 gerade die Liberalen lehren, wohin «ganze Massnahmen» in Russland führen können.

<sup>1</sup> Einer der Spottverse über die Liberalen lautet:

Перед лиздм wsej nāzii  
i wsěj administrāzii  
wwidu natschalstwa strogawo  
my prbsim, graf, nemnogawo:  
da wy by nam chotj kuzuju  
da dāli konstituziju.

Vor dem Antlitz der Nation  
und der Administration,  
vor der gestrengen Obrigkeit  
wir bitten, Graf, 'ne Kleinigkeit:  
so gebt uns irgendeine schon,  
sei's eine schäbige Konstitution.

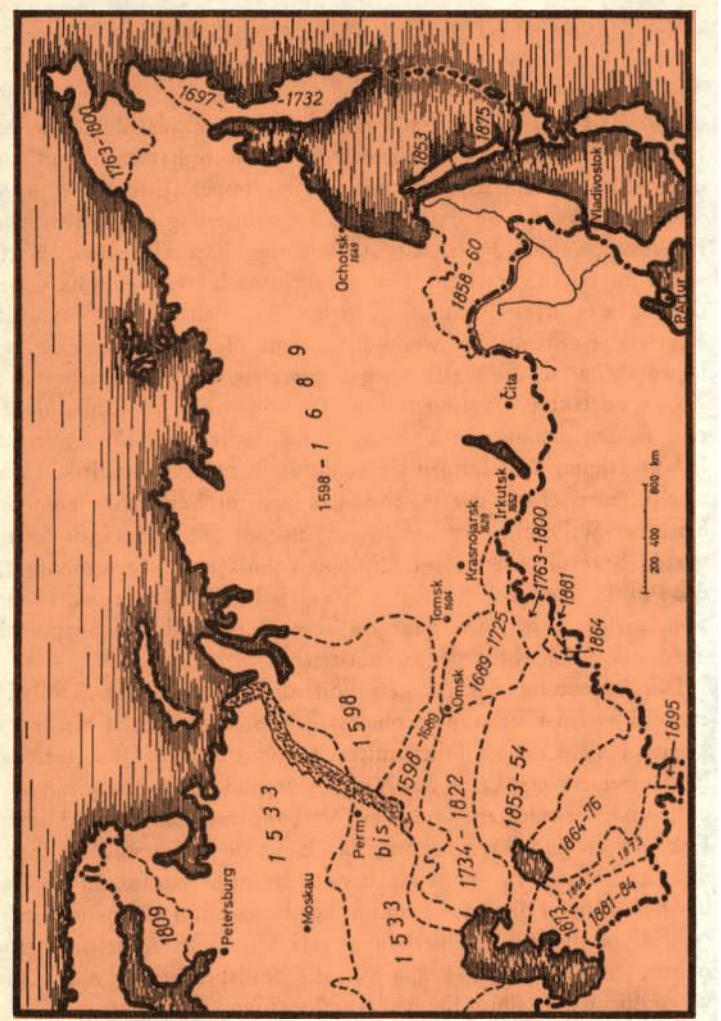
## 10. ASIENPOLITIK, IMPERIALISMUS UND PANSLAWISMUS

Die Zeit seit etwa 1880 wird bekanntlich als Zeitalter des Imperialismus bezeichnet. Wie alle Grossmächte hat auch Russland unter dem Vorantritt Englands an der imperialistischen Politik teilgehabt, wenn man darunter die Kombinierung von politischem Expansions- und Herrschaftsstreben mit kapitalistischen Wirtschaftsinteressen versteht. Ein Streben nach Weltherrschaft bedeutete das aber nicht. Die vielzitierte Behauptung Friedrich Engels': «Russlands nie wechselndes und nie aus dem Auge gelassenes Ziel» sei die Weltherrschaft gewesen, trifft nicht zu.

Die Vorläufer des Imperialismus machten sich in Russland bereits in den siebziger, z.T. sogar in den sechziger Jahren geltend. Ihr Betätigungsfeld fanden sie zunächst in der Asienpolitik. Über eine Intensivierung der Asienpolitik war in Petersburg ein einheitlicher Wille nicht vorhanden. Asien galt den europäisch orientierten Staatsmännern und Diplomaten als ein Nebenschauplatz der Politik. Der Aussenminister Nikolájs L. Nesselrode (bis 1856), wehrte sich entschieden dagegen, seine europäische Aussenpolitik durch asiatische Abenteuer zu belasten.

Die Bedeutung des riesigen sibirischen Raumes für Russland erschien vielen überhaupt problematisch. Sibirien war ja bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich ein Deportationsland gewesen, ein Land der Verbrecher und Zwangsarbeiter, der politisch Verschiedenen und der Verbannten, der unglücklichen Dekabristen und ihrer Frauen, das Land der «Totenhäuser» und des Grauens, an das man am besten gar nicht dachte. In Petersburg erschien es durchaus fraglich, ob dieses Land einer intensiven politischen Betätigung überhaupt wert sei, ob es nicht die europäische russische Entwicklung zu sehr beanspruche, ob nicht «die weite Ebene zum Fluch für Russland» werden könne.

«Nach allen Seiten quellen ja die Probleme über, sobald die Frage: Russland in Asien, Russland und Asien gestellt wird und sich so überhaupt das Problem Russland erst in seiner ganzen Tiefe



Die Expansion Russlands im Osten vom 16. bis zum 19. Jahrhundert.

auftut» (Hoetzsch). In voller Tiefe tat es sich wohl erst unter Alexander II. auf, der schon als Thronfolger – in betontem Gegensatz zu Nesselrode – ein grosses Interesse für asiatische Fragen gezeigt hatte. Aber geruht hat die asiatische Betätigung Russlands seit dem 16. Jahrhundert nicht mehr. Im 18. Jahrhundert (1741) war Alaska von Bering entdeckt und von Russland in Besitz genommen worden, – ein für die russische Geschichte ungewöhnliches Beispiel eines überseeischen Betätigungsdranges. Im Grossen war seit Peter dem Grossen aber die Stossrichtung in Asien mehr nach Süden gewendet, beiderseits des kaspischen Meeres nach Persien und weiter östlich nach Zentralasien hinein.

Im Kaukasus hatte sich bereits unter Alexander I. das christliche Georgien freiwillig dem Russischen Reich angegliedert (1801); es hat allerdings langer Kämpfe mit den mohammedanischen Bergvölkern bedurft, die z.T. gefährliche Aufstände entfesselten, wie unter Schamýl (1825-1859), ehe dort eine endliche Befriedung unter Alexander II. erreicht wurde.

Im Fernen Osten war Russland in seiner «Jagd nach der Grenze», wie bereits berichtet (vgl. S. 299) am Ende des 17. Jahrhunderts gegenüber China an eine Grenze gestossen, die im Vertrag von Nertschinsk (1698) festgelegt worden war. Der Expansionsdrang einerseits und die offenbare Machtlosigkeit des chinesischen Reiches andererseits hielten aber in Russland das Bestreben wach, die Fesseln des Nertschinsker Vertrages zu sprengen, den asiatischen Besitz im Fernen Osten «abzurunden» und die Küste des Stillen Ozeans in breiter Front zu gewinnen.

Realisiert wurden diese Bestrebungen schliesslich von unternehmungslustigen Offizieren und «Konquistadoren» auf deren eigene Initiative hin. Dabei tat sich in erster Linie der ehemalige Gardeoffizier und spätere Generalgouverneur von Ostsibirien Nikoláj Murawjów hervor, eine sehr eigenwillige und höchst interessante Persönlichkeit. Mit erstaunlich geringem militärischen Einsatz und mit grossem Verhandlungsgeschick gelang es ihm und dem jungen Grafen N. Ignátjew, unter Ausnutzung der in China verbreiteten Furcht vor den Engländern und Franzosen, das ganze Gebiet des Amur und des Ussuri (Küstenprovinz) zu besetzen und in zwei Verträgen (1858 und 1860) den vergeblich widerstrebenden



den Chinesen abzurufen. Ein Vorgang, den hundert Jahre später Mao Tse-tung seinen Rotchinesen wieder in Erinnerung bringen sollte! An der Ussurimündung wurde damals Chabarowsk (1857) und an der Südspitze der Küstenprovinz als «Beherrscher des Ostens» Wladiwostok (1860) gegründet. «Mit nur 3 Bataillonen und vier Geschützen, ohne jede Extraausgabe, ohne einen Schuss und ohne einen Tropfen russischen Blutes», wie damals der «Russkij Westnik» schrieb, hatte Murawjów sein grosses Ziel im Fernen Osten erreicht. 1875 wurde dazu noch ganz Sachalin gewonnen. Murawjów, der anfänglich wegen Eigenwilligkeit fast vor ein Kriegsgericht gestellt worden war, wurde jetzt zum Grafen Amurskij ernannt.

In diesem Zusammenhang ist ein, nicht nur für diese Zeit und für diese Gelegenheit bemerkenswerter, russischer Grundsatz amtlich – von Nikoláj I. – verkündet und auf ein Denkmal (für G. Newelskoj, der als erster die russische Flagge an der Amurmündung gehisst hatte) eingemeisselt worden: «Wo einmal die russische Fahne aufgezogen ist, da soll sie nicht wieder heruntergeholt werden.»

Inzwischen war auch die Expansion nach Zentralasien weitergetrieben worden, nach der Thronbesteigung Alexanders II. unter Lenkung der kaiserlichen Regierung. Der Turkestan, Taschkent und Samarkand wurden erobert (1868) und anschliessend Buchara (1868), Chiwa (1873) und Kokand (1876), deren Chane sich für «ergebene Diener des Zaren» erklärten, als Protektorat-Chanate dem Russischen Reich einverleibt. In den 80er Jahren wurde die Unterwerfung der Turkmenischen Steppe östlich des Kaspischen Meeres zum Abschluss gebracht und die wichtige Oase Merw annektiert (vgl. Karte). Im Zuge dieser Entwicklung wandelte sich auch die grundsätzliche Einstellung gegenüber Asien. «Wir brauchen die Eroberung Asiens», schrieb Dostojéwskij (1881), «weil Russland nicht nur in Europa, sondern auch in Asien liegt, weil der Russe nicht nur Europäer, sondern auch Asiate ist. Und noch mehr als das: in Asien liegen vielleicht noch mehr unsere Hoffnungen als in Europa.»

In Asien trat Russland als Kolonialmacht auf. Grundsätzlich lag seine Politik auf der gleichen Ebene wie die der anderen Kolonial-

machte, nur mit dem allerdings sehr wesentlichen Unterschied, dass die territoriale Geschlossenheit zwischen Mutterland und Kolonie bestehen blieb. So wurde das grösste geschlossene Kolonialreich der Erde geschaffen. Der russische Aussenminister Gortschakóv hat in einer berühmt gewordenen Zirkularnote an die Mächte (November 1864) das russische Vorgehen mit der Notwendigkeit der Grenzsicherungen gerechtfertigt und dabei ausdrücklich Bezug auf andere Staaten genommen, «die sich im Kontakt mit halbwilden, umherstreifenden Völkerschaften ohne feste soziale Ordnung befinden. Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Fall, dass der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe». Die Mächte haben diese Argumente gelten lassen.

Gegenüber diesen Erwerbungen stand der Verlust von Alaska. Im Jahr 1867 wurde das Riesengebiet (1,5 Millionen qkm) an die USA für den geringen Betrag von 7,2 Millionen Dollar verkauft<sup>1</sup>. Jedenfalls ist die Bedeutung Alaskas damals sowohl in Russland wie in Amerika verkannt worden. In Amerika wurden empörte Stimmen über «die Torheit des bei Nacht erworbenen Walrossia» laut, und in Russland blieb der Verkauf so gut wie unbeachtet. Andererseits ist wohl zu Recht geltend gemacht worden, dass Alaska weder die Macht noch das Prestige Russlands erhöhte und dass die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten als Gegengewicht zu England für wichtiger galt (Hoetzsch). Die Goldvorkommen in Alaska wurden erst in den siebziger Jahren entdeckt.

Die Gewinnung der grossen asiatischen Gebiete hatte auch für die innere Entwicklung Russlands weittragende Folgen. Es wurden dadurch neue Völker anderer Rasse und Religion in das Reich in so grosser Zahl eingegliedert, dass die Grossrussen (Ukrainer und Weissruthenen nicht mitgerechnet) am Ende des Jahrhunderts nur etwa 45% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Den unterworfenen Völkern Asiens brachte die Kolonialherrschaft Russlands Fortschritte in ihrer Entwicklung. Zunächst brachte sie ihnen

<sup>1</sup> Etwa den gleichen Betrag verlangte und erhielt Deutschland von der Sowjetunion im Jahre 1940 für die Abtretung des «Suwalkizipfels» an der Grenze Ostpreussens.

Frieden durch Verhinderung der Kämpfe untereinander, sie brachte grössere Rechtssicherheit und auch den wirtschaftlich besser gestellten Schichten Kultur. Die wirtschaftliche Erschliessung dieser Gebiete kam nicht nur dem Russischen Reich durch den beträchtlichen Reichtum an Rohstoffen (Minerale, Baumwolle) zugute, sondern, zunächst in bescheidenen Grenzen, auch der örtlichen Bevölkerung. Das gilt besonders für die Zeit nach dem Bau der Eisenbahnen: transkaspische Linie über Merw (1880), Samarkand (1888), Taschkent und transsibirische Linie (1892-1901). Eine rassische Diskriminierung, wie überhaupt eine Rassentrennung, gab es nicht. Die imperialen russischen Herrschaftstraditionen lebten auch im imperialistischen Zeitalter weiter fort.

Parallel dazu ging die weitere Erschliessung und Besiedlung Sibiriens, das jetzt aufhörte, hauptsächlich Deportationsland zu sein. Seit den 80er Jahren setzte im Zusammenhang mit der wachsenden Landnot als Folge der Bauernbefreiung eine planmässige und staatlich gelenkte Ansiedlung ein (Verordnung über Ansetzung landarmer Bauern auf unbesetztem Staatsland 1881. Befreiung von der Rekrutierung. Einrichtungskredite, Lebensunterhalt bis zur ersten Ernte 1889). Seit dem Bestehen der sibirischen Bahn schwoll der Siedlerstrom bis über eine halbe Million jährlich in den Jahren 1906-1910 an. Die höchste Zahl betrug 0,75 Millionen im Jahre 1908. Vor dem Ersten Weltkrieg flaute die Bewegung wieder ab, um von den Bolschewiken in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts wiederaufgenommen zu werden. Die heutige Stellung der Sowjetunion in Asien, und damit in der Welt, gründet sich auf die Voraussetzungen, die vom kaiserlichen Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschaffen wurden.

Auch in Russland hatte der Imperialismus neben seiner kapitalistischen eine nationalistische Komponente. Sie äusserte sich in der panslawistischen Strömung. Der Panslawismus war aus verschiedenen Wurzeln erwachsen und zeitigte auch verschiedene Erscheinungsformen. Eine Wurzel war der europäische aggressive Nationalismus; insofern ist der Panslawismus mit Recht mit dem Pangermanismus verglichen worden (Seton-Watson). Die andere Wurzel war die zunächst unpolitische, philosophische Schule der Slawo-

philie. Das heisst, der Panslawismus beruhte einerseits auf der Idee des Volkstums, unter Betonung der Schicksalsgemeinschaft aller Slawen, andererseits auf der Idee der Orthodoxie, praktisch des Russentums, unter Ausschluss der nichtorthodoxen Slawen. Die 50er Jahre hatten unter den sog. jüngeren Slawophilen (Iwán Aksákow, Júrij Samarín) den Umschlag der Slawophilie ins Politische und gleichzeitig die Umbiegung der panslawischen in eine allrussische Idee gebracht. Der erste panslawische Kongress auf dem Boden der Volkstumsidee hatte, mit betonter Skepsis (seitens der Tschechen) gegenüber russischen Machtinstinkten, 1848 in Prag stattgefunden, der zweite fand bereits in Moskau statt (1867).

Ihren besonders prägnanten Ausdruck erhielt die Politisierung der Slawophilie im berühmten Buch von N. Daniléwskij «Russland und Europa», das man später die Bibel des Panslawismus genannt hat, und dessen Nachwirkungen sich bis in die bolschewistische Zeit hinein verfolgen lassen. In diesem geschichtsphilosophischen Werk entwickelte Daniléwskij – darin ein Vorläufer Spenglers und wie dieser Naturwissenschaftler – eine Kulturzyklentheorie, in der er Naturgesetze auf die Geschichte anwandte. «Allem was lebt... wird nur eine ganz bestimmte Summe von Leben gegeben, mit deren Erschöpfung es sterben muss. Die Geschichte erzählt das gleiche von den Völkern und Kulturen.» Von da kam er zum Schluss, dass die junge russisch-slawische Kultur die alte, im Sterben liegende abendländische ablösen werde und machte konkrete Vorschläge der praktischen Anwendung dieser Theorie in der Aussenpolitik.

Inzwischen hatten unter Führung des Moskauer Verlegers und Journalisten Katków, an der polnischen Frage entzündet, – «Polen ist ein vergifteter Dolch, den der Westen ins Herz des Slawentums gestossen hat» (Samarín) – die russischen Panslawisten sich zu Russisten gewandelt und ihr Interesse wieder den orthodoxen Balkanslawen zugewandt. Seit den 70er Jahren gewannen sie entscheidenden Einfluss auch auf die Regierungskreise und die Aussenpolitik. Sie gingen sogar so weit, unter Preisgabe der traditionellen imperialen Idee das von Napoleon III. in eigenem Interesse so geschieht gehandhabte Nationalitätenprinzip als politisches

Sprengmittel zu übernehmen, zunächst gegen die Türkei, dann gegen Österreich, wobei sie die Gefährlichkeit dieses Prinzips für Russland selbst vollständig verkannten.

Anlässlich der Balkankrise (1876) wurde dieser Einfluss bereits sehr spürbar. Im Grunde ging es dabei um das gleiche wie bei den früheren Balkankrisen, um die Befreiung der Balkanlawen von der türkischen Oberherrschaft. Auch das russische Interesse daran war alt. Neu war die Aktivität und schliesslich der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierung. In Petersburg setzte, moralisch und propagandistisch von der hohen Geistlichkeit und dem «Slawischen Komitee» gefördert, eine laute Agitation für ein aktives Eingreifen Russlands zugunsten der aufständischen Balkanvölker, zunächst der Serben, ein. Damen der Gesellschaft sammelten Hilfsgelder, Kriegsfreiwillige wurden geworben, und erstmals wurde auch Offizieren der Armee gestattet, sich zu melden.

Aussenminister während der ganzen Regierungszeit Alexanders II. war ein Schulkamerad Púschkins, Fürst Alexander Micháilowitsch Gortschaków (geb. 1798), ein Abkömmling des ältesten Adels – er war Rjúrikide –, eine in Russland sehr populäre Persönlichkeit. Man hat ihn in einiger Übertreibung den «ersten nationalen Aussenminister im vollen Sinne des Wortes» (Stählin) genannt. Gortschaków war kein Panslawist, wohl aber ein Vertreter der imperialen Machtpolitik im traditionellen Sinne, d.h. einer Machtposition auf dem Balkan, aber ohne annektionistische Absichten im Sinne Katharinas. Alexander II. selbst war ebenso wenig Panslawist; er perhorreszierte den Krieg. In seiner Europapolitik hat er bekanntlich aus Pietät gegenüber seiner Mutter und deren Bruder, dem späteren Kaiser Wilhelm I., den Aufstieg Preussens toleriert und auch nach der Reichsgründung ein gutes Verhältnis zu Deutschland und Österreich angestrebt (Dreikaiserabkommen 1873). In der Balkanpolitik wurde er aber durch die öffentliche Meinung und eine panslawistische Gruppe im Aussenamt, mit dem russischen Botschafter in Konstantinopel Graf Ignátjew an der Spitze, zu grösserer Aktivität und zu einer kraftvolleren Politik gedrängt, die schliesslich in den Krieg einmündete (1877-1878).

Während des Krieges wiederholte sich das gleiche wie 49 Jahre vorher: Die russischen Truppen marschierten, bei einem gleichzeitigen Vorgehen im Kaukasus, über die Donau und den Balkan und rückten nach schweren Kämpfen (Plewna) bis hart vor Konstantinopel. Es kam zum Frieden von St. Stefano (März 1878). Die sich daraus entwickelnden europäischen Komplikationen sind aus der allgemeinen Geschichte bekannt: das Eingreifen der Mächte, die drohende europäische Kriegsgefahr und die Beendigung der Krise nach russischen Zugeständnissen auf dem Berliner Kongress unter dem Vorsitz und der ehrlichen Maklerschaft Bismarcks (Juni/Juli 1878).

Neu war für Russland bei diesem Balkankrieg ausser seiner panslawistischen Note, dass das Wirtschaftsinteresse (steigender Export durch die Meerengen) dabei stark ins Gewicht fiel und das politische Interesse sich nicht mehr auf Serbien, sondern auf Bulgarien konzentrierte. Die Bulgaren dankten dem russischen Kaiser ihre Befreiung, und die russischen Truppen blieben weitere neun Monate im Lande. Seither war Bulgarien bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus der eigentliche Angelpunkt der russischen Balkanpolitik.

Unter Alexander III. hat sich die russische Aussenpolitik einer Beeinflussung durch die öffentliche Meinung wieder entzogen – nicht zu ihrem Schaden. Alexander III. war der einzige russische Kaiser, der keinen Krieg geführt und seine Friedensliebe auch wiederholt unter Beweis gestellt hat. Den Panslawisten und Imperialisten folgte er ausdrücklich nicht, wenn er auch auf die Wahrung des internationalen Prestiges Russlands – wie im Falle Bulgarien – sehr bedacht war. Eine Expansionspolitik auf dem Balkan lehnte er ab, sicherte sich allerdings im Geheimen (1887) den moralischen und diplomatischen Beistand Deutschlands, falls Russland sich veranlasst sehen sollte, «die Aufgabe der Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer» zu übernehmen. Das Verhältnis zu Deutschland kühlte merklich ab, aber gleichwohl amtierte unter Alexander III. ein deutschfreundlicher Aussenminister (Giers). Bekanntlich fielen unter seine Regierung sowohl der Dreikaiservertrag (1881) wie seine Erneuerung (1884), wie der Rücksicherungsvertrag mit Deutschland (1887), allerdings auch dessen Nicht-

erneuerung (1890) und im Gegenzug gegen den Dreibund die eindeutige, finanziell untermauerte Hinwendung zu Frankreich, die im – geheimen – russisch-französischen Verteidigungsbündnis (1892) besiegelt wurde. Nikoláj II. hat zunächst die Friedenspolitik seines Vaters fortgesetzt und ist bekanntlich auch mit einem Abrüstungsvorschlag hervorgetreten, der zwar nicht zur Einschränkung der Rüstungen, wohl aber zur Begründung des Ständigen Gerichtshofes im Haag (1899) geführt hat. Später ist der letzte russische Kaiser zu seinem und seines Reiches Verhängnis dem wachsenden Einfluss seiner imperialistischen und kriegsfreudigen Umgebung erlegen.

## 11. REAKTION UND REVOLUTION

### *Alexander III. und die Russifizierung. Pobedonószew*

Nach dem Tode Alexanders II. setzte eine reaktionäre Periode ein, die über den Tod des neuen Kaisers hinaus bis zum Jahre 1905 währte. Alexander III. war der zweite Sohn und somit nicht für den Thron bestimmt. Nachdem aber der ältere Bruder gestorben war, übernahm der jüngere von ihm den Thronanspruch und zugleich seine Braut, die dänische Prinzessin Dagmar, als Kaiserin Marja Fjódorowna. Im Unterschied zu allen seinen Vorgängern seit Katharina – mit bedingter Ausnahme seines Grossvaters – hat Alexander III. nicht mit liberalen Massnahmen, Ideen oder Vorspiegelungen begonnen, um enttäuscht wieder davon abzugehen, sondern hat von vornherein in nicht misszuverstehender Weise einen reaktionären Kurs eingeschlagen, um die Autokratie in Russland zu stabilisieren wie einen rocher de bronze. Er selbst personifizierte in Gestalt und Charakter dieses Felsenhafte vollkommen: gross, schwer, riesenstark, schlicht, gradlinig und fest. In einem mit Recht gerühmten Denkmal (in Petersburg) hat Fürst P. Trubezkój den Kaiser, unbeweglich auf einem feststehenden schweren Pferde sitzend, in Bronze gebildet.

Alexander III. kam wie sein Vater im besten Mannesalter, 36jährig, auf den Thron, mit gefestigten, bis zur Primitivität unkomplizierten Ansichten über «Gott und die Welt», aber auch über Staat und Volk. Das Wort Bismarcks, «die Konsequenz ist für einen Staatsmann umso leichter, je weniger politische Gedanken er hat», passt auf ihn durchaus. Die Urteile über ihn als Mensch und Monarch gehen bis heute weit auseinander; sie stehen einseitig im Zeichen des von ihm vertretenen autokratischen Herrschaftssystems. Während von liberalen und natürlich revolutionären Geschichtsbetrachtern seine geistige Beschränktheit stark unterstrichen wird, so dass seine Charakterisierung zu einer Summierung von Schimpfworten ausartet, wird von konservativer Seite sein respekteinflössender Charakter gerühmt. Jedenfalls ist nicht zu



bezweifeln, dass seiner verhältnismässig kurzen Regierungszeit (1881-1894) gerade im Hinblick auf den späteren Zusammenbruch eine grosse Bedeutung zukommt.

Nach der Revolution ist von russischer monarchistischer Seite in der Emigration (S. Oldenburg) der Versuch gemacht worden, Alexander III. als das Ideal eines russischen Herrschers hinzustellen, als den Mann, der fähig gewesen wäre, einen Zusammenbruch zu verhüten. Diese Ansicht wird einer Kritik kaum standhalten. Andererseits muss es auf Grund neuerer Forschungen in Amerika (von Laue) fraglich erscheinen, ob der russische Zusammenbruch aus der Rückkehr zur Autokratie herzuleiten ist.

Die Wiederherstellung der Autokratie vollzog sich erstaunlich leicht und widerstandslos. Die terroristische Tätigkeit wurde nach einigen Attentatsversuchen so gut wie ganz unterbunden. Die zunächst letzte Terroristin Wera Figner, die Organisatorin vieler Attentate, wurde zum Tode verurteilt und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt. Sie hat zwanzig Jahre (bis zur Amnestierung) in Kasematten verbracht und hat diese Zeit erstaunlich gut überstanden; in grosser Rüstigkeit ist sie über 90jährig erst 1942 in Moskau gestorben. Angesichts der schweren Beeinträchtigung und der lebensverkürzenden Wirkung entsprechender Strafen im 20. Jahrhundert, die Hunderttausende Unschuldiger erleiden mussten, verdient das erwähnt zu werden.

Aufs Ganze gesehen blieb die Zentralgewalt nach wie vor die entscheidende Tatsache der russischen Geschichte. Die «gesellschaftlichen Kräfte» fielen demgegenüber nicht ins Gewicht, weil sie weder eine soziale Grundlage noch einen Rückhalt im Volk hatten. Allerdings änderte sich das gerade während der Regierungszeit Alexanders III., aber nicht durch das autokratische Regierungssystem, sondern durch die gleichzeitige Wirtschaftsentwicklung (Industrialisierung), auf die noch einzugehen sein wird.

Als geistige Persönlichkeit konnte Alexander III. sich mit seinen Vorgängern nicht messen, infolgedessen gewannen unter seiner Regierung die Männer seiner Umgebung eine entsprechend grosse Bedeutung, in erster Linie Pobedonószew. Konstantin Petrówitsch Pobedonószew (1827-1907) war 25 Jahre lang (1880-1905) Oberprokureur des Heiligen Synods; ausserdem war er der Lehrer

Alexanders III. und Nikolájs II. Er hat einen beherrschenden Einfluss auf den Kaiser und die gesamte Innenpolitik wie auch auf das Geistesleben ausgeübt. Sohn eines Popen, selbst Jurist, hochgebildet und sehr belesen, Verfasser zahlreicher Bücher, fusste er in der slawophilen Tradition, verlieh ihr aber starke politisch-nationalistische Akzente. Im Zuge einer praktischen Anwendung der slawophilen Ideologie auf die Innenpolitik bog er sie zu einem Programm gewaltsamer Russifizierung um. Wie für Karamsín, so waren auch für ihn die einzig zuverlässigen, von Gott gewollten und geschichtlich begründeten Fundamente des Russischen Reiches die Selbstherrschaft und die orthodoxe Kirche. Die im Glauben des Volkes verankerte autokratische Macht des Zaren «zum Heile des Volkes» ungeschmälert wiederherzustellen und zu erhalten, war für ihn die vornehmste Pflicht des Monarchen. In seinen Augen waren Thron und Altar die einzigen Konstanten der russischen Geschichte – im Unterschied zu der Entwicklung im Westen, die auch andere Konstanten kannte. So kam er zu einer scharfen Ablehnung nicht nur der europäischen Staatstheorien und politischen Einrichtungen – den Parlamentarismus bezeichnete er als «die grosse Lüge unserer Zeit» –, sondern auch westlicher Einflüsse überhaupt. Sogar Telefon und Telegraf lehnte er als Teufelswerk ab. Besonders scharf wandte er sich dagegen, dass russische Verhältnisse mit abendländischen Massstäben gemessen würden. Publizistisch unterstützt von Katkóv, propagierte er unermüdlich die These von einer politischen und geistigen Überlegenheit der Russen. Von da führte sein Weg in gerader Linie zur Politik der systematischen Russifizierung der als «fremdstämmig» bezeichneten und von ihm als Fremdkörper empfundenen nichtrussischen Untertanen des russischen Kaisers, zumal der «europäischen» im Westen, der baltischen Deutschen, Finnen und Polen. Pobedonószew erkannte nicht, dass die von ihm als Abwehr gegenüber Europa vertretene Russifizierungspolitik als Ausdruck des aggressiven Nationalismus ihrerseits eine Europäisierungserscheinung war.

Pobedonószew hatte gleich das erste Manifest Alexanders III. ohne Wissen des leitenden Ministers Loris-Mélikow verfasst. Dieser und andere liberale Minister (Miljútin) traten daraufhin

sofort zurück. Zur Stärkung der Zentralgewalt wurden jetzt zahlreiche Reformmassnahmen Alexanders II. wieder eingeschränkt: in den Landkreisen traten an Stelle der gewählten Friedensrichter aus dem örtlichen Adel ernannte sog. Landeshauptleute (sémkije natschalniki, 1889), die mit weitgehenden administrativen und juristischen Befugnissen ausgestattet waren und als «Werkzeuge der Staatsdisziplin» bald in Gegensatz zu den Sémstvos traten. Eine Parallelerscheinung dazu waren in den Fabriken die sog. Fabrikinspektoren (1894), deren Aufgabe die «Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Arbeitern» war. Die Justizreform wurde dadurch unterhöhlt, dass verschiedene Sondergerichte bestehenblieben, die ordentlichen Gerichte weitgehend dem Justizministerium und richterliche Funktionen der Administration übertragen wurden. Die Regierung war bemüht, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Politik Katharinas, «die führende Stellung der russischen Adligen in Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung und Rechtsprechung» zu stärken. Durch Änderung des Wahlrechts wurde der Anteil des Adels in den Sémstvos auf 57% erhöht.

Infolge der verschärften Polizeimassnahmen – rebellierende Studenten wurden als Soldaten in die Armee gesteckt – sahen zahlreiche revolutionäre Führer, einschliesslich der Liberalen, sich genötigt zu emigrieren. Eine besondere Note erhielt der Kampf gegen die Revolution durch den Versuch des Gendarmeriechefs Subatow, innerhalb der Arbeiterschaft (unter Ausschaltung der Intelligenzia) eine revolutionäre Bewegung unter Polizeiregie in die Wege zu leiten (1901). Der Grundgedanke dabei war, den – berechtigten – wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter von den revolutionären politischen Aktionen zu trennen. Dahinter stand das Bemühen, in altmoskowitischer Tradition eine Einheitsfront zwischen Zar und Volk gegen die «Aristokratie», in diesem Falle die Geldaristokratie und das liberale Unternehmertum, zu schaffen. Immerhin war, wie sich später zeigen sollte, der Polizeisozialismus Subätows ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Nach zwei Jahren wurde er auch aufgegeben.

Eine andere, für russische Verhältnisse typische Note erhielt der Kampf gegen die Revolution durch das Polizeispitzelwesen, das besonders raffiniert durch den Innenminister Plehwe, den Sohn

eines Ostpreussen, organisiert wurde. Dieser hat seine Spitzel in alle revolutionären Gruppen, z.T. an führender Stelle einzuschleusen verstanden; auch einer der nächsten Mitarbeiter Lenins bis in die Tage des Umsturzes hinein, Malinówskij, war ein Polizeispitzel. Plehwe hat mit zynischer Kälte gestattet, dass seine Spitzel, um das Vertrauen ihrer revolutionären Genossen zu gewinnen, sich auch aktiv an Attentaten beteiligen – nur nicht an Anschlägen auf den Kaiser. Die Spitzel, nicht minder zynisch als ihr Chef, zogen daraus die logische Konsequenz und organisierten die Ermordung von Plehwe selbst (1904). Der berühmteste Polizeispitzel war der, später von einem Revolutionär (Búrzew) entlarvte, Führer der sozialrevolutionären Terrororganisation Aséf. Viele dieser Spitzel wurden zu Doppelagenten, und manche wussten schliesslich selbst nicht mehr, ob sie Polizisten oder Revolutionäre waren.

Besonders drückend wirkte sich die Reaktion auf kulturellem Gebiet aus. Der Zweck der Volksschulen wurde nicht im Erwerb von Kenntnissen, sondern in der Festigung in russischer Tradition und Frömmigkeit gesehen; infolgedessen wurden alle Volksschulen der Aufsicht des Heiligen Synods, d.h. Pobedonószews, unterstellt und viele geistliche Schulen neu gegründet, dagegen Neugründungen durch die Sémstwow, weil als liberal verdächtig, inhibiert. Der Besuch von höheren Schulen (Gymnasien) durch die niederen Schichten des Volkes war überhaupt unerwünscht; nach Ansicht des Kultusministers Deljánow «gehörte es sich nicht, sie aus dem Milieu herauszuheben, dem sie angehören» (1887). Auch die Selbstverwaltung der Universitäten wurde wieder eingeschränkt.

Eine Verschärfung erfuhren diese Massnahmen durch die grundsätzliche Russifizierungspolitik. Schon unter Alexander II. hatten nationalistische Einflüsse das Verhältnis zu den Nationalitäten zu vergiften begonnen, wie z.B. im polnischen Fall als unmittelbare Folge der Aufstände. Jetzt richtete sich die nationale Animosität der Russen – jedoch ohne durch Aufstände provoziert worden zu sein – auch gegen die Finnen und die Deutschen und löste bei ihnen entsprechende Rückgefühle aus. Auf einen nationalistischen Angriff des Slawophilen Júrij Samárin hatte der deutsch-baltische

Historiker Carl Schirren noch unter der Regierung Alexanders II. – im gleichen Jahr, in dem die «Bibel des Panslawismus» von Daniléwskij erschien (1869) – im Namen des «Rechtes des Landes», d.h. der baltischen Ostseeprovinzen, in seiner flammenden «Livländischen Antwort» jenen erwidert, die «unter den Instinkt ihres Volkes zu stehen gekommen». Schirren machte sich dabei allerdings die Denkkategorien seiner russischen Gegner insofern selbst zu eigen, als er (mit umgekehrten Wertakzenten) zwischen den Russen und den russländischen Deutschen einen von Natur gegebenen unüberbrückbaren Graben sah. «Alles ist anders» – schrieb er – «am russischen Volk und an uns: Anlage des Leibes und des Gemütes, Temperament, Grad der Ausdauer, Rhythmus der individuellen Entwicklung, Familie, Eigentumsverhältnisse, Recht, Sprache, Gesellschaft, politische Tradition, Vergangenheit und Gegenwart.» Auf dieser Ebene gab es kein gedeihliches Zusammenleben im gleichen Staate.

Die Folge dieser nationalistischen Verschärfung war, dass unter den baltischen Deutschen der im Zuge der Europäisierung besonders seit Alexander I. gepflegte «Brückengedanke» – eine Brücke zwischen dem Abendland (bzw. Deutschland) und Russland zu sein – an Boden verlor und an dessen Stelle wieder der alte, aus der Moskauer Periode stammende «Vormauergedanke» – eine Vormauer des Abendlandes (bzw. des Deutschtums) gegenüber dem Russentum zu sein – vorherrschend wurde. Natürlich wurde damit auch dem «Reichspatriotismus» der nichtrussischen Untertanen des Zaren der Boden entzogen. Der gefährliche Wandel, der sich damit anbahnte, ist auch von Russen erkannt worden. Der Innenminister Alexanders II., Graf P. Walújew, hat seinen Protest dagegen sehr prägnant formuliert (1877). «Je crois d'avoir l'honneur de servir l'Empereur de toutes les Russies et non le Czar de Moscou!» Unter dem Einfluss Pobedonószew's war Alexander III. wieder Zar von Moskau geworden.

Bereits in den achtziger Jahren setzten die Russifizierungsmassnahmen in den bis dahin deutsch verwalteten Ostseeprovinzen ein (russische Amtssprache und Schulen, Umwandlung der deutschen Universität Dorpat in die russische Universität Júrijew, russische Justizreform und Städteordnung an Stelle der früheren Rats-

Verfassung). In den neunziger Jahren folgte eine entsprechende Russifizierung Finnlands, dessen Autonomie-Verfassung unter Alexander II. durch Gewährung eigener Währung, Post, Zoll, Eisenbahn und Heer sehr erweitert worden war. 1903 wurde die finnische Verfassung aufgehoben. Parallel dazu gingen weitere Russifizierungsmassnahmen in Polen und Litauen. Die Ukrainer wurden ohnehin als Russen betrachtet.

Besonders hässliche Formen nahm der aggressive Nationalismus in der Judenpolitik an. Durch die Teilung Polens waren viele zum grossen Teil in kümmerlichen sozialen Verhältnissen lebende Juden an Russland gefallen. Schon unter Katharina II. war ihr Wohnsitz auf ein festbegrenztes Ansiedlungsgebiet (tschertá ossédlosti) beschränkt worden (auf die polnischen, litauischen, ukrainischen Gouvernements, Bessarabien und die Krim). Der Antisemitismus, zumal in der Ukraine, war sehr alt und geht bis in die Zeit der Kiewer Rus zurück (vgl. S. 47); später war er von den Polen dadurch gefördert worden, dass Juden als Steuereintreiber eingesetzt wurden. Die verbreitete Betätigung der Juden als Geldverleiher und Schankwirte, bei denen die Bauern schnell in Schulden gerieten, hatte die antijüdischen Animositäten wachgehalten. In der Ära Pobedonószew wurde in Ausnutzung dieser Stimmung die «berechtigte Erbitterung der Bauern» systematisch auf den jüdischen Fremdkörper abgelenkt. Gleich nach der Thronbesteigung Alexanders III. kam es zu wiederholten Pogromen gegen Juden – Tötlichkeiten, Plünderungen von Läden, Zerstörungen von Wohnungen und Häusern –, die von der Regierung geduldet, z.T. sogar inszeniert wurden. Unter der Motivierung, dass das russische Volk nicht fähig sei, «den jüdischen Wirten und Wucherern zu widerstehen» (Pobedonószew) und infolgedessen «gegen die Juden geschützt werden» müsse, wurden in Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse durch Edikt (1882) die Juden für schuldig an den Pogromen erklärt und zahlreiche (mehrere hundert) Sondergesetze gegen sie erlassen. Darin wurde ihnen einerseits verboten, ausserhalb der Städte und grossen Dörfer zu leben und sich als Schankwirte zu betätigen, andererseits ihr Fortkommen und ein sozialer Aufstieg in den Städten sehr erschwert. Es wurde für sie ein numerus clausus sowohl in den Schulen (10%) wie in den

Universitäten (5%, in Petersburg und Moskau 3%) eingeführt und ihre Niederlassung als Rechtsanwälte und Ärzte sehr erschwert, z.T. unmöglich gemacht.

Die natürliche Folge dieser Politik war das Einströmen der Juden, speziell der jüdischen Intelligenz, in die revolutionäre Bewegung, wo sie in allen Zweigen, sogar bei den Narodniki, in erster Linie aber im revolutionären Liberalismus und bei den gemässigten Sozialisten (Menschewiken) einen hohen Anteil in der Führung hatten. So löste die Russifizierungs- und Gleichschaltungspolitik des Czar de Moscou allenthalben neue Widerstandskräfte gegen das Regime, gegen die herrschende Schicht und schliesslich gegen den Staat selbst aus und verstärkte die alten.

Gleichzeitig bemühte sich das Regime mit Erfolg, die sozialen Verhältnisse der unteren Schichten des Volkes zu bessern und Notstände zu beheben. Im Einklang mit der Auffassung von der traditionellen inneren Verbundenheit zwischen autokratischem Zar und Volk war das Regime betont volksfreundlich. Die beiden letzten Zaren haben sich um unmittelbare Kontakte zum Volk, zumal zu den Bauern, sehr bemüht. Trotz guter Erfolge im einzelnen – anlässlich persönlicher Besuchsreisen – blieb das Bemühen im Ganzen erfolglos. Auch das hing eng mit dem gleichzeitig sich vollziehenden Strukturwandel infolge der Industrialisierung zusammen.

Parallel zu diesen Massnahmen lief eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die, obgleich noch in engen Grenzen gehalten, zumindest die schlimmsten Notstände behob und gegen z.T. sehr starken Widerstand der liberalen Unternehmerkreise durchgesetzt wurde<sup>1</sup>. Gleichwohl blieben die Arbeitsbedingungen sehr hart. Im Gouvernement Moskau waren 24-30% der Fabrikarbeiter Kinder unter 15 Jahren.

In der Ära Pobedonószew wurde auf verschiedene Art versucht, dem Landhunger der Bauern zu steuern. Der Kauf von Gutsbesitzer-

<sup>1</sup> Verbot der Arbeit für Kinder unter zwölf Jahren, Begrenzung der Arbeit zwölf- bis fünfzehnjähriger Kinder auf 8 Stunden, Verbot der Nacht- und Feiertagsarbeit für Kinder (1882). Verbot der Nachtarbeit für Frauen (1885). Festsetzung des Normalarbeitstages auf elfeinhalb Stunden, in der Metallindustrie auf zehneinhalb (1897).

land durch Bauern wurde systematisch gefördert und zu dem Zweck eine Bauernagrарbank begründet (1883). Gleichzeitig wurde, wie bereits erwähnt, die Ansiedlung landarmer Bauern in Sibirien staatlich unterstützt. Übrigens ging die Zahl der nach Sibirien Deportierten während der autokratischen Reaktion stark zurück.

Alexander III. starb völlig unerwartet erst 50jährig (1894). Wie der von ihm beherrschte Staat, sah der Kaiser der äusseren Erscheinung nach gesünder aus als er war. Wahrscheinlich hatte er sich bei einem Eisenbahnglück, von dem man bis heute nicht weiss, ob es durch ein Attentat verursacht oder ein Unglücksfall war, innere Verletzungen zugezogen. Nach der Katastrophe hatte der starke Zar das Eisengestell seines Waggons mit den Schultern hochgestemmt, so dass sich seine Familie – unverletzt – aus den Trümmern retten konnte.

### *Industrialisierung. Witte*

Der nationalistisch-russifikatorische Kurs Pobedonószews zeichnete sich scheinbar durch seine Geschlossenheit aus. In Wirklichkeit war er voll innerer Widersprüche, und der autokratische Staat Alexanders III. sollte sich bald nicht als ein rocher de bronze, sondern – wie das in Europa geprägte Schlagwort lautete – als Koloss auf tönernen Füßen erweisen.

Der innere Widerspruch lag zum grossen Teil in der unabhängig vom Regierungskurs sich gleichsam selbsttätig und sozusagen geschichtsnotorisch fortsetzenden Europäisierung, zumal auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Auswirkungen der industriellen Revolution auf Russland, und das damit verknüpfte Eindringen kapitalistischer Denk- und Wirtschaftsformen, waren weder zu verhindern noch aufzuhalten. Zurzeit Alexanders II. hatte dieser Prozess im Einklang mit der politischen Liberalisierung gestanden; jetzt trat zwischen dem Politischen und dem Wirtschaftlichen eine Diskrepanz ein. Sie wurde noch dadurch verschärft, dass die für bedenklich, gefährlich und unnötig gehaltene politische und geistige Europäisierung eingeschränkt, gleichzeitig aber die für harm-



los, unbedenklich und notwendig gehaltene wirtschaftliche Europäisierung gefördert und schliesslich forciert wurde. Sehr bald sollte sich erweisen, dass die unmittelbaren Folgen davon im höchsten Grade politisch waren.

Der Exponent dieser Politik war der Finanzminister Graf Sergej Witte, «ein Unternehmer in Beamtenuniform» (P. Struve). Überzeugt davon, dass die finanzielle Lage des Reiches unmittelbar von dessen volkswirtschaftlicher Entwicklung abhängt, hat Witte mit grosser Energie und Zielstrebigkeit – wie später nach seinem Vorbild die Bolschewiken – die Industrialisierung des Landes vorangetrieben, das Verkehrsnetz (Eisenbahnen) stark ausgebaut und zu diesem Zweck ausländisches Kapital, hauptsächlich französisches und belgisches, durch Anleihen in grossem Umfang herangezogen. Dadurch wurde das Ausland, zumal Frankreich, auch politisch an Russland interessiert. Gleichzeitig stabilisierte Witte die Währung durch den Übergang zum Goldstandard (1899). Er vertrat die Ansicht, dass das Gewicht «einer Grossmacht, die in der Welt historische Aufgaben zu erfüllen hat... nicht durch die geistigen Kräfte des Volkes, sondern durch ihre wirtschaftliche Organisation bestimmt» wird. Infolgedessen forcierte er eine wirtschaftliche Angleichung Russlands an Europa, um die Machtstellung des Russischen Reiches zu erhalten. Die Folge war eine überstürzte Entwicklung zum Hochkapitalismus mit allen seinen bekannten sozialen Begleiterscheinungen. Witte selbst hat über seine Erfolge – fast mit den gleichen Worten, wie mehr als ein Menschenalter später die Bolschewiken über die ihren – mit Stolz erklärt: «In der Geschwindigkeit und der Gewalt dieser Entwicklung steht Russland an erster Stelle unter allen Wirtschaftsvölkern, und es besteht kein Zweifel, dass ein Land, das imstande gewesen ist, seine Industrie innerhalb von zwei Jahrzehnten mehr als zu verdreifachen, grosse Kraftreserven in sich birgt<sup>1</sup>.»

Die Industrialisierung Russlands war nicht allein durch ihr Tempo, sondern auch durch ihren hohen Konzentrationsgrad ge-

<sup>1</sup> Die Kohlenproduktion stieg 1877-1900 von 110 auf 985 Mill. Pud  
Gewinnung von Roheisen ..... von 23 auf 176 Mill. Pud  
Erdölförderung ..... von 13 auf 600 Mill. Pud

kennzeichnet. In der Masse einer agrarisch lebenden und wirtschaftenden, z.T. noch tief in der Naturalwirtschaft stehenden Bevölkerung wurde die Industrie in bestimmten Rayons (den beiden Hauptstädten, dem polnischen Industriegebiet und im Kaukasus) und innerhalb der Rayons in verhältnismässig wenigen Grossbetrieben konzentriert<sup>1</sup>. Der rasche Industrialisierungsprozess zog etwa seit 1890 auch notwendigerweise eine Umwandlung der sozialen Struktur nach sich. Durch diese Entwicklung entstand, wie Witte es vorausgesehen und gewollt hatte, sehr rasch eine Grossbourgeoisie; sie war aber nicht aus einem ständisch geschlossenen Bürgertum organisch emporgewachsen, infolgedessen ohne eigene Tradition, und setzte sich aus sehr heterogenen Elementen zusammen. Gleichzeitig entstand, in dieser Form von Witte weder vorausgesehen noch gewollt, ebenso rasch ein klassenbewusstes, an wenigen Orten zu grossen Massen zusammengeballtes Arbeiterproletariat. Schliesslich schwoll das sog. «Dritte Element» zahlenmässig schnell an und entwickelte sich seinerseits zu einer sozialen Schicht, so dass die bislang sozial ungebundene Intelligenzia sowohl in diesem Dritten-Element-Bürgertum wie in der Arbeiterschaft jenen sozialen Boden finden konnte, den sie bei den Bauern vergeblich gesucht hatte. Das alles stand in offenbarem Gegensatz zur Politik der auf altrussische Traditionen gegründeten Autokratie.

Musste sich, wie wir sahen, die fortschreitende Europäisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Liberalisierung auswirken, so kam die europäisierende Wirtschaftspolitik Wittes geradezu einer Revolutionierung gleich. Insofern arbeitete der Finanzminister den Revolutionären direkt in die Hand. Weder er selbst noch Pobedonószew, noch Alexander III. haben das richtig erkannt, weil sie glaubten, die wirtschaftliche Entwicklung von der politischen trennen zu können. Witte hat in einem Rundschreiben an die Fabrikinspektoren (1895) ausdrücklich geleugnet, dass es in Russland eine «Arbeiterfrage» gebe und sich der Illusion hingege-

<sup>1</sup> 1902 arbeiteten in Russland 50% aller Arbeiter in Betrieben mit einer Belegschaft von über 1'000; gleichzeitig in Deutschland 15% mit einer Belegschaft von über 500.

ben, dass in Anbetracht der in Russland besonders gelagerten Verhältnisse und infolge der Regierungsmassnahmen (Arbeiterfürsorge, Fabrikinspektoren, Streikverbot) die Voraussetzungen dazu nicht beständen. Lenin hat darin klarer gesehen. Wenn wir kein Arbeiterproletariat haben, hat er gesagt, so müssen wir es uns – um der Revolution willen! – schaffen. Witte schuf es ihm.

## 1905

Der allgemeine Strukturwandel hatte die sozialen Gegensätze und innenpolitischen Spannungen weiter verschärft. Die wirtschaftliche Not der unteren Schichten der Bevölkerung, durch eine Reihe von Missernten noch gesteigert, war trotz des wirtschaftlichen Aufschwunges sehr gross. Die Arbeiter waren bei Löhnen, die z.T. aus wirtschaftlichen Gründen wegen der ungewöhnlich hohen Produktionskosten (lange Transportwege, hohe Brennstoffkosten) erschreckend niedrig gehalten wurden, weitgehend einer rücksichtslosen Ausbeutung der jungen Bourgeoisie ausgesetzt<sup>1</sup>. Auf dem flachen Lande dauerte die Agrarkrise fort; der Landhunger blieb bestehen, denn der Menschenüberschuss wurde durch die Neuansiedlungen und die Fabriken nicht abgeschöpft. Um die Jahrhundertwende arbeiteten etwa 10 Millionen landlose Bauern für Lohn. Die Zahl der Arbeiter wird für diese Zeit auf drei Millionen, bei einer Gesamtbevölkerung von 170 Millionen, geschätzt. Legale Möglichkeiten, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, hatten weder die Bauern noch die Arbeiter; ein Koalitionsrecht bestand nicht. So machte sich die wachsende Unzufriedenheit einerseits in illegalen Streiks und andererseits in Bauernaufständen Luft. Das Gefühl, auf schwankendem Boden zu stehen, war allgemein und wurde von allen revolutionären Gruppen eifrig angefacht. «Alle schienen etwas zu fürchten, alle schienen etwas zu hoffen.» (A. Bélyj)

Seit Plechánows Absage an die *Naródniki* (vgl. Schema) stützte sich der nunmehr marxistische Zweig der revolutionären

<sup>1</sup> Männliche Arbeiter verdienten 30 bis 50 Kopeken am Tage.

Bewegung bewusst auf das Arbeiterproletariat. Wittes Politik einerseits und der Imperialismus andererseits trieben die Entwicklung in die von den Marxisten gewünschte Richtung.

Wie bereits erwähnt, wurde 1898, nachdem vorher schon jüdische, polnische und lettische sozialdemokratische Organisationen entstanden waren, natürlich illegal, eine russische sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet. In dem, von P. Struve verfassten, Parteimanifest wurde der Nachdruck auf politische Forderungen gelegt, aber gleichzeitig der eigentliche soziale Gegner ausdrücklich genannt: «Das russische Proletariat wird das Joch der Selbstherrschaft abwerfen, um mit umso grösserer Energie den Kampf mit dem Kapitalismus und der Bourgeoisie bis zum vollen Siege des Sozialismus weiterzuführen.» Damals war bereits (seit 1894) der schwache Nikoláj II. auf dem Kaiserthron.

Der Kampf für politische Freiheit und gegen Autokratie verband die Sozialisten mit den Liberalen. Struve, von den jüngeren Sozialdemokraten (Lenin) bereits damals wegen seines Liberalismus scharf angegriffen, ist bald darauf zu den Liberalen übergeschwenkt<sup>1</sup>. Die Führung der Sozialdemokraten verlegte ihre Tätigkeit ins Ausland, wo sie dem Schicksal fast aller Emigranten verfiel und sich in zahlreiche Gruppen und Richtungen aufspaltete, die sich in endlosen Meinungsstreitigkeiten befehdeten. Nur im Hinblick auf die spätere Machtübernahme der damals sehr kleinen bolschewistischen Gruppe sind diese Dinge wichtig geworden. Damals waren sie nur für sie selbst interessant.

Die ideologischen Erben der Narodniki, die Sozialrevolutionäre, nahmen seit der Jahrhundertwende auch deren revolutionäre Methoden, den sog. individuellen Terror wieder auf. Sie stützten sich, im Unterschied zu den Sozialdemokraten, nach wie vor auf die Bauern, unter denen sie eine wachsende Anhängerschaft fanden. Die von ihnen begründete Kampforganisation, die zahlreiche Attentate verübte, stand fünf Jahre lang unter Leitung des Polizeispitzels Aséf. Nach dessen Entlarvung übernahm Boris Sa-

<sup>1</sup> Nach Lenin vertrat Struve einen «von jeder revolutionären Tendenz gereinigten und den Bedürfnissen des liberalen Bürgertums angepassten Marxismus».

winkow die Führung, eine der interessantesten und zugleich tragischsten Gestalten der russischen revolutionären Bewegung, dessen persönliches Schicksal für die äussere und innere Verwirrung, in die die radikale Intelligenzia geraten war, typisch geworden ist. Sohn eines hohen Beamten, selbst Jurist, allezeit ein revolutionärer Kämpfer, hat Sáwinkow einen grossen Anteil am Kampf gegen den Zarismus gehabt, war nach der Februarrevolution kurze Zeit an der Regierung Kérenskijs beteiligt und nahm nach dem bolschewistischen Umsturz den aktiven Kampf gegen die sowjetische Diktatur wieder auf, zuerst als Terrorist, dann im Rahmen des Bürgerkrieges (von Polen aus), wobei er starke faschistische Sympathien zeigte. Er hat über seine terroristische Tätigkeit eine Reihe reich mit Bibelzitate versehener Bücher geschrieben, von denen sein sehr lesenswerter Roman «Das fahle Ross» am bekanntesten geworden ist. Nach dem Zusammenbruch der «weissen» Armeen warf er das Steuer herum, ging nach Russland zurück, legte in einem Prozess, den die Bolschewiken ihm machten, eine grosse öffentliche Beichte ab und stellte sich, jedenfalls gezwungenermassen, der Tscheká zur Verfügung. Er endete durch Selbstmord, indem er sich aus dem vierten Stock des Tschekágebäudes auf das Pflaster stürzte.

Wenn die revolutionäre Bewegung auch immer mehr in die Massen getragen wurde, so blieb das Schwergewicht doch bei der Intelligenzia, die grosse Teile der Gebildeten und Halbgebildeten geistig beherrschte. Politisch führend waren zunächst die revolutionären Liberalen, die sich aber von ihren radikalen Revolutionsgenossen nicht lösen wollten und auch zu konspirativen Methoden griffen. In Stuttgart wurde (1902) nach dem Vorbilde des «Kdlokol» als ihr Sprachrohr die von Peter Struve redigierte Zeitschrift «Oswoboshdénije» (Befreiung) begründet. Das Ziel der Liberalen war ein demokratischer Verfassungsstaat nach westlichem Vorbild; Klassenkampf und Terrorismus lehnten sie ab. Zu Sprechern des Liberalismus machten sich immer wieder die Sémstwo, die in der Selbstverwaltung eine Art liberale Hochschule für den politischen Nachwuchs sahen und nach wie vor einem Zusammenschluss auf Reichsbasis anstrebten. Ein von ihnen geplanter Sémstwo-Kongress wurde verboten, fand aber inoffiziell am Vor-

abend der ersten Revolution (November 1904) statt. Hundert Sémstwovertreter aus zweiunddreissig Gouvernements stellten elf Forderungen (nach den üblichen politischen Freiheiten und nach einer Konstituierenden Versammlung), die die Liberalen selbst als ihr «Petition of rights» bezeichneten.

Inzwischen hatten die imperialistischen Kräfte, entgegen den Warnungen Wittes, auch in der Aussenpolitik Oberhand gewonnen. Im Wettlauf mit den anderen imperialistischen Mächten, im Bestreben nach staatlicher Machtausweitung und auf der Suche nach konkurrenzarmen Märkten wurde die russische Ostasienpolitik aktiviert und in Überschätzung der eigenen militärischen Möglichkeiten Russland in den Krieg mit Japan getrieben. In Vorwegnahme moderner Kriegsmethoden haben die Japaner ihn ohne Kriegserklärung durch einen Überfall auf den russischen Kriegshafen Port Arthur ausgelöst (Februar 1904).

Die militärischen Misserfolge im japanischen Kriege – die Niederlage der russischen Truppen bei Mukden (Januar 1905) und die Vernichtung der russischen Ostseeflotte bei Tsushima (Mai 1905) – wirkten sich unmittelbar auf die innere Lage aus. Die Opposition sah in ihnen keine Niederlage des Reiches, sondern eine Niederlage der Autokratie und begrüßte sie deshalb begeistert. Mit am lautesten jubelten die Bolschewiken. Als diese später selbst zu Macht und Verantwortung gelangt waren, hörte man von ihnen andere Töne. Im Jahre 1945 hat Stalin seine Forderungen gegenüber den unter den Schlägen der Amerikaner zusammengebrochenen Japanern ausdrücklich als Wiedergutmachung der Russland von Japan 1904 zugefügten Schmach gekennzeichnet.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung zeigte die Regierung sich nachgiebig und machte in einem Erlass (Dezember 1904) Zugeständnisse in einigen Einzelfragen (Presse, Selbstverwaltung, Gerichte), ohne auf die Forderung nach einer Volksvertretung einzugehen. Die Haltung der Regierung versteifte sich, weil parallel zu den gemässigten Forderungen der Liberalen deren radikale Revolutionsgenossen ihren Terror fortsetzten. Vor dem Dezembererlass wurde der Innenminister (Plehwe) und nach dem Erlass der Onkel und Schwager des Kaisers, Grossfürst Sergéj Alexandrowitsch, ermordet.

Eine weitere Zuspitzung trat durch die kriegsbedingte Teuerung und mangelhafte Versorgung der Grossstädte mit Lebensmitteln ein, worunter – wie immer – in erster Linie die arme Bevölkerung zu leiden hatte. Anlässlich eines Zwischenfalls in den Putilow-Werken in Petersburg (Entlassung von vier Arbeitern) kam es zu Streiks, erregten Arbeiterversammlungen und schliesslich zum Beschluss, sich in einer Riesendemonstration in Form eines Bittganges unmittelbar an den Kaiser zu wenden. Das Ergebnis davon war der sog. «Blutige Sonntag» (9. Januar 1905), der als Beginn der russischen Revolution gilt.

Manches an diesem folgenschweren, wahrhaft tragischen Ereignis ist bis heute ungeklärt geblieben, zumal in Bezug auf den eigentlichen Initiator des Bittganges, den jungen Popen Gapón. Gapón hatte, jedenfalls in Zusammenarbeit mit der Regierung – als sog. Polizeisozialist – sich durch verschiedene soziale, vor allem kulturelle Einrichtungen (Bibliotheken, Vorträge, Konzerte) um die Besserung der Lage der Arbeiter verdient gemacht. Bei seinem Bittgang ging es ihm im Sinne des Polizeisozialismus um soziale Forderungen. «Wir Arbeiter» – hiess es in seiner Bittschrift – «sind zu Dir Gossudár gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen. Wir sind verelendet, wir werden unterdrückt, über unsere Kraft mit Arbeit überlastet... man behandelt uns als Sklaven. Wir sind bei dem furchtbaren Augenblick angelangt, da der Tod willkommener ist als die Fortsetzung der unerträglichen Qual.» In einem persönlichen Brief an den Zaren versicherte Gapón ihn ausdrücklich des Vertrauens der Arbeiterschaft: «Majestät! Ich fürchte, die Minister haben Ihnen über die Lage nicht die Wahrheit gesagt... Das ganze Volk hat im Vertrauen auf Sie beschlossen, nachmittags um zwei Uhr am Winterpalais zu erscheinen, um Sie von seinen Wünschen zu unterrichten.» In diese Petition waren aber, wie es später hiess, von den Intelligenzlern rein politische Forderungen «eingeschmuggelt» worden, wodurch sie eine völlig andere Note erhielt.

Der Bittgang fand zur angekündigten Stunde unter riesiger Beteiligung – man schätzt auf 200'000 Menschen, von denen allerdings sehr viele Neugierige waren – wie eine Prozession statt. Heiligenbilder, Porträts des Kaisers und Kirchenfahnen wurden

mitgetragen. Man suchte alles zu vermeiden, was den Anschein einer Revolution erwecken könnte. Die Versuche, die Arbeiter zu bewaffnen, waren entrüstet abgelehnt und die Parteisozialisten aus der Aktion so gut wie ausgeschlossen worden.

Die Regierung verkannte die Lage vollständig. Nikoláj II. zeigte sich der Situation in keiner Weise gewachsen. Anstatt die Chance und die ihm dadurch gebotene Möglichkeit einer unmittelbaren Kontaktnahme mit den ihm vertrauenden Arbeitern zu nutzen, fuhr er aus Petersburg fort und übergab die Angelegenheit der Polizei. In sinnloser Weise liessen die durch die Attentate der Terroristen seit langem in Schrecken gehaltenen und offenbar nervös gewordenen Polizeioffiziere in die Prozession hineinfuern. Es gab zahlreiche Tote, amtlich 96, inoffiziell 500, nach bolschewistischen Angaben über 1'000. Wäre man bereits damals auf den Gedanken gekommen, in solchen Fällen Tränengas und Wasser zu verwenden, so hätte die Entwicklung wahrscheinlich einen ganz anderen Verlauf genommen. So aber führte der einmal beschrittene Weg der Gewalt in die offene Revolution.

Es ist die Vermutung geäußert worden, Gapón hätte im Auftrage der Polizei das Blutbad provoziert. Das erscheint unwahrscheinlich. Allerdings war sein späteres Verhalten höchst verdächtig. Er ging ins Ausland und fiel in Monte Carlo durch grosse Geldausgaben auf, verhandelte aber auch mit Lenin, der ihn als einen «der Revolution unbedingt ergebenen Menschen» bezeichnete. Nach seiner Rückkehr nach Russland wurde er von einem Sozialrevolutionär ermordet.

Die Reaktion auf den Blutsonntag war eine offene «Rebellion der liberalen Gesellschaft». Die Sémstvos und ungezählte Berufsverbände (Techniker, Landwirte, Pädagogen, Juristen, Mediziner usw.) empörten sich öffentlich. Advokaten, Professoren und selbstverständlich Studenten traten in Streik. Es wurde ein gesamt-russischer «Verband der Verbände» begründet, der sich sehr radikal zeigte. Allenthalben wurde die Forderung nach einer Beteiligung an der Staatsgewalt, genauer, nach der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung laut. Die Sozialrevolutionäre verstärkten ihren Terror – im April und Mai 1905 fanden 116 Attentate statt –, über das flache Land ergoss sich eine Welle von



Bauernaufständen mit Brandschatzungen und Mordüberfällen, und in den grossen Städten häuften sich die Streiks der Arbeiterschaft. Die Liberalen deckten ausdrücklich diese Ausschreitungen, Struve gab in seiner «Oswoboshdénije» die Parole aus: «Jeder aufrichtige und urteilsfähige Liberale in Russland fördert die Revolution!», und der Vorsitzende des liberalen «Befreiungsbundes» Petrunkéwitsch erklärte: «Bis jetzt hofften wir auf eine Reform von oben, von nun an ist unsere einzige Hoffnung das Volk.» In den Hörsälen der Universitäten fanden Volksmeetings statt, an denen sich in buntem Durcheinander Studenten und Arbeiter, Damen aus der besten Gesellschaft und «zerlumpte Subjekte» beteiligten, und die Ermordung des Grossfürsten Sergéj wurde in eleganten Restaurants mit Champagner gefeiert.

In den Fabriken war es üblich geworden, die Streikleitung einem gewählten Arbeiterrat (Sowjet) zu übertragen. In Petersburg trat im Herbst 1905 ein umfassender «Rat der Arbeiterdeputierten», das Urbild der späteren Sowjets, zusammen. Durch 562 Delegierte waren in ihm 250'000 Arbeiter vertreten, «eine in Russland nie dagewesene politische Massenorganisation der Arbeiterklasse» (Rauch). Dieser Sowjet, in dem die Menschewiken die Mehrheit hatten, geriet sogleich unter die Führung radikaler Intelligenzler und trug von vornherein politischen Charakter. Sein erster Vorsitzender war der als Arbeiter Chrustálew getarnte jüdische Rechtsanwalt Nossárj<sup>1</sup>. Nach dessen Verhaftung (November 1905) trat an seine Stelle der damals sechsundzwanzigjährige Leo Trózkij, der politisch eine Position zwischen Menschewiken und Bolschewiken einnahm. Eine politische Bedeutung hat dieser erste Sowjet damals nicht erlangt; er wurde ohne Zwischenfälle im Dezember von der Regierung aufgelöst. Dass bereits dieser erste Sowjet sich zum Ziel gesetzt hätte, die politische Macht zu erobern, wie die sowjetische Geschichtsschreibung behauptet, davon kann «auf Grund aller vorhandenen Zeugnisse keine Rede sein» (Anweiler).

Zu einem bewaffneten Aufstand der Arbeiter kam es nicht. Die

<sup>1</sup> Chrustálew-Nossarj ist 1918 als «Konterrevolutionär» von den Bolschewiken erschossen worden.

nach Beendigung des japanischen Krieges gerade um diese Zeit zurückkehrenden Truppen erwiesen sich – im Unterschied zu 1917 – als regierungstreu. Nur gelegentlich kam es zu Meutereien in der Armee, besonders in der Flotte. Die Ursachen waren aber nicht politisch; es ging um schlechte Verpflegung, ungerechte Vorgesetzte usw. Am bekanntesten wurde der Aufstand auf dem Panzerkreuzer «Potjómkin» auf dem Schwarzen Meer im Juni 1905, der aber bald (nach elf Tagen) zusammenbrach und eine Einzellerscheinung blieb. Der bolschewistische Historiker Pokrowskij führt den Misserfolg darauf zurück, dass die Aufständischen ohne Unterstützung der Arbeiter in Odessa blieben, da diese «nicht klassenbewusst» waren. «Der lumpenproletarische Charakter der Arbeiter des Hafens zeigte sich in seiner ganzen Hässlichkeit», stellt er fest. Dagegen erwies sich die organisierte Streikbewegung in Petersburg als sehr wirksame Waffe. Der umfassende Streik im Oktober 1905, der das gesamte öffentliche Leben nahezu lahmzulegen drohte, war «wohl das erste Beispiel eines sog. Generalstreiks in der Welt überhaupt» (Hoetzsch).

Die Streikbewegung hatte aber einen betont politischen Charakter. Dadurch wurden die Arbeiter zur «dynamischen Kraft der ersten russischen Revolution» (Anweiler). Die Liberalen bemühten sich, diese Dynamik für ihre eigenen Parteiziele zu nutzen, und in völliger Verkennung der Gefahren, die sie sich damit selbst heraufbeschworen, förderten sogar liberale Unternehmer die Streiks, indem sie den Streikenden ihren Lohn auszahlten. Sie übersahen, dass hinter der politischen Streikbewegung die klassenkämpferischen, unmittelbar gegen sie selbst gerichteten Forderungen der Parteisozialisten standen und hatten es offenbar versäumt, im programmatischen Manifest der Sozialdemokratischen Partei nachzulesen, was deren Endziel war (vgl. S. 527). Damals gelang es den Liberalen noch, die Radikalen als Sturmbock vor ihren eigenen Wagen zu spannen und das Heft in der Hand zu behalten; zwölf Jahre später sollten sie die bittersten Erfahrungen mit dem gleichen Bemühen machen.

Im Laufe des Revolutionsjahres hatte Nikoláj II. wiederholt Vertreter der liberalen Gesellschaft, u.a. so angesehene Persönlichkeiten wie den Rektor der Moskauer Universität Fürst Sergěj

Trubezkój und den führenden Sémstwo-Politiker Fürst Nikoláj Lwow empfangen und ihnen bereits im Sommer die Zusicherung gegeben, «Volksvertreter zur Staatsarbeit heranzuziehen». Die Verwirklichung dieses Versprechens wurde aber immer weiter hinausgeschoben, nicht zuletzt unter dem Einfluss der «echtrussischen Leute», die sich bemühten, in Gegendeputationen den Zaren für ihre Lieblingsidee, einen Sémskij Sobór nach altrussischem Brauch, zu gewinnen.

Die durch den Generalstreik ungeheuer verschärfte Lage im Herbst verlangte gebieterisch ein Eingreifen der Regierung. Die Alternative lautete: Diktatur oder Verfassung. Da der als Diktator vorgesehene Onkel des Kaisers, Grossfürst Nikoláj Nikolájewitsch (der spätere Oberkommandierende im Ersten Weltkrieg) sich entschieden weigerte, ein solches Amt anzunehmen, und da auch sonst in der Umgebung des Kaisers Abneigung gegen «drastische Mittel» herrschte, blieb nur der zweite Weg. Widerwillig, weil er darin einen Verstoss gegen das dem Vater gegebene Gelübde und damit, wie er später selbst sagte, «die grösste Sünde seines Lebens» sah, unterzeichnete Nikoláj II. das Manifest vom 17. Oktober 1905, das Russland eine Verfassung verhiess. Pobedonószew trat zurück.

Die entscheidenden Stellen im Manifest lauten: «Der Regierung legen Wir als Pflicht die Erfüllung Unseres unerschütterlichen Willens auf: erstens, der Bevölkerung unerschütterliche Grundlagen der bürgerlichen Freiheit nach den Grundsätzen wirklicher Unantastbarkeit der Person, der Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und der Vereine zu geben; ... drittens, als unerschütterliche Regel festzustellen, dass kein Gesetz ohne Genehmigung der Reichsduma Geltung haben kann und dass dem vom Volke Erwählten die Möglichkeit wirklicher Teilnahme an der Aufsicht über die Gesetzmässigkeit der Akte der von Uns eingesetzten Behörden gesichert ist.»

Das Manifest wurde mit jubelnder Begeisterung begrüsst; man sah darin das Ende der Autokratie und den Beginn einer neuen Ära. Die Hauptforderung der Liberalen schien erfüllt, den Radikalen war der Wind aus den Segeln genommen. Zwar ging die Revolution zunächst noch weiter, ja verschärfte sich stellenweise,

zumal in Moskau, wo es im Dezember zu einem bewaffneten Aufstand unter dem Einfluss des dort unter bolschewistischer Leitung stehenden Arbeitersowjets und zu Barrikadenkämpfen kam. Auch die Bauernunruhen erreichten im November und Dezember ihren Höhepunkt. Gleichwohl war seit dem Manifest die Initiative wieder in die Hände der Regierung übergegangen, die nunmehr scharf durchgriff und Aufstände gegebenenfalls durch Einsatz von Militär überall niederwarf. Seine Enttäuschung über das Ergebnis hat Trózkij später in die Worte gefasst: «Am politischen Stumpfsinn des Mushík, der bei sich auf dem Dorfe dem Herrn den Roten Hahn aufs Dach setzt, daneben aber, wenn er in Uniform steckt, die Arbeiter füsiliert, zerschellte die erste Welle der Revolution.»

Am 23. April 1906 wurde – auf dem Verordnungsweg – das Reichsgrundgesetz erlassen.

### *Reichsduma und Regierung. Stolýpin*

Der Übergang zum konstitutionellen System erfüllte nicht die Erwartungen, die man darauf gesetzt hatte. Das wichtigste und notwendigste Ziel, die Überbrückung der alten Kluft, wurde auch auf diesem Wege nicht erreicht. Man hat den neuen Zustand nach einer Formulierung Max Webers mit Scheinkonstitutionalismus bezeichnet. Das wird neuerdings mit Recht abgelehnt (Meissner). Die neue Regierungsform war eine echt konstitutionelle, auch wenn zur Beruhigung des kaiserlichen Gewissens die Fiktion einer Selbstherrschaft aufrechterhalten und auch in der Verfassung verankert blieb. Erhalten war damit nur die Vokabel; tatsächlich bestand die Autokratie nicht mehr.

Durch die Grundgesetze (osnownýje sakony) war in Russland ein Zweikammersystem eingeführt worden mit einem aus ernannten und gewählten Gliedern bestehenden Reichsrat als Oberhaus und einer Reichsduma als Volksvertretung. Die gesetzgebende Gewalt der Krone war durch die Mitwirkung von Reichsrat und Reichsduma eingeschränkt. Durch einen Notverordnungsparagraphen (87) war dem Monarchen das Recht vorbehalten, bei Notständen gesetzvertretende Dekrete auf dem Verordnungsweg zu

erlassen, die einer nachträglichen Bestätigung durch die Duma bedurften. Die politischen Freiheiten waren garantiert, Rechte und Pflichten der Untertanen fixiert. Das Übergewicht lag nach der Verfassung bei der Exekutive.

In der Zeit des Übergangs zum konstitutionellen System war Witte wieder in den Vordergrund getreten. Er hatte sich inzwischen auch in der Aussenpolitik bei der Liquidierung des Krieges mit Japan, den er hatte vermeiden wollen, bewährt und einen verhältnismässig günstigen Frieden erreicht (September 1905; Abtretung Südsachalins und Port Arthurs an Japan, Anerkennung vorherrschender japanischer Interessen in Korea). Russland behielt seine Positionen in der nördlichen Mandschurei und brauchte keine Kriegsentschädigung zu zahlen.

Nach seiner Rückkehr setzte sich Witte, der sich früher (unter Alexander III.) als überzeugter Anhänger der Autokratie gegeben hatte, sehr entschieden für eine Verfassung ein. Er tat es, weil er darin den einzigen Weg sah, eine künftige Revolution zu verhindern. «Entweder wird die bürgerliche Freiheit durch Reformen verwirklicht» – erklärte er in einer Denkschrift (9. Oktober) –, «oder durch eine Revolution», und prophetisch setzte er hinzu: «Die russische Revolution, sinnlos und erbarmungslos, wird alles wegfegen, alles in Trümmer schlagen ... Die Schrecken der russischen Revolution werden alles übertreffen, wovon die Geschichte berichtet.» Witte war auch der Verfasser des Oktobermanifestes; anlässlich seiner Verkündung wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt.

Aber die Stellung des eigenwilligen, selbstherrlichen und in den Sphären, zumal bei Hofe seit dem Tode Alexanders III. immer wieder Anlass zu Misstrauen gebenden Mannes war unsicher, man empfand ihn als «einen Parvenu und unliebsamen Eindringling» (Struve). Nikoláj II. sah in ihm den Schuldigen an seiner erzwungenen Nachgiebigkeit. Nach der Niederwerfung der Revolution versteifte sich der Widerstand gegen Witte, so dass er sich veranlasst sah, anlässlich der Verkündung der Reichsgrundgesetze von seinem Amt zurückzutreten.

Die Folgen zeigten sich sogleich. Witte hatte sich aufrichtig auf den Boden des Konstitutionalismus stellen wollen; die jetzt füh-

renden Kreise in der Regierung (Ministerpräsident Iwán Goremykin) wollten es nicht. Sie sahen in der Verfassung eine durch die Revolution erzwungene, vielleicht nur vorübergehende Konzession und versuchten, die Reichsduma soweit als möglich zu ignorieren. So war das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung von vornherein dadurch belastet, dass auf beiden Seiten der ehrliche Wille zu einer Zusammenarbeit fehlte.

In der Duma marschierten nun die neuen politischen Parteien auf. In Wirklichkeit waren es keine Neubildungen, sondern die jetzt legalisierten Organisationen der in jahrzehntelanger Tradition entstandenen, in hohem Grade weltanschaulich bestimmten und infolgedessen mit alten Gegensätzen belasteten politischen Gruppierungen (vgl. S. 452/453). Diese Parteien lehnten in ihrer überwiegenden Mehrheit den neuen Rechtszustand ab. Nur die Partei der gemässigten (konservativen) Liberalen, die sich nach dem Oktobermanifest Oktobristen nannten, stand ehrlich auf dem Boden der neuen Verfassung (die Oktobristen hatten in der Duma 38 von 497 Sitzen). Die zahlenmässig kleine Gruppe der Rechten (die «echtrussischen Leute» und der radikale «Verband des russischen Volkes») hätten ohnehin ihren Sitz lieber in einem Sémskij Sobór als in einem «europäischen» Parlament gehabt. Alle anderen grossen Parteien standen, in der traditionellen Einheitsfront der Intelligenzia, in scharfer Opposition zur Regierung: die revolutionären Liberalen, die sich jetzt konstitutionelle Demokraten (KD), im Volksmund Kadetten, nannten (184 Sitze); die Sozialrevolutionäre (SR), die sich in der Duma Trudowiki nannten (100 Sitze), und die Sozialdemokraten (SD) (18 Sitze).

Diese Dumamehrheit gab unter der Führung der KD ihrer Enttäuschung darüber, dass die Verfassung oktroyiert und nicht von einer konstituierenden Versammlung erlassen war, dadurch Ausdruck, dass sie sich in der Duma, ohne sich um die Grundgesetze und die Geschäftsordnung der Volksvertretung zu kümmern, so gebärdete, als befände sie sich in einer verfassunggebenden Versammlung. Das heisst, sie beschränkte sich nicht auf eine gesetzgeberische Arbeit im Rahmen ihrer Kompetenzen, sondern zielte auf eine Verfassungsänderung. Mit dem Führer der KD, Professor P. Miljuków, an der Spitze jagte sie dem Phantom der sog.

Ministerverantwortlichkeit nach, als wenn alles Heil am Recht der Duma hinge, Minister stürzen zu können. Der eigentliche Notstand des Russischen Reiches lag ganz woanders.

Zwei Monate nach ihrem Zusammentritt wurde die Duma wegen Arbeitsunfähigkeit aufgelöst, ohne dass sich eine Hand zu ihrer Verteidigung erhoben hätte. Es wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Die zweite Duma, die am 20. Februar 1907 zusammentrat, war aber noch radikaler als die erste. Ausserdem spiegelte sie, trotz des nicht allgemeinen und nicht direkten Wahlrechts, den hohen Anteil der sog. Fremdstämmigen wider, der Russland faktisch zu einem Nationalitätenstaat machte, was die Regierung nicht wahrhaben wollte bzw. gar nicht erkannt hatte. Die «Fremdstämmigen» erhielten 109 von 524 Sitzen. In dieser Duma kam eine geordnete parlamentarische Arbeit überhaupt nicht zustande; auch sie wurde nach dreieinhalbmonatiger Dauer vom Kaiser aufgelöst.

Die radikalen Parteien hatten vergeblich gehofft, dass «das Volk» die Auflösung der Duma mit einer «spontanen Erhebung» beantworten und dadurch die Erfüllung der Wünsche der Duma erzwingen werde. Die Erhebung blieb aus; die Streikbewegung ging sogar in dieser Zeit rapide zurück (von 3 Millionen Streikenden im Jahre 1905 auf 64'000 im Jahre 1909). Nur die Kampforganisation der SR setzte ihre terroristische Tätigkeit fort.

Inzwischen war der bisherige Innenminister Pjotr Arkádjewitsch Stolýpin zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Stolypin war der letzte grosse Staatsmann des kaiserlichen Russland. Anders als Witte im nationalen Russentum tief und bewusst verwurzelt, aber kein Panslawist, war er ebenso wie Witte von der Notwendigkeit einer Modernisierung, d.h. fortgesetzten Europäisierung Russlands überzeugt. Seinem kaiserlichen Herrn viel unbedingter als Witte ergeben, war er wie Witte bereit, sich ehrlich auf den Boden des Konstitutionalismus zu stellen. Sein Verhängnis bestand darin, dass er durch die Verhältnisse, und zwar sowohl durch die absolutistische Gesinnung des Kaisers wie durch die Aktivität der Terroristen, immer mehr an die Seite der Reaktionäre abgedrängt wurde. Nachdem die SR auch auf ihn ein Attentat ausgeübt hatten (1906), griff der Ministerpräsident zu scharfen

Polizeimassnahmen und führte durch Notverordnungen ausserordentliche Feldgerichte ein, deren Urteile inappellabel waren und keine Begnadigung zuliessen. Sie haben viele Todesurteile gefällt und Stolýpin den erbitterten Hass der Revolutionäre eingetragen.

Stolýpin setzte es durch, dass unter Bruch der Verfassung, also in Form eines Staatsstreiches von oben, auf dem Notverordnungswege ein neues Wahlrecht eingeführt wurde<sup>1</sup>. Er tat es, nicht um den Konstitutionalismus zu beseitigen, sondern um ihn in Russland funktionsfähig zu machen. Zu dem Zweck wollte er eine arbeitsfähige und «in ihrem Geiste russische» Duma. Dieses Ziel hat er erreicht. In der dritten Duma, die wegen der Bevorzugung der Besitzenden durch das Wahlrecht auch Herrenduma genannt wurde, war die Opposition (KD, SR und SD) auf eine Minderheit und die Zahl der «fremdstämmigen» Abgeordneten auf 36 heruntergedrückt worden<sup>2</sup>. Diese Duma hat als einzige ihre verfassungsmässige Zeit von fünf Jahren (1907-1912) erfüllt.

In diese Zeit fiel das wichtigste Werk Stolýpins – in Zusammenarbeit mit der dritten Duma –, die Agrarreform. Die Lage der Bauern gab nach wie vor Anlass zu grosser Besorgnis: der Landhunger, der übrigens mehr eine «psychologische Potenz von ungeheurer Sprengkraft» (Struve) als eine wirkliche Landnot war, verminderte sich nicht, die Wirtschaften wurden laufend verkleinert; die Bauern hatten nicht genug Geld, um ihre Abzahlungen zu leisten und ihre Wirtschaft zu pflegen; die Produktivität sank ab. Zwar war auch unter Nikoláj II. mancherlei für die Bauern getan worden: Die solidarische Steuerhaftung fiel (1903), im Revolutionsjahr (1905) wurden den Bauern die noch fälligen Abzahlungen erlassen (eine riesenhafte Summe von 90 Millionen Rubel jährlich), im Jahre darauf wurden 9 Millionen Desjatinen Krons- und Apanagenland der Bauernsiedlung freigegeben. Aber alles das genügte nicht. Inzwischen hatte sich auch gezeigt, dass der Mir die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte; er hatte die Bauern

<sup>1</sup> Eine Änderung der Verfassungsgesetze und der Gesetze über die Reichsduma auf dem Notverordnungswege war ausdrücklich verboten.

<sup>2</sup> Nach dem Wahlrecht kam je ein Wahlmann auf 230 Gutsbesitzer, 1'000 wohlhabende Geschäftsleute, 1'500 Kleinbürger, 16'000 Bauern, 125'000 Arbeiter.



weder vor einer Proletarisierung geschützt, noch sie als konservatives Element erhalten, wie das Revolutionsjahr und die Duma-wahlen bewiesen.

Stolýpin gründete seine Reform auf die Zerschlagung des Mir. Dem Familienoberhaupt (domochosjain) wurde das Recht eingeräumt, aus der Dorfgemeinschaft auszuschneiden und sich seine und seiner Familienglieder Landanteile als Individualeigentum übertragen zu lassen. Gleichzeitig sollte durch eine entsprechende Flurbereinigung der Streubesitz rationell zusammengelegt werden.

Stolýpin verfolgte damit sowohl wirtschaftliche wie politische Ziele. Es sollte darin ein Ansporn zur Tüchtigkeit liegen: Investitionen sollten sich lohnen, der Starke sollte gestärkt und damit «aus der Schicht der Unzufriedenen gelöst» werden, klare Eigentumsbegriffe und klare Rechtsverhältnisse sollten geschaffen und der Aufstieg des Einzelnen erleichtert werden. Die Reform, zunächst durch Ukas (1906) angeordnet, wurde (1910) nach der Annahme durch die Duma Gesetz. Das riesige Werk der Durchführung ist von Stolýpin und seinen Nachfolgern mit grosser Energie vorwärtsgetrieben, aber nie beendet worden. Zuerst kam der Weltkrieg dazwischen, dann die Revolution. Bis 1915 waren immerhin 3 Millionen Höfe in Individualeigentum übergeführt, aber viermal so viel Bauern lebten noch im Mir.

Die Reform Stolýpins ist sehr unterschiedlich beurteilt worden. Zweifellos hat sie die sozialen Gegensätze im Dorf erheblich verschärft. Der kleine, aus dem Mir ausgeschiedene Bauer verkaufte seinen Anteil sofort. Das bedeutete praktisch seine Proletarisierung, wie die Gegner Stolýpins behaupteten, ein von ihm beabsichtigtes Ergebnis, um für die Industrie eine «Reservearmee der Arbeit» zu schaffen. Nicht zu Unrecht hatten die Sozialdemokraten damals gedroht, der als verarmter Gemeindegensosse aus dem Dorf hinausgeworfene Proletarier werde als sozialistischer Agitator zurückkehren! – Der durch die Reform geförderte Starke war keineswegs immer der Beste; oft war er ein skrupelloser Wucherer. Nach den Worten eines bitteren Kritikers war durch die «schändliche Reform ... der Bauernstand völlig dem Dorfwucherer und der Dorfhure ausgeliefert, diesen beiden letzten zuverlässigen Stützen des alten Regimes auf dem Lande.»

Demgegenüber ist unbezweifelbar, dass die Reform schon in den ersten Jahren ihrer Durchführung in wirtschaftlicher Hinsicht zu grossen Erfolgen geführt hat. Insofern ging die Entwicklung durchaus in der von Stolýpin angestrebten Richtung. Auch die erwartete psychologische Wirkung trat ein. Die unmittelbare Folge der Reform war ein «unaufhaltsam in Wohlstand und Selbstbewusstsein aufstrebendes Bauerntum» (Struve). Wie Stolýpin es gewünscht hatte, war ein gesunder und leistungsfähiger bäuerlicher Mittelstand im Entstehen. Obgleich der Grossgrundbesitz geschont worden war, ging laufend Adelsland weiter in Bauernland über<sup>1</sup>. Es erscheint durchaus möglich, dass bei einer ruhigen Weiterentwicklung sich auch die sozialen Gegensätze auf dem Dorf ausgeglichen hätten.

Eine erfolgreiche Durchführung der grossen Agrarreform verlangte in erster Linie die Erhaltung des Friedens. Stolýpin erklärte bereits 1908, dass er, solange er lebe, eine Teilnahme Russlands an einem Kriege «nicht zulassen» werde. Aber Stolýpin wurde von einem Sozialrevolutionär ermordet (1911), und drei Jahre später war Russland im Kriege.

<sup>1</sup> In der Zeit zwischen 1906 und 1914 wurden Adelsgüter um 10,2 Millionen und Staats- und Krongüter um 1,5 Millionen Desjatinen zugunsten der Bauern verkleinert. (1 Desjatine = 1,09 ha.)

## 12. DAS ENDE DES KAISERREICHES

### *Letzter Aufstieg und Fall. Nikoláj II.*

Es war nicht so, dass Russland in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vor einem inneren Zusammenbruch gestanden hätte oder unabwendbar einer Revolution entgegengetrieben wäre. Es war auch nicht so, wie gedankenarme Geschichtsbetrachter aus ihrer nachträglichen Kenntnis heraus versichern, dass es so gekommen ist, wie es kommen musste. Und es ergibt sich ein schiefes Bild, wenn man das Russische Kaiserreich in den zwei letzten Jahrzehnten seiner Existenz, wie das meist geschieht, nur aus der Perspektive der revolutionären Intelligenzia sieht und behauptet, dass der «Staat sich hilflos um die eigene Achse drehte» (Bélyj). Russland befand sich in dieser Zeit, trotz der Revolution von 1905 und trotz des unglücklichen Krieges gegen Japan, in einem Aufstieg auf allen Gebieten. Die Industriepolitik Wittes trug ihre Früchte; die Umwandlung von einem Agrarland mit patriarchalischen Sitten in einen modernen Industriestaat vollzog sich erstaunlich rasch. Die städtische Bevölkerung stieg seit der Jahrhundertwende von 13% auf 20%, der Warenverkehr verdoppelte sich in zehn Jahren, der Gesamtumsatz der Produktion verzehnfachte sich in zwanzig Jahren. Als Folge der Agrarreform stieg die Kaufkraft der Bauern und damit der Absatz von Industriewaren auf dem Lande rasch an; die Umwandlung der aristokratisch-bäuerlichen Gesellschaft in eine demokratisch-bürgerliche setzte sich fort. Die Revolutionäre verloren laufend an Boden und damit an Aussichten auf einen neuerlichen Erfolg. Ihrer Führer bemächtigte sich ein tiefer Pessimismus und sogar Lenin zweifelte damals daran, ob er die ersehnte Revolution noch erleben werde. Die Streikbewegung ging, wie erwähnt, rapide zurück. In der Bauernschaft lebte trotz aller Aufstände das Vertrauen auf den Zaren weiter, und die Bemühungen Nikolájs II., das innere Band zur Bauernschaft über die revolutionäre Intelligenzia hinweg fester zu knüpfen, blieben durchaus nicht fruchtlos. Ein für den Kaiser begeisterter Geistlicher in

Wolhynien hatte (1909) für die Bauern eine Adresse aufgesetzt, in der sie versicherten, an Gott und den Zaren zu glauben, ihre Heimat zu lieben, weder Räuber noch Sozialisten zu sein und die Lösung der Landfrage dem Zaren zu überlassen. Unter dreieinhalb Millionen Bauern hatte er eine Million Unterschriften unter diese Adresse gesammelt.

Auch das kulturelle Leben nahm nach einer Periode der Stagnation unter Alexander III. in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg einen so augenfälligen Aufschwung, dass es üblich geworden ist, diese Zeit als das silberne Zeitalter der russischen Kultur, zumal der russischen Literatur zu bezeichnen. Auch die in ihrer Tradition weitgehend erstarrte Kirche hatte am geistigen Aufschwung ihren Anteil.

Die kulturelle Entwicklung lag auf der gleichen Ebene wie die Industriepolitik Wittes und die Agrarpolitik Stolýpins und die Revolutionspolitik der Radikalen, nämlich auf der Ebene einer noch engeren, vertieften und verstärkten Bindung an Europa und Angleichung an abendländische Verhältnisse. Dabei war die geistige Integrierung Russlands in Europa noch vollkommener als die längst vollzogene aussenpolitische und die immer noch in den Anfängen steckende wirtschaftliche und die angestrebte innenpolitische.

Das gilt für alle Bereiche des kulturellen Lebens, das sich der Kontrolle und Bevormundung durch das autokratische Herrschaftssystem weitgehend entzog. In erster Linie gilt das für die Literatur. Von den politisch-sozialen Postulaten, die ihr seinerzeit von Belínskij gesetzt worden waren, befreite sich die Literatur in wachsender Masse, behielt aber gleichwohl ihre einzigartige Bedeutung für die kulturelle Entwicklung im weitesten Verständnis des Wortes bei. «Bei uns, in unserem öffentlichen Leben», hat Wladímir Solowjów gesagt, «gibt es nur die Literatur und schlechterdings nichts als die Literatur» und Mereshkówskej fügte hinzu: «Sie ist für uns dasselbe, was für das alte Israel das Gesetz und die Propheten waren.»

Jetzt wurde die vorhin erwähnte, zunächst kaum bemerkte Wende in den Beziehungen zwischen Russland und Europa immer deutlicher. Das geistige Russland begann nach Europa hinein aus-

zustrahlen, und die russische Literatur gewann Weltgeltung. Zunächst weniger durch die eigentlichen Repräsentanten des silbernen Zeitalters wie Alexander Blok, Andrej Bélyj, Konstantin Balmont und andere, als durch die grossen Schriftsteller der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Iwán Turgénjew, Fjódor Dostojéwskij, Leo Tolstój, Anton Tschéchow, Dimítrij Mereshkowskij bis zu Maxim Górkij, die jetzt ihren festen Platz in der abendländischen Geistesentwicklung gewannen.

Das gilt natürlich auch für die bildende Kunst, für die Musik und besonders für die darstellende Kunst, Theater und Ballett. Was Stanislawskij im berühmten Moskauer Künstler-Theater, oder was das kaiserliche Ballett in Petersburg auf die Bühne brachten, was die russischen Komponisten Tschajkowskij, Rimskij-Korsakow, Mussorgskij, Skrjabin, Strawinskij schufen, das war «nicht mehr europäisiert, sondern mit Selbstverständlichkeit europäisch, auch wenn es an ältere russische Traditionen anknüpfte» (Stökl).

Natürlich gilt das gleiche auch von der russischen Wissenschaft, deren Vertreter im silbernen Zeitalter der russischen Kultur in grosser Zahl Weltbedeutung gewannen, wie der Chemiker Mendelejew, der Physiker Timirjasew, der Mediziner Pawlow, und das gilt nicht zuletzt für die idealistischen Philosophen von Wladimir Solowjów bis zu den ehemaligen Marxisten Nikoláj Berdjájew, Sergėj Bulgákov und Semjon Frank, den «Vätern der russischen religiösen Renaissance», wie sie neuerlich von Russen in der freien Welt genannt worden sind (Sarubéshje).

Gleichzeitig wandelte sich die Intelligenzia selbst in ihrer geistigen Struktur. Die geistige Elite und zum Teil auch die Jugend der oberen Gesellschaftsschichten begann sich von der revolutionären Führerschaft zu distanzieren. Die frühere Identität zwischen beiden bestand, wenn überhaupt noch, so nur sehr bedingt. In der Intelligenzia wuchsen jetzt junge Leute heran, die, wie einer aus ihren Reihen bekannte, «weder zur goldenen noch zur silbernen, sondern zur kupfernen, armen Jugend gehörten, die ihre Ausbildung in harter Arbeit verdient hatten und nur mit der Phrase ‚soziale Evolution‘ und «soziale Revolution‘ verschwenderisch um sich warfen». (Bélyj)

Die rasche und sprunghafte extensive Entwicklung Russlands in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches ging aber auf Kosten seiner inneren Festigkeit und Stabilität. Die innere Entwicklung, mit Ausnahme der kulturellen, konnte mit der äusseren nur sehr bedingt Schritt halten. Diese Inkongruenz war im Grunde für die letzten 200 Jahre typisch gewesen. Sie allein hat noch nicht die grosse Revolution und den völligen Zusammenbruch des Kaiserreiches bewirkt. Es kamen noch andere Faktoren hinzu. Nicht zuletzt die düsteren Vorgänge am Kaiserhof.

Das Ende der Monarchie in Russland war eng mit der Person des letzten Trägers der Krone verknüpft. Der Tragödie des Kaiserreiches lief eine Tragödie der kaiserlichen Familie parallel. Nikoláj II. (geb. 1868) war, wie erwähnt, keine starke Persönlichkeit, «ein begabter Mensch mit raschem Auffassungsvermögen, aber schwachem Verwirklichungswillen» (Struve). Die Krone des Selbstherrschers war ihm eine Bürde, aber er trug sie im Bewusstsein, damit einen göttlichen Auftrag zu erfüllen. Als Mensch achtbar, in seinem Wesen zurückhaltend und bescheiden, stets beherrscht und immer korrekt – Wilhelm II. hat ihn den besterzogenen Menschen in Europa genannt –, war er darum bemüht, Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Schicksalsergeben und unkämpferisch, gab er sich innerlich in die Gewalt seiner herrschsüchtigen, willensstarken, aber exaltierten Frau, an der er in widerstandsloser Liebe hing.

Die Kaiserin, die englisch erzogene Prinzessin Alix von Hessen, hat sich ihrerseits eifrig bemüht, ihren Willen in die Adern ihres Gatten zu giessen, wie sie sich selbst ausdrückte, und aus ihm, besonders in den letzten Jahren seiner Regierung, den starken Mann zu machen, der er nicht war. «Zeig Deine Faust... Sei Herr und Gebieter ... Zeig Deine Macht... Du bist der Selbstherrscher», diese Worte wiederholen sich fortgesetzt in ihren Briefen an ihren Mann. Er aber atmete erleichtert auf, als er im Kriege seine Herrscherpflichten praktisch in ihre Hände legen konnte, da er nach der formellen Übernahme des Oberbefehls Petersburg verlassen und im Hauptquartier anwesend sein musste. Froh darüber, sich «nicht mehr mit den inneren Angelegenheiten herumplagen» zu müssen, schrieb er ihr nach Petersburg: «Ich bin so glücklich

bei dem Gedanken, dass Du endlich eine würdige Beschäftigung gefunden hast... Deine Sache ist es, Frieden und Harmonie unter den Ministern aufrechtzuerhalten.» Die Kaiserin hatte zwar den Willen dazu, nicht aber die Fähigkeit, umso weniger, als es ihr nicht gegeben war, in Russland ein inneres Verhältnis zu ihrer Umgebung zu finden, in der sie zeitlebens eine Fremde geblieben war und auch als solche empfunden wurde. Wenn der Thron, als die Krise sich verschärfte, sich auch in den höchsten Sphären vollständig isoliert sah, so lag das zu einem grossen Teil an ihr. Aber sie hat viel erbitterter und leidenschaftlicher gegen ihr Schicksal angekämpft als der Kaiser selbst; insofern erscheint die Tragik der Entwicklung in ihr im höheren Grade personifiziert als in ihm.

Eine schwere Belastung für die kaiserliche Familie und damit auch für die Monarchie war die Krankheit des Thronfolgers Aleksěj (geb. 1904), des einzigen Sohnes des Kaiserpaares. Er litt an Hämophilie (Bluterkrankheit) und es musste fraglich erscheinen, ob er die Nachfolge auf den Thron werde antreten können. Die Belastung wurde ins kaum mehr Erträgliche gesteigert, als ein sibirischer Bauer mit höchst zweifelhafter Vergangenheit, von dem es aber hiess, dass *er* über Heilkräfte verfüge, Grigorij Raspútín, von seinen hochgestellten Anhängern, die ihn für einen «heiligen Gottesmann» hielten, mit Unterstützung hoher Geistlicher bei Hofe eingeführt wurde (1907). Tatsächlich vermochte er, offenbar dank der ihm eigenen suggestiven Fähigkeiten, gesundheitsfördernd auf den Thronfolger einzuwirken. Auf Grund dieser Erfahrung hielt auch die Kaiserin ihn für einen von Gott gesandten und infolgedessen unantastbaren Mann und bestand auf seiner ständigen Anwesenheit. Zunächst ging alles gut. Nach einigen Jahren begann aber Raspútín auch politischen Einfluss zu gewinnen, besonders in der Personalpolitik. Verschiedene Bittsteller und Intriganten, aber auch hohe Beamte, Militärs und Geistliche bedienten sich zunächst des «Gottesmannes», um ihre Wünsche beim Kaiser zu erreichen, gerieten aber dadurch selbst in Abhängigkeit vom Willen Raspútíns. Da dieser angeblich Heilige ein im höchsten Grade unheiliges, ausschweifendes Privatleben führte, das in Petersburg stadtbekannt war, so weitete sich die an sich schon unerfreuliche Situation zu einem offenen Skandal. Es bildete sich bei

Hofe eine Partei, die eine Entfernung Raspútins verlangte und vorübergehend auch durchsetzte. Aber die Kaiserin erreichte unter der Motivierung, dass die Gesundheit des Thronfolgers es verlange, immer wieder seine Rückkehr nach Petersburg. Der Widerstand gegen die Kaiserin auch innerhalb der sog. Sphären, die bislang die stärksten Stützen des Thrones gewesen waren, erhielt dadurch neue Nahrung.

Diese Ereignisse bei Hofe haben aber nicht den Ausschlag für die weitere Entwicklung gegeben. Der entscheidende Anstoss, der zum jähen Absturz zunächst in die Revolution und dann in das Chaos führte, kam von der Aussenpolitik.

Nach dem Fortgang Wittes und begünstigt durch den Tod Stolypins hatten imperialistisch-panslawistische Ideen, die in wachsender Masse auch von der erstarkenden Bourgeoisie und dem politischen Liberalismus getragen wurden, wieder Einfluss auf die Regierung gewonnen. Das äusserte sich in erster Linie in der Aktivierung der russischen Balkanpolitik (seit 1906 unter dem Aussenminister und späteren Botschafter in Paris Iswolskij) und durch die Wiederaufnahme der seit Alexander III. auf Eis gelegten russischen Pläne in Bezug auf die Meerengen unter Ausnutzung der fortgesetzten Balkankrisen und -kriege. Dabei fielen neben den traditionell-politischen Interessen auch wirtschaftliche (wachsender südrussischer Export) schwerer als früher ins Gewicht.

Der Gang der grossen Politik, der schliesslich in den Ersten Weltkrieg mündete, ist bekannt und kann hier nicht dargestellt werden. Der Anteil Russlands daran war aufs Ganze gesehen nicht grösser als der der anderen Mächte. Im allgemeinen Wettlauf sah das Russische Reich sich veranlasst, wie der Aussenminister Sasnow in einer berühmt gewordenen Denkschrift an den Kaiser (23. November 1913) feststellte, «ebenso wie die anderen Mächte die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Sicherung seiner Rechte und Interessen» zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Die Kriegsbereitschaft wuchs dabei, desgleichen der Druck einer von leichtfertigen Generälen und Politikern geführten Kriegspartei auf den alles andere als kriegsfreudigen Kaiser. Die aktive Teilnahme Russlands am Kriege und an seiner Entstehung ist aber nicht allein darauf zurückzuführen. Es erscheint sehr fraglich, ob



es für ein in Europa integriertes Russland überhaupt möglich gewesen wäre, sich aus den europäischen Konflikten herauszuhalten, ohne dabei auf seine Stellung als europäische Grossmacht zu verzichten. Bei der Lage der Dinge war das Schicksal Russlands von dem Europas nicht mehr zu trennen. Selbstverständlich spielten dabei auch in Russland, wie in den anderen europäischen Grossmächten, in hohem Grade von nationalen bzw. nationalistisch-imperialistischen Massenströmungen getragene Prestigefragen eine nicht zu unterschätzende Rolle. «Wenn Russland hauptsächlich deshalb (in den Krieg) eintrat, weil es eine Schädigung seines aussenpolitischen Prestiges... unter keinen Umständen hinnehmen zu können meinte, so war das besondere, empfindliche und aktive Interesse am Prestige gerade auf dem Balkan nicht zuletzt dadurch bestimmt, dass hier nach Ansicht des Aussenministeriums Aufgaben lagen, die dem Russischen Reich von der Geschichte zugewiesen und von aktuellen Machtinteressen bestimmt waren ... Es scheint nicht ganz abwegig, wenn man sagt, dass Russland 1914 in den Krieg eintrat, weil es zu europäisch war» (Wittram). Gleichwohl ist dem russischen Kaiserreich sein Eintritt in den Krieg zum Verhängnis geworden.

Sehr bald nach Kriegsausbruch stellte es sich heraus, dass die Anforderungen an alle erheblich grösser waren, als man angenommen hatte. Innenpolitisch wäre die erste Voraussetzung gewesen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, eine möglichst weitgehende und aufrichtige Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft oder konkreter: zwischen Regierung und Duma zu erreichen. Die Umstände waren dafür nicht günstig. Ministerpräsident war (seit Februar 1914) ein sechsundsiebzigjähriger konservativer Mann (Goremykin) mit starkem Misstrauen gegenüber der Duma. Die (1912 gewählte) vierte Duma war ihrerseits in ihrer von den KD geführten Mehrheit von tiefem Misstrauen gegenüber der Regierung erfüllt. Der Kriegsausbruch hatte zunächst zu einem emotionalen Auftrieb und zu patriotischen Kundgebungen geführt, die auch von der Dumamehrheit getragen wurden. Die Liberalen, einschliesslich ihres revolutionären Flügels, waren schon vor dem Kriege und erst recht während des Krieges im Bündnis mit den demokratischen Westmächten in das imperialistisch-nationalisti-

sche Fahrwasser eingeschwenkt. Oktobristen (Gutschków), Kadetten (Miljuków) und der ihnen nahestehende Aussenminister Sasonow hatten vor Ausbruch des Krieges in Denkschriften und Gutachten die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen verlangt, und im Februar 1914 wurde vom Aussen- und vom Kriegsministerium ein Plan der Überrumpelung Konstantinopels im Falle eines Krieges entworfen.

Von einem Defaitismus wie 1905 war jetzt keine Rede, zunächst auch nicht bei den Sozialisten, deren grosse Mehrheit, ähnlich wie in den anderen kriegsbeteiligten Staaten im Konflikt zwischen der Treue zur Internationale und der Vaterlandsverteidigung, sich für letztere entschied. In Russland stellten sich Sozialrevolutionäre und Menschewiken, u.a. auch Plechánow und der Anarchist Kropotkin, auf den Boden der Vaterlandsverteidigung. Auch die Abgeordneten der sog. Fremdstämmigen bekannten ausdrücklich ihre Treue zur Regierung. Nur die kleine bolschewistische Gruppe war von Anfang an gegen eine Kriegsbeteiligung; ihre fünf Abgeordneten wurden verhaftet und nach Sibirien verschickt (Februar 1915). Abgesehen davon schien sich aber eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Duma anzubahnen.

Das änderte sich sehr schnell nach den zunehmenden Misserfolgen an der Front. Während die Regierung, anstatt alles daranzusetzen, die «gesellschaftlichen Kräfte» in möglichst weitem Ausmass zur positiven Mitarbeit zu gewinnen, bestrebt war, die Duma nach Möglichkeit auszuschalten, suchte die Dumamehrheit die Schuld für die Misserfolge selbstverständlich bei der Regierung und versteifte sich in negativer Kritik auf ihr altes Ziel, die Änderung der Verfassung.

Als die Duma (nach vorübergehender Vertagung) im Juli 1915 zusammentrat, steigerten sich die Gegensätze zu einem offenen Kampf. In der Volksvertretung bildete sich (August 1915) ein sog. «progressiver Block» aus den Mittelparteien (von den Oktobristen über die KD bis zu den Progressisten), der jetzt, bis in die Tage der Revolution hinein, zum Sprecher der Duma wurde. In völliger Verkennung der faktischen Lage bildete dieser Block sich dabei ein, «im Namen des Volkes» zu reden. Aussenpolitisch vertrat der Dumablock, unter Führung Miljukóws, den Kurs einer ver-

schärften Kriegspolitik und innenpolitisch den Übergang zu einem parlamentarischen Regime. Die Ministerverantwortlichkeit wurde wieder zur zentralen Forderung. Dabei fiel bereits jetzt, und später in noch höherem Grade, die Tatsache ins Gewicht, dass die beiden grossen Verbündeten im Kriege, Frankreich und England, durch ihre Botschafter Paléologue und Buchanan unmissverständlich den Dumablock gegen die Regierung stützten. Umso mehr, als die Regierung, zumal das Kaiserpaar, seit den ersten vorsichtigen inoffiziellen Friedensführern über Stockholm im Herbst 1915 der Germanophilie und geheimer Separatfriedensabsichten verdächtigt wurde.

Nachdem Nikoláj II. (August 1915) infolge der schlechten Kriegslage und in Verkennung des Risikos, das er damit auf sich nahm, an Stelle seines Onkels, des Grossfürsten Nikoláj Nikolájewitsch, selbst das Oberkommando über das Heer übernommen und sich ins Hauptquartier (nach Mogiljow) begeben hatte, war die, in Petersburg (seit 1914 Petrograd) zurückgebliebene, ganz unter dem Einfluss Raspútins stehende Kaiserin faktische Regentin des Reiches. Seither konnten sich in der Regierung und bei Hofe nur noch Kreaturen Raspútins halten. Einer von ihnen, Stürmer, der trotz seiner deutschen (österreichischen) Herkunft kein Wort deutsch sprach und sein Russentum gerne betonte, wurde (Februar 1916) Ministerpräsident. Infolge der schlechten Kriegslage und der fortschreitenden inneren Zerrüttung – Desorganisation, Transport- und Verkehrsschwierigkeiten, Meutereien und Waffenmangel an der Front, Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten auch in den Hauptstädten, Preissteigerungen und um sich greifende Korruption – waren bei der Regierung und in den Kreisen der politischen Rechten Zweifel am Endsieg entstanden. Man sah sich vernünftigerweise nach Möglichkeiten um, den Krieg zu beenden. Gleichwohl hielt die Regierung Nikolájs II. an den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten unbedingt fest. Für die Stimmung war aber bezeichnend, dass damals in Petersburg das Wort in Umlauf gesetzt wurde, die Engländer seien entschlossen, bis zum letzten russischen Soldaten zu kämpfen.

Im Herbst 1916 setzte der Dumablock zu seiner entscheidenden Attacke an. In einer berühmt gewordenen Rede, die in die Frage

einmündete: «Dummheit oder Verrat?», bezichtigte Miljuków (1. November 1916) den Ministerpräsidenten offen und die Kaiserin versteckt des Landesverrates. Stürmer trat daraufhin zurück. Miljuków hatte sein Ziel erreicht: die Duma hatte zum ersten – und zum letzten! – Mal eine Regierung gestürzt.

Von da an überschlugen sich die Ereignisse. Jetzt ging es bereits nicht mehr um die Regierung und die Ministerverantwortlichkeit, sondern um den Träger der Krone und sehr bald auch um die Monarchie. Der Angriff wurde dabei auf drei verschiedenen Ebenen unabhängig voneinander und mit verschiedenen Zielsetzungen geführt: auf der Ebene des Hofes, auf der Ebene des Parlamentes und auf der Ebene der Strasse. Nun wirkte sich die Isolierung des Thrones sogar innerhalb der Sphären verhängnisvoll aus. Hier, auf höchster Ebene, bildete sich eine Widerstandsgruppe, die zu einer Palastrevolution entschlossen war, in der Hoffnung, dadurch die Dynastie und den Thron zu retten. Raspútin sollte beseitigt und die Kaiserin politisch so weit als möglich ausgeschaltet, gegebenenfalls auch beseitigt werden.

Auf der zweiten, der parlamentarischen Ebene zielte die Opposition des Dumablocks auf eine «unblutige» Revolution durch Einführung der parlamentarischen Regierungsform nach englischem Beispiel, zunächst unter Beibehaltung der Monarchie. Der Dumablock war aber, entgegen seinem Anspruch, nicht mit der Duma und noch weniger mit dem Volk gleichzusetzen. Der linke, sozialistische Flügel der Duma trat schon seit dem Frühling 1915 für einen Frieden unter Verzicht auf Annexionen ein. Nun stellten sich die Sozialisten an die Spitze der Opposition auf der untersten Ebene und mobilisierten auf der Strasse die Massen.

Die Masse, die jetzt immer stärker in den Ablauf der Dinge einzugreifen begann, ist nicht mit der organisierten Arbeiterschaft und noch weniger mit der nichtorganisierten Bauernschaft gleichzusetzen. Sie bestand aus den unteren Schichten der grossstädtischen Bevölkerung, die unter den immer drückender werdenden Kriegserrscheinungen – Teuerung, Verpflegungs- und Versorgungsschwierigkeiten – besonders litt und sich gegen die Notstände auflehnte, ohne bestimmte politische oder soziale oder gar verfassungsrechtliche Ziele zu verfolgen. Ihre immer drohender

werdenden Forderungen wurden in die zwei Worte zusammengefasst: Brot und Frieden. Diese Masse war zum grössten Teil gerade das, was Marx und gelegentlich auch die Bolschewiken mit Lumpenproletariat bezeichneten. Sie war teilweise uniformiert und bewaffnet, denn es gehörten viele Soldaten dazu, Deserteure, die nicht zum Feind übergelaufen waren, sondern infolge der allgemeinen Desorganisation von den Fronten «abgehauen» bzw. im Zuge von Kommandierungen in der Etappe vorwiegend in den grossen Städten untergetaucht waren und sich unauffindbar gemacht hatten. Diese besonders aktiven Elemente in der Masse waren sehr persönlich an einer schnellen Beendigung des Krieges interessiert. Ihre Zahl ging in die Hunderttausende.

Diese drei, in ihrem Bestande wie in ihrer Zielsetzung voneinander vollständig verschiedenen oppositionellen Strömungen flossen um die Jahreswende 1916/17 zu einer wirren Gemeinsamkeit zusammen und vereinigten sich schliesslich in einer Aktion.

Die Aktion begann auf höchster Ebene. Am 17. Dezember wurde Raspútin von einem nahen Verwandten des Kaiserhauses (Fürst Jussúpow), einem Grossfürsten (Dimítrij Páwlowitsch) und einem Dumaabgeordneten der äussersten Rechten (Purischkéwitsch) ermordet. Damit war auch dem politischen Einfluss der Kaiserin praktisch ein Ende gesetzt. Es blieb aber bei diesem negativen Ergebnis. Die Sphären selbst waren bereits innerlich so weit ausgehöhlt, dass sie sich nicht fähig zeigten, das so entstandene Vakuum wieder zu füllen.

Die nächste Aktion setzte auf der untersten Ebene ein. Die Strassendemonstrationen unter der Parole «Brot und Frieden» führten zu Plünderungen der Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte und zu Zusammenstössen. Im Februar 1917 kam es bereits zu grösseren Ausschreitungen, zu Streiks in den Munitionsfabriken und zu Strassenkämpfen. Da die Regierung ausser Polizeimassnahmen nichts dagegen tat, griff Mitte Februar auf der mittleren Ebene auch der Dumablock in die Entwicklung ein.

Bereits im Januar hatte der Blöde ein zwölfgliedriges Komitee mit dem Dumavorsitzenden Rodsjánko, einem Oktobristen, an der Spitze gebildet. Dieses Dumakomitee, dessen Mitglieder sich selbst als «Männer, die das Vertrauen des Landes geniessen»

bezeichneten, war für eine unbedingte Fortsetzung des Krieges und erfreute sich deshalb des Wohlwollens und der praktischen Unterstützung der Botschafter Englands und Frankreichs. Jetzt trat es mit dem Anspruch auf, die Regierungsgewalt in die Hände zu nehmen und setzte sich über die vom Zaren verfügte Auflösung der Duma (26. Februar) hinweg. Als in den letzten Tagen des Februar die Unruhen in Petersburg an Umfang zunahmen, reguläre Truppen (seit dem 25. Februar) und die Mannschaften des wolyhynischen Garderegimentes, nachdem sie ihre Offiziere ermordet hatten, zu den Aufständischen übergingen (26. Februar), und schliesslich der Justizpalast und die Gefängnisse gestürmt wurden, sah sich das Dumakomitee plötzlich «einer der furchtbarsten Revolutionen gegenüber» (Rodsjánko). Nun versuchten die gemässigten Glieder des Dumakomitees im Verein mit liberalen Generälen in der Hoffnung, dadurch das Reich vor einem Sturz in die Anarchie zu bewahren und nach Möglichkeit die Monarchie noch zu retten, den Kaiser zur Abdankung zugunsten seines unmündigen Sohnes unter Einsetzung einer Regentschaft zu veranlassen.

Nikoláj II. befand sich damals im Hauptquartier des Generals Rússkij in Pleskau. Bei der Entscheidung, vor die er sich jetzt gestellt sah, sind nicht die Politiker, sondern die Generäle ausschlaggebend gewesen. Eine telefonische Rundfrage bei den Oberbefehlshabern der Armeen und den Kommandierenden Generälen ergab, dass alle mit einer Ausnahme für eine sofortige Abdankung waren. Besonders nachdrücklich setzte sich der Grossfürst Nikoláj Nikolájewitsch dafür ein, der den Kaiser «kniefällig anflehte», durch die Abdankung Russland zu retten. Zwei nichtbefragte Generäle, interessanterweise zwei sog. «Fremdstämmige», der Deutschbalte Graf Keller und der Chan von Nachitschewan, stellten sich aus eigener Initiative mit ihren Einheiten dem Kaiser «zwecks Niederwerfung der Rebellen» zur Verfügung. Das fiel aber nicht mehr ins Gewicht.

Als zwei Vertreter des Dumakomitees, beides überzeugte Monarchisten, der Oktobrist Gutschków und der Nationalist Schulgín, wegen der Abdankung in Pleskau erschienen, war der Entschluss bereits gefasst. Aber Nikoláj II. dankte nicht, wie erwartet,

zugunsten seines Sohnes, sondern auch für ihn ab, weil er den menschlich verständlichen Wunsch hatte, den kranken Knaben nicht zu belasten und sich selbst von ihm nicht zu trennen (2. März). Für die Monarchie war dieser Entschluss folgeschwer. Eine Regentschaft fiel damit fort, und der Bruder Nikolájs II., Michail, der nächste Prätendent auf den Thron, machte die Annahme der Krone, durchaus im Sinne des Dumablockes, vom Einverständnis einer Konstituierenden Versammlung abhängig. Da diese bei der Lage der Dinge nicht gewählt werden konnte, blieb die Frage der Staatsform offen, ein Umstand, der sich zum Nachteil des neuen Regimes ausgewirkt hat.

Nach der Abdankung kehrte Nikoláj nach Petrograd zurück und blieb zunächst, mit seiner Familie vereinigt, bewacht in Zärskoje Selo. Seine Haltung war ergeben aber würdig. Den ihm von seinem Vetter, dem König von England, gemachten Vorschlag, ausser Landes (nach England) zu gehen, lehnte er mit der Begründung ab, dass er das über Russland hereingebrochene schwere Schicksal mit seinem Volke teilen möchte<sup>1</sup>. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde die kaiserliche Familie nach Sibirien deportiert und im Juli 1918 in Jekaterinburg in grausamer Weise ermordet.

Bereits vor der Abdankung des Kaisers hatten sich in Petrograd die Ereignisse überstürzt. Am 27. Februar (11. März neues Stils), dem entscheidenden Tage der Revolution, hatte sich nach dem Vorbild von 1905 ein Sowjet aus Vertretern der Arbeiter und der zu den Aufständischen übergegangenen Soldaten gebildet und seinen Sitz – ebenso wie das Dumakomitee – im Gebäude der Duma genommen. Der Sowjet, in dem die Menschewiken und SR die Mehrheit hatten, wählte seinerseits ein Komitee (das sog. Exekutivkomitee) mit dem Menschewiken Tschcheidse an der Spitze, das von vornherein in seinem politischen Machtanspruch in Konkurrenz zum Dumakomitee trat.

Diese Situation veranlasste das Dumakomitee zu einem Staatsstreich. Am 28. Februar (also noch vor Abdankung des Kaisers)

<sup>1</sup> Der König von England war über seine Mutter ein leiblicher Vetter des Kaisers und über seinen Vater ein leiblicher Vetter der Kaiserin.

erklärte es in einem Aufruf, dass es sich gezwungen sehe, «bei dem trostlosen, durch die Massnahmen der alten Regierung hervorgerufenen Zustand innerer Zerrüttung die Wiederherstellung der Ordnung in seine Hand zu nehmen». Das Komitee setzte eine provisorische Regierung ein, die aus den prominentesten Vertretern des Liberalismus bestand, mit dem Fürsten G. Lwow (Sémstwo-liberaler) als Ministerpräsidenten, Miljuków (KD) als Aussenminister, Gutschków (Okt) als Kriegsminister. Als Vertreter der Sozialisten gehörte der SR (Trudowik) Alexander Kérenskij als Justizminister der provisorischen Regierung an.

Die Absicht, sich an die Spitze der Revolution zu stellen, «um die Anarchie zu vermeiden» (Rodsjánko), das Heft in der Hand zu behalten und der Revolution damit jene unblutige Wende zu geben, die den Liberalen immer als Ziel vorgeschwebt hatte, schien dem Dumakomitee geglückt. Sehr bald sollte es sich erweisen, dass das ein Irrtum war. Die liberale Regierung hatte den radikalen Sowjet nur scheinbar überspielt, in Wirklichkeit bestand die Doppelherrschaft fort. Dabei bekämpfte der Sowjet sehr geschickt die liberalen Minister mit ihren eigenen Waffen. Der Sowjet, der im Plenarsaal der Duma tagte, spielte sich der Regierung gegenüber immer mehr in die Rolle eines Parlaments hinein, dem die Regierung – nach dem Kerngrundsatz der Liberalen – verantwortlich sein müsse. Der Sowjet war zwar nur irgendwie und unkontrolliert, aber immerhin doch gewählt; theoretisch kam ein Delegierter auf 100 Arbeiter und auf je eine Kompanie. Die Regierung dagegen war eindeutig usurpiert, auch wenn sie (rechtlich anfechtbar) vom faktisch bereits entthronten Kaiser formell legalisiert worden war. Das von Miljuków so lange und so leidenschaftlich erstrebte Recht des Parlamentes, die Minister zu stürzen, wurde nun vom Sowjet prompt ihm selbst gegenüber angewandt: bereits nach zweimonatiger Amtszeit war Miljuków, zusammen mit Gutschków, durch den Sowjet gestürzt.



## *Demokratisches Endspiel*

In dem halben Jahr zwischen dem Februar und dem Oktober 1917 lag das in tausendjähriger Tradition errichtete russische Kaiserreich in Agonie und starb schnell dahin.

Zunächst schien das Sehnsuchtsziel der russischen Intelligenzia erreicht: die gesellschaftlichen Kräfte waren endlich zum Zuge gekommen. Jetzt hatten die revolutionären Liberalen die Führung übernommen und konnten endlich unter Beweis stellen, wie berechtigt ihre so einleuchtende Kritik an der Autokratie gewesen war und in wie hohem Grade sie selbst qualifiziert seien, den Staat zu regieren. Aber jetzt rächte sich die traditionelle Fernhaltung des Geistes von der Macht. Erfahren im Kampf gegen die Macht, beschlagen in den Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Staatstheorie, aber ohne Erfahrung in der Staatspraxis und im Gebrauch staatlicher Machtmittel, erwiesen sich die Führer des Liberalismus den grossen Schwierigkeiten, denen sie sich jetzt gegenübersehen, in keiner Weise gewachsen.

Indem sie davor zurückschreckten, selbst das zu tun, was sie der Autokratie vorgeworfen hatten, suchten die neuen liberalen Machthaber ihre Stütze «nicht in der physischen, sondern in der moralischen Kraft» (Miljuków). Sie meinten in jener turbulenten und zutiefst aufgewühlten Zeit, da alles auseinanderzubrechen drohte, die Kraft zu haben, ihre Feinde «durch Gnade, Liebe und Gerechtigkeit zu besiegen» (Kérenskij). Infolgedessen wichen sie durchgreifenden Massnahmen aus. Wie die Regierung selbst, blieb alles im Zustand des Provisorischen: die Staatsform blieb offen, es gab weder ein gewähltes Parlament noch eine rechtmässige Regierung, die wichtige Agrarfrage blieb ungelöst, desgleichen die Nationalitätenfrage. Alle wichtigen Entscheidungen wurden einer Konstituierenden Versammlung vorbehalten, aber die Wahlen zu der Konstituante wurden fortgesetzt verschoben. Es wurde allerdings eine politische Amnestie erlassen und damit den erbittertsten Feinden der neuen Regierung der Weg freigegeben.

Der Grund zum Fiasko der liberalen Demokratie in Russland lag aber nicht im persönlichen Versagen der Führer, sondern im Wesen der über ihren Kopf hinweggehenden Revolution.

Das Ziel des Liberalismus war eine politische Revolution unter einseitiger Betonung verfassungsrechtlicher Fragen. Zunächst war die Entwicklung auch auf politischer Ebene verlaufen. Die neuen Machthaber gehörten den gleichen sozialen Kreisen an wie die bisherigen: der vermögenden bourgeois-aristokratischen Oberschicht. Sie stützten sich auch auf die gleichen sozialen Schichten. Der Übergang der personellen Führung aus den Händen der bürgerlich durchsetzten Beamtenaristokratie in die Hände der aristokratisch durchsetzten Bourgeoisie war dabei unerheblich. Gleichwohl fühlten die Liberalen sich als Träger und als Exponenten der in jahrzehntelangem Kampf sakralisierten «Revolution».

Zur Macht gelangt, sahen sie sich nun ihrerseits gleich zwei Revolutionen gegenüber, einer sozialen und einer nationalen. Denn die Ereignisse des Februars 1917 hatten sich keineswegs auf eine Verfassungsänderung beschränkt, sondern gleichzeitig soziale und nationale Kräfte freigemacht, die sich ihrerseits als Träger der Revolution fühlten. Hinter der Fassade der bürgerlich-demokratischen, grossrussisch-imperialistischen Dumaregierung geschah ein immer weiter um sich greifender und der Provisorischen Regierung bald den Boden entziehender Aufstand der unteren sozialen Schichten gegen die herrschenden Klassen und gleichzeitig ein Aufstand der nichtrussischen Völker gegen das herrschende Grossrussentum.

Wie erinnerlich, hatten die Liberalen, zumal die KD, ihre revolutionäre Solidarität mit den Radikalen immer betont und sich mit Erfolg bemüht, die Radikalen als Sturmbock vor ihren eigenen politischen Wagen zu spannen. Für sich lehnten sie zwar die gewaltsamen Methoden der Radikalen ab, waren aber jederzeit bereit, die Früchte dieser Methoden im eigenen Interesse zu nutzen. Nun rächte sich dieses System bitter. Mit dem Augenblick, da der gemeinsame Feind, die Autokratie, gefallen war, hatte sich die Frontstellung vollständig verschoben. Die Liberalen mussten zu ihrem Entsetzen feststellen, dass sie ihre radikalen Revolutionsgenossen nicht nur – wie sie fälschlich meinten – gegen die Autokratie mobilisiert hatten, sondern in weit höherem Grade gegen sich selbst. Als Miljuków in den Februartagen bei

einer Kundgebung von einem Zwischenrufer höhnisch gefragt worden war, wer ihn zum Minister gewählt habe, rief er pathetisch aus: «Die Revolution!» Nur zu bald musste er sich überzeugen, dass «die Revolution» zunächst über ihn, dann über die Politik der Provisorischen Regierung und schliesslich über die demokratische Regierungsform hinwegging.

Noch weniger konnten die zur Herrschaft gelangten Liberalen in der Nationalitätenfrage als Exponenten der Revolution erscheinen. Wohl hatten sie gegen autokratische Massnahmen der alten Regierung gegenüber den «Fremdstämmigen» protestiert und sich z.B. in Finnland für die Respektierung der konstitutionellen Freiheiten eingesetzt. Nach ihrer Machtübernahme hatten sie auch die Verfassung Finnlands wiederhergestellt (4. März) und den Polen Hoffnung auf die Wiedererrichtung ihrer Unabhängigkeit gemacht (16. März). Im Übrigen hatten sie aber ihrer Revolution betont grossrussisch-zentralistische Akzente gegeben und sahen sich jetzt revolutionären Forderungen der nichtrussischen Völker gegenüber, die ihren eigenen Zielsetzungen diametral entgegengesetzt waren.

In einer Frage konnte die Provisorische Regierung einer Entscheidung allerdings nicht ausweichen und sie einer künftigen Konstituante überlassen: in der Kriegsfrage. Die mit moralischer und materieller Unterstützung der Ententemächte zur Macht gelangten imperialistischen Liberalen entschieden sich ohne zu schwanken und ungeachtet des fortschreitenden Zusammenbruches der militärischen Kräfte Russlands für die Fortsetzung des Krieges an der Seite der Alliierten bis zum siegreichen Ende. Unter tätiger Mitwirkung nach Petrograd entsandter französisch-belgischer Sozialisten (A. Thomas und E. Vandervelde) gelang es ihnen, auch Kérenskij für diese Politik zu gewinnen.

Kérenskij war der Verbindungsmann zwischen den Liberalen in der Regierung und den Sozialisten im Sowjet, ein sehr agiler, redogewandter Mann, «der Einzige, der auf dem revolutionären Moorgrund zu tanzen verstand» (Schulgín). Kérenskij gehörte als einziges Regierungsglied auch dem Exekutivkomitee des Petrograder Sowjet an. In dieser Doppelfunktion verstand er es, sich unentbehrlich zu machen. Im Zuge der weiteren Entwicklung ging

das Schwergewicht der Regierung immer mehr in seine Hände über: im Mai wurde er Kriegs- und Marineminister und im Juli Regierungschef. Als solcher wurde auch Kérenskij zum Exponenten der Kriegspolitik der Provisorischen Regierung. Die Folge war, dass «die Revolution» den Kampf gegen Kérenskij jetzt ebenso aufnahm wie vorher gegen Miljuków. Denn «die Revolution» war weder Miljuków, wie viele es gehofft hatten, noch war es Kérenskij, wie die meisten es gemeint hatten, sondern es war Lenin, wie es damals fast niemand wahrhaben wollte. Seit dem April 1917 befand sich Lenin in Petrograd.

Als im Herbst 1917 aus dem militärischen Zusammenbruch heraus und in verzweifelter Auflehnung gegen den allgemeinen Verfall einige liberale Generäle, mit dem Kosakengeneral Kornílow an der Spitze, versuchten, nunmehr unter Anwendung militärischer Mittel zu retten, was der Liberalismus seit dem Februar politisch verspielt hatte, als sie «im drückenden Bewusstsein vom unabwendbaren Untergang des Landes alle Russen in dieser furchtbaren Stunde zur Rettung des Vaterlandes» aufriefen und mit ihren Truppen nach Petrograd marschierten (27. August), war es bereits zu spät. «Ich, General Kornílow, Bauer, Sohn eines Kosaken, erkläre allen und jedem, dass ich lediglich die Erhaltung des grossen Russland erstrebe, und ich schwöre, dass ich durch den Sieg über den Feind das Volk zur Konstituierenden Versammlung bringen werde, in der es selbst seine Geschicke entscheiden und seine neue Staatsform bestimmen wird... Russisches Volk, in Deinen Händen befindet sich das Leben Deines Vaterlandes!» Diese Sprache Kornílows wurde nicht mehr verstanden. «Die Revolution» – auch der hin- und herschwankende Kérenskij –, stellte sich gegen die Generäle, und das Unternehmen Kornílow brach zusammen. Jetzt wurde auch die Monarchie formell beseitigt und die Republik ausgerufen. Aber weder die Republik noch die Demokratie wurde dadurch gerettet. Im Gegenteil, das eine wie das andere war jetzt endgültig verspielt.

Im halben Jahr zwischen Frühling und Herbst 1917, der einzigen Zeit, in der Russland demokratisch regiert worden ist, stürzte unter den Schlägen der sich fortgesetzt radikalierenden Revolution alles zusammen, worauf das Reich bisher geruht

hatte. Zuerst fiel der Kaiser, dann die Dynastie, dann die Monarchie. Gleichzeitig brach die Reichseinheit auseinander. Die von den deutschen Truppen okkupierten Westgebiete (Polen, Litauen, die baltischen Provinzen) lösten sich aus dem Bestände des Reiches bzw. bereiteten die Loslösung vor. Finnland erklärte sich für unabhängig (Juli), die Ukraine für autonom (zunächst innerhalb des russischen Reiches) und wählte ihr eigenes Parlament (Zentralrada); auch das Gebiet der Donkosaken erklärte sich für autonom.

In diesem halben Jahr schwand in Russland jede Autorität, die Disziplin in der Armee, die Ordnung im Verwaltungsapparat. Die Wirtschaft war vollständig zerrüttet. Alles, was der Aufstieg der letzten Jahrzehnte dem Staat und Volk gebracht hatte, war wie fortgefegt. Am 27. August hatte Kornilow verzweifelt ausgerufen: «Russen! Unser Vaterland stirbt!» Zwei Monate später war es tot.

## Fünfter Abschnitt

### DIE ZWEITE MOSKAUER PERIODE

#### Unter der Totalitärherrschaft kommunistischer Parteifunktionäre

#### GESAMTBILD

Die zweite Moskauer Periode kann als Gesamtbild noch nicht gezeichnet werden, da sie ein Torso und infolgedessen in ihrer Gesamtheit noch nicht zu übersehen ist. Ob die obige Unterschrift auch für die weitere Dauer dieser Periode Geltung behalten wird, mag dahingestellt bleiben.

Die rund fünfzig Jahre dieser Periode lassen neben einheitlichen, bolschewistisch-sowjetischen Zügen grosse innere und äussere Wandlungen erkennen. Der Gang der Ereignisse verlief wellenförmig. Er beginnt mit einem Absturz in ein tiefes Wellental infolge von Zerrüttung und Not, führt dann in den Jahren der «Konzessionen an den Kapitalismus» recht schnell wieder aufwärts, stürzt im Zuge von Zwangskollektivierung und Massenterror und während des Krieges infolge schwerer militärischer Niederlagen erneut in ein tiefes Tal, erhebt sich aber anschliessend – jedenfalls machtpolitisch – zu einem hohen Wellenberg, um schliesslich, mit manchen inneren und äusseren Krisen behaftet, in eine Wellenlandschaft mit sanfterem Gefälle einzumünden.

In dieser Periode schrumpft der russisch-sowjetische Machtbereich zunächst bis auf den Raum Moskowiens am Ende des 15. Jahrhunderts zusammen, erweitert sich dann rasch in das alte russische Reichsgebiet hinein und sprengt schliesslich die alten Grenzen durch Annexionen, bzw. durch Gewinnung von Satellitenstaaten in Europa und Ostasien.

Innenpolitisch steht am Anfang dieser Periode das vergebliche Bemühen, den Staat als eine vorübergehende Erscheinung mit

staatlichen Machtmitteln zu überwinden. Doch am Ende des fünften Jahrzehnts stehen ein stabilisierter, omnipotenter, als Dauererscheinung verstandener Staat und eine, in der äusseren Form und im Stil der Handhabung gewandelte, Totalitärherrschaft auf den Partei- und Staatsapparat gestützter kommunistischer Funktionäre.

Wirtschaftlich zeigt diese Periode, nach einer völligen Zerrüttung und einem katastrophalen Niedergang und nach dem missglückten Versuch einer Abschaffung von Markt und Geld, einen opfer- und entbehrungsreichen, durch Zwangsmassnahmen und unfreie Arbeit und mit ausländischer materieller Hilfe erreichten Strukturwandel zu einem Industriestaat unter Einbeziehung der kollektivierten Landwirtschaft, eine starke Steigerung der Produktion und des Wirtschaftspotentials bei einem im Durchschnitt niedrigen, im letzten Jahrzehnt merklich ansteigenden, Lebensstandard der Bevölkerung.

In der gesellschaftlichen Entwicklung sind die ersten Jahrzehnte dieser Periode, nach dem Verschwinden der alten Oberschicht infolge allgemeiner Zerrüttung, Enteignung, Terror und Flucht, und später infolge einer staatlich organisierten Massenausrottung auch begüterter Bauern und grosser Verluste im Kriege, durch einen starken Bevölkerungsschwund gekennzeichnet, der aber überraschend schnell wieder aufgeholt und durch einen erneuten Bevölkerungszuwachs ersetzt wird. Im Zuge eines allmählichen Übergangs zu einer modernen Industriegesellschaft infolge von Industrialisierung und Verstädterung gewinnen mit dem Emporkommen der sog. werktätigen Intelligenz neue soziale Kräfte an Eigengewicht innerhalb der neuen, sich wirtschaftlich festigenden, sozial deutlich abgrenzenden Oberschicht, die trotz gewaltiger Unterschiede in den Einkommensverhältnissen mit Erfolg darauf bedacht ist, die Fiktion der Herrschaft des Proletariats aufrecht zu erhalten und die vorhandene soziale Differenzierung nicht erkennbar werden zu lassen.

Aussenpolitisch beginnt diese Periode mit einer vollständigen Isolierung und weitestgehender Ausschaltung des neuen Sowjetstaates als Machtfaktor. Nach ihrer wirtschaftlichen Erholung und militärischen Erstarkung steigt aber die Sowjetunion rasch im inten-

sivierten Zusammenspiel mit anderen Mächten, als Glied des Völkerbundes, als Bündnispartner im Zweiten Weltkrieg und schliesslich als gewichtiges Mitglied der UNO zu einer atomaren Weltmacht empor, die in allen Teilen der Erde ihren Einfluss geltend zu machen bestrebt ist, die sich aber gleichzeitig im maoistischen China unversehens einem selbstbewussten, anspruchsvollen und laufend bedrohlicher werdenden kommunistischen Rivalen gegenüber sieht, während ihre eigene, bislang dominierende Position im Lager des Weltkommunismus sich erkennbar abschwächt.



## 1. LENIN UND DER STURZ IN DIE ANARCHIE

Durch den bolschewistischen Umsturz und die Stabilisierung der Sowjetherrschaft in Russland sah sich die verblüffte Welt dem Phänomen gegenüber, dass es gerade in einem Lande, das am wenigsten dazu prädestiniert schien und dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung hinter jener der anderen europäischen Länder erheblich zurückstand, zum «Sieg des Sozialismus» gekommen war. Auf die Fülle der Probleme, die im Zusammenhang mit diesem Vorgang stehen, kann hier nicht eingegangen werden. Es sind darüber ganze Bibliotheken geschrieben und gedruckt worden. Hier kann uns nur der tatsächliche Ablauf der Dinge in ganz grossen Zügen beschäftigen. Von diesem Blickpunkt und aus historischer Perspektive heraus gesehen, ist der Übergang Russlands in die bolschewistische Periode eine Teilerscheinung des sich in forciertem Tempo vollziehenden Europäisierungsprozesses unter Aufrechterhaltung eigenständig russischer Entwicklungskonstanten, zumal in Bezug auf das Herrschaftssystem. Das heisst, es war ein Vorgang, der nur zu einem Teil organisch aus den russischen Verhältnissen selbst erwuchs, zum anderen Teil aber von aussen nach Russland hineingetragen wurde und dort durch Anknüpfung an spezifisch russische Traditionen seine eigene, von den europäischen Verhältnissen unterschiedliche Ausprägung erhielt. Nicht zu Unrecht ist dieser Prozess mit dem verglichen worden, was in jüngster Zeit sich in den sog. unterentwickelten Ländern anbahnt (von Laue). Infolgedessen vollzog sich die mit dem bolschewistischen Umsturz einsetzende Entwicklung in Russland – entgegen der bolschewistischen Theorie – weitgehend unabhängig von den objektiv gegebenen Voraussetzungen, zum Teil in direktem Widerspruch zu ihnen und war im hohen Grade von dem Willen und der Tatkraft der Menschen bestimmt, die Träger dieser Entwicklung waren. Das bezieht sich in erster Linie auf Lenin.

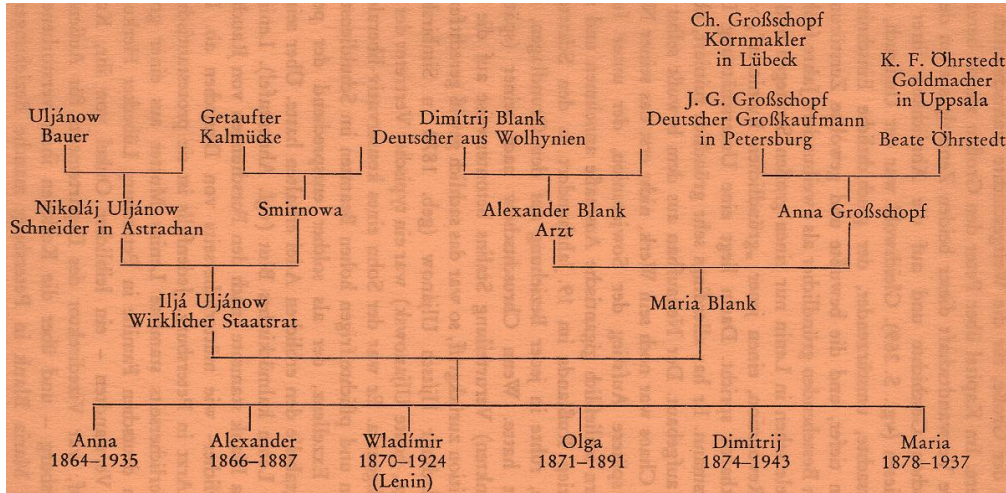
Wie man Lenin auch beurteilen mag, dass er eine epochemachende Persönlichkeit war, steht ausser Zweifel. Für die Geschichte Russlands hat er eine ebenso grosse Bedeutung erlangt wie

Peter der Grosse, für die Weltgeschichte wahrscheinlich eine noch grössere. Im Kapitel über Peter den Grossen wurde bereits auf die innere Verwandtschaft dieser beiden Zentralgestalten der neueren russischen Geschichte und auf die Ähnlichkeit ihrer Wirkung verwiesen (vgl. S. 269). Gleichwohl war der Umbruch, den Lenin verursachte, umstürzender, der geschichtliche Einschnitt infolgedessen tiefer, und die bewusste und gewollte Zerstörung des bis dahin Bestehenden gründlicher als zweihundert Jahre früher.

Viele sehen in Lenin nur einen grossen Strategen und Taktiker der Revolution, einen jener «gründlichen Ruinierer», von denen Burckhardt spricht. Darin liegt eine Unterschätzung Lenins als Staatsmann. Er hat allerdings sehr gründlich ruiniert, aber er hat auch aufgebaut. Der Neuaufbau aus dem bewusst selbst angerichteten Chaos war noch sein Werk, nicht erst das seiner Nachfolger. Der spätere Aufstieg der Sowjetunion, der unter furchtbaren Opfern schliesslich gigantische Ausmasse annehmen und selbst den Aufstieg Russlands im 19. Jahrhundert in den Schatten stellen sollte, ruhte in jeder Beziehung auf den Grundlagen, die Lenin gelegt hatte. Wenn Chruschtschow nach seiner (später eingeschränkten) Verurteilung Stalins betonterweise auf die Leninsche Tradition zurückgriff, so war das sachlich gewiss gerechtfertigt.

Wladimir Iljitsch Uljanow (geb. 1870 in Simbirsk an der Wolga, heute Uljanowsk) war ein typischer Vertreter der radikalen Intelligenzia. Er war der Sohn eines konservativ-liberalen kaisertreuen und pflichteifrigen hohen Beamten im Schuldienst mit dem Titel Exzellenz, der als solcher entsprechend der petrinischen Rangtabelle den erblichen Adel erhalten hatte. Über seinen Vater hatte Lenin kalmückisches Blut (vgl. Ahnentafel). Lenins Mutter Maria Blank stammte (nach den Forschungen von Rauch), sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits von Deutschen ab. Ihr Vater war Arzt in Petersburg. Jedenfalls ist sie protestantisch gewesen. Mütterlicherseits stammte Lenins Mutter aus einer grossbürgerlichen deutschen Familie in Petersburg Lübecker Herkunft. Über ihre Verwandten – ein leiblicher Onkel von ihr, Karl Grossschopf, war Vizedirektor des Departements für Aussenhandel in Petersburg – und über die Kollegen ihres verstorbenen Gatten hatte Maria Blank in Petersburg manche Beziehungen, die sie

## Ahnentafel Lenins



unermüdlich und zäh zugunsten ihrer revolutionären Kinder zu nutzen verstand. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Lenin als ein so schwer belasteter Revolutionär ein erheblich schwereres Leben gehabt hätte, wenn seine Mutter ihre Petersburger Beziehungen nicht hätte spielen lassen. Maria Blank, ohne jeden Zweifel eine ungewöhnliche Frau, ist von – nichtbolschewistischen – Autoren als «wahrhafte mater dolorosa» über alle Massen gerühmt worden. «Sie ist der höchste Ausdruck dessen, was es an Edlem in der Geschichte der Menschheit gibt», sagt Jean Marabini von ihr. Lenins Mutter ist im Januar 1917 81-jährig gestorben, zehn Monate zu früh, um den Triumph ihres Sohnes zu erleben. Die sowjetische Geschichtsschreibung ist in Bezug auf die Vorfahren Lenins sehr zurückhaltend, in der Regel schweigt sie vollständig über sie. Hingegen hat Leo Trózkij der Mutter Lenins in einer biographischen Skizze ein schönes Denkmal gesetzt: «Von ihr gingen jene unsichtbaren Strahlen aus, die die Kinderherzen erwärmen und ihnen einen zusätzlichen Vorrat an Wärme für das ganze Leben geben.»

In Lenins Elternhaus wurde entgegen dem russischen Brauch Weihnachten nach deutscher Sitte mit dem Christbaum gefeiert. Lenin selbst hielt daran fest; noch einen Monat vor seinem Tode richtete ihm seine Frau einen Weihnachtsbaum. Der Begründer der Sowjetunion war in geordneten bürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, «in einer festen und glücklichen Familie, frei von erniedrigender Not und von demoralisierendem Überfluss». Trózkij, der diese Feststellung macht, betont ausdrücklich «die saubere Atmosphäre» und den «patriarchalischen Geist» in der Familie Uljánow, «wo die Disziplin von Mutter und Vater auf verschiedene Weise, aber mit grossem Erfolg aufrechterhalten wurde». Die Uljánows besaßen auch ein kleines Gut bei Samara, das Maria Blank mit ihren Geschwistern von ihrem Vater geerbt hatte. Sechzehnjährig verlor Wladímir seinen Vater (1886).

Lenin hatte zwei Brüder und drei Schwestern; alle betätigten sich als echte Intelligenzler revolutionär. Sein vier Jahre älterer Bruder Alexander wurde als Student wegen Vorbereitung eines Attentates auf Alexander III. hingerichtet (1887). Wladímir war ein ausgezeichnete Schüler und beendete das Gymnasium mit der

goldenen Medaille. Sein Schuldirektor und Vormund war der Vater Kérenskijs, der den strebsamen Knaben als «sehr begabt, gleichmässig fleissig und pünktlich» charakterisiert hat. Während seiner Schülerzeit hat der junge Wladimir noch keine politischen Interessen gezeigt. «Der Sohn des Wirklichen Staatsrats, erzogen im Geist der Disziplin und des orthodoxen Glaubens, hatte an der Richtigkeit dessen, was ist, noch nicht einmal zu zweifeln begonnen» (Trózkij). Aber als Student der juristischen Fakultät in Kasan wurde Lenin – bereits nach dem Tode seines Vaters – wegen Teilnahme an einer revolutionären Demonstration relegiert (1887). Gleich bei seinem ersten öffentlichen Auftreten als Neunzehnjähriger anlässlich geplanter privater Hilfsmassnahmen für Hungernde, zeigte sich sein «kräftiges und offensives Selbstvertrauen» in seiner rücksichtslosen und zielsicheren Härte: Lenin sprach sich gegen die Hilfsmassnahmen aus. Seine Devise war und blieb, bis er an der Spitze des Staates stand: je schlimmer umso besser.

Sein juristisches Schlussexamen machte er unter erschwerten Bedingungen – extern – mit der höchsten Auszeichnung (1891 in Petersburg) und liess sich zunächst als Rechtsanwalt in Samara nieder, betätigte sich aber überwiegend und bald ausschliesslich revolutionär als Glied der Sozialdemokratischen Partei (seit 1893 in Petersburg). Fünfundzwanzigjährig wurde er verhaftet und für drei Jahre nach Sibirien verbannt, wo er ein recht behagliches Leben mit seiner Gefährtin Nadéshda Krúpskaja, einer ehemaligen Lehrerin, führte und sich ganz seinen Studien widmen konnte. Nach Beendigung seiner Verbannungszeit ging er sehr bald in die Emigration nach Paris, München, London und in die Schweiz.

Die Sphäre, in der sich Lenin als typischer Intelligenzler bis 1917 bewegte, war durch kleine revolutionäre Zirkel charakterisiert mit ihren unausgesetzten Meinungs- und Richtungsstreitigkeiten. Persönlich bescheiden und bedürfnislos, abseits von den Freuden des Lebens, ernst und in seiner geistigen und charakterlichen Entwicklung weit über seine Jahre hinaus – bereits als Vierundzwanzigjähriger hatte er den Spitznamen «der Greis» (stank) – widmete er sein ganzes Leben der «Revolution». Von einem Privatleben kann man bei ihm kaum sprechen; er hatte

keine Kinder. Lenin war, wie es bereits Bakúnin verlangt hatte, ein echter Berufsrevolutionär. Er verbrachte seine Tage in Bibliotheken, am Schreibtisch und in Kaffeehäusern, weitgehend isoliert vom Volk, während der Verbannung fast völlig, während der langen Emigrantenzzeit ganz ohne direkten Kontakt mit den Massen.

Nach der Hinrichtung seines Bruders hatte er sich scharf von den Methoden und Lehren der Narodowolzy abgewandt und sich den Sozialdemokraten angeschlossen. Trotz seiner sehr eingehenden und gründlichen Studien der marxistischen Theorie interessierte ihn an ihr in erster Linie deren praktische Anwendbarkeit. «Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln», hat er gesagt, und von Stalin wurde der Leninismus als «Theorie und Taktik der proletarischen Revolution» definiert. Die vollständige Einheit zwischen Lehre und Handeln hat ihm später seine Durchschlagskraft auch gegenüber den eigenen Genossen verliehen. «Er sagte nichts, was er nicht auch zu tun bereit war» (Trózkij). Nie hat er gezögert, für das, was er sagte und tat, auch die Verantwortung zu übernehmen.

Lenin hat es nie verleugnet, dass für ihn politisches Handeln gleichbedeutend mit Anwendung von Macht, gegebenenfalls von nackter Gewalt war, und er hat sich über die Verächter der Macht und die Propheten einer unblutigen Revolution, über die Liberalen und über seinen zehn Jahre jüngeren Schulkameraden Kérenskij, wiederholt lustig gemacht. «Verflucht sei der Mensch, der sein Schwert zurückhält vom Blute», dieses Wort des Papstes Gregor VII. hat Thomas Mann einmal zur Charakterisierung Lenins gebraucht. Sein unverrückbares Ziel, dem er alles andere unterordnete, war zuerst die Eroberung und dann die Erhaltung der Macht. Nach Ausbruch des Weltkrieges trat Lenin auf den internationalen Sozialistenkonferenzen in Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) als erbitterter Kriegsgegner auf, aber nicht aus Pazifismus, sondern weil er die Front falsch gezogen fand. Anstelle einer Front zwischen den Staaten und Völkern wollte er eine Kampf- und Kriegsfront zwischen den Klassen errichten. Seine Parole, die er unbedenklich in die Wirklichkeit umzusetzen bereit war, lautete: Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg.

Lenin war Voluntarist. Seine Autorität gegenüber den Genossen auch im engsten Führergremium war sowohl auf seine geistige wie auf seine willentliche Überlegenheit gegründet. «Er konnte nicht anders, als anderen seinen Willen aufzwingen, so wie die Sonne die Planeten zwingt, um sie zu kreisen» (Tschernow). Das gestattete ihm, unbedenklich die sog. «innerparteiliche Demokratie» auch nach der Machtübernahme aufrechtzuerhalten, unter Verzicht auf das sog. Führerprinzip sich Mehrheitsbeschlüssen zu unterwerfen und – ganz anders als später Stalin – sich ohne Gewaltmassnahmen gegenüber seinen Parteigenossen und Funktionären durchzusetzen.

In der Partei hatte Lenin schon sehr früh seine eigene Linie, bald (seit 1903) seine eigene Fraktion. Zurückgreifend auf die radikalen Theoretiker der sechziger Jahre (Tkatschow) und die praktische Erfahrung der Narodniki, legte er bereits in seiner, im Titel bewusst an das ebenso überschriebene Buch Tschernyschéwskijs angelehnten, Schrift «Was tun?» (1902) die theoretische Grundlage für eine, später von ihm praktisch verwirklichte, Partei neuen Typs. Seine innerparteilichen Gegner hielten am überlieferten Charakter einer politischen Partei als Massenpartei fest, zu der auch politisch nicht aktiv tätige Gesinnungsgenossen (Mitläufer) zählten, wenn sie «das Programm akzeptierten und Beiträge zahlten». Lenin dagegen strebte eine, in ihrer Mitgliederzahl beschränkte, straff organisierte und streng disziplinierte Kaderpartei revolutionärer Aktivisten unter Führung von Berufsrevolutionären an.

Auf der Grundlage dieser Meinungsverschiedenheiten kam es auf dem II. Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Partei (1903) zur Spaltung der Partei in zwei Fraktionen. Seither nannten sich die Anhänger Lenins, die bei einer Zufallsabstimmung die Mehrheit erlangt hatten, Bolschewiken (bolschewiki, von bolsche = mehr), obgleich die gemässigten Menschewiken (menschewiki, von ménsche – weniger) unter J. Martow bis zum bolschewistischen Umsturz über die Mehrheit in der SD-Partei verfügten. Lenin ging sofort daran, seine Fraktion im oben erwähnten Sinne zu einer Kaderpartei «neuen Typs» auszubauen. Formell hat sie bis zum Jahre 1912 noch als Fraktion der SD-

Partei geglotten; 1918 wurde sie in Kommunistische Partei umbenannt. Der eine Mittelstellung zwischen den Fraktionen einnehmende Trózkij hatte bereits damals erkannt und es auch ausgesprochen, dass der von Lenin eingeschlagene Weg, konsequent fortgeführt, nicht zu einer Diktatur des Proletariates, sondern zu einer Diktatur über das Proletariat führen müsse.

Lenin fusste tief in der revolutionären Tradition der Intelligenzia sowohl in ihrem Autokratismus wie in ihrem Asketismus. «Nur ein Asket kann es vertragen, eine so weit- und tiefgehende Macht in Händen zu halten, ohne der Versuchung persönlichen Ehrgeizes zu erliegen» hat Górkij in Bezug auf Lenin gesagt. Der unter der russischen Intelligenzia, zumal unter den Berufsrevolutionären traditionellen Gefahr, nämlich im Denken und Handeln wie in der Lebensführung der Haltlosigkeit zu verfallen, sich im Grenzenlosen und Unrealistischen zu verlieren, ist Lenin mit Erfolg ausgewichen. Er war in seinem Denken und Handeln erstaunlich nüchtern, immer dem Realen zugewandt, mit einem ausgeprägten Sinn für Pünktlichkeit und Ordnung auch im Privatleben. «Sein Hirn arbeitete mit der Präzision einer Rechenmaschine» (Trózkij); er hasste Schwätzer und Phraseure und hat über den geistreichen, gerne brillierenden, eitlen Trózkij manche ironische Bemerkung gemacht.

Lenin hatte gar kein Verhältnis zur Religion, die er bekanntlich (nach Marx) als «Opium für das Volk» bezeichnete. In einer «anti-humanistischen Verkümmern des moralischen Elementes» (Rauch) verwarf er jede Sittenlehre. Im politischen Kampf kannte er weder Skrupel noch Hemmungen und hat sich zur Erreichung seiner Ziele unbedenklich aller Mittel bedient.

Der Weltkrieg überraschte Lenin in Galizien; es gelang ihm aber in die Schweiz auszureisen. Im Kriege hatte er von vornherein eine Chance für die Revolution gesehen und bereits 1915 Thesen darüber verfasst, was er im Falle einer Machtübernahme tun würde. Er hat sich an diese Thesen, die eindeutig auf eine Weltrevolution zielten, weitestgehend gehalten. «Wir werden allen Kriegführenden den Frieden anbieten ... Wir werden alle unterdrückten Völker, alle Kolonien und unabhängigen Länder Asiens, Indien, China, Persien usw. aufrütteln, und vor allem werden wir



das sozialistische Proletariat Europas gegen seine Regierungen . . . zum Aufstand aufstacheln.»

Die Februarrevolution machte dem Emigranten Lenin in Russland den Weg frei. Da ihm die Alliierten eine Ausreise aus der Schweiz über Frankreich verwehrten, bemühte er sich um eine Durchreise durch Deutschland, die ihm mit einigen seiner Genossen bekanntlich vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg und der Obersten Heeresleitung auch gewährt wurde. Deutscherseits liess man sich von der zweifellos richtigen Überlegung leiten, dass die radikalen Revolutionäre die Widerstandskraft Russlands schwächen würden. Man gab sich aber der trügerischen Hoffnung hin, die Bolschewiken durch finanzielle Zuwendungen auch in der eigenen Hand behalten zu können und übersah die möglichen Folgen dieser Aktion für Deutschland vollständig. Wie wir heute wissen, hat Lenin damals und später, auch noch nach der Machtübernahme, erhebliche Geldbeträge vom kaiserlichen Deutschland erhalten. Aus dieser Zeit stammt die verbreitete Auffassung von einer «deutsch-bolschewistischen Verschwörung», die den Umsturz in Russland herbeigeführt habe. Es ist aber unbezweifelbar, dass Lenin sich an keinerlei Bedingungen für die Verwendung der empfangenen Gelder gebunden gesehen hat, so dass er zu keiner Zeit ein Agent des kaiserlichen Deutschland gewesen ist. Die Tatsache der Mitfinanzierung der bolschewistischen Revolution durch Deutschland bleibt gleichwohl bestehen.

Als Lenin Anfang April 1917 in Petrograd eintraf, befand sich die bolschewistische Partei im Zustand der Verwirrung. Unter Führung Kámenews war sie geneigt, die Kriegspolitik der Provisorischen Regierung zusammen mit den Menschewiken zu unterstützen. Damals erlebte Stalin seinen «Sündenfall», indem er diese «weiche» Position teilte. Später hat er immer mit Lenin gestimmt.

Kaum eingetroffen, gab Lenin zunächst seiner Partei, dann den Sowjets und schliesslich der Revolution eine jähe Wendung ins Radikale. Seine erste Rede auf einer gemeinsamen Sitzung der Bolschewiken und Menschewiken wirkte so, «als seien alle Elemente losgelassen, als steige der Dämon der Zerstörung aus dem Abgrund auf» (Suchanow). So war es tatsächlich. Obgleich die Bolschewiken damals im Sowjet in der Minderheit waren – der

erste Allrussische Sowjet trat im Juli 1917 in Petrograd zusammen – und nur über ein Achtel der Sitze verfügte, gab Lenin die Parole «alle Macht den Sowjets!» aus und trat in schärfste Kampfstellung gegen die Provisorische Regierung und in entschiedene Opposition gegen die, als «Sozialpatrioten» verhöhnten, Menschewiken. Getreu seinem alten Grundsatz: je schlimmer umso besser, bemühte er sich mit bestem Erfolg, jede Normalisierung der Verhältnisse zu verhindern und steuerte bewusst auf ein Chaos los, um dem in Agonie liegenden Reich den Todesstoss zu versetzen.

Dabei zeigte sich zur allgemeinen Überraschung gleich am ersten Tage seines Auftretens in Petrograd, dass dieser «Professor», Schreibtischmensch und Kaffeehausliterat in höchstem Grade über die Eigenschaften eines Massenführers verfügte. In seiner abgehackten, schmucklosen, oft ledernen Redeweise führte er eine hemmungslose Agitation zunächst vom Balkon seines Hauptquartiers, dem ehemaligen Smolnyj-Institut (vgl. S. 397), und verzichtete dabei in betontem Gegensatz etwa zu Kérenskij auf rhetorische Effekte. Nach dem Rezept seines Zeitgenossen Le Bon, des grossen Kenners der Massenpsychologie, hämmerte er stur unter ständigen Wiederholungen mit suggestiver Überzeugungskraft immer das gleiche den Massen ein, wobei er fortgesetzt an deren niedere Instinkte appellierte. «Raubt das Geraubte» war sein anarchistischer Schlachtruf. Ein Simplifikator – wie nach ihm Mussolini und Hitler –, fühlte er mit sicherem Instinkt, wann die Masse in dem von ihm gewünschten Sinn reagierte. Plechánow hat Lenins «ungewöhnliche Gabe der Vereinfachung» als dessen Haupttalent bezeichnet. Lenin hatte auch die Gabe, im persönlichen Verkehr mit dem einfachen Mann schnell Kontakt zu gewinnen. Dieser gelehrte Intelligenzler und Sohn einer Exzellenz wirkte auf die Proletarier als ihr Klassengenosse. Das Zukunftsgespennst, das de Maistre 100 Jahre vorher an die Wand gemalt hatte, war in ihm erschienen: ein Pugatschow mit Hochschulbildung.

Ihren ersten Versuch, die Macht gewaltsam in die Hände zu nehmen, machten die Bolschewiken im Juli 1917 durch einen Aufstand in Petrograd. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und ein Teil der bolschewistischen Führer verhaftet. Lenin, den Kérenskij damals amtlich als einen deutschen Agenten bezeichnete,

musste fliehen und sich verstecken. Überraschenderweise blieb damals Stalin ungeschoren in Petrograd. Für die Bolschewiken war der missglückte Aufstand ein schwerer Rückschlag. Aber schon während des Kornilowputsches (August) gewannen sie unerwartet wieder an Boden, da Kérenskij auch dieses Mal die Lage verkannte und die bolschewistischen Arbeiter bewaffnen liess, um seine Regierung vor einem Sturz durch – liberale – Generäle zu retten. In Anbetracht des darauf entstandenen völligen Durcheinanders und der schnell um sich greifenden Anarchie beschloss das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei unter dem Druck Lenins und gegen starke Widerstände innerhalb der Parteiführung, allein, d.h. ohne Beteiligung der anderen sozialistischen Parteien, einen bewaffneten Aufstand zu machen. Als Termin wurde der 25. Oktober angesetzt, an dem der Zweite Allrussische Sowjetkongress abends zusammentreten sollte.

Die Rechnung ging vollständig auf. Als der Aufstand ausbrach, befand sich das Land bereits im Zustand völliger Anarchie. Unter der militärischen Leitung Trózkij's, der mit richtigem politischen Instinkt sich kurz vorher den Bolschewiken angeschlossen hatte, wurden am Morgen des Tages widerstandslos – ohne einen Schuss – alle Eisenbahnstationen und Brücken, Post und Telegraf in Petrograd von den Aufständischen besetzt. Nur am Winterpalais, dem Sitz der Regierung, setzen einige junge Militärschüler und ein von Kérenskij gebildetes Frauenbataillon unter Führung eines «Fremdstämmigen» namens Ruhtenberg, den Aufständischen Widerstand entgegen. Er wurde leicht gebrochen, nachdem ein in der Newa ankernder Kreuzer «Aurora», der zu den Aufständischen übergegangen war, mit Schiffsartillerie – nach unserer heutigen Kenntnis mit einem einzigen Kanonenschuss – in den von den Bolschewiken heroisierten «Sturm auf das Winterpalais» eingegriffen hatte.

Der Ministerpräsident Kérenskij floh in einem Auto unter amerikanischer Flagge, mehrere Minister wurden verhaftet. Am Abend konnte auf dem Sowjetkongress bereits der Sieg des bolschewistischen Aufstandes konstatiert werden. Die anderen sozialistischen Parteien, die auf dem Kongress die Mehrheit hatten, fühlten sich aber überrumpelt und zeigten sich von den Ereignissen

des Tages gar nicht begeistert. Plechánow warnte davor, Russland durch die Übertragung der Macht an die Bolschewiken «in ein grosses geschichtliches Unglück zu stürzen». Die SR erklärten, dass sie die gewaltsame Machtergreifung konstatieren, aber «die gesamte Verantwortung für die Folgen dieses verrückten und verbrecherischen Schrittes den Bolschewiken überlassen» und verliessen den Sitzungssaal. Die Menschewiken folgten mit einer ähnlichen Erklärung. Dadurch erhielten die Bolschewiken im Sowjetkongress die überwiegende Mehrheit. Noch in der gleichen Nacht stellte der Kongress in einer Resolution fest, dass er die Macht in seine Hände nehme.

Das welthistorische Ereignis hatte sich für das Gros der Bevölkerung Petrograds unbemerkt vollzogen. Ausserhalb der wenigen Brennpunkte des Aufstandes ging das Leben seinen normalen Gang. Die Strassenbahnen verkehrten, die Theater und Kinos, die Restaurants und Kneipen waren geöffnet. In den Nachtlokalen wurde getanzt.

Am Tage darauf wurde eine bolschewistische Einpartei-Regierung unter der Bezeichnung «Rat der Volkskommissare» gebildet. Den faktischen Vorsitz in der Regierung übernahm Lenin. Interessanterweise hat das Amt eines Regierungschefs nach der Sowjetverfassung (bis 1923) überhaupt nicht bestanden. Die Leitung der Regierung ging gleichsam automatisch in die Hände Lenins als des Parteiführers über. Das Aussenkommissariat übernahm Trózkij, das Innenkommissariat Rýkow. Volkskommissar für Nationalitätenfragen wurde der Georgier Jossif Wissaridnowitsch Dschugaschwili. Mit diesem, seinem richtigen Namen unterzeichnete er auch die ersten Dekrete. Sein Revolutionsname war Stalin.

Gesiegt hatte nicht das Proletariat, sondern die Partei. Unter zielsicherer Führung der bolschewistischen Berufsrevolutionäre hatte die bunt zusammengewürfelte grosstädtische Masse, der mit Deserteuren untermischte Pöbel Petrograds, dem Umsturz zum Siege verhülfen. Die Menschewiken als Partei der organisierten Arbeiter haben immer wieder mit Recht betont, dass die Arbeiterschaft am allerwenigsten am Umsturz beteiligt war.

Lenin hatte dem Volk Frieden versprochen. Er war von vornherein entschlossen, dieses Versprechen, soweit es den «imperiali-

stischen» Krieg betraf, auch einzulösen. Entsprechend seinem Programm von 1915 erliess er am ersten Tage seiner Regierung (8. November<sup>1</sup>) ein Friedensdekret «an alle kriegführenden Völker» mit einem besonderen Appell «an die klassenbewussten Arbeiter der drei aufgeklärtesten Nationen der Menschheit, Engländer, Franzosen und Deutsche», in dem er die Fortsetzung des Krieges als ein Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnete.

Der Versuch Lenins, die Völker zu veranlassen, ihre Regierungen zu einem allgemeinen Friedensschluss zu zwingen, erwies sich als ein Schlag ins Wasser. Die Ententemächte reagierten auf seinen Friedensappell überhaupt nicht, so dass nur ein Separatfrieden mit Deutschland als Ausweg übrigblieb.

Nachdem auch die «pädagogische Demonstration» Trózkis, nämlich sein Bemühen, die öffentlich geführten Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten (in Brest-Litowsk ab 22. Dezember 1917) endlos hinauszuziehen und sie gleichzeitig zu einer revolutionären Agitation im Weltmassstäbe zu benutzen, ohne Ergebnis blieb, und die deutschen Truppen nach Abbruch der Verhandlungen sich, ohne auf Widerstand zu stossen, wieder in Marsch setzten (18. Februar 1918), sah Lenin sich veranlasst, gegen starke Widerstände in seiner eigenen Regierung, um die Revolution zu retten und sich an der Macht zu halten, einen äusserst harten Frieden mit den Mittelmächten zu unterzeichnen (3. März 1918). Russland verzichtete darin auf die von nichtrussischen Völkern besiedelten Gebiete im Westen und Süden (Finnland, Baltikum, Polen, Ukraine, Kaukasus), d.h. auf 26% seines Territoriums und ein Viertel seiner Eisenindustrie und Kohlenbergwerke. Es ist schwer zu sagen, wie die Entwicklung in Russland ohne diesen Friedensschluss weitergegangen wäre. Wahrscheinlich hat der Friede mit Deutschland die bolschewistische Herrschaft vor einem schnellen Untergang bewahrt.

Lenin hatte in einem vollständig zerrütteten und zertrümmerten Reich die Herrschaft zunächst nur in Petrograd übernommen. Um

<sup>1</sup> Von diesem Zeitpunkt an werden die Daten nach dem neuen Stil angegeben.

auch im übrigen Reich die Macht zu gewinnen, trieb er die Revolution, d.h. das Werk der Zerstörung systematisch weiter. Er steuerte bewusst in die Anarchie. «Die Zerstörungen sind nur ein vorbereitender Teil eines gross angelegten konstruktiven Planes», lässt Pasternak einen radikalen Intelligenzler in den Tagen des Sturzes ins Chaos sagen. «Die Gesellschaft ist noch nicht genügend zerstört worden. Sie muss bis zum Letzten zerfallen, damit eine neue revolutionäre Gewalt sie Stück für Stück auf gänzlich neuer Grundlage wieder aufbauen kann.»

Lenin hatte dem Volk auch Brot versprochen. Natürlich konnte er es ihm nicht geben, weil nicht genügend vorhanden war. Aber Land war vorhanden. Am gleichen 8. November erliess er ein Landdekret, durch das der gesamte Grossgrundbesitz entschädigungslos enteignet und «bis zur Konstituierenden Versammlung» in die Hände der örtlichen Bauernsowjets übergeführt wurde. Das bedeutete der Theorie nach die Übernahme des Agrarprogramms der als «gegenrevolutionäre Kleinbürger» beschimpften Sozialrevolutionäre. Praktisch bedeutete das aber, bei den damaligen Verhältnissen auf dem Lande, die reine Anarchie. Die von den Bolschewiken systematisch angefachten, wilden und mit Brandschatzungen, Raub und Mord verbundenen Bauernaufstände unter der neuen Parole «Raubt das Geraubte» wurden durch dieses Dekret und durch die Aufforderung, sich das gewünschte Land selbst zu besorgen, legalisiert. An eine geordnete Durchführung dieser Massnahme war nicht zu denken. Die Industriewirtschaft trieb Lenin in die Anarchie, indem er die Arbeiter aufforderte, die Fabriken in ihre Hände zu nehmen. Die Folge davon waren sinnlose Zerstörungen und ein katastrophaler Rückgang der Produktion. An der Front wurde die Parole ausgegeben, durch Verbrüderung von Mann zu Mann «auf eigene Faust Waffenstillstand zu schliessen». Auch das bedeutete praktisch Anarchie. «Es kam auch zur physischen Beseitigung der Offiziere» heisst es in einer Sowjetdarstellung.

Das Staatsgefüge wurde durch die «Deklaration über die Rechte der Völker Russlands» (15. November) gesprengt, indem allen Völkern des Reiches das Recht auf Selbstbestimmung einschliesslich der Bildung selbständiger Staaten gewährt wurde. In der Folgezeit

schieden die von den deutschen Truppen okkupierten Westgebiete auch formell aus dem Reichsverband aus: Finnland (November 1917, Estland (Februar 1918), Livland, Kurland, Litauen, Polen (März 1918), ebenso der Kaukasus, wo sich selbständige Staaten bildeten: Armenien, Georgien und Aserbeidschan (April/Mai 1918; die Gebiete der Don- und Kubánkosaken erklärten sich für autonom, auch die Ukraine löste sich vom Reich, erklärte sich für souverän (Januar 1918) und schloss mit den Mittelmächten einen Separatfrieden (Februar 1918). Die Aufsplitterung des Reiches griff auch auf das grossrussische Gebiet über, wo örtliche Sowjets sich für selbständig erklärten, eine eigene Politik zu führen begannen und autonome Staaten begründeten; «jede Provinz, jeder Kreis, bisweilen jeder Bezirk handelte so, als wäre er eine unabhängige Republik» (Miljuków).

Gleichzeitig machte Lenin sich daran, alle religiösen, moralischen und zum Teil auch persönlichen Bande systematisch zu sprengen. Die Religion wurde zum Opium für das Volk erklärt und im Zuge einer Gottlosenpropaganda verächtlich gemacht. Dabei richtete sich der antireligiöse Kampf grundsätzlich gegen alle kirchlichen Gemeinschaften: gegen die christlichen in allen ihren Formen, aber ebenso gegen die jüdischen, die islamitischen und die buddhistischen Religionsgemeinschaften. Im Mittelpunkt stand dabei natürlich der Kampf gegen die griechisch-orthodoxe Kirche. Zunächst wurden alle unbeweglichen Besitztümer der bisherigen Staatskirche, bald aber auch deren «Kirchenschätze», d.h. alles bewegliche Hab und Gut, konfisziert.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Kirche und Religion wurde die Familie systematisch zersetzt und ihre soziale Bedeutung grundsätzlich geleugnet. Die praktische Entwicklung hatte das ihre dazu getan. In den Jahren der Revolution, des Bürgerkrieges und des Hungers waren Hunderttausende von Kindern von ihren Familien getrennt und völlig verwaist ihrem Schicksal überlassen worden (die sog. Besprisornyje). Die Ehe war praktisch abgeschafft, indem sie durch die blosser Mitteilung eines Ehepartners jederzeit gelöst werden konnte; durch die Verherrlichung der freien Liebe wurde zumal in der Jugend eine beispiellose sexuelle Verwilderung herbeigeführt.

Die Kardinalforderung aller russischen revolutionären Parteien war eine Verfassungsgebende Versammlung (Konstituante), die die Grundlagen des neu zu errichtenden Reiches legen sollte. Lenin hatte aus propagandistischen Gründen sich diese Forderung vor dem Umsturz zu eigen gemacht. Nach dem Umsturz sah er sich widerwillig veranlasst, das Versprechen einzulösen. Er machte sich keine Illusionen darüber, dass nur eine Minderheit hinter ihm stand. Im November 1917 fanden die Wahlen statt. Die Bolschewiken erhielten nur 175 von 707 Sitzen, die SR hatten 370 Sitze; der Rest verteilte sich auf Vertreter nichtrussischer Völker, Menschewiken, Kadetten und Parteilose. Diese Konstituante hätte in der allgemeinen Auflösung ein Kristallisationspunkt und Ansatz eines Neubaus werden können. Da sie sich aber unter dem Vorsitz des SR Viktor Tschernow verständlicherweise weigerte, die bolschewistische Machtregierung anzuerkennen, griff Lenin zur Gewalt und jagte sie noch am Tage ihres Zusammentritts auseinander, nachdem der Bolschewik Buchárin seinen ehemaligen Revolutionsgenossen drohend zugerufen hatte: «Der Bürgerkrieg wird entscheiden.»

Der damals prominenteste russische Sozialdemokrat, der einzige, dessen Namen schon vor dem Umsturz europäischen Klang hatte, Maxim Górkij, ein persönlicher Freund Lenins, wandte sich schroff von den Bolschewiken ab. In seiner Zeitschrift «Nowaja Shisn» (Das Neue Leben) schrieb er (22. Januar 1918): «Fast ein Jahrhundert lang haben die besten Russen von diesem Tage (d.h. dem Zusammentritt der Konstituante) geträumt... Tausende Intelligenzler, Zehntausende Arbeiter und Bauern sind in Gefängnissen und in der Verbannung gestorben, wurden gehängt und erschossen, alles für diesen Traum. Jetzt aber, da der Traum erfüllt ist und die Demokratie auf die Strasse geht, um seine Erfüllung zu feiern, geben die Volkskommissare Befehl zu schiessen.»

Trózkij bemerkte treffend dazu: «Die Auflösung der Konstituante bedeutete die vollständige und offene Liquidation der Idee der Demokratie zugunsten des Gedankens der Diktatur.» Es war die Diktatur Lenins.







## 2. DER BÜRGERKRIEG

Während die Revolution, d.h. praktisch die Anarchie immer weiter um sich griff und der Aufstand des Pöbels in den Hauptstädten sich zu einem Volksaufstand über das ganze Reich ausweitete, begannen sich auch Gegenkräfte zu regen.

Lenin hatte geglaubt, den besitzenden Klassen durch den Entzug ihrer materiellen Grundlage den Todesstoss versetzt zu haben. Noch im Dezember 1917 war durch eine Reihe von Dekreten das Finanz-, Transport-, Leih-, Handels- und Industriekapital einschliesslich des Privatbesitzes der Eigner enteignet worden. Für eine Inhaftierung bzw. Liquidierung der führenden Vertreter der politisch und wirtschaftlich herrschenden Schicht zeigte Lenin zunächst bemerkenswert wenig Interesse. Wohl fand im Zuge der Anarchie allenthalben auch eine «physische Beseitigung» der politischen Gegner statt – besonders bekannt wurde die Ermordung zweier KD-Dumaabgeordneter – aber sehr viele politisch führende Persönlichkeiten (z.B. Miljuków) und auch hohe Militärs, die sich bereits in der Gewalt der Bolschewiken befunden hatten, wie die Generalsgruppe um Kornilow oder General P. Krasnow, konnten unbehelligt in die Peripherien des Reiches, hauptsächlich in die Kosakengebiete im Süden und nach Sibirien entkommen, wo sie sich zu einem bewaffneten Widerstand organisierten.

Im Innern des Landes nahmen die SR, wiederum unter Führung von Sáwinkow, ihre alte terroristische Tätigkeit nunmehr gegen die Bolschewiken auf und organisierten Bauernaufstände gegen die herrschende Minderheitspartei. Zur Bekämpfung dieser, als konterrevolutionär bezeichneten, Aktionen hatte Lenin im Dezember 1917 eine «ausserordentliche Kommission» (tschreswytschajnaja kommissija, Tscheká) unter Leitung des polnischen Aristokraten Felix Dzierżyński begründet.

Inzwischen hatte sich eine kleine – linke – Gruppe der SR den Bolschewiken angeschlossen und sich an der Regierung beteiligt. Nach Unterzeichnung des Brester Friedens schlug auch diese

Gruppe, weil sie im Frieden einen Verrat an der Revolution sah, gegen die Bolschewiken los. Es kam zu einem Aufstand in Petrograd. Dzierżyński wurde verhaftet. Um die neuen Machthaber Deutschland gegenüber zu kompromittieren, wurden der deutsche Gesandte Graf Mirbach (Juli 1918) und der deutsche General von Eichhorn von den SR ermordet. Ein sowjetischer General, desgleichen ein SR, rief zur Wiederaufnahme des Krieges mit Deutschland auf. Zahlreiche Attentate auf führende Bolschewiken fanden statt, mehrere Funktionäre (Wolodárskij, Urizkij) wurden ermordet. Am 30. August 1918 schoss eine SR-Studentin auf Lenin und verwundete ihn. Eine Woche später wurde der Rote Terror öffentlich – durch Dekret – eingeführt (5. September 1918). Gleichzeitig formierten sich an den Peripherien des Reiches sog. «weisse» Freiwilligenarmeen zum Kampf gegen die Roten und setzten zum konzentrischen Vormarsch auf Moskau an, das Lenin nach über 200 Jahren wieder zur Residenz gemacht hatte.

Der russische Bürgerkrieg hat drei Jahre (bis Ende 1920) gedauert. Er war, wie der Bürgerkrieg am Anfang des 17. Jahrhunderts, mit einer ausländischen Intervention verbunden. Im Jahre 1918 wurden die weissen Armeen in der Ukraine und in den Kosakengebieten von den Deutschen unterstützt; nach dem Zusammenbruch Deutschlands von Franzosen und Engländern, die im Kaukasus Truppen ausschifften. Die Engländer landeten ausserdem wie seinerzeit im 16. Jahrhundert in Archangelsk. Im Fernen Osten marschierten die Japaner in das russische Reichsgebiet ein, im Westen die Polen.

Der militärische Anteil der «Interventen» an den Kämpfen selbst war sehr gering. Mit Ausnahme der Japaner, die als einzige ein grösseres Truppenkontingent (70'000 Mann) aufgeboten hatten, beschränkten sich die Interventionsmächte auf eine materielle und ideelle Unterstützung der russischen weissen Armeen. Von einem «Feldzuge der Entente» zu sprechen, wie das die sowjetische Geschichtsschreibung tut, ist eine bewusste Entstellung der Tatsachen (Stökl). Eine zwielichtige Rolle spielte dabei in Sibirien die Tschechische Legion.

Die aus tschechischen Kriegsgefangenen und Überläufern während des Weltkrieges gebildete Tschechische Legion (etwa 40'000

Mann) galt seit Januar 1918 als ein Teil der französischen Armee und sollte auf Wunsch der französischen Regierung und Thomas Masaryks über Wladiwostok an die Westfront gebracht werden. Da die gut ausgerüsteten und disziplinarisch intakten Tschechen infolge der anarchischen Zustände in Russland den einzigen west-östlichen Verkehrsweg, die Transsibirische Bahn, in ihre Verfügungsgewalt nehmen konnten und auf dieser Bahnstrecke riesige Mengen an Kriegsmaterial und – nach russischen Berichten – auch andere «Beute» mit sich führten, gerieten sie bald in offenen Konflikt mit den Bolschewiken, die die Tschechische Legion als potentiellen Feind auflösen und entwaffnen wollten. Auch mit den weissen Russen ergaben sich zunehmende Spannungen und schliesslich offene Feindschaft. Was für eine Rolle die Tschechen beim Zusammenbruch der weissen Front in Sibirien (Dezember 1919) gespielt haben, ist nicht geklärt worden.

Auf die Politik der Ententemächte im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg, eine Politik, die unsicher, uneinheitlich und schwankend war, kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie ist als eine Aktion «jämmerlicher Halbheiten, die in der Politik Verbrechen sind» (Bruce-Lockhard) gerade von alliierter Seite äusserst scharf kritisiert worden.

Für die Russen bedeutete der von Lenin vorausgesehene und gewünschte Bürgerkrieg, wie ein jeder Krieg dieser Art, eine nationale Katastrophe umso mehr, als er auf beiden Seiten mit ungeheurer Härte und Grausamkeit geführt wurde. Er ist beim Gros der Bevölkerung auf starke Ablehnung und offenen Widerstand gestossen. Die Zahl der Deserteure auf beiden Seiten betrug sogar nach amtlichen Daten mehrere Millionen.

Die weissen Armeen kämpften unter der Fahne des Liberalismus zur Rettung der – nie realisierten – Errungenschaften der Februarrevolution, gegen die bolschewistischen Reichszerstörer und betonterweise für die Wiederherstellung der Reichseinheit unter der Devise eines «einen und unteilbaren Russland» (jedinaja nedelimaja), zunächst sogar mit dem Ziel einer Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland in Treue zu den Alliierten. An der Spitze dieser Armeen standen liberale Generäle (Admiral Koltšak), z.T. aus der Kornilowgruppe (General Denikin). Kornil-

low selbst war gleich am Anfang des Bürgerkrieges gefallen. Bei den Armeen wurden politische Gremien (sog. Regierungen) gebildet, zu denen als Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte vorwiegend liberale Politiker, z.T. auch rechte Sozialisten gehörten. Allerdings erwies sich bald, dass die Armeen «rechter» waren als ihre Regierungen, und je länger der Bürgerkrieg dauerte, umso mehr schwenkten sie nach rechts. Der letzte Oberkommandierende im Süden war nicht mehr ein Liberaler, sondern ein echter kaiserlicher «Sphären»-General (Baron Peter Wrangell). Gleichwohl kämpfte er nicht etwa für eine Restauration des alten Regimes. Der führende Kopf und Aussenminister seiner «Regierung» war der einstige Verfasser des SD-Partei-Manifestes und spätere führende Liberale, Peter Struve.

In diesem Bürgerkrieg wurde – den Parolen nach – auf allen Seiten für «die Revolution» gekämpft, je nachdem, was man darunter verstand. Die Roten verstanden darunter die bolschewistische Oktoberrevolution, die Weissen die liberale Februarrevolution. Für die Autokratie kämpfte niemand. Die Ironie des Schicksals hat es aber gewollt, dass im Ergebnis dieses Bürgerkrieges gerade ein autokratisches Regime errichtet wurde – die Diktatur Lenins.

Mehrfach hatte es so ausgesehen, als sei der Sieg der Weissen sicher. Im Frühling 1919 war das bolschewistische Herrschaftsgebiet etwa auf die Grösse Moskowiens unter Iwàn III. zusammengeschrumpft. Gerade in dieser für Lenin äusserst kritischen Zeit leiteten die Alliierten – mit Ausnahme der Japaner – den Abzug ihrer Interventionstruppen ein. Der endliche Sieg der Roten ist nicht nur durch die unzureichende Hilfe und schwankende Politik der Interventionsmächte zu erklären und auch nicht nur durch die strategischen Fähigkeiten des Zivilisten Trózkij, der die Rote Armee befehligte. Den Ausschlag gab vielmehr die Haltung der bäuerlichen Bevölkerung. Es gelang den Weissen nicht, die Bauern für sich zu gewinnen; das Misstrauen gegenüber den «Herren» und die Furcht vor einer Wiederaufrichtung der Herrschaft der Gutsbesitzer war trotz aller feierlichen Erklärungen der weissen «Regierungen» unüberwindlich. Stellenweise errichteten die Bauern zwischen Rot und Weiss ihre eigene Front mit eigenen Truppen.

Aber als eigenständige, dritte Kraft setzten die sog. «Grünen» sich gleichwohl nicht durch. Vor die Alternative gestellt, sich für eine Seite zu entscheiden, neigten sie mehr zu den Roten als zu den Weissen.

Mit dem Sieg im Bürgerkriege (November 1920) war das Reichsgebiet einschliesslich der Ukraine, Weissrutheniens, der Kosakengebiete und der (1919 gebildeten) Fernostrepublik der Herrschaft Lenins unterstellt. Im Kaukasus gelang es den Bolschewiken auch die wirtschaftlich wichtigen Republiken Armenien, Georgien und Aserbeidschan durch deren Umwandlung in Sowjetrepubliken zu gewinnen (Dezember 1920 bis Februar 1921).

Ausserhalb des neuen Sowjetstaates blieben aber die von nicht-russischen Völkern bewohnten ehemaligen Westgebiete Russlands, aus denen sich inzwischen selbständige Staaten gebildet hatten. Nach erfolgreich, z.T. unter massgeblicher Beteiligung deutscher Freikorps (in Lettland und Litauen) geführten Freiheitskriegen dieser Völker sahen die Machthaber in Moskau sich veranlasst, auf die ganzen Westgebiete zu verzichten. In mehreren Friedensverträgen mit Estland (Februar 1920), Lettland (Juni 1920), Litauen (Juli 1920), Finnland (Oktober 1920) und Polen (März 1921) wurden diese Staaten von Sowjetrussland als souverän anerkannt.

Damit war die Westgrenze des russischen Machtbereichs um viele hundert Kilometer wieder nach Osten zurückverlegt, etwa bis dorthin, wo sie in der vorpetrinischen Zeit verlief. Russland schien – in Europa hat man es auch weitgehend so empfunden – sowohl in seiner inneren Entwicklung wie territorial wieder aus Europa ausgeschieden. Der Eiserne Vorhang, den die Sowjets, um ihre Revolution abzuschirmen, jetzt an der Grenze niedergehen liessen, hat diesen Eindruck ebenso vertieft wie die Ausbildung und Festigung eines despotischen Herrschaftssystems, das man im Abendlande als uneuropäisch empfand und gerne als asiatisch bezeichnete. Die ganze zweihundertjährige Petersburger Periode schien ausgelöscht und die Einbeziehung in Europa sowohl praktisch wie auch grundsätzlich aufgehoben.

Unter diesem Eindruck ist es damals üblich geworden, auch die Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt einer scharfen Grenz-

ziehung zwischen Russland und Europa zu sehen. Auf dieser Grundlage und in Anknüpfung an alte slawophile Gedankengänge entstand innerhalb der russischen Emigration unter der Führung von Fürst N. Trubezkóĵ die Bewegung der «Eurasier». Nach deren Lehre erschien die Abstossung der «europäischen» Westgebiete durch Sowjetrussland insofern als ein Vorteil und als eine Klärung der Situation, als Russland dadurch auf seinen eigentlichen Raum mit eigenständiger geschichtlicher Entwicklung zurückgeführt zu sein schien, zwischen Westeuropa und Ostasien, von beiden territorial wie kulturell abgegrenzt. Es wurde nun eine scharfe Unterscheidung zwischen dem Bolschewismus als russischer Wirklichkeit und dem Kommunismus als europäischer Lehre gemacht und die Ansicht vertreten, dass der Bolschewismus die Europäisierung überwinden und Russland wieder auf seinen eigentlichen, den russischen Weg zurückführen werde.

Das sollte sich als arge Täuschung erweisen. Denn bald stellte es sich heraus, dass der Verzicht auf die «europäischen» Gebiete nur eine Folge der damaligen Machtverhältnisse war und weder der aussenpolitischen Zielsetzung noch etwa den Grundsätzen der neuen Machthaber im Kreml entsprach. Die Bolschewiken hielten vielmehr grundsätzlich nicht nur an der Europäisierung fest, sondern suchten sie – wie Peter der Grosse mit europäischer materieller Hilfe – weiter vorwärtszutreiben, um ihr schliesslich den Charakter einer Amerikanisierung zu geben. Es hatte sich mithin darin grundsätzlich nichts geändert. Wohl geändert hatte sich allerdings das Selbstverständnis bei diesem Prozess. Während in der Petersburger Periode von russischer Seite zugegeben wurde, dass Europa in seiner politischen Entwicklung Russland voran sei und dass es die Aufgabe Russlands sei, diesen Rückstand möglichst schnell aufzuholen, wurde jetzt von den Sowjets die These aufgestellt und in der Folgezeit immer lauter propagiert, dass Russland infolge der bolschewistischen Revolution Europa und der Welt voranmarschiere und dass es an den anderen sei, Russland einzuholen.



### 3. NEUE ANFÄNGE

Die erste Periode der Sowjetherrschaft in Russland (1918-1921) wird als Kriegskommunismus bezeichnet. Die drei Bürgerkriegsjahre waren für den jungen Sowjetstaat eine Zeit grösster Not und zugleich eine Zeit höchster Anspannung aller Kräfte. In diesen Jahren der sich anbahnenden Reichsauflösung, der vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung, des Hungers, Terrors und Massensterbens, des Bevölkerungsrückgangs von einem Geburtenüberschuss von 14 pro mille auf einen Geburtenunterschuss von schätzungsweise 60 pro mille, – in eben diesen Jahren machte sich Lenin daran, den «Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus», das heisst praktisch den Übergang von der Zerstörung zum Neuaufbau zu vollziehen. Das ist ihm weitgehend gelungen. Er musste dabei sozusagen beim Nullpunkt ansetzen, denn es war fast nichts mehr vorhanden, woran er anknüpfen konnte. In blasphemischer Weise hat Rosa Luxemburg, die Lenins Methoden aufs Schärfste verurteilte, ihn aber als grossen Revolutionär bewunderte, von ihm gesagt, *er* habe «wie der liebe Herrgott aus dem Nichts geschaffen».

Der sichere Boden, auf dem Lenin dabei stand, seine festeste Stütze bei allem, was er tat, war die von ihm selbst geschaffene Partei «neuen Typs». Wie erwähnt war die kommunistische Partei der Bolschewiken auf Grundlage strengster Disziplin und unbedingten Gehorsams zentralistisch aufgebaut. An der Spitze stand ein gewähltes Zentralkomitee (ZK) und später, als dieses Gremium zu gross geworden war, (seit 1919) das Politbüro des ZK. Lenins Führerstellung in der Partei ist nie angefochten worden. Sie war nicht durch ein Statut legalisiert – nach dem Parteistatut gab es und gibt es bis heute keinen Parteivorsitzenden, und damals gab es auch keinen Generalsekretär oder Ersten Sekretär –, sondern sie beruhte allein auf Lenins Autorität, auf seinem, in diesem Ausmass von keinem anderen Sowjetführer je erreichten Prestige. Lenin gab damit ein Beispiel echter charismatischer Führung, die sich allein auf die Zustimmung der Gefolgschaft gründet und einer

institutionellen Sicherung nicht bedarf. Man gehorchte ihm «kraft affektuellem Hingabe an die Person und ihre Gnadengaben» (Max Weber).

Bei den allgemeinen Auflösungserscheinungen im ganzen Land war die Partei unter Lenins Führung, trotz einer sich immer wieder bildenden aber sich nie durchsetzenden innerparteilichen Opposition, intakt geblieben. Das war für ihn äusserst wichtig. Aber zur Überwindung des selbst angerichteten Chaos genügte das nicht. Es waren dazu sehr reale Machtmittel erforderlich.

Sein Machtinstrument im Innern war der von Dzierzynski aufgebaute Terrorapparat, eine Spezialtruppe, die in der Organisation und in den Methoden sehr an Grósnjys Oprítschnina erinnert. Der rote Terror war zunächst ideologisch bestimmt und richtete sich grundsätzlich nur gegen den Klassenfeind. «Wir wollen die Bourgeoisie als Klasse ausrotten», hiess es in einer Instruktion des Tschekisten Lácis, «sucht nicht Beweise dafür, dass der Angeklagte mit Wort oder Tat sich gegen die Sowjetmacht versündigt hat. Das Wesentliche ist, welcher Klasse er angehört, wie seine Abstammung und Bildung ist. Das entscheidet über sein Schicksal.» Sehr bald wandelte sich der Terror aber zu einem rein politischen, dem gerade jene zum Opfer fielen, die sich «gegen die Sowjetmacht versündigten». Das waren aber in der überwältigenden Überzahl gerade Klassengenossen. Nach eigenen Angaben der Sowjets waren schon 1921 in den Gefängnissen hauptsächlich Bauern und Arbeiter und nicht Angehörige der Bourgeoisie.

Durch Terror in der Macht gesichert, machte sich Lenin bereits 1918 daran, nach eigenen Grundsätzen einen von Grund auf neuen Staat auf den Trümmern des alten zu errichten. Die politische Zersplitterung fing er dadurch auf, dass er die örtlichen Teilgewalten (Sowjets) nicht etwa beseitigte, sondern ihnen eine geringere Zahl, mit Kontroll- und Weisungsrechten ausgestattete Sowjets überordnete und so einen Stufenbau bis hinauf zu einer einheitlichen Spitze errichtete. Seinen staatsrechtlichen Niederschlag fand der Neubau in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik, RSFSR (Juli 1918).

Danach trug der Staat nur einen Übergangscharakter bis zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der

es «weder eine Klassenbildung noch eine Staatsmacht geben wird» (Art. 9 der Verfassung). Dieses Übergangsgebilde war aber betonterweise ein Klassenstaat mit dem ausdrücklichen Zweck der «völligen Niederhaltung der Bourgeoisie». Er kannte Pflichten für alle, aber Rechte nur für die Werktätigen, zu denen damals nur Arbeiter, Bauern und Parteifunktionäre gerechnet wurden. Er verwirklichte den Grundsatz der Einheit der Gewalten, die alle im höchsten Sowjet bzw. in seinem Vollzugsausschuss (Exekutivkomitee) vereint waren. Bei einem formell föderativen Staatsaufbau blieb der Grundsatz der Zentralisierung der Macht gewahrt. Die nichtrussischen Völker der RSFSR erhielten auf nationaler Grundlage eigene Sowjetrepubliken verschiedenen Ranges (als autonome Republiken oder autonome Gebiete) auf verschiedenen Stufen der Sowjetpyramide, ohne dass die im übergeordneten Sowjet repräsentierte Zentralgewalt dadurch eine Minderung erfuhr. Die Wahlen, die weder direkt noch gleich, noch allgemein, noch geheim waren und über fünf Stufen der Sowjets (Dorf-, Gebiets-, Kreis-, Gouvernements- und allrussischer Republik-sowjet) hinaufführten, machten eine strenge Personalauslese im Sinne der Partei möglich. Nicht direkt waren die Wahlen infolge des Stufenbaus, nicht allgemein, weil nur die Werktätigen wahlberechtigt waren und nicht gleich, weil durch ein ausgeklügeltes Wahlsystem die als zuverlässiger geltenden Städter (d.h. die Arbeiter und die städtische Parteintelligenz) vor den Landbewohnern (Bauern) bevorzugt waren, und zwar so raffiniert, dass der Grad der Bevorzugung sich nicht errechnen liess<sup>1</sup>.

Im Ergebnis war Sowjetrussland ein «in föderative Formen gekleideter Einheitsstaat mit beschränkter Verwaltungsdezentralisation in einzelnen Sondergebieten vor allem im kulturellen Bereich» (Meissner). Diese Verfassung gestattete es, den Staat durch Ein-

<sup>1</sup> Die Abgeordneten der Städte wurden nach der Zahl der Wähler (einer auf 25'000), die der Dörfer nach der Zahl der Einwohner (einer auf 125'000) berechnet. Ausserdem wählten die grösseren Städte unmittelbar in die Sowjets der entsprechend höheren Stufen, so dass deren Abgeordnete nicht die ganze Stufenleiter zu durchschreiten brauchten (vgl. Schema Seite 593).

beziehung bzw. Neuschaffung weiterer autonomer Republiken oder Gebiete entsprechend auszudehnen, so dass die Russische Sowjetrepublik (RSFSR) fünf Jahre später mühelos und auf der gleichen Grundlage unter Einschluss der im Bürgerkrieg gewonnenen Territorien zunächst durch Bündnisverträge und schliesslich durch einen Staatsvertrag (Dezember 1922) zum «Bunde der Sozialistischen Sowjet-Republiken» (SSSR) erweitert werden konnte. Der Bund erhielt im Juli 1923 seine Verfassung.

Dieser Bund bestand zunächst aus der russischen Sowjetrepublik (RSFSR), der ukrainischen, der weissrussischen und der transkaukasischen. Letztere wurde später in drei Sowjetrepubliken, Georgien, Armenien und Aserbeidschan aufgeteilt. Später wurden in den Bund noch fünf, aus der RSFSR herausgelöste zentralasiatische Sowjetrepubliken aufgenommen: Usbekistan (1924), Turkmenistan (1925), Tadschikistan (1929), Kasachstan (1936) und Kirgisistan (1936)<sup>1</sup>. Alle diese Teilrepubliken des Bundes wurden als Unionsrepubliken dem Rang nach der RSFSR gleichgestellt.

Die Sowjets der Unionsrepubliken wählten als höchste Stufe der Sowjetpyramide den Allunions-Sowjet. Dieser wiederum wählte aus seiner Mitte einen aus zwei Kammern (dem Unionsrat und dem Nationalitätenrat) bestehenden Vollzugsausschuss (Zentrales Exekutiv-Komitee, ZIK), der etwa einem Parlament entsprach. Der ZIK wählte einerseits sein Präsidium und dessen Präsidenten (der als Staatspräsident galt) und wählte andererseits den Rat der Volkskommissare (Regierung) und dessen Vorsitzenden (Regierungschef). (Vgl. Schema.) Der erste Regierungschef der Sowjetunion ist bekanntlich Lenin gewesen; der erste – politisch bedeutungslose – Staatspräsident war Kalinin.

Die Sowjetunion war formell ein anationaler Bund nationaler Staaten. Durch ihre Begründung wurde unter Berücksichtigung der nationalen Belange der nichtrussischen Völker, zumal auf dem Gebiete der Kultur und der Sprache, die drohende Auflösung des Reiches in seine nationalen Bestandteile verhindert. Das Ferment

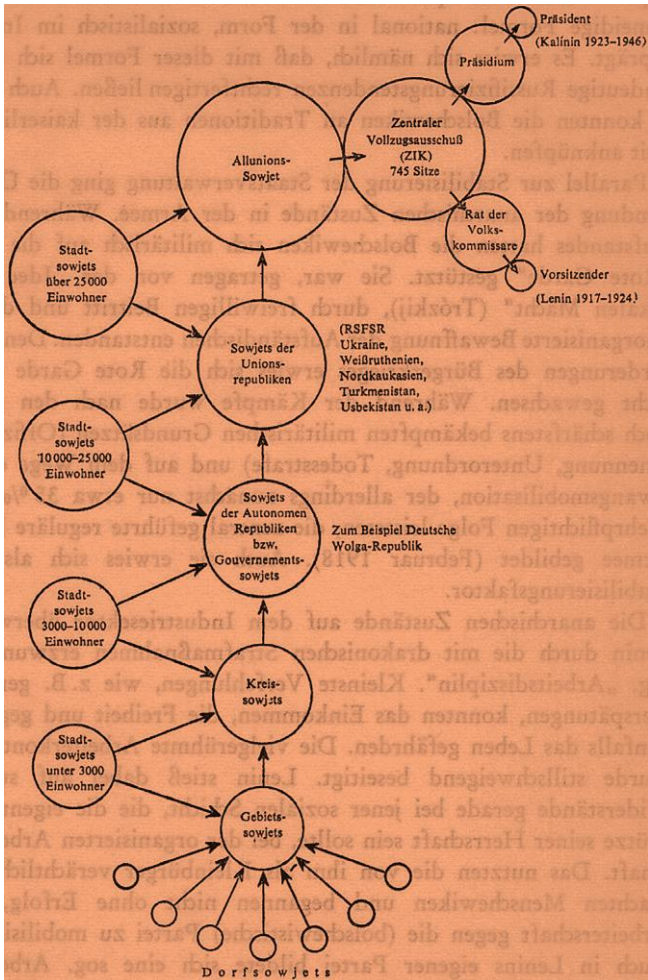
<sup>1</sup> Die Zahl der Bundesrepubliken wurde später noch erheblich vergrössert und beträgt heute 15.

war dabei das sog. «Interesse der Werktätigen» – Stalin hat es gelegentlich auch als das «Recht der Arbeiterklasse auf die Festigung ihrer Gewalt» bezeichnet –, dem das nationale Interesse bzw. das «Recht auf nationale Selbstbestimmung» ausdrücklich untergeordnet wurde. Berufener Anwalt der Werktätigen war die Partei, gegen die es kein Recht gab, und die ihrerseits, nach Lenins altem Grundsatz straff zentralisiert und diszipliniert, die Rolle eines einigenden Bandes spielte und den Staatsapparat mit ihren Gliedern durchsetzte. Das von der Partei gehütete «Interesse der Werktätigen» wurde schliesslich zur Legitimation für jede Gewaltanwendung, da als Recht galt, was den Werktätigen, d.h. praktisch der Partei, nützt. Das den Nationalitäten zugebilligte Recht, auf Grund der Selbstbestimmung gegebenenfalls aus dem Reichsverband auszuschneiden, wurde jetzt ausdrücklich für konterrevolutionär und verräterisch erklärt.

Der neue Sowjetstaat erhielt sein besonderes Gepräge durch eine weitgehende Verschmelzung mit der Partei. Das geschah u.a. auf dem Wege der Personalunion in den Ämtern. Der «Kommandobestand» des Staates deckte sich so gut wie ganz mit dem der Partei. Dabei entstand nicht etwa ein Gleichgewicht zwischen Staat und Partei, sondern eindeutig ein Übergewicht der Partei über den Staat. «Die Partei erstrebt die vollständige Herrschaft (polnoje gospodstwo) über die staatlichen Organisationen» verkündete der VIII. Parteikongress (1919). So ist es bis heute geblieben. Wenn auch kein Sowjetführer den Grundsatz Hitlers «die Partei diktiert den Staat» ausgesprochen hat, – verwirklicht wurde er von allen.

Wie Lenin selbst die faktische Bedeutung der Partei bei der Staatsführung einschätzte, geht sehr eindrucksvoll aus seinem sog. Testament hervor: er spricht darin ausschliesslich von seiner Nachfolge im ZK der Partei; von seiner Nachfolge im Staat ist in diesem Dokument mit keinem Worte die Rede.

Gestützt auf die eine Partei, wandelte sich der Sowjetstaat sehr schnell von einem Zerstörer der Reichseinheit und Förderer nationaler Eigeninteressen zu einem Beschützer und schliesslich leidenschaftlichen Verfechter der übernationalen «sozialistischen» Unionseinheit. Bis zu einem gewissen Grade, wenn auch in anderer



Schema der Lenin-Verfassung  
1918 (RSFSR) und 1923 (SSSR)

Form, machte sich Lenin damit zum Erben der kaiserlich-russischen imperialen Politik. Später hat Stalin für diese Politik die zweischneidige Formel: national in der Form, sozialistisch im Inhalt geprägt. Es erwies sich nämlich, dass mit dieser Formel sich auch eindeutige Russifizierungstendenzen rechtfertigen liessen. Auch darin konnten die Bolschewiken an Traditionen aus der kaiserlichen Zeit anknüpfen.

Parallel zur Stabilisierung der Staatsverwaltung ging die Überwindung der anarchischen Zustände in der Armee. Während des Aufstandes hatten die Bolschewiken sich militärisch auf die sog. «Rote Garde» gestützt. Sie war, getragen von der «Idee der lokalen Macht» (Trózkij), durch freiwilligen Beitritt und durch unorganisierte Bewaffnung der Aufständischen entstanden. Den Anforderungen des Bürgerkrieges erwies sich die Rote Garde aber nicht gewachsen. Während der Kämpfe wurde nach den eben noch schärfstens bekämpften militärischen Grundsätzen (Offiziersernennung, Unterordnung, Todesstrafe) und auf dem Wege einer Zwangsmobilisation, der allerdings zunächst nur etwa 35% der Wehrpflichtigen Folge leisteten, die zentral geführte reguläre Rote Armee gebildet (Februar 1918). Auch sie erwies sich als ein Stabilisierungsfaktor.

Die anarchischen Zustände auf dem Industriesektor überwand Lenin durch die mit drakonischen Strafmassnahmen erzwungene sog. «Arbeitsdisziplin». Kleinste Verfehlungen, wie z.B. geringe Verspätungen, konnten das Einkommen, die Freiheit und gegebenenfalls das Leben gefährden. Die vielgerühmte Arbeiterkontrolle wurde stillschweigend beseitigt. Lenin stiess dabei auf starke Widerstände gerade bei jener sozialen Schicht, die die eigentliche Stütze seiner Herrschaft sein sollte, bei der organisierten Arbeiterschaft. Das nutzten die von ihm als Kleinbürger verächtlich gemachten Menschewiken und begannen nicht ohne Erfolg, die Arbeiterschaft gegen die (bolschewistische) Partei zu mobilisieren. Auch in Lenins eigener Partei bildete sich eine sog. Arbeiteropposition. Am Ende des Jahres 1920 erklärten Petrograder Arbeiter – das war damals noch möglich! – in einer Protestresolution: «Wir fühlen uns so, als ob wir Zuchthäusler wären ... Wir sind als menschliche Wesen verloren und zu Sklaven ge-

worden.» Im Februar 1921 verbreitete sich eine Streikwelle der Arbeiter gegen die Herrschaft der Sowjets. Die Streiks wurden von Sinówjew mit Hilfe von Offiziersschülern rücksichtslos «liquidiert». Einen Monat später, im März 1921, machten in der Festung Kronstadt Arbeiter und (vorwiegend an Maschinen beschäftigte) Matrosen einen Aufstand unter der Losung: für die Sowjets, gegen die Diktatur der Bolschewiken. Hier wurde deutlich, dass auch unter der Arbeiterschaft die bolschewistische Herrschaft als eine Diktatur über das Proletariat empfunden wurde.

Die Aufständischen hatten nach ihren eigenen Worten gehofft, dass Lenin «im grossen Augenblick des Kampfes der Werktätigen um ihre in den Staub getretenen Rechte nicht heucheln, sondern die Wahrheit sagen würde». Aber Lenin zeigte sich wie immer, wenn er seine Macht gefährdet sah, unerbittlich hart. Der Aufstand wurde von Sowjettruppen (unter Befehl Tuchatschéwskijs) blutig niedergeschlagen. Nach einem Befehl Trózkij's sollten die Rebellen einzeln «wie Enten auf dem Teich» erschossen werden. Die Zahl der so Liquidierten ist nie bekanntgegeben worden.

Das Endziel der Politik Lenins war von Anfang an eine Revolution im Weltmassstäbe gewesen. Nach seiner Machtübernahme war er der Ansicht, dass seine Herrschaft auch in Russland nur dann gesichert sei, wenn es gelingt, die Revolution zu einer Weltrevolution auszuweiten. Er glaubte, dass die Entscheidung darüber in Deutschland fallen werde und setzte infolgedessen die grössten Hoffnungen auf einen kommunistischen Umsturz im Deutschen Reich. Als in Deutschland bereits offener Bürgerkrieg herrschte und Bayern und Ungarn zu Räterepubliken erklärt worden waren, jubelten die Bolschewiken in Moskau: «In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen ... nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.» Diese Hoffnung hat bekanntlich getrogen. Es ist dieses eine sehr grosse, wahrscheinlich die grösste Enttäuschung Lenins gewesen.

Ein Jahr darauf rief Lenin die Dritte Internationale (Komintern) ins Leben (März 1919). Im Unterschied zur Zweiten Internationale, die am Ersten Weltkrieg zerschellte, war die Komintern eine zentralisierte Organisation mit dem Sitz in Moskau und mit einzelnen Landesparteien als an die Direktiven Moskaus



gebundenen Sektionen. «Die Methode der Parteiarbeit neigt zum System des militärischen Befehls» (Resolution des Parteitag 1921). Die Komintern war von vornherein als ein Instrument der sowjetischen Aussenpolitik gedacht.

Die Stabilisierung der Macht durch Partei herrschaft und Sowjetverfassung und durch Abwehr der Angriffe von aussen war aber im Grunde nur die Voraussetzung für das eigentliche Anliegen der bolschewistischen Revolution: die radikale Umstülpung der gesamten Gesellschaftsordnung auf dem Wege eines grandiosen Wirtschaftsexperimentes. Das erstrebte Ziel dieses Experimentes war die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft mit marktloser planmässiger Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit und des Einzelnen und Gemeineigentum an Produktionsmitteln. Es sollte zu einer «völligen Auflösung des Geldes» kommen; jeder sollte nach seinen Bedürfnissen ausnahmslos alles, was er brauchte, umsonst vom Staat und nach dessen Absterben von der Gesellschaft erhalten und dafür nach seinen Fähigkeiten für die Gesellschaft arbeiten. Das ganze Volk sollte gleichsam in öffentlich versorgte Arbeitssoldaten umgewandelt werden.

Die Enteignung der besitzenden Klasse durch entsprechende Dekrete wurde bereits erwähnt. Die darauffolgende völlige Zerstörung bzw. der innere Zerfall des bisher Bestandenen schien das grosse Experiment Lenins zu begünstigen. Infolge der Not waren Markt und Geld praktisch bereits weitgehend abgeschafft; die Armee versorgte sich selbst (durch Requisitionen), und die Versorgung der Städte lag so darnieder, dass sie zu etwa 90% markt- und weitgehend geldlos durch den schwarzen Handel, die sog. Sackträger versorgt wurden. Die Klassenlosigkeit schien «in einer Art Hungerkommunismus verwirklicht» (Arthur Rosenberg). Die Wirtschaft, auch die Landwirtschaft und damit die Versorgung mit Lebensmitteln verfiel immer mehr. In diesem Fall nutzten weder ein zwecks Durchführung einer «Versorgungsdiktatur» gebildetes Volkskommissariat noch Gewaltmassnahmen, die Lenin anzuwenden versuchte, indem er die Stadt gegen das Dorf mobilisierte. Denn in der Entfesselung eines offenen Kampfes gegen die Bauern lag eine grosse Gefahr, und Lenin war sich der Bedeutung der Bauernschaft für den Ausgang des Bürgerkrieges

durchaus bewusst. Bald wurde es allen klar, dass das «grandiose Wirtschaftsexperiment» in eine grandiose wirtschaftliche Katastrophe geführt hatte, dass mit anderen Worten das Experiment praktisch gescheitert war. Lenin selbst hat das mit den klassischen Worten zugegeben: «Unser Programm war theoretisch richtig, aber praktisch undurchführbar.»

Interessanterweise hat dieses negative Ergebnis dem internationalen Ansehen der bolschewistischen Revolution und ihrer Wirkungskraft nach aussen sehr wenig geschadet. Wettgemacht wurden die Misserfolge weitgehend durch das, was gleichzeitig auf geistigem Felde geschah. Denn hinter allen Bestrebungen, die bestehenden Zustände zu ändern, stand der unerhört hohe Anspruch, auch «den Menschen als solchen» zu wandeln und durch die Revolution einen neuen Menschen, geradezu einen Übermenschen, zu schaffen. «Der Mensch wird sich zur Aufgabe machen», hatte Trózkij erklärt, «seiner eigenen Gefühle Herr zu werden, seine Instinkte auf den Gipfel des Bewusstseins zu heben, Leitungsfäden vom Willen unter die Schwelle des Bewusstseins zu führen und sich selber damit auf eine höhere Stufe zu bringen, also einen höher entwickelten biologischen Typus, wenn man will einen Übermenschen, zu schaffen.»

Die bolschewistische Revolution verleugnete es nicht, dass sie in erster Linie eine Angelegenheit der Intelligenzia und nicht der Arbeiterschaft war. Das machte sich in ihrer Wirkung nach aussen hin geltend. Die erhoffte praktische Reaktion der internationalen Arbeiterschaft (zumal der deutschen) war ausgeblieben, aber umso stärker war die weitgehend unerwartete geistige Reaktion erheblicher Teile der Intellektuellen in aller Welt. Man begann ausserhalb Russlands in der bolschewistischen Revolution ein primär geistiges Phänomen zu sehen, «viel mehr als das Experiment eines Klassenwillens, nämlich das Experiment eines Glückswillens» (O. Flake). Selbst russische Emigranten bekannten sich zur Überzeugung, dass die siegreichen Bolschewiken sich im Grunde nicht mit Politik befassen, sondern mit der «Erlösung der Menschheit ohne Gott» (Berdjájew).

Während Chaos und Anarchie die Wirtschaft vollständig ruiniert hatten, wirkte beides im geistigen Bereich zunächst an-

feuernd. Im Zustand der allgemeinen Auflösung tobte der entfesselte Geist sich aus. In unmittelbarer Fortführung des «Silbernen Zeitalters der Russischen Kultur» während der letzten Jahrzehnte der Kaiserzeit entfaltete das russische Geistesleben – zumal die Literatur und die darstellende Kunst – in der Suche nach neuen Ausdrucksformen während der ersten Jahre des Sowjetregimes eine später nie mehr erreichte Blüte. Namen wie Wladímir Majakowskij, «dem das unerhörte Kunststück gelang, aus primitiver Propaganda packende Dichtung zu machen», Sergéj Jessénin, Isaak Bábelj, Michaíl Bulgákov, um nur einige Namen aus der Literatur zu nennen, zeugen dafür. Auch der junge Boris Pasternak gehörte damals dazu. Auf dem Gebiete des Theaters und des Films trugen Wséwolod Meyerhold, Sergéj Eisenstein und Wséwolod Pudowkin das ihre dazu bei. Zunächst profitierten alle davon, dass nach den Worten des ersten Volkskommissars für das Bildungswesen, Lunatschárskij, «niemand wusste, wie man die notwendige Neuordnung durchführen sollte». Jeder suchte sich seinen Weg. Die grandiosen Experimente auf kulturellem Felde, die gelegentlich ins Absurde abglitten (mit Fabriksirenen gespielte Symphonien, Theateraufführungen ohne Zuschauer unter Beteiligung der Gesamtbevölkerung einer Stadt und ähnliches), hatten naturgemäss weniger gefährliche Folgen als das Wirtschaftsexperiment. Damals jubelte Andréj Bélyj: «Wir stehen auf dem Gipfel der Epoche, die durch den Triumph des Materialismus die Materie zunichte gemacht hat. Nichts zu essen, nichts anzuziehen, nichts Greifbares ringsum – nur Ideen!»

Den Intentionen Lenins entsprach das durchaus nicht, denn nach seiner Ansicht sollte der «Proletkult» (proletarische Kultur) die einzige Aufgabe haben, ein geistig-politischer Erziehungsfaktor im Dienste der Partei und unter ihrer Kontrolle zu sein. Lenin war damals aber so sehr mit anderen Sorgen belastet, dass er die Dinge im Kultursektor zunächst laufen liess.

Der entfesselte Geist war es – nicht die praktische Erfahrung in der Wirtschaftspolitik –, der die Intellektuellen der westlichen Welt interessierte und faszinierte und der der bolschewistischen Revolution eine über das Kratopolitische und das ökonomische weit hinausgehende Weltgeltung verlieh und eine starke An-

ziehungskraft auf einen beträchtlichen Teil der wissenschaftlichen und vor allem der künstlerischen Elite ausübte. Diese Faszination hat so manche, alles andere als «antihumanistisch verkümmerte», Bewunderer Lenins die Methoden seiner Herrschaftsführung übersehen bzw. gering achten lassen.

Seit der bolschewistischen Revolution wurde die, wie erwähnt, bislang fast unbeachtet gebliebene Wende im geistigen Verhältnis zwischen Russland und Europa sehr deutlich. Seither wuchs, zunächst völlig unabhängig vom Machtpolitischen, die geistige Strahlungskraft Russlands auf Europa rasch an. Was in der Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst auf literarischem Gebiet (angefangen mit Turgénjew) sich angekündigt hatte, erweiterte sich jetzt infolge des gesteigerten Interesses für alles Russische auch auf andere Gebiete einschliesslich des politischen. Die Verhältnisse schienen sich umzukehren. Nun trat Russland mit dem gleichen Anspruch Europa gegenüber auf, den Europa ihm gegenüber mehr als 200 Jahre lang geltend gemacht hatte, nämlich mit dem Anspruch, dass nunmehr Europa die in Russland geltenden Wertmassstäbe und Werttraditionen auch als für sich verbindlich anerkenne. Die von den Slawophilen einst gepflegte russische messianistische Idee, die sich in Europa nie recht hatte Geltung verschaffen können, die Verheissung, dass es Russland bestimmt sei, «der Welt ein neues Wort zu sagen» (*Rossia skashet miru nowoje slovo*), nahm jetzt eine vollständig neue, säkularisierte Form an und fand in der westlichen Welt eine bisher nicht gekannte Aufnahmebereitschaft. Dabei kam die Anziehungskraft des Russischen, auch wenn es gar nicht bolschewistisch war, dem Bolschewistischen sehr zugute, denn russisch und bolschewistisch wurden miteinander bis zur völligen Gleichsetzung vermischt.

Die Aufnahmebereitschaft russisch-bolschewistischer Einflüsse war in den zwanziger Jahren so stark, dass man bereits von einer «geistigen Russifizierung Europas» gesprochen hat. Es sei in diesem Zusammenhang nur an Spenglers Prophezeiungen über die Zukunft des Russentums erinnert (in seinem, in den zwanziger Jahren als Bestseller in ganz Europa verbreiteten «Untergang des Abendlandes»). Die Faszination durch das Russische hat noch lange gewährt und ist erst sehr allmählich, infolge der praktischen

Erfahrungen mit dem Sowjetreich, einer wachsenden Ernüchterung gewichen. Sie ist z.T. durch persönliche oder sachliche Enttäuschungen, zumal seit dem spanischen Bürgerkrieg, in ihr Gegenteil umgeschlagen, umso entschiedener, je deutlicher es wurde, dass die Machthaber im Kreml – anders als man anfangs glaubte – sich in erster Linie doch mit der Politik befassten, und zwar mit der Macht- und Gewaltpolitik und nicht mit der Idee von der Erlösung der Menschheit ohne Gott.

#### 4. DIE ATEMPAUSE DER NEP

Die wirtschaftliche Lage in Sowjetrussland wurde schliesslich so hoffnungslos, dass auch Lenin das Scheitern seines Experimentes zugeben musste und, um seine Revolution vor dem Zusammenbruch zu retten, sich dazu entschloss, das Steuer jäh herumzuwerfen und mit der sog. Neuen ökonomischen Politik (NEP) nach seinen eigenen Worten «den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu zu schaffen».

Die NEP sollte eine – unbefristete – Atempause bringen. Sie war als vorübergehende Konzession an die kapitalistischen Kräfte gedacht und nicht als Verzicht auf den «Sozialismus». Aber ein Verzicht auf eine marktlose Wirtschaft und auf die Sozialisierung des Handels war sie gleichwohl. Von der Abschaffung des Geldes war nicht mehr die Rede, dagegen wohl, wie zur Zeit des Erzkapitalisten Witte, von der Heranziehung ausländischen Kapitals zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Die Investierung grösserer ausländischer Kapitalien in der Form sog. Industriekonzessionen wurde jetzt gefördert und ein Wettbewerb zwischen staatlicher und privater Initiative zugelassen. Gleichzeitig wurde die völlig zerrüttete Währung durch Einführung des Tscherwonez stabilisiert (1922). Während der Aussenhandel, das Bankwesen und die Schwer- und Grundstoffindustrie verstaatlicht blieben, wurden der Binnenhandel und die mittlere und kleine Industrie der Privatinitiative wieder freigegeben.

Lenin ging es dabei in erster Linie um eine unerlässliche Steigerung der Produktion. Er hat dieses Ziel mit der Einführung der NEP erstaunlich rasch erreicht. Allerdings hat er sich dabei auch nicht gescheut, in mancherlei Hinsicht über den eigenen Schatten zu springen. Das gilt z.B. für seine Lohnpolitik. In der Periode des Kriegskommunismus war er für eine absolute soziale Gleichmacherei (urawnilowka) eingetreten. Das heisst, es sollten die Einkünfte aller Berufsklassen, einschliesslich der höchsten Funktionäre, sich nach der Lohnstaffel für gewöhnliche Arbeiter richten. In der NEP-Periode war nichts mehr davon zu hören. Mit dem

ausdrücklichen Bemerkungen, dass jeglicher Gedanke an Gleichmacherei fallengelassen worden sei, wurde ein völlig anderes Arbeits- und Lohnsystem eingeführt, das übrigens bis auf den heutigen Tag in der Sowjetunion fortbesteht. «Der eben noch als Ausbeutung verdammte Leistungslohn wurde wieder eingeführt, weil man in ihm ein ausgezeichnetes Mittel bzw. den wirksamsten Anreiz zur Erhöhung der allgemeinen Arbeitsproduktivität erblickte» (Ruffmann). Die Folge davon war in zahlreichen Wirtschaftszweigen ein sprunghaftes Ansteigen der Produktion.

Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft infolge der wieder zugelassenen privatwirtschaftlichen Initiative. «Entweder wir stellen die Bauernschaft wirtschaftlich zufrieden», erklärte Lenin jetzt, «oder es wird unmöglich sein, die Macht des Proletariats in Russland aufrechtzuerhalten.» Jetzt wurde den Bauern gestattet, einen Teil ihrer Erzeugnisse für sich zu behalten und auf dem freien Markt zu verkaufen. Sofort trat eine spürbare wirtschaftliche Erholung ein. Die Anbau- und Ertragsziffern der Landwirtschaft konnten infolge der NEP wieder auf den Stand von 1913 gebracht werden.

Das wurde trotz schwerer Missernten in zwei aufeinanderfolgenden Jahren (1921-22) möglich und trotz einer Hungersnot, der rund 5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Erstaunlicherweise setzte unmittelbar darauf ein jedes Erwarten übertreffendes Wachstum der Bevölkerung ein, wodurch alle Verluste weit mehr als ausgeglichen wurden. Mit über 4 Millionen Geburten pro Jahr erlebte Russland die grössten Vermehrungsraten der Bevölkerung in seiner ganzen Geschichte.

Mit der NEP tauchte ein neuer sozialer Typus auf, der Nepmann, der kleine Privatunternehmer, der im Einzelhandel und im Gewerbe viel Initiative bekundete. Sofern er private Angestellte beschäftigte, z.B. Dienstboten, und somit «menschliche Arbeitskraft ausbeutete», verlor er das Wahlrecht, was ihn in der Regel aber nicht bedrückte; zur wirtschaftlichen Erholung hat er viel beigetragen.

Die soziale Gliederung der Gesellschaft hatte sich trotz der Entmachtung und Enteignung der ehemaligen Oberschicht im ersten Jahrzehnt der Sowjetherrschaft weniger gewandelt als es den An-

schein haben mochte. Sie hat sich am Ende der NEP-Periode wahrscheinlich von der des späten Kaiserreiches nicht wesentlich unterschieden. Der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der erwerbstätigen Bevölkerung war 1928 etwa ebenso hoch wie 1913 (rund 17%); der Anteil der Bauern hatte sich erhöht (von 65% auf 73%) und gleichzeitig war auch die Zahl der Bauernhöfe gestiegen (von 16,5 Millionen auf 26 Millionen); der Anteil der «Kapitalisten» (jetzt Nepmänner) war natürlich zurückgegangen (von 18% auf 4,5%).

Während er im Bereich des Wirtschaftlichen notgedrungen Konzessionen machte, zog Lenin, begünstigt durch die Beendigung des Bürgerkrieges und die Stabilisierung der Macht, im Politischen die Zügel noch straffer, nun auch auf kulturellem Gebiet. Diesem war bisher am wenigsten Beachtung geschenkt worden.

Die Träger des erwähnten kulturellen Auftriebes wurzelten, auch wenn sie als Exponenten der Revolution erschienen, gleichwohl in der vorbolschewistischen Zeit, entstammten in der Regel nicht der proletarischen Sphäre und «lagen» oft nicht richtig. Alexander Blok hat mit seinen berühmten «Die Zwölf» (dwe-nadzatj) so viele Rätsel aufgegeben, dass die Sowjets sich bis heute nicht schlüssig darüber sind, ob er die Revolution «akzeptiert» hat oder nicht.

Hier griff jetzt die Partei durch. In der Periode der NEP setzte im kulturellen Sektor eine systematische Säuberung ein. Der Geist wurde gleichgeschaltet. Die Schriftsteller wurden unter scharfe Kontrolle gestellt und mussten sich alle halbe Jahre Erlaubnis-scheine zum Schreiben beschaffen. In einer Resolution des ZK (1925) wurde das verbindliche Recht der Partei postuliert, alle Schriftsteller zu kontrollieren und überall in das Kulturleben einzugreifen. «Hier war die Revolution zu Ende, aufgefangen durch das Dekret.» (Geyer.)

In den zwanziger Jahren fand die grosse, z.T. legale Auswanderung des Geistes aus der Sowjetunion statt. Zahlreiche Dichter, darunter der spätere Nobelpreisträger Bunin, gingen ins Ausland. Auch der Sozialdemokrat Górkij ist damals emigriert. Andere wurden als Konterrevolutionäre erschossen (Gumiljow), viele sind später in den dreissiger Jahren einfach verschwunden



(Pilnják, Bábelj, Tretjakow u.a.), wieder andere machten freiwillig ihrem Leben ein Ende (Jessénin, Majakowskij, Zwetájewa u.a.). In den zwanziger Jahren begann in der Sowjetunion die Zeit, da «alle Dichtung aufhörte zu existieren ... als Jessénin sich erhängte, als kurz gesagt die Literatur am Ende war» (Pasternak). In der Periode des NEP mussten auch berühmte Philosophen, Theologen und Historiker wie Berdjájew, Bulgákow, Karsawin, Frank, Stepún, Rostowzew, Wernadskij ihre Heimat verlassen, weil es für sie dort kein Wirkungsfeld mehr gab. Die Bolschewiken gingen jetzt daran, sich eine neue Intelligenz heranzuzüchten, die ganz auf ihrer Linie lag. Der Kirchenkampf wurde verschärft, um jeden Einfluss von geistlicher Seite auszuschalten. Die Geistlichen aller Konfessionen verloren ihre staatsbürgerlichen Rechte, viele wurden verhaftet, z.T. umgebracht. Alle religiöse Literatur wurde sistiert, kirchliche Lehranstalten und Klöster geschlossen und eine «Liga kämpferischer Gottloser» zur endgültigen Ausrottung der Religion geschaffen (1925).

Die Hochschulen, die zunächst allen Interessenten ohne Rücksicht auf Vorbildung zugänglich gemacht worden waren, wurden unter strengste Kontrolle gestellt und in marxistische Institute umgewandelt, die Zulassung zum Studium von der proletarischen Herkunft abhängig gemacht, Studenten und Professoren der gleichen, mit härtesten Strafen erzwungenen Arbeitsdisziplin unterworfen wie die Arbeiter in den Fabriken. Jetzt wurde auch das kulturelle Leben in der Sowjetunion linientreu, einförmig, trübe und grau. Andererseits wurde die Volksbildung gefördert und das Analphabetentum systematisch und mit grossem Erfolg durch Erwachsenenurse bekämpft<sup>1</sup>. In diesem Punkt hatten die Bolschewiken aus den Fehlern des Zarismus gelernt und in ihrer Bildungspolitik den Nachdruck auf Breitenwirkung und auf den Elementarunterricht gelegt. Die anarchischen Zustände in den Schulen wurden durch Wiedereinführung der Schuldisziplin und des Schulzwanges (ab 1925) überwunden.

<sup>1</sup> Nach den offiziellen Zählungen gab es im Jahre 1897 in Russland 76% Analphabeten, 1926 – 49%, 1931 – 19% und 1959 – 1/5 %.

In der Periode der wirtschaftlichen Konzessionen ist das totalitäre Herrschaftssystem als Vorbild für ähnliche Systeme unter anderem Vorzeichen so ausgebaut worden, dass es den ganzen Menschen bis in seine privateste Sphäre hinein erfasste. Lenin herrschte despotischer als je ein russischer Kaiser oder moskowitischer Zar vor ihm. In einem wesentlichen Punkt war sein Despotismus vom zarisch-kaiserlichen allerdings verschieden. Lenins Herrschaft war – trotz allem! – volksnah und wurde ohne Zweifel auch so empfunden. Nicht allein deshalb, weil der Theorie nach das Proletariat «herrschte» und auch nicht, weil die Machthaber, mit Lenin an der Spitze, ihrer äusseren Erscheinung und ihrer Lebensführung nach sich damals betont proletarisch gaben. Auch innerlich war die neue herrschende Schicht nicht annähernd so weit von den Massen des Volkes entfernt wie die alte. Das Krebsübel der kaiserlichen Zeit, die Kluft zwischen Oberschicht und Volk war, zumindest im subjektiven Bewusstsein, weitgehend überbrückt.

Objektiv lastete der neue Despotismus aber schwerer auf den Menschen als der alte, zumal auch er fremd wirkende «unrussische» sachlich-europäische Züge hatte. Lenin lag es – wie Peter dem Grossen – immer mehr an der Sache als an den Menschen: Er verlangte, dass jeder für nichts anderes lebe als für die Sache, d.h. die Revolution. Um das zu erreichen, benutzte er jedes Mittel ohne moralische Hemmungen und ohne jede Rücksicht auf die Gefühle der anderen, wie z.B. in seinem Kampf gegen Kirche und Religion. Alles wurde in sein revolutionäres System gezwungen. Von einer funktionierenden Unordnung konnte man jetzt nicht mehr sprechen, eher von einer vielfach nicht oder noch nicht funktionierenden neuen Ordnung.

Bereits in dieser Periode begannen die grossen Schauprozesse mit ihren grauenhaften Begleiterscheinungen; gleichzeitig begannen auch die Parteireinigungen, allerdings zunächst nur auf dem Wege massenweiser Ausstossung hauptsächlich kleinerer Funktionäre und Mitläufer aus der Partei. Die physische Liquidierung von Widersachern bzw. Rivalen an der Parteispitze setzte erst in den dreissiger Jahren unter Stalin ein.

Den Übergang zur NEP hatte Lenin u.a. mit der «Verspätung einer internationalen Revolution» gerechtfertigt. Wie erwähnt,

war es für ihn eine besonders schwere Enttäuschung, dass die erwartete Revolution in Deutschland ausgeblieben war. Er zog die Konsequenzen daraus. Nachdem sein Versuch, die sowjetische Aussenpolitik auf völlig neue Grundlagen zu stellen und unmittelbar in die Hände der «Völker» und organisierten Arbeiter zu legen, gescheitert war, kehrte er, zumindest bedingt, zu der traditionellen Methode internationaler Diplomatie zurück. Er ernannte einen ehemaligen zarischen Berufsdiplomaten, G. W. Tschitschérin (der väterlicherseits einer angesehenen russischen Aristokratenfamilie und mütterlicherseits dem deutsch-baltischen Adel entstammte), zum Aussenkommissar (1918). Seither lief die Sowjetaussenpolitik zweigleisig: offen als nationale Grossmacht-politik über das Aussenministerium und getarnt (und als solche geleugnet) als internationale Revolutionspolitik über die Komintern. Je nachdem, wie die Verhältnisse es verlangten, wurde das Schwergewicht auf das eine oder auf das andere Gleis verlagert.

Die NEP musste auch ihre Entsprechung in der Aussenpolitik haben. Um die auf die Dauer unerträgliche Isolierung zu durchbrechen, in die Russland seit dem bolschewistischen Umsturz geraten war, warf Lenin auch in der Führung der Aussenpolitik das Steuer herum. An den Illusionen einer «proletarischen Diplomatie» von Volk zu Volk oder gar von Partei zu Partei konnte nicht mehr festgehalten werden. Jetzt galt es, zumindest ein Auskommen mit den «kapitalistischen» Staaten zu finden. Das war nur auf dem Wege der konventionellen Diplomatie möglich, und dafür fand Lenin in Georgij Tschitschérin, einem alten Bolschewiken, den rechten Mann. In der nunmehr von Tschitschérin geleiteten Aussenpolitik wird man wohl eine «praktische Voraussetzung für die Ausformung der sowjetischen Koexistenzidee» (Ruffmann) sehen können; einen Verzicht auf die weltrevolutionäre Zielsetzung bedeutete sie gewiss nicht. Im Zuge dieser Politik beteiligten sich die Sowjets an den grossen internationalen Konferenzen des Jahres 1922 in Cannes (Januar), Genua (April), Den Haag (Juni) und Lausanne (November). Im gleichen Jahr schloss Tschitschérin den Rapallo-Vertrag mit Deutschland und erreichte damit die de jure-Anerkennung durch das Deutsche Reich. Vorher waren schon Verträge mit Persien, der Türkei und

Afghanistan geschlossen worden. Die de facto-Anerkennung durch die übrigen Grossmächte erzielte Lenin zunächst auf dem Wege von Handelsverträgen. Bald folgte ihnen auch die de jure-Anerkennung, zuerst durch Italien (1923), dann durch England (1924), Frankreich (1924) und Japan (1925). Nur die USA zögerten bis 1933 damit. Auf der Ebene des neuen aussenpolitischen Kurses lag auch die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee (seit 1921), die Begründung deutscher Rüstungswerke auf dem Boden der Sowjetunion und die Ausbildung deutscher Offiziere (Guderian) in sowjetischen Kriegsschulen und sowjetischer Generalstäbler (Shúkow) in Berlin.

In die Mitte der Periode der NEP (1921-1927) fiel der Tod Lenins (Januar 1924). Er hatte seinen ersten Schlaganfall bereits 1922 erlitten und war seit seinem dritten Schlaganfall (März 1923), d.h. fast sein ganzes letztes Lebensjahr rechtsseitig vollständig gelähmt und in der Sprache stark behindert. Seine Autorität innerhalb der sowjetischen Führerschaft war aber so gross, dass zu seinen Lebzeiten niemand daran gedacht hat, an die Stelle des Schwerkranken zu treten. Aber ein hintergründiger, ohne Kenntnis der Parteiöffentlichkeit geführter, erbitterter Kampf um seine Nachfolge setzte schon zu seinen Lebzeiten ein. Den grössten Anspruch darauf, sein Erbe anzutreten, hatte jedenfalls Trózkij. In den Kreisen der Altbolschewiken misstraute man aber dem eigenwilligen und den anderen geistig überlegenen Mann. Lew Davidowitsch Trózkij, ein Altersgenosse Stalins (geb. 1879), war der Sohn eines jüdischen Gutsbesitzers in der Ukraine. Sein richtiger Name war Leo Bronstein. Er zeichnete sich durch die Schärfe seines Intellekts, grosse Wendigkeit und Streitbarkeit und eine nie erlahmende Freude an zugespitzter Polemik aus. Auch in bürgerlichen Kreisen galt er als einer der besten Journalisten seiner Zeit; sein Spitzname war Pero (die Feder). Immer hatte er dazu geneigt, seine eigenen Sonderwege zu gehen. Als Gegengewicht gegen ihn und mit dem offenbaren Ziel, sein Aufrücken in die Position Lenins zu verhindern, bildete sich eine Dreiergruppe (Tröjka) aus dem Generalsekretär der Partei, der den Apparat beherrschte (Stalin), dem Vorsitzenden des Moskauer Sowjets (Kámenew) und dem Vorsitzenden des Petrograder, jetzt Lenin-

grader Sowjets (Sinówjew). Dem sich durch Jahre hinziehenden, nunmehr offenen Machtkampf zwischen der Trójka und Trózkij und später zwischen Stalin und seinen Trójka-Genossen ist in manchen Darstellungen grosse Beachtung geschenkt worden. Hier interessiert er nicht. Umso wichtiger war aber das Ergebnis.

Zuerst unterlag Trózkij, wurde nach Mittelasien verbannt (1927) und schliesslich des Landes verwiesen. Sodann verstand es Stalin, alle seine Rivalen in der Partei und im Staat zu überspielen, so dass er seit 1927, formell nur Generalsekretär der Partei und ohne Staatsamt, faktisch die alleinige Macht in seinen Händen hielt. Wichtig war ferner der im Hintergrunde dieses persönlichen Machtkampfes stehende grundsätzliche Gegensatz. Trózkij, ein Verfechter der sog. «permanenten Revolution», vertrat die Ansicht, dass die Sowjetherrschaft in Russland nur durch die Ausweitung der Revolution auf die anderen Mächte zu erhalten sei, während Stalin die These vom Sozialismus in einem Lande verfocht. Dieser an sich alte Streit hatte längst seinen akademischen Charakter verloren und eine im höchsten Grade praktisch-politische Bedeutung erhalten. Denn es ging um die Frage, wofür die verfügbaren Mittel verwandt werden sollten, zur Stärkung der kommunistischen «Fünften Kolonne» in aller Welt auf dem Wege über die Komintern oder zur politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Stärkung der Sowjetunion durch Aufrüstung und Steigerung des staatlichen Machtpotentials.

Mit dem persönlichen Triumph Stalins über Trózkij war auch diese Grundsatzfrage im Sinne Stalins entschieden.

## 5. STALINS «ZWEITE REVOLUTION

Es ist üblich geworden, die Regierungstätigkeit Stalins im ersten Jahrzehnt seiner Alleinherrschaft (1928-1937) als zweite Revolution zu bezeichnen. Allerdings ist es zweifelhaft, ob von oben dekretierte, mit staatlichen Machtmitteln durchgeführte umwälzende Massnahmen überhaupt als Revolutionen bezeichnet werden können. Deshalb wird das Wort in diesem Zusammenhang in Anführungsstriche gesetzt. Die Stalinsche «Revolution» ist durch die zwei Worte «Zwangskollektivierung» und «Zwangsindustrialisierung» gekennzeichnet und hat die Sowjetunion aus einem rückständigen, durch Revolution, Bürgerkrieg und Not in seiner Entwicklung noch mehr zurückgeworfenen Agrarstaat in einen hochtechnisierten, modernen Industriestaat verwandelt, der auch auf dem flachen Lande den bäuerlich-dörflichen Charakter verlor. Dieser Prozess ist von einem so tiefgreifenden und so weitreichenden politisch-sozialen Strukturwandel begleitet gewesen, dass man in einiger Übertreibung gemeint hat, die «zweite Revolution» sei «in ihren Zielsetzungen und Auswirkungen viel radikaler und umwälzender gewesen als die erste» (Deutscher). Man wird dabei aber nicht übersehen dürfen, dass viele, wenn nicht die meisten dieser Auswirkungen Folgeerscheinungen der ersten Revolution waren und dass Stalin in jedem Betracht ein Erbe Lenins war, auch wenn er in seiner Praxis vielfach von den Zielsetzungen und Methoden seines Vorgängers abwich.

Lenin hat nur fünf Jahre regiert, – ohne die Zeit, da er ohne Sprache war, nur vier Jahre. Das bedeutet nur einen Bruchteil der Regierungszeit sämtlicher Herrscher über Russland, die eine Bedeutung erlangt haben. Im Hinblick auf die weltgeschichtliche Wende, die er in so kurzer Zeit hervorrief, ist er wohl nur mit Cäsar vergleichbar, der bekanntlich, nachdem er den Rubikon überschritten hatte, auch nur vier Jahre regierte. Stalin ist dagegen fünfundzwanzig Jahre lang Alleinherrscher Russlands bzw. der Sowjetunion gewesen (1928-1953). Allein durch diese Tatsache waren den Auswirkungen seiner Massnahmen ganz andere Voraus-

setzungen gegeben. Stalin hat, ohne eine zeitweilige wirtschaftliche Katastrophe sondergleichen zu scheuen, dort angesetzt, wo Lenin beim Übergang zur NEP abgebrochen hatte, um eine solche Katastrophe zu vermeiden. Nichts von dem, was Stalin getan hat, wäre ohne Lenins Vorauszug möglich gewesen. Gleichwohl waren beide Revolutionen voneinander sehr verschieden.

Lenin hat eine Revolution von unten gemacht, er hat den weitaus grössten Teil seines Lebens gegen den Staat und seine Machtmittel gekämpft und hat, selbst zur Macht gelangt, versucht, das revolutionär Gewonnene autoritär zu sichern. Stalin machte seine «Revolution von oben», die er übrigens selbst als sein grösstes Verdienst um die Sache des Kommunismus erachtete, mit Hilfe staatlicher Machtmittel und mit einem bereits funktionierenden weit verästelten Polizeiapparat. Stalins «Revolution» haftete nichts Anarchisches mehr an, nichts Fesselsprengendes oder Kettenzerreisendes. Weder die Fesseln des Geldes noch die Ketten des Staates sollten jetzt noch beseitigt werden. Stalin schmiedete durch seine «Revolution» neue Ketten und legte neue Fesseln an; er stabilisierte die Macht, den Staat und das Geld und schuf eine neue Herrschaftsschicht als gefügiges «Werkzeug der Staatsdisziplin». Stalin hat sowohl an Lenin wie an Peter den Grossen angeknüpft, der ebenso wie er eine «Revolution von oben» gemacht hatte. Wie Peter gab Stalin nach seinen eigenen Worten «dem Lande die Sporen», um es ohne jede Rücksicht auf Opfer an Menschen und an materieller Substanz mit brutaler Gewalt vorwärtszutreiben und eine möglichst weitgehende technische und wirtschaftliche Angliederung an den Westen zu erreichen.

Mit seiner forcierten Industrialisierungspolitik knüpfte Stalin auch an Witte an wie überhaupt an die politisch-wirtschaftliche Praxis der grossen «Westler» in Russland. Gleichzeitig hielt er sich an vorpetrinisch-moskowitzische Traditionen und damit an asiatisch-tatarische Herrschaftselemente in der Vergötzung der eigenen Person, in der Gleichsetzung des staatlichen mit dem persönlichen Interesse und in der Ausrottung der Grossen um sich herum. Mit seiner Hinwendung zur russischen Vergangenheit und deren Verherrlichung und mit der Missachtung der westlichen (kapitalistischen) Welt blieb Stalin auch slawophil-panslawistischen Tradi-

tionen treu; nach glaubwürdigem Zeugnis gehörte der durch und durch unmarxistische Daniléwskij zu seiner Lieblingslektüre. Insofern stand Stalin in vieler Hinsicht in der russischen Tradition, sowohl in der zarisch-kaiserlichen wie in der revolutionären.

Stalin ist als Jossif Wissarionowitsch Dshugaschwili (geb. 1879 in Gori bei Tiflis) in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen. Sein Vater war ein jedenfalls untüchtiger, dem Trünke ergebener georgischer Schuster, der sich als selbständiger Handwerker nicht durchsetzte und infolgedessen Arbeiter in einer Schuhfabrik in Tiflis wurde. Seine Mutter war Ossetin und gehörte somit einem von den Alanen abstammenden Volkssplitter an, der im Zuge der Völkerwanderung im Kaukasus hängengeblieben und dort der Vernichtung entgangen war; er zählt nur noch rund 350'000 Köpfe. Nach dem Tode seines Vaters, den er elfjährig verlor – auch seine drei älteren Geschwister starben schon früh –, wurde der junge Jossif fünfzehnjährig auf Grund eines Stipendiums Zögling in einem griechisch-orthodoxen geistlichen Seminar, in dem er vier Jahre blieb. In der drückenden und ungesunden Seminar-Atmosphäre voller Heuchelei, Intrigen und Unaufrichtigkeit wurde er bereits als Jüngling mit revolutionären Ideen und mit marxistischen Schriften bekannt. Nach seinem Ausschluss aus dem Seminar (1899) widmete er sich ganz der Revolution als Glied der SD-Partei, nach deren Spaltung in der bolschewistischen Fraktion. Sein revolutionärer (georgischer) Name war Koba, der so viel bedeutet wie «der Unbeugsame» und ihn gewiss treffend charakterisierte. Erst etwa zwölf Jahre später legte er sich den russischen Tarnnamen Stalin (der Stählerne) zu.

Im Unterschiede zum neun Jahre älteren Lenin und zu seinem Altersgenossen Trózkij, wie überhaupt zur geistigen Führerschaft der Partei, emigrierte Koba nicht. Sein Wirkungsfeld blieb seine engere kaukasische Heimat, seine Umwelt – die niederen sozialen Schichten, zumal die Arbeiterschaft. Er selbst hat aber nie manuell gearbeitet. Nur ganz vorübergehend war er in Wien (1913), um dort die Nationalitätenfrage zu studieren, die seither sein Spezialgebiet wurde. Bereits damals setzte er sich in Polemiken mit österreichischen Sozialdemokraten und mit Trózkij für eine nationale Autonomie auf territorialer, nicht auf personaler Grund-



lage ein. Als Volkskommissar für Nationalitätenfragen hat er nach dem bolschewistischen Umsturz an diesem Prinzip festgehalten.

Bis zum Umsturz hat Koba sich vorwiegend als praktischer Revolutionär betätigt, mit Erfolg Streiks, gelegentlich auch Aufstände und sog. «Exen» organisiert, Expropriationen, d.h. Überfälle auf Geldinstitute bzw. Geldtransporte, um die Parteikasse aufzufüllen. Er ist dabei immer wieder, im Ganzen siebenmal, verhaftet und nach Sibirien verschickt worden. Sechsmal gelang es ihm in seiner zähen Unbeugsamkeit wieder zu fliehen und in der Heimat unterzutauchen, das siebente Mal befreite ihn die Amnestie der Provisorischen Regierung (1917). Dank seiner Aktivität als «unermüdlicher Kämpfer an der Heimatfront» (Rauch) lenkte er die Aufmerksamkeit Lenins auf sich, der ihn noch vor Ausbruch des Krieges in das Zentralkomitee der Partei (ZK) wählen liess.

Als Theoretiker war Stalin für niemanden interessant und wurde auch nach dem Umsturz als solcher nicht ernstgenommen. Noch in den zwanziger Jahren, als er sich auf einer Versammlung in theoretische Erörterungen mit Trózkij einliess – er war damals noch nicht allmächtig und somit noch nicht unfehlbar –, wurde er nach einem Bericht von einem Zwischenrufer (Prof. Rjasánow) mit den Worten unterbrochen: «Halt ein, Koba. Überanstreng dich nicht! Die Theorie ist nicht dein Feld.»

Die Rolle Stalins im Jahre 1917 und sein Anteil am bolschewistischen Umsturz sind in der Zeit seiner Diktatur ungeheuer übertrieben und entsprechend heroisiert worden. Die neueste sowjetische Version zeigt bereits ein vollständig anderes Bild. Im grossen Geschichtsabriss der letzten Ausgabe der Sowjetenzyklopädie (1957, Bd. 50) wird im Kapitel über die bolschewistische Revolution der Name Stalin überhaupt nicht genannt. Gleichwohl bleibt die Tatsache bestehen, dass er damals zum kleinen, nur zwölfköpfigen obersten Parteigremium gehört hat, das zu allen wichtigen Entscheidungen herangezogen wurde. Aber Stalin war immer ein sehr vorsichtiger Mann und ist offenbar gerade in diesen Tagen, da niemand wissen konnte, wohin der Weg führt, besonders vorsichtig gewesen. Trózkij bemerkt bissig dazu, dass Stalins Anteil «umso geringer war, je höher die Wogen der Ereignisse gingen».

Vieles im Leben Stalins liegt im Dunkeln, da aus der Zeit bis zum Tage des Umsturzes fast gar keine Dokumente vorhanden sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist von einem in die freie Welt übergetretenen ehemaligen NKWD-General und sowjetischen Staatsanwalt (Alexander Orłow) die Behauptung aufgestellt worden, Stalin hätte auch als Polizeiaгент gearbeitet. Das ist nicht zu überprüfen. Jedenfalls war es auffällig, dass er nach dem missglückten Juliaufstand (1917), als die anderen bolschewistischen Führer sich verbergen mussten bzw. verhaftet wurden, frei und unbehelligt in Petrograd blieb (vgl. S. 574).

Zu Lebzeiten Lenins hat Stalin sich bewusst im Schatten seines Meisters gehalten, ist aber bei entsprechender Rückendeckung jederzeit bereit gewesen, gegen jeden, den er für einen Feind hielt, in brutalster Weise vorzugehen. Als er während des Bürgerkrieges als politischer Kommissar zusammen mit dem späteren Marschall und nachmaligen Präsidenten Woroschilow Zarizyn verteidigte (Stalingrad, heute Wolgograd), hat er auf die Weisung Lenins, auch hinter der eigenen Front aufzuräumen, mit den für ihn typischen Worten geantwortet: «Meine Hand wird nicht zittern» (ruka ne drognet). Stalins Hand hat nie gezittert.

Im April 1922 – einen Monat vor Lenins Schlaganfall – wurde dem 43jährigen Stählernen das neugeschaffene Amt eines Generalsekretärs (Gensek) übertragen. Als solcher hat Stalin es verstanden, in systematischer und zielsicherer Arbeit und im Widerspruch zu den ihm zugewiesenen Aufgaben und Kompetenzen, einen durchorganisierten Parteiapparat aus von ihm persönlich abhängigen Funktionären zu schaffen. Bereits vorhandene bzw. potentielle Gegner wurden entfernt. Nach eigenen Angaben hat Stalin im Laufe von zwei Jahren 10'000 Postenneubesetzungen vorgenommen.

Im Unterschied zu allen anderen hervorragenden Gestalten der russischen Geschichte einschliesslich Lenins entzieht sich Stalin als Mensch weitgehend einer Beurteilung und damit einer Charakterisierung; von seinem persönlichen Leben ist so gut wie nichts bekannt. Auch seine später (1966) in den Westen geflüchtete Lieblingstochter Swetlana hat in ihren Erinnerungen nichts Wesentliches über seine Person ausgesagt. Schon als Knabe war er

verschlossen und in sich zurückgezogen; bei seinen Kameraden wie später bei seinen Genossen nicht beliebt, wohl aber gefürchtet. Nur ein einziger Privatbrief von ihm ist bekanntgeworden.

Der Schöpfer des sowjetischen Partei- und Machtapparates, der Erfinder und Erzieher der Apparatschiki, war im Grunde selbst, wie einer seiner Biographen sich ausdrückt, «stets nur eine Funktion der Politik» (Just). Nach dem, was wir über sein Leben wissen, liess er bei einem einzigen Anlass eine menschliche Regung erkennen. Nachdem er seine zweite Frau, Nadéshda Allilújewa, durch seine Brutalität in den Tod getrieben hatte – sie beging Selbstmord nach einer Auseinandersetzung mit ihm (1932) –, bot er unter dem Eindruck dieses Ereignisses – das einzige Mal in seinem Leben! – seinen Rücktritt an, den das Politbüro natürlich nicht annahm. Sonst war und blieb er «die Kopfschraube» im Apparat. Aber nicht allein das: er beherrschte auch den Apparat. Dank diesem Apparat übte er mit sicherem, durch keine Skrupel gehemmten Machtinstinkt länger als ein Vierteljahrhundert seine Totalitärherrschaft aus.

Bei seinem Kampf um die Alleinherrschaft war Stalin bis zu einem gewissen Grade durch das Testament Lenins (aus dem Jahre 1922) gehemmt. Darin hatte Lenin im Hinblick auf seine Nachfolge eine kurze Charakteristik seiner nächsten Mitarbeiter gegeben. Er bezeichnete Trózkij und Stalin als die beiden Begabtesten, äusserte aber Bedenken gegen Trózkij wegen dessen «zu weit reichenden Selbstbewusstseins» und gegen Stalin, weil er befürchtete, dass der Generalsekretär (Gensek) der Partei die «gewaltige Macht in seinen Händen . . . nicht mit genügend Behutsamkeit benutzen» würde. In einem später (1923) hinzugefügten Zusatz schlug Lenin vor, Stalin von diesem Posten zu entfernen und durch einen «geduldigeren, loyaleren, höflicheren Genossen» zu ersetzen. Dieses für alle Beteiligten heikle Testament wurde erst vier Monate nach Lenins Tod im Zentralkomitee verlesen; dem Parteikongress ist es nicht und der Öffentlichkeit erst viel später in einzelnen Auszügen bekanntgegeben worden. Bei der sich daraus ergebenden, für die Weiterentwicklung der Sowjetunion ungeheuer wichtigen Entscheidung des ZK wurde Stalin durch seinen damaligen Trójka-Genossen Sinówjew gerettet (den er

später, als er fest im Sattel sass, liquidieren liess). Das Ergebnis war, dass Stalin Gensek blieb und entgegen der Warnung Lenins die Macht in seinen Händen behielt.

In der Ausnutzung dieser Macht ist Stalin zunächst, gleichsam um Lenins Bedenken zu entkräften, sehr behutsam gewesen. Er liess sich Zeit und schlug immer erst dann zu, wenn er glaubte, damit kein persönliches Risiko mehr einzugehen – dann aber umso furchtbarer. Auch darin knüpfte er an altmoskowitzische Traditionen an. Seine «Revolution» hat sich wie die Grósnjys durch viele Jahre hingezogen; es war, als ahnte er, dass ihm vom Schicksal ein so langes Leben beschieden sei wie keinem anderen Herrscher über Russland in seiner ganzen Geschichte.

Der Prozess der «Revolution von oben» spielte sich gleichzeitig auf drei Ebenen ab: herrschaftspolitisch im Kampf an der Partei- und Staatsspitze um die alleinige Macht zur ungehemmten Durchsetzung der sog. Generallinie; wirtschaftspolitisch in dem mit Polizeimitteln geführten Kampf gegen das bäuerliche Privateigentum zur Kollektivierung der Landwirtschaft und im engsten Zusammenhang damit in der forcierten Industrialisierung; aussenpolitisch durch die Stabilisierung und Ausweitung der realen Macht des Sowjetstaates.

Die sog. Säuberung (tschistka) in den Führungsgremien von Staat und Partei hat in der Welt grösseres Aufsehen erregt als manche wichtigen wirtschaftspolitischen Massnahmen, weil sie – mit einer Ausnahme – ihren Niederschlag in öffentlich geführten Schauprozessen fand. Diese politisch, juristisch und psychologisch höchst interessanten Vorgänge, die ihre besondere Note durch die unglaublichen Anklagen (Verschwörung, Spionage, Absicht Stalin zu ermorden und den Kapitalismus in Russland einzuführen) und durch die noch weniger glaubwürdigen Selbstbezeichnungen der Angeklagten erhielten, brauchen uns im Einzelnen hier nicht zu beschäftigen. Taktisch ging Stalin dabei so vor, dass er sich mit einer Gruppe seiner Mitarbeiter verbündete, um die andere zu beseitigen und sich anschliessend mit dem gleichen Ziel gegen die Verbündeten und Helfer von gestern zu wenden. Ideologische Meinungsstreitigkeiten wurden unter der Bezeichnung einer linken bzw. rechten Abweichung zum Anlass genom-

men, ein Verfahren zu eröffnen. Es war ein ideologisch getarnter reiner Machtkampf.

Die Säuberungsprozesse zogen sich vom Ende der zwanziger bis ans Ende der dreissiger Jahre. Zunächst wurden die Beschuldigten nur mit Ausschluss aus den Parteigremien bzw. aus der Partei selbst, gegebenenfalls mit Verschickung bestraft. Seit seine Machtposition unanfechtbar geworden war, ging Stalin zu drastischeren Methoden über. Aus den Erfahrungen seines eigenen Lebens und denen seiner Revolutionsgenossen hatte er den Schluss gezogen, dass im innerpolitischen Machtkampf das einzige verlässliche Mittel weder die Inhaftierung der Gegner noch deren Verbannung, noch deren dauernde Überwachung, sondern nur ihre physische Vernichtung sei, besonders dann, wenn diese Gegner Träger von Ideen sind. Danach hat Stalin auch gehandelt.

Seit der Mitte der dreissiger Jahre wurden alle zu Recht oder zu Unrecht Beschuldigten ausnahmslos liquidiert. Die so geführte Säuberung traf zuerst die Parteiführerschaft in mehreren Etappen: Gruppe Sinówjew, Kámenew (1936), Gruppe Pjatakow, Radek (1937), Gruppe Buchárin, Rýkow, Krestinskij (1938); sie traf dann die Führerschaft der Roten Armee, die Marschälle Tucha-tschéwskij, Jegorow, Blücher und viele andere (1937) – dieser Prozess wurde geheim geführt –, und sie traf schliesslich die Führerschaft der Terrororganisation, mit deren Hilfe die Liquidierung der anderen überhaupt erst möglich geworden war, der GPU bzw. des NKWD: Jagoda, Jeshow u.a. (1938). Im Ergebnis war so gut wie die gesamte radikale Intelligenzia, die den bolschewistischen Umsturz ideell vorbereitet und faktisch durchgeführt hatte, durch Stalin ausgerottet. Von 140 auf dem Parteitag von 1934 in das ZK gewählten Mitgliedern waren drei Jahre später nur fünfzehn auf freiem Fuss, der weitaus grösste Teil liquidiert. Von der alten Garde der Bolschewiken hatte Stalin nur Mólotow verschont, der während der ganzen Zeit Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Regierungschef) war, einen ebenso verlässlichen wie sturen und arbeitsamen Anhänger; verschont blieben ausserdem der Stalin immer gefügig gewesene Woroschilow und schliesslich der blasse und sich ganz zurückhaltende Präsident der Sowjetunion während der Säuberungszeit, Kalinin. Die unter

Stalin bereits in die Führerschaft nachrückende Generation, auf die der rote Diktator sich bei seiner Vernichtungsaktion stützte (Shdanow, Mikoján, Malenków, Chruschtschów u.a.), ist so oder anders an ihr beteiligt gewesen. Die Rote Armee, an deren «Enthauptung» wahrscheinlich indirekt auch die Nationalsozialisten (Heydrich) durch Lieferung gefälschten belastenden Materials mitgewirkt haben, ist damals in ihren höchsten Dienstgraden im Heer um 75%, in der Marine sogar um 90% dezimiert worden. Die Gesamtzahl der liquidierten Offiziere wird auf 20'000 geschätzt. Doch auch die Rote Armee war damals in ihrer Organisation und ihrem inneren Bestand so gefestigt und durch Nachwuchskräfte gesichert, dass sie wie der Partei- und Staatsapparat, entgegen allen anderen Voraussagen, diesen furchtbaren Aderlass ohne spürbare Schwächung überstehen konnte. Parallel zur Säuberung der Führungsgremien lief eine alle bisherigen Ausmasse übertreffende Säuberung der Gesamtbevölkerung (tschistka), der Angehörige aller Berufsschichten zum Opfer fielen. Nach zuverlässigen Schätzungen befanden sich in der Zeit zwischen 1936 und 1938 8 Millionen Menschen in Untersuchungsgefängnissen und speziell zu diesem Zweck angelegten Straflagern (KZs) in Nordrussland und in Sibirien.

Die unmittelbare Folge dieses Terrors von oben war die aus zitternder Angst um die eigene Existenz und um das nackte Leben geborene, alles Mass übersteigende, kriecherische Verherrlichung Stalins, der nachträglich von Chruschtschów gezeisselte Personenkult, über den es jetzt in der Sowjetenzyklopädie (1957) heisst: «Der dem Marxismus-Leninismus fremde Kult der Persönlichkeit Stalins führte zu einer Minderung der Rolle der Partei und des ZK und der Rolle der Volksmasse... was wiederholt Abweichungen von den Leninschen Normen des Parteilebens zur Folge hatte, zur Vernachlässigung der Arbeit und zu grössten Übertretungen der sozialistischen Gesetzmässigkeiten führte. Der Personenkult hat der kommunistischen Partei und der sozialistischen Gesellschaft ernststen Schaden zugefügt, aber die Natur des sozialistischen Aufbaus des Landes konnte er nicht ändern und hat er nicht geändert.»

International hat weniger der Personenkult als der «Stalinismus» an sich dem Sowjetregime und seinem Ansehen in der Welt

ernsten Schaden zugefügt. Die vorhin erwähnte Anziehungskraft des bolschewistischen Experimentes auf die geistige Elite der Welt schwand in der Ära Stalin dahin, als immer deutlicher wurde, dass das scheinbare Experiment eines Glückswillens in Wirklichkeit das Experiment eines Machtwillens war. Der spanische Bürgerkrieg (1936-1939) wurde in dieser Hinsicht zum «Damaskus» für viele grosse Idealisten, die sich wohl für die kommunistische Idee begeisterten, nicht aber für den stalinistischen Machtstaat. Diese sagten sich jetzt vom Kommunismus Moskauer Prägung los und wurden z.T. zu seinen erbittertsten Gegnern, nachdem sie erkannt hatten, dass Stalin immer wieder bereit war, die Sache des internationalen Kommunismus den Machtinteressen der Sowjetunion zu opfern. Stalin hatte sogar im ertschweren Kriege unter den nicht moskauhörigen Streibern für eine Weltrevolution – zumal unter den Trozkisten – eine regelrechte Säuberungsaktion *more moscovitico* in die Wege geleitet und weitgehend auch durchgeführt. Der Schlussakt und gleichsam die Krönung dieser Aktion war die Ermordung Trózkis in Mexiko durch einen speziell zu diesem Zweck in Moskau ausgebildeten Agenten (August 1940).

Der materielle Inhalt des Stalinismus lag in der Wirtschaftspolitik. Wie erwähnt vertrat Stalin im Gegensatz zu Trózkij und der sog. linken Abweichung die These vom «Sozialismus in einem Lande». Er übernahm aber von Trózkij, nachdem er ihn entmachtet hatte, dessen Wirtschaftsprogramm. Die Trozkisten wünschten eine Preisgabe der NEP mit ihren Konzessionen an den Kapitalismus und ihrer Begünstigung privater Initiative und privaten Unternehmertums im Handel, in der Landwirtschaft und Kleinindustrie und verlangten die Einrichtung von Kollektivwirtschaften auf dem Lande bei gleichzeitiger Industrialisierung. Stalin, der diese Gedanken früher als Phantastereien abgelehnt hatte, machte sich jetzt (ab 1928) daran, eben dieses Programm im Rahmen mehrerer Fünfjahrespläne durch die Aufhebung des Privatbesitzes an Land und den Übergang zum ländlichen Grossbetrieb – übrigens ein altes Ziel der Bolschewiken – noch radikaler durchzuführen, und zwar anders, als Trózkij es vorgesehen hatte, mit Hilfe polizeilicher Zwangs- und Gewaltmittel.

Im Dezember 1927 hatte Stalin die «Direktiven für die Erstellung eines Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft» im Parteikongress annehmen lassen. Bereits im Rahmen dieses ersten Fünfjahresplanes (1928-1932) machte er sich daran, die sog. Kulaken (nach westeuropäischen Begriffen mässig begüterte Mittelbauern) entschädigungslos zu enteignen, zu deportieren und ihre Ernterträge zur Verfügung des Staates einzuziehen. Sein laut verkündetes und mit Hilfe der Machtinstrumente des totalitären Staates auch erreichtes Ziel war die «Liquidierung des Kulakentums als Klasse». Dieser Vorgang ist als die grösste menschliche Katastrophe bezeichnet worden, die jemals einem Volk in Friedenszeiten von seiner eigenen Regierung bereitet worden ist (Stökl), ein Vorgang, der in seiner Grausigkeit noch das übertraf, was Grósnj dreieinhalb Jahrhunderte früher seinem Volk an Schrecknissen zugemutet hatte.

Nach neueren Schätzungen wurden 2-3 Millionen sog. Kulaken entweder als Konterrevolutionäre sofort liquidiert oder – und das bezog sich auf die weitaus meisten – mitten im Winter in den hohen Norden, nach Sibirien und in den Fernen Osten deportiert, in Gegenden, wo nicht die geringsten Vorbereitungen zu ihrer Aufnahme getroffen worden waren, z.T. in Sumpfbiete, in denen es «weder Häuser noch Gebäude irgendwelcher Art gab». Ein grosser Teil der Deportierten ist dort umgekommen. Dabei handelte es sich bei diesen Opfern um die wirtschaftlich tüchtigsten, aufgeschlossenen und modernsten Elemente des russischen Bauerntums.

Stalin hat im Unterschied zu Grósnj nie ein Anzeichen von Reue oder Schuldgefühl erkennen lassen. Als auch er einsah, dass der Bogen überspannt worden war, hat er die Milderung in den Methoden des Vorgehens mit der heuchlerischen Phrase überdeckt, die übergrossen Erfolge hätten die Leute schwindlig gemacht.

Die von ihrer eigenen Regierung auf diese Weise überfallenen, von einer physischen Vernichtung aber verschont gebliebenen Bauern reagierten darauf einerseits mit Revolten, die durchaus mit den von den Bolschewiken als Bauernkriege verherrlichten Revolten in der zarischen und kaiserlichen Zeit von Bolótnikow über Rásin bis zu Pugatschów vergleichbar sind und gegen die



wie in früheren Jahrhunderten auch Militär eingesetzt werden musste. Andererseits reagierten die Bauern auf die Kollektivierungspolitik – und das hatte kein Beispiel in der Geschichte Russlands – mit Notschlachtungen in grossem Ausmass, Vernichtung von Getreide und Geräten. Damals ging der Pferdebestand in der Sowjetunion um mehr als die Hälfte (von 34 auf 16 Millionen), der Grossviehbestand um etwa die Hälfte zurück. Die unausweichliche Folge war ein katastrophaler Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und eine erneute schwere Hungersnot (1932). Erst ab 1933, nach einer besonders guten Ernte, stieg die landwirtschaftliche Produktion wieder an.

Auch mit der Kollektivierungspolitik hatte Stalin im Ergebnis sein Ziel erreicht: 1931 waren zunächst 58% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Kollektivwirtschaften übergeführt, 1934 waren es 75% und 1937 – 93%.

Die «zweite Revolution» Stalins hat viele Millionen Menschenleben gekostet; allein die Opfer der Hungerkatastrophe werden auf 10 bis 11 Millionen geschätzt. Aber die Industrieproduktion wurde gleichzeitig erheblich gesteigert; in mehreren Industriezweigen wurde das «Soll» für fünf Jahre bereits in drei Jahren erfüllt. Es waren u.a. mehrere grosse Rüstungsfabriken entstanden und ein grosses Kraftwerk am Dnjepr. Dabei wurde die Schwerindustrie einseitig gegenüber der Konsumindustrie bevorzugt. – Im zweiten Fünfjahresplan (1933-1937) wurde die Entwicklung noch rücksichtsloser, unter noch stärkerer Anspannung der Kräfte, in der gleichen Richtung vorwärtsgetrieben. Im Industriesektor waren dabei die Erfolge zumindest quantitativ in der Tat gewaltig. Das laut verkündete Ziel, «die Sowjetunion aus einem rückständigen Agrarland in ein hochentwickeltes Industrieland zu verwandeln», war weitgehend verwirklicht worden; weite Gebiete Sibiriens waren neu erschlossen, in Kohle und Öl war die Autarkie erreicht<sup>1</sup>. Am absoluten Umfang der industriellen Pro-

<sup>1</sup> Einige Zahlen als Beispiel. In der Zeit von 1928 bis 1937 stieg die Produktion von Elektrizität von 6 auf 40 Milliarden Kilowattstunden, die Kohlenförderung von 30 auf 133 Millionen t, Erdöl von 11 auf 32 Millionen t, Autos von 1'400 Wagen auf 211'000 im Jahr.

duktion war die Sowjetunion in der Welt auf den zweiten, in Europa auf den ersten Platz gerückt. Gleichzeitig fand, infolge der Erschliessung neuer Abbaugebiete hochwertiger Steinkohle im Kusnezbecken (in Westsibirien) und im Raum von Karaganda (in Zentralasien) eine strategisch äusserst wichtige Verlagerung der Schwerindustrie nach Osten statt. Durch einen grosszügigen Ausbau des Schul-, Fachschul- und Hochschulwesens wurde ein technisch entsprechend geschulter industrieller Nachwuchs herangebildet.

Diese Erfolge waren aber teuer erkaufte. Forcierte Industrialisierung und Terror hatten den Lebensstandard weiter Schichten der Bevölkerung in einer «Art künstlich organisierten Hungers» bis weit unter das Existenzminimum gesenkt. Durch die Kollektivierung, Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft waren die Bauern zu ländlichen, vom Staate gänzlich abhängigen, in Arbeitsbrigaden gegliederten und Brigadeführern unterstellten Arbeitssoldaten herabgedrückt worden, so dass das Ergebnis als «Beginn einer neuen Leibeigenschaft» (Rauch) erscheint. Denn die Millionen der in die Städte strömenden Opfer der Kollektivierung durften sich ihren Arbeitsplatz nicht selbst wählen, sondern mussten ihn sich anweisen lassen. Jederzeit konnte der Arbeiter auf Grund eines Vertrages zwischen Werkdirektion und Kolchosleitung von der Fabrik in den Kolchos oder umgekehrt verlegt werden. Überall stand der Einzelne einem «Soll» gegenüber, überall drohten strenge Strafen. Die in dieser Zeit geschaffenen, mit immer neuen Menschen gefüllten, polizeilich verwalteten KZs dienten theoretisch der Milderung des Strafvollzuges durch sog. Umerziehung. Praktisch waren sie das Gegenteil davon. Von den KZ-Insassen wurde unter härtesten Arbeitsbedingungen kostenlos ein grosser Teil der gewaltigen Arbeitsvorhaben verrichtet. Es war eine radikale Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und ein Menschenverschleiss grössten Ausmasses.

Gleichwohl hat sich unter den gewaltigen Anstrengungen die Gesamtlage während des zweiten Fünfjahresplanes gehoben und stabilisiert; zumal die Ernährung wurde besser. Zu neuen Hungerkatastrophen kam es nicht; die 1928 eingeführte Brotkarte konnte 1934 wieder abgeschafft werden. Der Lebensstandard der grossen Masse blieb allerdings sehr niedrig.

Im Januar 1938 begann der dritte Fünfjahresplan, der unter starker Betonung der Rüstungsindustrie die Entwicklung in der gleichen Richtung weitertreiben sollte. Er wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen.

## 6. SOWJETSTAAT UND SOWJETMENSCH

Die «zweite Revolution» führte, wie seinerzeit die Industriepolitik Wittes, zu einem tiefgreifenden sozialen Strukturwandel. Der Typ des Nepmannes verschwand natürlich; an seine Stelle trat infolge des steigenden Bedarfes an entsprechend ausgebildeten Funktionären in der Wirtschaft und im ungeheuer aufgeblähten Staats- und Parteiapparat die neue Schicht der privilegierten technischen Intelligenz: die bolschewistischen Manager des sowjetischen Staatssozialismus. Sie waren zum Funktionieren des mechanisierten Riesenapparates in Staat und Wirtschaft und der fortgesetzt vergrößerten Armee und natürlich auch im Kultursektor unentbehrlich und waren sich dessen auch bewusst. Man nannte sie treffend Apparatschiki.

War der Nepmann als Frucht der Konzession an den Kapitalismus immer ein suspekter Fremdkörper im Sowjetstaat geblieben, so war der Apparatschik umgekehrt ein integrierender Bestandteil dieses Systems, gleichzeitig jedoch sein Nutzniesser und infolgedessen an seinem Fortbestand unmittelbar interessiert. Die Zahl der Apparatschiki war nach amtlichen Daten zwischen 1926 und 1940 von 2 Millionen auf IV2 Millionen gestiegen, – ein Vielfaches von der Zahl der Beamten in der kaiserlichen Zeit.

Die neue sowjetische, sog. werktätige Intelligenz als die politisch, wirtschaftlich und kulturell staatstragende Oberschicht war von der alten russischen Intelligenzia sehr verschieden. Die der alten Intelligenzia entstammenden bolschewistischen Führer, die die staats- und ordnungsgefährdende und zerstörende Wirkung dieser Intelligenzia so gut kannten wie niemand sonst, hüteten sich wohl, in dem von ihnen beherrschten Staat die Ausbildung einer Parallelerscheinung zu dulden. Zwar verleugneten die Angehörigen der werktätigen Intelligenz nicht, dass sie in mancherlei Hinsicht legitime Erben Basarows<sup>1</sup> waren – in ihrer einseitigen Ausrichtung auf den praktischen Nutzen, in der Verherrlichung des

<sup>1</sup> Der nihilistische Held in Turgénjews Roman «Väter und Söhne».

Technischen –, aber eine eigenständige politische Funktion haben sie nie ausüben können und, entgegen anderen Ansichten und Erwartungen, auch nie danach gestrebt. Von vornherein dazu bestimmt, Werkzeuge der Staatsdisziplin zu sein, nach Wissen, Können und Leistung im Staatsinteresse gemessen und dafür entlohnt, wurden sie zu dem genauen Gegenteil der russischen Intelligenzler aus dem 19. Jahrhundert. Sie durchdrangen auch den Parteiapparat und änderten dadurch, zumal nach der physischen Ausrottung der «Alten Garde», dessen soziale Zusammensetzung. Im Jahre 1939 hatten die Angehörigen der neuen werktätigen Intelligenz bereits die absolute Mehrheit (54%) auf dem Parteikongress. An die Stelle der Träger der Revolution waren deren Nutzniesser getreten. «Der Verfügungsgewalt über Mittel und private Möglichkeiten nach nähert sich diese Oberschicht den entsprechenden sozialen Gruppen der industriellen Gesellschaft des Westens und lässt offensichtlich auch Anzeichen der Verbürgerlichung erkennen.» (Markert.) Zu diesen sowjetischen «Sphären» gehört nicht nur die technische, sondern auch die Bildungsintelligenz. Abgesehen davon, dass sie einkommensmässig turmhoch über der Masse der anderen stand – die Spanne zwischen dem Einkommen des gewöhnlichen Arbeiters und des Managers war bereits damals in der Sowjetunion erheblich grösser als in den meisten kapitalistischen Ländern –, war die neue Oberschicht auch bildungsmässig privilegiert. Die höhere Bildung wurde zu ihrem Vorrecht, als der Zensus für den Anteil der Arbeiterstudenten an den Hochschulen (1932 noch 65%) wieder aufgehoben und schliesslich auch das Schulgeld in höheren Schulen und Universitäten wieder eingeführt wurde (1940). Die Lohnskala zeigte eine ungewöhnlich hohe Differenzierung bis zu einem Verhältnis von 1:30, wodurch eine Art Arbeiteraristokratie entstand.

Eine grosse Bedeutung gewann für den gesellschaftlichen Strukturwandel die durch den Regierungskurs geförderte rasche Verstädterung der Bevölkerung<sup>1</sup>. Im Jahre 1939 machte die städtische

<sup>1</sup> Die Gesamtzahl der Städte in der Sowjetunion stieg zwischen 1926 und 1939 von 709 auf 922, die Zahl der Grossstädte von 31 auf 82 und die Zahl der sog. städtischen Siedlungen von 125 auf 1'448.

Bevölkerung (56,1 Millionen) bereits fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Durch diese Verstädterung wurde allerdings der für russische Verhältnisse immer typische «soziale Überdruck» der bäuerlichen Bevölkerung erheblich gemildert. Gleichwohl war dank der geschickten Innenpropaganda der Sowjets und der Aufrechterhaltung der Fiktion vom Arbeiter- und Bauernstaat, wie bereits erwähnt, die Kluft zwischen Oberschicht und Volk zumindest dem subjektiven Empfinden nach nicht so tief wie in der kaiserlichen Zeit.

Das gesellschaftliche Ergebnis der «zweiten Revolution» Stalins war «die Etablierung und Konsolidierung einer neuen Klasse von politischen, wirtschaftlichen und geistigen Führern, nicht auf der Basis des Einkommens, sondern auf der der Ausbildung und Funktion» (Ruffmann).

Im Zuge der Normung, Reglementierung und Mechanisierung des Lebens wurden auch die letzten anarchischen, also freiheitlichen, Momente als Überbleibsel aus der Revolution Lenins ausgemerzt. Das bezog sich auch auf den Kultursektor. Alles wurde auf die Generallinie ausgerichtet und mit eisernem Zwang an sie gebunden. Sowohl ideologisch wie in Äusserlichkeiten griff Stalin dabei auf Traditionen der kaiserlichen Zeit zurück. Das wurde in der betonten Hinwendung zur nationalen Geschichte deutlich. Markante Gestalten der russischen Geschichte, besonders Generäle und Feldherren (Alexander Néwskij, Suwórow, Kutúsow), aber auch Zaren (Grósnj) und Kaiser (Peter der Grosse) wurden verherrlicht und seit der Mitte der dreissiger Jahre systematisch ein Patriotismus in der Form des sog. Sowjetpatriotismus gepflegt. In der Armee wurden im Kriege (1943) die verpönten Rangstufen und sogar die während der ersten Revolution verächtlich gemachten goldenen Offiziersschulterstücke wieder eingeführt. In der Zeit des Bürgerkrieges war der Solotopogonik (Träger goldener Schulterstücke) der Ausdruck des Verwerflichen und Reaktionären; während des Zweiten Weltkrieges liess Stalin sich gerne als Solotopogonik inmitten einer Schar anderer Solotopogoniki photographieren. Nach dem Kriege wurde die revolutionäre Bezeichnung Volkskommissar durch den «kapitalistischen» Terminus Minister ersetzt (1946).

Die Entwicklung zu stabilen Formen wirkte sich in mancherlei Hinsicht positiv aus, besonders im Familien- und Eheleben, das dank einer systematischen Pflege wieder gesundete, die Zersetzungen aus der ersten Zeit der Revolution rasch überwand – 1936 wurde die Abtreibung wieder verboten – und dessen sittliches Niveau im Vergleich zum «kapitalistischen Westen» einen hohen Stand erreichte. Ein vielsagender Beweis für die über alle Not und Gefährdung hinaus gesund gebliebene Substanz des Volkes.

Auch die Kirche wurde zu einem Stabilisierungsfaktor. Dabei fiel schwer ins Gewicht, dass der Kampf gegen Kirche und Religion den angestrebten Erfolg nicht gezeitigt hatte. Trotz aller antikirchlichen Massnahmen und trotz der Aktivität der «Liga kämpferischer Gottloser» war die Religion die «sichtbarste Alternative zum Kommunismus» (Kolarz) geblieben, der einzige Gegner des bolschewistischen Regimes, der einen Teil seiner institutionellen Formen schliesslich doch bewahren konnte.

Nach dem Sturz des Kaisers hatte die russische Kirche das Patriarchat wieder erneuert und 10 Tage vor dem bolschewistischen Umsturz (15. Oktober 1917) auf einer Synode den Metropoliten Tichon zum Patriarchen gewählt. Dieser bezog nach dem Umsturz eine scharfe Kampfstellung gegenüber der Sowjetregierung und der amtlichen Gottlosenpropaganda, womit er allerdings eine verschärfte Verfolgung der Kirche und der Geistlichen auslöste. Nach seinem Tode (1925) wurde dem von ihm designierten Nachfolger die Ausübung seines Amtes unmöglich gemacht. Um weiteren Verfolgungen auszuweichen, gab zwei Jahre später der Metropolit Sergéj nach, erklärte in einem Hirtenbrief, dass «die Herstellung freundlicher Beziehungen zum Sowjetstaat eine reale Forderung des Lebens» sei und ordnete ein Kirchengebet für Staat und Regierung an. Damit wurde eine neue Phase im Kirchenkampf eingeleitet, in der die Aggressivität des Staates gegen die Kirche nachliess und ein Rest kirchlicher Organisation legal weiter bestehen konnte.

Während des Krieges bemühte sich Stalin mit Erfolg, die Kirche für eine Stärkung der inneren Widerstandskräfte gegen den auswärtigen Feind zu gewinnen. Und die Kirche hat ihrerseits, getreu ihrer patriotischen Tradition, die Waffen der Roten Armee ge-

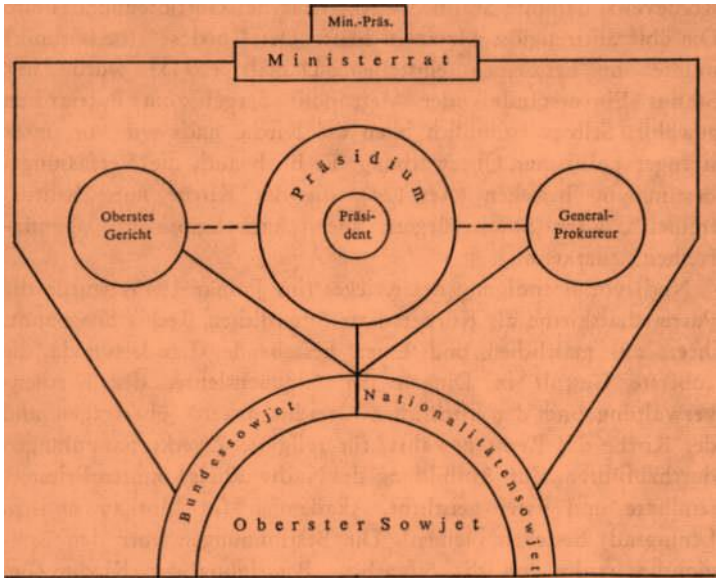
segnet. Unter dem Einfluss seiner westlichen Alliierten, zumal Roosevelts, dämmte Stalin die Aktivität des Gottlosenbundes ein. Die üble antireligiöse Hetzzeitschrift «Der Gottlose» (besboshnik) musste ihr Erscheinen einstellen. Damals (1943) wurde mit Stalins Einverständnis der Metropolit Sergéj zum Patriarchen gewählt. Selbstverständlich blieb die Kirche nach wie vor unter strenger politischer Überwachung. Es blieb auch die Verfassungsbestimmung bestehen (Art. 124), die der Kirche nur «Kultusfreiheit», allen Sowjetbürgern aber «antireligiöse Propagandafreiheit» zuerkennt.

Noch vor Beendigung des Krieges (im Januar 1945) wurde die Patriarchatskirche als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt, ihrer, aus geistlichen und Laien bestehende, Landessynode die «oberste Gewalt in Dingen der Glaubenslehre, der Kirchenverwaltung und der kirchlichen Gerichtsbarkeit» übertragen und der Kirche das Recht gewährt, für religiöse Zwecke Sammlungen durchzuführen. Zur Ausbildung des Nachwuchses konnten Priesterseminare und zwei geistliche Akademien (in Moskau und in Leningrad) bestehen bleiben<sup>1</sup>. Die Bestimmungen über den Religionsunterricht und die öffentliche Betätigung der Kirche (Berdigungen) wurden – in abgesteckten Grenzen – gelockert. Im Jahre 1949 erklärte der Patriarch Alekséj, dass die Exkommunikation von Kommunisten den Grundsätzen des orthodoxen Glaubens nicht entspreche. – Seitens des Grossteils der russischen Emigranten wird die erneuerte griechisch-orthodoxe Kirche in der Sowjetunion als unkanonisch erachtet und wegen ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem Bolschewismus nicht anerkannt.

Die erklärte Absicht Stalins und der bolschewistischen Führerschaft war, mit der Veränderung der öffentlichen und privaten Verhältnisse auch den Menschen selbst zu ändern, allerdings in einem recht anderen Sinne, als der ihm intellektuell so überlegene «Literat» Trózkij es sich gedacht hatte. Stalin meinte das viel nüchterner, praktischer und wohl auch realistischer. Der Sowjet-

<sup>1</sup> Fünfzig Jahre nach dem bolschewistischen Umsturz zählte die russische Orthodoxe Kirche in der Sowjetunion 80 Bischöfe, rund 30'000 Geistliche, 50'000 Mönche, 3'500 Nonnen und rund 20'000 Pfarreien.





### Präsidenten:

Kalinin 1923-46  
 Schwérnik 1946-53  
 Woroschilow 1955-60  
 Bréshnew 1960-64  
 Mikojan Juli 64 - Dez. 65  
 Podgórnij ab Dez. 1965

### Regierungschefs:

(ab 1946 Min.-Präs.)  
 Lenin 1917-24  
 Rykow 1924-30  
 Mólutow 1930-41  
 Stalin 1941-53  
 Malenków 1953-55  
 Bulgánin 1955-58  
 Chruschtschow 1958-64  
 Kossýgin ab Okt. 1964

Die Staatsspitze unter Stalin und Chruschtschow

mensch sollte sich grundsätzlich vom ehemaligen «russischen Menschen» und natürlich auch vom zeitgenössischen «kapitalistischen» Menschen unterscheiden. Es ist unbezweifelbar, dass der Bolschewismus sowohl in seiner leninistischen wie in seiner stalinistischen Form viele unrusische Züge hatte. Ebenso unzweifelhaft ist, dass verschiedene, als typisch russisch geltende, im Laufe der Geschichte erstaunlich konstant gebliebene, freundliche und anziehende, aber für einen mechanisierten sozialistischen Bau wenig geeignete Eigenschaften von den Sowjetmachthabern systematisch bekämpft wurden, wie z.B. die Abneigung, sich an selbstgezogene oder von anderen gesetzte Grenzen zu halten oder das zu seelischen Ausschlägen neigende Gefühlsleben oder die grosszügige und oft grossartige Gleichgültigkeit gegenüber materiellen Werten, die im berühmten «nitschewo» ihr treffendes Kennzeichen findet.

Nach dem Urteil zuverlässiger und guter Beobachter (Mehner) ist dieser Kampf nicht ohne Ergebnis geblieben. Danach ist der Russe von heute – der Sowjetmensch – nicht mehr der Russe von einst; viele typisch russische Züge seien, zumal in der Oberschicht, in ihr Gegenteil verkehrt: «disziplinierte Stetigkeit des modernen Arbeitslebens» und «ein sehr handfestes Erfolgstreben» seien an die Stelle von unberechenbarer Spontaneität und Irrationalität getreten. Die wenn auch noch nicht vollzogene, sich aber anbahnende Wandlung des Menschenbildes ist jedenfalls ein Ausdruck sowohl des Bolschewisierungs- wie des gleichzeitigen Amerikanisierungsprozesses.

Dem gewandelten Sowjetstaat gab Stalin auch eine neue Fassade mit der heute noch gültigen, allerdings mehrfach ergänzten sog. Stalinverfassung (1936), die eine «Demokratie höheren Typs» darstellen soll. An den faktischen Machtverhältnissen hat diese Verfassung nichts geändert; das von der kommunistischen Partei gelenkte Herrschaftssystem blieb bestehen. Aber der Anstrich war neu. Stalin ging dabei von der Voraussetzung aus, dass es in der Sowjetunion keine Klassen mehr gäbe; infolgedessen ist auch von der klassenkämpferischen Funktion des Staates (Vernichtung der Bourgeoisie) nicht mehr die Rede, auch nicht von einer überstaatlichen Aufgabe der Sowjetunion und desgleichen nicht davon, dass der Staat selbst nur einen Übergangszustand darstelle. Im Gegen-

teil. Nachdem der staatliche Machtapparat sich nicht nur als unentbehrlich, sondern (gekoppelt mit dem Parteiapparat) als das eigentliche Rückgrat des ganzen Systems erwiesen hat, wird jetzt das Fortbestehen des Staates als selbstverständlich vorausgesetzt. Das bedeutet eine wesentliche Abweichung von der Konzeption Lenins und ist ein deutlicher Niederschlag der inzwischen erfolgten machtpolitischen Stabilisierung.

Praktisch viel weniger wichtig ist die ausserhalb der Sowjetunion stark beachtete Preisgabe des undemokratischen Wahlrechtes. Alle Sowjets werden nach der neuen (in diesem Punkte 1945 noch ergänzten) Verfassung in allgemeiner, gleicher, direkter und theoretisch auch geheimer Wahl gewählt. Die entscheidende, antidemokratische Einschränkung besteht aber darin, dass die Nominierung der Kandidaten nur der Partei und ihren Gliederungen vorbehalten ist. Es werden zwar drei Funktionen der Staatsgewalt (die legislative, exekutive und richterliche) theoretisch unterschieden, praktisch aber nicht voneinander getrennt, da alle im Sinne des «Prinzips der Einheit der Macht» im Obersten Sowjet konzentriert bleiben. Dieser aus zwei Kammern, dem allgemein gewählten Bundes-Sowjet und dem von den einzelnen Gliedstaaten gewählten Nationalitäten-Sowjet, bestehende Oberste Sowjet ist an die Stelle des bisherigen Allunions-Sowjets getreten.

In der Verfassung werden zahlreiche Grundrechte garantiert: das Recht auf Arbeit, Erholung, materielle Versorgung, Bildung. Verfassungsrechtlich werden auch die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und Strassenumzüge, dagegen nicht die Freizügigkeit, wohl aber die Unantastbarkeit der Person und die Wahrung des Briefgeheimnisses garantiert. Die beabsichtigte propagandistische Wirkung wurde mit diesen Paragraphen erzielt, denn es wurde weitgehend übersehen, dass alle diese Rechte nur «in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems» ausgeübt werden dürfen, d.h. dass ihre Ausübung unmittelbar von den entsprechenden Staats- bzw. Partei-Instanzen abhängt. Die gleichzeitig mit der Beratung und Verkündung der Stalinverfassung einsetzende Terrorwelle mit ihren Haussuchungen, Verhaftungen, Verbannungen und physischen Liquidierungen hat die propagan-

distische Wirkung des neuen, den Schutz des Individuums gegenüber der Allmacht des Staates verkündenden Verfassungsrechtes nur sehr bedingt beeinträchtigt.

Hinter der demokratischen Fassade blieb die Totalitärherrschaft des Generalsekretärs der Partei erhalten. In der Verfassung Stalins wird im Unterschied zu der Lenins die kommunistische Partei ausdrücklich erwähnt und ihre Führungsrolle gesetzlich verankert. Sie wird als der «leitende Kern» aller Organisationen der Werktätigen, «der gesellschaftlichen wie der staatlichen», bezeichnet. Alle Staatsorgane sind «durch ein System von Kraftübertragungsmitteln und Kontrollmethoden» (Maurach) praktisch der Partei unterstellt und an ihre verbindlichen Weisungen gebunden. Durch das Parteistatut sind die Parteimitglieder nach wie vor verpflichtet, «alle staatlichen Institutionen zu durchsetzen», sie auf diese Weise der Parteidisziplin einzugliedern und den Willen der Partei über die sog. Transmissionsriemen auf alle Bevölkerungsteile zu übertragen.

So blieb der Einparteistaat in vollem Umfang erhalten. «Es gibt keine wichtigen Fragen, die ohne Anweisungen der Partei entschieden werden können», wurde sowjetamtlich ausdrücklich festgestellt. Damit sind alle Entscheidungen über die gesamte Staatspolitik bei der Partei, genauer beim Politbüro des Zentralkomitees verblieben, «das als der eigentliche Träger der Staatsgewalt anzusehen ist» (Schultz).

Auch der föderalistische Charakter des Staatsaufbaues blieb gewahrt; es gibt nach wie vor Gliedstaaten verschiedenen Ranges: die Bundesrepubliken (seit dem Zweiten Weltkrieg zunächst sechzehn, nach Auflösung der Karelischen Republik fünfzehn an der Zahl)<sup>1</sup>, die autonomen Republiken, die autonomen Gebiete und schliesslich noch nationale Bezirke. Die Autonomie auch der ranghöheren Gliedstaaten blieb aber auf die Sprache, das niedere Schulwesen und auf das Recht beschränkt, ihre Vertreter in den Nationalitätensowjet zu entsenden. Das ihnen nach wie vor theo-

<sup>1</sup> Grossrussland (RSFSR), Ukraine, Weissruthenien, Georgien, Armenien. Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Estland, Lettland, Litauen, Moldau.

retisch gewährte Recht zum Austritt aus der Union ist rein deklarativ. Entscheidungen über Krieg und Frieden, Landesverteidigung, Aussenhandel, Wirtschaftsplanung, Bank-, Post- und Verkehrswesen sind im Bunde zentralisiert. Aus aussenpolitischen Gründen erhielten die Bundesrepubliken später (1944) eigene Volkskommissariate für auswärtige Angelegenheiten und die Ukraine und Weissruthenien Sitz und Stimme in den «Vereinten Nationen». Diese Sonderrechte werden in der politischen Praxis weitgehend durch die Tatsache paralytisiert, dass innerhalb der kommunistischen Partei jede föderative Gliederung fehlt.

Die Organisation der Staatsspitze ist insofern unverändert geblieben, als der Oberste Sowjet im Sinne des «Prinzips der Einheit der Macht» nicht nur die gesetzgebende Gewalt ausübt, sondern auch das oberste exekutive Organ, den Rat der Volkskommissare (ab 1949 Ministerrat) wählt und ebenso die höchsten Organe der richterlichen Gewalt: das Oberste Gericht und den Generalprokureur (Generalstaatsanwalt). Ausserdem wählt der Oberste Sowjet seinen eigenen Präsidenten (vgl. Schema). Staatsrechtlich gilt das dreiunddreissigköpfige Präsidium (nicht dessen Präsident) als «kollegial organisiertes Staatsoberhaupt». Das führte nach Stalins Tod im Verkehr mit dem Ausland zu protokollarischen Schwierigkeiten. Chruschtschow hat bekanntlich als Ministerpräsident den Anspruch erhoben, im Ausland als Staatspräsident zu gelten, um auf diese Weise im Rang dem Präsidenten Eisenhower bzw. den Monarchen gleichgestellt zu sein und bei seinen Besuchen in den Genuss entsprechender Ehrungen zu gelangen, was ihm von seinen Gastgebern bekanntlich auch freundlichst zugebilligt worden ist.

Die Verzahnung des Staatsapparates mit dem Parteiapparat bei weitestgehender Personalunion in den höheren Gremien ist bestehen geblieben. Nach wie vor deckte sich, und deckt sich bis heute, der Kommandobestand der Partei so gut wie vollständig mit dem im Staate.

## 7. AUFSTIEG ZU NEUER WELTMACHTSTELLUNG

Stalins Politik des Sozialismus in einem Lande musste ihre Entsprechung auch im Aussenpolitischen haben. Es lag nahe, dass dabei von den zwei Gleisen der sowjetischen Aussenpolitik – der internationalen Klassenpolitik und der nationalen Grossmachtpolitik – das zweite Gleis eindeutig bevorzugt wurde. Das bedeutete aber nicht, wie damals und später von kurzsichtigen Beobachtern gelegentlich behauptet wurde, einen Verzicht auf die Kominternpolitik. Stalin hatte am Grabe Lenins seinen berühmten grossen Schwur geleistet und dabei u.a. gelobt, «dass wir unser Leben nicht schonen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt, die Kommunistische Internationale, zu festigen und zu erweitern». Er hat sich auch daran gehalten. Auf die Komintern und ihren internationalen Apparat hat er als Werkzeug seiner Politik nie verzichtet; allerdings hat er sie den Interessen der Sowjetunion dienstbar gemacht, auch wenn er sie zur Tarnung formell aufgelöst und durch das Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) ersetzt hat (1947). Das war nur eine Änderung der Taktik, d.h. der von der Ideologie unabhängigen Anpassung an die jeweilige Lage, und nicht eine Änderung der Strategie, d.h. der ideologisch bestimmten politischen Planung auf weite Sicht. Dabei konnte Stalin an den aussenpolitischen Kurs Lenins in der NEP-Periode unmittelbar anknüpfen. Das strategische Fernziel blieb die Weltrevolution. Allerdings fand jetzt eine Verengung dieses Begriffes im sowjet-moskowitzisch-nationalistischen Sinne statt.

Jetzt (1927) erklärte Stalin: «Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos ohne zu schwanken und ohne Bedingungen zu stellen bereit ist, die Sowjetunion zu schützen, weil die Sowjetunion die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist.» Dementsprechend wurden die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern – als Sektionen der Komintern – vollständig der Zentrale Moskau unterworfen. Die Sowjetunion war nicht mehr die Avantgarde der kommunistischen Bewegung, sondern

«der internationale Kommunismus war zur Nachhut Sowjetrusslands geworden» (Lazitsch).

Stalins Methode bestand in einer diplomatisch korrekten Zusammenarbeit mit den anderen Grossmächten auf der Basis der Gleichberechtigung. Dieser Weg führte in Fortsetzung des bereits unter Lenin eingeschlagenen Kurses von der Teilnahme an internationalen Konferenzen über die Teilhaberschaft an multilateralen Verträgen (Kelloggpackt 1925) bis zur Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (Völkerbund 1934 und schliesslich UNO 1945) und zu einem komplizierten Netzwerk bilateraler Nichtangriffs-, Freundschafts- und Bündnisverträge.

Bekanntlich hat Stalin mit dieser Aussenpolitik, von der allgemeinen Entwicklung der Weltverhältnisse sehr begünstigt, grosse Erfolge erzielt und Macht und Gewicht der Sowjetunion ungeheuer erhöht. Dabei verlief die Entwicklung durchaus nicht in gerader Linie. Stalin hat fortgesetzt schwere Rückschläge und aussenpolitische Niederlagen hinnehmen müssen. Seinen schliesslichen Enderfolg hat er wohl nur dem durch Hitler ausgelösten Zweiten Weltkrieg zu danken.

Der Georgier Dschugaschwili hat als Machthaber im Kreml besonderes Interesse für die «asiatischen Aufgaben Russlands» gezeigt und hat sich selbst wiederholt, auch Ausländern gegenüber, als einen Asiaten bezeichnet. Aber gerade in seiner Asienpolitik sollte er einen, wie sich zeigen sollte, sehr folgenschweren aussenpolitischen Misserfolg erleiden.

Im Fernen Osten hat Stalin – auch in diesem Punkt an Lenin anknüpfend – eine theoretisch antikoloniale Politik verfolgt und den antiimperialistischen Befreiungskampf der sog. unterentwickelten Völker unterstützt, in der richtigen Erkenntnis, dass deren Nationalismus leicht zum Schrittmacher des Bolschewismus werden könne.

Das gilt besonders für China. Dort unterstützte Stalin seit der Mitte der zwanziger Jahre die national-revolutionäre Bewegung der Kuomintang unter Führung des in Moskau ausgebildeten Generals Tschiang Kai-schek. Von den chinesischen Kommunisten verlangte Stalin, dass sie sich an dieser Bewegung beteiligen. Er blieb auch dabei, als Anzeichen deutlich wurden, dass

Tschiang Kai-schek seinen eigenen Weg zu gehen beabsichtigte. 1927 konnte Tschiang im Entscheidungskampf um die Alleinherrschaft in China die ihm in die Hände gegebenen Kommunisten in einem «grausigen Blutbad» (Ruffmann) beseitigen und damit die chinesischen Kommunisten unter ihrem Führer Mao Tse-tung zu einem macht- und einflusslosen Häuflein hinunterdrücken. Auf die zahlreichen sowjetischen «Berater», die ihm Stalin geschickt hatte, verzichtete Tschiang Kai-schek hinfort.

Diese empfindliche politische Niederlage suchte Stalin darauf mit gewöhnlichen Mitteln der Machtpolitik wettzumachen. Dass es ihm dabei – in Anknüpfung an die kaiserlich-russische Aussenpolitik – um die Erhaltung und Sicherung russischen kolonial-imperialistischen Besitzes im Fernen Osten ging, wurde nicht nur den Chinesen deutlich. Dabei stiess Stalin aber auf den Gegendruck einer anderen imperialistischen Macht, nämlich Japans, das sich im Jahre 1932 in Mandschukuo einen Satellitenstaat errichtet hatte und Anspruch auf die ostchinesische Eisenbahn erhob. Auch dabei erlitt Stalin einen Misserfolg: die Bahn wurde 1935 an die Japaner verkauft.

Günstiger als im Fernen Osten gestalteten sich für Stalin die aussenpolitischen Verhältnisse in Europa. Hier war die sowjetische Aussenpolitik bemüht, einerseits eine Frontbildung der anderen Mächte ihr gegenüber zu verhindern und andererseits machtpolitische Gegensätze innerhalb der «kapitalistischen Welt» zu begünstigen. Insofern sah Stalin im Emporkommen Hitlers trotz dessen Kommunistenfeindlichkeit eine zweifache Chance: Er hoffte – zu Unrecht –, dass Hitler innenpolitisch über einen Bürgerkrieg den Weg zum Sieg des Kommunismus in Deutschland bereiten, und er hoffte – zu Recht –, dass Hitler aussenpolitisch in einen Krieg der kapitalistischen Mächte gegeneinander hineintreiben werde. Infolgedessen hat Stalin sich anfänglich dem Nationalsozialismus und auch dem Faschismus gegenüber erstaunlich tolerant verhalten. Er hat 1933 zu den Vorgängen in Deutschland geschwiegen, den auf dem Rapallo-Vertrag fussenden Neutralitätsvertrag mit Deutschland (Berliner Vertrag 1926) verlängert und gleichzeitig betont freundschaftliche Beziehungen zu Italien unterhalten. Erst als er merkte, dass seine Hoffnungen sich nicht erfüllten, die



nationalsozialistische Diktatur sich in Deutschland unter anderem auf Kosten der Kommunisten stabilisierte, die Westmächte aussenpolitisch Hitler alles nachsahen und schliesslich auch Polen sich mit ihm verständigte, erfolgte der radikale Umschwung (1934). Bestärkt durch die endlich erfolgte Anerkennung der Sowjetunion durch die USA (1933), suchte Stalin seine Beziehungen zu den Westmächten zu festigen. Er änderte seine Taktik, und aus dem schärfsten Gegner des Völkerbundes wurde die Sowjetunion zu dessen aktivem Mitglied und zu einem leidenschaftlichen Verfechter der sog. kollektiven Sicherheit, zu deren lautestem Fürsprecher der Sowjet-Aussenkommissar Litwinow wurde. Gleichzeitig schaltete Stalin auch die Kominternpolitik um und liess die Kommunisten in Zusammenarbeit mit den Sozialisten unter dem Schlagwort «Volksfront» gelegentlich auch in Koalition mit bürgerlichen Parteien eine scharfe Frontstellung gegenüber dem internationalen Faschismus beziehen. Die Verteidigung der «Demokratie» wurde jetzt zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse erklärt.

Doch auch diese Politik führte zu einer Enttäuschung. Das durch die Säuberungen in der Sowjetunion und durch das Verhalten der Sowjets im spanischen Bürgerkrieg wachgehaltene und gesteigerte Misstrauen der Westmächte gegenüber Moskau war so gross, dass Stalin sich nach wie vor isoliert und zu seiner Erbitterung im Herbst 1938 bei der Grossmachtentscheidung in München ausgeschaltet sah. Aus der Furcht, allein zu bleiben und im Falle eines Angriffs des Dritten Reiches auf die Sowjetunion bei den Westmächten keine Hilfe zu finden, entsprang die Bereitschaft Stalins, mit Hitler selbst zu paktieren.

Nach unserer heutigen Kenntnis hat Stalin seit der Mitte der zwanziger Jahre mit kriegerischen Verwicklungen in Europa gerechnet. Er war entschlossen, sich aus dem kommenden Krieg so lange als möglich herauszuhalten und erst nach der gegenseitigen Schwächung der Kriegsteilnehmer als ausschlaggebender Faktor zum Schluss einzugreifen, wie er das später im Falle Polen und im Falle Japan auch getan hat. Es ist eine diesbezügliche Äusserung Stalins aus dem Jahre 1925 überliefert. «Wenn ein Krieg kommt» – sagte er – «werden wir nicht mit gefalteten Händen sitzen und

zuschauen. Wir werden Stellung zu beziehen haben, aber wir werden die letzten sein, die Stellung beziehen. Und wenn wir in Erscheinung treten, so werden wir das tun, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen.»

Durch die Zuspitzung der internationalen Lage im Jahre 1939 sah sich Stalin in der ausserordentlich günstigen Lage, als plötzlich umworbener Vertragspartner nach beiden Seiten hin – offen mit den Westmächten und geheim mit Deutschland – Bündnisverhandlungen zu führen. Dabei konnte er seine Forderungen entsprechend in die Höhe schrauben und die Zustimmung Hitlers zur kampf- und risikolosen Ausdehnung seiner Machtsphäre über die baltischen Länder, Ostpolen und Bessarabien erreichen. (Deutsch-sowjetischer Vertrag, 23. August 1939.) An der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges hat Stalin insofern seinen Anteil gehabt, als er Hitler dazu «grünes Licht gab» (Freund), in der für ihn höchst verlockenden Aussicht, die kapitalistischen Mächte sich gegenseitig zerfleischen zu sehen, sich selbst aus dem Kriege herauszuhalten und dabei, sowohl indirekt (durch die Erhaltung bzw. Steigerung des eigenen Machtpotentials) wie direkt (durch Territorialgewinn) zu profitieren.

Nach dem heutigen Forschungsstand unterliegt es keinem Zweifel, dass Stalin durch den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) gegen seinen Willen, entgegen seinem eifrigen Bemühen um eine «Befriedung Hitlers» (Hilger) und militärisch schlecht vorbereitet, in den Krieg hineingezogen wurde. Seitdem war der Anteil der Sowjetunion an den Weltereignissen so gross, dass er nur im Rahmen einer Gesamtdarstellung der Kriegs- und Nachkriegszeit behandelt werden kann. Dazu ist hier nicht der Ort. Ganz allgemein sei nur Folgendes gesagt.

Trotz der schweren militärischen Niederlagen bis zur Jahreswende 1942/43 und trotz der höchst kritischen Lage, in die die Sowjetunion während des Krieges geraten war, hat der Krieg von seinem Beginn an die Weltstellung und schliesslich auch die Machtstellung der Sowjetunion entscheidend verbessert. Zunächst hatte Hitler den Sowjets territorial den Weg nach Europa geöffnet, den Stalin auf den Spuren Peters des Grossen (im Baltikum), Katharinas (in Polen) und Alexanders I. (in Bessarabien) unter aus-

drücklicher Bezugnahme auf seine kaiserlichen Vorgänger mit Freuden beschrift. Gleichzeitig hat Hitler auch die allgemeine Stellung der Sowjetunion im Spiel der Mächte gefestigt. Im Jahre 1939 wäre eine Ausschaltung Moskaus bei der Regelung einer entscheidenden internationalen Frage, wie ein Jahr vorher in München, nicht mehr möglich gewesen. Es ist sehr bezeichnend, dass unmittelbar vor dem Angriff des Dritten Reiches auf Polen, als Mussolini den Vorschlag eines neuen «München» machte, Hitler eindeutig zu verstehen gab, dass er in dem Fall auf einer Beteiligung seines damaligen sowjetischen Bündnispartners bestehen werde.

Später hat Stalin es sehr geschickt verstanden, die durch Hitlers Krieg erzwungene Partnerschaft mit den von ihm eben noch schnöde behandelten Westmächten im eigenen Interesse zu nutzen. Obgleich Stalin natürlich besser als jeder andere wusste, in wie hohem Grade er auf die faktische Hilfe seiner Westalliierten angewiesen war, um überhaupt durchhalten zu können, blieb er ihnen gegenüber ungeheuer hart, immer in der Rolle des Verlangenden und nicht des Bittenden, wie aus den hochinteressanten Verhandlungen und aus seiner persönlichen Korrespondenz mit Churchill und Roosevelt hervorgeht. Er schätzte das Interesse der Alliierten an ihm, ihre Furcht vor seinem Ausscheren aus der gemeinsamen Front und ihre Bereitschaft, einen sehr hohen Preis dafür zu zahlen, um ihn an der Stange zu halten, durchaus richtig ein. Wie gross das Risiko war, das Stalin dabei einging, d.h. wie weit er im Notfall auf eine alliierte Unterstützung hätte verzichten können, ist schwer zu sagen. Nach glaubwürdigen sowjetischen Daten hat, trotz der schweren Niederlagen und der riesigen Einbussen an wirtschaftlich äusserst wichtigen Territorien, das Wirtschaftspotential der Sowjetunion während des Krieges nicht ab-, sondern beträchtlich zugenommen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Evakuierung von industriellen Unternehmungen (im Ganzen 1'523, davon 1'360 Grossanlagen der Kriegsindustrie) aus den bedrohten und später auch von den Deutschen besetzten Gebieten bis nach Sibirien und Zentralasien hinein war im erstaunlichen Umfang gelungen. Die Industrieproduktion ist nach sowjetischen Angaben (auch infolge der Erschliessung neuer Rohstoffvorkommen) von 1941 bis 1945 im Ural um das 3,6-fache, in

Die Teilhaberschaft im «Club der vier Grossen» (Churchill) war der Sowjetunion durch die Charta der Vereinten Nationen (Januar 1942) von vornherein gesichert. Aus diesem Kriegsbündnis sollte die künftige Friedensorganisation hervorgehen, und in dieser Weltorganisation, die künftig über das Schicksal des Erdballes entscheiden sollte und die im Herbst 1945 als UNO begründet wurde, war der Sowjetunion die Rolle eines der vier «Welt-polizisten» zgedacht, ohne dessen Beteiligung und gegen dessen Willen eine Entscheidung von Weltbedeutung nicht gefasst werden konnte (Vetorecht im Sicherheitsrat).

In den Konferenzen von Teheran (November/Dezember 1943), Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945) gelang es Stalin bekanntlich, das Einverständnis der Westmächte zu einem weiteren Einmarsch nach Europa als Besatzungsmacht bis an die Elbe und gleichzeitig zur Austreibung von Millionen ihm nicht genehmer Menschen aus dem besetzten Gebiet zu erwirken. Damit hatte Stalin territorial etwa das gewonnen, was Katharina seinerzeit gewollt hatte, ohne es zu erlangen. Aber wie Katharina hatte auch Stalin sein letztes Ziel nicht erreicht. Im Unterschied zu einer verbreiteten Auffassung haben die Westmächte in Jalta und Potsdam Stalin nicht alles gewährt, was er wünschte, sondern ihm durch die Teilung Deutschlands und Europas einen Riegel vorgeschoben. Stalin hatte eine Hegemonie über ganz Europa angestrebt, d.h. die Bolschewisierung des ganzen Kontinents. Jetzt stellte er sich darauf um, sich die in seiner faktischen Macht befindlichen Gebiete zu sichern und sie unter Bruch der den Westmächten gegenüber übernommenen Verpflichtungen politisch gleichzuschalten, sie in der Form von Satelliten in seiner Hand zu behalten und sie schliesslich mit der Sowjetunion zusammen durch ein Netz zweiseitiger Verträge in den sog. Ostblock einzubeziehen.

um das 2,8-fache und im Wolgagebiet um das 3,4fache erhöht worden.

Die alliierten Materiallieferungen erlangten eine Höhe von fast 17,5 Millionen Schiffstonnen, darunter 2,5 Millionen t Erdöl und Benzin, 14'800 Flugzeuge, 427'000 Lastkraftwagen, 50'000 Jeeps, 13 Millionen Armeestiefel, 420'000 t Aluminium, 2,12 Millionen t Stahl für Eisenbahnschienen.

Diesem bolschewistischen Gleichschaltungsprozess unterlagen nacheinander Jugoslawien (November 1945), Albanien (Januar 1946), Bulgarien (September 1946), Polen (Juni 1947), Rumänien (Dezember 1947), Ungarn (Januar 1948), Tschechoslowakei (Februar 1948) und schliesslich in Etappen seit 1947 die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands (seit 1949 Deutsche Demokratische Republik). Nur Jugoslawien hat sich unter seinem kommunistischen Staatspräsidenten Tito später (1948) aus dieser Klammer sowohl ideologisch auf Parteiebene wie praktisch auf Vertragsebene (Austritt aus dem Ostpaktsystem 1949) wieder gelöst.

Damit hatte Stalin seinen unmittelbaren Machtbereich so tief nach Europa hineingetragen wie vor ihm kein Herrscher Russlands. Der sehr bald darauf erfolgte Bruch mit den Westmächten (1947), der in den sog. Kalten Krieg einmündete und eine formelle Beendigung des Weltkrieges durch einen Friedensschluss verhinderte, liess deutlich erkennen, dass das Vordringen des sowjetischen Russland nach Europa von jenem des kaiserlichen Russland während der Petersburger Periode vollständig verschieden war. Im Unterschied zum kaiserlichen Russland erschien die Sowjetunion als eine europafremde und europafeindliche Macht, die ihre eigene als sozialistisch bezeichnete Welt gegenüber der westlichen als kapitalistisch bezeichneten grundsätzlich und scharf abgrenzte und zwischen beiden einen Eisernen Vorhang niedergehen liess.

Eine unerwartete Wende zugunsten der Sowjetunion und des Weltkommunismus trat am Ende des Krieges im Fernen Osten ein. Das Fiasko der Stalinschen Fernostpolitik schien mit einem Schlage durch neue Erfolge wettgemacht. Die Wende begann mit der Kapitulation der Japaner nach der nur drei Tage (8. bis 10. August 1945) währenden Beteiligung der Sowjetunion am Krieg gegen Japan. Zunächst hat Stalin die Kapitulation der Japaner (die nicht von ihm, sondern von den Amerikanern besiegt worden waren) in einer vielbeachteten Rede ausdrücklich als Vergeltung für die vierzig Jahre vorher (1905) dem kaiserlichen Russland zugefügte Niederlage bezeichnet und als die «Auslöschung eines schwarzen Fleckes» gefeiert. Er übersah dabei geflissentlich, dass die russischen Revolutionäre – und natürlich auch er persönlich – damals diesen dunklen Fleck als willkommene Niederlage der

Autokratie laut begrüsst hatten. So sehr spielte sich der Rote Diktator im Kreml jetzt in die Rolle eines legitimen Erben der gekrönten Autokraten auf dem Kaiserthron hinein.

Nach der Kapitulation der Japaner fand in China Folgendes statt: Die grossen japanischen Waffen- und Kriegsbestände auf dem Festlande wurden – da sonst niemand zugegen war, um sie zu übernehmen – den chinesischen Kommunisten (Mao Tse-tung) bzw. den Sowjets übergeben, die sie ihrerseits den chinesischen roten Generälen in die Hände spielten. Das war die militärische Voraussetzung für eine vollständige Umstülpung der Machtverhältnisse in China. Mit den japanischen Waffen hat Mao seinen Sieg über Tschiang Kai-schek errungen, anschliessend bekanntlich seine Volksrepublik China errichtet (1949) und mit der Sowjetunion zunächst einen Freundschafts- und Bündnispakt geschlossen.

Es hat damals so ausgesehen, als sei mit diesem Bündnis ein Block entstanden, der, das Riesenreich Dschingis-Chans noch übertreffend, die grösste Machtzusammenballung der Weltgeschichte von mehr als 800 Millionen Menschen unter einheitlicher kommunistischer Herrschaft darstellte. Die weitere Entwicklung sollte – allerdings erst nach Stalins Tod – lehren, dass der Schein trog und dass gerade in diesem Bündnis der Keim zu einer Spaltung des Weltkommunismus und damit zu einer Gefährdung der Weltstellung der Sowjetunion lag. Damals allerdings konnte von der gewonnenen Basis aus der sowjetische Machtbereich auf dem Wege der Bildung von Volksfrontregierungen auch über Nordkorea, Nordvietnam und schliesslich auch über Tibet erweitert werden. Schon früher hatte die Sowjetunion in der Mongolischen Volksrepublik auch in Asien einen Satelliten gewonnen.

Bereits während des Krieges (Mai 1941) hatte Stalin, jedenfalls im Zuge seiner Bemühungen darum, einen kriegerischen Zusammenstoss mit Hitler zu vermeiden, den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, d.h. in der Regierung der Sowjetunion übernommen. Faktisch hatte das wenig geändert, da er die diktatorische Gewalt als der Führer (Woshdj) ohnehin ausübte. Den nach dem Überfall Hitlers auch ihm suspekt gewordenen Ehrentitel Woshdj liess er schnell fallen, aber das Staatsamt behielt er bis zu seinem Tode

bei. Während des Krieges legte er sich zusätzlich noch Amt, Rang und Titel eines Generalissimus zu. Der Ausgang des Krieges war, nur sehr bedingt auf Grund seiner Verdienste, für ihn ein persönlicher Triumph ohne gleichen und hat die furchtbaren Opfer, die er seinem Volke und Lande auch unabhängig vom Krieg selbst abverlangte, jedenfalls bis zu einem gewissen Grade als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Während des Krieges, beim Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion, war es deutlich geworden, wie wenig fest der Bolschewismus im Volke verankert war und eine wie tiefe innere Abwehr gegen das Herrschaftssystem Stalins in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschte. Die zahlreichen Überläufer und die Bereitschaft Hunderttausender, auch vieler hoher Sowjetfunktionäre und Militärs, unter Führung des sowjetischen Generals Wlássow, sich an der Seite der Deutschen aktiv am Kampf gegen Stalin und sein System zu beteiligen, war ein weiterer Beweis dafür. Die menschlich verwerfliche, psychologisch instinktlose und politisch törichte Okkupationspolitik Hitlers und seiner Kommissare, die in den eroberten Ländern der Sowjetunion nur von Untermenschen bewohnte Ausbeutungsgebiete sahen, hat allerdings schon während des Weltkrieges sich zugunsten der Sowjets ausgewirkt und hat einen von Stalin systematisch geförderten Sowjetpatriotismus mit stark nationalrussischen Akzenten aufkommen lassen.

Nach dem Sieg hat Stalin sich in misstrauischer Skepsis von dieser Hochstimmung nicht tragen lassen. Entgegen den Erwartungen seiner Untertanen liess der Stählerne die Zügel nicht lockerer, sondern setzte seine «zweite Revolution» mit gesteigerten Anforderungen weiter fort. Das bezog sich sogar auf die Säuberungsaktionen, die jetzt in grösster Breitenwirkung den Charakter eines Vergeltungsfeldzuges gegenüber allen annahm, die sich während des Krieges nicht so verhalten hatten, wie der Herr im Kreml es wünschte. Kollaborateure, Ostarbeiter, Hilfswillige aus der Zeit des Krieges wurden zu Hunderttausenden Opfer dieses Strafgerichts. Ganze Völkerschaften, denen Stalin misstraute, wie die Wolgadeutschen (etwa 560'000 Personen), die Krimtataren (etwa 225'000) und verschiedene Kaukasusvölker wurden ihrer nationalen Autonomie beraubt, amtlich als Völker «ausgelöscht»,

aus ihrer Heimat en bloc deportiert und in anderen Gegenden, meist in Sibirien, neu angesiedelt. Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau der schwer mitgenommenen, z.T. ganz verwüsteten Kriegsgebiete durch Millionen Kriegsgefangene und mit Hilfe in Deutschland, z.T. auch in Polen demontierter und in die Sowjetunion verbrachter Fabriken setzte Stalin mit der nunmehr öffentlich verkündeten Zielsetzung, den Westen einzuholen und zu überholen, die forcierte Industrialisierung im Rahmen zweier weiterer Fünfjahrespläne fort. Der durch den Krieg verursachte Rückschlag wurde erstaunlich schnell wieder wettgemacht.

Die Gesamtproduktion wurde in den fünf Jahren von 1948 bis 1952 mehr als verdoppelt. Dagegen blieb der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung bei geradezu katastrophalen Wohnungsverhältnissen nach wie vor äusserst niedrig. Nach beendetem Kriege hat Stalin noch fast acht Jahre regiert. In dieser Zeit gewann die Sowjetunion im weltpolitischen Spiel der Kräfte ein Gewicht, wie es Russland zuvor nie gehabt hat. Doch Stalin begnügte sich damit nicht, sondern steigerte, offenbar in Besorgnis über den amerikanischen Vorsprung in der Atomwaffentechnik, auch das reale militärische Machtpotential seines Reiches weiter. Im Unterschied zu den westlichen Siegermächten hat der rote Diktator seine Truppen ohne Rücksicht auf den naheliegenden und berechtigten Wunsch der Soldaten, nach dem Kriege möglichst schnell nach Hause zu kommen, nicht demobilisiert und die Rüstung weiter erhöht. Es gelang ihm auch, den Westen in der Herstellung von Atombomben einzuholen. Die erste sowjetische Atombombe explodierte im Sommer 1949. Auf's Ganze gesehen ergab sich im Rüstungsstand bald ein solches Übergewicht der Sowjetunion gegenüber den abgerüsteten anderen Staaten, dass diese sich veranlasst sahen, Stalin auf seinem Wege zu folgen.

Die ihm zugedachte Rolle eines Weltpolizisten zu spielen, hat Stalin sich nach dem Kriege sehr angelegen sein lassen, allerdings in einem anderen Sinne, als seine Alliierten es sich gedacht hatten. Die grosse Wende in der Weltentwicklung nach dem Kriege, die Aufspaltung in zwei riesige, von den USA und von der Sowjetunion geführte Machtblöcke, erfolgte noch zu Lebzeiten Stalins.



Wie sein damaliger Gefolgsmann und späterer Nachfolger Chruschtschow in seiner berühmten, auch im Wortlaut schnell bekanntgewordenen Geheimrede auf dem 20. Parteitag (1956) mehrfach versicherte, war Stalin in seinen letzten Lebensjahren vom Grössenwahn befallen. Vereinsamt auf öde gewordener blutiger Höhe, misstrauisch allen gegenüber und in seinem unsinnigen Wüten gegen vermeintliche Verräter, erinnerte er an den von ihm so hoch gewerteten Grósnj in dessen düstersten Jahren. Viele Tausende meist hochgestellte, vom Herrn im Kreml umgebrachte Staats- und Parteifunktionäre sind nach seinem Tode als unschuldig rehabilitiert worden. Im März 1953 ist Stalin einem Gehirnschlag erlegen.

## 8. ENTSTALINISIERUNG DURCH CHRUSCHTSCHOW

Nach dem Tode Stalins wurde sofort klar, dass das Jahr 1953 ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der Sowjetunion und die an den Namen des Georgiers geknüpfte Ära zu Ende gegangen war. Im Kreml setzte zunächst der erwartete Machtkampf der Epigonen ein, die ausnahmslos – denn sonst hätten sie nicht überlebt – in der Gunst und im Schutze Stalins gross geworden waren und ihre Karriere als Partei- und Staatsfunktionäre erfolgreich absolviert hatten. Um wen es sich dabei in erster Linie handelte, wurde erkennbar, als acht treue Gefolgsleute des Verstorbenen den Sarg Stalins auf ihren Schultern zu Grabe trugen, und zwar Bérija, Bulganin, Chruschtschow, Kaganowitsch, Malenkow, Mikojan, Molotow und Woroschilow.

Der Kampf um die Nachfolge war durch das offenbare Bestreben der Beteiligten gekennzeichnet, zu verhindern, dass der bisherige Zustand fortbestehe, d.h. dass die gesamte Machtfülle in den Händen eines Mannes konzentriert bliebe. Alle Kandidaten auf eine Nachfolge – vielleicht mit Ausnahme von Bérija – liessen erkennen, dass sie keinen anderen in der Machtposition Stalins sehen wollten und dass sie auch selbst keinen Anspruch auf eine solche Machtfülle erhoben. Infolgedessen wurde das durch Stalins Tod entstandene Vakuum zunächst durch ein sog. Führerkollektiv aufgefüllt. Alle Teilnehmer an diesem Kollektiv zeigten sich bereit, die eisige Kälte des politischen Klimas unter Stalin durch eine Erwärmung zu mildern, mithin einen Zustand zu begünstigen, der nach dem Titel eines Romans des politisch sehr instinktsicheren Schriftstellers Ilja Ehrenburg bald allgemein als «Tauwetter» bezeichnet wurde.<sup>1</sup>

Das politische Tauwetter fand seinen Ausdruck in zahlreichen

<sup>1</sup> Die russische Vokabel für Tauwetter (étjpeľj) enthält im Unterschied zur deutschen Übersetzung das Wort warm, so dass die Erwärmung, die das Eis zum Schmelzen bringt, im russischen stärker zum Ausdruck kommt.

Einzelmassnahmen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens und in der veränderten Methode der Herrschaftsführung, in einem neuen Herrschaftsstil und schliesslich in einer theoretisch gerechtfertigten und praktisch durchgeführten Entstalinisierung. Auf dem 20. Parteitag der kommunistischen Partei am 24. Februar 1956 übte der Generalsekretär der Partei (damals als Erster Sekretär bezeichnete) Chruschtschów in seiner schnell bekannt und berühmt gewordenen – bis heute in der Sowjetunion nicht veröffentlichten – Geheimrede äusserst scharfe Kritik an Stalin persönlich und an seinen Herrschaftsmethoden. Er klagte den toten Diktator zahlloser Verbrechen an und verurteilte dessen Missbrauch der Macht. Diese förmliche Ächtung Stalins fand unmittelbar darauf ihren augenfälligen Niederschlag in einer – natürlich von oben gelenkten – Vernichtung von Standbildern Stalins, Verbrennung seiner Schriften und Tilgung seines Namens aus Orts- und Strassenbezeichnungen. Einige Monate darauf fasste das ZK der Partei einen in die gleiche Richtung weisenden Beschluss über «die Überwindung des Personenkultes und seiner Folgen». Bezeichnenderweise war aber der Tauwetterroman Ehrenburgs bereits ein Jahr früher erschienen. Das Eis hatte schon vorher zu schmelzen begonnen, und die förmliche Entstalinisierung war nicht der Anfang, sondern der Höhepunkt der Tauwetterperiode.

Schon der Machtkampf innerhalb des Führerkollektivs spielte sich in einem anderen Klima und auch mit anderen persönlichen Folgen für die Beteiligten ab als zu Stalins Zeit. Mit der einzigen Ausnahme Bérijas, der verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, sind die im Machtkampf Unterlegenen nicht physisch liquidiert, sondern so oder anders in die Wüste geschickt und somit nur politisch hingerichtet worden.

Im Einzelnen interessiert der Machtkampf hier nicht. Innerhalb des Führerkollektivs spielten sich dabei verschiedene ehemalige treue Gefolgsleute Stalins im bunten Wechsel in den Vordergrund. Zunächst hatte es den Anschein, als würde eine neue Trójka – Malenków, Mólotow und Bérija – eine Dreiherrschaft errichten. Sehr bald wurde aber dieses Triumvirat von einem Duumvirat zweier anderer abgelöst – Bulgánin als Ministerpräsident und Chruschtschów als Erster Sekretär der Partei –, und schliesslich

mündete die Entwicklung folgerichtig und der bolschewistischen Herrschaftstradition entsprechend in eine Monokratie Chruschtschows ein. Ihm gelang es, alle Gegner, zu denen mehr am Rande auch Marschall Shúkow, Schepilow und andere gehörten, als angebliche «Anti-Partei-Gruppe» auszuschalten und seit dem März 1958, wie seinerzeit Stalin, als Parteisekretär und gleichzeitig Ministerpräsident – nach aussen hin auch als Staatspräsident – die gesamte Macht in seinen Händen zu vereinen. Immerhin hat es fünf Jahre gedauert, bis Chruschtschów soweit war. Nachdem zwei Jahre später auch der alte, persönlich blasse und politisch gewichtlose Woroschilow das Amt eines formellen Staatsoberhauptes hatte niederlegen müssen, war von den (ausser Chruschtschów) sieben Sargträgern Stalins nur ein einziger, der gewandte und wendige Armenier Mikoján, nicht in der Versenkung verschwunden. 1964 wurde er auf dem ehrenvollen Posten eines Staatspräsidenten politisch kühlgestellt.

Es erhebt sich die Frage, wie weit hinter den Machtkämpfen auch tiefer liegende grundsätzliche Gegensätze gestanden haben und wieweit bei diesem Epigonenstreit tatsächlich die Entscheidung darüber gefallen ist, ob «für die künftige Entwicklung des Sowjetimperiums letzten Endes der Weg der Revolution, der Restauration oder der Reform bestimmend sein würde» (Meissner). Wahrscheinlicher ist es, dass es sich dabei um einen rein persönlichen Machtkampf gehandelt hat. Reformistische Absichten bekundeten alle, sogar Bérija, und viele spielten zum Teil gleiche Argumente gegeneinander aus. So hat Chruschtschów gegen die Absicht Malenkóws protestiert, die Konsumgüterindustrie stärker zu fördern, hat später aber selbst weitgehend das durchgeführt, was der von ihm gestürzte Malenków anstrebte. Sehr ähnlich hatte sich seinerzeit Stalin bei der Ausbootung Trózkis verhalten.

Nikíta Sergéjewitsch Chruschtschów (geb. 1894) ist im Unterschied zu seinen Vorgängern tatsächlich sowohl Bauer wie Arbeiter gewesen. Sohn eines Kleinbauern – sein Grossvater war noch leibeigen –, wuchs er in sehr ärmlichen Verhältnissen im Dorfe Kalinowka im ukrainisch-russischen Grenzgebiet auf. Von seinem neunten Lebensjahr an musste er Geld verdienen, zuerst als Hütejunge beim deutschen Gutsbesitzer Schaufuss und später, als er

fünfzehn Jahre alt geworden war, als Arbeiter im Donezker Bergwerks-Reparaturbetrieb des deutschen Unternehmers Bosse. Nachher arbeitete er als Schlosser desgleichen im Donezgebiet und erlebte als solcher – dreiundzwanzigjährig – die Revolution. Schon früh betätigte er sich revolutionär; wegen verbotener Geldsammlung für streikende Arbeiter wurde er aus den Bosse-Werken entlassen (1912). Im Bürgerkrieg kämpfte er in der Roten Armee und rückte schnell zum Kommissar auf. Seine äusserst dürftige Bildung konnte der aufgeweckte, intelligente und strebsame Jüngling erst nach der Revolution in einem Lehrgang für Politarbeiter der Roten Armee und anschliessend in einem Technikum vervollständigen. Seine politische Karriere machte er in den dreissiger Jahren als treuer Gefolgsmann Stalins in verschiedenen Organisationen der Partei, teils in der Ukraine, teils in Moskau. «Als hervorragender Vertreter der von Stalin erzogenen Nach-Oktober-Generation der Parteiarbeiter» wurde er mit dem Leninorden dekoriert (1935) und wurde schliesslich (1939) Vollmitglied des obersten Führerkollektivs, des Politbüros. Seither gehörte er zu den Spitzenfunktionären der Partei.

Bei seiner Herrschaftsausübung hat sich Chruschtschów nach seiner so entschiedenen Abkehr von Stalin sehr betont auf Lenin berufen und sich, wie man gemeint hat, bemüht, eine «leninistische Renaissance» herbeizuführen. Gelungen ist ihm das nur sehr bedingt.

Chruschtschów hat – durchaus im Sinne Lenins – das Machtmonopol der Partei im Staate wiederhergestellt, während Stalin sie der Kontrolle der Geheimpolizei unterstellt hatte. Gleichwohl erwies es sich als unmöglich, auf dem Wege «zurück zu Lenin» an Stalin vorbeizugehen. Auch eine bewusste Anknüpfung an Lenin konnte nach Lage der Dinge nur über Stalin erfolgen. Das in der russischen Geschichte erkennbare Trägheitsmoment und Beharrungsvermögen machte sich auch hier geltend. Stalin und der Stalinismus liessen sich vom ehemaligen Stalinisten Chruschtschów nicht einfach auslöschen, wie seinerzeit der ehemalige Oprítschnik Boris Godunów die Herrschaftstraditionen Gróсныjs auch nicht ausgelöscht hat, wenn auch Form und Stil der Herrschaft sich in beiden Fällen wandelten.

Chruschtschóws Politik der Entstalinisierung erwies sich als unsicher, unstet, wankelmütig, ja widerspruchsvoll. Beobachter haben wiederholt gemeint, auch bei ihm neue Ansätze zu einer Restalinisierung zu finden. Das politische Tauwetter wurde wiederholt von neuen Frostperioden unterbrochen, so dass man schliesslich in der Herrschaftszeit Chruschtschóws mehrere Tauwetterperioden unterschieden hat.

Das ihm zum Vorwurf gemachte Hin und Her lag jedenfalls nicht nur an seiner Persönlichkeit, sondern auch in der Natur der Sache. Vergleichbares hat es im Verlauf der Geschichte in Russland wiederholt gegeben. In einem traditionell autokratischen Herrschaftssystem ist es gefährlicher als in einem traditionell demokratischen, die Zügel lockerer zu lassen; sie können leicht den Händen ganz entgleiten. Diese Erfahrung hatte bereits hundert Jahre vorher Alexander II. gemacht, als er es für geraten hielt, seine «Tauwetterperiode» zu begrenzen. Auch der Entstalinisierung Chruschtschóws waren nicht überschreitbare und auch nicht überschrittene Grenzen gesetzt.

Sehr bald nach seiner Geheimrede, noch im gleichen Jahr 1956, hat Chruschtschów mit der bezeichnenden Begründung, dass das Volk die Aktion gegen Stalin nicht verstanden hätte, seine dem toten Meister nachgeschickten Pfeile wieder entgiftet, Stalin zunächst rehabilitiert und sich bald (1957) ausdrücklich zu ihm bekannt: «Wir waren aufrichtig in unserer Achtung vor Stalin, als wir an seinem Grabe weinten. Wir sind auch heute in der Einschätzung seiner positiven Rolle in der Geschichte unserer Partei und des Sowjetstaates aufrichtig.» Wider Erwarten war der Leichnam Stalins zunächst an der Seite Lenins im Mausoleum geblieben. Dann aber setzte eine zweite Phase der Entstalinisierung ein (mit dem 22. Parteikongress 1961), und der Leichnam Stalins wurde aus dem Mausoleum entfernt und unter einer schlichten Gedenktafel in einer Reihe mit anderen prominenten Kommunisten des In- und Auslandes an der Kremllmauer beigesetzt.

Wichtiger als die theoretischen Betrachtungen über Stalin und die Behandlung seines Leichnams waren natürlich konkrete Massnahmen, die auf der Ebene einer Entstalinisierung lagen. An erster Stelle ist dabei die für die Volksstimmung natürlich äusserst

wichtige Milderung des Strafvollzuges zu nennen. Die Mehrzahl der KZs wurde aufgelöst, der grösste Teil der politischen Strafgefangenen wurde freigelassen (nach Schätzungen handelte es sich dabei um mindestens eine Million Menschen). Ausdrücklich abgeschafft wurde die Verbannung in unbewohnte Gebiete und die Sippenhaft. Andererseits aber wurden Bestimmungen über verschärfte Zwangsmassnahmen erlassen, wie die Einführung von Kameradschaftsgerichten (1961), die sog. Parasiten zur Verbannung bis zu fünf Jahren verurteilen durften.

Ein sehr augenfälliger Ausdruck der Entstalinisierung war die politische Rehabilitierung zahlreicher Einzelpersonen und ganzer Völkerschaften. Die Massnahme betraf natürlich die Opfer des Stalinschen Terrors, aber durchaus nicht alle. Auf das Ganze gesehen kann man sagen, je prominenter das Opfer, umso zögernder die Rehabilitierung. Von den Opfern der grossen Schauprozesse wurden nur Tuchatschéwskij und die mit ihm verurteilten und liquidierten Generäle rehabilitiert; die grossen politischen innerparteilichen Gegner Stalins aus der Alten Garde der bolschewistischen Führung, die historischen Persönlichkeiten, die die Revolution gemacht hatten und später von Stalin liquidiert wurden, von Trózkij über Sinówjew und Kámenew bis zu Bucharin und Rýkow, blieben unrehabilitiert.

Von den dem Terror Stalins zum Opfer gefallenem und deportierten Völkerschaften wurden die Nordkukasier und Kalmücken rehabilitiert; ihnen wurde nicht nur die Rückkehr in ihre alten Siedlungsgebiete ermöglicht, sondern sogar im begrenzten Rahmen eine nationale Autonomie gewährt. Die während des Krieges nach Sibirien und Zentralasien deportierten Wolgadeutschen wurden aber nur theoretisch rehabilitiert, indem der Makel des Landesverrates von ihnen genommen wurde; eine Rückkehr in ihre Heimat an der Wolga wurde ihnen jedoch nicht gestattet; ihre von Lenin geschaffene autonome Sowjetrepublik blieb liquidiert. Noch härter war das Schicksal der desgleichen deportierten Krimtataren: sie wurden nicht einmal formal rehabilitiert.

Eine besondere Form nahm die Entstalinisierung auf dem Kultursektor an. Hier wurde die erwähnte, für Chruschtschow typische Unsicherheit und Unbeständigkeit, das Sprunghafte und

Unstete bei seinen Massnahmen besonders deutlich. Zunächst hatten nach dem Tode Stalins und mit dem einsetzenden Tauwetter sich im kulturellen Bereich auf allen Gebieten selbständige Regungen bemerkbar gemacht, sowohl in der Wissenschaft, vor allem in der Naturwissenschaft, aber auch in den Gesellschaftswissenschaften, in denen man nicht mehr geneigt war, eine ideologisch bestimmte, jeweilige «Generallinie» als verbindlich anzuerkennen. Besonders deutlich wurde das auf dem für Russland immer besonders wichtigen Felde der Literatur.

Anknüpfend an ihre besten Traditionen aus ihrer grossen Zeit im 19. Jahrhundert, wurde die Literatur «zum Sammelbecken aller verschwiegenen Hoffnungen, zur Stimme des offenen und des verschlüsselten Protestes... Über die Literatur erhielt die sowjetische Öffentlichkeit nicht nur Auskunft über die Konfliktstoffe der Epoche, die Krisenherde der Gegenwart, die Reibungsflächen in den ideologischen Auseinandersetzungen, sondern auch den Zugang zu jenen verborgenen Quellen der Besinnung, der Bestandsaufnahme und Gewissenserforschung, die anderswo stumm bleiben mussten» (Ssachno). Eine ganze Phalanx sowjetischer Dichter und Schriftsteller versuchte nach Stalins Tod, das Tauwetterklima in diesem Sinne zu nutzen. Dabei ging es um zweierlei: einerseits um das Verlangen nach geistiger Emanzipation der geistigen Elite, nach Befreiung von den ideologischen Fesseln einer doktrinären Weltanschauung, kurz um eine freiere Entfaltung des Geistes. Andererseits ging es dabei um die Aufklärung der Masse der Leserschaft über die politische Vergangenheit und Gegenwart, wie eh und je in der grossen russischen Literatur, um künstlerische Gestaltung und gleichzeitig um Bericht. So war es erklärlich, dass auch Werke der schönen Literatur mit nur beschränktem künstlerischen Wert, aber informatischem Gewicht (z.B. Dudinzew «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein») erhebliche literarische Bedeutung erlangen konnten.

Bei dieser neuerlichen Konfrontation von Geist und Macht in der Geschichte Russlands hat Chruschtschów in der offenbaren Furcht, über das Aufbegehren der geistigen Elite die Kontrolle zu verlieren, sich auf seine Machtposition zurückgezogen. Auch in diesem Fall war sein Kurs bemerkenswert unsicher und schwankend



und hat dadurch das aus der russischen Geistesgeschichte so bekannte persönliche Risiko der Schriftsteller erheblich erhöht. Bereits ein Jahr nach seiner Geheimrede forderte er im Zuge einer grossangelegten Kampagne gegen «Aufweichungserscheinungen» die Schriftsteller unter unmissverständlichen Drohungen dazu auf, «umgehend damit aufzuhören, die Absage an den Personenkult als Vorwand für revisionistische Ketzereien zu missbrauchen» (1957). Trotzdem kam es schon nach zwei Jahren zu einer neuen Tauwetterperiode, die wiederum drei Jahre später ihr Ende mit der Begründung eines «Staatskomitees für das Buchwesen» fand, das alle Verlage und literarische Erscheinungen zentral zu kontrollieren hatte. Nicht unbedingt linientreue Schriftsteller und Dichter wurden erneut bedroht und auf verschiedene Weise gemassregelt, z.B. durch Entlassung aus öffentlichen Ämtern, sofern sie solche bekleideten. Die grossen Schriftstellerprozesse mit ihren schweren Gefängnis- und Arbeitslagerstrafen begannen bereits unter Chruschtschow (Februar 1964), um nach seinem Sturz noch grösseren Umfang anzunehmen.

Im Zuge dieses Zickzack-Kurses wurde es möglich, dass der in Romanform gefasste Bericht Alexander Solshenizyns über den Tageslauf des Sträflings Iwán Denissowitsch und das sehr kritische Gedicht Jewgénij Jewtuschenkos «Stalins Erben» mit ausdrücklicher Billigung des ZK der Partei erscheinen konnten, und dass andererseits Boris Pasternak wegen seines, nur im Westen erschienenen, grossartigen Romans «Doktor Shiwago» in beschämender Weise behandelt, öffentlich beschimpft, mit der Ausweisung aus seiner Heimat bedroht und zur Nichtannahme des Nobelpreises gezwungen wurde.

Ein besonderes Gesicht gewann die Entstalinisierung im religiös-kirchlichen Bereich. Hatte dieser Vorgang, auch wenn er sich in engen Grenzen hielt und Rückschläge zeigte, immerhin eine Milderung, Erleichterung und eine Auflockerung der früheren Verhältnisse mit sich gebracht, so bedeutete die Entstalinisierung im kirchlichen Bereich eine Verschlechterung der Lage. Stalin hatte seinerzeit den scharf antireligiösen Kurs Lenins entschärft und sowohl ideologisch wie institutionell die Lage der Religionsgemeinschaften, zumal die der griechisch-orthodoxen Kirche, erleichtert

(vgl. S. 627). Chruschtschów hat sie – in diesem Fall eindeutig im Rückgriff auf Lenin – wieder erheblich erschwert. Das Patriarchat blieb zwar bestehen, der Druck auf die Kirche wurde aber spürbar verstärkt, einerseits durch eine systematische Anfachung der atheistischen Bewegung in ihrer Aggressivität gegen die Kirche und andererseits durch eine neueinsetzende administrative Verfolgung. Es fanden wieder Prozesse gegen Geistliche statt, es wurden (seit 1960) mehrere tausend Kirchen geschlossen, und von den acht unter Stalin zugelassenen theologischen Seminaren blieben nur drei übrig. Die von Stalin seinerzeit sistierte üble Gottlosenzeitschrift «Besboshnik» konnte (seit 1960) im wissenschaftlichen Gewände als Monatsschrift der «Allrussischen Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse» unter dem Titel «Wissenschaft und Religion» (näüka i religija) wieder erscheinen. Bereits 1954 war durch ZK-Beschluss die Forderung erhoben worden, «den Kampf gegen die religiösen Vorurteile als ideologischen Kampf der wissenschaftlichen materialistischen Weltanschauungen» zu führen. Die Wirkung dieses mit Hilfe aller Massenmedien wie Fernsehen, Rundfunk, Theater und Kino geführten Kampfes ist nach zuverlässigem Urteil aber dürftig.

So hatte die Entstalinisierung unter Chruschtschów nicht nur ihre Grenzen, sondern auch ihren Januskopf.

## 9. «WOHLFAHRTSKOMMUNISMUS» UND FRIEDLICHE KOEXISTENZ

Auf das Ganze gesehen haben die personellen und sachlichen Kämpfe um das Erbe Stalins in Moskau – wie seinerzeit die Palastrevolutionen in Petersburg – die Gesamtentwicklung des riesigen Reiches nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermocht. Nach Überwindung der schweren Kriegsschäden hat die Sowjetunion in der Zeit nach dem Tode Stalins sich in der einmal eingeschlagenen Richtung in stark beschleunigtem Tempo weiter entwickelt. Gleichwohl war eine Veränderung in vielen Einzelheiten dabei unverkennbar.

In der Innenpolitik ging es Chruschtschow – wie seinerzeit Lenin beim Übergang zur NEP-Politik – in erster Linie darum, den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern. Zu diesem Zweck wurden (seit 1954) in Sibirien riesige Staatsgüter (sowchose) errichtet, durch Zusammenlegen mehrerer Kolchose neue Grosskolchose geschaffen und auf Chruschtschows persönliche Initiative eine grossaufgezogene Aktion eingeleitet, um durch «Neulandgewinnung» weitere Gebiete (z.B. in den Steppen Kasachstans) zu erschliessen. Der Lieblingsgedanke Chruschtschows, der sich selbst als Agrarexperte fühlte, war die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land durch Schaffung sog. Agrostädte. Dadurch sollte der wirtschaftlich weitaus am schlechtesten gestellte Kolchosbauer – seine Entlohnung in Geld und Naturalien betrug etwa ein Viertel bis ein Drittel des durchschnittlichen Verdienstes eines Industriearbeiters – in seiner sozialen Lage wenigstens annähernd dem städtischen Arbeiter angeglichen werden.

Aus den Agrostädten wurde zwar nichts, aber mit den neuen agrarwirtschaftlichen Massnahmen wurden beträchtliche Erfolge erzielt, und die Getreideproduktion konnte erheblich erhöht werden. Gleichzeitig wurde die Produktion von Konsumgütern erhöht. Die Ergebnisse davon spürte der Sowjetbürger am eigenen Leibe: die Stockungen in der Belieferung mit Waren wurden geringer und seltener, die Auswahl an Konsumgütern, wenn auch

nicht ausreichend, so doch beträchtlich grösser als früher. Die Folge war eine fortgesetzte Hebung des – im Vergleich mit der westlichen Welt immer noch niedrigen – Lebensstandards und ein nicht nur objektiver, sondern auch subjektiv dankbar empfundener wirtschaftlicher Aufstieg. Dem Sowjetbürger ging es besser als vorher.

Hinzu kamen die Erleichterung und Verbesserung im Leben des Einzelnen infolge der Entstalinisierung. Man lebte nicht mehr in ständiger Angst und Furcht vor Verhaftung und Exekution. Die harten Stalindekrete über die Arbeitsdisziplin wurden aufgehoben, die Möglichkeit des Arbeitsplatzwechsels, jedenfalls bedingt, gewährleistet. Man konnte auch freier sprechen, z.B. in Gewerkschaftsversammlungen, was es früher nicht gab, offen diskutieren und offenbare Mängel und Missstände wenigstens erwähnen. Man konnte das sogar öffentlich, in Leserzuschriften an die Presse, tun. Chruschtschów verstand es wohl, den rein menschlichen Bedürfnissen, wenn auch im begrenzten Umfang, Rechnung zu tragen. So hat es schon seine Berechtigung, wenn man in diesem Zusammenhang vom «Wohlfahrtskommunismus» Chruschtschóws (Ruffmann) gesprochen hat.

Hinzu kamen die z.T. sensationellen, propagandistisch entsprechend ausgeschlachteten Fortschritte in der Wissenschaft und Technik, zumal in der Atomphysik und in der Raketentechnik. In die Zeit der Erholung und des Auftriebes nach dem Tode Stalins fielen die grossen sowjetischen Erfolge der Astro- und Kosmonautik im Wettlauf mit Amerika, bei einem vorübergehenden Vorsprung der Russen. Der erste Erdsatellit (Sputnik, 1957) und die erste Mondrakete (Lunik, 1959) wurden von der Sowjetunion gestartet, und der erste Mensch, der durch den Weltraum flog, war ein Russe (Gagárin, 1961); auch der erste «Spaziergang» im Weltraum wurde von einem Russen gemacht. Das alles hat das Selbstbewusstsein der Sowjetfunktionäre und das der Sowjetmenschen spürbar gehoben und deren Vertrauen in die Richtigkeit ihres Weges gefestigt, ohne dass damit die Augen vor den Härten des täglichen Lebens geschlossen wurden. Jetzt war es möglich, dass in den Zeitungen Zuschriften veröffentlicht wurden wie diese: «Wir stellen die besten Fernraketen her, wir fliegen zum Mond, aber die

Schränke, die wir herstellen, sind einfach Schund.» «Der Teufel soll den Mond holen, gebt uns lieber besser zu essen.»

Die von der Regierung bewusst geförderte Erleichterung und Verbesserung im Leben des Einzelnen spielte sich vor einem Hintergrund ab, der von Regierungsmassnahmen unabhängig war und sich gleichsam geschichtsnotwendig vollzog. Es ist damit der durch die vorangegangene Industrialisierung und Verstädterung bedingte Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft mit differenzierter Sozialstruktur gemeint, in der neben Partei- und Machtapparat andere soziale Kräfte an Eigengewicht gewannen. Ob diese Gesellschaft bereits als pluralistisch bezeichnet werden kann, sei dahingestellt; jedenfalls zeigte sie in zunehmendem Masse pluralistische Züge. Selbstverständlich bedeutet das eine Angleichung an die Verhältnisse im Westen.

Chruschtschów hat diesen Vorgang jedenfalls besser erkannt als Stalin und hat sich bemüht, ihm Rechnung zu tragen, auch in Bezug auf die soziale Struktur der Partei. Durch eine Parteireform (1962) hat er jungen, politisch wendigen, fortschrittlichen Elementen, in erster Linie aus den Reihen der technischen Intelligenz, die Chance gegeben, «anstelle der alten, blind dem Ziel der jeweiligen Parteilinie folgenden Parteimandarine» (Meissner) in die obersten Parteigremien aufzurücken, wie sich zeigen sollte zu seinem eigenen Unglück. Auch in dieser Hinsicht hat Chruschtschów vieles richtig erkannt, aber gleichzeitig die darin liegenden Möglichkeiten für die Sowjetunion, zumindest in bezug auf das mögliche Entwicklungstempo, fehl eingeschätzt.

Die auf Peter den Grossen zurückgehende, von Stalin oft wiederholte Parole des «Einholen und Überholen» wurde von Chruschtschów in herausforderndem, gelegentlich drohendem Ton wiederaufgenommen und nicht nur als Fernziel, sondern als eine z.T. bereits erfüllte, z.T. für die nächste Zukunft gesicherte Tatsache verkündet. Der Herr im Kreml erklärte laut, dass die Sowjetunion die Vereinigten Staaten von Amerika «in historisch kürzester Zeit» sowohl in der absoluten Produktion wie in der Produktion je Kopf der Bevölkerung einholen und überholen werde. Bei solchen und ähnlichen Renommagen zeigte sich, dass Chruschtschów in mancherlei Hinsicht das rechte Augenmass fehlte.

Wie in der Innenpolitik so hat Chruschtschów in der Aussenpolitik die gegebenen Voraussetzungen wahrscheinlich richtiger beurteilt als Stalin. Er hat die wachsende Zahl der, sich aus dem ehemaligen Kolonialbereich lösenden, sog. unterentwickelten Länder und das wachsende Gewicht der blockfreien Staaten im weltpolitischen Kräftespiel bei der Führung seiner Aussenpolitik in weit höherem Grade berücksichtigt als seine Vorgänger. In dieser Richtung entfaltete er eine grosse Aktivität, wobei es ihm darum ging, dem sowjetischen Einfluss überall in der Welt Geltung zu verschaffen. Er bediente sich dabei mit unverkennbarem Erfolg der traditionellen zwei Gleise sowjetischer Aussenpolitik: der auf reale Machtmittel (z.B. Waffenlieferungen) gestützten Grossmachtspolitik und der ideologisch bestimmten, auf Agenten und Agitation gestützten, internationalen Parteipolitik.

Auch in seiner Aussenpolitik berief sich Chruschtschów auf Lenin und betonte dabei oft und gerne den Grundsatz der «friedlichen Koexistenz», nach der «Länder mit verschiedenen sozialen Systemen nicht nur nebeneinander bestehen können, sondern auch eine Besserung der Beziehungen, eine Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit anstreben müssen». Wenn die Aussenpolitik Lenins in der NEP-Periode auch die praktische Voraussetzung für die Ausformung der Koexistenzidee geschaffen hat (vgl. S. 606), so war sie von der Chruschtschówschen Koexistenzpolitik doch sehr verschieden. Für Lenin war die Veranlassung, zu einer Koexistenzpolitik überzugehen, die unerlässliche Notwendigkeit, seinem jungen Staat überhaupt erst ein eigenes Instrument im Konzert der Mächte zu verschaffen, um darauf spielen zu können; die machtpolitische Voraussetzung für Lenin war die militärische und wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion und die eindeutige machtmässige Überlegenheit der «kapitalistischen Welt». Die neue Koexistenzpolitik Chruschtschóws stand dagegen eindeutig im Zeichen der gerne und provokativ betonten eigenen Stärke als Atommacht, getragen vom Glauben an die eigene militärische und raketentechnische Überlegenheit. Insofern waren die Voraussetzungen in beiden Fällen verschieden. Gleich war dagegen das Bedürfnis nach Entspannung und der unbezweifelbare Wunsch eines Auskommens mit der anderen Welt. Gleich war auch, dass in

beiden Fällen die aussenpolitischen Methoden geändert wurden, nicht aber das aussenpolitische Ziel. Das aussenpolitische Endziel war bei Chruschtschow genauso wie bei Lenin – und selbstverständlich auch bei Stalin – durch die Überzeugung gesteckt, dass letzten Endes die ganze Welt in einem weltrevolutionären Prozess kommunistisch werden müsse und werden werde. Chruschtschow hat das in seinen Reden viel häufiger betont als seine Vorgänger.

Die Änderung der aussenpolitischen Methoden wurde durch den Stil, in dem Chruschtschow seine zwischenstaatliche Politik führte, besonders augenfällig. Eifrig und emsig bemühte er sich, die «friedliche Koexistenz» durch persönliche Kontakte mit den Regierungschefs und Staatsoberhäuptern der östlichen und vor allem der westlichen Welt auf fortgesetzten Auslandsreisen zu erhärten. So machte er, anfangs noch zusammen mit Bulgáin, u.a. Besuche in Peking (1954 und 1959), Belgrad (1955), Südostasien (1955), England (1956), USA (1959 und 1960), Indien (1960), Burma (1960), Afghanistan (1960), Paris (1960) und Wien (1961). Dabei verkehrte er mit sichtlichem Behagen mit Staatsoberhäuptern und Monarchen auf gleicher Rangebene – er nahm den ihm staatsrechtlich nicht zustehenden Rang eines Staatspräsidenten auch für sich in Anspruch (vgl. S. 632) –, hat aber infolge seines selbstgefälligen, gelegentlich tölpelhaften Gebarens dabei nicht unbedingt zur zwischenstaatlichen Entspannung beigetragen und zu Hause, in Moskau, nicht nur Unbehagen, sondern auch Ärger ausgelöst, z.B. als er sich während einer UNO-Vollversammlung in New York (1960) einen Schuh auszog und mit ihm auf die Tischplatte hämmerte.

Chruschtschow hat mit seiner Koexistenzpolitik durch kluge Kompromisse unbezweifelbare Erfolge in der Richtung einer Entspannung erzielt. In diesem Zusammenhang wäre sein «Canossa-Gang» zu Tito (1955) zu nennen und die dadurch erkaufte Versöhnung mit den Jugoslawen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik und die Freigabe vieler deutscher Kriegsgefangener nach dem Besuch Adenauers in Moskau (1955), die Zurückziehung sowjetischer Truppen aus Österreich (österreichischer Staatsvertrag, 1955), die Rückgabe der Halbinsel

Porkkala an Finnland (1956) und die Unterzeichnung des Atomteststopp-Abkommens (1963). Doch auch im zwischenstaatlichen Verkehr hat Chruschtschów sein persönliches Gewicht und das der Sowjetunion falsch eingeschätzt. Immer wieder hat er versucht, seinen Kontrahenten aufzutrupfen, sie einzuschüchtern, oder einen spektakulären «Durchbruchversuch» zu inszenieren und damit das Gleichgewicht in der Welt zugunsten der Sowjetunion zu verändern, ohne die geringsten Erfolge damit zu erzielen. In Deutschland forderte er ergebnislos den Rückzug der Westmächte-Truppen aus Berlin und die Erklärung Westberlins zu einer «freien entmilitarisierten Stadt» (1958). In Amerika begann er (seit 1962), unmittelbar vor der Tür der USA Raketenbasen auf Kuba zu errichten. Nach einer scharfen Reaktion Kennedys auf diesen «Erpressungsversuch» zog er die sowjetischen Raketen aus Kuba wieder ab. Die Pariser sog. Gipfelkonferenz hat er in unfairer Weise zwar torpedieren können (1960), aber dabei nichts gewonnen ausser einem zumindest persönlichen Prestigeverlust. Diese Dinge und manche andere (z.B. der von der Sowjetunion natürlich gebilligte Bau der Berliner Mauer, 1961) standen in allzu krassem Widerspruch zu den laut verkündeten Zielsetzungen einer friedlichen Koexistenz. So zeigte seine Politik auch in diesem Bereich einen Januskopf.

Seine empfindlichsten Rückschläge erlitt Chruschtschów aber in seinem eigenen, dem kommunistischen bzw. Ostblocklager. – Die Entstalinisierung im Innern wirkte sich auch nach aussen aus und hatte empfindliche Krisenerscheinungen im europäischen Satellitenbereich der Sowjetunion zur Folge. Obgleich Chruschtschów mit den sog. Volksdemokratien einen Militärpakt (Warschauer Pakt, 1955) geschlossen hatte, kam es nur wenige Monate nach seiner Entstalinisierungs-Geheimrede (Februar 1956) in Polen zu Unruhen (Juni 1956) und wieder einige Monate später zu einem offenen, eindeutig gegen die Sowjetunion gerichteten Aufstand in Ungarn (November 1956).

Dieser Krise konnte Chruschtschów nur – echt stalinistisch – durch den Einsatz militärischer Machtmittel Herr werden. Aber das Verhältnis zwischen Moskau und den Satelliten – und vielleicht in noch höherem Grade das Verhältnis der nichtregierenden



kommunistischen Parteien im Westen zu Moskau – war und blieb im Vergleich zur Stalinzeit spürbar gestört. Die, erstmals von Jugoslawien gestellte, Forderung nach der Respektierung eines «eigenen Weges zum Sozialismus» verstummte nicht mehr. Man begann immer ungescheuter «Freude am eigenen Denken und Tun zu haben» (Stökl). Das wachsende Bestreben, sich von Moskau zu emanzipieren und für die eigene Politik mehr Spielraum zu gewinnen, konnte niemandem mehr verborgen bleiben. Das zeigte sich nächst Jugoslawien zuerst in Rumänien und schliesslich – nach dem Sturz Chruschtschóws – in einer für Moskau nicht zulässigen und nicht zugelassenen Weise in der Tschechoslowakei.

Eine besondere Belastung erfuhr die Aussenpolitik Chruschtschóws durch seine Chinapolitik. Es gelang ihm weder die Beziehungen zu den kommunistischen Brüdern in China, trotz wiederholter Versuche, zu verbessern, noch die, anfänglich von Moskau wirtschaftlich völlig abhängigen, Chinesen an einer weiteren Emanzipation von der Sowjetunion zu hindern, noch den, ihm keineswegs willkommenen, schnellen Aufstieg Chinas zu einer asiatischen Vormacht zu bremsen. Im Gegenteil. Die Spannungen zwischen Moskau und Peking wurden (etwa seit 1958) fortgesetzt schärfer und mündeten in offene Feindschaft, als Chruschtschóws sich dem Trend der Chinesen zur unmittelbaren Auslösung einer Weltrevolution entgegenstellte und schliesslich die Inder gegen die angreifenden Chinesen mit Waffenlieferungen unterstützte (1962).

Je entschiedener Mao sich in seinem selbst geschaffenen rotchinesischen Riesenreich durchsetzte und je williger er sich von der Dynamik der revolutionären Kräfte tragen liess, umso deutlicher wurde, dass in Peking, gestützt auf eine schnell anwachsende reale Macht und auf ein gesteigertes Selbstvertrauen, nicht ein Bruder, sondern ein Rivale der Sowjetunion auf die Weltbühne getreten war. Zwar war die Sowjetunion seit 1949 eine atomare Macht, – aber seit 1964 war China es auch.

Die Rotchinesen begnügten sich keineswegs mit dem Anspruch auf volles Mitspracherecht im Ostblock und damit auf Gleichberechtigung, – sie erhoben auch Anspruch auf Führung. Sie begannen nun, ohne ideologische und terminologische Hemmungen, in äusserst scharfer Form Kritik an der Sowjetunion zu üben.

Schon die These Chruschtschóws von der Vermeidbarkeit des Krieges hatte zu einer scharfen Kontroverse mit Peking geführt; der Rückzieher des Kreml nach dem gescheiterten Kuba-Unternehmen löste in Peking blanken Hohn aus, und die Besprechungen Chruschtschóws mit Eisenhower in Camp David (1959) wurden als Verrat angesehen und auch so bezeichnet. Die ideologisch untermauerten Attacken der Chinesen richteten sich dabei einerseits gegen den Revisionismus der Sowjetrussen in ihrer Westpolitik und andererseits gegen ihren Imperialismus – im besten kaiserlich-russischen Stil – in ihrer Ostpolitik.

Diese in aller Öffentlichkeit geführten Kontroversen haben die kommunistische Weltbewegung während der Ära Chruschtschów «bis fast zur Unkenntlichkeit verändert» (Leonhard), eindeutig zuungunsten der Sowjetunion. – Drei Monate nach seiner Entstalinisierungsrede hatte Chruschtschów das «Kominform» aufgelöst (April 1956), die Nachfolgeorganisation der Komintern als Moskauer Instrument zur genauen Kontrolle der kommunistischen Parteien. An seine Stelle sollten, ähnlich wie seinerzeit bei der vergleichsweise locker organisierten II. Internationale, gelegentliche Kongresse treten, die als sog. kommunistische Weltkonzile (1957, 1960 und schliesslich 1969) auch zusammengetreten sind. Das Bestehen einer alle kommunistischen Parteien im internationalen Rahmen verknüpfenden Institution hatte bislang den spezifischen Charakter der III. Internationale (Komintern) gekennzeichnet und war gleichzeitig ein Ausdruck des Gewichtes Moskaus als Befehlszentrale im Weltkommunismus. Ob Chruschtschow geglaubt hat, dass die Autorität und das Potential der Sowjetunion genügen würden, um deren bisherige Stellung auch ohne institutionelle Sicherung zu wahren, sei dahingestellt. Wenn er es geglaubt hat, so ist auch das eine Fehleinschätzung gewesen.

Wie die kommunistischen Weltkonzile lehrten, war die im Weltkommunismus schon lange als solche erkannte Gefahr einer Fraktionsbildung nicht mehr zu verhindern. Auf den Konzilen von 1957 und 1960 wurde aller Welt erkennbar, auch wenn das nach aussen hin geleugnet oder überdeckt wurde, dass sich der Weltkommunismus in zwei Fraktionen aufgespalten hatte, in die Moskauer und die Pekinger. Denn auch die Chinesen hatten eine

Gefolgschaft in Asien und in Europa (Albanien) gefunden. Auf dem Dritten Weltkonzil (1969) nach dem Sturz Chruschtschóws war das Pekinger Lager überhaupt nicht mehr vertreten. Diese Spaltung des Weltkommunismus erscheint durchaus mit der seinerzeitigen Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Partei in eine bolschewistische und in eine menschewistische Fraktion vergleichbar. Auch damals hatten zunächst beide Fraktionen ihren Parteitag gemeinsam abgehalten, bald aber getrennt. Man hat den Vorgang auch mit der Kirchenspaltung im 11. Jahrhundert verglichen.

Bei der Spaltung des Weltkommunismus fiel natürlich, ausser den verschiedenen nationalen geschichtlichen Traditionen, auch die unterschiedliche Entwicklungsstufe ins Gewicht, auf der sich beim «Übergang zum Sozialismus» der bereits etablierte Kommunismus in der Sowjetunion und der noch revolutionäre Kommunismus in China befand.

Die für Chruschtschów verhängnisvollste Fehleinschätzung bezog sich auf seine eigene Stellung in der Partei. Bei seinem Rückgriff auf Lenin hatte ihm ohne Zweifel vorgeschwebt, eine gleiche, zumindest ähnliche Führerstellung in der Partei einzunehmen wie der Begründer der Sowjetunion. – Es wurde bereits gesagt, dass Lenin eine echte, auf auctoritas gegründete, charismatische Führung ausgeübt hatte. Chruschtschów fehlten sowohl die Gnadengaben seines Vorbildes wie dessen Autorität; so kann sein Führertum in der Partei nur als pseudocharismatisch bezeichnet werden.

Äusserst empfänglich für Publikumsbeifall und willig gespendetes Lob hat er trotz entschiedener – übrigens auch im Parteistatut (1961) verankerter – Verurteilung des Personenkultes sich selbst zum Gegenstand eines solchen, im Vergleich zu Stalin allerdings temperierten, Kultes gemacht. Zu seinem Unglück hielt er billigen Beifall und laute Lobsprüche für einen Ausdruck treuer Gefolgschaft.

Fälschlicherweise glaubte er, es sich leisten zu können, eigenmächtige Entscheidungen zu treffen, ohne «mit den Meinungen der Genossen zu rechnen», wie ihm später vorgeworfen wurde. Nach seinem Sturz wurde, ohne seinen Namen zu nennen, aber unverkennbar in Bezug auf ihn, öffentlich erklärt: «Es darf nicht zu-

gelassen werden, dass ein Mensch, selbst wenn er die höchste Autorität besitzt, sich der leitenden Kontrolle des Parteikollektivs entzieht und sich einbildet, alles zu wissen und alles zu können.» Hier dürfte der Schlüssel zu seinem Sturz liegen.

Hinzu kam, dass sein persönlicher Stil, seine biedermännische Jovialität, sein «Wortgeklingel und seine Prahlerei», seine täppische Effekthascherei und nicht zuletzt – wie nachträglich ausdrücklich vermerkt wurde – «seine mit der Würde eines sozialistischen Führers unvereinbaren» Eskapaden auf internationalem Parkett dem Widerstand gegen seine Führung unter den Parteifunktionären weiteren Auftrieb gaben. Die gleichen Leute aus dem ZK, die ihn noch zu seinem 70. Geburtstag (April 1964) überschwänglich feierten, haben ihn sechs Monate später (Oktober 1964) ungerührt und kaltblütig entmachtet. Der von ihm selbst begünstigte, sich hauptsächlich aus der technischen Intelligenz rekrutierende Parteinachwuchs hat entscheidend dazu beigetragen. Chruschtschow wurde nicht im Zuge einer Palastrevolution oder eines Putsches, d.h. nicht mit revolutionären Mitteln, sondern auf legale Weise gestürzt. Der Partei- und Regierungschef wurde einfach – aus dem Urlaub heraus – vor das ZK der Partei zitiert und durch Mehrheitsbeschluss abgesetzt, – ein Vorgang ohne Beispiel in der bisherigen Geschichte der Sowjetunion.

Nikita Chruschtschow hatte die kommunistische Partei wieder zum alleinigen Machtinstrument im Staate erhoben; diese Partei, genauer das Führerkollektiv der Partei, hat seinen Sturz beschlossen und vollzogen.

## SCHLUSSWORT

### VON CHRUSCHTSCHOW ZUR KOLLEKTIVEN FÜHRUNG

Chruschtschow ist vom Führerkollektiv gestürzt worden. Dieses Kollektiv übernahm darauf selbst die Führung. Es war nicht das erste Mal in der Geschichte der Sowjetunion, dass an die Stelle einer monokratischen Führung eine polykratische trat. Sowohl nach dem Tode Lenins wie nach dem Tode Stalins war das geschehen. Dieser Zustand ist aber stets nur vorübergehend gewesen, jetzt, nach Chruschtschows Sturz, hat er erstmalig unverändert mehrere Jahre – bislang fünf Jahre – bestanden.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass der Grundsatz einer kollektiven Führung (kollektivnoje rukowodstwo) in Sowjetrussland von Anfang an bestanden hat und von sowjetischen Autoren als «grösste Errungenschaft der Partei» besonders hervorgehoben wird, weil man darin den entscheidenden Unterschied zu dem – auf dem Führerprinzip beruhenden – faschistischen Herrschaftssystem sieht. Träger der kollektiven Führung ist theoretisch das Zentralkomitee der Partei, praktisch das Politbüro des ZK (von 1952 bis 1966 als Präsidium des ZK bezeichnet). Der Grundsatz der kollektiven Führung ist auch in der Zeit der Einmandiktatur Lenins, Stalins und Chruschtschows nie aufgegeben worden, hat sich mithin als mit der Praxis einer Einherrschaft vereinbar erwiesen. Insofern ist auch nach dem Sturz Chruschtschows keine grundsätzliche, wohl aber eine kratopolitisch-faktische Änderung erfolgt.

Die Spitzenämter wurden wieder getrennt. Aus dem Führerkollektiv traten drei neue Männer in die Führungspositionen, Bréshnew als Parteichef (Erster Sekretär, ab 1966 Generalsekretär), Kossýgin als Regierungschef (Ministerpräsident) und Podgórnj als Staatschef (Präsident des Präsidiums des Obersten

Sowjets), dessen Amt nach dem Übergang zur kollektiven Führung an politischem Gewicht gewonnen hat. Die drei Spitzenfunktionäre sind wohl mehr als Repräsentanten denn als Inhaber einer realen Macht anzusehen. Das lag im Interesse des Kollektivs, speziell in Bezug auf Bréshnew. Man hatte ja mit Generalsekretären seine Erfahrungen gemacht. «Der Sekretär des Parteikollektivs», wurde jetzt öffentlich festgestellt (Práwda 20. Juli 1966), «ist nicht sein Vorgesetzter (natschalnik), er hat nicht das Recht zu kommandieren (komandowatj). Er ist im kollektiven Führungsorgan nur der Älteste (starschij), den die Kommunisten gewählt haben. Bei der Lösung von Fragen hat er ebenso viele Rechte wie die übrigen Mitglieder des Kollektivs.»

Bezeichnenderweise repräsentieren alle drei Spitzenfunktionäre einen neuen Typus des Sowjetführers, der den bereits erwähnten soziologischen Wandel der Sowjetgesellschaft gleichsam personifiziert. Alle drei entstammen als «typische Technokraten» der technischen Intelligenz; alle drei haben eine abgeschlossene Hochschulbildung; alle drei sind Ingenieure; alle drei haben ihre Karriere nicht allein in der Parteiorganisation gemacht – Kossygin hat nie eine Parteifunktion ausgeübt –, sondern haben jahrelang eine erfolgreiche Berufstätigkeit ausgeübt und galten als hervorragende Sachkenner ihres Fachs. Das gleiche gilt für zahlreiche jüngere Mitglieder des Führerkollektivs, z.B. für Suslow, der als eigentlicher Drahtzieher beim Sturz Chruschtschóws gilt, ein Wirtschafts- und Betriebswissenschaftler, und ebenso für Schélest und Kirilénko, für Poljanskij, ein Agronom mit abgeschlossener Hochschulbildung, und Schelépin, der Philosophie, Geschichte und Literatur studiert hat. Von alten Berufsrevolutionären ohne Hochschulbildung gehörten nach dem Sturz Chruschtschóws nur noch zwei, Mikoján und Schwérnik, dem Politbüro an.

Man hat gemeint, dass neben den äusseren Gründen, die zu Chruschtschóws Sturz geführt haben, dessen Ablösung auch insofern einer inneren Notwendigkeit entsprach, als der Autodidakt und politische Agitator ohne Fachkenntnisse und ohne Bildungsniveau die reifer und komplizierter werdende Industriegesellschaft nicht mehr glaubwürdig repräsentierte und der objektiv veränderten Situation subjektiv nicht mehr gewachsen war. Das mag in

Bezug auf die Menschenführung seine Richtigkeit haben, in bezug auf die Staatsführung, d.h. auch den innen- und aussenpolitischen Kurs, blieb der Wechsel an der Spitze ohne verändernde Wirkung. – In diesem Bezug können hier nur die grossen Entwicklungslinien, soweit sie erkennbar geworden sind, ganz kurz skizziert werden.

Der Führungsstil änderte sich allerdings sofort; er wurde betont sachlich, schlicht und unpersönlich. Einige Änderungen fanden in der Personalpolitik insofern statt, als mehrere von Chruschtschow abgesetzte Funktionäre wieder in ihre Ämter eingesetzt wurden. In der Wirtschaftspolitik kündigte Kossýgin eine Reform an (1965), die darauf zielte, der Wirtschaft mehr Spielraum gegenüber der Partei zu verschaffen; die Reform ist nur «in der Form eines sehr teilweisen Kompromisses» zustande gekommen (Tatu). Im staatlichen Bereich kündigte Podgórnj (1966) eine Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive an, was durch eine Ausdehnung der Sitzungsperiode des Obersten Sowjets erreicht werden soll. Bisher tagte die Legislative nur an zwei Wochenenden im Jahr. Im Speziellen könnte man noch einiges erwähnen, aber im Allgemeinen blieb der Kurs unverändert, ohne unter der kollektiven Führung mehr Stetigkeit und mehr Sicherheit zu erlangen.

Nach Chruschtschóws Sturz hatte die kollektive Führung sich ausdrücklich zur Entstalinisierung (den Beschlüssen des 20. und 22. Parteitages), wie zur Politik der friedlichen Koexistenz, wie auch zu den anderen politischen Thesen Chruschtschóws bekannt. Trotz dieses Bekenntnisses machten sich aber – wie unter Chruschtschow – fortgesetzt Restalinisierungstendenzen geltend. Vorübergehend wurde öffentlich in der Presse eine förmliche Restalinisierungskampagne in die Wege geleitet, bis gegen eine Rehabilitierung Stalins ebenso öffentlich Protest erhoben wurde. Ganz offenbar bestanden im Führerkollektiv verschiedene Richtungen und Tendenzen, die wechselseitig die Oberhand gewannen. Das wurde besonders schmerzlich im kulturellen Sektor deutlich.

Es bezieht sich das wiederum in erster Linie auf die Literatur, die für Russland immer noch das war, was für das alte Israel «das Gesetz und die Propheten» gewesen sind. Die Exponenten des

gegen die Macht aufbegehrenden Geistes, die Dichter und Schriftsteller, setzten ihren traditionellen Leidensweg und Opfergang fort. Es fanden zahlreiche Schriftstellerprozesse statt, von denen der gegen Sinjáwskij und Dániel in der Weltöffentlichkeit am bekanntesten geworden ist (Februar 1966). Dieser Prozess wurde insofern halböffentlich geführt, als die Sowjetpresse darüber berichtete, aber nichtsowjetische Beobachter, auch kommunistische Journalisten aus anderen Ländern, nicht zugelassen waren. Andrej Sinjáwskij und Júrij Dániel, die unter den Pseudonymen Abram Terz und Nikoláj Orshak im Auslande als «antisowjetisch» geltende Werke hatten erscheinen lassen, wurden zu Strafarbeitslager «mit strengem Regime» verurteilt (Sinjáwskij zu sieben Jahren, Dániel zu fünf Jahren). Weitere Prozesse gegen Studenten und junge Lehrer, gegen die Herausgeber unerwünschter Werke Dostojéwskijs, gegen Demonstranten zugunsten Sinjawskijs und Dániels, gegen Mitarbeiter illegal erscheinender Zeitschriften (Phönix, Sphinx, Syntaxis) fanden in den Jahren 1967 und 1968 statt. Es wurden Strafen bis zu fünfzehn Jahren Gefängnis verhängt. Die Methode der Machthaber war hier nicht mehr weit von der in der Stalinära entfernt.

Interessanterweise haben die Sowjetmachthaber es aber nicht riskiert, gegen den seit dem Tode Pasternaks bedeutendsten sowjetischen Schriftsteller, Alexander Solshenízyn, ebenso rigoros vorzugehen. Ein Prozess wurde Solshenízyn nicht gemacht, obgleich auch seine grossen Romane («Krebsstation» und «Der erste Kreis der Hölle») in der Sowjet-Union nicht erscheinen durften, wohl aber im Westen in riesigen Auflagen erschienen und den literarischen Weltruhm des Autors begründeten. Wie unter der Regierung Kaiser Nikolájs I. manche Werke der russischen Klassiker, so wurden jetzt die Werke Solshenízyns in Hunderten von Abschriften unter der Hand herumgereicht, erneut abgeschrieben und mit Begeisterung gelesen. Die Herren im Kreml haben sich nach langem Zögern – zunächst (Oktober 1969) – darauf beschränkt, Solshenízyn aus dem Schriftstellerverband auszustossen.

Bemerkenswerte Nachsicht übten die sowjetischen Machthaber gegenüber den aufbegehrenden Wissenschaftlern, zumal wenn es sich dabei um für sie unentbehrliche Naturwissenschaftler



handelte. Der Kernphysiker Professor A. Sacharow konnte, jedenfalls bislang persönlich unbehelligt, in einem Memorandum die Ansicht vertreten, dass geistige Freiheit für die sowjetische Industriegesellschaft, wenn sie Fortschritte machen will, unerlässlich ist und dass sie die Informations-, Diskussions- und Gedankenfreiheit einschliesst.

In der Aussenpolitik trat unter der kollektiven Führung insofern eine erkennbare Änderung ein, als die Ungeschicklichkeiten Chruschtschóws durch die bewährte Methode geduldiger Diplomatie abgelöst wurde; «die alte Tradition des Schachspiels hatte das Pokerspiel verdrängt» (Tatu).

Im Satellitenbereich der Sowjetunion sah sich die kollektive Führung politischen Tendenzen und auch konkreten Bestrebungen gegenüber, die dem sehr nahe kamen, was die im eigenen Lande Gemassregelten anstrebten und forderten. Dabei verstärkte sich bei den Satelliten der Trend zu einer wachsenden Emanzipierung von Moskau. In der Tschechoslowakei führte der dort seit Anfang des Jahres 1968 verfolgte Revisionskurs schliesslich dazu, dass die auch in diesem Punkt uneinige kollektive Führung in Moskau sich doch dazu entschloss – nicht anders als seinerzeit Chruschtschow im ungarischen Fall –, die Panzer rollen zu lassen (August 1968).

Durch den Einmarsch in die Tschechoslowakei wurde das Verhältnis Moskaus auch zu den nichtregierenden Kommunisten in den anderen Ländern erneut belastet. Schon die Form der Ausbootung Chruschtschóws hatte im kommunistischen Lager widersprechende, zum Teil äusserst scharfe Reaktionen ausgelöst. Gejubelt hatten damals die Chinesen: «Dieser grosse Intrigant, dieser moderne Revisionist Nr. 1 wurde endlich von der historischen Bühne verjagt.» Rotchina hatte am Tage nach dem Sturz Chruschtschóws (16. Oktober 1964) seine erste Atombombe gezündet und trat nun mit gesteigertem Selbstbewusstsein Moskau gegenüber auf. Die kollektive Führung im Kreml musste dem Rechnung tragen, aber das Verhältnis zu Mao zu bessern gelang ihr nicht. Im Gegenteil, der Konflikt nahm, zumindest im Tenor der gegenseitigen Beschuldigungen, noch schärfere Formen an.

Natürlich wirkte sich das auch auf die Stellung der Sowjetunion im Weltkommunismus aus. Auf dem nach jahrelangen Mühen endlich zustande gebrachten kommunistischen Weltkongress in Moskau (1969) war das von Peking geführte Lager nicht mehr vertreten. Doch auch unter den dort vertretenen Kommunisten aus 75 Ländern gelang es den Sowjetrussen nicht, «die Rolle der Sowjetunion als Leitstaat des Kommunismus zu restaurieren», auch wenn in dem nicht von allen unterschriebenen Hauptdokument ein Passus über das «sozialistische System unter Führung der Sowjetunion» noch enthalten war. – Die sich als progressiv bezeichnenden Kommunisten des Westens erklärten nun in der Tonart der Rotchinesen, «mit Besorgnis zu sehen, wie in der Sowjet-Union das schreckliche Erbe des Zarismus allmählich das Vermächtnis der Oktoberrevolution überwuchert» (Ernst Fischer), und die seinerzeit von Lenin ausdrücklich als «Partei neuen Typs» begründete KP wird von diesen Kommunisten ausserhalb der Sowjet-Union jetzt als eine «Partei alten Typs» bezeichnet, «die hinter der Entwicklung zurückgeblieben ist».

Die grossen Entwicklungslinien der sowjetischen Innen- und Aussenpolitik wiesen auch unter der kollektiven Führung in die gleiche Richtung wie unter Chruschtschow. Dabei hat sich gezeigt, dass die Solidarität im Führerkollektiv stärker war als die Uneinigkeit seiner Glieder. Über alle Veränderungen im Einzelnen hinweg blieb im Ganzen das von Lenin begründete, von Stalin ausgebaut und von Chruschtschow beibehaltene totalitäre Herrschaftssystem auch unter der kollektiven Führung weiter bestehen, wenn man darunter eine Herrschaft versteht, die bestrebt ist, «die ganze Gesellschaft zu durchdringen und ihre einzelnen Teile einer umfassenden Kontrolle und Planung durch die Partei- und Staatsführung zu unterwerfen» (Meissner).

Es ist nicht Sache des Historikers, Betrachtungen darüber anzustellen, wohin die Entwicklung in Zukunft gehen kann und möglicherweise gehen wird. Ihm bleibt festzustellen, dass Russland in seiner derzeitigen Form als Sowjetunion heute einen Stand erreicht hat, der es seinen Machthabern gestattet, über das künftige Schicksal der Welt mitzuentcheiden. Zu diesem Stande hat der historische Ablauf Russland geführt. Es ist die Geschichte eines

zeitweilig langsamen, zu Zeiten aber sehr schnellen Aufstieges durch die Jahrhunderte, unter deutlich erkennbarer Wahrung bewusst gebliebener Geschichtstraditionen, von der alten Rus bis zur heutigen Weltstellung der Sowjetunion.

Diese Feststellung zu machen bleibt dem Historiker als einem Betrachtenden. Es ist Sache des Handelnden, der Staatsmänner und Politiker, das Ihre dazu zu tun, dass die gesunde Substanz und die schöpferischen Kräfte eines Volkes, das Träger eines solchen Aufstieges werden konnte, in Zukunft positiv genutzt werden, damit das derzeitige Ergebnis des hier geschilderten geschichtlichen Vorgangs nicht zu einer Gefahr oder gar zu einem Verhängnis, sondern zu einem Faktor aktiver Teilhaberschaft an einer glücklichen und segensreichen Weiterentwicklung der Geschichte Russlands und damit auch der Geschichte der Welt werde.

## LITERATURHINWEISE

Nachstehendes Literaturverzeichnis ist kein Nachweis für die benutzte Literatur. Es sollen hier nur dem deutschen Leser, an den sich das Buch in erster Linie wendet, Hinweise gegeben werden, wo er sich über den behandelten Stoff zusätzlich informieren und die einschlägigen Quellen- und Literaturangaben finden kann. Ausser einigen Standardwerken wurden mit wenigen Ausnahmen neuere und neueste deutsche Veröffentlichungen – auch Übersetzungen ins Deutsche – verzeichnet, darunter auch einige Zeitschriftenaufsätze, aus denen im Text zitiert worden ist. Über die sehr umfangreiche ausländische und anderssprachige, vor allem russische Literatur ist es nicht schwer, sich in den angeführten deutschen Büchern zu informieren. Ein sehr ausführliches Literaturverzeichnis, einschliesslich der sowjetischen Veröffentlichungen findet sich bei G. Stökl, *Russische Geschichte*, 1965, Seite 793-831. Die einschlägige Literatur zur Sowjetperiode ist bei K. H. Ruffmann, *Kommunismus in Geschichte und Gegenwart*, ausgewähltes Bücherverzeichnis, Bonn 1966, zu finden.

### *Allgemeines*

- Gitermann, V.*: Geschichte Russlands, 3 Bände 1949.  
*Kliutschewskij, W.*: Geschichte Russlands, 4 Bände 1925/26.  
*Kostomárow, N.*: Russische Geschichte in Biographien, 1885.  
*Kovalevskij, P.*: Istorìeski j putj Rossii. Sintez russkoj Istórii po novejsim dannym nauki, 1949.  
*Neander, I.*: Grundzüge der russischen Geschichte, 1958.  
*Platónow, S. F.*: Geschichte Russlands. Vom Beginn bis zur Jetztzeit, 1927.  
*Pokrowski, M.*: Geschichte Russlands. Von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit, 1929.  
*Prawdin, M.*: Russland, 1951.  
*Stählin, K.*: Geschichte Russlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, 5 Bände 1923-1939.  
*Stökl, G.*: Russische Geschichte, 2. Aufl. 1965.  
*Vernadsky, G.*: A History of Russia, 4 Bände 1946-1959.  
*Walter, G.*: Histoire de Russie des origines jusqu' à nos jours, 1949.  
*Weidlé, W.*: Russland. Weg und Abweg, 1956.

- Krupnyckyj, B.:* Geschichte der Ukraine, 1939.  
*Kulischer, J.:* Russische Wirtschaftsgeschichte, 1925.  
*Miljukov, P.:* Ocerki po Istórii rosskoj kultury, 3 Bände 1930.  
*Onasch, K.:* Russische Kirchengeschichte, 1967.  
*Schultz, L.:* Russische Rechtsgeschichte, 1951.  
*Stender-Petersen, A.:* Geschichte der russischen Literatur, 2 Bände 1957.  
*Pschizewskij, D.:* Das heilige Russland. Russische Geistesgeschichte,  
 I. 10.-17. Jahrhundert, 1959. II. 18.-20. Jahrhundert, 1961.  
*Winkler, M.:* Slavische Geisteswelt. Russland, 1955.

### *Zu Abschnitt I*

- Geschichte der UdSSR*, hrsg. von *B. D. Grekow, S. W. Pscherepin, W. P. Paschuto*, Band I 1951.  
*Grekow, B.:* Kievskaja Rus, 1944.  
*derselbe:* Die russische Kultur der Kiewer Periode, 1947.  
*derselbe:* Die Bauern in der Rus von der ältesten Zeit bis zum 17. Jahrhundert I, 1958.  
*Hellmann, M.:* Staat und Recht in Altrussland, in: *Saeculum* 1954.  
*Hrusevskij, M.:* Geschichte der Ukraine, Teil I 1916.  
*Mirtschuk, S.:* Geschichte der ukrainischen Kultur, 1957.  
*Ohnsorge, W.:* Abendland und Byzanz, 1958.  
*Ostrogorsky, G.:* Geschichte des byzantinischen Staates, 1940.  
*Vernadsky, G.:* The origins of Russia, 1959.  
*Winter, E.:* Byzanz und Rom im Kampf um die Ukraine, 1942.

### *Zu Abschnitt II und III*

- Brunner, O.:* Europäisches und russisches Bürgertum, in: *Vierteljahrsschrift f. Soz. u. Wirtschaftsgeschichte* 1953.  
*Fleischhacker, H.:* Russland zwischen zwei Dynastien, 1933.  
*dieselbe:* Die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen der Moskauer Aussenpolitik (14.-17. Jahrhundert), 1959.  
*Hellmann, M.:* Ivan IV. der Schreckliche, 1966.  
*Johansen, P.:* Nówgorod und die Hanse, in: *Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte*, 1953.  
*Karassew, A., Oskin, G.:* Dmitri Donskoi, 1953.  
*Kostylew, W.:* Iwán Grosny, 2 Bände 1953.

- Leontowitsch, V.:* Die Rechtsumwälzung unter Iwán dem Schrecklichen und die Ideologie der russischen Selbstherrschaft, 1949.
- Lilienfeld, F. v.:* Nil Sórskij und seine Schriften, 1963.
- Neubauer, H.:* Car und Selbstherrscher, 1964.
- Nolde, B.:* La formation de l'Empire Russe, 2 Bände 1952/53.
- Philipp, W.:* Ivan Peresvetov und seine Schriften zur Erneuerung des Moskauer Reiches, 1935.
- Rauch, G. v.:* Studien über das Verhältnis Russlands zu Europa, 1964.
- Schaeder, H.:* Moskau das Dritte Rom, 1957.
- Spuler, B.:* Die Goldene Horde, Die Mongolen in Russland. 1223-1502, 1943.
- Stökl, G.:* Russland und Europa vor Peter dem Grossen, in: Historische Zeitschrift 1957.

### *Zu Abschnitt IV*

- Amburger, E.:* Geschichte der Behördenorganisation in Russland von Peter d. Gr. bis 1917, 1966.
- Bickford O' Brien, C.:* Russia under two Tsars, 1952.
- Bilbasoff, B.:* Geschichte Katharinas II., 2 Bände 1891-93.
- Fleischhacker, H.:* Porträt Peters III., in: Jahrb. f. Gesch. Osteuropas 1957.
- Hausherr, H.:* Russland und Europa in der Epoche des Wiener Kongresses, in: Jahrb. f. Gesch. Osteuropas 1960.
- Hoetzsch, O.:* Russland in Asien, 1966.
- Laue, Th. v.:* Die Revolution von aussen als erste Phase der russischen Revolution 1917, in: Jahrb. f. Gesch. Osteuropas 1956.
- Leontowitsch, V.:* Geschichte des Liberalismus in Russland, 1957.
- Masaryk, Th.:* Russland und Europa. Soziologische Skizzen zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie, 2 Bände 1913.
- Mediger, W.:* Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Russlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Grossen, 1952.
- Neubauer, H.:* Die Bauernreform Alexanders II. als Ausgangspunkt adeliger Konstitutionsbestrebungen, in: Jahrb. f. Gesch. Osteuropas 1956.
- Pipes, R.:* Die russische Intelligentsia, 1962.
- Raëff, M.:* Michael Speransky. Statesman of Imperial Russia, 1957.
- Riasanovsky, N.:* Russland und der Westen. Die Lehre der Slawophilen, 1954.
- Rimscha, H. v.:* Katharina II., 1961.

- Scheibert, P.*: Von Bakúnin zu Lenin. Geschichte der russischen revolutionären Ideologien. 1840-1895, I 1955.
- Schelting, A. v.*: Russland und Europa im russischen Geschichtsdenken, 1948.
- Schiemann, Th.*: Geschichte Russlands unter Kaiser Nikolái I., 4 Bände 1904-1919.
- Seton-Watson, H.*: Der Verfall des Zarenreiches, 1954.
- Tarlé, E.*: 1812. Russland und das Schicksal Europas, 1957.
- Wittram, R.*: Peter der Grosse. Der Eintritt Russlands in die Neuzeit, 1954.
- derselbe*: Das russische Imperium und sein Gestaltwandel, in: Historische Zeitschrift 1959.
- derselbe*: Peter I. Czar und Kaiser, 2 Bände 1964.
- Wolkónskij, M.*: Die Dekabristen. Die ersten russischen Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, 1946.

### *Zu Abschnitt V*

- Anweiler, O.*: Die Rätebewegung in Russland 1905-1921, 1958.
- Carr, E. H.*: The Bolshevik Revolution 1917-1923, 3 Bände 1951-53.
- Birnbaum, I.*: Kleine Geschichte der Sowjetunion, 1959.
- Dániels, R. V.*: Das Gewissen der Revolution, 1962.
- Deutscher, I.*: Stalin. Geschichte des modernen Russland, 2. Aufl. 1962.
- derselbe*: Trózkij, 3 Bände 1962.
- Fischer, L.*: Das Leben Lenins, 1965.
- Geyer, G.*: Lenin und die russische Sozialdemokratie, 1962.
- Grottian, W.*: Das sowjetische Regierungssystem, 2 Bände 1965.
- Kolarz, W.*: Die Religionen in der Sowjetunion, 1963.
- Leonhard, W.*: Nikíta Sergéjewitsch Chruschtschów, 1965.
- Maurach, R.*: Handbuch der Sowjetverfassung, 1955.
- Mehnert, K.*: Der Sowjetmensch, 1959.
- derselbe*: Peking und Moskau, 1964.
- Meissner, B.*: Russland im Umbruch, 1951.
- derselbe*: Russland unter Chruschtschów, 1960.
- Potjómkin, W.*: Geschichte der Diplomatie, 3. Teil, 2 Bände 1948.
- Rauch, G. v.*: Geschichte der Sowjetunion, 1969.
- derselbe*: Lenin. Grundlegung des Sowjetsystems, 1957.
- Rimscha, H. v.*: Führung und Herrschaft im Sowjetsystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1966.
- Ruffmann, K. H.*: Sowjetrussland. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht, 1967.

- Schapiro, L.*: Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1962.
- Seton-Watson, H.*: Von Lenin bis Malenków, 1955.
- Shub, D.*: Lenin, 1952.
- Ssachno, H. v.*: Der Aufstand der Person, 1965.
- Struve, G.*: Geschichte der Sowjetliteratur, 1957.
- Tatu, M.*: Macht und Ohnmacht im Kreml, 1969.
- Trotzki, L.*: Der junge Lenin, 1969.
- Ulam, A.*: Die Bolschewiki, 1965.
- Wetter, G.*: Der dialektische Materialismus, 1952.



## PERSONENREGISTER

- Achmed, Chan der Goldenen Horde 140, 142
- Adam von Bremen, Chronist 35
- Adáschew Aleksėj, Ratgeber  
Iwáns IV. 183, 185
- Adenauer Konrad, deutscher Bundeskanzler 658
- Adrian, Patriarch 311
- Agáfja Gruschézkaja, Frau des Zaren Fjôdor Aleksėjewitsch 265
- Aksákow Iwán, Slawophiler 463, 511
- Aksákow Konstantin, Slawophiler 463
- Aksákow Sergėj, Schriftsteller 371
- Albert von Lübeck, Deutscher in Moskau 167
- Albrecht, Markgraf von Baden 159
- Aleksėj, Metropolit 112
- Aleksėj, Patriarch 627
- Aleksėj Michájlowitsch, Zar 232, 236, 239, 241 ff., 252 ff., 257, 258, 261 ff., 274, 347
- Aleksėj Nikolájewitsch, Grossfürst Thronfolger 546
- Aleksėj Petrówitsch, Zarewitsch 277, 284, 296, 315 ff.
- Aleksėjew Pjotr, Textilarbeiter, Revolutionär 501
- d'Alembert Jean, Enzyklopädist 355
- Alexander, König von Polen 151 ff.
- Alexander I., Kaiser 43, 386, 398, 402, 408, 409 ff., 438, 444, 449, 450, 466, 467, 472, 478, 481, 492, 507, 520, 637
- Alexander II., Kaiser 23, 451, 466, 475ff., 478ff., 497ff., 507, 512ff., 518, 520, 521, 523, 649
- Alexander III., Kaiser 438, 446, 477, 501, 513, 515 ff., 543, 547, 567
- Alexander Néwskij, Grossfürst 43, 76, 83, 93 ff., 102, 109, 123, 177, 625
- Alexandra Fjódorowna (Charlotte v. Preussen), Kaiserin 445
- Alexandra Fjódorowna (Alix von Hessen), Kaiserin 545 ff., 550 ff.
- Allilújewa Nadéshda (zweite Frau Stalins) 614
- Allilújewa Swetlana (Tochter Stalins) 613
- Anastasja Románowna, erste Frau Iwáns IV. 183, 185
- Andréj Bogoljúbskij, Grossfürst von Moskau 62, 63, 72 ff., 82, 90, 110, 143
- Anna Iwánowna, Kaiserin 237, 279, 295, 329 ff., 333 ff., 346
- Anna Leopóldowna, Regentin, Herzogin von Braunschweig 329, 330
- Anna Pawlowna, Grossfürstin 419
- Anna Petrówna, Grossfürstin (Herzogin von Holstein) 296
- Anna, byzantinische Prinzessin (Frau Wladímirs des Heiligen) 28, 30

- Annenków P. W., Schriftsteller 458  
Anton, Herzog von Braunschweig 329  
Antónij, Gründer des Kiewer Höhlenklosters 54  
Apráksin, Geschlecht 108  
Apráksin Fjódor, Werchównik 332  
Apráksin Stepán, General 350 ff.  
Araktschéjew Graf A. A., General 411, 432 ff., 438, 449  
Arsénij Mazejéwitsch, Erzbischof 372  
Arsenjew, Geschlecht 108  
Aséf Jewno Finkeléwitsch, Polizeispitzel 519, 527  
Askóld, Waräger 12  
August der Starke, König von Polen 283, 288, 291  
Awwakúm Petrów, Protopop, Altgläubiger 246 ff., 262
- Babelj Isaak, Schriftsteller 598, 604  
Bakúnin Michaíl, Anarchist 444, 461, 465 ff., 498, 499, 569  
Balaschów, General 422  
Bálmont Konstantin, Dichter 544  
Barjatinskij Fürst Fjódor 363  
Basilius II., byzantinischer Kaiser 28  
Batii, Chan der Goldenen Horde 89 ff., 97, 99 ff., 117  
Beccaria Cesare, ital. Staatsrechtler 366  
Belínskij Wissarion, Literaturkritiker 458, 461, 463, 543  
Belskij Bógdan, Fürst 208  
Bélyj (Bugajew) Andrej, Schriftsteller 498, 526, 542, 544, 598  
Benckendorff Graf Alexander, General, Chef der III. Abteilung 451, 472
- Berdjájew Nikoláj, Philosoph 544, 597, 604  
Bérija Lawréntij, Chef des NKWD 645 ff.  
Bering Vitus, dänischer Seefahrer 507  
Bestúshew-Rjûmin Aleksėj, Kanzler 342, 345 ff.  
Bethmann-Hollweg Th. v., deutscher Reichskanzler 572  
Bí bikó w A. I., General 477  
Bíron Ernst Johann, Regent, Herzog von Kurland 329, 330, 335, 346 ff.  
Bismarck Fürst Otto, deutscher Reichskanzler 342, 488, 513, 515  
Blank Maria, vgl. Uljánowa Maria  
Blank Alexander, Arzt (Lenins Grossvater) 565  
Blok Alexander, Dichter 544, 603  
Blücher W.K., Sowjetmarschall 616  
Blumberg, General 285  
Bóleslaw, Fürst von Gálitsch 85, 99  
Bóleslaw Chrobry, König von Polen 33  
Bolótnikow Iwán (Iwáschka), Aufständischer 217 ff., 219, 256, 441, 619  
Bolótow Andrej, Schriftsteller 359, 372  
Borézkaja Marfa, Nówgoroder Bojarin 145 ff.  
Boris Wladímirowitsch, Kiewer Fürst 32  
Brant Karsten, Schiffszimmermann 272  
Bréshnew Leonid Iljítsh, Sowjetfunktionär, Parteichef 665 ff.  
Brjussow Walérij, Dichter 501  
Bronstein vgl. Trózkij

- Buchanan, amerikanischer Diplomat 448
- Buchanan Sir George, engl. Botschafter 550
- Buchárin Nikoláj, Sowjetfunktionär 579, 616, 650
- Buláwin Kondrátij, aufständischer Kosak 289, 374, 441
- Bulgákow Michaíl, Schriftsteller 598
- Bulgákow Sergéj, Philosoph 544, 604
- Bulgánin N. A., Sowjetmarschall, Ministerpräsident 645, 646, 658
- Bulmer, englischer Unternehmer in Moskau 258
- Bunin Iwán, Dichter 603
- Burckhardt Jakob, Schweizer Historiker 565
- Búrzew W., Sozialrevolutionär 519
- Cäsar 609
- Carpini Piano, päpstlicher Gesandter 90, 100
- Castlereagh Lord, engl. Aussenminister 411, 426
- Caulincourt Graf, franz. General 425
- Chaltúrin Stepan, Tischler, Attentäter 500
- Chancellor Richard, engl. Seefahrer 193 ff.
- Charlotte von Braunschweig-Wolfenbüttel (Frau des Zarewitsch Alekséj) 296, 316
- Charlotte von Preussen, vgl. Alexandra Fjódorowna
- Chétardie, de la, franz. Diplomat 342, 348 ff.
- Chmelnýckyj Bohdan, ukrainischer Hetman 251 ff., 289
- Chomjakow Alekséj, Slawophiler 461, 463
- Chotkiéwicz, poln. Hetman 229
- Christian August von Anhalt-Zerbst 353
- Chrustálew-Nossárj, Revolutionär 532
- Chruschtschów Nikíta Sergéjewitsch, Sowjetfunktionär, Parteichef, Ministerpräsident 563, 617, 632, 644, 645 ff., 654 ff., 665 ff.
- Churchill Winston, brit. Premier 98, 638
- Contarini Ambrogio, Venezianer 137
- Custine Marquis de, franz. Schriftsteller 447
- Czartoryski Fürst Adam, Aussenminister 412 ff., 416, 419, 472 ff.
- Dagmar von Dänemark vgl. Márja Fjódorowna
- Dallas, amerik. Diplomat 448
- Dániel Júrij (Nikoláj Orshak), sowjetischer Schriftsteller 668
- Daniíl, Fürst von Moskau 109
- Daniléwskij Nikoláj, Panslawist 25, 465, 511, 520, 611
- Danyílo, Fürst von Galizien-Wolhynien 85, 97 ff., 123, 124
- Dáschkowa Fürstin Katharina, Präsidentin der Akademie der Wissenschaften 358, 362
- de la Gardie Jakob, schwed. General 220
- Deljánow Iwán, Kultusminister 519
- Denikin A. I., General 582
- Dershawin Gawriil, Dichter, Justizminister 396, 412

- Diderot Denis, Enzyklopädist 355
- Diebitsch-Sabalkánskij Graf Karl, Feldmarschall 474
- Dimítrij, der Falsche (Grischka Otrépjew) Samoswánež 209 ff., 218, 224
- Dimítrij, der Gauner von Túschino 216, 219 ff.
- Dimítrij Donskoj, Grossfürst von Moskau 43, 114 ff., 130, 142
- Dimítrij Iwánowitsch, Zarewitsch 203, 205 ff.
- Dimítrij Páwlowitsch, Grossfürst 552
- Diogenes, byzantinischer Prinz 46
- Dionissij, Archimandrit 227
- Dir, Waräger 12
- Dolgorúkij, Geschlecht 309, 328
- Dostojéwskij Fjódor, Schriftsteller 50, 173, 466, 492, 493, 498, 508, 544, 668
- Dschanibek, Chan der Goldenen Horde 101
- Dschingis Chan (Temudschin) 87 ff., 101, 103, 104, 120, 181, 641
- Dschugaschwili Jossif, vgl. Stalin
- Dudinzew Wladímir, sowjetischer Schriftsteller 651
- Dzierzynski Felix, Chef der Tscheká 451, 582 ff., 589
- Ehrenburg Ilja, sowjetischer Schriftsteller 645
- Eichhorn von, deutscher General 583
- Eisenhower Dwight D., amerik. General, Präsident 632, 661
- Eisenstein Sergéj, Regisseur 598
- Elisabeth, Kaiserin 237, 326, 330, 336 ff., 339, 345, 348 ff., 359, 363, 365, 369, 377, 388
- Elisabeth I., Königin von England 193
- Engels Friedrich 505
- Enghien, Herzog von 416
- Erich IV., König von Schweden 192
- Esterhazy Graf, österreichischer Diplomat 350
- Eugen, Prinz von Savoyen, Reichsmarschall 293, 347
- Eugen von Württemberg, Prinz 405
- Falconet E. M., französischer Bildhauer 355
- Falz-Fein, deutsche Kolonistenfamilie 390
- Feodósij, Mönch des Kiewer Höhlenklosters 54 ff.
- Feofán Prokopowitsch, Erzbischof 311, 321, 334
- Figner Wera, Terroristin 516
- Filarét (Fjódor Románow), Patriarch 207, 208, 213, 215, 219, 225, 229, 230, 236 ff., 243, 244, 257, 259, 311
- Filip, Metropolit 190
- Filoféj, Theoretiker des Dritten Rom 156
- Fioraventi Aristoteles, italienischer Architekt 167
- Fjódor Alekséjewitsch, Zar 264 ff., 274, 283
- Fjódor Borissowitsch, vgl. Godunów
- Fjódor Iwánowitsch, Zar 201 ff., 217, 237
- Fonwísin Denis, Dichter 396
- Frank Semjon, Philosoph 544, 604

- Franz I., Kaiser von Österreich 411  
 Franzbékow (Franz Beck), Deutscher in Moskau, Gesandter 259  
 Franz Joseph, Kaiser von Österreich 468  
 Friedrich I., Kaiser Barbarossa 84  
 Friedrich III., deutscher Kaiser 158  
 Friedrich der Grosse, König von Preussen 349 ff., 355, 361, 364, 378, 380 ff.  
 Friedrich Wilhelm III., König von Preussen 411, 445  
 Friedrich Wilhelm IV., König von Preussen 468, 475  
 Friedrich Wilhelm, Herzog von Kurland 295  
  
 Gagárin Fürst G., Freimaurer 394  
 Gagárin Júrij, Kosmonaut 655  
 Gapón, Pope 530 ff.  
 Gedimin, Grossfürst von Litauen 124, 125  
 Germogén (Hermogen), Patriarch 226 ff.  
 Giers Nikoláj von, Aussenminister 513  
 Giréj, Tatarendynastie 140, 180, 385  
 Giréj Déwlet, Chan der Krimtataren 291  
 Giréj Méngli, Chan der Krimtataren 141  
 Gleb Wladímirowitsch, Kiewer Fürst 32  
 Glinka Michaíl, Komponist 230  
 Glínskaja vgl. Jeléna  
 Glínskij, Geschlecht 108, 151  
 Glínskij Fürst Michaíl 178  
 Glück, Pastor und Schulleiter 313, 318  
  
 Godunów, Geschlecht 108  
 Godunów Boris, Zar 43, 190, 202 ff., 210 ff., 215, 232, 257, 648  
 Godunów Fjódor Borissowitsch 210, 212  
 Godunówa Irina (Frau von Zar Fjódor Iwánowitsch) 206  
 Godunówa Xénia Borissowna 213  
 Goethe Johann Wolfgang 264, 271, 398  
 Görgey, ungarischer General 468  
 Gógol Nikoláj, Schriftsteller 250, 307  
 Golízyn, Geschlecht 309  
 Golízyn Fürst Alexander, Minister für Volksaufklärung 432  
 Golízyn Fürst Boris 262  
 Golízyn Fürst Dimitrij, Werchównik 332 ff.  
 Golízyn Fürst Wassílij Wassiljewitsch, Regent 262, 275, 278  
 Golízyn Fürst Wassílij, Thronpräsident 223  
 Golowín, Geschlecht 108  
 Golowín F. A., Diplomat 281  
 Golówkin G., Werchównik Graf 332  
 Golówkin Graf Gawriil, Kanzler 299  
 Gontscharow Iwán, Schriftsteller 493  
 Gordon Patrick, General 271  
 Goremykin Iwán, Ministerpräsident 537, 548  
 Górkij Maxim, Schriftsteller 228, 544, 571, 579, 603  
 Gortschakow Fürst Alexander, Aussenminister, Kanzler 509, 512 ff.  
 Grandwskij Timoféj, Historiker 464

- Gregor VII., Papst 40, 569
- Grimm F. v., Enzyklopädist 355
- Grotius Hugo, niederländischer Staatsrechtler 366
- Guderian Heinz, deutscher General 607
- Gumiljow Nikoláj, Dichter 603
- Gunning Robert, englischer Diplomat 354
- Gustaf III., König v. Schweden 386
- Gustaf Adolf, König v. Schweden 223, 241
- Gutschkow Alexander, Oktobrist, Kriegsminister 549, 553 ff.
- Hag Luise (Herzens Mutter) 463
- Haller Johannes, deutscher Historiker XIII
- Hannibal von Carthago 19, 20
- Hannibal Ibrahim, Abessinier im Dienste Peters d. Gr. 309
- Hardenberg Fürst Karl August, preussischer Staatskanzler 411, 425, 426
- Hastings Mary, englische Prinzessin 193
- Haxthausen August Freiherr von, preussischer Publizist 481
- Hegel Friedrich, deutscher Philosoph 461
- Heinrich IV., deutscher Kaiser 36, 40
- Helene (Jelena) Pawlowna, Grossfürstin 482
- Helfmann Hesja, Terroristin 501
- Herberstein Sigismund Freiherr v., österreichischer Diplomat 137, 166
- Herzen Alexander, revolutionärer Publizist 393, 422, 441, 448, 461, 463 ff., 494 ff.
- Heydrich Reinhard, Chef des nationalsoz. Sicherheitsdienstes 617
- Hitler Adolf 418, 421, 424, 573, 592, 634 ff.
- Holstein-Gottorp-Románow, Dynastie 401
- Hôpital, französischer Diplomat 350
- Ignátjew Graf Nikoláj, General, Panslawist 507, 512
- Igor, Fürst von Kiew 13, 16 ff., 22
- Igor Swjatoslawowitsch, Fürst von Tschernígow 58
- Innozenz III., Papst 98
- Innozenz IV., Papst 94, 97 ff.
- Isidór, Metropolit 153 ff.
- Isjaslaw Jaroslawowitsch, Grossfürst von Kiew 56
- Iswolskij Alexander Petrówitsch, Aussenminister 547
- Iwán I. Kalitá, Grossfürst von Moskau 110 ff., 114
- Iwán III., Grossfürst von Moskau 43, 114, 119, 137 ff., 162, 163, 167, 169, 180, 202, 220, 346, 585
- Iwán IV. Gróсныj, Zar 43, 73, 119, 162, 169, 171 ff., 202 ff., 207, 209, 215, 220, 231, 233, 237, 238, 244, 247, 257, 259, 270, 271, 272, 286, 303, 318, 374, 377, 589, 615, 619, 625, 644, 648
- Iwán V., Zar 265, 275 ff.
- Iwán VI., Zar 329, 330
- Iwán Iwánowitsch, Zaréwitsch (Sohn Gróсныjs) 175
- Jadwiga (Hedwig), Königin von Polen 125

- Jagiello, König von Polen 125  
 Jagoda (Hirsch Jehudá), Chef der GPU 616  
 Jákwlew J., (Vater Herzens) 422, 463  
 Jagushínskij P. S., Generalprokureur 309  
 Jan Albrecht, König von Polen 151  
 Jaropolk Jarosláwowsch, Fürst 40  
 Jaroslaw der Weise, Grossfürst von Kiew 31, 32 ff., 40, 43, 46, 50, 53, 54, 60, 68, 79  
 Jaroslaw Osmomysl, Fürst von Gálitsch 84  
 Jedorow, Sowjetmarschall 616  
 Jeléna Glínskaja (Mutter Grósnysjs) 178  
 Jeléna Iwánowna Grossfürstin (Tochter Iwáns III.), Königin von Polen 151 ff.  
 Jenkinson Antony, englischer Publizist 168  
 Jeremias, Patriarch von Konstantinopel 205  
 Jermák Timofejew, Kosaken-Atamán 181  
 Jermolaj, Mönch 183  
 Jermólow Alekséj, General 402  
 Jerome Bonaparte, König von Westfalen 418  
 Jeshow N., Chef der GPU 616  
 Jessénin Sergéj, Dichter 598, 604  
 Jewdokija (Lopuchiná), Frau Peters d. Gr. 277  
 Jewtuschénko Jewgénij, sowjetischer Dichter 652  
 Joachim, Patriarch von Antiochien 205  
 Johann III., König von Schweden 192  
 Johannes Komnenos, byzantinischer Kaiser 46  
 Jonas, Metropolit 153  
 Joseph II., deutscher Kaiser 354, 386  
 Jossif (Sanin), Abt von Wolokolamsk 156 ff., 169  
 Jow (Hiob), Patriarch 205  
 Julájew Salawat, Baschkire 374  
 Julian Apostata, römischer Kaiser 373  
 Jung-Stilling Heinrich, deutscher Schriftsteller 432  
 Júrij Dolgorúkij, Grossfürst von Moskau 62, 69  
 Juschkow, Geschlecht 108  
 Jussúpow, Geschlecht 108  
 Jussúpow Fürst Felix, Mörder Raspútins 552  
 Kaganowitsch Lasar, Sowjetfunktionär 645  
 Kalinin Michaíl, Sowjetfunktionär, Präsident des Obersten Sowjets 591, 616  
 Kámenew Lew, Sowjetfunktionär 572, 607, 616, 650  
 Kankrin Graf E. F., Finanzminister 449  
 Kantemir Fürst Antioch, Dichter 343  
 Kapodistrias, Graf Anton, Aussenminister 428  
 Karakosow Dimítrij, Student, Attentäter 497  
 Karamsín Nikoláj, Schriftsteller und Historiker 171, 396, 430 ff., 447, 472, 517  
 Karl VI., deutscher Kaiser 296, 317  
 Karl XII., König von Schweden 287 ff., 332, 422

- Karl Friedrich, Herzog von Holstein-Gottorp 296, 332
- Karssáwin, Philosoph 604
- Kasimir IV., König von Polen 151
- Katharina I. (Martha Skawronski), Kaiserin 272, 292, 313, 318 ff., 325 ff., 331, 335, 340, 343, 363
- Katharina II. (Sophie Friederike von Anhalt-Zerbst), Kaiserin 17, 23, 43, 164, 272, 280, 307, 322, 323, 326, 330, 337, 338, 345, 349 ff., 352 ff., 401, 408, 412, 418, 425, 446, 450, 459, 467, 518, 521, 637, 639
- Katharina Iwánowna, Grossfürstin, Herzogin von Mecklenburg 296, 329
- Katharina Pawlowna, Grossfürstin, Königin von Württemberg 419, 422, 430
- Katkow Michaíl, Panslawist 465, 511, 517
- Kaunitz Fürst Wenzel, österreichischer Staatskanzler 382
- Kawelin Konstantin, Agrarwissenschaftler 482
- Keller Graf, General 553
- Kennedy John F., Präsident der USA 659
- Kérenskij Alexander, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber 528, 555, 558 ff., 568, 569, 573 ff.
- Kiréjewskij Iwán, Slawophiler 454, 461, 463
- Kiréjewskij Peter, Slawophiler 461, 463
- Kirilenko Andréj Páwlowitsch, Sowjetfunktionär 666
- Kirow Sergéj, Sowjetfunktionär 560
- Kisseljow Graf Paul, Minister 449, 450 ff.
- Klinger Friedrich Max, deutscher Dichter, General 398
- Koltschák Alexander, Admiral, Reichsverweser 584
- Konstantin der Grosse 156, 179
- Konstantin Porphyrogenetos, byzantinischer Kaiser 17, 18
- Konstantin VIII., byzantinischer Kaiser 28
- Konstantin IX., Monomáchos, byzantinischer Kaiser 43
- Konstantin Nikolájewitsch, Grossfürst 482, 484
- Konstantin Páwlowitsch, Grossfürst 386, 398, 434, 438, 472, 473
- Kornílow Lawréntij, General 559 ff., 582, 584
- Korolénko Wladímir, Dichter 459
- Kosciuszko Taddäus, polnischer General 381
- Kossýgin Alekséj Nikolájewitsch, Sowjetfunktionär, Ministerpräsident 665 ff.
- Kostomárow Nikoláj, Historiker 477
- Kotján, Kumanen-Chan 88
- Kotoschíchin Grigörrij, Publizist 241
- Kotschubéj Graf Viktor Pawlowitsch, Minister 412 ff., 416, 449
- Krasnow Peter, General 582
- Krestinskij N., sowjetischer Diplomat 616
- Krishánitsch Júrij, politischer Schriftsteller 261
- Kropótkin Fürst Peter, Anarchist 466, 488, 549
- Kruedener Baron Alexis, Diplomat 427



- Kruedener Baronin Juliane 411, 427
- Krúpskaja Nadéshda Konstantinowna (Lenins Frau) 567, 568
- Kurakin, Geschlecht 309
- Kurákin Fürst A., Freimaurer 394
- Kúrbskij Fürst Andréj, Feldherr u. Schriftsteller 186 ff., 191
- Kurtz, kaiserlich deutscher Internuntius 272
- Kusmitsch Fjódor, Starez 434
- Kutschum, Chan von Sibirien 181
- Kutusow-Golenschtschew Fürst Michail, Feldmarschall 423, 625
- Kyryll, Slawenapostel 13
- Kyryll, Metropolit 229
- Lácis, Tschekist 589
- Laharpe César, Schweizer Lehrer Alexanders I. 411 ff.
- Langeron, Generalgouverneur 390
- Lanskdj, Geliebter Katharinas II. 358
- Lauriston Marquis de, französischer General 422
- Lawrow Peter, revolutionärer Schriftsteller 496
- Lébedew, Beamter 447
- Le Bon Gustave, französischer Soziologe 573
- Lefort François, Favorit Peters d. Gr. 271, 279, 281, 285, 309
- Leibniz Gottfried Wilhelm, deutscher Philosoph 313
- Leléwel Joachim, polnischer Historiker 473
- Le Neuille, französischer Schriftsteller 261
- Lénin (Wladimir Iljitsch Uljánow) 43, 218, 269, 270, 357, 366, 397, 430, 440, 459, 464, 498, 502, 519, 526, 527, 531, 542, 559, 564 ff., 601 ff., 609 ff., 630, 631, 634, 648, 650, 653, 654, 657, 662, 665, 670
- Leo Diakonus, Historiograph 20
- Leopold, Herzog von Mecklenburg 296
- Leskow Nikoláj, Schriftsteller 493
- Lestocq, französischer Arzt 342
- Leszczynski Stanislaus, König von Polen 289, 346
- Ligne Karl Joseph Fürst von, Feldmarschall, Schriftsteller 355, 358
- Lissdowski, polnischer Söldnerführer 219
- Litwinow Maxim, sowjetischer Aussenkommissar 636
- Ljapundw Prokdp, Heerführer 218 ff., 226 ff.
- Ljapundw Sachár, Heerführer 218 ff.
- Lobkowitz Johann Georg Fürst von, österreichischer General 348
- Lomondssow Michail, Gelehrter u. Dichter 10, 342, 343
- Lopuchin, Geschlecht 108
- Lopuchiná vgl. Jewdokija
- Loris-Mélikow Graf Michail, Innenminister 503, 517
- Luise, Königin von Preussen 411, 416, 419, 445
- Lunatschárskij A. W., Bildungskommissar 598
- Luxemburg Rosa, Sozialistin 588
- Lwow Fürst Georgij Jewgenjewitsch, Ministerpräsident 490, 555
- Lwow Nikoláj, Semstwo-Politiker 534

- Macauley Th., englischer Historiker 280  
 Machiavelli Niccolo, ital. Schriftsteller 183  
 Magnus von Holstein, Prätendent auf die livländische Krone 192  
 Maistre Graf Joseph de, sardinischer Diplomat 376, 483, 573  
 Majakowskij Wladimir, Dichter 598, 604  
 Makarij, Metropolit 182  
 Maksim Grek, gelehrter Mönch 168 ff.  
 Mal, Drewljanenfürst 17  
 Malenków Geórgij, Sowjetfunktionär, Ministerpräsident 617, 645 ff.  
 Malinówskij, Polizeispitzel 519  
 Maluscha (Mutter Wladimirs des Heiligen) 25  
 Mamaj, Chan der Goldenen Horde 116 ff.  
 Mamonow Graf, Geliebter Katharinas II. 358  
 Mandt Martin, Leibarzt Nikolájs I. 471  
 Mann Thomas, deutscher Schriftsteller 569  
 Mao Tse-tung, chinesischer Kommunist 508, 635, 641, 660, 669  
 Maria Theresia, deutsche Kaiserin 382  
 Márja von Twer (Frau Iwáns III.) 139  
 Márja Milosláwskaja (Frau des Zaren Alekséj) 265  
 Márja Fjódorowna (Dagmar von Dänemark) Frau Alexanders III. 515  
 Márja Fjódorowna (Sophie Dorothea von Württemberg) Frau Pauls I. 398, 408  
 Márja Nagája (Marfa) siebente Frau Gróсныjs 205, 212  
 Martow J., Menschewik 570  
 Marx Karl 552, 571  
 Maryna (vgl. Mníszek)  
 Masaryk Thomas, tschech.-slow. Staatspräsident, Philosoph 457, 584  
 Masépa Iwán, Kosakenhetman, 279, 289 ff., 387  
 Matwéjew Artomón, Leiter des Gesandtschaftsprikases 261, 275  
 Maximilian II., deutscher Kaiser 158  
 Mendeléjew Dimítrij, Chemiker 544  
 Ménschikow Alexander, Favorit Peters d. Gr. 285, 290, 293, 295, 297, 309, 316, 317, 318, 325 ff., 332, 337  
 Mereshkówskij Dimítrij, Schriftsteller 543, 544  
 Meschtschérskij, Geschlecht 108  
 Methodius, Slawenapostel 13  
 Metternich Fürst Clemens von, österreichischer Staatskanzler 411, 426 ff., 466  
 Meyerhold Wséwolod, Regisseur 598  
 Michael III., byzantinischer Kaiser 13  
 Michail Alexandrowitsch, Grossfürst 554  
 Michail Fjódorowitsch (Románow), Zar 223, 230, 232 ff., 243, 244, 279  
 Michail Páwlowitsch, Grossfürst 482

- Michaíl, Grossfürst von Twer 103, 110  
 Michajlowskij-Daniléwskij, Offizier, Schriftsteller 410  
 Mikojan Anastás, Sowjetfunktionär, Präsident des Obersten Sowjets 617, 645, 647, 666  
 Miljuków Paul, Kadettenführer, Aussenminister 156, 537, 549, 551 ff., 557 ff.  
 Miljútin Graf Dimítrij, Kriegsminister 492  
 Miljútin Graf Nikoláj, liberaler Agrarpolitiker 482, 492, 517  
 Miloradowitsch Graf, General 439  
 Miloslawskaja vgl. Márja  
 Miloslawskij, Geschlecht 274  
 Mindowg (Mindaugas), Fürst von Litauen 123  
 Mínin Kosmá, Fleischer, Freiheitskämpfer 228 ff.  
 Mirbach Graf, deutscher Botschafter 583  
 Mníšek, polnischer Wojewode 211  
 Mníšek Marýna, Frau des falschen Dimítrij 212, 214, 219, 226  
 Mohammed Ali von Ägypten 467  
 Molotow Wjatschesláv, Sowjetfunktionär, Ministerpräsident 616, 645 ff.  
 Mons, deutsche Familie in Moskau 331  
 Mons Anna, Geliebte Peters d.Gr. 272  
 Montesquieu Charles de, französischer Staatsrechtler 366, 367  
 Morósow Boris, Bojar 242  
 Mstisláv der Kühne, Fürst von Gálitsch 76, 88  
 Mstisláv von Kiew 88  
 Mstisláv von Tschernígow 88  
 Münnich Graf Burchard Christof, Feldmarschall 329, 346 ff., 386  
 Murawjów Nikíta, Dekabrist 437 ff.  
 Murawjów Graf Nikoláj, Generalgouverneur 507 ff.  
 Mussolini Benito 573, 638  
 Mussorgskij Modest, Komponist 544  
 Nachitschewán, Chan 553  
 Napoleon I., Kaiser der Franzosen 289, 319, 407, 410, 411, 415 ff.  
 Napoleon III., Kaiser der Franzosen 511  
 Narýschkin, Geschlecht 108, 274, 309  
 Narýschkina Natalja Kirillowna (Mutter Peters d.Gr.) 261, 270, 279  
 Natálja Alekséjewna (Schwester Peters d. Gr.) 237  
 Negrássow Nikoláj, Dichter 493  
 Nesselrode Graf Karl, Aussenminister, Kanzler 467, 505  
 Néstor, Mönch des Kiewer Höhlenklosters, Chronist 10, 54, 57  
 Netschájew Sergéj, Nihilist 498  
 Newelskoj G., Offizier 508  
 Nikiténko Alexander, Schriftsteller 455  
 Nikoláj I., Kaiser 23, 434, 438 ff., 444 ff., 459, 466 ff., 473 ff., 492, 505, 508, 668  
 Nikoláj II., Kaiser 348, 514, 517, 527, 531 ff., 545 ff.  
 Nikoláj Nikolájewitsch (der Jüngere) Grossfürst 534, 550, 553  
 Nikon, Patriarch 243 ff., 259, 275, 311, 312

- Nil Sórskij, Mönch, Schriftsteller  
 168 ff.
- Nowików Nikoláj, Verleger, Publizist 393, 395 ff.
- Nowossilskij, Geschlecht 151
- Nowossilzew Nikoláj, Staatsmann  
 412 ff., 431, 437, 472
- Obolénskij Fürst Jewgénij, Dekabrist 437
- Odojéwskij, Geschlecht 151
- Ogarjôw Nikoláj, revolutionärer  
 Publizist 461
- Olearius (Oelschlegel) Adam, holsteinischer Diplomat u. Schriftsteller 264
- Olég, Kiewer Grossfürst 13 ff., 18, 22, 24, 26
- Olég Swjatoslávowitsch, Fürst von Tschernígow 45
- Olga, Kiewer Grossfürstin 17 ff., 29, 37, 52
- Olgert, Grossfürst von Litauen 115
- Ordin-Naschtschdkin A. L., Leiter des Gesandtschaftsprikases 260, 263
- Orlów Alexander, NKWD-General 613
- Orlów Graf Alekséj, Admiral 363, 377, 385
- Orlów Grigdrij, Geliebter Katharinas II. 358
- Ostermann, Graf Andréj Iwánowitsch (Heinrich Johann Friedrich), Werchównik, Vizekanzler 329, 332, 335, 336, 342, 345 ff.
- Ostrowskij Alexander, Dichter 493
- Otrépjew Grischka vgl. Dimítrij (Samoswánež)
- Otto der Grosse, deutscher Kaiser  
 18, 19, 22, 28
- Otto II., deutscher Kaiser 28
- Otto III., deutscher Kaiser 29
- Pahlen Graf Peter, Militärgouverneur 408 ff., 412
- Paléologue Maurice, französischer Botschafter 550
- Pálizyn Awraámij, geistlicher Schriftsteller 227
- Pánin Graf Nikíta, Staatsmann, Grossmeister der Loge 361, 367, 379, 394, 404
- Pánin Graf Peter, Generalissimus 377
- Paskéwitsch Graf Iwán, General, Vizekönig von Polen 474, 475
- Pasternák Boris, Dichter 120, 577, 598, 604, 652, 668
- Patkull Johann Reinhold v., livländischer Politiker 287
- Paul L, Kaiser 361 ff., 373, 394, 397 ff., 404 ff., 454, 455
- Paul V., Papst 214
- Paul von Württemberg, Prinz 482
- Páwlow Jewgénij, Chirurg 544
- Pereswétow Iwán, Schriftsteller 160, 164, 183, 187
- Perdwszkaja Sófia, Terroristin 501
- Péstel Paul, Oberst, Dekabrist 437 ff., 459
- Peter der Grosse, Zar und Kaiser 30, 43, 137, 150, 164, 171, 175, 178, 204, 236, 257, 260, 261, 262, 265, 269 ff., 322 ff., 329, 332, 337 ff., 352, 356, 357, 364, 368, 378, 379, 380, 384, 397, 401, 448, 469, 479, 494, 563, 587, 605, 610, 625, 637, 656
- Peter II., Kaiser 328 ff., 332

- Peter III., Kaiser 164, 330, 338, 351, 353 ff., 359 ff., 368, 459
- Peter Petrówitsch (Sohn Peters d. Gr.) 318
- Petraschéwskij Michail, oppositioneller Politiker 466
- Petrunkéwitsch S. S., liberaler Politiker 532
- Photius, Patriarch von Konstantinopel 14
- Piatelli, Italiener in Petersburg 417
- Pilnják Boris, Dichter 604
- Pimen, Metropolit 118
- Pitt William (der Jüngere), britischer Premier 411
- Pjatakdw G. L., Sowjetfunktionär 616
- Pjotr «Zarewitsch», Thronprätendent 216 ff.
- Plechánow Georgij, Sozialist 502 ff., 526, 549, 573, 575
- Plehwe Wjatscheslaw, Innenminister 518 ff., 529
- Pobedonószew Konstantin, Oberprokureur 457, 465, 516 ff., 534
- Podgdrnjy Nikoláj, Sowjetfunktionär, Präsident des Obersten Sowjets 665 ff.
- Pogddin Michail, Slawophiler 461
- Pokrowskij Michail, marxistischer Historiker 440, 533
- Poljánskij Dmitrij Stepanowitsch, Sowjetfunktionär 666
- Poniatdwski Stanislaus, König von Polen 349, 358, 364, 380 ff., 385
- Poppel Nikolaus, kaiserlicher Gesandter 158, 159
- Poshárskij Fürst Dimítrij, Heerführer 215, 229 ff.
- Possevino Antonio, päpstlicher Diplomat 195
- Potjomkin Fürst Grigorij, Günstling Katharinas II. 358, 386, 387 ff.
- Praxedis, Kiewer Prinzessin (Frau Kaiser Heinrichs IV.) 36
- Pudowkin Wséwolod, Regisseur 598
- Pufendorf Samuel Freiherr von, deutscher Staatsrechtler 366
- Pugatschow Jemeljan, aufständischer Kosak 20, 217, 256, 340, 373 ff., 388, 441, 573, 619
- Purischkéwitsch Wladímir, Dumaabgeordneter 552
- Púschkin Alexander, Dichter 109, 286, 309, 356, 437, 454, 461, 512
- Radek Karl, Sowjetfunktionär 616
- Radíschtschew Alexander, politischer Schriftsteller 393, 395 ff., 413
- Rásin Stepán (Sténka), aufständischer Kosak 20, 217, 255 ff., 289, 373, 441, 619
- Raspútin Grigdrij, Favorit des letzten Kaiserpaars 546 ff., 550, 552
- Rastrelli Bartolomeo, italienischer Baumeister 343
- Rasumdwskij Graf Alexéj, Günstling Elisabeths 341
- Rasumdwskij Graf Kirill, Hetman der Ukraine 377, 388
- Rathenau Walther, deutscher Aussenminister 172
- Répin Iljá, Maler 22
- Rimskij-Korsakdw Nikoláj, Komponist 544
- Rjasánow, sowjetischer Professor 612

- Rjúrik, Waräger 12, 47, 191, 206, 216, 236
- Rjúrikiden, Geschlecht 38, 124, 202, 216, 236
- Roanoke, amerik. Diplomat 447
- Rodsjánko Michail, Dumapäsident, Oktobrist 552, 555
- Rokossówschij K. K., sowjetischer Marschall 475
- Roman, Fürst von Wolhynien-Galizien 85, 98
- Románow, Dynastie 202, 236, 319
- Románow Anastásja vgl. Anastásja
- Románow Fjódor vgl. Filarét
- Románow Nikíta, Bojar 202, 236
- Romodánowskij Fürst Fjódor, Günstling Peters d. Gr. 272, 284, 285, 309
- Roosevelt F. D., Präsident der USA 627, 638
- Rostowzew, liberaler Professor 604
- Rostowzew Graf I. I., Reformanhänger 487
- Rosynski, polnischer Söldnerführer 219
- Rubljaw Andréj, Künstler 132
- Rubruk (Ruysbroeck) Wilhelm, Missionar 103
- Ruhtenberg, Verteidiger des Winterpalais 574
- Rumjanzew-Sadunájskij Graf P. A., Feldmarschall 385
- Russkij Nikoláj, General 553
- Rykw Alekséj, Sowjetfunktionär 575, 616, 650
- Ryléjew Kondrátij, Dichter, Dekabrist 437 ff.
- Saburow, Geschlecht 108
- Sabutáj, Feldherr der Tataren 88, 90
- Sacharow A., sowjetischer Professor 669
- Salomo, König von Israel 27
- Saltykow-Schtschedrin Michail, Dichter 493
- Samarín Júrij, Slawophiler 445, 463, 487, 511, 519
- Sapieha Fürst Jan, polnischer General 219, 220
- Sarúzkij Iwán, Kosak 226 ff.
- Sasonow Sergéj, Aussenminister 547, 549
- Sassúlitsch Wera, Terroristin 500
- Sáwinkow Boris, Terrorist SR 528 ff., 582
- Sergéj von Radonesh, Mönch und Klostergründer 131
- Sergéj Alexándrowitsch, Grossfürst 529, 532
- Sergéj, Patriarch 626, 627
- Shakespeare William 498
- Sievers Graf Johann, Gouverneur 365
- Sigismund II. August, König von Polen 192
- Sigismund III., König von Polen 211, 221 ff., 240 ff.
- Silvester, Priester 183, 185
- Silvester, Abt, Bearbeiter der Néstor-Chronik 57
- Sinéus, Waräger 12
- Sinjáwskij Andréj, (Abram Terz), sowjetischer Schriftsteller 668
- Sinówjew Grigorij, Sowjetfunktionär 595, 607, 614, 616, 650
- Sixtus IV., Papst 154
- Skawronskij, Familie 331
- Skópin-Schújskij Michail, Heerführer 215, 221
- Skrjabin Alexander Nikolájewitsch, Komponist 544

- Skurátow Maljúta, Oprítschnik  
190, 203
- Sófja Alekséjewna, Regentin 237,  
275 ff., 284, 285, 299, 326
- Solowjow Sergéj, Historiker 132
- Solowjow Wladímir, Philosoph  
543, 544
- Solshénízyn Alexander, sowjeti-  
scher Schriftsteller 652, 668
- Sophie (Zoe) Paleolog (Frau  
Iwáns III.) 154 ff., 157
- Sophie Dorothea von Württem-  
berg vgl. Márja Fjódorowna
- Sophie Friederike von Anhalt-  
Zerbst vgl. Katharina II.
- Sosima, Metropolit 155
- Spengler Oswald, deutscher Ge-  
schichtsphilosoph XV, 511, 599
- Speránskij Michaíl, leitender Mi-  
nister 411, 415, 420, 429 ff., 449,  
450
- Staden Heinrich von, Oprítschnik  
190, 196 ff.
- Stahl Julius, deutscher Staatsrecht-  
ler 448
- Stalin (Jossif Wissarionowitsch  
Dschugaschwili) 43,73,87,93,98,  
198, 286, 320, 366, 378,379,  
386, 418, 447, 448, 473, 529,  
563, 570, 572, 575, 592, 594,  
605, 608,609 ff., 645 ff., 656,  
658, 665, 667, 670
- Stanislaus vgl. Leszczynski und  
Poniatówski
- Stanislawskij K. S. Regisseur 544
- Stefan Bathory, König von Polen  
192, 193
- Stefan (Jaworskij), Metropolit 311
- Stein Karl Reichsfreiherr vom  
und zum 411, 422
- Stepún Fjódor, Philosoph 604
- Stolýpin Peter Arkádjewitsch,  
Ministerpräsident 538 ff., 543,  
547
- Strawinskij Igor, Komponist 544
- Streschnjow, Geschlecht 309
- Stroganow, Geschlecht 181, 235
- Stroganow Antika, Grossunterneh-  
mer 181
- Stroganow Graf Paul, Vizekanzler  
412 ff.
- Struve Peter, Nationalökonom,  
liberaler Politiker 502, 527 ff.,  
532, 585
- Stürmer (Schtjurmer) Boris Wla-  
dimirowitsch, Ministerpräsident  
550, 551
- Subátow Sergéj, Polizeigeneral 518
- Súbow Graf Platon, Geliebter  
Katharinas II. 358, 386
- Suchanow (Himmer) Nikoláj,  
Sozialist 572
- Sumarókow Graf Alexander, Dich-  
ter 343, 396
- Sussánin Iwán, Bauer 230
- Suslow Michaíl Andrejewitsch,  
Sowjetfunktionär 666
- Suwórow-Rymninskij Graf Alex-  
ander, Feldmarschall 357, 377,  
381, 406, 407, 625
- Swjatopolk der Verfluchte,  
Kiewer Fürst 32 ff.
- Swjatoslaw, Kiewer Grossfürst 17,  
19 ff., 31, 40, 68, 467
- Schaklowítj Fjódor, Djak 277, 278
- Schamýl Imam, kaukasischer Frei-  
heitskämpfer 507
- Scheiepin Alexander Nikoláje-  
witsch, Sowjetfunktionär 666

- Schélest Pjotr Jefimowitsch,  
Sowjetfunktionär 666
- Schelling Friedrich Wilhelm v.,  
deutscher Philosoph 461
- Schepilow Dimítrij, Sowjetfunktionär 647
- Scheremétjew, Geschlecht 309
- Scheremétjew Graf Boris, Feldmarschall 288
- Schewtschénko Taras, ukrainischer Dichter 477
- Schiemann Theodor, deutscher Historiker 172
- Schiller Friedrich 461, 463
- Schirren Carl, deutschbaltischer Historiker 520
- Schlüter Andreas, Bildhauer 297
- Schtscherbátow Fürst Michaíl, Schriftsteller 324, 325
- Schújskij, Geschlecht 178, 204
- Schújskij Wassílij, Zar 206, 212, 214 ff.
- Schulgín Wassílij, Dumaabgeordneter, Schriftsteller 553 ff.
- Schuwálow Graf Iwán, Kurator 343
- Schuwálow Graf Peter, Senator 337, 340
- Schweinitz H. v., preussischer Gesandter 500
- Schwérnik Nikoláj Michájlowitsch, Sowjetfunktionär, Präsident d. Obersten Sowjets 666
- Shdanow Andréj, Sowjetfunktionär 617
- Shúkow Gedrgij, Sowjetmarschall 607, 647
- Shukowskij Wassílij, Dichter 461, 473, 478
- Talleyrand Fürst Charles, franz. Aussenminister 411, 419, 426
- Tarakanowa Fürstin, Thronprätendentin 377
- Tatíschtschew W. N., Historiker und Publizist 339
- Taurentzien Graf, preussischer Gesandter 391
- Theüphanu, byzantinische Prinzessin (Frau Ottos II.) 28
- Thietmar von Merseburg, Chronist 27, 35
- Thomas A., französischer Sozialist 558
- Tichon, Patriarch 626
- Timirjásew Klimént Arkádjewitsch, Physiologe 544
- Timur Lenk (Tamerlán), Chan 120 ff., 172
- Tito (Josef Broz), jugoslawischer Staatspräsident 640
- Tjutschew Fjodor, Dichter 499
- Tkatschów Pjotr Nikititsch, revolutionärer Schriftsteller 498, 570
- Tochtamysch, Tatarenchan 117, 118
- Tolstoj Graf Alexéj, Dichter 493
- Tolstój Graf Leo, Schriftsteller 317, 493, 496, 544
- Tolstój Graf Peter, Diplomat, Werchownik 317, 332
- Trépow Alexander, Ministerpräsident 15
- Trépow Fjódor, General 500
- Tretjaküw, sowjetischer Dichter 604
- Tretjakdwschij Wassílij, Poet 343
- Trozkij (Leo Bronstein) 532, 535, 567, 571, 574 ff., 579, 585, 595, 597, 607 ff., 611 ff., 618, 627, 647, 650



- Trubezkóǵ Fürst Dimítrij, Heerführer 226 ff.
- Trubezkóǵ Fürst Nikoláj, Eurasier 587
- Trubezkóǵ Fürst Nikoláj Nikititsch, Freimaurer 398
- Trubezkóǵ Fürst P., Bildhauer 515
- Trubezkóǵ Fürst Sergéǵ, Rektor der Moskauer Universität 534
- Trubezkóǵ Fürst Sergéǵ, Dekabrist 437 ff.
- Truwor, Waräger 12
- Tuchatschéwskij M., Sowjetmarschall 595, 616, 650
- Turgénjew, Geschlecht 108
- Turgénjew Iwán, Schriftsteller 10, 493, 497, 544, 599, 623
- Tutolmin Timofej, General 422
- Tschaadajew Peter, Philosoph 461 ff.
- Tschajkowskij Peter Iljtsch, Komponist 544
- Tschcheidze N. S., Menschewik 554
- Tschéchow Anton, Dichter 544
- Tscherkásskij Fürst W., Reformanhänger 487
- Tschernow Viktor, Sozialist SR 570, 579
- Tschernyschéwskij Nikoláj, radikaler Publizist 464, 570
- Tschiang Kai-schek, chinesischer General 634 ff., 641
- Tschitschérin Georgij, sowjetischer Aussenkommissar 606
- Ugedéǵ, Gross-Chan der Tataren 89
- Uljánow Alexander, Revolutionär (Lenins Bruder) 502, 567
- Uljánow Ilja, Schulrat (Lenins Vater) 565 ff.
- Uljánow Wladímir vgl. Lenin
- Uljánowa Maria (Lenins Mutter) 565 ff.
- Urizkij Moisséǵ, Sowjetfunktionär 583
- Urussow, Geschlecht 108
- Usbék, Chan der Goldenen Horde 100 ff., 113
- Uschakdw F. F., Admiral 407
- Uwárow, Geschlecht 108
- Uwárow Graf Sergéǵ, Unterrichtsminister 454 ff., 457
- Vandervelde, Emile, belgischer Sozialist 558
- VaubanS. de, französischer Kriegsbaumeister 179
- Vinius A. A., Favorit Peters des Grossen 271
- Vinius A. D., holländischer Unternehmer 258
- Voltaire François de 355, 378
- Walújew Graf Peter, Innenminister 520
- Wassílij I., Grossfürst von Moskau 119, 121
- Wassílij II., Grossfürst von Moskau 119, 138
- Wassílij III., Grossfürst von Moskau 140, 149, 152, 157, 160 ff., 166, 176
- Wassílij, Fürst von Kostroma 90
- Weber F. C., hannoverscher Diplomat 323
- Weber Max, deutscher Soziologe 535, 589
- Wernadskij (Vernádsky), Historiker 604
- Wielopolski Alexander Marquis, Zivilchef in Polen 475

- Wilhelm I., Deutscher Kaiser 445, 512  
 Wilhelm II., Deutscher Kaiser 545  
 Williams Sir Charles, englischer Gesandter 349 ff.  
 Wiskowátyj, Djak 259  
 Witowd (Wytautas), Grossfürst von Litauen 125  
 Witte Graf Sergéj, Finanzminister, Ministerpräsident 403, 524 ff., 527, 529, 536, 538, 542, 543, 547, 601, 610, 623  
 Wjasémkij, Geschlecht 151  
 Wladímir der Heilige, Kiewer Grossfürst 25 ff., 38, 43, 46, 61, 68, 179  
 Wladímir Monomách, Kiewer Grossfürst 43 ff., 50, 57, 58, 59, 60, 77, 96  
 Wladysław von Polen, gewählter Zar 223 ff., 236, 238, 241  
 Wlássow Andrej, sowjetischer General 642  
 Wolkonskij Fürst Sergéj, Dekabrist 436  
 Wolodárskij, Sowjetfunktionär 583  
 Woronzow Graf Alexander, Kanzler 416  
 Woroschílow Klimént Jefremowitsch, Sowjetmarschall, Präsident des Obersten Sowjets 613, 616, 645, 646  
 Worotynskij, Geschlecht 151  
 Wrangell Baron Peter, General 585  
 Wséwolod Jarosláwowitsch, Kiewer Fürst 36  
 Wséwolod das grosse Nest, Grossfürst von Wladímir 75  
 Ypsilanti Alexander, griechischer Freiheitskämpfer 428  
 Zajdoczek, Vizekönig v. Polen 472  
 Zolkiéwski, polnischer Hetman 221 ff.  
 Zwetájewa Marina, Dichterin 604